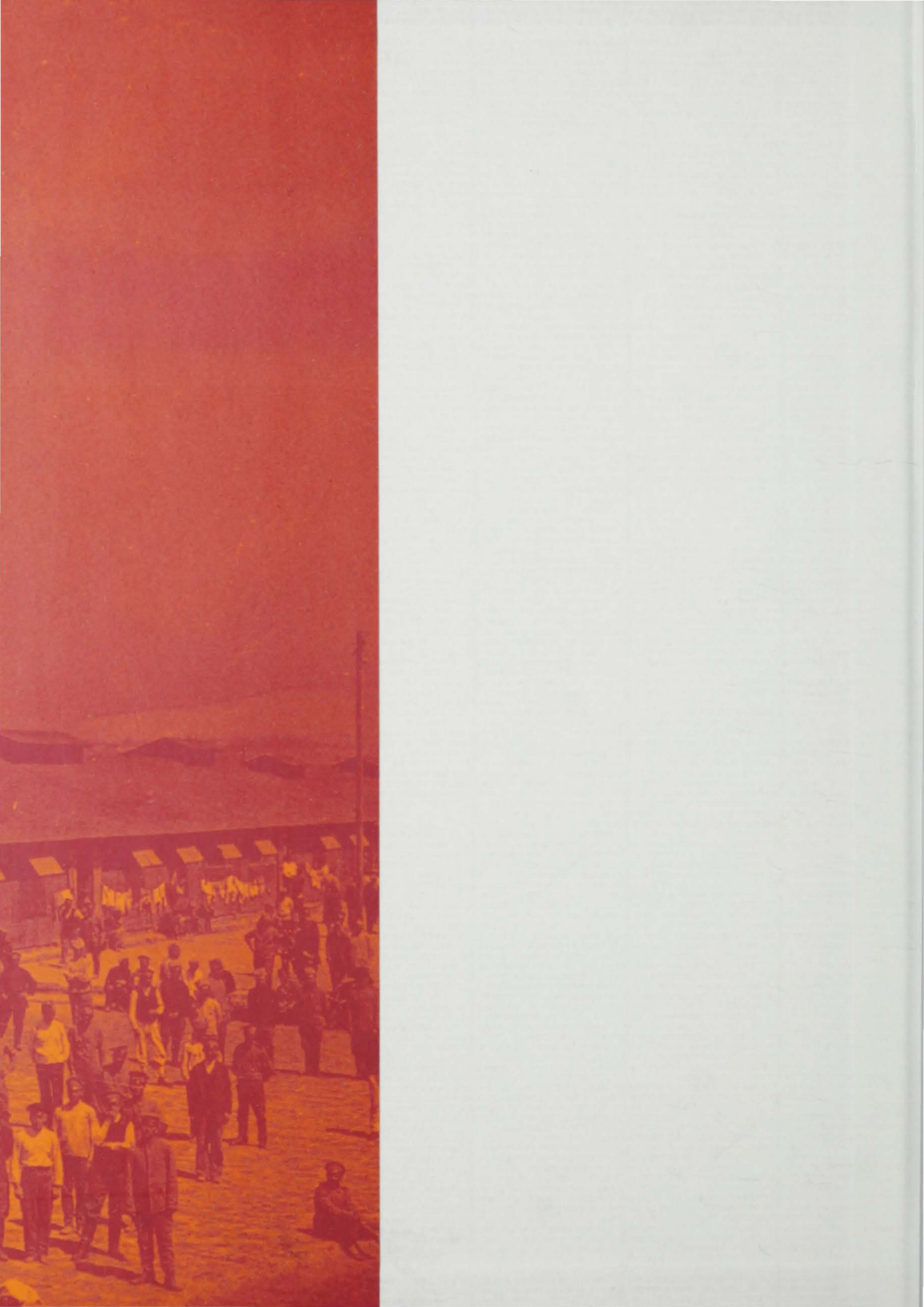

Hannes Leidinger
Verena Moritz

Gefangenschaft, Revolution, Heimkehr

Die Bedeutung der Kriegsgefangenenproblematik für die Geschichte des Kommunismus in Mittel- und Osteuropa 1917–1920

böhlau







Hannes Leidinger
Verena Moritz

Gefangenschaft
Revolution
Heimkehr

Die Bedeutung der Kriegsgefangenenproblematik für die Geschichte des Kommunismus in Mittel- und Osteuropa 1917–1920

Böhlau Verlag Wien · Köln · Weimar

Gedruckt mit Unterstützung durch
den Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung

Coverillustration:
Bildnachweis Cover: ÖNB/Österreichisches Staatsarchiv

Bibliografische Information Der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie;
detaillierte bibliografische Angaben sind im Internet über http://dnb.ddb.de abrufbar.

ISBN 3-205-77068-4

Wien · Köln · Weimar
http://www.boehlau.at
Druck: Novographic, Wien

In Erinnerung an Professor Andreas Moritsch

INHALT

TEIL III: 1917/18. RUSSLAND ZUERST!

TEIL IV: 1918/19. UMBRUCH IN MITTELEUROPA

VORWORT

Völlig unerwartet erreichte uns im Februar 2001 die Nachricht vom Tod unseres Dissertationsbetreuers Prof. Andreas Moritsch. Dieses Buch ist ihm gewidmet.

Es basiert auf Ergebnissen unserer Doktorarbeiten, die sich mit den russischen Kriegsgefangenen in Österreich und mit den Auswirkungen der Kriegsgefangenen-Heimkehrerproblematik auf die Entwicklung der kommunistischen Bewegung in Mittel- und Osteuropa während und nach dem Ende des Ersten Weltkrieges beschäftigten. Den Intentionen der vorliegenden Studie entsprechend, rückte bei dem Versuch, beide Themen miteinander zu verknüpfen, die Bedeutung der Kriegsgefangenen-Heimkehrerproblematik für die Frühphase des Kommunismus in Mittel- und Osteuropa in den Vordergrund. Berührungspunkte zwischen beiden Untersuchungsbereichen, unzählige Gespräche im Zuge der langjährigen Recherchen sowie die gegenseitige Hilfe bei der Korrektur der einzelnen Kapitel bilden den Hintergrund für die Entstehung des hier präsentierten Textes. Wir ließen uns dabei vom Ratschlag Prof. Moritschs leiten, die in Hinblick auf die Jahre 1914 bis 1920 lange Zeit kaum beachtete Kriegsgefangenenproblematik keineswegs lediglich als „terra incognita" der Historiographie zu begreifen.

Obwohl es uns darum ging, das „wissenschaftliche Neuland" zunächst einmal abzugrenzen und zu beschreiben, stand solcherart bald der Anspruch im Vordergrund, verschiedene Aspekte der Gefangenschaft einem problemorientierten Ansatz zuzuführen. Das im Zeichen kollektiver Identitäten stehende Spannungsfeld zwischen zwei an Bedeutung gewinnenden Gesellschaftsmodellen, dem nationalen und dem sozialrevolutionären Ordnungsmuster, anhand der Kriegsgefangenen in Mittel- und Osteuropa zwischen 1914 und 1920 zu untersuchen, war daher von Prof. Moritsch, der den vorliegenden Text zum großen Teil noch selbst einer ersten Kritik und Korrektur unterzog, mit besonderem Interesse wahrgenommen worden.

In diesem Zusammenhang begannen wir uns nach und nach immer eingehender mit der Frage zu befassen, welchen Einfluß die „in Feindeshand geratenen Soldaten" auf die frühe Entwicklung des Kommunismus ausgeübt haben könnten. Mehrere Arbeitsbereiche drängten sich angesichts derart breitgefächerter Überlegungen auf. Erstens war die Situation der Kriegsgefangenen bis zum Ausbruch der russischen Revolution von 1917 darzustellen. In weiterer Folge mußte insbesondere die Rolle der Vierbundsoldaten im ehemaligen Zarenreich während der Machtergreifung beziehungsweise Machtbehauptung der Bol'ševiki veranschaulicht werden. Schließlich ging es darum, speziell Evakuierungs-, Fürsorge- und Indoktrinierungsmaßnahmen offizieller Stellen auf ihre weltanschauliche Wirkung zu überprüfen.

Diesbezüglich bedurfte es letztlich einer genauen Betrachtung der Heimkehrthematik, welche man sowohl in den Memoiren als auch in der wissenschaftlichen Fachliteratur weitgehend außer acht gelassen hatte. Der „Repatriierungsapparat" der „Sowjetrepublik", Deutschlands, Österreich-Ungarns und seiner Nachfolgestaaten als eine Art „Infrastruktur der entstehenden Dritten Internationale", die Formierung von „probolschewistischen Kadern aus den Reihen feindlicher Heeresangehöriger", deren Anteil beim Aufbau linksradikaler Gruppierungen beziehungsweise früher KP-Organisationen außerhalb Räterußlands sowie deren Bedeutung bei der Gründung der Komintern konnten nur durch eine um die Heimkehr erweiterte Gefangenenforschung erfaßt werden.

Vorauszuschicken ist, daß in Anbetracht der Komplexität des Untersuchungsfeldes dem „Haupttext" eine ausführliche Einleitung vorangestellt ist, die den Leser auf die Notwendigkeit vorbereitet, die vorgestellten Rahmenbedingungen, Grundlagen und Voraussetzungen später immer „mitzudenken". Die Gliederung der folgenden Teile ist dem Bemühen verpflichtet, den Untersuchungsbereich in seiner „Dreidimensionalität" zu zeigen. Hierfür braucht es neben den in die Koordinaten Ort und Zeit „hineinzuprojizierenden" Kriegsgefangenen auch die Kenntnis von vor allem politisch und gesellschaftlich wirksam gewordenen Wechselwirkungen und Transformationsprozessen, die innerhalb dieses Koordinatendreiecks zum Tragen kamen. Die Beschäftigung mit dem im Laufe des Ersten Weltkrieges vollzogenen Struktur- und Wertewandel ist in diesem Zusammenhang ebenso bedeutsam wie die Auseinandersetzung mit der Lebenswirklichkeit der Kriegsgefangenen in der Zeit vor und nach der Oktoberrevolution, mit den Folgen der Behandlung von Heimkehrern durch die zuständigen k.u.k. Militärbehörden oder mit den als „Bürgerkrieg" bezeichneten Kampfhandlungen auf dem Gebiet des ehemaligen Zarenreiches. Trotz der für das Verstehen der Thematik unverzichtbaren Vielschichtigkeit bleibt jedoch die Kriegsgefangenen-Heimkehrerproblematik stets im Zentrum und/oder ist auslösender Faktor für alle sich um dieses Thema gruppierenden Aspekte. Darüber hinaus haben die Autoren versucht, die persönlichen Erlebnisse und Erfahrungen von Kriegsgefangenen in die Darstellung mit einzubringen. Nicht umsonst begleitet den Leser von Beginn an der ungarische Kommunist Béla Kun durch den gesamten Text. Sein „Werdegang" vom k.u.k. Kriegsgefangenen im Zarenreich bis hin zu einer der zentralen Figuren der ungarischen KP und nicht zuletzt des sich herausbildenden „Weltkommunismus" ist gleichsam der „rote Faden" der Arbeit.

Wie dem Quellen- und Literaturverzeichnis zu entnehmen ist, haben die Autoren breit angelegte Recherchen durchgeführt. Die für die vorliegende Publikation verwendeten Materialien stammen zur Gänze aus russischen und österreichischen Archiven beziehungsweise Bibliotheken. Fachliteratur mittelosteuropäischer Länder wurde gleichfalls mit einbezogen. Unüberwindbare Barrieren ergaben sich allerdings bei ungarischen Texten. Glücklicherweise ließen sich die außerordentlich wichtigen Darlegungen über die magya-

rischen Gefangenen beziehungsweise KP-Funktionäre unter anderem mittels Publikationen ungarischer Kollegen in deutscher, englischer, französischer und russischer Sprache belegen.

Noch auf eine andere Einschränkung ist hinzuweisen. In Anbetracht des Umfangs der Gesamtproblematik erschien es angebracht, auf eine breitere Schilderung der Entwicklungen in den verschiedenen Gebieten der ehemaligen Donaumonarchie ab 1918 zu verzichten. Nicht zuletzt mußte auch die präzisere Interpretation der Beziehungen Polens zu den Nachbarstaaten und der damit verbundenen, außerordentlich vielschichtigen Gefangenenthematik weitgehend entfallen. Für den gesamten, ohnehin schwer zu definierenden zentraleuropäischen Raum hieß es eher, die Verbindungen zwischen Kriegsgefangenen, Heimkehrern und „probolschewistischen Kräften" durch Vergleichsbeispiele in Grundzügen hervorzuheben.

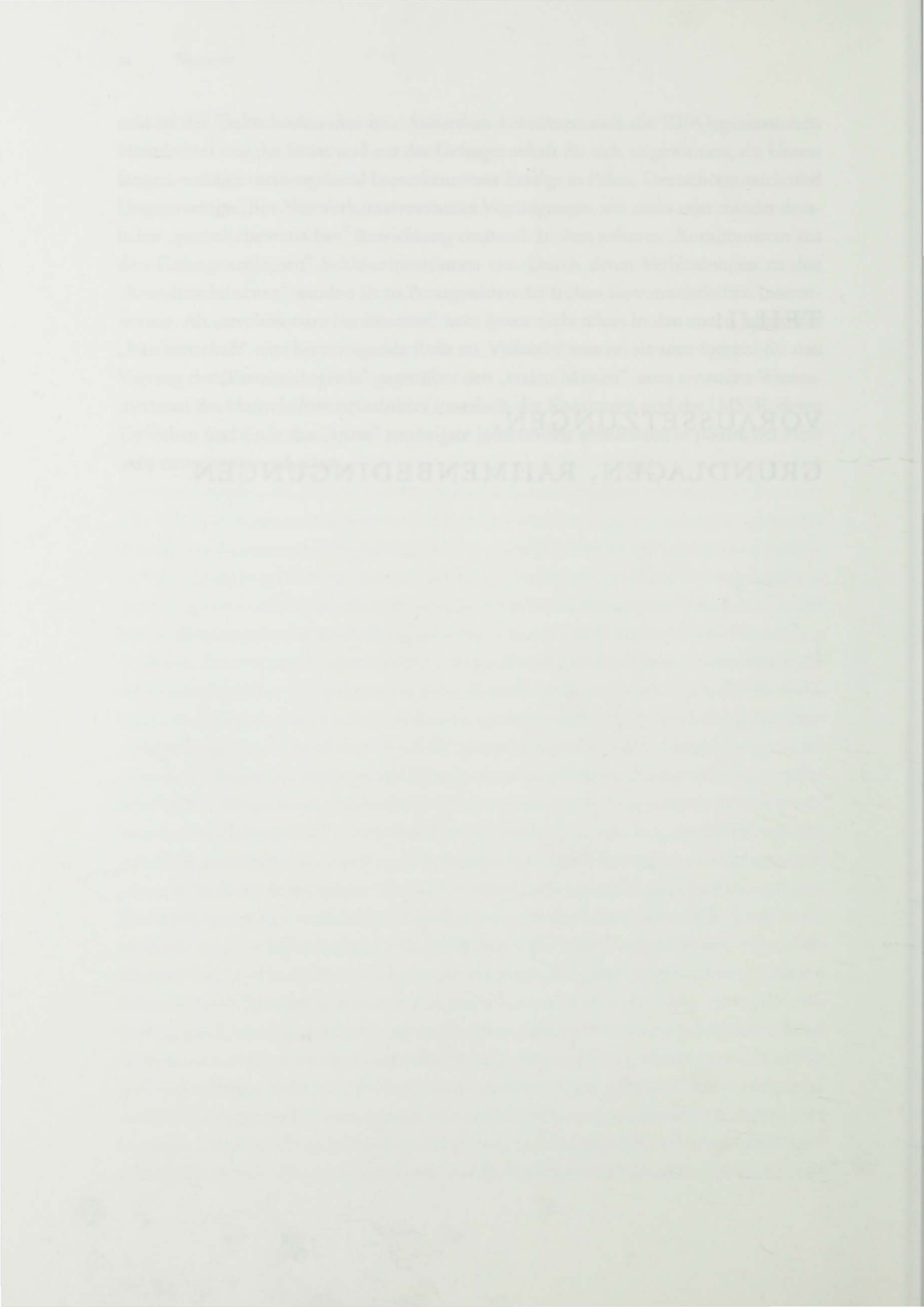
Der vorliegende Text kam schließlich in seiner endgültigen Form mit Unterstützung von Prof. Gerhard Jagschitz und Prof. Andreas Kappeler zustande. Von ihnen kam auch die Anregung, ein gemeinsames Buch vorzulegen. In ihm sind dort, wo es sinnvoll und notwendig erschien, Ergebnisse beziehungsweise ausgewählte Teile unserer Dissertationen zusammengeführt und für die Publikation überarbeitet worden. Wichtig erschien eine Veröffentlichung der Forschungsresultate vor allem aus folgenden Gründen:

Zum einen war es unser Bestreben, eine auf detaillierten Untersuchungen aufbauende, überblickshafte und quellennahe Darstellung der Kriegsgefangenenproblematik sowohl in den Imperien der Habsburger als auch der Romanovs vorzulegen. Die Situation im Hohenzollernreich dient als Vergleichsachse, wobei in Hinblick auf die geringere Bedeutung der Kriegsgefangenen-Heimkehrerproblematik für die KP in Deutschland eine Beschäftigung mit den dortigen Verhältnissen eher in den Hintergrund gerückt wird. Zum anderen verdienen, wie eingangs schon angedeutet, die Wechselwirkungen zwischen kurzfristigen Erscheinungen, den politischen Ereignissen in Mittel- und Osteuropa sowie dem Phänomen „Gefangenschaft" und seinen unmittelbaren Nachwirkungen besondere Beachtung. Während des Jahres 1918 müssen etwa politische und militärische Konflikte zwischen den Befürwortern und Gegnern des KP-Regimes in manchen Regionen Rußlands als Auseinandersetzung zwischen verschiedenen Nationalitäten der Donaumonarchie verstanden werden. „Weiße Tschechen" standen bisweilen „Roten Deutschen und namentlich Magyaren" gegenüber. Daß, insbesondere als Folge ethnischer und internationaler Konflikte, nicht nur an der Peripherie, sondern auch im „Herzen Rußlands" Krieg geführt wurde, war solcherart eng mit der Gefangenenproblematik verknüpft. Letztere verschaffte Lenin und seiner Partei allerdings auch bemerkenswerte Vorteile. Ehemalige Kriegsgefangene hatten, nachdem sie aus der RSFSR abgereist waren, wesentlichen Anteil am Aufbau der kommunistischen Parteien in Ungarn und Deutschösterreich. Obendrein trugen sie zu einer „linksradikalen" Orientierung sozialistischer Kräfte im SHS-Staat, in Rumänien

und in der Tschechoslowakei bei. Außerdem bemühten sich die KP-Organisationen Heimkehrer von der Front und aus der Gefangenschaft für sich zu gewinnen, ein Unterfangen, welches vorübergehend bemerkenswerte Erfolge in Polen, Deutschösterreich und Ungarn zeitigte. Ein Netzwerk internationaler Vereinigungen mit mehr oder minder deutlicher „probolschewistischer" Ausrichtung entstand. In ihm nahmen „Kommunisten aus den Gefangenenlagern" Schlüsselpositionen ein. Durch deren Verbindungen zu den „Kremlmachthabern" wurden sie zu Protagonisten der frühen Kommunistischen Internationale. Als „revolutionäre Funktionäre" kam ihnen nicht allein in den ersten Jahren der „Räteherrschaft" eine hervorragende Rolle zu. Vielmehr wurden sie zum Symbol für den Vorrang der „Parteiavantgarde" gegenüber den „realen Massen", zum zentralen Wesensmerkmal des Herrschaftsverständnisses innerhalb der Komintern und der UdSSR, deren Entstehen und Ende das „kurze" zwanzigste Jahrhundert mindestens in politischer Hinsicht einzugrenzen scheinen.

TEIL I:

VORAUSSETZUNGEN, GRUNDLAGEN, RAHMENBEDINGUNGEN



WECHSELWIRKUNGEN

Kriegsgefangenschaft zwischen Kommunismus und Nationalismus

Deutsche und österreichische Streitkräfte stießen zu Jahresanfang 1918 weit nach Osten vor. Dem revolutionären Rußland traten sie schließlich an einer Demarkationslinie gegenüber, die westlich von Petrograd, vorbei an Pskov, Vitebsk, Gomel, weit nach Südosten über Caricyn, dem späteren Stalin- und heutigen Volgograd, bis in den Kaukasus führte. Mit dem Ende des Ersten Weltkrieges, dem Zerfall der Donaumonarchie und der Revolution in Deutschland war das von der Unterstützung der Zentralmächte abhängige Regime des Hetmans Skoropads'kyj in seiner tönernen, auch durch steigenden inneren Widerstand herausgeforderten Existenz ebenso bedroht wie jede andere auf die staatliche Souveränität der Ukraine pochende politische Kraft. In den Novembertagen des Jahres 1918 sahen sich die noch in den besetzten Ostgebieten ausharrenden Truppen der Mittelmächte gemeinsam mit den jungen ostmitteleuropäischen Nationalstaaten einem wachsenden politischen und militärischen Druck des expandierenden Sowjetrußland gegenüber. Gleichzeitig wurden die an einen nunmehr fragwürdig gewordenen Grenzverlauf anschließenden Regionen zum Schauplatz bemerkenswerter Migrationen.

Als Destabilisierungsfaktor wirkten in der Ukraine etwa nicht nur unzählige militärische Verbände, die in den betroffenen Gebieten sowohl als Exponenten lokaler Konflikte als auch großräumiger Auseinandersetzungen ohne klar erkennbare Frontlinie operierten. Flüchtlinge und Verschleppte aus den zahlreichen Kampfgebieten, ehemalige Kriegsgefangene, deutsche und österreichisch-ungarische Soldaten, die bislang ihren Dienst in den okkupierten Territorien versahen und auf schnellstem Wege in ihre Herkunftsländer zu gelangen versuchten, stellten die durch die Revolution erschütterten Institutionen der untergehenden deutschen und österreichisch-ungarischen Monarchie gleichermaßen vor unlösbare Aufgaben wie die mit ihnen kooperierenden Behörden des „Hetmanstaates". Dem aufwendigen und weitverzweigten Repatriierungsapparat Deutschlands und Österreichs, dessen Außenposten nicht nur an der bisherigen Demarkationslinie stationiert waren, sondern auch im gesamten sowjetischen Machtbereich bis zu den Grenzen Sibiriens tätig wurden, oblag dabei neben der Betreuung und Evakuation von Zivilinternierten und Kriegsgefangenen auch die Überwachung eigener Staatsbürger, denen man nach ihrem Aufenthalt im Einflußgebiet der Bol'ševiki mit gesteigertem Mißtrauen begegnete.

Die Nachricht vom Umsturz in Wien und Berlin bereitete diesem Unterfangen ein jähes Ende. Dem bisherigen Kriegsgefangenenwesen war seine Legitimität entzogen worden. Ein Großteil des Personals suchte – soferne es nicht, wie in Rußland, durch die geo-

graphischen Distanzen und spezifische politische Lage daran gehindert wurde – angesichts der Vorgänge zu Hause das Weite. Die Mannschaften des Heimkehrapparates meldeten sich ab. Auch die Kriegsgefangenen-Mission in der Ukraine begann sich aufzulösen. Die auf ihren Posten verbliebenen Mitarbeiter aber berichteten vom Zustrom „Tausender, die aus Turkestan sowie aus Sibirien kommen"[1] und von Kursk über Char'kov und Kiev bis Brody die gesamte Ukraine nach Westen hin zu durchqueren beabsichtigten. Aus diesem Grund wurden Anstrengungen unternommen, die Arbeit der Kriegsgefangenen-Lokalmissionen sowohl in Rußland als auch in der Ukraine fortzusetzen.[2] Die in Liquidierung befindliche k.u.k. Heeresverwaltung hielt auch an der ukrainischen Grenzstelle in Belgorod ihre „Kriegsgefangenen-Übernahmskommission" aufrecht, während sich dort in den letzten beiden Monaten des Jahres 1918 nahezu täglich größere Gruppen ehemaliger Kriegsgefangener einfanden.

So auch in der zweiten Novemberwoche, als den aus Kursk kommenden Transporten ein in Begleitung dreier weiterer Heimkehrer reisender Regimentsarzt der k.u.k. Armee entstieg. Dieser fand sich trotz mehrjähriger Gefangenschaft in einer außerordentlich „strammen soldatischen Haltung" zur Berichterstattung beim höchstrangigen Offizier der österreichisch-ungarischen Grenzkommission ein, ohne dabei auf jenen unter Gleichrangigen üblichen familiären Umgangston zu verzichten, der zu den militärischen Gepflogenheiten des habsburgischen Heeres gehörte.[3] Es verstand sich gewissermaßen von selbst, daß der Regimentsarzt, dessen Dokumente auf den Namen Emil Sebestyén lauteten, von seinem Offizierskollegen in der Übernahmskommission zum kameradschaftlichen Diner geladen wurde. In dessen Verlauf vergaß der vormalige Gefangene nicht, von seinen Eindrücken, speziell den politischen Ereignissen in Rußland seit der Machtergreifung Lenins, zu erzählen und das Ausmaß des „bolschewistischen Terrors in den lebendigsten Farben" zu schildern.[4]

Für Dr. Sebestyén haben die Repräsentanten der untergehenden Donaumonarchie an den Grenzen ihres östlichsten Einflußbereiches gewissermaßen den roten Teppich ausgelegt. Niemand mochte an der Identität des „aus dem Osten kommenden Arztes und Offiziers" zweifeln. Seine Gruppe wurde keiner eingehenderen Kontrolle unterzogen. Der strenge Abwehrapparat gegen die Ideen der russischen Revolution, der die große Masse der Heimkehrer im Jahr 1918 empfing und vor den Kopf stieß, zeigte in den Wirren der mitteleuropäischen Revolution Auflösungserscheinungen. Die weitere Fahrt des Dr. Sebestyén verlief ungestört, bis er in Budapest am 17. November 1918 eintraf, um kurze Zeit

1 ÖSTA/KA, KM/10. Abt./Kgf. 1918: 10-35/118-851.
2 Ebd.
3 Borsányi 77.
4 Ebd.

danach die Tarnung fallen zu lassen und unter seinem richtigen Namen, als Béla Kun, die Bühne der europäischen Politik zu betreten.[5]

Bisweilen, so heißt es, gefällt es der Geschichte, sich in einer Person zu verdichten. Béla Kun gehörte freilich nicht zu jenen, denen die Synthese gesellschaftlicher Kräfte zur Gewaltmonopolisierung monumentalischen Ausmaßes verhilft und die uns in den Diktatoren der totalitären Systeme als Inbegriff des politischen Verbrechens der jüngeren Vergangenheit gegenübertreten. Die Geschichte veranschaulicht sich in ihm nicht durch die Konzentration von Macht, die er im übrigen nur zeitweilig und in äußerst beschränktem Ausmaß besaß. Deutlich aber wird der Aktionsradius Kuns durch Spannungsfelder definiert, welche, im wesentlichen als Folge des Ersten Weltkrieges, die ideologischen und machtpolitischen Rahmenbedingungen eines „kurzen" zwanzigsten Jahrhunderts[6] schaffen, das nicht zufällig durch das Entstehen und Ende der Sowjetunion in sinnvoller Weise zeitlich eingegrenzt erscheint.

Kun repräsentierte den *Typus des revolutionären Funktionärs*, dessen Bedeutung weder für die Entwicklung Rußlands noch für die „internationalistischen Konzeptionen" Lenins unterschätzt werden darf. Insbesondere aus den Richtungsstreitigkeiten der russischen Sozialdemokratie zur Jahrhundertwende hervorgegangen, stellte sich in dem nach radikalen gesellschaftlichen Wandlungen strebenden Akteur neuen Typs das gegen die Idee einer offenen politischen Bewegung gerichtete Modell einer „schlagkräftigen Kaderpartei von Berufsrevolutionären" vor, gestützt auf strenge Disziplin und „restriktive Mitgliedschaftsbedingungen". Diese Organisationsform wurde zu einer konstituierenden Komponente der bolschewistischen Fraktion, stand von Anfang an der innerparteilichen Demokratie im Wege und duplizierte die Wesensmerkmale der bekämpften zaristischen Autokratie in auffallender Weise.[7]

Zugleich prägte der elitäre Charakter einer politischen Gruppierung Leninscher Färbung die Identität des „bolschewistischen Aktivisten", sein Verständnis der „Masse", der „Technologie des Aufstands" und der Instrumentalisierung von Gewalt im politischen Entscheidungsprozeß, eine Eigendefinition, die überdies Positionen und Erfahrungen sozialradikaler Oppositioneller im Rußland des 19. Jahrhunderts mit einbrachte.[8] Dabei wurde in wesentlichem Maße zur Begründung einer Lebenskultur beigetragen, die sich im „As-

5 Ebd., vgl. Zsuppán 316 und Herczeg 38. Zur Ausstellung falscher Papiere für den heimkehrenden Béla Kun siehe auch ÖSTA/KA, Nachlaß Hornbostel, E/1700: 57, 9.

6 Hobsbawm, Zeitalter der Extreme 20–33.

7 Hildermeier, Russische Revolution 40.

8 In diesem Zusammenhang sei unter anderen an die Vorbildwirkung und Anziehungskraft Černyševskijs, Nečaevs und Tkačevs auf die jungen russischen Revolutionäre des ausgehenden 19. Jahrhunderts erinnert. Dazu unter anderen: Rauch 5, Stökl 568–573.

keten der Bewegung“ ein Symbol schuf, welches auch nach dem „Sieg der Revolution“ sowie der Vergrößerung der Partei und Aufnahme neuer Funktionäre Anziehungskraft besaß und zur Stilisierung beziehungsweise Legendenbildung taugte.

Die hervorragende Rolle, die den Kadern im Prozeß der Machteroberung und -behauptung durch die Bol'ševiki zukam, zeigte sich schließlich in den innerrussischen Vorgängen der Jahre 1917 und 1918 gerade am Mißverhältnis zwischen den Modellen der „Parteiavantgarde“ und den Emotionen und Zielsetzungen der „realen ‚Massen‘, die oft eine ganz andere Richtung einschlagen wollten als ihre Eliten“[9].

Die fundamentale soziale Bewegung, die sich in Rußland im Laufe des Jahres 1917 fast vollständig der Kontrolle durch die aus der Februarrevolution hervorgegangene Provisorischen Regierung entzogen hatte, wußte Lenin für sich zu nutzen. Die Erlässe und Verordnungen der neuen Sowjetmacht im Oktober/November 1917 schienen das Bündnis zwischen den Bedürfnissen der Mehrheit der Bevölkerung und den Intentionen der neuen Regierung zu besiegeln. Mittel- und langfristig beruhte das Verhältnis zwischen „Führung und Volk“ allerdings auf Mißverständnissen und unüberbrückbaren Gegensätzen, die sich beispielsweise in der Agrarfrage manifestierten. „Das ‚Dekret über Grund und Boden‘, das in seinen Hauptbestimmungen festlegte, daß ‚das Privateigentum an Grund und Boden entschädigungslos aufgehoben ist und die örtlichen Agrarkomitees über das ganze Land verfügen, um es neu zu verteilen‘, war in Wirklichkeit nur eine nachträgliche Legitimation dessen, was seit dem Sommer 1917 in vielen Landgemeinden durchgeführt worden war: Man hatte sich das Land der Großgrundbesitzer und der reichen Bauern […] angeeignet. Für den Augenblick waren die Bolschewiki gezwungen, sich an diese selbständige Bauernrevolution zu halten […]. Zehn Jahre später werden die Bolschewiki jedoch wieder auf ihr Programm zurückkommen. Die Zwangskollektivierung der Landwirtschaft bedeutet den Höhepunkt in der Auseinandersetzung zwischen dem aus der Oktoberrevolution von 1917 hervorgegangenen Regime und der Bauernschaft und führt zur tragischen Auflösung des Mißverständnisses von 1917.“[10]

Widersprüche wurden darüber hinaus aber auch in der Nationalitätenfrage offenbar, wobei die Bol'ševiki früh das proklamierte Recht auf Selbstbestimmung in erster Linie den ökonomischen Interessen des Staates unterordneten, „der zumindest in territorialer Hinsicht in viel stärkerem Maße als die provisorische Regierung als Erbe des ehemaligen Zarenreiches auftrat“.[11]

Signifikanterweise manifestierten sich die Gegensätze zwischen den Programmen der Regierung und den Erwartungen der „Massen“ ausgerechnet im Kampf um die zukünf-

---

9 Hobsbawm, Zeitalter der Extreme 103f.

10 Werth 65.

11 Ebd. 66.

tige Stellung jener Organisationen, die wesentlich zur Beseitigung des alten Systems beigetragen hatten und den neuen Staat mitzugestalten beanspruchten. Gewerkschaften, verschiedene sozialistische Parteien und vor allem die Räteinstitutionen wurden demgegenüber von Lenin und seinen Gefolgsleuten rasch dem bolschewistischen Apparat unterstellt oder eliminiert. Die Enttäuschung der Arbeiter, die auch in Fragen der betrieblichen Mitsprache wenig vom Regime zu erwarten hatten, steigerte sich noch durch zunehmendes soziales Elend, das bereits wenige Wochen nach dem „Umsturz im Namen der Sowjets" zu ersten Streikwellen führte. „Das Zusammentreffen von ganz unterschiedlichen [...] Revolutionsbewegungen und einer politischen Praxis, die jegliches Teilen der Macht von vornherein ausschloß, führte schnell und zwangsläufig zu einem Gewalt und Terror erzeugenden Konflikt zwischen der neuen Macht und großen Teilen der Gesellschaft."[12]

Um so stärker hatte die sukzessive zur Alleinherrschaft tendierende bolschewistische Bewegung die Verläßlichkeit und die Vergrößerung ihrer *Kader* im Kampf gegen breitgefächerten Widerstand im Auge zu behalten. Dabei hoffte die Sowjetführung nicht zuletzt auf die Rekrutierung weiterer Parteisoldaten aus dem Heer der bis zu diesem Zeitpunkt in Rußland festgehaltenen *Kriegsgefangenen*, welche sich vor allem von den Friedensparolen Lenins und Trockijs angezogen fühlten und aus deren Sicht über die im Hinblick auf drohende bewaffnete Konflikte entscheidenden militärischen Qualifikationen verfügten.

Soldaten der Mittelmächte, die sich wie Béla Kun den Bol'ševiki zur Verfügung stellten, konnten dem Regime jedoch noch in einem weiteren Betätigungsfeld gute Dienste leisten. Schließlich hatte Lenin „seine Entscheidung, Rußland auf den Sozialismus zu verpflichten", mit der anstehenden Weltrevolution gerechtfertigt. Er war überzeugt, daß „die Bedingungen für eine sozialistische Revolution in Rußland einfach nicht gegeben waren", die „revolutionären Kräfte über die schwache bürgerlich-liberale Revolution hinweg aber zu einer ‚permanenten Revolution' fortschreiten" würden, „eine von Marx aufgegriffene Bezeichnung, die während der Revolution vom jungen Trockij wiederbelebt worden war".[13] Für die marxistischen Revolutionäre in Rußland schien es daher unumgänglich, „ihre Revolution in andere Länder zu tragen".[14] Den Bol'ševiki eröffnete sich auf kurze Sicht lediglich die Perspektive, bis zur erwarteten Revolution in den industrialisierteren Gebieten West- und Mitteleuropas, insbesondere mit Blick auf Deutschland, auszuharren und indessen die Vorbereitungen auf einen Export der Revolution in günstigeren Augenblicken voranzutreiben. Eine solche Betrachtungsweise traf sich darüber hinaus mit Lenins Ansicht, „daß proletarische Revolutionen nicht allein dem Entwicklungsprozeß der revo-

12 Ebd.
13 Hobsbawm, Zeitalter der Extreme 82f.
14 Ebd.

lutionären Bedingungen überlassen werden dürfen, sondern planmäßig organisiert werden müßten".[15]

In diesem Sinne bemühten sich die Bol'ševiki bereits zur Jahresmitte 1917 um die Kriegsgefangenen, die als Bindeglied zwischen den verschiedenen revolutionären Bewegungen Zentral- und Osteuropas fungieren sollten. „Der Aufenthalt hunderttausender Proletarier aus den Ländern der Mittelmächte in Rußland", ließ die Pravda vom 16. (3.) Juni 1917 in hochtrabenden Worten verlautbaren, „muß von uns genutzt werden, um mit ihnen unsere internationalen Parteiverbindungen zu festigen, um das Gefühl der Arbeitersolidarität, unsere Einheit gegen die gemeinsamen Feinde – die Imperialisten aller Länder – erstarken zu lassen."[16]

Nach der „Oktoberrevolution" wurde verstärkt unter den in Rußland befindlichen Soldaten der Zentralmächte agitiert und Kaderpersonal aus den Gefangenenlagern für die weltrevolutionären Ziele der Bol'ševiki gewonnen.

Die Position des Sowjetregimes hatte sich dabei im Laufe des Jahres 1918 noch deutlicher gegenüber der alten Sozialdemokratie als sozialistische Alternative profiliert. Unter anderem durch die Auseinandersetzung zwischen Karl Kautsky, dem bedeutendsten marxistischen Theoretiker der II. Internationale, der den „Coup der Bol'ševiki" verurteilte, ihre Herrschaft als „Diktatur einer Partei über das Proletariat" einer scharfen Kritik unterzog und einen „Sozialismus ohne Demokratie für undenkbar" erklärte, und Lenin, der die proletarische Demokratie in Form des Rätemodells als überlegenes System gegenüber dem Parlamentarismus präsentierte und die Notwendigkeit der revolutionären Gewalt betonte, etablierte sich das Programm der „Oktoberrevolution" weit über die spezifischen Bedingungen Rußlands hinaus als allgemeines Modell des sozialistischen Internationalismus, als „Weltbolschewismus" mit dem Anspruch auf universelle Gültigkeit und Herrschaft.[17]

Die Umwälzungen im Deutschen Reich und der Zerfall der Donaumonarchie boten Lenin und seinen Weggefährten, die sich seit dem März 1918 auch nominell von der alten Sozialdemokratie als „Kommunistische Partei Rußlands (Bol'ševiki)" abgegrenzt hatten, die herbeigesehnte Gelegenheit, ihren politischen Prinzipien außerhalb des eigenen Herrschaftsgebietes zur Wirkung zu verhelfen. Nicht zuletzt durch ehemalige Kriegsgefangene, die in Sowjetrußland „ausländische Kommunisten" wurden und damit den Kern einer künftigen internationalen marxistisch-leninistischen Bewegung bildeten, sollten die Grundgedanken bolschewistischer Politik nach Mitteleuropa getragen werden. Der Tätigkeit russischer Kriegsgefangenenmissionen und revolutionärer Rußlandheimkehrer, unter

15 Braunthal, Geschichte der Internationale, Bd. 1, 133.

16 Pardon/Shurawljow 8.

17 McDermott/Agnew 7.

denen Béla Kun unzweifelhaft eine führende Position innehatte, schenkte dementsprechend nicht nur die organisierte Arbeiterbewegung in Deutschland und den Nachfolgestaaten Österreich-Ungarns besondere Aufmerksamkeit. Als Einflußfaktor weit über ihre zahlenmäßige Stärke hinaus wurden kommunistisch gesinnte Heimkehrer aus der Gefangenschaft als „Avantgarde des Weltproletariats" zu einem wesentlichen Erscheinungsbild in den krisengeschüttelten Ländern Mittel- und Osteuropas nach dem Ende des Ersten Weltkrieges und spielten als Wegbereiter der III. Internationale eine politische Rolle, die weit über die Jahre 1917 bis 1920 hinausführt.

Detailliertere Studien zur Entwicklung der Sowjetunion und der Komintern sowie Überblicksarbeiten zur Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts verwiesen in diesem Zusammenhang stets kurz und mit unterschiedlichen Schlußfolgerungen auf die Gefangenenthematik.[18]

Bisherige Darstellungen konnten allerdings die damit verbundenen Wechselwirkungen keineswegs in ihrem vollen Ausmaß aufzeigen. Gefangenschaft und Heimkehr als bedeutenden Faktor einer breit angelegten politischen Geschichte des Ersten Weltkrieges und seiner Folgen zu verstehen, mußte letztlich auch an einer Kommunismusforschung scheitern, die sich in der Regel mehr an die obersten Instanzen der Sowjetunion beziehungsweise der Komintern, an die Führer der Bol'ševiki, ihre theoretischen Konzepte und zentralen Verordnungen, gebunden fühlte als an die Analyse von Werthaltungen und Erwartungen untergeordneter Parteiinstanzen beziehungsweise breiterer Bevölkerungsteile.

Andererseits hatte die Historiographie auch auf dem Gebiet der *Kriegsgefangenen- und Heimkehrproblematik* bis zu den Achtzigerjahren wenig zu bieten. Nicht zufällig zeigten sich die Pioniere des Themenbereiches, wie etwa Gerald H. Davis von der Georgia State University in Atlanta, der sich vorrangig mit der Gefangenschaft in Rußland während der Jahre 1914 bis 1920 befaßte, erstaunt über das geringe Interesse ihrer Kollegen. Dazu Davis 1982: „Mehr als zwei Millionen Soldaten wurden im Ersten Weltkrieg von den Russen gefangengenommen [...]. Bedenkt man, daß etwa 40% dieser Kriegsgefangenen in Rußland verschollen oder ums Leben gekommen sind, daß die Überlebenden unter schlimmsten Lebensbedingungen, gleichgültiger Verwaltung und unter Revolutionswirren gelitten haben, daß die Gefangenen durch Kontakt mit den Russen und durch ihre Arbeiten und

18 Banac, The Communist Party of Yugoslavia 191–195; Borkenau 28, 34; Braunthal, Geschichte der Internationale, Bd. 2, 147f., 159–162 und 181; Chamberlin, Bd. 2, 358; Fowkes 59f.; Hájek/Mejdrová 22; Hobsbawm, Zeitalter der Extreme 91f., 56f., 61, 63f. und 73f.; Karchmar, Communism in Romania 138f., 150f.; Lazitch/Drachkovitch 43f., 51, 67, 118–122, 132ff.; McDermott/Agnew 11; Pastor, One step forward, two steps back 87–92, 110f.

Ideen einen beträchtlichen Eindruck bei der russischen Bevölkerung hinterlassen haben und daß der Aufenthalt in Rußland umgekehrt die Kriegsgefangenen tief und dauerhaft geprägt hat, so muß man sich wundern, daß es so wenig wissenschaftliche Arbeiten über dieses Problem gibt."[19]

Demgegenüber avancierten die Aspekte Gefangenschaft und Heimkehr jedoch seit der Mitte der Achtzigerjahre gerade in zahlreichen populärwissenschaftlichen und journalistischen Arbeiten zu Modethemen, während Historiker für den Forschungsschwerpunkt nach wie vor grundlegende inhaltliche Fragestellungen sowie theoretische und methodische Konzeptionen suchen. Dieser Sachverhalt verdeutlichte sich im Rahmen von Symposien einer allmählich entstehenden Kriegsgefangenenforschung innerhalb der wissenschaftlichen Geschichtsschreibung in den letzten Jahren. So versuchte beispielsweise eine Tagung von Befürwortern innovativer militärgeschichtlicher Studien am 26. und 27. September 1997 in Freiburg die bisherigen Mängel einerseits sowie den interdisziplinären Charakter der Kriegsgefangenenthematik und das Erlebnis der „Gefangenschaft" als Massenphänomen des 20. Jahrhunderts mit seinen weitreichenden Konsequenzen für die Nachkriegsgeschichte andererseits herauszustreichen.[20] Im Dezember des gleichen Jahres machte eine vom Institut für Weltgeschichte der Russischen Akademie der Wissenschaften organisierte internationale Konferenz zum Thema „Kriegsgefangene im Ersten Weltkrieg", in deren Verlauf sich Historiker aus Rußland, Deutschland, Frankreich, Italien, den Niederlanden, Österreich, Ungarn und den USA mit politischen, sozialen, ökonomischen und psychologischen Aspekten der Gefangenschaft auseinandersetzten, ebenfalls auf Schwächen gegenwärtiger Studien aufmerksam und betonte zugleich die Notwendigkeit, der Kriegsgefangenen- und Heimkehrerforschung zu einem theoretischen Unterbau und damit zu einer fundierten Strukturierung zu verhelfen.[21]

Schließlich hatten sich die Forscher bislang vom Versuch ferngehalten, Fragen zu Gefangenschaft und Heimkehr mit wissenschafts- beziehungsweise geschichtstheoretischen Überlegungen zu verknüpfen, um zunächst über Anzahl und Art der zur Verfügung stehenden Quellen Auskunft geben zu können und feststellen zu müssen, daß zur Kriegsgefangenenproblematik im zwanzigsten Jahrhundert ein ebenso umfangreicher wie unüberschaubarer sachspezifischer Quellenbestand existiert, dessen Aussagekraft und mögliche Benutzbarkeit hinsichtlich weitreichender historiographischer Interpretationen und Modelle noch kaum abzuschätzen ist. Gerade hier fehlte es in vielen Fällen nicht nur an der Bereitschaft, aktuelle Strömungen der Sozial- und Kulturwissenschaften im allgemei-

---

19 Davis, Deutsche Kriegsgefangene 37.

20 Diesbezüglich sei auf die Ausführungen Rüdiger Overmans' in: Arbeitskreis Militärgeschichte e. V., Newsletter 5 (Dezember 1997), 7f., verwiesen.

21 Leidinger, Gefangenschaft und Heimkehr 333.

nen und der Geschichtswissenschaft im speziellen zu berücksichtigen, sondern auch am Bemühen, bewährte Methoden der Quellenkritik und weitreichendere Interpretationsansätze im Rahmen einer „traditionelleren" Historiographie zu beachten. Unter diesen Umständen ist es nicht verwunderlich, daß Ergebnisse fachspezifischer Studien beinahe ansatzlos in narrativ-deskriptiver, mitunter unkritischer Form präsentiert werden, Darstellungen prinzipielle Erörterungen vermissen lassen und viele Arbeiten zur Problematik folglich auch die anerkannten Beispiele einer sogenannten „konventionellen" Geschichtsschreibung nicht erreichen.

Eine Annäherung an Wissenschafts- beziehungsweise Geschichtstheorie im Dienste der Gefangenenthematik hat allerdings zunächst wiederum einige Vorbedingungen ins Auge zu fassen: Unter anderem sind grundlegende Charakteristika der Historiographie im zwanzigsten Jahrhundert, Aspekte der Aufarbeitung und Darstellung von Kriegsgefangenen-Schicksalen des Ersten Weltkrieges seit den zwanziger Jahren und Wechselwirkungen zwischen den Entwicklungslinien der Geschichtswissenschaft und der Beschäftigung mit Gefangenschaft und Heimkehr aufzuarbeiten. Schließlich muß in diesem Zusammenhang die Frage erörtert werden, weshalb sich Historiker erst in den letzten Jahren mit der Thematik genauer auseinanderzusetzen begannen.

Dabei sollten vor allem zwei Gesichtspunkte Berücksichtigung finden: zum einen die allgemeine Entwicklung der Sozialgeschichtsforschung mit ihren Auswirkungen auf die Gefangenenthematik und zum anderen die Veränderungen in Osteuropa, die es ermöglichten, auf die so wichtige Frage der Kriegsgefangenen in Rußland unter Berücksichtigung neuer Dokumente Antworten zu geben. Beide Aspekte sind an dieser Stelle ausführlicher zu behandeln.

I. Kriegsgefangenen- und Heimkehrergeschichte ist im weitesten Sinn Sozialgeschichte: Als klar definierte Gruppe waren die Kriegsgefangenen den wirtschaftlichen sowie politischen Erwägungen und Entscheidungen des jeweiligen Feindstaates beinahe hilflos ausgesetzt. In den Gefangenenlagern entwickelte sich andererseits eine differenzierte Gesellschaft, Lagerhierarchien entstanden. Nach ihrer Rückkehr beeinflußten die ehemaligen Kriegsgefangenen die Geschicke ihrer Heimatländer nachhaltig. Die Reintegration der Heimkehrer wurde zur gesamtgesellschaftlichen Herausforderung, die staatliche Sozialpolitik gegenüber Heimkehrern sowohl nach dem Ersten als auch nach dem Zweiten Weltkrieg zum vorrangigen Thema.

Darüber hinaus schuf das Erlebnis der Gefangenschaft die Voraussetzung zur Ausbildung einer sozialen Identität der Heimkehrer.[22] Hans Weiland, Ehrenvorsitzender der

22 Dazu: Davis, Gerald H.: Prisoners of War as Social Communities in Russia, Krasnojarsk 1914–1921. In: East European Quarterly, Jg. 21, Nr. 2, 1987, 147–163.

Bundesvereinigung ehemaliger österreichischer Kriegsgefangener (B.e.ö.K.), neben der Reichsvereinigung ehemaliger Kriegsgefangener in Deutschland der größte Verband von Heimkehrern aus der Gefangenschaft im deutschsprachigen Raum während der Zwischenkriegszeit, hat diesen Gemeinschaftssinn in einem noch höheren Maße beschworen, als er tatsächlich vorhanden war. „Die B.e.ö.K.", so Weiland 1925, „ist aus dem ‚Reichsverein der ehemaligen Krasnojarsker Kriegsgefangenen' [...] hervorgegangen. [...] Kameraden dieses größten, wohl auch ereignisreichsten, sicherlich aber bestorganisierten Lagers Rußland-Sibiriens, das doch die meisten ‚Sibiriaken' passierten und Tausende volle sechs Jahre ‚Heim' nennen mußten, bilden ihren festen Grundstock. Harte Schicksale, bitterstes gemeinsames Leid, Typhus und Skorbut, Frost und Hunger, Kosakenüberfälle und Roheiten aller Art, vor allem aber die Aufregungen und Stürme mehrerer Revolutionen, die schrecklichen Stunden der Meuterei der Lagergarnison wie des darauf verhängten Standrechtes und Kriegsgerichtes der tschechischen Legionäre haben diesen Block geschaffen, der nach solchen Erlebnissen in der Heimat fast mit Naturgesetzlichkeit als erster hervortrat."[23]

„Die in ethischer und sozialer Beziehung wertvollen Erfahrungen und Energien" wollte die Bundesvereinigung „zu gegenseitiger Förderung im Dienste der Allgemeinheit" verwerten.[24] Zahlreiche weitere Verbände beriefen sich ebenfalls auf das Entstehen eines Gemeinschaftssinnes durch die Erlebnisse der Gefangenschaft. Daß aber dem umfassenden Untersuchungsbereich die notwendige Aufmerksamkeit der historischen Wissenschaften nicht zuteil wurde, kann mithin nur anhand der Entwicklung der Sozialgeschichtsforschung selbst erklärt werden.

Im Umfeld von Philosophen, Psychologen, Anthropologen, Geographen und Sozialwissenschaftern übten am Beginn dieses Jahrhunderts Marc Bloch und Lucien Febvre, die bedeutendsten Persönlichkeiten der ersten Generation jener heterogenen Historikergruppierung, welche später nach ihrer Zeitschrift „Annales"-Bewegung genannt wurde, fundamentale Kritik an der „traditionellen" Geschichtsschreibung. Die herkömmliche Darstellung von politischen und militärischen Ereignissen, „präsentiert als Geschichte der großen Taten großer Männer – der Feldherren und Könige"[25], sollte in Frage gestellt werden. Eine Hinwendung zur Interdisziplinarität, zur Geschichte der Strukturen, aber auch eine stetige Auseinandersetzung um die Begriffe „Determinismus" und „menschliche Freiheit" charakterisierte das Unternehmen „Annales", dessen Beitrag zur Etablierung der Sozialgeschichte gar nicht hoch genug eingeschätzt werden kann. Erst das Interesse für das „Kol-

23 Der Plenny. Organ der Bundesvereinigung ehemaliger österreichischer Kriegsgefangener, Folge 9 (1.9.1925) 1f.

24 Ebd.

25 Burke, Peter: Offene Geschichte. Die Schule der „Annales". Berlin 1991, 11.

lektive", das nicht nur dem „Individuellen" gegenübergestellt, sondern von Fernand Braudel, dem vielleicht theoretischsten Kopf der Annales, sogar in den Vordergrund gerückt wurde, hat Begriffe und Methoden hervorgebracht, mit denen es möglich ist, kollektive Schicksale wie das der Kriegsgefangenschaft auf völlig neue Art zu untersuchen.

Es sollte in diesem Zusammenhang nicht unerwähnt bleiben, daß in Frankreich eine intensivere Auseinandersetzung mit der Kriegsgefangenenthematik nach dem Zweiten Weltkrieg unter der Ägide der Annales-Historiker begann.[26] In Deutschland und Österreich haben Sozial- und Kulturgeschichte länger auf sich warten lassen. Die verspätete Rezeption der Annales ist dafür nur ein Indikator. Die politische Geschichte behielt in den fünfziger und sechziger Jahren ihre dominierende Stellung. Obwohl auch im deutschen Sprachraum zur Jahrhundertwende sozial- und wirtschaftsgeschichtliches Interesse erwachte, dürften die Erfahrungen von 1914–18 und 1933–45 zur Konzentration auf den Nationalsozialismus und politisch-militärische Aspekte der beiden Weltkriege geführt haben.[27]

In der modernen Zeitgeschichtsforschung, die während der sechziger Jahre noch in den Kinderschuhen steckte, gehörte Sozialgeschichte zunächst ebenfalls nicht zum bevorzugten Arbeitsgebiet. Kriegsgefangenen- und Heimkehrergeschichte ist davon zumindest mittelbar betroffen. Daß erst junge und jüngste Historikergenerationen den Forschungsbereich für sich entdecken, ist ohne diesen Hintergrund schwer verständlich. Man darf nicht vergessen, welch geringe gesellschaftliche Gestaltungsmöglichkeiten führende Persönlichkeiten der „traditionellen" Geschichtsschreibung den „breiten Massen" zubilligten: Die richtungsweisenden Entscheidungen werden nach deren Meinung grundsätzlich von wenigen getroffen. Demzufolge ist die Menge passiv und nicht durch ihr eigenes Handeln bestimmt.

Die Kriegsgefangenen paßten noch leichter in dieses Bild. Hinter Stacheldraht ging oft der letzte Handlungsspielraum verloren. Vor allem Offiziere, die im Unterschied zu den Mannschaftsangehörigen in der Regel nicht auf Arbeit geschickt wurden und daher den Großteil der Zeit in Lagern verbringen mußten, haben unter der Passivität außerordent-

---

26 1953/54 gründete man eine Unterkommission des „Comité d'Histoire de la deuxième guerre mondiale", die sich mit der Kriegsgefangenenproblematik auseinandersetzte. 1957 wurde eine Ausgabe der „Revue d'histoire de la deuxième guerre mondiale" dem Thema gewidmet. – Michel, Henri: Les travaux de la commission d'histoire de la captivité. In: Revue d'histoire de la deuxième guerre mondiale, Bd. 7, Nr. 25, Paris 1957, 78–87. In Westdeutschland wurde immerhin das Schicksal der in Gefangenschaft geratenen Wehrmachtsangehörigen in einem mehrbändigen, von Erich Maschke herausgegebenen Werk geschildert und die Gesamtthematik überdies auf der organisatorischen Basis einer „Wissenschaftlichen Kommission für Kriegsgefangenengeschichte" in München behandelt. Siehe dazu: Schlesinger 60.

27 Burke 99.

lich gelitten: Die Gefangenschaft führte bei ihnen zu einem ständigen Wechsel von Gereiztheit und Apathie – vor allem der Verlust der Konzentrationsfähigkeit und schließlich die völlige Gleichgültigkeit gegen jeden äußeren Einfluß wurden zum Symptom der sogenannten „Gefangenenpsychose".[28]

Hatte schon die Sozialgeschichte oder gar die „Geschichte von unten" in der Historiographie bis in die sechziger Jahre kaum Aussicht auf Erfolg, so war die Kriegsgefangenenproblematik um so stärker von der „Aura des Passiven" umgeben. Die Geschichtsschreibung des 19. und eines guten Teiles des 20. Jahrhunderts erklärte gewissermaßen das „Monumentalische"[29] zum Wesen der Historie. Die Annales und besonders Fernand Braudel rückten daraufhin Strukturen in den Mittelpunkt, die den Menschen determinieren und das Ereignis zum oberflächlichen Erscheinungsbild degradieren. „Es ist wohl bezeichnend, daß Braudel in seinen Schriften wiederholt die Metapher vom Gefängnis verwendet, den Menschen ‚als Gefangenen' nicht nur seiner natürlichen Umwelt betrachtet, sondern auch seiner mentalen Bedingungen."[30] Braudel schrieb die Rohfassung seines bedeutendsten Werkes „La Mediteranée" während des Zweiten Weltkrieges in einem Gefangenenlager bei Lübeck. Es könnte eine lohnende Aufgabe sein, den Einfluß der Gefangenschaft auf sein Schaffen zu untersuchen. Die Erforschung der Kriegsgefangenen-Heimkehrer-Geschichte ist jedenfalls vom Bedeutungswandel des „Kollektiven" in der Historiographie nicht zu trennen.

II. Speziell für die mitteleuropäischen Länder ist die wissenschaftliche Untersuchung der Kriegsgefangenschaft in Rußland vorrangig. Ein großer Teil der Gefangenen beider Weltkriege befand sich in russischen Lagern. Rußland ist für viele das Land der Gefangenschaft, Sibirien weniger geographischer Begriff, sondern vielmehr das Synonym für Unfreiheit, Verbannung und Tod.

Mit den Kriegsgefangenen des Zweiten Weltkrieges in Rußland beschäftigt sich in Österreich seit 1992 Stefan Karner.[31] Während eines Forschungsaufenthaltes zu einem anderen Untersuchungsbereich machte er sich mit der Kriegsgefangenen-Heimkehrerproblematik vertraut. „Ich spürte", sagte Karner 1993, „daß es sich dabei um ein wichtiges

28 Brändström, Elsa: Unter Kriegsgefangenen in Rußland und Sibirien 1914–1920. Berlin 1920, 52.

29 Den Begriff prägte Friedrich Nietzsche in seinem Buch „Vom Nutzen und Nachteil der Historie für das Leben". Er bezeichnet damit das Außerordentliche, Schöne und Erhabene, das ewig existiert und von wenigen hervorgebracht wird. – Nietzsche, Friedrich: Vom Nutzen und Nachteil der Historie für das Leben. Zürich 1984, 19–27.

30 Burke 44f.

31 Stefan Karner hat dazu unter anderem die Fernsehdokumentation „Die verlorenen Jahre" und eine Monographie unter dem Titel „Im Archipel GUPVI. Kriegsgefangenschaft und Internierung in der Sowjetunion 1941–1956" präsentiert.

Thema für die österreichische Zeitgeschichte handelt, das bislang noch kaum bearbeitet wurde. Die Heimkehrer beeinflußten die Geschicke unseres Landes im politischen und wirtschaftlichen Bereich zum Teil noch bis vor wenigen Jahren. Sie waren im Österreich des Ständestaates und Nationalsozialismus groß geworden, kamen zur Deutschen Wehrmacht und sollten in den Kriegsgefangenenlagern ‚antifaschistisch' umerzogen werden. Nach all dem kehrten sie nun in eine Gesellschaft zurück, die im Begriffe war, eine demokratische zu werden. Mit welcher politischen Haltung also beteiligten sie sich am Wiederaufbau in der Heimat bzw. führten sie dieses Land in eine neue Zukunft? Die österreichische Geschichte der Zweiten Republik ist ohne die Geistes-, Motivations- und Ideen-, ja sogar Sozialgeschichte in ihrer breiten Definition von Gesellschaftsanalyse kaum faß- und erklärbar."[32]

Das Interesse an Forschungen in Rußland selbst nahm durch die politischen Veränderungen in Osteuropa sprunghaft zu. Durch die Öffnung der Archive konnte man erstmals Antworten auf Fragen erwarten, die jahrzehntelang ungelöst geblieben waren. Neben Stefan Karner haben unzählige andere westliche Forscher die Chance wahrgenommen, in der ehemaligen Sowjetunion wissenschaftlich zu arbeiten. Viele junge Historiker nützten die Gelegenheit, russische Kollegen, deren Arbeiten und Methoden kennenzulernen. Kooperationen waren und sind die Folge, einer gründlichen Aufarbeitung der Kriegsgefangenen-Heimkehrer-Thematik eröffneten sich völlig neue Perspektiven.

Historiker, die sich seit geraumer Zeit mit Gefangenschaft und Heimkehr beschäftigen, haben jedoch gleichzeitig mit den neuen Möglichkeiten archivalischen Forschens und einer gründlichen Reflexion der „nouvelle histoire", die nicht nur in Gestalt der „Annales-Bewegung" erfolgreich an der ereignis- und politikorientierten Geschichtsschreibung Kritik übte, einen neuerlichen wissenschaftstheoretischen Paradigmenwechsel zu verarbeiten, der eine generelle Infragestellung der „Meta-Erzählungen", des Marxismus und Strukturalismus sowie eine Neuordnung der interdisziplinären Koalitionen und massive Kritik an der erkenntnistheoretischen „Naivität" der Quantifizierung mit sich brachte.[33] Vor allem in den USA und in Westeuropa begannen sich „postmoderne" Sichtweisen historischer Phänomene und Prozesse durchzusetzen, die unter dem Schlagwort „Geschichte ohne Zentrum" allgemein für eine Pluralisierung wissenschaftlichen Umgangs mit der Vergangenheit und – spezifischer – für den Abschied von teleologischen Geschichtsbildern und einer unvermittelt wahrnehmbaren „Wirklichkeit" stehen.[34]

---

32 Arche, Nr. 2 (August 1993) 21.

33 Conrad, Christoph/Kessel, Martina: Geschichte ohne Zentrum. In: Dies. (Hgg.): Geschichte schreiben in der Postmoderne. Beiträge zur aktuellen Diskussion. Stuttgart 1994, 10.

34 Ebd. 16.

Auf wissenschaftlichen Tagungen werden Zweifel an einer wie immer gearteten Verfügbarkeit von „Wirklichkeit" und „Wahrheit" angemeldet. Doch bleiben vor allem im Gefolge sozialpolitischer und kapitalismuskritischer Debatten seit dem Beginn der neunziger Jahre postmoderne Konzepte nicht unwidersprochen.[35] Führende Theoretiker einer Ablehnung essentieller „Mythen der Moderne" verweisen zum Teil selbst, wie etwa der kürzlich verstorbene französische Philosoph Jean-Francois Lyotard, der in seinem Werk „den Wunsch nach Gerechtigkeit und nach dem Unbekannten" betonte, auf die Notwendigkeit, dem Streben nach Verbindlichkeit grundsätzliche Bedeutung beizumessen.[36] Auffällig ist diesbezüglich auch das Bedürfnis zahlreicher Vordenker historiographischer „Dekonstruktion", die „großen Erzählungen" sowie strukturorientierten Ansätze prinzipiell nicht auszuschließen, ja mitunter sogar herbeiführen zu wollen.[37] Eine Annäherung an die Frage der Legitimierung und Positionierung der Geschichtswissenschaft im allgemeinen und der verschiedenen historischen Disziplinen im speziellen darf demgemäß die gegenwärtigen Diskussionen im Spannungsfeld zwischen Moderne und Postmoderne vor dem Hintergrund der Entwicklung geschichtsphilosophischer Modelle und ihrer „Schwundstufen"[38] nicht außer acht lassen.

Entsprechend allen anderen Untersuchungsbereichen der Historiographie muß folglich die Kriegsgefangenen-Heimkehrer-Forschung sowohl Bekenntnisse zur „neuen Unübersichtlichkeit" und zur „Fiktion des Vergangenen" als auch Tendenzen zur Objektivierung, zur Suche nach gesellschafts- und wissenschaftsrelevanten Bewertungskriterien berücksichtigen. Infolgedessen müssen stereotype themenspezifische Darstellungs- und Erklärungsmuster zunächst anhand der verwendeten Materialien „dekonstruiert", standortbezogene Subjektivitäten aufgezeigt und beträchtliche Teile der themenspezifischen Dokumente von ihrer gleichsam vordergründigen Bedeutungsebene befreit beziehungsweise unter Einbeziehung historischer Kontexte auf zusätzliche, mitunter wesentlichere Inhalte untersucht werden.

Die solcherart „decouvrierten" Quellenbestände werden damit zu Bausteinen problemorientierter Untersuchungen, welche sich – wie in dieser Studie intendiert – unter anderem mit der Bedeutung revolutionärer Kriegsgefangener für den Verlauf und den Ausgang der politischen und militärischen Konflikte auf dem Territorium des ehemaligen Zarenreiches befassen oder mit der internationalistischen Politik Moskaus beziehungsweise der

35 Assheuer, Thomas: Der Schnee von gestern. Was bleibt von der Postmoderne? Die alte Realität kehrt ins neue Denken zurück. In: Die Zeit, Nr. 34 (13.8.1998) 36f.

36 Ebd.

37 Conrad/Kessel 25f.

38 Nagl-Docekal 8.

Tätigkeit der Komintern in Mitteleuropa auf der Grundlage von Personalverbänden, die während der Gefangenschaft entstanden, auseinandersetzen.

Darüber hinaus bringt sich eine kritische Untersuchung der Gefangenenthematik vor dem Hintergrund aktueller epistemologischer Debatten in einen unter anderem auch in der Osteuropaforschung erkennbaren Diskurs um Gesamtheitlichkeit, Kontextualität, um das Verhältnis zwischen „Macht und Masse" sowie um die soziale Identität und insbesondere Selbstdefinition niederer und kleinerer Gesellschaftsgruppierungen ein. Den Beziehungen der großen Zahl von Kriegsgefangenen, die sich nicht auf die Seite der „Revolution im Namen der Räte" schlugen, zu den Boľševiki beziehungsweise zur sowjetischen Führung kommt dabei im gesamten Untersuchungsbereich „Gefangenschaft und Heimkehr" jener Stellenwert zu, den Studien über Mittel und Formen primär affektiver Bindung der Bevölkerung an das Regime innerhalb der Erforschung russischer Geschichte im allgemeinen einnehmen.[39]

Überdies hat das breitgefächerte Unternehmen, Aspekte der Gefangenschaft und der kommunistischen Bewegung in ihren Wechselwirkungen zu zeigen, allgemeine revolutionäre Entwicklungen in den Jahren 1917 bis 1920 mit den Erlebnissen und Bestrebungen der Kriegsgefangenen zu vergleichen, grundlegende Veränderungen ihrer weltanschaulichen Positionen zu beachten und Langzeitwirkungen der Gefangenschaft zu thematisieren. Nicht zuletzt sind die Erfolgsaussichten marxistisch-leninistischer Konzepte in den Herkunftsländern der Kriegsgefangenen anhand struktureller Vorbedingungen Mittelosteuropas und machtpolitischer sowie ideologischer Faktoren zu beurteilen, die die Geschichte des zwanzigsten Jahrhunderts mittel- und langfristig dominierten.

Schließlich stiegen aus den weitreichenden Erschütterungen nach dem Ende des Ersten Weltkrieges Kräfteverhältnisse empor, die gerade für jene Rußlandheimkehrer schwer einzuschätzen waren, welche sich vom Enthusiasmus und Optimismus der revolutionären Arbeiterbewegung leiten ließen. Immerhin verkörperten die kommunistischen Kader aus den Reihen der Kriegsgefangenen als Repräsentanten Lenins außerhalb Sowjetrußlands das sich schnell entwickelnde „Schreckbild des Bolschewismus"[40] und gerieten damit in ein bipolares Konfliktfeld, das als Gegengewicht zu den „Ideen der Oktoberrevolution" antibolschewistische Positionen generierte und vordergründig eine fast *vollständige Ideologisierung der politischen Landschaft* mit sich zu bringen schien.

Béla Kun und seine Gefährten erwiesen sich dabei als geeignete Zielscheiben eines beinahe täglich schärfer werdenden antikommunistischen Tones. Dabei kam den Kritikern

39 Hildermeier, Osteuropäische Geschichte an der Wende 251–253.

40 Dazu insbesondere die Arbeit von Merz, Kai-Uwe: „Das Schreckbild. Deutschland und der Bolschewismus 1917–1921. Berlin 1995.

nicht nur das Eintreten der „Moskauer Emissäre“ für die tiefgreifende und unverzügliche Änderung der gesellschaftlichen Verhältnisse zugute, sondern auch Kuns fragiles Ego, sein temparamentvolles Auftreten, eine teilweise gewaltorientierte Sprache, seine Neigung zu überhastetem Handeln und Ausbrüche von Unbeherrschtheit[41]; Charakterzüge, die neben dem allgemeinen, auch nach der „Oktoberrevolution“ weitverbreiteten Mißtrauen gegen die in Rußland befindlichen deutschen und österreichisch-ungarischen Soldaten dazu beitrugen, den Argwohn Lenins hervorzurufen, der in den ersten Internationalisten, wie sich unter anderen revolutionäre Kriegsgefangene bezeichneten, um die „Position des proletarischen Internationalismus, der Arbeiterverbrüderung“[42], herauszustreichen, anfangs gar „verdächtige oder dumme Elemente“ zu erkennen glaubte und Béla Kun in einer Notiz zur Jahreswende 1917/18 „einen dunklen Spion“ nannte.[43]

Speziell nach dem Ende der ungarischen Räterepublik, dem österreichischen Asyl ihrer wichtigsten Repräsentanten mit Kun an der Spitze und deren Rückkehr nach Sowjetrußland zeichneten weitere herausragende Persönlichkeiten des linksradikalen Lagers, wie Victor Serge, ein nicht gerade schmeichelhaftes Bild vom Führer der kommunistischen Internationalisten und der bolschewistischen Bewegung auf dem Boden der untergegangenen Donaumonarchie. In seinen Erinnerungen beschrieb Serge den 1920 in Petrograd ankommenden, „ungefähr 35jährigen Kun – mit großem runden Schädel und Katzenschnurrbart“ – als einen wenig anziehenden, schon zu Beginn der zwanziger Jahre „Gescheiterten und Getadelten“, der im Grunde „sein ganzes Leben lang von dem Gefühl des Versagens beherrscht wurde und dies unaufhörlich wieder gutzumachen suchte“.[44]

Erwartungsgemäß wurden die „Agenten Moskaus“ in ausgeprägt antibolschewistischen Kreisen, weit über eine Abrechnung mit der Strategie der ungarischen Kommunisten als „sozialrevolutionäres Abenteurertum“ hinaus, einem noch strengeren Gericht unterworfen. Ungeachtet des taktischen und rhetorischen Geschicks Béla Kuns sowie seiner in verantwortlichen Positionen durchaus bewiesenen Kompromißfähigkeit und Berücksichtigung „realpolitischer“ Notwendigkeiten, setzte gegen ihn und seine Parteigänger eine Diffamierungskampagne ein, die von Anfang an beispiellose persönliche Anwürfe mit antisemitischen Angriffen auf die jüdische Herkunft kommunistischer wie sozialdemokratischer Funktionäre vermengte. Dementsprechend verunglimpften ungarische Darstellungen der Horthyzeit die KP-Führung als kriminelle Ansammlung zwielichtiger „Taglöhner“[45] und „Moskauer Mädchenhändler“[46], ließen „Béla Kun-Kohn“ „zur historischen

41 Tökés, Béla Kun: The Man and the Revolutionary 175.

42 Hautmann, Rätebewegung 182.

43 Borsányi 52.

44 Serge 158f.

45 Kaas 64.

46 Ebd. 49.

Grimasse"[47] verkommen und bezeichneten dessen „größtenteils jüdische Kollegen" als „Desperados, Räuber und kleinere Diebe, Leninepigonen und verrückte Selbstvergötterer".[48] Derlei Abfälligkeiten finden sich auch in den Betrachtungen leitender Beamter der Exekutive, wie zum Beispiel des Wiener stellvertretenden Polizeichefarztes Dr. Fuhrmann, der Béla Kun anläßlich seiner Internierung in Österreich nach dem Untergang Räteungarns folgendermaßen charakterisierte: „Mit seinen wulstigen Lippen und hervortretenden Augen greulich. Daß er tausend Menschen hat umbringen lassen, einen Staat zugrundegerichtet hat, spielt bei ihm gar keine Rolle. [...] Kein gewöhnlicher Mensch, aber schwerer Psychopath mit Spuren von Größenwahn."[49]

Über die Niederungen persönlicher Herabwürdigung hinaus tritt allerdings unter anderem in der Entstellung Kuns und seiner Zielsetzungen ein Formierungsprozeß antikommunistischer Kräfte zutage, der die Propagierung autoritärer Gegenmodelle zum „sowjetischen Experiment" mit sich brachte. Begleitet wurde er von einer weitverbreiteten, durch die kurzfristige Existenz von Räterepubliken in Bayern und Ungarn noch gesteigerten Bolschewismus-Hysterie. Die Furcht vor der sozialen Revolution, welche sich sowohl vor als auch nach dem Ende des Ersten Weltkrieges zu einem wesentlichen Bestimmungsfaktor der österreichischen und deutschen Politik entwickelte und nicht zum geringsten dafür verantwortlich war, in den Rußlandheimkehrern wie in den nahezu auf alle mitteleuropäische Territorien verteilten russischen Kriegsgefangenen eine Bedrohung der öffentlichen Ordnung zu sehen[50], verweist auf die „chronologische Reihenfolge", in „der Bolschewismus und Faschismus aus dem Ersten Weltkrieg hervorgegangen sind".[51] Bekannterweise ist die „faschistische Antwort", die in sich gleichfalls revolutionäre antibürgerliche Züge trägt, vom Ursprung des Kommunismus keinesfalls zu trennen.[52] Zeitweilig forcierten gerade extreme antibolschewistische Kräfte den Standpunkt, dem Linksradikalismus in seinen zahlreichen, damals oft leichtfertig unter dem Sammelbegriff „Bolschewismus" zusammengefaßten Erscheinungsformen zunächst wenig entgegenzustellen, um ihn gerade durch seine Machtergreifung und -ausübung diskreditieren zu können. Die 1936 veröffentlichten Memoiren von Franz Brandl, der 1932 bis 1933 das Amt des Wiener Polizeipräsidenten bekleidete, geben davon beredtes Zeugnis. „Oft haben wir das Gefühl gehabt", beschreibt Brandl die Haltung leitender Exekutivbeamter in den ersten Jahren der österreichischen Republik, „daß es besser wäre, den Bolschewismus in seiner

47 Herczeg 40.
48 Kaas 64.
49 Zit. nach Brandl 341.
50 Haas, Österreichisch-sowjetische Beziehungen, 21; Baur 99.
51 Furet 34.
52 Ebd.

rohesten Form über uns kommen zu lassen, da um so rascher die Reaktion eintreten mußte, wie es das bayrische und das ungarische Beispiel beweisen sollten. In der Tat wurde in diesen Ländern mit dem Bolschewismus so gründlich aufgeräumt, daß auch die Sozialdemokraten ausspielten, während in Preußen und bei uns durch die Abtötung des nominellen Bolschewismus der faktische sich als schleichendes Übel noch durch fünfzehn Jahre erhalten und mehr Schaden, materiellen und moralischen, verursachen konnte, als es ein mehrmonatlicher echter imstande gewesen wäre."[53]

Ein Antikommunismus, der sich zur allgemeinen Sozialismusbekämpfung aufschwang, zielte freilich vielfach auf einen gemeinsamen Feind des Bolschewismus und Faschismus: die Demokratie in ihrer idealtypischen Konzeption als eine pluralistische, auf dem Mehrparteiensystem beruhende Regierungsform zum einen und als eine dem Individuum, seiner Lebensgestaltung und seinem Handlungsspielraum Rechnung tragende philosophische Definition zum anderen.[54]

Dadurch grenzten sich rechtsextreme und rechtsradikale Strömungen nunmehr allerdings nicht nur gegen den Universalismus des Marxismus-Leninismus, sondern auch gegen eine Allgemeingültigkeit des „bürgerlich-demokratischen" Gesellschaftsmodells ab[55], wodurch eine einfache Dichotomie europäischer und weltweiter politischer Kräfteverhältnisse in Form eines *bolschewistisch-antibolschewistischen Strickmusters* von zusätzlichen, offenbar mindestens so tiefgreifenden Unvereinbarkeiten durchkreuzt wurde. Auf diesen Sachverhalt hat in besonderer Klarheit die kürzlich erschienene Arbeit Dan Diners aufmerksam gemacht, welche unter dem ambitionierten Titel „Das Jahrhundert verstehen" als universalgeschichtliche Deutung der jüngeren und jüngsten Vergangenheit verstanden werden will und dabei auf den „Abgrund zwischen dem westlich-liberalen, demokratischen Antibolschewismus und dem Antibolschewismus der Nationalsozialisten hinweist", deren „Fiktion rassischer Unveränderlichkeit" es unmöglich machte, „sich Parteigängern außerhalb der deutschen Volksgemeinschaft und als ‚artgleich' erachteten Völker zu öffnen".[56]

Eine derart strenge Zweiteilung ist zwar bei systemkritischen Analysen unumgänglich und folgerichtig, läuft allerdings Gefahr, gravierende Unterschiede „faschistoider Bewegungen" – gerade im Hinblick auf die Haltung Italiens unter Mussolini gegenüber biologistischen Anschauungen und dem „Modellcharakter" faschistischer Gesellschafts- und Staatsstrukturierung jenseits nationaler Überheblichkeiten – weitgehend auszublenden und die Vielzahl durchaus widersprüchlicher Richtungen im Lager der Lenin-Gegner auf

53 Brandl 297.

54 Furet 40.

55 Dazu: Diner 59; Furet 36.

56 Diner 68f.

ein einfaches Gegensatzpaar zu reduzieren. Eine theoriegeleitete Annäherung an den Charakter „liberal-demokratischer" und „autoritär-faschistischer" Antibolschewismen ist überdies geneigt, kultur- und mentalitätengeschichtliche Gemeinsamkeiten kolonial-rassistischen Denkens zu vernachlässigen. Schließlich dürfen Folgewirkungen eines „imperialen europäischen Selbstverständnisses" nicht außer acht gelassen werden, das sich auch in Westeuropa oftmals mit weitverbreiteten und durch das Entstehen des Kommunismus in besonderer Weise stimulierten antisemitischen Ressentiments vermischte, wie zum Beispiel im Falle jener hohen Entente-Offiziere, die Budapest zur Zeit der ungarischen Räterepublik vorrangig als Zentrum jüdisch-bolschewistischer Machinationen begriffen und es – vor allem Béla Kun und seine Umgebung im Auge behaltend – kurzerhand in „Jewdapest" umbenannten.[57]

Abseits von trennenden und verbindenden Elementen antibolschewistischer Konzeptionen stellte sich allerdings stets die Frage, in welchem Ausmaß die Negation der marxistisch-leninistischen Theorien, ihrer „sowjetischen Realität" und schließlich des Sozialismus im allgemeinen zum Verständnis speziell autoritärer Gegenideologien und ihrer Erfolge beitragen können. In dieser Hinsicht kommt etwa der Auffassung von Ernst Nolte herausragende Bedeutung zu, den zentralen Punkt des Nationalsozialismus „weder in verbrecherischen Neigungen noch antisemitischen Obsessionen" zu suchen, sondern in seinem „Verhältnis zum Marxismus und insbesondere zum Kommunismus in der Gestalt, die dieser durch den Sieg der Bolschewiki in der russischen Revolution gewonnen hatte".[58]

Die auf einem solchen Spannungsfeld beruhende These von einem *„europäischen Bürgerkrieg"*[59] verliert allerdings viel an Anziehungskraft, wenn man davon ausgeht, daß die deutsche und österreichische Revolution von 1918/19 zwar die „Erinnerung an den Antibolschewismus am Leben erhält"[60], aber darin – wie schon in den zwanziger Jahren artikuliert – ein „Scheingegensatz" zu erkennen ist, der die *„antidemokratischen Gemeinsamkeiten" kommunistischer und faschistischer Ansprüche* verdeckt.[61]

Demgegenüber sei, der Auslegung Dan Diners entsprechend, als eigentliche Trennlinie die Auseinandersetzung zwischen den aufklärerischen *Prinzipien „Freiheit und Gleichheit"* zu erkennen, welche mit dem Auftreten der Vereinigten Staaten von Amerika als Hauptvertreter der Kräfte der „Freiheit" in den Rang eines *Weltbürgerkriegs* gehoben wird. Dieser Gegensatz – so Diner – wurde durch den gemeinsamen Kampf der auf die Leitgedanken des Zeitalters der Französischen Revolution bauenden Mächte, der westlichen Alliierten

57 Pastor, French Military Mission 257.
58 Nolte 15.
59 Ebd. 6.
60 Furet 38.
61 Nolte 12.

und der als Platzhalter des Prinzips der „Gleichheit" fungierenden Sowjetunion, gegen das Dritte Reich, die Verkörperung antiuniversalistischer und rassistischer Positionen, lediglich kurzfristig überbrückt und habe schließlich im Kalten Krieg und dem amerikanisch-sowjetischen Konflikt seine Fortsetzung gefunden.[62] Derartig imposante Deutungslinien ermöglichen es auch, in dem einen als auch dem anderen „Bürgerkriegskonzept" Moskauer Kaderfunktionäre vom Schlage Béla Kuns – wie schon in älteren Schriften – als beispielhafte Akteure an den „ideologischen Fronten" des 20. Jahrhunderts zu präsentieren[63], wobei der Hinweis auf die revolutionären Rußlandheimkehrer während und nach dem Ersten Weltkrieg nicht fehlen durfte[64].

Dabei entsprach ungeachtet positiver beziehungsweise negativer Attribute die Charakterisierung durch den Gegner vielfach dem Selbstbild. Dieses jedoch mußte in dem Maße zum Selbstmißverständnis verkommen, in dem sich die „Bürgerkriegstheorien" als ideologische Konstrukte entpuppten, welche wirkmächtigere machtpolitische Rahmenbedingungen des zwanzigsten Jahrhunderts ebenso außer acht gelassen hatten wie das „subjektive" Empfinden der Zeitzeugen in ihrer überwiegenden Mehrheit. Kaum ein alliierter oder deutscher Soldat konnte etwa Ernst Jüngers Reflexionen vom Zweiten Weltkrieg als Weltbürgerkrieg[65] nachvollziehen, damals und später nicht. Selbst der Spanische Bürgerkrieg, als die klassische, ja „gleichsam idealtypische Konfrontation zwischen den Mächten des Faschismus und denen des Antifaschismus in Europa"[66] verwandelt sich – sogar in den Augen der „Weltbürgerkriegstheoretiker" – bei näherer Betrachtung in ein Schlachtfeld von Eigeninteressen aller beteiligter Großmächte auf dem Terrain eines durchaus konventionellen europäischen Politikverständnisses, das weit in das 19. Jahrhundert zurückreicht.[67] Sowohl das „Katastrophenzeitalter" vom Ersten bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges als auch die Grundlagen internationaler Kräfteverhältnisse nach 1945 unter dem Gesichtspunkt alter und neuer imperialer Begehrlichkeiten zu betrachten, liegt daher nahe. In diesem Sinne erscheint eine Definition des Völkerbundes als Plattform eines „informellen Imperialismus" der Zwischenkriegszeit durchaus zutreffend.

Nichtsdestoweniger wurde die Existenz der Großmächte im Laufe des zwanzigsten Jahrhunderts unentwegt herausgefordert[68], beginnend mit dem Verschwinden der Habsburger, Hohenzollern und Romanovs als Folge des Ersten Weltkrieges, gefolgt unter anderem von einem britisch-amerikanischen Widerspruch und dessen Auswirkung auf den

62 Diner 21–78.

63 Neues Wiener Journal, Nr. 15.699 (3. Aug. 1937) 2.

64 Tiedemann 72, 97–104.

65 Diner 21.

66 Ebd. 70.

67 Ebd. 77.

68 Hobsbawm, Zeitalter der Extreme 253–281.

Entkolonialisierungsprozeß[69] und abgeschlossen durch einen den Kalten Krieg beendenden Zerfall des „Sowjetimperiums". Dessen anfänglich keineswegs als Scheinbekenntnis aufzufassenden Parolen vom proletarischen Internationalismus gerieten schnell in das Fahrwasser durchaus traditioneller russischer Außenpolitik, während nach und nach verblassende sozialrevolutionäre Vorhaben beinahe gänzlich auf das Feld der „inneren Angelegenheiten" verwiesen wurden.[70]

Als zweifelhafte Alternative stand die *nationalstaatliche Ordnung* bereit, die sich in Verbindung mit imperialen Träumen, rassistischen Fiktionen und einer zusätzlichen ideologischen Legitimierung durch das reale bolschewistisch-antibolschewistische Konfliktfeld der Jahre nach dem Ersten Weltkrieg im Nationalsozialismus ein Monument des Verbrechens schuf[71], nicht als Ausnahme und Unterbrechung in einem „Weltbürgerkrieg", sondern vielmehr als negativer Höhepunkt im Zusammenwirken der beiden Hauptkräfte des 20. Jahrhunderts, des Imperialismus und des Nationalismus.

Dabei war gerade diese Entwicklung 1917/18 weder vorhersehbar noch beabsichtigt. Schließlich bewegte die „Massen" eher die soziale Frage als Folge des Kriegselends, während sich die Alliierten, vor die Tatsache des Zusammenbruchs der großen Vielvölkerstaaten in Mittel- und Osteuropa einerseits und der russischen Revolution andererseits gestellt, dazu entschlossen, „die Wilsonsche gegen die bolschewistische Karte auszuspielen".[72] Das „Recht auf Selbstbestimmung der Völker", in Wilsons Diktion eher eine in hohem Maße institutionell verstandene Vorstellung des Selbstregierens[73], scheiterte dabei gleichermaßen am mittel- und osteuropäischen Kontext der Staatengründung auf ethnischer Grundlage wie die Leninsche Lesart. Letztere ordnete die nationale Frage den Prinzipien des Sozialismus unter und hoffte nicht nur auf die Anziehungskraft „eines proletarischen Staates gegenüber anderen Völkern", sondern unterstützte einen Anschluß an Sowjetrußland tatkräftig.[74]

In diesem Zusammenhang muß außerdem bedacht werden, daß die Entschlüsselung des nationalen Gedankens nur auf der Basis trennscharfer Begrifflichkeiten, also der Unterscheidung zwischen Ethnie, Nation, Nationalstaat und Nationalismus, erfolgen kann. Gegen seine Ursprungsmythen setzt die Forschung überdies mit Recht die Erkenntnis eines relativ jungen, speziell politisch-territorialen Prinzips vor dem Hintergrund technologischen Wandels und den damit verbundenen Möglichkeiten der Verbreitung weltan-

69 Niedhart 12; Diner 62.

70 Siehe dazu: Holzer, Internationalismus und Widerstand 171ff.

71 Furet 37ff.

72 Hobsbawm, Nationen und Nationalismus 155.

73 Diner 60f.

74 Rauch 92 und 95f.

schaulicher Inhalte.[75] Dennoch kann diese Argumentation in Anbetracht der enormen Wirkkraft ethnischer Phänomene keinesfalls als vollständiges Erklärungsmuster gelten.

Als geradezu bahnbrechend erwies sich in dieser Hinsicht Benedict Andersons Buch „Die Erfindung der Nation", indem es die „vorgestellte politische Gemeinschaft – vorgestellt als begrenzt und souverän" – einer anthropologischen Bedeutungsebene zuführte und als „kulturelles Artefakt mit den symbolischen und lebensweltlichen Leistungen ihrer fortwährenden Sinn- und Bedeutungsreproduktion" präsentierte.[76] In diesem Sinne erfaßte Anderson die „Nation" begrifflich nicht als Weltanschauung, wie den „Liberalismus" und „Faschismus", sondern auf einer Bedeutungsebene mit den Begriffen „Verwandtschaft" und „Religion".[77] Solche Überlegungen müssen in einer Phase schwer zu überblickender Koalitionen zwischen traditionellen Formen der Machtentfaltung und Anteilen ideologisch motivierter Konflikte, sozialer und nationaler Semantik nach dem Ende des Ersten Weltkrieges besondere Beachtung finden. Als Erscheinungsform des egalitären Prinzips, als „‚kameradschaftlicher' Verbund von Gleichen"[78], erinnert die Nation an ein Grundverständnis des Kollektiven, das schon vor der Entstehungsphase der Massenparteien prinzipielle Übereinstimmungen zwischen sozialistischen und nationalen Standpunkten hervorbrachte. Dieses Naheverhältnis konnte selbst durch einen seit den achtziger Jahren des 19. Jahrhunderts permanent an Einfluß gewinnenden ethnisch-sprachlichen Nationalismus[79] und die betont internationalistische, marxistische Antwort darauf lediglich getrübt, jedoch keineswegs vollständig aufgelöst werden. Das zeigte sich nicht nur im Auseinanderbrechen der Zweiten Internationale im Jahr 1914, sondern auch in der Konzeption des Nationalsozialismus und in den Positionen der Sozialdemokratie zur nationalen Frage sowohl vor als auch nach dem Ersten Weltkrieg.

Auch in den Biographien scheinbar beispielhafter Repräsentanten des proletarischen Internationalismus, etwa des Kriegsgefangenen Arnošt Kolman, der schon vor der Machtergreifung der Boľševiki für die Weltrevolution eintrat, von 1918 bis 1920 in der Roten Armee diente und später Komintern-Funktionär wurde, sind die Einflüsse eines stark romantisierenden Kulturnationalismus in den Jugendjahren vermerkt.[80] Noch ausgepräg-

75 Gellner 8; Hobsbawm, Nationen und Nationalismus 20f. Siehe dazu auch: Hall, John A. (Hg.): The State of the Nation. Ernest Gellner and the Theory of Nationalism. Cambridge 1998; Smith, Anthony D.: Nationalism and Modernism. A critical survey of recent theories of nations and nationalism. London/New York 1998; Schmidt-Hartmann, Eva (Hg.): Formen des nationalen Bewußtseins im Lichte zeitgenössischer Nationalismus-Theorien. München 1994.

76 Die Zeit, Nr. 16 (15. April 1999) 60.

77 Anderson 14f.

78 Ebd. 16.

79 Hobsbawm, Nationen und Nationalismus 122.

80 Kolman 29ff.

ter manifestierte sich nationales Gedankengut in einer Studie des Mittelschülers Béla Kun über die patriotische Lyrik Aranys und Petöfis, die zugleich die Gemeinsamkeiten sozialer und nationaler Intentionen, die egalitäre Gemeinschaft jenseits gesellschaftlicher Gegensätze, andeutete. Nach Kuns damaliger Auffassung war im Jahr 1848 „die Heimat derjenige große und heilige Gedanke, zu dessen Verteidigung sich die Unterdrücker mit den Unterdrückten verbündeten".[81]

Solche Überlegungen verweisen überdies auf den aus Organisationsmustern des „modernen" Staates hervorgehenden Patriotismus, dessen Ausbildung eng mit einer zwangsläufigen Einbeziehung des Bürgers in eine „Landschaft" aus Institutionen und Verfahren verbunden ist, „die den Rahmen für das auf diese Weise weitgehend bestimmte Alltagsleben darstellt".[82] Ein so gearteter Patriotismus erwies sich in der Folge als keinesfalls wirkungslos und muß unter anderem als Ursache des Verhaltens weiter Kreise der Gesellschaft beim Ausbruch des Ersten Weltkrieges anerkannt werden. Nicht zufällig vermischen sich im Sommer 1914 nationale Parolen mit Bekenntnissen zu Imperien und Dynastien, die sich bereits jenes Apparates bedienen, mit dessen Hilfe in relativ kurzer Zeit auch eine Identifikation des Bürgers mit dem neuen Nationalstaat möglich und folglich ein „Nationalismus von oben" geschaffen wird.[83]

In welchem Ausmaß indessen der nationale Gedanke als breite gesellschaftliche Bewegung, gewissermaßen „von unten", wirksam wurde, versuchte unter anderem Peter Hanák in seiner Studie über die „Volksmeinung während des letzten Kriegsjahres in Österreich-Ungarn" zu ergründen. Annäherungen an eine derart schwierige, mit den höchst fragwürdigen Begriffen „Volk" und „öffentliche Meinung" verknüpfte Fragestellung versuchte Hanák mit Analysen der von den k.u.k. Zensurstellen und -kommissionen beanstandeten Korrespondenzen an und von Soldaten im Feld und in der Gefangenschaft. Die Verfasser gehörten durchwegs unterprivilegierten Gesellschaftsschichten an. Ihre Eindrücke wurden aus der Perspektive des sogenannten „kleinen Mannes" zu Papier gebracht. Hanák kam nach der Durchsicht mehrerer tausend Briefe zu dem Schluß, daß sich im Zeitraum vom November 1917 bis zum März 1918 sowohl soziale als auch nationale Kritik in auffallender Weise verstärkten[84], während Alon Rachamimow[85] in einem Artikel über die im Österreichischen Staatsarchiv gelagerten Kriegsgefangenenkorrespondenzen aus den Monaten Dezember 1916 bis November 1917 zu folgendem Schluß kam: „Generell manifestiert sich

81 Zit. nach Mihályhegyi 43.

82 Hobsbawm, Nationen und Nationalismus 104.

83 Ebd.

84 Hanák 63f., vgl. Hobsbawm, Nationen und Nationalismus 149-153.

85 Rachamimow hat außerdem eine Monographie über die Kriegsgefangenenproblematik im Osten vorgelegt: Rachamimow, Alon: POWs and the Great War. Captivity on the Eastern Front. Oxford u. a. 2002.

in den Briefen der Gefangenen aber seltener sozialer oder nationaler Konfliktstoff als vielmehr eine grundsätzliche Kritik an der Leistungsfähigkeit der österreichisch-ungarischen Hilfsmaßnahmen."[86]

Daß freilich Stimmungen allgemeinerer Unzufriedenheit unter dem starken Einfluß der „Oktoberrevolution" im „Entscheidungsjahr" 1918 zu einer Form politisch artikulierter Widerständigkeit umschlagen konnten, hatte schon Peter Hanák im Rahmen der Interpretation seiner Untersuchungsergebnisse zu bedenken gegeben.[87] Ebenso wichtig aber erschien ihm und Eric Hobsbawm, der Hanáks Studie in seinem Buch „Nationen und Nationalismus" ausführlich behandelt, der Hinweis auf die enge Verknüpfung von nationalen und sozialen Elementen, die auch dann schwer voneinander gelöst werden konnten, als sie – wie im Falle der Ablehnung des Brester Friedens durch Vertreter der tschechischen Unabhängigkeitsbestrebungen – auseinanderzulaufen und miteinander in Konflikt zu geraten begannen.[88]

Das ganze Ausmaß des Nationalitätenstreites im Bereich des Habsburgerheeres, welcher sich nach einer erstaunlich reibungslosen Mobilmachung im Jahr 1914 nicht zuletzt in den Kriegsgefangenenlagern Rußlands wieder bemerkbar machte und dem Mythos der Armee vom einigenden Band der Monarchie entgegenwirkte[89], sowie die durch die russische Revolution von 1917 verschärften sozialen Spannungen unter den gefangenen Soldaten der Mittelmächte, die die „Lagergemeinschaften" belasteten und vielfach spalteten[90], sind in den zensurierten Briefen vielfach ebenso schwer zu fassen wie die zahlreichen Berührungspunkte selbst zwischen extremen sozialistischen und nationalistischen Strömungen.

Gerade in den Jahren nach 1917 wurden radikalisierbare Kräfte sowohl von kommunistischen und faschistischen Organisationen umworben, tauschten häufig ihre Mitgliederschaft und schlossen befristete Allianzen, wobei sie die ethnische Frage nicht selten verband, versuchte doch die Komintern nationale Rivalitäten, vor allem am Balkan, für ihre Zwecke zu nutzen.[91] Es kann daher nicht verwundern, daß jugoslawische Kommunisten im Kampf gegen das „Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen" mit der kroatischen Ustascha und der für ein unabhängiges Mazedonien kämpfenden Terroristenorganisation IMRO kooperierten[92], kommunistisch gesinnte Rußlandheimkehrer schließlich den Weg

86 Rachamimow 353.
87 Hanák 65.
88 Hobsbawm, Nationen und Nationalismus 152f.
89 Rothenberg 70ff.
90 Deák, k.u.k. Offizier 240; Davis, POW-Camps as Social Communities 149–155.
91 Shoup 22.
92 Burks 228.

in faschistische Organisationen[93] und Persönlichkeiten wie Jaroslav Hašek[94] umgekehrt von nationalen Unabhängigkeitsbewegungen zu den Bol'ševiki fanden.

Selbst die Mitglieder der bolschewistischen Partei kamen in den richtungsweisenden Debatten zur Nationalitätenfrage nicht an der Behauptung ihres Führers vorbei, hinter manchem Kommunisten verberge sich ein „großrussischer Chauvinist".[95] Unter dem Deckmantel des Föderalismus sollte schließlich auch Lenins Selbstbestimmungsformel den expansionistischen Tendenzen eines Gesamtstaates Vorschub leisten, eine Tatsache, die auch das bedeutungsvolle Verhältnis der ukrainischen zur russischen Sowjetrepublik von Anfang an kennzeichnete.[96]

Béla Kun und mit ihm die Mehrheit jener Kriegsgefangenen, die in Rußland Kommunisten geworden waren, blendeten derlei vielschichtige Beziehungen zwischen nationalen und sozialen Zielrichtungen weitgehend aus. Im Sog „linkskommunistischer Tendenzen" und stark beeinflußt von Bucharin[97], dem auch das von ihm in Vorschlag gebrachte „Selbstbestimmungsrecht der Arbeiterklasse aller Nationen" – und nur dieser sollte ihm zufolge Entscheidungsrecht zustehen – bereits wie ein Kompromiß gegenüber einem „reinen" proletarischen Internationalismus erscheinen mochte[98], setzten die jungen kommunistischen Parteien Mitteleuropas anfangs auf weltrevolutionären Optimismus: Sie verkündeten das nationale Selbstbestimmungsrecht, im Glauben, die nationalen Schranken, die gerade nach dem Ersten Weltkrieg errichtet wurden, durch den proletarischen Internationalismus beseitigen zu können[99], und hielten folgerichtig die Ausarbeitung detaillierterer Nationalitätenprogramme für unnötig.[100]

Als die um die Rußlandheimkehrer aufgebaute ungarische KP kurz danach gemeinsam mit der linken Sozialdemokratie die Regierungsgeschäfte der ungarischen Räterepublik übernahm und damit schneller als erwartet an den Hebeln der Macht saß, konnte sie dem Phänomen nationaler Aspirationen im Herrschaftsbereich der Sowjetmacht lediglich mit vagen Autonomiekonzepten und revolutionären Mitteleuropaföderationen begegnen. Bezeichnenderweise wies Béla Kun als Volkskommissar des Äußeren umgehend ernstzunehmende Unabhängigkeitsbestrebungen als „konterrevolutionär" zurück[101], obwohl der Ent-

93 Dictionnaire Biographique du Mouvement Ouvrier International 309; Hautmann, Anfänge der linksradikalen Bewegung 147; Avakumović 35.

94 Kolman 107f.

95 Debo 100.

96 Pipes, Formation of the Soviet Union 136–148.

97 Borsányi 54.

98 Debo 99.

99 Mihályhegyi 83–87.

100 Balogh 90ff.; Banac, Communist Party of Yugoslavia 205–211; Keller 183.

101 Balogh 92–120.

stehung der ungarischen Räterepublik selbst paradigmatische Bedeutung für den Komplex der Verschmelzung von Nation und Revolution zukommt. Eine „explosive Mischung von ungelösten Agrar- und Nationalitätenfragen“, verbunden mit Gebietsverlusten, die Ungarn nach dem Ersten Weltkrieg zu verkraften hatte, brachte Kun als Repräsentanten einer föderativen Perspektive an die Macht, welche „die territoriale Integrität und wirtschaftliche Einheit der Länder der Stefanskrone wahrte“, die „Gebietseinheit in einem vaterländischen Krieg gegen ihre Nachbarn zu verteidigen“ und gleichzeitig die „Entmadjarisierung Ungarns zu befördern suchte“.[102]

Schließlich konnte die 133 Tage bestehende Räterepublik weder die Kluft zwischen den sozialpolitischen Reformprogrammen der Regierung und den Erwartungen weiter Bevölkerungsteile überbrücken noch die schwierige Verbindung zwischen nationalen Bestrebungen und Parolen des internationalen Klassenkampfes aus der Welt schaffen. Letztere blieb für Béla Kun persönlich bis zu seinem Lebensende signifikant. In den Jahren vor seiner Denunziation und seinem Tod in Stalins „großer Säuberung“ wurde Kuns Datscha zur Anlaufstelle für ungarische Kommunisten, „die – vom Heimweh erfüllt – auf die patriotischen Geschichten und Lieder der Heimat“ zurückkamen und sich dem romantischen Nationalgefühl ihres literarischen Heroen Sandor Petöfi hingaben.[103]

Die Kräfteverhältnisse, welche die Kader der Weltrevolution beeinflußten und sie gleichermaßen zu Tätern wie zu Opfern werden ließen, waren für jene ehemaligen Kriegsgefangenen um Béla Kun, die die turbulenten Jahre nach 1917 in einem nicht unbeträchtlichen Ausmaß mitbestimmt hatten, kaum in ihrer gesamten Komplexität zu erfassen; um so weniger, als sie sich in besonderer Weise doktrinären Programmen verpflichtet fühlten.

Gerade die Spannungsfelder aber, welche sich nach dem Ersten Weltkrieg mittelfristig als Kampfgebiet bolschewistisch-antibolschewistischer beziehungsweise faschistisch-kommunistischer Konflikte einerseits sowie tieferliegender Gegensätze zwischen Widersprüchen der Französischen Revolution, des Prinzips der „Freiheit“ und der „Gleichheit“, präsentierten, offenbarten sich langfristig jedoch bei nüchterner Betrachtung in erster Linie als Schlachtfeld nationaler und imperialer Bestrebungen bis zum Zerfall der Sowjetunion. Sie bildeten den ideologischen und machtpolitischen Rahmen, innerhalb dessen eine kurzfristige sozial- und militärgeschichtliche Erscheinungsform wie die Kriegsgefangenenthematik als Einflußfaktor auf die „Ereignisikone Oktoberrevolution“ und ihre Folgewirkungen eingeordnet werden muß. Den Heimkehrern aus der Gefangenschaft entschlüsselten sie sich ebenso schwer, wie jene struktur- und mentalitätenverändernden

---

102 Diner 100f.
103 Tökés, The Man and the Revolutionary 201.

Entwicklungen, die der Zeitraum von 1914 bis 1920 beschleunigte oder generierte. Sie lassen uns im Bewußtsein fundamentaler politisch-weltanschaulicher Umbrüche der „Umsturzphase" in den Jahren 1917 und 1918 – wie George Kennan meinte – vom Ersten Weltkrieg als europäische „Urkatastrophe" sprechen.[104]

104 Diner 27.

TRANSFORMATIONEN

Struktur- und Wertewandel im Ersten Weltkrieg

„Von der reinigenden Wirkung des Krieges haben wir, besonders in den Tagen des Kriegsbeginns, ergreifende Geschichten vernommen. Erhabenes, hieß es, hole er aus der Menschenseele heraus und Gemeines tilge er fort", erinnerte sich der Wiener Schriftsteller Alfred Polgar, der Meister des Feuilletons und „Klassiker des kleinen Lebens", im Oktober 1918.[1] „Jetzt, nach vier Jahren Hieb und Stich und Schuß", resümierte Polgar, „können wir für die moralische Bilanz des Krieges schon so ziemlich feste Posten ausstellen. Es ergibt sich ein schauerliches Minus. Es ergibt sich, daß der Krieg die Tugend bestraft und das Laster belohnt. Daß er ein Segen ist für die Schlimmen und ein Fluch für die Braven. Daß es unter seinem Regime den Guten schlecht und den Schlechten gut geht. Daß er die schönsten Regungen des menschlichen Herzens ins Absurde und die schäbigsten zum Erfolg führt. [...] Wer rechtzeitig zu einem harten Herzen kam und des Elends der Mitmenschen nicht achtet, der folgt dem Krieg wie einem interessanten, aufregenden, spannenden Schauspiel. Die anderen sterben täglich alle Tode, die auf den Schlachtfeldern gestorben werden, mit. [...] Wer ein Dummkopf ist, dem schadet die internationale Kriegsberedsamkeit nichts. Wer ein halbwegs normal arbeitendes Gehirn hat, krümmt sich unter ihr in Schmerzen. Wer ein Feigling ohne Unterbrechungen ist, findet sich mit den Tatsachen des Krieges gleichmütig ab. Wer ein Herz oder zumindest gelegentlich ein Herz im Leibe hat, platzt vor unterdrücktem Protest. Kriegsgewinner ist die Hölle. Die Erde zahlt mächtig drauf. Der Himmel hat, wie andere Etablissements auch, zugesperrt. Man munkelt von seinem Bankrott."[2]

Im Rückblick auf vier Jahre des „Völkerringens" mochte so mancher Vertreter der intellektuellen Eliten Europas die Regungen des Sommers 1914, die unablässig von der Läuterung der Menschheit in „Stahlgewittern" fabulierten, als gespenstisch und unwirklich empfinden. Daß gerade auch die herausragendsten Repräsentanten des europäischen Geisteslebens, wie Thomas Mann, „eine Befreiung", einen „Sieg der Seele" erwarteten[3], mußte ihnen schon nach wenigen Monaten des Gemetzels wie die Irrung eines unergründbaren Alptraums erscheinen. Bei Kriegsbeginn aber stimmte fast jeder in den Kanon des öffentlichen und veröffentlichten *Martialismus* ein, der in so auffallender Weise von Bildungs-

---

1 Polgar 70.

2 Ebd. 70–72.

3 Morton 295.

schichten getragen wurde, welche bei keiner Gelegenheit vergaßen, die zivilisatorische Überlegenheit der Alten Welt zu rühmen. „Studenten, Professoren, Künstler, Philosophen, Dichter, Schriftsteller, Priester, Atheisten, Anarchisten, politische Aktivisten" und Radikale wollten dabei sein, „wenn die Pax Europa zu Ende ging. Man kann sie eigentlich unterschiedslos aufzählen: Henri Bergson, Max Scheler, Ernst Haeckel, Frederic Harrison, Sigmund Freud, Georgi Plechanov ..., sie alle sahen im Krieg nicht das Entsetzliche, sondern die Veränderung, und nur ganz wenige konnten sich der Suggestion entziehen und anderes als den Aufbruch, nämlich auch das Ende eines europäischen Jahrhunderts sehen."[4]

Der Katzenjammer folgte auf den Fuß. In den Gefechten operierten die Generalstäbe der kriegführenden Staaten mit Massenarmeen: 1918/19 wußten die Bilanzbuchhalter des allgemeinen Schlachtens von mehr als 65 Millionen mobilisierten Soldaten zu berichten. Ebenso massenhaft wurde gestorben: Ungeachtet der verhältnismäßig hohen *Verluste* kleinerer Nationen blieben etwa 1,8 Millionen deutsche, 1,2 Millionen österreichisch-ungarische, 1,7 Millionen russische, 1,4 Millionen französische, eine Million britische, 460.000 italienische und 116.000 US-amerikanische Soldaten auf dem „Feld der Ehre".[5] 8,5 Millionen Gefallene, 21 Millionen Verwundete und fast neun Millionen Gefangene waren das „ruhmreiche" Resultat eines „großen Krieges", dessen Konsequenzen andere Transformationsprozesse auslösten als die von „moralischer Erbauung und Läuterung" kündenden Verheißungen einer anfänglichen Überschwenglichkeit pronouncierter Kulturhüter. Vor die schmutzige Realität der Front gestellt, ahnt der „Fackel"-Herausgeber Karl Kraus, den pathetische Töne bei Kriegsausbruch ebenfalls nicht unbeeindruckt gelassen hatten[6], die Folgen: „Das Übel wirkt über den Krieg hinaus und durch ihn; es mästet sich am Opfer."[7]

Sogar jene zweifelhaften Mediziner des Zeitgeistes eines beginnenden 20. Jahrhunderts, die den *Krieg als biologistisches Experiment* begrüßten, mußten eine drohende „Kontraselektion", eine „Darwin'sche Zuchtwahl im umgekehrten Sinne" konstatieren und stellten fest: „Die besten werden geopfert, die körperlich und geistig Minderwertigen, Nutzlosen und Schädlinge [!] werden sorgfältig konserviert, anstatt daß bei dieser günstigen Gelegenheit eine gründliche Katharsis stattgefunden hätte, die zudem durch den Glorienschein des Heldentodes [!] die an der Volkskraft zehrenden Parasiten [!] verklärt."[8] Dabei hatten

---

4 Rauchensteiner 101.

5 Kleindel 28; Andics, Der Untergang der Donaumonarchie 161.

6 Morton 296

7 Kraus 400.

8 Zit. nach Eckart 315.

sich die Repräsentanten einer Verschmelzung von naturwissenschaftlichem „Reinheitseifer“ und gesellschaftlicher „Auslese“, die zugleich den Kampf als wesentlichen Lebensinhalt auch und gerade im „Archetyp“ des Kriegers erkannte[9], die Zukunft in den rosigsten Farben ausgemalt. „Gelingt es“, so Oberstabsarzt Dr. Oskar Bail im Jahr 1915, „den Nachwirkungen des Krieges, die rassenhygienisch so bedeutungsvolle Geburtenziffer zu heben, so kann auch eine gewisse Hoffnung für eine qualitative Verbesserung der nachher geborenen Generationen ausgesprochen werden. Die Kräftigen, die den Krieg überdauert haben, werden jetzt zu Vätern, und es ist wohl heute [...] zu erwarten, daß die Zahl der Eheschließungen und damit zusammenfallend auch die der Geburten steigen wird.“[10]

Mit derlei Zukunftsszenarien konfrontiert, hatten sich die Befürchtungen von Karl Kraus, eine einmal in Gang gesetzte Vernichtungsmaschinerie bislang unbekannter Größenordnung werde zur Potenzierung destruktiver Potentiale in erheblichem Ausmaß beitragen, auch in diesem Punkt als berechtigt erwiesen: Die Theoretiker sozialdarwinistischer Denkrichtungen hatten ihr gefährliches ideologisches Saatgut auf empfänglichen gesellschaftlichen Wurzelgrund geworfen. Eine von Jahr zu Jahr radikalisiertere Öffentlichkeit eignete sich Vorstellungen von „Auswahl und Aufzucht“ der „Leistungsfähigen“ und „Gesunden“ an und vermengte sie mit Feindbildern, die durch die militärischen Konfrontationen zusätzlich geschürt worden waren.

Diesbezüglich wollte insbesondere die *Propaganda* beider Seiten nicht darauf verzichten, parallel zum Waffengang der Militärs einen Krieg der Werte zu führen. Die allen abverlangten Anstrengungen und Opfer bedurften einer Rechtfertigung, um akzeptiert zu werden. Worte dafür waren leicht gefunden. Folgerichtig hetzten tumbe steirische Heimatdichter gegen die „Serbenbrut“, brachten „Haßgesänge auf England“ die allerhöchste Wertschätzung des deutschen Kaisers ein[11], standen aus dem Blickwinkel der Mittelmächte ‚Helden‘ ‚Händlern‘ gegenüber und französische Oberflächlichkeit deutschem Tiefsinn.[12] Nicht anders verfuhr die Gegenseite: In Frankreich und England rechtfertigte man das allgemeine Morden als „gerechten Krieg“, Exponenten diverser Religionsgemeinschaften riefen einen Kreuzzug gegen alle Deutschen – „die Guten und die Unholde“ – zur Rettung der „Zivilisation in dieser Welt“ aus und erblickten in allen gefallenen Soldaten des britischen Empires Märtyrer der „Prinzipien des Christentums“.[13] In Rußland konnte sich die Staatsmacht der Unterstützung mancher Persönlichkeit des Wissenschafts- und Kunst-

9 Über die Haltung Sigmund Freuds in diesem Zusammenhang siehe: Ferguson 328.
10 Bail 15.
11 Andics, Der Untergang der Donaumonarchie 135f.
12 Diner 35.
13 Ferguson 243.

lebens sicher sein, wenn es darum ging, den militärischen Gegner auch in zivilisatorischer Hinsicht herabzuwürdigen. „Die Deutschen haben sich die Kultur Europas auf dieselbe Weise angeeignet, wie ein Wilder den Umgang mit modernen Feuerwaffen erlernt", erklärte zum Beispiel V. Birjukov, ein Professor aus Saratov, und bemühte sich dabei, wie fast alle Exponenten russischer Kriegspropaganda zu dieser Zeit, einer äußerlichen, gedankenlosen „Vernichtungsmaschinenkultur" der Österreicher und vor allem der Deutschen die „verinnerlichte Geistigkeit der Slawen" gegenüberzustellen.[14]

Die Zentralmächte waren demgegenüber in der Lage, auf die althergebrachte Sichtweise mittel- und westeuropäischer Intellektueller zurückzugreifen, welche im Zarenreich die Versinnbildlichung der Rückständigkeit und des Despotismus erblickten. Der tatsächliche Nachholbedarf Rußlands in vielen Lebensbereichen[15] ebenso wie eine nicht zuletzt in der marxistischen Bewegung zutage tretende Kritik am „Petersburger Chauvinismus", die vielfach zwischen Staat und Bevölkerung nicht mehr unterschied, prägten sich tief ins Bewußtsein vieler Untertanen der Habsburger und Hohenzollern ein.[16] Als deutsche und österreichisch-ungarische Truppen an die Ostfront abkommandiert wurden, ließ sich der „russische Nachbar" nur allzu leicht als „wildes Tier" und „barbarisches Ungeheuer" dämonisieren.[17]

Allerdings ist festzuhalten, daß dem militärischen Kräftemessen trotz enormer Gewaltdynamik im großen und ganzen bis zum Jahr 1917 kein Antagonismus gegenläufiger Ideologien zugrundelag, obwohl traditionelle, durch die Massen- und Materialschlachten verstärkte Klischees anderer „Völker und Lebensweisen" eine weltanschaulich motivierte Abwertung des Kriegsgegners bereits wesentlich begünstigten[18]. Abgesehen von unterschiedlichen Auswirkungen intensivierter Propagandatätigkeit im Kampfgebiet und im Hinterland traten gerade mit der großen Zahl von Kriegs- und Zivilgefangenen gesellschaftliche Potentiale in Erscheinung, die gängigen Charakterisierungen des „Feindes" eigene, wesentlich *differenziertere Erlebnisse* entgegenstellten, damit aus der „Frontgemeinschaft" ausscherten und sich ihr entfremdeten.

Die *Haltungsänderung von gefangengehaltenen Soldaten* der Zarenarmee ist in diesem Zusammenhang aufschlußreich. Obwohl sich Mannschaftsangehörige in deutschen und österreichisch-ungarischen Lagern vor teilweise haarsträubende Lebensbedingungen gestellt sahen[19], verschoben sich deren Ansichten über die kriegführenden Mächte merklich

14 Sergeev, Kriegsgefangenschaft und Mentalitäten 358.

15 Stökl 554.

16 Magenschab 64.

17 Rauchensteiner 102; Magenschab 64.

18 Diner 35.

19 Sergeev, Kriegsgefangenschaft und Mentalitäten 359.

zuungunsten der Entente. Von wutentbrannten Anschuldigungen gegen die Mittelmächte ging man zu „Angriffen auf die ‚eigennützigen Alliierten', die auf ‚Kosten Rußlands' ihre Ziele verfolgten, über", während sich positive Äußerungen über die „deutsche Kultur" häuften und unter den russischen Kriegsgefangenen Ende 1916 bereits weit verbreitet waren.[20]

Widersprüche zu den Feindbildern der offiziellen Propaganda werden darüber hinaus in der Erinnerungsliteratur österreichischer und deutscher Soldaten offenbar, die in mehrjähriger russischer Gefangenschaft zu höchst ambivalenten Auffassungen gelangten. Zwar sprachen zahlreiche Memoirenschreiber wiederholt Verdammungsurteile über „Charakter beziehungsweise Bildung der Russen" aus[21] und hielten ihre Bewacher vielfach für „unfähig, untätig, korrupt, ungebildet und schlampig"[22]; andererseits aber setzten sich ehemalige Gefangene eingehend mit Lebenswelten auseinander, die sie im untergegangenen Zarenreich kennengelernt hatten[23], hoben den Abenteuercharakter ihres Rußlandaufenthaltes hervor[24] und reagierten auf die nationalsozialistische Hetze vom „slawischen Untermenschen", wie im Falle Edwin Erich Dwingers, der eine Trilogie über seine Erlebnisse in Gefangenschaft und Revolution veröffentlicht hatte und sich den „nationalen Zielen" des Dritten Reiches durchaus verpflichtet fühlte, mit Vorbehalten.[25]

20 Ebd. 362.
21 Breitner, Unverwundet gefangen 281; Schuster 28.
22 Breithaupt 7; vgl. Pardon/Shurawljow 329f.
23 Zum Beispiel: Smolik, Julius: Die timuridischen Baudenkmäler in Samarkand aus der Zeit Tamerlans. Wien 1929; Willfort, Fritz: Turkestanisches Tagebuch. Wien/Leipzig 1930; siehe auch: Janata 3.
24 Leidinger, Zwischen Kaiserreich und Rätemacht 31f.
25 An Edwin Erich Dwingers Veröffentlichungen, insbesondere an den Bänden „Armee hinter Stacheldraht", „Zwischen Weiß und Rot" und „Wir rufen Deutschland", läßt „sich beispielhaft sehen, wie die Bolschewismuskritik in einen literarischen Rassismus umschlägt, der überkommene Stereotypen nicht nur aufnimmt, sondern auch überzeichnet. Das Thema der sibirischen Gefangenschaft, das später von der nationalsozialistischen Propaganda aufgegriffen wird und für die Beurteilung des Autors durch die NSDAP ausschlaggebend ist, wählt er bereits im Jahr 1919." Dennoch geriet Dwinger, der im Zweiten Weltkrieg „als Kriegsberichterstatter bei einer Panzerdivision in der UdSSR, ausgestattet mit einer Sondervollmacht des Stabes des Reichsführers SS, über die Operationen der SS in den besetzten Gebieten" recherchierte und dessen Werke in den dreißiger und beginnenden vierziger Jahren zur „verordneten Schullektüre" zählten, in offenen Widerspruch zur „NS-Ostpolitik", zumal er „die Ansicht der offiziellen Propaganda, die Russen seien Untermenschen", keineswegs teilte. Seine Einwände ebenso wie „seine Kontakte zu dem russischen General Wlassow (Herbst 1943) führten dazu", daß man ihm schließlich Hausarrest erteilte. – Wistrich 61. Zur Rezeption der Kriegsgefangenenerlebnisse Dwingers in der Zwischenkriegszeit beziehungsweise im Dritten Reich siehe: Volkmann, Das Rußlandbild in der Schule 249.

Das Ende der Romanov-Herrschaft, die gewaltigen sozialen und politischen Umwälzungen, die vom Februar 1917 an Rußland von Grund auf verwandelten, sowie die Machtergreifung Lenins, die dem Ersten Weltkrieg eine bislang nicht gekannte ideologische Komponente hinzufügte, welche über die Krise in Osteuropa und das Jahr 1918 hinaus wirkte, hatten die deutschen, österreichisch-ungarischen, bulgarischen und osmanischen Kriegsgefangenen nicht nur als unmittelbare Zeugen zu verarbeiten. Gewollt oder ungewollt wurden sie, als Spielball oder Akteure im Machtkampf rivalisierender Kräfte, zu einem Bestandteil der russischen Entwicklung, um sich damit noch weiter von der Alltagswirklichkeit ihrer Herkunftsländer zu entfernen.

Unter der Oberfläche einer täglich deutlicher hervortretenden Friedenssehnsucht und der zunehmenden Artikulation sozialer Unzufriedenheit aber erwies sich die in den Rußlandheimkehrern versinnbildlichte Revolution selbst als Ausdruck tieferliegender Bewußtseinsprozesse, welche durch die Erlebnisse eines mehrjährigen *„Massenkrieges"* das Verständnis von gesellschaftlichen Werten und Strukturen entscheidend veränderten.

„Nie zuvor", schreibt der französische Historiker Francois Furet über die Neuartigkeit der Kampfhandlungen im Westen von 1914 bis 1918, „hat ein Krieg auf beiden Seiten der Front Millionen überbewaffneter Männer begraben, die erwerbstätige Masse zweier Völker, deren einzige Mission darin bestand, sich gegenseitig zu töten [...] und zwar ohne jede Hoffnung auf einen entscheidenden Durchbruch [...] und ohne jahreszeitlich bedingte Unterbrechung oder Winterquartiere."[26] Historische Vergleichsbeispiele boten sich auch für die Ereignisse auf den anderen Kriegsschauplätzen nicht an: Das Gesamtbild einer wahrhaft europäischen Geschichte des Krieges wurde „durch das große Massensterben der Soldaten und das große Massentöten von Zivilisten im Osten Europas und insbesondere auf dem Balkan und im Ottomanischen Reich" komplettiert.[27] Dem „Vernichtungskrieg entlang einer weitgehend statischen Front im Westen Europas, die ihre Form in der Materialschlacht fand", trat der „Krieg der Verwüstung und Entvölkerung im Osten und Südosten" gegenüber.[28]

Gemeinsam war beiden eine *Technisierung des Krieges*, die eine rasante Entwicklung komplexer Waffensysteme sowie die sprunghafte Steigerung der „Vernichtungseffizienz" begünstigte und – gepaart mit der evidenten Unfähigkeit und Unwilligkeit hoher Militärs, sich den neuen Gegebenheiten anzupassen – zu im wahrsten Sinne des Wortes verheerenden Resultaten führte. Das Ausmaß des Blutvergießens und die Gleichheit angesichts der zu erbringenden Opfer förderten *egalitäre Vorstellungen* in der gesamten Bevölkerung der

26 Furet 70.

27 Geyer, Gewalt und Gewalterfahrung 244.

28 Ebd.

am Krieg beteiligten Staaten.[29] Machtverhältnisse der Vorkriegszeit schienen mit der Einbindung und dem Leiden jedes einzelnen nicht mehr vereinbar, insbesondere in Rußland, dessen kaum demokratisiertes Gemeinwesen als Anachronismus zur Mitverantwortung und zu den Ansprüchen der „Gesellschaft" empfunden werden mußte.

Speziell in den militärischen Operationsgebieten wankte die althergebrachte soziale Ordnung nach den ersten großen Gefechten, wobei die Armeeführungen gerade in dieser Hinsicht die Konsequenzen der technologischen Entwicklung nicht zu erkennen imstande waren. Die Feuerkraft des industrialisierten Massentötens begrub innerhalb weniger Kriegsmonate die Vorstellungswelten aristokratischer Berufssoldaten unter sich. Die Existenz der Kavallerie sowie die bisherige Kampfweise und Aufstellung der Infanterie mußten angesichts zweckloser und verlustreicher Angriffe auf stark bewehrte Verteidigungsstellungen hinterfragt werden.

Obwohl auch der Einsatz von Gas und automatisch feuernder Artillerie in ihrer grauenvollen „Effektivität" Angst und Schrecken verbreitete, kam dem Maschinengewehr eine besondere Bedeutung zu. Dessen ungeachtet versuchten die Heereseliten alter Schule in geradezu mörderischer beziehungsweise selbstmörderischer Absicht, vormoderne Tugenden wie Wagemut und Opferbereitschaft hochzuhalten und die Realität des technisierten Massenkrieges aus dem Bewußtsein zu verdrängen.[30] Die Konsequenzen der Verblendung traditionstrunkenen Soldatentums muten gleichermaßen schaurig wie unwirklich an: „Zur Schlacht an der Somme 1916 marschierten britische Truppen zu den Klängen von Dudelsäcken in Reih und Glied, ohne Deckung zu suchen, einen Rugbyball vor sich herstoßend, auf die deutschen Linien zu und schienen nichts dabei zu finden, stoisch im mörderischen Maschinengewehrfeuer unterzugehen."[31] Die Infanteristen anderer Nationen taten es den Kollegen aus dem Vereinigten Königreich gleich und rannten unbeirrt immer wieder gegen die mit Maschinenwaffen bewehrten Stellungen des Gegners an, als gelte es, den Automaten von einer immerwährenden Überlegenheit der Manneskraft zu überzeugen.[32]

Das ungleiche Duell forderte zwangsläufig seinen Tribut. Etwa achtzig Prozent aller Opfer des Weltkrieges gehen auf die tödliche Einwirkung der Maschinenwaffe zurück. Den höchsten Blutzoll leisteten dabei die Offiziere, die, um ihre besondere Verläßlichkeit und persönliche Tapferkeit unter Beweis zu stellen, an der Spitze ihrer Einheiten eine Frontalattacke nach der anderen führten. Eine beispiellose soziale Umschichtung europäischer Massenheere war die Folge. „Von den jüngeren Jahrgängen der Maria-Theresiani-

29 Furet 70f.
30 Diner 40.
31 Ebd.
32 Ebd.

schen Militärakademie in Wiener Neustadt, von denen insgesamt etwa 3.000 im Feld standen, kehrte jeder dritte nicht zurück." Schon 1917 mußten in Italien zunehmend Unteroffiziere der österreichisch-ungarischen Truppen „die Aufgaben ihrer gefallenen oder verwundeten Vorgesetzten übernehmen".[33]

Auch in der britischen Armee kam es zu einer starken Veränderung der sozialen Zusammensetzung des Offizierskorps. „43 Prozent der ständigen Offiziersstellen gingen an ehemalige Unteroffiziere gegenüber zwei Prozent vor dem Krieg, und ungefähr 40 Prozent der nicht ständigen Offiziere stammten aus der Arbeiterklasse oder der unteren Mittelschicht."[34]

Besonders deutlich zeigten sich die Veränderungen in den militärischen Verbänden Rußlands. Der Historiker Orlando Figes stellte diesen Prozeß in seiner beachtenswerten Arbeit über die Epoche der russischen Revolution folgendermaßen dar: „Das alte Offizierskorps unterhalb des Hauptmannsrangs war fast völlig ausgelöscht, und um es zu ersetzen, wurde hastig eine neue Generation niederrangiger Offiziere ausgebildet. Ihre Zahl reichte nie aus – die Handwerkerklasse, die diese Schicht in der Armee gewöhnlich stellte, war in Rußland generell schwach –, und nach dem ersten Kriegsjahr war es die große Ausnahme, wenn ein Frontregiment von 3.000 Mann mehr als ein Dutzend Offiziere hatte. Zudem waren 60 Prozent dieser Unteroffiziere bäuerlicher Herkunft, nur wenige verfügten über eine mehr als vierjährige Schulbildung, und fast alle waren erst Anfang zwanzig. Der Krieg war somit ein großer Demokratisierer, der Millionen von Bauernsöhnen Wege zum Aufstieg öffnete. [...] Viele der besten Kommandeure der Roten Armee [...] waren Unteroffiziere der zaristischen Armee gewesen, so, wie häufig die Marschälle der Napoleonischen Kriege als Subalterne in der königlichen Armee begonnen hatten. Die Feldwebel des Ersten Weltkrieges sollten die Marschälle des Zweiten werden."[35]

Einmal abgesehen von der deutschen Armee, „in der Unteroffiziere nicht über den Rang eines Feldwebelleutnants hinaus befördert wurden"[36], begann der Kriegsalltag an den MG-geschützten Frontstellungen die ehemals scharfen gesellschaftlichen Trennlinien zwischen Offizieren und Mannschaften weitgehend aufzulösen. Die Erfahrung von Gleichheit angesichts des Kampfes „Mensch gegen Maschine" kollidierte mit den Vorgaben einer strengen militärischen Hierarchie. Auch das als „Heimatfront" einbezogene Hinterland durchlief einen Transformationsprozeß, der bislang intakte Gesellschaftsstrukturen aufbrach.

33 Magenschab 184.
34 Ferguson 320.
35 Figes 287.
36 Ferguson 320.

Diesbezüglich schuf sich der *„totale" Krieg*[37] durch seine Vereinnahmung zumindest weiter Kreise der Zivilbevölkerung *Modelle eines „totalen" Staates*, die paradigmatische Neudefinitionen des Kollektivs und der Rolle des Individuums im Gemeinwesen beinhalteten.

Die Überwachungs- und Lenkungsmaßnahmen brachten in der k.u.k. Monarchie unmittelbare Auswirkungen für jeden einzelnen mit sich. Sie reichten „vom Pferdeausfuhrverbot und den schlagartig einsetzenden Zensurmaßnahmen bis hin zur Festlegung des rückwärtigen Kriegsgebiets", wobei eine „fast augenblickliche Verteuerung von Lebensmitteln" und insbesondere auch die Verknappung von Geldmitteln das „Gefühl eines fernen Krieges" von vornherein zur Illusion werden ließen.[38] Inbegriffe der Vereinnahmung durch die Kommandowirtschaft kriegführender Staaten, wie das österreichische Kriegsdienstleistungsgesetz[39] oder die von der deutschen obersten Heeresleitung Ende 1916 durchgesetzte Mobilmachung aller Kräfte, „also eine Art Arbeitsverpflichtung von Frauen, eine vollkommene Umstellung der gesamten Industrieproduktion auf Kriegsproduktion"[40], aber auch die im Gegensatz zu Österreich und Deutschland der zivilen Gewalt belassenen Regierungsvollmachten in Ungarn oder Großbritannien begünstigten daher nicht selten bemerkenswerte Allianzen. Gewerkschaftsführer Englands, Frankreichs und Deutschlands unterstützten beispielsweise die Kriegsbemühungen ihrer Länder in der Hoffnung, „so ihre Gleichrangigkeit gegenüber den Arbeitgebern zu verankern". Diese Strategie rief mehrfach den Widerspruch „gewöhnlicher" Gewerkschaftsmitglieder hervor.[41]

Dabei gilt es jedoch zu bedenken, daß selbst für die Beschäftigten im Bereich der Mittelmächte, deren Interessenvertretungen, verglichen mit Westeuropa, möglicherweise stärker durch den Kriegsausbruch getroffen worden waren[42], unter dem Druck eines aufrechtzuerhaltenden inneren Friedens in Kriegszeiten gewisse Erfolge verbucht werden konnten. In diesem Zusammenhang muß etwa an die Errichtung eines Ministeriums für soziale Fürsorge in Österreich[43] beziehungsweise die staatliche Arbeitslosenfürsorge in Ungarn[44] erinnert werden. Im Deutschen Reich wurden wiederum mit dem „Hilfsdienstgesetz" zum ersten Mal Angelegenheiten wie die „künftige Tarifhoheit von Unternehmern und Gewerkschaften durchgesetzt", wenn auch die Oberste Heeresleitung derlei Bestim-

37 Furet 77f.
38 Rauchensteiner 104.
39 Klenner 402.
40 Haffner 135.
41 Ferguson 265.
42 Ebd.
43 Klenner 430.
44 Pastor, Home Front in Hungary 128.

mungen nur widerwillig hingenommen hatte, „um ihr militärisches Programm durchzubekommen“.[45]

Ein Ausbau staatlicher Zentralgewalt, der den Warenfluß beziehungsweise die Warenverteilung, die Produktion und die Lage der Beschäftigten in hohem Maße dirigierte, mußte freilich über den Augenblick hinaus die Vorstellungen von den Möglichkeiten beziehungsweise den Pflichten der Politik sowie des Staates prägen und in weiten Teilen der Bevölkerung höhere Erwartungen gegenüber ihren Regierungen wecken, die vor dem Jahr 1914 in dieser Form nicht existierten.[46]

Die „Schaffung“ eines an staatlichen Institutionen orientierten Bürgers vor 1914 sowie die Einbindung und mitunter auf Freiwilligkeit beruhende Entmündigung des einzelnen in ein neu und straffer organisiertes Gemeinwesen unter dem Zeichen einer weitausgreifenden Militarisierung aller Lebensbereiche seit Kriegsbeginn verband sich mit einer technologischen Entwicklung, die im Laufe der Zeit sowohl wirksamere Waffen als auch leistungsfähigere Informations- und Kommunikationssysteme, beginnend mit der Telefon- und Funktechnik[47], hervorbrachte. Nicht zuletzt begünstigte die „neue Medienrealität“ eine Änderung privater und öffentlicher Lebenswelten sowie eine bislang unbekannte „Kollektivierung“ des Individuums, deren ideologischer Überbau vorrangig Gemeinschaftsmythen nationaler und sozialer Schattierung zu bemühen vermochte. Ob und auf welche Weise eine solche strukturelle und ideelle „Substruktion“ die durch den „totalen“ Krieg freigesetzten Kräfte kanalisieren konnte, ist trotz einer in allen kriegführenden Ländern erkennbaren Tendenz zur sozialen Emanzipation keinesfalls generell zu beantworten.

Zwar war das anvisierte Ziel eines „kriegstüchtigen“ Staatsapparates sowohl für die Mittelmächte als auch für die Entente schwer zu erreichen[48], nirgendwo aber entglitten einer Regierung die Verhältnisse derart wie in Rußland. Den Zusammenbruch des Verteilungssystems mit seinen katastrophalen Folgen für die Versorgung der Armee, die Belieferung der Kriegsindustrie mit Rohstoffen und der städtischen Bevölkerung mit Nahrungsmitteln hatte das Zarenregime neben objektiv vorhandenen Schwierigkeiten nicht zuletzt aus Eigenverschulden zu verantworten. Zu nennen ist hier unter anderem die Unfähigkeit, wirtschaftliche Organisationsaufgaben zu meistern und die Eigeninitiative der Gesellschaft zu fördern, zu verantworten.[49] Erst nach einer Phase fast vollkommener Destabilisierung, in der egalitäre Prinzipien als Resultat des Ersten Weltkrieges von den „Massen“ vor allem

---

45 Haffner 135.

46 Pastor, Home Front in Hungary 132.

47 Dazu: Geyer, Gewalt und Gewalterfahrung 244.

48 Kluxen 726–735; Haffner 135.

49 Stökl 628f.

in ihrer sozialen Dimension erfaßt wurden und – im Gegensatz zu gesamtstaatlichen Verantwortlichkeiten sowie den damit verbundenen politischen Emanzipierungsprozessen – zur Durchsetzung partikulärer Interessen dienten, verschafften die Bol'ševiki nach der erfolglosen provisorischen Regierung allmählich Formen der Herrschaftsstruktur Geltung, die der Erste Weltkrieg modellhaft bereitstellte und die bei der Durchsetzung autoritärer ideologischer Konzepte Anwendung finden konnten. Der Staat, verkündete Lenin in Entwürfen, denen es nicht an utopischen Elementen fehlte, sei bis zu seiner Abschaffung eine „besondere Machtorganisation, eine Organisation der Gewalt zur Unterdrückung der Ausbeuterklasse, d. h. der Bourgeoisie"; dabei werde „der Sozialismus auf der Basis des ‚staatsmonopolistischen Kapitalismus' errichtet", für die er bezeichnenderweise das deutsche „Waffen- und Munitionsbeschaffungsamt" als Vorbild nannte.[50]

Nicht von ungefähr hatte auch Viktor Černov, führender Repräsentant der Sozialisten-Revolutionäre, der einstmals großen Partei des russischen Agrarsozialismus, im Exil 1922 das Regime der Bol'ševiki als „Schlußakt der langdauernden und grausamen Weltschlächterei" bezeichnet. Am Beispiel Sowjetrußlands beschrieb er den totalitären Staatstypus, den der „Erste Weltkrieg zu einem neuen allwissenden, alldurchdringenden, allgewaltigen Moloch gemacht hat", welcher das Individuum nach seiner sozialen Tauglichkeit als „Menschenrohstoff" verwertet und „Abfälle absondert" oder der „unerbittlichen Vernichtung" zuführt.[51] Als Černov seine Charakterisierung der bolschewistischen Herrschaft zu Papier brachte, war der Begriff „*Totalitarismus*" gerade von italienischen Antifaschisten geprägt worden, die damit auf die Neuartigkeit der Bewegung Mussolinis hinweisen und vor deren „Anspruch auf eine totale Erfassung der Menschen" warnen wollten.[52]

Die Betonung des „Kollektiven" als Konsequenz des „großen Krieges" und dessen technische Anforderungen bei der „Massenverwaltung" brachten in weiterer Folge jedoch einen durchaus widersprüchlichen Umgang mit einem „Demokratisierungsprozeß" hervor, der vor dem Hintergrund der totalen Mobilisierung aller verfügbaren Kräfte und der Gleichheit des Menschen vor der neuen Vernichtungsmaschinerie entstanden war. Hatten die Bol'ševiki ihre autoritäre Herrschaft im Namen des Prinzips der Gleichheit angetreten, so warteten die Gegner des nach 1918 scheinbar siegreichen „demokratischen Gedankens" mit einer diametral entgegengesetzten Interpretation des Kriegserlebnisses auf: Der „nivellierenden Erfahrung automatischer Egalität" traten soldatische Führer und Elitegefühle der Frontkämpfer entgegen, deren kollektives Bewußtsein sich nach innen an hierarchischen Militärgemeinschaften und nach außen an der völkischen Identität berauschte.[53]

---

50 Merz 27.

51 Ebd. 218.

52 Wippermann 8–11.

53 Diner 47f.

Mittel- und langfristig scheiterte die von Anfang an brüchige demokratische Ordnung Zentraleuropas, in der kulturnationalistisches Gedankengut und radikale Konzepte zur Krisenbewältigung in den Jahren nach 1918 stets mit dem „kollektiven Geist" des Weltkrieges kokettierten, am totalitären Gegenentwurf zur „Diktatur des Proletariats".[54] Als autoritäre Antworten stellten sich schließlich beide jenen egalitären Tendenzen in den Weg, die ein vierjähriges Blutbad gefördert hatte.

Die politischen Folgewirkungen des allgemeinen „Menschenschlachtens" fußten dabei auf einer umfassenden *Radikalisierung*, welche zunächst die „Soldatenmassen" erfaßte. Schon 1915 erwartete Karl Kraus von letzteren nur das Allerschlimmste, insbesondere für die Zeit nach dem Friedensschluß. „Gleichwohl", notierte Kraus, „wird sich der Heimkehrende nicht leicht in das zivile Leben wieder einreihen lassen. [...] Er wird vielmehr in das Hinterland einbrechen und dort den Krieg erst beginnen."[55] Die Ereignisse von 1917 bis 1920 bestätigten solche Prophezeiungen. Deutsche Freikorps und sogar reguläre Armeen der mittelosteuropäischen Nationalstaaten setzten die Verwüstungs- und Depopulations-Kampagnen des Weltkrieges fort.[56] „Militärkohorten Rußlands" – nach oben strebend, sozial entwurzelt und durch den Krieg brutalisiert – wurden zur maßgeblichen Komponente in den militärischen Konflikten auf dem Gebiet des untergegangenen Zarenreiches.[57]

Die Greuel antibolschewistischer Kräfte und die Terrormaßnahmen des Sowjetregimes als Instrument einer „Reinigungsideologie", die der systematischen Auslöschung einer ganzen Klasse, der „Bourgeoisie", das Wort redete[58], fanden vor dem Hintergrund einer Massenbewegung statt, welche ohne die Erfahrungen auf den Schlachtfeldern des Weltkrieges nur schwer verständlich ist. Das freigewordene Aggressionspotential entlud sich dann in revolutionären Ereignissen, die wiederum zur Verstärkung der Gewaltbereitschaft beitrugen. „Wenn die Gewalt von den werktätigen, ausgebeuteten Massen ausgeht, gegen die Ausbeuter, ja, dann sind wir für diese Gewalt!", bekannte Lenin am 24. Jänner 1918 vor dem dritten Sowjetkongreß.[59] Die Gegner der Boľševiki griffen zu den gleichen Mitteln. Karl Ney, 1918/19 in dem vom weißgardistischen Admiral Kolčak beherrschten Sibirien einer Kriegsgefangenen-Arbeiterabteilung zugeteilt, erinnert sich: „In der mächtigen Station Omsk kam unser Zug neben einem Transport zu stehen, der rote Gefangene aus dem Ural weiter nach Sibirien führte. In den Viehwagen, die von außen verschlossen und seit fast zwei Wochen nicht mehr geöffnet worden waren, staken Männer, Frauen und

54 Fest 129f.; Hájek/Mejdrová 22.

55 Kraus 406.

56 Geyer, Gewalt und Gewalterfahrung 251.

57 Figes, Tragödie 287.

58 Merz 32.

59 Zit. nach Merz 33.

Kinder, halbverhungert, nur von den Brocken lebend, die ihnen während der tagelangen Aufenthalte in allen Stationen mitleidige Menschen durch die Fensterchen warfen. Sie mußten die Notdurft im Wageninnern verrichten, und die Toten, die bereits jeder Wagen barg, verwesten drinnen. Die entfesselte Bestie wütete grauenvoll und durch nichts gehemmt. Das fürchterlichste aber war wohl, daß wir Menschen uns an all diese Schrecken gewöhnten und schließlich über Leichen stiegen wie über Baumstämme."[60]

Als an den russischen Zuständen und auch am Terror des Sowjetregimes Kritik geübt wurde, versuchte Grigorij E. Zinov'ev als höchster Repräsentant der Komintern die unleugbaren Greuel der Kämpfe in Rußland signifikanterweise mit folgenden Worten zu erklären: „Niemandem ist dieses Morden angenehm. Sie können sich das ganz gut denken. Wie ist es dazu gekommen? Es kam daher, daß die Revolution vom Kriege geboren wurde. Während des Krieges, während Millionen Menschen hingeschlachtet worden sind, sind wir alle etwas verroht, und wir schätzen das menschliche Leben nicht mehr so. Die proletarische Revolution kommt mit Strömen von Blut, sie hat solche Geburtswehen, die Menschheit ist verroht. Man hat sich daran gewöhnt, mit der Flinte aufeinander zuzugehen."[61]

Daß führende Repräsentanten des Sozialismus, die sich vom „sowjetischen Beispiel" distanzierten, der Argumentation Zinov'evs zwar grundsätzlich folgen konnten, sie zugleich allerdings mit Recht als unzulässiges und bequemes Abstreifen bolschewistischer Verantwortung empfanden[62], ist nicht zuletzt angesichts der grundsätzlichen Haltung Lenins zum Weltkrieg seit 1914 verständlich. Zwar hatten Teile der Arbeiterbewegung in Europa die „Burgfriedenspolitik", die Kooperation sozialistischer Organisationen mit den mobilmachenden Regierungen, abgelehnt[63], niemand aber bezog einen radikaleren Standpunkt als die Bol'ševiki. Sie wollten den imperialistischen Krieg in einen Bürgerkrieg umwandeln, der nach ihrem Dafürhalten einer sozialen Revolution zum Sieg verhelfen würde. Das war eine Meinung, die sich deutlich von jenen Ansichten unterschied, welche aus rein pazifistischen Gründen dem martialischen Patriotismus von 1914 widersprachen.[64] Die Thesen Lenins zum Weltkrieg brachten damit auch in *die Reihen der sozialistischen Kriegsgegner* Unordnung. Als die Fürsprecher einer „internationalen Arbeitersolidarität gegen den Krieg" inmitten anhaltender Massaker auf den Schlachtfeldern Europas zu einer Konferenz im Schweizer Dorf Zimmerwald zusammentraten, zeigte sich schnell, daß die Po-

60 Ney 71.

61 Hájek/Mejdrová 178.

62 Ebd. 179.

63 Hájek/Mejdrová 13ff.

64 Portal 128–132.

sition des bolschewistischen Parteiführers für die meisten Teilnehmer unannehmbar war.[65] Lenin akzeptierte die aus der Tagung hervorgegangene Zimmerwalder Bewegung und das von ihr geschaffene Organ, die „Internationale Sozialistische Kommission" (ISK), als einen „Schritt voran im Kampf gegen den Opportunismus"; zugleich aber wurden zwei Tendenzen offensichtlich: diejenige, die sich um die Erneuerung der bei Kriegsbeginn zusammengebrochenen II. Internationale bemühte, und diejenige, die mit den Bol'ševiki nach und nach die Gründung einer III. Internationale befürwortete.[66] Damit deutete sich der Differenzierungsprozeß unter den „internationalistischen Sozialisten" an, der in der Ausbildung einer „Zimmerwalder Linken" um Lenin seinen Ausdruck fand, einer „minderheitlichen Gruppe, die auf der Konferenz von Kienthal (April 1916) verstärkt wurde".[67]

Die Standpunkte der Kriegsgegner aus den Reihen der organisierten Arbeiterschaft und der Vertreter jener Strömungen, die tiefgreifende gesellschaftliche Umbrüche ebenso erwarteten wie vorbereiteten, gewannen indessen durch die wachsende ökonomische und soziale *Krise der kriegführenden Länder* an Bedeutung.

Vor allem nach Osten hin verschärfte sich die wirtschaftliche Lage drastisch. Während die Verhältnisse in Deutschland schon bedeutend schlechter waren als in Frankreich, muß in St. Petersburg und Wien von einer Hungersnot, in Galizien und Serbien aber von einer regelrechten „Hungerkatastrophe" gesprochen werden.[68] Der Kriegsschauplatz und in einem noch höheren Maße die „Heimatfront" verkamen zum Schlachtfeld eines indirekten Krieges, zu dessen Erscheinungsformen ein allgemeiner Mangel an Versorgung, Kälte, Krankheiten, Erschöpfung und Schlaflosigkeit gehörten.[69] Überdies waren die direkten Auswirkungen der Vernichtungsgewalt industrialisierter Gefechtshandlungen sowohl im Kampfgebiet als auch im Hinterland von Monat zu Monat schwerer zu ertragen: Die Soldaten in den Schützengräben lebten unter Toten, „die Heimat mußte die beschädigten Körper und Seelen der Verwundeten und Invaliden inkorporieren".[70]

Bilder der Verstümmelung, der Entbehrung und der Auszehrung schufen Unmutstimmungen, ein baldiger Friedensschluß wurde eingefordert, wobei die weitverbreitete Kriegsmüdigkeit gerade von der großen Zahl gefangener Soldaten mitgetragen wurde: einerseits, weil sie die Schrecken des Fronteinsatzes und die oftmals katastrophale Situation in den Lagern erdulden mußten, welche speziell in der unzulänglichen Vorbereitung der militärischen Behörden auf die „Verwaltung hunderttausender feindlicher Soldaten" ihre Ur-

---

65 Hájek/Mejdrová 15.

66 Ebd.

67 Portal 129.

68 Geyer, Gewalt und Gewalterfahrung 255f.

69 Ebd.

70 Ebd.

sache fand[71]; andererseits, weil viele von ihnen die Zustände im Hinterland als Arbeitskräfte in den verschiedenen Bereichen der Kommandowirtschaft erlebten und von einer Beendigung der Kampfhandlungen obendrein ihre umgehende Repatriierung erhofften.[72] Auch in Österreich-Ungarn gerieten Kriegsgefangene in die seit dem Hungerwinter von 1916/17 angespannte innere Lage, die immer öfter zu „Lebensmittelkrawallen" und „Straßenexzessen" führte.

Der „Hunger wurde zum Ausgangspunkt der Massenbewegung gegen den Krieg".[73] In Rußland führte diese Entwicklung gerade zur Revolution. Das jähe Ende der Zarenherrschaft hatte allerdings selbst Lenin noch wenige Wochen davor für unmöglich gehalten.[74] Daran änderte auch die Tatsache nichts, daß schärfere sozialkritische Töne bereits angeschlagen und von politischen Kräften artikuliert worden waren, welche sich außer- und innerhalb der alten Sozialdemokratie gegen die herrschenden Verhältnisse gebildet hatten.[75] Durch die russische Revolution traten Einflußfaktoren auf, die in unterschiedlicher Intensität alle Länder Europas, insbesondere aber die Mittelmächte erschütterten, eine Radikalisierung sozialistischer Kräfte mit sich brachten und letztlich die oftbeschworene Einheit der Arbeiterbewegung in Frage stellten. Die Bol'ševiki konnten schließlich nach ihrer Machtergreifung in Petrograd auf die durch den Weltkrieg hervorgerufenen Potentiale politischer und sozialer Unzufriedenheit in besonderer Weise einwirken und dadurch Spannungsfelder schaffen, die die Zeit nach 1917 deutlich von den ersten Kriegsjahren unterschieden.

Schon zu Beginn des Jahres 1918 erhob sich eine Welle von Streiks, die die vorhandene Mißstimmung mit den Losungen Lenins und Trockijs verband, Mitteleuropa überflutete und auch nach Deutschland übergriff.[76] „Vor allem der Haß auf den Krieg, gefiltert durch den Oktober 1917, verlieh der antikapitalistischen Revolution eine ungeheure Sogwirkung", die in unterschiedlichem Maße „die besiegten wie die siegreichen Länder erfaßte, so daß man sie als allgemeine Auswirkung des Krieges auf die Geisteshaltung bezeichnen muß". Das Grauen vor dem Krieg wurde noch stärker, als die Waffen schwiegen, „entsprechend der Regel, die besagt, daß die Völker erst dann, wenn sie die Katastrophe bereits zugelassen haben, alles daransetzen, sie rückgängig zu machen".[77]

71 Sergeev, Kriegsgefangenschaft und Mentalitäten 359; Oltmer, Arbeitszwang und Zwangsarbeit 103–107.

72 Moritz, Österreichisch-Ungarische Kriegsgefangene in der russischen Wirtschaft 384f.; Rauchensteiner 441; Sergeev, Kriegsgefangenschaft und Mentalitäten 362; Zeisel, Tagebuch 86; Völker 94.

73 Hämmerle 302.

74 Portal 130.

75 Bihl, Der Weg zum Zusammenbruch 27; Hájek/Mejdrová 15f.

76 Hájek/Mejdrová 19.

77 Furet 115.

Die entstehende kommunistische Weltbewegung richtete vor diesem Hintergrund ihre Blicke nicht bloß auf die radikalisierte Arbeiterschaft und die sich allmählich ausbildenden linksradikalen Gruppierungen, sondern auch auf eine schier unübersehbare *Masse von Entwurzelten und Desorientierten*, verkörpert in der Gruppe der Arbeitslosen, Invaliden und heimkehrenden Soldaten, die der Weltkrieg in katastrophalen Lebensbedingungen zurückgelassen hatte.[78] Außerdem fanden die Bol'ševiki bei einer großen Zahl von Jugendlichen Gehör, die sich etwa im Jahre 1919 an den blutigen Demonstrationen sozial deklassierter Bevölkerungsschichten beteiligten.[79]

Schließlich konnte der Aufbau völlig neuer gesellschaftlicher Strukturen und politischer Institutionen, wie sie das sowjetrussische Beispiel vorzuführen suchte, gerade auf jene Sympathisanten des Marxismus zählen, die schon aufgrund ihres geringen Alters mit den Traditionen der Sozialdemokratie bisher kaum oder gar nicht in Berührung gekommen waren.[80] Der nachhaltige Einfluß Leninscher Parolen zeigte somit auch einen *Generationskonflikt innerhalb der Arbeiterbewegung* an, den das Versagen der II. Internationale im Sommer 1914 angeheizt hatte und der angesichts des vierjährigen „Massensterbens" die desillusionierte Parteijugend gegen die älteren sozialistischen Vorkriegseliten aufbegehren ließ. Revolutionsführer Mittel- und Osteuropas, selbst kaum älter als 40 Jahre[81], konnten, verstärkt um eine militarisierte Jugend, die auf den Schlachtfeldern Europas und in den Gefangenenlagern[82] für die Thesen der Bol'ševiki empfänglich geworden war, die Grundlagen der Komintern schaffen, deren Jugendorganisation bezeichnenderweise bereits bei ihrer Gründung ungefähr zweihunderttausend Mitglieder zählte und auch weiterhin auf regen Zulauf, nicht zuletzt unter der Studentenschaft, hoffen durfte.[83]

Die Anziehungskraft des „Sowjetexperiments" war ein konstituierender Bestandteil der gesellschaftlichen Entwicklung in der Zeit von 1918 bis 1921. Sowohl Gegner als auch Befürworter der „Oktoberrevolution" orientierten sich in den elenden Verhältnissen der Nachkriegszeit an ihrem Ideengehalt. Der daraus resultierende Antagonismus zwischen

---

78 Dazu vor allem: Konrad, Helmut/Schmidlechner, Karin (Hgg.): Revolutionäres Potential in Europa am Ende des Ersten Weltkrieges. Die Rolle von Strukturen, Konjunkturen und Massenbewegungen. Wien/Köln 1991; vgl. Kulemann 220; Chamberlin, Bd. 2, 360f.

79 NFP, Nr. 19626 (14.4.1919) 4f. und Nr. 19630 (18.4.1919) 4; vgl. ÖSTA/AdR, BMfA/NPA-Präsidium, Liasse Deutschösterreich 2/Varia 1919: Zl. 1182.

80 Lindemann 295.

81 McDermott/Agnew 20.

82 Das Durchschnittsalter der kriegsgefangenen Mannschaft betrug etwas mehr als zwanzig Jahre. – Striegnitz, Kerntruppe der Weltrevolution 132.

83 Ebd.; vgl. Burks 218ff.; Kuhn 48ff.; Kovrig 26f.; Solchanyk 776ff.

bolschewistischen und antibolschewistischen Standpunkten griff dabei auf vorhandene weltanschauliche Positionen zurück und radikalisierte deren Inhalte.

Nicht zufällig bediente sich etwa Lenin *biologistisch-sozialdarwinistischer Formulierungen*, als er die „Ausschaltung der feindlichen Klasse" mit einer „Säuberung der russischen Erde von allem Ungeziefer, von den Flöhen – den Gaunern, von den Wanzen – den Reichen usw. usf." verglich.[84] Ebenso muß an seine Redewendung vom VIII. Parteitag der KPR (B) erinnert werden, in der er „hunderttausende Heimkehrer" aus der Gefangenschaft als Träger der „Bazillen des Bolschewismus" bezeichnete, die Deutschland, Österreich und Ungarn „restlos durchdrungen" hätten.[85]

Die Gegner der Bol'ševiki verstanden eine derartige Sprache nur allzu gut, wobei gerade die militärischen Eliten des Ersten Weltkrieges wiederholt vom Bolschewismus als Krankheit sprachen und zum Teil sozialdarwinistischen Gedanken nachhingen. So ging es für manche Offiziere der Mittelmächte insbesondere im Ersten Weltkrieg um einen Kampf zwischen der überlegenen germanischen und der minderwertigen slawischen Rasse, während der österreichisch-ungarische Generalstabschef Conrad von Hötzendorf „die Anerkennung des Kampfes ums Dasein als Grundprinzip alles irdischen Geschehens, als die einzige reelle und vernünftige Grundlage jedweder Politik" einmahnte.[86] Als sich Unruhen in den Streitkräften des Habsburgerreiches bemerkbar machten und es zur Meuterei von Matrosen im Adriahafen Cattaro kam, wurden die Niederschlagung des „Aufruhrs" sowie die Wiederherstellung der Disziplin und die Vorbereitung auf neue Gefechte von hohen Militärs signifikanterweise als „wohltuende Operation an einem kranken Körper" betrachtet.[87]

Daß die „Ordnungshüter" aus den verschiedenen Heeres-, aber auch Zivilinstitutionen ihren Haß auf die Revolution mit Elementen eines biologistischen Reinigungswahns anreicherten, konnte daher kaum überraschen. Streng antibolschewistische Publikationen sprachen in diesem Sinne von der Notwendigkeit einer „Entlausung des Demagogenungeziefers", um das „Volk gegenüber der Infektionskrankheit einer kommunistischen Diktatur" zu „immunisieren".[88] Ihre „Träger", die KP-Kader, wurden indessen als „größtenteils durch Schwindsucht und andere Seuchen bis ins innerste Lebensmark vergiftete, degenerierte, verkommene Sippschaft" verunglimpft.[89]

84 Merz 32.
85 Lenin, Werke, Bd. 29, 147.
86 Deák, K.u.k. Offizier 94.
87 Plaschka/Haselsteiner/Suppan, Bd. 1, 146.
88 Bothmer 78.
89 Kaas 64.

Zugleich war ein aufkeimender Faschismus in der Lage, einer durch den Sturz des Kaisers „vaterlos" gewordenen Gesellschaft[90] neue Autoritäten zu geben, etwa durch die Stilisierung der aus der Frontgemeinschaft hervorgegangenen Führerpersönlichkeiten. Daß einem derartigen Bestreben keine geringe Bedeutung beizumessen ist, läßt sich unter anderem an den Korrespondenzen der Kriegsgefangenen bis in die letzten Kriegsjahre ablesen, in denen häufig *paternalistische Tendenzen* erkennbar sind und Monarchen wiederholt als „unsere Väter" bezeichnet werden.[91]

Im Gegensatz dazu glaubten nicht nur antidemokratische Kräfte im Judentum die Verkörperung der Revolution als „Zustand der Unordnung" gefunden zu haben. Die „Bedrohung" durch den „Bolschewismus" ließ ältere, vorgefertigte Ressentiments an die Oberfläche geraten. Daher machte gerade der bereits existente und weitverbreitete *Antisemitismus* eine jüdische Assimilation nur dann möglich, wenn die gegebene Gesellschaft einigen fundamentalen Veränderungen unterworfen wurde, weshalb zahlreiche Juden zum Marxismus tendierten. Die große Zahl jüdischer Funktionäre in vielen sozialistischen und kommunistischen Parteien war daher unter anderem die Folge eines Vorurteils, das sich die Phänomene schuf, welche es zu seiner Bestätigung benötigte.[92]

Von den russischen Ereignissen beeinflußte Entwicklungen nach dem Ende des Ersten Weltkrieges stellten in der Folge „die Juden stärker heraus als je zuvor, und es überrascht nicht, daß in den Jahren 1918 bis 1920 der Rassismus überall dort anstieg, wo Revolutionen stattfanden oder drohten". Für viele mittelständische Europäer war die inländische Revolution demgemäß „Teil der erfolgreichen bolschewistischen Revolution, in der wieder einmal die Juden in der Führung vorzuherrschen schienen".[93] Auf diese Weise blendeten jedoch nicht nur faschistische Kräfte die Tatsache aus, daß viele Juden durch eben diese Revolution getötet, entrechtet und in die Emigration getrieben worden waren und antijüdische Ressentiments, wie Isaak Babels Tagebuchaufzeichnungen aus dem russisch-polnischen Krieg belegen, auch im „roten Rußland" kaum an Wirkung verloren hatten.[94]

Ungeachtet dessen entwickelte sich in fast allen Gesellschaftsschichten, die sich von der kommunistischen Ideologie angegriffen fühlten, aus allgemeineren Vorbehalten gegen „das Jüdische" ein tiefer und weiter reichender Antisemitismus. Während einer Besprechung in Bad Homburg am 13. Februar 1918 meinte Kaiser Wilhelm in Gegenwart Hindenburgs und Ludendorffs: „Dann müßten wir den Bolschewismus vernichten, der die Revolution

90 Hämmerle 296f.

91 Rachamimow 349; vgl. ÖSTA/KA, KM/10.Abt.Kgf. 1918: 10–20/1–74. Siehe diesbezüglich auch: ÖSTA/KA, Ch.d.E.W. 1918: 19–1/2.

92 Burks 176f.

93 Mosse 212.

94 Nolte 545; Babel 11.

nach Deutschland bringen will. Das sei schon aus dynastischem Interesse geboten. Habe doch Wilson die Beseitigung der Hohenzollern als Kampfziel proklamiert und unterstütze nun mit der ganzen ‚internationalen Judenschaft' – ‚der Groß-Orient-Loge' – die Bolschewisten."[95] Ebenfalls in die Zeit der Friedensverhandlungen von Brest-Litovsk datiert eine Tagebucheintragung des damaligen k.u.k. Außenministers Graf Czernin, in der er folgende Charakterisierung Leo Trockijs festhielt: „Trotzki ist zweifellos ein interessanter, gescheiter Mensch und sehr gefährlicher Gegner. Er hat eine ganz hervorragende Rednergabe, eine Schnelligkeit und Geschicklichkeit der Replik, wie ich sie noch selten gesehen habe, und dabei die ganze Frechheit, die seiner Rasse entspricht."[96]

Das Erlebnis der Revolution in der Kriegsgefangenschaft förderte gerade bei vielen Soldaten der Mittelmächte in Rußland antisemitische Anschauungen. Ihre Aufzeichnungen zeigen, daß rassistische Argumentationen vor allem unter den gefangenen Offizieren, welche durch die auch gegen sie gerichteten klassenkämpferischen Maßnahmen der Bol'ševiki aufgewühlt worden waren, schon in den ersten Monaten nach der „Oktoberrevolution" an Bedeutung gewannen. So schreibt etwa Michael Walesch über seine Erfahrungen mit der Räteherrschaft in Turkestan: „Die Juden spielen in der neuen Welt eine ganz besondere Rolle. In jedem Sowjet sind sie vertreten, unter allen Propagandarednern sind sie zu finden, und wo es etwas Wichtiges gibt, da entscheiden sie mit. Unsere Gegnerschaft gegen sie wächst von Tag zu Tag."[97] Burghard Breitner, der als kriegsgefangener Arzt die Revolution in Sibirien erlebte, ging in seinem Tagebuch noch weiter. „Es ist", so Breitner, „eine spezifische Fähigkeit der jüdischen Rasse, die banalen Instinkte der Menge zu wecken und damit spielend gewonnene Opfer für ihre Zwecke zu nützen. Das revolutionäre Element im Judentum ist eine der begreiflichsten und bekanntesten völkergeschichtlichen Tatsachen. Die Führer in Petersburg sind Juden. Die Führer in Irkutsk und Nikolsk sind Juden. Aber sie umlauern nicht minder unsere Throne und nasführen unsere Bourgeoisie nicht weniger als hier das hoffnungsvolle Proletariat."[98]

Mit der Rückkehr deutscher und österreichisch-ungarischer Soldaten aus Rußland, die seit der Jahreswende 1917/18 und vor allem nach dem Brester Frieden in großer Zahl bei den militärischen Einrichtungen der Mittelmächte in Ostmitteleuropa eintrafen, wurde ein langgehegtes Mißtrauen, speziell gegen das Ostjudentum, weiter verstärkt. „Viele Heimkehrer", heißt es etwa in einem Schreiben der 5. Abteilung des k.u.k. Kriegsministeriums vom 27. Juli 1918 an das Armeeoberkommando (AOK), „sagen in letzter Zeit aus,

95 Baumgart/Repgen 66.
96 Czernin 319.
97 Walesch 45.
98 Breitner, Unverwundet gefangen 263. Breitner war später Präsident des Österreichischen Roten Kreuzes und Kandidat der VdU bei den Präsidentschaftswahlen 1951. – Höbelt 15f.

daß ihnen während der Bahnfahrt durch Galizien und Ungarn in mehreren Stationen von Zivilpersonen, meist Juden, […] geraten wird, alles Eigentum zu verkaufen, da ihnen sämtliche Sachen in den Stationen der Ersatzkörper weggenommen werden. Die Gerüchte dürften durch unehrliche Personen ausgesprengt werden, die mit den billig erworbenen Sachen einen schwungvollen Handel betreiben."[99] Täglich beschworen unzählige ehemalige Gefangene das Feindbild vom „zwielichtigen jüdischen Geschäftemacher" vor den Protokollführern des Heimkehrapparates herauf. Sowohl in deutschen als auch österreichisch-ungarischen Kanzleien türmten sich Berichte über „die den Rückkehrern auflungernden [!] Juden", welche „Primaware" und sogar „gefälschte Urlaubsscheine, Superarbitrierungsbestätigungen und Entlassungszeugnisse" anböten.[100]

In ihren Herkunftsländern angelangt und nicht selten durch das Nachkriegselend in Not geraten, brachten ehemalige Kriegsgefangene ihre Ressentiments in die antisemitischen Stimmungen krisengeschüttelter Gesellschaften ein. Politische Parteien gossen dabei von Anfang an Öl ins Feuer. Christlichsoziale Redner hoben zum Beispiel die Rolle der „Juden in der kommunistischen Bewegung" hervor, die – wie es hieß – „mit gebügelter Hosenfalte und Goldringen vor Arbeitern stehen und die Phrase ‚Wir Proletarier' gebrauchen würden", während ein Heimkehrer- und Invalidenverband, der sich gleichfalls dem christlichsozialen Lager zuzählte, das Verhalten der „Juden im Kriege, insbesondere deren Drückebergerei geiselte".[101] In ihrer antisemitischen Zeitschrift „Soldat und Volk" ließ dieselbe Vereinigung im Jahre 1919 Artikel abdrucken, die der „Armut der christlichen Bevölkerung" unter anderem folgende Eindrücke eines Heimkehrers gegenüberstellten: „Kaum aber hatte ich die naßkalte Straße betreten, als mich tändelnde Schwärme wohlgepflegt gekleideter Judenpaare streiften, während zu Fiaker und Auto ausgefütterte Hebräer [!] oder federbuschgeschmückte und boutonsbehangene Rebekkas [!] dahinsausten. Ich gedachte meines Elends und des meiner […] Blutsbrüder. Wann, wann wird uns von solcher Bedrückung Befreiung!"[102]

Daß Demonstrationen von Arbeitslosen, Invaliden und Heimkehrern, die – mitunter nicht zu Unrecht – als „bolschewistisch" beeinflußte Aktionen angesehen wurden, regelrechte antisemitische Kampagnen auslösen konnten, zeigt die Reaktion des Nationaldemokratischen Volksvereins, einer Vorläuferorganisation der Großdeutschen Volkspartei, auf die Ausschreitungen vom 15. Juni 1919 in Wien, bei denen 17 Menschen den Tod fanden.[103] In Anbetracht solcher Ereignisse hielten es führende Repräsentanten dieser Grup-

---

99 ÖSTA/KA, AOK/Op.Abt. 1918: Nr. 131.599.

100 ÖSTA/KA, AOK/Op.Abt. 1918: Nr. 130.537, 131.753, 130.300.

101 ÖSTA/AdR, BMfA/NPA-Präs., Liasse Deutschösterreich 14/Polizeiberichte 1919: Zl. 2685.

102 Soldat und Volk, Nr. 20 (1.6.1919) 6.

103 Zur Demonstration vom 15.6. und zur Tätigkeit der österreichischen KP im Jahre 1919 siehe: Botz, Gewalt in der Politik 64–70; Hautmann, Anfänge der linksradikalen Bewegung 116–121.

pierung im Rahmen ihrer Beratungen über die kommunistische Bewegung für notwendig, den „unheilvollen Einfluß der Juden" zurückzudrängen und unverzüglich Geldmittel „für eine antisemitische Propaganda zur Verfügung zu stellen", die „sofort mit Plakaten, Flugschriften und Versammlungen einzusetzen habe".[104]

Die täglich schärfer werdende und zunehmend gesteuerte Hetze gegen das Judentum wurde indessen von Heimkehrern aus der Gefangenschaft nicht nur mitgetragen. Als Zeugen der Revolution und fallweise als Sympathisanten Lenins und seiner Politik eigneten sich vor allem jene KP-Kader aus den Reihen der Kriegsgefangenen als Zielscheibe rassistischer Ressentiments, deren jüdische Herkunft alle gängigen Klischees zu belegen schienen. Folgerichtig wußten österreichische und deutsche Behörden schon im Jahre 1918 die „jüdische Beteiligung" an der Internationalisten-Bewegung in Sowjetrußland hervorzuheben[105], um damit an den Vorbereitungen eines Feldzuges gegen den „Judobolschewismus" teilzunehmen, der im rassistischen Vernichtungskrieg der Nationalsozialisten seinen beispiellosen Höhepunkt fand. Es ist in diesem Zusammenhang nur zu verständlich, daß die im Dritten Reich erschienenen antisemitischen Arbeiten über den „Weltkommunismus" mehrfach auf die Anhänger der Bol'ševiki unter den Kriegsgefangenen hinwiesen und namentlich Béla Kun als Massenmörder „Aron Kohn" vorführten.[106]

Die rassistische Komponente, die im Laufe der Jahre 1914 bis 1918 an Boden gewann, belegt überdies eine *Ethnisierung des „Massenkrieges"*, der die Überlebensfähigkeit ganzer Regionen und Volksgruppen gefährdete. Vorrangig im Osten und Südosten Europas begannen Übergriffe auf die Zivilbevölkerung, Terror gegen die ansässigen Eliten und die Vertreibung von Minderheiten das „Alltagsbild" zu dominieren.[107] Formen ethnischer Kriegsführung wurden zum integralen Bestandteil an allen Fronten im Osten: Das Verhalten der Mittelmächte am galizischen und serbischen Kriegsschauplatz und die brutale Okkupationspolitik österreichischer, deutscher und bulgarischer Soldaten mündeten in Terror und Gegen-Terror. Dadurch spitzte sich insbesondere die Situation der Juden zu: Die Donaumonarchie beargwöhnte ihre jüdischen Untertanen, vor allem an den östlichen Grenzen.[108] Das Oberkommando des deutschen Heeres stellte im Hinblick auf den Kriegsdienst der Juden offen deren Patriotismus in Frage.[109] Niederlagen der russischen

---

104 ÖSTA/AdR, Großdeutsche Volkspartei/Allgemein, Verhandlungsschrift des politischen Ausschusses vom 16.6.1919.

105 ÖSTA/AVA, MdI/Präs. 22. Unruhen und Exzesse, 1918: Fasz. 2076 Zl. 9323/18, Fasz. 2077 Zl. 14079, Fasz. 2079 Zl. 19238/18.

106 Keyserlingk 522. Dazu außerdem: Seraphim 178ff. und 244f.

107 Geyer, Gewalt und Gewalterfahrung 249–252.

108 Moritz, Gefangenschaft und Revolution 14.

109 Mosse 207f.

Armee waren von antisemitischer Propaganda und Beschuldigungen begleitet: die Juden seien Spione der Deutschen. „Viele tausende [...] wurden auf diese Weise zu Sündenböcken gemacht, massakriert oder ins Hinterland deportiert."[110]

Die durch die Gewaltmaßnahmen gegen die ansässige Bevölkerung geschaffenen *Migrationswellen* begannen zu einem wesentlichen Teil das Bild einer „Heimatfront" zu prägen, welche zudem von Anfang an auf die Errichtung von Zwangsarbeitssystemen angewiesen war.[111] So registrierte Deutschland bei Kriegsende rund eine Million ziviler ausländischer Arbeiter, deren Bewegungsfreiheit zum größten Teil durch Heimkehr- und Ortswechselverbot weitgehend eingeschränkt war.[112]

In der untergehenden Donaumonarchie riefen sich die Folgen des „Vertreibungskrieges" ebenfalls ins Bewußtsein: Allein für das Gebiet der gerade entstehenden deutschösterreichischen Republik schätzte man die Zahl der „nichtdeutschen" Flüchtlinge im November 1918 auf 310.000.[113] Zugleich vergrößerte sich der Migrationsstrom durch jene, die vor den Verfolgungen der „‚Roten', der ‚Weißen' oder der Regierungen alter und neuer Nationalstaaten" flohen.[114] Gemeinsam mit Zwangsarbeitern, Militärgefangenen und Zivilisten, die aus den Kriegsgebieten ins Hinterland deportiert worden waren, bildeten die Neuankömmlinge eine unüberschaubare „Masse" an „Deplazierten", welche durch den „Triumph der nationalen Logik" sowohl in ihrer alten Heimat als auch in ihren neuen Aufenthaltsgebieten zu mißliebigen Personen erklärt wurden.[115] Flüchtlinge ebenso wie Kriegsgefangene sahen sich mit einer Entwicklung konfrontiert[116], die „ausgehend von einer überzogenen Abwehrhaltung in eine offensive Antibewegung" überging, welche im Sozialismus, „im Judentum, im Zentralismus und Bürokratismus, zum Teil noch im Kapitalismus und Liberalismus, [...] eine wirtschaftliche und kulturelle, ja existentielle Bedrohung zu orten glaubte".[117]

Die krisenbedingte Angst vor dem Chaos der „Wendezeit" führte nach der „Unwirklichkeit" eines vierjährigen Blutbades zur Verzerrung der tatsächlichen Kräfteverhältnisse und zur Überschätzung von „revolutionären Potentialen". Nicht zufällig mißtraute man jenen, die bereits bisher mit Argwohn bedacht worden waren. Heimkehrer mit „dem Bolsche-

110 Margulina 39.

111 Ebd.

112 Oltmer, Arbeitszwang und Zwangsarbeit 98f.

113 Mentzel, Kriegsflüchtlinge 39.

114 Heiss 86.

115 Ebd.

116 Ebd. 102.

117 Dietrich, Feindbilder und Ausgrenzung 157.

wismus im Herzen"[118] und russische Kriegsgefangene jüdischer Herkunft, vor denen die offiziellen Stellen des Habsburgerreiches in den letzten Monaten ihres Bestehens warnten[119], schienen auf einzigartige Weise *Feindbilder* zu vereinen, die der Weltkrieg verstärkt oder hervorgebracht hatte.

Kaum einer hielt in eindrucksvolleren Formulierungen das Wesen dieser Tage fest als der „Sprechsteller", Gelegenheitsjournalist und leidenschaftliche Mitteleuropäer Anton Kuh.[120] Als die Wiener Presse in den letzten beiden Monaten des Jahres 1918 den Enthusiasmus der Umsturzbegeisterten und die Alarmstimmung der übrigen Bevölkerung festhielt, auf tumultartige Szenen vor den von Heimkehrern und Flüchtlingen belagerten Zügen hinwies und in diesem Zusammenhang den durch „Gerüchte" verursachten „irrtümlichen" Tod von vier russischen Gefangenen am Wiener Nordbahnhof meldete[121], blickte Kuh hinter die Sprache des „Zeitgeists" und skizzierte seine Sicht der „österreichischen Revolution".

„Wie? – Sollte es möglich sein?", fragte Kuh in der Czernowitzer Allgemeinen Zeitung, „Ist der Wiener, der Freund des Beinfleisches, der Walzertändler und Sumpfjodler, der Müssigsitzer und Stehenbleiber, durch Jahrzehnte in süßen Schlaf gelullt und um die Welt betrogen, über Nacht zum Revolutionär geworden? Weiß er plötzlich auf dem politischen Farbenfeld weiß von schwarz, rot von blau zu unterscheiden? Wer hat´s ihm beigebracht? Wie kam er dazu [...] Blind ist er nicht mehr. Wohl aber noch farbenblind. Er kann schwarz-rot-gold nicht von rot und rot-weiß-rot unterscheiden. [...] Denn Wien ist in Angst. Schwärme von entlassenen Soldaten tschechischer, ungarischer und slowenischer Staatszugehörigkeit ziehen mit Sack und Pack, aussichtslos und führerlos von einem Bahnhof zum anderen, unbehelligt vom Volk [...]. Dazwischen russische Gefangenentrupps, ohne Weisung und sich selbst überlassen, in einer gutmütigen Verwahrlosung, die ihnen schon an Pratersonntagen vor Ringelspielen und Schaubuden das Gepräge eines ‚heimischen Elements' gab. [...] Beängstigend ist die sogenannte Aufrechterhaltung der Ordnung. Sie macht aus der friedlichen Revolution einen Tollhauswirbel. Harmlose Gefangenenkompagnien wollten auf dem Nordbahnhof zum Zug. Plötzlich – Schüsse, Pulverrauch, Tote, Verletzte. Über den bedauerlichen Vorfall wurde ein Kommunique herausgegeben, aus dem klar hervorgeht, daß in Wien bedauerlicherweise niemand so bedroht ist, wie jene bedrohlichen Elemente, die ihre Ruh' haben wollen. Zu alldem kommen die sogenannten Heimkehrer. Hinter der Front sollen sie so

118 Seraphim 245.

119 ÖSTA/AVA, MdI/Präs. 22. Unruhen und Exzesse 1918: Fasz. 2076 Zl. 9323/18.

120 Siehe dazu u. a. Kuhs Skizzierung der „Bolschewismusfurcht" in seinem kurzen Prosastück „Lenin und Demel".

121 Klusacek/Stimmer 35f.

gründlich ausgekehrt haben, daß nichts als Schutt und Staub zurückblieb. Was ist von ihnen zu erwarten? Eine rote Garde hat sich gebildet. Ihr Name ist allerdings röter als sie selbst."[122]

122 Kuh, Anton: Wiener Wirrwarr. In: Allgemeine Zeitung, Tagblatt. Czernowitz, Nr. 404 (30.11.1918) 2.

DIE SPRACHE DER GESCHICHTE

Literatur und Quellen zum Forschungsbereich

„TEXT UND PERSPEKTIVE"

Edward Hallett Carr, unter anderem Verfasser eines dreibändigen Werkes über die russische Revolution von 1917 bis 1923 und Autor einer theoretischen Schrift, in der er den Glauben an eine simple „Ermittlung objektiver Fakten" mit den Ansichten und redaktionellen Gestaltungsmöglichkeiten der Historiker konfrontierte[1], wies auf die Notwendigkeit hin, den Austausch von Kriegsgefangenen nach dem Ende des Ersten Weltkrieges nicht als „signifikant an und für sich", sondern als Schlüssel zum Verständnis bilateraler Beziehungen, etwa des deutsch-russischen Verhältnisses seit dem Beginn der zwanziger Jahre, zu begreifen.[2]

Carrs Anmerkung leitet zu prinzipielleren Erwägungen hinsichtlich der Charakterisierung von Texten zur Kriegsgefangenen- und Heimkehrer-Problematik über. Während eine beträchtliche Zahl von Belegen für wirtschafts-, sozial- und kulturgeschichtliche Aspekte in den themenspezifischen Dokumenten zu finden ist, quantitative wie qualitative Informationen in kaum überschaubarer Fülle zum Einsatz von Gefangenen in der Kriegswirtschaft, zu den Zuständen in den Lagern, zu Fürsorgeaktionen und zum Verlauf der Repatriierungsaktionen vorliegen, darüber hinaus eine Reihe von Aussagen über das Alltagsleben an den Internierungsorten, Beschreibungen der „erlebten Fremde" bis hin zu ethnologischen Studien und der Erfassung der Gefangenschaft als mentalitätenprägendes Erlebnis mit langfristigen Konsequenzen existieren, scheinen auf den ersten Blick die Dokumente zur Kriegsgefangenschaft im Ersten Weltkrieg, trotz des „Ereignishorizontes von 1917/18" und der Folgen tiefgreifender gesellschaftlicher Umbrüche, in einem geringen Ausmaß auf „klassische" Untersuchungsbereiche der Historiographie, wie etwa die Erforschung politischer Verhältnisse und insbesondere internationaler Beziehungen, zu verweisen. Zugleich aber sind den vorhandenen Darstellungen der Einwirkung revolutionärer Vorgänge seit 1917, welche zumeist die Entwicklung innerhalb wie außerhalb der Lagergemeinschaften als Spiegelbild allgemeinerer Prozesse präsentieren, Deutungen entgegen-

---

1 Carr, E. H.: The Bolshevik Revolution. 1917–1923. 3 Bde. New York/London 1950–53; ders.: Was ist Geschichte? Stuttgart 1963.

2 Carr, German-Soviet Relations 48; vgl. Williams, Russian War Prisoners and Soviet-German Relations 271.

zuhalten, die Kriegsgefangenschaft und Heimkehr als Ursache und Einflußfaktor im Wechselspiel zeitbedingter Erscheinungen verstehen.

Diese Sichtweise zieht allerdings eine kritische Neuinterpretation einer beträchtlichen Masse forschungsrelevanter Materialien nach sich. Haben etwa Offiziere in ihren Erinnerungen die Gefangenschaft insbesondere am Beispiel des Lagerlebens als gemeinschaftsstiftenden Erfahrungswert vorgestellt und dabei, ungeachtet der in den Gebieten des (ehemaligen) Zarenreiches erworbenen Fremdsprachenkenntnisse, Ausdrücke aus dem Russischen, wie „plenny“[3] (der Gefangene), „sejčas“ (sofort), „nagajka“ (Kosakenpeitsche), „tepluški“ (heizbare Güterwagen), „staršij“ (Vorgesetzter) und „propusk“ (Passierschein), als für alle „Schicksalsgefährten“ verständliche, mit persönlichen Erlebnissen verbundene „Chiffren“ einer sozialen Identität der Rußlandheimkehrer aufgefaßt[4], so müssen andererseits unzählige Quellenbestände von ihrer gleichsam „vordergründigen“ Bedeutungsebene befreit und unter Einbeziehung historischer Kontexte auf zusätzliche, mitunter bedeutsamere Inhalte untersucht werden. Solcherart „dechiffriertes“ Material zu Kriegsgefangenen-Angelegenheiten entpuppt sich dann vielfach als „getarnte“ Informationen über zahlreiche historische Phänomene. Auf diese Weise können Tätigkeiten diverser Fürsorge- beziehungsweise Evakuierungsmissionen im Sinne Carrs als Instrumente zwischenstaatlicher Kommunikationen und politischer Strategien entschlüsselt werden.[5] Die Infrastruktur des Heimkehrwesens fungiert als organisatorische Plattform für die Netzwerke der Komintern.[6] Lettische Schützen erweisen sich bei näherer Betrachtung als probolschewistische Kriegsgefangene deutscher oder magyarischer Nationalität. Neue Informationen über Aktivitäten revolutionärer Kriegsgefangener rütteln an den bisher gängigen Interpretationen der Internationalisten-Problematik.[7] Enge Verbindungen zwischen den Zielsetzungen der militärischen Spionage und den Kriegsgefangenen-Agenden treten hervor. Die Zensur der Gefangenenkorrespondenz kann als wesentliches Mittel der Nach-

---

3 Die Bundesvereinigung ehemaliger österreichischer Kriegsgefangener nannte ihre von 1924 bis 1938 erscheinende Verbandszeitschrift „Der Plenny“, um damit die Erlebnisse im europäischen Rußland, in Sibirien und Mittelasien hervorzuheben. – Leidinger, Zwischen Kaiserreich und Rätemacht 20.

4 Davis, Prisoners of War Camps 157f.

5 Diesbezüglich sollte auch darauf hingewiesen werden, daß sich aller Wahrscheinlichkeit nach auch Kaiser Karl bei seinen Friedensbestrebungen im Jahre 1917 und der damit verbundenen Kontaktaufnahme mit Repräsentanten der Westmächte der Kanäle des Kriegsgefangenenwesens kriegführender und neutraler Staaten bediente. Dazu: Brook-Shepherd 280–285.

6 Goldbach 16–19; ÖSTA/AdR, BKA/KGF 1920: 19–37/2–2, 1921/22: 39–1/61, 39–1/76–2, 39–1/78, 39–2/3; RCChIDNI, f.495, op. 80, d. 12, l. 24.

7 Dazu unter anderem: Williamson, Samuel R./Pastor, Peter (Hgg.): Essays on World War I: Origins and Prisoners of War. New York 1983; Dotsenko, Paul: The Struggle for a Democracy in Siberia, 1917–1920. Eyewitness Account of a Contemporary. Stanford 1983.

richtenbeschaffung ausgemacht werden.[8] Armeeführungen verschiedener Staaten rekrutieren Kriegsgefangene und gleichermaßen Heimkehrer aus der Gefangenschaft für geheimdienstliche Operationen[9]; Offiziere des Nachrichtendienstes bekleiden hohe Positionen in den Ämtern des staatlichen Kriegsgefangenen- und Heimkehrwesens[10].

Themenspezifische Darstellungs- und Erklärungsmuster zu „dekonstruieren" heißt auch, den Versuch unternehmen, durch eine eingehendere Beschäftigung mit der Produktion historischer und historiographischer Texte standortbezogende Subjektivitäten aufzuzeigen.[11]

Den Hintergrund des Geschichtsforschers im besonderen zu untersuchen, ist dabei in einem nicht geringen Ausmaß bei den zahlreichen Arbeiten notwendig, die sich im kommunistischen Osteuropa vorrangig mit revolutionären Kriegsgefangenen der Jahre 1917 bis 1922 beschäftigten. Widmet man sich der sowjetischen *„Internationalisten-Literatur"*, so fällt zunächst auf, daß nicht nur wissenschaftliche Studien, sondern auch Memoiren ehemaliger Gefangener vor dem XX. Kongreß der KPdSU im Jahr 1956 weitgehend fehlen. Ein Versuch, aufbauend auf Lenins Erwähnung „ausländischer Werktätiger" am VIII. Parteitag der RKP(b), sich des Themas anzunehmen, mündete in eine Untersuchungskommission polnischer und ungarischer Emigranten, verlor jedoch rasch an Bedeutung, nachdem sich weltrevolutionäre Hoffnungen nicht erfüllt hatten und die unter dem Schlagwort „Sozialismus in einem Land" zusammengefaßten Richtlinien internationalistische Ziele in den Hintergrund treten ließen. In der Sowjetunion der zwanziger und beginnenden dreißiger Jahre haben Verbände ehemaliger Kriegsgefangener versucht Material zu sammeln und Publikationen vorzubereiten.[12] In den damals erschienenen Büchern ist das Thema jedoch schwach vertreten, in Überblicksdarstellungen wurde es überhaupt ausgespart.[13] Eine auf der Grundlage von Vorträgen aus den Jahren 1933 und 1934 zusammengestellte Arbeit mit dem Titel „Zwischen Jenisej und Amur", die sich mit Sympathisanten der Bol'ševiki aus den Reihen der während und nach dem Ersten Weltkrieg in Sibirien befindlichen deutschen Soldaten befaßte, blieb bezeichnenderweise unveröffentlicht.[14] Russische Historiker haben wiederholt darauf aufmerksam gemacht, daß unter Stalin eine

8 Ronge, Kriegs- und Industriespionage 144.

9 Höhne, Krieg im Dunkeln 170–172; Rutkowski, Der Kundschafterdienst des k.u.k. Armeeoberkommandos in Rußland.

10 Kristan 144; Rape 208f.

11 Evans 85 und 100f.

12 Poltorak, Inostrancy 15.

13 Evzerov 343.

14 Ebd.

Auseinandersetzung mit der Internationalisten-Problematik verpönt war.[15] Als in der Folge viele ehemalige revolutionäre Kriegsgefangene ebenso wie zahlreiche Geschichtsforscher in den Massenverfolgungen und Repressionen der „großen Säuberung" zugrunde gingen, konnte an die Herausgabe sachspezifischer Publikationen nicht einmal mehr gedacht werden.[16]

Unberücksichtigt blieb im übrigen die Problematik auch nach 1945, obwohl die Erweiterung der sowjetischen Einflußsphäre auf große Teile Mittel- und Osteuropas und das Bündnis mit den neuentstandenen „volksdemokratischen" Staaten nachdrücklichere öffentliche Bekenntnisse zum „revolutionären Internationalismus" durchaus erforderlich machten.[17] „Völkerfreundschaft und Arbeiterbrüderschaft" zu preisen, war schließlich seit den späten fünfziger Jahren eine der Hauptaufgaben jener Literatur, die sich in Osteuropa mit revolutionären Kriegsgefangenen während des Ersten Weltkrieges und in der Nachkriegszeit, sowohl in Rußland als auch im Bereich der Mittelmächte, auseinandersetzte.[18] Dementsprechend ist in den in der UdSSR und DDR erschienenen Büchern vom „Ruhmesblatt proletarischer Solidarität"[19] die Rede, wenn Internationalisten in das Zentrum einer geradezu hagiographischen Darstellung gerückt werden, eine Präsentationsform des Themas, die selbst sowjetische Wissenschafter schon gegen Ende der sechziger Jahre mit vorsichtiger Kritik bedachten.[20]

Unzulänglichkeiten, insbesondere die Ausblendung zentraler Fragestellungen und Problemfelder, beispielsweise die Konflikte unter den in Rußland befindlichen Soldaten der Mittelmächte sowie Gegensätze zwischen Sowjetbehörden und revolutionären Gefangenenorganisationen, korrigierte man allerdings auch weiterhin kaum oder gar nicht.[21] Der russische Politologe Robert Evzerov hat diese Versäumnisse der sowjetischen Geschichtsschreibung so zusammengefaßt: „Die ausgesprochen revolutionär-kommunistische Ausrichtung der durchgeführten Forschungen diktierte eine ihr entsprechende Selektion in der Bestimmung von Forschungsbereichen und schließlich das Unterschätzen von nichtkommunistischen Kräften unter den Internationalisten. Die Divergenzen in den Reihen der kommunistischen Kriegsgefangenen sollten entweder ignoriert oder ungerechtfertigt zugespitzt bewertet werden. Im Sinne dieser Auffassung von Geschichtsschreibung kam die Auseinandersetzung mit [...] den Kriegsgefangenen, die nicht als Internationalisten zu

15 Kriegel/Haupt 289.

16 Evzerov 343f.

17 Ebd.; vgl. Kriegel/Haupt 289.

18 Pastor, Hungarian Prisoners of War in Russia 149; vgl. auch Kulinyč/Koschyk 122–126; Oseraner 617 und 627; Selesnjow 177; Zelt, Politische Arbeit unter russischen Kriegsgefangenen 568f.

19 Danilow 98.

20 Internacionalisty 1967 11.

21 Kriegel/Haupt 289.

bezeichnen sind, zu kurz. Die Tätigkeit der Internationalisten im Hinblick auf die Kriegsgefangenen, die unter anderem auf die Verbesserung beziehungsweise Veränderung der Lebensbedingungen abzielte und mit Fragen der Repatriierung assoziiert werden kann, ist in der Forschung unterrepräsentiert. Der Prozeß der Repatriierung an sich wurde keiner grundlegenden Untersuchung unterzogen."[22]

Durch die weitgehende Vernachlässigung der Heimkehrproblematik konnte jedoch auch die Rolle revolutionärer Kriegsgefangener als „Kerntruppe einer ausländischen kommunistischen Bewegung" nur mangelhaft untersucht werden. Die Konzentration auf die Anwesenheit deutscher und österreichisch-ungarischer Soldaten im revolutionären Rußland und die Schilderung ihrer Teilnahme am „Aufbau und an der Verteidigung der Sowjetmacht" als politisch-ideologische Schule einer künftigen internationalen marxistisch-leninistischen Arbeiterbewegung erschwerte zwangsläufig die Bewertung der Folgewirkungen einer weltanschaulichen Beeinflussung ehemaliger Kriegsgefangener. Ein 1995 veröffentlichter Beitrag von Sonja Striegnitz, die in der DDR detaillierte Studien über deutsche Internationalisten in Sowjetrußland unternommen hatte[23], konnte in Anbetracht der bislang vorgelegten Interpretationen auch nach dem Ende der osteuropäischen Volks-

22 Evzerov 345. Diese Ansichten werden auch vom Internationalistenforscher I. M. Krivoguz geteilt, der 1994 in Moskau ein Gespräch mit Verena Moritz über die sowjetische Geschichtsschreibung und insbesondere über die Bewertung der Kriegsgefangenenproblematik führte. Die Charakterisierung Evzerovs trifft unter anderem auf folgende Arbeiten zu: Boldyrev, J. F.: Iz istorii bor'by nemeckich internacionalistov v zaščitu molodoj Respubliki Sovetov ot vnutrennej i vnešnej kontrrevoljucii (1917–1920). In: Revoljucionnye tradicii nemeckogo proletariata i stroitel'stvo novoj socialističeskoj Germanii, Volgograd 1988; Cerepnina, I. D.: Inostrannye kommunističeskie gruppy v Sovetskoj Rossii i ich dejatel'nost' (1918–1920). In: Proletarskij internacionalizm – boevoe znamja Kommunističeskoj Partii, Moskva 1959; Danilov, V. A.: Inostrannye trudjaščiesja – internacionalisty na Urale i v Sibiri 1917–1919 gg. Diss. Tjumen' 1987; Internacionalisty v bojach za vlast' Sovetov. Moskva 1965; Internacionalisty. Trudjaščiesja zarubežnych stran. – Učastniki bor'by za vlast' Sovetov. Moskva 1967; Internacionalisty. Učastie trudjaščichsja stran central'noj i jugo-vostočnoj Evropy v bor'be za vlast' Sovetov v Rossii 1917–1920 gg. Moskva 1987; Internacional'nye gruppy RKP(b) i voinskie formirovanija v Sovetskoj Rossii (1918–1920). In: Istoričeskij Archiv, Nr. 4, 1957; Jusupov, E. J.: Vengerskie internacionalisty v bor'be za ukreplenie sovetskoj vlasti v Turkestane, v: Velikij Oktjabr' i Vengerskaja sovetskaja Respublika. Moskva 1983, 110–123; Kladt, A./Konrat'ev, V.: Brat'ja po oružiju. Vengerskie internacionalisty v bor'be za vlast' Sovetov Rossii 1917–1922 gg. Moskva 1960; Kulinyč, I. M.: O dejatel'nosti char'kovskoj gruppy kommunistov v 1918–1919 gg. In: Ežegodnik germanskoj istorii. Moskva 1968; Selesnjow, K. L.: Deutsche Internationalisten im Kampf um die Verteidigung der jungen Sowjetmacht (1917–1921). In: Zeitschrift für Militärgeschichte, Nr. 2, 1967; A.W. Tregubow, W. I. Lenin und die deutschen Internationalisten in Sowjetrußland (1918–1920). In: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Nr. 3. Berlin 1974; Učenye zapiski VPS pri CK KPSS. Kafedry meždunarodnogo rabočego dviženija. Moskva 1959.

23 Striegnitz, Sonja: Deutsche Internationalisten in Sowjetrußland 1917–1918. Proletarische Solidarität im Kampf um die Sowjetmacht. Berlin (Ost) 1979; dies.: Zur Entstehung der revolutionären Be-

demokratien und dem Untergang der UdSSR die mögliche Bedeutung der revolutionären Kriegsgefangenenbewegung für die weltrevolutionären Zielsetzungen der Bol'ševiki lediglich andeuten.[24] Immerhin bemühte sich Striegnitz die Spannungen innerhalb der Internationalisten-Vereinigungen aufzuzeigen. Dieses Anliegen ist im übrigen auch in einer von ihr angeregten Veröffentlichung russischen und deutschen Quellenmaterials, die 1994 unter dem Titel „Lager, Front oder Heimat. Deutsche Kriegsgefangene in Sowjetrußland 1917 bis 1920" vorgelegt wurde, zu erkennen. Die zweibändige, von westdeutschen Kollegen distanziert aufgenommene Materialsammlung[25] verkörpert die Übergänge und Umstellungsprozesse der „Wendezeit" in Form eines mehr als schwierigen editorischen Unternehmens, das als parteipolitisch-ideologischer Bildungsauftrag in der Endphase der DDR begann und unter vollkommen veränderten Bedingungen und Zielsetzungen Anfang der neunziger Jahre zum Abschluß gebracht wurde. Sonja Striegnitz hat die von russischen und deutschen Wissenschaftlern getragene Editionsarbeit in der Umbruchsphase von 1989 bis 1991 folgendermaßen beschrieben. „Der Untergang der DDR und der Zusammenbruch der UdSSR", so die Historikerin, „schienen den Ertrag der schon längerfristigen intensiven Recherchen [...] in Frage zu stellen, da beide mit der Drucklegung des Projekts betrauten ‚Parteiverlage' nicht mehr zur Verfügung standen. [...] Für das Herausgebergremium erwies es sich als ein glücklicher Umstand, daß sich der renommierte Saur Verlag München bereit fand, die Publikation in sein Programm aufzunehmen und einem erfolgreichen Abschluß zuzuführen. Das bedeutete indes, sich von ursprünglichen Vorstellungen über den Charakter des Werkes zu verabschieden, den Blick zu weiten für den Gesamtkomplex ‚Kriegsgefangene in Sowjetrußland 1917–1920' mit allen dazu gehörenden Kräften, Tendenzen, Widersprüchen, Erscheinungen, Hoffnungen und Fehlschlägen und Kurs zu nehmen auf eine ausgesprochen ‚akademische' Publikation."[26]

Gerade die Fachkreise, denen die Herausgeber mit der Dokumentenpublikation beachtenswertes Material präsentieren wollten, mußte Striegnitz jedoch darauf hinweisen, daß wichtige russische Archivbestände, beispielsweise über die Haltung der bolschewistischen Führung, nicht miteinbezogen werden konnten. Solche Mängel wirkten sich unter

---

wegung unter den deutschen Kriegsgefangenen in Rußland vor der Oktoberrevolution. In: Lemke, Heinz/Widera, Bruno (Hgg.): Russisch-deutsche Beziehungen von der Kiewer Rus' bis zur Oktoberrevolution. Berlin (Ost) 1976, 305–329; dies.: Die aktive Teilnahme ehemaliger deutscher Kriegsgefangener an der Oktoberrevolution 1917 und den Kämpfen des Bürgerkrieges 1918–1922. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 8. Jg., Heft 1, Berlin (Ost) 1960, 129–143.

24 Striegnitz, Sonja: „Kerntruppe der Weltrevolution?" Politische Entwicklungen unter deutschen Kriegsgefangenen in Rußland (1917–1920). In: Berliner Jahrbuch für osteuropäische Geschichte. Nr. 1, 1995, 131–149.

25 Overmans 623f.

26 Striegnitz, Rezension 390.

anderem auch auf die Beschäftigung mit einem der heikelsten Themen der Internationalistenforschung aus, das bis zum Ende der UdSSR nur mit Vorbehalten behandelt werden durfte: Die Bedeutung von Kriegsgefangenen beziehungsweise Internationalisten für den Verlauf und den Ausgang politischer und militärischer Konflikte auf dem Territorium des untergegangenen Zarenreiches. In dieser Frage grenzten sich sowjetische Geschichtswissenschaftler zumeist scharf von „bourgeoisen" Autoren ab, denen – wie etwa Paul Dotsenko – vorgeworfen wurde, die Rolle der Internationalisten maßlos überzubewerten.[27] Demgegenüber „gebühre allein der russischen Bevölkerung der Dank für den Sieg der Oktoberrevolution", meinte zum Beispiel L. V. Šiškina, welche die Tätigkeit revolutionärer Kriegsgefangener auf das Feld einer vorwiegend „moralischen Unterstützung" beschränkte.[28] Derlei Ausführungen berührten Spielarten „nationalen Bewußtseins", die einen oftmals großrussischen „Sowjetpatriotismus" zum konstituierenden Element der UdSSR weit über die Stalinzeit hinaus erhoben und somit in Konflikt mit Ansätzen gerieten, welche – im Gegensatz zu oberflächlichen Parolen der „Völkerfreundschaft" im Dienste des Moskauer Imperialismus – eine eingehendere Beschäftigung mit dem revolutionären Internationalismus der ersten Jahre nach der Machtergreifung der Bol'ševiki verlangten.

Die ambitioniertesten fachspezifischen Publikationen der Sowjethistoriographie, die 1967 und 1987 jeweils in Moskau erschienenen Internationalistenbände mit zahlreichen Beiträgen über verschiedene an der russischen Revolution beteiligte ausländische Gruppen und deren Organisationen[29], standen demgemäß im Zeichen einer auch parteipolitisch eingeforderten Selbstbeschränkung. Diesbezüglich ist auf eine Aussage von Tofik M. Islamov, der sich lange Zeit speziell mit ungarischen Kriegsgefangenen-Internationalisten beschäftigte, zu verweisen. Ihm zufolge erhielten die sowjetischen Wissenschafter bei Beginn der themenspezifischen Arbeiten den dezidierten Auftrag der KP-Führung, die Rolle der Internationalisten gegenüber den Verdiensten der russischen Parteigänger der Bol'ševiki nicht zu stark hervorzuheben.[30] Folgerichtig wurden unzählige und oftmals verschwindend kleine Gruppen „ausländischer Werktätiger" aufgezählt, ohne sie in einen größeren Kontext einzubetten. Eine unsystematische Aufbereitung des Materials und Aufzählungen kaum überblickbarer Einzelfakten in rein deskriptiver Form schränkten letztlich die Möglichkeiten einer Bewertung der Internationalistenproblematik in beträchtlichem Maße ein.

27 Siehe dazu unter anderem: Krasnov 6; vgl. Pravda protiv vymyslov. Kritika buržuaznych i social-reformistskich fal'sifikatorov istorii. Sbornik materialov naučnoj konferencii. Volgograd 1986.

28 Šiškina 32f.

29 Internacionalisty. Trudjaščiesja zarubežnych stran. Učastniki bor'by za vlast' Sovetov. Moskva 1967; Internacionalisty. Učastie trudjaščichsja stran central'noj i jugo-vostočnoj Evropy v bor'be za vlast' Sovetov v Rossii 1917–1920 gg. Moskva 1987.

30 Gespräch der Verfasser mit T. M. Islamov in Wien im August 1999.

Zusammenfassende Rückschlüsse der sowjetischen Geschichtswissenschaft im Sinne der kommunistischen Führung konnten anhand der materialreichen, aber gleichermaßen verwirrenden Darstellungen ebensowenig bekräftigt wie in Frage gestellt werden.

Arbeiten in den USA tätiger Historiker über die Kriegsgefangenenproblematik in Rußland während der Jahre 1914 bis 1920 haben die in der UdSSR herrschenden Voraussetzungen zur Erforschung des Themas vielfach nachgezeichnet[31], zugleich aber auch einen differenzierteren Blick auf die osteuropäische Fachliteratur geworfen. Verständlicherweise bemühte sich etwa die *Geschichtsschreibung Jugoslawiens* nach 1948, im Gegensatz zur Solidarität ehemaliger Kriegsgefangener mit der entstehenden Sowjetunion die eigenständigen Leistungen südslawischer Internationalisten für die „kommunistische Weltrevolution" zu würdigen. Damit wurde an die Beschreibung der Partisanenbewegung unter Tito im Zweiten Weltkrieg angeknüpft, in der man die Unabhängigkeit der erfolgreichen Widerstandsaktionen gegenüber einer verhältnismäßig geringen Unterstützung durch die amerikanischen, britischen und russischen Verbündeten hervorgehoben hat.[32] Jugoslawische Historiker wie Ivan Očak, die, verglichen mit der DDR- und Sowjetliteratur, auch die Heimkehrbewegung aus Rußland seit 1918 genauer studierten[33], entschlossen sich obendrein, die Beteiligung südslawischer Kräfte an der „antisowjetischen Intervention" aufzuzeigen und damit einen äußerst sensiblen Forschungsgegenstand zu berühren, dessen Darstellung in der osteuropäischen Literatur nach 1945 generell Mängel aufweist.[34]

Ein kritischerer Zugang zur Kriegsgefangenen- und Heimkehrerproblematik konnte überdies in der *ungarischen Historiographie während der KP-Herrschaft* seit längerer Zeit wahrgenommen werden.[35] Schon aufgrund der Bedeutung revolutionärer Kriegsgefangener in der Frühphase der Kommunistischen Partei Ungarns[36] sowie der Rolle Béla Kuns und sei-

31 Siehe dazu unter anderem: Williamson/Pastor: Essays on World War I. Origins and P.O.W.

32 Banac, South Slav Prisoners of War 121f.

33 Očak, Ivan: Povratnici iz Sovjetske Rusije u borbi za stvaranje komunističkih organisacija uoči prvog kongresa SRP(k). In: Historijski zbornik, XXVII–XXVIII, Zagreb 1974–75, 1–26; ders.: U borbi za ideje Oktobra. Jugoslavenski povratnici iz Sovjetske Rusije 1918–1921. Zagreb 1976; Hrabak, Bogumil: Komunistička partija (boljsevika) Srba, Hrvata i Slovenaca. In: Jugoslavenki istorijiski časopis, Nr. 1–2, Beograd 1969, 7–27.

34 Banac, South Slav Prisoners of War 122 und 145; vgl. Očak, Ivan: O Jugoslavenima u bjelogardejskim jedinicama u Russiji za vrijeme gradjanskog rata 1918–1920. In: Časopis za suvremenu povijest, I. Zagreb 1974, 39–56.

35 Pastor, Recent Publications 479.

36 In der englischsprachigen Literatur beschäftigen sich mit der Gründung der ungarischen KP zum Beispiel: Kovrig, Bennett: Communism in Hungary. From Kun to Kádár. Stanford 1979; Molnár, Miklos: A Short History of the Hungarian Communist Party. Folkestone 1978; Pastor, Peter: Hun-

ner Weggefährten vor und zur Zeit der Räterepublik[37] schien eine eingehendere Beschäftigung nicht nur mit der großen Zahl ungarischer Internationalisten in Sowjetrußland[38] angebracht, sondern auch mit der Heimkehrbewegung[39] und den Folgen einer ideologischen Beeinflussung ehemaliger k.u.k. Soldaten im revolutionären Rußland.

Allerdings waren die Voraussetzungen für ein offeneres Klima in der ungarischen Geschichtswissenschaft zunächst denkbar schlecht. Zwar konnte man nach dem politischen Umschwung 1948/49 das „Andenken" an die „erste proletarische Diktatur" wenige Monate nach dem Ende des Ersten Weltkrieges und dem Untergang des Habsburgerreiches auffrischen; eine wissenschaftlich-kritische Behandlung der Revolutionsgeschichte blieb jedoch unter Mátyás Rákosi, dem früheren Kriegsgefangenen-Internationalisten, der während der Räteherrschaft des Jahres 1919 das Amt eines stellvertretenden Volkskommissars bekleidet und sich mittlerweile zum „besten ungarischen Schüler Stalins"[40] emporgearbeitet hatte, illusorisch. Béla Kun, ein Opfer der „großen Säuberungen" in der Sowjet-

gary between Wilson and Lenin. The Hungarian Revolution of 1918–1919 and the Big Three. New York 1976.

37 Unter den zahlreichen Arbeiten zur ungarischen Räterepublik sind hinsichtlich des Kriegsgefangenen-Heimkehrerthemas folgende Publikationen von Interesse: Hajdu, Tibor: The Hungarian Soviet Republic. Budapest 1979; Koszo, Margit: Die ungarische Räterepublik (21. März – 1. August 1919). Phil. Diss. Wien 1968; Kun, Jószef: Die Kämpfe der ungarischen Roten Armee 1919. In: Truppendienst-Taschenbücher, Bd. 22: Die Nachkriegszeit 1918–1922. Wien 1973; Mihályhegyi, András: Die ungarische Räterepublik im Spannungsfeld zwischen Weltrevolution und nationalen Egoismen. Diss. Bochum 1974; Tökés, Rudolf L.: Béla Kun and the Hungarian Soviet Republic. The Origins and the Role of the Communist Party of Hungary in the Revolutions of 1918–1919. New York 1967; Ungarn 1919 und Österreich. Wien 1979; Velikij Oktjabr' i Vengerskaja sovetskaja Respublika. Moskva 1983; Völgyes, Ivan: The Hungarian Dictatorship of 1919. Russian Example versus Hungarian Reality. In: East European Quarterly, Nr. 1, 1970, 58–71; Völgyes, Ivan (Hg.): Hungary in Revolution 1918–1919. Nine Essays. Lincoln Neb. 1971.

38 Dazu vor allem: Islamov, T. M.: Vengerskie internacionalisty na zaščite zavoevanij Oktjabrja. In: Internacionalisty. Učastie trudjaščichsja stran central'noj i jugo-vostočnoj Evropy v bor'be za vlast' Sovetov v Rossii 1917–1920 gg. Moskva 1987, 224–276; Jósza, Antal: A redithetetlen százezer. Budapest 1968; Ders.: Háború, hadifogság, forradolom. Magyar internacionalista hadifoglyok az 1917-es oroszországi forradalmakban. Budapest 1970; Pastor, Peter: Hungarian Prisoners of War in Russia During the Revolution and Civil War. In: Williamson/Pastor (Hgg.): Essays on World War I. Origins and Prisoners of War, 149–163; Völgyes, Ivan: Hungarian Prisoners of War in Russia 1916–1919. In: Cahiers du monde russe et sovietique XIV, janvier-juin 1973, 54–85;

39 Diesem Thema widmen sich etwa: Józsa, Antal: A brest-litovski béketárgyalások és a hadifogolycsere. In: Hadtörténelmi Közlemények, 12. Jg., Nr. 2, 1965, 256–282 und Islamov, T. M./Jósza, A.: Voprosy istoriografii i istočnikovedenija istorii vengerskich internacionalistov. In: Vengerskie internacionalisty v Sibiri i na Dal'nem vostoke 1917–1922 gg. Moskva 1980, 178–214. Vgl. Jósza, Gyula: Ungarn und die ungarischen Bolschewiken auf dem Weg zur Räterepublik im Spiegel der Pravda und der sowjetischen Historiographie. Phil. Diss. Innsbruck 1962.

40 Bak 576.

union, durfte lediglich als „Unperson" der eigenen Vergangenheit gesehen werden. In einer Festschrift zum 30. Jahrestag der Proklamation Räteungarns hieß es demgemäß, die aus Rußland heimgekehrten ehemaligen kriegsgefangenen Kommunisten seien „mit M. Rákosi an der Spitze" angekommen. Kun wurde in den folgenden Jahren „entweder gar nicht oder lediglich als Verräter genannt".[41] Erst nach dem XX. Parteitag der KPdSU entschloß man sich zu Korrekturen des verzerrten Geschichtsbildes. Mit der Rehabilitierung Béla Kuns wurden manche Tabus durchbrochen.[42] Trotz einer gewissen Tendenz zur positivistischen Materialanhäufung konnten Parteihistoriker zu den Fragen der kommunistischen Bewegung von nun an durchaus differenzierte Stellungnahmen abgeben. In den späten siebziger- und frühen achtziger Jahren ließ sich diese Entwicklung unter anderem an den Arbeiten von György Péteri, Ignác Romsics und György Borsányi ablesen.[43] Speziell Borsányis politische Biographie über Béla Kun zeigte jedoch die Grenzen auf, innerhalb derer auch „unkonventionellere" Arbeiten bis zum Ende der kommunistischen Regime Osteuropas zu operieren hatten. Die negative Bewertung Kuns, der Hinweis, ein Großteil der Internationalisten sei ebenso wie viele Mitglieder der kommunistischen Kader aus opportunistischen Gründen zu Parteigängern der Bol'ševiki geworden, sowie die Aufzählung diverser Fehler der ungarischen Räteregierung schienen die hohen Parteigremien dabei weniger zu stören. Viel schwerer wog die Tatsache, daß durch Borsányis Studie dem Leser die Möglichkeit gegeben wurde, hinter die Kulissen der sowjetischen Außenpolitik zu blicken und die Kontrolle der III. Internationale mittels russischer Staats- und Parteiinstitutionen einerseits sowie der nationalen Sektionen der Komintern durch ihre Moskauer Zentrale andererseits zu erkennen. Da die wahrscheinlich aufgrund sowjetischer Intervention verbotene Kun-Biographie bereits durch die Verbreitung einiger tausend Kopien sein Publikum gefunden hatte, sah sich die ungarische KP-Führung zu einer offiziellen Stellungnahme veranlaßt. Die Aufgabe fiel dem Politbüromitglied Deszö Nemes zu, der die Arbeit als einseitig und als Munition für jene, die Ansichten von „Renegaten, Liquidatoren und verschiedenen parteifeindlichen Gruppen" zu beweisen versuchten, verurteilte.[44] Nemes verzichtete im Rahmen seiner Ausführungen nicht auf persönliche Angriffe gegen Borsányi, dem er schlechtweg die notwendigen intellektuellen Fähigkeiten zur Beantwortung derart gewichtiger Fragestellungen absprach. Zugleich zeichnete er auch die Generallinie der kommunistischen Partei nach, die die Sowjetunion von allen Vorwürfen reinzu-

41 Ebd.

42 Ebd.

43 Péteri, György: A Magyar Tanácsköztárság iparirányítási rendszere. Budapest 1979; Romsics, Ignác: A Duna – Tisza köze hatalmi – politikai viszonyai 1918–1919-ben. Budapest 1982; Borsányi, György: Kun Béla, Politikai életrajz. Budapest 1979, in englischer Übersetzung: The Life of a Communist Revolutionary, Béla Kun. New York 1993.

44 Pastor, Recent Publications 478.

waschen versuchte und Béla Kun einen „durch sein gesamtes Werk, seine revolutionären Aktivitäten allgemein anerkannten großen Mann der ungarischen und der internationalen Arbeiterbewegung" nannte. Eine solche Sichtweise sollte den Historikern die Grenzen ihrer Möglichkeiten insbesondere in Forschungsbereichen bewußt machen, die als „Parteigeschichte" der unmittelbaren „Obhut" und somit dem Meinungsmonopol der ungarischen KP unterlagen.[45] Vom Anspruch der Macht auf die „objektive" Interpretation der Vergangenheit in die Schranken gewiesen, neigte auch Borsányi daraufhin zur gewünschten Konformität.[46] Erst nach dem Ende der KP-Herrschaft konnte sein Buch ungehinderte Verbreitung finden. 1993 erschien es in englischer Übersetzung[47], wobei allerdings eine Überprüfung der darin geäußerten Ansichten nicht zuletzt anhand des nunmehr zur Verfügung stehenden Archivmaterials schon früh eingefordert wurde.[48]

Eingehende Studien der zugänglich gewordenen Dokumente, die kritische Auseinandersetzung mit lange Zeit gültigen Resultaten der bisherigen Untersuchungen zur Geschichte der kommunistischen Bewegung im allgemeinen sowie die notwendige Erweiterung der politisch-ideologisch eingeschränkten Internationalisten- zu einer allgemeinen Kriegsgefangenenforschung im speziellen sind deshalb Zielsetzungen speziell jüngerer russischer Wissenschafter, die während der letzten Jahre artikuliert wurden und vorläufige Ergebnisse in Form von Symposiumsvorträgen und Zeitschriftenartikeln brachten.[49]

---

45 Ebd. 480.

46 Ebd. 479.

47 Borsányi, György: The Life of a Communist Revolutionary, Béla Kun. New York 1993.

48 Pastor, Recent Publications 475.

49 In diesem Zusammenhang sei auf die 1997 in Moskau abgehaltene internationale wissenschaftliche Tagung zur Gefangenenproblematik im Ersten Weltkrieg verwiesen; russische Forscher referierten dabei beispielsweise zu folgenden Themen: „Das Problem der Gefangenen des Ersten Weltkrieges in der russischen Historiographie", „Deutsche Kriegsgefangene in sibirischen Lagern", „Die Beteiligung von Kriegsgefangenen an der russischen Revolution von 1917", „Das dänische Rote Kreuz und die russischen Kriegsgefangenen"; unter anderem sind zum Thema folgende Artikel von Forschern aus Rußland erschienen: Evzerov, Robert: Die sowjetische Historiographie und die deutschen und österreichischen Kriegsgefangenen-Internationalisten. In: Zeitgeschichte, 25. Jg., Heft 11/12, Nov./Dez. 1998, 343–347; Sergeev, E.: Russian Prisoners of World War I at the Austro-Italian Front in 1915–1917. In: World War I and the XX. Century. Acts of the International Conference of Historians, Moscow, 24–26 May 1994. Moscow 1995, 187–190; ders.: Kriegsgefangenschaft und Mentalitäten. Zur Haltungsänderung russischer Offiziere und Mannschaftsangehöriger in der österreichisch-ungarischen und deutschen Gefangenschaft. In: Zeitgeschichte, 25. Jg., Nov./Dez. 1998, Heft 11/12, 357–363; Vinogradov, S.: Russian Prisoners of War in the Yugoslavian Regions of Austria-Hungary, in Serbia and in Montenegro, 1914–1918. In: World War I and the XX. Century. Acts of the International Conference of Historians, Moscow, 24–26 May 1994. Moscow 1995, 190–193.

In gewisser Weise gilt dies gleichfalls für die *Geschichtsschreibung Deutschlands*, welche die DDR-Literatur über die Kriegsgefangenenproblematik in Rußland und im Deutschen Reich[50] einer kritischen Bewertung zu unterziehen hat beziehungsweise hatte. Das Interesse für den gesamten Fragenkomplex vor allem unter westdeutschen Kollegen ist in den letzten Jahren zusehends gewachsen, wobei sich die Forschung der Gefangenenproblematik im Deutschen Reich vornehmlich aus lokaler beziehungsweise regionaler Perspektive nähert.[51]

---

50 Mit den russischen Kriegsgefangenen in Deutschland befaßten sich in der DDR vor allem: Auerbach, Karl: Die russischen Kriegsgefangenen in Deutschland (Vom August 1914 bis zum Beginn der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution). Diss. Potsdam 1973; Zelt, Johannes: Die politische Arbeit unter russischen Kriegsgefangenen und internierten Rotarmisten in Deutschland während des ersten Weltkrieges und der Nachkriegszeit. In: Zeitschrift für Militärgeschichte, 6. Jg., Berlin 1967, 568–584; ders.: Kriegsgefangene in Deutschland. Neue Forschungsergebnisse zur Geschichte der Russischen Sektion bei der KPD (1919–1921). In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 15. Jg., Heft 4, Berlin 1967, 621–638; Die Kriegsgefangenenproblematik in den deutsch-russischen Beziehungen spielte in folgenden ostdeutschen Veröffentlichungen eine Rolle: Zelt, Johannes: Die deutsch-sowjetischen Beziehungen in den Jahren 1917–1921 und das Problem der Kriegsgefangenen und Internierten. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Jg. 15, Heft 6, Berlin 1967, 1015–1032; Rosenfeld, Günter: Sowjetrußland und Deutschland 1917–1922. Berlin (Ost) 1960; Chwostow, W. M./Doernberg, S./Fischer, O./Kobljakow, I. K. (Hgg.): Deutsch-sowjetische Beziehungen von den Verhandlungen in Brest-Litowsk bis zum Abschluß des Rapallovertrages. Dokumentensammlung, 2 Bde. Berlin (Ost) 1967 und 1971.

51 Diesbezüglich sei unter anderem verwiesen auf: Wurzer, Georg: Kriegsgefangene in Rußland im Ersten Weltkrieg. Diss. Tübingen 2000. Im Laufe des Jahres 2003 ist überdies mit der Veröffentlichung der Dissertation von Reinhard Nachtigal über die österreichisch-ungarischen Kriegsgefangenen 1914–1918 zu rechnen. Mit den muslimischen Kriegsgefangenen in Deutschland setzte sich außerdem auseinander: Kahleyss, Margot: Muslime in Brandenburg – Kriegsgefangene im 1. Weltkrieg: Ansichten und Absichten. Berlin 2000. Außerdem: Treffer, Gerd: Die ehrenwerten Ausbrecher. Das Kriegsgefangenenlager Ingolstadt im Ersten Weltkrieg. Regensburg 1990. Veröffentlichungen zur Kriegsgefangenenproblematik des Ersten Weltkrieges sind in den letzten Jahren außerdem als Beiträge in Katalogen, Sammelbänden und Zeitschriften erschienen. Siehe dazu: Müller, Gerhard: Das Kriegsgefangenenlager Grafenwöhr, zu Beginn des Ersten Weltkrieges größtes Gefangenenlager Bayerns. In: Verhandlungen des Historischen Vereins Oberpfalz und Regensburg, 1988, 265–273; Peter, Andreas: Das „Russenlager“ in Guben. In: Brandenburgische Historische Hefte, Nr. 10, 1998; Baur, Johannes: Zwischen „Roten“ und „Weißen“. Russische Kriegsgefangene in Deutschland nach 1918. In: Schlögl, Karl (Hg.): Russische Emigration in Deutschland 1918 bis 1941. Leben im europäischen Bürgerkrieg. Berlin 1995, 93–108; Nachtigal, Reinhard: German Prisoners of War in Tsarist Russia. A Glance at Petrograd. In: Schlögel, Karl (Hg.): German History, Vol. 13, Nr. 2, 1995, 198; Oltmer, Jochen: Arbeitszwang und Zwangsarbeit. Kriegsgefangene und ausländische Zivilarbeitskräfte im Ersten Weltkrieg. In: Spilker, Rolf/Ulrich, Bernd (Hgg.): Der Tod als Maschinist. Der industrialisierte Krieg 1914–1918. Eine Ausstellung des Museums Industriekultur Osnabrück im Rahmen des Jubiläums „350 Jahre Westfälischer Friede“. 17. Mai–23. Aug. 1998.

Wenig zufriedenstellend war es bis vor kurzem auch um die Aufarbeitung des Schicksals der in russische Gefangenschaft geratenen Soldaten aus den Gebieten des heutigen *Österreich* bestellt, hatte sich doch lediglich Hans Hautmann in seinen Studien über die Anfänge der KPÖ beziehungsweise die österreichische Rätebewegung mit den revolutionären Kriegsgefangenenorganisationen in Sowjetrußland beschäftigt, die sowjetische Internationalistenforschung jedoch in diesem Zusammenhang keiner genaueren Begutachtung unterzogen.[52] Während allerdings seit Beginn der neunziger Jahre kritischere Annäherungen an diese Fragestellung unternommen wurden[53], sind wissenschaftliche Darstellungen über russische Gefangene auf dem Territorium des Habsburgerreiches weitgehend ausgeblieben. Versuche, das österreichisch-ungarische Kriegsgefangenenwesen zu skizzieren[54], sind dabei ebenso deskriptiv ausgefallen wie einzelne Lagergeschichten, denen es sowohl an

---

Osnabrück 1998, 97–107. Zur Frage der russischen Kriegsgefangenen nahmen überdies Hans-Erich Volkmann und Karl Schlögel in Arbeiten über die russische Emigration Stellung: Volkmann, Hans-Erich: Die russische Emigration in Deutschland 1919–1929. Würzburg 1966; Schlögel, K.: Berlin: „Stiefmutter unter den russischen Städten". In: Schlögel, K. (Hg.): Der große Exodus. Die russische Emigration und ihre Zentren 1917 bis 1941. München 1994.

52 Hautmann, Hans: Geschichte der Rätebewegung in Österreich 1918–24. Wien/Zürich 1987, 177–201; ders.: Die Anfänge der linksradikalen Bewegung und der kommunistischen Partei Deutschösterreichs 1916–1919. Diss. Wien 1968, 62ff.

53 Kreiner, Judith: Von Brest-Litowsk nach Kopenhagen. Die österreichischen Kriegsgefangenen in Rußland im und nach dem Ersten Weltkrieg unter besonderer Berücksichtigung der Kriegsgefangenenmissionen in Rußland. Dipl. Arb. Wien 1996; Leidinger, Hannes: Gefangenschaft und Heimkehr. Gedanken zu Voraussetzungen und Perspektiven eines neuen Forschungsbereiches. In: Zeitgeschichte, 25. Jg., Heft 11/12, Nov./Dez. 1998, 333–342; ders./Moritz, Verena: Das russische Kriegsgefangenenwesen 1914 bis 1920. In: Österreichische Osthefte, Jg. 41, Heft 1, 1999, 83–106; Moritz, Verena: Gefangenschaft und Revolution. Deutschösterreichische Kriegsgefangene und Internationalisten in Rußland 1914 bis 1920. Dipl. Arb. Wien 1995; dies.: Die österreichisch-ungarischen Kriegsgefangenen in der russischen Wirtschaft (1914 bis Oktober 1917). In: Zeitgeschichte, 25. Jg., Heft 11/12, Nov./Dez. 1998, 380–389; Nachtigal, Reinhard: Kriegsgefangene der Habsburgermonarchie in Rußland. In: Österreich in Geschichte und Literatur (mit Geographie), 40. Jg., Heft 4–5a, Juli/Aug.–Sept.1996, 248–262; ders.: Die dänisch-österreichisch-ungarischen Rotkreuzdelegierten in Rußland 1915–1918. Die Visitationen der Kriegsgefangenen der Mittelmächte durch Fürsorgeschwestern des österreichischen und ungarischen Roten Kreuzes. In: Zeitgeschichte, 25. Jg., Heft 11/12, Nov./Dez. 1998, 366–374; Rachamimow, Alon: Alltagssorgen und politische Erwartungen. Eine Analyse von Kriegsgefangenenkorrespondenzen in den Beständen des Österreichischen Staatsarchivs. In: Zeitgeschichte, 25. Jg., Heft 11/12, Nov./Dez. 1998, 348–356.

54 Brettenthaler, J./Haslauer, H.: Kriegsgefangenenlager Grödig. In: Chronik Grödig o. J., 215–223; Fellner, Fritz: Die Stadt in der Stadt. Die Kriegsgefangenenlager in Freistadt 1914–1918. In: Oberösterreichische Heimatblätter, 43. Jg., Heft 1, 1989, 3–32; Grasmug, Rudolf: 8 Jahrhunderte Feldbach. 100 Jahre Stadt. Feldbach 1984, 290–303; Hansak, Peter: Das Kriegsgefangenenwesen während des 1. Weltkrieges im Gebiet der heutigen Steiermark. Phil. Diss. Graz 1991; Koch, Rudolf: Das Kriegsgefangenenlager Sigmundsherberg 1915–1919. Phil. Diss. Wien 1981; Prassl, Johann:

einer strengeren Beurteilung der gedruckten und unveröffentlichten Quellen als auch an einer problemorientierten Perspektive fehlte. Dieser Sachverhalt ist in keinem geringen Maße auf die Entwicklung der österreichischen Militärgeschichtsforschung zurückzuführen, deren Beurteilung von Institutionen der Donaumonarchie und ihrer Mitarbeiter lange Zeit gleichermaßen „wohlwollend" wie verzerrend ausfiel. Das überrascht freilich wenig, wenn man bedenkt, daß die österreichische Forschung zum Ersten Weltkrieg in weiten Teilen „bis weit nach 1945 von ehemaligen k.u.k. Offizieren monopolisiert wurde".[55] Das amtliche Werk „Österreich-Ungarns letzter Krieg 1914–1918", welches in der Kriegsgeschichtlichen Abteilung des Wiener Kriegsarchivs unter der Leitung der ehemaligen Generalstäbler Edmund Glaise Horstenau und Rudolf Kiszling während der Jahre 1929 bis 1938 entstand und das „Andenken an die alte Armee und das Ansehen ihrer Führer" unter Umgehung mancher unangenehmer Fragen betonte, sollte demgemäß als Teil einer bewußten Traditionspflege rund um die k.u.k. Streitkräfte im Bundesheer der Republik verstanden werden.[56]

Daß sich an der Reinwaschung der „altösterreichischen Wehrmacht" auch die Mitarbeiter des Kriegsgefangenenwesens von 1914 bis 1918 eifrig beteiligten, ist so gesehen nur zu gut begreifbar. Folgerichtig lobten einstmals höchste Repräsentanten der Zivilinternierten- und Gefangenenbehörden ihre „glänzenden Begabungen" und den vielfach bewiesenen „intuitiven Weitblick", der von „dem Geiste der traditionellen altösterreichischen Kameradschaft durchdrungen und von dem Gedanken beseelt" gewesen sei, „den Brüdern da draußen im eisigen Rußland, im heißen Süden und im harten Westen zu helfen und sie der geliebten [...] Heimat wiederzugeben".[57] Zugleich „gedachte" man des eines „Rechts- und Kulturstaates würdigen Auftretens" gegenüber den in der Habsburgermonarchie gefangengehaltenen „Feinden", an die Voraussicht beim Aufbau großer Lagerstädte[58], an das „korrekte Verhalten" und die „peinliche Ordnung" an geradezu „idyllischen" Unterbringungsorten.[59] Kaum oder gar nicht wurde hingegen an die schleppenden, von den Angehörigen der Gefangenen kritisierten Repatriierungsaktionen staatlicher Stellen[60], an die Überwachung „politisch verdächtiger" Rußlandheim-

---

„Mei Hoamat" zwischen Raab und Gleichenberg. Mühldorf 1988, 356–371; Rappersberger, Petra: Das Kriegsgefangenenlager Freistadt 1914–1918. Dipl. Arb. Wien 1988; Wiesenhofer, Franz: Gefangen unter Habsburgs Krone. K.u.k. Kriegsgefangenenlager im Erlauftal. Purgstall 1997.

55 Jerzabek, Die österreichische Weltkriegsforschung 953; vgl. Peball 89.

56 Allmayer-Beck/Broucek/Rauchensteiner 272f.

57 Raabl-Werner, Österreich-Ungarns offizielle Kriegsgefangenenfürsorge 331; Ronge, Das Gefangenen- und Zivilinternierten-Amt und der Heimtransport der österreichischen Kriegsgefangenen 338.

58 Streeruwitz, Kriegsgefangene im Weltkriege, Bd. 1, 29f.

59 Kern, Das Russenlager in Bruck-Kiralyhida 227.

60 HGM/Plennymuseum, Stenographisches Protokoll der am 29. Juni 1918 in der Volkshalle des Wie-

kehrer[61], das unter anderem durch die mangelnde Vorbereitung der Heeresverwaltung mitverursachte Massensterben vor allem serbischer und russischer Soldaten in österreichischer Gefangenschaft[62], das Elend der „feindlichen Militärangehörigen" und der eigenen Heimkehrer in den letzten Kriegsjahren sowie die völkerrechtswidrige Verwendung und unmenschliche Behandlung zehntausender russischer, serbischer und italienischer „Kriegsgefangenen-Arbeiter" im Frontbereich[63] erinnert. Ebenso wortkarg gab man sich in bezug auf die Erschießung von russischen Gefangenen[64] und die Exekution eigener Soldaten, die aus Sowjetrußland zurückgekehrt und an Meutereien bei den Ersatzkörpern des Heeres beteiligt gewesen waren.[65] Für derartige „Härten" hatten sich höhere Offiziere unmittelbar nach dem Ende des Ersten Weltkrieges vor der „Kommission zur Erhebung militärischer Pflichtverletzungen" verantworten müssen[66], welche sich das hohe Ziel gesteckt hatte, „die Schuldhaftigkeit des Versagens der österreichisch-ungarischen militärischen Führer und die damit verbundene Verschwendung von Menschenleben aufzudecken und zu ahnden".[67] Den Offizieren im Rahmen der Kommission gelang es jedoch, „ihre schützenden Hände" über die „verfolgten Kameraden zu halten". Bald konnte ohne größere Rücksichtnahme an die Verklärung der k.u.k. Truppen und ihrer Kommandeure geschritten werden.[68] Es nimmt daher nicht wunder, daß einigen differenzierteren Studien zur Kriegsgefangenschaft in Rußland und zur Frage der Heimkehr österreichischer Gefangener aus dem Osten in den Jahren 1918 bis 1920[69] lange Zeit

---

ner Rathauses abgehaltenen Versammlung; Littmann/Nowak 359; Verosta 118; ÖSTA/AdR, BKA/Pol. Dir. Wien, 1919: Pr. 2775, 2847 und 11649; Mitteilungen der Staatskommission, Nr. 9/10 (14.8.1919) 12.

61 Dazu unter anderem: Plaschka/Haselsteiner/Suppan, Bd. 1, 281; Przybilovszki 78–87 und 88–113; Ronge 328.

62 HGM/Plennyarchiv, Pollatschek, Das Kriegsgefangenenlager Freistadt; Feldpostbrief von Dr. Koch, 29.12.1914, zur Verfügung gestellt von Ing. Johann Pirklbauer; ÖSTA/KA,KM/10. Abt. 1915: 10–21/17–4.

63 Klavora 31f.; Etschmann 27; Streeruwitz, Kriegsgefangene im Weltkriege, Bd. 1, 36.

64 Doppelbauer 256f.; HGM/Plennymuseum, Veröffentlichungen und Korrespondenzen bezüglich Erschießung russischer Kriegsgefangener am Brenner 1915.

65 Hautmann, Rätebewegung 180f.; AZ, Nr. 350 (23.12.1918) 2; Doppelbauer 256f.

66 Kreiner 78; Doppelbauer 256f.

67 Jerzabek, Die österreichische Weltkriegsforschung 953.

68 Ebd. 954f. In diesem Zusammenhang sei auf die Dissertation von Ernst Eigentler (Tirol im Inneren während des Ersten Weltkrieges von 1914–1918. Innsbruck 1954) hingewiesen. Der Autor hebt die „wesentlich bessere" Situation der Angehörigen der Zarenarmee in der Donaumonarchie im Vergleich mit der Lage der k.u.k. Soldaten in Rußland hervor und betont die als vorbildlich beschriebene Behandlung der Kriegsgefangenen durch die Tiroler Bevölkerung.

69 Zur Heimkehrbewegung siehe: Andritsch, Johann: Die Meuterei in Judenburg. Judenburg 1968; Haas, Hanns: Das Kopenhagener Abkommen. In: Österreichische Osthefte, 22. Jg., Heft 1, Wien

hindurch keine gleichwertige Untersuchung über die in Österreich während des Ersten Weltkrieges festgehaltenen Angehörigen der Zarenarmee zur Seite gestellt werden konnte, in der auch Fragen nach den Ursachen einer bislang lückenhaften Darstellung der Problematik detaillierter beantwortet werden.[70]

Beschäftigt man sich mit der Geschichte Mittel- und Osteuropas zu Beginn des 20. Jahrhunderts im allgemeinen[71] und den Kämpfen auf dem Gebiet des untergegangenen Za-

1980, 32–54; Leidinger, Hannes/Moritz, Verena: Im Schatten der Revolution. Die Heimkehrer aus russischer Kriegsgefangenschaft nach dem Ende des Ersten Weltkrieges. In: Wiener Geschichtsblätter, 51. Jg., Heft 4, 1996, 229–264; dies.: Österreich-Ungarn und die Heimkehrer aus russischer Kriegsgefangenschaft im Jahr 1918. In: Österreich in Geschichte und Literatur (mit Geographie), 41. Jg., Heft 6, Nov./Dez. 1997, 385–403; dies.: Otto Bauer: 1914–1919. Kriegsgefangenschaft und Heimkehr als Problem einer Biographie. In: Wiener Geschichtsblätter, 54. Jg., Heft 1, 1999, 1–21; Przybilovszki, Inge: Die Rückführung der österreichisch-ungarischen Kriegsgefangenen aus dem Osten in den letzten Monaten der k.u.k. Monarchie. Diss. Wien 1965; Plaschka, Richard G./Haselsteiner, Horst/Suppan, Arnold: Innere Front. Militärassistenz, Widerstand und Umsturz in der Donaumonarchie 1918. Wien 1974, Bd. 1, 278–400; Wassermair, Otto: Die Meutereien der Heimkehrer aus russischer Kriegsgefangenschaft bei den Ersatzkörpern der k.u.k. Armee im Jahre 1918. Phil. Diss. Wien 1968. – In Rußland befaßte sich überdies Vadim L. Telicyn von der Russischen Akademie der Wissenschaften mit der Rückkehr russischer Soldaten aus der österreichischen Kriegsgefangenschaft.

70 Vgl.: Moritz, Verena: Zwischen allen Fronten. Die russischen Kriegsgefangenen in Österreich im Spannungsfeld von Nutzen und Bedrohung (1914–1921). Diss. Wien 2001.

71 Für die vorliegenden Untersuchungen wurden unter anderem folgende Überblicksarbeiten verwendet: Figes, Orlando: Die Tragödie eines Volkes. Die Epoche der russischen Revolution 1891–1924. Berlin 1998; Schramm, Gottfried (Hg.): Handbuch der Geschichte Rußlands, Bd. 3, 1856–1945. Von den autokratischen Reformen zum Sowjetstaat. Stuttgart 1983; Wandruzska, Adam/Urbanitsch, Peter (Hgg.): Die Habsburgermonarchie 1848–1918, Bd. I–III. Wien 1973–1980;Hildermeier, Manfred: Geschichte der Sowjetunion 1917–1991. Entstehung und Niedergang des ersten sozialistischen Staates. München 1998; Weinzierl, Erika/Skalnik, Kurt (Hgg.): Österreich 1918–1938. Geschichte der Ersten Republik, 2 Bde. Graz/Wien/Köln 1983; Rauch, Georg von: Geschichte der Sowjetunion. Stuttgart 1987; Rauchensteiner, Manfried: Der Tod des Doppeladlers. Österreich-Ungarn und der Erste Weltkrieg. Graz/Wien/Köln 1993.

Außerdem sind folgende Studien zur Nationalismusproblematik für die von den Verfassern gewählte Fragestellung bedeutsam: Konrad, Helmut (Hg.): Arbeiterbewegung und Nationale Frage in den Nachfolgestaaten der Habsburgermonarchie. Wien/Zürich 1993; Bauer, Otto: Die Nationalitätenfrage und die Sozialdemokratie. Wien (zweite Auflage) 1924; Gellner, E.: Nations and Nationalism. Oxford 1983; Hobsbawm, Eric H.: Nationen und Nationalismus. Mythos und Realität seit 1780. München 1996; Hroch, M.: Social Preconditions of National Revival in Europe. Cambridge 1985; Kappeler, Andreas: Rußland als Vielvölkerreich. Entstehung – Geschichte – Zerfall. München 1992; Ders. (Hg.): Die Russen. Ihr Nationalbewußtsein in Geschichte und Gegenwart. Köln 1991; Nationen, Nationalitäten, Minderheiten. Probleme des Nationalismus in Jugoslawien, Ungarn, Rumänien, der Tschechoslowakei, Bulgarien, Polen, der Ukraine, Italien und Österreich

renreiches seit der Machtergreifung der Bol'ševiki[72] im speziellen, so lassen sich ähnliche Mängel aufgrund der spezifischen Forschungssituation, insbesondere in den ehemaligen Staaten des Warschauer Paktes, nicht nur anhand der Kriegsgefangenen- beziehungsweise Internationalisten-Historiographie, sondern generell am Beispiel der *Kommunismusforschung*[73] verdeutlichen. Lange Zeit beschränkte sich die Untersuchung der Problematik auf die zentralen Behörden Sowjetrußlands und der Komintern sowie die theoretischen Schriften der bolschewistischen Führung, allen voran die Schriften Lenins. Nachgeordnete Instanzen und weite Teile der Bevölkerung blieben demgegenüber zumeist unberücksichtigt. Eine neue Geschichte der russischen Revolution mußte dementsprechend die Darstellungen einer „politisierten ‚Geschichte von oben' […], die in der Zeit des Kalten Krieges vielfach vertreten wurde und in der das Volk lediglich als passives Objekt der

1945–1990. Wien/München 1994; Moritsch, Andreas (Hg.): Problemfelder der Geschichte und Geschichtsschreibung der Kärntner Slovenen – Problemska polja zgodovine in zgodovinopisja koroških Slovencev. Klagenfurt-Celovec/Ljubljana-Laibach/Wien-Dunaj 1995.

72 Dazu etwa: Benvenuti, Francesco: The Bolsheviks and the Red Army 1918–1922. Cambridge 1988; Borkenau, Franz: Der russische Bürgerkrieg 1918–1921. Berlin 1954; Fischer, Kurt: Deutsche Truppen und Entente-Intervention in Südrußland 1918/19. Boppard 1973; Foglesong, David S.: America's secret war against Bolshevism. United States intervention in the Russian Civil War, 1917–1920. Chapel Hill u. a. 1995; Footman, David: Civil War in Russia. New York/London 1961; Poljakov, Ju. A./ Igrickij, Ju. I.: Graždanskaja vojna v Rossii: Perekrestok mnenij, ed. Rossijskaja Akademija Nauk, Institut Rossijskoj istorii. Moskva 1994; Häfner, Lutz: Die Partei der linken Sozialrevolutionäre in der russischen Revolution von 1917/18. Köln/Weimar/Wien 1994; Kabanov, W. V.: Krestjanskoe chozjajstvo v uslovijach vojennogo kommunizma. Moskva 1988; Kennan, George F.: The Decision to intervene. Princeton/New Jersey 1958; Kettle, Michael: Russia and the Allies 1917–1920. 2 Bde., Minneapolis 1981/New York 1988; Klante, Margarete: Von der Wolga zum Amur. Die tschechische Legion und der russische Bürgerkrieg. Berlin/Königsberg 1931; Leggett, George: The Ceka. Lenin's Political Police. The All-Russian Extraordinary Commission for Combatting Counter-Revolution and Sabotage (December 1917 to February 1922). Oxford 1981; Morley, James William: The Japanese Thrust into Siberia 1918. New York 1957; Thunig-Nittner, Gerburg: Die Tschechoslowakische Legion in Rußland. Ihre Geschichte und Bedeutung bei der Entstehung der Ersten Tschechoslowakischen Republik. Wiesbaden 1970; Ullman, Richard H.: Anglo-Soviet Relations 1917–1921, 3 Bde. Princeton/New Jersey 1961, 1963 und 1972; Unterberger, Betty: The United States, Revolutionary Russia and the Rise of Czechoslovakia. Chapel Hill/London 1989; White, Albert: The Siberian Intervention. Princeton/New Jersey 1950.

73 Hinsichtlich umfassenderer Arbeiten über den Kommunismus als europäische und Weltbewegung sind unter anderem folgende Veröffentlichungen der letzten Jahre zu nennen: Courtois, Stéphane/Werth, Nicolas/Panné, Jean-Louis/Paczkowski, Andrzey/Bartosek, Karel/Margolin, Jean-Louis: Das Schwarzbuch des Kommunismus. Unterdrückung, Verbrechen und Terror. München/Zürich 1998; Furet, Francois: Das Ende der Illusion. Der Kommunismus im 20. Jahrhundert. München/Zürich 1996; Holzer, Jerzy: Der Kommunismus in Europa. Politische Bewegung und Herrschaftssystem. Frankfurt 1998; Koenen, Gerd: Utopie der Säuberung. Was war der Kommunismus? Berlin 1998.

üblen Machenschaften der Bolschewiki erschien", durch eine Geschichte über „das gesellschaftliche Leben der Bauern, der Arbeiter, Soldaten und Matrosen, der Provinzstädte, der Kosaken und der nichtrussischen Regionen" ergänzen, ein Vorhaben, das nicht zuletzt durch die Öffnung der osteuropäischen Archive und die Vielzahl der auf neuen Dokumenten beruhenden Forschungsergebnisse gerechtfertigt schien.[74]

Unbehagen angesichts der älteren Fachliteratur hatte sich diesbezüglich freilich schon vor Jahren breit gemacht, wobei gerade die Kominternforschung die Unzugänglichkeit wichtiger Materialien bedauerte. Wissenschafter wurden dadurch förmlich gezwungen, sich den von den KP-Funktionären autorisierten, meist ideologisch gefärbten Veröffentlichungen zuzuwenden.[75] Immerhin forderten etwa Historiker in den sechziger Jahren eine Berücksichtigung von spezifischen Entwicklungen der organisierten Arbeiterbewegungen in den einzelnen Nationalstaaten anhand der zur Verfügung stehenden gedruckten und ungedruckten Quellen ein.[76] Als die eingehendere Untersuchung über die Gründung der *III. Internationale* von James W. Hulse erschien[77], hatte die Kommunismusforschung diesem Gedanken bereits in verstärktem Ausmaß Rechnung getragen. Über diverse Sektionen der Komintern erschienen seit 1960 zahlreiche Arbeiten, die in umfangreichen Schilderungen auf regionale Eigenheiten Bezug nahmen.[78] In der Folge ging es Ge-

74 Figes, Tragödie 18.

75 Frank 15. Diesbezüglich sei auf einige Veröffentlichungen der Komintern zum Thema der vorliegenden Untersuchung hingewiesen: Die Kommunistische Internationale. Organ des Exekutivkomitees der kommunistischen Internationale, Berlin 1919ff.; Der Erste Kongreß der kommunistischen Internationale, Hamburg 1920; Der zweite Kongreß der Kommunistischen Internationale. Protokoll der Verhandlungen vom 19. Juli in Petrograd und vom 23. Juli bis zum 7. August in Moskau, Petrograd 1921.

76 Haupt, G.: La Deuxième Internationale. 1889–1914. Etudé critique des sources. Essay bibliographique. Paris 1964, 90.

77 Hulse, James W.: The Forming of the Communist International. Stanford 1964.

78 Zum Beispiel: Avakumović, I. I.: History of the Communist Party of Yugoslavia. Aberdeen 1964; Hautmann, Hans: Die verlorene Räterepublik. Am Beispiel der Kommunistischen Partei Deutsch-Österreichs. Wien 1971; Kuhn, Heinrich: Von der Massenpartei zur Staatspartei. Die kommunistische Bewegung in der Tschechoslowakei von der Gründung der Republik 1918 bis zum Februarputsch 1948. Teil 1: Der vergebliche Weg zu einem „tschechoslowakischen" Kommunismus. Köln 1978; Macfarlane, J.: The British Communist Party. Its Origins and Development until 1939. London 1966; Radziejowski, Janusz: The Communist Party of Western Ukraine 1919–1929. Edmonton 1983; Spriano, P.: Storia del Partito comunista italiano. Torino 1967; Suda, Zdenek: Zealots and Rebels. A History of the Ruling Communist Party of Czechoslovakia. Stanford 1980; Weber, Hermann: Die Wandlung des deutschen Kommunismus. 2 Bde. Frankfurt 1969; Wohlgemuth, Heinz: Die Entstehung der Kommunistischen Partei Deutschlands, 1914–1918. Berlin 1978; Zinner, Paul E.: Communist Strategy and Tactics in Czechoslovakia 1918–1948. New York/London 1963. 1959 war hatte im übrigen bereits M. K. Dziewanowski seine Arbeit über die Kommunistische Partei Polens vorgelegt: The Communist Party of Poland. An Outline of History, Cambridge-Massachusetts

schichtswissenschaftern, abgesehen von den durchaus informativen Darstellungen zur Gesamtproblematik[79], die sich in einer bislang nicht gekannten Präzision dem Zentrum der Komintern und dessen Verhältnis zur bolschewistischen Staats- und Parteispitze widmeten, vor allem um die Beziehungen Moskaus zu der seit 1919 rasch wachsenden Zahl von KP-Organisationen außerhalb der entstehenden Sowjetunion. Dabei sollte der Versuch unternommen werden, noch umfassender als bislang die Entwicklung der sozialistischen Organisationen mit der jeweiligen Landesgeschichte zu verflechten. Dieses aufwendige Unternehmen startete aber zunächst unter denkbar ungünstigen Bedingungen.

Im tschechoslowakischen Untergrund versuchten Hana Mejdrová und Miloš Hájek, der sich als Direktor des Instituts für Geschichte des Sozialismus unter Alexander Dubček leidenschaftlich für die Ideen des „Prager Frühlings" eingesetzt hatte und in den achtziger Jahren Sprecher der Bürgerrechtsbewegung „Charta 77" war, die eigenen Erfahrungen und einstigen Ideale aufzuarbeiten.[80] Nach 1968 ihrer beruflichen Positionen verlustig gegangen sowie andauernder Verfolgung ausgesetzt, beschlossen die beiden mit breitangelegten Analysen zur Frühzeit der III. Internationale zu beginnen. Die Suche nach den Anfängen von Fehlentwicklungen des Kommunismus stand dabei im Mittelpunkt, obwohl man unbotmäßigen Historikern nicht nur jegliche Publikationsmöglichkeit, sondern auch den Zutritt zu Bibliotheken verwehrte und die Autoren dadurch zwang, unter zum Teil abenteuerlichen Bedingungen die notwendigen Unterlagen zu beschaffen und den Kontakt zur Forschungsgemeinschaft aufrechtzuhalten.[81] Es ist deshalb als eine besondere Leistung der Verfasser zu werten, daß die erstmals 1975 im „Selbstverlag" herausgebrachte Studie[82] heute nicht allein als Zeitdokument angesehen werden darf. Vielmehr gehören die Ausführun-

---

1959. Siehe außerdem: Sworakowski, Witold S.: World Communism. A Handbook 1918–1965. Stanford 1973; Korab, Alexander: Die Entwicklung der kommunistischen Parteien in Ost-Mitteleuropa. 1. Teil: Polen-Ungarn-Tschechoslowakei. Hamburg 1962; und vor allem: Banac, Ivo (Hg.): The Effects on World War I: The Class War after the Great War. The Rise of Communist Parties in East Central Europe, 1918–1921. Brooklyn 1983.

79 Diesbezüglich sind vor allem die Werke von Branko Lazitch und Milorad M. Drachkovitch zu nennen: Lenin and the Comintern. Vol. 1. Stanford 1972, und: Biographical Dictionary of the Comintern. Stanford 1973.

Unter den älteren Werken, die sich mit der Geschichte der III. Internationale befaßten, sind außerdem zu nennen: Borkenau, Franz: The Communist International. London 1938; Braunthal, Julius: Geschichte der Internationale. Bd. 2. Berlin/Bonn/Bad Godesberg 1963; Carr, Edward H.: The Bolshevik Revolution. 1917–1923. 3 Bde. New York/London 1950–53; Jackson, George: Comintern in East Europe 1919–1930. New York/London 1966; Nollau, Günther: International Communism and World Revolution. History and Methods. New York 1961.

80 Hájek/Mejdrová 7ff.

81 Ebd.

82 Die Untersuchung wurde, mit einem Vorwort von Wolfgang Eichwede versehen, vor wenigen Jahren von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen herausgegeben und damit ei-

gen von Hana Mejdrová und Miloš Hájek zu den wenigen Darstellungen der entstehenden „kommunistischen Weltbewegung", welche einige Hauptanliegen der Fachwelt, wie die Haltung des Komintern-Zentrums zu seinen zahlreichen nationalen Sektionen[83], schärfer reflektieren. Bezeichnenderweise wurde in diesem Zusammenhang der Kriegsgefangenenproblematik größere Aufmerksamkeit geschenkt. Erst in Pierre Broués kürzlich vorgelegtem materialreichen Buch zur Geschichte der III. Internationale wurden diese Aspekte wiederum mit vergleichbarer Konzentration behandelt.[84]

Abgesehen von vereinzelten Beispielen „publizistischer Nonkonformität" kanalisierten gesellschaftsprägende Werthaltungen beziehungsweise politisch-ideologische Rahmenbedingungen naturgemäß nicht nur die Darstellungsmöglichkeiten eines Großteils der geschichtswissenschaftlichen Fachliteratur, sondern auch die Formen der *Erinnerung ehemaliger Kriegsgefangener*, von denen einige bereits 1915 erschienen.[85] Die ersten vor dem Hintergrund strenger staatlicher Kontrolle veröffentlichten Arbeiten durften aus „militärischen Rücksichten" kaum detailliertere Informationen beinhalten und dienten vor allem der offiziellen Propaganda der kriegführenden Mächte. Demgemäß sollten Heimkehrer-Memoiren im Ersten Weltkrieg vorhandene Feindbilder stärken, Leistungen der

nem größeren Kreis von Interessierten zur Verfügung gestellt. – Hájek, Miloš/Mejdrová, Hana: Die Entstehung der III. Internationale. Bremen 1997.

83 McDermott/Agnew XXf.

84 Broué, Pierre: Histoire de l'Internationale Communiste 1919–1943. Paris 1997. Außerdem ist auf die Überblicksarbeit von: McDermott, Kevin/Agnew, Jeremy: The Comintern. A History of International Communism from Lenin to Stalin. London 1996 hinzuweisen und auf bemerkenswerte Studien zur Kominterngeschichte von russischen Historikern, die sich seit der Gorbačev-Ära um neue Zugänge zur Problematik bemühen: Watlin, Alexander: Die Komintern 1919–1929. Historische Studien. Mainz 1993. Vom Institut für Weltgeschichte der Russischen Akademie der Wissenschaften wurde überdies eine Dokumentensammlung zur Thematik herausgegeben: Komintern i ideja mirovoj revoljucii. Dokumenty. Moskva 1998.

Erwähnenswert ist außerdem die umfangreiche Publikation zur sowjetrussischen Außenpolitik von: Debo, Richard K.: Survival and Consolidation. The Foreign Policy of Soviet Russia, 1918–1921. London/Buffalo 1992.

85 Zwischen 1915 und 1917 wurden u. a. folgende Gefangenenerinnerungen in Rußland, Deutschland und Österreich-Ungarn veröffentlicht: Birjukov, V.: V germanskom plenu (otgloski perežitogo). Saratov 1915; Bostunič, G.: (G. Švarc), Iz vražeskogo plena. Očerki spasšegosja. Petrograd 1915; Jakušev, D: V plenu u nemcev. Petrograd 1916; Faber, Ernst Johann: Elf Monate in russischer Kriegsgefangenschaft. In: Süddeutsche Monatshefte, Oktober 1915, 65–92; Geymann, Alexander: Dem Reich der Knute entflohen. o. O. 1917; Kunewälder, Erwin: Meine Erlebnisse in zehnmonatiger russischer Kriegsgefangenschaft. Wien 1916; Meier, Josef C.: Neunzehn Monate in russisch-sibirischer Kriegsgefangenschaft. Köln 1916; Nowak, Viktor: Bilder aus der Erinnerung eines Austauschinvaliden. Wien 1916; Schuster, Julius: 16 Monate in russischer Kriegsgefangenschaft 1915/16. Eger 1917.

„heimischen" militärischen und zivilen Organisationen, etwa die Repatriierung von Austauschinvaliden, lobend hervorheben und von der Gefangennahme bedrohte Soldaten eigener Truppenverbände durch die Schilderung gelungener „Fluchtabenteuer" zur waghalsigen Rückkehr „auf eigene Faust" animieren. Hinsichtlich dessen kam den Zensurstellen der militärische Ehrenkodex des 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts zugute, der dem Schicksal der mehrheitlich unverwundet in Gewahrsam des Gegners Geratenen mit Argwohn begegnete und insbesondere Offiziere zu gefährlichen Ausbruchsversuchen aus den Lagern motivierte, zumindest aber zur Rechtfertigung ihres Verhaltens während der Kriegsgefangenschaft zwang, da diese in der Heimat auch von offizieller Seite eingefordert wurde.[86] Die Flucht wenigstens versucht zu haben, galt demgemäß für viele Kriegsgefangene im Hinblick auf ihre spätere Einvernahme durch die eigene Militärjustiz[87] als Verpflichtung. Solche Überlegungen berücksichtigten denn auch Vertreter der k.u.k. Heeresstellen in ihren Verordnungen zur Behandlung „feindlicher Soldaten". Insbesondere russische Soldaten befürchteten, wie in einem Erlaß des Wiener Kriegsministeriums zur Verhütung von Fluchtversuchen aus dem Jahr 1915 festgehalten, daß jene, die „unverwundet in Gefangenschaft gelangt" seien, „gemäß den von ihren Vorgesetzten erhaltenen Instruktionen, nach Austausch der Kriegsgefangenen vor ein Kriegsgericht gestellt und erschossen" würden.[88] Der in Sibirien festgehaltene Feldkurat Karl Drexel kommentierte die zahlreichen Fluchtversuche deutscher und österreichisch-ungarischer Gefangener gegenüber einem russischen General wiederum folgendermaßen: „Ich habe [...] manchen, der von der Flucht sprach, auf die Schwierigkeiten aufmerksam gemacht, aber ernstlich abraten darf ich auch nicht, solange für uns wie für die russischen Soldaten die Vorschrift besteht, jede Gelegenheit zu benützen, um in die Heimat zu kommen."[89]

Die Veränderungen, welche die politischen und sozialen Umwälzungen seit 1917 mit sich brachten, haben schließlich das distanzierte Verhältnis zu den Heimkehrern aus der Gefangenschaft in allen Ländern wesentlich verstärkt. In bezug auf die Veröffentlichung von Erinnerungsliteratur führte dies zu völlig unterschiedlichen Voraussetzungen in Mittel- und Osteuropa. In Rußland gerieten nach der „Oktoberrevolution" zahllose ehemalige Kriegsgefangene in den Verdacht, von antibolschewistischen Kräften indoktriniert und vom „bourgeoisen Lebensgefühl" angesteckt worden zu sein. Ein Argwohn gegenüber Heimkehrern griff um sich, der durch die Kämpfe der „Rätemacht" gegen „Weißgardi-

86 Plaschka/Haselsteiner/Suppan 284–286; Przybilovszki 188.

87 Für österreichisch-ungarische Heeresangehörige entfiel die Rechtfertigung nur dann, wenn sie im Rahmen der Kapitulation der Festung Przemyśl am 22. März 1915 von den Russen gefangengenommen worden waren. – Siehe dazu: Plaschka/Haselsteiner/Suppan 285.

88 Dienstbuch J-35, 18.

89 Drexel, Feldkurat in Sibirien 54.

sten" beziehungsweise „Interventen" weitere Verbreitung fand[90], in den zwanziger Jahren eine Thematisierung der Problematik erschwerte[91] und schließlich im Terror der dreißiger Jahre gipfelte. Nicht zufällig wählte der NKVD unter den „Volksgenossen", welche sich zu verschiedenen Zeiten im Ausland befunden hatten und damit besonders leicht zu „Feinden der Sowjetunion, Agenten des Faschismus und Handlangern des Kapitalismus" stempeln ließen, auch die ehemaligen Kriegsgefangenen als Zielgruppe der großen Säuberungen aus.[92] In einer derartigen Vorgangsweise deutet sich zugleich die hinkünftige Verfolgung jener Rotarmisten an, welche die nationalsozialistischen Gefangenen- und Konzentrationslager gerade überlebt hatten, um als Heimkehrer in die Mühlen der stalinistischen Unterdrückungsmaschinerie zu geraten.[93]

Im Gegensatz dazu waren Heimkehrer aus sowjetischer Gefangenschaft ein geeignetes Beispiel, um die österreichische und deutsche Bevölkerung kollektiv als Kriegsopfer zu präsentieren. Die Kriegsgefangenen – nicht selten ungeachtet ihrer Mitgliedschaft bei diversen Organisationen der NSDAP – wurden als Leidtragende des Zweiten Weltkrieges unverhältnismäßig stark gegenüber den rassisch und politisch Verfolgten des Nationalsozialismus in den Vordergrund gerückt.

Anders verhielt es sich mit den ehemaligen deutschen und österreichischen Gefangenen des Ersten Weltkriegs. Sie fühlten sich verpflichtet, dem Mißtrauen, das vor allem Rußlandheimkehrer zu spüren bekamen, zu begegnen, indem sie in zahlreichen Memoiren den Verdacht der „bolschewistischen Beeinflussung" von sich wiesen, wobei auch frühere

90 Garrett 134f.

91 „Schon 1926 wurde im Strafgesetzkodex der RSFSR, im Artikel 193, die unterschiedliche Behandlung ausländischer und eigener Kriegsgefangener festgelegt. Während die ausländischen Gefangenen durch diesen Artikel einen gewissen Schutz genießen sollten, wurde für die eigenen Streitkräfte festgelegt, daß die ‚Übergabe in die Gefangenschaft' ein Verbrechen ist, das den Tatbestand des Heimatverrates erfüllt und deswegen mit der Höchststrafe, dem Tod durch Erschießen, zu bestrafen ist." – Osterloh, Sowjetische Kriegsgefangene 85f.

Unter den wenigen Memoiren von ehemaligen russischen Kriegsgefangenen des Ersten Weltkrieges sind vor allem die Aufzeichnungen von Dmitriev, V.: Dobrovolec. Vospominanija o vojne i plene. Moskva/Leningrad 1929, zu nennen. Bezeichnenderweise beschreibt Dmitriev darin seinen Weg zum Kommunismus in den Jahren nach seiner Gefangennahme 1916. Einige Erinnerungen erschienen lange nach 1945, wie etwa: Grinštejn, B. I.: V germanskom plenu (1914–1920 gg.). In: Voprosy istorii, Nr. 9, 1975, 115–126.

92 Gespräch der Vf. mit Dr. Finbarr McLoughlin, der sich seit längerem mit den stalinistischen Säuberungen befaßt und dazu in den letzten Jahren umfangreiche russische Archivbestände eingesehen hat; vgl. Osterloh, Sowjetische Kriegsgefangene 85f.

93 Dazu: Naumov, Vladimir/Rešin, Leonid: Repressionen gegen sowjetische Kriegsgefangene und zivile Repatrianten in der UdSSR 1941 bis 1956. In: Müller, Klaus-Dieter/Nikischkin, Konstantin/Wagenlehner, Günther (Hgg.): Die Tragödie der Gefangenschaft in Deutschland und in der Sowjetunion 1941–1956. Köln/Weimar 1998, 335–364.

Internationalisten ihre eigene Vergangenheit einer kritischen Bewertung unterzogen.[94] Darüber hinaus sahen sich die zumeist aus Offizierskreisen stammenden Verfasser von Erinnerungen mit den nach den „revolutionären Wirren" wiedererstarkenden militärischen Traditionen der Jahrhundertwende konfrontiert. Viele fühlten sich daher berufen, auch vor einer größeren Öffentlichkeit ihre Zugehörigkeit zur Frontkämpfergemeinschaft von 1914 bis 1918 anhand ausladender Schilderungen der Kampfhandlungen vor der Gefangennahme, umfassender Fluchtbeschreibungen und des Bekenntnisses zur „Volksgemeinschaft" als Resultat der „erlebten Fremde" hervorzuheben.[95] Dies galt vor allem für jene einstmaligen Soldaten der Habsburgerarmee und des deutschen Heeres, die zur Zeit ihres Aufenthaltes im europäischen Rußland, in Sibirien und Turkestan höheren Diensträngen angehörten.

In ihren Werken finden sich außerdem nicht selten literaturgeleitete Klischees wieder. Demgemäß fühlten sich Kriegsgefangene angesichts ihrer Beobachtungen im untergehenden Zarenreich an die großen Werke der russischen Literatur erinnert. „Gebildetere Soldaten" der Mittelmächte erwarteten schon bei ihrem Abtransport zur Ostfront „stumpftragische Gestalten tolstoischer Erzählungen"[96], nahmen die Wolga als den „uralt besungenen" Strom wahr, gedachten in den Straßen von Nižnij Novgorod der „Sphäre, die Gorki in seinen Vagabundengeschichten" beschrieb[97], und glaubten, in den „entfes-

94 Viele revolutionäre Kriegsgefangene gaben als Gründe für ihren Dienst bei der Roten Armee materielle Zwangslagen oder repressive Maßnahmen von Parteigängern der Bol'ševiki an. Siehe dazu unter anderen: Köstenberger, Rudolf: Mit der Roten Armee durch Russisch-Zentralasien. Graz 1925; ders.: Sechs Jahre in Turkestan. Graz 1926; Graf, Rudolf: Gepreßt zur Roten Garde. Wien 1942.

Einige zeigten sich auch nach anfänglicher Begeisterung für die Revolution von der Entwicklung der kommunistischen Bewegung enttäuscht. Zum Beispiel: Ney, Karl: Volk ohne Heimat. Bilder aus den sibirischen Revolutionstagen. Graz 1923.

95 Diesen Darstellungsmustern folgen zum Beispiel die Memoiren von: Brodde, Gustav: In russischer Gefangenschaft und die Flucht durch die Bolschewiki. Siegen 1918; Bülow, Wilhelm v.: Durch Stacheldraht und Steppe. Die Flucht eines Neunzehnjährigen aus russischer Gefangenschaft. München 1937; Dwinger, Edwin Erich: Die Armee hinter Stacheldraht. Das sibirische Tagebuch. Jena 1938; ders.: Zwischen Weiß und Rot, Die russische Tragödie. Jena 1940; ders.: Wir rufen Deutschland. Heimkehr und Vermächtnis. Jena 1932; Epstein, Adolf: Kriegsgefangen in Turkestan. Erinnerungen. Wien 1935; Koch, Peter: Meine Abenteuer in Sibirien aus 5 1/2jähriger Kriegsgefangenschaft. Salzburg 1930; Scholz, Joseph: Erinnerungen, Erlebnisse und Flucht. Aus meiner Gefangenschaft in Rußland. Münster 1923; Walesch, Michael: Erinnerungen aus schwerer Zeit (1914–1918). Hermannstadt 1936. Siehe außerdem: Drexel, Karl: Feldkurat in Sibirien 1914–1920. Innsbruck 1949; Jungbauer, Gustav: Kriegsgefangen. Budweis 1921; Krist, Gustav: Pascholl Plenny! Tatsachenbericht von der russischen Kriegsgefangenschaft österreichischer Soldaten. Wien 1936; Prochaska, Bruno: Batjuschka. Ein Kriegsgefangenenschicksal. Wien 1936; Völker, Rudolf: In russischer Kriegsgefangenschaft. Waidhofen a.d. Ypps 1926; Willfort, Fritz: Turkestanisches Tagebuch. Wien/Leipzig 1930.

96 Butz 168.

97 Oser 38.

selten Leidenschaften" der „östlichen Völker" die „Kosakengeschichten von Gogol" wiederzuerkennen[98]. Eine derartige Wahrnehmung der „Wirklichkeit" bot sich vor allem in der ersten Phase nach Gefangennahme an, als es nahezu allen deutschen und österreichisch-ungarischen Heeresangehörigen sowohl an wenigstens fragmentarischen Russischkenntnissen als auch an längeren Kontakten mit der Bevölkerung fehlte.[99]

Da die in der Kriegsgefangenschaft zumeist von der Truppe abgesonderten Offiziere a priori weder für eine Arbeitsverwendung vorgesehen waren noch in gleichem Maße wie Mannschaftspersonen über größere Bewegungsfreiheit im Gefolge der russischen Revolution und der klassenkämpferischen Maßnahmen der Boľševiki verfügten, vermittelten sie als Memoirenschreiber ein zum Teil verzerrtes, eher statisches Bild der Gesamtthematik, das auf „standortbezogene" Subjektivitäten zurückzuführen war. Demgemäß blieb das „Erlebnis hinter Stacheldraht" in den veröffentlichten Erinnerungen der Heimkehrer dominierend und das Lager gewissermaßen ein Synonym für die Gefangenschaft. Einige, wie der österreichische Schriftsteller Heimito von Doderer, nahmen die Erlebnisse in Sibirien gar als Zustand der Entrückung und Verinnerlichung wahr. „Man weiß natürlich, oder man könnte es doch wissen", heißt es in Doderers „Geheimnis des Reichs" aus dem Jahre 1930, „daß dort draußen auf den Wachtürmen um das Lager Posten in der Kälte stehen: aber man denkt nicht einmal entfernt daran. – Wechselt die Jahreszeit, kommt die Wärme, der heiße Sommer, das unendliche Land, die blauen Berge im Fernblick, das Bad unter Bewachung im riesigen Strom, der als fließender See erscheint – so hat man's dann mit alledem noch bequemer. Indessen bleibt man gerne so rein abgelöst, ohne Zusammenhang und Pflicht wie vordem. [...] Man kehrt sich also zunächst aus der Landschaft, die fremd und groß und kalt und durch Schneemassen ungangbar hinter den verfrorenen Scheiben liegt – und also nicht vorhanden ist, nur als Annahme – von da kehrt man sich ins gangbare und erleuchtete Innere des Raumes, und hat sich also da einmal niedergelassen."[100]

Doderers regelrecht kontemplatives Lebensgefühl blendete freilich die physischen und psychischen Belastungen aus, welche die langjährige Internierung mit sich brachte. Einerseits machte sich bei vielen Kriegsgefangenen, die unter der Beengtheit des Lagers und des permanenten Lebens in der Gruppe litten, die von auffälligen Stimmungsschwankungen begleitete „Stacheldrahtkrankheit" bemerkbar; andererseits hatten Epidemien gerade in den Lagern zahllose Opfer gefordert und somit das „Totengedenken" zum zentralen Element der „Erinnerungsarbeit" früherer Gefangener werden lassen.

Demgegenüber fällt auf, daß die erste Zeit in der Heimat von den Memoirenschreibern

98 Butz 169.

99 Siehe dazu auch: Kolman 61f.

100 Doderer 22.

selten erfaßt wurde, woraus leicht der Schluß gezogen werden könnte, die Heimkehr sei in der Zeit zwischen 1918 und 1939, verglichen mit den Erfahrungen der Kriegsgefangenschaft, kaum oder gar nicht beachtet worden. Dem war nicht so. Vielmehr hat sich die Belletristik, übrigens auch nach dem Zweiten Weltkrieg, ausführlich mit der Thematik befaßt. Für den Heimkehrer-Roman „Wohin rollst du, Äpfelchen …" von Leo Perutz fand im Berlin der späten zwanziger Jahre einer der aufwendigsten und kostspieligsten Reklame-Feldzüge statt, den die Weimarer Republik erlebte.[101]

„Der Typus des heimatlosen Heimkehrers, der ortlos und glaubenslos, hoffnungslos, skeptisch und meist sehr lebensuntüchtig einer feindlichen Welt bürgerlicher Saturiertheit gegenübersteht, ist ‚das' Thema der deutschen Erfolgsromane von 1927 bis zum Ende der dreißiger Jahre. Von 1927 an reißt die Welle der mehr oder minder reportagehaften oder autobiographischen ‚Berichte' über den Krieg und die Nachkriegszeit nicht mehr ab, und in der Weltwirtschaftskrise erreicht der Roman über den arrivierten Heimkehrer und die ‚verlorene Generation' seine größte Verbreitung – es sind jene Jahre, in denen Perutz' Titel ‚Wohin rollst du, Äpfelchen …' zum Symbol für die Ungewißheit der Zeit wird."[102] Die Hauptfigur von Perutz, Georg Vittorin, ist diesem Typus ebenso zuzurechnen wie Gabriel Dan, Franz Ferdinand Trotta und Franz Tunda[103], einige jener „Helden" Joseph Roths, in denen sich ein literarisches Zentralmotiv des 20. Jahrhunderts am Beispiel der Heimkehr aus der Kriegsgefangenschaft widerspiegelt: die Suche des Menschen nach seiner Identität.

Vielen *Heimkehrerorganisationen* war die Annäherung an die Gesamtthematik in Form von belletristischen Darstellungen und lebensgeschichtlichen Aufzeichnungen jedoch längst zu wenig. Gegen Ende der zwanziger Jahre versuchten im deutschsprachigen Raum umtriebige Organisationen früherer Gefangener jene breitangelegte Aufarbeitung ihrer eigenen Vergangenheit in Angriff zu nehmen, mit der sich die akademische Geschichtsforschung nicht auseinandersetzen wollte.[104] Die Reichsvereinigung ehemaliger Kriegsgefangener (R.e.K.), die 1919 als „Hilfsorganisation für die deutschen Kriegsgefangenen des

101 Müller, Editorisches Nachwort 249. – Perutz, Leo: Wohin rollst du, Äpfelchen. Roman. Wien/Darmstadt 1987.

102 Ebd. 257.

103 Dan, Trotta und Tunda stehen im Mittelpunkt der Roth-Romane „Hotel Savoy", „Die Kapuzinergruft" und „Flucht ohne Ende".

104 Lediglich in Deutschland existieren einige wenige Untersuchungen über Detailprobleme, die für sich beanspruchten, wissenschaftliche Studien zu sein. Zur Gefangenschaft in Rußland siehe vor allem: Klante, Margarete: Von der Wolga bis zum Amur. Die tschechoslowakische Legion und der russische Bürgerkrieg. Berlin 1931; Poerzgen, M.: Theater ohne Frau. Das Bühnenleben der kriegsgefangenen Deutschen 1914–1920. Königsberg/Berlin 1933; Scharping, Karl: In russischer Gefangenschaft. Kulturelle und wirtschaftliche Leistungen der deutschen Kriegsgefangenen in Rußland 1914–1918. Berlin 1939.

Ersten Weltkrieges" und und als „Interessenvertretung der Heimkehrer im Reichstag" entstanden war, trug ab 1929 unzählige Materialien zur Dokumentation der Gefangenschaft zusammen.[105] Bereits im selben Jahr konnte eine Präsentation erster Exponate am Rande des Bundestags der R.e.K. in Meißen etwa 3.000 Besucher in vier Wochen anziehen. Trotz fehlender finanzieller Mittel vergrößerte sich die Sammlung aufgrund mehrerer Schenkungen. Sie bildeten die Grundlage einer großzügigen Ausstellung im Hamburger Hotel „Graf Moltke", die am 20. Juli 1933 eröffnet wurde.[106]

Eine möglichst detaillierte Beschäftigung mit den Aspekten „Gefangenschaft und Heimkehr" schwebte zur selben Zeit auch der aus dem „Reichsverein der ehemaligen Krasnojarsker Kriegsgefangenen" hervorgegangenen „Bundesvereinigung ehemaliger österreichischer Kriegsgefangener (B.e.ö.K.) vor. 1927 faßte die B.e.ö.K. dementsprechend die Gründung eines „Archivs und Museums der Gefangenschaft" ins Auge.[107] Dessen Bestände ermöglichten es dem Vorstand der Bundesvereinigung bereits 1931, ein umfangreiches Kompendium von Einzeldarstellungen der Öffentlichkeit vorzulegen, ein zweibändiges Werk, das man unter dem Titel „In Feindeshand" veröffentlichte und mit zirka neunhundert Seiten als umfassendste Kollektion größtenteils von Offizieren verfaßter Kriegsgefangenenmemoiren in der Zwischenkriegszeit gewertet werden darf.[108] Die feierlichen Versprechen, eine Untersuchung der Thematik auf wissenschaftlicher Basis zu beginnen und die Zeugnisse der „eigenen Erlebnisse" der Nachwelt geordnet zu übergeben, wollte die B.e.ö.K. aber insbesondere durch die Erweiterung des vereinseigenen Archivs und die Einrichtung einer Dauerausstellung halten.[109] In bescheidenem Umfang gelang dies mit der Eröffnung des „Kriegsgefangenenmuseums" in der Karl-Schweighofer-Gasse im sechsten Wiener Gemeindebezirk. Die B.e.ö.K-„Dokumentation" konnte in den folgenden Jahren noch bedeutend erweitert werden, weshalb die Bundesvereinigung hoffte sich mit ihrer Arbeit stärker noch als bisher ins Bewußtsein weiter Kreise der Bevölkerung zu rufen.[110] Die Vorzeichen hierfür standen nicht schlecht, zumal sich sowohl die B.e.ö.K. als auch die R.e.K. durchaus geschmeidig an die politische und gesellschaftliche Entwicklung der dreißiger Jahre anpaßten.

Schon bei der Hamburger Ausstellung im Sommer 1933 hatte etwa die Reichsvereini-

105 Rogasch 12.

106 Ebd. 12f.

107 Der Plenny, Folge 9 (1.9.1927) 103f.

108 Weiland, Hans/Kern, Leopold (Hg.): In Feindeshand. Die Gefangenschaft im Weltkriege in Einzeldarstellungen. 2 Bde. Wien 1931.

109 Der Plenny, Folge 9 (1.9.1927) 104.

110 Über das Museum der Kriegsgefangenschaft der B.e.ö.K berichteten in den dreißiger Jahren unter anderem: Reichspost, Nr. 254 (12.9.1933); Neueste Zeitung, Nr. 11 (13.1.1935) 2; Neues Wiener Tagblatt, Nr. 64 (5.3.1936) 6; Das Kleine Blatt, Nr. 312 (12.11.1936).

gung ehemaliger Kriegsgefangener den neuen Machtverhältnissen in Deutschland Rechnung getragen, die „pazifistischen Ideale der Nachkriegszeit" durch die „Parolen der neuen, nationalsozialistischen ‚Vorkriegszeit'" ersetzt und den nie „ermüdenden Geist", durch den die „Deutschen gewohnt sind" mit „jeder Lebenslage fertig zu werden", als eigentliches Leitmotiv der Präsentation in den Vordergrund gerückt.[111]

In Österreich spiegelten sich die innenpolitischen Verhältnisse gleichfalls in der Selbstdarstellung der Heimkehrerverbände wider. Konflikte zwischen der B.e.ö.K. und einem seit 1923 bestehenden „Reichsverband ehemaliger Kriegsgefangener des Mannschaftsstandes Deutschösterreichs", der offen für die Sozialdemokratie eintrat[112], sind nur unter Berücksichtigung der spannungsgeladenen Atmosphäre in der Ersten Republik und der täglich schärfer werdenden Gegensätze eines sich ankündigenden Bürgerkrieges zu verstehen. Die B.e.ö.K. betonte in diesem Zusammenhang stets den unpolitischen Charakter ihrer Aktivitäten, konnte allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, daß sie vor allem in bürgerlichen und aristokratischen Kreisen Unterstützung fand. Zu Beginn der dreißiger Jahre wurde die Tätigkeit der Bundesvereinigung von früheren k.u.k. Offizieren, zum Teil hohen Repräsentanten des seinerzeitigen Kriegsministeriums, und von „adeligen Damen", die als Rot-Kreuz-Schwestern Rußland im Ersten Weltkrieg bereist hatten, entscheidend mitgetragen. Regierungskreise bekundeten zunehmendes Interesse an den Aktivitäten der Vereinigung. Bundeskanzler Schober, durch die Vorfälle beim Justizpalastbrand 1927 in Arbeiterkreisen weithin diskreditiert, übernahm bereitwillig den Ehrenschutz für das von der B.e.ö.K. veranstaltete „Wiedersehensfest der österreichischen Krieger und Kriegsgefangenen" in Krems. Dem „Ehrenausschuß" des „Wiedersehensfestes" gehörten bekannte christlichsoziale Politiker an: Karl Buresch, Landeshauptmann von Niederösterreich und kurz danach Bundeskanzler, Bundeskanzler a. D. Ernst von Streeruwitz, der im Ersten Weltkrieg Agenden des k.u.k. Kriegsgefangenenwesens betraute, und Carl Vaugoin, damals Vizekanzler und Bundesminister für Heerwesen. Neben zahlreichen Vertretern deutscher Heimkehrervereinigungen und ehemaliger Angehörigen-Verbände war auch der spätere Kardinal Theodor Innitzer, zu dieser Zeit Bundesminister für soziale Verwaltung, Mitglied des Ausschusses. Namhafte Sozialdemokraten fehlten vollständig.[113]

Nach den blutigen Ereignissen vom Februar 1934 erwiesen sich die bereits geknüpften

111 Rogasch 13.

112 Der ehemalige Kriegsgefangene als Erzähler, Nr. 2 bis 4 (April 1927) 1.

113 Die Mitgliedschaft des Sozialdemokraten Camillo Menninger im Bundesvorstand der B.e.ö.K. änderte am allgemeinen Charakter der Bundesvereinigung wenig. Einige seiner Korrespondenzen mit der Partei- und Schutzbundorganisationen bzw. -funktionären fanden sich unter den unveröffentlichten Dokumenten des „Plennyarchivs". – HGM/Plennyarchiv, Einlauf Lager-, Orts-, Bezirks- und Landesgruppen 1925/26. Zum „Ehrenausschuß des Wiedersehensfestes" siehe: Der Plenny, Folge 6/7 (Juni–Juli 1930) 56.

Kontakte zum politischen Establishment als äußerst nützlich. Das Naheverhältnis zwischen der Bundesvereinigung und den Spitzen des österreichischen „Ständestaates“ wurde durch die Anwesenheit hoher Regierungsmitglieder bei diversen B.e.ö.K.-Veranstaltungen unterstrichen. Am Ball der Bundesvereinigung vom 5. Jänner 1935 erschien schließlich Bundeskanzler Kurt Schuschnigg in Begleitung des Wiener Heimwehrführers Emil Fey persönlich.[114] Wenige Monate später wurde Schuschnigg, der während des Ersten Weltkrieges in italienische Gefangenschaft geraten war, Ehrenmitglied der B.e.ö.K.[115]

Die Verbindung zu den höchsten Repräsentanten des „Austrofaschismus“ hinderte die Verbandszeitschrift der Bundesvereinigung im März 1938 jedoch nicht, den Anschluß Österreichs an das Deutsche Reich lebhaft zu begrüßen. Zugleich unterstrich sie ihre „völkische Gesinnung“ seit den zwanziger Jahren, ihr Eintreten für die „deutsche Volksgemeinschaft“ und den engen Kontakt zwischen österreichischen, reichsdeutschen und sudetendeutschen Heimkehrerverbänden.[116]

In diesen Tagen suchten darüber hinaus Vertreter der deutschen Reichsvereinigung ehemaliger Kriegsgefangener die neue kommissarische Leitung der B.e.ö.K. auf, deren bisheriger Vorstand in den Hintergrund getreten war. Unverzüglich, so die „Kameraden aus dem Altreich“, sollten Gespräche über die „neuen Möglichkeiten einer engeren Zusammenarbeit“ und insbesondere die Nutzung der umfangreichen Sammlungen beider Verbände für die „Öffentlichkeitsarbeit im nationalen Sinn“ aufgenommen werden.[117] Die R.e.K. war allerdings zu diesem Zeitpunkt kein selbständiger Verband mehr. Schon auf dem Bundestag in Hamburg im Sommer 1933 hatte sie sich zur neuen Regierung unter Adolf Hitler bekannt und das Zusammengehen der „Kriegsgefangenenorganisationen“ mit dem „Deutschen Reichskriegerbund Kyffhäuser als ersten Schritt zur Einigung aller deutschen Frontkämpfer und Soldatenbünde“, wie es im Vereinsblatt vom 1. August 1933 hieß, bezeichnet.[118] Ungeachtet derartiger Verlautbarungen bemühte sich die Reichsvereinigung aber in den kommenden Jahren, ihre organisatorische Unabhängigkeit, vor allem der Nationalsozialistischen Kriegsopferversorgung (NSKOV) gegenüber, zu bewahren, und nannte diesbezüglich noch 1937 die „Arbeit am Erlebnis ‚Front und Gefangenschaft‘“ als „Eigentum der R.e.K.“.[119] Nichtsdestoweniger mußte sie die Eingliederung in die NSKOV als Fachabteilung „Reichsvereinigung ehemaliger Kriegsgefangener“ kurz vor dem Anschluß Österreichs an das Deutsche Reich hinnehmen.[120] Demgemäß wandte sich die

114 Der Plenny, Folge 1/2 (Jan./Feb. 1935) 6.

115 Ebd., Folge 5/6 (Mai/Juni 1935) 49.

116 Ebd., Folge 2/3 (Feb./März 1938) 16 und 20f.

117 Ebd. 27.

118 Der Heimkehrer, Nr. 8 (1.8.1933) 1.

119 Ebd., Heft 6 (1.6.1937) 121.

120 HGM/Plennymuseum, Korrespondenz mit Dr. Givens/NSKOV.

neue Führung der B.e.ö.K. am 4. Juni 1938 mit dem Hinweis an die Vereinsmitglieder, daß durch die „Schaffung des großdeutschen Reiches" nunmehr die Bundesvereinigung in der reichsdeutschen R.e.K. aufgehen und deren Unterordnung unter die Nationalsozialistische Kriegsopferversorgung zur Schaffung einer größeren „Frontsoldatengemeinschaft" beitragen werde.[121]

Die Hoffnungen ehemaliger Gefangener, in „Großdeutschland" durch ihre „Erinnerungsarbeit" eine „höhere gesellschaftliche Mission" beginnen zu können, erfüllten sich allerdings nicht. Die Jahre 1938 bis 1940 waren von internen Unstimmigkeiten und Konflikten mit Parteistellen über die Zukunft der Heimkehrersammlungen geprägt.[122] Gleichzeitig wurde offensichtlich, daß, trotz der seit dem Beginn der dreißiger Jahre verstärkt betriebenen „Traditionspflege" im Zeichen „nationalen Bewußtseins" und der offenen Sympathiebezeugungen gegenüber dem Nationalsozialismus in den folgenden Jahren, die gewünschten Ergebnisse ausblieben. Den Kriegsgefangenen-Heimkehrer-Verbänden gelang es nicht, ihre Aufarbeitung der Weltkriegserlebnisse einer größeren Öffentlichkeit im Dritten Reich näher zu bringen. „In der Zeit mentaler Kriegsvorbereitung, wie sie die NS-Propaganda systematisch betrieb", war kein Platz für eine Darstellung der Gefangenschaft, „die bei aller Stilisierung des Lagers als Mikrokosmos völkischer Solidarität noch immer die schrecklichen Folgen eines Krieges vor Augen führte".[123] Nach 1939 verschwanden die Objekte und Schriftstücke der „Kriegsgefangenenmuseen" in den Kellern sicherer Verwahrungsorte abseits der vom Bombenkrieg am stärksten bedrohten Siedlungsgebiete.[124] Die Erinnerung an die Erlebnisse der Jahre 1914 bis 1920 wurde von den Folgen des Zweiten Weltkrieges überlagert, eine jüngere Generation von Heimkehrern beanspruchte die

---

121 Ebd., Konvolut „Eingliederung der B.e.ö.K./R.e.K.".

122 Ebd., Korrespondenz mit Dr. Givens/NSKOV.

123 Rogasch 13. Diesbezüglich sei auch auf die Erinnerungen Karl Drexels an seine Gefangenschaft in Sibirien aufmerksam gemacht, die während des Zweiten Weltkrieges auf reges Interesse der deutschen Leserschaft stießen. Nichtsdestoweniger erließ das Propagandaministerium in Berlin am 11. Februar folgenden Bescheid bezüglich Drexels Memoiren: „Gegen eine Ausfolgung des Buches [...] ohne Werbung durch Anzeigen bestehen keine Bedenken; eine Neuauflage des Buches für die Dauer des Krieges ist nicht erwünscht." – Drexel, Feldkurat in Sibirien 8.

124 Die Materialien der Reichsvereinigung ehemaliger Kriegsgefangener transportierte man zu Beginn des Zweiten Weltkrieges auf die Burg Ranis bei Saalfeld in Thüringen. Bei Kriegsende wurden sie von amerikanischen Truppen nach München gebracht, wo sie „über Jahre fast vergessen in einem Keller" lagerten, bis man sie schließlich „1950 in einem Hochbunker am Stadtrand von Frankfurt/M. in Räumen" unterbrachte, „die das Frankfurter Stadtarchiv zur Verfügung gestellt hatte". – Rogasch 13.

Die Hinterlassenschaft der B.e.ö.K. wurde bei der Auslagerung von Beständen des „Wiener Heeresmuseums" in den Jahren 1943–45 berücksichtigt. Dadurch gelangten Objekte und Schriften der B.e.ö.K. in die Schlösser Feldsberg, heute Valdice, und Stiebar bei Gresten. Nach 1945 kamen

Aufmerksamkeit einer neuen Nachkriegsgesellschaft. Erst fünfzig Jahre später konnte an eine gründliche Aufarbeitung jener Sammlungen herangegangen werden, die ehemalige Kriegsgefangene des Ersten Weltkriegs angelegt hatten.[125]

Die dabei vorgefundenen, vielfach unveröffentlichten Aufzeichnungen müssen jedoch angesichts des ideologischen Umfeldes, in dem sie entstanden sind, einer kritischen Überprüfung unter Verwendung umfangreicher *Archivbestände* unterzogen werden, die selbst bislang kaum für geschichtswissenschaftliche Recherchen herangezogen wurden und vielfach nicht auf den ersten Blick als themenspezifische Aktenmaterialien zu erkennen sind. So haben im Rahmen einer Studie, die sich vorrangig mit Beziehungen zwischen politischen und sozialen Konsequenzen des Ersten Weltkrieges beschäftigt, neben diversen sachdienlichen Quelleneditionen[126], weiteren, bislang unveröffentlichten und vielfach von

zumindest Teile der „Kriegsgefangenen-Sammlung" ins Wiener Arsenal und damit wiederum in den Zuständigkeitsbereich des Heeresgeschichtlichen Museums, wobei die Bestände bei mehreren Räumungs- und Umbauarbeiten in den Depots stark gelitten haben dürften.

125 Photographien, Schreiben und Gegenstände der R.e.K. wurden 1990 anläßlich einer Ausstellung im Deutschen Historischen Museum beziehungsweise im Reichstagsgebäude in Berlin gezeigt. Dazu erschien ein Katalog mit wichtigen quellenkritischen Hinweisen der verantwortlichen Wissenschafter: Kriegsgefangen. Objekte aus der Sammlung des Archivs und Museums der Kriegsgefangenschaft, Berlin, und des Verbandes der Heimkehrer, Kriegsgefangenen und Vermißtenangehörigen Deutschlands e.V., Bonn-Bad Godesberg, im Deutschen Historischen Museum. Berlin 1990.

Die Vf. konnten in den Monaten Juli bis Oktober 1998 eine genauere Sichtung von den im Wiener Heeresgeschichtlichen Museum vorhandenen Resten der B.e.ö.K.-Sammlungen durchführen. Im Zuge dieser Recherchen entstand ein Bestandsverzeichnis und eine kleine Ausstellung, in der das HGM Exponate des ehemaligen „Archivs und Museums" der Bundesvereinigung vom März bis September 1999 unter dem Titel „Die sibirische Klarheit. In russischer Kriegsgefangenschaft 1914–1920" präsentierte.

126 Dazu unter anderem: Neck, Rudolf: Arbeiterschaft und Staat im Ersten Weltkrieg 1914–1918. (A. Quellen) I. Der Staat (2. Vom Juni 1917 bis zum Ende der Donaumonarchie im November 1918). Wien 1968; Baumgart, Winfried/Repgen, Konrad (Hgg.): Brest Litowsk. Historische Texte. Göttingen 1969; Degras, Jane (Hg.): The Communist International 1919–1943. Documents. Vol. 1. London 1956; Dekrety sovetskoj vlasti, tom 1: 25 oktjabrja 1917 g. – 16. marta 1918 g. Moskva 1957; Jones, David: Documents on British Relations with Russia, 1917–1918 (Russia as seen in the War Cabinets Eastern Reports, Jan. 1917 – Febr. 1918). In: Canadian-American Slavic Studies Jg. 7, Nr. 2, 3 und 4, 1973; Woodward, E. W./Butler, R. (Hgg.): Documents on British Foreign Policy, 1919–1939, 1st. ser., Vol. 1, Dokumentation zur österreichischen Zeitgeschichte 1918–28. Wien/München 1984; Dokumenty vnešnej politiki SSSR, tom 1. Moskva 1957; Dokumenty i materialy o russkich kommunističeskich gruppach v Avstrii i Vengrii v 1917–1918 gg. In: Voprosy istorii KPSS, Nr. 7, 1966, 67ff.; Hornykiewicz, Theophil (Hg.): Ereignisse in der Ukraine 1914–1922. 4 Bde. Philadelphia 1966; Browder, Robert/Kerensky, Alexander F. (Hgg.): Russian Provisional Gouvernment. Docu-

Mannschaftsangehörigen verfaßten Memoiren ehemaliger Gefangener[127], *Zeitschriften* der Heimkehrerverbände und des Kriegsgefangenenwesens in Rußland, Deutschland und Österreich[128] sowie Akten zur Gefangenen- und Heimkehrproblematik aus dem Österreichischen Staatsarchiv (ÖSTA) beziehungsweise dem „Militärhistorischen Archiv" (RGVIA = Rossijskij Gosudarstvennyj Voenno-Istoričeskij Archiv) und dem „Staatlichen Archiv der Russischen Föderation" (GARF = Gosudarstvennyj Archiv Rossijskoj Federacii)

---

ments. Stanford 1961; Russkie internacionalisty v bor'be za vengerskuju sovetskuju respubliku 1919 g. Sbornik dokumentov. Moskva 1972; Degras, Jane (Hg.): Soviet Documents on Foreign Policy. Vol. 1: 1917–1924. London/New York/Toronto 1951; Vengerskie internacionalisty v oktjabr'skoj revoljucii i graždanskoj vojne v SSSR. Sbornik dokumentov. 2 Bde. Moskva 1968.

127 Mitarbeiter des Archivs für die Dokumentation lebensgeschichtlicher Aufzeichnungen, das aufgrund einer Initiative von Univ.-Prof. Dr. Michael Mitterauer am Institut für Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Universität Wien entstanden ist, stellten den Vfn. bisher unveröffentlichte Schriften von früheren Soldaten der k.u.k. Armee zur Verfügung, die sich während und nach dem Ersten Weltkrieg in russischer Gefangenschaft befanden. Es handelt sich dabei um Erinnerungen von Mannschaftsangehörigen, Darstellungen, die den Veröffentlichungen vieler Offiziere gegenübergestellt werden können und neue Erkenntnisse über österreichisch-ungarische Soldaten im revolutionären Rußland liefern.

Außerdem sind unter anderem folgende Erinnerungen beziehungsweise Tagebuchaufzeichnungen für den Forschungsbereich von Bedeutung: Benesch, Eduard: Aufstand der Nationen. Der Weltkrieg und die tschechoslovakische Revolution. Berlin 1928; Breitner, Burghard: Unverwundet gefangen. Aus meinem sibirischen Tagebuch. Darmstadt/Leipzig 1935; ders.: Asiatischer Spiegel. Innsbruck 1955; Bothmer, Karl von: Mit Graf Mirbach in Moskau. Tübingen 1922; Young, Kenneth (Hg.): The Diaries of Sir Robert Bruce Lockhart, Vol. 1: 1915–1938. London 1973; Gilliard, Pierre: Das tragische Schicksal der Zarenfamilie. Veröffentlichungen eines Augenzeugen. Berlin 1922; Glaise-Horstenau, E. v.: Ein General im Zwielicht. Erinnerungen. Bd. 1: K.u.k. Generalstabsoffizier und Historiker. Wien 1980; Goltz, Rüdiger von der: Als politischer General im Osten. Finnland und Baltikum 1918 und 1919. Leipzig 1936; Kinsky, Nora Gräfin: Russisches Tagebuch 1916–1918. Stuttgart 1976; Kolman, Arnošt: Die verirrte Generation. So hätten wir nicht leben sollen. Frankfurt/M. 1979; Lloyd George, David: War Memoirs. 6 Bde. Boston 1933–37; Lockhart, Robert H. Bruce: Vom Wirbel erfaßt. Bekenntnisse eines Diplomaten. Stuttgart/Berlin 1937; Masaryk, Thomas G.: Die Weltrevolution. Erinnerungen und Betrachtungen, 1914–1918. Berlin 1925; Noulens, Joseph: Mon ambassade en Russie Sovietique, 1917–1919. 2 Bde. Paris 1933; Ronge, Max: Kriegs- und Industriespionage. Zwölf Jahre Kundschaftsdienst. Wien/Leipzig 1933; Schlesinger, Moritz: Erinnerungen eines Außenseiters im diplomatischen Dienst. Köln 1977; Streeruwitz, Ernst von: Springflut über Österreich. Wien/Leipzig 1937.– Einige Autoren haben ihre Erinnerungen durch ergänzende Recherchen zu detaillierteren „Tatsachenberichten" über die Kriegsgefangenenproblematik erweitert: Brändström, Elsa: Unter Kriegsgefangenen in Rußland und Sibirien 1914–1920. Berlin 1920; Montandon, George: Schmelztiegel des Fernen Ostens. Wien 1926.

128 Neben der politischen Presse in Österreich und Rußland (Arbeiter-Zeitung, Neue Freie Presse, Reichspost, Der Abend, Wiener Neueste Nachrichten, Die Rote Fahne bzw. Weckruf/Die soziale Revolution, Pravda, Delo naroda, Reč', Novoe Vremja) wurden speziell im Rahmen eines mehrmonatigen Forschungsaufenthaltes in der Moskauer „Staatlichen gesellschaftspolitischen Biblio-

in Moskau[129] auch Materialien Berücksichtigung zu finden, mit deren Hilfe die Möglichkeit besteht, grundlegende Entwicklungszüge der mittel- und osteuropäischen Arbeiterbewegung zu verdeutlichen und Folgewirkungen der Kriegsgefangenenproblematik in der revolutionären Phase von 1917 bis 1920 vor dem Hintergrund komplexer historischer Prozesse zu bewerten. Dementsprechend wurden in Moskau während der vergangenen Jahre zusätzlich Bestände des Komintern-Archivs und der „Zentralen Föderation ausländischer Gruppen bei der RKP(b)" im „Russischen Zentrum für die Bewahrung und das Studium von Dokumenten der neuesten Geschichte" (russisch: Rossijskij Centr Chranenija i Izuče-

---

thek" die von Karl Radek redigierte Zeitschrift „Die Fackel" (fortgesetzt als „Der Völkerfriede"), welche sich während der Friedensverhandlungen von Brest-Litovsk an die Kriegsgefangenen in Rußland und an die deutschen und österreichisch-ungarischen Soldaten jenseits der Demarkationslinie wandte, sowie die Internationalisten-Presse der Jahre 1917 bis 1922 studiert, vor allem die Moskauer Zentralorgane „Weltrevolution", „Rote Fahne" und „Nachrichten der deutschen und österreichisch-ungarischen Arbeiter- und Bauernräte in Rußland" sowie die Ekaterinburger „III. Internationale", die Omsker „Wahrheit", die Taškenter „Völkerfreiheit" und die in Char'kov beziehungsweise Kiev herausgegebene „Weltkommune". Ein kleiner Teil der Zeitschriften revolutionärer Kriegsgefangener konnte außerdem im Archiv und Dokumentationszentrum zur Erforschung der österreichischen Arbeiterbewegung eingesehen werden.

Darüber hinaus sind vor allem Periodika des russischen und österreichischen Kriegsgefangenenwesens (Izvestija central'noj kollegii o plennych i bežencach, Mitteilungen der Auskunftsstelle für Kriegsgefangene des Gemeinsamen Zentralnachweisbureaus, Mitteilungen der Staatskommission für Kriegsgefangenen- und Zivilinternierten-Angelegenheiten), verschiedener Heimkehrerverbände der Zwischenkriegszeit im deutschsprachigen Raum (u. a. Hammer und Pflug. Organ der Antimilitaristischen Vereinigung ehemaliger Kriegsteilnehmer, Der Heimkehrer. Verbandblatt der Reichsvereinigung ehemaliger Kriegsgefangener e.V., Berlin, Der Kriegsgefangene. Monatsschrift für ehemalige Kriegs- und Zivilgefangene bzw. Mitteilungsblatt der Reichsvereinigung ehemaliger Kriegsgefangener in der Tschechoslowakei, Der Kriegsgefangene als Erzähler. Zeitschrift des Reichsverbandes ehemaliger Kriegsgefangener des Mannschaftsstandes Deutschösterreichs, Der ehemalige Kriegsgefangene. Organ der Arbeitsgemeinschaft der Vereinigungen ehemaliger Kriegsgefangener Deutschlands e.V., Der ehemalige Kriegsgefangene. Mitteilungen der Vereinigung ehemaliger Kriegsgefangener im Gebiet der Freien Stadt Danzig, Der Plenny. Organ der Bundesvereinigung ehemaliger österreichischer Kriegsgefangener), deutscher und österreichischer Kriegsgefangenen-Angehörigen-Organisationen (Mitteilungen des Volks- bzw. Reichsbundes zum Schutze der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen, Kriegsgefangenen-Hilfe. Mitteilungen der Ortsausschüsse der Hilfe für kriegsgefangene Deutsche, Unsere Kriegsgefangenen) und Zeitschriften sozialdemokratischer, linksradikaler beziehungsweise kommunistischer Gruppierungen und Interessenverbände (Der Rote Soldat mit der Beilage „Der Heimkehrer", Der freie Arbeiter, Der freie Soldat) verwendet worden.

129 Im Kriegsarchiv (KA) des ÖSTA haben die Vf. die Dokumente der 10. Abteilung bzw. 10. Kriegsgefangenen-Abteilung des k.u.k. Kriegsministeriums (KM), Bestände aus dem Archiv des Chefs des Ersatzwesens und des liquidierenden Kriegsministeriums ebenso aufgearbeitet wie das Schriftgut der Heimkehrgruppe der Operationsabteilung und die Kriegsgefangenenbestände der Nachrichtenabteilung (Zensurabteilung des Gemeinsamen Zentralnachweis-Bureaus des österreichisch-ungarischen Roten Kreuzes, Kriegsgefangenen-Fürsorge bzw. Rot-Kreuz-Missionen) im Armeeober-

nija Dokumentov Novejšej Istorii, abgekürzt: RCChIDNI, jetzt RGASPI[130]), dem ehemaligen Zentralen Parteiarchiv des Marx-Engels-Lenin-Instituts beim ZK der Kommunistischen Partei, sowie die im GARF gelagerten Schreiben der Kanzlei beziehungsweise der Auslandsabteilung des Volkskommissariats für Innere Angelegenheiten (NKVD) der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik aus den Jahren 1917 bis 1919 ausgewertet. In Österreich fanden gründliche Recherchen zu sozialpolitischen Fragestellungen nach dem Ende des Ersten Weltkrieges im Kriegsarchiv (KA)[131], Archiv der Republik (AdR)[132], im Allgemeinen Verwaltungsarchiv (AVA)[133] sowie im Haus-, Hof- und Staatsarchiv (HHStA)[134] des ÖSTA, im Archiv der Bundespolizeidirektion Wien[135], im Archiv und Doku-

kommando (AOK). Das Pendant zur 10. Kriegsgefangenen-Abteilung im KM stellt der 185 Kartons umfassende Bestand des Kriegsgefangenenwesens der Ersten Republik in der Gruppe 04, Inneres, Bundeskanzleramt (BKA), dar. Dieser wurde im Frühjahr 1997 in detaillierten und zeitaufwendigen Untersuchungen ausgewertet.

In Moskau konnten bereits 1994/95 wichtige Informationen über die Gefangenenproblematik während des Ersten Weltkrieges aus der Sicht russischer Militärbehörden im RGVIA gefunden werden. Dabei wurden auch Dokumente der in den einzelnen Militärkreisen eingerichteten Kriegsgefangenenbehörden berücksichtigt. Im GARF galt die ganze Aufmerksamkeit der sowjetrussischen Gefangenenbehörde, dem sogenannten Centroplenbež (Fond 3333). Hierbei gelang es, wichtige Erkenntnisse über die Tätigkeit sowjetrussischer „Fürsorge-Missionen" in Mitteleuropa zu gewinnen.

130 Siehe dazu die Anmerkungen im Anhang.

131 Diesbezügliche Recherchen berücksichtigten unter anderem: Nachlässe (Heinrich von Raabl-Werner, Maximilian Ronge), AOK/Operationsabteilung (R/Rußland-Gruppe und Evidenz-Gruppe R), AOK/Nachrichtenabteilung (Vaterländische Bildungsarbeit/Heimkehrerbetreuung, Evidenzbüro/Kommunistische Bewegung 1920–1921 und liquidierendes k.u.k. Evidenzbureau).

132 Folgende Materialien fanden Beachtung: Neues Politisches Archiv/Bundesministerium für Äußeres (Gruppe 01, Äußeres), Staatsamt bzw. Bundesministerium für soziale Verwaltung/Sozialpolitik, Kriegsgeschädigtenfürsorge, Bundeswohnungssiedlungsamt (Gruppe 03, Soziales), Staats- und Ministerratsprotokolle 1918–1920, Polizeidirektion Wien 1919/20 (Gruppe 04, Inneres, BKA), Archive der Christlichsozialen und der Großdeutschen Volkspartei (Gruppe 09, „Parteiarchive").

133 Eingesehen wurden Akten des k.k. Handelsministeriums (Präsidium, Generalkommission für Kriegs- und Übergangswirtschaft 1917–1918), Dokumente des k.k. Ackerbauministeriums (Präsidium 1918), der durch Brand stark reduzierte Bestand der k.k. Ministerratsprotokolle und schließlich Schriften des k.k. Ministeriums des Innern, die Auskunft über die Heimkehrerunruhen in Österreich-Ungarn geben.

134 Im Politischen Archiv fanden sich wichtige Schreiben zu den im Rahmen der Verhandlungen von Brest-Litowsk 1917/18 in Petrograd gesondert geführten Gesprächen über Handels- und Kriegsgefangenenfragen. Außerdem enthalten etwa 20 Kartons der Administrativen Registratur Materialien, die explizit auf die Kriegsgefangenenthematik, vorrangig im Zusammenhang mit Rußland, Bezug nehmen.

135 Akten über die Wechselwirkungen zwischen der kommunistischen Bewegung und den Heimkehrern aus der Gefangenschaft fanden sich in 12 Schachteln des sogenannten Schober-Archivs (1918–1932).

mentationszentrum der österreichischen Arbeiterbewegung[136], verschiedenen Landesarchiven[137] sowie im Parlamentsarchiv[138] statt.

Unveröffentlichte Dokumente und publizistische Quellen sind freilich selbst einer eingehenderen Charakterisierung zu unterziehen, wobei ganz allgemein festgestellt werden kann, daß auch die russische und die österreichische Presse während des Ersten Weltkrieges getreulich jede politische Nachricht von Greueltaten verschiedener Heeres- und Zivilbehörden der „Feindstaaten" registrierte.[139] Vermutete oder nachgewiesene Grausamkeiten an Kriegsgefangenen traten in den Pressemeldungen immer wieder hervor.[140]

Grundsätzlich gemeinsam war überdies allen *Medien* eine strengere staatliche *Kontrolle* und Vereinnahmung. Die veröffentlichte Meinung versuchte man im Habsburgerreich beispielsweise durch das Kriegsüberwachungsamt (KÜA) beziehungsweise die Kriegsüberwachungskommission in Ungarn zu lenken. Beide Organisationen hatten „durch Zensurmaßnahmen für die Loyalität der Presse" zu sorgen.[141] Darüber hinaus existierte das Kriegspressequartier (KPQ), das Kurt Paupié in seinem „Handbuch der österreichischen Pressegeschichte" als „Instrument der positiven Pressepolitik" bezeichnet. Weit über die Grenzen der Donaumonarchie hinaus versuchte das KPQ die Haltung weiter Kreise der Bevölkerung im In- und Ausland zu seinen Gunsten zu beeinflussen. Journalisten aller großen Zeitungen Österreich-Ungarns und des Deutschen Reiches sollten – als Kriegsberichterstatter beim KPQ angemeldet – staatlich kontrollierte Darstellungen des Kriegsgeschehens präsentieren.[142]

---

136 In den umfangreichen Sammlungen der Sozialdemokratischen Partei ergaben sich vereinzelt Hinweise auf die Heimkehrer-Problematik in folgenden Beständen: Sozialdemokratische Parteistellen (u. a. Nachlässe von Julius Braunthal, Julius Deutsch, Paul Richter, Viktor und Friedrich Adler), Sozialdemokratischer Parlamentsklub, Sozialdemokratische Landesorganisation Niederösterreich, Soldatenräte (Korrespondenzen 1919), Militärverband der Republik Österreich.

137 Neben Informationen über die Lage der in Österreich festgehaltenen Soldaten der Zarenarmee in den Jahren 1914 bis 1920, lieferten vor allem Quellen des Niederösterreichischen Landesarchivs wertvolle Hinweise auf die Tätigkeit der Sowjetmission unter Mieczysław Warszawski-Bronski in Österreich zu Beginn der zwanziger Jahre.

138 Die außerordentliche Hilfsbereitschaft der Bediensteten des Parlamentsarchivs ermöglichte es den Vfn., die äußerst ergiebigen Recherchen auf wenige Tage zu beschränken. Für den Zeitraum 1917 bis 1919 (letzte Session des österreichischen Reichsrates, provisorische und konstituierende Nationalversammlung Deutschösterreichs) wurden neben Reden, Gesetzesentwürfen und Resolutionen nicht weniger als 46 Anfragen von Abgeordneten und 29 Anfrage-Beantwortungen zur Kriegsgefangenen- und Heimkehrerthematik gefunden.

139 Dittlbacher, Krawalle 32.

140 Ebd.; vgl. Solschenizyn 117–130.

141 Paupié, Bd. 2, 141ff.

142 Ebd.

Als Folge derartiger Pressepolitik muß auch das Stillschweigen der großen Tageszeitungen über die Meutereien von Rußlandheimkehrern im Jahr 1918 angesehen werden. Lediglich Aufrufe, Wäsche für die ehemaligen Kriegsgefangenen zu sammeln, und die Nachricht über eine „Liebesgabenaktion des Roten Kreuzes für die Heimkehrer aus der Gefangenschaft" unter der Leitung des Präsidenten der österreichischen und der ungarischen Rot-Kreuz-Gesellschaft, Graf Traun, und des Generalinspekteurs der freiwilligen Sanitätspflege, Erzherzog Franz Salvator, in der Neuen Freien Presse könnte man als Hinweis auf die prekäre Situation bei den Ersatzkörpern der k.u.k. Armee verstehen.[143] Daß die Zensur auf Mitteilungen von und über Heimkehrer besonders scharf reagierte, zeigt eine Meldung der Arbeiter-Zeitung vom 23. Juli 1918: Gemäß einem Erlaß des Kriegsministeriums wurde dem Leser die Zensurierung der Heimkehrerveröffentlichungen und die Bestrafung der „Vermittlung nicht erlaubter Nachrichten" mitgeteilt.[144]

Auskünfte über Kriegsgefangenenfragen, die als Mitteilungen von „offizieller Seite" regelmäßig in den Printmedien abgedruckt wurden, befleißigten sich überdies jener *Verwaltungssprache*, die, von der Aufrechterhaltung und den Umstrukturierungsmaßnahmen bürokratischer Apparate, von amtsinternen Zielvorgaben, organisatorischen Rahmenbedingungen und rechtlichen Zwängen beherrscht, Tatsachen eher verhüllte als offenlegte. Im Ton technischer Nüchternheit generierten Kommunikationsformen staatlicher Dienststellen vielfach gewollt Scheinrealitäten, in denen die Situation der von den behördlichen Maßnahmen Betroffenen merklich unterrepräsentiert blieb. Die mit diversen Aufgabengebieten verknüpften Anforderungen und Problembereiche verschwanden hinter Konzeptpapieren und „Planspielen", wortreich herbeigeredeten „Zukunftsordnungen" und dem beinahe grenzenlosen Vertrauen auf die wirklichkeitsverändernde Macht des Wortes. Mit ihren Berichten, Dossiers, Memoranden, Weisungen, Erlässen und Gesetzen verschleierten nicht zuletzt die Mitarbeiter des k.u.k. Kriegsgefangenenwesens in vielen Fällen die elende Lage russischer Soldaten auf dem Gebiet der Donaumonarchie[145] sowie die phy-

143 NFP, Morgenblatt, Nr. 19317 (6.6.1918) 5f.

144 AZ, Nr. 197 (23.7.1918) 5.

145 Beispielhaft dafür sind zwei Aktenstücke des k.u.k. Kriegsministeriums vom 11.7. und 12.8.1918 über die Behandlung von russischen Kriegsgefangenen. Diese Texte, in denen Vorschläge über Maßnahmen zur Beeinflussung russischer Gefangener in habsburgfreundlichem Sinne vor deren Repatriierung festgehalten wurden, versuchen die Situation zehntausender Angehöriger der ehemaligen Zarenarmee unter grober Mißachtung ihrer Notlage in bestem Licht erscheinen zu lassen. Die Dokumente fanden in Karl Kraus' „Letzten Tagen der Menschheit" Verwendung. Sie wurden im Zuge unserer Archivrecherchen in einem Karton des Haus-, Hof- und Staatsarchives entdeckt. – ÖSTA/HHStA, AR/F 36, Karton 474; vgl. Karl Kraus, Die letzten Tage der Menschheit, 21. Szene, 5. Akt.

sische und psychische Zerrüttung vieler Rußlandheimkehrer, die sich im Laufe des Jahres 1918 in großer Zahl an den östlichen Grenzen der von den Mittelmächten beherrschten Territorien sammelten.[146] Die Verwendung umfangreicher Quellensammlungen offizieller Stellen, die sich in den letzten Jahren der Donaumonarchie sowie zu Beginn der Ersten Republik mit „Gefangenen- und Heimkehragenden" befaßten, kann also ohne Einbeziehung weiterer, mitunter aus scheinbar völlig anderen „Zuständigkeitsbereichen" stammenden Dokumenten[147] keine kritische Annäherung an wesentliche themenspezifische Fragen gewährleisten. Oftmals sind zentrale Aspekte mit den Akten der 10. Kriegsgefangenen-Abteilung des k.u.k. Kriegsministeriums sowie des deutschösterreichischen Kriegsgefangenenamtes nicht einmal zu erfassen, wodurch einige historiographische Arbeiten in der Vergangenheit zu eingeschränkten und mitunter verzerrenden Darstellungen neigten.[148]

In diesem Zusammenhang muß allerdings festgehalten werden, daß eine Einbeziehung von ergänzenden Dokumenten unterschiedlicher Provenienz vielfach auf Schwierigkeiten stößt, fehlen doch mitunter gerade jene Unterlagen, welche bei der Rekonstruktion brisanter Aspekte der Gefangenenproblematik hilfreich sein könnten. So ließen speziell Mitarbeiter des militärischen Spionage- und Abwehrapparates Österreich-Ungarns in den „Umsturztagen" des Novembers 1918 „heikle Materialien" gegen den ausdrücklichen Wunsch der neuen Nationalstaaten, das amtliche Schriftgut des untergehenden Habsburgerstaates weitgehend lückenlos zu erhalten, kistenweise vernichten.[149] Trotz Aufstellung eines Doppelpostens vor dem Kriegsministerium am Stubenring verschwanden zum Beispiel bedeutende Mengen an Unterlagen durch einen Hintereingang aus den Amtsräumen des Wiener Evidenzbureaus; noch lange ins Jahr 1919 hinein wurden außerdem „heimlich kompromittierende Stellen aus Akten herausgeschnitten, wie man heute noch an den kümmerlichen Restbeständen einer einst beeindruckend großen Registratur feststellen kann".[150] „Gerüchte über einen beschleunigten Vormarsch der Ententekräfte im Südwesten und Südosten" sowie die „ausgesprochen animose Haltung der Bevölkerung und

146 Den Zustand der aus Rußland zurückkehrenden k.u.k. Soldaten in den Wochenberichten hochrangiger Vertreter des k.u.k. Heimkehrwesens möglichst positiv zu beschreiben, war in erster Linie vom Wunsch der österreichisch-ungarischen Generalität geleitet, den überwiegenden Teil der ehemaligen Kriegsgefangenen vor allem an der Italienfront wiederzuverwenden. Nahezu wöchentlich gehen Meldungen der Inspizienten über die „zirka 80-prozentige Frontdiensttauglichkeit" der Heimkehrer ein. – Siehe dazu: ÖSTA/KA, AOK/Op.Abt.-Hk., 1918: Op.Nr. 130.323, 130417, 130.548, 131.406, 131.491.

147 Dies gilt unter anderen für die Akten des ÖSTA/AdR aus der Gruppe 03, Soziales.

148 In diesem Zusammenhang sind vor allem die Arbeiten von Inge Przybilovszki und Franz Wiesenhofer zu nennen. – Siehe Quellen- und Literaturverzeichnis.

149 Pethö 323.

150 Ebd. 323.

der lokalen Behörden", wie es in einem vom letzten Geheimdienstchef der k.u.k. Armee, Oberst Maximilian Ronge, gezeichneten Schreiben vom Februar 1919 heißt, veranlaßten auch die Nachrichtenabteilung des Armeeoberkommandos in Baden, die „Eliminierung aller Akten, die zur Kompromittierung von Vertrauensmännern führen könnten", in die Wege zu leiten.[151] Im Hotel „Herzoghof" wurde daraufhin bis zum 10.11. ein ungefähr 300.000 Stück umfassender Aktenbestand dem Feuer übergeben.[152] Bei weiteren Verbrennungsaktionen gingen vor allem die wichtigen „Kundschafts-Nachrichtenquellen" verloren.[153]

Dennoch spiegeln sich bisweilen in den erhalten gebliebenen Aufzeichnungen des Armeegeheimdienstes sehr wohl Erfahrungen derer wider, die üblicherweise hinter bürokratischen Formeln nur schemenhaft erkennbar sind. Diesbezüglich erweisen sich Dokumente als wertvoll, die bei oberflächlicher Betrachtung scheinbar keine Informationen über die Denkweise der von den Militär- und Zivilbehörden „Beobachteten" und „Verwalteten" beinhalten. Durch genauere Recherchen lassen sich zum Beispiel Materialsammlungen der gegen Rußland eingesetzten nachrichtendienstlichen Organisationen der Donaumonarchie ausfindig machen, die seltener Berichte von „Konfidenten", hauptamtlichen Mitarbeitern und Repräsentanten kooperierender Dienststellen, als vielmehr Aussagen von „Heimkehrern" umfassen, auf die die Heeresstellen in reichlicher Zahl während des Jahres 1918 zurückgreifen konnten. Neben der Verwertung russischer und ukrainischer Zeitungen sowie dem Radiohorchdienst an den Grenzen zu Sowjetrußland[154] versuchte unter anderen die Evidenzgruppe R (=Rußland) in der Operationsabteilung des AOK einen Überblick zur politischen und militärischen Lage jenseits der östlichen Demarkationslinie, zu Truppenverschiebungen der in Aufstellung begriffenen Roten Armee und der sich formierenden antibolschewistischen Heeresverbände, aber auch zum Verhältnis der Entente und der in Rußland, Sibirien und Turkestan befindlichen Soldaten der Mittelmächte zu den Bol'ševiki anhand zahlreicher Schilderungen ehemaliger Kriegsgefangener zu erhalten.[155] In Verbindung mit anderen Nachrichtenquellen ergaben sich dabei Einblicke in die Entwicklung Sowjetrußlands, die ganz allgemein für die Darstellung von Konflikten auf dem Gebiet des ehemaligen Zarenreiches Beachtung finden müssen.

Die Protokolle der vom militärischen Kriegsgefangenen- und Nachrichtenwesen durchgeführten Heimkehrerbefragung sind überdies als wichtige Belege für die Stimmungen beziehungsweise Werthaltungen der gerade aus der Gefangenschaft Zurückgekehrten sowie

151 ÖSTA/KA, AOK/Evb.d.Gstbs.-NA, 1919: Liqu. Evb. Nr. 1283.

152 Ebd.; vgl. Pethö 323.

153 ÖSTA/KA, AOK/Evb.d.Gstbs.-NA, 1919: Liqu. Evb. Nr. 114.

154 Pethö 152.

155 Zum Beispiel: ÖSTA/KA, AOK/Op.Abt.-Ev.Grp.R 1918: Meldungen vom 1. und 10. Jänner, 11.–12., 20. und 28.–30. Juni, 2.–3. und 23. Juli.

für deren Umgang mit Erlebnissen, die mitunter nur einige Tage oder Wochen zurücklagen, zu verstehen. Solche Schriftstücke aus dem Jahre 1918 können damit als Ergänzung zu überarbeiteten lebensgeschichtlichen Aufzeichnungen angesehen werden, welche man als Memoiren und Tagebücher zumeist erst Jahre später mit dem Wissen um nachfolgende Erfahrungen und Entwicklungen der Öffentlichkeit präsentierte.

Als „unmittelbare Zeugnisse" der Gefangenschaft aus der Sicht der „Betroffenen" und als Vergleichsmaterial zur Erinnerungsliteratur der zwanziger und dreißiger Jahre verdienen weiters im Österreichischen Staatsarchiv lagernde Briefe besondere Beachtung, die vorrangig von Unteroffizieren beziehungsweise Mannschaftsangehörigen sowie deren Familien geschrieben wurden und Perspektiven auf die Stimmungslage breiterer Bevölkerungsgruppen eröffnen. Peter Hanák und Alon Rachamimow haben in ihren Studien über die „Volksmeinung" in der Donaumonarchie während der Jahre 1917/18 und die Haltung der österreichisch-ungarischen Kriegsgefangenen gegenüber Repräsentanten ihres Staates[156] auf die Nützlichkeit solcher Korrespondenzen hinsichtlich mentalitäten- und alltagsgeschichtlichen Forschungen sowie eines unter dem Schlagwort „Geschichte von unten" zusammengefaßten historiographischen Ansatzes hingewiesen, zugleich aber Bedenken formuliert und Einschränkungen für notwendig erachtet. Mit Recht wurde unter anderem betont, daß die Zensurbehörden des Habsburgerreiches lediglich jene Schreiben zurückhielten, „die ihnen verdächtig oder vorschriftswidrig erschienen", während „die Ansichten des überwiegenden Teiles der Postkarten-Briefeschreiber in den Hintergrund treten".[157] Außerdem gingen naturgemäß politisch bewußte Kriegsgefangene, vor allem aber Sympathisanten oder Mitglieder revolutionär gesinnter Gruppierungen mit weltanschaulich motivierten Äußerungen und Tätigkeiten schon aus Selbstschutz wesentlich sensibler um. Im Wissen um die Arbeit der Zensurstellen blieben bedeutendere Informationen vom herkömmlichen Postverkehr zumeist ausgeklammert. Die militärischen und zivilen Nachrichtendienste konnten bei ihren Recherchen über die „Lage im Osten" und das Verhalten der in Rußland befindlichen Soldaten der Mittelmächte dementsprechend nur bedingt auf die mit großem Interesse überprüften Kriegsgefangenenkorrespondenzen zurückgreifen. Dieser Umstand darf bei der Auswertung von Heimkehreraussagen nicht außer acht gelassen werden, zumal die aus der Gefangenschaft Zurückgekehrten sich angesichts der Bespitzelung durch die eigene Heeresverwaltung und des anstehenden Rechtfertigungsverfahrens von der allgemeinen „Gesinnungsschnüffelei" abgestoßen fühlten und im Räderwerk der Militärjustiz ihre Gedanken vorerst wenigstens so gut es ging für sich behielten.

Welche Vorsicht speziell Internationalisten bei der Übermittlung von Nachrichten notwendig erschien, läßt sich in eindrücklicher Weise anhand der Aufzeichnungen im „Rus-

156 ÖSTA/KA, AOK/Evb.d.Gstbs.-NA, G.Z.N.B. Zensurabteilung „D", Karton 3756–3760.

157 Rachamimow 348.

sischen Zentrum für die Bewahrung und das Studium von Dokumenten der neuesten Geschichte" in Moskau veranschaulichen. Die Korrespondenzen der ausländischen Gruppen bei der Kommunistischen Partei Rußlands sowie der „nationalen Sektionen" der Komintern sind vielfach auf Stoff niedergeschrieben, um in die Kleidung von Kurieren eingenäht werden zu können. Vom allgemeinen Papiermangel abgesehen, hatten also die „KP-Emissäre" bei der Wahl ungewöhnlicher Beschreibmaterialien, wie aus den Dokumenten hervorgeht, in erster Linie aufgrund etwaiger Leibesvisitationen an den Grenzübergängen, möglicher Nachforschungen militärischer Kontrollorgane sowie polizeilicher Untersuchungen außerhalb Sowjetrußlands geeignete Gegenmaßnahmen zu treffen.[158]

Überhaupt unterschieden sich die „Kanzleimilieus", in denen Aktenstücke von offiziellen Stellen mitteleuropäischer Staaten einerseits und von Organen der frühen Kommunistischen Bewegung sowie des im Aufbau begriffenen russischen Sowjetstaates andererseits angefertigt wurden, zunächst in beträchtlichem Maße voneinander. Die Behörden in den untergehenden Monarchien der Habsburger, Hohenzollern und Romanovs empfanden bolschewistische Parteigänger in den Jahren 1917 bis 1920 lediglich als „Verkörperungen" der „Unterdrückungsmaschinerie des Klassenstaates". Diese Sichtweise führte bisweilen zu grotesken Selbstdefinitionen „revolutionärer Ämter", wenn etwa im Briefwechsel zwischen den Internationalistenkomitees und dem stetig wachsenden sowjetrussischen Verwaltungsapparat ein Rundstempel mit dem Leninzitat „Unser Hauptfeind ist der Spekulant und der Bürokrat" eifrige Anwendung fand.[159]

Alles in allem vermitteln jene in den russischen Archiven verwahrten Akten, welche Sympathisanten des Räteregimes aus den Reihen der Kriegsgefangenen in den ersten Jahren nach der „Oktoberrevolution" angelegt hatten, ein differenziertes Bild vom Verhältnis zwischen den ausländischen Kommunisten und den Bol'ševiki. Konfliktbereiche werden angesprochen und wesentliche Inhalte der Korrespondenzen zwischen Moskau und der linksradikalen Bewegung in Europa gegen und nach dem Ende des Ersten Weltkrieges verdeutlicht. Dokumente aus dem GARF und dem RCChIDNI erhellen vielfach Vorgänge, die in den Schriftstücken der mit Gefangenenfragen direkt oder indirekt beschäftigten offiziellen Stellen der Zentralmächte beziehungsweise der mitteleuropäischen Nationalstaaten nach 1918 lediglich schemenhaft zu erkennen sind. Berichte und Protokolle des k.u.k. Repatriierungsapparates informieren dafür detaillierter über die Lage in Rußland befindlicher bulgarischer, deutscher, österreichisch-ungarischer und türkischer Soldaten, die sich den Bol'ševiki gegenüber neutral oder ablehnend verhielten.[160]

---

158 Siehe zum Beispiel: RCChIDNI, f. 495, op. 80, d. 10.

159 Z.B.: GARF, f. 3333, op. 2, d. 49.

160 Dazu insbesondere folgende Bestände: ÖSTA/KA, AOK/Op.Abt.-Hk. 1918; ÖSTA/KA, KM/10. Abt./Kgf. 1918; ÖSTA/KA, liqu.KM/10. Abt./Kgf. 1918–1920 und ÖSTA/AdR, BKA/Kgf. 1919–1922.

Der Vergleich zwischen den zahlreichen russischen und österreichischen Archivalien sowie der Fachliteratur und den gedruckten Quellen zu „Kriegsgefangenen-Heimkehrer-Angelegenheiten" in vielen mittel- und osteuropäischen Regionen schafft demgemäß die Voraussetzungen, komplexere Zusammenhänge durch die Betonung der „Kontextualität", der Einbindung einzelner Unterlagen beziehungsweise Aktenbestände in große und durchaus verschiedenartige Dokumentensammlungen, zu rekonstruieren. Umfangreiche Recherchen, die insgesamt mehr als fünf Jahre in Anspruch nahmen, brachten die hierfür notwendigen, in erster Linie deutsch-, russisch-, englisch- und französischsprachigen Materialien „ans Licht", unter anderem zirka 1.500 Fachpublikationen und verschiedene gedruckte Quellen, ungefähr 50 Dokumenteneditionen, mehr als 80 Periodika und 150 Kriegsgefangenenmemoiren sowie Aktenbestände aus 15 Archiven, mit deren Hilfe eine relativ breit angelegte Studie durchgeführt werden kann.

DAS FORSCHUNGSFELD

Die Definition des Untersuchungsbereiches beruht wiederum vorrangig auf einigen zentralen Aspekten, welche man in der Fachliteratur bislang trotz inhaltlicher Affinitäten der damit verbundenen Themen kaum verknüpft, außerdem aufgrund unzugänglicher Archivalien lediglich mit Einschränkungen abgehandelt und obendrein in Osteuropa bis zum Beginn der neunziger Jahre einer politisch-ideologischen Kontrolle unterworfen hatte. Gewisse *Schwerpunkte* einer im wesentlichen auf sozialhistorischen Analysen des Ersten Weltkrieges und seiner Konsequenzen beruhenden Arbeit zur politischen Geschichte des beginnenden 20. Jahrhunderts lassen sich zu gemeinsamen Interessen der Kriegsgefangenen- und Kommunismusforschung verdichten. Die daraus resultierenden Fragestellungen haben sich, abgesehen von der Entwicklung der Gefangenenproblematik auf dem Gebiet der Zentralmächte und im Herrschaftsbereich der Romanovs bis 1917, speziell mit der Reaktion der Kriegsgefangenen in Mittel- und Osteuropa auf die russische „Februar- und Oktoberrevolution", den Einflüssen der in Rußland befindlichen Soldaten der Mittelmächte auf den Kampf der „Rätemacht" gegen „Weiße" und „ausländische Interventen" sowie dem Verhalten von Kriegsgefangenen aus den Reihen der ehemaligen Zarenarmee und Rußlandheimkehrern in Deutschland sowie in den Nachfolgestaaten Österreich-Ungarns während der „Umbruchsphase" von 1918 bis 1920 zu befassen.

Darüber hinaus ist den Aktivitäten „sowjetischer" Fürsorgemissionen die gleiche Beachtung zu schenken wie der Tätigkeit von Internationalisten in der Frühphase der Komintern, der Funktion von ehemaligen Gefangenen als Kontaktleute Moskaus zur linksradikalen Bewegung in Europa und der Bedeutung revolutionärer Rußlandheimkehrer als konstituierender Kern der entstehenden kommunistischen Parteien außerhalb des

von den Bol'ševiki kontrollierten Territoriums. In diesem Zusammenhang ist letztlich eine Auseinandersetzung mit wachsenden antibolschewistischen Stimmungen unerläßlich, die in den Jahren nach dem Ersten Weltkrieg mithelfen, den Boden unter anderem auch für radikale und autoritäre Gegner des „Sowjetexperiments" zu bereiten. Deren Legitimierungsversuche bedienten sich meist einer Argumentation, die sich ebenso auf Tatsachen wie auf wilde Spekulationen und frei erfundene Diffamierungen gründete. Falschmeldungen in der Phase weitverbreiteter „Bolschewismus-Hysterien" können allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, daß selbst die Wurzeln faschistischer Ideologien vielfach in „Schreckbildern" des Kommunismus und keineswegs in irrealen, auf bloßen Vorstellungen aufbauenden „Schreckgespenstern" zu suchen sind.[161] Ein „Schreckbild hat einen festen Grund in der Realität, obwohl es von vornherein jene Tendenz zur Übersteigerung in sich schließt, die auch ein Hauptmerkmal aller Ideologien ist. Nur wenn der Nachweis erbracht würde, daß die frühe antibolschewistische Literatur, die in Broschüren und Zeitungsartikeln ihren Weg bis in das letzte Dorf fand, in sich selbst nichts als interessengeleitete Propaganda und ohne nennenswerten Realitätsgehalt gewesen wäre, dürfte von Schreckgespenstern und Phantasien die Rede sein."[162] Im Gegensatz dazu ist aber festzuhalten, daß sich selbst in den polemischsten Schriften, trotz zahlreicher weltanschaulicher, nicht selten rassistischer Verzerrungen und ungeachtet der damit verbundenen politischen Legitimierungsversuche, beträchtliche Detailinformationen finden lassen, die nicht nur durch das Studium linksradikaler beziehungsweise kommunistischer Quellen auf ihren Wahrheitsgehalt überprüft werden können und müssen.[163]

Der sensible Umgang mit ideologisch eingefärbten Schriften, welcher eine ebenso notwendige wie aufwendige Quellenkritik nach sich zieht, wird allerdings durch die Definition des Forschungsfeldes erleichtert, die sich eng an den *zeitlichen Rahmen* einer stark politisierten Kriegsgefangenen-Heimkehrer-Problematik vor und nach 1918 anlehnt. Dieser ergibt sich einerseits durch das „Ereignis" der „Oktoberrevolution", welches die ersten großen Repatriierungsaktionen ermöglicht, und andererseits durch die Rückführung der letzten Kriegsgefangenen auf der Grundlage von Verträgen zwischen der Moskauer Regierung und den mitteleuropäischen Nationalstaaten in den Jahren 1920/21. Zugleich entspricht eine derartige Einschränkung des Untersuchungszeitraums nicht zufällig den Hauptlinien der frühen sowjetischen Außenpolitik. Diese, durch den Kampf der RSFSR

161 Nolte 21f.

162 Ebd. 22.

163 Das gilt unter anderem für Darstellungen des „Weltkommunismus" durch „weißgardistische Kräfte" Rußlands, durch ungarische Arbeiten der Horthyära und Publikationen aus dem nationalsozialistischen Deutschland.

gegen antibolschewistische Kräfte und die gesellschaftlichen Umwälzungen in Mitteleuropa nach dem Ende der Hohenzollern- und Habsburgerherrschaft geprägt, war in ihrer ersten Phase von weltrevolutionären Hoffnungen und Anstrengungen, seit Beginn der zwanziger Jahre aber verstärkt von traditionellen Konzepten diplomatischer Beziehungen beherrscht. Solche Entwicklungen wirkten sich im übrigen auch auf den Formierungsprozeß der Komintern aus, die sich anfangs mit dem heterogenen Charakter des europäischen Linksradikalismus und den ersten Erfahrungen von Räteinstitutionen außerhalb Sowjetrußlands abzumühen hatte. Erst mit ihrer zweiten Konferenz im Jahr 1920, dem eigentlichen Gründungskongreß der Kommunistischen Internationale (KI), wurden jene organisatorischen und inhaltlichen Strukturen geschaffen, welche eine verstärkte Vereinheitlichung der „marxistisch-leninistischen Weltbewegung" unter der Kontrolle Moskaus mit sich brachten und in weiterer Folge zu deren Stalinisierung führten.

Die *räumliche Begrenzung* der vorliegenden Darstellungen auf Mittel- und Osteuropa konnte sich aus naheliegenden Überlegungen ebenfalls an Vorgaben der Gefangenen- und Kommunismusforschung orientieren. Schließlich fanden KP-Gründungen in den Jahren 1918 und 1919 vor allem in den destabilisierten Gebieten der ehemaligen Zentralmächte und des untergegangenen Zarenreiches statt.[164] Nicht vor 1920 traten der KI neue „Sektionen" aus den unterschiedlichsten europäischen Regionen bei. Die Entstehung kommunistischer Parteien in Frankreich und Italien ist in dieser Hinsicht besonders hervorzuheben.[165]

Eine eingehendere Auseinandersetzung mit Gefangenen- und Heimkehrer-Fragen wird überdies zur Feststellung gelangen müssen, daß beide Aspekte in der Geschichte Deutschlands, Rußlands, Österreich-Ungarns und seiner Sukzessionsstaaten vom Spätsommer 1914 bis zum Beginn der zwanziger Jahre nicht nur eine hervorragendere Rolle spielen als in der Entwicklung anderer kriegführender Staaten, sondern in Anbetracht der Zahlenverhältnisse sogar vorrangig als ost- und mitteleuropäische Phänomene anzusehen sind: Während in der Donaumonarchie, im zaristischen Rußland und im Deutschen Reich insgesamt mehr als 7 Millionen feindliche Soldaten festgehalten wurden, brachten es Frankreich, England, Italien, die USA und Japan zusammen in derselben Zeit auf vergleichsweise „magere" 1,5 Millionen.[166]

Bedenkt man weiters, daß in Gefangenschaft geratene russische Soldaten von der Errichtung des Räteregimes in Rußland ebenso direkt betroffen waren wie die bulgarischen, deutschen, österreichisch-ungarischen und türkischen Offiziere beziehungsweise Mann-

164 Hájek/Mejdrová 24–61.

165 Fülberth 68–73; vgl. Hájek/Mejdrova 253–324.

166 Klante, Die Kriegsgefangenen in Deutschland 173.

schaftspersonen im Herrschaftsbereich der Bol'ševiki, daß die vielfach desorientierten Heimkehrer in der Instabilität der Nachkriegsjahre auf die nervöse Stimmung in den krisengeschüttelten Territorien der untergegangenen Zentralmächte und der entstehenden Sowjetunion trafen, daß selbst die in Deutschland befindlichen Soldaten der Westmächte, deren Versorgung in den Lagern beispielsweise im Vergleich zu Hilfsaktionen für Angehörige der Habsburger- und der Zarenarmee wesentlich besser funktionierte[167], von den „Umsturztagen" im November 1918 nicht unbeeindruckt blieben[168], daß die Repatriierung russischer Kriegsgefangener nicht zuletzt wegen politischer Überlegungen hochrangiger Entente-Vertreter auf sich warten ließ und die Heimbeförderung von Militärpersonen der Zentralmächte in der Regel im Unterschied zu den alliierten Soldaten erst nach Unterzeichnung der Friedensverträge erfolgte[169], im Falle Rußlands unter anderem durch die Kampfhandlungen zwischen der Roten Armee und antibolschewistischen Truppen sogar noch um weitere Monate verzögert wurde[170], so können Verbindungen zwischen den Zielen des „Weltkommunismus" und den Bedürfnissen „entwurzelter Revolutionszeugen aus dem Heer der Gefangenen" im mittel- und osteuropäischen Raum gar nicht genug hervorgehoben werden.[171]

Abgesehen von der Kriegsgefangenen- und Internationalisten-Thematik in Sowjetrußland gilt es in diesem Zusammenhang vor allem, das Hauptaugenmerk auf die Rückführung früherer Gefangener aus dem Osten zu lenken, wobei die größte Zahl jener Heimkehrer, mit denen Lenin die Hoffnung auf die Verbreitung des „bolschewistischen Bazillus" verband, aus den Ländern der ehemaligen k.u.k. Monarchie stammten, während sich alles in allem lediglich ungefähr 200.000 Reichsdeutsche in russischer Gefangenschaft befunden haben.[172] Eine Untersuchung der Repatriierungsproblematik in Deutschland,

167 Ždanov 79; Garrett 102–116; Sergeev, Kriegsgefangenschaft und Mentalitäten 362; Rachamimow 353. – Auch in Österreich-Ungarn befanden sich russische, serbische und rumänische gegenüber italienischen Kriegsgefangenen, die grundsätzlich mit einer besseren Fürsorge durch ihr eigenes Land rechnen durften, alles in allem in einer schlechteren Situation. Daß sich allerdings die Lebensverhältnisse der Italiener in der Donaumonarchie nicht zuletzt durch die fortschreitende Wirtschaftskrise vor allem in Mittel- und Osteuropa gleichfalls verschlechterten und Heimkehrer aus der Gefangenschaft in Italien nach 1918 mit Argwohn empfangen wurden, eine beträchtliche Zahl von ihnen, 1924 waren es immer noch 18.000, wegen Desertion sogar Gefängnisstrafen zu verbüßen hatte, geht aus der knapp fünfhundert Seiten umfassenden Studie von Giovanna Procacci über die italienischen Soldaten und Gefangenen im Ersten Weltkrieg hervor. – Procacci, Giovanna: Soldati e prigionieri italiani nella Grande Guerra. Roma 1993.

168 Abbal 19.

169 ÖSTA/AdR, BKA/KGF 1919: 24–9/12.

170 Schafer 573.

171 Siehe dazu auch: Kommunismus, 1. Jg., Heft 5, 22. Februar 1920, 128.

172 Klante, Die Kriegsgefangenen in Deutschland 173.

die als „äußerer Einflußfaktor" nur in bescheidenem Maße zur ohnehin durch die unzufriedene Arbeiterschaft stetig an Bedeutung gewinnenden Opposition gegenüber der SPD beitragen konnte, muß dementsprechend hinter detailliertere Studien der Heimkehrbewegung in den Gebieten der Donaumonarchie und ihrer Auswirkung auf die Entwicklung einzelner sozialistischer, anarchistischer und schließlich kommunistischer Gruppierungen vor dem Hintergrund sozioökonomischer Entwicklungen in den neuen Nationalstaaten zurücktreten – eine Vorgangsweise, die obendrein die Konzentration auf Dokumente russischer und österreichischer Zentralarchive rechtfertigt.[173]

ANNÄHERUNGEN AN BEGRIFFE

Im Sinne einer möglichst exakten Festlegung des gesamten Themenkomplexes sind übrigens nicht nur schwerpunktorientierte Fragestellungen und zeitliche wie räumliche Eingrenzungen herauszuarbeiten, sondern auch Begriffsdefinitionen vorzunehmen, die sich als unbedingte Voraussetzung für eine differenzierte Wahrnehmung der Quellentexte und eine kritische Interpretation ihrer Inhalte erweisen. Dabei haben zunächst die auf Gefangenenproblematiken bezugnehmenden *Passagen des internationalen Kriegsrechts* bei Ausbruch des Ersten Weltkrieges Berücksichtigung zu finden; Reglements, die im wesentlichen den beiden „Haager Abkommen von 1899 und 1907 betreffend die Gesetze und Gebräuche des Landkrieges" entstammen und grundsätzlich den Personenkreis, auf den sich die Kriegsgefangenschaft erstreckte, wie folgt festlegten: „Die bewaffnete Macht der Kriegsparteien kann sich zusammensetzen aus Kombattanten und Nichtkombattanten. Im Falle der Gefangennahme durch den Feind haben die einen wie die anderen Anspruch auf Behandlung als Kriegsgefangene."[174] Als Kombattanten bezeichnet man die Mitglie-

173 Neben den Akten des GARF, RCChIDNI und RGVIA in Moskau sowie dem Schriftgut der offiziellen Stellen Österreich-Ungarns geben vor allem Materialien der liquidierenden k.u.k. Behörden einen guten Überblick zur Entwicklung in Mitteleuropa in den Jahren nach dem Ersten Weltkrieg. Hinsichtlich der politischen Geschichte im allgemeinen und der Geschichte der Arbeiter- beziehungsweise linksradikalen und kommunistischen Bewegungen in den Nachfolgestaaten der Habsburgermonarchie sind unter anderem die Bestände der 10. Abt./Kgf. im liquidierenden Kriegsministerium und des liquidierenden Evidenzbüros des Generalstabs im Kriegsarchiv sowie die Dokumente des Neuen Politischen Archivs (NPA, Gruppe 01: Auswärtige Angelegenheiten) im Archiv der Republik des Österreichischen Staatsarchivs von Bedeutung. Im NPA wird im übrigen auch eine 932 Seiten starke Arbeit des Wiener Polizeipräsidenten und späteren Bundeskanzlers Johannes Schober über die „sozialdemokratische und kommunistische Bewegung in Mitteleuropa" zu Beginn der zwanziger Jahre aufbewahrt. – ÖSTA/AdR, BMfA/NPA-Polit. Akten, Liasse Österreich 2/25 Zl. 16205/13.

174 Zit. nach Scheidl 74.

der der aktiven Armee. Freiwilligenkorps und Milizverbände, die sich „auf nicht besetztem Gebiet beim Herannahen des Feindes" gebildet hatten, wurden ebenfalls dazugerechnet, sofern sie die Waffen offen führten und das geltende Kriegsrecht beachteten.[175] Der Gruppe der Nichtkombattanten gehörten „Militär- und Zivilbeamte, Diplomaten, Kuriere, Richter, Post- und Telegraphenbeamte und alle Sanitätspersonen" an.[176] Letztere waren allerdings oft einer Gefangenschaft gar nicht unterworfen.[177] Anspruch auf Behandlung als Kriegsgefangene hatten außerdem Personen, „die dem Heer nicht unmittelbar angehörten, ihm aber trotzdem folgten", zum Beispiel Kriegskorrespondenten, Lieferanten und Marketender."[178]

Von der Kriegsgefangenschaft ist demgegenüber grundsätzlich die Internierung zu unterscheiden, welche im modernen Kriegsrecht nur dann vorgesehen ist, wenn Soldaten „bewußt oder unbewußt auf das Gebiet eines neutralen Staates gelangen"[179] oder Zivilpersonen, „die, ohne aktiv im Dienste der eigenen Wehrmacht gestanden zu sein, in die Gewalt des Feindes geraten".[180] Die prinzipielle Trennung von Kriegsgefangenen- und Militär- beziehungsweise Zivilinternierten wurde jedoch in der Praxis vor allem bei Repatriierungsaktionen weitgehend aufgegeben. Was man über Militärheimkehrer sagte und anregte, „galt im großen und ganzen genauso für die Zivilheimkehrer, ohne daß das extra betont wurde". Diese Praxis fand auch nach 1918 ihre Fortsetzung und brachte somit die dauerhafte Einbindung des „Zivilinterniertenwesens" in den Zuständigkeitsbereich der Heeresverwaltung mit sich.[181]

Außerdem gingen in den Jahren nach dem Ersten Weltkrieg die aus der Internierung beziehungsweise Gefangenschaft Zurückkehrenden vielfach in der Masse der *Frontheimkehrer* auf. Verbände „abgerüsteter Soldaten", Invaliden-, Hinterbliebenen-, Arbeitslosen- und Angehörigenvereinigungen verwischten zusätzlich durch ihr Auftreten die Probleme der verschiedenen, von den Folgen des Krieges am stärksten in Mitleidenschaft gezogenen Gruppen. Für die Regierungen der Nachfolgestaaten Österreich-Ungarns wurde es zunehmend schwieriger, die undifferenzierte Menge früherer k.u.k. Heeresangehöriger in sozialpolitischen Debatten als Verhandlungspartner, welche ihre Anliegen in den meisten Fällen konturenlos unter dem Titel „Heimkehrerforderungen" subsumierten, zu akzeptie-

175 Koch, Kriegsgefangenenlager Sigmundsherberg 198f.
176 Ebd. 199.
177 Ebd.
178 Ebd.
179 Hansak 17.
180 Przybilovszki 33.
181 Leidinger, Zwischen Kaiserreich und Rätemacht 43.

ren.[182] Gleichzeitig ergaben sich terminologische Schwierigkeiten, die schon 1918 zu Ungereimtheiten führten: So nannte man etwa „die k.u.k. Militärpersonen, die aus russischer Kriegsgefangenschaft zurückkehrten, *Heimgekehrte oder Heimkehrer*, während deutsche Reichsangehörige als *Rückwanderer* bezeichnet wurden. Im österreichisch-ungarischen Sprachgebrauch setzte sich das Wort ‚Heimkehrer' immer mehr durch, während in Deutschland der Begriff ‚*Rückläufer* und Rückwanderer' durch die Bezeichnung ‚deutsche Heimgekehrte' ersetzt wurde."[183] Bis zur Schaffung klarer Definitionen hatten die Heimkehrbehörden der Mittelmächte jedoch mit unzähligen Mißverständnissen und Verwechslungen zu kämpfen, die den Informationsgehalt der laufenden Berichterstattung in zweifelhaftem Licht erscheinen ließ. Demgemäß glaubte das k.u.k. Armeeoberkommando im Juni 1918 die Ursache von wiederholten Meldungen über große Ansammlungen österreichisch-ungarischer Heimkehrer an der Demarkationslinie in der Verwechslung der Begriffe „Rückwanderer" und „Heimkehrer" zu erkennen.[184] Nachdem eine Begleiteskorte, die Pferde von einer Honvedinfanteriedivision nach Italien gebracht hatte, bei ihrer Rückkehr als Heimkehrertransport gemeldet worden war, befahl das AOK schließlich, nachgeordnete Instanzen dahingehend aufzuklären, „daß unter ‚Heimkehrern' lediglich die aus russischer Kriegsgefangenschaft rückkehrenden Militärpersonen zu verstehen sind".[185] Einige Monate danach wiesen die k.u.k. Armeebehörden überdies auf eine zusätzliche „Kategorie", die sogenannten „Rückläufer" hin, welche neuerliche Kommunikationsschwierigkeiten hervorriefen. Hierbei handelte es sich um Kriegsgefangene, „die schon in die Heimat abgeschoben worden", aber „wieder nach Rußland zurückgekommen waren", und von den Heeresstellen der Habsburgerarmee umgehend als von „den Russen entsendete agents provocateurs" angesehen wurden, „denen aber der Boden in der Heimat zu unsicher war und die eben wieder, aber als russische Kriegsgefangene, nach Rußland zurückkehrten", wie es in einem Schreiben der in Rußland tätigen Repatriierungskommission Österreich-Ungarns vom 24. September 1918 hieß.[186]

Sprachliche Ungenauigkeiten konnte indessen auch die russische Militärverwaltung nicht ausmerzen. Eine Zuordnung der von den Truppen der Zarenarmee gefangengesetzten Soldaten der Mittelmächte nach ethnischen Gesichtspunkten, ja selbst nach staatlicher Zugehörigkeit, gelang in vielen Fällen nicht. Nachlässigkeiten führten schon zu Beginn der Gefangenschaft zu Unklarheiten, die insgesamt eine zurückhaltende Verwendung von

182 ÖSTA/AdR, Kabinettsratsprotokoll Nr. 64 v. 22.4.1919.

183 Przybilovszki 34.

184 ÖSTA/KA, AOK/Op.Abt.-Hk 1918: Op.Nr. 131.195.

185 Ebd. Op.Nr. 131.054.

186 ÖSTA/KA, 10. Abt./Kgf. 1918: 10/35/685.

Zahlenangaben zur Kriegsgefangenenproblematik, speziell in Osteuropa, nahelegen: Zum Beispiel wurden an den Registrierungsstellen aus Deutschösterreichern Reichsdeutsche (russ. „*nemec*", „*germanec*"), der viel zu allgemeine Begriff „Österreicher" (russ. „*avstriec*") konnte zumindest auf die „Völker" der cisleithanischen Reichshälfte Anwendung finden, Kriegsgefangene aus der ungarischen Reichshälfte waren in den Berichten der russischen Heeresinstitutionen sowohl unter der Bezeichnung „avstriec", „*vengry*" und „*mad'jary*" zu finden, deutschsprachige k.u.k. Soldaten aus den Ländern der Stefanskrone wiederum in den Namenslisten der Gefangenen aus dem Deutschen Reich.[187]

Begriffliche Ungereimtheiten läßt überdies die *Internationalistenproblematik in Sowjetrußland* erkennen. Abgesehen von ideologisch geprägten Motiven, die bei Zahlenangaben zur revolutionären Bewegung unter den „Proletariern aller Länder" zu beachten sind, gestaltet sich in den meisten Fällen eine exakte Charakterisierung der Roten Armee in den ersten Monaten ihres Bestehens nach nationalen Kriterien ebenso schwierig wie die Suche nach den ehemaligen Kriegsgefangenen in den internationalen Formationen der sowjetischen Streitkräfte. Schließlich traten diesen nicht nur Militärpersonen aus den Reihen der deutschen, österreichisch-ungarischen, türkischen und bulgarischen Truppenverbände – zum kleineren Teil als Überläufer, zum größeren als frühere Gefangene – bei, sondern auch Arbeiter aus China, Korea und Persien, politische Emigranten, die als Sympathisanten der Bol'ševiki seit dem Ausbruch der Revolution nach Rußland gekommen waren, sowie Angehörige jener Nationalitäten, die eigene Staaten mit unterschiedlicher Lebensdauer auf dem Gebiet des untergegangenen Zarenreiches errichteten, unter ihnen oft Flüchtlinge aus den Kampfgebieten der russischen Armee im Ersten Weltkrieg.[188] In diesem Zusammenhang scheint es jedoch angebracht, die Frage nach der Zugehörigkeit von polnischen Parteigängern der Bol'ševiki zu den Organisationen der Internationalisten zu stellen, zumal die in Rußland weilenden Repräsentanten der „Sozialdemokratie des Königreichs Polen und Litauen" (SDKPiL), wie beispielsweise Feliks E. Dzeržinskij, zu den engsten Vertrauten Lenins zählten. Den von ihnen beanspruchten Funktionen in der sowjetrussischen Staats- und Parteiführung entsprechend ist ihre Tätigkeit vor allem im Rahmen der Geschichte der entstehenden UdSSR darzustellen.[189] Die Idee der territorialen Integrität des Herrschaftsbereiches der letzten Monarchen aus dem Hause Romanov gleichermaßen wie das Bekenntnis zum strengen Internationalismus, der jede nationale Differenzierung, selbst im Namen der Rätemacht, entschieden zurückweist, definieren – nicht zuletzt unter dem Einfluß Rosa Luxemburgs – in hohem Maße das Selbstverständnis früher kommunisti-

187 RGVIA f. 1343, op. 10, d. 2824, l. 11–12.
188 Schmiedel/Schnitter 278f. und 356.
189 Gespräch der Vf. mit Prof. Tofik Islamov vom August 1999.

scher Gruppierungen in Polen, in Weißrußland und im Baltikum.[190] Unter anderem muß die Rolle der vielgenannten „lettischen Schützen" in den ersten Jahren der RSFSR vor diesem Hintergrund gesehen werden, während im Gegensatz dazu anfangs vor allem die mitteleuropäischen Anhänger der russischen Revolution und mit ihnen eine große Zahl von Militärgefangenen als Kern einer im Aufbau befindlichen Komintern und ihrer nationalen Sektionen zu begreifen sind. Im Rahmen der Kriegsgefangenen- und Kommunismusforschung hat folgerichtig die russische Internationalistenbewegung in ihrer Vielschichtigkeit erfaßt und der Anteil der in Gefangenschaft geratenen Soldaten der Mittelmächte an ihr herausgearbeitet zu werden. Das Studium von Dokumenten über die Zusammensetzung der „internationalen Roten Armee" und der revolutionären Komitees „ausländischer Werktätiger" erfordert deshalb eine eingehendere Behandlung terminologischer Detailprobleme.

Bei Überlegungen dieser Art darf im übrigen die Unterscheidung der russischen Adjektive *„russkij"* und *„rossijskij"* nicht außer acht gelassen werden, wobei sich das erste auf die ethnische Zugehörigkeit zu den („Groß"-)Russen und das zweite auf den russischen Staat, also, vom jeweiligen Untersuchungszeitraum abhängig, auch auf finnische, estnische, lettische, litauische, polnische und andere Gebiete beziehungsweise Bevölkerungsgruppen bezieht. Diesem wesentlichen Unterschied wollte man auch in der deutschen Sprache Rechnung tragen und „rossijskij" als „rußländisch" wiedergeben, ein Versuch, der sich im allgemeinen Sprachgebrauch nicht durchgesetzt hat, selbst beim Adjektiv „vserossijskij" nicht, das gleichfalls in der Regel mit „allrussisch" übersetzt wird, obwohl damit die gesamtstaatliche und nicht die ethnische Komponente in besonderer Weise zum Ausdruck gebracht werden soll.[191]

Daß einander solche Bezeichnungen obendrein im Spannungsfeld zwischen ethnisch dominiertem Nationalstaat und multinationalem Staatsgefüge leicht überlagerten, manifestiert sich unter anderem auch in den Begriffen *„magyarisch"* und *„ungarisch"*. In diesem Zusammenhang gilt es etwa die Auffassung zu beachten, daß „sämtliche Landesbürger Ungarns auch nach den Grundprinzipien der Verfassung in politischer Hinsicht eine Nation bilden, die unteilbare einheitliche ungarische Nation, deren gleichberechtigtes Mitglied ein jeder Bürger des Vaterlandes, zu welch immer für einer Nationalität er auch gehöre". Solche Ansichten wurden zum unüberwindbaren Hindernis für grundlegende Reformansätze in der transleithanischen Reichshälfte, zumal sie, verstärkt durch die Fiktion vom magyarischen Nationalstaat, bis zum Ende der k.u.k. Monarchie die politische Existenz der bis 1890 die „Bevölkerungsmehrheit in der transleithanischen Reichshälfte

190 Wandycz 66–71.
191 Altrichter 11f.

stellenden nichtmagyarischen Völker leugnete".[192] Demgegenüber dürften bei der KP-Gründung und der Ausrufung der Räteherrschaft nicht zuletzt mit Rücksicht auf die noch im erhalten gebliebenen Gebiet des alten Ungarn lebenden Nationalitäten (Deutsche und Ruthenen-Karpaten-Ukrainer) die Namen „*Ungarländische* Partei der Kommunisten" (Kommunisták Magyarországi Párt) beziehungsweise „Ungarländische Räterepublik" (Magyarországi Tanácsköztársaság) gewählt worden sein. Diese den Gesamtstaat gegenüber kulturell-nationalen Auffassungen betonende sprachliche Regelung ersetzte man schließlich mit der Verfassung vom 28. Juni 1919 durch die auf das sowjetrussische Vorbild verweisende offizielle Staatsbezeichnung „Ungarische Föderative Sozialistische Räterepublik", wodurch gleichermaßen ein Anschluß an die RSFSR wie ein Umbau Ungarns in mehrere Sowjetrepubliken angedeutet werden kann.[193]

Mit dem Ineinandergreifen politischer, ethnischer und geographischer Dimensionen sieht man sich im übrigen auch bei der *Definition „Mitteleuropas"* konfrontiert. Dabei steht neben der Frage nach dessen „Verankerung" auf der europäischen Landkarte auch die Sinnhaftigkeit des Begriffes selbst angesichts der Entwicklung im 20. Jahrhundert zur Disposition.[194] Legitim und vielfach notwendig erscheint die Bezeichnung „Mitteleuropa" für den gewählten Untersuchungszeitraum jedenfalls aus folgenden Gründen: Zum einen ist ein wesentlicher Teil der Gefangenen- und Heimkehrer-Problematik des Ersten Weltkrieges und seiner Folgen am Beispiel Österreich-Ungarns und Deutschlands, den maßgeblichen Staaten innerhalb des Bündnisses der Mittelmächte, darzustellen. Zum anderen lebt die territoriale Einheit der k.u.k. Monarchie während der Umbruchsphase von 1918 bis 1920 im Leninschen Konzept der „Gesamtrevolutionierung" des Donauraumes als Gegensatz zu dessen nationaler Desintegration fort.[195] In diesem Sinne umfaßt der hier verwendete „Mitteleuropa-Begriff" das österreichisch-ungarische Staatsgefüge sowie das Gebiet des Hohenzollernreiches.

Begibt man sich im Gegensatz dazu auf das Feld „reiner" politisch-weltanschaulicher Terminologie, so ist zunächst festzuhalten, daß eine strenge Abgrenzung der Bezeichnungen

---

192 Hoensch, Geschichte Ungarns 36f.

193 Zu den diesbezüglichen Diskussionen siehe unter anderem: Bak 551.

194 Diesbezüglich ist auf die 1998 in Moskau erschienene Festschrift für Prof. T. M. Islamov hinzuweisen, die sich eingehend mit den Begriffen „Mittel-" beziehungsweise „Zentraleuropa" in der „neueren und neuesten" Geschichte befaßt. – Central'naja Evropa v novoe i novejšee vremja. Sbornik k 70-letiju T. M. Islamova. Moskva 1998.

195 Stadler 71. Siehe außerdem: Plaschka, Richard G./Haselsteiner, Horst/Suppan, Arnold/Drabek, Anna M./Zaar, Brigitta (Hgg.): Mitteleuropa-Konzeptionen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Wien 1995.

„Bolschewismus“ und *„Kommunismus“* in einer anfangs durchwegs heterogenen linksradikalen Bewegung während der letzten Jahre und nach dem Ende des Ersten Weltkrieges nicht festzustellen ist.[196] Außerdem dürfte streng genommen vom „Kommunismus“ erst ab der offiziellen Umbenennung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands (Bol'ševiki)/SDAPR(b) in Kommunistische Partei Rußlands (Bol'ševiki)/KPR(b)[197] im März 1918 die Rede sein, obwohl, abgesehen von Vorläufern und Frühformen sowie der Einführung des Begriffes zur Mitte des 19. Jahrhunderts, unzweifelhaft der Beginn einer modernen kommunistischen Bewegung und der Spaltung einer organisierten Arbeiterschaft als Folge des Krieges von 1914 bis 1918 mit der Machtergreifung Lenins und Trockijs zusammenfällt. Dieser Tatbestand fand im allgemeinen Sprachgebrauch mit Recht Berücksichtigung. Dementsprechend wurde die Geschichte des Kommunismus auf die Voraussetzungen und Konsequenzen der Ereignisse in Petrograd im November beziehungsweise Oktober 1917 zurückgeführt.

Deutlich tritt im übrigen der pejorative Charakter einer ideologisch gefärbten Sprache hervor, wobei selbst der Ausdruck *„Ideologie“* nicht nur im politischen Diskurs, sondern auch im Rahmen wissenschaftlicher „Ideologiekritik“ oftmals abwertend gebraucht wird, während in der vorliegenden Studie die Wertigkeit komplexer Denkgebäude vor allem dann Gegenstand der Erörterung sein kann, wenn Detailstudien historischer Phänomene einen Blick auf die Wechselwirkungen zwischen Realitätsvorstellung und sozialer „Realität“ freigeben.

Außerdem sind Geschichtsforscher herausgefordert, sich mit polemischen Begriffsverzerrungen, welche von den in zahlreichen Quellentexten erkennbaren Feindbildern herrühren, ebenso zu beschäftigen wie mit den moralischen Konsequenzen totalitärer Unrechtssysteme, deren Nachwirkungen uns in einem beträchtlichen Ausmaß auch als sprachliche Belastung begegnen. Im Konfliktfeld aggressiver weltanschaulicher Systeme sind Bezeichnungen wie *„Rote“* und *„Weiße“* beziehungsweise *„Weißgardisten“*, *„Konterrevolution“* oder „Bolschewismus“, der in den Augen seiner Gegner und in Verbindung mit antisemitischen Abfälligkeiten noch stärker als das Wort „Kommunismus“ zum Synonym für „Aufruhr, Chaos und Untergang“ verkam, dermaßen in das Feld schärfster Diffamierung und Diskreditierung abgerutscht, daß sie sich einer geschichtswissenschaftlichen Verwertbarkeit weitestgehend zu entziehen scheinen. In dieser Hinsicht sind im Lichte der nationalsozialistischen Schreckensherrschaft auch einstmals offizielle Begriffe wie der Staatsname *„Deutschösterreich“* in die Nachbarschaft zwielichtiger NS-Diktion geraten. Historiker haben allerdings auf spezifische Umfelder und geschichtliche Prozesse, in de-

196 McDermott/Agnew 15.

197 Russisch: Rossijskaja Kommunističeskaja Partija (Bol'ševikov), also eigentlich: Rußländische [!] Kommunistische Partei (der Bol'ševiki).

nen sich Sprache und Ideologien entwickeln, hinzuweisen, um einer leichtfertigen Projektion späterer Ereignisse in frühere Epochen vorzubeugen. So gilt es festzustellen, daß die „Deutschösterreicher" der k.u.k. Monarchie, also die deutschsprachige Bevölkerungsgruppe in der cisleithanischen Reichshälfte, in den amtlichen Dokumenten zumeist fernab von weltanschaulichen Zuordnungen zu finden sind. Die sich im Deutschnationalismus verkörpernde ethnische Komponente, welche nach dem Ende des Habsburgerreiches weiter an Bedeutung gewann und schließlich zu einer unheilvollen Suche nach der „nationalen Identität" führte, muß im Sinne des Untersuchungszeitraumes in der Atmosphäre des untergehenden „Österreich-Ungarn" und der Neuordnung des Donauraumes nach 1918 analysiert, der Ausdruck „Deutschösterreich" demgemäß anhand von Dokumenten der Jahre 1917 bis 1920 als unumgänglicher und noch keineswegs eindeutig ideologisch verbrämter Begriff verstanden werden.[198]

Wichtig ist überdies, daß das Adjektiv „bolschewistisch" zweifellos dem sowjetischen Selbstverständnis entsprach und die herrschende Partei die „als ehrenvoll empfundene Bezeichnung dem Parteinamen von 1917–1952, wenn auch abgekürzt und in Klammern", beifügte. Dennoch gab Georg von Rauch bei der Neuausgabe seiner „Geschichte des bolschewistischen Rußland" dem Titel „Geschichte der Sowjetunion" den Vorzug, zumal besonders in den dreißiger Jahren die Worte „Bolschewismus" und „bolschewistisch" einen „scharfen, polemischen Klang erhalten hatten", der, wie der Verfasser im Vorwort zur fünften Auflage seines äußerst instruktiven Werkes meinte, „zu einer falschen Deutung des Charakters des vorliegenden Buches führen könnte".[199]

Außerdem muß darauf aufmerksam gemacht werden, daß auch der Ausdruck „Weiße" nicht nur in den Pamphleten ihrer politischen Gegner Gebrauch fand, sondern auf antibolschewistische Kräfte selbst zurückgeht, „die sich in Analogie zu den Lilienfarben der Emigranten der Französischen Revolution mit diesem Epitheton schmückten".[200] Weiße Offiziere nannten sich des weiteren häufig selbst „Konterrevolutionäre" und betonten damit die Verbreitung revolutionärer Entwürfe im Widerstreit mit dem Gedankengut des Marxismus im allgemeinen und des Leninismus im speziellen.[201] Die konterrevolutionäre Idee löste sich damit von ihrer Verbindung zur antirevolutionären Haltung der Aristokratie. Sie stand zu ihren Folgen. Die politischen Hauptströmungen des 19. und 20. Jahrhunderts, die – der Sitzordnung der Französischen Deputiertenkammer folgend – „Linke" und „Rechte" genannt und bislang durch die Frage nach der Notwendigkeit und Durchführung radikaler, tiefgreifender Veränderungen getrennt wurden, trugen nunmehr beide

198 Moritz, Gefangenschaft und Revolution 6.
199 Rauch XIII.
200 Schmid, Churchills privater Krieg 12.
201 Ebd.

den Keim einer „*Revolution*“ in sich.[202] Dieses Wort entwickelte sich seit den Erfahrungen in Frankreich nach 1789 zum prozessualen Grundbegriff, „der eine Wiederkehr alter Zustände vollends ausschloß, aber eine Wiederholung neuer Anläufe notwendigerweise implizierte“, in weiterer Folge als Alternative zur „Reform“ lediglich in der Sozialdemokratie zustimmungsfähig blieb und schließlich in allen marxistischen Lagern „eine Art ontologische Dauerkategorie“ darstellte.[203] Also galt es, „die Revolution ‚zu sichern‘, ‚zu festigen‘, ‚voranzutreiben‘, [...] ihr ‚Opfer zu bringen‘“, sie nicht zu „verraten“ und sich nicht „gegen sie zu ‚vergehen‘“.[204] Solche Formulierungen förderten die Erstarrung einer auf restriktiven Interpretationen weltanschaulicher Werthaltungen basierenden Sprachwelt zutage, deren Inhalte keinesfalls allein als Verleugnung oder zumindest Entstellung „tatsächlicher“ sozialer Entwicklungen aufgefaßt werden dürfen, sondern vielmehr selbst „Wirklichkeit“ zu generieren imstande sind.

Nicht ohne Ironie hatte Joseph Roth in seinem Werk „Der stumme Prophet“ das sprachliche Instrumentarium dargestellt, das sich seine Romanhelden mit engerwerdender Bindung an die revolutionäre Bewegung zuzulegen begannen. Die Reden eines russischen Emigranten, der regelmäßig Diskussionen in einem Ort an der russisch-österreichischen Grenze veranstaltete, beschrieb Roth wie folgt: „Der Theorie zuliebe nannte er die paar Gemeindewächter ‚Handlanger des Kapitalismus‘, einen Kaufmann, der seinen Lehrling nicht bezahlte, ‚Ausbeuter und Unternehmer‘, die Gemeinderäte ‚Nutznießer der Gesellschaft‘, die Lehrlinge ‚Lastträger‘ und 120 Borstenarbeiter die ‚proletarische Masse‘.“[205]

In den zwanziger und dreißiger Jahren erhielt die *KP-Terminologie* zunehmend fiktiven Charakter. Verbunden mit allerlei Schmähungen tatsächlicher und scheinbarer Gegner in und außerhalb der Sowjetunion strapazierte man über Gebühr die Vorstellungen politischen Flügeldenkens, bis die Begriffe „*Links*“, „*Rechts*“ oder „*Zentrum*“ jeden Sinn und Wirklichkeitsbezug verloren.[206] Obwohl Stalins Herrschaftssystem sich gewiß nicht als simple Fortsetzung der politischen Praxis Lenins oder als Degeneration der „Oktoberrevolution“ deuten läßt, waren die Hauptmerkmale einer Diktatur einzelner und schließlich eines einzelnen sowohl dem kommunistischen Kadergeist als auch der von der RKP(b) kontrollierten Sowjetmacht von Anfang an immanent. Dazu kamen Redewendungen der frühen Bol'ševiki, die sich auf Lenins Neigung zu persönlichen Abfälligkeiten gegenüber mißliebigen oder in Ungnade gefallenen Persönlichkeiten gründen und Diffa-

202 Furet 34.
203 Koselleck 761, 778 und 783.
204 Ebd. 783.
205 Roth, Der stumme Prophet 18.
206 McDermott/Agnew XXIV.

mierungen wie „*Versöhnler*", „*Abweichler*", „*Sozialchauvinist*", „*Renegat*", „*Sektierer*" und „*Opportunist*" in den Rang einer offiziellen Staats- und Parteisprache erhoben.[207]

Auffallend gegenüber der Entwicklung seit der Mitte der zwanziger Jahre war allerdings die Fähigkeit Lenins, theoriegeleitete Erwägungen mit den jeweiligen Erfordernissen schwankender politischer Verhältnisse in Übereinstimmung zu bringen. Flexibilität und Machtinstinkt zum einen sowie weltanschaulich motivierte Zielvorgaben, vielfach selbst in Detailfragen, zum anderen, wurden in Formulierungen gegossen, deren „Wahrheitsgehalt" selbst bei genauerer, vor allem aber distanzierterer Analyse nur schwer zu ergründen ist. Diesbezüglich gelang es den führenden Bol'ševiki nicht selten, ihre Erklärungsmuster und Sprachregelungen selbst den politischen Gegnern aufzuzwingen. Nicht nur bei den Sympathisanten der „Oktoberrevolution" und nicht nur in der „Wendezeit" von 1917 bis 1920 hinterließen Argumentationsweise beziehungsweise Wortwahl Lenins und seiner Weggefährten tiefe Spuren, die bis heute etwa die Benennung und Charakterisierung der Ereignisse in Rußland seit der Abdankung des letzten Zaren beeinflussen.

So erweist sich bei näherer Betrachtung die Begriffswahl zur Erfassung einer der verheerendsten Epochen der Geschichte Osteuropas, die nicht nur von der Sowjethistoriographie, sondern auch von der westlichen „Sowjetologie" stets als „*Russischer Bürgerkrieg*" bezeichnet wurde[208], als gänzlich ungenügend, obwohl sie das Verständnis für die Konflikte auf dem Gebiet des untergegangenen Zarenreiches bis in die Gegenwart unhinterfragt dominiert. Dies scheint um so bedenklicher, da der „Bürgerkrieg", der nicht notwendigerweise eine Begleiterscheinung einer „Revolution" sein muß[209], als Modewort ubiquitär verwendet wird und damit einer genauen und überprüfbaren Definition bedarf.

Die bewaffnete Auseinandersetzung verschiedener Gruppen in einem Staat, sei es als Konflikt zwischen zwei oder mehreren feindlichen Parteien, die den gleichen Anspruch auf Souveränität erheben, um etwa grundlegende Gesellschaftsmodelle durchzusetzen oder zu verteidigen, sei es als Auflehnung eines Teils der Bevölkerung gegen die eigene Staatsgewalt, mit dem Ziel, die Herrschaft zu erringen oder zu bewahren[210], verweist üblicherweise auf einen genuinen Gegensatz innerhalb eines Gemeinwesens. Dieser kann für die „neue ‚Zeit der Wirren'", wie man die Phase der osteuropäischen beziehungsweise russischen Geschichte von der Machtergreifung der Bol'ševiki bis in die frühen zwanziger Jahre

---

207 Ebd.

208 Über die Diskussion betreffend den Begriff Bürgerkrieg unter russischen Historikern siehe: Kruglyj stol – Graždanskaja vojna v Rossii. In: Otečestvennaja istorija, Nr. 3, 1993, 102–115 und Poljakov, Ju. A.: Graždanskaja vojna v Rossii: vozniknovenie i eskalacija. In: Otečestvennaja istorija, Nr. 6, 1992, 32–41.

209 Koselleck 788.

210 Vgl. Koselleck 712 und 778.

analog zu den Auseinandersetzungen im Moskauer Zarenreich zu Beginn des 17. Jahrhunderts nennen darf[211], nicht als wegweisende Deutung angenommen werden. Der Hinweis auf einen Kampf an vielen Fronten, der mehrere Konflikte umschloß und schon aufgrund der unterschiedlichen Positionen antibolschewistischer Kräfte keinesfalls als einfacher Gegensatz zwischen „Weiß" und „Rot" anzusehen ist, reicht nicht aus, um, abgesehen von der Komplexität des Geschehens, auch die Interaktionen der einzelnen Komponenten zu bewerten, die üblicherweise in der Geschichte des „Bürgerkriegs" zusammengefaßt werden.

Einer derartigen Charakterisierung widersetzen sich bereits die zahlreichen nationalen Unabhängigkeitsbewegungen, deren Verhältnis zu St. Petersburg seit längerem gespannt war. Mit der Machtergreifung der Bol'ševiki und der Deklaration der Rechte der Völker Rußlands, die am 2. November verkündet wurde und das volle Selbstbestimmungsrecht der nichtrussischen Völkerschaften garantierte, einschließlich der Freiheit, sich von Rußland zu trennen, konnte von einem Kampf um die Macht und die gesellschaftliche Ordnung in einem „einzigen Staatswesen" nicht mehr die Rede sein. Schon am 6. Dezember (23. November) 1917 erklärte sich Finnland für unabhängig, es folgten Litauen am 11. Dezember (28. November), Lettland am 30. Dezember 1917, die Ukraine am 22. (9.) Januar 1918 und Estland am 24. Februar 1918.[212] Zentrifugale Kräfte zeigten sich überdies im Kaukasus. Das Schicksal Polens war ohnehin schon aufgrund der Machtverhältnisse, welche die Kämpfe des Ersten Weltkrieges an der Ostfront geschaffen hatten, zu einem gesamteuropäischen Problem abseits von innerrussischen Konflikten geworden.[213] Hinzu traten autonomistische Tendenzen, wie zum Beispiel in Sibirien, sowie die Forderungen der Don- und Kubankosaken nach staatlicher Souveränität. In diesem Zusammenhang werden selbst in militärischen Fragen Merkmale erkennbar, die sich einer Interpretation als „Bürgerkrieg" weitestgehend entziehen. Die russischen Kräfte, deren Ziel der Sturz der Bol'ševiki in Moskau war, mußten sich auf Operationsbasen an die Peripherien des untergegangenen Zarenreiches zurückziehen, die sich um nationale Eigenständigkeit bemühten. In den Feldzügen der Weißen unter Denikin etwa stellte sich die Unterstützung durch die Kosaken-Armeen als zweischneidiges Schwert dar: Einerseits waren die schwachen russischen Verbände, die gegen die Bol'ševiki in den Kampf zogen, wegen ihrer geringen Zahlenstärke auf zusätzliche Kampfverbände angewiesen; andererseits aber wurde offenbar, daß sich die Kosaken nicht weiter darum kümmerten, wer in Moskau an der Macht war.[214] „‚Rußland geht uns nichts an', faßte Denikin ihren Standpunkt zusammen", und schon

---

211 Hildermeier, Geschichte der Sowjetunion 134.

212 Figes, Tragödie 532f.; vgl. Stökl 659–670.

213 Zur Nationalitätenproblematik im „Bürgerkrieg" siehe unter anderem: Rauch 91–101.

214 Figes, Tragödie 604.

das „Scheitern der Don-Armee bei der Einnahme Zarizyns – trotz zweimonatiger Belagerung Ende 1918 – hatte [...] gezeigt, wie begrenzt die Kampfmoral der Kosaken außerhalb ihres Heimatlandes war".[215] Mit separatistischen Tendenzen, sowohl im Don- und Kubangebiet als auch in der Ukraine, im Kaukasus und Baltikum, aber wußte die „weiße" Generalität wenig anzufangen. Mit der Verpflichtung auf das „große, vereinte und unteilbare Rußland" machte sie sich die Nationalisten unter der nichtrussischen Bevölkerung zu Feinden und schwächte damit ihre Position in einem Kampf, den sie selbst, in Verachtung der parteipolitischen Zersplitterung unter den Gegnern der Bol'ševiki, vorrangig als reguläre militärische Operation betrachtete. Folglich fehlte es der „weißen" Führung an einer „Bürgerkriegskonzeption". Soziale und ökonomische Programme wurden lediglich schemenhaft und zögerlich entwickelt, zentrale Anliegen der Bevölkerung, wie die Agrarreform, zugunsten der Feldzüge zurückgestellt. Es nimmt daher nicht wunder, daß selbst die Moskauer KP-Spitze nach der Niederlage der Kosaken- und Freiwilligen-Armee in Südrußland den „Bürgerkrieg" im großen und ganzen für beendet erklärte.[216]

Die uneinigen, weder den nationalen noch den sozialen Bewegungen auf dem Territorium des ehemaligen Zarenreiches gerecht werdenden antibolschewistischen Gruppierungen waren dementsprechend von Einflußfaktoren abhängig, deren Ursachen in erster Linie außerhalb Rußlands zu suchen sind. Dies gilt zunächst für die Schwierigkeiten mit dem Abtransport der in Rußland befindlichen, speziell aus den Reihen ehemaliger österreichisch-ungarischer Kriegsgefangener rekrutierten tschechoslowakischen Legionäre an die Westfront. Aus der Eskalation des tschechisch-sowjetischen Konfliktes tritt schließlich die forcierte antibolschewistische Intervention hervor, deren Ursachen und Verlauf in erster Linie mit der internationalen Situation gegen Ende des Ersten Weltkrieges und den außenpolitischen beziehungsweise wirtschaftlichen Intentionen alliierter Mächte verknüpft werden müssen. Daß sich die schwache und heterogene russische Bewegung gegen die „Oktoberrevolution" an der Wolga, im Ural und in Sibirien fast ausschließlich durch den sich allmählich zum Kampf gegen die kommunistische Räteherrschaft entwickelnden „tschechoslowakischen Aufstand" etablieren konnte, ist anhand der Chronologie der Ereignisse im Sommer 1918 abzulesen.[217] In ihnen manifestiert sich zudem der Gegensatz zwischen den Parteigängern Lenins und den Vertretern des russischen Agrarsozialismus, vor allem der von Sozialisten-Revolutionären dominierten Regierung in Samara, während mit der Ausschaltung sozialistischer KP-Gegner zu Beginn der sibirischen Herrschaft Kolčaks den „weißen" Militärs die Führungsrolle im Kampf gegen die Bol'ševiki zufiel. Wesentlich in diesem Zusammenhang ist, daß sowohl in Form der Aktionen tschechoslo-

215 Ebd.

216 Kowalski 114.

217 Kowalski 114–118; vgl. Schmid, Churchills privater Krieg 23f.

wakischer Legionäre als auch der militärischen, vor allem aber finanziellen beziehungsweise materiellen Hilfe der Alliierten die ausschlaggebenden Impulse zur Fortsetzung des Kampfes gegen die Sowjetregierung von außen kamen. Die russische „Konterrevolution" wäre mithin keinesfalls lebensfähig gewesen[218], wenn die Entente nicht eine Dominanz Deutschlands im revolutionären Rußland befürchtet und dem Frieden von Brest-Litovsk sowie dem Verhältnis Lenins zu den Mittelmächten zentrale Bedeutung bei den strategischen Überlegungen ihrer Weltkriegspolitik beigemessen hätte.[219] Als sich im November 1918 mit dem Waffenstillstand an der West- und Südwestfront die internationalen Rahmenbedingungen änderten, begann sich die Interventionspolitik in Rußland neben den einzelnen, vorwiegend ökonomischen Interessen Japans und der Westmächte vor allem an den antibolschewistischen Konzeptionen des britischen Kriegsministers Churchill zu orientieren.[220] Sowohl vor als auch nach 1918 sind hinter einem großteils durch externe Faktoren aufrechterhaltenen Kampf zwischen „Weiß" und „Rot" außenpolitische Zielsetzungen der Weltmächte und nationale Gegensätze auf dem Gebiet des untergegangenen Zarenreiches als maßgebliche Konfliktlinien zu erkennen, die kaum zur Darstellung bewaffneter Auseinandersetzungen innerhalb eines Staatswesens herangezogen werden können. Solcherart erscheint der Versuch, den russisch-polnischen Krieg 1920/21 als dritte Phase des russischen Bürgerkrieges zu beschreiben, in zweifelhaftem Licht. Der durch den polnischen Angriff auf Sowjetrußland ausgelöste Vorstoß der „Weißen" unter Wrangel zeigt die Prioritäten im sogenannten „Bürgerkrieg" auf. „Als die polnische und die sowjetische Regierung den Waffenstillstand vereinbarten, brach auch der ‚Weiße' Widerstand rasch zusammen. Die Restarmee (mit Zivilisten ca. 130.000 Personen) wurde auf dem Seeweg von der Krim evakuiert."[221]

Gerade am Beispiel der im Süden operierenden antibolschewistischen Kräfte wird andererseits das Spannungspotential eines möglichen Bürgerkrieges in Form des von Wrangel im Juni 1920 erlassenen Agrargesetzes angezeigt, das allerdings, obwohl es den bäuerlichen Forderungen weit entgegenkam, keine Bedeutung mehr erlangte.[222] Die Bodenreform war die Schlüsselfrage der inneren Entwicklung. Dabei fällt auf, daß die Stimmung auf dem Lande sowie die Sozialstruktur der russischen Gesellschaft, die durch den überragenden Anteil der bäuerlichen Bevölkerung geprägt wurde, militärische Kämpfe um die Zukunft des gesamten Staatswesens eher verhinderten: Die „sozialrevolutionäre Intelligencija" Rußlands, die auf eine Unterstützung durch die Bauernschaft im Kampf gegen die Herrschaft

218 Schmid, Churchills privater Krieg 9.

219 Hildermeier, Geschichte der Sowjetunion 134.

220 Schmid 9.

221 Torke, Historisches Lexikon der Sowjetunion 35.

222 Ebd.

Lenins hoffte, war mit der Atmosphäre in den Dörfern wenig vertraut. In dem Augenblick, da die Bol'ševiki die Konstituierende Versammlung nach ihrer ersten Sitzung nicht mehr zusammentreten ließen und den russischen Parlamentarismus erstickten, setzten die in der neugewählten Duma über die Mehrheit der Sitze verfügenden Sozialisten-Revolutionäre auf die Rückendeckung durch die hauptsächlich landwirtschaftlich genutzten Gebiete. Dabei konnten sie nicht verstehen, daß die „Autonomie, welche die Bauern durch ihren Dorfrat besaßen, aus deren Sicht im Grunde die Bedeutung der Konstituante herabsetzen mußte, hatten diese doch ihren Willen (volja), das alte Bauernideal der Selbstbestimmung, bereits erreicht".[223] Die Masse der Landbevölkerung, „deren politischer Blick auf die engen Grenzen ihres eigenen Dorfes und ihrer Felder beschränkt war", sah in den Streitigkeiten der Parteien „nur etwas, das weit weg in der Stadt vor sich ging".[224] Erst als die Auswirkungen des Kriegskommunismus und die sozialen Experimente der Bol'ševiki im Dorf spürbar wurden, sahen die Bauern ureigenste Interessen gefährdet. Bewaffnete Auseinandersetzungen im Inneren waren das Resultat.[225] In den Erhebungen auf dem Lande, der sogenannten „grünen Front"[226], artikulierten sich, dem bäuerlichen Selbstverständnis entsprechend, vorwiegend partikuläre Positionen. Die Spannungen zwischen Bol'ševiki und Bauernschaft markierten in vielen Fällen einen Konflikt zwischen Stadt und Land, dessen Gewaltpotential sich eher in einem „Bauern-" als einem „Bürgerkrieg" entlud. Abgesehen von bestimmten Formen der Widerständigkeit in der Arbeiterschaft, die sich schon wenige Monate nach der Machtergreifung Lenins manifestierte und in den folgenden Jahren allgemeine politische Fragen über die Zukunft des Sowjetstaates aufgriff, blieb dem Großteil der russischen Bevölkerung der in hohem Maße von internationalen und nationalistischen Interessen geleitete Kampf zwischen „Rot" und „Weiß" fremd. Die Haltung gegenüber Befürwortern und Feinden der Moskauer Regierung hing im wesentlichen von lokalen Überlegungen und Bedürfnissen ab. Kurzfristige, räumlich begrenzte Bündnisse und Streitigkeiten jenseits überregional operierender Einheiten der „Roten" und „Weißen" Armeen bestimmten die Kampfszenarien.

Entladungen politischer und sozialer Spannungen sind demgegenüber signifikanterweise gerade vor und nach jenen Jahren auszumachen, die üblicherweise unter dem Titel „russischer Bürgerkrieg" vereint werden. Die Februarrevolution und Lenins Coup im November beziehungsweise Oktober 1917 offenbaren die Ohnmacht der Staatsgewalt und rücken zugleich eine politische Geschichte des Zentrums in den Vordergrund, die den Blick auf die fundamentalen sozialen Transformationsprozesse verstellt. Letztere aber stan-

223 Figes, Tragödie 549.

224 Ebd.

225 Kowalski 146.

226 Hildermeier, Geschichte der Sowjetunion 134.

den im Widerspruch zur Aufrechterhaltung des Gemeinwesens, die im bolschewistischen Machtanspruch ihre totalitäre Auslegung findet.

Dem Ende des sogenannten „Bürgerkrieges“ folgte der eigentliche innere Kampf: Im Kronstädter Aufstand Anfang März 1921 verkörpert sich der Widerstand gegen das kommunistische Machtmonopol. Zugleich spiegelt sich in der Unzufriedenheit der Flotte die Stimmung im Dorf wider, zumal die Bemannung der Kriegsschiffe „in starkem Maße durch frische bäuerliche Elemente ergänzt worden“ war.[227] Nicht zufällig fanden zur selben Zeit große Rebellionen der Landbevölkerung statt. Regelrechte Bauernarmeen, bis zu 50.000 Mann stark, kontrollierten etwa das Gebiet von Tambov und Teile der Provinzen von Penza und Saratov bis zu ihrer Niederlage im August 1921.[228] Die elementaren Erhebungen begannen, als die Niederlage der „Weißen“ Gewißheit wurde und die Bauern die Rückkehr der Gutsbesitzer nicht mehr befürchten mußten.[229] Aus den Kampfhandlungen der Jahre 1918 bis 1920 aber waren die bolschewistischen Machtstrukturen gestärkt hervorgegangen. Ein nicht nur vergrößerter, sondern auch effizienterer Repressionsapparat zur Absicherung der KP-Herrschaft behielt gegenüber oppositionellen Regungen in der russischen Bevölkerung die Oberhand. Der sogenannte „Bürgerkrieg“ war beendet, der tatsächliche blieb aus.

Daß sich nicht nur in der sowjetischen Diktion, sondern auch im wissenschaftlichen Diskurs weltweit der Begriff „Bürgerkrieg“ durchgesetzt hatte, lag letztlich in keinem geringen Ausmaß an einer seltenen Übereinstimmung zwischen den in die Konflikte auf dem Gebiet des früheren Zarenreiches involvierten Kräften. Schließlich legitimierte erst die Existenz eines „Bürgerkrieges“ die Aktionen der Gegner Lenins. Deren Konflikte untereinander konnte man als Grund der Niederlage immerhin gelten lassen. Die kaum zu überwindende Kluft zwischen ihnen und breiten Kreisen der russischen Bevölkerung sowie die fast vollständige Abhängigkeit von den Interventionsmächten aber hätte ihre Vorgangsweise als ungerechtfertigt erscheinen lassen und insbesondere den großrussischen Chauvinismus „Weißer“ Militärs getroffen, der die nationalen Aspirationen an der Peripherie des alten, „vereinten und unteilbaren“ Rußlands widerwillig oder gar nicht zur Kenntnis nehmen wollte und somit ein wesentliches Konfliktfeld der osteuropäischen Geschichte, nicht nur in den Jahren 1917 bis 1920, zu marginalisieren trachtete.[230]

Interesse an den mit Kampfhandlungen in Rußland gebundenen Interpretationen und Begrifflichkeiten zeigte aber auch die Donaumonarchie, die sich in den Sommermonaten des Jahres 1918 mit der Erhebung der Tschechoslowakischen Legion gegen eine russische

227 Rauch 147.
228 Rummel 34f.
229 Kowalski 147.
230 ÖSTA/HHStA, PA X 1918: Karton 151, Fol. 82f.

Regierung konfrontiert sah, welche durch den Friedensschluß in Brest-Litovsk auch formell anerkannt worden war. Zugleich verwies die Existenz der Legion auf den Nationalitätenkonflikt in Österreich-Ungarn, dessen Bestand in hohem Maße durch die „tschechische Frage" bedroht war. Als sich im Habsburgerreich für die Besetzung der transsibirischen Eisenbahnlinie durch tschechoslowakische Einheiten und deren Schlüsselfunktion in der antikommunistischen Bewegung an der Wolga, im Ural und in Sibirien die Bezeichnung „tschechoslowakische Front" durchzusetzen begann, reagierte das Armeeoberkommando in Baden bei Wien mit deutlichen Worten. „Das Bestreben, das politische Ansehen Österreichs zu schädigen", so Stabschef Arz von Straußenburg am 5. Oktober 1918 unter anderem an das k.u k. Ministerium des Äußern, „ist für die Entente bei der Beibehaltung des Ausdruckes ‚Tschechoslowakische Front' maßgebend. [...] In unserem Interesse scheint es mir gelegen, die Öffentlichkeit in der Monarchie als auch in den Ländern der Verbündeten und im Auslande über die tatsächlichen Verhältnisse [!] aufzuklären. Insbesondere sollte unsere Presse den bisher gebrauchten Ausdruck ‚Tschechoslowakische Front' fallen lassen und hiefür ‚Antibolschewistische Front' oder ‚Gegenrevolutionäre Front' schreiben, weiters sich gleichfalls der in den bolschewistischen Heeresberichten gebrauchten geographischen Bezeichnungen der Fronten bedienen."[231]

Daß mit einer gegenrevolutionären beziehungsweise antibolschewistischen Bewegung explizit der „russisch-nationale Widerstand" gemeint war, geht aus den Ausführungen des AOK ebenso hervor wie der Vorwurf an die Moskauer Regierung, bislang mit dem Begriff „tschechoslowakische Front" den innerrussischen Widerstand gegen das bolschewistische Regime zu verheimlichen, eine Vorgangsweise, die, so die österreichisch-ungarischen Generalstäbler im Herbst 1918, „erst in jüngster Zeit" aufgegeben worden sei.[232]

Lenin und seine Weggefährten gelangten allerdings gemäß ihrer eigenen, auf umfangreichen theoretischen Abhandlungen beruhenden Überzeugungen, die es mit den Vorgängen in Rußland seit dem Ende der Zarenherrschaft fortlaufend und im Detail zu vergleichen galt, schon früher zu einer differenzierteren Interpretation der „innerrussischen" Verhältnisse. Diese wurde durchaus in der Öffentlichkeit vertreten und widersprach den Ausführungen der k.u.k. Kommandostellen in weiten Teilen. Schließlich hatte der Führer der Bol'ševiki, seinen weltanschaulichen Standpunkten entsprechend, den Bürgerkrieg im Laufe des Jahres 1917 nicht nur erwartet, sondern die ganze Zeit schon gewollt[233], bevor er ihn nach dem Sieg über die Kosaken und die „Weiße Freiwilligen Armee" im April 1918 für beendet erklärte. Als mit der tschechoslowakischen Erhebung das Sowjetregime erneut herausgefordert wurde und sich auch im Süden der Widerstand der Kosaken un-

231 Ebd.

232 Ebd.

233 Figes, Tragödie 528.

ter Krasnov verstärkte, griff man jedoch seitens der RKP(b) auf die gewohnten Ausdrucksformen schnell wieder zurück. Am 23. Juli 1918 schreibt Lev D. Trockij als Volkskommissar für militärische Angelegenheiten diesbezüglich in der „Izvestija": „Der Kampf gegen die Banden von Krasnow, – was ist er: Bürgerkrieg oder Landesverteidigung? Krasnow ist bestrebt, das Don- und Kubangebiet von Rußland abzutrennen und uns so vom Getreide und vom Naphta abzuschneiden. [...] Und die Tschechoslowaken? Sind sie innere Feinde oder äußere? [...] Der Kampf gegen die Tschechoslowaken ist Bürgerkrieg, denn auf die tschechoslowakischen Mietlinge der französischen Börse stützt sich die russische Konterrevolution. Zu gleicher Zeit ist er aber ein Kampf gegen fremdländische imperialistische Invasion. Der Verzicht darauf, gegen die Tschechoslowaken zu kämpfen, ist gleichbedeutend mit der Bereitwilligkeit, Rußland dem englischen und französischen Imperialismus auszuliefern, genauso wie die Weigerung, gegen Krasnow zu kämpfen, ein Zusammenarbeiten mit dem deutschen Imperialismus bedeutet."[234]

In der Erklärung Trockijs, welche auf die Wiederbelebung eines inneren Konflikts durch ausländische Einflußfaktoren verweist, nützlicherweise, allerdings keinesfalls völlig zu Unrecht, den russischen antibolschewistischen Widerstand gegen das Sowjetregime unter Lenin abwertet und Zielsetzungen europäischer Großmächte betont, sind die beiden Grundzüge der noch immer gültigen Darstellung russischer Geschichte von 1918 bis 1920 genannt: „Bürgerkrieg" und Intervention als sozialer Gegensatz in und außerhalb Rußlands. Dabei blieben die Bol'ševiki, ähnlich wie die „Weißen", dem Territorium des „gesamtrussischen Staates" in den Grenzen des vormaligen Herrschaftsbereiches der Romanovs verpflichtet. Zugleich hielten sie an ihrer theoriegeleiteten Interpretation sowie einer daraus resultierenden Sprachregelung fest, derzufolge mit der Revolution der gewaltsame Klassenkampf und somit der „Bürgerkrieg" unvermeidlich sei. Aus diesem ließ sich, den bolschewistischen Bewertungskriterien gemäß, der „Weltbürgerkrieg" ableiten, wodurch die Einflüsse internationaler Spannungsfelder auf die russischen Verhältnisse an die Deutungslinien des marxistisch-leninistischen Gedankengebäudes angepaßt werden konnten. Das Gefühl unentwegter Bedrohung durch eine feindliche Außenwelt, die permanente Verteidigungsbereitschaft gegenüber „imperialistischen Angriffen" und der „Wühlarbeit ihrer konterrevolutionären russischen Verbündeten" wurde zu einem konstitutiven Wesensmerkmal der UdSSR und ihrer „Bruderstaaten", das, zu verschiedenen Zeiten in unterschiedlicher Intensität die sowjetische Gesellschaft beherrschend, fest in der offiziellen Sprachregelung der kommunistischen Diktatur verankert war. Gerade darin manifestiert sich freilich einer der Grundzüge bolschewistischer Terminologie. Diese vermochte, weit über politisch-weltanschauliche Formulierungen hinaus, den ideologisch untermauerten Bürgerkriegsbegriff als „Wirklichkeit" einzuführen, als „Realität", die in oftmals monok-

234 Trotzki, Die Geburt der Roten Armee 65.

ausalen, linearen Erzählweisen einen Faktor der Auseinandersetzungen in den Gebieten des früheren zaristischen Rußland vorstellt und dabei von wesentlichen Konfliktpotentialen ablenkt. Versucht man der Vielschichtigkeit unzähliger Gegensätze in der „Zeit der Wirren" nach der Machtergreifung Lenins gerecht zu werden, wird man den Ausdruck „Bürgerkrieg" in seiner bisherigen Bindung an weltanschauliche Sprachregelungen totalitärer Strukturen ins Bewußtsein zu rufen und den Geschichtsforschern auch in den USA beziehungsweise in Westeuropa eine Neupositionierung „bürgerkriegsähnlicher Elemente" in der Geschichte Rußlands von 1917 bis 1920 anzuraten haben. Mit der Betonung regionaler, nationaler und internationaler, mentaler, sozialer, ökonomischer und politischer Spannungsfelder muß dementsprechend auch das historische Phänomen der Kriegsgefangenschaft in den Mittelpunkt des Interesses rücken.

TEIL II:

1914/17

DIE AUSGANGSBASIS

DAS SCHLÜSSELEREIGNIS: LENINS MACHTERGREIFUNG

Im Etappengefängnis am Stadtrand von Ivanovo-Voznesensk ging Außergewöhnliches vor sich. Für die Häftlinge hatte einer der letzten Oktobertage des Jahres 1917, nach dem alten julianischen Kalender gerechnet, schon früh morgens mit Unregelmäßigkeiten begonnen: Weder Tee noch Brot war ausgegeben worden. „Ich war hungrig. Ich klopfte an die Tür, aber kein Aufseher erschien. Dafür hörte ich ein ungewöhnliches Stimmengewirr [...]. Ob es sich um eine Gefängnisrevolte handelte? Ich war aufgeregt, und plötzlich öffnete sich die Zellentür, und ein Zivilist, von einem Aufseher begleitet, trat in meine Zelle. Mir fiel sofort auf, daß mein Aufseher ohne Koppel und ohne Revolver war. Auch machte er einen sehr verwirrten Eindruck und trug das Buch bei sich, in dem man bei meiner Einlieferung meine Personalien festgehalten hatte. Der Zivilist, ein langer, dünner Mann mit eingefallenen Wangen und brennenden Augen, war dagegen bewaffnet. Er fragte mich nach dem Grund meiner Verhaftung, und noch ehe ich zu Ende gesprochen hatte, umarmte er mich und teilte mir kurz mit, daß in Petersburg die proletarische Revolution gesiegt habe, die Regierung der Kapitalisten und Gutsbesitzer festgenommen, Kerenskij geflohen sei und daß sich die Macht nun in den Händen der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte befinde."[1]

Diese Zeilen brachte Arnošt Kolman zu Papier. 1915 war er in russische Gefangenschaft geraten. Als sich die Tore des Gefängnisses für ihn öffneten, befand er sich bereits seit einem halben Jahr in Einzelhaft. Schon während seiner Studentenzeit in Prag mit der marxistischen Bewegung verbunden, hatte sich Kolman von der Dynamik und Emphase der russischen Revolution erfassen lassen. Anläßlich einer Mai-Demonstration hatte er eine Rede an die versammelte Menschenmenge gehalten. Unter den Zuhörern waren einige Kriegsgefangene gewesen. Kolman hatte nicht nur die Weltrevolution im allgemeinen, sondern explizit den Umsturz in der Heimat gefordert. Einige österreichische Offiziere waren daraufhin beim russischen Lagerkommandanten vorstellig geworden, um seine Inhaftierung zu erwirken. Kolman erlebte schließlich die „Oktoberrevolution" als Moment persönlicher Befreiung. Der Zivilist, der seinen mehrmonatigen Arrest beendete und ihn zu sich in die Vorstadt mitnahm, stellte sich als Leiter der bolschewistischen Parteiorganisation von Ivanovo-Voznesensk vor. Kolmans Leben stand fortan im Zeichen Lenins und

1 Kolman 77f.

seines Vermächtnisses. Es endete, nicht ohne Bitterkeit und Trauer, mit einer völligen Abkehr vom Gesellschaftsmodell der Sowjetunion und somit von den Idealen seiner Jugend.[2]

Im Unterschied dazu wandte sich der spätere SPD-Oberbürgermeister Berlins, Ernst Reuter, er war im August 1916 an der Ostfront gefangengenommen worden, schon Anfang der zwanziger Jahre wieder vom Kommunismus ab, obwohl auch ihn zunächst die „Nachricht vom Sieg der bolschewistischen Oktoberrevolution [...] in helle Begeisterung" zu versetzen imstande war.[3] Reuter, welcher von Ende August 1917 an in einem Kohlenbergwerk beim Dorf Savinsk im Gouvernement Tula Beschäftigung fand, hatte genug Russischkenntnisse erworben, um mit der Bevölkerung in engeren Kontakt zu treten. In leidenschaftlichen Debatten bekannte er sich zur Notwendigkeit radikaler Reformen und hatte „die Sache der russischen Revolution zu seiner eigenen gemacht".[4] Als der Dorfsowjet das Bergwerk zur Jahreswende 1917/18 übernahm, bildete Ernst Reuter, gemeinsam mit einem tschechischen Buchhalter und einem alten Bauern, dessen „Geschäftsführung". Zur selben Zeit bekannten sich er und der Hamburger Sozialist Rudolf Rothkegel, der 1915 vor Einheiten der Zarenarmee „die Waffen streckte" und in Savinsk zu den politischen Vertrauten Reuters gehörte, zur Politik der Bol'ševiki. Beide sollten in den folgenden Jahren eine herausragende Rolle unter den Parteigängern Lenins aus den Reihen der ehemaligen Kriegsgefangenen einnehmen.[5]

Zunächst aber wußten Reuter und Rothkegel gleichermaßen wie Arnošt Kolman, obwohl sie sich im Unterschied zu vielen anderen Soldaten der Mittelmächte im europäischen Rußland und somit näher am Geschehen befanden, von den Vorgängen in Moskau und Sankt Petersburg wenig. Enttäuscht schrieb Reuter am 19. November 1917 nach Hause: „Die Zeitereignisse dringen zu uns nur in ganz fernen Wellen und stören unsere gleichmäßige Arbeit nicht."[6]

Was sich in Petersburg, das im Zeichen nationaler Sentiments 1914 zum slawischen *„Petrograd"* wurde, am *7. November (25. Oktober) 1917* ereignete und der Kenntnis sowohl der Kriegsgefangenen als auch der Bevölkerung abseits der Hauptstadt weitestgehend entzog, kann als Abschluß eines Prozesses betrachtet werden, der spätestens mit Herbstbeginn in seine entscheidende Phase getreten war. Der Regierung Kerenskij, politisch durch die militärischen Mißerfolge im Frühsommer und den „mißlungenen Putschversuch des Generals Lavr Georgijevič Kornilov" geschwächt[7], entglitt die Kontrolle über die Entwicklungen im Lande. In den Fabriken und in den Dörfern schritten Arbeiter- und Bauernschaft

2 Broué 1027.
3 Brandt/Löwenthal 83.
4 Ebd.
5 Weber, Bd. 2, 264.
6 Zit. nach Brandt/Löwenthal 84.
7 Stökl 644.

in Eigenregie an die Verwirklichung ihrer Ziele. Die Versorgungskrise, insbesondere in den Städten, verschärfte sich. Die zögerlichen Schritte in Richtung eines baldigen Friedens vergrößerten den Einfluß der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands (Bol'ševiki), die eine unverzügliche Beendigung der Kampfhandlungen forderte und mit ihren Parolen wachsende Unterstützung fand.[8] Bei den Wahlen zum Petrograder Sowjet im September 1917 errang sie die Mehrheit.[9]

In dieser Situation trat Lenin für den bewaffneten Aufstand ein, obwohl die Mehrheitsverhältnisse im Sowjet und dessen Position gegenüber der Regierung ohnehin der bolschewistischen Partei in die Hände spielten. Noch vor dem Zusammentreten des zweiten „allrussischen Kongreß der Arbeiter- und Soldatendeputierten" wollte er die Regierung stürzen und mahnte mit dem Hinweis auf etwaige Gegenmaßnahmen Kerenskijs und die mögliche Einnahme Petersburgs durch die Deutschen zur Eile.[10] Der Grund für seine Ungeduld dürfte allerdings vor allem dem Umstand zuzuschreiben sein, daß eine Machtergreifung der Bol'ševiki vor dem Rätekongreß den Einfluß von den Sowjets hin zur Partei zu verschieben versprach und die populäre Vorstellung einer Koalition aller sozialistischen Kräfte entweder zu seinem Vorteil abzuändern oder überhaupt zu untergraben imstande war.[11]

Gegen den Widerstand zahlreicher Funktionäre, insbesondere Kamenevs und Zinov'evs, setzte sich Lenin gegen die zögernde und anfangs überhaupt ablehnende Haltung des eigenen Anhangs durch.[12] Die Vorbereitungen der Erhebung erleichterte indessen die Provisorische Regierung selbst, als sie angesichts der näherrückenden deutschen Truppen auf den „unglücklichen Gedanken verfiel, die Petrograder Garnison für den Fronteinsatz vorzusehen".[13]

---

8 Payne 163; Rauchensteiner 445. Lenin verlangte den sofortigen Frieden, andernfalls würde man einen revolutionären Krieg entfesseln und die Arbeiter aller Länder aufrufen, sich anzuschließen. Einen separaten Waffenstillstand mit den Mittelmächten strebte er allerdings erst im Herbst 1917 an.

9 Rauch 65. Als Gegenmaßnahmen könnte Lenin auch die Friedensinitiativen der Provisorischen Regierung verstanden haben, von denen er möglicherweise detaillierter informiert worden war. Diese wären in mancher Hinsicht dazu geeignet gewesen, der bolschewistischen Propaganda Wind aus den Segeln zu nehmen. Die Erfolgsaussichten von Sonderfriedensverhandlungen zwischen Österreich-Ungarn und Rußland, wie sie Kerenskij in seinen Memoiren herausstreicht, erscheinen jedoch nicht nur aufgrund der Position Deutschlands und der Haltung der Westmächte gegenüber den Vorschlägen Wiens im Frühjahr 1917, sondern auch aufgrund der Position der Provisorischen Regierung gegenüber ihrem eigenen Kriegsminister Verchovskij, der auf die Kampfunfähigkeit der russischen Armee und die Notwendigkeit eines baldigen Friedensschlusses hinwies, gering; Verchovskij erhielt „unbeschränkten Krankenurlaub" und trat aus der Regierung aus.- Kerenski 452f.; Heresch, Blutiger Schnee 163; Rauchensteiner 553–558; Reed 86.

10 Hildermeier, Die Russische Revolution 230f.; Figes, Tragödie 498.

11 Figes, Tragödie 498f.

12 Hildermeier, Die Russische Revolution 231–233.

13 Ebd. 234.

Das in der Folge, nicht zuletzt auf Initiative der gemäßigten sozialistischen Parteien geschaffene „Revolutionäre Militärkomitee" (Voenno-revoljucionnyj komitet, VRK) beim Petrograder Sowjet, welches als Unterstützung für die Regierung gedacht war und als Organisation zur Verteidigung der russischen Hauptstadt anfangs nicht bloß zum Schein überparteilichen Charakter trug, verwandelte sich durch den massierten Einzug bolschewistischer Prominenz in einen „Generalstab der kommenden Erhebung". Dabei fiel dem Vorsitzenden des Petrograder Sowjets, Lev Trockij, die zentrale Rolle zu.[14] Unter den Augen der Öffentlichkeit spielte sich der Machtwechsel schließlich ab, unspektakulär, „kampflos und ohne Blutvergießen, eher eine ‚Wachablösung' [...] als ein Umsturz".[15]

Am 3. November (21. Oktober) unterstellten sich Vertreter aller Petrograder Regimenter dem VRK. Zwei Tage später ernannte das Komitee seine Kommissare bei den militärischen Einheiten im Raum Petrograd. Das Vorgehen regierungstreuer Einheiten gegen die von Stalin herausgegebene Zeitung „Rabočij Put'"[16] am 6. November (24. Oktober) 1917 brachte schließlich den Stein ins Rollen.[17] Aufständische Soldaten besetzten strategisch wichtige Punkte der russischen Hauptstadt, in der Nacht vom 7. auf den 8. November wurde das Winterpalais, der Sitz der Regierung Kerenskij, gestürmt, die Mehrzahl der Minister verhaftet. Kerenskij selbst verließ Petrograd, um loyale Truppen zu sammeln. Die Gegenaktionen aber kamen zu spät. Als Kerenskij den längst verlorenen Handlungsspielraum zurückzugewinnen versuchte, verkündete Trockij in einem „Aufruf an die Bürger Rußlands": „Die Provisorische Regierung ist abgesetzt. Als Organ des Petrograder Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten hat das Militärrevolutionäre Komitee, das an der Spitze des Proletariats und der Garnison von Petrograd steht, die Staatsgewalt übernommen."[18]

Während die Macht in der Hauptstadt fast reibungslos auf die von den Bol'ševiki dominierten Sowjets überging, sah sich Lenin vor allem vor die Frage der Positionierung gegenüber anderen sozialistischen Parteien und Interessenvertretungen gestellt. Am zweiten allrussischen Rätekongreß kam es zu heftigen Auseinandersetzungen. Der rechte Flügel der Partei der Sozialisten-Revolutionäre (Partija socialistov-revoljucionerov, PSR), die, aus der Narodniki-Bewegung des 19. Jahrhunderts hervorgegangen, noch immer in hohem Maße die Bauernschaft repräsentierte, und die Men'ševiki, welche am zweiten Parteitag

14 Rauch 68.

15 Hildermeier, Die Russische Revolution 238.

16 „Rabočij Put'" („Der Weg des Arbeiters") war laut Günther Stökl nur ein Tarnname für die seit Juli 1917 offiziell verbotene „Pravda". – Stökl 649.

17 Bezeichnenderweise trugen die Aktionen der prosowjetischen Kräfte zunächst defensiven Charakter. Erst in den nachfolgenden Stunden wurden aus den „Maßnahmen zur Verteidigung der Revolution" offensive Operationen zum Sturz der Provisorischen Regierung. – Wade 232–239.

18 Zit. nach Stökl 649.

der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands (Rossijskaja Social-demokratičeskaja Rabočaja Partija, RSDRP) im Jahre 1903 entstanden und nach mehreren erfolglosen Versuchen, sich mit der bolschewistischen Fraktion der russischen Sozialdemokratie wiederzuvereinigen, in einen rechten beziehungsweise linken Flügel zerfallen waren, verurteilten den „Coup vom 7. November" und verließen die Versammlung.[19] Damit sank die Hoffnung auf eine Regierung aller Sowjetparteien. Lenins Machtanspruch wurde untermauert.

Dennoch stand einer Alleinregierung der Bol'ševiki schon der parteiinterne Widerstand im Wege.[20] Außerdem erwiesen sich zunächst das Zentralbüro der Eisenbahnergewerkschaft (Vikžel) sowie die Gefolgschaft der Bauern als durchaus eigenständige und einflußreiche Faktoren. Vor diesem Hintergrund kooperierte die RSDRP(b) mit dem linken Flügel der Sozialisten-Revolutionäre (SRy). Lenin akzeptierte einen Partner, „der das Dorf am ehesten hinter sich hatte". Die Vertreter der Eisenbahnbediensteten arrangierten sich ebenfalls mit der neuen Regierung, dem Rat der Volkskommissare (Sovet Narodnych Komissarov, SNK), und übernahmen das Ressort für Verkehrswesen.[21] Die Koalition zwischen der Partei der linken Sozialisten-Revolutionäre (Partija levych socialistov-revoljucionerov, PLSR) und der RSDRP(b) blieb allerdings weit hinter den Erwartungen des Vikžel zurück: Sie war eine Minimallösung, ein Zweckbündnis zur Absicherung der eroberten Machtpositionen und „kein Schritt auf dem Wege zur sozialistischen Demokratie".[22] Das Dekret des SNK, „dringende Gesetze ohne die Bestätigung durch die Räte zu verabschieden, war ein klarer Bruch mit dem Prinzip der Rätemacht". Die Fusion der Bauernsowjets mit den Arbeiter- und Soldatenräten an der Jahreswende 1917/18 kam letztlich nur einer weiteren Konsolidierung der Herrschaft Lenins zugute[23], an die selbst hochrangige Funktionäre des neuen Regimes anfangs nicht so recht glauben wollten.[24]

Für die Eisenbahnergewerkschaft verliefen die Ereignisse in den letzten Oktober- beziehungsweise ersten Novembertagen auch in anderer Hinsicht enttäuschend. In dem von den Men'ševiki und den Sozialisten-Revolutionären beherrschten Vikžel hatte man gehofft, den Ausbruch von Kampfhandlungen verhindern zu können. Dabei wußte man sich im Einklang mit der überwiegenden Mehrheit der Arbeiter in der Provinz, wo „die Zersplitterung der Parteien viel weniger stark ausgeprägt war als in der Hauptstadt".[25]

19 Trotzki, Geschichte der russischen Revolution, Bd. 2, Teil 2, 1046; Reed 18f.

20 Figes, Tragödie 529.

21 Ebd. 530f.

22 Hildermeier, Die Russische Revolution 250.

23 Ebd. 250f.

24 Figes, Tragödie 535.

25 Ebd. 525.

Dennoch kam es in *Moskau* zu mehrtägigen blutigen Konflikten. Das Revolutionäre Militärkomitee unter Führung der Bol'ševiki, die nur widerwillig kämpften und die Machtfrage, wie vom Vikžel vorgeschlagen, lieber auf dem Verhandlungsweg gelöst hätten, wurde durch „Militärkadetten sowie studentische Freiwillige" herausgefordert, die der Provisorischen Regierung treu geblieben und von der Moskauer Stadtduma beziehungsweise deren „Komitee für öffentliche Sicherheit" organisiert worden waren.[26] In schweren Gefechten, die sich alles in allem auf einige neuralgische Punkte der Stadt konzentrierten, verwandelte sich vor allem das Zentrum um den Kreml in ein regelrechtes Schlachtfeld. Die Bevölkerung suchte Schutz in den Häusern und mied, soweit möglich, Plätze und Straßen. „Eine Cousine von mir, die im Erkerfenster ihres Hauses an der Powarskaja stand und die ‚Ereignisse' beobachtete", hielt die Fürstin Lydia Vasil'čikova in ihren Memoiren fest, „wurde von einer verirrten Kugel getroffen [...]. Auf dem Weg ins Krankenhaus mußten die Krankenträger mit ihrer Bahre mehrmals in Hauseingängen Schutz suchen, bevor sie zur nächsten Deckung weiterlaufen konnten. Die ganze Stadt war ohne Strom, und die Operation fand bei Kerzenlicht statt. Die Verletzung erwies sich jedoch als tödlich, und meine Cousine starb noch in der Narkose ..."[27] Der dreizehnjährige Vladimir Semenovič Averino, Sohn einer begüterten Moskauer Anwaltsfamilie, erlebte die Kämpfe ebenfalls in der Nähe der Povarskaja-Straße. „Unsere Wohnung", erinnerte sich Averino später, „lag zwischen dem Arbat, wo sich eine Militärschule befand, und dem Gubernatorskaja-Platz, der von den Bolschewiken in Schach gehalten wurde. Von beiden Seiten her fielen Schüsse. Unsere Villa stand genau dazwischen, und die Fenster waren von Kugeln durchlöchert."[28]

In Anbetracht derart heftiger Straßenkämpfe rund um den Kreml griffen zahlreiche Moskauer zu Mitteln des Selbstschutzes. „Hauskomitees"[29] wurden gebildet und deren Mitglieder zum Wachdienst herangezogen. Auch der k.u.k. Oberleutnant Thomas Papp,

26 Ebd. 526; vgl. Hildermeier, Die Russische Revolution 243.

27 Metternich 340f.

28 Zit. nach Heresch, Blutiger Schnee 190.

29 „Hauskomitees" spielten auch nach der „Oktoberrevolution" eine wichtige Rolle. „Sie sollten sich um die Beheizung der Häuser, die Versorgung der Mieter und darum kümmern, daß deren Pässe stets in Ordnung waren. Gleichzeitig hatten sich diese Komitees zu einer Art von gesellschaftlichem Klub entwickelt, wo Mieter Nachrichten und Eindrücke untereinander austauschen konnten. [...] Die Hauskomitees ersetzten die Zeitungen [...], und jede Information, die einem Mitglied des Hauskomitees zuging, wurde sofort auch allen übrigen bekannt." – Metternich 390f. Daß die „Hauskomitees" von der Sowjetregierung im übrigen bald mißtrauisch beobachtet wurden, geht aus einem Schreiben des Volkskommissariats für innere Angelegenheiten hervor. Darin hielt man fest, daß die bisherigen Komitees als „konterrevolutionär" eingestuft werden müßten; es seien deshalb, hieß es im September 1918, „frühere gesellschaftliche Eliten" durch die Neuwahl der „Hauskomitees" auszuschließen. – GARF, f. r-393, op. 1, d. 254.

welcher 1916 an der galizischen Front von den Russen gefangengenommen wurde, nach Moskau geflohen und nun in die Wirren der „Oktoberrevolution" geraten war, nahm selbst, mit einem Revolver bewaffnet, als „Rigaer Flüchtling", wie es in seinen gefälschten Dokumenten hieß, an den Sicherungsmaßnahmen seines Wohnblocks teil.[30]

Unterdessen versuchten auf einigen öffentlichen Plätzen die Bol'ševiki den hartnäckigen Widerstand mit jeder nur erdenklichen Hilfe niederzuringen. Diese kam auch von ehemaligen Kriegsgefangenen: In die verlustreichen Kämpfe auf der Nikita-Straße waren als Mitglieder einer Abteilung von 200 Revolutionären 22 Ungarn verwickelt. Aus der Guzon-Fabrik stellten sich dem Revolutionären Militärkomitee mehrere hundert österreichisch-ungarische und deutsche Gefangene zur Verfügung, die sich am Angriff auf die Alexander-Militärschule beteiligten. Aus Klin ging eine Rotgardistenabteilung von 36 Mann mit acht Kriegsgefangenen ins Moskauer Stadtzentrum ab, um das VRK bei der Einnahme des Hauptpostamtes und „eines Bahnhofes" zu unterstützen. Aus dem etwa 100 Kilometer südwestlich gelegenen Serpuchov eilten Ungarn herbei, um an der Besetzung des Kursker Bahnhofes mitzuwirken, und selbst aus dem weiter entfernten Ivanovo-Voznesensk erhielten die Bol'ševiki durch eine Rotgardistenabteilung Verstärkung, der auch österreichisch-ungarische Kriegsgefangene angehörten.[31]

Der Großteil der an den Feuergefechten teilnehmenden Soldaten der Mittelmächte trat überdies an der Seite der Parteigänger Lenins den Sturm auf den Kreml an. Die damit verknüpften Kampfhandlungen wurden mit besonderer Rücksichtslosigkeit geführt. Jevgenija Kvjatkovskaja, die zu diesem Zeitpunkt ihren Bruder in einem Spital im Stadtzentrum aufsuchte, schildert die Kämpfe um die alte Zarenresidenz folgendermaßen: „Eines Nachts hörte ich unter dem Fenster Stimmen. Jemand fragte einen Passanten nach seinen Papieren, seinen Namen usw. [...] Kurze Zeit später hörte ich Schüsse – ferne Kanonenschüsse. Dann kamen die Laute dieser Schüsse immer näher: unser Spital war unweit der Kremlpforte gelegen, neben der Manege. Am Morgen gab es ungeheuer lauten Schußwechsel – offenbar wurden die Kremlpforten gesprengt! Anscheinend war es den Bolschewiken gelungen, dahin vorzustoßen: sie wollten die Waffensammlung stürmen und sich der Waffen bemächtigen [...]; so kamen die Schüsse immer näher, auf der Straße waren fast nur [...] Militärpersonen zu sehen, geschossen wurde aus Gewehren auch von Dächern aus, wo schwere Maschinengewehre postiert waren."[32]

Schließlich behielten die Bol'ševiki die Oberhand. Der Erfolg des Revolutionären Militärkomitees war vor allem auf das Verhalten der Moskauer Garnison zurückzuführen,

30 ÖSTA/KA, KM/10. Abt./Kgf. 1918: 10–33/299.

31 Striegnitz, Deutsche Internationalisten 26; Reisberg 35; Völgyes, Hungarian Prisoners of War 64.

32 Zit. nach Heresch, Blutiger Schnee 188.

deren Angehörige nicht für die Provisorische Regierung Partei ergreifen wollten. Dennoch mußte eine erschreckende Opferbilanz gezogen werden: Mehrere hundert Tote waren zu beklagen[33], darunter auch einige ehemalige Kriegsgefangene.[34] Die blutigen Auseinandersetzungen in der „zweiten Hauptstadt" Rußlands können allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, daß in den meisten Orten der Machtwechsel reibungslos vor sich ging. Die Teilnahme einer relativ kleinen Zahl früherer Gefangener an der „Oktoberrevolution", in welche gleichfalls lediglich ein verschwindend geringer Anteil der russischen Bevölkerung involviert war, darf keinesfalls überbewertet werden. Abseits stand eine „neutrale Mehrheit"[35], die nur beobachtete, was in diesen Tagen vor sich ging.

Obwohl sich noch über den Oktober hinaus Mehrheiten der SRy und der Men'ševiki in den Räten einiger bedeutender Städte hielten, regte sich mit Ausnahme des Südens, vor allem der Gebiete der Donkosaken, nirgends mehr organisierter Widerstand.[36] In einer Woche hatte Lenin im europäischen Rußland „mit seiner Partei den Sieg errungen".[37]

„Internationalisten", die in Kostroma nach der Entwaffnung Kerenskij-treuer Truppen die Bewachung des Bahnhofes übernahmen, in Belgorod aktiv am Aufstand teilnahmen und unter anderem in Astrachan', Jaroslavl', Ivanovo-Voznesensk, Kazan', Orenburg, Saratov und Tver' am „bolschewistischen Coup" Anteil hatten, sowie einzelne Rotgardisten aus den Gefangenenlagern, welche in der Hauptstadt Petrograd als Wachen und bei der Besetzung des Winterpalais eingesetzt waren[38], belegen indessen auch für *Regionen westlich des Urals und nordwestlich Turkestans*, in denen sich vergleichsweise wenige Kriegsgefangene befanden, bereits bestehende Kontakte zwischen russischen sozialistischen Kräften und kleinen revolutionär gesinnten Gruppierungen unter den auf dem Territorium des untergegangenen Zarenreiches befindlichen Soldaten der Mittelmächte. Aus ihren Reihen kamen dann auch die ersten militärischen Kommandanten einer künftigen, größeren Internationalistenbewegung in Sowjetrußland; unter ihnen Ferenc Jancsik und Frygies Karikás, die beide an den Moskauer Kämpfen teilgenommen hatten.[39]

Spätere politische Führer der revolutionären Kriegsgefangenen wirkten hingegen vorwiegend in *Sibirien* an der Vorbereitung des Aufstandes und der Machtergreifung zugunsten der Bol'ševiki mit. Dort hatten sich in verschiedenen Lagern schon im Laufe der Jahre 1916

33 Reed 322–327; Hildermeier, Die Russische Revolution 243.

34 Völgyes, Hungarian Prisoners of War 64.

35 Figes, Tragödie 521.

36 Hildermeier, Die Russische Revolution 244; Rauch 74.

37 Rauch 74.

38 Vgl. Striegnitz, Deutsche Internationalisten 26; Völgyes, Hungarian Prisoners of War 65.

39 Völgyes, Hungarian Prisoners of War 64; Striegnitz, Deutsche Internationalisten 26.

und 1917 Gruppen gebildet, die nicht zuletzt gesellschaftskritische Fragestellungen diskutierten und, unabhängig voneinander, Kontakt zu den lokalen Organisationen der RS-DRP suchten.[40] Dabei traten in Sretensk Lajos Ember, Deszö Fried und József Forbáth, in Krasnojarsk Artur Dukesz und in Omsk Károly Ligeti und József Rabinovics, der seit 1901 in der organisierten Arbeiterbewegung als Gewerkschafts- und Parteimitglied tätig war, hervor.[41] Besondere Bedeutung erlangten die revolutionär gesinnten Gefangenen von Tomsk, wo Béla Kun 1916 bereits eine Gemeinschaft politisch Interessierter antraf. Zu ihr zählten vor allem Ferenc Münnich, 1958 bis 1961 wird er das Amt eines ungarischen Ministerpräsidenten bekleiden[42], Károly Reiner, Béla Jaross, Imre Szilagyi, Ernö Lipsitz und Ernö Seidler, der wie Kun bereits vor dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges der Sozialdemokratie Ungarns angehörte. Die Vereinigung, welche nach Münnichs Erinnerungen mit Béla Kun eine entschieden marxistische Ausrichtung erhielt[43], versuchte in der Folge vor allem andere k.u.k. Soldaten zu beeinflussen. Diesbezüglich konnte sie schließlich gewisse Erfolge verzeichnen: Als in Tomsk zunächst die RSDRP in eine eigenständige menschewistische und bolschewistische Fraktion zerfiel, die Anhänger Lenins im lokalen Sowjet die Mehrheit errangen und schließlich am 6. Dezember (23. November) 1917 das alte Regime gestürzt wurde, vermochten sich die neuen Machthaber auch auf eine bereits bestehende sozialdemokratische Organisation im Kriegsgefangenenlager zu stützen.[44] Kuns Gruppe hatte für diese die offizielle Anerkennung durch die örtlichen Räte erreicht und schon ab September 1917 bei der Bewaffnung revolutionär gesinnter deutscher und österreichisch-ungarischer Soldaten geholfen.[45] Laut Münnich nahmen zwei Kriegsgefangenen-Einheiten in den Reihen der Roten Garde am unblutigen Aufstand in Tomsk teil.[46]

Deutsche, Österreicher und Ungarn waren aber auch in anderen Städten Sibiriens und des Urals mit den russischen Rotgardisten gemeinsam am Machtwechsel beteiligt: In Jekaterinburg hatten Parteiorganisationen der Bol'ševiki und Men'ševiki, die bei der Machtergreifung der Räte in den letzten Monaten des Jahres 1917 an vielen Orten zusammenarbeiteten, Kriegsgefangene bewaffnet. Gleiches geschah in Omsk und Krasnojarsk[47], wo sich das Sowjetregime schon in den ersten Novembertagen 1917 zu etablieren begann.

40 Völgyes, Hungarian Soviet Republic 5; Mihályhegyi 68.

41 Borsányi 42 und 46.

42 Lazitch/Drachkovitch, Biographical Dictionary 282.

43 Mihályhegyi 67.

44 Jósza, Ungarn und die ungarischen Bolschewiken 138.

45 Borsányi 47f.

46 Ebd. 48.; Striegnitz, Teilnahme ehemaliger deutscher Kriegsgefangener an der Oktoberrevolution 132.

47 Krammer 244.

Vor Ort mußte die RSDRP(b) allerdings augenblicklich die Autonomiebewegung im Auge behalten. Das zeigte sich bei einer Konferenz von Vertretern vorwiegend gemäßigter sozialistischer Kräfte in Tomsk zwischen dem 18. und 28. (5. und 15.) Dezember 1917. Diese sprachen sich für ein Regionalparlament mit einer autonomen Regierung Sibiriens aus, betonten aber das Recht der mit Jahresanfang 1918 zusammentretenden allrussischen Konstituierenden Versammlung zur Schaffung einer russischen Zentralmacht.[48]

Weiter östlich konnten die Parteigänger Lenins in den meisten Städten überhaupt erst zur Jahreswende 1917/18 die Regierungsgewalt übernehmen. Die Uneinigkeit der SRy zum einen und die straffe Organisation der Bol'ševiki zum anderen führten jedoch nach und nach die in der Regel friedliche Wende herbei: Im transbaikalischen Čita brachten die Frontheimkehrer den Umschwung zugunsten der RSDRP(b). In Chabarovsk wurde der dem Kabinett Kerenskij verpflichtete „Provisorische Regierungskommissar" verhaftet; der nachfolgende Dritte Kongreß der fernöstlichen Sowjets proklamierte die Autorität der Räte im gesamten russischen Fernen Osten.[49]

Zu Gefechten kam es demgegenüber in der Hauptstadt Ostsibiriens, dem westlich des Baikalsees gelegenen Irkutsk. Hier mußte sich die am 21. (8.) Oktober 1917 durch die Spaltung der lokalen Organisation der russischen Sozialdemokratie entstandene unabhängige bolschewistische Gruppierung, nachdem sie sich die Vorherrschaft in den Sowjets am 28. (15.) November gesichert hatte, gegen den Widerstand von Kosaken und Offizieren sowie den Kadetten zweier Militärschulen behaupten, wobei auch „Internationalisten" an den Kämpfen Anteil hatten.[50] „Es war in den Dezembertagen des Jahres 1917 gewesen. In der Garnison von Irkutsk waren einzelne Abteilungen bolschewistisch geworden, darunter die Artillerie", beschreibt der reichsdeutsche Offizier Günther Panstingl, der als kriegsgefangener Offizier einige Zeit später ins Baikalgebiet kam, die „Oktoberrevolution" in Ostsibirien mit deutlicher Verachtung für die Gefolgschaft Lenins.[51] „Verstärkt durch Zuzug von außen und durch das Gesindel [!] der Stadt selbst", setzt Panstingl fort, „zogen sie, um sich die Unterjochung der Stadt leichter zu machen, hinaus, besetzten ein paar Hügel und schossen [...] die Stadt mürbe. Am 17. Dezember drangen sie in die Stadt ein."[52] Die nachfolgenden Straßenkämpfe dauerten noch über das Monatsende hinaus an. Erst nach dem 4. Jänner 1918 konnte die Sowjetherrschaft verkündet und die militärische Machtübernahme durch den dritten Kongreß der ostsibirischen Sowjets bestätigt werden.[53]

48 Morley 35 und 72.
49 Ebd. 74f. und 80ff.
50 Ney 25f.
51 Weltegast 113.
52 Ebd.
53 Völgyes, Hungarian Prisoners of War 65; Morley 75.

Die Teilnahme vornehmlich ungarischer Soldaten an der Erhebung, die auch für Chabarovsk bezeugt ist[54], führte im übrigen unverzüglich zur Verbreitung von Gerüchten über eine großangelegte Rekrutierungskampagne der Bol'ševiki unter den vor allem im asiatischen Rußland befindlichen Soldaten der Zentralmächte.[55] Derartige Spekulationen griffen zum Teil sogar Entente-Beobachter bereitwillig auf, als sich unter anderem die Lage in Vladivostok zuspitzte. Dort rief der wachsende Einfluß der RSDRP(b) Japan und die Westmächte schon angesichts der im Hafen lagernden Kriegslieferungen für die bisherige Petrograder Regierung auf den Plan.[56] Schließlich protestierte China gegen die vermeintlichen Gefangenen-Streitkräfte an der Seite der Bol'ševiki, nachdem seine Truppen mit alliierter Rückendeckung das bislang russisch kontrollierte Charbin besetzt und die Stadt damit dem bolschewistischen Einfluß entzogen hatten.[57]

Stärker als in Sibirien dürften die in russische Gefangenschaft geratenen Angehörigen der deutschen, österreichisch-ungarischen, osmanischen und bulgarischen Armeen allerdings in die politische Entwicklung Mittelasiens im Herbst 1917 involviert gewesen sein.[58] Hier hatten sich die Spannungen schon ab September verschärft. Nachdem Nachrichten über den Konflikt zwischen Kerenskij und General Kornilov auch in *Turkestan* verbreitet worden waren, entschieden sich die radikalen sozialistischen Gruppierungen im neugewählten Taschkenter Arbeiter- und Soldatenrat zum Aufstand. Die Koalition aus linken Sozialisten-Revolutionären, Men'ševiki und der noch relativ schwachen bolschewistischen Organisation Mittelasiens mißlang allerdings. Sowohl Vertretern der Provisorischen Regierung als auch Führern der lokalen muslimischen Organisationen gelang es, in die Provinz Ferghana auszuweichen, um Unterstützung durch antisowjetische Kräfte in Skobelev und Kokand anzufordern. Zugleich konnten Teile der Taškenter Garnison für eine Aktion gegen die Erhebung im Namen der Räte gewonnen werden.[59]

Fritz Willfort, von Beruf Bauingenieur, „war zu Beginn des Krieges als Reserveoffizier eingerückt und nur wenige Tage später in russische Gefangenschaft geraten".[60] Den Kampf zwischen pro- und antisowjetischen Gruppen, der am (29.) 16. September 1917 noch einmal zugunsten der Anhänger Kerenskijs entschieden wurde, erlebte Willfort im

54 Ebd.

55 Siehe: Unterberger, The United States, Revolutionary Russia and the Rise of Czechoslovakia 140f.; vgl. Noulens 79.

56 Kennan, The Decision to Intervene 95-101; Morley 38ff.

57 Morley 40–48, 76–82 und 110–113.

58 Laut Völgyes nahmen unter anderen ungarische Kriegsgefangene an der Erhebung der Räte in den Gebieten des heutigen Uzbekistan teil. – Völgyes, Hungarian Prisoners of War 65.

59 Zenkovsky 230.

60 Janata 18.

Lager Skobelev. In seinem Tagebuch hielt er fest: „Der Arbeiter- und Soldatenrat hatte ein Massenmeeting zur Beurteilung der Frage einberufen, ob er nicht selbst die Regierung in die Hand nehmen solle; der Vorschlag fand ungeteilten Beifall, der provisorischen Regierung wurde das schärfste Mißtrauen ausgesprochen und eine neue Regierung mit einem Oberleutnant an der Spitze gebildet. [...] Die Mitglieder der provisorischen Regierung verließen fluchtartig Taschkent, ein Teil ging nach Samarkand, der größere nach Skobelev, das vorübergehend Sitz der Turkestaner Regierung wurde. [...] Kerenskij gab Befehl nach Skobelev, die frühere Regierung in Taschkent um jeden Preis, innerhalb 24 Stunden, wieder zur Herrschaft zu bringen, und wenn nicht anders möglich, mit den schärfsten militärischen Maßnahmen, mit Hilfe von Kanonen und Maschinengewehren. Aber auch dieser ‚Zwischenfall' schien wieder vorüberzugehen, ebenso wie der groß angelegte allrussische Eisenbahnerstreik, der die zweite Oktoberwoche gewährt hatte."[61]

Wenige Tage danach kamen die Nachrichten vom Umsturz in Petrograd und von der neuen Sowjetregierung unter Lenin. Die linkssozialistische Koalition des Taškenter Sowjets griff erneut nach der Macht in Mittelasien. Rote Garden und einige Soldaten der regulären Truppen aus dem in der Stadt stationierten ersten und zweiten sibirischen Regiment schlugen im Namen der Räte los. Generalkommissar Korovničenko, „der Befehlshaber des Artillerie-Regimentes, der Offiziersschule, der Kavallerie-Brigade und der Kosaken-Regimenter", befahl das Feuer gegen die Aufständischen zu eröffnen.[62]

Daß in die folgenden blutigen Auseinandersetzungen eine größere Zahl von Kriegsgefangenen verwickelt wurde, ist unter anderem den Aufzeichnungen von Fritz Willfort zu entnehmen. „In Taschkent", heißt es bei Willfort, „kam es zu wütenden Kämpfen, über deren Verlauf wir von unseren Taschkenter Kameraden Nachricht erhielten. Durch das Eisenbahnerstreikkomitee wurde auch hier jedes Herannahen von Truppen zur Hauptstadt des Landes mit der Waffe verhindert, und nur jene durchgelassen, die sich zu den Bolschewiken bekannten. Die Bahnlinie gegen Tschernjajewo, die Abzweigung gegen Samarkand und die Bahn gegen Namargan wurden zerstört, die Brücke über den Syr Daria unbrauchbar gemacht; [...] Taschkent ist vollständig blockiert, die früheren Regierungstruppen haben sich in der Festung eingeschlossen, die von den Rotarmisten belagert wird. Artillerie- und Maschinengewehrfeuer bestreicht die ganze Stadt, der Bahnhof, die Spitäler und Kasernen sind schwer beschädigt, in den Straßen sind Maschinengewehre aufgestellt, an Barrikaden tobt der erbittertste Kampf. Leider sind nach Berichten auch Hunderte der Unsrigen in den Kämpfen ums Leben gekommen."[63]

61 Willfort 116.

62 Hajit 72.

63 Willfort 118.

Obwohl aufgrund der dramatischen Ereignisse sowie des weitgehenden Zusammenbruchs der Kommunikationssysteme aufgebauschte Meldungen zu den Vorgängen in Taškent und übertriebene Angaben zur Zahl der verwundeten beziehungsweise getöteten Vierbundsoldaten die Runde machten, werden Willforts Notizen über die in einigen Fällen sogar maßgebliche Beteiligung deutscher und österreichisch-ungarischer Armeeangehöriger an den heftigen Gefechten bestätigt. So weist etwa der k.u.k. Unteroffizier Franz Praeg, der ebenfalls den Machtwechsel in Turkestan erlebte, auf die „blutigen Schlachten in Taschkent" hin, „wobei", wie er in seinen Memoiren aus dem Jahre 1925 ausführt, „viele Kriegsgefangene auf beiden Seiten mitfochten und meist die Bolschewiki als Sieger hervorgingen".[64] Noch näher am Geschehen war der steirische Infanterist Rudolf Köstenberger, der die erbitterten Kämpfe als Augenzeuge erlebte. Mit anderen Gefangenen beobachtete er von seinem Unterbringungsort aus die Vorgänge in einer nahegelegenen Kosakenkaserne, „welche von den Rottruppen heftig beschossen wurde. Auf der Straße vor dem Offizierslager", so Köstenberger weiter, „war eine Batterie aufgestellt, welche Tag und Nacht die Festung beschoß, wohin sich die Weiße Garde geflüchtet hatte."[65]

Dort war in der Zwischenzeit auch Artillerie zum Einsatz gekommen. Das berichtete der aus Siebenbürgen stammende Einjährig-Freiwillige[66] Michael Walesch, welcher sich zu dieser Zeit in Taškent befand: „Am dritten Tage setzt auch Kanonendonner ein. Nach dem dritten Schuß herrscht peinliche Stille! Was ist geschehen? Das ‚Volk' hat […] Kosaken […] und Offiziere in die ‚Festung' gedrängt. Dort ist ein Munitionsdepot. Ergeben sie sich nicht, so zündet der vierte Kanonenschuß im Munitionsdepot, ließen sie ihnen sagen. Kriegsgefangene Artilleristen bedienten die Kanone und trafen die vorherbestimmten Punkte so genau, daß […] die weiße Fahne gehißt wurde."[67]

Der Widerstand antisowjetischer Truppen brach indessen vor allem wegen der sinkenden Moral ihrer Soldaten zusammen. General Korovničenko war nicht mehr in der Lage, „die Regimenter tatkräftig zum Einsatz zu führen. Er wurde am 14. November 1917 verhaftet."[68] In den Tagen danach verfolgte auch Michael Walesch die Begräbnisfeierlichkeiten für die Gefallenen. An Kopfbedeckungen der Toten, die auf deren Särge genagelt waren, erkannte Walesch österreichisch-ungarische Uniformen: Mit den einheimischen

64 Praeg, Kriegsgefangen in asiatischen Steppen 188.

65 Köstenberger, Erlebnisse beim Umsturz 1917 in Taschkent 315; ders., Sechs Jahre in Turkestan 33f.

66 Statt des dreijährigen Präsenzdienstes konnten in der österreichisch-ungarischen Monarchie jene, die Realschulen, Gymnasien und Universitäten besuchten, das Einjährig-Freiwilligen-Jahr absolvieren und Reserve-Offizier werden; dafür entschieden sich viele auch deshalb, weil der Staat bereit war, die Kosten (Equipierung) zu decken. – Rutkowski, Kundschafterdienst (Die Reise des Leutnants der Reserve Leopold Landsperger) 16.

67 Walesch 37.

68 Hajit 72.

Opfern trug man sowohl Kriegsgefangene, die zwischen die Fronten geraten und von verirrten Kugeln getroffen worden waren, zu Grabe als auch Deutsche, Österreicher und Ungarn, die in den Reihen der Roten Garden gekämpft hatten.[69] Für Walesch blieb das Eingreifen einiger seiner „Kameraden" in die Parteienkämpfe eines „fremden Landes" unverständlich.[70]

Die meisten Gefangenen aber hatten, ähnlich wie der Großteil der Einheimischen, ohnehin wenig mit den innerrussischen Konflikten und der Errichtung einer zunächst fast ausschließlich auf Taškent beschränkten Rätemacht zu tun, welche nach wie vor eine – im Gegensatz zur schlecht organisierten bolschewistischen Fraktion – starke Gruppierung der linken SRy leitete[71] und von Anfang an durch eine ernstzunehmende Opposition herausgefordert wurde. Schon in den ersten Monaten ihrer Herrschaft mußten sich die Repräsentanten der „Oktoberrevolution" in Mittelasien gegen die nationale muslimische Bewegung, die in der Stadt Kokand eine „autonome Republik" ausrief, und die vom südlichen Ural aus operierenden Kosaken des Generals Dutov, dessen Aktionen auf längere Zeit die direkte Verbindung zwischen Taškent und Moskau unterbrachen, zur Wehr setzen.[72]

Angesichts solcher Verhältnisse suchte nicht bloß das „Sowjetregime" in Turkestan weitere Verbündete unter den Soldaten der Zentralmächte. Zusätzlich zu den „Internationalisten" aus dem Hohenzollernreich und der Donaumonarchie, die an der Errichtung der Rätemacht in verschiedenen Gebieten des früheren Zarenreiches mitgewirkt hatten und unter denen eine kleine Gruppe explizit der RSDRP(b) zuneigte, war die Unterstützung einer wesentlich größeren Gruppe gefragt. Da die *Friedensparolen* Lenins ihre Wirkung auf das Gros der Deutschen, Österreicher und Ungarn, die sich vom Abschluß der Kampfhandlungen zwischen Rußland und dem Vierbund eine baldige *Heimkehr* erwarten durften, nicht verfehlten, konnten die Rätebewegung im allgemeinen und die Bol'ševiki im speziellen auf Zuspruch und Hilfe seitens der im Regelfall bislang unbeteiligten Kriegsgefangenen hoffen.

Letztere setzten in der Tat auf die neuen Machthaber in Petrograd, von denen sie sich, wie etwa Franz Praeg, die „Beendigung des Krieges" und die „Freiheit für die Gefangenen" erwarteten.[73] Überschwenglich wurde die Nachricht vom *Sturz der Provisorischen Regierung* sowohl von Österreichern als auch von Russen in Samara aufgenommen. Leopold Ehrenstein, seit dem Fall der Festung Przemyśl im Frühjahr 1915 in Gefangenschaft, erin-

69 Walesch 37.
70 Ebd.
71 Zenkovsky 231.
72 Ebd.; Hajit 75ff.
73 Praeg, Kriegsgefangen in asiatischen Steppen 188; vgl. Zeisel 98.

nert sich: „Wir wußten uns das geänderte Benehmen vorerst nicht recht zu erklären, aber bald wurde alles klar. In Petersburg und Moskau war die Revolution, Kerenski und die Seinen wurden verjagt [...]. Wie war das nur möglich? Wir stürzten auf die Zeitungsstände und verschlangen die Buchstaben. Da stand es tatsächlich schwarz auf weiß. [...] Die Regierung in den Händen der Bolschewiken, die ein uns gänzlich unbekannter Lenin führte. ‚Er kam aus Deutschland', flüsterten uns russische Soldaten zu. Frieden!? Wir konnten es nicht fassen. Wir waren verrückt geworden, alle, alle! Wir umarmten die Russen, sie uns. Wir sangen, die Russen auch, wir tanzten, die russischen Soldaten mit uns. In manchen kleinen Stationen standen Menschen, die mit roten Fahnen winkten und ohrenbetäubenden Lärm schlugen, aus dem immer nur der Ruf: ‚Es lebe die Sowjetrepublik' vernehmbar war."[74]

Die gemeinsamen Interessen der Einheimischen, insbesondere der unzähligen „Bauern im Soldatenrock", sowie der in Rußland befindlichen Angehörigen der deutschen, bulgarischen, österreichisch-ungarischen und osmanischen Armeen waren freilich nicht erst im Oktober und November 1917 zum Ausdruck gebracht worden. Schon vor einigen Monaten hatte man mit einem baldigen Ende der Kampfhandlungen gerechnet, als sich in der „*Februarrevolution*" die Bedürfnisse der Kriegsgefangenen und des überwiegenden Teiles der Bevölkerung manifestierten.[75] „Jetzt gab es für uns nur ein einziges Ereignis: ein baldiger gerechter Friede und eine gerechte Heimkehr!", notierte zum Beispiel Richard Zeisel, damals Gefangener im sibirischen Antipicha, in seinem Tagebuch.[76] Rudolf Völker beobachtete in Turkestan die Reaktion seiner Bewacher auf die Meldungen aus der Hauptstadt. „Das Jahr 1917", so Völker, „brachte ein bedeutendes Ereignis. Es war im März dieses Jahres, als eines Morgens alle russischen Soldaten des Lagers ihre Kokarden mit einem roten Tuche übernäht hatten. Mit wichtiger Miene erzählten sie uns, daß das Väterchen, der Zar, gestürzt und Rußland nun ein Freistaat sei [...], der Friede werde jetzt bestimmt kommen, ein goldenes Zeitalter werde anbrechen und auch uns werde es gut ergehen und bald würden wir heimfahren können."[77]

Die neue, bessere Zeit aber blieb aus. Die Provisorische Regierung stand für die Fortführung des Krieges. Die offiziellen Stellen Rußlands traten vielfach für eine restriktivere Kriegsgefangenenpolitik ein[78], obwohl es den Petersburger Zentralinstanzen mit der wach-

74 Ehrenstein 106.

75 Rauchensteiner 441; vgl. Vogel 16.

76 Zeisel 86.

77 Völker 94.

78 GARF, f.1235, op. 78, d. 84; Brändström, Unter Kriegsgefangenen 108; Streeruwitz, Umsturz in Rußland und Kriegsgefangene 269; Pardon/Shurawljow, Bd. 1, 4; Striegnitz, Teilnahme ehemaliger deutscher Kriegsgefangener an der Oktoberrevolution 131.

senden politischen und sozialen Krise im Land auch diesbezüglich an Durchschlagskraft mangelte.[79] Letztlich konnten in der Phase der „Doppelherrschaft" von Räteorganen und Regierungsbehörden die gemeinsamen Zielsetzungen weiter Kreise der russischen Gesellschaft und der in Gefangenschaft befindlichen Soldaten der Mittelmächte deutlicher als bisher artikuliert werden. Proteste gegen das aus der „Februarrevolution" hervorgegangene Regime und die härter werdenden Lebensbedingungen machten sich unter anderem bei gemeinsamen Kundgebungen der russischen Arbeiterschaft und der Kriegsgefangenen bemerkbar; Kontakte zur revolutionären Bewegung wurden intensiviert.[80]

Die Lage der Zivilbevölkerung hatte sich indessen gleichfalls in *Deutschland und Österreich-Ungarn* verschlechtert.[81] Davon waren auch Armeeangehörige aus den Ententeländern betroffen, insbesondere russische Kriegsgefangene, welche ebenso wie die „in Feindeshand" befindlichen Soldaten der Mittelmächte auf den diversen Arbeitsstätten die Stimmung im Hinterland kennenlernten.[82] Zur prekären politischen und sozialen Situation in nahezu allen Regionen Mittel- und Osteuropas kam noch die Unzufriedenheit mit der Gefangenenfürsorge durch offizielle und private Einrichtungen, sowohl der Donaumonarchie als auch des Romanovreiches.[83] Als sich die Nachricht von den revolutionären Ereignissen in Petersburg sowie der „Absetzung von Nikolaus II. und der Einsetzung einer demokratischen Regierung" verbreitete, wurden die Neuigkeiten auch von der Mehrzahl der im Bereich der Mittelmächte festgehaltenen „Kämpfer der Zarenarmee" mit „Genugtuung und Zustimmung" aufgenommen.[84] Exemplarisch für das *Verhalten der russischen Gefangenen* berichtete die deutsche Heeresverwaltung etwa über die Situation im Lager Bautzen: „Von der ersten Stunde an konnte man an den Gesichtern der Kriegsgefangenen die Freude sehen. Alle [...] sind einstimmig darüber erfreut, daß die nur durch Gold bestechbare bisherige Regierung hinter Schloß und Riegel sitzt."[85]

Auch in den Lagern der k.u.k. Monarchie überwog unter den russischen Gefangenen „Enthusiasmus" und „hohe Befriedigung" angesichts der Umwälzung in der Heimat.[86] Was die Lagerkommandanten in ihren „Wahrnehmungen über die Wirkung der russischen Revolution" allerdings überraschte, war die Haltung der zaristischen Offiziere. Diese, wel-

79 Leidinger, Zwischen Kaiserreich und Rätemacht 58f.

80 Pardon/Shurawljow, Bd. 1, 3; Striegnitz, Teilnahme ehemaliger deutscher Kriegsgefangener an der Oktoberrevolution 131.

81 Williams, Russian War Prisoners 272.

82 Zelt, Die politische Arbeit unter russischen Kriegsgefangenen 572f.

83 Sergeev, Kriegsgefangenschaft und Mentalitäten 361f.

84 Auerbach 282.

85 Zit. nach Auerbach 282.

86 ÖSTA/KA, KM/10. Abt./Kgf. 1917: 10-18/111.

che Informationen über die politische Wende in der russischen Hauptstadt oft auch aus der Presse der Gewahrsamsmächte bezogen hatten, bekundeten an zahlreichen Unterbringungsorten gegenüber ihren Bewachern ihre Begeisterung für die „Beseitigung der alten Regierung". Dabei legten vor allem die Jüngeren jene Ablehnung des alten Herrschaftssystems an den Tag, die für einen beträchtlichen Teil der wohlhabenderen, gebildeteren und nicht zuletzt urbanen Gesellschaftsschichten Rußlands beispielhaft war.[87] Generationsbedingte Gegensätze in der Beurteilung der Februar- beziehungsweise Märzereignisse ortete auch V. Dmitriev, der im böhmischen Gefangenenlager Josefstadt die Reaktion von Mannschaftsangehörigen der russischen Armee erlebte. „An einem Märzabend", so Dmitriev, „hörten wir, daß das Väterchen Zar davongejagt worden war. Die Jugend nahm die Nachricht überwiegend positiv auf. Die Älteren aber, vor allem aus Sibirien, hielten alles für eine Lüge der Österreicher und blieben argwöhnisch."[88]

Als sich mit den Details über die innerrussischen Entwicklungen die Zweifel zerstreuten, zeigte sich, daß die Revolution in Petrograd nicht nur die Hoffnung auf Frieden und ehestmögliche Repatriierung, sondern auch sozialkritische Diskussionen unter den Kriegsgefangenen entfachte. Vieles spricht dafür, daß sich ihre Weltanschauung irreversibel veränderte. „Der Gesinnungswandel von Millionen, die die Schrecken des Krieges und der Gefangenschaft erlebt hatten", trat auch bei den gefangenen Russen durch eine zunehmende Ideologisierung ihrer Werthaltungen zutage.[89] Neben dem Wunsch, in die „Heimat zu den eigenen Familien" zurückkehren zu können, wurde unter russischen gleichermaßen wie unter deutschen und österreichisch-ungarischen Gefangenen verstärkt Opposition gegen die tristen Lebensverhältnisse spürbar.[90] Politische Debatten beherrschten das Lagerleben in bislang unbekannter Weise. Widerspruch und Widerstand im Hinterland begannen die Soldaten in der „Gewalt des Gegners" zu beeinflussen.[91] Bei den in der Habsburgermonarchie und im Deutschen Reich festgehaltenen Angehörigen der Zarenarmee zeigten außerdem Meldungen über die geplante russische Agrarreform ihre Wirkung. Schon vor der Machtergreifung der Bol'ševiki verbreitete sich die Nachricht von grundlegenden Änderungen der Besitzverhältnisse in den landwirtschaftlich genutzten Gebieten Rußlands wie ein Lauffeuer unter den Kriegsgefangenen im Einflußbereich der Zentralmächte. Russischsprachige Zeitungen, von den Militärbehörden Deutschlands und Österreich-Ungarns unter anderem in den Lagern verteilt, leisteten in dieser Hinsicht einen wichtigen Beitrag. Die k.u.k. Heeresverwaltung mußte freilich bald erkennen, daß

87 Auerbach 282f.

88 Dmitriev 31f. Über die Reaktionen russischer Kriegsgefangener in österreichisch-ungarischen Lagern: ÖSTA/KA, KM/10. Abt./Kgf. 1917: 10-18/111.

89 Sergeev, Kriegsgefangenschaft und Mentalitäten 362.

90 Hautmann, Rätebewegung 179.

91 Dmitriev 35.

die Folgen einer solchen Berichterstattung den Eigeninteressen widersprachen. In einem Schreiben an das Wiener Kriegsministerium wandte sich das Armeeoberkommando deshalb mit deutlichen Worten gegen derartige Veröffentlichungen. „In letzter Zeit", konstatierte das AOK am 24. Juni 1917, „häufen sich trotz strenger Bewachungsmaßnahmen die Entweichungen der Kriegsgefangenen und erreichen bereits eine ziemlich hohe Zahl. Ebenso ereignen sich auch Fälle von Arbeitsverweigerungen der Kriegsgefangenen, die mit der Zeit einen bedrohlichen Charakter annehmen könnten. [...] Die eingeleiteten Nachforschungen haben ergeben, daß beide Erscheinungen zum nicht geringen Teil ihre Ursache in Notizen der Kriegsgefangenen-Zeitung ‚Nedelja'[92] haben [...]. In zahlreichen Fällen wurde festgestellt, daß die [...] Auffassung über die bevorstehende Güterverteilung in Rußland, die in der genannten Zeitung erörtert wurde, viele Kriegsgefangene, in der Befürchtung zur Verteilung zu spät zu kommen, zur Flucht veranlaßt."[93] Die österreichisch-ungarische Armeeführung hatte sich dementsprechend schon vor der „Oktoberrevolution" und dem berühmten Landdekret vom 8. 11. (26. 10) mit einer massiven Wirkung der Umwälzungen in Rußland auseinanderzusetzen. Ein Prozeß war eingeleitet worden, der durch das Ende der Kerenskij-Regierung und die ersten Aktivitäten des Sowjetregimes nur noch verstärkt wurde, wie die spärlichen Berichte über die Reaktion der im Bereich der Mittelmächte befindlichen Russen auf den neuerlichen Machtwechsel „in ihrer Heimat gegen Jahresende 1917" beweisen.[94]

Von den Folgen des totalen, industrialisierten „Schlachtens" desillusioniert, waren zahlreiche Gefangene auf dem Territorium des ehemaligen Zarenreiches und in den Gebieten der Zentralstaaten ebenso vom Zerfall der bisherigen Herrschaftsformen und der Notwendigkeit radikaler gesellschaftlicher Umbrüche überzeugt wie viele Soldaten im Feld und Zivilisten im Hinterland. Die Bol'ševiki durften hoffen, unter den Kriegsgefangenen nicht allein kurzfristig Verbündete aufgrund der Friedensparolen zu finden. Eine tiefergehende und längerwährende Allianz mit den „Werktätigen in Feindeshand" sollte angestrebt, die „politische Arbeit" unter ihnen intensiviert werden, nachdem der ohnehin fragile „Gemeinschaftssinn" der „Gefangenenmassen" in drei Kriegsjahren so brüchig geworden war wie die alte Ordnung selbst. Erlebnisse an der Front und in Gewahrsam

92 Diese vom k.u.k. Kriegsministerium herausgegebene russischsprachige Zeitung für die Gefangenen aus dem Zarenreich enthielt nicht nur Informationen über die Ereignisse in Rußland, sondern auch über die politische, kulturelle und wirtschaftliche Entwicklung der Doppelmonarchie. Sie sollte einer „zweckmäßigen Propaganda auf gemäßigter Basis mit Vermeidung aller Übertreibungen" dienen. Die erste Nummer der Zeitung erschien im Sommer 1916. – Vgl. u. a.: ÖSTA/KA, KM/10. Abt./Kgf. 1917: 10-66/18.

93 ÖSTA/KA, KM/10. Abt./Kgf. 1917: 10-66/2-221.

94 Dazu unter anderem: Grinštejn 118; Dmitriev 41f.

gegnerischer Truppen, wachsende soziale Spannungen in den Lagern, nationale Gegensätze, die von den militärischen und zivilen Kommandostellen der kriegführenden Staaten nicht selten geschürt wurden, sowie die Eingliederung der „Kämpfer hinter Stacheldraht" in die wachsende Protestbewegung der Kriegsgesellschaften schienen die Grundlagen hierfür geschaffen zu haben.

[illegible] Entwicklungen der Kriegsgefangenen und [illegible] auch Fälle von Arbeitsverweigerungen der Kriegsgefangenen, die mit der Zeit einen [illegible] Charakter annehmen können. [...] Die eingehenden Nachforschungen haben ergeben, daß beide Erscheinungen zum nicht geringen Teil [illegible] [...] [illegible]

[illegible]

[illegible]

ARMEEN ZERFALLEN

Gefangenschaft in Mittel- und Osteuropa 1914–1917

MOBILMACHUNG, FRONTEINSATZ, GEFANGENNAHME

August 1914: Unerwartet rasch begab sich Europa auf Kriegskurs. Mochten die Regierungen angesichts tiefgreifender sozialer und politischer Konflikte in nahezu allen Gesellschaftsbereichen der Jahrhundertwende mit beträchtlichem Widerstand rechnen, so wurden sie nun, nicht selten zu ihrer eigenen Überraschung, eines „Besseren" belehrt.[1] Von Paris und London über Wien und Berlin bis Petersburg und Moskau beherrschten patriotische Kundgebungen die von martialischem Gehabe, Siegesgewißheit und nationalem Gemeinschaftsgefühl geprägte Szenerie. Selbst in der Hauptstadt des Zarenreiches konnte ein wenig gelittener Monarch die stürmischen Ovationen der auf dem Platz vor dem Winterpalais versammelten Menge entgegennehmen. Was kürzlich noch Rußland entzweite, schien mit einem Male aus der Welt geschafft.[2] Das „einigende Band des Vaterlandes" ließ zur selben Zeit die Untertanen der Hohenzollern zusammenrücken. Der Satz Wilhelms II., am Abend des 1. August den Zehntausenden auf dem Berliner Schloßplatz entgegengerufen, er ‚kenne keine Parteien und auch keine Konfessionen mehr', beseitigte für einen unvergeßlichen Augenblick vielfältige Schranken, bereitete „mit einem Zauberschlage" generationenalten Frontstellungen, „der sprichwörtlichen deutschen Zwietracht, ein Ende".[3] Wien war indessen gleichfalls von „patriotischer Fröhlichkeit" erfaßt worden. Unter den Klängen des Radetzkymarsches zogen die ersten Regimenter zu den Bahnhöfen, begleitet von jubelnden Passanten, ein „Tanz im Freien, ein festlicher Anlaß im Sonnenschein", Szenen, die sich in ähnlicher Weise auf dem Champs Elysées und dem Picadilly Circus abspielten.[4]

Militarismus und Paternalismus als Grundlagen eines männlichen Selbstwertgefühls, für selbstverständlich gehalten und nicht allein in der schulischen Erziehung über Jahrzehnte als Tugenden vorgeführt, taten ihr übriges, um den Soldaten den kommenden Waffengang zu erleichtern. Hatten schon die Heere der Kontinentalmächte kaum Schwierig-

1 Ferguson 218f.
2 Metternich 234.
3 Fest 99.
4 Morton 298.

keiten, die einzelnen Truppenverbände an die Fronten zu dirigieren[5], so lieferte Großbritannien ein besonderes Beispiel für die *Kriegsbereitschaft* junger Männer. Im gesamten Empire „wurde die Militärdienstpflicht nicht vor Beginn des Jahres 1916 eingeführt. Alle, die vorher in das Heer eintraten, taten dies freiwillig. Am 25. August 1914 verkündete [Kriegsminister] Kitchener seine Ziele für die Rekrutierung von Freiwilligen: Er verlangte zunächst 30 Divisionen, und diese Zahl stieg ständig an, bis sie ein Jahr später bei 70 angelegt war. Die Gesamtzahl der Männer, die er in den ersten Monaten des Krieges benötigte, betrug 200.000. Es meldeten sich jedoch nicht weniger als 300.000."[6] Überall drängte, so schien es, vor allem die Jugend auf das „Feld der Ehre", nicht selten „verführt" von diversen Klischees über das Wesen des Krieges.

Mit Recht haben geschichtswissenschaftliche Arbeiten über den Ersten Weltkrieg die Begeisterung für den „erlösenden Waffengang" als einen dominierenden Faktor im Sommer 1914 in den Mittelpunkt gerückt, als Phänomen, das den Weg in die Katastrophe ebnete. Dennoch entwerfen Historiker seit geraumer Zeit ein differenzierteres Bild von den gesellschaftlichen Verhältnissen jener Tage.[7] Zwar scheint etwa das Schicksal des französischen Sozialisten Jean Jaurès, der sein Engagement für die Ideale der zusammenbre-

---

5 Rauchensteiner 100–105; Ferguson 235.

6 Ferguson 236.

7 Vgl. die Ausführungen von Volker Ullrich: „Ein ‚Augusterlebnis' im Sinne einer alle Bevölkerungsschichten gleichermaßen erfassenden und mobilisierenden begeisterten Zustimmung zum Krieg hat es nicht gegeben. Es war ein Wunschbild, das in der zeitgenössischen Rhetorik der Kriegsapologeten beschworen, in der revisionistischen Nachkriegsliteratur ausgemalt sowie von der konservativen Geschichtsschreibung gern und ungeprüft übernommen wurde. In Wirklichkeit waren die Reaktionen [...] sehr viel komplizierter und widersprüchlicher." – Ullrich, Volker: Vom Augusterlebnis zur Novemberrevolution. Beiträge zur Sozialgeschichte Hamburgs und Norddeutschlands im Ersten Weltkrieg 1914–1918. Bremen 1999, 9. Dazu außerdem: Verhey, Jeffrey: Der „Geist von 1914" und die Erfindung der Volksgemeinschaft. Hamburg 2000, 18 f.
Hinterfragt wird der Topos der „Kriegsbegeisterung" unter anderem in: Linden, Marcel van/Mergner, Gottfried (Hgg.): Kriegsbegeisterung und mentale Kriegsvorbereitung. Berlin 1991. Vom „Mythos" der Kriegsbegeisterung spricht beispielsweise auch Niall Ferguson in seinem erfolgreichen und von Historikern wie Ian Kershaw geschätzten, aber umstrittenen Buch „Der falsche Krieg".– Vgl.:Ferguson, Niall: Der falsche Krieg: Der Erste Weltkrieg und das 20. Jahrhundert. Stuttgart 1999, 216–245. Ferguson's Verdienst liegt im zumindest angekündigten Versuch einer Neuinterpretation verfestigter Geschichtsbilder betreffend den Ersten Weltkrieg, ansonsten ist jedoch dem Urteil Benjamin Ziemanns über Ferguson's Werk weitgehend zu folgen, wenn er von einer „vollmündigen Melange aus Halbwahrheiten, mangelnder Quellenkritik und abwegigen Spekulationen" spricht. Die erwähnten Publikationen von van der Linden/Mergner und Verhey bieten hier eine wesentlich solidere Basis. In diesem Sinne verwenden die Verfasser, die im Zusammenhang mit dieser Thematik die Notwendigkeit einer differenzierten Betrachtungsweise unterstreichen möchten, Fergusons Arbeit als „Steinbruch" für eigene Überlegungen, verwehren sich aber gegen eine simplifizierende Darstellungsweise der Problematik. – Vgl.: Ziemann, Benjamin: Enttäuschte Erwar-

chenden II. Internationale mit dem Leben bezahlte[8], die durch nationale und martialische Bekenntnisse aufgeheizte Stimmung eher zu bestätigen, dennoch waren Sozialdemokraten, die von der Parteilinie abwichen, „nicht ohne Rückhalt in der Bevölkerung".[9] Hatte Lenin einmal mehr eine kaum konsensfähige Position eingenommen und die „Umwandlung des imperialistischen Krieges in einen Bürgerkrieg" verlangt[10], so fühlten sich die meisten Gegner der beginnenden Kampfhandlungen einem prinzipiellen Pazifismus verpflichtet: In Deutschland konnte die Gruppe um Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Franz Mehring und Clara Zetkin mit ihrer Mißbilligung der offiziellen SPD-Politik stetig an Einfluß gewinnen. In Frankreich wurden die Gewerkschaften zum Brandherd der Opposition und auch in Serbien verweigerten SD-Abgeordnete die Zustimmung zu den Kriegsanleihen. In den neutralen Staaten wie Italien und Bulgarien bezogen sozialistische Parteien auch dann noch mehrheitlich für den Frieden Stellung, als sich ihre Länder zum Kriegseintritt entschlossen.[11]

Bedeutender aber als die Kriegsgegner der „ersten Stunde" aus den Reihen politischer Funktionäre, deren Widerstand die Burgfriedenspolitik der „Mehrheitssozialisten" europäischer Großmächte nicht aufzuwiegen vermochte, war das Verhalten weiter Kreise der Bevölkerung, die nicht in den Chor der enthusiastischen Kriegsbefürworter einstimmten. Französische Historiker haben etwa Reaktionen auf die Nachricht von der Mobilmachung in mehr als dreihundert Gemeinden des Departement Charente untersucht. Sie kamen zu dem Ergebnis, daß die Formulierungen zur Beschreibung der allgemeinen Stimmung zu „57 Prozent negativ sowie zu 20 Prozent ‚ruhig und gelassen' waren und nur 23 Prozent eine patriotische Begeisterung zum Ausdruck brachten".[12]

Der „Massencharakter" der Kriegsbegeisterung bedarf sicherlich einer Analyse. In diesem Zusammenhang geht es nicht nur um das Problem der Quantifizierbarkeit, sondern grundsätzlich um die Polyvalenz des Begriffes „Kriegsbegeisterung"[13]. Doch die Kriegspropaganda setzte sich über notwendige Abstufungen in der Beurteilung der „Volksmeinung" hinweg. In Deutschland beschwor man das „Augusterlebnis" gerade dann, wenn sich Zweifel am eingeschlagenen Kurs regten. „Das Narrativ vom ‚Geist von 1914' fand nicht nur deshalb so breite Akzeptanz, weil es dem Bedürfnis entsprach, die Ursprünge

---

tung und kollektive Erschöpfung. Die deutschen Soldaten an der Westfront 1918 auf dem Weg zur Revolution. In: Duppler, Jörg/Groß, Gerhard P. (Hgg.): Kriegsende 1918. Ereignis, Wirkung, Nachwirkung. München 1999, 165–182, 181.

8 Andics, Der Untergang der Donaumonarchie 122f.

9 Ferguson 221.

10 Hájek/Mejdrová 14.

11 Ebd.; Avakumović 15f.; Karchmar, Communism in Bulgaria 236.

12 Ferguson 227.

13 Vgl. Verhey, Der Geist von 1914.

und die Natur der deutschen Volksgemeinschaft zu verstehen, sondern weil es auch Teil der Strategie wurde, die zum Sieg führen sollte. In der Kriegspropaganda war der Mythos vom ‚Geist von 1914' ein Mittel, um Begeisterung zu wecken."[14]

Doch bei allen Schwierigkeiten, denen sich die Geschichtsschreibung gegenübersieht, wenn es darum geht, der Stimmung der Menschen in diesem Sommer vor Kriegsausbruch in ihrer Vielfalt gerecht werden zu können, sind einige „Besonderheiten" nicht zu umgehen: Auffällig ist zweifelsohne der Zuspruch des europäischen Bildungsbürgertums zur bevorstehenden militärischen Auseinandersetzung. Hatten die intellektuellen Eliten auf eine „Läuterung" durch das kommende „Stahlbad" gesetzt, so stellten vorwiegend die urbanen Mittelschichten das Gros der vom „Hochgefühl erfaßten Massen", welche den Ausbruch des Krieges freudig begrüßten und dann auch als Freiwillige zu den Ersatzkörpern ihrer Armeen strömten.[15]

Die Begeisterung über die bevorstehenden Kampfhandlungen hielt sich hingegen beispielsweise in der österreichischen Arbeiterschaft offenbar in Grenzen. Die Toleranz der SD-Führung gegenüber der Kriegspolitik der Regierung löste eine tiefe Vertrauenskrise an der Basis aus[16], die nicht nur im Auftreten der Reichenberger Gruppe, deren Organ „Vorwärts" jedoch sofort eingestellt wurde, und der Konstituierung einer Linken in der Sozialdemokratie unter Friedrich Adler ihren Ausdruck fand.[17] Unzufriedenheit mit der Entwicklung und nicht zuletzt mit der Position des SD-Parteivorstandes hatte sich unter den Arbeitern schon im August 1914 geregt. In den nachfolgenden Monaten verschärften sich die Spannungen durch allgemeine Kriegserscheinungen, die schlechte materielle Lage und die sozialrechtlichen Einbußen durch das Kriegsleistungsgesetz.[18]

Trügerisch erwiesen sich vaterländische Versammlungen und Loyalitätserklärungen zugunsten der herrschenden Dynastien aber vor allem in Rußland. „Die Masse des Volkes mußte erst noch mit dem Krieg in Berührung kommen, und die Millionen Bauern und Arbeiter, die an die Front zogen, spürten wenig von dem Patriotismus der Mittelschicht, der so viel dazu beigetragen hatte, die Hoffnungen des Zaren zu nähren."[19]

Für den russischen „Bauern-Soldaten" blieb der Staat als übergeordnetes Gemeinwesen in der Regel etwas Fremdes. Große Worte von der eigenen Nation bedeuteten ihm, dessen Selbstbewußtsein als „Russe" schwach entwickelt war und der die Welt außerhalb

---

14 Ebd. 25.

15 Figes, Tragödie 273.

16 Neck, Rudolf: Sozialdemokratie: In: Weinzierl, Erika/Skalnik, Kurt (Hgg.): Österreich 1918–1938. Geschichte der Ersten Republik. Bd. 1, Graz/Wien/Köln 1983, 225–248, 226.

17 Ders., Die österreichische Arbeiterbewegung 73.

18 Ebd.

19 Figes, Tragödie 274.

des Dorfes kaum kannte, wenig.[20] Bezeichnend für die an regionale Identitäten gebundene Denkweise vieler Rekruten glaubten einige, so weit von den Schlachtfeldern entfernt zu leben, daß mit einer Bedrohung durch die Deutschen nicht zu rechnen sei. Ernüchtert stellte General Brusilov in seinen Aufzeichnungen über Gespräche mit Mannschaftsangehörigen des weiteren fest: „Wie oft fragte ich in den Schützengräben, weshalb wir Krieg führten, und erhielt immer unvermeidlich die Antwort, irgendein Erz-Herz-Perz und seine Frau seien von irgend jemandem ermordet worden, und darum wollten sich die Österreicher an den Serben rächen. Doch wer die Serben waren, wußte kaum jemand, und was das war – die Slawen – war gleichfalls unklar. Warum aber die Deutschen Serbiens wegen plötzlich auf den Gedanken gekommen waren, Krieg zu führen, war völlig unbekannt."[21]

Was die großteils widerstandslose Mobilmachung Europas wesentlich begünstigte, war der Gehorsam großer Teile der Bevölkerung, die stille Duldung der Politik ihrer Regierungen, mit der die Soldaten an die Fronten zogen, fernab von Ausdrucksformen der Freude oder Ausgelassenheit.[22] So können denn auch bei genauerer Beobachtung andere Stimmungslagen unter den Menschen ausgemacht werden, welche die Straßen bevölkerten und sich, der Zukunft vielfach mit Unsicherheit und Ängstlichkeit begegnend, für die kommenden Schlachten rüsteten. Arnošt Kolman, der einerseits als Marxist aus seinen pazifistischen Überzeugungen kein Hehl machte und andererseits als Tscheche mit kritischem Unterton die deutsche Befehlssprache und die Vorherrschaft der „Deutschen" in den Kommanden der k.u.k. Armee hervorhob[23], war nicht der einzige in seinem Regiment, der beim Abtransport zur Front seinen „unfrohen Gedanken" nachhing. Beim Auszug aus der Kaserne in Budweis hatte sein Zug, begleitet von der jubelnden Stadtbevölke-

20 Es soll nicht unerwähnt bleiben, daß ebenso wie in der Frage der Kriegsbegeisterung auch hinsichtlich der Frage des nationalen Bewußtseins unter der Bevölkerung im Zarenreich jüngste Untersuchungen zu teilweise anderen Ergebnissen kommen als renommierte Historiker wie Orlando Figes, Geoffrey Hoskings oder Richard Pipes. In diesem Zusammenhang wurde vor allem versucht den Begriff Nation mit Rücksicht auf die Multiethnizität und die sozialen Gegebenheiten des Zarenreiches zu differenzieren, in Beziehung zur Frage eines staatlichen und politischen Bewußtseins der Bevölkerung bzw. bestimmter Schichten zu setzen und darüber hinaus den Prozeß des „nationbuilding" im Romanov-Imperium aufzurollen. Dazu die Aufsätze von Sanborn, Seregny und Smith in der Slavic Review, Nr. 2, 2000.

21 Zit. nach Figes, Tragödie 281.

22 Ferguson 227.

23 An einigen Orten manifestierte sich im Zuge der Mobilmachung der Nationalitätenkonflikt in der Donaumonarchie auf noch deutlichere Art und Weise. In Oberösterreich wurden etliche Tschechen verprügelt, es gab in Linz sogar einen Toten und mehrere Verletzte, da man bei den Tschechen den Ruf ‚Hoch Serbien!' gehört haben wollte. – Rauchensteiner 105.

rung, noch ein Lied angestimmt. Am Bahnhof war die Stimmung bereits umgeschlagen. Der Gesang „verstummte. Er wich bedrücktem Schweigen."[24]

So zogen wohl viele oftmals eher „willig", im Sinne von „gehorsam", als „freudig" und „übermütig" in den Krieg.[25] In die lärmende Szenerie von Hoch-Rufen, Hüte- und Tücherschwenken geprägten Kundgebungen des Hurra-Patriotismus mischten sich Abschiedsszenen der Bedrückung, Angst und Trauer[26], während sich die Verabschiedung der russischen Truppen in den meisten Fällen ohne „Fahnen und Militärkapellen" abspielte; auf den Gesichtern der Soldaten, berichteten ausländische Beobachter, lag „ein düsterer und resignierter Ausdruck".[27]

Greuelpropaganda, schlechte Ausrüstung und Ausbildung verstärkten die Verunsicherung. Was dann folgte, übertraf nicht selten die schlimmsten Erwartungen der Soldaten. „Das ganze Schlachtfeld war über eine Länge von etwa hundert Werst mit Leichen übersät, die Verwundeten wurden mit Mühe eingesammelt, es waren nicht genug Leute da, sie wegzutragen, und auch das Verbandsmaterial reichte nicht aus [...] Es war nicht einmal möglich, allen Verwundeten zu trinken und zu essen zu geben"[28], berichtete General Brusilov seiner Frau über die Angriffe gegen die österreichischen Stellungen bei Grodek. Auf der anderen Seite der Front vermerkte der Arzt Burghard Breitner: „Grausig heulen die Geschoße knapp ober uns hin und bersten über den zusammengepferchten Trains, die sich auf der Straße nach Janow drängen. Die Verwundeten knieen vor dem Altar und beten laut [...] Schon haben Kosaken den Ort umritten. Kaum hundert Schritte von uns stoßen sie die fliehenden Infanteristen mit ihren Lanzen nieder. Nun werden wir gefangen oder ..."[29]

War spätestens auf den morastigen Straßen Galiziens die restliche Begeisterung der *Ernüchterung* gewichen[30], begann sich angesichts des Vernichtungspotentials eines „Maschinenkrieges" das nackte Entsetzen breitzumachen. Sowohl die russischen als auch die österreichisch-ungarischen Einheiten hatten innerhalb weniger Monate enorme Verluste zu verzeichnen. Allein bei der Eroberung Lembergs durch Brusilovs 8. Armee waren

---

24 Kolman 52f.

25 Zweig 85; Rauchensteiner 106.

26 Rauchensteiner 105.

27 Figes, Tragödie 274.

28 Zit. nach Figes, Tragödie 277.

29 Breitner, Unverwundet gefangen 14. Zu den Erlebnissen an der Ostfront siehe unter anderem auch folgende Kriegsgefangenenmemoiren: Braun 16ff.; Drexel, Feldkurat in Sibierien 9ff.; Gaiswinkler 10–15; Hindls 7f.; Jungbauer 78f.; Knöbl 64f.; Koref 36ff.; Obermüller 28ff.; Tomsche 11f.

30 Köstenberger, Sechs Jahre in Turkestan 1.

210.000 Russen und 300.000 Österreicher gefallen oder verwundet worden.[31] Die Wucht der Offensiven und die Umzingelung gegnerischer Großverbände manifestierten sich gleichfalls in den schier unüberschaubaren Gefangenenmengen. Dabei zeigte sich, daß eine vergleichsweise geringe Zahl deutscher Einheiten im Osten die Waffen strecken mußte, während zwischen 1914 und 1916 ganze Truppenkörper der Zaren- und Habsburgerarmee zur Kapitulation gezwungen wurden.[32] Schon im September 1914 verloren die Österreicher von den 800.000 Mann, mit denen die Operationen am nordöstlichen Kriegsschauplatz begonnen worden waren, allein zirka 100.000 durch Gefangenschaft. Nicht viel besser verlief es am Balkan: Die dort konzentrierten k.u.k. Streitkräfte hatten bei den nach und nach eingesetzten 450.000 Mann 30.000 Tote, rund 173.000 Verwundete und 70.000 Kriegsgefangene zu „verbuchen".[33] In der gleichen „Tonart" ging es für das ganze Heer der Donaumonarchie, das „in seinem innersten Bestande erschüttert war", wie später deutsche Militärhistoriker urteilten[34], weiter: Am 23. März 1915 fiel die Festung Przemyśl, „nachdem sie sich unter den schlechtesten Bedingungen viereinhalb Monate gehalten hatte".[35] Den russischen Belagerern mußte sich die Besatzung unter Generaloberst von Kusmanek mit neun Generälen, 2.593 Offizieren und 117.000 Mann ergeben.[36] Einige Monate später waren ähnliche Verluste zu gewärtigen. Im Rahmen einer „schwarz-gelben Offensive", mit der die „hohe Führung der Habsburgerarmee" ihr strategisches Ziel, „Rovno zu erobern und damit die russische Rochadebahn durch die Pripjetsümpfe zu unterbrechen sowie das österreichisch-ungarische Staatsgebiet vollends vom Feind zu säubern [!]", gründlich verfehlte[37], führten die russischen Militärs nach eigenen Angaben ungefähr 100.000 Mann[38] im Laufe der „Brusilov-Offensive", die am 4. Juni 1916 startete und zu einer gefährlichen Bedrohung sowohl für die österreichisch-ungarische als auch die deutsche Heeresleitung wurde[39], 200.000–250.000 k.u.k. Soldaten unter Bewachung vom Schlachtfeld.[40]

Das Zarenreich stand Österreich-Ungarn allerdings in nichts nach. Bereits Ende November 1914 hatte die Zahl der in der Donaumonarchie festgehaltenen Gefangenen

31 Figes, Tragödie 277.
32 Davis, Life of Prisoners of War 165.
33 Rauchensteiner 187.
34 Höhne 142.
35 Kleindel 105; vgl. In Feindeshand, Bd. 1, 67–78.
36 Rauchensteiner 208; Kleindel 105.
37 Ebd. 295.
38 Ebd.
39 Figes, Tragödie 306.
40 Jerzabek, Die Brussilowoffensive 523; Rauchensteiner 356. Mancherorts wird in diesem Zusammenhang von mehr als 400.000 Gefangenen gesprochen. Hier handelt es sich um Angaben, die sich auf die Gesamtverluste der Österreicher in der Brusilov-Offensive beziehen dürften. Siehe dazu: Urlanis 284; Figes, Tragödie 306.

110.000 überschritten.[41] Im folgenden Kriegsjahr wurden allein für den Monat Mai weitere 863 Offiziere und 268.869 Mannschaftsangehörige der russischen Armee gemeldet, die sich größtenteils im Zuge der „Durchbruchsschlacht von Tarnow-Gorlice" dem Gegner ergeben hatten.[42] Deutscherseits konnte man mit ähnlichen „Erfolgsziffern" aufwarten: In der „Schlacht von Tannenberg" waren mehr als 50.000 Russen gefallen und etwa 100.000 in Kriegsgefangenschaft geraten.[43] Am 9. April 1915 präsentierte Berlin die „stolze Zahl" von 812.808 feindlichen Soldaten, die sich mit 1. April an verschiedenen Unterbringungsorten auf dem Reichsgebiet befanden, davon etwas weniger als 510.000 aus dem Herrschaftsgebiet der Romanovs.[44] Im August desselben Jahres brachten Truppen der Mittelmächte allein bei der Übergabe der russischen Festung Novo-Georgievsk 85.000 Mann in ihre Gewalt. Österreichisch-ungarische Einheiten nahmen in diesem Monat insgesamt 53.000, deutsche Truppenverbände knapp 272.000 russische Soldaten gefangen.[45]

Die Verlustlisten aller kriegführenden Mächte verdeutlichen die Größenordnung der Feldzüge. Die dabei ins Auge stechenden Ungenauigkeiten belegen zugleich die Schwierigkeiten, welche die Heeresverwaltungen bei der Erfassung der „Soldatenmassen" zu bewältigen hatten. *Statistiken über die an der Ostfront in Kriegsgefangenschaft geratenen Militärpersonen* sind hierfür exemplarisch. Angaben über die im Deutschen Reich internierten 1,4 Millionen russischen Soldaten von alles in allem 2,5 Millionen Kriegsgefangenen variieren zwar nur geringfügig[46], die Schätzungen bei Soldaten der Zaren- und Habsburgerarmee unter österreichisch-ungarischer beziehungsweise russischer Kontrolle schwanken aber beträchtlich. Spricht etwa der ungarische Historiker Rudolf Tökés von 2,5 Millionen Angehörigen der k.u.k. Armee in Rußland, Turkestan und Sibirien, so nennt sein Kollege Ivan Völgyes „lediglich" 1,5–1,7 Millionen.[47] Diese enormen Unterschiede sind zunächst vor allem darauf zurückzuführen, daß die Informationen von verschiedenen Institutionen stammen und die Zählungen zu verschiedenen Zeitpunkten abgeschlossen wurden. Der sowjetische Geschichtswissenschafter J. N. Ščerbakov weist zum Beispiel darauf hin, daß die Daten der Hauptverwaltung des russischen Generalstabes, welcher von

41 Kleindel 55.

42 Ebd. 80; Rauchensteiner 214.

43 Höhne 150; Figes, Tragödie 278.

44 Kleindel 74.

45 Ebd. 85f.

46 Die Differenz zwischen der Höchstzahl von 2,5 Millionen und den insgesamt zwei Millionen in deutschem Gewahrsam befindlichen Gefangenen gegen Ende des Ersten Weltkrieges ergibt sich daraus, daß insgesamt 107.000 geflüchtet, 219.000 im Rahmen von Austauschaktionen freigelassen worden und 135.338 gestorben sind. – Oltmer, Arbeitszwang und Zwangsarbeit 101; vgl. Golovin 88f.; Zelt, Deutsch-Sowjetische Beziehungen 1018f.

47 Tökés, Béla Kun and the Hungarian Soviet Republic 49f.; Völgyes, Hungarian Prisoners of War 54; Bihl, Die Kaukasus-Politik der Mittelmächte, Teil II, 147.

insgesamt 1,961.363 Kriegsgefangenen, davon 1,736.794 österreichisch-ungarischen Soldaten ausging, nur bis zum 1. September 1917 reichen und sich auf bereits erstellte Auflistungen stützen, die nicht überprüft worden waren.[48] Das Zentralkomitee für Kriegsgefangene beim Russischen Roten Kreuz veröffentlichte damals eine Zahl von 1.782.966 Gefangenen.[49] Die Behörden der RSFSR errechneten bei späteren Kontrollen in den Jahren 1921–1922 eine Gesamtzahl von 2,3 Millionen Gefangenen.[50] Berichten des Internationalen Roten Kreuzes zufolge befanden sich zirka 2,1 Millionen Soldaten aus der Doppelmonarchie in russischer Kriegsgefangenschaft, davon 54.146 Offiziere und 2,050.000 Mannschaftsangehörige.[51] Dennoch zweifeln vor allem osteuropäische Wissenschafter an Untersuchungen, die zu relativ genauen Resultaten zu gelangen scheinen. Nach ihren Schätzungen betrug die Zahl der aus der Donaumonarchie stammenden Gefangenen in Rußland möglicherweise zwei, vielleicht aber auch nur 1,6 Millionen.[52]

Noch krasser fallen die Schwankungen allerdings bei Aussagen über die in österreichisch-ungarischem Gewahrsam befindlichen Soldaten der Zarenarmee aus. Die Grundlage für zusammenfassende Informationen legten zunächst ehemalige k.u.k. Generalstäbler. In ihrem Werk „Österreich-Ungarns letzter Krieg 1914–1918" sprachen sie in einer Fußnote von 908.000 Russen auf dem Territorium des Habsburgerreiches zu Jahresbeginn 1918[53], ein Vermerk, auf den sich namhafte Militärhistoriker bis in die jüngste Zeit berufen.[54] Demgegenüber ist allerdings festzuhalten, daß das Außenministerium in Petrograd schon im Dezember 1916 die eigenen Gefangenenverluste an die Donaumonarchie mit 1,095.000 bezifferte[55] und frühere Mitarbeiter der k.u.k. Heeresverwaltung wie Heinrich von Raabl-Werner bereits unmittelbar nach dem Ende des Ersten Weltkrieges noch wesentlich höhere Zahlen nannten. Inklusive jener, „die mit Invalidenzügen in die Heimat entlassen wurden oder im Wege des sonstigen Austausches heimgefördert wurden, die aus der Gefangenschaft flüchteten und in der Gefangenschaft starben", gab Raabl-Werner die Gesamtziffer mit rund 1,75 Millionen Mann an.[56]

Eine derart mangelhafte „Buchführung" verweist zudem auf weitere technisch-organisatorische Probleme, denen vor allem Rußlands und in nicht unbeträchtlichem Maße Österreich-Ungarns offizielle Stellen mit wechselndem Erfolg Herr zu werden versuchten.

48 Moritz, Gefangenschaft und Revolution 23.

49 Ebd.

50 Ščerbakov 67–145.

51 Brändström, Unter Kriegsgefangenen 8; In Feindeshand, Bd. 2, 173; vgl. Kopylov 15.

52 Klevanskij, Voennoplennye central'nych deržav 22.

53 Österreich-Ungarns letzter Krieg, Bd. VII, 45; vgl. Scheidl 97.

54 Rauchensteiner 541.

55 Golovin 89.

56 ÖSTA/KA, Nachlaß Raabl-Werner, B/141:4, II. Teil; vgl. In Feindeshand, Bd. 2, 173.

Chaos auf den Schlachtfeldern und die Unmöglichkeit, gewaltige Verluste nach Gefallenen, Verletzten und Kriegsgefangenen zu untergliedern, eine kaum bestimmbare Menge von schwer und schwerst Verwundeten, die unmittelbar nach der Gefangennahme noch an der Front oder auf dem Weg ins Hinterland starben[57], fehlerhafte Registrierungen[58], der häufige Wechsel eines Großteils der „feindlichen" Soldaten von einem Unterbringungsort zum anderen und die revolutionären Umbrüche von 1917/18 sowie die dadurch hervorgerufenen Schwächen der zuständigen staatlichen und privaten Einrichtungen[59] schränken die Chancen der Wissenschaft ein, durch neuerliche Überprüfungen der sachspezifischen Unterlagen in den Archiven zu haltbareren Ergebnissen zu gelangen: Vieles wurde nie, anderes mehrfach und unter falschen Begriffen beziehungsweise Namen aufgezeichnet.[60] Ungefähre Zahlenangaben, sowohl für den Bereich der Zentralmächte als auch für das Herrschaftsgebiet der Romanovs, vermitteln jedoch einen Eindruck von der Größenordnung einer Thematik, welche die Entwicklung Mittel- und Osteuropas im Ersten Weltkrieg auf eine bemerkenswerte Weise mit zu prägen imstande war.

Die Generalität vermutete angesichts solch monströser Verluste *Desertionen* in größerem Umfang. Auch in Sachen Propaganda kämpfte man mit allen Mitteln, und Einladungen zum Überlaufen gab es genug. In den Verdacht, den Aufforderungen der gegnerischen Seite nachkommen zu wollen, gerieten primär k.u.k. Soldaten slawischer Herkunft. Immerhin waren im Frühjahr 1915 weite Teile des Prager Hausregiments zu den Russen übergelaufen. Vor allem österreichische Kommandostellen beobachteten die nationale Propaganda der russischen Seite mit Sorge.[61] Obwohl Befürchtungen dieser Art offensichtlich nicht völlig unbegründet erschienen[62], waren Schätzungen zur ethnischen Zuordnung der ungefähr zwei Millionen k.u.k. Soldaten in russischem Gewahrsam eher dazu angetan, die Bedenken der zivilen und militärischen Führungsstellen in Wien zu zerstreuen: Mit 500.000-600.000 Mann lag lediglich die Zahl der in den Gebieten des Zarenreiches festgehaltenen Magyaren ein wenig über dem ungarischen Gesamtanteil an den habsburgischen Streitkräften mit rund 23 Prozent.[63] Von hundert Soldaten war in den österreichisch-ungarischen Truppenverbänden jeder dreizehnte Tscheche und jeder vierte Slowake; unter den in Rußland befindlichen „Soldatenmassen" der Donaumonarchie dürften sie ge-

---

57 Golovin 92.

58 ÖSTA/KA, KM/10. Abt. 1914: 10-2/62-40; Leidinger, Zwischen Kaiserreich und Rätemacht 44; Moritz, Gefangenschaft und Revolution 22f.

59 Leidinger, Zwischen Kaiserreich und Rätemacht 89ff., 160–173.

60 Urlanis 284–290.

61 ÖSTA/HHStA, PA I, Karton 829, Liasse Krieg.

62 Thunig-Nittner 161; Rauchensteiner 205f.

63 Völgyes, Hungarian Prisoners of War 54; Pastor, Hungarian POWs 149f.

meinsam etwa 10 Prozent ausgemacht haben.[64] Die schätzungsweise 200.000 kriegsgefangenen Südslawen entsprachen ziemlich genau ihrer prozentuellen Stärke im eigenen Heer[65], und die Deutschösterreicher, bei denen die Angaben allerdings zwischen 200.000 und 500.000 Mann schwanken[66], stellten unter den Gefangenen in Rußland keinesfalls einen im Verhältnis größeren Anteil als in der k.u.k. Armee, wo sie insgesamt mit 25 Prozent vertreten waren.[67]

In den Listen der Militärbehörden läßt sich eine vermehrte Desertion aus nationalen Beweggründen im großen und ganzen nicht nachweisen. Was nicht wenige davon abgehalten haben dürfte, die Seiten zu wechseln, waren die damit verbundenen Gefahren. Sich dem Gegner zu ergeben, schien insbesondere im direkten Aufeinandertreffen feindlicher Formationen, im Kampf Mann gegen Mann in den Schützengräben und an stark befestigten Stellungen oftmals ausgeschlossen oder mit großen Risiken verbunden, die sich unter den Frontsoldaten rasch herumsprachen und von den eigenen Kommanden nach Kräften hervorgehoben wurden. An allen Kriegsschauplätzen waren Soldaten noch nach der Gefangennahme getötet worden, „aus Rache für den Tod von Freunden oder Verwandten [...], militärischer Begeisterung, Furcht davor, plötzlich von Gefangenen überwältigt zu werden, oder einfach in der Hektik angesichts der Aufgabe, als Eskorte zu dienen".[68] Vielfach berichten Angehörige österreichischer und deutscher Heeresformationen von Rohheiten eigener „Kameraden", die „hilf- und wehrlose Leute sogleich niedermetzeln"[69] und russischen Soldaten gegenüber kein Pardon kennen würden, nachdem diese des öfteren zunächst Kapitulationsbereitschaft gezeigt, dann aber zu den Gewehren gegriffen und geschossen hätten.[70]

Die Dämonisierung des Feindes durch die Hetzreden der Kriegspropaganda trug überdies dazu bei, „Desertionsgelüste" erst gar nicht aufkommen zu lassen. Vor allem auf russischer Seite dürften Schreckbilder von der barbarischen Behandlung der Kriegsgefangenen durch den „bösen und schlauen deutschen Antichristen" oder den „österreichischen Unterdrücker" anfangs ihre Wirkung nicht verfehlt haben.[71] Jenen, die sich freiwillig ergaben oder auch nur durch „unkluges und leichtfertiges Verhalten" in Gefangenschaft gerieten, sei, so hieß es, Gottes Strafe und allgemeine Verachtung sicher. Sein Leben für

---

64 Kalvoda, Czech and Slovak Prisoners of War 219; Kleindel 26.

65 Banac, South Slav Prisoners of War 120; Kleindel 26; Prunkl/Rühle, Tito 15.

66 Danilow, Deutsche Sektionen 98; Hautmann, Rätebewegung 177; Scharping 9; Davis, Deutsche Kriegsgefangene 37; Bihl, Die Kaukasus-Politik der Mittelmächte, Teil II, 147.

67 Deák, K.(u.)k. Offizier 216; Kleindel 26.

68 Zit. nach Ferguson 366; vgl. Pozor i neščastie 2f.

69 DIA/Pomberger 13.

70 Senjavskaja 142.

71 Pozor i neščastie 2f.; Sergeev, Kriegsgefangenschaft und Mentalitäten 357f.

Glaube, Zar und Vaterland zu opfern, wurde als höchste Ehre für den „orthodoxen russischen Kämpfer" bezeichnet, die Gefangenschaft, deren unausweichlich letales Ende man bereits vorwegnahm, hingegen als „höchste Schande und Auswuchs der Unehrenhaftigkeit"[72].

Letztlich ist die enorme Zahl der Gefangenen, die sowohl die Mittelmächte als auch das Zarenreich eingebracht haben, nur durch den *Charakter des Krieges an der Ostfront* selbst zu erklären. Im Gegensatz zu den Kämpfen im Westen konnten hier Verteidigungslinien auch im weiteren Verlauf des Ersten Weltkrieges immer wieder durchbrochen, Festungsbesatzungen zur Übergabe gezwungen und durch große Umfassungsmanöver ganze Armeen eingekesselt werden.[73] Bis 1916 kamen solcherart viele Soldaten auch ohne direkten „Feindkontakt" in die Gewalt des Gegners.[74]

ELEND UND MANGEL

Niemand hatte eine Vorstellung davon, wie sehr sich dieser Krieg von allen anderen unterscheiden würde. Die ohnehin strapazierten Einrichtungen der österreichischen und der russischen Heeresverwaltung vermochten den Anforderungen, nunmehr für die „Verwahrung" ganzer gegnerischer Armeen verantwortlich zu sein, kaum gerecht zu werden. Von den Folgen des Massenkrieges überrascht, verloren sie in unzähligen Fällen die Kontrolle über die Ereignisse. Die Gefangenen erlebten Mißstände, die nicht weit hinter dem Grauen der Fronterfahrung zurückblieben: Auf den Schlachtfeldern lagen Schwerverwundete. Ihre Betreuung konnte zeitweilig weder von österreichischer noch von russischer Seite gewährleistet werden. Verletzte wurden in die Gesundentransporte eingereiht, ihre Verbände über Wochen nicht gewechselt. Blutvergiftungen und in weiterer Folge Ampu-

72 Pozor i neščastie 6 f.

73 Völgyes, Hungarian Prisoners of War 55.

74 Ebd. Österreichisch-ungarische und russische Heeresangehörige gerieten zumeist in dieser Zeit in Gefangenschaft, während die Deutschen gegen russische Angriffe besser gewappnet waren und von ihnen insgesamt nur 158.104 (Scheidl 96; vgl. Zelt, Deutsch-Sowjetische Beziehungen 1018), nach anderen Angaben 168.104 (In Feindeshand, Bd. 2, 173; vgl. Brändström, Unter Kriegsgefangenen 8; Hautmann, Rätebewegung 177; Davis, Deutsche Kriegsgefangene 37) beziehungsweise etwas mehr als 200.000 Mann (Scharping 9; Bihl, Die Kaukasus-Politik der Mittelmächte, Teil II, 147) in die Gewalt der Zarenarmee gerieten. Erst in den letzten Kriegsjahren veränderten die ökonomischen und politischen Entwicklungen im Hinterland auch die zunehmend schwieriger werdende Lage auf den Schlachtfeldern. Die Revolution in Rußland prägte sich nach und nach ins Bewußtsein der „Frontgemeinschaft". Im „Osten" wurden allmählich Kontakte zwischen den Gegnern hergestellt. Kriegsmüdigkeit ebenso wie physische Erschöpfung erhöhten die Bereitschaft, die Kampfhandlungen einzustellen. (Völgyes, Hungarian Prisoners of War 55)

tationen waren das Resultat. Während man vorwiegend Offiziere, die in der Regel eine korrekte Behandlung erwarten durften, ersten Verhören unterzog[75], mußten speziell Mannschaftsangehörige, oft in elendem Zustand und unzureichend versorgt[76], mit einer wesentlich härteren Gangart rechnen: Gewalttätigkeiten gegenüber Gefangenen, die an Ort und Stelle mitunter Gefallene begraben und Pferdekadaver verscharren mußten, wiederholten sich.[77] Zugleich ließ man die mißtrauisch beobachteten „fremden Aggressoren" ungeachtet der Witterungsverhältnisse vielerorts im Freien übernachten[78] und beraubte sie im Widerspruch zu den Bestimmungen der Haager Landkriegsordnung häufig ihres persönlichen Besitzes.[79]

Was im Kampfgebiet begonnen hatte, setzte sich in der Etappe fort. Auf dem Weg zur nächstliegenden Bahnstation sahen sich Angehörige der Habsburger- und der Zarenarmee gleichermaßen einer nicht selten feindseligen Bevölkerung gegenüber.[80] „Wie wilde Tiere hat man uns durch die Stadt (Kiev) getrieben, Straße auf, Straße ab, durch tausende gaffender Menschen hindurch, ein grinsendes Spalier des Hohnes", schreibt Burghard Breitner voller Empörung.[81] Der britische Diplomat Robert H. Bruce Lockhart fühlte sich gleichfalls an eine unwürdige Zurschaustellung erinnert, als er etwa zur gleichen Zeit österreichische Soldaten bei einer kleinen Bahnstation kurz vor Kiev zu Gesicht bekam. „Die armen Teufel", so Lockhart, „sahen ebenso unterernährt wie zerlumpt aus. [...] Wie viele von den Leuten, jetzt vielleicht froh, gefangen zu sein, und ahnungslos, welchem Schicksal sie entgegenfuhren, würden ihre Heimat wiedersehen? Ich stand am offenen Fenster meines Zugabteils und sah ihnen zu, wie ein Besucher im Zoologischen Garten einem neueingetroffenen Tier."[82] Was Bruce Lockhart über die Mängel des zaristischen Kriegsgefangenenwesens bereits wußte, erfuhren die in Rußland befindlichen Soldaten der Mittelmächte bald am eigenen Leib. Schon die *Erlebnisse auf dem Transport* in die Bestimmungsorte gaben wenig Anlaß zur Hoffnung auf eine Besserung der Lage. In den Sammellagern bei Kiev, Moskau und Petrograd warteten die Gefangenen manchmal wochenlang und selbst in den kalten Jahreszeiten bisweilen unter freiem Himmel, bis sie kurz vor der Abfahrt in Viehwaggons, tepluški, verfrachtet wurden.[83] Elsa Brändström, die fünf Jahre teils privat, teils als Delegierte des schwedischen Roten Kreuzes unter den im

75 Bülow 3 und 7f.; vgl. Ronge, Kriegs- und Industriespionage 385; Führ 93.

76 Dmitriev 22f.

77 ÖSTA/KA, KM/10. Abt./Kgf. 1914: 10–2/71-39.

78 Dmitriev 22f.

79 Scheidl 74; Brändström, Unter Kriegsgefangenen 8; Klante, Die deutschen Kriegsgefangenen 183.

80 Der Plenny, Nr. 5 (Mai 1930) 48f.; vgl. Dmitriev 22f.

81 Breitner, Auf Transport 86. Dazu auch: Epstein 9; Kolman 63; Steiner, Skarree! Skarree! 8.

82 Lockhart 97.

83 Davis, The Life of Prisoners 166f.; Brändström, Unter Kriegsgefangenen 9–18.

europäischen Rußland und in Sibirien internierten Angehörigen der deutschen und österreichisch-ungarischen Truppen arbeitete und in der Erinnerungsarbeit der Heimkehrerverbände im deutschsprachigen Raum als Inbegriff „mütterlicher Fürsorglichkeit" und als „Engel von Sibirien" zum Gegenstand eines regelrechten Personenkultes werden sollte[84], beschrieb das, was sich im Inneren der tepluški abspielte, wie folgt: „Die Güterwagen hatten zwei Reihen Holzpritschen und in dem freien Mittelraum stand ein eiserner Ofen, dessen Abzugsrohr zum Dach hinausging. [...] Im Winter waren die Transporte mit den größten Strapazen verbunden. Selbst wenn der kleine Ofen ordentlich geheizt wurde, gab er doch nur in seiner unmittelbaren Nähe eine starke Hitze. Die unteren Wagenecken blieben eisig, und die Kälte drang so durch die dünnen Wände, daß die Kleider der Gefangenen, die an der Außenwand lagen, oft anfroren. Der Wagen strotzte von Ungeziefer, das sich durch keine Bemühungen der Kriegsgefangenen vertilgen ließ. Die Luft war besonders im Winter stickig und rauchig, weil Türen und Luken geschlossen bleiben mußten, um die Kälte abzuhalten [...]. Starb jemand, so blieb der Leichnam bis zum Wechsel der Begleitmannschaft im Wagen, damit die übernommene Anzahl Gefangener – ob tot oder lebendig – übergeben werden konnte."[85]

Völlig unzureichend ernährt und gekleidet, fanden selbst unzählige Gesunde auf dem Weg in die weiter östlich und südöstlich gelegenen Regionen des Zarenreiches den Tod.[86] Den russischen Soldaten unter deutscher und österreichisch-ungarischer „Obhut" erging es unterdessen kaum besser. Auch sie trieb man auf langen Märschen durch die Etappe, ließ sie auf offenem Feld lagern, schlug sie mit Stöcken und sorgte sich wenig um ihre Verpflegung.[87] Angehörige der Zarenarmee berichteten von Erschießungen jener, die aus Hunger ein paar Kartoffeln gestohlen hatten. „Überhaupt", notierte ein Gefangener in seinem Tagebuch, „macht man hier in solchen Fällen nicht viel Federlesens."[88]

Sammelpunkte und Durchgangslager wurden ebenso wie jene Lokationen, an denen längere Internierungen vorgesehen waren, *Schauplätze humanitärer Katastrophen*, denen die Bewacher nicht viel entgegenzusetzen hatten. In den Jahren 1914 und 1915 machten sich die haarsträubenden Mißstände an nahezu allen Unterbringungsorten der Gefangenen in Mittel- und Osteuropa bemerkbar. Auch in Deutschland führten Planungsfehler zu

84 Leidinger, Zwischen Kaiserreich und Rätemacht 8; Leidinger/Moritz, Editorial des Zeitgeschichte-Schwerpunktheftes zur Kriegsgefangenschaft im 1. Weltkrieg (Nov./Dez. 1998) 332.

85 Brändström, Unter Kriegsgefangenen 21f.

86 Gallinger 433; Brändström, Unter Kriegsgefangenen 22f. Vor allem osmanische Kriegsgefangene wurden in zahlreichen Fällen Opfer der unmenschlichen Transportbedingungen. – Siehe dazu: Yanikdag 71f.

87 Dmitriev 22f.

88 ÖSTA/KA, KM/10. Abt. 1914: 10-2/71-39.

„schweren Unzuträglichkeiten [...] in den schnell errichteten provisorischen, bald überfüllten Lagern mit Zelten oder Erdhütten als Behelfsquartieren".[89] Infektionskrankheiten breiteten sich seuchenartig aus: In Brandenburg erkrankten im Winter 1914/15 von 9.700 Gefangenen 7.100 an Fleckfieber. In Wittenberg brach zur selben Zeit eine Typhusepidemie aus, „die aufgrund mangelnder medizinischer Versorgung über Monate hinweg nicht unter Kontrolle gebracht werden konnte".[90] Die Folgen schlugen sich in den Verzeichnissen des Sanitätspersonals nieder: Ein Großteil der Erkrankungen trat innerhalb der ersten Kriegsmonate auf.[91]

In Österreich-Ungarn dürfte die Lage noch prekärer gewesen sein. Man unterschätzte die mit der Unterbringung Tausender Menschen verbundenen notwendigen hygienischen Begleitmaßnahmen und hatte wenig Erfahrung mit den sogenannten neuen Seuchen. So konnte sich der Flecktyphus mehr oder weniger ungehindert unter den Gefangenen verbreiten. Hinzu kam, daß viele Lager beim Eintreffen der ersten Kriegsgefangenentransporte noch nicht fertiggestellt waren. „Auch bei der jetzigen Witterung", informierte der Herausgeber der „Reichspost", Friedrich Funder, das k.u.k. Kriegsministerium über die Situation im Lager „Kenyérmezö-tabor" bei Esztergom (Gran), „seien die dortigen Gefangenen noch ohne Obdach, müßten unter freiem Himmel übernachten, ohne Winterkleider, ja nicht einmal Nahrung sei einigermaßen ausreichend, so dass die Gefangenen, wenn Vorübergehende Gemüse über den Eisenzaun werfen, unter tierischem Brüllen um jeden Bissen balgen."[92] Der Ausbruch von Seuchen ließ auch hier nicht lange auf sich warten. Dabei machten sich erneut Probleme bei der Gefangenenregistrierung bemerkbar. Die in diesen Tagen angelegten Totenlisten erwiesen sich in der Regel als lückenhaft. Verläßlichere Angaben über die Opfer der augenscheinlichen Unzulänglichkeiten – das mußten auch die militärischen Behörden der Donaumonarchie eingestehen – existierten nicht.[93] Daß es vor allem serbischen und russischen Soldaten an anderen Internierungsorten des Habsburgerreiches nicht besser erging, zeigen Berichte über die „Wohn- und Verpflegssituation" der Kriegsgefangenen aus dem steirischen Knittelfeld[94], insbesondere aber aus Oberösterreich, „wo man", wie ein Lagerarzt später vermerkte, „buchstäblich mit dem Beerdigen der Leichen nicht nachkommen konnte". So starben in Mauthausen im Jänner 1915 bis zu 186 Gefangene am Tag.[95] „Täglich vorläufig 600 Ordinationen, alles voll Läuse

89 Oltmer, Arbeitszwang und Zwangsarbeit 103; Auerbach 152.

90 Ebd.

91 Ebd.

92 ÖSTA/KA, KM/10. Abt. 1914: 10-2/166.

93 ÖSTA/KA, KM/10. Abt. 1914: 10-2/62-40.

94 ÖSTA/KA, KM/10. Abt. 1914: 10-2/72-19.

95 HGM/Plennyarchiv, Pollatschek, Das Kriegsgefangenenlager Freistadt; vgl. ÖSTA/KA, KM/10. Abt. 1915: 10-21/11-2; Mateja 227.

und Ungeziefer, die Leute zerfetzt und zerrissen, Typhus, Ruhr, Blattern, das sind meine täglichen Genossen, mit denen ich zu verkehren habe, dabei [...] keine Ordnung, keine Reinlichkeit, überall Schmutz und Koth", schrieb der k.k. Assistenzarzt Dr. Friedrich Koch über die beklemmenden Eindrücke in dem vorwiegend von Serben belegten Lager Mauthausen.[96] Wenige Monate später starb der verzweifelte Arzt an Fleckfieber.[97]

Schätzungen zeigen, daß die Mortalitätsrate der serbischen Soldaten wesentlich höher anzusetzen ist als die Sterblichkeitsziffer der in österreichisch-ungarischem Gewahrsam befindlichen russischen Gefangenen. Demgegenüber allerdings fielen ab 1916 die im Bereich der Mittelmächte internierten Rumänen verschiedenen Epidemien gleichfalls massenweise zum Opfer: Offiziellen Angaben des deutschen Kriegsministeriums zufolge starben von 43.297 kriegsgefangenen Rumänen 12.512.[98] Die erschütternden Szenen in Mauthausen hatten Friedrich Koch angesichts seiner Erfahrungen zu den schlimmsten Vermutungen über das Schicksal der in die Gewalt des „Feindes" geratenen k.u.k. Soldaten veranlaßt. „Wenn es unseren Leuten [...] auch so schlecht geht, wie es den hiesigen Gefangenen geht", meinte Koch, „dann wäre es besser, am Schlachtfeld zu fallen, als in solchen Verhältnissen weiter leben zu müssen."[99]

Wie vielen Angehörigen der österreichisch-ungarischen Streitkräfte mochten ähnliche Gedanken in den Sinn gekommen sein, als sie zu Tausenden in serbischen Lagern zugrundegingen. Allein in Nisch erkrankten im Jänner 1915 8.900 Kriegsgefangene des Habsburgerheeres an Fleckfieber.[100] Erschreckend die Zahl der Toten in Bulgarien: Von beispielsweise 18.000 Rumänen, die in den dortigen Lagern festgehalten wurden, kehrten nur 7.000 Mann zurück.[101]

Beklemmende Zustände herrschten seit dem Herbst 1914 aber auch an den Unterbringungsorten der Gefangenen im Zarenreich. Daß hier ebenfalls Seuchen ausgebrochen waren, versuchten die Behörden zunächst geheimzuhalten. Erst als die Epidemien auf die Bevölkerung überzugreifen drohten, schritt man zu Gegenmaßnahmen. Bezeichnenderweise ließ sich etwa der Kommandant des Lagers Krasnojarsk, wo man neben der Mannschaft auch zirka sechstausend Offiziere untergebracht hatte, nur nach der Vorsprache einer Delegation der Stadtbewohner dazu bewegen, wenigstens einen Desinfektor bauen zu lassen.[102]

96 Feldpostbrief von Dr. Koch, zur Verfügung gestellt von Ing. Johann Pirklbauer.
97 Ebd.
98 Urlanis 289.
99 Feldpostbrief von Dr. Koch, zur Verfügung gestellt von Ing. Johann Pirklbauer.
100 Streeruwitz, Die Stockholmer Konferenz 330; Hansak 212.
101 Urlanis 289.
102 Weiland, Kriegsgefangenenlager Krasnojarsk 185.

Zur gleichen Zeit fielen in Tockoe im Militärkreis Kazan' innerhalb von drei Monaten 9.000 Lagerinsassen Seuchen zum Opfer. Insgesamt kamen bis März 1916 17.000 von 25.000 Kriegsgefangenen um. Über die Verhältnisse in Tockoe heißt es in einem Bericht: „Die fiebernden Kranken liegen dort auf nackten Pritschen, ohne Stroh, durch Schwärme von Ungeziefer bei lebendigem Leibe aufgefressen, in Schmerzen sich windend [...]. So liegen sie, bis sie sterben, denn von Genesung kann, wenn kein Wunder eintritt, keine Rede sein. [...] Infolge Mangel an Aborten [...] kriechen jene Fieberkranke, die sich noch bewegen können, auf allen vieren aus den Baracken, um hinauszugelangen, während die anderen, die sich nicht mehr rühren können, auf ihren eigenen Exkrementen liegen, die gleichzeitig von den oberen auf die unteren Pritschen und dadurch auf die dort liegenden Kameraden herabfließen."[103] Derartige Schreckenszenen wiederholten sich indessen an vielen Internierungsorten Mittelasiens und Sibiriens. Im Troickij-Lager bei Taškent forderten Cholera- und Typhusepidemien tausende Todesopfer.[104] In Novonik Nikolaevsk kamen im Winter 1915 achtzig Prozent aller Gefangenen um, in Omsk innerhalb der ersten zehn Kriegsmonate 16.000.[105] Alles in allem starben im Zarenreich, in den Lagern ebenso wie an den Arbeitsstätten, zwischen 1914 und 1917 nach offiziellen Angaben des Roten Kreuzes 471.398 Soldaten der Mittelmächte.[106] In Österreich-Ungarn verloren bis 1918 wahrscheinlich mehr als 100.000 Russen[107] und zirka ein Drittel aller Serben ihr Leben.[108]

Die horrenden sanitären Zustände in den überfüllten Internierungsbereichen[109] waren von *Repressionsmaßnahmen* der Gewahrsamsstaaten begleitet, die weit über das Ausmaß „bedauerlicher Einzelfälle", wie es von militärischer Seite häufig hieß, hinausgingen.[110] Sowohl in deutschen als auch in österreichischen Lagern mußten russische Soldaten selbst bei kleineren Vergehen mit schweren Strafen rechnen: Karzer, Schläge und die Herabsetzung ohnehin niedriger Essensrationen waren an der Tagesordnung.[111] Bei geringsten Verstößen gegen das Reglement, gaben heimkehrende russische Invaliden dem Roten Kreuz bekannt,

103 Kowalewski 249–252. Der Bestand der Akten über den Militärkreis Kazan' im RGVIA ist im Verhältnis zu der Fülle des Materials über andere Militärkreise sehr gering. Selbst wenn sich die übrigen Akten noch in den lokalen Archiven befinden, fällt immerhin auf, daß in den in Moskau verfügbaren Dokumenten nichts über die Tragödie von Tockoe zu finden ist.

104 Walesch 13f.; Köstenberger, Epidemie 307; Epstein 17.

105 Moritz, Gefangenschaft und Revolution 52.

106 Danilov, Inostrannye trudjaščiesja 72; Brändström, Unter Kriegsgefangenen 45–47.

107 Dazu: Ždanov 70; Scheidl 97; ÖSTA/KA, Liqu. KM/10. Abt. 1919: 10-39/16.

108 Urlanis 289; Mateja 232f.

109 RGVIA, f. 1468, op. 2, d. 368, l. 92.

110 Nachtigal, Die dänisch-österreichisch-ungarischen Rotkreuzdelegierten 366f.; vgl. Sergeev, Kriegsgefangenschaft und Mentalitäten 360.

111 Sergeev, Kriegsgefangenschaft und Mentalitäten 360.

hätte man die Schuldigen mit den Händen an einen Pfahl gehängt, „sodaß die Füße kaum den Boden berührten".[112] Diese „Disziplinierungsmaßnahme" des sogenannten „Anbindens und Schließens in Spangen", die der im Lager Halbe bei Berlin internierte B. I. Grinštejn mehrmals miterlebte[113], war etwa im Militärstrafrecht der Donaumonarchie explizit vorgesehen und demgemäß von der k.u.k. Heeresleitung auch gar nicht in Abrede gestellt worden.[114]

Daß solche Bestrafungen nicht nur „etwas Demütigendes an sich hatten", wie sich Ernst von Streeruwitz als hoher Repräsentant des Wiener Kriegsministeriums beschwichtigend ausdrückte, konnte und wollte auch die militärische Führung des Habsburgerreiches nicht leugnen.[115] „Verstöße und Roheiten", so Streeruwitz, kämen jedoch selbstredend nur vereinzelt vor und seien lediglich bei „vollendeter Heuchelei" als „Pauschalvorwürfe gegen die Humanität des ganzen Regimes" vorzubringen.[116] Die systematische Anwendung des „Anbindens und des Schließens in Spangen" empfanden allerdings sogar einige hochrangige Offiziere als „Überrest der Vergangenheit".[117] Kaiser Karl, der 1917 beide Strafmittel abschaffen ließ, traf mit seinen Bestimmungen trotzdem auf breite Ablehnung in den Heereskommanden. Unter dem Eindruck der Meutereien in der k.u.k. Armee seit Jahresbeginn 1918 veranlaßte denn auch der Generalstabschef, daß die nachgeordneten Instanzen „gegebenenfalls die aufgehobenen Strafverschärfungen wieder verfügen" dürften.[118] Auch der „Gnadenakt" des Allerhöchsten Hauses war indessen nicht ohne internationalen Druck zustande gekommen. Vor allem mußten die Folgewirkungen des harten Vorgehens, welches in einem beträchtlichen Ausmaß die von den Militärs und der Zivilbe-

112 ÖSTA/KA, KM/10. Abt. 1915: 10-20/148.

113 Grinštejn 115.

114 Regele 119; Streeruwitz, Kriegsgefangene im Weltkriege, Bd. 1, 40. Was das Anbinden in der Praxis bedeutete, verdeutlichen die Aufzeichnungen von Hermine Gerstl, die als Kind im niederösterreichischen Theiss an der Donau einem Ereignis beiwohnte, das ihr bis ins hohe Alter in Erinnerung blieb und das sie im Jänner 1986 folgendermaßen schilderte: „Ein gefangener Russe ließ sich ein strafbares Delikt zuschulden kommen, als Strafe wurde er zwei Stunden am Scheunentor beim Thiery aufgehängt. Es geschah beim Bürgermeister. Der Posten und ein paar Soldaten [...] führten den armen Teufel als Schandfleck zum Scheunentor und hängten ihn mit Stricken auf. Ich mußte mir gerade vom Bürgermeister Anton Thiery etwas zum Anschlagen an der Gemeindetafel holen, von der Bevölkerung durfte niemand zusehen. Ich sah ihn hängen, konnte den Anblick nie vergessen. Mit den Schultern war er am Scheunentor befestigt, die Füße berührten den Boden nicht. Ich floh sofort mit den Plakaten zum Tor hinaus. Später, als ich von Donaudorf zurückkehrte, begegnete der Posten mir mit dem Gefangenen, der bleich und matt an mir vorüberging." – Gerstl 128.

115 Streeruwitz, Kriegsgefangene im Weltkriege, Bd. 1, 40.

116 Ebd. 41.

117 Regele 119.

118 Ebd. 120.

völkerung in Deutschland und der Donaumonarchie besonders gefürchteten Kosaken traf[119], Berücksichtigung finden. Das eigene Verhalten, fürchtete man, könnte Repressionen gegenüber den Angehörigen der Vierbundtruppen im Herrschaftsbereich der Romanovs zur Folge haben. Informationen aus dem Zarenreich schienen ohnehin den pessimistischsten Erwartungen zu entsprechen.[120]

Schon auf dem Weg ins Hinterland und in die Lager gingen Wachmannschaften der Zarenarmee mit außerordentlicher Härte vor.[121] Von einer in der Haager Landkriegsordnung festgelegten menschlichen Behandlung der Kriegsgefangenen spürten die Soldaten der Mittelmächte meist wenig.[122] „Angetrieben von den berittenen Kosaken, ihren anspornenden Rufen und ihrem Schimpfen, aber auch von ihren Peitschen", schreibt Arnošt Kolman, trotteten kaum geordnete Haufen gefangener Soldaten durch die Etappe.[123] Im Lager setzten sich die Übergriffe nicht selten fort. Mannschaftsangehörige wie Leopold Steiner waren davon besonders betroffen. „Das Wohl und Wehe der [...] Gefangenen", vermerkt Steiner in seinen Memoiren über das Lager Rostov am Don, „lag in den Händen eines Kosakenführers, der seine Befehlsgewalt in der Mißhandlung wehrloser Kriegsgefangener verankert sah."[124] Josip Broz-Tito, der sich zu Ostern 1915 schwer verletzt den russischen Gegnern ergeben hatte, vermochte wiederum die Nagajka, eine Peitsche mit drei drahtverstärkten Riemen und daran befestigten eisernen Spitzen, nicht zu vergessen. Nachdem er mit einem Vorgesetzten über die Verteilung von „Liebesgaben" in Streit geraten war, hatte man ihn zu dreißig Hieben verurteilt; kaum einer der Bestraften überlebte mehr als hundert Schläge.[125]

Berichte über die harten Lebensbedingungen der Gefangenen veranlaßten jedoch die verantwortlichen Stellen der kriegführenden Mächte keineswegs, die Anwendung repressiver Maßnahmen prinzipiell in Frage zu stellen. Im Gegenteil. Nachrichten über zusätzliche Erschwernisse und besondere Roheiten wurden von einer nicht selten durch Berichte von heimkehrenden Austauschinvaliden und Mitgliedern diverser Inspektionsdelegationen versorgten Kriegspropaganda aufgegriffen und mit zusätzlichen, besonders erschreckenden Vorwürfen versehen.[126] Wilhelm von Bülow erinnert sich zum Beispiel, während seines Zwangsaufenthaltes in Rußland als kriegsgefangener Leutnant der deutschen Armee „Plakate an den Zeitungs- und Bücherständen" gesehen zu haben, die das

119 Sergeev, Kriegsgefangenschaft und Mentalitäten 360.
120 Streeruwitz, Kriegsgefangene im Weltkriege, Bd. 1, 42f.
121 ÖSTA/KA, KM/10. Abt./Kgf. 1918: 10-44/1568.
122 Scheidl 74.
123 Kolman 63f.
124 Steiner, Skarree! Skarree! 61.
125 Ridley 65.
126 Streeruwitz, Kriegsgefangene im Weltkriege, Bd. 1, 41f.

„Volk gegen Deutschland aufzuhetzen suchten und unter anderem deutsche Soldaten zeigten, die gefangenen Russen die Ohren abschnitten".[127] Von diesen Plakaten nahmen zwar, nach Bülows Beobachtung, die Menschen kaum Notiz; ihre Inhalte wurden aber von staatlichen Repräsentanten des öfteren dazu verwendet, „Vergeltung" zu üben.[128] Deutschland, Österreich-Ungarn und Rußland griffen häufig auf verschärfte Haftbedingungen „im Reziprozitätswege" zurück.[129] Die deutsche Heeresleitung reagierte zum Beispiel auf Nachrichten von der „grausamen Behandlung deutscher Gefangener im europäischen Rußland" am 25. September 1916 mit der Einweisung russischer Offiziere in ein Straflager bei Hannover.[130] Umgekehrt „sperrte" das Wachpersonal im sibirischen Krasnaja Rečka zur Jahreswende 1916/17 auf Befehl aus Petrograd Feldkurat Karl Drexel „vollständig von der Außenwelt ab", bis der „russische Oberpriester [...] Rischkow in Wien freigelassen" wurde.[131] Lokale Repräsentanten der russischen Militärverwaltung wie der „Kriegschef im Omsker Militärbezirk", General Grigor'ev, drohten außerdem mit „Maßregeln" gegen die in Rußland befindlichen Soldaten der Zentralmächte, wobei der Hinweis auf die traurige Lage „russischer Krieger [...] in Deutschland, Österreich-Ungarn und in der Türkei" und deren unmenschliche Behandlung als Rechtfertigung diente.[132]

Protestnoten, die sich die kriegführenden Staaten gegenseitig zusandten, um auf Mißstände bei der Behandlung der jeweils eigenen Kriegsgefangenen im betreffenden Feindstaat aufmerksam zu machen, bewirkten kaum etwas und fügten sich bald in die Routine eines bedeutungslosen diplomatischen Schlagabtauschs. Die Anwendung von sogenannten „Retorsionsmaßnahmen"[133] im Sinne der von den Verantwortlichen oft beschworenen Reziprozität hatte lediglich der Gewaltausübung gegenüber den Kriegsgefangenen Vorschub geleistet und folgte dem Prinzip „Auge um Auge, Zahn um Zahn".

Die Mißstände im Gefangenenwesen und die mutwillige Verschärfung der Lage durch die Repressalien militärischer Organe riefen schließlich auch neutrale Staaten auf den Plan, die einerseits mit ihren Rot-Kreuz-Gesellschaften karitative Aufgaben und andererseits als *Schutzmächte* die offizielle Vertretung für die „Soldaten in Feindeshand" übernahmen.

Spanien, dem die Interessen der Russen auf dem Boden des Deutschen Reiches und der Donaumonarchie anvertraut waren, legte allerdings kein besonderes Engagement an

127 Bülow 26.

128 Auerbach 156ff.

129 ÖSTA/KA, KM/10. Abt. 1914: 10-2/60-12; vgl. Epstein 21; Streeruwitz, Kriegsgefangene im Weltkriege, Bd. 1, 42f.; Egger 146.

130 Davis, Deutsche Kriegsgefangene 38f.; Auerbach 160.

131 Drexel, Feldkurat in Sibirien 144–155.

132 Pardon/Shurawljow, Bd. 1, 5; Streeruwitz, Umsturz in Rußland und Kriegsgefangene 269.

133 Retorsion = erwiderte Beleidigung, heimgezahlte Körperverletzung.

den Tag, um auf die zahlreichen Unzulänglichkeiten hinzuweisen. Die dem Bürgertum und dem Adel nahestehende Petersburger Zeitung „Novoe Vremja" reagierte auf das nachlässige Vorgehen der für die russischen Gefangenen zuständigen Schutzmacht mit heftiger Kritik, warf den spanischen Diplomaten vor, „nicht auf der Höhe ihrer Aufgaben zu stehen", und konstatierte, daß der „spanische Schutz nur auf dem Papier" existiere.[134] Der Verdacht der Parteilichkeit stand im Raum, zumal die spanische Botschaft „widerspruchslos jede Einschränkung und Beschneidung des ihr verbrieften Rechts in Kauf" nahm und „auffallend viel Verständnis für die Ausnahmeregelungen und speziellen Anliegen der deutschen Militärbehörden" zeigte.[135] Das mit Gefangenenagenden befaßte Unterkunftsdepartement des preußischen Kriegsministeriums unter seinem Leiter Oberst Emil Friedrich[136] bestätigte diesen Sachverhalt, indem es die deutschfreundliche Gesinnung der „neutralen" Spanier hervorhob und dem Botschaftspersonal in Berlin persönlich dafür Dank aussprach, die für russische Behörden bestimmten Berichte zuvor einer „Prüfung, Aufklärung und Richtigstellung" durch die reichsdeutschen Institutionen zuzuführen.[137]

Nicht anders verhielt sich die spanische Gesandtschaft in Wien. Dürften die Sympathien des Madrider Hofes schon vor und zu Beginn des Ersten Weltkrieges Deutschland und der Donaumonarchie gegolten haben[138], so brachten seine Vertreter in Österreich beim Besuch des Lagers „Kenyérmezö-tabor" im Dezember 1914 ihre Zufriedenheit mit den dort herrschenden Verhältnissen zum Ausdruck. Durch sie, resümierte man, sei „die Noblesse der Monarchie zur vollsten Geltung gelangt".[139] Derartige Äußerungen waren freilich mit den katastrophalen Bedingungen, welche die Kriegsgefangenen in Kenyérmezö-tabor zu dieser Zeit erdulden mußten, kaum vereinbar. Die Militärbehörden hatten in Anbetracht der chaotischen Verhältnisse sogar einen Aufstand der Kriegsgefangenen befürchtet. Obwohl sich laut Aussage des ungarischen Innenministers die Situation allmählich entspannte[140] und gewiß versucht worden war, Verbesserungen anläßlich der Besichtigung durchzuführen, ließen sich Widrigkeiten, die noch vor wenigen Wochen unüberwindlich schienen, wohl kaum restlos beseitigen. Das Entgegenkommen des spanischen Botschafters, der schließlich nur lobende Worte fand, half erheblich, das „Ansehen" des „Culturstaates" Österreich-Ungarn zu wahren.[141] Alles in allem zeigte die offizielle Schutzmacht der russischen Soldaten auf dem Gebiet des Habsburgerreiches wenig

134 Auerbach 182.
135 Ebd. 181.
136 Davis, National Red Cross Societies 43; Schlesinger 18.
137 Auerbach 182.
138 Egger 141.
139 Zit. nach Egger 145.
140 ÖSTA/KA, KM/10. Abt. 1914: 10-2/261.
141 Ebd.

Einsatzbereitschaft. Den Aufforderungen der Romanovs und ihrer Berater, verschiedene Gefangenenlager zu bereisen, kamen die Spanier ebensowenig nach wie den Einladungen des k.u.k. Kriegsministeriums zu weiteren Inspektionstouren. Aktiv wurden sie erst wieder nach der Februarrevolution, als anstatt der zaristischen die Provisorische Regierung die Geschicke Rußlands zu lenken versuchte.[142]

In den Weiten Sibiriens hofften die über 50.000 Angehörigen der osmanischen Armee indessen gleichermaßen vergeblich auf das energische Auftreten der Spanier, die auch von Istanbul als neutrale Schutzvertretung für die eigenen Kriegsgefangenen eingesetzt worden waren.[143] Nicht nur die schwache finanzielle Unterstützung durch die Pforte, sondern auch der Mangel an Personal machten es dem spanischen Gesandten in Petrograd jedoch faktisch unmöglich, seinen Verpflichtungen zu entsprechen.[144] Das Deutsche Reich und die Habsburgermonarchie entschlossen sich deshalb, die Angelegenheiten ihrer Staatsbürger in Rußland nicht, wie ursprünglich vorgesehen, ebenfalls den Diplomaten des iberischen Königreiches anzuvertrauen, sondern den Vereinigten Staaten von Amerika. Dabei ging man von der Erwägung aus, daß eine Großmacht die Forderungen der Mittelmächte „nachdrücklicher vertreten […] könne als ein kleinerer Staat".[145] Gewisse Intentionen des Zarenreiches, sich nicht „auf Gedeih und Verderb" an Großbritannien und Frankreich zu binden, brachten jedoch das „unübersehbare Bemühen" um die Intensivierung russisch-amerikanischer Wirtschaftsbeziehungen mit sich, wiewohl Washington in den Augen Petersburgs nicht zuletzt aufgrund seiner Aktivitäten zugunsten der mehr als zwei Millionen deutschen und österreichisch-ungarischen Gefangenen als Wahrer der Intentionen Berlins erscheinen mußte.[146] Unter dem Deckmantel klarer Frontstellungen kriegführender Länder und der betonten Unparteilichkeit neutraler Staaten stellte sich das Feld internationaler Beziehungen wesentlich diffuser dar. Bald tauchten auch in Kriegsgefangenenfragen Reibungsflächen auf. „Die Botschaft der U.S.A. in Petrograd", bilanzierte Heinrich von Raabl-Werner 1931, „enthielt sich jeder Initiative, sie übermittelte bloß Beschwerden nach Wien und übergab die Beschwerden von hier kommentarlos dem russischen Außenamt. In wichtigen Fällen erbat sie vorerst Weisungen aus Washington, was zu folgenschweren Verzögerungen führte. Unterstützungsbeträge bekamen meist die russischen Behörden zur Verteilung – und was das heißt, ist bekannt!"[147]

In der Tat hatten die Vereinigten Staaten Schwierigkeiten, den übernommenen Pflichten als Schutzmacht wirksam nachzukommen. Zwar inspizierten US-Diplomaten die rus-

142 Ebd.
143 Yanikdag 70 und 81.
144 Ebd.
145 Raabl-Werner, Österreich-Ungarns offizielle Kriegsgefangenenfürsorge 325.
146 Bonwetsch, Rußland und der Separatfrieden 137f.
147 Raabl-Werner, Österreich-Ungarns offizielle Kriegsgefangenenfürsorge 325.

sischen Gefangenenlager; oft scheiterten derartige Aktivitäten aber bereits an den mangelnden Sprachkenntnissen der Amerikaner. Wichtiger jedoch war die grundlegend unterschiedliche Auffassung zwischen den USA und den Mittelmächten über die Funktion einer Schutzmacht: „Das amerikanische State Department betrachtete sich [...] als Kurier zwischen Gegnern und nicht als Vertreter der [...] Interessen" der Zentralmächte.[148] Das Deutsche Reich und die Habsburgermonarchie lehnten diese Haltung strikt ab und beschuldigten die Vereinigten Staaten, den Wünschen der Entente zu dienen. „Es ergaben sich für eine Weltmacht in einem Weltkonflikt Hemmungen durch Bedachtnahme auf die eigenen Interessen: Die U.S.A. wurden zu einem der wichtigsten Kriegslieferanten Rußlands", begründete Raabl-Werner die Position Washingtons.[149] Ähnlich kritisch äußerten sich selbst amerikanische Historiker, die hinsichtlich der Kriegsgefangenenfürsorge der Vereinigten Staaten in Rußland zur Zeit des Ersten Weltkrieges ein grundsätzlich negatives Resümee zogen.[150]

Signifikant für das Verhalten und die Probleme der amerikanischen Schutzmacht war die Affäre um den Rot-Kreuz-Funktionär und Sonderbeauftragten des State Department, Dr. William Warfield, und den US-Gesandten in Petrograd, George Thomas Marye: Um ein Minimum an Erfolg zu erzielen, erhoben die USA nur mit betonter Zurückhaltung Einspruch gegen die Zustände in den russischen Kriegsgefangenenlagern. Warfield aber ignorierte die bisherigen Gepflogenheiten. „Nach einer Besichtigung des Pestlagers Sretensk verlangte er im Januar 1916, daß Washington ‚bring pressure on the highest imperial authorities ... without formality or delay'. Botschafter Marye protestierte in Petrograd ohne Ermächtigung durch Washington. Zunächst akzeptierte der russische Außenminister Sergej Sazonow die Proteste. Kurz danach aber – wahrscheinlich durch das Kriegsministerium beeinflußt – wies er Maryes Proteste zurück. Die Folge war eine schwere Belastung der russisch-amerikanischen Beziehungen. Warfield wurde auf russischen Druck hin zurückgerufen. Marye erhielt von Washington einen strengen Verweis und trat kurz danach zurück. Erst im Sommer 1916, nach einer kritikvermeidenden Berichterstattung (discreet reporting), erhielt der neue amerikanische Botschafter David R. Francis die Lagerinspektionserlaubnis."[151]

In Anbetracht des Versagens militärischer Verwaltungsinstanzen und der desaströsen Verhältnisse in den Lagern hatten sowohl die deutschen und österreichisch-ungarischen als auch die zaristischen Regierungsstellen versucht, das wahre Ausmaß der Mißstände zu verschleiern. In „unmerklicher Weise" sei, so das k.u.k. Kriegsministerium, das Notwen-

148 Davis, Deutsche Kriegsgefangene 39.

149 Raabl-Werner, Österreich-Ungarns offizielle Kriegsgefangenenfürsorge 325.

150 Davis, Deutsche Kriegsgefangene 40.

151 Ebd. 39f.; ders., Life of Prisoners 170f.; ders., National Red Cross Societies 31–34.

dige zu veranlassen, falls den zur Besichtigung zugelassenen Missionen „etwas verborgen bleiben soll". „‚Verbesserungen im letzten Augenblick à la Potemkin machen nur einen lächerlichen Eindruck'", ergänzte man. Doch machten die vielfach überforderten Lagerkommandanten überall gerade von dieser Methode Gebrauch, um sowohl die Vorgesetzten als auch die angereisten Missionsmitglieder „zufriedenzustellen".[152] Das Außenministerium und der Generalstab in Rußland gaben währenddessen Anweisung, das erschreckende Ausmaß der Epidemien und die Zahl der Opfer unter den Kriegsgefangenen zu vertuschen, um einen internationalen Skandal zu vermeiden.[153]

Im Kampf gegen die unüberschaubaren Unzulänglichkeiten und das Schweigen der Verantwortlichen erwies sich die Vermittlungstätigkeit neutraler Schutzvertretungen auf dem „Amtswege" und dem Feld der offiziellen Diplomatie als behäbig und ineffizient.[154] Wesentlich wirkungsvoller agierten die diversen *Organisationen des Roten Kreuzes*. Dessen Internationales Komitee versuchte schon zu Kriegsbeginn angemessene Vorkehrungen zu treffen. In Genf entstand im Musée Rath mit der Hilfe von über tausend Mitarbeitern eine Zentralauskunftsstelle für Kriegsgefangene, „in welcher 1919 die Zahl der bearbeiteten Personalkarten 7 Millionen betrug".[155] Das Komitee entsandte überdies zahlreiche Delegierte in die Lager und stattete die nationalen Gesellschaften vom Roten Kreuz mit besonderen Aufträgen aus. In diesem Zusammenhang dachte man vor allem an skandinavische Länder als Vermittler zwischen den „Gefangenen im Osten und ihren Heimatländern"[156], ließen sich doch die weitverzweigten verwandtschaftlichen Verbindungen der Herrscherhäuser in Stockholm und Kopenhagen bestens nutzen. Eine länderübergreifende Rot-Kreuz-Tätigkeit sollte auf diese Weise erleichtert werden. Immerhin konnten König Christian X. und dessen Bruder, Prinz Waldemar, der der dänischen Gesellschaft vom Roten Kreuz vorstand, mit ihrer Schwester Dagmar, der verwitweten Zarin-Mutter, welche als Angehörige des Hauses Romanov den Namen Marija Fedorovna angenommen hatte und Schirmherrin des russischen Roten Kreuzes war, Gefangenen-Angelegenheiten im Familienkreis behandeln. Gleiches galt für die vertraulichen Gespräche mit ihren Neffen Prinz Max von Baden, dem Präsidenten der Rot-Kreuz-Gesellschaft von Baden und letzten Kanzler des deutschen Kaiserreiches, und Prinz Carl von Schweden, der als energischer

152 Egger 151.
153 Klevanskij, Voennoplennye central'nych deržav 28.
154 Leidinger, Zwischen Kaiserreich und Rätemacht 63.
155 Haug 71.
156 Streeruwitz, Kriegsgefangene im Weltkriege, Bd. 1, 117.

Vorsitzender des schwedischen Roten Kreuzes auch das Protektorat über das dort eingerichtete Komitee für Kriegsgefangene innehatte.[157]

Die schwedischen Maßnahmen zugunsten der im Osten internierten Soldaten der Mittelmächte machten sich in der Folge am schnellsten bemerkbar und nahmen jahrelang eine Schlüsselstellung inmitten der allmählich anlaufenden Fürsorgeaktionen ein. In Sibirien arbeiteten Schweden mit Elsa von Hannekens Hilfsorganisation in Tientsin, einer Gesellschaft der Deutschen im Fernen Osten, zusammen. Durch diese Kooperation „erhielten einige Hunderttausend Gefangene in Sibirien Geld, Nahrungsmittel und Kleidung".[158] Insgesamt gelang es dem schwedischen Roten Kreuz in seiner mehrjährigen Arbeit, 41 Züge mit mehr als tausend Waggonladungen „Liebesgaben" aus Deutschland und der Donaumonarchie unter den „Plennys" zu verteilen.[159] Während der Jahre 1915 bis 1920 waren dafür 77 Delegierte verpflichtet gewesen, davon arbeiteten allein 48 im Jahre 1917 gleichzeitig in Rußland, Sibirien und Turkestan.[160] Einige von ihnen begleiteten darüber hinaus Hilfsmissionen der Zentralmächte und bemühten sich um höhere finanzielle Zuwendungen für die Kriegsgefangenen in deren Heimatländern.[161]

Als im Frühjahr 1917 der Kriegszustand zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten eintrat, stand für die militärische und zivile Führung in Berlin und Wien fest, daß eine offizielle Vertretung der eigenen Anliegen in Petrograd am besten durch jene Staaten erfolgen konnte, deren Rot-Kreuz-Gesellschaften schon bislang bemerkenswerte Leistungen erbracht hatten: Als neutrale Schutzmacht übernahm Schweden die deutschen und Dänemark, das bereits seit geraumer Zeit Wunschkandidat der k.u.k. Behörden war[162], die österreichisch-ungarischen Interessen in Rußland.[163]

Inzwischen war durch den Vorschlag der Zarin-Witwe Marija Fedorovna das Recht der Lagerinspektion im Zarenreich den Dänen zuerkannt worden.[164] Deren besondere Vertrauensstellung trug schließlich auch in erheblichem Maße zum Zustandekommen von *Besuchsreisen „russischer und deutscher beziehungsweise österreichisch-ungarischer Rot-Kreuz-Schwestern* in Belangen der eigenen Kriegsgefangenen auf dem Gebiet der jeweiligen Feindstaaten" bei.[165] Unter der nominellen Patronanz des dänischen Roten Kreuzes be-

---

157 Davis, National Red Cross Societies 39f.

158 Hanneken 266–268; Wennerström, Prinz Carl von Schweden 281f.; Davis, Deutsche Kriegsgefangene 40.

159 Davis, National Red Cross Societies 39.

160 Brändström, Unter Kriegsgefangenen 76.

161 Juhl/Klante/Epstein 139.

162 ÖSTA/KA, KM/10. Abt./Kgf. 1916: 10–33/353.

163 Raabl-Werner, Österreich-Ungarns offizielle Kriegsgefangenenfürsorge 325.

164 Brändström, Unter Kriegsgefangenen 72.

165 Kudrina 376; Nachtigal, Die dänisch-österreichisch-ungarischen Rotkreuzdelegierten in Rußland 366.

suchten die großteils aus einflußreichen Häusern der mittel- und osteuropäischen Aristokratie stammenden Damen[166] 1915/16 und 1916/17 die Unterkünfte von Gefangenen im Deutschen Reich und der Donaumonarchie einerseits sowie die Internierungsorte im europäischen Rußland, vor allem aber in Sibirien und Mittelasien andererseits.[167] Die Informationen, welche die Schwestern in Begleitung von Repräsentanten Dänemarks und Vertretern der Regierung des Gewahrsamsstaates sammelten, halfen dabei, Fehlentwicklungen aufzuzeigen. In vielen Fällen übertrafen sie sogar die Erwartungen skeptischer Heeresbehörden, die bei der Auswahl geeigneter Personen besonders strenge Kriterien zur Anwendung brachten und befürchteten, die Baroninnen, Gräfinnen und Prinzessinnen könnten durch den Besuch „präparierter" Lager einen falschen Eindruck erhalten.[168] Zwar wurde die Ankunft der Missionen den örtlichen Militärdienststellen gemeldet und Vorbereitungen getroffen, „um den Besuchern Sand in die Augen zu streuen"[169], nichtsdestoweniger blieben mehrmonatige Versäumnisse augenscheinlich. Die kritischen Berichte über die Visitationen sollten daher, wie von russischer Seite betont, wenigstens einer breiteren Öffentlichkeit verborgen bleiben und nicht publiziert werden.[170]

Hatten vor allem die Delegierten Deutschlands und der Donaumonarchie beträchtliche Geldsummen unter den Kriegsgefangenen verteilen und einige Mißstände beseitigen können[171], vermochte die Bereisung der Lager längerfristig dennoch keine Besserung der Lage zu bringen: Der Größenordnung der Gesamtproblematik war mit einer verschwindend geringen Zahl von Missionsmitgliedern nicht beizukommen. Ihrer Arbeit hatte man

166 Nur Deutschland wählte neben Repräsentantinnen des Adels auch zwei bürgerliche Berufskrankenschwestern aus. – Nachtigal, Die dänisch-österreichisch-ungarischen Rotkreuzdelegierten in Rußland 370f.

167 An den beiden Visitationstouren nahmen für Deutschland Gräfin Alexandrine Uexküll, Erika von Passow, Magdalene von Walsleben, Gräfin Mathilde Horn, die Baroninnen Elisabeth von Gagern und Oberin Emma von Bunsen sowie Anne-Marie Wenzel und Annit Rothe teil, für Österreich-Ungarn Käthe von Mihalotzy, Baronin Andorine von Huszár, Prinzessin Cunigunde von Croy-Dülmen sowie die Gräfinnen Anna Revertera, Ilona von Rosty, Magda Cebrian, Pauline von Stubenberg-Palffy und Nora Kinsky, für Rußland unter anderem Alexandra Romanova, Ekaterina Samsonova, Praskovia Alexandrovna Kasem-Beg, Marija Galicina und Vera Maslennikova. – Nachtigal, Die dänisch-österreichisch-ungarischen Rotkreuzdelegierten in Rußland 368–371; Davis, National Red Cross Societies 41. Zu den Inspektionen der Kriegsgefangenenlager im Deutschen Reich und der Donaumonarchie durch Rot-Kreuz-Schwestern aus dem Zarenreich siehe unter anderem: Auerbach 229; ÖSTA/KA, KM/10. Abt./Kgf. 1915: 10-35/21-34, 10-35/21-39, 10-35/21-41, 10-35/21-64, 10-35/21-65 sowie ÖSTA/KA, KM/10. Abt./Kgf. 1916: 10-35/1-78.

168 Nachtigal, Die deutsch-österreichisch-ungarischen Rotkreuzdelegierten in Rußland 368ff.; Streeruwitz, Kriegsgefangene im Weltkrieg, Bd. 1, 145.

169 Brändström, Unter Kriegsgefangenen 74.

170 Raabl-Werner, Österreich-Ungarns offizielle Kriegsgefangenenfürsorge 327.

171 Leidinger, Zwischen Kaiserreich und Rätemacht 73f.

überdies zeitliche Beschränkungen auferlegt, sodaß „die Besuche in den Lagern nie über einen bis zwei Tage ausgedehnt werden konnten".[172] Konflikte unter den Inspizientinnen förderten außerdem Gegensätze zwischen den Reichen der Habsburger und der Hohenzollern zu Tage, die auf unterschiedliche Ausgangspositionen beider Mächte in Kriegsgefangenen-Angelegenheiten zurückzuführen waren. Die verhältnismäßig geringe Zahl der deutschen im Vergleich zu den k.u.k. Soldaten in russischem Gewahrsam verursachte bei der Verteilung von Hilfsgütern und finanziellen Mitteln Reibereien. Sie gipfelten im Vorwurf der österreichischen Delegierten Anna Revertera, deutscherseits würde man die im Zarenreich internierten Untertanen der Donaumonarchie vernachlässigen.[173] Der Zank unter den adeligen Fürsorgeschwestern in Rußland entsprach den Auseinandersetzungen zwischen Wien und Berlin hinsichtlich der Überweisung von im Habsburgerreich befindlichen Gefangenen an Deutschland. Derlei Spannungen zeigten sich unter anderem anläßlich regelmäßiger Konferenzen verschiedener Organe der reichsdeutschen und der österreichisch-ungarischen Heeresverwaltung[174], wobei die Unstimmigkeiten mit Fortdauer des Krieges an Brisanz gewannen, da beide Staaten in verstärktem Ausmaß auf „ausländische" Arbeitskräfte zurückgreifen mußten.[175] Streitfragen ergaben sich hier nicht nur in Zusammenhang mit den Kriegsgefangenen, sondern auch in Hinblick auf die Rückführung von im Deutschen Reich tätigen österreichisch-ungarischen Saisonarbeitern in die Habsburgermonarchie. In diesem Kampf um Arbeitskräfte, den die Bündnispartner untereinander austrugen, hatten die Wiener Zentralstellen in der Regel das Nachsehen.[176]

Friktionsfrei verlief im übrigen auch die Koordination der *mit Kriegsgefangenenagenden betrauten offiziellen Stellen* in den einzelnen Ländern nicht. In Wien war die im September 1915 aus der 10. Abteilung hervorgegangene und in sechs Gruppen unterteilte 10. Kriegsgefangenenabteilung (10. Abt./Kgf.)[177] unter der Leitung des Generals Stutz von Hartenwehr in ihrer Arbeit auf eine Reihe anderer Abteilungen des k.u.k Kriegsministeriums am

172 Brändström, Unter Kriegsgefangenen 73.

173 Davis, National Red Cross Societies 35.

174 Streeruwitz, Kriegsgefangene im Weltkriege, Bd. 1, 74f.

175 ÖSTA/KA, Chef des Ersatzwesens 1917: 19-53/2.

176 Dazu: Elsner 101–108.

177 Die 10. Kriegsgefangenenabteilung war folgendermaßen strukturiert: Die politische Gruppe Ost war unter anderem für den Kriegsgefangenenschutz in Rußland, Hilfsaktionen im Feindesland und „alle Fragen, die im Reziprozitätsverhältnis zu lösen" waren, zuständig. Analog dazu existierte die politische Gruppe West. Der militärischen Gruppe „für die Organisation und gesamte Dienstführung der Kriegsgefangenenlager, der Offiziersstationen für Kgf., der Kgf.-Gewerbelager, ..." oblagen auch die „Bearbeitung der Personal-Angelegenheiten, des Bewachungsdienstes, der Disziplinierung und alle rein militärischen Agenden". Die wirtschaftliche Gruppe hatte „die Arbeitsverwendung der Kgf. und deren Verteilung zu bearbeiten", die juristische Gruppe behandelte „Rechts-

Stubenring angewiesen. Weil sie in Standes- und Rechtsfragen von Offizieren und Mannschaften mit den Abteilungen 1, 2, 4 und 5, in Bekleidungsfragen mit der Abteilung 13 und in Fragen der Lagerbauten mit der Heeresbauabteilung (Abt. 8) kooperierte, kam ihr gewissermaßen die Funktion einer Sammelstelle zu, „in der alle Kgf.-Agenden zusammenliefen"[178]. Diese Konstellation machte sich speziell im Verkehr mit ausländischen Dienststellen bemerkbar, zumal eine Intervention bei den russischen Regierungsstellen auf dem Behördenwege nur unter Einbeziehung der neutralen Schutzmacht und des k.u.k. Ministeriums des Äußeren vorgesehen war.[179] Daß das bei Gefangenenfragen zu Rate gezogene Departement 7 des österreichisch-ungarischen Außenamtes mit den Militärs nur schlecht harmonierte, geht auch aus einer Rede Otto Bauers als Staatssekretär für Äußeres vor der provisorischen Nationalversammlung der neuen deutschösterreichischen Republik im Dezember 1918 hervor. „Der ganze alte Dienst der Kriegsgefangenenfürsorge war dadurch gekennzeichnet", meinte Otto Bauer, der sich selbst zweieinhalb Jahre in sibirischen Lagern nahe des Bajkalsees befunden hatte[180], rückblickend, „daß die Aufgaben zwischen Kriegsministerium und Ministerium des Äußern verteilt waren, was positive, aber vor allem negative Kompetenzkonflikte hervorgerufen hat. Wir wünschen dieses wenig ruhmvolle Beispiel nicht nachzuahmen."[181] Bauers kurze Skizzierung des k.u.k. Gefangenenwesens, auf die die Abgeordneten der Nationalversammlung mit „Zustimmung und Heiterkeit", wie es in der Arbeiter-Zeitung heißt, reagierten[182], ließ freilich die Tatsache unberücksichtigt, daß auch innerhalb der Armee um Zuständigkeiten hinsichtlich der auf dem Territorium der Monarchie festgehaltenen feindlichen Soldaten gerungen worden war. So hatte die 1917 geschaffene Instanz eines Chefs des Ersatzwesens, die in erster Linie für die „weitere Aufbringung von hinreichendem Menschenmaterial"[183] zu sorgen hatte, bei der Errichtung und Auflösung von Lagern sowie im Bereich der Verwendung von Gefangenen in unterschiedlichen Zweigen der Kriegswirtschaft ein gewichtiges Wort mitzureden und damit den Handlungsspielraum der 10. Abt./Kgf. eingeengt. Kaum aber war man im Haus am Stubenring an die lästigen Interventionen seitens des Ersatzwesens gewöhnt, begannen hinsichtlich des zu erwartenden „Großaustausches mit Rußland" und der damit verbundenen Einrichtung eines breitangelegten Repatriierungsapparates für hunderttausende

angelegenheiten der Kgf. in Feindeshand" und die Demobilisierungsgruppe sollte die Heimbeförderung der Kriegsgefangenen vorbereiten. – Streeruwitz, Kriegsgefangene im Weltkrieg, Bd. 1, 67f.

178 Streeruwitz, Kriegsgefangene im Weltkrieg, Bd. 1, 67f.

179 Leidinger, Zwischen Kaiserreich und Rätemacht 63.

180 Dazu: Moritz, Verena/Leidinger, Hannes: Otto Bauer 1914–1919. Kriegsgefangenschaft und Heimkehr als Problem einer Biographie. In: Wiener Geschichtsblätter, 54. Jg., Heft 1 (1999), 1–21.

181 AZ, Nr. 332 (5.12.1918) 3.

182 Ebd.

183 Hecht 437.

Heimkehrer Debatten über die Zuordnung der Aufgabengebiete zwischen dem Armeeoberkommando in Baden und dem Kriegsministerium in Wien.[184]

Vermochten die Unstimmigkeiten unter den militärischen und zivilen Ämtern Österreich-Ungarns allerdings vergleichsweise leicht aus der Welt geschafft werden, so erwiesen sich die organisatorischen Voraussetzungen in Rußland als wesentlich komplizierter. Obwohl man am 20. (7.) Oktober 1914 mit der „Položenie o voennoplennych", der Verordnung über die Kriegsgefangenen, die sich an den Beschlüssen der von Zar Nikolaj II. initiierten Konferenzen in Den Haag 1899 und 1907 orientierte, ein Grundkonzept über das Gefangenenwesen vorgegeben hatte, standen der von Kriegsminister Aleksandr F. Rediger geschaffenen und 1908 in das Petersburger Kriegsministerium eingegliederten Hauptverwaltung des Generalstabes (Glavnoe upravlenie general'nogo štaba, GUGŠ) als leitenden Instanz der diesbezüglichen Agenden schwer zu überwindende Hindernisse im Wege.[185] „Die Richtlinien", schrieb Fürsorgeschwester Elsa Brändström 1920, „gingen von Petersburg aus, aber die kommandierenden Generäle der einzelnen Militärbezirke durften sie so abändern, wie sie es nach den Verhältnissen für richtig hielten."[186] Die Hauptstadt war weit. Was sich in den Stäben der einzelnen Militärkreise, in denen man ebenfalls Abteilungen für Kriegsgefangenen-Angelegenheiten eingerichtet hatte, zutrug, entzog sich nicht selten der Kontrolle Petrograds.[187] Dessen Zentralbehörden konnten indessen selbst schwer zu einer gemeinsamen Vorgehensweise angehalten werden. Die Evakuierungs- und Kriegsgefangenenabteilung (otdel evakuacionnyi i po zavedyvaniju voennoplennymi), welche als eigenes Ressort im GUGŠ erst 1916 geschaffen worden war[188], mußte sich immerhin nicht nur mit anderen Dienststellen der Hauptverwaltung, wie der Operativen Abteilung (operativnoe otdelenie) und der Abteilung für die Mobilisierung (mobilizacionnyj otdel), abstimmen.[189] Schließlich war mit Vertretern der seit Dezember 1915 existierenden Gefangenenabteilung im Außenministerium[190] ebenso zu verhandeln wie mit der sogenannten „Sonderberatung für die Erörterung und Koordinierung von Maßnahmen für die Landesverteidigung" (osoboe soveščanie dlja obsluživanija i ob'edinenija meroprijatij po oborone gosudarstva)[191], der unter dem Vorsitz des Kriegsministers Mitglieder des Reichsrates, der Reichsduma und in der Folge auch Repräsentanten der Landschaften, der städ-

184 Przybilovszki 52ff.
185 Leidinger/Moritz, Das russische Kriegsgefangenenwesen 87.
186 Brändström, Unter Kriegsgefangenen 7.
187 Moritz, Gefangenschaft und Revolution 31.
188 Otečestvennaja istorija s drevnejšich vremen do 1917 goda. Enciklopedija, Bd. 1, Moskva 1994, 558f.
189 Moritz, Gefangenschaft und Revolution 29f.
190 Archiv vnešnej politiki Rossijskoj Imperii. Minneapolis 1995, 198.
191 RGVIA, f. 2000, op. 1, Bd. 1, l. 1–5.

tischen Verbände sowie der Kriegsindustriekomitees angehörten.[192] Diese hatte es sich zur Aufgabe gemacht, die „Versorgung und Belieferung der Armee mit Waffen und Munition zu beschleunigen“, wobei sie unter anderem als Anlaufstelle für die Verantwortlichen verschiedener Industriezweige diente, welche infolge des akuten Arbeitskräftemangels in Rußland befindliche Soldaten der Mittelmächte als Arbeiter anforderten.[193] Eine derartig unübersichtliche Kompetenzverteilung gab jedoch bald Anlaß zur Kritik. Die Provisorische Regierung versuchte dementsprechend bereits wenige Wochen nach der „Februarrevolution“ dem vorhandenen Zuständigkeitschaos ein Ende zu bereiten. Am 4. April (22. März) 1917 gab sie die Errichtung eines „Zentralkomitees für Kriegsgefangenen-Angelegenheiten bei der Hauptverwaltung der Russischen Gesellschaft des Roten Kreuzes“ bekannt, dem die Koordinierung aller Regierungsstellen und öffentlichen Organisationen, die mit Gefangenenagenden zu tun hatten, anvertraut wurde und das außerdem zu Vertragsabschlüssen mit den gegnerischen und neutralen Staaten befugt sein sollte.[194] Sogar im k.u.k. Kriegsministerium gaben die strukturellen Reformen in Petrograd zunächst Anlaß zur Hoffnung auf eine Verbesserung der Situation.[195] Wie die russischen Behörden selbst, mußten Wiener Heeresbeamte aber bald konstatieren, daß es dem neuen Gremium, trotz weitreichender Befugnisse, nicht gelungen war, „seinen Weisungen allgemeine Geltung zu verschaffen“.[196] Ein grundlegendes Problem der russischen Gefangenenfürsorge trat erneut zutage: Den Hilfskomitees fehlte es an Geld, Personal und Filialen in den Provinzen.[197]

Obwohl man schon 1914 gemäß der Haager Landkriegsordnung ein Auskunftsbüro für Kriegsgefangene beim russischen Roten Kreuz eingerichtet hatte[198] und durch eine in Kopenhagen gegründete Außenstelle einen erheblichen Teil des Postverkehrs zwischen den in den Feindstaaten festgehaltenen Soldaten und ihren Angehörigen bewerkstelligen konnte[199], machte sich bei breitangelegten und längerfristigen Unterstützungsaktionen eine prinzipielle Zurückhaltung der militärischen und zivilen Führung Rußlands bemerkbar. Die von Mißtrauen und Ablehnung gekennzeichnete Position der staatlichen Institutionen bekam das in den Belangen der Gefangenenproblematik besonders aktive Moskauer Hilfskomitee deutlich zu spüren. Seinen Einsatz für eigene Soldaten, die sich in der Gewalt gegnerischer Mächte befanden und von vielen Regierungsbeamten als verdächtige „Elemente“, die „ihre Pflicht gegenüber dem Vaterland nicht erfüllt hatten“, angesehen

192 Daniloff 547.
193 Leidinger/Moritz, Das russische Kriegsgefangenenwesen 88.
194 Sbornik ukazov i postanovlenij Vremennogo Pravitel'stva (27.2.1917–5.5.1917) 63f.
195 Streeruwitz, Kriegsgefangene im Weltkriege, Bd. 1, 127.
196 Ders., Der Umsturz in Rußland und die Kriegsgefangenen 268f.
197 Leidinger/Moritz, Das russische Kriegsgefangenenwesen 91f.
198 Ebd. 87.
199 Ždanov 46.

wurden[200], verfolgten staatliche Einrichtungen mit wachsendem Unmut. Letztlich mußte das Hilfskomitee nicht nur mangelndes Entgegenkommen, sondern regelrechten Widerstand seitens der Moskauer Stadtverwaltung und des GUGŠ konstatieren, während es unter der Provisorischen Regierung von Polizeiorganen gar der Kollaboration mit dem Feind bezichtigt wurde.[201]

Die deutschen und österreichisch-ungarischen *Institutionen zur „Evidenzführung und Auskunftserteilung"* für die Belange der in „Feindeshand geratenen Militärpersonen" erwiesen sich alles in allem als recht zweckdienlich. Verbunden durch das Central-Comité der deutschen Verbände vom Roten Kreuz in Berlin hatten die weitgehend autonomen Landesorganisationen im Deutschen Reich, vor allem der Frankfurter und der Hamburger Verein vom Roten Kreuz, beträchtlichen Anteil an der Betreuung der sachspezifischen Aufgabengebiete, wobei sich die beteiligten Institutionen darauf einigten, die Betreuung der deutschen Gefangenen in Rußland vorrangig „den Hamburgern" anzuvertrauen.[202]

Auch die „Auskunftsstelle für Kriegsgefangene" beim „Gemeinsamen Zentralnachweisbureau" (G.Z.N.B.) der österreichischen und der ungarischen Gesellschaft vom Roten Kreuz wurde für die verantwortlichen Instanzen der Donaumonarchie zur unersetzlichen Stütze des gesamten Gefangenenwesens. Unter der Leitung von Statthalter a. D. Graf Markus Spiegelfeld und (dem in englischen beziehungsweise ägyptischen Diensten aufgrund seiner Tätigkeit im Sudan bekannt gewordenen) Baron Rudolf von Slatin nahm die neue Institution bald riesenhafte Ausmaße an. Im Präsidium und den zehn Abteilungen der Auskunftsstelle, deren Büros über die ganze Innenstadt verteilt waren, wurden Nachforschungen über die in Gewahrsam gegnerischer Mächte befindlichen Zivilisten und Militärpersonen angestellt, deren Korrespondenzen abgewickelt, eine Kartei der in Feindesland befindlichen k.u.k. Soldaten und Verlustlisten der in Gefangenschaft Verstorbenen angelegt, Bücher für die Lagergemeinschaften gesammelt und finanzielle Zuwendungen der Angehörigen sowohl an die eigenen als auch an die gegnerischen Kriegsgefangenen weitergeleitet.[203] Neben dem großangelegten Apparat in Wien konnten im Laufe der Zeit mit Unterstützung der Landeshilfsvereine vom Roten Kreuz außerdem Lokalauskunftsstellen errichtet werden, sodaß die Informationen über Kriegsgefangene abseits der Reichshauptstadt Verbreitung fanden. Im Sommer 1917 existierten in Niederösterreich, wo die Aktion am weitesten fortgeschritten war, schon 346 derartige Lokalstellen, eine Lei-

200 Ebd. 80f.
201 Ebd.
202 Der Heimkehrer. Verbandsblatt der Reichsvereinigung ehemaliger Kriegsgefangener, Jg. 11, Nr. 12 (Dez. 1930) 184f.
203 Zur Organisation der „Auskunftsstelle für Kriegsgefangene" siehe: Przybilovszki 214–216; Inventar des Kriegsarchiv Wien, Bd. 2, 18; Streeruwitz, Kriegsgefangene im Weltkriege, Bd. 1, 77–106.

stung, die nur im Zusammenwirken mit den jeweiligen Pfarreien vor Ort zu bewerkstelligen war.[204]

Überhaupt registrierten die Spitzenbeamten der deutschen und österreichisch-ungarischen Heeresverwaltung mit Genugtuung, daß sich die Situation in den Lagern allmählich entspannte. Nach den katastrophalen Zuständen in den ersten Kriegsmonaten schienen die Militärs, flankiert von verschiedenen Hilfsorganisationen, seit der zweiten Hälfte des Jahres 1915 die Lage unter Kontrolle zu bekommen, trotz diverser Kompetenzstreitigkeiten und eines steten Mißtrauens gegenüber Angehörigenvereinigungen, wie dem 1916 ins Leben gerufenen „Verband der Hilfsgruppen Angehöriger von Kriegsgefangenen" in Wien.[205]

Einmal im Aufwind, konnten sich manche Armeekommanden in Eilfertigkeit und Detailverliebtheit gar nicht überbieten: Auf dem Boden der Zentralmächte sollten ideale Unterbringungsorte für die in die Gewalt der eigenen Truppen geratenen „Feinde" entstehen. Keine Einzelheit wollte man dem Zufall überlassen: Die Lager sollten mit allem Notwendigen, speziell den lebenswichtigen sanitären Einrichtungen, ausgestattet werden, nicht selten im Hinblick auf eine weitere Verwendung nach Beendigung der Kampfhandlungen. Während solcherart mancher lokaler Kommandant mit der Hoffnung auf die dauerhafte Nutzung der neuen „militärischen Liegenschaften" sein eigenes berufliches Fortkommen verband und die Zivilbevölkerung von der hinkünftigen Aufwertung ihres Ortes träumte[206], ging man zunächst einmal daran, für die nähere Zukunft das Leben der Kriegsgefangenen an Regeln zu binden, in denen sämtliche Eventualitäten Beachtung finden sollten.[207] Zugleich planten verantwortliche Dienststellen die neue Qualität des Lagerlebens durch die Förderung kultureller Aktivitäten hervorzuheben. Lagerbibliotheken, von denen es insgesamt in Deutschland, dem Habsburgerreich und den okkupierten Gebieten 95 gab, richtete man ebenso ein wie Schulungskurse für Fremdsprachen, Landwirtschaft und andere Wissensgebiete. Laienspielgruppen, zum Beispiel Theater- und Instrumentalensembles, Chöre und sogar Symphonieorchester durften sich mit Erlaubnis der Wachkommanden und ihrer Vorgesetzten bilden. In manchen Offizierslagern existierten neben Sportzirkeln sogar Kinos.[208] 1930 schrieb K. Levin, der während des Ersten Weltkrieges als Angehöriger der Zarenarmee in der Donaumonarchie festgehalten wurde, über die neue Sympathieoffensive der Zentralmächte, die in krassem Widerspruch zu den bisherigen Erlebnissen vieler Gefangener stand: „Die Österreicher behinderten die kulturel-

204 Mitteilungen der Auskunftsstelle für Kriegsgefangene, Nr. 1 (1.8.1917) 1 und Nr. 4 (15.9.1917) 3.

205 Littmann/Nowak 353; Streeruwitz, Kriegsgefangene im Weltkriege, Bd. 1, 181f.

206 Reichenberger Kriegsgefangenen-Lagerzeitung, Doppelheft März/April 1916, 17.

207 Siehe dazu: Dienstbuch J-35. Kriegsgefangenenwesen. Sammlung und Sichtung der ergangenen Erlässe. Wien 1915.

208 Sergeev, Kriegsgefangenschaft und Mentalitäten 360.

len Aktivitäten nicht. [...] Es ist schwer zu beschreiben, wieviel Freude uns die Aufführung eines Theaterstücks bereitet hat, die erste Möglichkeit, etwas zu sehen, das uns als ein edles Echo einer anderen, einer freien Welt erschien [...] Während der Vorstellung waren alle Gänge und Winkel voll von Menschen, die Gefangenen hatten sich in mehreren ‚Rängen' eingerichtet und ‚tranken gierig die Inszenierung', schauten unentwegt auf die Bühne und seufzten schwer, als sie endete."[209]

Speziell an den Unterbringungsorten der deutschen und österreichisch-ungarischen Offiziere in Sibirien und Turkestan versuchte man inzwischen ebenfalls *Gegenwelten* zur vorherrschenden „Eintönigkeit" zu schaffen. Im Lager Krasnojarsk beispielsweise manifestierte sich in verschiedenen Einrichtungen, sechs Kaffeehäusern, Bibliotheken und einem Theater das Bedürfnis zur Bewahrung der eigenen kulturellen Identität. Man ging künstlerischen und wissenschaftlichen Aktivitäten nach und begründete schließlich sogar eine Art „Hochschulsystem" mit geregeltem Unterricht und umfassendem Vorlesungsprogramm[210], wobei der amerikanische „Verein Christlicher Junger Männer (Y.M.C.A.)" bei der Beschaffung der notwendigen Lehrmittel wesentlich wirkungsvollere Hilfe leistete als die offiziellen Repräsentanten der Vereinigten Staaten im Rahmen ihrer Schutzmachtfunktion.[211]

In den Genuß der „Annehmlichkeiten" des Lagerlebens kam jedoch nur ein geringer Teil der Kriegsgefangenen, und selbst für diese ließ der Reiz der angebotenen Zerstreuungsmöglichkeiten empfindlich nach, als die Mägen leer blieben. Die Möglichkeiten zum Besuch kultureller Veranstaltungen oder zur intellektuellen Weiterentwicklung überdeckten zudem nur vorübergehend all die *physischen und psychischen Belastungen*, die die langjährige Internierung mit sich brachte. Gerade unter den Offizieren, die zwar in der Regel bessere Verhältnisse in ihren Unterkünften antrafen, deren Aufenthalt „in Feindesland" andererseits aber weitestgehend an das Lager gebunden werden sollte, machten sich negative Konsequenzen der eingeschränkten Bewegungsfreiheit und des ständigen Lebens in der Gemeinschaft bemerkbar. Die Symptome der sogenannten „Stacheldrahtkrankheit", Gleichgültigkeit, Lethargie und Schlafsucht gefolgt von Ausbrüchen unbegrenzter Emphase und aufbrausender Feindseligkeit, begannen das Klima unter den Kriegsgefangenen zu vergiften.[212] Aus den nichtigsten Anlässen kam es zu Streitigkeiten, die die Beteiligten, zuweilen in ihrer Ehre tief gekränkt, nicht auf sich beruhen lassen wollten. Kriegsgefan-

209 Zit. nach Sergeev, Kriegsgefangenschaft und Mentalitäten 360f.

210 Moritz, Gefangenschaft und Revolution 73; vgl. Pizzini 127; Meßner 146; Davis, POW-Camps as Social Communities 155ff.

211 Davis, Deutsche Kriegsgefangene 40.

212 Kinsky 70f.; Moritz, Gefangenschaft und Revolution 72.

gene Offiziere gingen daran, ganze Archive mit Protokollen über Ehrenhändel anzulegen. Auf die „Satisfaktion" mußte allerdings bis nach Kriegsende gewartet werden.[213]

„Auflösungsprozesse": Arbeit und soziale Spannungen

Den Katastrophen der ersten Kriegsmonate, dem Erlebnis der Kämpfe an der Front und des Massensterbens nach der Kapitulation vor dem Gegner, folgten die Bedrückungen des Lageralltags. Nicht nur Offiziere, die sich in besonderer Weise an den militärischen Ehrenkodex, die „Schande", unverwundet in Gefangenschaft zu geraten, und den „pflichtgemäßen" Versuch, „auf eigene Faust in die Heimat zu gelangen", erinnert fühlten, dachten an *Flucht*, zumal eine „reguläre Heimkehr" auf der Basis zwischenstaatlicher Übereinkunft kaum in Betracht gezogen werden konnte.

Obwohl im Sommer 1915 zwischen Rußland und den Mittelmächten vereinbart worden war, „alle Schwerverwundeten und Kranken, deren Gebrechen und Leiden ihre militärische Verwendung im Heeresdienst dauernd oder für absehbare Zeit ausschlossen", zu repatriieren[214], sich Schweden bereit erklärt hatte, mit Sanitätszügen beziehungsweise -schiffen den Austausch der „Kriegsbeschädigten" auf seinem Hoheitsgebiet zu ermöglichen[215] und die kriegführenden Staaten den Empfang der Heimkehrer als propagandistische Kundgebungen eines verebbenden „Hurra-Patriotismus" in Szene setzen wollten[216], blieben die Ergebnisse weit hinter den Erwartungen zurück. So machte vor allem Rußland im Rahmen einer noch 1915 einberufenen Konferenz von Rot-Kreuz-Delegierten in Stockholm auf die Schwierigkeiten hinsichtlich einer raschen Rückführung der Betroffenen aufmerksam, insbesondere auf das Fehlen von Ärztekommissionen, die eine gewissenhafte Untersuchung der für die Transporte in Frage Kommenden vornahmen.[217] Hinzu kamen infrastrukturelle Probleme. Invalide trieb man oft über weite Strecken und bei jedem Wetter zu den Sammelpunkten, weil die Transportmittel fehlten. Auf diese Weise kamen bei Ačinsk mehrere Kriegsgefangene ums Leben.[218] Die Stockholmer Gespräche konnten an der gegebenen Situation wenig ändern. Zwar hielt man in zahlreichen Punkten Verbesserungen in Fragen der Fürsorgemaßnahmen fest, ein rascher und erweiterter

---

213 Pizzini 50–53.

214 Brändström, Das Rote Kreuz in Rußland 284. Eine Konferenz über die Rückführung beiderseitiger Staatsangehöriger, die 1914 einberufen wurde, blieb ohne Bedeutung. Erst die Verhandlungen des darauffolgenden Jahres brachten Ergebnisse. – Dazu auch: Przybilovszki 6.

215 Brandström, Unter Kriegsgefangenen 82.

216 Kunewälder 4 und 33–36.

217 Brändström, Unter Kriegsgefangenen 82.

218 Dies., Das Rote Kreuz in Rußland 284.

Austausch über die Gruppe der Schwerkranken beziehungsweise -verwundeten hinaus kam aber trotz guter Vorsätze nicht zustande. Nachfolgekonferenzen in Stockholm 1916 und 1917 blieben diesbezüglich ohne Wirkung. Tagungen in Kopenhagen im Oktober und Christiana im November 1917, die sich mit der Unterbringung weiterer halbinvalider Gefangener in neutralen Ländern und der Heimschaffung aller Zivilinternierten mit Ausnahme der Männer zwischen 16 und 50 Jahren beschäftigten[219], wurden von den Ereignissen in Petrograd, der Machtergreifung Lenins, der Einleitung von Friedensverhandlungen und Neuorientierung der russischen Kriegsgefangenen-Politik überrollt.[220] Verglichen mit der enormen Zahl jener, die an der Ostfront während des Ersten Weltkrieges in die Gewalt des Feindes fielen, sowie den Mißständen während des Transportes ins Hinterland und in den Lagern, die letztlich Hunderttausenden das Leben kosteten, standen die Resultate der Repatriierungen sowie der Internierung in den skandinavischen Staaten bis zur Jahreswende 1917/18 in keinem Verhältnis zur Größenordnung der Gesamtproblematik: Alles in allem wurden vom August 1915 bis zum Frühjahr 1918 nur etwas mehr als 26.000 deutsche, österreichisch-ungarische und türkische sowie 37.000 russische Soldaten, Offiziere und Mannschaftsangehörige, nach Hause gesandt.[221] In Dänemark hielten sich zu dieser Zeit 2.340 russische und rumänische sowie 272 deutsche und 1.235 österreichisch-ungarische Halbinvalide auf.[222]

Eine baldige „ordnungsgemäße" Rückkehr in die Heimat schien bei solchen Voraussetzungen fast ausgeschlossen. Die Flucht galt andererseits als riskantes Unternehmen. Ausschlaggebend hierfür waren die andauernden Gefechte auf den Schlachtfeldern Mittelosteuropas, aber auch das Verhalten der Wachmannschaften, die Anweisung erhalten hatten, bei Ausbruchsversuchen aus dem Lager hart durchzugreifen[223], und die Tatsache, daß es vielen Kriegsgefangenen an ausreichenden Kenntnissen der Sprachen beziehungsweise Kulturen in den Gewahrsamsstaaten mangelte, um unbehelligt zu den Linien der eigenen Truppen zu gelangen.

Die Fluchtbewegung unter den Russen im Habsburgerreich erreichte denn auch erst während des Jahres 1917 größere Ausmaße, als sich mit den revolutionären Ereignissen auf dem Gebiet des ehemaligen Zarenreiches die Frage der Bodenverteilung stellte, bei der die ungeduldig gewordenen Kriegsgefangenen nicht zu kurz kommen wollten. Die Bereitschaft zur Flucht steigerte sich zudem angesichts des zwischen den Mittelmächten und der

219 Streeruwitz, Konferenz in Kopenhagen 335; Brändström, Unter Kriegsgefangenen 92; Przybilovszki 8.

220 Leidinger, Zwischen Kaiserreich und Rätemacht 59f.; Brändström, Unter Kriegsgefangenen 92.

221 Brändström, Unter Kriegsgefangenen 84.

222 Kudrina 375f.

223 Zeisel, Von der Flucht eingebracht und erschossen 258; Sergeev, Kriegsgefangenschaft und Mentalitäten 360.

Sowjetregierung in Petrograd geschlossenen Waffenstillstandes, der die Kampfhandlungen im Osten vorläufig beendete.[224] Offiziere galten allerdings von Anfang an schon deshalb als besonders fluchtanfällig, weil sie im Gegensatz zur Mannschaft eher über die benötigten Geldmittel verfügten, um die „wilde Heimkehr" zu finanzieren. Die russischen Lagerbehörden waren auf diesen Umstand bald aufmerksam geworden und befürchteten unter anderem Bestechungen des Wachpersonals.[225] In Österreich-Ungarn versuchte man die Fluchtbereitschaft der k.u.k. Soldaten indessen noch durch Prämien zu erhöhen[226], während die zaristischen Behörden den in Deutschland oder der Donaumonarchie festgehaltenen eigenen Heeresangehörigen die schärfsten strafrechtlichen Konsequenzen androhten und damit eine Motivation schufen, aus der Gefangenschaft zu entweichen.[227] Daß bis Ende 1917 die meisten Fluchtversuche dennoch scheiterten, geht allein aus Schätzungen über die Zahl der aus russischen Lagern Entflohenen hervor. Bis zur „Oktoberrevolution" dürften sich insgesamt lediglich zwischen 5.000 und 10.000 österreichisch-ungarische Kriegsgefangene, nicht zuletzt aus Sibirien und Mittelasien, zur Front und in weiterer Folge ins Herrschaftsgebiet der Zentralmächte durchgeschlagen haben.[228]

Dementsprechend war die Hoffnung auf eine vor allem sichere Repatriierung durch die Heeresverwaltungen der am Krieg beteiligten Staaten mit der Friedensstimmung unter den Kriegsgefangenen verknüpft, um so mehr, als bis zur endgültigen Waffenruhe ein größerer Gefangenenaustausch auch mit ökonomischen Überlegungen der zivilen und militärischen Behörden kollidierte. Die Arbeitskraft der „Soldaten in Feindeshand" begann während der Jahre 1914 bis 1917 eine gewichtige Rolle im Wirtschaftsgefüge europäischer Großmächte einzunehmen. Eine Entwicklung zeichnete sich ab, die die bisherigen Ansichten zur Gefangenenproblematik in Frage stellte und den Blick auf ein wesentlich dynamischeres Phänomen freigab, das sich nur mehr bedingt in den Dimensionen der allmählich funktionierenden Lagerverwaltung erfassen ließ.

Kampfverbände, die oft geschlossen dem Feind in die Hände gefallen waren, brachen in der Gefangenschaft auf eine unvorhergesehene Weise auseinander. Nicht allein die Verteilung auf verschiedene Internierungsgebiete, sondern auch die katastrophalen Verhältnisse an den Unterbringungsorten löschten intakte Einheiten der in der Gewalt des Gegners befindlichen militärischen Verbände aus. Als sich die Situation allmählich besserte und die zuständigen Regierungsinstanzen den Eindruck gewannen, adäquate „Men-

224 Hansak 150.

225 RGVIA, f. 1468, op. 2, d. 383, l.14.

226 Rutkowski, Flucht 184.

227 ÖSTA/KA, KM/10. Abt. 1915: 818/15.

228 Rutkowski, Flucht 184.

schendepots"[229] zur Bewältigung des Problems eingerichtet zu haben, waren die zu „verwaltenden Massen" aus ihrem Blickfeld verschwunden. Nationale, soziale, insbesondere aber *wirtschaftliche Interessen* trieben einen Zerfallsprozeß der „Lagergemeinschaften" voran, der von Berlin, Wien und Petrograd aus gleichermaßen gefördert wie gefürchtet wurde.

In den Berichten über die Zustände an den Internierungsorten ließ sich seit dem Jahreswechsel 1915/16 der in Gang gesetzte Prozeß ablesen. Exemplarisch hierfür sind die Eindrücke der Mitglieder diverser Inspektionsdelegationen. Graf Revertera teilte etwa dem k.u.k. Kriegsministerium im Mai 1916 mit, daß sich von den 22.000 in Mauthausen registrierten Gefangenen derzeit zirka 15.000 außerhalb des Lagers aufhielten.[230] Thorsten Wennerström, während desselben Jahres im Auftrag des schwedischen Roten Kreuzes unterwegs, fand in Knittelfeld, das „22.000 Mann aufnehmen" konnte, „nur 4.900 Russen" vor, in Sternthal, wo man sogar 37.000 feindliche Soldaten unterzubringen vermochte, gerade 600 russische sowie 200 serbische Soldaten und in Dunaszerdahely, Freistadt, Hart, Marchtrenk und Somorja bei Preßburg mit einem Belagraum für jeweils knapp 30.000 Personen insgesamt nur ungefähr 13.000 Insassen, großteils Angehörige der Zarenarmee.[231] Wennerströms Erfahrungen wiederholten sich in Feldbach, Kenyermezö, Kleinmünchen-Wegscheid, Spratzern sowie in den böhmischen Lagern Reichenberg und Josefstadt. Dort errichtete Barackenstädtchen, die durchschnittlich 40.000 bis 60.000 Menschen „fassen" sollten, wirkten wie leergefegt.[232] Während die Besichtigungsmissionen von „mustergültig geordneten Verhältnissen", „ausgezeichneten, modern eingerichteten Unterkünften" und „vielbändigen, für reichlich Unterhaltung sorgenden Büchereien" in den mehr als vierzig großen Gefangenenlagern des Habsburgerreiches zu erzählen wußten[233], waren die Lebensbedingungen der überwiegenden Mehrheit aller in die Gewalt der k.u.k. Armee geratenen serbischen, russischen und italienischen Soldaten für die Repräsentanten verschiedener Fürsorgeinstitutionen kaum noch nachzuvollziehen.

Das Gros der Gefangenen befand sich auf Arbeit abseits der Internierungsorte.[234] Dabei war der spätestens 1916 bereits als unumgänglich empfundene Einsatz von feindlichen Heeresangehörigen in den einzelnen Zweigen der österreichisch-ungarischen Wirtschaft nach Ausbruch der Kampfhandlungen keineswegs als selbstverständlich angesehen wor-

229 Das k.k. Innenministerium verwendete für die Lager der Kriegsflüchtlinge in jenen Jahren den Begriff „Arbeiterdepot". – Mentzel 370.

230 ÖSTA/KA, KM/10. Abt./Kgf. 1916: 10-21/6-3.

231 Wennerström, Besuch von Kriegsgefangenenlagern 214-224.

232 Ebd.; vgl. ÖSTA/KA, KM/10. Abt./Kgf. 1916: 10-23/20

233 Ebd.

234 Siehe dazu auch: ÖSTA/KA, KM/10. Abt./Kgf. 1916: 10-42/6.

den. Immerhin brachten die durch Kriegsvorbereitungen bedingten Umstellungen[235] vielerorts zunächst ökonomische Schwierigkeiten mit sich.[236] Anfängliche hohe Arbeitslosigkeit in mehreren Erwerbsbereichen ließ die Regierungsbehörden vorsichtig reagieren. Gegen die Verwendung von Kriegsgefangenen „zur Ausführung im öffentlichen Interesse liegender Tätigkeiten", ließ beispielsweise die Landesverwaltungskommission des Königreiches Böhmen das Kriegsministerium in Wien wissen, habe man „keine Einwendungen zu erheben"; hingegen sei ihre Abgabe „an Privatpersonen zu landwirtschaftlichen Arbeiten" nur insoferne zulässig, „als der Bedarf an landwirtschaftlichen Arbeitskräften weder durch heimische Arbeitskräfte noch durch Heranziehung von Kriegsflüchtlingen gedeckt werden kann".[237] Schließlich, merkte das „Präsidium der Landeskommission zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit" in Prag an, sei die Integration von Gefangenen in das Wirtschaftsleben der Monarchie mit der Situation am Arbeitsmarkt in Verbindung zu bringen.[238] Mit Fortdauer des Krieges und einer immer deutlicher zutage tretenden Knappheit an Arbeitskräften – in der österreichischen Industrie etwa war die hohe Arbeitslosenrate von 18,3 Prozent im August auf 8,1 Prozent im Dezember 1914 gefallen, um in der Folge praktisch auf Null zu sinken und schließlich einem permanenten Mangel an Beschäftigten zu weichen[239] – mußten auch Vorbehalte gegenüber Angehörigen gegnerischer Truppen auf österreichisch-ungarischem Boden den ökonomischen Erfordernissen untergeordnet werden. Die Zahlen sprechen für sich. Laut offiziellen Angaben setzte die Doppelmonarchie mit 1. Jänner 1918 438.000 Kriegsgefangene in der Landwirtschaft, 105.000 in der Industrie, 13.000 in der Forstwirtschaft, 45.000 in staatlichen und 127.000 in militärischen Betrieben ein. Neben diesen insgesamt 728.000 im Hinterland des Habsburgerreiches Beschäftigten, darunter 555.000 Russen, arbeiteten weitere 48.000 von den noch an den Internierungsorten verbliebenen 219.000 Mann in Lagerwerkstätten.[240]

Zugleich wurden die Unzulänglichkeiten der im Rahmen der Haager Konferenzen niedergelegten Bestimmungen erkennbar. Mit der Erfassung aller Gesellschaftsbereiche im Rahmen militärischer Anstrengungen der an den Kämpfen beteiligten Staaten konnte dem Artikel 6 der geltenden Landkriegsordnung, wonach die Tätigkeit der Gefangenen „in keiner Beziehung zu den Kriegsunternehmen stehen" dürfe[241], de facto nirgendwo Geltung

235 Rauchensteiner 109f.

236 Rauchensteiner 140.

237 ÖSTA/KA, KM/10. Abt./Kgf. 1915: 10-11/35-84.

238 Ebd.

239 Rauchensteiner 140.

240 Österreich-Ungarns letzter Krieg, Bd. VII, 45; vgl. Rauchensteiner 541. Siehe dazu auch: Pastor, The Home Front in Hungary 127f.; Davis, Prisoners of War in Twentieth-Century Economocies 628f.

241 Scheidl 75.

verschafft werden.[242] Die verantwortlichen Heereskommanden verspürten allerdings auch wenig Neigung, den betreffenden Regeln des internationalen Kriegsrechts Beachtung zu schenken[243]; die Arbeitsverwendung von feindlichen Soldaten nicht nur in der Rüstungsindustrie der „Heimatfront", sondern auch im Etappenraum und im Kampfgebiet ist hierfür signifikant.[244] So meldeten österreichisch-ungarische Zentralstellen Anfang Oktober 1916 allein am nordöstlichen Kriegsschauplatz den Einsatz von mehr als 80.000 Gefangenen.[245] Alles in allem hielten sich zu Beginn des Jahres 1918 362.000 „gegnerische Militärpersonen", davon 248.000 Russen, bei der k.u.k. Armee im Felde auf.[246] Ihre Einbeziehung in die Operationen des Feldheeres gab wiederholt Anlaß zur Kritik. Der österreichische Sozialdemokrat Julius Deutsch hatte im Mai 1916 den Arbeitseinsatz russischer Gefangener an der italienischen Front erlebt. Sie „bauten Straßen und Brücken", erinnerte sich Deutsch, „halfen bei der Munitionszufuhr, sowie bei der Errichtung von Baracken und Unterständen. Sie wurden im allgemeinen zu denselben Arbeiten verwendet, wie die Arbeiterkompagnien. Wer kümmerte sich da viel darum, ob das Völkerrecht eine solche Verwendungsart erlaubte oder nicht."[247] Einer weit in die Zivilgesellschaft reichenden Disziplinargewalt der Armee unterworfen, mußten die Kriegsgefangenen gerade in der Nähe der Schlachtfelder mit besonders harten Vorgangsweisen der jeweiligen Truppenkommanden rechnen. Zeitzeugen aus der Trenta berichteten noch Jahrzehnte später von der schlechten und unmenschlichen Behandlung vieler „Russen", die in einer Stärke von rund 12.000 Mann am Bau der Straße über den Vrsic beteiligt gewesen waren.[248] Das Leben von Angehörigen der Zarenarmee bei den Fronteinheiten des Habsburgerheeres war kümmerlich, die Verpflegung unzureichend, viele starben aufgrund von Krankheiten und Erschöpfung[249], ein Umstand, der zahlreiche Gefangene dazu veranlaßte, die Flucht zu wagen. Die k.u.k. Streitkräfte fühlten sich in dieser Situation dazu legitimiert, „rigoros durchzugreifen". So kam es etwa Mitte 1916, im Widerspruch zu geltenden internationalen Bestimmungen, an der Südwestfront zur standrechtlichen Erschießung von Kriegsgefangenen, welche im Kampfgebiet aufgegriffen worden waren.[250]

242 Mojonny 15.

243 Davis, Prisoners of War in Twentieth-Century Economies 626f.

244 Dazu auch: Eigentler 1ff.

245 Hecht 377.

246 Österreich-Ungarns letzter Krieg, Bd. VII, 45; siehe dazu auch: ÖSTA/KA, AOK/Op.Abt., Evidenzgrp. B 1917/18: Kriegsgefangene, Karton 600.

247 Archiv und Dokumentationszentrum der österreichischen Arbeiterbewegung, Sozialdemokratische Parteistellen/Nachlässe, Karton 19, Mappe 102, Nachlaß Julius Deutsch, Manuskript: Kriegserlebnisse eines Friedliebenden 35.

248 Klavora 31.

249 Ebd.

250 ÖSTA/KA, KM/10. Kgf./Abt. 1916: 10–39/213; vgl. Hansak 151f.

Nicht anders verhielten sich österreichisch-ungarische Militärs bei Arbeitverweigerungen, wie zum Beispiel am Brenner im Mai 1915[251]: Ein Zug der Einjährig-Freiwilligenschule aus Innsbruck machte kurzen Prozeß. Mit der Exekution mehrerer „Aufwiegler" wurde ein Exempel statuiert und „renitente Arbeitsrussen", wie es im militärischen Jargon hieß[252], wieder „auf Linie gebracht", während sich die Lage der Gefangenen im Front- und Etappenraum kaum verbesserte.[253] Mißstände in dieser Hinsicht beanstandete schließlich sogar das Kriegsministerium in Wien, freilich vorrangig aus ökonomischen Gründen. Insbesondere ersuchte das Haus am Stubenring die Armee im Felde, „die als ungeeignet erkannten Kriegsgefangenen in einem früheren Stadium und nicht erst in so schlechtem Zustand ins Hinterland" abzuschieben, „nachdem eine Erholung oder Gesundung der Kgf. in den Kgf.-Lagern bei der gekürzten Verpflegsquote vollkommen ausgeschlossen" sei.[254]

Wirtschaftliche Engpässe machten sich zunehmend bemerkbar und wirkten sich rasch aus, auch abseits der Frontgebiete. „Zerlumpte, halb verhungerte und um Brot bettelnde Gestalten" begegneten der jungen, aus aristokratischem Hause stammenden Ruth von Mayenburg in Teplitz. Als Kind hatte die spätere überzeugte Kommunistin elende Verhältnisse im Barackenlager vorgefunden, das für die russischen Gefangenen bei den Kohlengruben ihres Vaters errichtet worden war.[255] Kein Einzelfall. Vor allem in der Industrie und in den Bergwerken war die Misere unübersehbar. „Durch schlechte Verköstigung und schwere Arbeitsanhaltung", erklärte zum Beispiel der Gendarmerieposten Eisenerz, war ein Großteil der „Arbeitsrussen" körperlich „herabgekommen", mindertauglich oder „arbeitsunfähig".[256] Ein Inspektionsoffizier vom Militärkommando Graz mußte den Abtransport von mehreren hundert Kriegsgefangenen veranlassen, da sie für eine weitere Verwendung bei der Österreichischen Alpine Montangesellschaft nicht mehr geeignet waren.[257] Eine derartige Entwicklung rief auch die Zentralinstanzen in der Reichshauptstadt auf den Plan. Gegenmaßnahmen, speziell eine entsprechende Fürsorge zugunsten der auf Arbeit befindlichen „Entente-Soldaten", wären schon deshalb geboten, gab das k.u.k. Kriegsministerium zu bedenken, „weil die arbeitsunfähigen Kgf. die Verpflegsquote in den Kgf.Lagern unnötig und ohne einen Nutzen für die Volkswirtschaft belasten" und „das

251 HGM/Plennyarchiv, Artikel und Korrespondenzen bezüglich Erschießung russischer Kriegsgefangener am Brenner 1915.

252 Koch, Kriegsgefangenenlager Sigmundsherberg 21.

253 Ebd.

254 Zit. nach Koch, Kriegsgefangenenlager Sigmundsherberg 252.

255 Mayenburg 30.

256 Hansak 120.

257 ÖSTA/KA, KM/10. Abt./Kgf. 1917: 11/902.

sparsame Haushalten mit der Arbeitskraft jedes einzelnen Kgf. für das Durchhalten der Monarchie von größter Bedeutung ist".[258]

Priorität erhielt der Wirtschaftsfaktor „Gefangenschaft" inzwischen auch im Deutschen Reich. Noch vor den Friedensverhandlungen von Brest-Litovsk und dem in Bälde zu erwartenden „Kriegsgefangenen-Großaustausch" wies der Chef des Generalstabes des deutschen Feldheeres, Paul von Hindenburg, auf die ökonomische Bedeutung der „gefangenen feindlichen Militärpersonen" hin. „Bei einfacher gegenseitiger Rückgabe", führte Hindenburg am 11. Dezember 1917 in einer Mitteilung an den Reichskanzler Graf Georg von Hertling aus, „würden wir [...] ca. 1.100.000 Mann Arbeitskräfte einbüßen. Das ist bei dem in Deutschland bestehenden Arbeitermangel einfach unmöglich, es müßte zum Zusammenbruch unseres Wirtschaftslebens führen."[259] Im Ausnahmezustand des Ersten Weltkrieges war die Frage der „Ausländerbeschäftigung" immer stärker in den Mittelpunkt gerückt. Dabei hatte man 1914, ebenso wie in der Donaumonarchie, den Einsatz von Gefangenen in der Industrie und Landwirtschaft schon aufgrund weitverbreiteter Vorstellungen über eine nur kurze Kriegsdauer kaum in Betracht gezogen.[260] Im Hinblick auf die anfänglich herrschende Massenerwerbslosigkeit erblickte man in der Heranziehung gegnerischer Soldaten für die eigene Kriegswirtschaft eher eine Möglichkeit für Unternehmer, sich billige Arbeitskräfte zu beschaffen, und betrachtete die Kriegsgefangenen vielfach als Konkurrenten am Arbeitsmarkt.[261] Selbst ein beträchtlicher Teil der Industriellen wollte zunächst jedoch Einheimische einsetzen und auf die als „minderwertig abgestempelten Angehörigen anderer Länder" so lange es ging verzichten.[262] Immerhin existierten Bedenken, „eine große Menge meist slawischer Arbeiter in Kriegszeiten im eigenen Lande zu haben".[263] Schon seit Beginn der Kampfhandlungen bereitete man sich aber speziell auf die Versorgung des Agrarbereichs mit den „unumgänglich notwendigen Arbeitskräften" vor. Erstmals wurde im Frühjahr 1915 in größerem Umfang auf die in deutschem Gewahrsam befindlichen Soldaten der Entente zurückgegriffen.[264] 1915 stellte die entscheidende Zäsur dar: Beschäftigte man im April/Mai 1915 in der preußischen Landwirtschaft nur etwa 27.000 Gefangene, so waren es im September schon 330.000 und ein Jahr später 670.000.[265] Die zirka 70 über ganz Deutschland verstreuten Lager begannen sich zu leeren.[266] Am 1. August 1916 hatte

258 J-35. Kriegsgefangenenwesen. Sammlung und Sichtung der ergangenen Erlässe. Wien 1915, 356.
259 Pardon/Shurawljow, Bd. 1, 13.
260 Oltmer, Arbeitszwang und Zwangsarbeit 102.
261 Ebd.; Auerbach 97.
262 Auerbach 98f.
263 Zit. nach Auerbach 82f.
264 Auerbach 82 und 120.
265 Sergeev, Kriegsgefangenschaft und Mentalitäten 358; Oltmer, Arbeitszwang und Zwangsarbeit 102.
266 Baur 94.

man von den 1,6 Millionen Kriegsgefangenen 90 Prozent in den Arbeitsprozeß eingegliedert, „wobei die Landwirtschaft mit über 750.000 die Industrie mit 330.000 weit überragte".[267] Eineinhalb Jahre später, im Dezember 1917, fanden allein von den 1,2 Millionen im Deutschen Reich festgehaltenen Russen 650.000 in der Land- und Forstwirtschaft, 220.000 in der Industrie und 205.000 in den Betrieben der besetzten Gebiete Verwendung.[268]

Mit der Situation in Österreich-Ungarn kann die Lage der Gefangenen auch im Bergbau und in der Rüstungsindustrie verglichen werden. Hier wie dort waren die schwere körperliche Tätigkeit in den Gruben sowie die schlechte Behandlung und mangelhafte Versorgung in den werkseigenen Arbeitslagern gefürchtet. Demgegenüber gab es an den Lebens- und Arbeitsverhältnissen in der Landwirtschaft weniger auszusetzen.[269] Ähnlich wie im Habsburgerreich betonte die Armeeführung auch in Deutschland, wo man gleichfalls die Verletzung von Bestimmungen der Haager Landkriegsordnung bereitwillig in Kauf nahm[270], „Elemente des Zwanges". Die Oberste Heeresleitung machte es den „Wachsoldaten zur Aufgabe [...], ‚energisch die Gefangenen zur flüssigen Arbeit anzuhalten'", um daraus den „größten Nutzen" für die Kriegswirtschaft zu ziehen.[271] Allein im August 1916 ließen die Generalstäbler 253.000 feindliche Soldaten in Arbeiterbataillonen an der Front konzentrieren, von denen viele, nachdem sie gezwungen worden waren, im Kampfgebiet und in der Etappe „Stellungs- und Straßenbauarbeiten" auszuführen, in „so schwer leidendem Zustand" in die Stammlager zurückkehrten, „daß sie alsbald nach der Einlieferung" starben.[272]

Kriegsgefangenenarbeit nahm im ökonomischen Kalkül der mittel- und osteuropäischen Regierungen von Jahr zu Jahr eine entscheidendere Rolle ein. Zwar nützten die kriegführenden Staaten die Arbeitskraft der Gefangenen mit unterschiedlicher „Effizienz"; doch war diese Tendenz zur forcierten Heranziehung der gegnerischen Soldaten für diverse Arbeitsleistungen im Bereich der Mittelmächte gleichermaßen zu erkennen wie auf dem Gebiet des Zarenreiches. Allmählich begannen sich in Rußland ebenfalls die Erwerbstätigen aus dem Heer der Gefangenen in das Bewußtsein der Öffentlichkeit zu drängen. Bis Herbst 1915 hatte man dem Verkehrsministerium 70.000 feindliche Soldaten als Arbeitskräfte überantwortet. Etwa ein Jahr später waren es bereits mehr als doppelt so viele.[273] In der gleichen Zeitspanne vergrößerte sich ihre Zahl in der Landwirtschaft um

267 Oltmer, Arbeitszwang und Zwangsarbeit 101.
268 Zelt, Deutsch-sowjetische Beziehungen 1018; vgl. Baur 94; Pardon/Shurawljow, Bd. 1, 13.
269 Oltmer, Arbeitszwang und Zwangsarbeit 104f.
270 Auerbach 103.
271 Oltmer, Arbeitszwang und Zwangsarbeit 104.
272 Auerbach 130.
273 Kopylov, Trudjaščiesja 17.

165.000, von 295.000 auf 460.000.[274] Auch die Industrie bekundete ihr Interesse an den in Rußland befindlichen Angehörigen der bulgarischen, deutschen, österreichisch-ungarischen und osmanischen Truppen. 100.000 von ihnen wurden daraufhin aus dem Agrarsektor abgezogen.[275] Die reichsten Gutsbesitzer, auf deren Latifundien fast 76 Prozent der kriegsgefangenen Landarbeiter Beschäftigung fanden, führten alsbald Beschwerde gegen die Maßnahmen zugunsten der Industriebetriebe.[276] Ihrem Widerstand folgten Protestaktionen der Kleinbauern, die auf die Verwendung von Gefangenen zusehends angewiesen waren. Die lokalen Behörden waren alarmiert; mancherorts schloß man sogar gewalttätige Ausschreitungen der Bauern nicht mehr aus.[277] Zugleich hinterließ das Gerangel um die begehrten, weil billigeren Arbeitskräfte[278] auch bei den Zentralstellen seine Spuren. Der Allrussische Zemstvo-Bund und der Allrussische Städtebund[279], beide im Sommer 1914 entstanden und als Organe der Selbstverwaltung mit dem 1915 gegründeten Zentralen Kriegsindustriekomitee auch in der „Sonderberatung für die Erörterung und Koordinierung von Maßnahmen zur Landesverteidigung" vertreten[280], brachten ihren wachsenden Einfluß auf die Armeeversorgung, die Flüchtlingsbetreuung, das Sanitätswesen und weitere Aufgabenbereiche zur Geltung, zu denen im Rahmen der Tätigkeiten der Sonderberatung unter anderem Aktivitäten gegen den akuten Arbeitskräftemangel gehörten.[281]

Während solcherart Repräsentanten der „Gesellschaft" auch die Verteilung der Gefangenen auf die einzelnen Zweige der russischen Kriegswirtschaft beeinflußten, betrachtete die Regierung in Petrograd das selbständige Agieren der Bünde und Komitees mit Mißtrauen und erblickte darin eine Gefahr für die zentralistisch gesteuerte Administration des Landes.[282] Kompetenzstreitigkeiten und Auseinandersetzungen um die Zuweisung von Kriegsgefangenen zu den diversen Arbeitsbereichen änderten an der allgemeinen Entwicklung jedoch wenig: Immer mehr Soldaten der Zentralmächte verließen, anfangs

274 Ebd. 18.
275 Ebd. 20. Im Oktober 1916 wurden 115.000 kriegsgefangene Landarbeiter zum Bereich der Treibstoffgewinnung überstellt. – Zagorsky 52; RGVIA, f. 369, op.2 und op. 9 sowie f.2000, op.9s, d.91 l.7.
276 Anfimov 132.
277 RGVIA, f. 2000, op. 9s, d. 91, l. 1.
278 Da die Lohnkosten durch den Einsatz feindlicher Soldaten um ungefähr 50 Prozent gesenkt werden konnten, ging man schließlich so weit, Kriegsgefangene auch in jenen Gebieten einzustellen, wo es unter der russischen Bevölkerung einen hohen Prozentsatz an Arbeitslosen gab. – Moritz, Gefangenschaft und Revolution 60.
279 Siehe dazu: Geyer, Die Russische Revolution 59; Hildermeier, Die Russische Revolution 128.
280 Daniloff, Rußland im Weltkriege 547.
281 Moritz, Die österreichisch-ungarischen Kriegsgefangenen in der russischen Wirtschaft 381.
282 Geyer, Die Russische Revolution 59; Lukomski, Bd. 1, 52.

freiwillig, später immer öfter im Rahmen von „Zwangsevakuationen“[283], die zirka 400 größeren Lagerkomplexe[284] und wurden in verschiedenen Wirtschaftsbranchen eingestellt. Im Frühjahr 1917 befanden sich einer russischen Statistik zufolge über 1,6 Millionen Kriegsgefangene auf Arbeit.[285] Mehr noch als im Herrschaftsbereich der Habsburger und Hohenzollern war man von ihnen in einigen Regionen und manchen Sparten des Erwerbslebens der untergehenden Zarenmonarchie abhängig. In den Kohlengruben des Doneck-Beckens erklärte sich die hohe Zahl der Beschäftigten aus den Gefangenenlagern in keinem geringen Ausmaß durch die saisonale Migration der Minenarbeiter.[286] Im Raum Moskau-Tula, im Donbass, im Ural und in den westsibirischen Bergwerksgebieten stellten sie insgesamt 20 bis 30 Prozent aller Arbeitskräfte.[287] Außerdem ersetzte man 50 Prozent jener Landarbeiter, die von den Grundbesitzern in Friedenszeiten eingestellt und nun dem Agrarsektor durch den Kriegsdienst entzogen worden waren, durch Deutsche, Bulgaren, Österreicher, Türken oder Ungarn.[288] Im Sommer 1917 kamen schließlich 60 Prozent aller Eisenerzbergleute, 30 Prozent aller Arbeiter in Roheisengießereien und 28 Prozent aller Torfstecher in ganz Rußland aus den Reihen der Kriegsgefangenen.[289]

Niedriger Lohn, lebensgefährliche Arbeitsbedingungen, die Anwendung körperlicher Gewalt oder zumindest die Androhung von schweren Strafen bestimmten indessen, ebenso wie in Deutschland und in der Donaumonarchie, vor allem die triste Situation jener Gefangenen, die zu Arbeiten in den Bergwerken oder im Verkehrswesen herangezogen wurden und etwa beim Bau der Murman-Eisenbahn zu Tausenden ums Leben kamen.[290] Hinzu traten Unzulänglichkeiten der Administration, die oft Männer aus den Lagern holte, welche infolge schwerer und schwerster körperlicher Gebrechen entweder gar nicht oder nur sehr eingeschränkt arbeitsfähig waren. Zudem kümmerte sich auch die Führung in Petrograd wenig um die Haager Landkriegsordnung, wenn es um den Einsatz von Gefangenen im Kampfgebiet ging. Schon im Dezember 1915 waren beispielsweise 2.000 Österreicher zu Schanzarbeiten bei Vilnjus gezwungen worden.[291] Im April 1917 sollen sich dann, wahrscheinlich im Zusammenhang mit der im Juni 1917 beginnenden Ke-

283 Dazu auch: ÖSTA/KA, KM/10. Abt./Kgf. 1916: 10-7/7-329.

284 Manusevič 41; Anan'ev 85; Danilov, Inostrannye trudjaščiesja 67f.

285 Šiškina 188.

286 Moritz, Die österreichisch-ungarischen Kriegsgefangenen in der russischen Wirtschaft 384.

287 Kopylov, Trudjaščiesja zarubežnychstran 21.

288 Antsiferov 121.

289 Davis, Deutsche Kriegsgefangene 41; Tregubov, Lenin und die deutschen Internationalisten 370.

290 Baravalle 232–234; Brändström, Unter Kriegsgefangenen 62; Klante, Die deutschen Kriegsgefangenen 196; Klevanskij, Voennoplennye central'nych deržav 25; Kreiner 13.

291 Rutkowski, Die Flucht 188.

renskij-Offensive, mehrere hunderttausend kriegsgefangene Arbeiter im Front- und Etappenbereich der russischen Armee befunden haben.[292]

Spätestens seit der zweiten Jahreshälfte 1915 zeigten sich die mittel- und osteuropäischen Regierungen gewillt, die in ihrer Gewalt befindlichen gegnerischen Soldaten nach Kräften der eigenen Wirtschaft zuzuführen. Andererseits schlug man sich mit Begleiterscheinungen der Kriegsgefangenenarbeit herum, die in den deutschen, österreichischen und russischen Amtsstuben nach und nach Bedenken auslösten. Bald stellte sich heraus, daß außerhalb der Lager, speziell im Fall von Einzelunterbringungen, Gefangene bisweilen enge *Kontakte zur einheimischen Bevölkerung* unterhielten. Insbesondere in der Landwirtschaft verloren die „ausländischen Militärpersonen" bald den „Charakter eines gehaßten Feindes" und wurden „zu normalen Mitmenschen mit vertrauten Eigenschaften". Überdies, klagten zum Beispiel die Heeresstellen des Deutschen Reiches, werde den Kriegsgefangenen „auf den Höfen ein großes Maß an Freiheit zugestanden" und ihre Bewachung „leichtfertig gehandhabt".[293] Nicht anders äußerten sich ihre Kollegen in der Donaumonarchie. „Die Unterbringung einzelner Kriegsgefangener in einzelnen Gehöften und ihre Unterbringung in Gruppen in einzelnen Ortschaften hat zu argen Mißständen geführt. Die Zivilbevölkerung achtet vielfach die Schranken nicht, die im Verkehr zwischen der einheimischen Bevölkerung und den kriegsgefangenen Soldaten unserer Feinde selbstverständlich und nicht durch patriotisches Pflichtgefühl, sondern insbesondere durch Sitte und Anstand geboten sind", echauffierte sich Ende 1915 der Oberkommandierende der k.u.k. Südwestfront und forderte Konsequenzen angesichts des Naheverhältnisses zwischen den Einheimischen und dem „Feind".[294] Schließlich ginge es nicht an, so die Heeresbehörden, daß „viele Kriegsgefangene sich wie normale Arbeiter nach Arbeitsende ins Wirtshaus" begeben oder „an öffentlichen Veranstaltungen, wie etwa Kinobesuchen, teilnehmen" würden.[295] Gegenmaßnahmen sollten das Zusammentreffen der Gefangenen mit der Zivilbevölkerung abseits des Dienstes weitestgehend unterbinden, wobei wiederholt auf das „intolerable Benehmen" von Frauen und Mädchen hingewiesen wurde, die sich „ohne Rücksichten auf Nationalität, Rasse und Familienehre im Verkehre mit Kriegsgefangenen vergessen" hätten.[296]

Verbote und Strafandrohungen vermochten an der bestehenden Situation wenig zu ändern. Im selben Ausmaß, in dem der Arbeitseinsatz von Angehörigen gegnerischer Armeen

292 Anikst 44–46; Klevanskij, Voennoplennye central'nych deržav 25; Scharping 29 und 105.

293 Oltmer, Arbeitszwang und Zwangsarbeit 106f.

294 Zit. nach Hansak 121.

295 Hansak 120f.

296 Ebd. 121.

zur Alltagserscheinung der (Heimat-)Front wurde, verbanden sich die Lebensumstände der Gefangenen mit der Gesamtlage der Gesellschaft kriegführender Staaten. Mitunter, wie im Fall von Lohnerhöhungen für ausgebildete Facharbeiter[297], profitierten manche Soldaten „in Feindeshand" von diesem Umstand. Die wachsende ökonomische Krise zeitigte in der Folge aber hauptsächlich negative Konsequenzen. Sie manifestierten sich letztlich nicht mehr nur in hohen Inflationsraten, die die Entwicklung der Einkommen negativ beeinflußten, sondern in einer allgemeinen sozialen Unzufriedenheit, deren Auswirkungen gerade Staatsbürger der Zentralmächte in Rußland deutlich zu spüren bekamen. Der Kriegskurs der Provisorischen Regierung sowie ihr Versuch, die vielen frei herumziehenden Gefangenen[298] zwecks ihrer Identifikation mit den Buchstaben V.P. (voennoplennyj = Kriegsgefangener) zu kennzeichnen[299] und hinkünftig wieder strenger, unter anderem durch die sogenannte „Union geflohener und heimgekehrter Kriegsgefangener", die sich für ein rigoroseres Vorgehen gegenüber den in russischem Gewahrsam befindlichen Soldaten der Mittelmächte aussprach[300], zu bewachen[301], blieben nicht die einzigen Indizien für eine Verschärfung der Lage nach der „Februarrevolution". Waren einige revolutionäre Komitees für eine Verbesserung der Arbeits- beziehungsweise Lebensbedingungen und mancherorts, wie im Bergwerk von Sudženka, sogar für eine Gleichstellung der Gefangenen eingetreten[302], zeigten nicht bloß Unternehmer und zuständige Behörden, sondern auch weite Kreise der russischen Bauern- und der Arbeiterschaft selten Bereitschaft, derartigen Forderungen nachzukommen[303].

Versorgungsschwierigkeiten im Land, Preissteigerungen verbunden mit Geldentwertungen und Mängel im Transportwesen erschütterten das Land. Zur fortschreitenden ökonomischen und politischen Destabilisation trat die Rückkehr der Frontheimkehrer, welche die Arbeitslosenrate weiter nach oben schnellen ließ.[304] Im Unterschied zur Situation in den Herrschaftsgebieten der Habsburger und Hohenzollern während der Jahre 1917 und 1918 empfand die russische Bevölkerung insbesondere seit dem Sturz der Romanovs Kriegsgefangene als Gegner auf dem russischen Arbeitsmarkt. Gewalttätige Übergriffe häuften sich. Die Einheimischen wollten sich des „lästigen, billigen Zwangskonkurrenten

297 Moritz, Die österreichisch-ungarischen Kriegsgefangenen in der russischen Wirtschaft 389 (Anmerkung 58). Über vergleichsweise hohe Löhne von Kriegsgefangenen in Ungarn siehe Pastor, Home Front in Hungary 128f.

298 Dazu: RGVIA, f. 1396, op. 2, d. 1992, l. 359f.; RGVIA, f. 1720, op. 8, d. 1, l. 16.

299 Moskva i Pervaja Mirovaja Vojna 61f.

300 Moritz, Gefangenschaft und Revolution 95 und 99.

301 Liseckij 112.

302 Klevanskij, Razvitie internacionalistskogo dviženija 54.

303 Ščerbakov, 67; Gamreckij 121; Pardon/Shurawljow, Bd. 1, 4.

304 Brändström, Unter Kriegsgefangenen 108.

entledigen"[305], was an manchen Orten zu regelrechten Pogromstimmungen führte: In der kleinen Stadt Laišev kam es zu blutigen Auseinandersetzungen, 13 Gefangene wurden getötet, eine große Anzahl schwer mißhandelt.[306]

Daß sich unter den gegebenen Umständen die Beziehungen zwischen der russischen Rätebewegung und den Kriegsgefangenen durchaus ambivalent gestalteten, kann nicht überraschen. Oft sprachen sich Sowjets gegen einen weiteren Zuzug von Fremdarbeitern und deren vorbehaltlose Aufnahme in die Vertretungen der Arbeitnehmer aus.[307] Umgekehrt führte die zunehmende Streikbewegung Kriegsgefangene und einheimische Beschäftigte wiederum zusammen.

Regierungsmitglieder und Wirtschaftstreibende stellten, entgegen ihren Hoffnungen, fest, daß die in ihrer Gewalt befindlichen Deutschen und Österreicher bereit waren, den Arbeitskampf der eigenen Bevölkerung mitzutragen[308], obwohl seitens der Geschichtsforschung bisweilen ein bescheideneres Ausmaß der Streiks, etwa in den Industriegebieten Südrußlands und im Ural, gerade mit dem hohen Anteil an Kriegsgefangenen in den Betrieben erklärt wird.[309]

Immer deutlicher begann sich die *soziale Unzufriedenheit* während des Ersten Weltkrieges zu artikulieren. Die zaristischen Behörden registrierten die Entwicklung mit Besorgnis: 1915 gab es im ganzen Land 1.000 Ausstände, an denen zirka 500.000 Arbeiter beteiligt waren, 1916 1.500 mit zirka einer Million Teilnehmern. Gegen Ende desselben Jahres hatte die Streikbewegung das ganze Land erfaßt.[310] Auf einer im Mai 1916 vom damaligen Innenminister Štjurmer einberufenen Konferenz machten einige Gouverneure in diesem Zusammenhang auch auf disziplinäre Probleme mit den in russischem Gewahrsam befindlichen feindlichen Soldaten aufmerksam.[311] Die vorgebrachten Beschwerden berücksichtigend wandte sich Štjurmer mit einem Schreiben an den Zaren, um vor dem „Anwachsen der oppositionellen Stimmungen der Bourgeoisie" und dem Verhalten der Kriegsgefangenen zu warnen, die, wie er sich ausdrückte, „ungehorsam und unverschämt" seien „und bei der kleinsten Gelegenheit nach einem Grund suchten, die ihnen aufgetragene Arbeit zu verweigern".[312] Um solchen Vorkommnissen zu begegnen, wurde die Kör-

---

305 Streeruwitz, Umsturz in Rußland und Kriegsgefangene 269.

306 Brändström, Unter Kriegsgefangenen 108.

307 Raleigh, Revolution on the Volga 153; Klevanskij, Razvitie internacionalistskogo dviženija 54f.; Moritz, Gefangenschaft und Revolution 92.

308 Moritz, Die österreichisch-ungarischen Kriegsgefangenen in der russischen Wirtschaft 385.

309 Bonwetsch, Die russische Revolution 103.

310 Kopylov, Trudjaščiesja zarubežnych stran 34. Von August bis Dezember 1914 fanden nur 68 Streiks mit nicht einmal 35.000 Beteiligten statt. – Vgl.: Lyashchenko 775.

311 Ebd. 42.

312 Zit. nach: Klevanskij, Voennoplennye central'nych deržav 31.

perstrafe eingeführt. Gouverneure durften Gefängnisstrafen verhängen, und der Innenminister dachte über Sofortmaßnahmen zur Wiederherstellung der Disziplin nach.[313] Zu einer härteren Gangart hatte man sich jedoch bereits Monate zuvor entschlossen, als beispielsweise im Sommer 1915 ein Streik der größtenteils deutschen und deutschösterreichischen Kriegsgefangenen auf der Bahnstrecke Minusinsk-Ačinsk unter anderen durch Kosaken aus Krasnojarsk niedergeworfen werden sollte.[314] Weitere Streikaktionen, in die „Bürger der Mittelmächte" involviert waren[315], führten der zivilen und militärischen Führung in Petrograd allerdings vor Augen, daß das strengere Vorgehen der offiziellen Stellen ebensowenig erfolgreich war wie der Versuch, die Kriegsgefangenen von den einheimischen Arbeitern stärker zu trennen[316] und in erster Linie die „Rädelsführer" zur Verantwortung zu ziehen, um es zu keiner Beeinträchtigung der Produktion kommen zu lassen.[317]

Die Mitglieder der zaristischen und später der Provisorischen Regierung mußten erkennen, daß sich in die russische Streikbewegung politische Forderungen mischten.[318] Der Kampf um die Verbesserung der Arbeitsbedingungen verband sich mit der Ablehnung des Krieges und dem Wunsch nach der Neuordnung des gesellschaftlichen Gefüges. Diese Entwicklung verfehlte ihre Wirkung auf die in den russischen Betrieben tätigen Soldaten der Mittelmächte nicht. Das zeigte sich beim Streik von kriegsgefangenen Arbeitern in den Gruben von Kyštym, wo die Lage nach den Aussagen des österreichischen Arztes Rudolf Demel besonders schlecht war und der Mangel an Sicherheitsvorkehrungen sowie die Willkür der privaten Polizei der Minenbesitzer die Beschäftigten empörte.[319] In Kyštym und an verschiedenen anderen Orten Rußlands begannen einzelne Gefangene 1916 nicht bloß gegen Unzulänglichkeiten an den Arbeitsstätten zu protestieren; sie halfen überdies beim Druck beziehungsweise Verteilen von revolutionären Flugschriften und nahmen Kontakt zu illegalen Parteiorganisationen auf.[320] Dennoch blieb der Kern politischer Aktivisten aus den Reihen der in der russischen Kriegswirtschaft tätigen deutschen und österreichisch-ungarischen Soldaten verhältnismäßig klein, wobei die durchaus widersprüchlichen Beziehungen zwischen einheimischen und kriegsgefangenen Arbeitern, welche sich

313 Moritz, Gefangenschaft und Revolution 61.

314 Kopylov, Trudjaščiesja zarubežnych stran 34f.; dazu auch: RGVIA, f.1468, op.2, d.369.

315 1915/16 beteiligten sich Kriegsgefangene unter anderem beim Bau der Murmanbahn, im westlichen Uralgebiet, auf der Bahnstrecke Kazan' – Ekaterinburg und in einer Metallfabrik in Taganrog an Streiks. – Moritz, Gefangenschaft und Revolution 61f.

316 Moritz, Die österreichisch-ungarischen Kriegsgefangenen in der russischen Wirtschaft 385.

317 RGVIA, f. 1396, op. 2, d. 1985, l.58.

318 Lyashchenko 776.

319 Demel 391–403.

320 Moritz, Gefangenschaft und Revolution 63f.

gleichermaßen als Verbündete wie Konkurrenten im Erwerbsleben betrachteten, nicht außer acht gelassen werden dürfen.[321]

Gefangene auf Arbeit, die ihre tristen Lebensverhältnisse speziell in den Fabriken, im Bahn- und im Bergbau zum Anlaß nahmen, grundlegende Veränderungen einzufordern, sollten indessen bald Unterstützung durch Gruppierungen innerhalb der Lager erhalten, die gleichfalls politische und soziale Fragestellungen in das Zentrum ihrer gesellschaftskritischen Erörterungen rückten. Mit der Existenz derartiger Vereinigungen schuf sich ein Differenzierungsprozeß sein äußeres Erscheinungsbild, der seit den ersten Kriegsmonaten zu erkennen war und zum Zerfall der Truppenverbände in der Gefangenschaft, auch und gerade an den Internierungsorten, beitrug.

Soldaten des Zarenreiches und der Mittelmächte, die sich dem Gegner ergeben hatten, behandelte man den geltenden *sozialen und militärischen Hierarchien* entsprechend: Mannschaftsangehörige wurden von den für eine Arbeitsverwendung nicht vorgesehenen Offizieren getrennt. Letztere erhielten 50 Rubel monatlich, während sich die Soldaten mit 15 Kopeken zufrieden geben mußten.[322] Einfache Gefangene waren sowohl auf den Arbeitsplätzen als auch innerhalb des Lagers während der ersten Kriegsjahre im gesamten mittel- und osteuropäischen Raum wesentlich schlechter gestellt als die Offiziere in ihren Unterkunftsbereichen. So bestand die Kleidung russischer Mannschaftspersonen in deutschem und österreichisch-ungarischem Gewahrsam „oft nur aus zwei Decken […]. Monatelang wurde keine frische Wäsche ausgehändigt. Die Tagesration bestand aus bitterem Ersatzkaffee, einer Kartoffel- oder Rübensuppe oder auch einer Mehlsuppe und 3/8 bis 1 Pfund Brot, dem Stroh-, Knochen- und Holzmehl […] beigemischt waren. Die Ausgabe von verdorbener Ware, von stinkenden Heringen, schlechter Wurst und ranzigem Schmalz ein- bis zweimal in der Woche wurde“ von den niederen Chargen der Zarenarmee meist widerstandslos hingenommen[323], während es sich im Zuge der Lagerinspektionen in Rußland österreichische Offiziere nicht nehmen ließen, auf eine „Erhöhung der Mehlspeistage“ zu pochen.[324] Die „splendid isolation“ der in Gefangenschaft geratenen militärischen Führungskader[325] hatte bizarre Ausmaße erreicht: Der „Lachsgeschmack“ des Schweinefleisches wurde bemängelt[326]; ein Major reichte eine Beschwerde ein, weil ein russischer Armeeangehöriger vor dem Eintreten in sein Zimmer nicht an die Tür klopfte und

321 Krivoguz 387.

322 Moritz, Gefangenschaft und Revolution 70; Sergeev, Kriegsgefangenschaft und Mentalitäten 359.

323 Jablonovskij 9ff.

324 Markovits 151.

325 Blond 33f.

326 Markovits 140.

ordentlich grüßte[327]; bei der Verteilung von Liebesgaben zu Weihnachten 1915 beanspruchten Offiziere trotz zahlenmäßiger Überlegenheit der in erbärmlichen Verhältnissen lebenden Mannschaft die Hälfte aller Hilfsgüter.[328] Im Streit um die begehrten Spenden brachen tiefe Klüfte zwischen den einzelnen Rangstufen des k.u.k. Heeres auf, die durch das mancherorts wiederholt zur Schau getragene Desinteresse der Offiziere an der Situation einfacher Soldaten vertieft wurden.[329] „Viel Unglück hätte verhütet werden können und viel Gutes hätten unsere Offiziere und Ärzte stiften können, wären sie weniger selbstsüchtig gewesen. Nur sehr wenige hatten sich bemüht, das trostlose Leben der Mannschaft kennenzulernen und es zu lindern", resümierte der kriegsgefangene Arzt Kasper Blond in Vertretung vieler Angehöriger der österreichisch-ungarischen Streitkräfte, die den untergeordneten Ebenen der militärischen Hierarchie zugeteilt waren.[330] Auch ein anderer aus den Reihen der kritisierten Ärzteschaft, Gustav Jungbauer, mußte den Beschwerden der Soldaten aufgrund seiner eigenen Erfahrungen als Gefangener Recht geben und sprach von der „eitlen Vornehmheit" der Offiziere[331], die „kleine Fürsten" waren, in „Wollust" schwelgten und sich um das Elend ihrer Untergebenen, wie Richard Zeisel in seinem sibirischen Tagebuch vermerkt, „gar nicht kümmerten".[332]

Daß Offiziere obendrein von Fürsorgemissionen bevorzugte Behandlung erwarten durften, bestätigte so mancher Rot-Kreuz-Delegierter aus aristokratischem Hause.[333] Ohne die Folgewirkungen dieser Vorgangsweisen zu bedenken, schürten die wohlhabenden Kreise der Donaumonarchie solcherart den sich abzeichnenden sozialen Konflikt und brachten in Rußland festgehaltene Mannschaftsangehörige der k.u.k. Armee, die eine divergierende Behandlung von Soldaten, Unteroffizieren und Offizieren per se keineswegs in Frage stellten[334], gegen sich auf. „Heute war hier eine barmherzige Schwester, von der wir […] zwei Rubel erhielten", schrieb Wladimir Zeman aus Omsk nach Mähren. „Mancher von uns", heißt es in seinem Brief weiter, „leistete mehr als die Herren Offiziere, opferte sein Alles und nicht nur, daß er qualvoll die Gefangenschaft hier verbringt, bekommt er in 26 Monaten zwei Rubel, während die Herren Offiziere 50 Rbl. monatlich erhalten und außerdem Unterstützungen aus Österreich." Zemans Ansichten deckten sich mit den Meinungen unzähliger anderer Kriegsgefangener, die ihren Unmut über das Ausmaß der Ungleichheit zum Ausdruck brachten.[335]

327 RGVIA, f. 1468, op. 2, d. 376, l. 130f.
328 Meier 17.
329 Davis, Deutsche Kriegsgefangene 42; Blond 33.
330 Blond 33f.
331 Jungbauer 49.
332 Zeisel, Das Tagebuch 109.
333 Kinsky 70.
334 Rachamimow 352.
335 Ebd.

Unstimmigkeiten zwischen den in Rußland befindlichen Angehörigen der k.u.k. Truppen rief nicht allein die Tätigkeit der Schwestern des österreichischen und ungarischen Roten Kreuzes hervor. Auch der verhältnismäßig hohe Prozentsatz von Offizieren unter den Austausch- beziehungsweise den auf neutralem Boden internierten Halbinvaliden sowie der Amtsaufwand[336], den die staatlichen Stellen des Habsburgerreiches zugunsten der in russischem Gewahrsam befindlichen höhergestellten Militärs betrieben, strapazierten die Geduld der kriegsgefangenen Mannschaft. Während einfache Soldaten, „unterernährt, von Ungeziefer gequält und nicht selten mißhandelt", zu Tausenden den katastrophalen Lebensbedingungen zum Opfer fielen[337], gingen die Heeresbehörden der Donaumonarchie mit beträchtlichem Verwaltungsaufwand den Ehrenbeleidigungsklagen gefangener Kommandeure der Habsburgerarmee nach.[338] Derlei Angelegenheiten schenkten auch die kaiserlich-russischen Heereskommanden größte Aufmerksamkeit.[339]

Die im Vergleich zu den deutschen und osmanischen Truppen[340] besonders strenge *soziale Differenzierung* der österreichisch-ungarischen Streitkräfte hatte außerdem nicht erst in der Gefangenschaft den Gegensatz unter den Führungskräften des k.u.k. Heeres verstärkt.[341] War selbst dem familiären Hintergrund der Soldaten unter Gleichrangigen besondere Bedeutung beigemessen worden, was sich beispielsweise in der Trennung zwischen höheren Offizieren aus bürgerlichem und aristokratischem Hause manifestierte, so ließ man die Angehörigen des Reservestandes in der Regel über den Rang eines Hauptmanns gar nicht erst hinauskommen.[342] Die Hierarchien der Gesellschaft sollten sich in der Armee widerspiegeln. Nach dem Einjährig-Freiwilligen-Jahr wurden die über Mittel- und Hochschulbildung verfügenden Reservisten, welche durch ihre Erziehung und zum Teil durch ihre berufliche Tätigkeit, etwa als Ärzte, Ingenieure, Journalisten, Rechtsanwälte und Wissenschafter, enger mit der politischen, ökonomischen und kulturellen Entwicklung der Donaumonarchie verknüpft waren, bei der Truppe von altgedienten und traditionsbewußten Militärs mit Mißtrauen und Hochmut empfangen.[343] Der Zweifel an ihren

336 Nach den Angaben von Elsa Brändström waren etwas mehr als zwei Prozent aller in Rußland festgehaltenen k.u.k. Soldaten Offiziere, während ihr Anteil bei den österreichisch-ungarischen Austauschinvaliden fünf Prozent und bei den internierten Angehörigen des Habsburgerheeres in Dänemark mehr als dreißig, in Norwegen sogar mehr als fünfzig Prozent betrug. – Brändström, Unter Kriegsgefangenen 8, 84 und 91f.

337 Blond 33; Zeisel, Das Tagebuch 109.

338 Moritz, Gefangenschaft und Revolution 72; Leidinger, Zwischen Kaiserreich und Rätemacht 62.

339 RGVIA, f. 1759, op. 3, d. 493, l. 16 und 83 beziehungsweise f. 1468, op. 2, d. 369, l. 748–750, 754 und 759–765.

340 Siehe dazu: Bülow 28; Deák, K.(u.)K. Offizier 127; Meier 17; Yanikdag 75.

341 Davis, Prisoners of War Camps as Social Communities 150f.

342 Ebd. 148.

343 Ebd.

Führungsqualitäten veranlaßte manchen Berufsoffizier schließlich, die hohen Gefangenenverluste der Donaumonarchie an der Ostfront auf das Versagen, mitunter sogar auf die Unverläßlichkeit der Kommandeure aus dem Reservestand zurückzuführen, die ihren Frontdienst üblicherweise in den vordersten Linien zu leisten hatten und deshalb eher Gefahr liefen vom Gegner überwältigt zu werden als die vielfach der Aristokratie entstammenden höheren Befehlshaber in ihren weiter hinten liegenden Unterständen.[344]

Der lange zurückreichende Konflikt unter den Offizieren trat im Alltagsleben „hinter Stacheldraht", in einer ohnehin gereizten Stimmung an den Internierungsorten, noch deutlicher zutage.[345] Eine Flut von Beschwerden brachten die aus den Gebieten des untergegangenen Zarenreiches zurückgekehrten Berufssoldaten mit. Nach dem Ende der Kampfhandlungen wollte man die offenen Rechnungen begleichen. „Es wurden im Frieden so wie im Kriege Leute zu Reserveoffizieren ernannt, die ihrer Erziehung nach nicht die Qualifikation dazu besaßen. Die Folgen hievon zu beobachten, hatte man in der Gefangenschaft leider Gelegenheit gehabt. […] Elemente [!], die sich in der Gefangenschaft unmöglich benahmen, über die ungezählte Protokolle aufgenommen werden mußten, hoffen, daß diese Protokolle nicht mitgenommen werden können, oder daß mit Rücksicht auf die schweren Lebensbedingungen […], dieselben […] recht milde beurteilt" würden, gab beispielsweise Leutnant Herbert Gottlieb nach seiner Flucht aus Sibirien zu Protokoll.[346]

Andere Entflohene machten speziell jüdische Reserveoffiziere, die im Habsburgerheer in höherer Zahl vertreten waren „als in irgendeiner anderen Armee"[347], zu Zielscheiben ihrer Denunziationen. Jene hätten „auffallenderweise" die „Gewalt an sich gerissen", das russische und das eigene Lagerkommando „zu Werkzeugen ihrer Politik gemacht" und „auf Kosten dritter Vorteile" gesucht. So beschrieb Oberleutnant Rudolf Gallinger die Verhältnisse im Lager Irkutsk.[348] Auch er vergaß in diesem Zusammenhang nicht auf den drohenden Hinweis auf „schriftliche Meldungen aktiver Offiziere", die nach deren Rückkehr von den zuständigen Behörden gegen die Beschuldigten vorgebracht werden könnten.[349]

Soziale und ethnische Konfliktpotentiale schienen sich in den Erfahrungen der Reservisten „mosaischen Bekenntnisses" zu verdichten. Viele unter ihnen bekamen den weitverbreiteten *Antisemitismus* zu spüren, von dem auch das österreichisch-ungarische Heer

---

344 Ebd. 148f.

345 Moritz, Gefangenschaft und Revolution 72; vgl. Pizzini 50–53; Walesch 29.

346 ÖSTA/KA, KM/10. Abt./Kgf. 1918: 10-7/238.

347 Deák, K.(u.)k. Offizier 211.

348 ÖSTA/KA, KM/10. Abt./Kgf. 1918: 10-33/296.

349 Ebd.

nicht verschont blieb und der in der Kriegsgefangenschaft zur latenten Diskriminierung jüdischer Soldaten führte[350]. Es kam zu Übergriffen: Béla Kun, der sich als Leutnant der Reserve den Russen ergeben mußte[351], soll auf dem Weg ins Lager zweimal von Offizieren aus Siebenbürgen geschlagen worden sein, angeblich wegen des Versuchs, sich bei den üblichen Kontrollzählungen durch die russischen Bewacher als Nichtjude zu deklarieren.[352] Je stärker sich Kun und andere gegen die vorherrschenden Ressentiments zu Wehr setzten und aus ihrer sozialkritischen Haltung kein Hehl machten, desto schärfer fielen die Maßregeln des unduldsamen Offizierskorps aus. Diese Erfahrung schärfte auch das kritische Bewußtsein der Mitglieder des revolutionär gesinnten Kreises um Ferenc Münnich, die nicht nur wegen ihrer größtenteils jüdischen Abstammung, sondern auch als Angehörige der Reserve fortwährenden Benachteiligungen ausgesetzt waren.[353] Nicht zufällig begünstigte die offensichtliche „Ungleichbehandlung" wesentlich das Entstehen von politisch interessierten Vereinigungen wie Münnichs marxistischen Studienzirkel im Lager Tomsk, dem bezeichnenderweise auch einige Mannschaftsangehörige und Unteroffiziere angehörten.[354] Schließlich sahen sich speziell Einjährig-Freiwillige, die keinen Offiziersrang innehatten, durch die im Habsburgerheer vorherrschenden *Standesdünkel* mit ständigen Ausgrenzungsversuchen konfrontiert. Dieser Sachverhalt traf nicht allein jene, welche gegen ihre Umgebung aufbegehrten. Selbst zurückhaltendere Reservisten mußten mit Schikanen rechnen. Die Mannschaft sah in den „intellektuellen Unteroffizieren", die nur an einigen wenigen Internierungsorten von den einfachen Soldaten abgesondert in separaten Baracken wohnten[355], nicht selten „junge, verwöhnte Burschen", welche, wie Kasper Blond meinte, „an Arbeit nicht gewöhnt waren", „viel empfindlicher als die Bauernsöhne" reagierten und „auch leichter in jenem Milieu zugrunde" gingen.[356]

Andererseits achteten Offiziere peinlich genau auf strikte Trennung von ihren Untergebenen. Arnošt Kolman, der seine Abneigung gegenüber allem Militärischen nicht verbarg und die Ausbildung lediglich als „Kadettenanwärter" abschloß, nahm den „Kastengeist" der österreichisch-ungarischen Armee auf Schritt und Tritt wahr. „Die Ankunft unserer kleinen Gruppe Einjährig-Freiwilliger", schreibt Kolman über sein Eintreffen in der Offiziersstation Caricyn, „brachte den Lagerinsassen keinerlei Unannehmlichkeiten.

350 Krammer 242f.; Tőkés, Béla Kun and the Hungarian Soviet Republic 52.

351 Tőkés, Béla Kun and the Hungarian Soviet Republic 54; ders., Béla Kun: The Man and the Revolutionary 177.

352 Ebd.

353 Mihályhegyi 67; Jósza, Ungarn und die ungarischen Bolschewiken 138; Tőkés, Béla Kun: The Man and the Revolutionary 177.

354 Tőkés, Béla Kun and the Hungarian Soviet Republic 55.

355 Kinsky 47.

356 Blond 33f.

Sie mußten weder enger zusammenrücken noch ihr Essen mit uns teilen. Trotzdem begegneten sie uns, mit wenigen Ausnahmen, gehässig, teilweise sogar feindlich [...]; sobald wie möglich schob man [...] uns Nicht-Offiziere mit einem Transport ab. Das hatten einige ‚unserer' gefangenen Offiziere, die die Anwesenheit von uns Plebejern im Offizierslager äußerst gestört hatte, bei den Russen erreicht."[357] Kolmans „Reise" ging weiter. Im Lager Astrachan' herrschten schließlich die als üblich empfundenen Verhältnisse: Die Offiziere „lebten für sich" und kamen „praktisch überhaupt nicht mit den Soldaten in Berührung", die in ihren Unterkünften an „Gelbfieber erkrankten und starben".[358]

„AUFLÖSUNGSPROZESSE": PROPAGANDA

Gegensätze unter den Kriegsgefangenen förderten indessen auch die Heeresbehörden des Zarenreiches und der Zentralmächte. Da kleine Erkundungstrupps immer wieder Vorstöße bis zu den Außenposten der feindlichen Truppen unternahmen und nicht selten Reserveoffiziere in ihre Gewalt zu bringen versuchten, um sie der *„militärischen Aufklärung"* zur Befragung zu übergeben, entstand schnell der Verdacht des Landesverrats.[359] Die Armeekommanden erblickten in den Aussagen der Kriegsgefangenen wichtige Quellen für ihre Nachrichtendienste (ND), ließen aus dem gleichen Grund allerdings keinen Zweifel am Argwohn gegenüber eigenen Soldaten in „Feindeshand" aufkommen, von denen unzählige, vor allem aus dem Offizierskorps, noch auf dem Schlachtfeld einvernommen wurden, „um etwas über die nächsten strategischen Schritte der feindlichen Truppen herauszufinden".[360]

Die Unterredungen fanden allerdings im Gegensatz zu den Erwartungen mancher Gefangener meistens in relativ gelöster Atmosphäre statt. Die Schlüsselfigur der k.u.k. Spionage in den letzten Jahren der Donaumonarchie, Maximilian Ronge, der nach Alfred Redl 1912 das Kundschaftsbüro des Evidenzbüros übernahm, ab 1914 in der Nachrichtenabteilung des Armeeoberkommandos die Kundschaftsgruppe leitete und „ein Jahr vor Ende des Weltkrieges" auch noch Chef des gesamten Heeresgeheimdienstes wurde[361], erinnert sich, daß man bei den Vernehmungen der gegnerischen Soldaten keinerlei Druck oder gar Gewalt ausübte. „Schließlich waren es", wie Ronge meinte, „so viele, daß man nicht darauf

---

357 Kolman 69f.

358 Ebd. 70.

359 Davis, Prisoners of War Camps as Social Communities 151; Ridley 64.

360 Moritz, Gefangenschaft und Revolution 41; Bülow 7f.

361 Markus 270; Ronge, Kriegs- und Industriespionage 396.

angewiesen war, sich mit Zugeknöpften allzu lange aufzuhalten."[362] Bald wurde das Vorgehen gegenüber feindlichen Militärpersonen vereinheitlicht: Es gab normierte Fragebögen; dem ersten Verhör ein bis zwei Tage nach der Gefangennahme folgte ein zweites bei der Kundschaftsstelle des Armeekommandos; fallweise brachte man in den Baracken der Kriegsgefangenenlager sogar „Vorrichtungen zum Mithören von Gesprächen" an.[363] Außerdem erwiesen sich jene Österreicher, welche in die Gewalt des Feindes geraten, aber in der Lage waren, aus der Gefangenschaft zu entweichen, als überaus interessante Nachrichtenquelle.[364] Mit der größer werdenden Fluchtbewegung aus Rußland seit dem Jahr 1917 sowie den regulären Repatriierungsaktionen nach dem Frieden von Brest-Litovsk schenkten Ronges Mitarbeiter den Aussagen der Heimkehrer immer mehr Beachtung. Alsbald faßte man den Plan, ehemalige Gefangene, die über die notwendigen Kenntnisse der Sprache und des Landes verfügten, beim Aufbau eines Konfidentennetzes einzusetzen. Dieses sollte unter anderem im Verbund mit der Funkaufklärung, der schon am 19. September 1914 die Entschlüsselung des russischen Codes gelungen war[365], detaillierte Berichte über die Verhältnisse in Sowjetrußland liefern.[366]

Darüber hinaus kooperierten die ND-Offiziere eng mit der Zensurabteilung (Abt. D) der beim „Gemeinsamen Zentralnachweisbüro" des österreichischen und des ungarischen Roten Kreuzes angesiedelten „Auskunftsstelle für Kriegsgefangene", welche die Korrespondenz der in Gewahrsam des Gegners befindlichen Soldaten zu überprüfen hatte.[367] Obwohl sich die Offiziere des Kriegsministeriums eifrig bemühten, die Brief-Zensur als Dienst am „Soldaten in Feindeshand" darzustellen[368], ließen die Heereskundschafter keinen Zweifel an der Wichtigkeit der aus der Kriegsgefangenen-Korrespondenz gewonnenen politischen und militärischen Erkenntnisse: Das Rote Kreuz entwickelte sich zum verläßlichen Partner der militärischen „Aufklärung". Maximilian Ronge wies mehrmals auf den Umstand hin, daß der Kriegsausbruch eine weitere Spionagetätigkeit erschwerte und man deshalb gerne auf das Wissen der Auskunftsstelle und ihrer Zensurabteilung zurückgriff. „In unserer Not", so Ronge 1930, „erstand uns unerwartet ein trefflicher Helfer im Gemeinsamen Zentralnachweisbüro vom Roten Kreuz. Dank der Initiative des Oberst-

362 Zit. nach Pethö 61.

363 Ronge, Kriegs- und Industriespionage 384; Pethö 61.

364 Pethö 62f.

365 Ebd. 127f.

366 Rutkowski, Kundschafterdienst/Mission Landsberger 25. Siehe dazu den im Kriegsarchiv des Österreichischen Staatsarchivs befindlichen Bestand der Evidenzgruppe R/Operationsabteilung des AOK aus dem Jahre 1918.

367 Leidinger, Zwischen Kaiserreich und Rätemacht 65.

368 Streeruwitz, Kriegsgefangene im Weltkriege, Bd. 1, 91f.; Raabl-Werner, Österreich-Ungarns offizielle Kriegsgefangenenfürsorge 325.

leutnants Theodor Primavesi und seiner Offiziere hatte diese Institution einen Aufbau erfahren, entsprechend dem raschen Anwachsen der Kriegsgefangenenpost. Wurde bis 18. Jänner 1915 erst die erste Million zensurierter Briefe erreicht, so brachte das Ende des Jahres bereits dieselbe Zahl in jeder Woche. Mitte des Jahres waren schon 572 Personen, darunter 470 Zensoren, bei diesem Amt. [...] Die Zahl der nach Sprachen gegliederten Zensurgruppen stieg von vierzehn auf dreiundzwanzig."[369]

Die Arbeit des aufgeblähten Apparates wurde schließlich in Berichten zusammengefaßt, deren Inhalte sich allerdings selten allein auf die Durchsicht der Gefangenen-Korrespondenz stützten, sondern Werthaltungen der Vorkriegszeit offenlegten, die seit dem Beginn der Kampfhandlungen noch an Einfluß gewannen.[370] Dementsprechend glaubte etwa Theodor Primavesi schon zur Jahresmitte 1915 die Gefangenenmassen im Zarenreich und der Donaumonarchie nach „nationalen Eigenschaften" unterscheiden zu können. Im Hinblick auf die im Herrschaftsgebiet der Habsburger festgehaltenen Soldaten feindlicher Armeen sprach er vom „Charakter gewisser Volksstämme", die einen „teils angeborenen, teils anerzogenen Hang zur Unaufrichtigkeit" zeigten; das „Wesen" des „aus bäuerlichen Kreisen stammenden Großrussen des Mannschaftsstandes" beschrieb Primavesi als „gerade, offen, kindlich und treuherzig", während er den Rest zum „minderwertigen Gesindel" herabwürdigte und die Offiziere der Zarenarmee, mit Ausnahme „sympathischerer Erscheinungen unter den Angehörigen baltischen Stammes, den Mitgliedern der Garderegimenter und der Fliegerabteilungen", als wenig „anziehende, unerzogene, mindergebildete Lügner" abstempelte, die oft durch „unflätige, wüste Schimpfereien im Rahmen ihrer Korrespondenz einen geradezu abstoßenden Eindruck" hinterließen.[371] Ebenso deftig fiel die Unterscheidung der Nationalitäten Österreich-Ungarns aus: „Es ist wohl überflüssig zu erwähnen", heißt es in Primavesis Ausführungen weiter, „daß wir unter Soldaten deutscher Zunge kaum einen Hochverräter oder Überläufer gefunden haben; hell und herzerquickend" klinge aus den Soldatenbriefen ein „Geist, der an Radetzkys Zeiten gemahnt", und beweise, „daß der Deutschösterreicher an der Front voll und ganz seinen Mann" stelle, im Gegensatz zu den „syrmischen Serben" und den Tschechen, „den unverläßlichsten Volksstämmen", von denen selbst der Rest „loyal Gebliebener" nach Friedensschluß mit der „‚Revolution in Seele und Westentasche' in die Heimat zurückkehren werde".[372]

Die Offiziere des zaristischen Nachrichtenwesens, ebenso wie ihre österreichischen Widersacher verhältnismäßig gut über die Lage jenseits der eigenen Stellungen unterrich-

369 Ronge, Kriegs- und Industriespionage 144.

370 Siehe dazu: ÖSTA/KA, AOK/Evb. d. Gstbs./NA d AOK, G.Z.N.B. Zensurabteilung „D" Res. Akten 1914–1918.

371 Primavesi 5 und 11.

372 Ebd. 12–15.

tet[373], waren geneigt, derartige nationale Dissonanzen im Habsburgerreich für sich zu nutzen. Die „slawischen Brüder" unter den in ihre Gewalt geratenen k.u.k. Soldaten sollten deshalb für die eigene Sache gewonnen werden[374], auf den Schlachtfeldern ihre Landsleute zum Überlaufen bewegen und in einigen Fällen, nach der Absolvierung von Schulungskursen, im Hinterland des Gegners Spionage betreiben.[375]

Nationale und soziale Konfliktpotentiale schien inzwischen auch der reichsdeutsche Geheimdienst in seine Strategien miteinzubeziehen. Schon 1914 hatte man daran gearbeitet, „zarenfeindliche Kriegsgefangene für deutsche Interessen einzusetzen", sie „umzudrehen" und „mit konspirativen Aufträgen nach Rußland zu schicken".[376] Friedrich Gempp, führender Nachrichtenoffizier der Rußland-Aufklärung, war im Begriff weiter zu gehen. Über die militärische Spionage hinaus wollte Gempp den Kampf mit Flugblättern statt Waffen führen, das Zarenreich im Inneren zerrütten und Einfluß auf die dortige revolutionäre Bewegung nehmen[377]. Waren die Bemühungen des umtriebigen Majors zunächst durch den Geheimdienstchef Walter Nicolai unterbunden worden, der Kompetenzstreitigkeiten mit anderen Organen, die in der Gefangenenpolitik mitzureden hatten, aus dem Weg zu gehen versuchte, sich jegliche politische Aufklärung in den Lagern verbat und die feindlichen Soldaten eher als potentielle Saboteure der deutschen Kriegsanstrengungen empfand[378], so vermochten deutsche Offiziere immerhin einen Beitrag zum Sturz des russischen Kriegsministers Suchomlinov zu leisten. Mit Hilfe eines bei Tannenberg in deutsche Gefangenschaft geratenen Leutnants Kulakovskij, über den Gempp und seine Kollegen gegen Jahresende 1914 genauere Dossiers anzulegen begannen, wollte man an Wissenswertem aus der russischen Hauptstadt herankommen.[379] Was in weiterer Folge geschah, entsprach allerdings keineswegs deutscher Regie. Die Aussagen des „heimgekehrten" Kulakovskij wurden von hochrangigen Repräsentanten der militärischen und zivilen Führung Rußlands umgeschrieben, um mit fingierten Hochverratsbeschuldigungen den Nachrichtenchef der 10. Armee, Sergej Mjasoedov, in dem viele Stavka-Offiziere den Hauptschuldigen für die mißlungene russische Frühjahrsoffensive 1915 erblickten, und in weiterer Folge dessen Freund und Protektor Suchomlinov als „deutsche Spione" zu entlarven und zu Fall zu bringen.[380] Der zweifelhafte Erfolg der Rivalen Suchomlinovs, dessen Verhaftung und Verurteilung das „anständige Rußland" mit der Forderung nach einer

373 Deacon 195f.
374 Moritz, Gefangenschaft und Revolution 33.
375 Ronge, Meister der Spionage 65f.
376 Höhne, Krieg im Dunkeln 170.
377 Ebd.
378 Ebd. 171. Dazu auch: Roeder 150ff.
379 Ebd. 191f.
380 Stökl 627; Figes, Tragödie 296f.; Höhne 194–198.

„Regierung des nationalen Vertrauens" verknüpfte und Nikolaj II. dazu veranlaßte, die wachsende öffentliche Opposition zu beschwichtigen, „indem er seinen reaktionären Ministern den Laufpaß gab"[381], hatte einmal mehr ein ungünstiges Licht auf die ramponierte zaristische Nomenklatura und die skandalgeschüttelte Petrograder Hofgesellschaft geworfen. Eine nachhaltige Erschütterung des russischen Staatsgefüges konnte der obendrein ungeplante Beitrag Deutschlands zur Affäre Mjasoedov-Suchomlinov jedoch nicht bewirken.

Das sollte sich nach den Wünschen Berliner Regierungsbehörden ändern. Aus einem Lager für russische Kriegsgefangene holten die Propagandaspezialisten des militärischen Geheimdienstes mit Rudolf Nadolny einen Mann in den Generalstab, der in seiner Sektion „Politik" die Konzeptionen Gempps aufgriff und weiterentwickelte. In Zusammenarbeit mit der Politischen Abteilung des Auswärtigen Amtes, speziell dem mit der „Insurgierung russischer Nationalitäten" befaßten Legationsrat Otto-Günther von Wesendonck, wurde der ehrgeizige Plan eines Aufstandes im Zarenreich verfolgt.[382]

Wer immer gegen die herrschenden Verhältnisse in Rußland aufbegehrte, konnte in den diplomatischen und nachrichtendienstlichen Kreisen Berlins auf ein offenes Ohr hoffen. Dabei trat auch der russische Sozialist Alexander Parvus-Helphand, welcher es als schillernde Einzelerscheinung in der revolutionären Bewegung mittlerweile zu millionenschwerem Reichtum gebracht hatte, in Erscheinung.[383] Parvus, der von der Notwendigkeit einer radikalen Wende, einer Zertrümmerung des Zarismus und Aufteilung Rußlands, überzeugt war, spielte eine wichtige Vermittlerrolle zwischen dem Deutschen Reich und den autonomistischen, nationalistischen und sozialrevolutionären Gruppen Osteuropas.[384] Seine Aktivitäten bereiteten schließlich auch die vielbeachtete Kooperation zwischen dem Kaiserreich der Hohenzollern und den Bol'ševiki vor. Diese manifestierte sich gleichermaßen in der durch deutsche Stellen ermöglichten Reise Lenins von seinem Schweizer Exil nach Petrograd wie in den finanziellen Zuwendungen, welche die RSDRP(b) aus deutschen Quellen erhielt. Manchen Beobachter verleitete die kurzfristige, wenn auch bedeutende Allianz dazu, die unvereinbaren Zielsetzungen, welche die ungleichen Partner mittel- und langfristig zu entschiedenen Gegnern machten, außer acht zu lassen und den „Heimkehrer Lenin" lediglich als einen „Sendboten Berlins" anzusehen.[385] Vor dem Revolutionsjahr 1917 hatte man deutscherseits freilich bei dem Versuch, eine Destabilisierung Rußlands herbeizuführen, nur bedingt auf die kleine und weitgehend unbekannte Organisation um Lenin geachtet. Die breitangelegte „Wühlarbeit" sollte, abgesehen von der so-

381 Figes, Tragödie 297.

382 Höhne, Krieg im Dunkeln 214f.

383 Siehe dazu vor allem: Scharlau, Winfried B./Zeman, Zbynek A.: Freibeuter der Revolution. Parvus-Helphand – Eine politische Biographie. Köln 1964.

384 Höhne, Krieg im Dunkeln 218

385 Kerenski-Memoiren 326–340; Höhne, Krieg im Dunkeln 219–244.

zialen Frage, nicht zuletzt auf die Problematik der „Randgebiete" setzen, wie auch Parvus empfahl. Eine derartige Politik mit Nachdruck zu betreiben, war längst nicht nur Angelegenheit der Heeresspionage und des Auswärtigen Amtes. Auch die Vertreter des deutschen Gefangenenwesens hatten mitzuwirken.

Im preußischen Kriegsministerium plante Oberst Emil Friedrich vom Unterkunftsdepartement eine großangelegte Propagandatätigkeit unter den „Russen in deutscher Gewalt". Damit trachtete er die „‚gegen ihre eigene Regierung gerichtete Stimmung' nach Kräften zu fördern".[386] Am 30. März 1915 wies Friedrich auf die Möglichkeit hin, durch seine Mitarbeiter Briefe im Namen der vielen Analphabeten unter den gefangenen Soldaten der Zarenarmee zu verfassen. In ihnen beabsichtigte man auf die „in Deutschland herrschende musterhafte Ordnung, die ausgezeichnete Fürsorge für die Verwundeten" und die „unerschütterliche Siegeszuversicht" Bezug zu nehmen, um eine „Aufklärung des russischen Volkes" im Sinne Berlins zu erreichen.[387]

Zur selben Zeit wurde in den Lagern die *„nationale Abstammung"* der Insassen eruiert. Demgemäß konnte man bereits im Februar 1915 dem österreichisch-ungarischen Außenminister Burián die Zusammenfassung von „10.000 Mohammedanern" in Zossen mitteilen, die durch deutsche Offiziere „militärisch abgerichtet" und in der Folge „für die Türkei kämpfen" würden.[388]

Während sich die deutschen Behörden der jüdischen Zuwanderung aus dem Osten ebenso wie den jüdischen Arbeitskräften beziehungsweise Kriegsgefangenen aus dem Herrschaftsgebiet der Romanovs gegenüber distanziert verhielten[389], sollten „Deutschrussen" an den speziell für sie bestimmten Unterbringungsorten Berger, Damm, Holthausen und Insterburg annehmliche Lebensbedingungen vorfinden, um ihnen, wie es hieß, den „Rückweg ins Mutterland zu ebnen". Durch separate Internierung wollte Berlin des weiteren Verbündete unter den Georgiern, Weißrussen und Ukrainern gewinnen.[390] Letztere wurden in die Lager Rastatt, Salzwedel und Wetzlar gebracht, wo man sie „durch gute Behandlung und verschärfte separatistische Propaganda" einer gegen Petrograd gerichteten „Aufstandsbewegung in der Ukraine" zuzuführen versuchte .[391] Die Hoffnungen deutscherseits, Konzerte, Kino- und Theatervorstellungen könnten, gepaart mit politischer „Aufklärung", die unter anderem in der Lagerzeitung „Russkij Vestnik" ihren Niederschlag

386 Auerbach 49.
387 Ebd.
388 ÖSTA/HHStA, PA I/Liasse Krieg 19b/Kgf. Fol. 59.
389 Williams, Culture in Exile 56.
390 Ebd. 55; ders., Russian War Prisoners 273; Auerbach 143.
391 Auerbach 139.

fand[392], die Gefangenen in die Hände nationaler Widerstandsbewegungen treiben, erfüllten sich jedoch kaum. Nur wenige waren für eine klare politische Positionierung oder gar für militärische Verbände künftiger, von Rußland unabhängiger Staaten zu gewinnen.[393] Die offensichtlichen Rückschläge riefen jene auf den Plan, welche die in deutschem Gewahrsam befindlichen Angehörigen der Zarenarmee ohnehin eher zur Arbeit in der Kriegswirtschaft heranziehen wollten.[394]

Eine derartige Interessendivergenz trat inzwischen auch in der Donaumonarchie zutage. Prinzipiell gäbe es keine Bedenken, ließ das Wiener Kriegsministerium beispielsweise 1916 in mehreren Schreiben an das k.u.k. Ministerium des Äußeren verlautbaren, „Kriegsgefangene mohammedanischen Glaubens“ freizulassen und in die Türkei zu entsenden. Allerdings, fügte man einschränkend hinzu, sei ein solches Unterfangen „insoferne schwierig, als sich diese auf Arbeitsstellen befänden“ und erst nach der Ernte an die osmanischen Stellen übergeben werden könnten[395]; dann aber, so die Regierungsbehörden des Habsburgerreiches, wäre man auch bereit, auf die „kriegsgefangenen Mannschaften georgischer Nationalität“ „weltanschaulich einzuwirken“.[396]

In welchem Ausmaß ökonomische Zwänge die ideologische Beeinflussung der im Bereich der Mittelmächte festgehaltenen gegnerischen Soldaten behinderten, wird allerdings auch in der k.u.k. Monarchie vor allem anhand der Propagandaaktivitäten unter den Ukrainern offensichtlich. Letztere konzentrierte man im oberösterreichischen Freistadt.[397] Im Herbst 1915 stellte sich heraus, daß im dortigen Lager bei einer Aufnahmefähigkeit von ungefähr 26.000 Personen nur 6.034 anwesend waren, von denen wiederum mehr als 5.000 bei verschiedenen Arbeiten Verwendung gefunden hatten. Für die eigentliche „Aufklärung“ standen deshalb nur weniger als 900 Mann zur Verfügung.[398] Das zuständige militärische Kommando in Freistadt mußte bald erkennen, daß sich die Verhältnisse in allen „Speziallagern“ der Mittelmächte ähnelten. Alsbald wurde deutlich, daß von höchster Stelle den ökonomischen Interessen längst der Vorzug gegeben, „die Bedeutung der Propaganda hinter die wirtschaftlichen Forderungen der Monarchie sowie die Bedürfnisse der

---

392 Williams, Culture in Exile 55; Auerbach 236–239.

393 Auerbach 140.

394 Ebd. 141f.

395 ÖSTA/HHStA, PA I/Liasse Krieg 19b/Kgf. Fol. 321f. und 336.

396 ÖSTA/HHStA, PA I/Liasse Krieg 19b/Georgier und Grusinier Fol. 22. Über die Arbeit Deutschlands und Österreich-Ungarns unter kaukasischen Kriegsgefangenen sowie die Aufstellung einer „Georgischen Legion“ siehe vor allem: Bihl, Die Kaukasus-Politik der Mittelmächte, Teil I, 74–101 und Teil II, 28–31.

397 Olenčuk, Die Ukrainer 123–127; Hornykievicz, Bd. 1, 50.

398 Rappersberger 63.

Heeresverwaltung und Armeeleitung nach Arbeitskräften zurückgestellt" worden war, wie es die maßgeblichen militärischen Institutionen Österreich-Ungarns formulierten.[399]

Als weiterer Hemmschuh auf dem Weg zu nachhaltigeren Erfolgen agitatorischer Bemühungen in den Gefangenenlagern erwiesen sich schließlich die Standpunkte der Mittelmächte in der nationalen Frage und die Haltung der unterschiedlichen Unabhängigkeitsbewegungen hinsichtlich der territorialen Neuordnung Mittelosteuropas. Auch in Polen manifestierte sich die Zweischneidigkeit einer Kriegszielpolitik, welche die auf ethnischen Aspirationen beruhenden autonomistischen und separatistischen Strömungen für ihre Zwecke zu nutzen suchte. Berlin fürchtete nicht zu Unrecht um seine preußisch-polnischen Provinzen bei der Errichtung eines selbständigen Polen und nahm demgemäß von „Insurrektionsbestrebungen" schon vor der Eroberung Kongreßpolens und eines Teiles von Litauen Abstand.[400]

Als sich Deutschland und Österreich mit schwieriger werdender Kriegslage im Jahre 1916 zur Proklamation eines territorial und konstitutionell noch nicht definierten Königreiches Polen durchrangen, traten im Vorfeld die unterschiedlichen Standpunkte zwischen den Reichen der Hohenzollern beziehungsweise Habsburger und den verbündeten polnischen Einheiten noch deutlicher hervor. Berlin und Wien wollten die an ihrer Seite kämpfenden polnischen Legionen in ein „Polnisches Hilfskorps" der Mittelmächte umwandeln, jene aber eine eigene Armee und, als Voraussetzung dafür, vorher eine polnische Regierung.[401] Auch mit der Einsetzung eines provisorischen Staatsrates und der beginnenden Werbung für das Hilfskorps blieben die Beziehungen gespannt. Die Legionsoffiziere, allen voran Józef Piłsudski, fühlten sich ausschließlich der vollständigen nationalen Unabhängigkeit des Landes verpflichtet; die Bündnisfrage war für sie bei geänderter internationaler Lage neu zu stellen. Das Ende der Zarenherrschaft in Rußland und die Anerkennung eines im August 1917 in Lausanne gebildeten Polnischen Nationalkomitees durch die Westmächte veranlaßten auch Piłsudski, „die polnische Sache von der der Mittelmächte zu trennen".[402] Er trat aus dem Warschauer Staatsrat aus und riet den Soldaten des Polnischen Hilfskorps, den von ihnen verlangten Eid auf die Waffenbrüderschaft mit Deutschland und Österreich-Ungarn zu verweigern. Diese Vorgangsweise führte schließlich zur Internierung Piłsudskis und einiger seiner Offiziere in Deutschland.[403]

Von dieser Entwicklung waren auch die Versuche der k.u.k. Monarchie berührt, die Gefangenen polnischer Nationalität an verschiedenen Internierungsorten zusammenzu-

399 Ebd. 64f.; vgl. Olenčuk, Die Ukrainer 127f.
400 Auerbach 46.
401 Meyer 75f.
402 Ebd. 76.
403 Ebd.

fassen.[404] Hatte man im böhmischen „Polenlager" Plan im November 1916 noch die Proklamation des Königreiches Polen feierlich verkündet und in den nachfolgenden Wochen von vielversprechender Werbetätigkeit der anwesenden Legionäre unter den „früheren Kriegsgefangenen" gesprochen[405], so wurde die „durchgeführte Aufklärungsarbeit über Allerhöchsten Befehl seiner Majestät" im März 1917 eingestellt.[406] Die Militärbehörden des Habsburgerreiches mußten in der Folge eine große Zahl von Fluchtversuchen „russischer Kriegsgefangener polnischer Nationalität" konstatieren. Dieser Umstand war jedoch nicht allein den politischen Entwicklungen zuzuschreiben, sondern auch den miserablen Lebensbedingungen in jenen Lagern, die ursprünglich als Sammelstelle für die „künftigen Legionäre" dienten. Nun aber ließ man diese Männer im Ungewissen über ihr weiteres Schicksal. „Wir sind in einem Lager, wo nur Polen sind, wir werden da schon die dritte Woche ausgehungert", schreibt etwa Piotr Głasek aus Csót bei Papa in Ungarn.[407] Seine Darstellung entsprach den Aussagen vieler anderer Gefangener. In mehreren Briefen wird von elenden Unterkünften berichtet. Kälte und mangelhafte Verpflegung kosteten im Winter 1916/17 zahlreichen Lagerinsassen das Leben, während die Wachmannschaften und die Zivilbevölkerung schonungslos gegen jene polnischen Soldaten der Zarenarmee vorgingen, die das Elend zur Flucht oder zum Diebstahl von Lebensmitteln trieb.[408] Die triste wirtschaftliche Lage in der Donaumonarchie ließ keinen Spielraum für Gegenmaßnahmen der offiziellen Stellen. Das ganze Land friere und hungere, vermerkten die Mitarbeiter des Kriegsministeriums in ihren Randnotizen zu den kritischen Berichten, „eine Verbesserung der Verpflegung könne nicht in Aussicht gestellt werden".[409] Die Offiziere der k.u.k. Heeresverwaltung zogen es daher vor, die Beschwerden der polnischen Gefangenen als Ausdruck „besonderer Wehleidigkeit" oder „übermäßigen Freiheitsbedürfnisses" abzutun.[410]

Im Gegensatz dazu blieb die Situation der Ukrainer in den deutschen und österreichischen Sonderlagern wesentlich entspannter. Dafür war nicht nur ihre Verwendung in der Kriegswirtschaft, insbesondere im Agrarsektor, die zu keiner größeren Konzentration von Gefangenen an wenigen Internierungsorten führte, sondern auch die Ukrainerpolitik der Regierungsinstanzen im Hohenzollern- und im Habsburgerreich verantwortlich.

Gleichzeitig setzten die Zentralmächte aber eher auf die Zusammenarbeit mit den polnischen Eliten, die man seitens maßgeblicher Wiener Kreise auch weiterhin als bedeutende Verbündete betrachtete. Die „Ruthenen" wurden hingegen oftmals „als unzuverlässige

404 Siehe dazu: ÖSTA/KA, Milkdo Wien 1918: Präs. 58-40/18.
405 ÖSTA/KA, AOK/Evidenzbüro 1915–1918: Lagergeschichte der Kgf.-Lager Purgstall und Plan 13–18.
406 ÖSTA/KA, Chef des Ersatzwesens 1917: 19-5.
407 ÖSTA/KA, KM/10. Abt./Kgf. 1917: 10-139/2.
408 Ebd.
409 ÖSTA/KA, KM/10. Abt./Kgf. 1917: 10-139/1-3 und 10-139/2.
410 Ebd.

Irredentisten" angesehen.[411] Vergeblich bemühte sich seit Kriegsbeginn der in Lemberg von Emigranten aus Rußland begründete „Bund zur Befreiung der Ukraine" (Sojuz vyzvolennja Ukrainy), Deutschland und Österreich-Ungarn „für die ukrainische Sache gegen Rußland zu mobilisieren".[412] In mancher Hinsicht stellte der stark sozialistisch beeinflußte „Bund", dessen Eintreten für eine konstitutionell-monarchische Staatsform in der Ukraine als vorübergehende Losung bis zur Errichtung einer Republik angesehen werden konnte, durch sein radikales Agrarprogramm und den polnisch-ukrainischen Gegensatz eine Gefahr für die Habsburgermonarchie dar. Immerhin mußte ein unabhängiger ukrainischer Staat zwangsläufig Anziehungskraft auf die ruthenische Bevölkerung in den nordöstlichen Territorien Österreich-Ungarns haben und überdies zu Komplikationen bei der erwünschten austropolnischen Lösung führen.[413] Nichtsdestoweniger versuchte man sich die antirussische Einstellung des „Bundes" zunutze zu machen, wollte durch ihn zur Konsolidierung verschiedener ukrainischer Emigrantengruppen beitragen, Aktionen gegen die russische Armee vorbereiten und „politische Aufklärungskampagnen" unter den im Russischen Reich lebenden Ukrainern sowie den auf dem Boden der Donaumonarchie befindlichen ukrainischen Kriegsgefangenen durchführen.[414] Eine geplante türkisch-ukrainische Landung an der russischen Schwarzmeerküste, mit der auch der Aufbau einer gegen das Zarenreich gerichteten ukrainischen Bewegung verknüpft wurde und an der 400 freiwillige österreichisch-ruthenische Legionäre sowie hundert russische Ukrainer aus dem Kriegsgefangenenlager Freistadt teilnehmen sollten[415], scheiterte jedoch an militärischen und schließlich auch an politischen Einwänden. Zudem erschwerten die kriegerischen Operationen an der Ostfront zunächst Aktivitäten in der russischen Ukraine. Nicht nur Wien, sondern auch Berlin erblickte obendrein in der Tätigkeit der Exilukrainer eher eine Belastung für die innenpolitischen Verhältnisse des Habsburgerreiches. Als Vertreter der österreichischen Staatsbürger ukrainischer Nationalität danach trachteten, die politischen Organisationen ihrer aus dem Zarenreich stammenden „Brüder" als lästige Konkurrenten auszuschalten, verhielten sich die Zentralmächte seit der Jahreswende 1914/15 dem Bund gegenüber merklich reservierter.[416] Dessen Hauptsitz wurde in die Schweiz verlegt. Seitens der k.u.k. Regierung verstand man das neue Verhältnis dennoch keineswegs als „vollständiges désintéressement", wobei man nicht zuletzt auf die weitere „Aufklärung" der Kriegs-

411 Kappeler, Kleine Geschichte der Ukraine 167.
412 Ebd.
413 Bihl, Österreich-Ungarn und der „Bund" 507.
414 Olenčuk, Die Ukrainer 101f.
415 Hornykievicz, Bd. 1, 14f.
416 Olenčuk, Die Ukrainer 107–116.

gefangenen Bezug nahm.[417] Den Anstrengungen eines „à l'amiable" auf Distanz gehaltenen „Bundes zur Befreiung der Ukraine" in den Gefangenenlagern standen freilich solcherart sowohl politische als auch ökonomische Interessen Deutschlands und Österreichs im Wege. „Propagandaerfolge" unter den wenigen, nicht auf Arbeit befindlichen Ukrainern hielten sich in Grenzen.[418] In Sachen Nationalismus erwies sich das labile Vielvölkerreich Österreich-Ungarn insgesamt als schlechter Lehrmeister.

Verfingen sich die Heeresleitungen und zivilen Führungsinstanzen der Hohenzollern- und Habsburgermonarchie bei dem Versuch, ethnische Spannungsfelder Mittel- und Osteuropas auch durch die Beeinflussung von Kriegsgefangenen zu ihren Gunsten zu nutzen, in den eigenen Widersprüchen und Unzulänglichkeiten, so glaubte sich das zaristische Rußland demgegenüber im Besitz einer „Generallinie" für die Behandlung der in seiner Gewalt befindlichen gegnerischen Soldaten. Durch sie wollte man die nationale Zersplitterung ganzer in Gefangenschaft geratener Heeresverbände bewerkstelligen. In Übereinstimmung mit den britischen und französischen Verbündeten verkündete das Außenministerium in Petrograd noch im Jahre 1914, „daß neben dem erklärten Hauptziel, Deutschlands Stärke in diesem Kriege entscheidend zu brechen, die Habsburgermonarchie bis Kriegsende zu erheblichen territorialen Abtretungen gezwungen und durch eine Änderung der Staatsverfassung weiterhin geschwächt werden sollte".[419] Obwohl das Zarenreich eine Zerschlagung Österreich-Ungarns nicht von sich aus forderte, wurde darauf geachtet, unter anderem durch das Verhalten gegenüber den Kriegsgefangenen die zentrifugalen Kräfte der Donaumonarchie zu nutzen. Neben der Werbung unter Angehörigen der k.u.k. Armee italienischer Nationalität[420] sowie der bevorzugten Behandlung von Soldaten aus Elsaß-Lothringen, die als deutsche Soldaten in die Gewalt der russischen Armee geraten waren und denen man die Entlassung aus der Gefangenschaft in Aussicht stellte, falls sie bereit waren auf der Seite der Entente an den Kampfhandlungen teilzunehmen[421], konzentrierte man sich deshalb vor allem auf die Absonderung der Slawen von den übrigen, auf russischem Boden befindlichen Angehörigen des Habsburgerheeres.

Schon das Manifest des Zaren über den Kriegseintritt am 2. August (20. Juli) 1914 hob den „historischen Auftrag Rußlands" hervor, dem „Schicksal der slawischen Völker, mit

417 Ebd. 111.

418 Ebd. 127ff. Zur Tätigkeit des „Bundes zur Befreiung der Ukraine" im Lager Freistadt siehe auch: Olenčuk, Elisabeth: Das Propagandalager. Die politische Beeinflussung der ukrainischen Kriegsgefangenen in Freistadt 1914–1918. In: Arche, Nr. 8 (März 1995) 8–11.

419 Moritz, Gefangenschaft und Revolution 32f.

420 Ebd. 66; Gustav Cartellieri weist in seinen Erinnerungen darauf hin, daß unter den Italienern schon 1914 für den Kampf gegen die Donaumonarchie Stimmung gemacht wurde. – Cartellieri 43.

421 Siehe dazu: RGVIA, f. 2000, op. 9/s, d. 5; vgl. Klante, Wolga und Amur 57; Oser 39f., Bülow 6.

denen es durch den Glauben und das Blut eins ist, niemals untätig" gegenüberzustehen.[422] Dementsprechend entschloß man sich, vor allem den Tschechen und Serben Vergünstigungen in der Gefangenschaft einzuräumen, die antihabsburgisch Gesinnten unter ihnen separat unterzubringen und den „Umworbenen" zu erlauben, am Krieg gegen die Deutschen und Österreicher teilzunehmen.[423] Voraussetzungen für eine solche Gefangenenpolitik bemühten sich die militärischen Behörden des Zarenreiches durch die Trennung der Nationalitäten noch auf dem Weg in die Internierungsorte zu schaffen. Die k.u.k. Behörden erhielten besonders über die Verhältnisse in Darnica bei Kiev beunruhigende Meldungen. Heimkehrer wiesen diesbezüglich nicht nur auf die Tätigkeit russischer Militärstellen, sondern auch auf das Auftreten österreichisch-ungarischer Staatsbürger, nicht selten aus den Reihen der Kriegsgefangenen, hin, die sich offen gegen die Habsburgermonarchie aussprachen und den gegen die Mittelmächte kämpfenden Freiwilligenverbänden beigetreten waren. „Im Kgf.-Lager Darnica werden neu eingebrachte Kgf. von einem Korporal tschechischer Nationalität in Listen eingetragen und mit Zetteln, auf welchen ihre Nationalität bezeichnet wird, beteilt. Nach dem Verhör werden Gefangene slavischer Nationalität von einem k.u.k. Leutnant von den übrigen Gefangenen abgesondert, Kroaten und Tschechen ganz separat untergebracht", ließ etwa das vierte Armeekommando verlautbaren.[424] Heimkehrende Offiziere wußten in der Folge sogar von Mißhandlungen der Kriegsgefangenen durch tschechisches Bewachungspersonal sowie den „durch Hunger" im „Presslager Darnica" zur „serbischen Legion" gezwungenen „eigenen Leuten" zu berichten.[425] Genaueres brachten ehemalige Gefangene auch in ihren Erinnerungen zu Papier. Leutnant Wilhelm von Bülow beispielsweise schilderte gleichfalls die unterschiedlichen Lebensbedingungen der streng voneinander getrennten Nationalitäten in Darnica, wobei er vor allem auf die bessere Unterbringung der Slawen gegenüber den „Deutschösterreichern, die nicht selten die Nächte im Freien verbringen mußten", aufmerksam machte.[426] Als Tscheche erlebte Arnošt Kolman den Aufenthalt im Lager zunächst von einer anderen Seite: „Wie immer und überall", so Kolman, „wurde zuerst einmal abgezählt, und dann rief ein österreichischer Major die Namen derjenigen auf, in deren Papieren Tschechisch oder Slowakisch als Muttersprache angegeben war. Es handelte sich um ungefähr vierhundert Mann, vielleicht auch etwas mehr. Wir mußten bleiben, während die anderen weggetrieben wurden. [...] Der Offizier [...] hielt uns eine Rede. [...] Im ersten Abschnitt sprach er lang und breit über Patriotismus, über die hussitische Vergan-

422 Zit. nach Heresch, Blutiger Schnee 21.

423 RGVIA, f. 2000, op. 9/s, d. 5.

424 ÖSTA/KA, KM/10. Abt./Kgf. 1918: 10-44/1429.

425 ÖSTA/KA, KM/10. Abt./Kgf. 1918: 10-7/238, 10-44/1552 und 10-44/1568.

426 Bülow 10.

genheit des tschechischen Volkes, über die Pflicht eines jeden, das verhaßte österreichische Joch zu bekämpfen [...] und darüber, daß ein Umsturz herbeigeführt werden müßte. Der zweite Teil der Ansprache war wesentlich kürzer und sachlicher. Er versprach jetzt jedem, der sich hier in die tschechoslowakische Legion einschriebe [...], daß er neu eingekleidet, gutes Essen und ordentliche Bezahlung erhalten und sogleich befördert würde. Nach dem Sieg würden diese Männer dann in die Heimat zurückkehren, in die freie, selbständige Tschechoslowakei, und dort seien ihnen dann angemessene Arbeit und Rente garantiert."[427] Drohungen gegen die „Verräter", die sich nicht der Legion anschließen wollten, folgten, bevor sich eine Reihe von Gefangenen unterschiedlichster Dienstgrade in die Listen der Freiwilligenverbände eintrugen. Die anderen, unter ihnen auch Arnošt Kolman, versuchten das „Sonderlager" Darnica, in dem die „Verweigerer" nichts Gutes für sich erwarteten, auf schnellstem Wege zu verlassen, um mit den vorwiegend deutschösterreichischen und ungarischen Gefangenen nach Osten abtransportiert zu werden.[428]

Ähnlich wie im Falle Kolmans blieb auch die Isolierung anderer k.u.k. Soldaten slawischer Nationalität illusorisch. Oft genug kam man russischerseits nicht über die Ankündigung hinaus, Slawen nicht nur innerhalb der Lager von den übrigen Gefangenen zu isolieren, sondern konsequent nach Orten getrennt unterzubringen.[429] Zwar wollte man bereits in den großen Durchgangsstationen die notwendigen Schritte setzen, um in erster Linie Deutsche und Magyaren nach Sibirien und Mittelasien verschicken zu können. Allein der Mangel an freien Plätzen in den Militärkreisen des europäischen Rußland stand einer Konzentration der Slawen in den Gebieten westlich des Urals ebenso im Wege wie die Arbeitsverwendung der in russischem Gewahrsam befindlichen Soldaten der Mittelmächte, welche zur verstärkten Mobilität der Kriegsgefangenen führte und eine Berücksichtigung nationaler Fragestellungen bei ihrer Unterbringung vielfach ausschloß.[430] Ebenso wie im Habsburgerreich gefährdeten wirtschaftliche Erwägungen den Erfolg von Propagandamaßnahmen.

Als zu Jahresende 1915 Oberst Mordvinov vom Zaren beauftragt wurde, die Konsequenzen der bisherigen Gefangenenpolitik zu untersuchen, traf er folgerichtig eine „bedeutende Anzahl von Slawen in den Militärkreisen Omsk und Turkestan" an. Gleichzeitig bildeten „deutsche Kriegsgefangene [...] gemeinsam mit den Slawen" im russischen Zentralraum „die Reserve für den Einsatz zur Arbeit, um so allzu lange Transporte [zu den Arbeitsstellen] zu vermeiden".[431] Mordvinov, der auch Beschwerden der Königlich-Serbi-

427 Kolman 65f.
428 Ebd. 66.
429 RGVIA, f. 1468, op. 2, d. 376, l. 244.
430 Moritz, Gefangenschaft und Revolution 34.
431 RGVIA, f. 970, op. 3, d. 1973, l. 96f.

schen Gesandtschaft und der tschechoslowakischen Repräsentanten bezüglich einer angeblichen brutalen Behandlung slawischer Soldaten des Habsburgerheeres nachzugehen hatte[432], mußte überdies eingestehen, daß auch kroatische, slowenische und ruthenische Gefangene nicht selten mit Unzulänglichkeiten und rechtswidrigem Verhalten konfrontiert waren. Obwohl man von offizieller Seite schon früh um eine Besserstellung sowie eine ideologische Indoktrinierung der kriegsgefangenen Slawen bemüht war und zu diesem Zweck noch 1914 eine „allrussische Fürsorgestelle" gebildet hatte, deren Aufgabe es war, sowohl materielle Hilfe zu gewähren als auch Aufklärung über die „allgemeinslawischen Kulturideen" zu verbreiten[433], kamen gerade die in den westlichen Gebieten des Zarenreiches konzentrierten österreichisch-ungarischen Soldaten slawischer Nationalität beim Ausheben von Schützengräben im Frontbereich zum Einsatz. Darauf verwiesen sowohl Oberst Mordvinov als auch die in Rußland tätigen exiltschechischen Vereinigungen.[434] Letztere ließen es sich nicht nehmen, im Frühjahr 1916 die in Aussicht gestellten „Privilegien" der Slawen insgesamt in Zweifel zu ziehen und über die tristen Lebensverhältnisse der tschechischen Kriegsgefangenen zu klagen, „die jetzt gerade so schlecht behandelt" würden wie die anderen und „infolge der Not mehr auf die Stillung ihres Hungers und den Schutz vor den gräßlichen Unbilden Wert legten, als auf die nationale Sache".[435]

Schien gerade die Trennung der Nationalitäten den angestrebten Zielsetzungen zuwiderzulaufen, so konnten latente Konflikte an jenen Internierungsorten und Arbeitsstellen festgestellt werden, an denen alle „Völker der Monarchie" vertreten waren. Der Ärger der Deutschen und Ungarn artikulierte sich etwa, als slawischen Gefangenen gestattet wurde, sich weitestgehend unbeaufsichtigt in den russischen Städten aufzuhalten. Selbst seitens der einheimischen Bevölkerung wurde Unmut geäußert über k.u.k. Soldaten, die „bis spät in die Nacht in Restaurants" herumsitzen, sich „in Theatern und anderen Vergnügungsstätten" amüsieren, „häufig die Arbeit verweigern" und die ihnen zugestande Bewegungsfreiheit zur Flucht nützen würden.[436]

Nicht selten brachten nationale Rivalitäten unter den k.u.k. Soldaten in russischer Gefangenschaft das soziale Gefüge der „hinter Stacheldraht" entstandenen Gemeinschaften völlig ins Wanken. Bevorzugungen einzelner ethnischer Gruppen durch die russischen Militärs gefährdeten zusätzlich eine fragile Ordnung, die durch die Erfahrungen bis 1914 ohnehin vorbelastet war. Obwohl slawische Kriegsgefangene von Benachteiligungen und Willküraktionen nicht verschont blieben, registrierten ihre deutsch- und ungarischspra-

432 Ebd.
433 Ustav Vserossijskogo Popečitel'stva o plennych Slavjanach 4.
434 RGVIA, f. 970, op. 3, d. 1973, l. 99; ÖSTA/KA, KM/10. Abt./Kgf. 1916: 10-7/7-150.
435 ÖSTA/KA, KM/10. Abt./Kgf. 1916: 10-7/7-150.
436 RGVIA, f. 970, op. 3, d. 1973, l. 95 ob.

chigen „Kameraden" jeden scheinbaren oder tatsächlichen Unterschied zu ihren Ungunsten. Schon auf dem Weg durch den Etappenraum, unmittelbar nach der Kapitulation vor den russischen Truppen, beobachtete zum Beispiel Leopold Steiner die Verköstigung der in die Gewalt des Gegners gefallenen k.u.k. Soldaten, um zu folgender Darstellung zu gelangen: „Die ‚braven' Tschechen kamen bei den Mahlzeiten stets als erste Nation an die Reihe. Ihnen folgten ebenso würdelos wie habgierig [!] Ruthenen, Serben, Italiener (Welschtiroler) und die andern ‚edlen' Völker Österreichs; ganz zum Schlusse die gehaßten, gefürchteten und verfluchten Deutschen. Blieb etwas Eßbares übrig, war es gut, war nichts mehr da, erhielten die ‚nemcy' Knutenhiebe statt Brot und Suppe."[437] Eine durch Vorurteile und Verdächtigungen aufgeladene Stimmung machte sich allerorten breit.

In den Offiziersstationen, erinnert sich Gustav Jungbauer, zogen sich die Tschechen immer mehr von den anderen zurück, um schließlich den österreichischen Baracken- und Lagersprechern den Gehorsam zu verweigern.[438] Zunehmende Spannungen führten zu immer schärferen Auseinandersetzungen: Beschwerden über kriegsgefangene Sanitäter wurden aktenkundig, die sich weigerten, „tschechische Hunde [!]" medizinisch zu versorgen.[439] Slawische Gefangene hielten sich an russische Offiziere, um gegen Deutschösterreicher vorzugehen, die Listen von „Verrätern" anlegten. „Loyale" k.u.k. Offiziere machten in der Regel keine Anstalten, die Beweggründe jener „Kameraden", die sich zu den antihabsburgischen Freiwilligenverbänden meldeten, differenzierter zu betrachten.[440] Bezeichnend für die Situation sind die Aussagen des Oberleutnants Rudolf Gallinger, der bei seiner Heimkehr unter anderem die Verhältnisse in Taškent beschrieb. Dort war, wie Gallinger sich ausdrückte, im August und September 1915 der „Auswurf [!] österreichischer Kriegsgefangener, Italiener, Tschechen und Serben, vereinigt". Einige tschechische Reserveoffiziere „gefährlichster Natur" wären, so Gallinger weiter, „durch ihre hochverräterische Stimmung" besonders aufgefallen und hätten als die „von der russischen Militärbehörde eingesetzten unmittelbaren Lagerkommandanten deutsche und ungarische Offiziere terrorisiert".[441]

Klagten nichtslawische Gefangene speziell über das Verhalten „privilegierter Tschechen und Serben", meldeten sich letztere wiederum, um ihrerseits auf Benachteiligungen durch die „herrschenden Völker" der Habsburgermonarchie zu verweisen. Die Verteilung von Liebesgaben durch Hilfsmissionen fachte den Konflikt stets aufs neue an. „Ich muß mitteilen, daß ich auch vom Roten Kreuz ein Gebetbuch bekommen habe. Was Wäsche,

437 Steiner, Skarree! Skarree! 9.
438 Jungbauer 146f.
439 RGVIA, f. 1468, op. 2, d. 394, l. 600.
440 Moritz, Gefangenschaft und Revolution 67f.; vgl. RGVIA, f. 1468, op. 2, d. 367, l. 684–687.
441 ÖSTA/KA, KM/10. Abt./Kgf. 10-33/296.

Schuhe und Monturen angeht, überhaupt Dinge die wir notwendig brauchen, die bekommen wir Slawen nicht. In erster Linie erhalten dies Ungarn und Deutsche", erklärte ein tschechischer Gefangener aus Verchotur'e bei Perm'.[442] Zur selben Zeit stellte der deutschösterreichische Offizier Franz Tomsche in seinem Tagebuch mit Genugtuung fest, daß dem „Gesindel in der tschechischen Rotte [!]", das sich zu den Freiwilligenverbänden „an die Front meldete, keine Unterstützung ausgezahlt wurde".[443] Beim Abmarsch von 170 Tschechen aus dem transbaikalischen Lager Berezovka, fügt Tomsche hinzu, „wurden diese von unseren Soldaten beschimpft und mit Steinen beworfen. Ein Fähnrich, ehemaliger österreichischer Freiwilliger, gab hierauf vier Schüsse in die Menge ab, ohne aber zu treffen."[444]

Im Jahre 1917, als Tomsche derlei Vorfälle aufzeichnete, verschärfte sich die Situation durch die prekäre wirtschaftliche Lage und die intensiven nationalen Werbeaktionen von Monat zu Monat. Die Unabhängigkeitsbewegungen tschechoslowakischer und südslawischer Exilpolitiker setzten deshalb bei der Verfolgung ihrer Ziele nicht zu Unrecht verstärkt auf die Kriegsgefangenen-Problematik. Dabei mußten sie aber ebenso wie die russische Heeresverwaltung erkennen, daß trotz der ethnischen Konflikte in den russischen Lagern und der Unzufriedenheit vieler österreichisch-ungarischer Soldaten mit den Fürsorgemaßnahmen des eigenen Staates die Mehrheit nicht bereit war, offen gegen die Donaumonarchie aufzutreten.[445] Mancher tschechischer Gefangener, der sich von den „Aufklärungskampagnen" der Freiwilligenverbände nicht beeindrucken ließ, fühlte sich durch die ungleiche „Beteilung" der verschiedenen Nationalitäten mit „Liebesgaben aus der Heimat" vor den Kopf gestoßen. „Es tut uns weh, daß wir so zur Seite geschoben werden und nicht als österreichische Soldaten anerkannt werden. Wir haben doch unser Blut vergossen, wie viele unserer Brüder und Söhne bedecken die Schlachtfelder"[446], hieß es in einem Brief an das Rote Kreuz in Prag. Und der Offizier Josef Polcar schrieb: „Wir erwarteten, daß wir mindestens Kleidung und Schuhe erhalten werden, aber darin haben wir uns geirrt. Für uns Tschechen ist ja nicht das Geringste hier. Wer hat uns das Kainszeichen auf die Stirn gedrückt."[447] Polcar und die meisten seiner Landsleute empfanden sich nichtsdestoweniger als loyale „Untertanen" der Donaumonarchie, wie auch der russische Oberst Mordvinov nach Abschluß seiner Inspektionsreise meinte. Unzählige im Zarenreich festgehaltene Angehörige der k.u.k. Armee, notierte Mordvinov, stünden der nationalstaatlichen Idee völlig gleichgültig gegenüber. Er selbst, heißt es in seinen Aufzeichnungen wei-

442 ÖSTA/KA, AOK/GZNB, Karton 3755, Akt 4759, Brief 100.

443 Tomsche 80.

444 Ebd.

445 Kalvoda, Czech and Slovak Prisoners of War 222–225.

446 Zit. nach Rachamimow 353.

447 Ebd.

ter, wisse zum Beispiel von slawischen Kriegsgefangenen zu berichten, die sich geweigert hätten, „an einem Gottesdienst anläßlich des Falls der österreichischen Festung Przemyśl teilzunehmen, um den Erfolg der Russen gebührend zu feiern".[448] Mordvinov plädierte daher für die Trennung antihabsburgisch gesinnter Slawen von jenen, die keine derartigen Ansichten vertraten.[449]

Angesichts höchst widersprüchlicher Reaktionen der in die Gewalt des Gegners geratenen k.u.k. Soldaten nimmt es nicht wunder, daß der *Aufbau militärischer Verbände*, die für die Errichtung slawischer Nationalstaaten in Mitteleuropa auf der Seite der Entente kämpfen wollten, schleppender voranging, als es die Protagonisten der Selbständigkeitsbestrebungen erwartet hatten. Auf Initiative der seit Beginn des Jahres 1915 zusammengefaßten tschechischen und slowakischen Organisationen in Rußland[450] formierten sich zwar im Heer des Zaren schon im ersten Kriegsjahr mit Erlaubnis Petrograds eigene tschechische Einheiten unter vorwiegend russischen Kommandeuren.[451] Es entstand die sogenannte „Družina", die in manchen Zeitungen als „Hussiten-Legion" bezeichnet und der dritten russischen Armee angegliedert war; sie konnte allerdings, trotz der Deserteure aus dem Habsburgerheer, etwa aus dem Prager Hausregiment, das sich am 3. April 1915 in einer Stärke von 1.400 Mann den Russen ohne Widerstand ergab[452], lediglich zu einer Schützenbrigade mit rund 6.000 Soldaten im Jahre 1916 vergrößert werden.[453]

Die bescheidenen Erfolge waren jedoch nicht allein auf den Widerstand vieler Kriegsgefangener und die mitunter aggressive Werbetätigkeit des „Vereins der tschechoslowakischen Verbände in Rußland" („Svaz československých spolku na Rusi") zurückzuführen. Von einigen russischen Generälen wie Alekseev, Brusilov und Duchonin, welche die Sache der slawischen Nationalbewegungen nach Kräften förderten, abgesehen, verhielten sich auch die offiziellen Stellen des Zarenreiches zurückhaltend. Sie wollten angesichts der teilweise repressiven Maßnahmen des Svaz nicht in Konflikt mit den international geltenden Vereinbarungen kommen[454], vor allem aber mögliche hinkünftige Verhandlungen mit den Mittelmächten nicht übermäßig belasten.[455] Darüber hinaus lehnte die Petrograder Regierung bis zum Ende der Romanov-Herrschaft ganz allgemein das Prinzip der nationalen Selbstbestimmung ab. Die Einflußnahme auf den „Völkerkerker" Österreich-Un-

448 RGVIA, f. 970, op. 3, d. 1973, l. 102 ob.

449 Ebd.

450 Unterberger, The United States, Revolutionary Russia and the Rise of Czechoslovakia 12.

451 Kennan, Decision to intervene 136.

452 Thunig-Nittner 14f.

453 Kalvoda, Czech and Slovak Prisoners of War 223; ders., Origins of the Czechoslovak Army 420ff.; Footman 85; Moritz, Gefangenschaft und Revolution 69; Benesch, Aufstand der Nationen 178–183.

454 Klante, Wolga und Amur 65.

455 Klevanskij, Voennoplennye central'nych deržav 29f.; Banac, South Slav Prisoners of War 127.

garn fand mit Blick auf den multiethnischen russischen Staatsverband und etwaige Rückwirkungen nationaler Desintegration in Mitteleuropa auf die Zarenmonarchie keine ungeteilte Zustimmung.[456] Mithin überrascht auch die Tatsache kaum, daß seitens des Außenministeriums an der Sängerbrücke die Genehmigung, eine Tschechoslowakische Legion aufzustellen, erst kurz vor dem Ausbruch der Februarrevolution erteilt wurde, nachdem sich Frankreich anläßlich der im November 1916 in Petrograd zusammengetretenen Interalliierten Militärkonferenz dafür stark gemacht hatte.[457]

Nichtsdestoweniger blieb die Haltung der Westmächte in der tschechischen Frage gleichfalls zwiespältig. Schließlich bemühten sich diese, ein Machtvakuum im Donauraum, das Deutschland für sich nutzen konnte, zu verhindern.[458] Für Paris und London war die Auflösung Österreich-Ungarns kein Kriegsziel.[459] Vielmehr befürchtete man, eine Zerschlagung des Habsburgerreiches begünstige auch Rußland, etwa bei der Verwirklichung panslawischer Ideen und der Erweiterung seines Einflußbereiches. Gerade in der Frage eines unabhängigen tschechoslowakischen Staates als Schlüssel zur Neuordnung Zentraleuropas waren Rivalitäten unter den Verbündeten erkennbar, die auch die Bemühungen tschechischer Exilpolitiker beeinflußten.[460] Der 1916 in Paris geschaffene tschechoslowakische Nationalrat unter Thomas G. Masaryk und Edvard Beneš verstand es beispielsweise vorerst nicht, seinen Führungsanspruch unter den auf russischem Boden befindlichen „Landsleuten" durchzusetzen. Dem prowestlichen Masaryk hielten die zaristischen Regierungsstellen zunächst eine eigene, an Petrograd orientierte nationale Vertretung unter Josef Dürich entgegen, der sich den prorussischen Ideen einer „Allslawischen Föderation", wie sie von Karel Kramar konzipiert worden war, verpflichtet fühlte.[461] In der Folge kam es zum offenen Bruch mit Masaryk. Dürich verlor seine bisherige Position als Vizepräsident des Pariser Nationalrates. Seine Organisation war von der russischen Regierung aber noch kurz vor dem Ausbruch der Februarrevolution anerkannt worden.[462]

Nach der Abdankung von Nikolaj II. konnte Masaryk dann allerdings die Kontrolle des Pariser Nationalrates über die tschechoslowakische Unabhängigkeitsbewegung auf dem Territorium des bisherigen Zarenreiches rasch sicherstellen.[463] In diesem Zusammenhang

456 Kennan, Decision to intervene 137.
457 Thunig-Nittner 16–25.
458 Bradley, Die Tschechoslowakische Legion und die Haltung der Alliierten zur Auflösung der Habsburgermonarchie 205ff.
459 Hoensch, Geschichte der Tschechoslowakei 20f.
460 Kalvoda, Czech and Slovak Prisoners of War 217–220.
461 Ebd. 221f.
462 Masaryk 160; Kalvoda, Czech and Slovak Prisoners of War 221f. Siehe dazu auch: Unterberger, The United States, Revolutionary Russia and the Rise of Czechoslovakia 14f.; Benesch, Aufstand der Nationen 99ff.
463 Kalvoda, Czech and Slovak Prisoners of War 222; ders., Origins of the Czechoslovak Army 422f.

halfen Masaryk, der sich vom Mai 1917 bis zum März 1918 in Rußland aufhielt, auch Mitglieder der Provisorischen Regierung. Insbesondere im neuen Außenminister Pavel N. Miljukov fanden die Tschechen einen einflußreichen Förderer ihrer Sache: Die Werbung für die Legion wurde intensiviert. Flugschriften und Aufrufe überschwemmten die Kriegsgefangenenlager, bevor der Rücktritt Miljukovs und des ebenfalls tschechenfreundlichen Kriegsministers Aleksandr I. Gučkov die Anstrengungen erneut zu gefährden drohte. Mit Aleksandr F. Kerenskij drängte nämlich ein Mann zur Macht, der keineswegs Bereitschaft zeigte, die tschechoslowakischen Anliegen vorbehaltlos zu unterstützen. Kerenskijs Mißtrauen allen in Rußland festgehaltenen gegnerischen Soldaten gegenüber wirkte sich auch auf die Slawen aus, zumal er die Kriegsgefangenen generell lieber in den verschiedenen Branchen der Kriegswirtschaft arbeiten als in den militärischen Verbänden nationaler Unabhängigkeitsbewegungen kämpfen sah.[464]

Die offiziellen Stellen Rußlands änderten ihre Meinung jedoch umgehend, als die tschechoslowakischen Regimenter im Rahmen der erfolglosen Kerenskij-Offensive eine positive Ausnahme bildeten und bei Zborov einen Gefechtserfolg erzielen konnten, der ihnen die Anerkennung der russischen Heeresleitung einbrachte.[465] In den folgenden Monaten liefen umfassende Rekrutierungskampagnen, durch die die Legion eine Stärke von mehr als 40.000 Mann im März 1918 erreicht haben dürfte.[466] Noch vor der Machtergreifung der Bol'ševiki erteilte der Chef des russischen Generalstabes, General Duchonin, sein Einverständnis für die Aufstellung einer großteils aus Kriegsgefangenen bestehenden selbständigen tschechoslowakischen Armee. An deren Spitze standen auch weiterhin russische Offiziere wie Sokorov, Dieterich, Kappel und Vojčechovskij.[467] Wenig später, im Dezember 1917 beziehungsweise im April 1918, rangen sich auch die Westmächte dazu durch, mit der Aufstellung einer „autonomen tschechoslowakischen Nationalarmee als Bestandteil der französischen und italienischen Streitkräfte" zu beginnen.[468] Bedeutung aber erlangte die Legion auf dem Gebiet des ehemaligen Zarenreiches erst später und in einer anderen Weise als von den tschechischen Exilpolitikern und den Westmächten ursprünglich intendiert.

Mit den Ereignissen von 1917 nahm in Rußland die Entwicklung nationaler Kampfverbände, welche vornehmlich aus den in Gefangenschaft geratenen Soldaten des Habsburgerheeres gebildet wurden, eine Wendung. Davon waren nicht nur tschechoslowakische, sondern auch südslawische Freiwilligeneinheiten betroffen. Anders allerdings als bei

464 Kalvoda, Czech and Slovak Prisoners of War 223.
465 Thunig-Nittner 24f.
466 Kalvoda, Czech and Slovak Prisoners of War 224f.; ders., Origins of the Czechoslovak Army 423f.
467 Footman 86; Moritz, Gefangenschaft und Revolution 102.
468 Hoensch, Geschichte der Tschechoslowakei 20; vgl. Kalvoda, Origins of the Czechoslovak Army 425–431.

den Tschechen, deren politische Vertretung vereinheitlicht und deren militärische Formationen bedeutend vergrößert wurden, förderte in Rußland das Ende der Romanov-Herrschaft lange schwelende Konflikte innerhalb der sogenannten „serbischen Legion", wie sie zumeist auch von den Kriegsgefangenen genannt wurde[469], zutage. Die Revolution brachte schließlich ihre Spaltung und damit eine wesentliche Verringerung ihres Mannschaftsstandes mit sich. Schon in den ersten Kriegsjahren überschatteten, neben der zögerlichen Haltung seitens der Petrograder Regierung[470], vor allem die nationalen Gegensätze unter den Südslawen den Aufbau eines Freiwilligenkorps. Die Emigrantenvereinigung des an Großbritannien angelehnten „Jugoslavenski Odbor" (JO) votierte für die Identität eines einzigen jugoslawischen „Volkes" mit seinen gleichberechtigten, in einem föderativen Staatsgebäude zu verbindenden serbischen, kroatischen und slowenischen „Stämmen". Die Belgrader Regierung mit ihrem Ministerpräsidenten Nikola Pašić bestand hingegen auf einem Zusammenschluß der Südslawen unter serbischer Leitung und nannte als Vorbild hierfür die Rolle Piemonts bei der Einigung Italiens ein halbes Jahrhundert zuvor.[471]

Die von den Repräsentanten Serbiens im Zarenreich angeregte Aufstellung einer Truppe aus Freiwilligen in Odessa erschien vom Standpunkt des JO und des von ihm forcierten „integralistischen Nationalismus" aus als exklusives serbisches Unternehmen. Ähnlich dachten auch viele kroatische und slowenische Kriegsgefangene, welche sich den Werbeaktionen des Odessaer Korps gegenüber distanziert verhielten.[472] Kritik an der Haltung Serbiens verursachte schließlich auch innerhalb der Freiwilligeneinheiten Spannungen. Sie wurden durch die schlechten Lebensbedingungen vieler „Legionäre" und einen verlustreichen Fronteinsatz gegen Bulgarien im August und September 1916, bei dem fast 2.000 von ihnen den Tod gefunden hatten und mehr als 8.000 verwundet worden waren, noch verschärft und mündeten im Herbst 1916 in Meutereien und Desertionen.[473] Selbst Marko Cemović, Serbiens Generalkonsul in Odessa, sah sich gezwungen, in einem Brief an Pašić Fehler einzugestehen, die von den Diplomaten ebenso wie von den Offizieren, welche die Königlich-Serbische Regierung in Korfu als Führungskader des Freiwilligenkorps nach Rußland entsandt hatte, begangen worden waren. Dennoch blieb Pašićs Kabinett bei seiner Linie und forderte damit insbesondere den Widerspruch der nichtserbischen Offiziere in der „Legion" heraus, die sich oftmals um so vehementer zum „Jugoslawismus" bekann-

469 ÖSTA/KA, KM/10. Abt./Kgf. 1918: 10-7/238.

470 Avakumović 21.

471 Banac, South Slav Prisoners 120 und 123.

472 Ebd. 125.

473 Avakumović 21f.; Banac, South Slav Prisoners 126f.

ten und großserbische, -kroatische und -slowenische Avancen als „kriminelle Utopien" verurteilten.[474]

Nachdem die Februarrevolution sowie die damit verbundene Bildung von Sowjets in der russischen Armee die Südslawen nicht unbeeindruckt gelassen hatte und mit April 1917 auch im Freiwilligenkorps Soldatenräte eingerichtet worden waren, drängten die Vertreter Serbiens zu einer Entscheidung nach den fortwährenden Auseinandersetzungen. Pašić rang sich in diesem Zusammenhang zu gewissen Konzessionen durch. Unter anderem kam es zur Umbenennung der serbischen Abteilungen in ein Freiwilligenkorps der Serben, Kroaten und Slowenen, freilich unter Zurückweisung des Begriffes „Jugoslawien". Die Trennung von den Anhängern des „integralistischen Nationalismus" sollte nun endgültig vollzogen werden. General Mihailo Živković, Befehlshaber der „Legion", forderte demgemäß kurz nach der Zulassung von Räten den Ausschluß all jener, „die nicht mit den Zielsetzungen des Freiwilligenkorps übereinstimmten".[475] In der Folge verließen 149 Offiziere und über 12.000 Mannschaftsangehörige die südslawischen Einheiten in Rußland. Dabei wurde deutlich, daß sich vor allem Kroaten und Slowenen zu diesem Schritt entschlossen, um zu einem geringeren Teil als sogenannte „Dissidenten" in kleinen Einheiten an der Seite der „Kerenskij-Armee" weiterzukämpfen, zum überwiegenden Teil aber in die Gefangenenlager oder an die Arbeitsstätten zurückzukehren.[476] Die Entscheidung der serbischen Führung, die, wie es hieß, das „Feuer lokalisieren" wollte, war eng mit den innenpolitischen Verhältnissen in Rußland verknüpft: Die „Dissidenten" hatten Kontakte zum Odessaer Sowjet hergestellt, der einen möglichen Mißbrauch der Freiwilligenverbände gegen die Revolution befürchtete; umgekehrt bangten die serbischen Legionsoffiziere angesichts der Formierung von Räten um die Ordnung in ihren Reihen.[477]

Die Mehrheit der ehemaligen k.u.k. Soldaten in den Kampfverbänden nationaler Unabhängigkeitsbewegungen äußerte gleichermaßen Sympathie für den Umsturz in Rußland wie die an den Internierungsorten und auf Arbeit befindlichen Kriegsgefangenen. Daß diese *in die inneren Angelegenheiten des Gewahrsamsstaates stärker involviert* sein würden als von ihnen in Betracht gezogen und ihren Bewachern befürchtet, zeigte sich schon im Herbst 1916. Damals beschloß Petrograd, muslimische Untertanen des Zaren („inorodcy") entgegen den bisherigen Gepflogenheiten zum Kriegsdienst einzuberufen, in Arbeiterbataillonen zusammenzufassen und hinter der Front zur Errichtung militärischer Anlagen einzusetzen. Das ohnehin bereits strapazierte Verhältnis zwischen den russischen bezie-

474 Banac, South Slav Prisoners 128.

475 Ebd. 130.

476 Avakumović 22.

477 Banac, South Slav Prisoners 130.

hungsweise ukrainischen Kolonisten und den Repräsentanten des Staates einerseits sowie der einheimischen Bevölkerung Mittelasiens andererseits wurde dadurch weiter belastet. Die Spannungen gipfelten schließlich in Revolten, die gewaltsam niedergeschlagen werden mußten und zahlreichen Zuwanderern aus den westlichen und zentralen Gebieten des kaiserlichen Rußland das Leben kosteten. Zugleich fielen schätzungsweise bis zu 100.000 Kasachen und Kirgisen dem Hunger oder verschiedenen Seuchen zum Opfer; weitere 200.000 zwangen die Ereignisse zur Flucht über die Grenze nach China.[478]

Die schweren Ausschreitungen waren in den Augen der Behörden nicht ohne „Wühlarbeit ausländischer Agenten" denkbar und förderten den ohnehin weitverbreiteten Glauben an die Tätigkeit feindlicher Spione. Die offiziellen Untersuchungen konnten allerdings keine stichhaltigen Beweise für den Einfluß deutscher, türkischer, österreichisch-ungarischer oder bulgarischer Agitation erbringen.[479] Vereinzelte Kontakte zwischen aufständischen Muslimen und den in Turkestan internierten Soldaten und Zivilisten der Mittelmächte sowie die Flucht einiger Kriegsgefangener in den Iran, die Graf Kanitz, der deutsche Militärattaché in Teheran, dazu verwenden wollte, eine Rebellion gegen die Alliierten in Nordpersien zu provozieren[480], reichten aber aus, um, wie Leutnant Adolf Epstein berichtet, eine größere Anzahl gefangener Offiziere nach Sibirien zu transportieren[481] beziehungsweise vermeintliche Unruhestifter unter den in Zentralasien befindlichen Angehörigen der Vierbundarmeen ausfindig zu machen und in Straflager zu schicken.[482]

Erwies sich das Mißtrauen der Militärbehörden in den südlichen Grenzgebieten des russischen Herrschaftsgebietes in der zweiten Hälfte des Jahres 1916 als unbegründet, so sah sich die Provisorische Regierung nach der Abdankung Nikolajs II. mit der Bereitschaft unzähliger Kriegsgefangener sowohl außer- als auch innerhalb der Lager konfrontiert, sich öffentlich zu den *Parolen der Revolution* zu bekennen. Auch die Vertreter der Westmächte, wie Kapitän Cromie, Kommandant der englischen U-Boot-Flottille im Baltikum und kurze Zeit danach britischer Marineattaché in Petrograd, nahmen die Entwicklungen in Rußland mit Besorgnis wahr und berichteten von Fraternisierungen an der Ostfront und von Freiheiten, die den Kriegsgefangenen seit März 1917 gewährt wurden.[483] Letztere nahmen in großer Zahl an den Feiern zum 1. Mai teil. Selbst in den westlichen, den Kampfgebieten am nächsten gelegenen Territorien beteiligten sich Soldaten der Mittelmächte an den Kundgebungen und fielen dabei auch Cromie auf, der die revolutionären Umzüge in

478 Altrichter 526f.; Zenkovsky 130–135.
479 Sokol 147ff.
480 Ebd. 152f.
481 Epstein 24.
482 ÖSTA/KA, KM/10. Abt./Kgf. 1918: 10-44/4171.
483 Jones 371.

Reval beobachtete.[484] Sozialistische Zeitungen im Ural wiederum brachten ihre „tiefe Genugtuung über die *Verbrüderung*" mit den Deutschen und Österreichern zum Ausdruck, beschworen die „proletarische Solidarität" zwischen den in den Betrieben beschäftigten einheimischen und ausländischen „Werktätigen" und meldeten die Anwesenheit der Gefangenen bei den Aufmärschen in den Ortschaften am Übergang vom europäischen ins asiatische Rußland.[485] Selbst die in den weit entlegenen sibirischen Lagern Verbliebenen begrüßten, ungeachtet ihrer sonstigen weltanschaulichen Differenzen, fast „ausnahmslos die russische Revolution mit großer Freude".[486] Für einige Angehörige der k.u.k. Armee, die schon seit längerer Zeit mit sozialkritischen Standpunkten sympathisierten, wurde der 1. Mai zum Schlüsselerlebnis, das hoffnungsvollere Zeiten ihres Rußlandaufenthaltes andeutete.[487] Dieser Tag, erinnert sich der spätere KPÖ-Spitzenfunktionär Johann Koplenig, der damals in einer Schuhmacherwerkstätte in Nižnij Novgorod arbeitete und Zeuge einer „Massenkundgebung von Arbeitern und Soldaten" wurde, „hat für mich deshalb eine so große Rolle gespielt, weil es darüber nachher im Betrieb zu großen Diskussionen gekommen ist und wir von da an auch enge Kontakte mit den russischen Soldaten und den Zivilarbeitern im Betrieb herstellen konnten".[488]

Auf die veränderte Situation reagierten auch die Bol'ševiki. Unter den Soldaten der Mittelmächte, sowohl in Rußland als auch entlang der Frontlinie, hofften sie Verbündete für ihre internationalen politischen Zielsetzungen zu finden. Deshalb forderte die RSDRP(b) schließlich weniger von der Provisorischen Regierung als vielmehr von einer mehrheitlich noch durch die Men'ševiki und die Sozialisten-Revolutionäre beherrschten Rätebewegung, „unverzüglich daranzugehen, die Lage der Kriegsgefangenen in Rußland zu untersuchen und ihr Dasein zu erleichtern".[489]

Die Februarrevolution hatte im übrigen Lenin dazu veranlaßt, noch im Schweizer Exil einen von der Redaktion des bolschewistischen „Sozial-Demokrat" herausgegebenen Aufruf „An die Kameraden, die in der Kriegsgefangenschaft schmachten" zu verfassen. Dieser kam, einem Schreiben des Preußischen Kriegsministeriums vom 4. Mai 1917 zufolge, unter den russischen Soldaten im Bereich der Mittelmächte zur Verteilung, um über das

484 Ebd. 369.

485 Vengerskie Internacionalisty, Bd. 1, 11f.

486 Vogel 16.

487 Leonhard 57ff.

488 Koplenig, Kriegsgefangenschaft und Revolution 354.

489 Pardon/Shurawljow, Bd. 1, 8. Zu Lenins Äußerungen in der Pravda über die Frage einer Erhöhung der Löhne von kriegsgefangenen Arbeitern im Bergwerk von Sudzenka siehe: Klevanskij, Razvitie internacionalistskogo dviženija 54f.

Ende der Zarenherrschaft zu informieren.[490] Der Führer der Bol'ševiki nahm darin gegen die neue Regierung, „die nicht die volle Freiheit bringen werde" und die „Fortsetzung des Raubkrieges" beabsichtige, Stellung. Demgegenüber hob er den Sowjet der Arbeiter- und Soldatendeputierten als Vorkämpfer für „Frieden, Brot und die demokratische Republik" sowie „ein Bündnis mit den Arbeitern aller anderen Länder" hervor. Abschließend machte Lenin auf die Rolle der Gefangenen nach ihrer „Ankunft in der Heimat" aufmerksam. Von ihnen erwartete er sich eine klare Absage an das Regime Nikolajs II., dafür aber, abgesehen von der Befürwortung notwendiger sozialer und ökonomischer Reformen, ein Votum zugunsten des Petrograder Sowjets und der unverzüglichen Einberufung jener Konstituierenden Versammlung[491], deren Fortbestehen den an der Macht befindlichen Bol'ševiki zu Jahresbeginn 1918 nur noch ein Dorn im Auge sein sollte. Lenin brachte in seinem Aufruf noch einmal die Notwendigkeit zum Ausdruck, die russischen Kriegsgefangenen in Österreich und Deutschland mit den bolschewistischen Standpunkten vertraut zu machen, um die Heimkehrer zu einer „Armee der Revolution" zu machen. Andernfalls, befürchtete er, könnten die Angehörigen des Zarenheeres im Herrschaftsgebiet der Hohenzollern und Habsburger in den Dienst restaurativer Kräfte treten und in Rußland monarchistische Strömungen unterstützen.[492]

Im Frühjahr 1917 deutete jedoch wenig auf eine derartige Entwicklung hin, zumal die Gefangenen an den Arbeitsstätten ebenso wie in den Lagern an den Vorgängen in Petrograd im großen und ganzen wenig auszusetzen hatten. Die nach dem 30. April 1917 zur „Zensurierung eingelangte russische Kriegsgefangenen-Korrespondenz" zeige vielmehr, konstatierte das Gemeinsame Zentralnachweisbüro in Wien, daß die „letzten Ereignisse [...] bei allen im höchsten Grade Anklang finden und die erzielten Resultate als vollkommen zufriedenstellend anerkannt" werden.[493] Kritische Stimmen, vornehmlich unter jenen, „deren persönliche Interessen mit der früheren Staatsform eng verknüpft waren"[494], wurden nur vereinzelt laut. Streitigkeiten unter den im dänischen Lager Horseröd internierten Offizieren, in deren Verlauf es zwischen Gegnern und Anhängern der Februarrevolution zu gewaltsamen Konflikten kam und einige Baracken in Flammen aufgingen, blieben Einzelerscheinungen, obwohl sich das neutrale Dänemark angesichts des Vorfalles veranlaßt sah, den Großteil der russischen Kriegsgefangenen in ihre Heimat zu schicken.[495] Die meisten Soldaten der bisherigen Zarenarmee deklarierten sich demge-

490 Gautschi 275f.; Auerbach 294; Zelt, Kriegsgefangene in Deutschland 621f.; ders., Die politische Arbeit unter russischen Kriegsgefangenen 571; Pisarev 171.
491 Auerbach 293ff.
492 Ebd. 295.
493 ÖSTA/KA, KM/10. Abt./Kgf. 1917: 10-18/311.
494 Ebd.
495 Kudrina 376.

genüber als Anhänger des neuen Regimes und „setzten insbesondere große Hoffnungen auf die Initiativen der Sozialdemokraten“.[496]

Bis zum Juni 1917 registrierten die österreichisch-ungarischen Zensurbehörden bisweilen abschätzige Bemerkungen über die „Tätigkeit des revolutionären Sozialisten Lenin, der“, wie es hieß, von Deutschland „materiell und moralisch“ unterstützt, „ultra-kommunistische Anschauungen predigt, welche geeignet seien, zu einer völligen Anarchie zu führen, und die staatliche Entwicklung des russischen Reiches auf unabsehbare Zeit lahmzulegen“.[497] Der Wunsch nach einer baldigen Beendigung der Kampfhandlungen[498] brachte aber sowohl die Gefangenen im Bereich der Mittelmächte als auch auf dem Gebiet des ehemaligen Zarenreiches nach und nach auf die Seite der Bol'ševiki, die mit ihren Friedensparolen gegenüber der Kriegspolitik der Kerenskij-Regierung ganz allgemein schnell an Boden gewannen. Innerhalb weniger Monate konnten Lenin und seine Weggefährten eine erstaunliche Machtposition erringen.[499]

Derartige Erfolge waren schwerlich vorauszusehen. Schließlich verfügten gerade die Bol'ševiki nur über bescheidene Mittel, um die eigene Partei am Leben zu erhalten.[500] Nichtsdestoweniger versuchten sie noch im Jahre 1915 von der Schweiz aus Kontakte zu den im Bereich der Mittelmächte festgehaltenen russischen Soldaten aufzunehmen: Beim Komitee der Auslandssektionen der RSDRP(b) wurde eine Organisation zur „intellektuellen Unterstützung“ der Kriegsgefangenen, die sogenannte Berner Kommission, eingerichtet.[501] Lenin selbst korrespondierte mit revolutionär gesinnten Lagerinsassen, allen voran mit dem Ende 1914 in Gefangenschaft geratenen vormaligen bolschewistischen ZK-Mitglied und Duma-Abgeordneten Roman V. Malinovskij, der bis kurz vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges für die Ochrana, die politische Geheimpolizei des kaiserlichen Rußland, gearbeitet hatte. Dieser Sachverhalt wurde 1917 durch Untersuchungen der Provisorischen Regierung nachgewiesen und führte im Herbst 1918 bei der Rückkehr des auf Rehabilitierung hoffenden Malinovskij zu dessen Verurteilung durch ein Revolutionstribunal und Hinrichtung in den Gärten des Kremls.[502] Während der ersten Kriegsjahre aber besaß Roman Malinovskij nach einer innerparteilichen Überprüfung der gegen ihn erhobenen Beschuldigungen noch das Vertrauen Lenins.[503] Letzterer hatte sich von ihm nicht nur propagandistische Aktivitäten erwartet, sondern vor allem Informationen über politische

496 ÖSTA/KA, KM/10. Abt./Kgf. 1917: 10-18/111-4.
497 Ebd.
498 ÖSTA/KA, KM/10. Abt./Kgf. 1917: 10-18/311.
499 Andrew/Gordiewsky 52.
500 Pipes, The Unknown Lenin 32.
501 Russkie Internacionalisty 7f.; Jakušina 59ff.
502 Andrew/Gordiewsky 49f.; Političeskie Partii Rossii 339f.
503 Pipes, The Unknown Lenin 37f.

Ansichten und Sympathien der Gefangenen in Relation zu ihrem sozialen Status.[504] Ganz allgemein schien der bolschewistische Parteiführer zunächst detailliertere Kenntnisse über die in die Gewalt des Gegners geratenen Soldaten der Zarenarmee sammeln zu wollen. Solchen Aufgaben widmete sich auch seine Frau, Nadežda Krupskaja, die im Rahmen ihrer Tätigkeit für die „Berner Kommission" einen Fragebogen erstellte, „mit dessen Hilfe genauere Angaben über die materielle Lage, die politischen Probleme, die ideologische und kulturelle Tätigkeit, den Bildungsstand und die Bedürfnisse der Kriegsgefangenen" gesammelt werden sollten.[505]

Um Malinovskij, der im Lager Altengrabow bei Magdeburg mit dem Aufbau einer kleinen Gruppe der RSDRP beschäftigt war[506], und eine Reihe anderer Kriegsgefangener sowie Zivilinternierter, darunter einige Serben und Rumänen, wie die in den oberösterreichischen Lagern Aschach und Katzenau festgehaltenen Sozialisten Filip Filippović und Michael Laurin[507], entstanden allmählich kleine Vereinigungen. Sie traten ihrerseits mit revolutionären Organisationen Deutschlands und des Habsburgerreiches in Fühlung[508], etwa mit den revolutionären Sozialisten in Ungarn, die durch Ervin Szabó sowohl zu syndikalistischen Arbeitergruppen, Schriftstellern um die Zeitschrift „Ma" („Heute") und einer Gruppe von Technikern und Ingenieuren als auch zu Vladimir Justus, einem seit 1912 in Budapest lebenden Anhänger Lenins, Verbindung aufnahmen.[509]

Die propagandistischen Bemühungen russischer Parteien, unter den in die Gewalt des Gegners geratenen Angehörigen der Zarenarmee für tiefgreifende Veränderungen der gesellschaftlichen Verhältnisse Osteuropas Stimmung zu machen, betrachteten die offiziellen Stellen der Zentralmächte in den letzten Kriegsjahren jedoch mit zunehmend zwiespältigeren Gefühlen. Versuchten sie einerseits die ideologische Beeinflussung der in ihrem Gewahrsam befindlichen feindlichen Soldaten als Gelegenheit zur Destabilisierung der Romanov-Herrschaft zuzulassen, mußten sie andererseits seit März 1917 die Rückwirkungen der Februarrevolution auf Mitteleuropa fürchten. Als „Abordnungen russischer Soldaten durch das Niemandsland" kamen, um Verhandlungen baten und davon sprachen, „ihre Offiziere abzusetzen und Soldatenräte zu wählen"[510], sahen sich die deutschen und österreichisch-ungarischen Frontkommanden erstmals direkt mit den „bedrohlichen" Folgen eines nur allzu oft herbeigewünschten Umsturzes konfrontiert. Die Veränderungen in

504 Ebd. 31f.

505 Zelt, Die politische Arbeit unter russischen Kriegsgefangenen 572.

506 Rozental' 179ff.; Zelt, Die politische Arbeit unter russischen Kriegsgefangenen 572.

507 Avakumović 16ff.; Kraus 100.

508 Pisarev 170; Zelt, Die politische Arbeit unter russischen Kriegsgefangenen 573; Selesnjow, Propaganda 53f.

509 Mihályhegyi 62f.

510 Rauchensteiner 438.

den gegnerischen Stellungen beantwortete man zunächst mit passivem Verhalten: Größere militärische Unternehmungen wurden unterlassen, die Truppen des Hohenzollern- und des Habsburgerreiches sollten lediglich auf Angriffe reagieren und „Anbiederungsversuche" russischerseits abweisen.[511] Im Hinterland nahmen die Berliner und Wiener Behörden in der Folge „Gruppen unter der gefangenen russischen Mannschaft, welche sozialistische Ideen weiterverbreiten wollten", auch als Gefahr wahr. „Es erscheint nicht ausgeschlossen", warnte das k.u.k. Kriegsministerium, daß deren Bemühungen „zu dem Zwecke erfolgen, um gegebenenfalls unter der eigenen Bevölkerung eine Propaganda zu betreiben, welche sich die Schaffung einer ähnlichen politischen Situation wie jene, die dermalen in Rußland obwaltet, zum Endziele gesteckt hat".[512] Das Haus am Stubenring empfahl daher gegen Ende des Jahres 1917 eine unauffällige Überwachung des Verkehrs zwischen den Einheimischen und den Kriegsgefangenen.[513]

Erkannten manche Lagerinsassen, zum Beispiel V. Dmitriev oder auch Roman Malinovskij, die Bereitwilligkeit ihrer Bewacher, revolutionäre Propaganda zu ermöglichen[514], so begannen sich die Verhältnisse nach dem Umsturz in Petrograd merklich zu ändern. Noch im Februar 1917 hatte sich die Situation anders dargestellt und das österreichisch-ungarische Armeeoberkommando die Zensurstelle Feldkirch angewiesen, „Korrespondenzen, welche auf eine gegen die russische Gewaltherrschaft gerichtete Propaganda" abzielten, „anstandslos passieren zu lassen, da eine solche", wie abschließend festgehalten wurde, „in unserem eigenen Interesse gelegen ist".[515] Erwähnung fanden in diesem Zusammenhang ausdrücklich mehrere Exemplare von „Na čužbine" (In der Fremde), einer Zeitschrift des internationalistischen Flügels der Sozialisten-Revolutionäre zur „Intensivierung ihrer Arbeit unter den Russen in den Lagern der Mittelmächte", deren Zirkulation wegen „antideutscher Formulierungen" schließlich wiederholt verboten und in der Donaumonarchie dann gänzlich unterbunden wurde.[516]

Die Herausgeber von „Na čužbine" mußten sich indessen auch gegen parteiinterne Widerstände zur Wehr setzen, zumal der rechte Flügel der Sozialisten-Revolutionäre über die Publikation empört war und die Internationalisten bezichtigte, Gelder vom Vierbund zur Finanzierung ihres Journals erhalten zu haben.[517] Daraufhin gewährten diese Einblick in ihre Buchführung und belegten überzeugend, daß sie keinerlei „staatliche Subsidien von

511 Ebd.
512 ÖSTA/KA, KM/10. Abt./Kgf. 1917: 10-66/402.
513 Ebd.
514 Dmitriev 37; Rozental' 182.
515 ÖSTA/KA, KM/MK im KM (zuvor KÜA) 1917: Zl. 96.870.
516 Ebd.; Delo Naroda, Nr. 118 (4.8.1917) 2.
517 Häfner 29.

Feindstaaten" erhalten hatten, sondern ihre Zeitung „allein durch Verkaufserlöse, Lotterien und zum geringen Teil durch Spenden bestritten".[518]

Die Bol'ševiki waren im Gegensatz dazu keiner übergeordneten politischen Instanz Rechenschaft schuldig. Anders als die SRy sprachen sie sich außerdem auch für eine Kontaktaufnahme mit den deutschen, österreichisch-ungarischen, türkischen sowie bulgarischen Soldaten an der Front und in gegnerischem Gewahrsam aus. Dementsprechend zeigten sie Anstrengungen, die Gefangenen aller kriegführenden Staaten des Ersten Weltkrieges in ihren weltrevolutionären Zielsetzungen zu berücksichtigen.[519] Dieses Unterfangen konnte angesichts des bescheidenen organisatorischen und finanziellen Rahmens nur schwer Wirkung zeigen.

Die SR-Internationalisten vermochten im Laufe der Jahre 1916 und 1917 16 Nummern von „Na čužbine" herauszugeben, die kostenlos unter den russischen Kriegsgefangenen verteilt wurden und sich binnen kürzester Zeit großer Beliebtheit erfreuten.[520] Den Bol'ševiki fehlte es hingegen an den notwendigen Mitteln. Selbst die Zuschüsse seitens der Zentralmächte, durch Parvus und bisweilen auch durch Emissäre des „Bundes zur Befreiung der Ukraine" vermittelt[521], änderten daran wenig. „Ich habe Lenin ermuntert, für ‚V Plenu' zu schreiben. Aber er ist gegenwärtig nicht dazu in der Lage, daran zu denken", erklärte Nadežda Krupskaja in einem Brief vom 8. März 1916.[522] Als schließlich im Februar 1917 „V Plenu" („In Gefangenschaft"), die Zeitschrift der Berner Kommission für die Angehörigen des russischen Heeres in Deutschland und Österreich, erschien, blieb es bei einer einzigen Ausgabe.[523] Das Auftreten der RSDRP(b) gegen die Kriegspolitik Kerenskijs machte die auf Frieden hoffenden Soldaten „in Feindeshand" schließlich für Lenins Losungen empfänglich. Erst mit der Machtergreifung aber errangen die Bol'ševiki jene Position, durch die ihre Gefangenenpolitik nachhaltige Bedeutung erlangen sollte.

518 Ebd.

519 Selesnjow, Propaganda 53f.

520 Häfner 29.

521 Olenčuk, Die Ukrainer 105–107.

522 Zit. nach Auerbach 293.

523 RCChIDNI, f. 351, op. 2, d. 180, l. 198 ob.; Sergeev, Kriegsgefangenschaft und Mentalitäten 361.

TEIL III:

1917/18

RUSSLAND ZUERST!

KLASSENKAMPF IN FEINDESHAND

Soldaten der Mittelmächte in Sowjetrußland – November 1917 bis März 1918

VERHANDLUNGEN, VERTRÄGE UND VERORDNUNGEN

Louis de Robien konnte nicht umhin, seinem Tagebuch eine kleine Begebenheit anzuvertrauen, die bei Jahresbeginn 1918 den Charakter des Außergewöhnlichen trug. Mitten in Petrograd, das nur noch für einige Tage Rußlands Hauptstadt bleiben sollte, in einem der wenigen Restaurants, die noch geöffnet hatten, erkannte der französische Diplomat hochrangige Vertreter der Vierbundmächte.[1] Nach dreieinhalb Jahren Krieg „beschnupperten" sich offizielle Repräsentanten gegnerischer Staaten, die völlig konträre Aufträge an die Newa geführt hatte. Man warf einen flüchtigen Blick auf den Nachbartisch und setzte dann die Unterhaltung fort, nicht ohne das „tadellose Verhalten" aneinander zu würdigen, mit dem trotz aller Divergenzen einer Ordnung Ehre erwiesen wurde, welche die großbürgerlich-aristokratischen Herren aus Paris, London, Wien und Berlin gefährdet sahen.[2] Im Lande der Bol'ševiki wähnten sich Entente-Gesandte in gewisser Weise im gleichen Boot wie die „Emissäre" Deutschlands und Österreich-Ungarns.

Schließlich nahm gerade in den nördlichen Gouvernements die Wirtschaftskrise erschreckende Züge an. Die Situation sollte sich im Laufe der kommenden Monate noch verschlimmern und zum beispiellosen Abstieg der russischen Zentren beitragen. Maksim Gor'kij wurde zum Chronisten des Verfalls. „Petrograd stirbt", schrieb der „Peterburžec" Gor'kij zu dieser Zeit, „alle verlassen die Stadt – zu Fuß, zu Pferd, mit dem Zug. Tote Pferde liegen in den Straßen. Die Hunde fressen sie. Die Stadt ist unglaublich schmutzig. Mojka und Fontanka sind voller Müll."[3] In dieser Welt „gediehen nur noch die Ratten und Kakerlaken". Der Verfall von Häusern und sanitären Anlagen bildete den Nährboden für Ungeziefer jeder Art. Holzzäune verschwanden, weil man sie zu Feuerholz zerkleinerte. Das elektrische Licht versagte, Wasser gefror, Leitungen barsten, die Höfe mußten als Toiletten dienen. Die Menschen, zurückgekehrt „zur grauen Vorzeit" städtischen Lebens, gingen an Hunger und Krankheiten zugrunde.[4]

---

1 Robien 232.

2 Ebd.

3 Zit. nach Figes, Tragödie 639.

4 Figes, Tragödie 638–643.

Mit dem Jahreswechsel 1917/18 verspürten die ausländischen Missionen die russische Tragödie bereits am eigenen Leib. Am 25. Jänner 1918 notierte Robien über Petrograd: „Das Leben wird immer schwerer. Die Geschäfte sind leer und die Züge kommen mit mehreren Stunden Verspätung an, völlig überfüllt mit Towarischtschi, die in Trauben auf den Puffern und sogar auf den Dächern hocken, wo jeden Morgen einige erfroren und mit erstarrten, verkrallten Händen gefunden werden. Unter diesen Umständen ist die Lebensmittelversorgung der Stadt unmöglich. Das Pfund (400 Gramm) Schweinefleisch kostet zwischen neun und zehn Rubel, ein Sack Graumehl, der vor einer Woche noch auf 350 Rubel stand, kostet heute bereits 620 Rubel."[5] Selbst die Delegationen der West- und Mittelmächte, die ohnedies über beträchtliche Geldbeträge verfügten und im Falle der deutschen und österreichisch-ungarischen Vertreter außerdem vom Smolnyi, dem vorläufigen Machtzentrum des neuen Regimes, für die Verpflegung besondere Vergünstigungen erhielten, klagten über die elenden Zustände. Ein hoher Beamter des k.u.k. Kriegsministeriums konstatierte, daß das Wirtschaftsleben zusammengebrochen sei. „Wir erlebten Tage", hieß es in seinem Bericht weiter, „an denen Petersburg im Dunkel lag, weil das elektrische Licht versagte [...] Die Verproviantierung der Stadt war während unserer Anwesenheit wegen der schlechten Zufuhr eine äußerst mangelhafte, so daß die Bevölkerung hungerte. Um Brot standen die Leute in Massen vor den Läden und bekamen oft nach stundenlangem Warten keines. Selbst in unserem Hotel gab es an manchen Tagen kein Brot."[6]

Im Wechselspiel verschiedenster *Krisenerscheinungen* schritt die *Revolution* voran, an deren Spitze sich Lenin und seine Parteigänger stellten. Untereinander in zahlreichen Belangen uneins, vermochten sie die sich vielfach verselbständigenden Entwicklungen anfangs allzu oft nur abzusegnen als zu lenken und zu beeinflussen. Auf dem Land ging die Etablierung der Sowjetmacht mit Raub und Brutalitäten einher, nicht selten verübt von Frontheimkehrern, die sich zumeist ohne größere Schwierigkeiten über schwache örtliche Räte- und Zemstvoinstitutionen hinwegsetzten.[7] Die lange angestauten gesellschaftlichen Konflikte brachen auf und richteten sich gegen alles, was mit dem weitverbreiteten Ausdruck „buržuj" zusammenzuhängen schien. Durch die sozialistische Presse gefördert, machte man für das herrschende Elend die „Leute von gestern", die Angehörigen der privilegierten Schichten des untergehenden alten Systems, verantwortlich und glaubte an das „schädliche Werk" der „Volksfeinde", die man unter Verwendung weitverbreiteter Feindbilder im selben Atemzug als „Spekulanten", „Deutsche" und „Juden" bezeichnete. Mit dem Motto „Plünderung der Plünderer" rechtfertigte der soziale Revanchismus faden-

5 Robien 232.
6 ÖSTA/KA, AOK/Op.Abt., R-Grp. 1918: Op.Nr. 49916.
7 Figes, Tragödie 557.

scheinige Durchsuchungsbefehle, fanden zweifelhafte Konfiskationen unter dem Deckmantel revolutionärer Erfordernisse statt. Zugleich ereignete sich in der Privatsphäre eine „Transfomation im Kleinen", an der die für die Wohnraumbelegung zuständigen „Hauskomitees" maßgeblichen Anteil hatten. Deren Mitglieder, gewöhnlich ehemalige Pförtner und Hausdiener, waren bestrebt, in geräumigeren Unterkünften gleich mehrere Hausparteien unterzubringen, für sich selbst die besten, mit „dem edelsten Mobiliar eingerichteten Zimmer" zu besetzen und ihre früheren Vorgesetzten in die Kammern der Bediensteten zu verweisen.[8] Der Anstieg der Kriminalität und der Zusammenbruch von Recht und Gesetz ließen sich an den im Laufe des Jahres 1917 häufigen Fällen von Lynchjustiz ablesen. Indessen fand der „Kampf gegen die Paläste" im Griff nach den Adels- und Kirchengütern seinen Ausdruck, versinnbildlicht im Weinkeller des Winterpalais, aus dem in den zehn Tagen nach dem „Oktoberumsturz" Zehntausende alter Flaschen verschwanden. Betrunkene randalierten, Geschäfte und Schnapsläden wurden ausgeräumt, Matrosen und Soldaten zogen in wohlhabendere Viertel, raubten Wohnungen aus und töteten Menschen „einfach so zum Spaß".[9] Sogar führende Bol'ševiki mit einem allzu „bürgerlich, jüdisch-intellektuellen Aussehen"[10] waren vor Roheiten nicht mehr sicher. Die „Allrussische Außerordentliche Kommission beim Rat der Volkskommissare zur Bekämpfung der Konterrevolution, Spekulation und Sabotage", kurz Čeka, unter ihrem Chef Feliks E. Dzeržinskij, die ihre Arbeit zwei Tage nach der Auflösung des Revolutionären Militärkomitees aufgenommen hatte, war noch extrem dezentralisiert. Ihr einheitlich organisierter Repressionsapparat begann sich nicht vor dem Spätsommer 1918 auszubilden. Davor trat eine komplizierte Verbindung zwischen der politischen Gewalt von oben und einer Massenradikalität von unten zutage, durch die die gesellschaftlichen Wurzeln des Čeka-Terrors in der Regel erst verständlich wurden.[11]

Im Klima unberechenbarer Aggressionen fühlte sich das gut situierte Personal ausländischer Gesandtschaften mit Recht einigermaßen unbehaglich. „Immer noch plündern die Towarischtschi die Keller, aber weniger rasend als noch vor kurzer Zeit, weshalb man nicht mehr so viele Schüsse hört", meinte Louis de Robien kurz vor Weihnachten 1917.[12] Im Gegensatz dazu wurden die Mitglieder der deutschen und österreichisch-ungarischen Missionen von Tag zu Tag nervöser, wobei die Funktionäre der Sowjetregierung bewußt die Karte der Einschüchterung spielten: Vermeide man seitens der Abgesandten aus Berlin und Wien nicht „jeden Verkehr mit Gegnern des gegenwärtigen Regimes", könne sich die

8 Ebd. 554, 560.
9 Ebd. 523.
10 Ebd.
11 Leggett 28–40; Figes, Tragödie 540, 556 und 566.
12 Robien 199.

Sowjetregierung nicht für deren Schutz verbürgen, hieß es im Volkskommissariat für Äußeres.[13] Derlei Bemerkungen ließen die Delegierten der Vierbundstaaten um ihre persönliche Sicherheit bangen, zumal in Petrograd „Einbrüche und Beraubungen von Passanten auf offener Straße an der Tagesordnung waren" und obendrein Gerüchte über mögliche antideutsche Aktionen kursierten.[14]

In gespannter Atmosphäre fanden demgemäß auch die Gespräche statt, welche die Bevollmächtigten Rußlands einerseits und die Delegationen Deutschlands und Österreich-Ungarns andererseits am 31. beziehungsweise 18. Dezember 1917 im Palais des alten russischen Außenministeriums an der Sängerbrücke aufgenommen hatten.[15]

Die Grundlage für die Konferenz auf russischem Boden boten die außenpolitischen Konsequenzen der bolschewistischen Machtergreifung. Schon am 8. November (26. Oktober) 1917 schlug der Rätekongreß ein sofortiges Ende der Kampfhandlungen auf der Basis des „Selbstbestimmungsrechtes der Völker" und des „Verzichtes von Annexionen und Kontributionen" vor.[16] „Damit war eingetreten, worauf das Deutsche Reich seit einiger Zeit mit gezielten Maßnahmen zur Revolutionierung Rußlands hingearbeitet und worauf die Mittelmächte gewartet hatten."[17] Gab Erich Ludendorff, in seiner Funktion als Erster Generalquartiermeister der Obersten Heeresleitung (OHL) neben Hindenburg mit der eigentlichen militärischen Gesamtleitung des Krieges auf deutscher Seite beauftragt, den Friedensvorschlag zunächst nicht an die Öffentlichkeit weiter, so wurde er in Wien sofort publik.[18]

Der russische Oberbefehlshaber Duchonin weigerte sich, den am 20. (7.) November vom „Sovnarkom" (Rat der Volkskommissare) erlassenen Befehl, die Kampfhandlungen einzustellen, zu befolgen. Bald darauf wurde er von russischen Soldaten ermordet, und der Fähnrich Krylenko übernahm das Kommando über die russische Armee. Die Alliierten traf das Vorgehen der neuen russischen Regierung nicht unvorbereitet. Der amerikanische Militärattaché General Judson versuchte am 18. November (1. Dezember) Trockij als maßgeblichen Führer der RSDRP(b) und Verantwortlichen für das sowjetische Außenressort umzustimmen. Seine Bemühungen blieben ohne Erfolg. Rußland war als Bündnispartner ausgeschieden. Am 13. Dezember (30. November) 1917 wurden die Verhandlungen für einen formellen Waffenstillstand im 180 Kilometer östlich von Warschau gelegenen *Brest-*

---

13 ÖSTA/KA, AOK/Op.Abt., R-Grp. 1918: Op.Nr. 49916.

14 Ebd.; ÖSTA/KA, Nachlaß Raabl-Werner B 141/4.

15 Ebd.; Raabl-Werner, Brest-Litovsk und unsere Kriegsgefangenen 2.

16 Moritz, Gefangenschaft und Revolution 115.

17 Rauchensteiner 513.

18 Ebd.

Litovsk abgeschlossen.[19] Im Deutschen Reich und in der Habsburgermonarchie gingen zur gleichen Zeit die Meinungen über die nachfolgenden Schritte auseinander. Sowohl der deutsche Staatssekretär Richard von Kühlmann als auch der k.u.k. Außenminister Ottokar Graf Czernin bemühten sich im Rahmen der am 22. (9.) Dezember 1917 begonnenen Brester Friedenskonferenz[20] zu einem auch von den Bol'ševiki propagierten allgemeinen Frieden zu gelangen. Hindenburg und Ludendorff stellten sich aber gegen die Intentionen der Diplomaten und überzeugten Kaiser Wilhelm von der Notwendigkeit eines Separatfriedens mit Rußland, der eine Entlastung für die Westfront und eine beträchtliche Stärkung des deutschen Einflusses im Osten bringen sollte.[21] Kaiser Karl deckte daraufhin die anfänglich nicht unwirksame Position Czernins, Konzessionen zu machen und mit den Bol'ševiki notfalls zu einer eigenständigen Übereinkunft zu gelangen, sollten Deutschlands Annexionswünsche die Konferenz gefährden.[22] Unstimmigkeiten unter den Zentralmächten traten überdies in Kriegsgefangenenfragen hervor, die, ebenso wie „wirtschaftliche und kulturelle Angelegenheiten", mit der Sowjetregierung auf deren Vorschlag hin in Petrograd behandelt wurden.[23] Von Anfang an war diesbezüglich ein gemeinsames Vorgehen angesichts der augenscheinlichen Interessensunterschiede kaum möglich. In Deutschland befanden sich ungleich mehr russische Soldaten als umgekehrt deutsche in Rußland. Die Habsburgermonarchie sah sich veranlaßt, die „Rückführung der großen Zahl eigener Heeresangehöriger aus dem Osten" in absehbarer Zeit zu bewerkstelligen. Deutschland setzte jedoch auf eine Verzögerungstaktik.[24] „Es ist zu verlangen", führte Feldmarschall Paul von Hindenburg aus, „daß der Austausch Kopf um Kopf, und zwar so lange erfolgt, bis Deutschland und Österreich-Ungarn seine sämtlichen Kriegsgefangenen wieder hat. […] Der ganze Gefangenenaustausch wird auf diese Weise bei den schlechten Transportverhältnissen Rußlands und Österreich-Ungarns länger hinausgezogen, so daß wir unseren erheblichen Überschuß an russischen Gefangenen zunächst länger behalten."[25]

Wohlweislich beabsichtigte das k.u.k. Kriegsministerium diesbezüglich einen Sonderweg zu gehen. Beim deutschen Auswärtigen Amt in Berlin brachte der Vorstand der 10. Kriegsgefangenenabteilung, Oberst Stutz von Hartenwehr, grundsätzliche Bedenken gegen das geplante Zusammentreffen der russischen, deutschen und österreichisch-ungarischen Unterhändler in Petrograd vor. Demgegenüber machte sich Stutz für ein selbstän-

19 Moritz, Gefangenschaft und Revolution 115.

20 Rauch 85.

21 Figes, Tragödie 574.

22 Rauchensteiner 527 und 537ff.

23 ÖSTA/KA, KM/10. Abt./Kgf. 1918: 10-20/1-87.

24 Leidinger, Zwischen Kaiserreich und Rätemacht 77f.

25 Pardon/Shurawljow, Bd. 1, 14; vgl. Zelt, Die politische Arbeit unter russischen Kriegsgefangenen 574.

diges Vorgehen der Donaumonarchie stark und plädierte für eine gesonderte österreichisch-russische Konferenz über Fragen der Gefangenen und „der Wiederherstellung kultureller Beziehungen [...] in Czernowitz, Lemberg, Tarnopol, Kamenec, Rovno oder Brody".[26] Dieser Vorschlag fand letztlich nicht nur bei der Regierung in Berlin, sondern auch bei den maßgeblichen militärischen und zivilen Stellen des Habsburgerreiches keinen Anklang. Eine Kommission in Petersburg sei den Russen als „Satisfaktion d'amour propre" zu geben, ließen das AOK in Baden und das Außenministerium in Wien wissen; außerdem habe man dadurch Gelegenheit, „über Rußland Näheres zu erfahren und Handelsbeziehungen anzubahnen".[27]

Als die österreichische Abordnung, angeführt von Generalkonsul Josef Ritter von Hempel[28], am 28. (15.) Dezember 1917 mit der reichsdeutschen Delegation unter Graf Wilhelm von Mirbach-Harff[29] die Demarkationslinie überschritt und, begleitet von „Mitgliedern revolutionärer Komitees", am Vormittag des 29. Dezembers in Petrograd eintraf[30], hatten Stutz von Hartenwehr und Intendant Heinrich von Raabl-Werner als Vertreter der 10. Abt./Kgf. innerhalb der k.u.k. Mission in einem wesentlichen Punkt bereits einlenken müssen. Man ging, soviel stand fest, an der Seite der Deutschen in die Verhandlungen und blieb somit auch in der Gefangenenpolitik im Fahrwasser Ludendorffs und Hindenburgs.[31] Nach einem Monat der Unterredungen fühlten sich die Beamten des Kriegsministeriums denn auch bemüßigt, eine kritische Bilanz über die Arbeit mit den Deutschen zu ziehen. „Es lag dies nicht an den Persönlichkeiten, mit denen der Verkehr ein äußerst angenehmer war", so Stutz, „sondern an den Instruktionen, nach welchen die deutschen Delegierten zu handeln hatten. Selbst bei der Fixierung humaner Bedingungen für den Invalidenaustausch gingen sie nicht in allen Punkten mit uns, da sie fürchteten, zu viele Gefangene zu verlieren. Ihre Angst, viel hergeben zu müssen und wenig zu bekommen, war manchmal Ursache, daß wir bei unseren Forderungen an den Gegner statt einer Unterstützung eine Hemmung fanden."[32]

26 HHStA, PA I, Karton 1057, Liasse Krieg 70/10 Fol. 34 und 39.

27 Ebd. Fol. 40.

28 Über die Frage der Zusammensetzung der deutschen und österreichischen Mission während der Petrograder Verhandlungen siehe unter anderem: HHStA, PA I, Karton 1057, Liasse Krieg 70/10 Fol. 64f. und ÖSTA/KA, AOK/Op.Abt., R-Grp. 1918: Op.Nr. 49916.

29 Über die Zusammensetzungen der in Petrograd verhandelnden Missionen der Mittelmächte siehe unter anderem: HHStA, PA I, Karton 1057, Liasse Krieg 70/10 Fol. 9 und 35; ÖSTA/KA, AOK/Op. Abt., R-Grp. 1918: Op.Nr. 49916.

30 ÖSTA/KA, KM/10. Abt./Kgf. 1918: 10-20/1-14.

31 Zum deutsch-österreichischen Verhältnis 1917/18 siehe auch: Brjunin 966ff.

32 ÖSTA/KA, AOK/Op.Abt., R-Grp. 1918: Op.Nr. 49916. Siehe dazu auch: Jones, H. 4, 234.

Sensibel reagierten die Spitzen der 10. Kriegsgefangenenabteilung, die sich aufgrund ihrer Erfahrungen einmal mehr dazu veranlaßt sahen, den Vorteil getrennter Unterredungen herauszustreichen[33], aber auch auf das Verhalten der Sowjetrepräsentanten. Letztere verdächtigte man schon vor Konferenzbeginn, *Petrograd als Verhandlungsort* ausgewählt zu haben, um „im Bedarfsfall über Geiseln zu verfügen", da „prominente und bedeutende Funktionäre des Sowjetstaates im Machtbereich der Mittelmächte weilten".[34] Bei den Treffen, die in zwei verschiedenen „Subkommissionen", für „Gefangenen- und Zivilinternierten-Fragen" zum einen sowie „kulturelle und wirtschaftliche Angelegenheiten" zum anderen, stattfanden und an denen am 13. (1.) Jänner 1918 erstmals auch Abgesandte Bulgariens und des Osmanischen Reiches teilnahmen[35], zeigte sich dann, daß die Habsburgermonarchie aufgrund der mindestens eineinhalb Millionen k.u.k. Soldaten in russischem Gewahrsam wesentlich stärker von den Verhandlungsstrategien der Bol'ševiki abhängig war als die übrigen Vierbundstaaten. Trotz aller Bemühungen hätten die Gespräche noch kein sachliches Ergebnis gebracht, ließen die erzürnten österreichisch-ungarischen Missionsleiter ihre Vorgesetzten in Wien bald wissen: Bei „jeder der dreistündigen Sitzungen, für mehr haben die Russen nicht Zeit, wird stets eine Stunde und mehr auf politische Debatten, Abwehr gegenseitiger Zeitungsangriffe, Wiederlegung von Anschuldigungen etc. verbracht".[36] Tatsächlich verfolgte die Sowjetregierung sowohl in Brest-Litovsk als auch in Petrograd das Ziel, die von ihnen geforderte Öffentlichkeit der Verhandlungen für die Verbreitung der eigenen Ideen zu nutzen und zugleich auf Zeitgewinn durch langatmige Unterredungen zu setzen, in der Hoffnung, währenddessen mit einer breitangelegten Friedenskampagne die Revolution im Westen zu entfachen.[37] In diesem Sinn sah die bolschewistische Parteiführung in Trockij, der mit Jahreswechsel 1917/18 die Leitung der russischen Delegation in Brest übernahm, einen „Verschlepper" der Beratungen, eine Rolle, die in Petrograd unter anderen Karl Radek zukam. Dem in Lemberg geborenen, mit der Arbeit der deutschen und polnischen Sozialdemokratie vertrauten Gefolgsmann Lenins[38] hatte man besonders die ideologische Beeinflussung des „Feindes" und in diesem Zusammenhang die Leitung der Presseabteilung im Volkskommissariat des Äußeren übertragen, welche am 1. Jänner 1918 (19. Dezember 1917) zum allrussischen zentralen Exekutivkomitee (Vserossijskij central'nyj ispolnitel'nyj komitet, VCIK) der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputiertenräte wechselte und dort als „Internationale Abteilung" eingerich-

33 Ebd.
34 Raabl-Werner, Brest-Litovsk und unsere Kriegsgefangenen 2; vgl. Przybilovszki 13.
35 ÖSTA/KA, KM/10. Abt./Kgf. 1918: 10-20/1-87 und 10-20/1-78.
36 ÖSTA/KA, KM/10. Abt./Kgf. 1918: 10-20/1-51.
37 Figes, Tragödie 573.
38 Političeskie Partii Rossii 497f.

tet wurde.[39] Die von Radek herausgegebene, in der Folge als „Der Völkerfriede" weitergeführte Zeitschrift „Die Fackel", die unter den Angehörigen der Vierbundarmeen an der Ostfront und in der Gefangenschaft zirkulierte, druckte dessen Erklärung anläßlich des Begrüßungszeremoniells der Petrograder Konferenz ab. In ihr zog er den Erfolg einer „zur Linderung des Kriegsleidens" zusammengetretenen Tagung in Zweifel, falls sich die Nachricht von der Verhaftung „unabhängiger deutscher Sozialdemokraten wegen ihres Friedenskampfes" als richtig erweisen sollte.[40] Radeks Verhalten lag ganz auf der Linie seiner Parteigenossen. Die Diskussion entwickelte sich phasenweise zur politischen Grundsatzdebatte. Die deutschen und österreichischen Unterhändler verwehrten sich zwar wiederholt gegen die Argumentationsweise der russischen Abordnung, hatten allerdings nicht wenig Zeit darauf zu verwenden, mit Prinzipienerklärungen den zutage tretenden weltanschaulichen Diskrepanzen zu begegnen.[41] Gleichzeitig wurde deutlich, daß die Bol'ševiki bemüht waren, Übereinkünfte in der Gefangenenthematik von Zugeständnissen der Mittelmächte abhängig zu machen. Die Repräsentanten Berlins und Wiens sahen sich in der Folge veranlaßt, behutsam vorzugehen, zumal man befürchtete, eine brüske Zurückweisung der russischen Standpunkte könnte die Gespräche überhaupt gefährden.[42] Graf Mirbach ging deshalb Radeks Anschuldigungen nach und mußte einige Tage später immerhin eingestehen, daß im Hohenzollernreich „fünf bis acht zweifelhafte Individuen wegen Sabotierung von Kriegsbetrieben in Schutzhaft genommen worden" seien.[43]

Hemmender auf den Verlauf der Besprechungen wirkte sich jedoch die Feststellung der Bevollmächtigten Räterußlands aus, das Haager Übereinkommen, die Genfer Konvention sowie die im Laufe des Weltkrieges getroffenen Vereinbarungen von Stockholm, Kopenhagen und Christiana nicht mehr als bindend ansehen zu können.[44] Oberst Stutz beantragte daher im Namen der Delegationen Deutschlands, Österreich-Ungarns, Bulgariens und der Türkei, die Unterredungen so lange zu unterbrechen, bis die oberste Instanz des russischen Staatswesens „eine bindende Erklärung abgegeben habe, ob sich Rußland überhaupt außerhalb des geltenden Völkerrechtes stelle, oder aber, ob es geneigt sei, die bestehenden Konventionen zu achten".[45] Lenin und seine Mitstreiter aber ließen mit der Antwort auf sich warten. Die sowjetischen Verhandlungsführer gaben zunächst ausweichende Stellungnahmen ab: Man anerkenne die gegenwärtigen Verträge, da jedoch Offiziersprivilegien nicht im Einklang mit den revolutionären Werthaltungen stünden, müsse

39 Goldbach 16; Carr, Bolshevik Revolution, Bd. 2, 30.

40 Der Völkerfriede, Nr. 1 (1.1.1918/19.12.1917) 1f.

41 ÖSTA/KA, KM/10. Abt./Kgf. 1918: 10-20/1-38 und 10-20/1-14.

42 Leidinger, Zwischen Kaiserreich und Rätemacht 83.

43 Raabl-Werner, Die Petersburger Friedensverhandlungen 6.

44 ÖSTA/KA, AOK/Op.Abt., R-Grp. 1918: Op.Nr. 49916.

45 Raabl-Werner, Die Petersburger Friedensverhandlungen 6.

man sich vorbehalten, sie aufzuheben; darüber sei mit Lenin gesprochen worden, eine Entscheidung des VCIK oder des Sovnarkom liege aber noch nicht vor.[46] Stutz wartete vergeblich. Aus Krankheitsgründen verließ er am 17. (3.) Jänner 1918 in Begleitung einiger anderer k.u.k. Missionsmitglieder Petrograd.[47] Heinrich von Raabl-Werner führte daraufhin die militärische Delegation Österreich-Ungarns. Seinen Erinnerungen zufolge kam dann erst „nach achttägiger Pause [...] ein von Lenin gezeichneter Beschluß des Zentralsowjets zustande, der unseren Forderungen voll entsprach und die Weiterführung der Konferenz ermöglichte".[48]

Angesichts solcher Geplänkel kommentierten Entente-Diplomaten in Rußland die Verhandlungen zwischen der Sowjetregierung und den Mittelmächten nicht ohne Schadenfreude. Frankreichs Botschafter Joseph Noulens bemerkte, daß es Berlin und Wien nicht so recht gelinge, ihre Vorstellungen gegenüber den Bol'ševiki durchzusetzen[49], und Louis de Robien hielt nach einem Treffen mit Harald Scavenius, der als dänischer Gesandter in Petrograd über das Schutzmachtmandat für die auf dem Gebiet des ehemaligen Zarenreiches befindlichen Staatsbürger der Donaumonarchie verfügte[50], am 7. Jänner 1918 in seinem Tagebuch fest: „Genauso wie die Deutschen sind auch die Österreicher ‚entsetzt' von dem, was hier vor sich geht, und wollen ihren Augen nicht trauen. Anscheinend hat sich ihre Haltung den Towarischtschi gegenüber ziemlich abgekühlt. Die Sitzungen der Kommission sind jedenfalls regelrechte Komödien und arten mehr und mehr in Volksversammlungen aus."[51]

Robien, der aus seiner scharf antibolschewistischen Position kein Hehl machte und, im Unterschied zu vielen seiner Kollegen, an ein Bündnis der bislang verfeindeten Länder „zur Abwehr der roten Flut" dachte[52], entgingen freilich im Lärm um die von den Verhandlungspartnern oft effektvoll hervorgehobenen Unstimmigkeiten maßgeblichere Aspekte der schwierigen Beziehungen zwischen Sowjetrußland und den Zentralmächten zu Beginn des Jahres 1918.

Als Generalmajor von Hoffmann, der Chef des Stabes im deutschen Oberkommando-Ost (Oberost), Mitte Jänner in Brest-Litovsk die Abtretung des gesamten besetzten Gebietes forderte und über den Grenzverlauf im Süden Verhandlungen mit der nach Unabhängigkeit strebenden Ukraine in Aussicht stellte, zwang er die Räteregierung zur

46 ÖSTA/KA, KM/10. Abt./Kgf. 1918: 10-20/1-67.
47 Raabl-Werner, Die Petersburger Verhandlungen 6; ÖSTA/KA, AOK/Op.Abt., R-Grp. 1918: Op. Nr. 49916.
48 Ebd.
49 Noulens, Bd. 1, 215.
50 Kudrina 376.
51 Robien 211f.
52 Ebd.

Entscheidung, „ob sie den Frieden durch große territoriale Verluste erkaufen oder die Taktik des Zeitgewinnes mit dem Risiko einer Wiederaufnahme der Kampfhandlungen fortsetzen wolle".[53] Wie in der Frage der Machtergreifung und der Koalition mit anderen sozialistischen Parteien gingen die Meinungen im ZK der RSDRP(b) auch in diesem Punkt weit auseinander. Gegen die Entscheidung Nikolaj I. Bucharins für einen „revolutionären Krieg" und Trockijs geistreiche, aber unrealistische Losung „Weder Krieg noch Frieden" blieb Lenin mit seinem Plädoyer für weitere Gespräche und einen Vertrag mit den Vierbundstaaten anfangs in der Minderheit.[54] Heftige parteiinterne Debatten folgten, in denen der Führer der Bol'ševiki einmal mehr darauf pochte, die Verhandlungen so lange hinauszuziehen, bis auch in Deutschland und Österreich die politische Wende herbeigeführt sei. Eine solche Haltung erschien nicht unberechtigt, zumal es Hinweise gab, daß die Entmutigung, die die westlichen Nachbarn Rußlands lähmen sollte, schon anfing, um sich zu greifen.[55] Durch eine fortgesetzte Verzögerungstaktik, fügte Lenin hinzu, müsse überdies die „Verbrüderung" forciert werden, um nach dem Friedensschluß „sofort die Kriegsgefangenen auszutauschen" und so den angrenzenden Mächten im Westen „eine gewaltige Masse von Menschen zu bringen, die die Revolution in der Praxis gesehen" hätten beziehungsweise, „durch sie geschult", besser in der Lage seien, am Umsturz in ihren Heimatländern zu arbeiten.[56] Dabei blickte er vor allem auf Deutschland, ohne jedoch auf die geringe Anzahl der Reichsdeutschen in Relation zu den vielen Österreichern und Ungarn im Einflußbereich der Sowjetmacht einzugehen.[57] Seine Argumentation, hinkünftig ebenfalls auf Zeitgewinn zu setzen, verlor allerdings durch die kommenden Ereignisse gleichermaßen an Anziehungskraft wie Trockijs Vorschlag, der zunächst eine Mehrheit gefunden hatte.[58] Nachdem die in ultimativer Form überreichten Bedingungen Hoffmanns und seiner Vorgesetzten von der Führung in Petrograd nicht akzeptiert worden waren, gingen die Deutschen zum Angriff über und stießen ins Baltikum und, gemeinsam mit den etwas später vorrückenden Österreichern, in die Ukraine vor.[59] Die Loslösung der westlichen Territorien von Rußland und der Abschluß des sogenannten „Brotfriedens" mit dem ukrainischen Zentralrat (Rada) am 9. Februar 1918, der von Berlin und Wien als Regierung eines selbständigen Staates anerkannt wurde[60], schwächten die russische Position enorm. In dieser Situation drängte Lenin auf eine Einigung mit den Mittelmächten; je-

53 Stökl 657.
54 Baumgart/Repgen 108.
55 Figes, Tragödie 574.
56 Lenin, Werke, Bd. 26, 508f.
57 Leidinger, Zwischen Kaiserreich und Rätemacht 89.
58 Stökl 657.
59 Rauch 86; Hildermeier, Russische Revolution 268; Rauchensteiner 541.
60 Kappeler, Kleine Geschichte der Ukraine 172.

der weitere Zeitverlust schien in der gegebenen Lage die Existenz der bolschewistischen Macht zu gefährden. Hitzige Diskussionen folgten und brachten die Partei an den Rand der Spaltung. Gegen Bucharin, der auch weiterhin auf das Vorgehen des Hohenzollern- und des Habsburgerreiches mit einem revolutionären Krieg antworten wollte und dabei einen beträchtlichen Teil der RSDRP(b) sowie die linken SRy an seiner Seite wußte, war Lenin sogar bereit, sein ganzes politisches Gewicht in die Waagschale zu werfen. Unter der Androhung, die ihm anvertrauten Funktionen zur Verfügung zu stellen, trachtete er danach, seiner Meinung Geltung zu verschaffen.[61] Erst nach stürmischen Auseinandersetzungen konnte er sich mit knapper Mehrheit durchsetzen. Am 3. März 1918 unterzeichnete die Sowjetdelegation in Brest-Litovsk ein Vertragswerk, bei dem Rußland 26 Prozent seiner Bevölkerung, 27 Prozent des anbaufähigen Landes, 26 Prozent des Eisenbahnnetzes, 33 Prozent der Textilindustrie, 73 Prozent der Eisenindustrie und 75 Prozent der Kohlenbergwerke verlor.[62] Als der Friedensschluß am 15. März vom vierten Sowjetkongreß ratifiziert wurde, traten die Gegensätze zwischen jenen Kräften, die den Oktoberumsturz des Jahres 1917 mitzutragen bereit gewesen waren, offen zutage. Aus Protest gegen die Annahme des „Brester Diktats" verließ die PLSR den Sovnarkom, um sich in der Folge darauf zu verlegen, die Übereinkunft zwischen Lenin und den Zentralmächten zu torpedieren; währenddessen zeichneten sich in der Opposition Bucharins und seines Anhangs die Umrisse einer Gruppe der Bol'ševiki ab, die sich als „Linksopposition" in erster Linie „vom Gesichtspunkt einer ideologischen Linientreue" und der „kompromißlosen Reinheit des revolutionären Glaubens" leiten ließ.[63]

In den Wochen davor hatte sich im übrigen das gespannte Verhältnis zwischen dem Vierbund und der Sowjetmacht auch auf die Unterredungen in der russischen Hauptstadt ausgewirkt. Am 13. Februar 1918 sahen sich Deutschland und Österreich zur Feststellung genötigt, daß „die Verhandlungen in Brest mit Trotzki zu keinem Friedensinstrument" führen würden. Nichtsdestoweniger befahl man den eigenen „Missionen", „zu bleiben und den Zeitpunkt, in welchem die etwa gefährdete Sicherheit eine Abreise bedingen würde, selbst wahrzunehmen".[64] Eile war geboten, denn man wollte in Petrograd noch rasch ein Abkommen über den „Kriegsgefangenengroßaustausch" mit der Räteregierung „zusammenbringen". Anderenfalls, hieß es im AOK in Baden, sei man nicht gewillt, die in seiner Gewalt befindlichen Russen abzugeben, und lediglich geneigt, „Ersatz für die ordnungsgemäß übergebenen oder durch die Front zurückkehrenden eigenen Gefangenen zu leisten".[65]

61 Figes, Tragödie 579.
62 Rauch 88f.; Stökl 658.
63 Ebd. 89f.; vgl. Figes, Tragödie 582.
64 ÖSTA/KA, KM/10. Abt./Kgf. 1918: 10-20/1-503.
65 Ebd.

Im alten Außenministerium an der Mojka aber verhandelte man bislang vor allem auf der rechtlichen Basis des Waffenstillstandes. Dadurch wurden Fragen einer endgültigen Repatriierung aller in beiderseitigem Gewahrsam befindlichen Soldaten in der Regel nicht berührt. Den geltenden Vereinbarungen aus der Zeit vor der Machtergreifung der Bol'ševiki entsprechend kamen also vor allem Angelegenheiten der Gefangenenbehandlung sowie des Zivilinternierten- und Invalidenaustausches zur Sprache.[66] Zu diesen Punkten konnten im übrigen, trotz fortwährender Konflikte und Unterbrechungen, sachliche Debatten geführt werden. Dennoch manifestierten sich die konkreten Folgewirkungen einander bekämpfender weltanschaulicher Standpunkte deutlich. Speziell die Anliegen der russischen Abordnung, den Gefangenen verbesserte Arbeitsbedingungen zu garantieren und ein „politisches Selbstbestimmungsrecht" zuzubilligen, lösten den Widerspruch der gegnerischen Seite aus.[67] Immerhin brachten nach „längeren Verhandlungen" alle Delegationen ihre „Geneigtheit" zum Ausdruck, bei der „Heimbeförderung der Zivilgefangenen" und der „Entlassung der Kranken und Schwerverwundeten" eine „Erweiterung der bisherigen Vereinbarungen" festzulegen. Außerdem erzielten die Mitglieder der Subkommission für Kultur- und Wirtschaftsthemen, deren Diskussionen über die „teilweise Wiederaufnahme des direkten Post-, Telegraphen- und Eisenbahnverkehrs" eng mit der Gefangenenproblematik verknüpft waren, grundsätzliches Einvernehmen, Pakete, Briefe und in beschränktem Ausmaß sogar Druckschriften „durch die Front" zu lassen sowie die direkten Zugsverbindungen herzustellen und die damit verbundenen technischen Belange Fachleuten an den Übergangspunkten anzuvertrauen.[68]

Alsbald war man imstande, auch der Presse über die Einigungen in den auf die Zivilinternierten und auf das Post- und Telegraphenwesen bezugnehmenden Punkten der Petrograder Beratungen zu berichten[69], sodaß die Vertreter dieser Ressorts noch Ende Jänner Rußland verlassen konnten.[70] Demgegenüber gestalteten sich die Besprechungen in der Subkommission für Kriegsgefangene auch weiterhin schwierig, wobei die Lage durch die gesonderten Verhandlungen mit der Ukraine, welche naturgemäß auch Rückwirkungen auf die Petrograder Konferenz hatten und Debatten über die Zuständigkeiten der Vertreter Räterußlands auslösten, keineswegs vereinfacht wurde.[71] Die zahlreichen Schwierigkeiten veranlaßten die auf baldige und verbindliche Übereinkünfte drängende k.u.k. Mission, eigene Wege zu finden, um rascher zu Vereinbarungen zu gelangen. Raabl-Werner setzte deshalb in den Beratungspausen die Gespräche mit dem sowjetischen Delegationsleiter

66 Kreiner 45.
67 ÖSTA/KA, KM/10. Abt./Kgf. 1918: 10-20/1-369 und 10-33/44.
68 ÖSTA/KA, KM/10. Abt./Kgf. 1918: 10-20/1-123, 10-20/1-17 und 10/20-19.
69 NFP, Abendblatt, Nr. 19190 (26.1.1918) 1.
70 Leidinger, Zwischen Kaiserreich und Rätemacht 83.
71 ÖSTA/KA, AOK/Op.Abt., R-Grp. 1918: Op.Nr. 49916.

Dr. Gillerson inoffiziell fort, befürchtete er doch, von den Deutschen bei seinen Bemühungen um den Abschluß eines gemeinsamen Protokolles über die Behandlung der Gefangenen bis zu ihrer Heimschaffung lediglich halbherzige Unterstützung zu erhalten. Schließlich mußten sich die Wiener Zentralstellen im Hinblick auf die Lage der unzähligen österreichisch-ungarischen Heeresangehörigen in russischem Gewahrsam auch in der Frage der Modifikation geltender rechtlicher Ansprüche von Kriegsgefangenen konzessionsbereiter zeigen als Berlin.[72] Tatsächlich nahm sich die Erklärung von den Repräsentanten des Hohenzollernreiches, einen diesbezüglichen Vertragsentwurf nicht in französischer Sprache, sondern „erst nach Übertragung ins Deutsche und ins Russische paraphieren" zu wollen, einigermaßen fadenscheinig aus.[73] Unter diesen Umständen entschloß sich die Donaumonarchie entgegen ihren sonstigen Gepflogenheiten zum Alleingang. Raabl-Werner unterzeichnete nach Rücksprache mit Wien den französischen Text. Die Repräsentanten Bulgariens und der Türkei folgten seinem Beispiel.[74] Nachdem Trockij den Kriegszustand ohne formellen Friedensschluß für beendet erklärt und Ludendorff am 16. Februar die Wiederaufnahme der Kampfhandlungen gegen Rußland befohlen hatte[75], mußten die Unterhändler der Mittelmächte Petrograd verlassen.[76] Damit verfügte Österreich-Ungarn zwar, im Unterschied zu Deutschland, über ein Protokoll zur Regelung der Gefangenenbehandlung[77]; das Vorhaben, in den verbleibenden Tagen bis zur Rückreise die Fragen des großangelegten Kriegsgefangenenaustausches in ein Übereinkommen zu gießen, konnte aber nicht mehr verwirklicht werden.

Als man in Brest-Litovsk nach der deutschen Offensive am 26. Februar 1918 erneut zu einer nunmehr kurzen Verhandlungsphase bis zum 2. März zusammentrat, trafen Mirbach und der als Kriegsgefangenen-Spezialist hinzugezogene Raabl-Werner einander wieder.[78] In der Rechtskommission, in der man vor dem 16. 2. bereits einmal über den Kostenersatz für die Repatriierung kurz gesprochen hatte[79], legten sich die Sachverständigen schließlich auf die lapidare Bestimmung, den Artikel VIII des Brester Friedensvertrages, fest, daß die „beiderseitigen Kriegsgefangenen in die Heimat zu entlassen" seien und die „Regelung aller hiermit zusammenhängenden Details durch die im Artikel XII vorgesehenen Einzelverträge" zu erfolgen habe.[80] Während in diese bilateralen Zusatzverträge, ne-

72 Leidinger, Zwischen Kaiserreich und Rätemacht 84.

73 Raabl-Werner, Die Petersburger Friedensverhandlungen 6.

74 Ebd.

75 Figes, Tragödie 577.

76 Brändström, Unter Kriegsgefangenen in Rußland und Sibirien 347.

77 Raabl-Werner, Brest-Litovsk und unsere Kriegsgefangenen 4; Kreiner 45f.

78 ÖSTA/KA, KM/10. Abt./Kgf. 1918: 10-20/1-359.

79 Kreiner 46f.

80 Plaschka/Haselsteiner/Suppan, Bd. 1, 279; Haider 4.

ben den Vereinbarungen über die „zu erstattenden Aufwendungen" für die Gefangenen und die Ausgaben für deren „Beförderung", auch das Zugeständnis der Räteregierung aufgenommen wurde, Kommissionen der Vierbundstaaten zum Zwecke der Kriegsgefangenenfürsorge im Herrschaftsbereich der Bol'ševiki zuzulassen[81], schienen die getroffenen Abkommen allerdings bereits ihre Verbindlichkeit einzubüßen. Schon am Abend des 10. Februar 1918 hatte Trockij den Deutschen und Österreichern erklärt, daß eine Gefangenenthematik „für die Sowjetrepräsentanten nicht mehr existiere", weil „alle Kriegsgefangenen in Rußland nunmehr freie Leute" seien und „nach Belieben [...] heimkehren könnten."[82]

Die Mitteilung des Volkskommissars für Äußeres irritierte nicht nur die Behörden in Wien und Berlin. Auch Lenins „Kampfgenossen" mußten erkennen, daß sich eine neue Gefangenenpolitik im Spannungsfeld zwischen Parteiprogrammen, außenpolitischen Zwängen und fundamentalen gesellschaftlichen Umwälzungen im Inneren weniger klar und geradlinig entwickeln ließ als anfänglich geplant. Die Intentionen der Sowjetregierung schienen in dieser Hinsicht ursprünglich darauf abzuzielen, die schon vor dem Oktober 1917 forcierte Propagandatätigkeit unter den in die Gewalt des Gegners geratenen Armeeangehörigen zu verstärken und die vorhandenen Körperschaften des *russischen Kriegsgefangenenwesens* unter ihre Kontrolle zu bringen. Dem Griff nach der Macht folgte zunächst die Übernahme der Verwaltungsinstanzen. Demgemäß ernannte das Revolutionäre Militärkomitee beim Petrograder Sowjet Michail Abramovič Faerman zum Kommissar für Gefangenenfragen. Ihm wurde die Order erteilt, das Zentralkomitee für Angelegenheiten der Kriegsgefangenen bei der Russischen Rot-Kreuz-Gesellschaft (RRKG) „in die Hände der revolutionären Demokratie zu legen".[83] Im Detail bestand Faermans Auftrag darin, die bestehende Stelle des Roten Kreuzes „gründlich umzugestalten", dessen bisherige Leitung durch ein „Gremium von Vertretern sozialistischer Organisationen" zu ersetzen, die Errichtung von Gefangenenhilfskomitees bei den örtlichen Arbeiter- und Soldatenräten anzuregen und einen gesamtrussischen Kongreß von Repräsentanten dieser Komitees einzuberufen.[84] Obwohl die Forschung keine Bestätigung für eine Konferenz aller mit Kriegsgefangenen-Angelegenheiten befaßten Mitglieder lokaler Räteinstitutionen fand[85], folgten Umstrukturierungen, die Lenin im Sommer 1918 dem Ausland bekannt gab, ohne es jedoch zu verabsäumen, die Einhaltung internationaler Vereinbarungen russischerseits

---

81 Przybilovszki 254; Bothmer 9; Hilger 25.

82 ÖSTA/KA, AOK/Op.Abt., R-Grp. 1918: Op.Nr. 1018.

83 GARF, f. 1236, op. 1, d. 3, l. 1 ob; siehe außerdem: Kopylov, Zarubežnye internacionalisty 125; Striegnitz, Deutsche Internationalisten 34.

84 Leidinger/Moritz, Russisches Kriegsgefangenenwesen 94f.

85 Pardon/Shurawljow, Bd. 1, 10.

zu betonen.[86] Dabei verwies man auch auf die „Änderungen in der inneren Organisation“ der gesamten RRKG, die schließlich im November 1918 durch das bis 1921 allerdings vom Internationalen Komitee des Roten Kreuzes weitestgehend isolierte sowjetische Rote Kreuz abgelöst wurde.[87] In der verbleibenden Zeit ihres Bestehens sollte, gemäß einer Kundmachung des Rates der Volkskommissare an „alle Regierungen, die die Genfer Konvention anerkennen“, ein Hauptbetätigungsfeld der RRKG die Gefangenenhilfe sein, und zwar sowohl für die Russen in der Gewalt der Mittelmächte als auch für die Deutschen und Österreicher in Rußland.[88] Derartigen Verlautbarungen schenkte man jedoch seitens der Hohenzollern- und der Habsburgermonarchie wenig Beachtung. Sie seien, hieß es im k.u.k. Kriegsministerium, rein theoretischer Natur, da die Sowjetführung ihren Einfluß keineswegs in allen Gebieten des ehemaligen Zarenreiches geltend machen könne.[89]

Zweifelhaft erschienen die vor allem für die Weltöffentlichkeit bestimmten Äußerungen der Bol'ševiki aber auch aufgrund der fortlaufenden Umgestaltung des sowjetischen Gefangenenwesens. Schließlich hatte der Sovnarkom nach der Auflösung des Revolutionären Militärkomitees im Dezember 1917 eine beim Volkskommissariat für Äußeres schon vor dem 14. (1.) November eingerichtete Kriegsgefangenen-Abteilung[90] aufgewertet, indem sie allen anderen in diesem Kompetenzbereich tätigen Organen übergeordnet wurde und nun ihrerseits die Räte anwies, Sektionen für Gefangenenfragen zu bilden.[91] Der als ihr Vorstand fungierende vormalige Militärarzt Dr. A. L. Mencikovskij, welcher seinem Amt entsprechend auch an den Verhandlungen mit den Vierbundstaaten in Petrograd teilnahm[92], verfügte jedoch selbst de jure nur wenige Wochen über größere Entscheidungsbefugnisse. An vorgesetzter Stelle gewann man nämlich rasch den Eindruck, daß die bisherigen Maßnahmen und Verordnungen in der ganzen Angelegenheit keineswegs zur Schaffung eines effektiven und einheitlichen Verwaltungsapparates beigetragen hätten. Als sich der Rat der Volkskommissare am 11. Februar (29. Jänner) 1918 mit den verschiedenen für Kriegsgefangenenfragen zuständigen Abteilungen beim GUGŠ – der Hauptverwaltung des Generalstabes des liquidierenden Heeres –, bei den Volkskommissariaten für Äußeres und Inneres und beim Roten Kreuz befaßte, war man noch immer auf der Suche nach einer adäquaten Institution für alle diesbezüglichen Arbeitsbereiche.[93]

---

86 ÖSTA/KA, KM/10. Abt./Kgf. 1918: 10-35/375.
87 RGVIA, f. 12651, op.1-13, 1867-1920gg., Bd. 1 (Moskva 1966).
88 ÖSTA/KA, KM/10. Abt./Kgf. 1918: 10-35/375.
89 Ebd.
90 Pardon/Shurawljow, Bd. 1, 11; Moritz, Gefangenschaft und Revolution 119.
91 Kopylov, Zarubežnye internacionalisty 125f.; überdies: Pardon/Shurawljow, Bd. 1, 11 und Striegnitz, Deutsche Internationalisten 34.
92 ÖSTA/KA, AOK/Op.Abt., R-Grp. 1918: Op.Nr. 49916.
93 Kopylov, Zarubežnye internacionalisty 126.

Daß danach die zentrale Leitung der Gefangenenagenden per Dekret der Abteilung für Demobilisierung im GUGŠ übertragen wurde[94], ging mit der Äußerung Trockijs vor den in Brest-Litovsk versammelten Delegierten Deutschlands, Österreichs, Bulgariens und der Türkei einher, derzufolge die Bol'ševiki hinkünftig die sich in ihrem Machtbereich aufhaltenden „ausländischen Heeresangehörigen" nicht mehr als Kriegsgefangene betrachten würden. Offensichtlich glaubte man im Rückgriff auf Regelungen aus der Zarenzeit eine durchaus geeignete Lösung der Problematik gefunden zu haben. Mit dem Ende der alten Armee sollte die Kriegsgefangenenthematik als Phänomen der Vergangenheit verschwinden.

Den Anforderungen einer im hohen Maße von internationalen Gegebenheiten geleiteten Strategie Lenins vermochte eine solche Maßnahme freilich nicht gerecht zu werden. Durch die zumindest postulierte Zustimmung zu völkerrechtlichen Rechtsgrundsätzen und das Abkommen mit den Zentralmächten bewegte sich die Sowjetregierung auf dem Parkett diplomatischer Konventionen. Damit erkannte sie auch die Existenz von Vereinbarungen über die Behandlung beziehungsweise „geordnete" Repatriierung der Gefangenen an und verpflichtete sich obendrein, auf „jede Agitation und Propaganda gegen die Regierung oder die Staats- und Heereseinrichtungen des anderen Teiles", wie es im Artikel II des Brester Friedens hieß, zu verzichten.[95] Als sich Räterußland im „Zentralen Kollegium für Gefangenen- und Flüchtlingsangelegenheiten" (Central'naja kollegija po delam o plennych i bežencach) unter seinem Leiter Józef S. Unszlicht (einem polnischen Sozialdemokraten, der als führendes Mitglied der Bol'ševiki bis zu seiner Exekution während des stalinistischen Terrors der dreißiger Jahre unter anderem stellvertretender Vorsitzender der Čeka, Angehöriger des Obersten Volkswirtschaftsrates und der staatlichen Plankommission der UdSSR werden sollte[96]) eine neue oberste Kriegsgefangenenbehörde

94 Dekrety sovetskoj vlasti, Bd. 1, 444f.

95 Pardon/Shurawljow, Bd. 1, 53.

96 Lazitch/Drachkovitch, Biographical Dictionary 420f.; Wolkogonow, Stalin 605. Unszlicht, im Frühjahr 1918 auch Vorstand der Auslandsabteilung im Volkskommissariat für Inneres (Narodnyj komissariat po vnutrennim delam, NKVD) und schon in dieser Funktion mehrfach mit den in Rußland befindlichen Heeresangehörigen der Vierbundarmeen beschäftigt, hatte im übrigen als Leiter einer Untersuchungskommission dem bisherigen sowjetischen Kriegsgefangenenwesen das denkbar schlechteste Zeugnis ausgestellt. Bezeichnenderweise machte sein Departement noch kurz vor der Gründung des Centroplenbež auf die Verwirrung der lokalen Organe hinsichtlich der diesbezüglichen Zuständigkeiten aufmerksam, nachdem sich wiederholt Gebietsorganisationen im Widerspruch zu einem Dekret des Sovnarkom, demzufolge „Fragen der Evakuation und Reevakuation von Gefangenen und Geiseln dem Kriegswirtschafts-Sowjet überantwortet" worden seien, in Austauschangelegenheiten an das NKVD gewandt hatten. – GARF, f. r-393, op. 1, d. 12 und 29; Kopylov, Zarubežnye internacionalisty 150.

im Zuständigkeitsbereich des Volkskommissariats für militärische Angelegenheiten schuf[97], verdeutlichten sich in deren Arbeitsprogramm bisweilen schwer vereinbare Zielsetzungen. Einerseits war das per Dekret vom 27. April 1918 ins Leben gerufene Centroplenbež[98], wie die im Russischen gebräuchliche Abkürzung für diese Organisation lautete, mit den üblichen Kompetenzen, der „Registrierung, Unterbringung, Bewachung, medizinischen Betreuung, Arbeitszuteilung und Bezahlung von Gefangenen" auf der Basis völkerrechtlicher Übereinkünfte, ausgestattet, andererseits aber gehörte, neben der Kontrolle der Heimkehrbewegung bei Beachtung der bilateralen Zusatzverträge mit den Vierbundstaaten, auch die „Agitation" unter den in „Feindeshand" geratenen Soldaten zu seinem Tätigkeitsbereich.[99]

Auf die ideologische Beeinflussung, darin waren sich die Anhänger Lenins einig, sollte, trotz außenpolitischer Rücksichten, nicht verzichtet werden, wußte man doch durch die seit November 1917 zur Verfügung stehenden staatlichen Machtmittel eine wesentlich wirksamere *Propagandatätigkeit* zu entfalten. Nicht ohne Grund blieb etwa Karl Radeks Organisation, die nach dem Frieden von Brest-Litovsk als Mitteleuropaabteilung in dem seit Ende Mai 1918 von Georgij V. Čičerin geleiteten Volkskommissariat für Äußeres weitergeführt wurde[100], von der Neuordnung der staatlichen Gefangenenbehörden vorerst großteils unberührt. Sie fand im Dekret über die Zuständigkeit der Demobilisierungsabteilung des GUGŠ vom 11.2.1918 bezeichnenderweise ebensowenig Berücksichtigung wie die betreffenden Einrichtungen der Sowjets.[101] Dort schien man zunächst, abgesehen von der Narkomindel-Sektion für „internationale revolutionäre Propaganda" unter Boris I. Reinstein, welcher aus der Emigration in den Vereinigten Staaten zurückgekehrt war und sein Departement ab März 1918 „Abteilung für ausländische politische Literatur" nannte[102], die weltanschauliche „Aufklärungsarbeit" unter den Soldaten in „feindlicher Ge-

97 Izvestija central'noj kollegii o plennych i bežencach, Nr. 1 (2.6.1918) 1; ÖSTA/KA, KM/10. Abt./Kgf. 1918: 10-35/118-588; Ul'janov 110; Poltorak, Inostrcancy 281; Epstein, Außenpolitik in Revolution und Bürgerkrieg 101; Pardon/Shurawljow, Bd. 1 81; Striegnitz, Deutsche Internationalisten 82ff.

98 GARF, f. r-393, op. 1, d. 58; Ul'janov 110; Kopylov, Zarubežnye internacionalisty 150. Inge Pardon und Valerij Žuravlev geben den 23. April als Gründungsdatum an. In den „Izvestija central'noj kollegii o plennych i bežencach", dem Organ des Centroplenbež, wird allerdings der 27. April genannt. – Pardon/Shurawljow, Bd. 1, 81; vgl. Izvestija central'noj kollegii o plennych i bežencach, Nr. 1 (2.6.1918) 1.

99 Leidinger/Moritz, Russisches Kriegsgefangenenwesen 99f. Zum Aufbau der Zentrale sowie der Gouvernements-, Gebiets- und Provinzfilialen des Centroplenbež siehe: Moritz, Gefangenschaft und Revolution 132–134.

100 Goldbach 16; Rauch 113.

101 Moritz, Gefangenschaft und Revolution 90.

102 Pardon/Shurawljow, Bd. 1, 23.

walt" zum Jahreswechsel 1917/18 konzentrieren zu wollen. Im Februar 1918 wurde dementsprechend ein Gesamtrussisches Büro für Kriegsgefangene bei der Militärabteilung des VCIK eingerichtet, das unter der Leitung von Ivan I. Ul'janov ausschließlich für propagandistische Aktivitäten zuständig war und mit Blick auf die Wiederaufnahme militärischer Operationen durch das reichsdeutsche „Oberost" „Verteidiger" Räterußlands zu werben versuchte.[103]

Hatte „Der Völkerfriede", der auch im Inneren der Donaumonarchie Verbreitung fand[104], Besorgnis in Deutschland und Österreich ausgelöst, so erregten die Nachrichten über eine noch umfassendere ideologische Indoktrinierung ihrer Armeeangehörigen besondere Aufmerksamkeit. Wien und Berlin brauchten dabei nicht erst in den Besitz von Geheimdokumenten zu gelangen. Die Vorgänge in Rußland waren der sowjetischen Presse zu entnehmen. Bereits am 4. Dezember (21. November) 1917 druckte zum Beispiel die Zeitung „Armee und Flotte der Arbeiter und Bauern Rußlands" („Armija i flot rabočej i krest'janskoj Rossii"), das Organ des Volkskommissariats für Militär- und Flottenangelegenheiten, folgenden Artikel ab: „Die Kriegsgefangenen sind in ihrer Mehrheit Arbeiter und Bauern, die in absehbarer Zukunft in ihre Heimat zurückkehren werden und dort ihre Kameraden mit den Zielen und Aufgaben der großen russischen Revolution bekanntmachen, die Lage der Dinge in Rußland richtig darstellen und jene Verleumdungen über die revolutionäre Bewegung widerlegen sollen, die die Bourgeoisie offensichtlich über ihre Presse unter den Volksmassen im Ausland zu verbreiten sucht. Unsere Aufgabe ist es, unter diesen Gefangenen Menschen zu gewinnen, die in ihrer Heimat die Rolle von Trägern der Ideale der sozialen Revolution übernehmen können, welche die Arbeiter und die arme Bauernschaft Rußlands hervorgebracht haben. Dazu ist unverzüglich mit der organisatorischen Arbeit unter den Gefangenen zu beginnen, sind ihnen unsere Aufgaben zu erläutern und muß man sie in unsere revolutionären Organisationen einbeziehen, um sie umfassend mit deren Tätigkeit bekanntzumachen."[105] Zur selben Zeit ließ man in der „Izvestija" und in der „Pravda" keinen Zweifel daran, daß eine Suche nach engeren Kontakten zu den auf dem Gebiet des ehemaligen Zarenreiches befindlichen Deutschen, Österreichern und Ungarn auch mit Fragen der Bewahrung und Konsolidierung bolschewistischer Machtpositionen verknüpft war.[106] Mitte Dezember wandten sich verschiedene Printmedien des Staats- und Parteiapparates mit der Bitte an die Kriegsgefangenen, der „sozialistischen Regierung zu helfen".[107] Schon wenige Tage später, am 2. Jänner 1918 (20. Dezember 1917),

103 Ul'janov 97; Tregubow, Lenin und die deutschen Internationalisten 372; Striegnitz, Die aktive Teilnahme ehemaliger deutscher Kriegsgefangener 137; Pardon/Shurawljow, Bd. 1, 44f.

104 ÖSTA/AVA, MdI/Präs. 22. Unruhen und Exzesse, 1918: Fasz. 2077, Zl. 11467 und 2351/19.

105 Pardon/Shurawljow, Bd. 1, 13.

106 Tökés, Béla Kun and the Hungarian Soviet Republic 62f.

107 Leidinger, Zwischen Kaiserreich und Rätemacht 93; Krammer 245.

schloß sich „Der Völkerfriede" der Aufforderung an und sprach in diesem Zusammenhang, einige Wochen vor dem Ausbruch neuerlicher Kampfhandlungen an der Ostfront, von der „bedrohten Regierung Rußlands", um im gleichen Atemzug die Gründung revolutionärer Gefangenenkomitees anzuregen.[108] Deren erste Mitglieder gaben schließlich, in Übereinkunft mit Boris Reinstein und dem Neffen Trockijs, Goracij Abramovič Zalkind, welcher zu diesem Zeitpunkt das Amt eines stellvertretenden Volkskommissars für Äußeres bekleidete[109], die Anregung, „in Moskau ein Zentrum für die Propaganda unter den Kriegsgefangenen für die Gouvernements Zentralrußlands" zu schaffen und dessen Arbeiten „nach Maßgabe der Möglichkeiten mit Agitations- und Geldmittel" des „Kommissariats für Auswärtige Angelegenheiten" zu fördern.[110] Knapp zwei Wochen später, Anfang Februar 1918, noch vor seiner Ernennung zum Leiter des allrussischen Gefangenenbüros beim VCIK, bezeichnete Ivan Ul'janov die Entsendung von Propagandisten „aus der Zahl der [...] Kriegsgefangenen zwecks Agitation unter den deutschen und österreichischen Fronteinheiten" als „wünschenswert".[111] Eine intensivierte Werbeaktion sollte letztlich durch die vertraglichen Bestimmungen des Brester Friedens lediglich organisatorische Veränderungen, aber keine Unterbrechung erfahren. Folgerichtig übergab das Sovnarkom dem Centroplenbež die Agenden des allrussischen Büros für Kriegsgefangene, das als exponiertes Instrument der Propaganda allzusehr in das Blickfeld der Mittelmächte zu geraten drohte und daher liquidiert wurde.[112]

Je nachhaltiger die Räteregierung sich jedoch sowohl aus weltrevolutionärer Programmatik als auch aus innenpolitischen und militärischen Erwägungen um Gefolgschaft aus den Reihen einstmals feindlicher Militärverbände bemühte und dabei den eigenen Argumenten durch entgegenkommende Verhaltensweisen Glaubwürdigkeit und Anziehungskraft zu verleihen suchte, desto dringlicher stellte sich die Frage einer prinzipiellen *Neudefinition der Gefangenenbehandlung.* Hierbei legten die Bol'ševiki unmittelbar nach den Ereignissen im November 1917 keinerlei Intentionen an den Tag, über die seit Kriegsbeginn bestehenden Rahmenbedingungen hinauszugehen. Die sozialen Umwälzungen versuchte man nach der Machtergreifung in geordnete Bahnen zu lenken. Einer völligen Abkehr von den bisherigen Usancen wurde deshalb anfänglich eine Absage erteilt, ohne freilich die spontane gesellschaftliche Dynamik, welche die Arbeitsstätten und Lager der Bulgaren, Deutschen, Österreicher, Türken und Ungarn gleichermaßen erfaßte, gänzlich kanalisieren

108 Der Völkerfriede, Nr. 2 (2.1.1918/20.12.1917) 1.

109 Kennan, Amerika und die Sowjetmacht 416f.

110 ÖSTA/AVA, MdI/Präs. 22. Unruhen und Exzesse, 1918: Fasz. 2075, Zl. 5381/18.

111 ÖSTA/AVA, MdI/Präs. 22. Unruhen und Exzesse, 1918: Fasz. 2075, Zl. 4942/18.

112 Ul'janov 110.

zu können. Die Wirkung einer Verordnung des Volkskommissariats für Äußeres zeigt deutlich, in welchem Spannungsfeld Lenin und seine Parteigänger operierten: Noch vor dem 1. November alter russischer Zeitrechnung ließ Lev Trockij neue Bestimmungen über die arbeitsrechtliche Stellung von Kriegsgefangenen im Kreis Boroviči, Gouvernement Novgorod, ausarbeiten; diese seien, so das Narkomindel, „von der Zwangsarbeit befreit", dürften demgemäß nicht „gegen ihren Willen an Arbeitsplätzen festgehalten" oder „zwangsweise von einem Ort zum anderen befördert" werden und müßten in der Folge „als freie Arbeiter" gelten, deren Verhältnis zu den Arbeitgebern man „durch die Bildung eines Rätekomitees" geregelt wissen wollte.[113] Daß die Direktive keinesfalls als Zugeständnis an alle im Machtbereich der Bol'ševiki befindlichen „Ausländer" zu verstehen war, sondern als Beispiel möglicher hinkünftiger, auch von Wien und Berlin auf der Basis der Reziprozität zu berücksichtigender Regelungen, bemühten sich hohe Funktionäre der Rätemacht bei mehreren Gelegenheiten herauszuarbeiten. In diesem Sinne verknüpfte Trockij vor den Verhandlungspartnern in Brest-Litovsk das „Muster Boroviči" mit dem Vorschlag, „dieselbe Maßregel auf alle Zivilgefangenen zu erstrecken".[114] Um etwaigen Mißverständnissen entgegenzuwirken, erläuterte A. L. Mencikovskij als Leiter der Kriegsgefangenen-Abteilung des Narkomindel anhand einer im Dezember 1917 veröffentlichten Erklärung, wie das Vorgehen der Sowjetregierung zu verstehen sei. Gegen die unrichtige Auffassung, die „veröffentlichten Bedingungen für den Unterhalt einer Gruppe von Gefangenen im Kreis Boroviči" würden sich auf alle im früheren Zarenreich festgehaltenen ausländischen Heeresangehörigen und Zivilinternierten beziehen, stellte Mencikovskij klar: „Unter Umgehung der komplizierten Prozedur einer Vereinbarung nach altem diplomatischem Zeremoniell, hat das Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten für eine bestimmte Gruppe von Kriegsgefangenen im Kreis Boroviči Maßnahmen angeordnet, um den Regierungen und Völkern in den mit uns Krieg führenden Ländern zu zeigen, daß [...] Rußland bereit ist, diese Maßnahme bei Gegenseitigkeit auf alle Kriegsgefangenen auszudehnen, d. h. wenn auch unsere Brüder, russische Staatsbürger, die in der Gefangenschaft schmachten, die gleichen Normen für ihren Unterhalt bekommen werden."[115] Ohne den bislang üblichen Umgang mit den in die Gewalt des Gegners geratenen Soldaten zumindest in ihrem Einflußgebiet unverzüglich und wirksam zu bekämpfen, wollten die Bol'ševiki mit einer politischen Geste den Ball an die Vierbundstaaten weiterspielen und damit überdies das Schicksal von Angehörigen der Hohenzollern- und Habsburgerheere mit denen der früheren Zarenarmee verbinden. „Nicht das revolutionäre Rußland ist an der Unfreiheit von Millionen Menschen schuld", sondern die „imperiali-

113 Die Fackel, Beilage zur Nr. 4 (28./17. Dezember 1917); vgl. Pardon/Shurawljow, Bd. 1, 11.

114 ÖSTA/KA, KM/10. Abt./Kgf. 1918: 10-66/43.

115 Pardon/Shurawljow, Bd. 1, 12.

stischen Staatslenker", hieß es dementsprechend in den Ausführungen Mencikovskijs, die bezeichnenderweise mit dem Satz „Wir warten!" endeten.[116] Daß mit einer reziproken Handlungsweise im Deutschen Reich und in der Habsburgermonarchie schwerlich zu rechnen war, bezweifelte wohl niemand. Einmal mehr ging es darum, die Position der Mittelmächte in der Gefangenenfrage als „menschenverachtend" zu entlarven und demgegenüber die eigene Politik als vorbildhaft zu präsentieren. Von den „Schönheitsfehlern" des „Boroviči-Erlasses" – nur 150 von zirka 4.000 Gefangenen in Boroviči kamen in den Genuß der verlautbarten Privilegien – nahm, ausgenommen die Betroffenen, kaum jemand Notiz.[117]

Die taktischen Überlegungen des Sovnarkom im Hinblick auf die Kriegsgefangenenpolitik wurden in weiterer Folge rasch durch die innere Entwicklung der Räterepublik relativiert. Der Vorstoß des Außenamtes unter Trockij, welcher von Gefangenen in ganz Rußland als allgemein gültig mißinterpretiert wurde und manche dazu bewegte, die Internierungsorte zu verlassen[118], markierte nur eine Station auf dem Weg zur Umgestaltung der Lebensverhältnisse vorwiegend österreichisch-ungarischer Staatsbürger in den Herrschaftsgebieten des SNK. Mancherorts gingen die lokalen revolutionären Gremien über die Befehle des Rates der Volkskommissare hinaus. Selbst das VCIK empfahl den örtlichen Sowjetorganen, rasch das terroristische Regime der „Union geflohener und heimgekehrter Kriegsgefangener", dem die Provisorische Regierung die Bewachung der „Feinde" übertragen hatte, zu liquidieren; den Bulgaren, Deutschen, Österreichern, Ungarn und Türken müsse außerdem „die Möglichkeit gegeben werden, sich frei zu organisieren"; deren Arbeit sei zu erleichtern und ebenso zu bezahlen wie die der Russen.[119]

Auch ohne Anregung der Räteinstitutionen verschwanden inzwischen viele Wachmannschaften. Die bisherige Lagerordnung brach zusammen. Tausende Soldaten der Mittelmächte zogen von einer Stadt zur anderen, suchten in der allgemeinen Lebensmittelknappheit nach Nahrung und wandten sich zumeist westwärts, um sich zu den eigenen Truppen durchzuschlagen.[120] Die Bol'ševiki befanden sich in einem Zwiespalt. Einerseits vermittelten sie den Kriegsgefangenen das Gefühl der Befreiung und erzielten solcherart propagandistische Erfolge; andererseits unterstützte man dadurch eine schwer kanalisierbare Dynamik, die zur weiteren Destabilisierung Rußlands beitrug.[121]

Nicht nur in der Kriegsgefangenenfrage stellte sich die RSDRP(b) an die Spitze einer augenblicklich kaum beeinflußbaren Massenradikalität und „revolutionären Spontaneität".

116 Ebd.

117 ÖSTA/KA, KM/10. Abt./Kgf. 1918: 10-7/7-288.

118 Pardon/Shurawljow, Bd. 1, 12.

119 Klevanskij, Voennoplennye central'nych deržav 48.

120 Davis, Deutsche Kriegsgefangene 43.

121 Leidinger, Zwischen Kaiserreich und Rätemacht 92.

Die Entwicklungen, auf die man hingearbeitet hatte, waren erst allmählich nach eigenen Richtlinien zu gestalten. Bis zu diesem Zeitpunkt stellte sich Lenins Gefolgschaft der Woge gesellschaftlicher Umbrüche so gut es ging voran und ließ sie gewähren, um so mehr, als die freigewordenen Potentiale sozialer Unzufriedenheit gegen die Verhandlungspartner in Brest und Petrograd ausgespielt werden sollten. Unter den gegebenen Bedingungen entschlossen sich die Bol'ševiki, ohne Entgegenkommen seitens der Deutschen und Österreicher über die ursprüngliche, angesichts der in Rußland herrschenden Verhältnisse ohnehin unrealistische Konzeption der Gefangenenpolitik hinauszugehen. Weitere Dekrete wurden erlassen, mit denen man im übrigen auch in Anbetracht des ständigen Verweises auf die unmittelbar bevorstehende Weltrevolution „im Volke glaubwürdig bleiben" wollte.[122] Die erste derartige Verordnung veröffentlichte der Sovnarkom am 28. (15.) Dezember 1917. Sie enthielt folgenden Wortlaut: „Die Regierung der Arbeiter und Soldaten wünscht, nach Möglichkeit das durch das imperialistische Massaker verursachte Leid zu beseitigen und den Massen die Menschenrechte zurückzugeben; sie erklärt alle Bürger der Länder, die mit Rußland gekämpft haben, die Zivilgefangenen als auch die Kriegsgefangenen, für frei, indem sie ihnen die Rechte von Angehörigen neutraler [!] Staaten zuerkennt."[123]

Mit dieser Erklärung konstatierte die Sowjetregierung, daß sie bereit war, unter anderen den Vierbundsoldaten in Rußland den Status von Gästen einzuräumen, sie allerdings nicht den Russen gleichzustellen. Der SNK entledigte sich damit der Pflicht, für die Gefangenen nach den Grundsätzen des geltenden Kriegsrechts zu sorgen.[124] In diesem Zusammenhang darf die von Karl Radek während der Petrograder Konferenz vorgetragene Weigerung Rußlands, die Haager Landkriegsordnung sowie die Genfer und Stockholmer Vereinbarungen als bindend zu betrachten, nicht außer acht gelassen werden. Der Bereitschaft der Bol'ševiki, nach einer Verhandlungspause die internationalen Konventionen zu akzeptieren, folgte nicht die Aufhebung des Erlasses vom 28. Dezember, sondern vielmehr weitergehende Erklärungen, die bereits die Kommandantur des Moskauer Militärbezirkes vorweggenommen hatte. Am Tag des Dekretes über die „Befreiung aller Gefangener" und deren Einstufung als Staatsangehörige neutraler Länder erlaubte sie für ihren Befehlsbereich „den Zusammenschluß von Kriegsgefangenen in gewerkschaftlichen und politischen Gruppen" und kündigte diesbezüglich in Bälde zu erwartende allgemeine Verordnungen an.[125] Das Verhalten der Bol'ševiki blieb doppelbödig. Den deutsch-österreichischen Ver-

---

122 Scheibert 72.

123 Mal'kov, Dejatel'nost' partijnych i sovetskich organov 269. Manche sowjetischen Historiker strichen den einschränkenden Zusatz: „… indem sie ihnen die Rechte der Bürger neutraler [!] Staaten zuerkennt." – Siehe etwa Tregubov 371.

124 Moritz, Gefangenschaft und Revolution 121; Leidinger, Zwischen Kaiserreich und Rätemacht 93.

125 Pardon/Shurawljow, Bd. 1, 17f. Über weitere Verordnungen der Befehlshaber des Moskauer Mi-

handlungs- und schließlich Vertragspartnern gegenüber betonte man internationale Rechtsgrundsätze und bilaterale Abkommen, auf die im eigenen Machtbereich keinerlei Rücksicht genommen wurde. Die Proklamationen des Staats- und Parteiapparates der folgenden Monate dienen hierfür als Beleg und verweisen im übrigen auf eine verstärkt klassenkämpferische Note in der seit dem Frühjahr 1918 geltenden Gefangenenbehandlung. Auch mit Blick auf den Vormarsch deutscher Heeresverbände Richtung Petrograd beschloß das Büro für Kriegsgefangene beim Gesamtrussischen ZEK der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte am 21. Februar 1918 „die rechtliche Gleichstellung der ausländischen Proletarier [!] mit den russischen Arbeitern".[126] Die zumeist weiter an ihren Internierungsorten festgehaltenen Offiziere verloren durch die Bestimmungen vom Dezember 1917 den verbindlichen Anspruch auf ihre in der Haager Landkriegsordnung verankerten Privilegien und mußten schließlich eine klare rechtliche Ausgrenzung durch die sowjetrussischen Behörden hinnehmen.[127] Die Führungsschichten des k.u.k. Heeres büßten in russischer Gefangenschaft binnen weniger Wochen alle ihre Vergünstigungen ein.[128] Rußland stellte die Auszahlung der Offiziersgehälter ein[129], dementierte aber diese Vorgangsweise, um die Regierungskreise in Wien und Berlin zu beschwichtigen. In diesem Sinn ist auch ein Rundschreiben des Außenkommissars Čičerin zu verstehen, demzufolge gefangene Offiziere ihre Vorrechte behalten müßten.[130] Ähnliches gilt für die Dekrete des Sovnarkom über das Asylrecht vom 28. März 1918 und über den Erwerb der sowjetrussischen Staatsbürgerschaft vom 1. April 1918.[131] Beide Erlässe sind in gewisser Weise Ausdruck der „Gratwanderung zwischen der Bewahrung des mühsam errungenen Friedens und der weiteren Unterstützung [probolschewistischer] Positionen unter den Kriegsgefangenen".[132] Weder das politische Asyl noch die Annahme der Staatsbürgerschaft seitens der Kriegsgefangenen wurden zu Massenerscheinungen.[133] Dafür aber erfüllten sie eine Alibifunktion: Man konnte auf sie verweisen, um in der selben Zeit den entstehenden Internationalistenverbänden beträchtliche Unterstützung zukommen zu lassen.[134]

---

litärkreises im Dezember 1917 siehe auch: ÖSTA/KA, AOK/Evb. d. Gstbs/NA d. AOK, Kgf.-Fürsorge, Korrespondenzen 1917–1920: Nr. 1503.

126 Hautmann, Rätebewegung 179; Moritz, Gefangenschaft und Revolution 124.

127 Leidinger/Moritz, Russisches Kriegsgefangenenwesen 97.

128 Ebd. 97f.

129 Davis, Deutsche Kriegsgefangene 43.

130 Scheibert 72.

131 Striegnitz, Kerntruppe der Weltrevolution 140f.

132 Ebd.

133 GARF, f. r-393, op. 1, d. 66 und op. 7, d. 2-19, 23-29.

134 Ul'janov 108f.

LENINS NEUE GEFOLGSCHAFT

„Revolutionäre Komitees" von Vierbundsoldaten waren, von den innerrussischen Ereignissen begünstigt, in nahezu allen Gebieten des früheren Zarenreiches weitgehend selbständig hervorgetreten. Mit gutem Grund betonte diesen Sachverhalt auch Ernst Reuter, welcher die *Anfänge rätefreundlicher Gefangenenorganisationen* an führender Stelle in Moskau mitgestaltete und diese als ein Phänomen „revolutionärer Spontaneität" kennzeichnete, das „ohne russisches Geld aus den Bedürfnissen und Lebensverhältnissen" der Betroffenen heraus entstanden sei.[135] Bezeichnenderweise existierten Vertretungen sozialistisch gesinnter Soldaten der Zentralmächte im Herrschaftsgebiet des SNK noch vor und während der Etablierung eines neuen staatlichen Kriegsgefangenenwesens sowie der Bildung einer von der Hauptstadt kontrollierten, zentral geführten „Bewegung der ausländischen Sowjetsympathisanten". Heimkehrer gaben mitunter bereits kurz nach dem Abschluß des Brester Friedens detailliertere Informationen über die Entwicklungen östlich der Demarkationslinie. In fast allen Kohlebergwerken des Gouvernements Ekaterinoslav bestünden revolutionäre Komitees, wußte ein Angehöriger der k.u.k. Armee am 24. März 1918 zu berichten, der vor wenigen Tagen die eigenen Stellungen erreicht hatte; außerdem sei Propaganda zugunsten der „Maximalisten", wie man im Hohenzollern- und Habsburgerreich die Bol'ševiki bisweilen fälschlich nannte[136], in den meisten Städten Räterußlands betrieben worden; die örtlichen Sowjets beteiligten sich daran nicht, gewährten jedoch den „Organisierten" Begünstigungen, die in ihren Reden von „gefangenen Kameraden als Genossen" und von den „Offizieren als internationales Gesindel", „welches aus der Welt geschafft werden müsse", gesprochen hätten.[137] Genaueres erfuhren die Militärbehörden des Habsburgerreiches von Offizieren, die aus Sibirien geflüchtet waren. Rittmeister Josef Vasek, Oberleutnant Bruno Kaas und Fähnrich Aquilla Hell schilderten das „illoyale Verhalten" der Tomsker Gruppe um die „ungarischen Juden" Ernö Seidler und Béla Kun, der kürzlich nach Westen abgereist sei[138]; Leutnant Hanns Dima empörte sich über das „agitatorische Auftreten" der Mannschaftsangehörigen Fichter und Kohlhoff, die sich an die

---

135 RCChIDNI, f. 549, op. 1, d. 92.

136 Die Öffentlichkeit im Deutschen Reich und der Donaumonarchie bezeichnete 1917/18 die Bol'ševiki des öfteren als „Maximalisten", um damit unter anderem auf die radikalen Forderungen Lenins und seiner Gefolgschaft aufmerksam zu machen; eine Wortwahl, die allerdings auch zu Verwechslungen führen konnte, zumal es sich, laut Trockij, bei der Partei der „Maximalisten" eigentlich um eine „extreme Richtung, die sich während der Revolution von 1905 von den Sozialisten-Revolutionären abgesplittert hatte", handelte. – Trotzki, Geschichte der russischen Revolution, Teil II, 1044.

137 ÖSTA/KA, KM/10. Abt./Kgf. 1918: 10-44/1393-10.

138 ÖSTA/KA, KM/10. Abt./Kgf. 1918: 10-44/1393-30.

Spitze eines „Soldatenrates" im Lager Krasnojarsk gestellt hätten[139], während Hauptmann Otto Vermes seinen Bericht sogar durch die Vorlage russischer Zeitungen zu untermauern vermochte. Einer von ihm mitgebrachten Nummer des „Krasnojarskij Rabočij" konnte das AOK in Baden entnehmen, daß die sozialistischen Gefangenen in Kansk die Genossen Bubik und Salik ausgesandt hatten, um die Situation in den sibirischen Lagern zu erkunden.[140] Laut „Krasnojarskij Rabočij" fanden die beiden „Delegierten" recht unterschiedliche Verhältnisse vor: Im Gegensatz zur schwachen Anhängerschaft Fichters sowie zur „traurigen Lage" in Irkutsk und Novonikolaevsk, „wo nicht nur jede politische Vereinigung" fehle, sondern auch ein „gänzlicher Zerfall unter den Gefangenen" zu beobachten sei, bestünden, Bubik und Salik zufolge, in Nižnij Udinsk und Berezovka „stramme Organisationen", ebenso wie in Tomsk. Hier habe sich ein „internationaler Klub" und ein „Kriegsgefangenenrat" mit einem siebenköpfigen Exekutivkomitee an der Spitze gebildet, das sich beim lokalen Sowjet erfolgreich für die Verbesserung der Lebensbedingungen von Deutschen, Österreichern und Ungarn in der Roten Garde und im nahegelegenen Bergwerk einsetze.[141] Die Arbeit der Genossen in Tomsk, faßte der Artikel im „Krasnojarskij Rabočij" die Überzeugung vieler sibirischer Internationalisten zusammen, sollte denn auch als Vorbild für die anderen revolutionären Gefangenenvereinigungen dienen.[142]

Ausführlichere Darstellungen über die Lage der Heeresangehörigen der Mittelmächte, die im Machtbereich der Bol'ševiki gewissermaßen über Nacht zu „freien Bürgern" und „ausländischen Werktätigen" geworden waren, gelangten indessen nach und nach in die Hände der Zentralstellen Sowjetrußlands. Selbst die höchsten Repräsentanten der RS-DRP(b) und des Staatsapparates begannen die Vorgänge an den Aufenthaltsorten der Kriegsgefangenen mit Interesse zu verfolgen. Nachrichten über die Gründung von Lagerkomitees, wie etwa über die Formierung des aus Österreichern, Deutschen und Ungarn bestehenden Soldatenrates in Ačinsk, teilte man sogar dem Sovnarkom mit.[143] Zugleich registrierten die mit Gefangenenagenden befaßten Stellen in allen Gebieten den Aufbau neuer Interessenvertretungen der „Proletarier aus den Vierbundstaaten". Kriegsgefangenenräte entstanden beispielsweise in Sibirien nicht nur in Tomsk, Krasnojarsk, Nižnij Udinsk, Berezovka und Ačinsk, sondern schließlich auch in Irkutsk[144], in Chabarovsk[145], Barnaul[146] und in Petropavlovsk, wo Kriegsgefangene aus deutschen, tschechischen, unga-

139 ÖSTA/KA, AOK/Op.Abt., Hk.-Grp. 1918: Op.Nr. 131257; vgl. Hautmann, Rätebewegung 181.
140 ÖSTA/KA, AOK/Op.Abt., Hk.-Grp. 1918: Op.Nr. 131455.
141 Ebd.
142 Ebd.; vgl. Reisberg, Österreichische Kommunisten und Internationalisten 10.
143 GARF, f. 130, op. 2, d. 773, l. 156.
144 Jósza, Ungarn und die ungarischen Bolschewiken 142.
145 Hautmann, Rätebewegung 181.
146 Kulinytsch/Koschyk 10; Reisberg, Österreichische Kommunisten und Internationalisten 11.

rischen und polnischen Fraktionen einen „streng internationalen Verband mit sozialdemokratischem Programm" gründeten[147], vergleichbar mit der Internationalisten-Organisation in Omsk, die Mitte Dezember 1917 ins Leben gerufen worden war.[148] In den nachfolgenden Wochen hatten sich dort mehrere nationale Gruppen gebildet. Diese vereinigten sich dann mit Erlaubnis der Omsker Räte zur „Internationalen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei"[149] unter der Führung von Károly Ligeti, József Rabinovics, dem Reichsdeutschen Werner Rakow sowie den Deutschösterreichern Karl Tomann und Ferdinand Effenberger, die alle bereits vor 1914 in der organisierten Arbeiterbewegung tätig gewesen waren.[150]

Bedeutende revolutionäre Vertretungen unter den Heeresangehörigen der Zentralmächte bildeten sich aber auch in Mittelasien, wo Anfang 1918 ein von Josef Zwilling geleitetes „Komitee der kriegsgefangenen Sozialisten Turkestans" mit Sitz in Taškent geschaffen worden war[151], sowie im Ural und in den weiter westlich gelegenen Regionen – in Kazan' etwa, wo unter den ungefähr 6.000 Kriegsgefangenen probolschewistische Komitees entstanden[152], oder in Alapaevsk, Čeljabinsk, Orenburg, Penza, Perm', Samara, Saratov, Simbirsk sowie in den Städten des Südens, zum Beispiel in Caricyn und Rostov am Don.[153]

Auch die Entstehung der Internationalisten-Vereinigung in Moskau war wesentlich auf die Initiative der über ganz Rußland verteilten Gefangenen zurückzuführen. Als Beleg dafür kann die Konferenz der „kriegsgefangenen Sozialdemokraten-Internationalisten" des großen Moskauer Militärbezirkes vom 24. Februar 1918 bewertet werden: 28 verschiedene Ortskomitees, darunter Nižnij Novgorod, Smolensk, Tver' und Tula, schickten Delegierte.[154] In der künftigen Hauptstadt der Sowjetmacht selbst unternahm man Ende Dezember 1917 die ersten Schritte zur Schaffung einer revolutionären Gefangenenorganisation.[155] Radeks „Völkerfrieden" war zu entnehmen, daß dabei die Mitglieder der Moskauer

---

147 RCChIDNI, f. 549, op. 1, d. 82, l. 134ob.

148 Hautmann, Rätebewegung 181.

149 Striegnitz, Die aktive Teilnahme ehemaliger deutscher Kriegsgefangener 134.

150 RCChIDNI, f. 549, op. 1, d. 94, l. 78; ÖSTA/KA, KM/10. Abt./Kgf. 1918: 10-44/1608-2 und 10-44/1393-22; vgl. Pardon/Shurawljow, Bd. 1, 34, 72f., 95 und 101; Jósza, Ungarn und die ungarischen Bolschewiken 142; Reisberg, Österreichische Kommunisten und Internationalisten 10;

151 Moritz, Gefangenschaft und Revolution 139.

152 ÖSTA/KA, AOK/Op.Abt., Hk.-Grp. 1918: Op.Nr. 130334.

153 Mihályhegyi 71; Kulinytsch/Koschyk 10; Jósza, Ungarn und die ungarischen Bolschewiken 142; Hautmann, Rätebewegung 181; Krivoguz/Poljanskij 463; Reisberg, Österreichische Kommunisten und Internationalisten 10.

154 RCChIDNI, f. 549, op. 1, d. 93, l. 2.

155 Kulinytsch/Koschyk 9f.

RSDRP(b), wie Georgij L. Šklovskij, der bereits in der Schweiz an der Seite Lenins und Krupskajas mit Gefangenenfragen im Rahmen der Berner Kommission beschäftigt gewesen war[156], Geburtshilfe leisteten.[157]

Anläßlich eines „Massenmeetings" im späteren Haus der Gewerkschaften sprach Šklovskij vor einem überfüllten Saal, in dem sich Deutsche, Österreicher und Ungarn „aus den nahen und fernen Vororten Moskaus" versammelt hatten.[158] Schließlich unterbreitete er eine „einstimmig und mit Begeisterung angenommene Resolution", in der nicht zuletzt die „opportunistische Haltung vieler sozialistischer Parteien, welche sich zur Burgfriedenspolitik anstatt zur Losung des Bürgerkrieges" bekannt hätten, gebrandmarkt wurde. Andere Mitglieder der bolschewistischen Partei in Moskau verwiesen bei dieser Gelegenheit im übrigen schon auf den „Kampf der ehemaligen Kriegsgefangenen", den diese nach „ihrer Rückkehr in die Heimat gegen ihre Bourgeoisie" zu bestehen hätten.[159] Der Kundgebung folgte am nächsten Tag, dem 30. (17.) Dezember 1917, die Gründungsversammlung der Internationalisten-Vereinigung des Moskauer Militärbezirkes. Dessen Führungskomitee leitete der österreichische Sozialdemokrat Arthur Ebenholz.[160] Des weiteren gehörten ihm gemäß der Tagungsprotokolle vom 24. Februar 1918 u. a. Ernst Reuter sowie der Ungar Ferenc Jancsik an, welcher an der Machtergreifung in Moskau beteiligt gewesen und während der Kämpfe verwundet worden war.[161] Mitglied wurde außerdem Arnošt Kolman, der wie viele andere aus den nahegelegenen Lagern gekommen war. Seinen damaligen Alltag schilderte Kolman Jahrzehnte später wie folgt: „In Moskau war unser Komitee, dem wir zugestellt wurden, im ehemaligen Hotel ‚Dresden' untergebracht. […] Wir wohnten allerdings noch immer mit den anderen Gefangenen im Lager und unterschieden uns von ihnen nur dadurch, daß wir von morgens bis abends im ‚Dresden' arbeiteten und danach zu Fuß ins Lager zurückkamen, wo uns die wenigen kalten Reste des bescheidenen Mittagessens und ein kleiner Kanten Brot erwarteten."[162]

Trotz der schwierigen Arbeitsbedingungen „unter den hungrigen, zerlumpten Menschen, die nur von einer baldigen Heimkehr träumten", wie sich Kolman ausdrückte[163], konnten die Moskauer Internationalisten schon früh mit ersten Erfolgen aufwarten. Als

---

156 Russkie Internacionalisty 8.

157 Der Völkerfriede, Nr. 2 (20. Dezember 1917/2. Jänner 1918) 1f.

158 ÖSTA/KA, KM/10. Abt./Kgf. 1918: 10-66/12 und 10-66/47.

159 Der Völkerfriede, Nr. 2 (20. Dezember 1917/2. Jänner 1918) 1f.; zu den Gefangenen-Kundgebungen in Moskau siehe außerdem: ÖSTA/KA, KM/10. Abt./Kgf. 1918: 10-44/4591.

160 ÖSTA/KM, KA/10. Abt./Kgf. 1918: 10-44/3115; Pardon/Shurawljow, Bd. 1, 23.

161 Pardon/Shurawljow, Bd. 1, 23 und 49; Völgyes, Hungarian Prisoners of War 64; vgl. Reisberg, Österreichische Kommunisten und Internationalisten 8.

162 Kolman 80.

163 Ebd.

die RSDRP(b) in der Manege der ehemaligen Offiziersschule im Stadtviertel Lefortovo das neue Jahr beging, gelang es ihnen, „über tausend Mann in blauen und grauen Mänteln in ordentlicher Formation auf die Veranstaltung zu führen. Die achttausendköpfige Masse in der Manege, in die sich ein ganzes Dutzend Nationalitäten der ‚Zentralmächte' eingegliedert hatte, besaß einen wahrhaft internationalen Charakter", heißt es in Kolmans Memoiren weiter.[164] Von Petrograd aus wurde die vielversprechende Entwicklung der Moskauer Organisation aufmerksam beobachtet. Man gewährte finanzielle Unterstützung und teilte ihr bolschewistische Parteimitglieder wie Nikolaj Bucharin als Delegierte des ZK und der lokalen Gremien der RSDRP(b) zu.[165] Der „Völkerfriede" berichtete laufend über das Komitee, dem jeder Kriegsgefangene beitreten könne, der „sich zum Programm der Internationale bekenne", und dessen Zweck es sei, alle Mitglieder in „geistigen und materiellen Angelegenheiten" zu unterstützen und „Agitation in Wort und Schrift" zu betreiben.[166]

Dem Wiener Kriegsministerium lagen bald aufschlußreiche Berichte über die Ereignisse in Moskau vor. Feldwebel Franz Karner war in der Lage, nach seiner Heimkehr eigene Beobachtungen „staatsfeindlicher Tendenzen" zu Protokoll zu geben. „In Moskau", ließ Karner wissen, „befindet sich im Hotel ‚Dresden', zweiter Stock, Zimmer 253, ein revolutionäres Komitee österreichisch-ungarischer und deutscher Kriegsgefangener", dessen Mitglieder „meist Reichsdeutsche, Deutschösterreicher beziehungsweise Ungarn, aber sehr wenige Slawen" sind und dessen Ausschuß fast „durchwegs Einjährig Freiwillige und Kadettaspiranten, hauptsächlich Ungarn, dem Glaubensbekenntnisse nach Juden [!]", angehören.[167] Der Neujahrsfeier, die Kolman mitorganisiert hatte, scheint Karner selbst beigewohnt zu haben. In seinen Ausführungen vor den k.u.k. Militärbehörden meinte er dazu: „Anläßlich der russischen Sylvesterfeier veranstalteten die Bolschewiki eine große Versammlung [...], die für zirka 10.000 Personen eingerichtet war. Die Kriegsgefangenen saßen als Gäste zur Rechten, die Russen zur Linken. Der Saal war mit Fahnen und verschiedenartigen Aufschriften geschmückt. Eine Musikkapelle konzertierte während der Pausen. Von einer großen Bühne sprachen mehrere Redner in verschiedenen Sprachen [...]. Der Inhalt der Reden war ungefähr folgender: Die Deutschen lassen keine Kriegsgefangenen durch die Front[168], da sie die revolutionäre Propaganda zu Hause fürchten. Man muß die revolutionäre Propaganda mit allen Mitteln fördern, da es keinem Zweifel unterliegt, daß sich diese in Hinkunft auf alle anderen Staaten übertragen" werde.[169] Kar-

---

164 Ebd.; vgl. ÖSTA/KA, KM/10. Abt./Kgf. 1918: 10-44/1393-15.

165 Pardon/Shurawljow, Bd. 1, 46; Kolman 81.

166 Der Völkerfriede, Nr. 14 (11. 1. 1918) 3f.

167 ÖSTA/KA, KM/10. Abt./Kgf. 1918: 10-7/7-223.

168 Siehe dazu auch: ÖSTA/KA, AOK/Op.Abt., Hk.-Grp. 1918: Op.Nr. 130.334.

169 ÖSTA/KA, KM/10. Abt./Kgf. 1918: 10-7/7-223.

ner, der auf seinem Weg nach Österreich aufmerksam alle „illoyalen Regungen" registrierte, machte außerdem auch Meldung über „ein zweites derartiges Komitee", das sich im Petersburger Smolnyj-Institut befinde, „Flugschriften revolutionären Inhaltes" herausgebe und gleichermaßen von „Ungarn und Deutschen, größtenteils Juden [!]" gebildet worden sei.[170]

Dabei waren die Voraussetzungen für die Errichtung einer einflußreichen Internationalisten-Vereinigung in der Stadt an der Neva anfänglich ebenso ungünstig wie in Moskau. Die Gefangenen befanden sich in den Provinzen, auf Arbeit und in Lagern. Erst zur Jahreswende 1917/18, von den politischen und sozialen Veränderungen in Rußland erfaßt, begannen sie in großer Zahl in die westlichen Metropolen zu ziehen. Heimkehreraussagen zufolge, vermerkten die Militärbehörden der Habsburgermonarchie im März 1918, strömen „jetzt aus dem ganzen Russischen Reich [...] entlassene Kriegsgefangene in Kiew zu tausenden zusammen".[171] Bereits zwei Monate vorher hatte Oberst Stutz von Hartenwehr während der Verhandlungen mit der Räteregierung in Petrograd ähnliches beobachtet. Glücklicherweise, so Stutz, bestehe bereits seit längerer Zeit ein Heim, in dem die aus allen Teilen des Landes kommenden Deutschen und Österreicher untergebracht würden; darüber hinaus sei Hauptmann Cramer von der dänischen Gesandtschaft tätig geworden und habe ein zweites Gebäude für die Soldaten der Mittelmächte mit Rückendeckung des Sovnarkom in Beschlag genommen.[172] Botschafter Scavenius mußte freilich der österreichischen Delegation mitteilen, daß die Versorgung der „flüchtigen Kriegsgefangenen" durch die Schutzvertretung Dänemark, die bislang „unter stillschweigender Duldung" der Bol'ševiki erfolgte, kaum mehr finanziert werden könne; deshalb sei, „um eine Massenansammlung von Kriegsgefangenen in Petersburg hintanzuhalten", ein Zirkular erlassen worden, „welches eindringlich vor der Herreise warnte, da hier alle Subsistenzmittel fehlten".[173] Trotzdem kamen täglich Gruppen von Vierbundsoldaten aus den östlich und südöstlich gelegenen Regionen des ehemaligen Zarenreiches in die Hauptstadt. „Gefangene Offiziere und Mannschaften" gingen, wie Oberst Stutz berichtete, „frei herum" und marschierten bei Demonstrationen „in Gesellschaft der Russen hinter roten Fahnen mit den Aufschriften: ‚Es lebe die Macht der Sowjets, welche dem Volke Frieden bringt', ‚Es lebe der Rat der Volkskommissäre', etc".[174]

In dieser Atmosphäre erreichte zum Jahreswechsel 1917/18 auch Béla Kun Petrograd, der noch vor wenigen Tagen im sibirischen Tomsk das dortige sozialistische Kriegsgefange-

170 ÖSTA/KA, KM/10. Abt./Kgf. 1918: 10-44/1393-15.

171 ÖSTA/KA, KM/10. Abt./Kgf. 1918: 10-20/1-553.

172 ÖSTA/KA, AOK/Op.Abt., R-Grp. 1918: Op.Nr. 49.916.

173 ÖSTA/KA, KM/10. Abt./Kgf. 1918: 10-33/39.

174 ÖSTA/KA, AOK/Op.Abt., R-Grp. 1918: Op.Nr. 49.916.

nenkomitee geleitet hatte.[175] Vieles spricht dafür, daß Kun die Reise nach Westen allerdings nicht nur aus politischen Gründen angetreten hatte. Neben seinem Interesse an den Vorgängen im Zentrum der Macht schien er sich, wie viele andere, mit der Möglichkeit auseinandergesetzt zu haben, durch die Hilfe der in der russischen Hauptstadt befindlichen diplomatischen Missionen und Rot-Kreuz-Institutionen die Heimkehr, möglicherweise über Finnland und Schweden, antreten zu können.[176] Kun aber fand in Petrograd eine kürzlich ins Leben gerufene Internationalisten-Vereinigung vor, beteiligte sich an ihrer Arbeit und stieg innerhalb weniger Monate zum Führer der ungarischen und schließlich der gesamten Internationalistenbewegung in Räterußland auf.[177] Die Voraussetzungen hierfür schuf die ambitionierte Arbeit einer kleinen Gruppe politischer Aktivisten, die sich in Moskau und Petrograd um Lenin und seine Gefolgschaft scharte. Zu ihr gehörte der Kavallerie-Offizier Endre Rudnyánszky[178], im Zivilberuf Rechtsanwalt, der sich der bolschewistischen Partei im Frühjahr 1917 zur Verfügung gestellt hatte.[179] Rudnyánszky, durch seine Heirat mit Bucharins Schwester auch in engem persönlichem Kontakt zur Führung der RSDRP(b)[180], trat am 29. (16.) Dezember als „Leiter einer Kriegsgefangenen-Kundgebung" in Erscheinung[181], die zur Gründung der Petrograder Organisation führte und bei der unter anderen der kroatische Sozialdemokrat Mijo Radošević, der rumänische Emigrant Mihaj Gheorghiu Bujor und der Tscheche František Beneš Reden hielten.[182] Rudnyánszky konnte in diesem Zusammenhang auf die Moskauer Internationalisten-Vereinigung verweisen. Deren Gründung fand zwar erst am folgenden Tag statt, wurde allerdings aufgrund der Vorbereitungsarbeiten, mit denen man offenbar nach den Unterstützungsaufrufen an die Gefangenen in der sowjetischen Presse wenige Tage zuvor begonnen hatte[183], bereits als vollendete Tatsache angesehen.[184]

Ganz allgemein nahmen Mitglieder des Moskauer Komitees regen Einfluß auf die Gestaltung der Gefangenenpolitik in der russischen Hauptstadt. Ungarn spielten dabei eine besondere Rolle; Sándor Holländer zum Beispiel, der ebenso wie Rudnyánszky nach Petrograd gekommen war, um an der Seite der Boľševiki eine landesweite revolutionäre Be-

---

175 Völgyes, Hungarian Dictatorship 59.

176 Borsányi 49.

177 Völgyes, Hungarian Dictatorship 59; Borsányi 58.

178 Lazitch/Drachkovitch, Biographical dictionary 350.

179 Tökés, Béla Kun and the Hungarian Soviet Republic 64.

180 Ebd.

181 Vengerskie internacionalisty, Bd. 1, 37ff.; Kopylov, Zarubežnye internacionalisty 133f.

182 ÖSTA/KA, KM/10. Abt./Kgf. 1918: 10-7/7-223, 10-20/1-29, 10-20/1-124 und 10-44/1539; vgl. Pardon/Shurawljow, Bd. 1, 21ff.; Banac, South Slav Prisoners of War 138.

183 Leidinger, Zwischen Kaiserreich und Rätemacht 95f.

184 Pardon/Shurawljow, Bd. 1, 23.

wegung unter den Kriegsgefangenen zu organisieren und zu diesem Zwecke die Zeitschrift „Nemzetközi Szozialista" („Internationaler Sozialist") herausgab[185], deren Chefredakteur Kun kurz nach seiner Ankunft in der Stadt wurde.[186]

Die Pressearbeit diente den sozialistisch gesinnten Soldaten der Mittelmächte zu Beginn speziell dazu, die Kontakte zu jenen Kriegsgefangenen herzustellen, die mit der „Oktoberrevolution" sympathisierten und schon vor dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges in der organisierten Arbeiterbewegung tätig gewesen waren. Zu ihnen gehörte auch Ernö Pór, ein damals schon bekannter Gewerkschaftsfunktionär, der aus dem Ural an die Neva gekommen war.[187] Vor allem sollte die Kooperation zwischen den einzelnen Internationalisten-Gruppierungen, insbesondere in den Zentren, intensiviert werden. Béla Kun besuchte in diesem Sinne wiederholt die Sitzungen des Moskauer Komitees[188], wo er neben Ferenc Jancsik und Frigyes Karikás, der ebenfalls an der bewaffneten Erhebung in der „zweiten Hauptstadt" Rußlands teilgenommen hatte[189], den aus Nyireghaza stammenden Leutnant der Reserve Tibor Szamuely, Sohn eines jüdischen Geschäftsmannes, Mitglied der sozialdemokratischen Partei und bis 1914 Journalist, näher kennenlernte. Szamuely hatte sich bis vor kurzem, wie Pór, im Ural befunden und war dort „wegen seiner Überzeugung mißhandelt" worden.[190] Sein Treffen mit Szamuely, den er aus Ungarn flüchtig kannte, beschrieb Kun wie folgt: „Die Begegnung erfolgte im Palais des Kriegsgefangenenkomitees in der Powarskaja, der vornehmsten Straße Moskaus. Szamuely war ebenso wie ich in Zivilkleidung. Er hatte die österreichisch-ungarische Militäruniform abgelegt. Er [...] nahm täglich an zwei bis drei Konferenzen teil. Dabei gab er seine Absicht bekannt, nach Amerika zu reisen. Während der Beratung begann ich ihm zuzureden, in Räterußland zu bleiben, er solle zu uns in die Redaktion nach Petrograd kommen, wo eine schreibkundige Hilfe äußerst not tat, da ich außer dem ungarischen Blatt [Nemzetközi Szozialista] auch den größeren Teil der [...] ‚Fackel' schreiben mußte."[191] Tibor Szamuely war zwar zunächst nicht in der Lage, an der Pressearbeit in Petrograd mitzuwirken; Kun aber hatte ihn von seinen Emigrationsplänen abbringen können und damit einen der engagiertesten Mitstreiter der im Entstehen begriffenen revolutionären Gefangenenvereinigungen und in weiterer Folge der frühen ungarischen KP-Organisation gewonnen.[192]

185 ÖSTA/KA, KM/10. Abt./Kgf. 1918: 10-7/7-223 und 10-44/1551.

186 Borsányi 50.

187 Ebd. 50f.

188 RCChIDNI, f. 549, op. 1, d. 82, l. 58f.

189 Tökés, Béla Kun and the Hungarian Soviet Republic 64; Borsányi 50.

190 Ebd.; Szamuely 19.

191 Szamuely 20f.

192 Ebd.; Borsányi 56.

Zur Formierung einer „Kerntruppe" der Internationalistenbewegung trugen indessen zur selben Zeit auch andere Mitglieder des Moskauer Komitees bei, wie etwa Franz Walz und Arnošt Kolman, die beauftragt worden waren, „Erkundigungen über die Realität der Petrograder Organisation" einzuholen.[193] Kolman hatte überdies in Begleitung einer Funktionärin der bolschewistischen Parteiorganisation als Delegierter seines Verbandes am dritten allrussischen Sowjetkongreß – „tief beeindruckt von Lenins Reden", wie er schreibt – teilgenommen und als Gast einer turbulenten Sitzung des ZK der Bol'ševiki beigewohnt, in der die unterschiedlichen Meinungen der Parteimitglieder angesichts der Forderungen Deutschlands in Brest-Litovsk zutage traten.[194] Überdies hatte er mit Zalkind und Reinstein vom Außenkommissariat über eine verstärkte „Agitation" unter „den im Sowjetstaat befindlichen Vierbundsoldaten" zu verhandeln[195]; ähnlich wie Béla Kun, der gemeinsam mit Rudnyánszky und Radošević bei den offiziellen Stellen erweiterte Propagandaaktionen besprach, die sich nicht nur auf die Kriegsgefangenen, sondern auch auf die Heeresangehörigen der Mittelmächte an den Frontlinien erstrecken sollten.[196]

Engerer Kontakt zwischen der Führung der RSDRP(b) und ihren Sympathisanten aus den Reihen der Gefangenen bestand seit dem Jahresende 1917. Hatte das Moskauer Parteikomitee seine Funktionäre zu den Gefangenenversammlungen und schließlich in das Internationalistenkomitee entsandt[197], so kam diese Aufgabe in der Hauptstadt der Deutschen Irma Hellrich-Petrova zu, deren Mann im Narkomindel den Posten eines stellvertretenden Volkskommissars innehatte.[198] Die Petrovs lieferten Lenin und seinen engsten Vertrauten, darunter neben Bucharin auch Jakov M. Sverdlov, Mitglied des bolschewistischen Zentralkomitees und seit November 1917 Vorsitzender des VCIK[199], nähere Angaben über die Anfänge und Zusammensetzung der revolutionären Kriegsgefangenenkomitees.[200]

Die Petrograder Zentralinstanzen nahmen von Anfang an Einfluß auf „ausländische Proletarier", die sich ihnen zur Verfügung stellten. Diese konnten in der Folge ihrerseits die Gefangenenpolitik der russischen Regierung mitgestalten. Béla Kun etwa war an den dies-

193 RCChIDNI, f. 549, op. 1, d. 82, l. 58ob. sowie op. 4, d. 248, l. 119ob.

194 Kolman 82f.

195 ÖSTA/AVA, MdI/Präs., 22. Unruhen und Exzesse 1918: Fasz. 2075, Zl. 5381/18; vgl. ÖSTA/KA, KM/10. Abt./Kgf. 10-66/186.

196 GARF, f. 1235, op. 79, d. 15, l. 18ob.; vgl. ÖSTA/AVA, MdI/Präs. 22. Unruhen und Exzesse 1918: Fasz. 2075, Zl. 4942/18.

197 Pardon/Shurawljow, Bd. 1, 23ff.

198 Borsányi 52f.

199 Političeskie Partii Rossii 548f.; Wolkogonow, Stalin 825.

200 Borsányi 52.

bezüglichen Entscheidungen auf der „zuständigen höchsten sowjetischen Ebene beteiligt" und gehörte bald auch dem Bekanntenkreis Lenins und Bucharins an.[201] Letzterer schien Kun im übrigen besonders zu beeindrucken, ein Sachverhalt, der während der schweren Krise der RSDRP(b) zur Zeit der Verhandlungen mit den Mittelmächten augenfällig zutage trat. Béla Kun schlug sich auf die Seite der „linken Kommunisten" und plädierte mit Bucharin für den Kampf gegen die „Imperialisten der Vierbundstaaten". Laut Nadežda Krupskaja antwortete Lenin persönlich und forderte Kun auf, „an die Front zu gehen und selbst herauszufinden, ob die Soldaten bereit seien, einen revolutionären Krieg zu führen".[202] Dieser nahm den bolschewistischen Parteiführer beim Wort und zog mit einer Einheit bewaffneter Kriegsgefangener ins Gefecht. Seine Truppe aber, notierte Kun später, wurde „bei Narwa zersprengt"; kurz „darauf unterzeichnete man den Vertrag von Brest-Litowsk".[203] Die Tage vor dem dritten März gaben Lenin recht. Die Internationalisten mußten die militärische Schwäche Räterußlands gleichermaßen konstatieren wie die „Realpolitiker" Sowjetrußlands. Die alte Armee befand sich in Auflösung, die Abteilungen der Roten Garde aber konnten lediglich zur Sicherung der Herrschaft im Inneren herangezogen werden; den regulären gegnerischen Verbänden waren sie nicht gewachsen.[204] Dementsprechend erachtete es das neue Regime als vorrangig, in absehbarer Zeit über ein schlagkräftiges Heer zu verfügen, das auf der Grundlage des Dekretes vom 11. Februar (28. Jänner) 1918 geschaffen werden sollte.[205]

Die im Aufbau befindliche „Rote Arbeiter- und Bauernarmee" unter dem Kommando des Obersten Jukums J. Vacietis, eines Verfechters der lettischen Unabhängigkeit, der, obwohl kein Bol'ševik, seine Schützeneinheiten der „Oktoberrevolution" im Vertrauen auf Lenins Selbstbestimmungsrecht der Nationalitäten anvertraut hatte[206], vermochte freilich, trotz der „Mobilisierung des werktätigen Volkes" am 23. Februar 1918, dem offiziellen Gründungstag der sowjetischen Streitkräfte, der neuerlichen deutschen Offensive wenig Widerstand entgegenzusetzen. „Genug der kleinen Trupps – gebt Regimenter her! Genug der Kommissare – schickt Militärfachleute!", schrieb der erzürnte Befehlshaber der 1. Armee vor Petrograd.[207] Eine vordringliche Aufgabe Lenins und seiner Gefolgschaft mußte es sein, dieser Forderung nachzukommen. Manche Gefangenenvereinigung wollte dabei den

201 Striegnitz, Kerntruppe der Weltrevolution 136; Lenin, Werke, Bd. 29, 242.

202 Zit. nach Borsányi 54.

203 Szamuely 21; Völgyes, Hungarian Dictatorship 59; Borsányi 57.

204 Pobeshimow 589; Gosztony 39.

205 Hildermeier, Russische Revolution 274; Pardon/Shurawljow, Bd. 1, 33. Am nächsten Tag erließ der Sovnarkom das Dekret über die Bildung der Roten Arbeiter- und Bauern-Flotte. – Pobeshimow 590.

206 Gosztony 35.

207 Ebd 40.

Anstrengungen russischer Partei- und Staatsinstitutionen in nichts nachstehen. Die herkömmliche ideologische Indoktrinierung sei angesichts militärischer Erwägungen neu zu organisieren, hieß es seitens des Moskauer Internationalisten-Komitees. Dieses war schon im Jänner 1918 mit der Bitte an den Sovnarkom herangetreten, für den Fall, daß die Friedenskonferenz „durch die Annexionsbestrebungen" der Regierungen in Berlin und Wien „zum Scheitern gebracht werde", die Aufstellung einer Kriegsgefangenen-Truppe „in der Stärke von vorerst zwei Divisionen zu gestatten".[208] Am 24. Februar beschloß man dann in Anwesenheit Béla Kuns, „zunächst alle verfügbaren Elemente zur Roten Armee anzuwerben und alsdann Agitationsvorträge in der roten Garde zu veranstalten".[209]

Drei Tage früher hatten sich die „Moskauer Genossen" ebenfalls mit Fragen der „*Anwerbung von Kriegsgefangenen in die Rote Armee*" befaßt und die damit verbundenen Agenden in die Hände Arnošt Kolmans gelegt.[210] Kolman aber war mehr als manch anderem bewußt, daß die Rekrutierungskampagnen die Position sozialistischer Aktivisten, die sich an den Aufenthaltsorten der Deutschen, Österreicher und Ungarn im ehemaligen Zarenreich schon bislang mit Gleichgültigkeit und zum Teil sogar mit beträchtlicher Ablehnung konfrontiert sahen, weiter schwächen mußten. Seine eigenen Erfahrungen in den Gefangenenlagern gaben keinesfalls Anlaß zu übermäßigem Optimismus. „Die Arbeit unseres ganzen Komitees war sehr kompliziert", erinnert sich Kolman; auf „einer Agitationsreise, beim Besuch eines Lagers, hatten mich die Kriegsgefangenen mit Schimpfkanonaden empfangen: ‚Du Selbstling bist von den Bolschewiki gekauft, ihr wollt uns ja bloß wieder an die Front treiben und laßt uns nicht nach Hause zurück.' Einige drohten mir sogar, und ich kam nur mit Mühe heil davon."[211]

Ähnlich wie Kolman engagierte sich auch Karl Ney in der revolutionären Gefangenenbewegung. Ersten diesbezüglichen Versuchen in Ačinsk folgten nachhaltigere Bemühungen im Lager Berezovka. Ausgestattet mit den betreffenden Autorisationen der neuen Machthaber in Irkutsk, wo noch wenige Stunden zuvor Schießereien zwischen anti- und probolschewistischen Kräften stattgefunden hatten, Kämpfe, bei denen auch Kriegsgefangene beteiligt gewesen und gefallen waren[212], mußte Ney bald erkennen, daß die in Sibirien befindlichen Soldaten der Zentralmächte auftretende Mißstände in der Regel den Internationalisten anlasteten. „In diesen Tagen", schrieb Ney einige Jahre später, „fehlte es natür-

208 Striegnitz, Kerntruppe der Weltrevolution 137.

209 RCChIDNI, f. 549, op. 1, d. 93, ll. 2-5; vgl. Striegnitz, Kerntruppe der Weltrevolution 134; Pardon/Shurawljow, Bd. 1, 49.

210 RCChIDNI, f. 549, op. 4, d. 248, l. 113 ob.

211 Kolman 80.

212 Ney 19–26.

lich nicht an Schmähungen seitens der Offiziere und eines großen Teiles der Mannschaft gegen uns, und man machte uns für alle Greuel verantwortlich, obwohl jeder Grund hierfür fehlte."[213] Immer deutlicher trat die *Frontstellung zwischen den Anhängern der „Oktoberrevolution" und den Führungskadern der deutschen und österreichisch-ungarischen Armeen an den Internierungsorten* hervor. In Berezovka spitzte sich die Situation zu, als beide Seiten begannen, für die Bewaffnung von Gefangenen einzutreten, im einen Fall für die Verstärkung der Roten Garden, im anderen für den Aufbau eines „Sicherheitsdetachements" zur etwaigen Verteidigung gegen „alle Umtriebe". Die Anhänger der Sowjetregierung setzten sich durch. Unverzüglich ergriffen sie, wie sie es nannten, „Maßnahmen wider die Bande genußsüchtiger, verwöhnter Leiber", die „Meute des Adels und der Anwärter desselben", die „Repräsentanten der Geldsackklasse" und „des Berufsmilitärs, ob aktiv oder in der Reserve", sowie die „Vertreter einer Intelligenz, die den vor Hunger zusammenbrechenden Mannschaften den letzten Bissen vom Munde stahl".[214] Dazu Karl Ney: In Berezovka begann die „Zusammenstellung [...] einer Kompanie aus sozialistischen Kriegsgefangenen, und noch in der gleichen Nacht ließen wir als Antwort auf verschiedene Drohungen der Offiziere von zwei Kompanien Kosaken die Steinpavillons umstellen, um eine genaue Durchsuchung vorzunehmen".[215] Die Heeresverwaltungen der Zentralmächte ebenso wie die Delegierten der neutralen Schutzmächte hielten bald eine Flut von kritischen Berichten in Händen. „Bei öfters vorgenommenen Hausdurchsuchungen wurde den Offizieren wie auch Mannschaften ganz willkürlich Geld und sonstiges Privateigentum weggenommen. Viele dieser Hausdurchsuchungen wurden ohne Befehl der kompetenten Behörde, eigenmächtig von bewaffneten Abteilungen, welche den am Bahnhof stehenden Transporten der Roten Garde angehörten und aus gewesenen Kriegsgefangenen bestanden, in rohester und gehässigster Weise durchgeführt", hieß es in einem „Rapport" des dänischen Vice-Konsuls in Irkutsk über die Verhältnisse in „Transbaikalien"[216]. Nicht viel anders äußerte sich Adolf Gaiswinkler, der sich im Herbst 1917 einem Offizier als Diener zuordnen hatte lassen, um den tristen Lebensbedingungen der Mannschaft zu entkommen. Die Gefangenen in der Roten Garde, so Gaiswinkler, „wollten ihr Mütchen an den Offizieren kühlen und ließen diese ihre Macht fühlen. Angeblich fanden die Durchsuchungen statt, um nach Waffen zu suchen. Aber sie beschlagnahmten auch Wodka, Rasierapparate und Rasiermesser. Das Niederschmetterndste aber war, daß es die eigenen Leute waren. Vielfach waren sie nicht mehr ganz nüchtern, wenn sie kamen. Ich glaube auch nicht, daß

---

213 Ebd. 35; vgl. ÖSTA/KA, KM/10. Abt./Kgf. 1918: 10-33/3588.

214 Ebd. 22.

215 Ebd. 38.

216 ÖSTA/KA, AOK/Evb. d. Gstbs./NA d. AOK, Kgf.-Fürsorge, Korrespondenzen 1917-1920: Nr. 4666.

dazu ein Befehl der Führung vorlag, sondern nehme eher an, die Sucht, Macht fühlen zu lassen, war die Triebfeder."[217] Die wenigsten legten, wie etwa der aus Brünn stammende Arnold Hindls, welcher als Offizier noch 1914 nach schweren Gefechten bei dem kleinen Städtchen Pinzców in Gefangenschaft geraten war, angesichts der bisherigen gesellschaftlichen Spannungen einen gewissen Gleichmut gegenüber den Vorgängen im Lager Berezovka an den Tag. Hatte Hindls den „Besuch dreier bewaffneter Männer in den Uniformen von Soldaten ohne Rang" mit einem achselzuckenden „Ničego (Macht nichts)" hingenommen und den revolutionären Ereignissen eine erklärliche Eigendynamik zugebilligt[218], vertrat Franz Tomsche die Mehrheit seiner Standeskollegen, wenn er keinen Zweifel über sein Verhältnis zu den Internationalisten ließ. „Neuerliche Sociversammlung der Kriegsgefangenen, bei welcher sich Novotny wegen der nächtlichen Überfälle rein waschen wollte", notierte der verärgerte Tomsche am 9. März 1918 in seinem Tagebuch; „alle Haustüren werden in der Nacht verbarrikadiert. Eine dänisch-schwedische Kommission ist angekommen, um hier Ordnung zu schaffen."[219]

Der Handlungsspielraum der Skandinavier wurde jedoch durch die Entwicklungen im gesamten sowjetischen Einflußgebiet eingeschränkt. Die Lage am Bajkalsee unterschied sich kaum von den Bedingungen in den anderen Gebieten des ehemaligen Zarenreiches. Hatte man einerseits die Gefangenen für frei erklärt und den „ausländischen Proletariern" die Rechte russischer Staatsbürger verliehen, so war man andererseits bemüht, jene, die sich nicht oder noch nicht zur Revolution bekannten, an den bisherigen Aufenthaltsorten festzuhalten.[220] Hier übernahmen nun oftmals russische Kommandos im Verbund mit Internationalistenkomitees die Lagerverwaltung und die Aufgabe, Propagandaveranstaltungen zu organisieren und bestehende Privilegien zu beseitigen. Als Folge davon wuchs die Aversion der k.u.k. Offiziere gegen die Boľševiki und ihre Gefolgschaft. „Wir waren vogelfrei", erinnert sich etwa Hans Weiland an seine Internierung in Krasnojarsk, um seine Erfahrungen und Standpunkte schließlich in drastische Formulierungen zu hüllen. Die Russen selbst, meinte Weiland, „verschanzten sich hinter den kriegsgefangenen Internationalisten, die sie berieten, die ihre ausführenden Organe wurden – im Klassenhasse, bei Hausdurchsuchungen, Repressalien, Konfiskationen, Bosheiten, beim Abfangen und Einsperren von flüchtenden Kameraden, im Bewachungs- und bald auch im Frontdienst des Bürgerkriegs. Kein Tag verging ohne Meeting, Überfälle, Ohrfeigen, boshafte Befehle, Hausdurchsuchungen, Übersiedlungen, Einkerkerung, Androhung von Erschießungen

217 DlA/Gaiswinkler 29.

218 DlA/Hindls 24.

219 Tomsche 89.

220 ÖSTA/KA, AOK/Evb. d. Gstbs./NA d. AOK, G.Z.N.B./Zensurabt. „D" 1918: Res. Nr. 5023 und 5094; ÖSTA/KA, KM/10. Abt./Kgf. 1918: 10-7/7-288.

usw. So rechtlos, so ausgeliefert sind wir nie gewesen wie in dieser Zeit ärgsten Faustrechts."[221] Rasch schufen sich die in Rußland festgehaltenen Führungskader der Habsburgerarmee neben den „Agitatoren" der „tschechischen, serbischen und rumänischen Legionen" neue Feindbilder: die „Emissäre des Kommunismus", die Bol'ševiki und ihre österreichisch-ungarischen „Gehilfen". Diesen hätte man jede erdenkliche Schlechterstellung zu „verdanken", ein Umstand, den die Beschwerdeschreiben, die sich in den Wiener Zentralstellen häuften, mit entsprechendem Nachdruck hervorhoben: „Auf der Straße und in den Lagern", klagten die Offiziere an den verschiedensten Internierungsorten Sibiriens, Mittelasiens und des europäischen Rußland, seien sie „durch eigene Mannschaften sowie durch die Rote Garde [...] überfallen, mißhandelt und ihnen die Distinktionen abgerissen" worden[222]; „Zwangsregeln" brächte man nicht nur gegen sie, sondern auch gegen „einfache Soldaten zur Anwendung", welche „ihre Pflichten nicht verletzt, strengste Neutralität bewahrt, sich keinen Organisationen" angeschlossen und „ihren Vorgesetzten Anhänglichkeit entgegengebracht" hätten[223]; seit längerer Zeit erhalte man überdies die Gagen nicht mehr oder nur unregelmäßig ausbezahlt; außerdem käme es wiederholt zur Konfiskation von Eigentum durch die „aus sozialistischen Gefangenen gebildeten Kollegien", was um so schwerer wiege, da sich „in den Hauptstädten Petrograd und Moskau sowie in Turkestan, ja selbst in West- und Ostsibirien" die Wirtschaftslage merklich verschlechtert habe und alle „Ausländer" gleichermaßen treffe.[224]

In Anbetracht solcher Stimmungslagen überrascht es kaum, daß ehemalige Kriegsgefangene bei ihrer Einvernahme durch Instanzen der deutschen und österreichischen Militärverwaltung von einer breiten *Ablehnung sozialrevolutionären Gedankengutes* durch die in Sowjetrußland befindlichen Vierbundsoldaten sprachen. Die Werbung für die bewaffneten Verbände der Rätemacht sei, konnte man zum Beispiel in der von Heimkehrern mitgebrachten „Odessaer Zeitung" vom 1. März 1918 lesen, „noch von keinem großen Erfolg" gekrönt; russische „Agitatoren", die sich an Deutsche, Österreicher und Ungarn gewandt, zum „Kampf gegen die Bourgeoisie und die Imperialisten" aufgerufen, „gute Löhnung und Verpflegung in der Revolutions-Armee" versprochen und diese durch die Verteilung von Lebensmitteln für ihre Sache zu gewinnen versucht hätten, wären enttäuscht abgezogen: „Nicht ein einziger der Gefangenen" habe sich bereit gefunden, „den

221 Weiland, Kriegsgefangenenlager Krasnojarsk 185.

222 ÖSTA/KA, AOK/Op.Abt., Hk.-Grp. 1918: Op.Nr. 130.437 und 130.987; ÖSTA/KA, AOK/Evb. d. Gstbs/NA d. AOK, Kgf.-Fürsorge, Korrespondenzen 1917–1920: Nr. 2729.

223 ÖSTA/KA, AOK/Evb. d. Gstbs/NA d. AOK, Kgf.-Fürsorge, Korrespondenzen 1917–1920: Nr. 4012.

224 ÖSTA/KA, KM/10. Abt./Kgf. 1918: 10-7/7-388, 10-7/7-249, 10-7/7-284 und 10-7/7-285; ÖSTA/KA, AOK/Evb. d. Gstbs./NA d. AOK, Kgf.-Fürsorge, Korrespondenzen 1917–1920: Nr. 4666; ÖSTA/KA, AOK/Evb. d. Gstbs./NA d. AOK, G.Z.N.B./Zensurabt. „D" 1918: Res. Nr. 4980 und 5205; ÖSTA/KA, AOK/Op.Abt., Hk.-Grp. 1918: Op.Nr. 130.061, 130.202 und 130.909.

Kapitalisten die Hälse abzuschneiden".[225] Einige Wochen später trafen sieben k.u.k. „Offiziere und Offiziersaspiranten" im schwedischen Haparanda ein, um unverzüglich an die Wiener Zentralstellen beruhigende Meldungen über die Lage am Bajkalsee weiterleiten zu lassen, „wo die bolschewikische Idee noch wenig Fuß gefaßt" habe und „nicht tief eingedrungen" sei, „obwohl diesbezügliche Versammlungen, aufgrund der Neugier vieler Leute, gut besucht waren".[226] Mit merklicher Schadenfreude berichtete Leutnant Dima, daß der Internationalist Fichter bei seiner „Agitation" unter den Gefangenen in Krasnojarsk „von der ungarischen Mannschaft durchgehaut und hinausgeworfen" worden war und „die kleine maximalistische Gruppe" ohne „bedeutende bewaffnete Hilfe von Auswärts" nichts gegen die Mehrheit der Lagerinsassen erreichen werde.[227] Wilhelm Vogel, im Frühjahr 1918 in Nikolsk-Ussurijsk unweit von Vladivostok, präzisierte derartige Beobachtungen durch die Feststellung, daß sich vor allem „reichsdeutsche Kameraden mit ganz geringen Ausnahmen völlig ablehnend verhielten, da die den Reihen der Kriegsgefangenen entstammenden bolschewistischen Sendboten [!] durchaus keinen vertrauenerweckenden Eindruck machten und für uns ja gar kein Anlaß vorlag, uns in innerrussische Angelegenheiten einzumischen".[228]

Ihren Widerhall fanden diese Äußerungen gerade in den Korrespondenzen der Internationalisten, die Vogel, einer streng antibolschewistischen Haltung folgend, zum Inbegriff einer „bedrohlichen Weltanschauung" hochstilisierte.[229] Wiederholt machten revolutionäre Gefangene auf die „heftige Opposition der Reichsdeutschen" aufmerksam; demgemäß, schrieb Rudolf Rothkegel über die Eindrücke anläßlich seiner Agitationsreise in die Lager Zentralrußlands Ende März 1918, „kamen für unsere Arbeit hauptsächlich Ungarn und Österreicher in Betracht", die auch gewillt waren, Kriegsgefangenen-Organisationen zu gründen, allerdings „schwer Fuß faßten, da sie wenig Unterstützung bei der Masse" fanden.[230] Dafür machten kleinere Verbände, die sich inmitten der im Einflußgebiet der Bol'ševiki lebenden Soldaten der Mittelmächte zu bilden begannen und der Regierung Lenins ihre Unterstützung zusicherten, auch die mangelhafte, mitunter sogar völlig zum Erliegen gekommene Gefangenenfürsorge verantwortlich.[231] An manchen Orten sei die „Lage der Kriegsgefangenen unter dem neuen Regime sogar schlechter als unter dem Zarismus", ließen Internationalisten aus dem Raum Vologda-Vjatka ihre Gesinnungsgenossen in ganz Rußland wissen; dringend sei Abhilfe zu schaffen, zumal die all-

225 ÖSTA/KA, AOK/Op.Abt., Hk.-Grp. 1918: Op.Nr. 130.311.
226 ÖSTA/KA, KM/10. Abt./Kgf. 1918: 10-33/3588.
227 ÖSTA/KA, AOK/Op.Abt., Hk.-Grp. 1918: Op.Nr. 131.257.
228 Vogel 33.
229 Ebd.
230 RCChIDNI, f. 549, op. 1, d. 93, ll. 22-25.
231 RCChIDNI, f. 549, op. 1, d. 94, l. 163.

seits anzutreffende „Begeisterung rasch verfliegen" könnte, „was im Interesse der Sozialdemokratie und der internationalen Arbeiterverbrüderung sehr zu bedauern wäre".[232] Bemühungen, gegen Mißstände vorzugehen und durch die Verbesserung der Lebensbedingungen frühere „Feinde" für die „Ideen der Oktoberrevolution" zu gewinnen[233], sowie Versuche, aus der Notlage vieler Gefangener unmittelbaren Nutzen zu ziehen, wechselten einander ab. Dem Kriegsministerium in Wien gaben im Frühjahr „Rückläufer", Mitarbeiter des Roten Kreuzes und dänische Delegierte zu verstehen, daß in letzter Zeit vor allem viele Ungarn „dem Aufruf zum Eintritt in die Rote Garde Folge geleistet" hätten, teils aufgrund von Gewaltanwendung bei Widersetzlichkeiten, teils, um „ihre sonst so prekäre Situation erheblich zu verbessern" oder „ihre etappenweise Flucht zu ermöglichen".[234]

Daß manche Parteigänger der Bol'ševiki bisweilen Gefangene „unter Ausnutzung ihrer Lage" dazu veranlaßten, den Abteilungen der Roten Armee beizutreten, kam auch der russischen Führung zu Ohren. Nicht nur das Centroplenbež verbat sich vor den Augen der protestierenden Zentralmächte in einem von Józef Unszlicht gezeichneten Befehl „eine Verschlechterung oder Verbesserung der Verpflegung" sowie „die Gewährung oder den Entzug verschiedener Vergünstigungen" aufgrund der „politischen Überzeugung von Kriegsgefangenen"[235]; auch führende Internationalisten distanzierten sich in ihren, keineswegs für die Öffentlichkeit bestimmten Korrespondenzen von Maßnahmen dieser Art und bezweifelten überdies nicht zu Unrecht den Wert der Zwangsrekrutierten für die sowjetischen Streitkräfte.[236]

Ungeachtet der Diskussion über die Berechtigung und Sinnhaftigkeit repressiver Werbeaktionen, verzeichnete man mit unterschiedlichen Gefühlen sowohl in Räterußland als auch in der Habsburgermonarchie erste Erfolge der *„Agitationen" revolutionärer Gefangener.* Immerhin schienen sich, im prozentuellen Vergleich zu den Angehörigen der deutschen und osmanischen Heeresverbände, nach und nach verhältnismäßig viele österreichische, vor allem aber magyarische Soldaten der Roten Armee anzuschließen.[237] Außerdem zeigten sich auch jene, welche die Erfolgsaussichten der „bolschewistischen Pro-

232 Ebd. l. 7f.

233 ÖSTA/KA, AOK/Op.Abt., Ev. Grp.-R, 9. Meldung v. 2.1.1918; Pardon/Shurawljow, Bd. 1, 64 und 81, 91f.

234 ÖSTA/KA, AOK/Op.Abt./Evb. d. Gstbs/NA d. AOK, G.Z.N.B./Zensurabt. „D" 1918: Res. Nr. 5094; ÖSTA/KA, AOK/Op.Abt., Hk.-Grp. 1918: Op.Nr. 130.334; ÖSTA/KA, KM/10. Abt./Kgf. 1918: 10-7/7-242.

235 GARF, f. 3333, op. 7, d. 3, l. 95.

236 RCChIDNI, f. 549, op. 1, d. 77, l. 8f.

237 Yanikdag 80f.; Pastor, One Step Forward, Two Steps Back 87.

paganda" bislang eher negativ bewertet hatten, hinsichtlich der längerfristigen Wirkung trister wirtschaftlicher Perspektiven und stetiger ideologischer Indoktrinierungsversuche auf die kriegsgefangene Mannschaft besorgt. Schließlich wäre es möglich, spekulierte man in der „Odessaer Zeitung", „daß durch ein in deutscher Sprache erscheinendes Organ, wie ‚Der Völkerfriede', welcher unter der Redaktion von Karl Radek [...] in Petrograd herausgegeben und allen Kriegsgefangenen kostenlos zugestellt wird, die Gesinnung allmählich bolschewistisch beeinflußt wird".[238] Die Kriegsgefangenen-Zeitungen boten ihren Lesern nicht zuletzt hohle Phrasen und plumpe Polemik. Doch, wie es schien, reichte diese Art von Journalismus aus, um die gewünschten Ziele zu erreichen.

Im Jänner 1918 glaubten die nachrichtendienstlichen Stellen der Donaumonarchie gewisse Erfolge der Bol'ševiki bei der Bewaffnung von deutschen und österreichischen Gefangenen zugunsten des neuen Petrograder Regimes ausmachen zu können. Während ihren Erkenntnissen nach „eine revolutionäre Propaganda von den Russen nicht getrieben werde"[239], so sprachen geflüchtete Offiziere zwei Monate später von einer „großen Gefahr für die eigene Mannschaft", die darin bestehe, „daß sich die sozialistischen Ideen bei ihnen durchsetzen und für uns gefährlich werden könnten".[240] Die warnenden Stimmen mehrten sich, denn Lenin und seine Parteigänger waren entschlossen, die politische Arbeit unter den Soldaten der Mittelmächte, ungeachtet des Propagandaverbotes in den Brester Friedensbestimmungen, nicht nur fortzusetzen, sondern sogar zu intensivieren.

Angesichts der Öffnung zahlreicher Lager, vieler frei herumziehender Gefangener, einer unkontrollierbaren Flucht- beziehungsweise Heimkehrbewegung sowie der in absehbarer Zeit beginnenden regulären Repatriierung auf der Basis des Friedensvertrages herrschte auch in Internationalistenkreisen hektisches Treiben. Die Ideen der Revolution sollten von den Heimkehrern in den Westen getragen werden. In diesem Sinne begleitete man die Heeresangehörigen der Vierbundarmeen noch auf deren Reise bis zu den deutschen und österreichisch-ungarischen Stellungen. In den Zügen, allen größeren Ortschaften und insbesondere an den Bahnknotenpunkten bis kurz vor der Demarkationslinie wurde „Aufklärung" betrieben und dazu aufgerufen, im Habsburger- und Hohenzollernreich „Revolution zu machen".[241]

Außerdem strebten die „Sozialdemokraten-Internationalisten", wie einer „Bekanntmachung" des Moskauer Komitees vom 6. Februar 1918 zu entnehmen war, noch rigorosere Maßnahmen gegen nichtbolschewistische Mannschaftsangehörige und insbesondere gegen Offiziere an: Letztere hätten ihre gerade erworbene Freiheit oftmals dazu mißbraucht,

238 ÖSTA/KA, AOK/Op.Abt., Hk.-Grp. 1918: Op.Nr. 130.311.
239 ÖSTA/KA, AOK/Op.Abt., Ev. Grp.-R 1918: 2. Meldung vom 2.1.1918 und 1. Meldung vom 3.1.1918.
240 ÖSTA/KA, KM/10. Abt./Kgf. 1918: 10-7/7-242.
241 ÖSTA/KA, AOK/Op.Abt., Hk.-Grp. 1918: Op.Nr. 130334.

unter den Kriegsgefangenen „Vorstellungen zu züchten, daß die Revolution zur vollständigen Zerrüttung führt und nur der imperialistische Staat imstande sei, alles wiederherzustellen"; deshalb sei es notwendig, „Konterrevolutionäre zu verhaften, Offiziere nirgendwo als Bewachung beziehungsweise als Begleitposten zuzulassen" und ihnen jegliche „Führung von Klubs oder Kulturveranstaltungen" zu untersagen, „soferne sie gegen die Revolution eingestellt sind".[242]

Als „Konkurrenten" an den Aufenthaltsorten der Gefangenen empfanden die Anhänger der Bol'ševiki allerdings nicht nur die Führungskader des Habsburgerheeres, sondern auch die *Vertreter der nationalen Unabhängigkeitsbewegungen*. Dabei stand Masaryk zunächst im Einvernehmen mit den Bol'ševiki hinsichtlich des weiteren Schicksals der seit Februar 1918 der französischen Armee unterstellten, auf dem Gebiet der früheren Zarenmonarchie befindlichen tschechoslowakischen Legion.[243] Dieser hatte er durchaus im Einklang mit dem Gros der Freiwilligenverbände strikte Neutralität gegenüber innerrussischen Entwicklungen auferlegt.[244] Ein beträchtlicher Teil der „Družinisten" legte aber Sympathie für die russische Revolution sowie für die Ziele des Sozialismus an den Tag. Im Zuge des Vormarsches deutsch-österreichischer Verbände in die Ukraine kämpften sie bei Bachmač vor ihrem Abtransport nach Osten sogar für einen Augenblick Seite an Seite mit den „roten Einheiten".[245]

Nichtsdestoweniger standen sich die Repräsentanten nationaler und sozialrevolutionärer Strömungen an den Unterbringungsorten der Kriegsgefangenen auch zur Jahreswende 1917/18 in der Regel feindselig gegenüber. Die zum großen Teil ungarischen Internationalisten, an deren Spitze nicht zuletzt eine kleine, allerdings über beträchtlichen Einfluß verfügende Gruppe von Offizieren – vornehmlich aus dem Reservestand – bemüht war, sich als Führer einer der Mittel- und Unterschicht entstammenden Gefolgschaft zu präsentieren, sahen in der Legion, die Edvard Beneš aus nachvollziehbaren Gründen als Verkörperung des „Einheit der Volkes", als einen von allen Berufsgruppen und Gesellschaftsmilieus getragenen militärischen Verband, auffaßte[246], gefährliche Widersacher im Wettstreit um die Gunst der Gefangenen. Heimkehreraussagen bestätig-

242 Pardon/Shurawljow, Bd. 1, 39.

243 Muschka 97; Thunig-Nittner 30f.

244 Unterberger, The United States, Revolutionary Russia and the Rise of Czechoslovakia 70; Kalvoda, Czech and Slovak Prisoners of War 226f.

245 Kalvoda, Czech and Slovak Prisoners of War 226; Thunig-Nittner 32f.; Muschka 103–118.

246 Ende Juli 1919 sprach Beneš hinsichtlich der sozialen Zusammensetzung der Legion von 20 Prozent Bauern und Landarbeitern, 20 Prozent Mittelschülern und Studenten, 5 Prozent Handels- beziehungsweise Bankangestellten, 20 Prozent Fabriksarbeitern, 25 Prozent Handwerkern und 10 Prozent Kleinhändlern. – Kalvoda, Czech and Slovak Prisoners of War 226.

ten, was man in Wien ohnehin vermutet hatte: Die Werbung für die tschechoslowakische Unabhängigkeit war auch im bolschewistischen Rußland mit ungeminderter Intensität fortgesetzt worden.

Darlegungen geflüchteter Gefangener, wonach es mit „dem Einfluß der Druschina nun vorüber sei" und überdies seit „Beginn der Revolution das tschechische Element seine Einheit verloren habe", erwiesen sich als wenig stichhaltig.[247] Im Gegenteil. Die k.u.k. Heeresstellen erhielten anderslautende Berichte: In Darnica sei „bis in die jüngste Zeit" die Trennung der eingebrachten Gefangenen nach nationalen Gesichtspunkten vorgenommen worden[248]; „in einem Kohlebergwerk im Gouvernement Ekaterinoslav", hieß es u. a. weiter, „agitierten tschechische und rumänische Offiziere" des Habsburgerheeres „unter den in den Gruben beschäftigten Bürgern" der Zentralmächte; im „Lager Perejeslav fordere ein österreichisch-ungarischer Fähnrich die Tschechen, Slovaken und Serben zum Kampf gegen die Donaumonarchie auf"; überdies habe man im Dezember 1917, unter anderem von Thomas Masaryk mitgetragene, Versammlungen abgehalten, in deren Folge viele den tschechischen Formationen beigetreten und in den ersten Tagen des Jahres 1918 „nach Kiev und noch weiter nach Westen abgegangen seien".[249]

Als die Legionäre angesichts der Offensive deutscher und österreichischer Verbände schließlich aus der Ukraine abzogen und auf sowjetrussischem Territorium bei ihren Rekrutierungskampagnen stärker als bisher den umtriebigen Kriegsgefangenen-Internationalisten in die Quere kamen, trübte sich das ohnehin belastete Verhältnis zwischen den Anhängern der Bol'ševiki und den Verfechtern nationalstaatlicher Ordnungsprinzipien weiter. Wiederholt führten beispielsweise Mitglieder des Moskauer Komitees Beschwerde über das Auftreten der „Družinen". Eine Abteilung von ihnen, „welche von der Front zurückkam", schrieb Rudolf Rothkegel über seinen Aufenthalt in Serdobsk bei Penza, „durchstreifte das Lager und zwang alle Tschechen und Serben, sich ihnen anzuschließen".[250] Danach, so Rothkegel, hätte man die Gefangenen zum Teil sogar mit „Handgranaten und Bajonett mißhandelt" und ihnen „unbedingt brauchbare Gegenstände" sowie Lebensmittel entwendet.[251] Der Bericht über die Vorfälle in Serdobsk gelangte schließlich auch ins Volkskommissariat für Äußeres, wobei in einem Begleitschreiben an Čičerin der Hoffnung Ausdruck verliehen wurde, Kriegsgefangene hinkünftig mit

---

247 ÖSTA/KA, AOK/Evb. d. Gstbs/NA d. AOK, G.Z.N.B./Zensurabt. „D" 1918: Res. Nr. 5094 und ÖSTA/KA. AOK/Op.Abt., Hk.-Grp. 1918: Op.Nr. 130.334.

248 ÖSTA/KA, KM/10. Abt./Kgf. 1918: 10-44/1429; ÖSTA/KA, AOK/Evb. d. Gstbs/NA d. AOK, G.Z.N.B./Zensurabt. „D" 1918: Res. Nr. 5094.

249 Ebd.; ÖSTA/KA, AOK/Op.Abt., Hk.-Grp. 1918: Op.Nr. 130.334.

250 Pardon/Shurawljow, Bd. 1, 61.

251 Ebd.

Hilfe der Räteregierung vor dem, wie sie sich ausdrückten, „gewaltsamen Verschlepptwerden" durch die „freiwilligen Nationalisten schützen zu können".[252]

In der Folge wandten sich prosowjetische Deutsche und Österreicher immer wieder an die Bol'ševiki, um Mitteilungen über das Verhalten der Legionäre, der „Herren Offiziere und Feldwebel" sowie der „schwedischen und dänischen Konsuln" zu machen, die in den Augen der Internationalisten durch ihr „konterrevolutionäres Treiben" aufgefallen waren.[253]

Gerade die *Aktivitäten der neutralen Schutzmächte* waren den sozialrevolutionär gesinnten Gefangenen ein Dorn im Auge.[254] Anfang März 1918 kam es vor den Augen des Sovnarkom zu einer ersten Konfrontation, als das Moskauer Komitee die frühere „Villa des Fürsten Liechtenstein in der Powarskaja Uliza, in der ehemals ein Lazarett für Kriegsgefangene untergebracht war", von den Schweden übernahm und als „Rotes Heim" zum „politischen und kulturellen Zentrum" der Internationalisten umgestaltete.[255] Vor allem aber ging es in den fortwährenden Streitigkeiten um die Zuständigkeit bei der Verteilung der Hilfsgüter. Hauptmann Brun, der von der dänischen Botschaft in Petrograd mit der Gefangenenfürsorge in Turkestan beauftragt worden war und sich in diesem Zusammenhang auf die Hilfe österreichischer Offiziere stützte[256], bekam den Widerstand der eher „dogmatisch eingestellten Bol'ševiki", wie er in seinen Memoiren schrieb, bald zu spüren.[257] Seitens der neuen Machthaber fürchtete man laut Brun den Einfluß, über den er und seine Delegierten durch die Distribution von Gagen und Liebesgaben bei den Angehörigen des Habsburgerheeres verfügten, insbesondere wegen der Bemühungen zahlreicher „Kommissare", speziell k.u.k. Soldaten auch unter Ausnutzung ihrer tristen Lebensverhältnisse in die Rote Armee einreihen zu können.[258] Die Reibereien zwischen „neutralen Sondergesandten" und revolutionären Gefangenen-Gruppierungen machten sich sowohl in den Hauptstädten Rußlands als auch in den entferntesten Orten Sibiriens und Mittelasiens bemerkbar.[259] „Unsere Organisation wird von Tag zu Tag größer, nur machen uns die Roten-Kreuz-Ritter große Schwierigkeiten", berichtete der Internationalist Simon Bartosch über seine Tätigkeit in Petrograd nach Moskau.[260] Bartoschs Versicherung, ungeachtet aller

252 Ebd.
253 RCChIDNI, f. 549, op. 1, d. 92, ll. 19-24.
254 Striegnitz, Deutsche Internationalisten in Sowjetrußland 59.
255 Pardon/Shurawljow, Bd. 1, 54; Szamuely 20.
256 ÖSTA/AdR, BKA/KGF 1919: 24-19/2.
257 Brun 111.
258 Ebd.
259 Siehe dazu unter anderem: Welt-Revolution Nr. 2 (10.4.1918) 4.
260 Pardon/Shurawljow, Bd. 1, 107.

Widerstände die Arbeit programmgemäß fortzusetzen[261], stand der Wille skandinavischer Missionen entgegen, auch weiterhin ihren Verpflichtungen nachzukommen. In diesem Zusammenhang verwies man nachdrücklich auf die Mandatserteilung durch die kriegsführenden Mächte. Demgemäß ließen letztere umgehend Informationen über die Aktionen der „Illoyalen" in den Lagern an die zuständigen Behörden des Hohenzollern- und des Habsburgerreiches weiterleiten, um zum Beispiel das Gemeinsame Zentralnachweisbureau in Wien mittels eines Schreibens vom Februar 1918 auf die Situation in Omsk aufmerksam zu machen, wo ein „sozialistisches Kollegium dem Schwedischen Roten Kreuz die Auszahlung spezieller Gelder für die Offiziere" verweigere und überdies verlange, „alles durch seine Hände gehen zu lassen".[262]

Im Verlauf langwieriger Auseinandersetzungen, in denen schon aufgrund der innerrussischen Situation sowie der internationalen Lage und speziell der fragilen Beziehung zwischen Rußland und den Mittelmächten vor dem Hintergrund des Brester Friedens zunächst keine der Streitparteien eine eindeutige Entscheidung zu ihren Gunsten erwarten durfte, hofften revolutionäre Vierbundsoldaten im früheren Zarenreich auf eine um so nachhaltigere Unterstützung durch die Bol'ševiki. In dieser Hinsicht wurden die Internationalisten-Komitees jedoch gerade in den ersten Monaten nach dem „Oktoberumsturz" vielfach enttäuscht.

Mit unzähligen „Widersachern" in der „Gefangenenarbeit" konfrontiert, empfand es Arnošt Kolman „als schwer erträglich", daß die RSDRP(b) ihm und seinen Mitstreitern „bei weitem nicht voll vertraute".[263] Der neue Anhang aus den Reihen der „ausländischen Werktätigen" war sowohl von den untergeordneten Parteistellen als auch von der Führung in Petrograd mit beträchtlichem *Mißtrauen* empfangen worden. Lenin las die Berichte der Petrovs über die „fremden Proletarier", die sich seinem Regime zur Verfügung stellen wollten, genau. Vor seinem Auge fand anfangs kaum einer Gefallen: Nicht nur Kun, sondern auch die meisten Mitglieder der Moskauer Vereinigung, wie etwa der Österreicher Franz Walz, schienen ihm suspekt.[264] Das Gros der Internationalisten empfand dieses Verhalten zunächst als „tödliche Kränkung", war aber bald bereit, darin eine Konsequenz der früheren polizeilichen Überwachung, der langen „Arbeit im Untergrund und der Emigration" zu erblicken, welche die Bol'ševiki besonders argwöhnisch „auf jedes neue Gesicht reagieren ließ".[265]

Die durchaus nicht unberechtigte Erklärung verschleierte jedoch einen Wesenzug der

261 Ebd.
262 ÖSTA/KA, KM/10. Abt./Kgf. 1918: 10-7/7-249 und 10-7/7-388.
263 Kolman 80.
264 Borsányi 52.
265 Kolman 80.

neuen Machthaber, der sich, trotz der „realpolitischen" Wendigkeit Lenins und seiner engsten Umgebung, in hohem Maße von doktrinärem Denken herleitete und sich nur zu leicht an extremen Polarisierungen, „vollkommener Tugendhaftigkeit" einerseits und „verräterischer Ketzerei" andererseits, orientierte.[266] Gestützt auf das Instrument des Terrors, ohne das, wie Lenin im Jänner 1918 sagte, die Räteregierung nichts erreichen könne[267], und auf ein starres Idealbild des „gelebten Kommunismus", das eine Tendenz zur fortwährenden „Läuterung" in sich trug, wurde schon in den ersten Wochen nach der Machtergreifung der Grundstein für ein System „permanenter Säuberungen" gelegt, das in den Verfolgungen unter Stalin seinen Höhepunkt finden und auch die von Lenin seit Beginn des Weltkrieges propagierte Komintern nicht verschonen sollte. Schon in der ersten Phase nach der Oktoberrevolution bekamen ausländische Kommunisten einen Vorgeschmack von den folgenschweren „Verirrungen" der kommenden Jahre.

Viele führende Internationalisten brauchte man allerdings mit dem „Zeloteneifer" ideologischer Reinheitsfanatiker nicht erst zu befeuern. Seit Beginn ihrer Tätigkeit an der Spitze revolutionärer Gefangenenverbände fühlten sie sich in ihrem „Weltanschauungskampf" von „Agenten, Saboteuren und Provokateuren" umgeben. Diese Erfahrung mußte auch Arnošt Kolman machen, als er im „Archiv des ehemaligen Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten, gegenüber dem Winterpalast, Béla Kun und Endre Rudnyánszky traf". Kolman unterrichtete die beiden über die Moskauer Vereinigung und seine Mitglieder, darunter Tibor Szamuely und Mátyás Rákosi[268] sowie „einen gegen die Bewaffnung von Kriegsgefangenen auftretenden Fähnrich Aradi".[269] In diesem Augenblick unterbrach Rudnyánszky seinen Gesprächspartner, „trat an eines der Regale und holte von dort einen Ordner mit der Aufschrift: Sache Aradi", aus dem hervorging, daß „dieser Offizier der österreichisch-ungarischen Armee der zaristischen Regierung als Spion gedient" hatte.[270] Kolman war erschüttert. In seinen Erinnerungen heißt es weiter: „Das war ein schwerer Schlag für unser Komitee und besonders für mich. Mit Aradi war ich schon ein halbes Jahr bekannt und hatte ihn immer für einen ehrlichen Menschen mit leidenschaftlichem revolutionärem Temperament gehalten. Und plötzlich erwies er sich als Verräter. Es war schrecklich."[271] Noch am gleichen Tag schickte man ein Telegramm nach Moskau; Aradi wurde von der Čeka verhaftet. Sein weiteres Schicksal blieb unbekannt. Kolman aber achtete von nun an genau auf seine Umgebung.[272]

266 Borkenau, Der europäische Kommunismus 22ff.
267 Deacon 209; Scheibert 75ff.
268 Lazitch/Drachkovitch, Biographical Dictionary 328f.
269 Kolman 84.
270 Ebd.
271 Ebd. 85.
272 Ebd.

Allgemein machte sich unter zahlreichen ehemaligen Gefangenen und nunmehrigen Weggefährten Lenins ein Klima der *Gesinnungsschnüffelei* und des stetigen Verdachts breit. Auch andere Funktionäre des Moskauer Komitees verschwanden, nachdem man „Beweise für ihre Spitzeldienste zur Zeit des Zaren und der Kerensky-Regierung" gesammelt und „sie an Nikolaj Bucharin und andere prominente Mitglieder des bolschewistischen ZK" weitergereicht hatte.[273] Sogar der Bekanntenkreis der Arretierten sah sich mit der Zeit verpflichtet, wie im Falle des Reichsdeutschen Gustav Krause, der noch aus dem Gefängnis heraus seine Unschuld beteuerte, Stellungnahmen über den angeblichen Mangel an Wachsamkeit abzugeben.[274] Béla Kun, der selbst einen gewissen Evankov, welcher von Lenin als einer der wenigen Verläßlichen eingestuft worden war, denunzierte[275], glaubte schließlich in einem Brief vom 4. April 1918 überhaupt jede Verantwortung für die seit dem Jahresende 1917 entstandenen Kriegsgefangenen-Gruppierungen von sich weisen zu müssen, da, wie Kun sich ausdrückte, „Massenorganisationen", in denen „konterrevolutionäre Elemente" tätig seien, auch dann abgelehnt werden müßten, wenn sie sich „kommunistisch" nennen würden.[276] Taten und Äußerungen allein genügten nicht mehr. Bei dem Versuch einer totalen Erfassung des einzelnen zielten Männer wie Béla Kun auf die „innere Überzeugung" und begaben sich damit auf das Feld des Persönlichen und in den Bereich des Privaten. Folglich forderten Internationalisten, nicht allein gegen Gefangene vorzugehen, die ihre Abneigung gegen die Rätemacht offen zur Schau stellten, sondern auf jene zu achten, die „ihre militaristische Gesinnung durch eine sozialistische verdecken, die zu ihnen nicht paßt [!]".[277]

Die Beziehungen der Russen zu den Vierbundsoldaten, ja selbst zu den deklariert prosowjetischen Armeeangehörigen der Hohenzollern- und Habsburgerheere, blieben indessen nicht zuletzt aufgrund der prekären wirtschaftlichen sowie außen- und innenpolitischen Lage gleichermaßen schwierig. In den Lagern klagte man über die schlechten Lebensbedingungen. Die Bewachung war nicht selten verschwunden; für die Insassen fühlte sich oft niemand mehr verantwortlich; Brennholz und Verpflegung gingen zur Neige.[278] Abseits der Internierungsorte herrschten keineswegs bessere Verhältnisse. Manche Behörde zeigte sich durchaus nicht gewillt, den Gefangenenkomitees politische Rechte zuzugestehen.[279] Auch die Konflikte in den Betrieben hatten mit der Machtergreifung der Bol'ševiki kein Ende gefunden. Die heimkehrenden Mannschaften der alten, sich auf-

273 RCChIDNI, f. 549, op. 4, d. 5, l. 60.
274 Ebd.
275 Borsányi 52.
276 RCChIDNI, f. 17, op. 4, d. 97, l. 40b.
277 RCChIDNI, f. 549, op. 1, d. 82, l. 100.
278 RCChIDNI, f. 549, op. 1, d. 93, ll. 22-25.
279 Pardon/Shurawljow, Bd. 1, 29.

lösenden russischen Armee nahmen den Kriegsgefangenen die Arbeitsplätze weg.[280] „Ökonomische Lage läßt hier viel zu wünschen übrig. Alle in dieser Hinsicht unternommenen Schritte sind von schwachem oder ohne Erfolge. Von einer Gleichstellung will der größte Teil der hiesigen Bevölkerung nichts wissen", schrieben die „Sozialdemokraten-Internationalisten" von Simbirsk nach Moskau.[281] Ihre Kollegen in Ekaterinburg wiederum hatten sich, einer Aufforderung des dortigen Sowjets entsprechend, an die Ortsgruppen „ausländischer Werktätiger" zu wenden, um diese darüber aufzuklären, daß „Streiks in der Räte-Republik nicht am Platze und als konterrevolutionäre Handlungen" zu betrachten seien; bei „Streitfällen, die aus den Lohn- und Arbeitsverhältnissen entstehen", müsse demgemäß „auf das Vermeiden dieser Kampfform hingewirkt" werden.[282]

Zum größten Problem für die Räteregierung wurde allerdings „die *Bewegungsfreiheit der Plennys*".[283] Die Zensurabteilung des Gemeinsamen Zentralnachweisbureaus in Wien verfügte im Mai 1918 bereits über detaillierte Informationen zu den Vorgängen in Rußland seit Jahresbeginn. In Pavlodar seien „die eigenen Leute innerhalb der Stadt vollkommen frei"; ähnliche Nachrichten habe man aus „Jekaterinburg, Irbit, Katta Kurgan, Kasimov, Lipetzk, Menselinsk, Semibratovo, Slobodskoje"[284], wo man den von einem Ort zum anderen wandernden Gefangenen vielfach mittels amtlicher Genehmigung erlaube, „in den Straßen zu betteln".[285]

Nirgendwo aber offenbarte sich die Entwicklung in solcher Deutlichkeit wie in Moskau und Petrograd. Nicht nur die deutschen und österreichischen Unterhändler, die zu den Verhandlungen in die Hauptstadt gekommen waren, wurden Zeugen der einsetzenden „wilden Heimkehrbewegung". Auch Louis de Robien fiel auf, daß „ungewöhnlich viele k.u.k. Uniformen" auf den Plätzen und Boulevards an der Neva zu sehen waren.[286] In der Hoffnung, eine bessere Versorgungslage anzutreffen und Rußland bald verlassen zu können, gelangten Deutsche, vor allem jedoch Österreicher und Ungarn aus allen Gebieten des früheren Zarenreiches nach Petrograd, wo sich, Zählungen der Bol'ševiki zufolge, Ende März rund 60.000 Kriegsgefangene aufhielten.[287] Beunruhigende Gerüchte begannen die Runde zu machen: Offiziere aus dem Hohenzollernreich trügen sich mit dem Gedanken, unter Verwendung der in der Stadt befindlichen „Feinde" gegen „die Rote Garde

280 ÖSTA/KA, AOK/Evb. d. Gstbs/NA d. AOK, G.Z.N.B./Zensurabt. „D" 1918: Res. Nr. 5023; vgl. RCChIDNI, f. 549, op. 1, d. 94, l. 171; Davis, Deutsche Kriegsgefangene 43.
281 RCChIDNI, f. 549, op. 1, d. 94, ll. 131f.
282 RCChIDNI, f. 549, op. 1, d. 68, l. 30.
283 Davis, Deutsche Kriegsgefangene 43.
284 ÖSTA/KA, AOK/Evb. d. Gstbs/NA d. AOK, G.Z.N.B./Zensurabt. „D" 1918: Res. Nr. 5094.
285 Davis, Deutsche Kriegsgefangene 43.
286 ÖSTA/KA, AOK/Op.Abt., R-Grp. 1918: Op.Nr. 49916; Robien 232.
287 Scheibert 71.

vorzugehen beziehungsweise eine Konterrevolution zu inszenieren"[288]; außerdem entstünden „wohltätige Gesellschaften", die, getarnt als „Fürsorge-Organisationen zugunsten hilfsbedürftiger Offiziere", antibolschewistische Verschwörungen anzettelten und dabei in Kontakt mit „Ausländern sowie der ehemaligen russischen Aristokratie" getreten seien; unter ihnen habe sich eine Gruppe um den Obersten Lanskoj und den Oberleutnant Orel gebildet, die, unterstützt von „bekannten Finanziers und Großkapitalisten", eine Erhebung im Schilde führe, eine Meuterei, bei der sich 3.500 „Gegner der Rätemacht" mit 13.000 Kriegsgefangenen und „nicht klassenbewußten Soldaten" zu vereinigen beabsichtigten.[289]

Bald glaubte die Čeka, schlagende Beweise für diese „Umtriebe" vorlegen zu können.[290] Die Offensive der deutschen Truppen und die relative Nähe der Front bei Riga vor Augen, maß die Petrograder Führung den Ermittlungen ihrer Sicherheitsorgane besondere Bedeutung zu. Lenin befahl, vor allem die gefangenen Offiziere schleunigst loszuwerden.[291] Am 25. Februar 1918 gegen 10 Uhr abends umstellten Rotgardisten das Evakuationsspital Nr. 283, in dem eine Reihe von invaliden und halbinvaliden Deutschen, Österreichern und Ungarn auf ihre Repatriierung warteten. Die Offiziere unter ihnen eskortierte man zum Bahnhof, um sie am folgenden Tag einwaggonieren zu lassen und mit einem Transport in die Wolgaregion zu schicken.[292]

Auch in den kommenden Wochen reagierte man russischerseits auf die Anwesenheit von Gefangenen in den nördlichen Gouvernements mit größter Nervosität.[293] Mitunter blieben selbst jene „Fremden", die für das neue Regime Verständnis zeigten, von den Maßnahmen der Sowjetbehörden nicht verschont. Alexander Täubler, sozialdemokratischer Lehrer aus Wien, ab 1897 in der Redaktion der „Arbeiter-Zeitung" und im Juli 1916 an der wolhynischen Front in die Gewalt der zaristischen Truppen geraten[294], war, nachdem er von den Men'ševiki und den SRy abschätzige Urteile über Lenin und seine Anhänger gehört hatte, von Brjansk nach Petrograd aufgebrochen, um sich „einen näheren Einblick in die russische Politik und das Parteiwesen zu verschaffen".[295] In der durch den „deutschen Vormarsch in höchster Erregung befindlichen Hauptstadt" hatte Täubler zwei kurze Unterredungen „mit dem stellvertretenden Volkskommissär für Äußeres, dem Genossen Petrov", der, stets in Eile, wenig Neigung verspürte, sich in der augenblicklichen Situation

288 Rutkowski, Kundschafterdienst/Mission Landsberger 23.
289 Golinkow 208ff.
290 Ebd.
291 Scheibert 71.
292 Rutkowski, Kundschafterdienst/Mission Landsberger 24.
293 ÖSTA/KA, KM/10. Abt./Kgf. 1918: 10-7/7-276.
294 Zu Täublers Biographie siehe: Hautmann, Rätebewegung 188ff.
295 Täubler 2.

auf Grundsatzdebatten einzulassen. Für Petrov war lediglich entscheidend, ob sein Gegenüber den Internationalisten beziehungsweise der Armee beitreten wolle. Täubler gab eine abschlägige Antwort und mußte bald erkennen, daß auch er an der Neva unerwünscht war.[296] „Ich kam in einer ungünstigen Zeit", heißt es in seinen Aufzeichnungen weiter; „gerade war der Befehl erlassen worden, daß sich in Petersburg keine Gefangenen aufhalten dürfen, und jeder, der auf der Straße getroffen werde, zu verhaften sei. Tatsächlich wurde ich auch am 1. März, gerade als ich aus dem Kommissariat für auswärtige Angelegenheiten kam, auf dem Palastplatz wegen Spionageverdachts verhaftet; zwar kam ich sofort wieder frei, da eine Genossin dem Rot-Armisten meine Papiere vom Brjansker Sowjet vorlas, unter diesen Umständen blieb mir jedoch nichts übrig, als am 2. März nach Moskau und dann nach Brjansk zurückzufahren."[297]

Den Zustrom in die russischen Ballungsräume mit allen Mitteln zu verhindern, wurde zu einem vorrangigen Ziel des Sovnarkom. Lenin selbst brachte seine Intentionen klar zum Ausdruck. Er gab folgende Anweisungen: „Es sind umgehend energische revolutionäre Maßnahmen zu treffen, damit kein einziger Kriegsgefangener oder Flüchtling nach Petrograd beziehungsweise in das von Hungersnot betroffene nördliche Gebiet gelangt. Wir weisen warnend darauf hin, daß hier Kriegsgefangene und Flüchtlinge kein Brot bekommen und dem Hungertod überlassen werden. Sie sind lediglich in jene Gouvernements zu schicken, wo die Nahrungsmittelversorgung gewährleistet werden kann."[298] Darüber hinaus warnte Lenin vor einer „Konterrevolution, die ausgelöst werden könnte durch Saboteure und Provokateure, welche man noch nicht aus den staatlichen Institutionen gejagt" habe und die „Gefangenen absichtlich in die von der Versorgungskrise am schlimmsten betroffenen Gebiete umdirigierten und mit diesen überschwemmten"[299]. Gemäß der Losung „Kein einziger überflüssiger Esser in den hungernden Gouvernements" wurden nachgeordnete Instanzen, speziell Bahnbedienstete und Gruppierungen prosowjetischer Heeresangehöriger der Zentralmächte, angewiesen, nicht allein die Offiziere aus den Reihen der Vierbundarmeen, deren Bewegungsfreiheit an vielen Orten von vorneherein oder nach kurzer Zeit wieder eingeschränkt worden war, streng zu bewachen.[300] Auch „ausländischen Proletariern" sei die „Weiterfahrt" lediglich „nach genauer Prüfung der Dokumente" zu erlauben.[301] Durch „das planlose Umherwandern" schadeten sich die Kriegsge-

296 Ebd. 3.

297 Ebd. 2f.

298 RGVIA, f. 1558, op. 9, d. 57, l. 106; Dekrety sovetskoj vlasti 569.

299 Ebd.; vgl. Klevanskij, Voennoplennye central'nych deržav 52.

300 Siehe dazu: ÖSTA/KA, AOK/Evb. d. Gstbs/NA d AOK, G.Z.N.B./Zensurabt. „D" 1918: Res. Nr. 5023 und 5094; Epstein, Kriegsgefangen in Turkestan 35; Striegnitz, Kerntruppe der Weltrevolution 136.

301 RCChIDNI, f. 549, op. 1, d. 82, l. 100.

fangenen im übrigen ohnehin nur selbst, meinte zumindest Arthur Ebenholz vom Moskauer Komitee.[302] Außerdem wäre ihre vorläufige Zurückhaltung aufgrund der zu leistenden „Aufklärungsarbeit" durchaus zu begrüßen. In den verbleibenden Monaten, so Ebenholz, sei dahingehend zu wirken, „daß kein Gefangener in die Heimat abgeht, der nicht mit unseren Ideen bekannt geworden ist".[303]

Die „Moskauer" erregten damit aber den heftigsten Widerspruch zahlreicher anderer deutscher und österreichisch-ungarischer Verbände in Zentralrußland. Sie betrachteten das Verlassen des Arbeits- und Internierungsortes „als einzige Möglichkeit der Selbsthilfe, um aus den drückenden Verhältnissen herauszukommen".[304] In einem Streitgespräch, an dem sich auch Béla Kun, das Petrograder Komitee vertretend und der Versammlung vorstehend, beteiligte, bezeichnete man die bisherige Tätigkeit der „Moskauer" als „unsystematisch, unproduktiv", ja sogar „diktatorisch" und verlangte „einen gründlichen Wandel im Geschäftsgebaren".[305]

Nicht zum ersten Mal boten die *sozialistischen Gefangenenvereinigungen* ein Bild der *Uneinigkeit.* Lenins Partei, an deren politischem Überleben Gegner wie Anhänger zweifelten[306], konnte selbst von einer betont probolschewistischen Gruppierung um Kun und Rudnyánszky, die durch ihre Werthaltungen ins „Sektierertum" abzugleiten und den „Kontakt zur Basis" zu verlieren drohte, wenig erwarten. Die „Smolnyj-Autokraten", aufgrund ihrer ungesicherten Position eher an der Rekrutierung straff geführter „Weltanschauungstruppen" als an Prinzipiendiskussionen und der „Aufklärung der Werktätigen" interessiert, sahen sich veranlaßt, ihren Beitrag zur Schaffung einer großen, einheitlichen und zentral gelenkten Internationalistenbewegung, eines verläßlichen Verbündeten im Kampf um den Machterhalt, zu leisten. Die militärischen Verbände der Mittelmächte hatten sich kaum in Bewegung gesetzt, als sich die bedrohte Räteherrschaft am 21. Februar 1918 entschloß, „in allernächster Zeit einen Gesamtrussischen Kongreß der Gefangenen einzuberufen".[307]

302 RCChIDNI, f. 549, op. 1, d. 96, l. 29.
303 Ebd.
304 RCChIDNI, f. 549, op. 1, d. 93, ll. 2-5.
305 Pardon/Shurawljow, Bd. 1, 39f. und 47ff.
306 ÖSTA/KA, AOK/Op.Abt., Ev. Grp.-R 1918: 9. Meldung v. 2.1.1918; vgl. Rutkowski, Kundschafterdienst/Mission Landsberger 23.
307 Pardon/Shurawljow, Bd. 1, 45.

ANFÄNGE DER WELTPARTEI

Die ausländischen Gruppen der RKP(b)

„Mit seiner mittelalterlichen Mauer und seinen zahllosen goldenen Kuppeln schien der Kreml als eine Festung der revolutionären Diktatur ein völliges Paradoxon."[1] Was Lev Trockij in seinen Memoiren zur Übersiedlung der Räteregierung nach Moskau zu sagen hatte, empfanden im März 1918 viele seiner Mitstreiter. Karl Radek und Grigorij Zinov'ev, der in jenen Tagen zum Vorsitzenden des Petrograder Sowjets gewählt wurde, gingen allerdings weiter, als sie ihren Unmut im Namen der meisten Parteifunktionäre artikulierten. Die Aufgabe der Neva-Metropole als Machtzentrale, argumentierten sie, würde „einen schlechten Eindruck auf die Arbeiterschaft" in der „Oktoberhauptstadt" machen, die, Gerüchten entsprechend, den Truppen Kaiser Wilhelms „abgetreten werden sollte"; außerdem könne man dem „mit dem Geist der Revolution erfüllten Smolnyj" nicht den Rücken kehren; „im Denken der Leute seien Smolnyj und Revolution ein und dasselbe"; den „Smolnyj im Stich lassen", hieße, „praktisch die Revolution aufgeben".[2]

Lenin verspürte wenig Neigung, sich derlei Symbolik hinzugeben. Am 2. März warfen deutsche Flieger Bomben auf Petrograd. Während man gegen einen eventuellen Versuch Ludendorffs und Hindenburgs, sich der Stadt und damit der russischen Staatsspitzen zu bemächtigen, sogar die Hilfe der Alliierten anrief, floh die *Sowjetführung nach Moskau.*[3] Trockij, der damals den Wechsel vom Außen- ins Militärkommissariat vollzog, unterstützte den Entschluß, ohne sich zunächst aber bei der Betrachtung der historischen Denkmäler in der mittelalterlichen Zarenresidenz eigentümlicher Gefühle zu enthalten. „Die enge alltägliche Berührung zweier historischer Pole, zweier unversöhnlicher Kulturen", so der neue Leiter des Kriegs- und Marineressorts im Sovnarkom, „war erstaunlich und belustigend. Auf dem Holzpflaster am Nikolaischen Palast vorbeifahrend, habe ich mehr als einmal zum ‚Glockenzar' und zum ‚Kanonenzar' hinübergeschielt. Das schwere Moskauer Barbarentum blickte aus dem Loch der Glocke und der Mündung der Kanone."[4] Einem tieferen historischen Sinn folgend, verband der Kreml die „moskowitische Vergangenheit" und die jüngsten Ereignisse, die Autokratie der „gekrönten und der roten

1 Trotzki, Mein Leben 304.
2 Ebd. 303; Heym 192f.
3 Figes, Tragödie 583.
4 Trotzki, Mein Leben 304.

Zaren", die „Zeit der früheren und der gegenwärtigen Wirren".[5] Lenins Weggefährten vermochten sich freilich keinen größeren Widerspruch vorzustellen als jenen zwischen der alten Monarchie und einem „Regime der wahren Demokratie", dem selbst die Bedeutung äußerer Zeichen nicht entgangen war.[6] „Ich schlug vor", erinnert sich Trockij, „Sichel und Hammer über dem Adler anzubringen, damit der Wandel der Zeiten von der Höhe des Erlöserturms hinabblicke. Aber dazu fand man nicht die Zeit."[7]

Obwohl die Boľševiki durch ein zerrüttetes, von außen und innen bedrohtes Land vollauf mit dem Machterhalt in Rußland beschäftigt waren, ließen sie sich nicht davon abbringen, auf ihre weiterreichenden Ziele zu verweisen.[8] Das Glockenspiel auf dem Spasskij-Turm, durch den die Automobile der neuen Kremlherren hindurchfuhren, intonierte anstatt des „,Gott erhalte den Zaren' langsam und bedächtig alle Viertelstunde die ,Internationale'".[9] Für die Volkskommissare keine leere Geste. „Wir wissen", schrieb Lenin, „daß die Umstände unsere, Rußlands, Abteilung des sozialistischen Proletariats haben aufmarschieren lassen, nicht dank unserer Verdienste, sondern infolge der besonderen Rückständigkeit Rußlands; daß vor dem Ausbruch der internationalen Revolution eine Reihe von Niederlagen einzelner Revolutionen möglich ist ... Wir befinden uns gleichsam in einer belagerten Festung, solange uns die anderen Abteilungen der sozialistischen *Weltrevolution* nicht zu Hilfe kommen."[10]

Bis dahin bemühte sich die „belagerte Festung", ihren Teil dazu beizutragen, die gewünschten Entwicklungen im Ausland auf den Weg zu bringen. Seit dem Februar 1917 ließ Lenin keine einzige Gelegenheit vorbeigehen, „die Notwendigkeit der Schaffung einer neuen *Internationale*" zu unterstreichen.[11] Schon auf der Aprilkonferenz der RSDRP(b) plädierte er, gegen die Mehrheit seiner Fraktion, für die Trennung vom Zimmerwalder Zusammenschluß, einem, wie er sich ausdrückte, „aus Kautskyanern bestehenden Sumpf", den man lediglich als Informationsquelle betrachten dürfe; der eigentliche, der „kühne und ehrliche" Bund mit „den Proletariern aller Länder" müsse hingegen im „brüderlichen Vertrauen zu Karl Liebknecht und nur zu ihm" aufgebaut werden.[12] Liebknecht und Rosa Luxemburg, beide wegen ihrer deklarierten Antikriegshaltung in Haft, ebenso wie Friedrich Adler, der nach dem Attentat auf den k.k. Ministerpräsidenten Stürgkh und seiner Verteidigungsrede vor Gericht „als Märtyrer des kriegsabsolutistischen Systems und In-

5 Figes, Tragödie 584.
6 Trotzki, Mein Leben 304.
7 Ebd.
8 Weber, Lenin 132f.
9 Figes, Tragödie 583; Trotzki, Mein Leben 304f.
10 Zit. nach Weber, Lenin 134.
11 Frank 41.
12 Watlin 14; Frank 41f.; Hájek/Mejdrova 17.

karnation der Friedenssehnsüchte der Massen" galt[13], wurden als Heroen einer künftigen, an der Petrograder Erhebung zu messenden internationalen Arbeiterbewegung verehrt.[14] Zwar sollte sich das Verhältnis zwischen den Bol'ševiki und den Trägern ihrer Hoffnungen im Westen bereits nach wenigen Monaten merklich abkühlen und als wesentlich widersprüchlicher erweisen[15]; für die Jahre 1918 und 1919 aber war hervorzuheben, daß Rosa Luxemburg etwa, trotz schwerwiegender Einwände gegen die Maßnahmen Lenins und seiner Parteigänger[16], den ihrer Meinung nach zum Scheitern verurteilten „Oktoberaufstand" begrüßte und als ein in den „unentwegten revolutionären Prozeß der jüngeren Vergangenheit" eingebettetes „zeitgeschichtliches Ereignis" auffaßte, dessen „Elemente es zu studieren" und „in der Zukunft zu berücksichtigen gelte".[17] Luxemburg maß dem „Sowjetexperiment" unter der Führung Lenins paradigmatische Bedeutung bei. Dem „Bolschewismus", schloß sie im Sommer 1918 ihre Abhandlung über die Vorgänge auf dem Boden des ehemaligen Zarenreiches, „gehört in diesem Sinne überall die Zukunft".[18]

Die russische Rätemacht war jedoch weit davon entfernt, sich lediglich als Lehrbeispiel der Geschichte des Sozialismus zu begreifen. Im Kampf um ihr Überleben war sie bereit gewesen, mit der Anerkennung des harten Brester Friedens die „Verteidigung des sozialistischen Vaterlandes über den proletarischen Internationalismus" zu stellen.[19] Nichtsdestoweniger bemühte sich Lenin die Programme und Strategien der Bol'ševiki als allgemeingültige, auch außerhalb Rußlands wirkmächtige Modelle zu etablieren.[20] Konkrete Schritte waren, ungeachtet der innerrussischen Schwierigkeiten, schon deshalb in allernächster Zeit zu unternehmen, da die Enttäuschung über das Ausbleiben der Revolution im Westen nicht einmal vor den Führungsgremien des neuen Regimes Halt machte. Auf einer Sitzung des VCIK im November 1917 formulierten die linken SRy ihr Unbehagen gegenüber dem, wie es einer ihrer Vertreter formulierte, „schändlich schweigenden Westeuropa".[21] Lenins Replik ließ nicht auf sich warten. „Wir glauben an den Umsturz im Westen, wir wissen", daß er „unvermeidlich ist", versicherte der empörte Revolutionsführer; „gewiß, sie ist nicht auf Bestellung zu machen [...], wir werden zu dieser Revolution

13 Der freie Soldat, Nr. 1 (6.11.1918) 2; Hautmann, Rätebewegung 256; Andics, Der Untergang der Donaumonarchie 303.

14 Hirsch 87–116; Bernstein 280; Der freie Soldat, Nr. 1 (6.11.1918) 2; Hautmann, Rätebewegung 256; Andics, Der Untergang der Donaumonarchie 303.

15 Steiner, Die kommunistische Partei 317; Hautmann, Anfänge der linksradikalen Bewegung 43; Hirsch 113ff.

16 Hájek/Mejdrova 20 und 30ff.

17 Fülberth 55f.

18 Zit. nach Hirsch 116.

19 McDermott/Agnew 10.

20 Ebd. 6f.

21 Watlin 16.

beitragen. Wir organisieren in Schützengräben die Verbrüderung, wir helfen den Völkern des Westens, die unbesiegbare sozialistische Revolution anzufangen."[22]

Zur Mithilfe waren alle Räteinstitutionen aufgerufen, die sich in Moskau nach und nach auf Dauer einrichteten. Neben dem Vorsitzenden des Sovnarkom selbst, dessen „Entourage" nach einem kurzen Intermezzo im luxuriösen Hotel „National"[23] den Kreml als ständige Bleibe wählte[24], galt dies bereits für seine Bewacher: Lettische Einheiten, die sich noch im November 1917 dem „Oktoberregime" zur Verfügung gestellt hatten[25], und Mitarbeiter der allrussischen Čeka, welche sich von Beginn an sowohl mit pro- als auch antibolschewistischen „Ausländern" beschäftigte und wenige Jahre später bereits über eine Auslandsabteilung verfügen sollte.[26] Außenpolitische Ziele berücksichtigte obendrein das Volkskommissariat für Nationalitäten-Angelegenheiten (Narkomnac). Letzteres war Josef Stalin anvertraut worden, der in seiner Abhandlung „Der Marxismus und die nationale Frage" das Recht auf volle Selbständigkeit zwar anerkannte, zugleich aber alle Zugeständnisse von der „Einführung der vollkommenen Demokratie", dem „Sturz der Bourgeoisie", abhängig machte. Stalin trachtete danach, bei den einzelnen „Völkern" sowjetfreundliche Führer zu installieren.[27] In diesem Sinn richtete das Narkomnac schon im Frühjahr 1918 eine deutsche sowie eine tschechoslowakische Abteilung ein und gab am 27. Juli in der Pravda die Existenz von insgesamt dreizehn nationalen Departements in seinem Zuständigkeitsbereich bekannt, eine Zahl, die bis Jahresende auf zwanzig stieg.[28]

Eine Schlüsselposition dachte man aber auch weiterhin dem von Čičerin geleiteten Narkomindel zu.[29] Die nunmehr an den Moskauer Patriarchenteichen residierende „weltrevolutionäre Zentralstelle" des Sowjetstaates[30] war noch in Petrograd mit einer Summe von zwei Millionen Rubel ausgestattet worden, um die Propagandaarbeit unter den „ausländischen Proletariern" anzukurbeln.[31]

Der Frieden von Brest-Litovsk brachte allerdings schon kurz vor der Übersiedlung der Regierungsämter nachhaltige strukturelle Veränderungen mit sich. Jenen Artikel des Vertragswerkes berücksichtigend, der den Signatarstaaten das Agitations- und Propagan-

---

22 Lenin, Werke, Bd. 35, 60f.
23 Service 448f.
24 Weber, Lenin 131.
25 Arens/Ezergailis 674; Leggett 34.
26 Leggett 40 und 95; Dallin 14.
27 Wandycz 66f.; Payne 196ff.
28 Lazitch/Drachkovitch, Lenin and the Comintern, Bd. 1, 44.
29 Carr, Bolshewik Revolution, Bd. 3, 78.
30 ÖSTA/KA, KM/10. Abt./Kgf. 1918: 10-7/7-405.
31 Lazitch/Drachkovitch, Lenin and the Comintern 32f.; McDermott/Agnew 10f.

daverbot auferlegte[32], meinte Jakov Sverdlov auf dem am 6. März 1918 eröffneten siebten Parteikongreß der Bol'ševiki: „Wir als Regierung [...] können nicht so eine breite internationale Agitation durchführen, wie es bis jetzt der Fall war. Das bedeutet aber bei weitem nicht, daß wir in dieser Agitation auch nur im geringsten nachlassen. Wir müssen aber jetzt diese Agitation nicht im Namen des Sovnarkom, sondern durch das ZK unserer Partei führen."[33] Die daraus resultierenden organisatorischen Konsequenzen verknüpfte Lenin noch am selben Kongreß mit dem Antrag, die offizielle Bezeichnung seiner Fraktion zu ändern. Aus der RSDRP(b) wurde die Kommunistische Partei Rußlands (Rossijskaja Kommunističeskaja Partija). Durch ein derartiges äußeres Zeichen sollte der endgültige „Bruch mit dem offiziellen Sozialismus" vollzogen, den hinkünftigen außenpolitischen Anstrengungen seiner Partei Rechnung getragen und das Erscheinen einer neuen Kraft innerhalb der „Linken" auch jenseits des bolschewistischen Machtbereiches angezeigt werden.[34]

Da die RKP(b) aber alle Hände voll zu tun hatte, die Herrschaft innerhalb Rußlands aufrechtzuerhalten, faßte Lenin, der seinen Anhängern eine Taktik des Manövrierens, des Rückzuges und des Abwartens in der Phase einer postulierten „Atempause" nach dem Frieden mit dem Vierbund verordnete, eine unverzügliche Gründung der Dritten Internationale nicht ins Auge.[35] Dennoch waren nach der Meinung der KP-Prominenz in der näheren Zukunft die *Grundlagen der Komintern* zu schaffen. Nachrichten über die soziale und politische Unzufriedenheit in den westlichen Nachbarstaaten bestärkten die Sowjetführung in ihrer Haltung. „Die Weltrevolution kommt", meldete die „Izvestija" schon am 19. Jänner 1918; nach „Großrußland" wird die Ukraine erfaßt, ließen die Schreiber des Beitrags mit Zuversicht wissen, dann das Dongebiet, „nach dem Don, Finnland. Nach Rußland, Österreich und Ungarn, danach Frankreich, England und schließlich Deutschland."[36] Zwei Monate später und um die Erfahrung der Bedrohung durch die Streitkräfte der Mittelmächte „reicher" lasen sich die Beiträge im Zentralorgan der russischen Rätebewegung weniger hoffnungsfroh, aber ebenso bestimmt. Ein unsignierter Brief forderte in der Ausgabe der Izvestija vom 24. März die Etablierung einer neuen Internationale. Allein „auf diesem Wege", so hieß es darin, könne „die russische Revolution gerettet, der Imperialismus im allgemeinen sowie der deutsche Imperialismus im speziellen gezügelt und der

32 Dazu heißt es im Friedensvertrag von Brest-Litovsk: „Die vertragsschließenden Teile werden jede Agitation und Propaganda gegen die Regierung oder die Staats- und Heereseinrichtungen des anderen Teiles unterlassen." – Pardon/Shurawljow, Bd. 1, 53.

33 Zit. nach Hájek/Mejdrová 63; vgl. Lazitch/Drachkovitch, Lenin and the Comintern, Bd. 1, 42; Frank 44.

34 Frank 42; Rauch 90.

35 Lazitch/Drachkovitch, Lenin and the Comintern, Bd. 1, 33.

36 Zit. nach Lazitch/Drachkovitch, Lenin and the Comintern, Bd. 1, 33.

Kampf des Weltproletariats für den Sozialismus organisiert werden".[37] In den Veröffentlichungen der RKP(b) avancierte der internationale Kommunismus zum Allheilmittel. Nachdrücklich ging man dementsprechend vor allem in der Propagandaarbeit unter den „ausländischen Werktätigen" darauf ein.[38]

Eine ihrer ersten Zielgruppen waren die mit den Bol'ševiki sympathisierenden Kriegsgefangenen. Nikolaj Bucharin, dessen „Linksopposition" schon im April die Mehrheit in den Petrograder und Moskauer Parteigremien verloren hatte und dessen Konflikt mit Lenin schon Anfang Juni als „völlig überwunden" galt[39], wandte sich solcherart am 10.4.1918 in einem Artikel unter dem Titel „Warum sind wir Kommunisten" an die in Sowjetrußland befindlichen Deutschen, Österreicher und Ungarn. Dabei erhob er schwere Vorwürfe gegen die „Sozialdemokratie der Gegenwart", die seiner Ansicht nach „Marx mit Füßen" trete.[40] Das kommunistische Selbstverständnis in der Diktion Bucharins fiel zunächst vor allem bei der *Gruppe um Béla Kun* auf fruchtbaren Boden. Vornehmlich in den Arbeiten für die Pravda gelangte dieser in den ersten Monaten des Jahres 1918 bei seinen streng marxistischen Analysen der innerrussischen Vorgänge zur Auffassung, daß von der Sozialdemokratie West- und Zentraleuropas abgerückt werden müsse, weil diese nicht in der Lage sei, sich mit dem im Vergleich zum „parlamentarischen Vertretungssystem fortschrittlicheren Rätemodell" zu identifizieren.[41] Insbesondere im Fahrwasser Bucharins, der vor den Internationalisten die radikale „Abkehr von der bürgerlichen Republik" betonte und den „Generalstreik sowie den Aufstand als die eigentlichen Methoden des Kommunismus" bezeichnete[42], begrüßte Kun die „neuen Organisationsformen der russischen Revolution" und bekannte sich zum „staatlichen Konzept auf der Basis totaler Macht", dessen eigentlicher Kontrollmechanismus die strenge „Selbstkritik" gegenüber jeder schädlichen Opposition von außen zu sein habe.[43] Zugleich zeigte er sich hinsichtlich der weltrevolutionären Perspektiven der „proletarischen Diktatur" optimistisch, die „das verrottete System der Bourgeoisie" von Rußland aus schließlich überall zu Fall bringen werde. Diesbezüglich hielt Kun, ähnlich wie die führenden Bol'ševiki, nicht mit der Überzeugung hinter dem Berg, daß die Gründung der III. Internationale eine historische Notwendigkeit und die „Weltdiktatur des Proletariats", ein „Internationalismus in der Gestalt einer

37 Ebd. 44.
38 Ebd.
39 Löwy 101–104.
40 Welt-Revolution, Nr. 2 (10.4.1918) 1.
41 Borsányi 61.
42 Welt-Revolution, Nr. 2 (10.4.1918) 1.
43 Borsányi 61f.

auf dem revolutionären Marxismus fußenden föderativen Sowjetrepublik", anzustreben sei.[44]

Kuns Gruppe sah diese Standpunkte auch in den politischen Manifestationen zahlreicher Kriegsgefangener bestätigt. Heeresangehörige der Hohenzollern- und der Habsburgerarmee bekannten sich schon am 6. Jänner 1918 in Ivanovo-Voznesensk zur „Völkervereinigung auf Grund der Arbeitermacht", eine Resolution, die tags darauf in Moskau versammelte Gefangene annahmen. [45] Auf Meetings in fast allen Gebieten des ehemaligen Zarenreiches sprachen sich in den folgenden Wochen sozialistisch gesinnte Vereinigungen unter den Soldaten der Mittelmächte gleichfalls für die „Weltrevolution" und die Idee der Internationale aus, wobei vielfach Friedrich Adler und Karl Liebknecht als Integrationsfiguren der kommenden „Verbrüderung" adoriert wurden.[46]

Für Kuns engeres Umfeld waren die Entwicklungen Grund genug, im Zuge der von verschiedenen Seiten intendierten Vereinheitlichung der revolutionären Gefangenenbewegung einer deklariert kommunistischen Position Ausdruck zu verleihen. Schützenhilfe leistete dabei die russische KP. In „Rücksprache mit Sverdlov", „in ständigem Kontakt mit Bucharin" und in Kooperation mit Ivan Ul'janov vom Gefangenenbüro bei der Militärabteilung des VCIK sowie den Mitarbeitern des Narkomindel und des Moskauer Parteigremiums setzten probolschewistische Internationalisten erste Schritte.[47] Am 17. März 1918 gab man in der „Pravda" die Ergebnisse einer Konferenz vom 14. desselben Monats bekannt, an der, wie verlautbart wurde, „dreißig namhafte politische Arbeiter" teilgenommen hätten, um „im freien Rußland [...] das Fundament für die III. Internationale" zu legen.[48] Zu diesem Zweck habe man die *„Schaffung einer internationalen kommunistischen Partei"* ins Auge gefaßt und Kommissionen für Fragen der Organisation, der Publikationen und für die Einberufung eines allgemeinen Kongresses der Kriegsgefangenen gewählt. Aus letzteren versuchte man nun, mit Rücksicht auf die Bedingungen des Brester Friedens, die gegen die Entfaltung politischer Propaganda unter den Staatsbürgern der Mittelmächte gerichtet waren, nunmehr „Emigranten" zu machen.[49] Die Beschlüsse sollten zügig umgesetzt werden. Mitglieder der Kommissionen, denen neben den Ungarn Kun, Rudnyánszky und Szamuely, dem Österreicher Ebenholz und den Vertretern des sowjetrussischen Staats- und Parteiapparates auch bulgarische, deutsche, polnische, rumänische, südslawische und tschechische Sozialisten angehörten, unterschrieben bereits am 15.3. ein

44 Zit. nach Jósza, Ungarn und die ungarischen Bolschewiken 167ff.

45 RCChIDNI, f. 549, op. 1, d. 82, l. 490b.

46 ÖSTA/KA, KM/10. Abt./Kgf. 1918: 10-7/7-223; Pardon/Shurawljow, Bd. 1, 20, 25 und 52; Die Wahrheit, Nr. 4 (24.3.1918) 4.

47 RCChIDNI, f. 17, op. 4, d. 97, l. 12. und d. 101, l. 3.

48 Pardon/Shurawljow, Bd. 1, 55; Józsa, Ungarn und die ungarischen Bolschewiken 148.

49 Ebd.; Kulinytsch/Koschyk 12f.

Dokument, das die Gründung einer internationalen Föderation kommunistischer Sektionen bei der RKP(b) vorsah[50]; außerdem wollte man bereits in den kommenden Tagen mit der Herausgabe von verschiedenen Zeitungen beginnen.[51]

Schon wenige Tage danach entpuppte sich die Zentralisierung von Interessenvertretungen der Vierbundsoldaten im sowjetischen Einflußgebiet nach klaren politisch-weltanschaulichen Richtlinien als kompliziert. Zwar hatte die Tagung vom 14. März die Weichen für die Errichtung einer einheitlichen Gefangenenvereinigung durch die „Verschmelzung des Petersburger Initiativkreises mit dem Moskauer Komitee" gestellt[52]; gerade letzteres aber schien zumindest mit der strategischen Ausrichtung der „Kun-Gruppe" nicht übereinzustimmen.[53] Ernst Reuter, der am 14. 3. unter anderen mit Ul'janov, Ebenholz, Rudnyánszky und Szamuely in die Publikationskommission aufgenommen worden war, formulierte das Unbehagen seiner Kollegen im Rahmen einer auch von Kun, Reinstein und dem Ehepaar Petrov besuchten Sitzung am 18. März 1918: Die neu „hinzugekommenen Genossen" hätten bedauernswerterweise nicht mit den „Moskauern" gemeinsam „die geleistete und zu leistende Arbeit" geprüft, überdies planten die „Petrograder" den Aufbau probolschewistischer Institutionen nach ethnischen Kriterien, wogegen mit Entschiedenheit Stellung genommen werden müsse.[54] Auch das Gefangenenkomitee in Moskau, setzte Reuter seine Ausführungen fort, „hat ohne Unterschied der Nation gemeinsam gearbeitet, die Tätigkeit ist verteilt worden nach den Gesichtspunkten der Fähigkeit, nicht der Nation, und überall in der Provinz haben wir darauf geachtet, daß da, wo eine Sonderung in nationale Komitees gemacht worden ist, die gemeinsame Organisation durchgesetzt wurde. Die Kriegsgefangenen haben sich daran gewöhnt, in dieser ihre Vertretung zu erblicken, und werden faktisch nur in dem Rahmen dieser Komitees zu bearbeiten sein. Die Gründung einer kommunistischen Emigrantenpartei wird den Gefangenen unverständlich sein, da sie in ihrer großen Mehrzahl eben nicht Emigranten sein wollen. Eine Organisation der hier in Rußland bleibenden Emigranten ist eine ganz zweitwichtige Sache, um die wir uns später kümmern können, wenn wir wirklich Emigranten geworden sind."[55]

Obwohl die Entscheidung in dieser Angelegenheit auf den großen Kongreß aller revolutionären Kriegsgefangenen im darauffolgenden Monat verschoben wurde[56], geriet Kun durch die Argumentation Reuters, der sich weitere Angehörige des Moskauer Komitees

50 Kopylov, Iz istorii internacional'nych organizacij 82.
51 Pardon/Shurawljow, Bd. 1, 55.
52 Brandt/Löwenthal 89.
53 Kopylov, Zarubežnye internacionalisty 153.
54 Welt-Revolution, Nr. 3 (15.4.1918) 3.
55 Pardon/Shurawljow, Bd. 1, 56.
56 Ul'janov 101; Kopylov, Zarubežnye internacionalisty 153.

anschlossen[57], in die Defensive. Auch die anwesenden russischen Funktionäre trugen den Einwänden Rechnung. Schließlich bemängelte man die Vorgangsweise einiger Mitglieder der „Petersburger Gefangenengruppe" und die „Art, wie die Sitzung am 14. März zustande gekommen" war. Boris Reinstein vom Narkomindel bezeichnete den in der Pravda veröffentlichten Bericht über einen Neuaufbau der III. Internationale gar als „peinliche Irreführung der Öffentlichkeit" und bedauerte „die Nennung seines Namens in diesem Zusammenhang".[58]

Wehte der kleinen Schar um Béla Kun unter den vielfach kommunistisch gesinnten Deutschen und Österreichern im Zentrum der Rätemacht ein kalter Wind ins Gesicht, so waren die *Widerstände der Gefangenenverbände* in weiten Teilen Rußlands und Sibiriens von noch viel prinzipiellerer Art. Auch die führenden Sozialdemokraten-Internationalisten des Moskauer Militärbezirks, die speziell wegen ihrer Verfügungen hinsichtlich der „frei herumziehenden Gefangenen" einer herben Kritik durch die eigenen Ortsgruppen ausgesetzt waren, sahen sich mit einer äußerst widersprüchlichen Bewegung konfrontiert.

Zahlreiche Komitees hielten weiterhin grundsätzlich zur Sozialdemokratie, ohne damit allerdings eine klare ideologische Abgrenzung ausdrücken zu wollen. Durchaus bezeichnend hierfür waren etwa die Verhältnisse in Čeljabinsk. Die dort seit Februar 1918 existierende Gruppe setzte es sich zwar zum Ziel, „das Klassenbewußtsein zu heben", wie in einem Pressebericht zur Gründungsversammlung zu lesen war; in erster Linie jedoch hielt es die Vereinigung für ihre Pflicht, „die ökonomische Lage ihrer Mitglieder zu erleichtern [...] und juristischen Beistand zu leisten".[59] Die Sorge um die materiellen Bedürfnisse der Kriegsgefangenen begleiteten mehr oder minder deutliche politische Diskrepanzen zwischen den Programmformulierungen mancher „ausländischer Werktätiger" und den Standpunkten der Bol'ševiki. Hauptsächlich opponierten die meisten auf ein baldiges Kriegsende hoffenden deutschen und österreichisch-ungarischen Soldaten gegen eine von der Sowjetführung ins Auge gefaßte neuerliche Bewaffnung der Gefangenen.[60] Bisweilen bestand auch Übereinstimmung zwischen den Internationalisten und anderen sozialistischen Parteien Rußlands, insbesondere hinsichtlich des Vertrages von Brest-Litovsk. In Simbirsk etwa[61] und schließlich auch in Moskau nahmen linke SRy mit deutschen, österreichischen und ungarischen „Linken" Kontakt auf. Unter diesen begünstigte eine von

57 Pardon/Shurawljow, Bd. 1, 56f.

58 Ebd.

59 Striegnitz, Deutsche Internationalisten 54.

60 Ebd. 59.

61 Einfluß auf die revolutionären Kriegsgefangenen versuchten linke Sozialisten-Revolutionäre auch in Samara und Ekaterinburg auszuüben; kein leichtes Unterfangen, zumal die Zielsetzungen der linken SRy und der deutschen beziehungsweise österreichisch-ungarischen Internationalisten in vie-

manchen bekundete Ablehnung des „räuberischen Gewaltfriedens"[62] auch gegen Lenin gerichtete Stimmungen.[63] Diesbezüglich spielte neben der Bucharinschen Losung vom revolutionären Krieg insbesondere die Angst vor dem in Bälde zu erwartenden Kriegsgefangenenaustausch eine gewisse Rolle, hatten doch Vertreter der dänischen Botschaft zusammen mit den Offizieren in den Lagern „die Namen der aktivsten Internationalisten registriert, um für deren Bestrafung bei der Rückkehr Sorge zu tragen".[64]

Beratungen in mehreren Regionen, die wiederum Agitatoren zu den Aufenthaltsorten der Vierbundsoldaten in Sowjetrußland führten und auf diese Weise der revolutionären Bewegung unter den Deutschen, Österreichern, Türken und Bulgaren zunächst in den einzelnen Gouvernements Gestalt gaben[65], förderten währenddessen eine deutlichere politische Positionierung der unterschiedlichen Komitees. Im Zuge der Vorbereitungen für einen allrussischen Kongreß – die zuständige Organisationskommission der Moskauer Vereinigung hatte sich am 6. April 1918 in einem Rundschreiben an alle Kriegsgefangenen-Gruppierungen mit der Bitte gewandt, hierfür Vertreter in die Hauptstadt zu entsenden[66] – anerkannten einige Versammlungen wie die des Bundes der Sozialdemokraten-Internationalisten im Ural am 7. und 8. April „die Taktik der Kommunisten-Bolschewiki als richtig" und waren bereit, ihre Delegierten für die Schaffung einer zentralen Institution mit gleichlautenden Resolutionen auszustatten.[67] In anderen Städten verliefen die Diskussionen hingegen wesentlich kontroversieller. Repräsentanten sibirischer Komitees lehnten etwa in Kansk jede politische Deklaration ab und stellten sich ganz in den Dienst der Gefangenenfürsorge bis zum Beginn der regulären Repatriierungsaktion.[68] Mit Blick auf die Gegensätze innerhalb der von den Heeresangehörigen der Zentralmächte gebildeten Verbände durften die prokommunistischen Internationalisten von der in Kürze beginnenden gesamtrussischen Konferenz nicht allzu viel erwarten. Kun schrieb einige Jahre später: „Ein Teil der aktiveren Kriegsgefangenen wollte bloß eine allgemeine Massenorganisation der Kriegsgefangenen zum Schutze ihrer Interessen haben. Andere propagierten die Idee der Bildung einer besonderen sozialdemokratischen Partei der Kriegsgefangenen. Der in Vor-

---

len Punkten nicht übereinstimmten. Siehe dazu: Islamov/Jósza 179ff.; Chil'čenko 45; Mal'kov, Dejatel'nost' partijnych i sovetskich organov 280.

62 RCChIDNI, f. 549, op. 1, d. 92, l. 36 und d. 82, l. 23; Welt-Revolution, Nr. 3 (15.4.1918) 1; Pardon/Shurawljow, Bd. 1, 59f.

63 Striegnitz, Deutsche Internationalisten 118.

64 Ebd. 117.

65 Krammer 245f.; Wassermair 295.

66 ÖSTA/KA, KM/10. Abt./Kgf. 1918: 10-7/7-268.; Welt-Revolution, Nr. 1 (6.4.1918) 1; Davis, Life of Prisoners 183.

67 Pardon/Shurawljow, Bd. 1, 67f.; Reisberg, Österreichische Kommunisten und Internationalisten 14.

68 Pastor, Hungarian POWs in Russia 154.

bereitung befindliche Landeskongreß der Kriegsgefangenen versprach stürmisch zu werden. Die Fronten begannen sich herauszubilden: dort die Anhänger der Interessenvertretungsorgane der Kriegsgefangenen, hauptsächlich unter Führung jener, die mit den sozialdemokratischen Parteien nicht brechen wollten – hier die kommunistische revolutionäre Gruppe, die die Kriegsgefangenen-Massenorganisationen in erster Linie als eine Schule des Kommunismus und als ein Sammelbecken der internationalistischen roten Truppen betrachtete und die die Kader der in der Österreichisch-Ungarischen Monarchie zu bildenden, selbständigen kommunistischen Parteien vorbereiten wollte."[69]

Béla Kun schätzte seine Erfolgsaussichten in den kommenden Auseinandersetzungen gering ein, trug jedoch durch das Mißtrauen gegen die Mehrheit der Internationalisten und die Ablehnung ihrer Komitees selbst wenig zur Verbesserung seiner Lage bei.[70] Durch die Absicht, mit den allgemeinen oder sozialdemokratisch-internationalistisch eingestellten Gefangenenvereinigungen „nichts zu tun haben zu wollen"[71] und speziell unter jenen „ausländischen Proletariern" zu wirken, die „aus Überzeugung und nicht zwecks Lebensunterhalt" in die Rote Armee eingetreten waren, negierten die ungarischen Parteigänger der RKP(b) die Arbeit unter der Mehrheit der Vierbundsoldaten und beschworen somit eine „Isolierung der kommunistischen Kräfte" von den „Massen der kriegsgefangenen Werktätigen" herauf.[72] Schließlich stellten tschechische beziehungsweise magyarische KP-Anhänger um Kun und František Beneš die Einberufung des allgemeinen Gefangenenkongresses überhaupt in Frage. Gegen eine solche Haltung verwahrte sich das Moskauer Komitee am 11. April allerdings nachdrücklich, nachdem das Programm des Treffens bereits veröffentlicht worden war.[73] Die sowjetrussischen Staats- und Parteispitzen, welche wie Jakov Sverdlov engen Kontakt mit der Gruppe um Kun unterhielten, mußten ihrerseits einschreiten, fürchteten sie doch durch die „Selbstüberschätzung ihrer ausländischen Genossen" das Gros der deutschen und österreichischen Soldaten in ihrem Machtbereich nicht erreichen zu können. Der Wunsch vieler Komitees, eine einheitliche Gefangenenorganisation zu gründen, war zu berücksichtigen. Innerhalb der Internationalistenbewegung sollten nationale kommunistische Gruppen dann nach und nach ihren Einfluß vergrößern.[74]

---

69 Szamuely 21f.

70 Ebd.

71 RCChIDNI, f. 17, op. 4, d. 97, l. 3f.

72 Striegnitz, Deutsche Internationalisten 123.

73 Ebd. 129. Siehe dazu auch: RCChIDNI, f. 17, op. 4, d. 94, l. 39.

74 Ebd. 135.

Während die Bol'ševiki solcherart ihre Gefolgschaft unter den Kriegsgefangenen auf Linie brachten, überließ man bei der Planung der *Moskauer Unterredungen* nichts dem Zufall. Die Einladung zur Konferenz wandte sich an alle Kriegsgefangenen-Organisationen, welche „auf internationalem sozialdemokratischen Boden stehen und die Sowjetgewalt als Vertretung der proletarischen Interessen und Ausgangspunkt der Weltrevolution anerkennen"; von deren Repräsentanten verlangte man „Beglaubigungen der „kommunistisch-bolschewistischen oder linken S.R. Partei"[75]; die in der Presse abgedruckte Tagesordnung sah unter anderem Beratungen über die Schaffung „einer politischen Organisation der Emigranten" sowie über die „Wahl eines ZK" der Internationalistenverbände und dessen Umbenennung in ein „Gesamtrussisches Komitee der Kriegsgefangenen-Kommunisten" vor.[76] Außerdem sollten die „Regionalmeetings" durch aus der Hauptstadt angereiste Agitatoren zusätzlich „auf das bedeutende Ereignis vorbereitet"[77], in Moskau selbst verschiedene Fragestellungen schon drei Tage vor dem offiziellen Kongreßbeginn behandelt und überdies die Gültigkeit der von den Abgesandten vorgewiesenen Mandate geprüft werden.[78]

Als dann die offiziellen Versammlungen im Beisein von zweihundert stimmberechtigten und sechzig beratenden Delegierten, die nach dem Sowjetrepräsentanten Ivan Ul'janov 50.000, laut Pravda eine halbe Million und der dänischen Gesandtschaft zufolge rund 250.000 Gefangene vertraten[79], am 16. April im Säulensaal des Moskauer Gewerkschaftshauses, dem ehemaligen Adelsklub, begannen[80], war die in russischer, deutscher und ungarischer Sprache tagende Konferenz weitestgehend auf der Seite Kuns.[81] Zwar konnten die nach dem Räteprinzip strukturierten Vereinigungen der Internationalisten nicht in

75 ÖSTA/KA, AOK/Evb. d. Gstbs./NA d. AOK, G.Z.N.B./Zensurabt. „D" 1918: Res. Nr. 5205.

76 Welt-Revolution, Nr. 2 (10.4.1918) 4.

77 Striegnitz, Deutsche Internationalisten 130.

78 ÖSTA/KA, AOK/Evb. d. Gstbs./NA d. AOK, G.Z.N.B./Zensurabt. „D" 1918: Res. Nr. 5205; Józsa, Ungarn und die ungarischen Bolschewiken 152f.; Kopylov, Zarubežnye internacionalisty 161; Mihályhegyi 73f.; Reisberg, Österreichische Kommunisten und Internationalisten 15.

79 Ul'janov 102; Pardon/Shurawljow, Bd. 1, 70; Lazitch/Drachkovitch, Lenin and the Comintern 43; Striegnitz, Die aktive Teilnahme ehemaliger deutscher Kriegsgefangener 137; ÖSTA/KA, KM/10. Abt./Kgf. 1918: 10-7/7-396; Reisberg, Österreichische Kommunisten und Internationalisten 15; ders. Österreichische Kommunisten in der Oktoberrevolution 36.

80 Welt-Revolution, Nr. 4 (29.4.1918) 1; Kolman 94; Striegnitz, Deutsche Internationalisten 133; Pardon/Shurawljow, Bd. 1, 70; Bradley, Allied Intervention 55; Frank 45.

81 In den vom Kongreß angenommenen Resolutionen manifestieren sich deutlich die Standpunkte Béla Kuns; siehe dazu: Pardon/Shurawljow 69f.; Hájek/Mejdrová 63; Kriegel/Haupt 296 und ÖSTA/KA, KM/10. Abt./Kgf. 1918: 10-7/7-357; Raabl-Werner, Der Einfluß der Propaganda 782; Wassermair 297; Völgyes, Hungarian Prisoners of War in Russia 73–76.

toto in die RKP(b) eingegliedert werden[82]; sein Eintreten für die durch Sprachzugehörigkeit definierten nationalen Gruppen war dafür aber ebenso von Erfolg gekrönt[83] wie sein „Kampf" für einen bolschewistisch geprägten Zentralverband, der im Rahmen der Beratungen Gestalt annahm, mit Bezug auf die Brester Friedensbestimmungen jedoch tunlichst die Bezeichnung „Kriegsgefangener" vermied und deshalb unter dem schwerfälligen Namen „Internationale revolutionäre sozialistische Organisation ausländischer Arbeiter und Bauern" firmierte.[84] Das neunköpfige Zentrale Exekutivkomitee der neuen, selbst in nationale Sektionen untergliederten allrussischen Gefangenenvertretung[85], dem unter anderen die Ungarn Károly Vantus und Ferenc Jancsik sowie die Deutschösterreicher Franz Walz und Karl Tomann angehörten[86], wandte sich in diesem Sinne schon kurz nach dem Kongreß, der am 18. April endete[87], an Sverdlov, um seine „tiefe Verbundenheit mit der russischen Bruderpartei" und das vollste Einverständnis mit den vorwiegend aus k.u.k. Soldaten hervorgegangenen „kommunistischen Sprachengruppen" zu betonen.[88]

Diese konnten mit den Beratungen, denen sie noch vor wenigen Tagen mit größter Reserviertheit gegenübergestanden waren, vollauf zufrieden sein. Schließlich vermochte man der allgemeinen Gefangenenbewegung seinen Stempel aufzudrücken und gleichzeitig die „internen Meinungsverschiedenheiten" zwischen den probolschewistischen Internationalisten zu seinen Gunsten zu entscheiden. Das Moskauer Komitee zerfiel. Dessen bisherige Führung hatte im Streit mit Kuns Anhängern auch aufgrund seiner eigenen Uneinigkeit den kürzeren gezogen. Die Mehrheit um Béla Kun, schreibt Arnošt Kolman, „stimmte dafür, daß auf die sofortige Heimkehr der Kriegsgefangenen und die Umwandlung der heimischen sozialistischen Parteien in kommunistische hingearbeitet werden sollte. Die Minderheit, zu der auch ich gehörte, versuchte die Irrealität dieser Politik aufzuzeigen. Wir meinten nämlich, daß in den meisten Fällen eine solche Umwandlung lediglich einen formalen Akt darstellen würde, und schlugen vor, die sowjetischen Kommunisten im Bürgerkrieg zu unterstützen, nach dem Westen, in die Heimatländer, aber nur verläßliche Genossen zu senden."[89]

---

82 Moritz, Gefangenschaft und Revolution 145.

83 Hautmann, Rätebewegung 182.

84 Striegnitz, Deutsche Internationalisten 136f.; Jósza, Ungarn und die ungarischen Bolschewiken 153f.

85 Pardon/Shurawljow, Bd. 1, 83.

86 GARF, f. 1235, op. 93, d. 22, l. 210.; Striegnitz, Kerntruppe der Weltrevolution 142. Für die Behauptung von Branko Lazitch und Milorad Drachkovitch, das neugewählte ZEK habe aus 21 Personen bestanden, existieren in den russischen Dokumenten keine Belege. – Lazitch/Drachkovitch, Lenin and the Comintern 43.

87 Striegnitz, Kerntruppe der Weltrevolution 141; Pastor, Hungarian POWs in Russia 154; Wassermair 296.

88 RCChIDNI, f. 17, op. 4, d. 101, l. 3.

89 Kolman 94; vgl. Jósza, Ungarn und die ungarischen Bolschewiken 154.

Im völligen Widerspruch zu den Auffassungen Kolmans, der in der Folge als russischer Staatsbürger in den Partei- und Staatsinstitutionen der Räterepublik tätig war[90], stand die Meinung Ernst Reuters. Seine Opposition gegen die „Vorschläge der Ungarn" orientierte sich immer noch an den schon im März vorgetragenen Richtlinien. Kun lag nach wie vor auch viel daran, internationale Freiwilligeneinheiten für die im Aufbau befindliche Rote Armee zu rekrutieren; die Proteste der Mittelmächte sollten umgangen werden, indem man für die sowjetische Staatsbürgerschaft optierte. „Reuter dagegen wollte die internationalistischen Gefangenen für die kommende Revolution in der Heimat zur Verfügung halten, auf die es ihm vor allem ankam. Bei aller Begeisterung für die russische Revolution wollte er weder selbst Russe werden, noch andere veranlassen, russische Uniform anzuziehen."[91] Wie Kolman trennte sich Reuter nach dem Erfolg Kuns auf der *Moskauer Konferenz im April 1918* von der revolutionären Gefangenenbewegung. Wie viele andere Internationalisten arbeitete er allerdings weiterhin im Einvernehmen mit den Bol'ševiki an verantwortlicher Stelle mit. Sein neues Betätigungsfeld wurde „der Aufbau einer autonomen Verwaltung für die deutschen Siedler an der Wolga".[92]

War einerseits das „ZEK der ausländischen Arbeiter und Bauern" nicht fähig, alle deutschen und österreichisch-ungarischen Heeresangehörigen in Rußland, die sich auf die Seite der Sowjetregierung gestellt hatten, zu erfassen, ging man andererseits daran, die rund 80 im April bestehenden[93] sowie die später gegründeten Komitees der Kriegsgefangenen nach und nach unter KP-Kontrolle zu bringen. Das Schwergewicht der Arbeit lag dabei auf den kommunistischen Sprachgruppen, denen auch Lenin und seine engsten Vertrauten unbedingt den Vorzug gaben. „Unsere Richtung siegte", erinnert sich Kun: Dem „ist es zu danken, daß sich nach der ungarischen Gruppe die deutsche, die rumänische, die jugoslawische und die tschechische kommunistische Gruppe sowie auch noch eine französische Gruppe konstituierte und schließlich ein Verband aller dieser Gruppen beim Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Rußlands (Bolschewiki) entstand".[94] Die Moskauer Beratungen gaben den Ausschlag.[95] Die Grundlagen aber waren schon kurz nach der Sitzung vom 14. März geschaffen worden. Letztlich ging es darum, auch unter den „Proleta-

---

90 Ebd. 94ff.

91 Brandt/Löwenthal 90f.

92 Ebd. 91.

93 Striegnitz, Kerntruppe der Weltrevolution 141. 1960 sprach Striegnitz in einem Beitrag für die ostdeutsche ZfG von 55 örtlichen Gefangenenorganisationen, die sich durch den Moskauer Kongreß im April 1918 vereinigt hätten. – Striegnitz, Die aktive Teilnahme ehemaliger deutscher Kriegsgefangener 137.

94 Szamuely 23f.

95 Scheibert 72.

riern" aus Deutschland und der Donaumonarchie nur dem bolschewistischen Standpunkt Geltung zu verschaffen. Die damit prinzipiell übereinstimmenden Moskauer „Sozialdemokraten-Internationalisten" hatten ihre vornehmlich taktischen und organisatorischen Einwände noch nicht einmal klar formuliert, als sich Lenin bereits für die *Bildung ausländischer Gruppen innerhalb der russischen KP* ausgesprochen haben soll.[96] Naturgemäß spielten dabei die Ungarn eine entscheidende Rolle. Schließlich vermochten diese nicht nur das Naheverhältnis zur Sowjetführung für sich zu nutzen, sondern auch den Umstand, daß ein großer Teil der Internationalisten, wie auch im Rahmen der allrussischen Gefangenenkonferenz im April erkennbar[97], aus der transleithanischen Reichshälfte der k.u.k. Monarchie stammte.

Am 25. März 1918 gab Béla Kun die Existenz einer *ungarischen Gruppe* bei der RKP(b) bekannt, die am Vortag im Einverständnis mit Ivan Ul'janov und Jakov Sverdlov gegründet worden war und zunächst aus ganzen vier Mitgliedern bestand.[98] Er selbst stellte sich als „Präsident" vor; Ernö Pór übernahm die Funktion eines Sekretärs, Tibor Szamuely war für militärische und Endre Rudnyánszky für Presseangelegenheiten zuständig.[99] Kun formulierte nun in einem Brief vom 25. 3. ebenso wie in einem Schreiben vom 4. April 1918 jenes „Aktionsprogramm", das er schon in den kommenden Wochen auf die revolutionäre Gefangenenbewegung zu übertragen begann. Selbstbewußt präsentierte sich der kleine Kreis zielstrebiger und tatkräftiger Aktivisten als eine „weltanschaulich sattelfeste", „in streng marxistischem Sinne" und „auf der Basis der vom siebten Parteikongreß angenommenen Beschlüsse" operierende Vereinigung, deren „theoretisches Niveau von solcher Qualität" sei, daß man es ohne weiteres „mit der ungarischen Sozialdemokratie aufnehmen" könne.[100] Gerade deshalb, so die ungarischen Kommunisten, sei die Gruppe in der Lage, ihr Augenmerk nicht zuletzt auf die Verbreitung der „Ideen des Oktober" und die Entwicklungen außerhalb Rußlands zu lenken[101]. Kun äußerte sich in diesem Zusammenhang sowohl über die zukünftigen Aufgaben seiner Mitarbeiter in der krisengeschüttelten Donaumonarchie als auch über die „ungefähr zwei Millionen Ungarisch sprechenden Proletarier in Amerika", die im Rahmen der weltrevolutionären Anstrengungen nicht

96 Tregubow, Lenin und die deutschen Internationalisten 374.

97 Völgyes, Hungarian Prisoners of War 74.

98 Pastor, Hungarian Prisoners of War 153f.; Zsuppán 316; Borsányi 62; Broué 54; Völgyes, The Hungarian Dictatorship 59; ders., Hungarian Soviet Republic 5; Korab 61; Jósza, Ungarn und die ungarischen Bolschewiken 149; Molnár 2; Islamov 43.

99 Ebd.; Tökés, Béla Kun and the Hungarian Soviet Republic 229f.; Broué 55; Kovrig 23.

100 RCChIDNI, f. 17, op. 4, d. 97, l. 2f.

101 Tökés, Béla Kun and the Hungarian Soviet Republic 230ff.; Kovrig 23.

unbeachtet gelassen werden dürften[102]; eine Überlegung, der neben Kun vor allem Tibor Szamuely nachhing, die im Sommer 1918 aber in den Hintergrund rückte.[103] Die notwendige Gefolgschaft zur Durchsetzung eines derartigen „Aktionsprogrammes", bemerkten Kun und Pór, sei durch Schulungen und Publikationen zu gewinnen; darauf gelte es ohnehin besonders zu achten, zumal den bereits tätigen und „äußerst verläßlichen Genossen" weiteres Kaderpersonal zu Seite gestellt werden müsse, welches Propagandamaterial in die westlichen Nachbarländer zu „schmuggeln", Verbindung mit „linken Fraktionen" der Arbeiterbewegung im Ausland aufzunehmen und „Agitation unter den österreichisch-ungarischen Soldaten" zu betreiben habe.[104]

Den Worten folgten bald Taten. Um neben den fortgesetzten Werbekampagnen für die Rote Armee auch die „Parteiarbeit" unter den Kriegsgefangenen zu fördern, ging man daran, die Propagandatätigkeit zu verstärken. Die bisher erschienenen Periodika, welche explizit auf die Soldaten der Mittelmächte „in der Räterepublik" zugeschnitten worden waren, galten wegen der Brester Friedensbedingungen nicht länger als oppurtun. Organe der als Emigranten geführten ausländischen Kommunisten bei der Partei der Bol'ševiki sollten an ihre Stelle treten. Der „Nemzetközi Szocialista" wurde eingestellt.[105] Anfang April rief die ungarische Gruppe ihre Zeitung „Szociális Forradolom" (Soziale Revolution) ins Leben, die bis November 1918 zweimal pro Woche in einer Auflage von 15.000 bis 20.000 Exemplaren erschien.[106] Bald ging man an die Realisierung weiterer Publikationsvorhaben. Ungarische Übersetzungen marxistischer Texte kamen in einer von Ernö Pór und Gábor Mészáros betreuten Serie heraus; populäre Werke wurden unter dem Titel „Forradalmi Irások" (Revolutionäre Schriften) veröffentlicht.[107] Das Fortbestehen nahezu aller Initiativen im Bereich der „politischen Aufklärung", welche allmählich auch von untergeordneten Zusammenschlüssen ausländischer Kommunisten an verschiedenen Orten Rußlands mitgetragen wurden[108], garantierte indessen fast ausschließlich die finanzielle Rückendeckung durch den sowjetischen Staatsapparat. Laut Kun hatte das Gefangenenbüro von Ivan Ul'janov die Publikationstätigkeit seiner Leute schon vor dem März 1918 mit 1.200 Rubel für die Drucklegung beziehungsweise 400 Rubel für jeden einzelnen Re-

---

102 RCChIDNI, f. 17, op. 4, d. 97, l 30b; Borsányi 62.

103 Tökes, Béla Kun and the Hungarian Soviet Republic 232f.

104 Ebd.; Borsányi 62.

105 Szamuely 21.

106 Pastor, Hungarian Prisoners of War 154; Völgyes, Hungarian Prisoners of War 73; Szamuely 23; Borsányi 62f.; Jósza, Ungarn und die ungarischen Bolschewiken 150; Kovrig 23; Molnár 2f.

107 Völgyes, Hungarian Prisoners of War 79; Molnár 3.

108 Ungarische KP-Gruppierungen existierten schließlich in Astrachan', Kursk, Orel, Perm', Samara, Saratov, Samarkand, Tambov, Voronež, Rjazan', Serpuchov, Caricyn, Tver', Kazan', Nižnij-Novgorod und bei verschiedenen Einheiten der Roten Armee. – Völgyes, Hungarian Prisoners of War 73.

daktionsmitarbeiter pro Monat unterstützt[109]; Boris Reinstein zufolge war der Räteregierung die revolutionäre Gefangenenbewegung allein im März 1918 „eine halbe Million für die nächsten drei Monate" wert[110]. „Kritische Geister" im Moskauer Komitee fühlten sich denn auch bemüßigt, eine strenge Kontrolle einzufordern, da „wir", wie Ernst Reuter sagte, „nicht eine Sicherstellung für Emigranten wollen, sondern energische revolutionäre Arbeit, bei der aber der Rahmen der proletarischen Existenz nicht überschritten wird und die Gelder des russischen Volkes sparsam verausgabt werden".[111]

Zu verantworten hatte sich Béla Kun in erster Linie vor den Boľševiki, wobei nicht alleine finanzielle Angelegenheiten zu unterschiedlichen Auffassungen führten. Tiefgreifende Meinungsverschiedenheiten in den Führungsgremien der russischen KP ebenso wie in den Organisationen probolschewistischer Kriegsgefangener traten vor allem in bezug auf die Bewertung der nationalen Frage zutage. Kun revidierte zwar seine Haltung zum Brester Frieden[112], blieb aber auch weiterhin einem weltrevolutionären Optimismus verpflichtet, der unter dem Einfluß eines traditionellen, wenn auch oberflächlichen Internationalismus der ungarischen Sozialdemokratie und der Losung Bucharins vom „Selbstbestimmungsrecht des Proletariats" die Bedeutung ethnischer Konflikte ganz allgemein unterschätzte.[113] Obwohl die ungarische Gruppe selbst vom nationalen Charakter eines Umsturzes im Donauraum ausging, vermochten sie darin „kein Hindernis für die revolutionären Bestrebungen der Arbeiterschaft bei den unterdrückten Völkern" zu erkennen.[114] Dementsprechend erfaßte Kuns Anhang keineswegs die ganze Tragweite Leninscher Politik, der zufolge, trotz prinzipieller Unterordnung des Nationalismus unter den marxistischen Internationalismus, eine „noch nicht abgeschlossene bürgerlich-demokratische Entwicklung in Osteuropa und in Asien" die Anerkennung der „Gleichheit und Souveränität

109 Tökés, Béla Kun and the Hungarian Soviet Republic 233. Über den Wert des Rubels erteilt ein Konfident des k.u.k. Nachrichtendienstes in Rußland Ende Mai 1918 folgende Auskünfte: „Die Lebensmittelpreise in den einzelnen Gouvernements differieren ganz bedeutend. Während in Moskau und Petersburg Phantasiepreise gezahlt werden, Hunderte von Rubel für das Pud (16 kg) Mehl, 40–50 Rubel für das Pfund (40 dkg) Zucker, 1–1,50 Rubel für ein Ei, 10–15 Rubel für ein Pfund Wurst etc., erhält man schon in den nächsten Gouvernements Brot und Mehl in beliebiger Menge zu 3–3,50 Rubel das Pfund. Etwas weiter im Gouvernement Penza kostet das Pfund Weißbrot 1,70, und wenn man gar erst nach Sibirien fährt, so ist der Preis noch bedeutend niedriger. Ich zahlte in Novonikolaevsk 45 Kopeken, in Omsk 40 Kopeken und zwischen Irkutsk und der Mandschurei sogar bloß 30 Kopeken." – Rutkowski, Kundschafterdienst/Mission Landsberger 33f.

110 Pardon/Shurawljow, Bd. 1, 57.

111 Ebd. 56.

112 Islamov 248.

113 Mihályhegyi 69f.

114 Ebd.

aller Völker" bis „zur völligen Unabhängigkeit" fordere.[115] Béla Kun geriet solcherart auf das Feld heftiger Auseinandersetzungen in programmatischen, taktischen und organisatorischen Angelegenheiten. Er und seine Leute mußten dabei gleichermaßen die Bruchlinien innerhalb des ZK der RKP(b) beachten als auch gegen jene „Ausländer gewappnet" sein, die entweder mit Lenin dem Machterhalt in Rußland Vorrang gaben und, wie Arnošt Kolman, in Kun einen „linken Kommunisten" im Schatten Bucharins sahen[116] oder einen strengen Internationalismus innerhalb der revolutionären Gefangenenbewegung gewahrt wissen wollten. Deren Gliederung nach nationalen Kriterien lehnten viele ab, obwohl Kuns Befürwortung und Förderung einer in Bälde zu erwartenden Weltrevolution außer Zweifel stand. Daß Kuns Gefolgschaft beim Aufbau der ausländischen KP-Gruppen lediglich von strukturellen Überlegungen ausging und überdies mit einflußreichen Bolševiki die Schaffung einer nach nationalen Gesichtspunkten gestalteten Internationalistenbewegung auf der Grundlage des „demokratischen Zentralismus" als vorübergehend betrachtete, änderte daran anfangs wenig.[117] Die Entscheidung war freilich gefallen. Einmal – nicht zuletzt durch russische Hilfe – durchgesetzt, gab man den Widerstand gegen das neue Ordnungsmuster allmählich auf. Zugleich zeigten Befürworter der Sowjetmacht vom Schlage Béla Kuns, daß der von ihnen verwendete Begriff „Nation" im wesentlichen an die Sprachzugehörigkeit gebunden war.[118]

In diesem Sinn gingen die Bemühungen dahin, auch Sympathisanten unter den in Rußland befindlichen *Rumänen,* ungeachtet der existierenden Staatsgrenzen, zusammenzufassen. Deren Zahl war in den vergangenen Jahren merklich gestiegen, was in keinem geringen Ausmaß auf die Kriegslage am Balkan zurückzuführen war. Der Kampf mit den Mittelmächten zwang das Königreich Rumänien, sich auf Gebiete in der Moldau um die Stadt Iasi zurückzuziehen; ein beträchtlicher Teil der zivilen und militärischen Einrichtungen mußte auf russisches Territorium ausweichen.[119] Odessa wurde zum Sammelpunkt rumänischer Soldaten, Arbeiter und Flüchtlinge, welche die gesellschaftlichen Umwälzungen im ehemaligen Zarenreich nicht unberührt ließen.[120] Zu ihnen stießen jene, die schon bislang bei den schwachen sozialistischen Kräften des Königreiches tätig gewesen waren; allen voran der in der Dobrudscha geborene bulgarischstämmige Rumäne Christian (Hristo) Rakovskij, eine der kosmopolitischsten Persönlichkeiten des südosteuropäischen Sozialismus, der bereits vor 1914 als Führer der rumänischen Sozialdemokratie an-

115 Ebd. 70; Rauch 93.
116 Kolman 94.
117 Ustinov 411.
118 Moritz, Gefangenschaft und Revolution 145.
119 Karchmar, Communism in Romania 133.
120 Ebd. 133ff.

erkannt war, mit griechischen, serbischen und bulgarischen Sozialisten gemeinsam zum Verfechter einer föderativen Balkanrepublik wurde, entschieden gegen den Kriegseintritt seines Landes opponierte, der Zimmerwalder Bewegung angehörte und für seine Position ebenso wie andere Kaderfunktionäre inhaftiert wurde.[121] Mit der Hilfe revolutionärer russischer Truppen aus dem Gefängnis befreit, kam er im Februar 1918 nach Odessa.[122] Rakovskij, der noch bis zum Jahresende 1917 Vorbehalte gegen die bolschewistischen Standpunkte angemeldet hatte, mittlerweile jedoch vollständig auf die Seite der RSDRP(b) gewechselt war[123], fand bei seiner Ankunft ein im Juni 1917 gegründetes sozialdemokratisches Aktionskomitee unter der Führung Mihai Gheorghiu Bujors vor. Dieses wollte mit Propagandakampagnen auch Rumänen aus Siebenbürgen erreichen, die als feindliche k.u.k. Soldaten nach Rußland gelangt waren. Der Einfluß der Bol'ševiki wuchs dabei stetig. Dazu trug unter anderem auch der Aufenthalt Gheorghiu Bujors in Petrograd bei, den er vor allem zu einer Aussprache mit Lenin und überdies zu einem Auftritt vor der Petrograder Kriegsgefangenenversammlung vom 29. (16.) Dezember 1917 nutzte.[124] Die Jahreswende 1917/18 brachte den Meinungsumschwung. Das Odessaer Komitee hatte zunächst lediglich auf ein rumänisches Äquivalent zur russischen Februarrevolution gehofft, da man gemäß marxistischer Lehre die sozialistische Revolution in Osteuropa für verfrüht hielt; im Sog der von den Men'ševiki und den SRy dominierten Sowjets in den südrussisch-ukrainischen Regionen machte es sich dann für die Idee einer Regierungskoalition aller sozialistischen Kräfte stark, um schließlich bei Jahresbeginn 1918 engere Kontakte mit den Parteigängern Lenins zu knüpfen.[125] Hatte Rakovskij von der Ukraine aus Aktionen in Rumänien koordiniert und in diesem Zusammenhang auch die Organisation in Odessa geleitet, so machte der Vormarsch der deutschen und österreichisch-ungarischen Streitkräfte derartigen Bemühungen ein rasches Ende. Gheorghiu Bujor widmete sich der Untergrundarbeit. Mehrheitlich aber entschloß man sich nach Moskau zu gehen, wo später ein „Rumänisches Kommunistisches Komitee“ etabliert wurde.[126]

Die Odessaer mußten bei dieser Gelegenheit allerdings erkennen, daß sich die „Agitation unter den Rumänen“ in Rußland und insbesondere die Werbetätigkeit für die Rote Armee auch andere Vereinigungen auf ihre Fahnen hefteten. Unter den Augen der RS-DRP(b) und von ihr protegiert war Anfang 1918 in Petrograd eine Organisation entstanden, die sich „Autonome Hochschule für Russisch-Rumänische Angelegenheiten“ nannte

121 Lazitch/Drachkovitch, Biographical Dictionary 329f.; Karchmar, Communism in Romania 128–132.

122 Karchmar, Communism in Romania 135.

123 Ebd. 138.

124 Pardon/Shurawljow, Bd. 1, 21; Karchmar, Communism in Romania 137.

125 Karchmar, Communism in Romania 136f.

126 Rozko 292; Karchmar, Communism in Romania 138f.

und die „Aktivitäten aller rumänischen Revolutionäre zu lenken" beanspruchte.[127] Außerdem hatten sich beim Gesamtrussischen Gefangenenbüro von Ivan Ul'janov Mitte Februar rumänische Kriegsgefangene getroffen und sich für die Schaffung eines „Sozialdemokratischen Revolutionären Komitees" ausgesprochen.[128] Bedeutung erlangten demgegenüber aber vor allem die Angehörigen einer im Jänner 1918 in Moskau entstandenen „Rumänischen Revolutionären Bauernpartei". Sie setzte sich zum einen aus Angestellten der dorthin evakuierten rumänischen Nationalbank und deren Druckerei, zum anderen aus Soldaten des Habsburgerheeres, die in die Gewalt der russischen Armee geraten und größtenteils Bauern aus Siebenbürgen waren, zusammen, gab die Zeitschrift „Foia taranului" („Bauernblatt") heraus und sorgte vor allem für deren Verteilung in den Kriegsgefangenenlagern.[129] Der Druckerei-Bedienstete Alexandru Henegariu sowie die Kriegsgefangenen Ariton Pescariu und Mihai Guiu als Repräsentanten der „Revolutionären Bauernpartei" nahmen an verschiedenen Tagungen zur Vereinheitlichung der Internationalistenbewegung teil[130] und konnten bereits am Moskauer Kongreß vom April 1918 die neugegründete rumänische Gruppe vorstellen.[131] Allerdings blieb ein Zusammenschluß der Männer um Pescariu und Henegariu mit den „Odessaern", zu denen sich Mitglieder der aufgelösten „Hochschule für Russisch-Rumänische Angelegenheiten" gesellten, zunächst aus. Die Rumänische Gruppe und das Kommunistische Komitee wurden erst Ende 1918 unter Mitwirkung Rakovskijs zu einer *rumänischen Sektion* bei der RKP(b) zusammengeschlossen, wobei einer Vereinigung zuvor nicht nur politisch-weltanschauliche Unterschiede, sondern auch Wünsche im Wege gestanden waren, ganz im Gegensatz zur Idee der ausländischen Sprachgruppen unabhängige Einrichtungen der Rumänen aus dem Königreich und aus dem ungarischen Siebenbürgen beizubehalten.[132]

---

127 Hitchins, Russian Revolution and the Rumanian Socialist Movement 279.

128 Ebd.

129 Rozko 290ff.; Karchmar, Communism in Romania 139. Die Propaganda unter den gefangenen Rumänen führte zur Gründung sozialdemokratischer Vereinigungen in mehreren Städten, darunter Astrachan', Saratov, Samara, Tambov, Voronež, Kursk und Minsk. An einigen Orten wurden auch magyarisch-rumänische Organisationen formiert. – Hitchins, Russian Revolution and the Rumanian Socialist Movement 280.

130 Rozko 290f.; Kopylov, Oktjabr' v Moskve 74; Broué 58; Unc 44.

131 Laut Schreiben von Ernö Pór und Béla Kun vom 4. April 1918 hatten die Rumänen zu diesem Zeitpunkt noch keine eigene KP-Gruppe gebildet. Nach Annie Kriegel und George C. Haupt ist sie am 13. entstanden; jedenfalls unterzeichnete „Genegariu" am 19. April ein Schreiben an das VCIK über die Resultate des allrussischen Kriegsgefangenen-Kongresses im Namen der rumänischen Kommunisten-Gruppe. – Tökés, Béla Kun and the Hungarian Soviet Republic 232; Kriegel/Haupt 296; GARF, f. 1235, op. 93, d. 22, l. 210.

132 Karchmar, Communism in Romania 139; Rozko 292.

Derlei Begehrlichkeiten spielten bei der Gründung der *deutschen Gruppe* der RKP(b) am 24. April 1918 keine Rolle.[133] Einmütig arbeiteten Reichsdeutsche, Deutschösterreicher sowie deutschsprechende Ungarn beziehungsweise Rumänen zusammen.[134] An der Spitze der kleinen, zunächst elf Mitglieder umfassenden Sektion standen Hermann Osterloh, ein gelernter Schlosser aus Bremen, der seit 1908 der SPD angehörte[135], sowie der aus Omsk zum Kriegsgefangenenkongreß angereiste Wiener Karl Tomann, der vor 1914 Sekretär der Goldschmiedegewerkschaft war und nun in seiner Doppelfunktion als Leiter der deutschen KP-Gruppe und vorübergehender Vorsitzender beziehungsweise ZEK-Mitglied der „Organisation ausländischer Arbeiter und Bauern" den Führungsanspruch der Kommunisten innerhalb der revolutionären Gefangenenbewegung verkörperte.[136] Die Vereinigung repräsentierten des weiteren die Deutschösterreicher Franz Walz, Gilbert Melcher und Johann Koplenig[137] sowie die Reichsdeutschen Werner Rakow, ein SPD-Mitglied aus Hannover, im Zivilberuf Bankbeamter und wie Tomann zuvor in der Omsker Internationalistenorganisation tätig[138], beziehungsweise Rudolf Rothkegel, der 1910 der SPD beigetreten und in Hamburg ab 1912 als Former beschäftigt gewesen war.[139] Sie alle arbeiteten – wie auch Gustav Adolf Duda, ehemaliger Sekretär der Textilarbeitergewerkschaft und Redakteur der „Gleichheit" in Wiener Neustadt, welcher in Ekaterinburg zu den prosowjetischen Heeresangehörigen der k.u.k. Armee in Rußland gestoßen war[140] – an der „Welt-Revolution" mit. Diese Zeitung wurde ab der Nummer 4 von der deutschen Gruppe herausgegeben[141] und brachte es 1918 auf 64 Ausgaben, deren Auflagenstärke von 7.000 auf 38.000 Exemplare wuchs.[142] Ganz grundsätzlich widmeten sich die „Deutschen", die an

---

133 RCChIDNI, f. 17, op. 4, d. 101, l. 1; Krivoguz/Poljanskij 468. Laut Sonja Striegnitz wird in anderen Dokumenten der 22. April 1918 als Gründungstag genannt. – Striegnitz, Kerntruppe der Weltrevolution 144; dies., Deutsche Internationalisten in Sowjetrußland 164; vgl. Pardon/Shurawljow, Bd. 1, 75.

134 Broué 55; Pardon/Shurawljow, Bd. 1 75.

135 Weber, Wandlung des deutschen Kommunismus, Bd. 2, 241.

136 RCChIDNI, f. 17, op. 4, d. 101, l. 3; Hautmann, Rätebewegung 192f.; Striegnitz, Deutsche Internationalisten in Sowjetrußland 166f.; dies., Kerntruppe der Weltrevolution 143. Zu Karl Tomann siehe auch: Lazitch/Drachkovitch, Biographical Dictionary 407f.; Dictionnaire Biographique 308f.; Pardon/Shurawljow, Bd. 1, 73.

137 RCChIDNI, f. 17, op. 4, d. 101, l. 87f.; Hautmann, Rätebewegung 191ff.; Broué 55; Reisberg, Österreichische Kommunisten in der Oktoberrevolution 35.

138 RCChIDNI, f. 549, op. 1, d. 94, l. 78; ÖSTA/KA, KM/10. Abt/Kgf. 1918: 10-44/1608-2 und 10-44/1393-22; vgl. Pardon/Shurawljow, Bd. 1, 95;

139 Weber, Wandlung des deutschen Kommunismus, Bd. 2, 264; Broué 56.

140 Ebd. 190.

141 Leidinger, Zwischen Kaiserreich und Rätemacht 98; vgl. Tiedemann 101.

142 RCChIDNI, f. 549, op. 4, d. 1, l. 23; Krivoguz/Poljanskij 468.

vielen Orten mit Kommunisten anderer Nationalitäten kooperierten und erst langsam eigene lokale Sektionen schufen[143], verstärkt der Propagandaarbeit. Neben der „Welt-Revolution" rief man weitere Periodika, wie die Omsker „Wahrheit", ins Leben. Bis Ende des Jahres sollten rund 800.000 Exemplare von verschiedenen deutschsprachigen Blättern erscheinen.[144] Damit ausgerüstet, sollten Agitatoren zu den Truppen der Mittelmächte in den besetzten Gebieten, vereinzelt bereits nach Deutschland und in die Donaumonarchie sowie zu den Internierungsorten der Kriegsgefangenen und zu den Eisenbahnknotenpunkten, an denen größere Heimkehrertransporte erwartet wurden[145], reisen, um einerseits „Grundbegriffe des Sozialismus und des Kommunismus" zu vermitteln[146] und andererseits der Roten Armee Soldaten aus den Reihen der „ausländischen Werktätigen" zuzuführen.[147]

Die Arbeit der Deutschen wurde dabei nicht nur von ungarischen und rumänischen Kollegen unterstützt, sondern überdies von *südslawischen Internationalisten*. Deren Leitung war wiederum mit den im Frühjahr 1917 aus den Freiwilligenkorps der Serben, Kroaten und Slowenen ausgeschiedenen „Legionären" verbunden.[148] Führer der sogenannten „Dissidenten" wie der Serbe Nikola Kovačević, der als österreichisch-ungarischer Staatsbürger und Heeresangehöriger in russische Gefangenschaft geraten war[149], formten schließlich aus einem kleinen Teil der ehemaligen „Freiwilligen" eine eigene Truppe. Sie stellte sich den russischen Streitkräften unter Kerenskij zur Verfügung und sympathisierte nicht zuletzt aufgrund der bäuerlichen Herkunft ihrer Angehörigen mit den Sozialisten-Revolutionären. Die Spitze ihres politischen Arms, des „jugoslawischen Revolutionsbundes" („JURS"), zählte hingegen zur linken Sozialdemokratie, redete in Rußland verschiedenen sozialistischen Kräften das Wort und wahrte signifikanterweise während des „Oktoberumsturzes" Neutralität.[150] Die Position des Revolutionsbundes wurde jedoch durch die Gegensätze zwischen den russischen Parteien und insbesondere durch die Absicht der Sowjetführung, „einen Frieden ohne Annexionen" anzustreben, untergraben, zumal nicht

---

143 Eine derartige Entwicklung war zum Beispiel in Penza, Perm', Simbirsk und Ekaterinburg zu verzeichnen. Dem Monatsbericht der Gruppe für den Oktober 1918 ist zu entnehmen, daß zu diesem Zeitpunkt in elf Städten deutsche KP-„Zellen" existierten. – RCChIDNI, f. 549, op. 4, d. 1, l. 23f.; siehe außerdem: Striegnitz, Deutsche Internationalisten in Sowjetrußland 168f.

144 Krivoguz/Poljanskij 468.

145 Moritz, Gefangenschaft und Revolution 149–152.

146 Die dritte Internationale, Nr. 4 (26.6.1918) 4.

147 Leidinger, Zwischen Kaiserreich und Rätemacht 99; Striegnitz, Kerntruppe der Weltrevolution 145.

148 Banac, South Slav Prisoners of War 134; Zelenin 315.

149 Lazitch/Drachkovitch, Biographical Dictionary 199.

150 Zelenin 316; Banac, South Slav Prisoners of War 135f.

nur „Dissidenten" darin eine Indifferenz gegenüber der „angestrebten Konstituierung eines jugoslawischen Staates auf Kosten der k.u.k. Monarchie" erblickten.[151] Ein Anfang 1918 abgehaltener Kongreß des JURS in Kiev konnte die Differenzen zwischen den einzelnen Fraktionen noch einmal durch eine Kompromißformel, mit der die „Oktoberrevolution" begrüßt und der „pazifistische revolutionäre Kampf zur Realisierung ihrer sozialistischen Ideale" anvisiert wurde, überwinden.[152] Die innerrussischen Konflikte und der Versuch der Räteführung, ehemalige Kriegsgefangene enger an das neue Regime zu binden, ließen jedoch keinen Platz für eine Politik der Distanzierung und Unparteilichkeit.[153] Der JURS löste sich auf. Einige Dissidenten wie Kovačević und der aus der Vojvodina stammende Sozialdemokrat Nikola Grulović wechselten vollends auf die Seite der neuen Petrograder Regierung.[154]

In Kiev stellten noch vor der ersten, kurzfristigen sowjetischen Machtübernahme Angehörige eines vor Ort mit Bewachungsaufgaben betrauten südslawischen Bataillons Kontakte zu den Bol'ševiki her.[155] Seit der Offensive der Mittelmächte gingen weitere Einheiten mit der im Entstehen begriffenen Roten Armee zusammen. Befehligt wurden sie unter anderen von Kovačević, Grulović, dem kroatischen Arbeiter beziehungsweise ehemaligen Kriegsgefangenen Gusztav Barabáš, der eine der ersten jugoslawischen Abteilungen unter den „Internationalisten der Roten Garde" gegen vormarschierende österreichisch-ungarische Truppen führte[156], und dem aus Dalmatien stammenden Kroaten Tomo Dundić, welcher nach seiner Gefangennahme in das „Freiwilligenkorps" eingetreten war. Kommandos erhielten außerdem Danilo Srdić, ein Serbe aus Kroatien, der zunächst in der Zarenarmee gekämpft, dann zur serbischen Legion gewechselt, diese nach der Februarrevolution verlassen und als einer der wenigen Südslawen an der bolschewistischen Erhebung in Petrograd teilgenommen hatte[157], sowie der im April 1918 in Taganrog auf Befehl der königlich-serbischen Mission in Petrograd ermordete Aleksandar Srb. Jugoslawische Abteilungen nahmen solcherart an den ersten Operationen der militärischen Verbände Räterußlands teil.[158]

Lenins näheres Umfeld ging indessen daran, südslawische Gefangene geeigneteren Kräften als der Dissidentenbewegung anzuvertrauen, welche sowohl mit pro- als auch antibol-

151 Avakumović 22.

152 Banac, South Slav Prisoners of War 136.

153 Ebd.

154 Zelenin 323.

155 Ebd. 318f.

156 Pardon/Shurawljow, Bd. 1, 74; Zelenin 320f.

157 Laut Pierre Broué war Srdić ebenfalls Kriegsgefangener, bevor er sich den Sowjettruppen anschloß. – Broué 57.

158 Banac, South Slav Prisoners of War 137f.; Zelenin 323; Broué 57; Avakumović 23.

schewistischen Kreisen unter den auf russischem Boden befindlichen Serben, Kroaten und Slowenen in Verbindung zu bringen war.[159] In diesem Zusammenhang stützte man sich speziell auf den Apparat der Sowjetregierung und schuf bereits Ende 1917 ein jugoslawisches Subkomitee im Narkomindel.[160] Bei der Werbetätigkeit unter den Kriegsgefangenen setzten die Bol'ševiki anfangs insbesondere auf den Sozialdemokraten Mijo Radošević. Dieser hatte sich bei der Vereinigung prosowjetischer Soldaten der Mittelmächte in Petrograd hervorgetan, stellvertretend nicht allein für viele Südslawen unter den Internationalisten die Notwendigkeit einer Fortsetzung des Kampfes gegen die Vierbundstaaten propagiert und diesbezüglich auf die von der serbischen Gesandtschaft gestärkte „Südslawische revolutionäre Föderation" (JURF) gesetzt.[161] Die „Föderation", an deren Spitze Radošević trat und die nicht zuletzt Kritiker der Bol'ševiki innerhalb des JURS umfaßte[162], war allerdings bald den Attacken der Parteigänger Lenins unter den Südslawen ausgesetzt. Letztere schlossen sich im Zuge der Gefangenenkonferenz im April 1918 um den Montenegriner Vukašin Marković, der seit längerer Zeit in Rußland lebte und schon mit illegalen bolschewistischen Gruppierungen in Verbindung gestanden war[163], und den Slowenen Ivan Srebrnić, den man in das ZEK der gesamtrussischen Organisation „ausländischer Arbeiter und Bauern" gewählt hatte[164], zu einer „südslawischen Gruppe der internationalen Sozialdemokratie" zusammen. Koordiniert durch die von ihnen ins Leben gerufene Zeitschrift „Revolucija" drängte man auf die Gründung eines kommunistischen Verbandes.[165] Nachdem ein Treffen mit Vertretern der JURF in dieser Hinsicht erfolglos verlief, ging Marković im Verein mit dem nach Moskau gekommenen Nikola Kovačević gegen Radoševićs Leute vor. Die beiden erreichten bei der Sowjetführung die Zerschlagung der „Föderation"[166] und schufen am 16. Mai 1918 die südslawische Gruppe bei der RKP(b).[167] Deren Leitung übernahmen sie gemeinsam mit dem kroatischen Studenten Vladimir Ćopić, welcher sich in der Gefangenschaft zum Freiwilligenkorps gemeldet, aber ausgeschlossen worden war, weil er sich geweigert hatte, den Eid auf den serbischen König zu leisten.[168] Die Führung der jugoslawischen Kommunisten, zu der auch der bosnische Sozialdemokrat und frühere Kriegsgefangene Lazar Vukićević, der im Oktober 1918 für einige

159 Ebd. 138.
160 Avakumović 22.
161 Banac, South Slav Prisoners of War 138.
162 Zelenin 327.
163 Kopylov, Oktjabr' v Moskve 74.
164 GARF, f. 1235, op. 93, d. 22, l. 210.
165 Zelenin 326f.
166 Banac, South Slav Prisoners of War 138f.; Zelenin 327f. und 335.
167 Vinterhalter 57; Kriegel/Haupt 296; Zelenin 328.
168 Avakumović 23; Lazitch/Drachkovitch, Biographical Dictionary 67f.

Monate Vorsitzender der Gruppe wurde[169], gehörte, konnte in der Folge auch die leitenden Funktionen in der im Sommer 1918 eingerichteten südslawischen Sektion des Narkomnac übernehmen und damit sowohl auf parteipolitische als auch auf staatliche Ressourcen für die Arbeit unter den in Rußland befindlichen k.u.k. Soldaten zurückgreifen.[170]

In bezug auf die schwierige Nationalitätenproblematik ließen sich die Männer um Marković und Copić im übrigen von einem noch kaum differenzierten Prinzip des Zentralismus und der Formierung eines einheitlichen Staates leiten, inspiriert durch den „Jugoslawismus" der „Dissidenten" und der Idee einer Balkanföderation vor dem Hintergrund einer allgemeinen „Solidarität der Völker".[171] Als Beleg dafür dient unter anderem auch die Zuordnung der *Bulgaren* zur jugoslawischen Gruppe, deren in einer Auflage von 10.000–18.000 Exemplaren erscheinendes Wochenmagazin „Svetska Revolucija" („Weltrevolution") dementsprechend sowohl slowenische, kroatische und serbische als auch bulgarische Texte abdruckte.[172] Nachdem ein Teil der bulgarischen Kriegsgefangenen, unter ihnen auch Internationalisten wie Georgi Michajlov, den man im April 1918 in das ZEK der „ausländischen Arbeiter und Bauern" aufgenommen hatte[173], schon im Mai und Juni heimgekehrt war[174], machte sich die kleine Zahl der in Sowjetrußland Gebliebenen erst im Oktober selbständig.[175] Sowohl in Petrograd als auch in Moskau schufen sie kommunistische Gruppen, die zu Beginn des Jahres 1919 durch ein Zentralbüro verbunden wurden.[176] In ihm hatte der bereits vor dem Ersten Weltkrieg mit den Bol'ševiki verbundene, zur Zwangsarbeit in Sibirien verurteilte Emigrant Stoian Djorov, welcher nach dem „Oktoberumsturz" Kommandant internationaler Abteilungen der Sowjetstreitkräfte geworden war, eine herausragende Position inne.[177]

Nach dem Ausscheiden der Bulgaren entsandte die „jugoslawische" Gruppe der RKP(b)[178] ihre Agitatoren speziell zu den ausländischen Rotarmisten. Neben ihrem „Hauptquartier" in Moskau gründete sie überdies „Filialen" in Petrograd sowie in nahezu allen Regionen des untergegangenen Zarenreiches.[179]

Indessen zeigte sich, daß ihre Ansichten mit dem Konzept kommunistischer Sprachgruppen nicht vollständig in Einklang zu bringen waren. Vorstellungen eines engen Zu-

169 RCChIDNI, f. 549, op. 1, d. 7, l. 6f.; Zelenin 338; Banac, South Slav Prisoners of War 143.
170 Zelenin 335; Banac, South Slav Prisoners of War 139; Avakumović 22.
171 Shoup 19f.
172 Banac, South Slav Prisoners of War 139; Kriegel/Haupt 296.
173 GARF, f. 1235, op. 93, d. 22, l. 210; Kopylov, Oktjabr' v Moskve 125.
174 Birman 356.
175 Pardon/Shurawljow, Bd. 1, 224; Banac, South Slav Prisoners of War 139.
176 Birman 362–367.
177 Karchmar, Communism in Bulgaria 247; Birman 360 und 367; Broué 58.
178 Zelenin 339.
179 Banac, South Slav Prisoners of War 140.

sammenschlusses der „Balkanvölker", die nicht zuletzt Hristo Rakovskij als wichtiger Funktionär der bolschewistischen Partei und schließlich Oberhaupt der ukrainischen Sowjetrepublik forcierte[180], sowie ein erkennbarer „integralistischer Nationalismus", der sich schon in der Zusammensetzung der „jugoslawischen Sektion" verdeutlichte, kollidierten bisweilen mit radikaleren weltrevolutionären Überzeugungen.

Nach Unabhängigkeit strebende Kräfte unter den Slawen zimmerten – gewollt und ungewollt – an multiethnischen Gemeinwesen. Auch sozialistisch gesinnte *Tschechen und Slowaken* blieben unter solchen Bedingungen den auf nationale Souveränität bedachten Strömungen vielfach enger verbunden als von den Bol'ševiki erwartet.[181] „Den ausländischen Nationalrat in Paris mit Professor Masaryk an der Spitze und seine Zweigstelle für Rußland betrachten wir in dieser Zeit für berechtigt, in politischen und diplomatischen Angelegenheiten im Namen der tschechoslowakischen Nation aufzutreten", und „betonen, daß die Bestrebungen, die auf die Schaffung der tschechoslowakischen Republik gerichtet sind, in uns die besten Vertreter haben", erklärte signifikanterweise am 10. Oktober 1917 die Kiever „Tschechoslowakische Sozialdemokratische Arbeiterpartei in Rußland"[182], die ihre Gründung einige Tage später in der ersten Nummer ihres Organs „Svoboda" („Freiheit") bekanntgab.[183] Zurückgehend auf eine während des Krieges entstandene Gruppe von nach Rußland ausgewanderten tschechischen Sozialisten, welche eine Mitte 1916 unter dem Einfluß der Zarenregierung entstandene „Tschechoslowakische Vereinigung" („Československá jednota") auf ihre Seite bringen und sich vor allem nach der Februarrevolution um zahlreiche Kriegsgefangene verstärken konnte[184], vermochte die neue Organisation Bindungen an die Verfechter des Nationalstaates erst allmählich zu lösen. Diese Haltung trug ihr einerseits Kritik von den Bol'ševiki und ihren Anhängern ein, führte andererseits aber auch zu keinem engeren Bündnis mit den tschechischen Exilpolitikern. Thomas G. Masaryk sah etwa in Alois Muna, der schon vor dem ersten Weltkrieg in der Arbeiterbewegung Mährens tätig gewesen war und mit dem aus Böhmen stammenden und wie Muna in Kriegsgefangenschaft geratenen Jaroslav Handlíř an die Spitze der „Tschechoslowakischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Rußland" trat[185], einen unsicheren Kantonisten. Zwar erkannte auch er, daß die von Muna redigierte „Svo-

180 Karchmar, Communism in Bulgaria 247.
181 Klevanskij, Učastie čechoslovackich internacionalistov 178.
182 Zit. nach Reimann 69f.
183 Thunig-Nittner 85.
184 Kuhn 3; Reimann 69.
185 Lazitch/Drachkovitch, Biographical Dictionary 143 und 280.

boda" zunächst den Bol'ševiki gegenüber eine distanzierte Haltung einnahm[186]; Mißtrauen herrschte jedoch schon vor der Machtergreifung Lenins. „In Kiev", schrieb Masaryk später, „befanden sich ziemlich viele Arbeiter-Gefangene, die in den dortigen tschechischen und russischen Fabriken einen sehr anständigen Lohn bezogen; manche von ihnen weigerten sich, in die Armee einzutreten, und wollten keine Beiträge für sie zahlen: sie deckten sich mit dem bequemen Schlagwort, daß wir Bourgeois seien und unsere Legion dem Bourgeoiskapitalismus dient. Selbst dienten sie ihm, Muna trieb ein Doppelspiel, nach beiden und allen Seiten."[187]

Seit dem November 1917 klärten sich die Fronten. Im Rahmen des Kiever Kongresses der tschechischen Sozialdemokraten Rußlands am 8. und 9. Dezember 1917 „erlangte der linke Flügel innerhalb der Partei die Mehrheit", während „der rechte die Versammlung verließ und sich hinter die Politik des Pariser Nationalrates stellte".[188] Dessen Einfluß auf sozialistisch gestimmte Tschechen hielt nichtsdestoweniger noch mehrere Monate an und äußerte sich beispielsweise in einer Resolution der Dezember-Konferenz, die insbesondere auf das „Selbstbestimmungsrecht der Völker" Bezug nahm[189], in einem am 24. Februar 1918 gegründeten revolutionären Arbeiter- und Soldatenrat, der Masaryk zu seinem Vorsitzenden bestimmte[190], sowie in Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Internationalistenverbänden in Rußland.[191]

Die zunächst unklaren Verhältnisse innerhalb des „tschechischen Lagers" bereiteten indessen auch den k.u.k. Behörden einige Schwierigkeiten. „Bei der Zerfahrenheit der Situation", meldete im Jänner 1918 Oberst Stutz von Hartenwehr aus Petrograd, ist über die Haltung „illoyaler Elemente keine verläßliche Auskunft möglich".[192] Einen Monat danach glaubte die Zensurabteilung des G.Z.N.B. das AOK bereits auf aufschlußreiche Materialien hinweisen zu müssen. Ihnen sei zu entnehmen, „daß unter dem Einfluß der russischen Revolution und namentlich der Bolschewikiregierung unter unseren Kriegsgefangenen in Rußland extremsozialistische Anschauungen weite Verbreitung gefunden haben und daß speziell unter den tschecho-slowakischen Kriegsgefangenen ein Abschwenken von den radikal-nationalistischen zu den radikal-sozialistischen Ideen eingetreten ist".[193] Die Mitarbeiter der Zensurabteilung bezogen sich dabei auf ein Schreiben des „Svoboda"-Mitarbeiters František Beneš. Dieser war schon vor 1914 sozialistischer Journalist gewesen, als

186 Masaryk 191f.
187 Ebd. 191.
188 Thunig-Nittner 86.
189 Reimann 72; Thunig-Nittner 86.
190 Klevanskij, Učastie čechoslovackich internacionalistov 186; Thunig-Nittner 87; Masaryk 192.
191 Ebd. 180 und 189f.
192 ÖSTA/KA, KM/10. Abt./Kgf. 1918: 10-20/1-116.
193 ÖSTA/KA, AOK/Evb. d. Gstbs/NA d. AOK, G.Z.N.B./Zensurabt. „D" 1918: Res. Nr. 4990.

Kriegsgefangener und Anhänger der russischen Rätebewegung in Konflikt mit der Konterspionage der Provisorischen Regierung geraten und am 29. (16.) Dezember 1917 vor den in Petrograd versammelten Soldaten der Mittelmächte als Redner aufgetreten.[194] Über Vermittlung Karl Radeks hatte sich Beneš an das Brünner „Dělnický Denník" („Arbeitertagblatt") gewandt, um den „tschechischen Sozialdemokraten in Böhmen, Mähren, Schlesien, Niederösterreich und der Slowakei" einen Aufruf „ihrer gefangenen Genossen in Rußland" bekanntzumachen, der sie zur „Erhebung gegen die kapitalistischen Klassen, welche einen demokratischen Frieden nicht wünschen", und zur „Unterstützung des russischen Proletariats" aufforderte.[195] Die österreichisch-ungarische Heeresverwaltung maß dem Vorgehen von Beneš freilich allzu große Bedeutung bei. Das „Echo in der Heimat war ebenso schwach" wie die Versuche der Internationalisten, die Anhängerschaft des Pariser Nationalrates rund um seine „Zweigstelle in Kiev" für sich zu gewinnen. Masaryk hatte sich schließlich sogar dazu durchgerungen, probolschewistische Propaganda unter den Legionären zuzulassen, erstens im Vertrauen auf die „Geschlossenheit der Freiwilligenverbände" und zweitens in der Hoffnung, dadurch „das tschechoslowakische Heer von den aktivsten kommunistischen Elementen" zu befreien.[196]

Bedeutsam schien die „Postsendung" Beneš' an die Brünner Redakteure aber in einer anderen Hinsicht; waren doch die unmittelbar mit dem „Oktoberumsturz" verbundenen Gegensätze zwischen einzelnen tschechischen Fraktionen unter anderem in einer mitgesandten Ausgabe der „Svoboda" deutlich zu erkennen. Kurze Zeit nach dem Machtwechsel in Petrograd wagten die ukrainischen Bol'ševiki – zu diesem Zeitpunkt noch an der Seite der Rada, mit der sie sich bald überwerfen sollten, um in der Folge eine eigene Sowjetregierung in Char'kov (Charkiv) zu bilden – auch in Kiev den Umsturz.[197] Ihre Gegner holten unter anderem Legionäre zur „Verteidigung der rechtmäßigen Kerenskij-Regierung".[198] In der „Svoboda" hieß es zu den Vorfällen um den 11. November (29. Oktober) 1917: „Samstag nachts kam das zweite tschecho-slovakische Regiment. Das Erscheinen des tschechischen Heeres in den Straßen rief einen Riesensturm unter der russischen und ukrainischen Bevölkerung hervor. Namentlich in den Arbeiterkreisen erreichte die Erregung die höchste Stufe. [...] Die Mitglieder des Exekutivkomitees der tschecho-slovakischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei bestanden deshalb darauf, das tschechische Heer abzuberufen, zumal Zusammenstöße mit der russischen Bevölkerung und dem

194 RGVIA, f. 1343, op. 8, d. 1036, l. 2, 12 und 30; ÖSTA/HHStA, PA I, Karton 1057, Liasse Krieg 70/10 Fol. 119; Pardon/Shurawljow, Bd. 1, 21f.

195 ÖSTA/KA, AOK/Evb. d. Gsbs/NA d. AOK, G.Z.N.B./Zensurabt. „D" 1918: Nr. 4990; Thunig-Nittner 87.

196 Thunig-Nittner 87.

197 Kappeler, Kleine Geschichte der Ukraine 171f.

198 Klevanskij, Učastie čechoslovackich internacionalistov 180f.

Heere nicht ausgeschlossen seien. Die Befürchtungen waren nur zu berechtigt: Schon Sonntag Nacht wurde das tschechische Heer zum Kampf mit den Bolschewiken und Ukrainern verwendet, welche den Palast und das Arsenal besetzten. Fast die ganze Nacht dauerte das gegenseitige Schießen. Am Montag steigerte sich die Kampfstimmung und das tschechische Heer bekam den Befehl zum Sturm. Bis Montag abends waren acht Verwundete und zwei Tote zu beklagen."[199]

Daß die Legionäre schließlich zurückgezogen wurden, änderte an den Konsequenzen wenig. Der „Kiever Zwischenfall", wie sich Masaryk ausdrückte, hatte die Kluft zwischen den Repräsentanten der Sozialdemokratie und des Nationalrates weiter vertieft.[200] Trotz deklarierter Neutralität gegenüber der russischen Innenpolitik verschlechterte sich das Verhältnis Masaryks und seiner Weggefährten zur Führung in Petrograd; Heimkehrer beobachteten sogar die Liquidierung von Tschechen während der vorübergehenden Okkupation Kievs durch die Sowjettruppen im Februar 1918.[201] Indessen rückte Munas Partei, die vor dem Eintreffen der deutschen und österreichisch-ungarischen Streitkräfte noch für wenige Tage mit der ukrainischen Rätemacht kooperierte, zusehends nach links ab.[202]

Als die vornehmlich aus ehemaligen Gefangenen bestehende tschechoslowakische Sozialdemokratie in Kiev schließlich ihre Organisation nach Moskau verlegte, waren die Internationalisten aus verschiedenen Regionen Rußlands, mit denen die Gruppe um Muna und Handlíř nun zusammentraf, darüber bereits unterrichtet.[203] „In Moskau haben sich innerhalb der Organisation Kämpfe zwischen der alten nationalistischen und der neuen sozialistischen Richtung entwickelt. Diese letztere beabsichtigt in den nächsten Tagen eine neue, tschechisch-slawische Organisation auf sozialdemokratisch-internationalistischer Grundlage zu errichten, um von dort aus den Kampf gegen das Kiever Hauptzentrum der Masaryk-Gefolgschaft einzuleiten", wußte beispielsweise Václav Ružička von den tschechischen Sozialdemokraten in Sibirien zu berichten.[204] Sein Plädoyer für einen eigenen nationalen Verband unter Berufung „auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker im bolschewistischen Programm" wurde freilich vom Moskauer Komitee abgelehnt. Dieses pochte einmal mehr auf die Zusammenfassung sämtlicher Nationalitäten und wies „schädliche Sonderorganisationen" mit Entschiedenheit zurück.[205] Die Ereignisse im April 1918 brachten auch in diesem Fall den Umschwung. Mit dem Aufbau einer nach ethnischen Kriterien gegliederten Internationalistenbewegung war der Weg für die Schaffung einer

199 ÖSTA/KA, AOK/Evb. d. Gsbs/NA d. AOK, G.Z.N.B./Zensurabt. „D" 1918: Nr. 4990.
200 Masaryk 202.
201 ÖSTA/KA, KM/10. Abt./Kgf. 1918: 10-44/1393.
202 Klevanskij, Učastie čechoslovackich internacionalistov 183ff.
203 Suda 15; Kuhn 4.
204 RCChIDNI, f. 549, op. 4, d. 248, l. 114; Klevanskij, Učastie čechoslovackich internacionalistov 179f.
205 Ebd.

kommunistisch orientierten Gruppierung der Tschechoslowaken in Sowjetrußland frei. Dennoch verlief die „Fusion" von Munas Leuten mit den ebenfalls nach Moskau übersiedelten, klar probolschewistischen „Petersburgern" unter František Beneš und Karel Knoflíček, die seit 7. Februar die Zeitschrift „Pochodeň" („Die Fackel") herausgaben, nicht ohne Reibungen.[206] Wie Béla Kun lehnten letztere die meisten Gefangenenkomitees ab und konzentrierten sich demgegenüber auf die „Parteiarbeit".[207]

Schrittweise setzte sich die Petrograder KP-Gefolgschaft durch.[208] Die mit ihr verbundene Kiever Organisation verteilte am 27. März 1918 die erste Nummer des „Prukopník svobody" („Pionier der Freiheit"), der zum „Organ der tschechoslowakischen Sozialdemokraten (Kommunisten-Internationalisten)" erklärt wurde[209]. Nachdem ein kleinerer Teil unter Protest gegen den neuen Kurs ausgeschieden war[210], gründete die Mehrheit vor dem Hintergrund des eskalierenden Konfliktes zwischen der Legion und Lenins Regierung Ende Mai 1918 eine „*Tschechoslowakische Kommunistische Partei in Rußland*".[211] Sie sprach sich für die III. Internationale sowie für eine „tschechoslowakische sozialistische Republik im föderativen Verband der sozialistischen Republiken Europas" aus, lehnte die „von der französischen Bourgeoisie abhängige Kiever Zweigstelle" des Pariser Nationalrates „ausdrücklich als Führerin und Sprecherin des tschechoslowakischen Proletariats" ab und beabsichtigte ihre politischen Aktivitäten unter den „Kriegsgefangenen, Kolonisten und Druschinisten" nicht nur fortzusetzen, sondern zu intensivieren.[212] Nachdruck wollte man den Zielsetzungen der Vereinigung, an deren Spitze Alois Muna als „Vorsitzender des Zentralen Exekutivkomitees" und Jaroslav Handlíř als Generalsekretär standen[213], noch durch die Schützenhilfe seitens des Volkskommissariates für Nationalitäten verleihen, das zur gleichen Zeit eine tschechoslowakische Sektion einrichtete.[214]

Die Partei selbst fand zugleich in der soeben ins Leben gerufenen und von Béla Kun geleiteten *„Zentralen Föderation ausländischer Gruppen" („Central'naja federacija inostrannych grupp", CFIG) beim ZK der RKP(b)* Aufnahme.[215]

---

206 ÖSTA/KA, KM/10. Abt./Kgf. 1918: 10-20/1-116 und 10-44/1539; RGVIA, f. 1343, op. 8, d. 1036., l. 2, 12 und 18f.; Klevanskij, Účastie čechoslovackich internacionalistov 189f.; Suda 15.

207 RCChIDNI, f. 17, op. 4, d. 94, l. 39; Striegnitz, Deutsche Internationalisten 129 und 135.

208 Klevanskij, Účastie čechoslovackich internacionalistov 189f.

209 Thunig-Nittner 87; Klevanskij, Účastie čechoslovackich internacionalistov 189.

210 Kuhn 4.

211 Suda 15; Zinner 26.; Fowkes 59; Kalvoda, Czech and Slovak Prisoners of War 230.

212 Thunig-Nittner 88; Reimann 73ff.; Fowkes 59.

213 Skilling 347; Kuhn 6.

214 Ebd.

215 Medvedev, CK RKP(b) 176; Ustinov 409; Fowkes 59; Borsányi 65; McDermott/Agnew 11.

Abgesehen von den Bulgaren, die sich im Oktober von den Südslawen trennten[216], schlossen sich der „Zentralen Föderation" in der Folge noch eine Ende 1918 entstandene „Kommunistische Partei ausländischer Arbeiter und Bauern Turkestans"[217] sowie eine kleinere italienische[218], anglo-amerikanische[219] und eine französische Sektion an. Letztere war im August 1918 aus prosowjetischen Mitgliedern offizieller Gesandtschaften der Pariser Regierung im Herrschaftsbereich der Bol'ševiki, unter ihnen der als Hauptmann der Infanterie im August 1917 der französischen Militärmission zugeteilte sozialistische Rechtsanwalt Jacques Sadoul, hervorgegangen.[220]

Mit dem Entstehen weiterer Gruppierungen verknüpfte inzwischen die russische KP die Bedingung, prinzipiell jene Nationalitäten in der CFIG zusammenzufassen, die nicht „dem Bestand des alten Rußland" zugezählt werden konnten.[221] Ungeachtet dessen existierten jedoch enge Verbindungen zwischen allen ausländischen Parteigängern Lenins in und außerhalb der Föderation. Neben den aufgrund ihrer Niederlage im eigenen Land nach Sowjetrußland geflohenen finnischen Parteifunktionären[222] und einer unter den Kriegsgefangenen tätigen türkischen kommunistischen Bewegung, geleitet von Mustafa Subhi, der schon vor dem „Oktoberumsturz" ins „russische Exil" gegangen, bis Ende 1917 in sibirischen und mittelasiatischen Lagern interniert worden war und bei seiner Rückkehr in die Türkei zu Jahresbeginn 1921 mit vierzehn Begleitern ermordet wurde[223], galt dies auch für die „Union chinesischer Arbeiter", von denen man „allein 1916 fast 50.000 als Kulis für die Uralbergwerke beziehungsweise zum Bau der Murman-Bahn ins Land geholt" und ab 1918 eine größere Anzahl für die Rote Armee gewonnen hatte.[224]

216 Pardon/Shurawljow, Bd. 1, 81; Kriegel/Haupt 296; Medvedev, CK RKP(b) 177.

217 Hentschel, Die ausländischen Kommunisten 318; Ustinov 410; Pardon/Shurawljow, Bd. 1, 224.

218 Jósza, Ungarn und die ungarischen Bolschewiken 155; Medvedev, CK RKP(b) 177; Kriegel/Haupt 296.

219 Pardon/Shurawljow, Bd. 1, 81; Kriegel/Haupt 296; Ustinov 410.

220 Broué 57f.; Lazitch/Drachkovitch, Biographical Dictionary 353. Der Bericht über die Aktivitäten der CFIG in der Pravda vom 29. Dezember 1918 weist im übrigen darauf hin, daß die französische Gruppe „vor einiger Zeit schon wieder aus der Föderation ausgeschieden" sei. – Pardon/Shurawljow, Bd. 1, 223.

221 Medvedev, CK RKP(b) 177f.; Pardon/Shurawljow, Bd. 1, 223. Die Zentrale Föderation behauptete im Dezember 1918, daß ihr im Juli 1918 eine finnische Gruppe beigetreten sei. Im Februar 1920 stellte sie demgegenüber in ihrem Tätigkeitsbericht für das Jahr 1919 fest, daß unter anderen die Finnen und Polen nicht dazu gerechnet werden könnten und „ein selbständiges Büro beim ZK der KPR" gebildet hätten. Pardon/Shurawljow, Bd. 1, 223; Kriegel/Haupt 296; RCChIDNI, f. 549, op. 1, d. 4, l. 15.

222 Lazitch/Drachkovitch, Lenin and the Comintern 142.

223 Broué 57; Lazitch/Drachkovitch, Biographical Dictionary 391; dies., Lenin and the Comintern 371, 373 und 412; Yanikdag 80f.; Frank 44.

224 Kulinytsch/Koschyk 17; Scheibert 73; Lazitch/Drachkovitch, Biographical Dictionary 211; dies., Lenin and the Comintern 371.

Berührungspunkte mit den vornehmlich aus Staatsbürgern der Donaumonarchie rekrutierten KP-Gruppierungen ergaben sich jedoch vor allem für die Polen. Die nach der Februarrevolution geschaffenen *Sektionen der Sozialdemokratischen Partei des Königreichs Polen und Litauen* (SDKPiL)[225] waren nicht allein durch ihre führenden Mitglieder wie Dzeržinskij und Unszlicht in den sowjetrussischen Partei- und Staatsapparat eingebunden.[226] Allerdings standen SDKPiL-Angehörige, welche vorerst keine gemeinsame Plattform mit den gegen die betont nationale Linie von Józef Piłsudski eingestellten Repräsentanten der 1906 aus der Polnischen Sozialistischen Partei (Polska Partia Socjalistyczna, PPS) hervorgegangenen PPS-Lewica einzurichten vermochten[227], angesichts ihres strengen, bisher von Rosa Luxemburg und in Rußland nunmehr von Bucharin geprägten Internationalismus sowohl dem Leninschen Selbstbestimmungsrecht der Völker als auch dem Brester Frieden kritisch gegenüber.[228] In dieser Hinsicht übten sie Einfluß auf die deutschen, österreichischen und ungarischen Kommunisten aus: Hatte die CFIG einerseits das Entstehen von Komitees unter den polnischen Vierbundsoldaten begünstigt[229], blieben revolutionäre Gefangene andererseits von der Position polnischer Parteifunktionäre in Nationalitätenfragen nicht unbeeindruckt. Außerdem ergaben sich organisatorische Konsequenzen, zumal sich eine nicht zuletzt aus Kriegsgefangenen bestehende Gruppe beim ZK der RKP(b) als unzweckmäßig erwies und daher zur SDKPiL überging. Wichtiger waren jedoch deren militärpolitische Vorstellungen, da diese zur Entscheidung beitrugen, ab Mai 1918 „die Bildung besonderer nationaler *Militäreinheiten* in Rußland einzustellen", was sich nicht zuletzt auf die Rekrutierung von Heeresangehörigen der Zentralmächte auswirkte.[230] Auch in den Streitkräften „Ausländer, Emigranten und Minderheiten" nach ethnischen Gesichtspunkten zu formieren, erschien vielen schon wegen der Erfahrungen mit der tschechischen Legion als problematisch, wobei gerade die SDKPiL mit Recht den Einsatz von Freiwilligenkorps diverser Unabhängigkeitsbewegungen, darunter auch polnische Einheiten, gegen die Bol'ševiki fürchtete.[231] Wie die „Sozialdemokraten Polens und Litauens" wollte demnach auch das Kollegium des Narkomnac lediglich auf der Grundlage des „Territorialprinzips", also der Schaffung von „Kampfverbänden mit nationalen Schwerpunkten" auf dem Gebiet der jeweiligen „Volksgruppen", Zugeständnisse machen.[232] Zu-

225 Strobel 603.

226 Političeskie Partii Rossii 184f.; Lazitch/Drachkovitch, Biographical Dictionary 420f.; Strobel 611.

227 Manusevič, Pol'skie internacionalisty 142; Szafar 8f.; Meier 70.

228 Strobel 607–614.

229 Kulinytsch/Koschyk 16; Manusevič, Pol'skie internacionalisty 140.

230 Strobel 623.

231 Ebd. 616–620 und 623.

232 Žarov 576; Strobel 621ff.

gleich forcierten die Militärorgane der Räterepublik, vor allem die im Juni 1918 beim Gesamtrussischen ZEK der Sowjets eingerichtete „Kommission zur Schaffung internationaler Truppenteile der Roten Arbeiter- und Bauernarmee", in Kooperation mit der Zentralen Föderation ausländischer KP-Gruppen ausschließlich die Aufstellung „gemischter Einheiten".[233]

Befaßte sich auf diese Weise eine ganze Reihe von Institutionen mit der Heeresproblematik, so machte sich die CFIG zur selben Zeit daran, vorrangig die *„Aufklärungsarbeit"* unter den Kriegsgefangenen auf ihre Fahnen zu heften. In Anbetracht zahlreicher lokaler Zweigstellen der verschiedenen KP-Gruppen und der Föderation selbst[234] nahmen sich deren Mitgliederzahlen allerdings einigermaßen bescheiden aus. Anfang 1920 brachten es die ausländischen Sektionen nach eigenen Angaben „in Moskau und in der Provinz" auf insgesamt 3.336 Personen; davon 724 Ungarn, 438 Tschechoslowaken, 400 Deutsche und Deutschösterreicher, 177 Jugoslawen[235], 42 Rumänen sowie alleine 1.545 nicht nach Nationalitäten aufgeschlüsselte Kommunisten in Turkestan.[236] Zwar waren zur Jahreswende 1918/19 bedeutende Kontingente von Kaderfunktionären in ihre Heimatländer zurückgekehrt, nichtsdestoweniger blieben die Propagandaerfolge auch bis Ende 1918 bescheiden, wie ein Monatsbericht der deutschen Gruppe belegt, der für den September 1918 83 Mitglieder anführt.[237]

Tatsächlich schienen die Bemühungen der von den russischen Parteistellen mit monatlich 230.000 Rubel ausgestatteten und durch die Altbolschewikin Elena Dmitrievna Stasova direkt mit dem ZK der RKP(b) verbundenen Föderation fast ausschließlich unter jenen Wirkung zu zeigen, die bereits vor längerer Zeit zu sozialistischen Bewegungen gefunden hatten.[238] Ihnen gehörte eine überschaubare Zahl von „Emigranten" an, die während der Zarenherrschaft oder nach dem Ausbruch der Revolution nach Rußland ge-

233 RCChIDNI, f. 549, op. 1, d. 7, l. 1; RGVIA, f. 1, op. 1, d. 163, l. 72ff.

234 Lokale Föderationen existierten unter anderen in Astrachan', Carycin, Kazan', Kursk, Nižnij-Novgorod, Penza, Samara, Saratov, Tambov, Tula und Voronež. – RCChIDNI, f. 549, op. 4, d. 17, l. 6; Kulinytsch/Koschyk 15; Jósza, Ungarn und die ungarischen Bolschewiken 155. Über das 1918/19 geschaffene Auslandskollegium in Odessa siehe: Schmiedel/Schnitter 277.

235 Laut Ivo Banac gehörten der jugoslawischen Gruppe in Sowjetrußland 1920 450 Mitglieder und 50 Kandidaten an. – Banac, South Slav Prisoners of War 140.

236 RCChIDNI, f. 549, op. 1, d. 4, l. 15; vgl. Hájek/Mejdrová 63; Islamov 244; Rozko 292f.

237 Reisberg, Österreichische Kommunisten und Internationalisten 25; RCChIDNI, f. 549, op. 4, d. 1, l. 19.

238 Zu Elena Stasova siehe vor allem: Lazitch/Drachkovitch, Biographical Dictionary 382; Wolkogonow, Stalin 825; Hautmann, Rätebewegung 183. Die finanzielle Unterstützung der CFIG durch die RKP(b) behandeln: Medvedev, CK RKP(b) 179; Hájek/Mejdrová 63; Reisberg, Österreichische Kommunisten und Internationalisten 26. Mit den „Mängeln" der von revolutionären Gefangenen

kommen war, sowie eine etwas größere Gruppe früherer Kriegsgefangener, welche sich bislang zur Sozialdemokratie bekannt hatte und nach den Erfahrungen im Ersten Weltkrieg auf das Programm der Bol'ševiki setzte. Die überwiegende Mehrheit der deutschen und österreichisch-ungarischen Soldaten bezog hingegen, trotz politischer Beeinflussungsversuche in Sowjetrußland, keine eindeutige ideologische Position. Manche stärkten vielmehr auch weiterhin den von Lenins Mitstreitern als „Pseudosozialisten und Sozialchauvinisten"[239] abgewerteten traditionellen „Repräsentanten der Arbeiterbewegung" den Rücken. Leitende CFIG-Funktionäre und unter ihnen ein einflußreicher Kreis von jüngeren k.u.k. Offizieren, welche insbesondere als Einjährig-Freiwillige über mittlere und höhere Bildung verfügten, blieben auf diese Weise eine, wenn auch schlagkräftige, Minderheit. Durch sozialkritische Standpunkte sowie durch schulische und berufliche Erfahrungen kamen sie früh und wesentlich nachhaltiger mit den gesellschaftlichen Spannungen der Donaumonarchie in Berührung; obendrein lernten sie die strengen Hierarchien des Habsburgerheeres auf den niedrigeren Rangstufen innerhalb der Führungskader kennen und waren vielfach wegen ihrer jüdischen Abstammung von ethnischen Konflikten und antisemitischen Ressentiments unmittelbar betroffen. Bei ihrer Tätigkeit ging es den wenigen, oftmals Angriffen ausgesetzten Föderationsmitgliedern jedoch ohnehin nicht vorrangig um den Aufbau zahlenmäßig starker Organisationen.

Wichtiger war ihnen die Schaffung einer *Elitepartei*, die sich im Sinne Lenins als „Avantgarde des ausländischen Proletariats" und personelle Grundlage einer künftigen III. Internationale verstehen wollte.[240] Derartigen Zielsetzungen wollte man hauptsächlich mit der Abhaltung von Schulungskursen gerecht werden. Hinsichtlich dessen taten sich speziell die ungarischen Kommunisten hervor.[241] Diese hatten ab Anfang März 1918 in aller Eile „Seminare" zusammengestellt, in denen Referenten wie Kun und Szamuely üblicherweise von 9 bis 10 Uhr morgens im Bol'šoj Theater unter anderem über marxistische Theorie, die russische Revolution, „Staat und Imperialismus" sowie das Kommunistische Manifest sprachen und anschließend Diskussionen zu den verschiedenen Themen leiteten.[242] Mit den fünf „Ausbildungskursen" in Moskau, die alles in allem von 102 „Agitatoren" absolviert wurden[243], und zusätzlichen „vier- bis sechswöchigen Lehrgängen in den

---

betriebenen Propaganda und insbesondere mit dem „eingeschränkten pädagogischen Wert" der Internationalisten-Zeitungen befassen sich unter anderem: Tregubow, Presse 282; Thunig-Nittner 87f.

239 In diesem Zusammenhang sind etwa Äußerungen während des im April 1918 abgehaltenen Moskauer Kriegsgefangenenkongresses zu erwähnen. – Pardon/Shurawljow, Bd. 1, 69.

240 RCChIDNI, f. 549, op. 1, d. 4, l. 15; Die dritte Internationale (5.10.1918) 2.

241 Krammer 252.

242 Völgyes, Hungarian Prisoners of War 78f.; Szamuely 25.

243 Molnár 4; Jósza, Ungarn und die ungarischen Bolschewiken 161; Völgyes, Hungarian Prisoners of War 79.

größeren Kriegsgefangenenzentren"[244] schuf sich die Föderation und die in ihr mit jeweils zwei Repräsentanten vertretenen nationalen Sektionen jene Gefolgschaft, welche vorerst im kleinen Zirkel betont probolschewistischer Internationalisten aktiv zu werden begann. „Anfangs führte die Föderation die Parteiarbeit hauptsächlich innerhalb der ihr angehörenden Gruppen durch. Die Agitation und Propaganda unter breiteren Schichten, der Einsatz von Agitatoren erfolgte über die allgemeinen Kriegsgefangenenorganisationen", konstatierte man demgemäß in der Pravda vom 29. Dezember 1918.[245] Dabei mußte festgehalten werden, daß zwar das „ZEK der internationalen revolutionären Organisation ausländischer Arbeiter und Bauern" – wie auch die CFIG bemerkte – von Beginn an „unter dem Einfluß der KP" stand[246], selbst zwischen den Anhängern der RKP(b) aber nach wie vor schwerwiegende Meinungsverschiedenheiten auftraten. Eine vom 15. bis 25. April in Irkutsk tagende Konferenz revolutionärer Gefangener, die eine „Kommunistische Partei ausländischer Proletarier" gründete, verlangte beispielsweise „von den Russen unabhängige Räte" und wich damit deutlich „von der allgemeinen Linie" ab.[247]

Schließlich gilt es noch zu bedenken, daß die „Oktobererhebung" dem durchaus attraktiven Gedanken einer Koalition aller sozialistischen Parteien den Boden entzogen hatte. Einer neuen Deutung des Umsturzes, der zufolge die gesamte Macht nicht den „Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten", sondern der RSDRP(b) und ihren Gehilfen zugefallen sei, wurde dadurch der Weg geebnet.[248] Lenin hatte sich seine Herrschaft „immer als eine bolschewistische vorgestellt, die im Namen und zugunsten des Proletariats zu vollziehen sei. Obwohl er das Schlagwort ‚Alle Macht den Sowjets' bei seiner Ankunft in Rußland geprägt hatte, wurde zusehends deutlich, daß es für ihn nur eine taktische Forderung darstellte, um revolutionäre Leidenschaften zu wecken und die Stellung der Übergangsregierung zu erschüttern. Er hatte niemals beabsichtigt, die bis zum September keineswegs bolschewistisch beherrschten Sowjets mit ihren undisziplinierten, radikalen Mitgliedern zur wirklich regierenden Macht im Lande zu machen."[249]

In dieses Bild fügte sich auch die Rolle der am Rätemodell orientierten Internationalisten-Vereinigungen. Allmählich, resümierte die CFIG Ende 1918, *ging „die ganze Arbeit in die Hände der Föderation über,* und die nichtparteigebundenen Organisationen ver-

---

244 Jósza, Ungarn und die ungarischen Bolschewiken 161.

245 Pardon/Shurawljow, Bd. 1 223; vgl. Kulinytsch/Koschyk 14.

246 RCChIDNI, f. 549, op. 1, d. 4, l. 16; Pardon/Shurawljow, Bd. 1, 223. Zur regelmäßigen Rechenschaftslegung des „ZEK der ausländischen Bauern und Arbeiter" vor dem ZK der RKP(b) und dem VCIK siehe: Striegnitz, Kerntruppe der Weltrevolution 143.

247 ÖSTA/KA, KM/10. Abt./Kgf. 1918: 10-7/7-329; Scheibert 72; Krivoguz/Poljanskij 467; Kopylov, Zarubežnye internacionalisty 166; Hautmann, Rätebewegung 182.

248 Hildermeier, Russische Revolution 241.

249 Schapiro 535f.

schwanden."[250] Die Ausschaltung des Zentralexekutivkomitees „ausländischer Arbeiter und Bauern" erfolgte dann ebenfalls auf Drängen Kuns. Sein Anhang wehrte sich zugleich entschieden gegen eine Rechtfertigung der KP-Aktivitäten vor einer allgemeinen Versammlung, an der „auch Mitglieder anderer Parteien oder Parteilose" teilgenommen hätten.[251] Über ihr Ende schreibt die zentrale Vertretung aller revolutionären Gefangenen in Sowjetrußland: „Das ZEK hatte keine Gelegenheit, die Einstellung seiner Arbeit einem gesamtrussischen Kongreß zu unterbreiten. Das war aus technischen und politischen Gründen nicht möglich. Wenn man andererseits in Betracht zieht, daß sich die Agitationsarbeit unter den ausländischen Proletariern keineswegs geändert hat, hat sich ein Kongreß erübrigt." Der Frieden „mit den Mittelmächten zog die massenhafte Heimreise der Kriegsgefangenen nach sich"; diejenigen aber, die „hiergeblieben sind, stehen im Dienste der Revolution; die Entwicklung ihres Klassenbewußtseins, ihre Versorgung mit Literatur, ihre ausführliche Unterweisung in der Lehre des Kommunismus – das ist schon die Aufgabe der kommunistischen Partei."[252]

Die diesbezügliche Betreuung der verbliebenen Kriegsgefangenen verlagerte sich in der Tat zur kommunistischen Partei. Zur russischen nämlich. Die ausländischen Kollegen hatten immer weniger mitzureden.

250 Pardon/Shurawljow, Bd. 1, 223; Kulinytsch/Koschyk 14f.
251 Striegnitz, Kerntruppe der Weltrevolution 143f.; Pardon/Shurawljow, Bd. 1, 127.
252 Pardon/Shurawljow, Bd. 1, 137.

KEINE ATEMPAUSE

Die „neue Zeit der Wirren" und die Bedeutung der Gefangenenthematik

„DER ABSCHLUSS DES BÜRGERKRIEGES"

Die Dichterin Marina Cvetaeva stammte aus einer wohlhabenden bürgerlichen Familie.[1] Wie so viele ihrer Herkunft, hoffte auch sie auf den *Süden des alten Zarenreiches*, auf das Dongebiet vor allem, wo ihr Mann Sergej Efron mit jenen Freiwilligen zusammengegangen war, die gegen die Räteregierung zu kämpfen beschlossen hatten. Als „Jugend und Stolz" idealisierte Cvetaeva den Don, als „Hoffnung der russischen Zivilisation", als „letzten Traum der alten Welt"[2].

In der Tat hielt sich Novočerkassk, das Zentrum der Donkosaken und Hauptquartier der „weißen" Generalität, an die bisherige Ordnung, ganz so, als wäre nichts geschehen. Mit dem Blick auf die Vergangenheit gerichtet, dem trügerischen Glauben verfallen, treu zu einem System stehen zu können, von dem sich das Land auf unwiederbringliche Weise löste, kam die mondäne Atmosphäre der Hauptstädte in die Steppe, um in den morastigen Straßen der Provinz an der „glanzvollen aristokratischen Etikette" festzuhalten.[3] Eine Flüchtlingswelle überrollte den Süden, sowohl den Don als auch die weiter westlich gelegene Ukraine. Geschäftsleute, „die in Moskau Vertrauenspersonen zurückgelassen", und Hausbesitzer, die ihre Häuser Verwaltern überlassen hatten, adelige Familien „mit ihren verwöhnten Töchtern", Fürsten, Beamte, Künstler, Industrielle, Kaufleute, Juristen und Politiker kamen.[4] In Kiev waren bald sämtliche Wohnungen überfüllt. Man schlief auf Sofas und Stühlen, heißt es in Michail Bulgakovs Roman „Die Weiße Garde". In den vornehmeren Unterkünften „speisten große Gesellschaften. Man eröffnete", so Bulgakov weiter, „eine Unmenge Imbißstuben, die bis tief in die Nacht auf hatten, Cafés, in denen man Kaffee und auch eine Frau erstehen konnte, ein neues Miniaturtheater, auf dessen Brettern die berühmtesten Schauspieler [...] Faxen machten und das Volk belustigten", während „neue Zeitungen erschienen, in denen die besten Federn Rußlands Feuilletons veröffentlichten und die Bolschewiken beschimpften".[5]

---

1 Feinstein 25ff.
2 Razumovsky 139.
3 Figes, Tragödie 591.
4 Bulgakow 64f.
5 Ebd. 65.

Der „Haß auf die Roten" einigte die gestürzten Großen und Mächtigen, welche auf die eine oder andere abenteuerliche Weise durch das von den Sowjets kontrollierte Territorium die „freien Gebiete" erreichten. Sie trafen in der Überzeugung ein, eine verläßliche Stütze ihrer Anliegen insbesondere in den Kosaken zu finden, die als Symbol des „Patriotismus und der Vaterlandsverteidigung" galten und von denen man sagte, der „Saum ihres Sattels sei die Grenze des russischen Reiches".[6] Dort suchten prominente Politiker der verschiedensten Richtungen nunmehr ihr Heil. Der Sozialist-Revolutionär Boris V. Savinkov und der ehemalige Dumapräsident Michail V. Rodzjanko tauchten ebenso am Don auf wie Pavel N. Miljukov, Ex-Außenminister und führendes Mitglied der Kadety[7], der Konstitutionellen Demokraten (KD), die sich als liberale Partei mit besonderem Nachdruck für den Parlamentarismus stark machten.[8]

In Novočerkassk trafen sie auf die mit ihrem Selbstverständnis in vielerlei Hinsicht schwer vereinbare Vorstellungswelt der Militärs, deren Uniformen und Verhaltensregeln bald nicht nur das Bild der Stadt, sondern vielmehr der „weißen Herrschaft" insgesamt prägten.[9] Nichtsdestoweniger hielt der amerikanische Außenminister Lansing in einer Empfehlung an seinen Präsidenten im Dezember 1917 die Bewegung im *Dongebiet* für stark genug, Lenins Regierung zu verdrängen und die Unterstützung der Kadety, ja „der gesamten Bourgeoisie sowie der landbesitzenden Klasse" zu erhalten.[10] Lansing überschätzte dabei allerdings nicht allein die Kräfte des „national-russischen Widerstandes gegen den Bolschewismus" und insbesondere den Einfluß der bürgerlichen Kräfte; er übersah auch deren Abhängigkeit von den Donkosaken, die ihrerseits primär an einer separatistischen Politik interessiert waren.[11] Deren traditionelle Versammlung, der „Krug", erklärte schon am 3. Dezember (20. November) 1917 seine Unabhängigkeit, wobei ihr Ataman Aleksej M. Kaledin zunächst einige Mühe hatte, Konflikte zwischen der gerade gegründeten „Freiwilligenarmee" unter zwei vormals hochrangigen Vertretern des Zarenheeres, den Generälen Alekseev und Kornilov, und jenen Kosaken zu verhindern, welche befürchteten, die Anwesenheit der „Weißen" könnte Novočerkassk zur Zielscheibe der Bol'ševiki machen. Das Erscheinen sowjetischer Einheiten und die Fähigkeit der Kornilov-Offiziere, nichtkosakische Bevölkerungsteile – russische Bauern, Industriearbeiter und Matrosen der Schwarzmeerflotte – gegen die „Rätemacht" zu mobilisieren, überspielten jedoch vorerst die vielfältigen Widersprüche. Gemeinsam ging man am 22. (9.) Dezem-

---

6 Zit. nach Heresch, Blutiger Schnee 228f.

7 Figes, Tragödie 591.

8 Leidinger, Zwischen Kaiserreich und Rätemacht 49.

9 Figes, Tragödie 591.

10 Schmid, Churchills privater Krieg 17.

11 Ebd. 18.

ber 1917 in den Kampf um das vor wenigen Tagen von den Roten Garden genommene Rostov.[12]

Die „Schlacht“ hatten die antibolschewistischen Verbände noch kaum zu ihren Gunsten entschieden, als sich zeigte, daß die deutschen und österreichisch-ungarischen Kriegsgefangenen bereits auf unterschiedlichste Weise von den Auseinandersetzungen betroffen waren. Schon bisher gab die Lage der Deutschen, Österreicher und Ungarn im Dongebiet Anlaß zu Kritik. Arbeitslosigkeit und Versorgungsengpässe, hervorgerufen durch „den Kriegszustand, der die Region fast gänzlich isolierte“, trugen zur stetigen Verschlechterung der Lebensverhältnisse bei; zugleich machte sich das Fehlen ausreichender und winterfester Monturen bemerkbar. Zur Jahreswende 1917/18, meldeten die neutralen Missionen aus dem „Donschen Heergebiet“, habe man einen „schreienden Mangel an Bekleidungsgegenständen und Schuhwerk“ konstatieren müssen; Gefangene trügen, unfähig „sich gegen die Kälte zu schützen“, schwere gesundheitliche Schäden davon, vielfach treffe man die Beklagenswerten nur noch „in Lumpen“ an.[13]

Doppelt schwer, ließ ein dänischer Delegierter wissen, wiege in diesem Zusammenhang der Umstand, daß das Verhältnis der Einheimischen zu den fremden Soldaten durch die Klagen über die „rohe und schlechte Behandlung der russischen Kriegsgefangenen“ im Bereich der Zentralmächte sowie durch den „Haß gegen die Deutschen und ihre Verbündeten“ angesichts der „Separatfriedensverhandlungen mit den Volkskommissaren“ zusätzlich belastet werde. Vor allem aber sei der „Mangel an Sympathie“ auf die Tatsache zurückzuführen, daß sich „viele Kriegsgefangene während der Unruhen in Rostoff auf die Seite der Bolschewiki“ geschlagen hätten und „mit der Waffe in der Hand angetroffen“ worden seien. Dieser Sachverhalt, der, wie es im Bericht der Dänischen Botschaft in Petrograd an Wiener Zentralstellen hieß, „leider den Stempel der Wirklichkeit trage“, habe die Kosaken, die nach der Einnahme der Stadt verdächtige Personen zu suchen begonnen und viele Verhaftungen vorgenommen hatten, dazu veranlaßt, auch eine ganze Reihe von Gefangenen zu arretieren und einer „besonderen Kommission“ in Novočerkassk vorzuführen.[14] Dänischerseits bemühte man sich daraufhin um einen Verteidiger für die Angeklagten. Man kontaktierte diesbezüglich sogar Kaledin persönlich, von dem der Garnisonskommandant in Rostov überdies organisatorische und finanzielle Unterstützung zur Versorgung der kranken Gefangenen und zur Wiederaufnahme des Invalidenaustausches nach den bereits vor dem „Oktoberumsturz“ geltenden Bedingungen anforderte.[15]

---

12 Figes, Tragödie 589.

13 ÖSTA/KA, KM/10. Abt./Kgf. 1918: 10-7/7-283.

14 Ebd.

15 Ebd.

Auf tatkräftige Hilfe aus Novočerkassk wartete man freilich vergeblich. Die Tage des Ataman waren gezählt. Seine am 23. (10.) Jänner 1918 proklamierte „Don-Republik“[16], deren Selbständigkeit den auf die Grenzen des alten russischen Reiches eingeschworenen Männern um Kornilov und Alekseev letztlich ein Dorn im Auge sein mußte, wankte schließlich keineswegs allein aufgrund des Anmarsches der im Raum Char'kov gesammelten, aus 6.000–7.000 „schlecht disziplinierten Soldaten“ bestehenden „ersten ‚Feldarmee‘ der Räteregierung“ [17] unter dem Kommando von Vladimir A. Antonov-Ovseenko, der in leitender Position an der Besetzung des Winterpalais, des äußeren Zeichens des „Oktoberumsturzes“ in Petrograd, beteiligt gewesen war.[18] Die Operationen der sowjetischen Einheiten, die unter anderem auch Abteilungen aus „Arbeitern und Bauern“ Deutschlands und Österreich-Ungarns umfaßten[19], verliefen aufgrund zahlreicher Unzulänglichkeiten der bolschewistischen Kriegsführung, interner Querelen, Probleme der Heeresversorgung und der geringen Verläßlichkeit der Mannschaften anfangs vielmehr selbst schleppend.[20]

Im Kampf gegen die genauso mangelhaft organisierten und dazu noch zahlenmäßig schwächeren „Streitkräfte“ Kaledins[21] half der um zusätzliche zweitausend zuverlässige Rotgardisten aus Petrograd verstärkten Truppe Antonov-Ovseenkos insbesondere die Uneinigkeit unter den Kosaken. Ein sozialer Gegensatz zwischen den Bauern in den nördlichen Bezirken und ihren wohlhabenderen Standesgenossen im Süden sowie eine unübersehbare Kluft zwischen den Generationen entzweiten das Dongebiet. Die von den Fronten des Weltkriegs kommenden jüngeren Kosaken empfanden bei der Rückkehr in ihre Dörfer den Kampf zwischen „Weiß und Rot“ als einen aus Rußland importierten Konflikt und verspürten wenig Neigung, für die Verbände Kaledins und Kornilovs erneut zu den Waffen zu greifen.[22] Viel eher zeigten sie sich zu einem Arrangement mit den Frieden verkündenden Bol'ševiki bereit. „Der nördliche Don stellte sich mehrheitlich hinter den Militärischen Revolutionsrat in Kamenskaja unter der Führung des Offiziers Filip Mironov“, welcher im Bunde mit den russischen Bauern eine unabhängige sozialistische Republik anstrebte[23], dann aber tatsächlich „zur fünften Kolonne“ der aus der Ostukraine anrückenden „Armee“ Antonov-Ovseenkos wurde. Streiks und schließlich Erhebungen der Russen in den Industriestädten des Gebiets taten ihr übriges. „Sechs Tage nach einem

16 Rauch 102.
17 Gosztony 36.
18 Političeskie Partii Rossii 44f.
19 Reisberg, Österreichische Kommunisten und Internationalisten 17.
20 Gosztony 36.
21 Ebd.
22 Figes, Tragödie 593f.
23 Siehe dazu auch die Darstellungen im ersten Band von Michail Šolochovs Roman „Der Stille Don“.

Arbeiteraufstand in Taganrog eroberten die Roten am 8. Februar diese Stadt."[24] Kornilovs Freiwillige bereiteten den Abzug vor; Kaledin trat als Ataman zurück und beging Selbstmord.[25] Zehn Tage später, am 23. Februar 1918, etablierte sich zum zweiten Mal innerhalb von drei Monaten die „Sowjetmacht" in Rostov, zwei Tage später fiel die Hauptstadt Novočerkassk.[26]

Nicht ohne Grund erkannten die „Smolnyj-Autokraten" darin „das Ende der spontanen und autarken russischen Gegenrevolution".[27] Eine solche Sichtweise teilten auch k.u.k. Offiziere wie Hauptmann Karl Friedrich, der gemeinsam mit Repräsentanten der dänischen Schutzmacht unter den „Kriegs- und Zivilinternierten" im weiter östlich befindlichen Astrachan' tätig war. Dort, schrieb Friedrich einige Monate später, war der „Bürgerkrieg Ende Jänner 1918 ausgebrochen", was die russischen Behörden zum Anlaß nahmen, den „Verkehr mit den Gefangenen strengstens zu verbieten".[28] Obwohl es danach dem dänischen Delegierten Rendtorff gelang, sich in der Region weitgehend frei zu bewegen, vermochte man den „hungernden deutschen und österreichisch-ungarischen Mannschaften" anfangs nicht zu helfen, zumal ein „persönlicher Besuch der Lager" wegen der gerade dort verlaufenden „Kosakenfront ausgeschlossen war".[29] Glücklicherweise, bemerkte Hauptmann Friedrich, „war der Bürgerkrieg bald vorüber". Rendtorff ging daran, in Kooperation mit den gefangenen Offizieren den „Verpflegsdienst im Mannschaftslager zu regeln", wodurch, so Friedrich, die „Disziplin der Soldaten aufrechterhalten" und einer erfolgreichen „Agitation seitens der Russen und einiger eigener gewissenloser Individuen" der Boden entzogen werden konnte.[30] Nach der neuerlichen Etablierung der Räteherrschaft hatte man im übrigen auch am Don unverzüglich mit der „Aufklärungsarbeit" unter den „Proletariern aus Deutschland und Österreich" begonnen. „Das Kriegsgefangenenlager zu Rostow", hält Leopold Steiner 1930 in den Erinnerungen fest, „wurde absichtlich in eine Kaserne verlegt. Immerhin ein lobenswerter Fortschritt, wenn ihm nicht ein teuflischer Hintergedanke [!] unterlegt worden wäre. Die Befehlsgewalt über die Gefangenen lag in den Händen von Österreichern"; der Kommissär hielt sich zwar zurück, hatte „aber eine Verpflichtung übernommen: das Anwerben von Kriegsfreiwilligen".[31] Die Stimmung unter den Gefangenen war jedoch, „obwohl verschiedensprachige,

24 Figes, Tragödie 595.
25 Borkenau, Der russische Bürgerkrieg 16; Rauch 102.
26 Figes, Tragödie 595.
27 Schmid, Churchills privater Krieg 18.
28 ÖSTA/KA, KM/10. Abt./Kgf. 1918: 10-35/686.
29 Ebd.
30 Ebd.
31 Ebd.

im Geiste des Bolschewismus gehaltene Schriften massenhaft verteilt wurden", eine „friedliche; die Mehrzahl wollte heim."[32]

Machte die massive „ideologische Propaganda" auf die einstmals feindlichen Soldaten nur bedingt Eindruck, so profitierten die Bol'ševiki bei der Absicherung ihrer Machtpositionen zunächst in erster Linie von einem sich als wenig schlagkräftig erweisenden russischen Widerstand gegen das „Oktoberregime". Die Unterdrückung parlamentarisch-demokratischer Entwicklungen, die Maßnahmen gegen die Protagonisten bürgerlich-liberaler Werte und die Konstituierende Versammlung, auf deren Zusammentreten nach dem „Roten Oktober" alle Parteien ihren Blick richteten und deren Auflösung den Weg zur „formellen Proklamation", zur „endgültigen Ausgestaltung der Räteverfassung", frei machte[33], riefen in Petrograd eine gewisse, wenn auch letztlich ohnmächtige Empörung hervor.[34] Die Sowjetregierung reagierte darauf zunächst mit Gewalt und anschließend mit auffälliger Gelassenheit.[35] Lenin blieben die Schwächen seiner Gegner nicht verborgen. Die Entwicklung bis zum März 1918 schien ihm Recht zu geben. Der Fall Kaledins signalisierte für den „Führer der Revolution" fast folgerichtig den Abschluß eines „Bürgerkrieges"[36], der ihm zufolge eigentlich bereits mit der Eroberung der Macht durch seine Gefolgschaft entschieden worden war.[37]

DAS „RECHT AUF SELBSTBESTIMMUNG" UND DIE POLITIK DER GROSSMÄCHTE

Indessen standen wesentliche Konflikte auf dem Boden des untergegangenen Zarenreiches im Zeichen ethnischer Spannungen. Schon mit dem Zusammenbruch der monarchischen Staatsform war der Zerfall des Imperiums in seine nationalen Bestandteile eingeleitet worden. Dieser Aspekt korrespondierte nach und nach auf eine immer kompliziertere Weise mit dem sozialen Charakter der gesellschaftlichen Umbrüche. Gab die Provisorische Regierung dem Drängen der „Völkerschaften" nur „widerwillig und unter Druck" nach[38], geriet nun auch die sich in Kürze zur Kommunistischen Partei umbenennende SDAPR(b) in einen Zwiespalt. Einerseits kam sie mit ihrer Formel von der Selbstbestimmung bis zur „Abtrennung und Bildung eines eigenen Staates" jenen Fürsprechern nationaler Unab-

32 Steiner, Skarree! Skarree! 126f.

33 Hildermeier, Die Russische Revolution 257 und 261; Figes, Tragödie 547.

34 Figes, Tragödie 538f. und 544.

35 Kennan, Amerika und die Sowjetmacht 345; Rauch 79ff.

36 Figes, Tragödie 595.

37 RCChIDNI, f. 40, op. 1, d. 6.

38 Stökl 660.

hängigkeit entgegen, die Lenins Politik entschieden ablehnten; andererseits war ihr an einer notfalls durch Gewaltanwendung zu erzwingenden Wiedervereinigung mit den losgelösten Territorien gelegen, an deren Spitze probolschewistische Führungskräfte den „föderativen Anschluß" an das „Sowjetimperium" garantieren sollten. Die *Unabhängigkeitserklärung Finnlands* im Dezember 1917 hatte denn auch eine unverzügliche Anerkennung Petrograds zur Folge, welche zugleich mit dem ausdrücklichen Bedauern verbunden war, „die Freiheit nicht dem finnischen ‚Volk, d. h. den Vertretern des finnischen Proletariats', sondern einer bürgerlichen finnischen Regierung" gewähren zu müssen.[39] Beim Bedauern blieb es allerdings nicht. Mit Hilfe der im Lande stehenden revolutionär gesinnten Truppen lancierten die Bol'ševiki in Finnland einen Kampf zwischen „Weiß und Rot". Diesbezüglich berief man sich auf ein, wie es Stalin später formulierte, den nationalen Aspirationen gegenüber „höheres Prinzip, nämlich dem Recht der Arbeiterklasse, ihre Herrschaft zu stärken, wenn sie einmal die Macht ergriffen hat".[40]

Mit dieser Losung stellten sich die „Smolnyj-Herren" vor allem aber auch dem *neuen ukrainischen Staatswesen* in den Weg, zumal ein völliger Verzicht auf die südwestlichen Gebiete von der Warte Petrograds aus schon aufgrund rein ökonomischer Erfordernisse für inakzeptabel gehalten wurde.[41]

Separatistische Tendenzen gewannen in Kiev bereits vor dem November 1917 die Oberhand. Die Ereignisse an der Neva beschleunigten dann die Entwicklung.[42] Allein die Proklamation einer immer noch als Bestandteil eines föderativen Rußland gedachten „Ukrainischen Volksrepublik" reichte der Sowjetregierung, um mit einem Ultimatum und einem militärischen Angriff von Char'kov aus zu reagieren.[43] Vor Ort schlecht organisiert, durch interne Streitigkeiten geschwächt und lediglich auf Teile der russischen und jüdischen Bevölkerung der Städte sowie auf die Industriearbeiter der Ost- und Südukraine gestützt, mußten die Bol'ševiki hauptsächlich auf die von außen zugeführten militärischen Kräfte unter Antonov-Ovseenko und Michail A. Murav'ev hoffen.[44] Ihnen befahl Lenin in dramatischen Appellen neben der Durchführung ihrer militärischen Operationen insbesondere die Versorgung der hungernden Metropolen Rußlands mit ukrainischem Getreide.[45] Ein solches Unterfangen wurde freilich angesichts der Zerstrittenheit zwischen der Trup-

39 Ebd. 662.
40 Zit. nach Rauch 98.
41 Borkenau, Der russische Bürgerkrieg 12.
42 Rauch 94.
43 Stökl 664.
44 Pipes, Formation of the Soviet Union 127ff. Siehe dazu außerdem: Hagen 734; Kappeler, Kleine Geschichte der Ukraine 171f. und 178; Mace 23ff.
45 Mace 26f.

penführung und den lokalen bolschewistischen Organisationen, die noch kurz zuvor mit der von der Rada geleiteten nationalen Bewegung verbunden waren, um gemeinsam die Repräsentanten der Kerenskij-Regierung loszuwerden[46], nicht eben erleichtert.[47]

Nach politischen Niederlagen in Kiev und der am 12. Dezember 1917 erfolgten Bildung einer ukrainischen Sowjetregierung in Char'kov[48] hatten bezeichnenderweise die dortigen Parteigremien den aus den „westlicheren Gebieten kommenden Genossen“ die kalte Schulter gezeigt.[49] Letzteren wollte man sich keinesfalls unterordnen; um so weniger als im Osten engere Bindungen an Räterußland forciert und Diskussionen über einen eigenständigen nationalen Weg, wenn auch unter der Fahne der „Oktoberrevolution“, vielfach als „ukrainischer Chauvinismus“ betrachtet wurden.[50] Als am 8. Februar (26. Jänner) 1918 sowjetische Verbände Kiev, wo die Zentralrada zwei Wochen zuvor die Unabhängigkeit der Ukraine ausgerufen hatte[51], eroberten und Murav'ev bei dieser Gelegenheit keinen Zweifel darüber aufkommen ließ, daß das künftige Regime ein russisches sein würde[52], hatten die Diskrepanzen bereits weithin sichtbare Formen angenommen. Auf „ukrainischem Boden“ existierten gleichzeitig verschiedene Räteregierungen[53], eine verworrene Situation, zu deren Klärung nicht mehr Petrograd oder Moskau, sondern die Offensive der Mittelmächte im Februar beitrug.

Deren Vormarsch sollte sich in Bälde auch auf die Selbständigkeitsbestrebungen der Don- und Kubankosaken sowie auf die Lage im *Kaukasus* auswirken. In diesem durch außergewöhnliche ethnische und kulturelle Vielfalt gekennzeichneten Gebiet, welches zudem während des Weltkrieges Frontraum im Kampf mit der Türkei war, gerieten die Nationalbewegungen rasch in Schwung. Dabei profitierte Lenins Regierung im Norden von den jahrhundertealten Feindschaften zwischen den Terek-Kosaken und den Bergvölkern der Ingušen, Čečenen und Dagestaner. Zudem scheiterte das „Bündnis des Dorfes, der untergehenden Gesellschaften, gegen die neue Fremdherrschaft der modernen Welt“ und den wachsenden Einfluß der Bol'ševiki in den städtischen Sowjets.[54]

In Transkaukasien hingegen geriet die Anhängerschaft Lenins aus mehreren Gründen Ende des Jahres 1917 ins Hintertreffen. Die traditionsreiche georgische Sozialdemokratie

---

46 Hildermeier, Russische Revolution 213f.; Hagen 733.

47 Pipes, Formation of the Soviet Union 127f.

48 Kappeler, Kleine Geschichte der Ukraine 172.

49 Mace 28.

50 Hagen 734; Pipes, Formation of the Soviet Union 129f.

51 Kappeler, Kleine Geschichte der Ukraine 172; Rauch 98.

52 Rauch 98f.; Mace 27.

53 Pipes, Formation of the Soviet Union 130; Mace 28.

54 Hildermeier, Russische Revolution 217.

mit ihrem starken menschewistischen Flügel kam einem möglichen Machtwechsel in Tiflis im Sog des Petrograder Umsturzes zuvor. Ihre Führer stellten sich an die Spitze einer sich schon im November 1917 herausbildenden „Transkaukasischen Föderativen Republik". Letztere gründete in den nachfolgenden Wochen ihre eigenen politischen Körperschaften und führte die verschiedenen Parteien in der durch die Auflösung der gegen die osmanischen Einheiten eingesetzten russischen Truppen schutzlos gewordenen Region zusammen.[55] Obwohl in der Folge auch Istanbul die Vereinigung transkaukasischer Völker und deren am 22. April 1918 ausgerufene, von Moskau unabhängige Föderation begünstigte, blieben die tief in der Geschichte verwurzelten Feindschaften zwischen den Nationalitäten der Gegend tonangebend.[56] Schon im Mai löste sich die „selbständige" transkaukasische Republik auf.[57] Die Georgier ebenso wie die verfeindeten Azerbajdžaner und Armenier, von denen viele vor den blutigen Verfolgungen im türkischen Herrschaftsgebiet geflohen waren, vermochten ihre Rivalitäten nicht zu überwinden. In der speziell durch die Ölgewinnung zum Anziehungspunkt gewordenen Stadt Baku profitierte davon die KP-Gefolgschaft.[58] Als „verbleibender Außenposten Sowjetrußlands" etablierte sich die „Kommune von Baku" im Frühjahr 1918 nämlich vor allem aufgrund der Koalition mit den Armeniern gegen die Muslime.[59] K.u.k. Fähnrich Ernst Slavik – im Februar aus dem sibirischen Krasnojarsk geflohen – konnte aufgrund seiner Tätigkeit für die dänischen und schwedischen Konsulate zugunsten der in der Stadt befindlichen dreitausend deutschen und österreichisch-ungarischen Kriegsgefangenen die politischen Verhältnisse seit April aus nächster Nähe beobachten. Slavik in dem an das Wiener Kriegsministerium weitergereichten Bericht: „Die Regierung in Baku ist bolschewistisch, doch ist die Leitung aller Ämter in armenischen Händen. Der Armenier ist kein Bolschewik und kann es auch nicht sein, da er die vermögendste Klasse in Baku ist. Er bekannte sich nur aus Not zu den Bolschewiken, da er sonst der muselmänischen Bevölkerung Bakus, seinem Erzfeinde, unterlegen wäre. Hier halte ich eine kurze Schilderung der Mitte April stattgefundenen Metzelei zwischen Armeniern und Muselmännern für nötig [...]. Als sich ein Streit zwischen den Muselmannen und Bolschewiken entspann, stellten sich die Armenier verräterischerweise auf die Seite der Bolschewiken. Der Kampf dauerte drei Tage. Dann verließ ein Teil der Muselmänner Baku, der andere lieferte die Waffen ab. Erst jetzt begann die Metzelei, an der die Bolschewiken nicht teilnahmen [...]. Ich schrieb verräterisch, weil vorher die Armenier und Muselmänner zur Vertreibung der Bolschewiken aus Baku einen Bund

55 Suny 724; Hildermeier, Russische Revolution 218.

56 Rauch 100.

57 Stökl 666; Suny 725.

58 Dobson 83f.

59 Suny 725.

schlossen. Während die Armenier mit den Muselmännern über die leichteste Art der Vertreibung der Bolschewiken beratschlagten und die Muselmänner gegen die Bolschewiken hetzten, schlossen die Armenier einen geheimen Vertrag mit den Bolschewiken, wo sie ihre Hilfe gegen die Muselmänner versprachen. Die ganze muselmännische Welt fordert Rache. Die Armenier wissen gut, daß wenn die Mohammedaner Baku einnehmen, kein Armenier geschont wird: Aus Angst vor dieser Metzelei flüchtet alles was nur kann aus Baku und was bleibt, wünscht, daß deutsche und österreichisch-ungarische Truppen Baku einnehmen."[60] Die Erlebnisse Ernst Slaviks beleuchteten die enge Verbindung zwischen den ethnischen und sozialen Spannungen auf dem Territorium des ehemaligen Zarenreiches. Seine abschließende Bemerkung verwies jedoch gleichfalls auf eine seit Anfang 1918 immer deutlicher hervortretende Verflechtung zwischen der Entwicklung nationaler Bewegungen und den Interessen der Großmächte. Der Kaukasus und nicht zuletzt die „Ölstadt Baku an der Kaspischen See" spielten in den Kalkulationen Deutschlands, der Donaumonarchie und des Osmanischen Reiches eine ebenso gewichtige Rolle wie in den Überlegungen der Entente.[61] Das multiethnische Baku mit seiner kulturellen Vielfalt und seinen gesellschaftlichen Spannungen geriet sowohl ins Visier der Türkei als auch Großbritanniens.[62]

London aber lenkte seinen Blick zugleich auf *Mittelasien*. Dort kam es unter anderem zu einem Bündnis zwischen den nach Autonomie strebenden Kazachen und den gegen die Bol'ševiki kämpfenden „Orenburg-Kosaken" des Atamanen Aleksandr I. Dutov im Südural, die ihrerseits bei den in der Region lebenden Russen Unterstützung fanden.[63] In Turkestan nahmen hingegen die Bemühungen der Muslime, über ihr Land frei zu verfügen, einen betont antikolonialistischen Charakter an.[64] Dies war insbesondere auf die noch von den linken SRy beherrschte „Rätemacht" in Taškent[65] zurückzuführen, die sich selbst als autonome Sowjetrepublik im Rahmen eines vom „Oktoberregime" dominierten föderativen Rußland verstand[66], für die „Aufrechterhaltung der großrussischen Hegemonie" einsetzte und nicht wie andernorts ethnische Forderungen zur Stärkung der eigenen Position nutzte.[67] Das an Petrograd und Moskau orientierte Taškent „löste dadurch überhaupt erst

60 ÖSTA/KA, AOK/Op.Abt., Hk.-Grp. 1918: Op.Nr. 131.748.
61 Dobson 84f.
62 Suny 725.
63 Mawdsley, Civil War 95; Olcott 683.
64 Olcott 683.
65 Häfner 525.
66 Hajit 81f.
67 Hildermeier, Russische Revolution 216.

eine ernsthafte separatistische Bewegung unter der bodenständigen Bevölkerung aus".[68] Im Februar 1918 wurde eine Gegenregierung in Kokand, die keineswegs für eine vollkommene Unabhängigkeit eingetreten war, besiegt.[69] Neben der Sonderstellung Chivas und Bucharas verhinderten allerdings hauptsächlich die autochthonen Verbände der „kurbaši", der „Kämpfer für den Glauben", welche von sowjetischer Seite als „ konterrevolutionäre Räuber" („basmači"[70]) bezeichnet wurden[71], „unter dem Eindruck brutaler Gewaltaktionen wie der Zerstörung Kokands" bis weit in die zwanziger Jahre „hinein eine Befriedung Zentralasiens im bolschewistischen Sinn".[72]

In der Zwischenzeit fanden Forderungen nach einem gewissen Maß an Eigenverantwortlichkeit überdies in *Sibirien* größere Aufmerksamkeit, was ebenfalls auf die revolutionären Ereignisse in den Metropolen des früheren Zarenreiches zurückzuführen war. Die an und für sich schwache Gruppierung der Regionalisten, der „oblastniki"[73], erhielt in diesem Zusammenhang speziell durch die unter anderem östlich des Urals besonders starken Sozialisten-Revolutionäre Zulauf. Sie hatten im europäischen Rußland den Bol'ševiki wenig entgegenzusetzen und hofften nunmehr auch auf die Unterstützung der sibirischen Autonomiebewegung.[74] Eine „Regionalduma" in Tomsk verurteilte demgemäß im Sinne der SRy „den Sovnarkom wegen der Zerschlagung der Konstituante sowie der Separatfriedensverhandlungen mit Deutschland" und forderte eine umgehende Verwirklichung der sibirischen Selbstverwaltung innerhalb eines föderativen Gesamtstaates unter Petrograder beziehungsweise Moskauer Oberhoheit.[75] Eine derartige Vorgangsweise mußte freilich Gegenmaßnahmen der SDAPR(b), welche sich in Sibirien erst allmählich von den Men'ševiki trennte, förmlich provozieren. Die gewaltsame Auflösung der Tomsker Regionalduma durch Rotgardisten zu Beginn des Jahres 1918 brachte einmal mehr die Schwächen der national-russischen Opposition zum Vorschein.[76] Ihnen, den Frontheimkehrern und, zum Teil damit verbunden, einer raschen Verbreitung der „Oktoberideen" entlang der Transsibirischen Eisenbahn verdankte die an und für sich wenig gefestigte

68 Stökl 669.

69 Olcott 685f.

70 Der aus der Turksprache entlehnte Begriff „bačmak" bedeutet eigentlich „angreifen" und erhielt als Substantiv im sowjetischen Sprachgebrauch eine eindeutig negative Konnotation. – Sovetskaja derevnja glazami VČK-OGPU-NKVD 767.

71 Ebd. 686f.

72 Stökl 669.

73 Wood 710.

74 Golinkow 140; Channon 162.

75 Channon 162.

76 Golinkov 140.

Herrschaft der Bol'ševiki mit dem ZEK der sibirischen Sowjets (Centrosibir') in Irkutsk als politischem Zentrum ihre anfänglichen Erfolge.[77] Allein im Fernen Osten hielten kleinere Verbände den Widerstand aufrecht. Wiederum jedoch wurden dabei, wie in anderen Fällen auch, explizit antibolschewistische Motive von ethnischen Komponenten und internationalen Kräfteverhältnissen überlagert.

Nach dem Schlag gegen die „Autonomisten" in Tomsk formierten einige Mitglieder der aufgelösten Gebietsduma die sogenannte „Provisorische Sibirische Regierung", deren Angehörige sich zum großen Teil in die Zone der Chinesisch-Östlichen Eisenbahn zu General Horvat begaben.[78] Horvat aber, der den seit 1895/96 unter russischer Kontrolle befindlichen nordmandschurischen Teil des Amurbeckens von Charbin aus verwaltete[79], war nicht in der Lage, die Flüchtlinge aus den Hauptstädten Rußlands in „Soldaten der Konterrevolution" zu verwandeln. Seinem „Komitee für die Verteidigung des Vaterlandes und der Konstituierenden Versammlung" Bedeutung zu verleihen, waren, trotz der Kontakte zu den Alliierten, angesichts der Zurückhaltung vieler „Emigranten" wenig Chancen einzuräumen.[80] Das hatte auch der vormalige Befehlshaber der Schwarzmeerflotte, Admiral Aleksandr Vasil'evič Kolčak, zu erkennen. Kolčak, vornehmlich von britischer Seite protegiert, um zunächst Horvat in militärischen Belangen zu Seite zu stehen, erreichte in Charbin wenig. Dafür machte er auch den Einfluß Tokyos verantwortlich, das keinen Zweifel über seine Ansprüche auf die Mandschurei aufkommen ließ.[81] Japan tolerierte die Anwesenheit der Russen lediglich solange sie für die eigenen Ziele von Vorteil sein konnten, hielt sich dabei aber lieber an die streng antibolschewistisch gesinnten Atamanen im *Fernen Osten*.[82] Entgegen ursprünglichen Intentionen suchten Abgesandte des Kaiserreiches zur Jahreswende 1917/18 nicht die um „Selbstverwaltung" bemühten „gemäßigten Sozialisten", sondern „weit rechts stehende Offiziere und lokale Kosakenverbände" auf.[83] Gemeinsam mit den Engländern beabsichtigte man, Ussuri-Kosaken unter ihrem zu dieser Zeit gewählten Hetman Kalmykov „für die Sache der Alliierten und die Bekämpfung des Räteregimes" zu gewinnen und danach die Amurkosaken anläßlich einer Konferenz in Blagoveščensk von einem eigenständigen Kurs gegenüber der Regierung Lenins zu überzeugen.[84] Das Unternehmen zeigte Wirkung und brachte Japan schließlich auch auf den

77 Wood 711; Channon 162f. und 164.
78 Golinkow 140f.
79 Morley 40f.
80 Luckett 212f.
81 Ebd. 213.
82 Figes, Tragödie 688.
83 Morley 77.
84 Ebd. 79ff.

transbajkalischen Ataman Grigorij M. Semenov, der mit Horvats Charbiner Komitee in Verbindung stand und von den Westmächten bereits unterstützt wurde.[85]

Durch seine Abstammung fühlte sich Semenov allerdings sowohl den Kosakentraditionen als auch dem mittelalterlichen Reich des Dschingis-Khan verpflichtet, dessen „neuzeitliche Version" er mit Hilfe der mongolischen Stämme des chinesisch-russischen Grenzraumes zu errichten beabsichtigte.[86] Nach der Machtergreifung Lenins betonte Semenov schließlich neben „nationalen Schwärmereien" auch noch dezidiert antibolschewistische Standpunkte. Seine schwachen Kräfte waren daraufhin gezwungen, vor den Bol'ševiki nach Čita und schließlich nach Dauria zu fliehen. Hier vereinigte er sich mit dem baltendeutschen Baron Ungern-Sternberg, der mit ihm während des Weltkrieges an der Karpatenfront gestanden hatte und nun aus den Insassen des nahegelegenen Gefangenenlagers eine „deutsch-türkische Ordnungstruppe" unter seiner direkten Befehlsgewalt formierte.[87]

Daß Heeresangehörige der Mittelmächte bei den Semenov-Einheiten dienten, konnte einige Zeit danach auch der Reichsdeutsche Wilhelm Vogel bestätigen. Dieser sprach – legitimiert durch das schwedische Rote Kreuz – als Vertreter der in der Region befindlichen Vierbundsoldaten bei Ungern-Sternberg vor. Über den Grund der Unterredung schreibt Vogel in seinen Memoiren: „Mich besuchten einige Kriegsgefangene, die bei den Abteilungen als Köche, Offiziersburschen usw. tätig waren. Sie baten mich inständig, beim Baron ihre Freilassung zu erwirken", da sie „regelmäßig von den Regimentern auf die entlegensten Plätze mitgeschleppt" würden und „in ständiger Gefahr" seien, „bei einem Zusammenstoß zwischen Weißen und Roten mit niedergemetzelt zu werden".[88] Der baltische Offizier schien dem Vertrauensmann der Gefangenen allerdings nicht einmal richtig zugehört zu haben. In absolutem Widerspruch zum Anliegen seines Gesprächspartners schlug Ungern-Sternberg sogar vor, „freiwillige Deutsche und Türken für seine Truppen zu werben".[89] Wilhelm Vogel, ein entschiedener Gegner der Bol'ševiki, charakterisierte die Begegnung durchaus positiv. In der Sache selbst hingegen blieb er erfolglos. „Auf dem Nachhausewege", so Vogel weiter, sah ich ein „Regiment von etwa 500 Mann mit vollständiger Bagage ausrücken. Sie marschierten nach dem Kloster, waren also wohl zum Schutze der [...] Mönche dorthin kommandiert. Die Kriegsgefangenen, um deren Freilassung ich den Baron ersucht hatte, befanden sich dabei."[90]

85 Channon 165.
86 Luckett 210.
87 Morley 44f.
88 Vogel 95.
89 Ebd. 95f.
90 Ebd. 97f.

Die Entwicklungen in Ostsibirien offenbarten freilich die eigentliche Rolle der „Kriegsherren" im Fernen Osten. Als rücksichtslose „Condottieri-Figuren"[91] den Bol'ševiki, China und bisweilen auch Horvat ein Dorn im Auge[92], konnten vor allem die Kommandeure mongolisch-kosakischer Kräfte in Transbajkalien letztlich nur durch ihr Bündnis mit dem Ausland größere Bedeutung erlangen.[93] Die Voraussetzungen, durch sie die „Sowjetmacht" um Čita zu bedrohen, schufen hauptsächlich die *Alliierten* und insbesondere Japan, das Semenov allmählich und zunächst ohne Wissen der Westmächte zu seiner Marionette machte.[94] Tokyo lieferte Waffen und Munition; Großbritanniens Außenminister offerierte über seinen Gesandten in Peking 10.000 Pfund monatlich.[95] Gerade von englischer Seite kamen andererseits aber Bedenken gegen den Schulterschluß mit dem zwielichtigen Ataman, der in manchen westlichen Nachrichtenquellen über Monate „als charakterfeste und moderate Erscheinung" vorgestellt wurde.[96] Beunruhigt hielt etwa Robert Bruce Lockhart, der zur selben Zeit in Moskau ein „Agreement" mit der Sowjetregierung erreichen wollte, am 9. April 1918 in seinem Tagebuch die „Verstimmung Čičerins über die Neuigkeiten aus China fest, wo Semenov angeblich Waffen, Geld und sogar Artilleristen von den ‚Japsen' erhalten soll".[97] Premierminister Lloyd George mußte erkennen, daß die durch alliierte Rückendeckung und militärische Erfolge ermunterten „antibolschewistischen Detachments" im Bajkalgebiet nicht allein Lockharts Bemühungen gefährdeten, sondern überhaupt immer schwerer zu kontrollieren waren.[98] Schließlich bezeichnete der US-Generalmajor William Graves die „von Japan finanzierte Gefolgschaft Semenovs" ungeschminkt als „Mörder, Räuber und verkommenes Pack"[99]; der Unterschied zwischen ihm und Kalmykov bestehe lediglich darin, daß letzterer „mit eigenen Händen morde", ersterer hingegen „anderen zu morden befehle".[100] Wie auch Kriegsgefangene als Augenzeugen zu berichten wußten, gingen die „gedungenen Söldner" der „Atamanščina"[101] tatsächlich mit unbeschreiblicher Brutalität vor.[102] „Der Terror der Weißen", erinnert sich Wilhelm Vogel, „war einfach unerträglich. […] Hausdurchsuchungen und Verhaftungen fanden überraschend, meist unter gleichzeitiger Plünderung ganzer Ortschaften, bei Nacht und Nebel

91 Schmid, Churchills privater Krieg 23.
92 Morley 47f. und 110–113; Kennan, Decision to intervene 67f. und 70.
93 Noulens 79.
94 Kettle, Bd. 2, 58; Kennan, Decision to Intervene 68.
95 Ebd.; Ullmann 138.
96 Ullmann 139; Kettle, Bd. 2, 58.
97 Young 35.
98 Lloyd George 3182f.
99 Golinkow 142.
100 Zit. nach Golinkow 142.
101 Wood 716. Atamanščina ist als „Atamanenherrschaft" zu übersetzen.
102 Figes, Tragödie 688; vgl. Vogel 70.

statt. Die Verhafteten wurden nach bestimmten Stationen der transbajkalischen Bahn, hauptsächlich nach [...] Dauria, gebracht. Hier sind unzählige Bauern, Bürger und Arbeiter, oft genug ohne jegliches Verhör, erschossen worden", während kleinere Abteilungen dort, wo sie den „Haß der eingeschüchterten Bevölkerung nicht mehr zu fürchten brauchten", ihre „Opfer wochenlang quälten", bevor sie sie töteten.[103] Die Erfahrungen der Deutschen und Österreicher in Sibirien deckten sich mit den Berichten der Westmächte. An der Unterstützung der „Warlords" aber hielt man trotz kritischer Stimmen fest.

Brachte Tokyo unmißverständlich sein Hegemonialstreben an den östlichsten Grenzen des alten Zarenreiches zum Ausdruck, betrachtete wiederum London die zentralasiatischen Gebiete als Hinterhof eigener weltpolitischer Strategien. Im Gefolge des „Oktoberumsturzes" erwartete das „Empire" eine nachhaltigere deutsche Einflußnahme auf die Region.[104] Von ihrem nordpersischen Horchposten in Meshed aus verfolgten englische Offiziere die Lage auf russischem Gebiet. Hartnäckig hielten sich Gerüchte, unter den von den Bol'ševiki für frei erklärten Kriegsgefangenen könnten sich bewaffnete Einheiten bilden und Indien bedrohen.[105] Diesbezüglich befürchtete man einen Vorstoß der Mittelmächte entlang der transkaspischen Eisenbahn.[106] Hilfeleistungen zugunsten eines „antibolschewistischen Putsches" in Aščhabad[107] gaben der kleinen britischen Streitmacht unter General Wilfrid Malleson die Gelegenheit, eigene geostrategische Interessen zu wahren.[108] Aus Beludschistan und Persien vordringend besetzten Mallesons Kolonialtruppen „das transkaspische Gebiet einschließlich der Stadt Krasnovodsk"[109], eine Maßnahme, welche nicht ohne Eindruck auf die Räteregierung in Turkestan blieb. Diese hatte sich eines hartnäckigen Widerstandes der „Basmači" im Fergana-Tal zu erwehren, welche gemeinsam mit den Tadschiken gegen die „neue Spielart der russischen Vorherrschaft" kämpften. Die „Insurgenten" erhielten dabei von den einheimischen Muslimen Unterstützung, nachdem Strafrequirierungen der Sowjets die Lage noch verschärft und 1918 eine schreckliche Hungersnot ausgelöst hatten, in der schätzungsweise mindestens ein Viertel der Bevölkerung umgekommen war.[110] Unter solchen Bedingungen sah sich Taškent veranlaßt, zumindest die Autorität des Emirs von Buchara anzuerkennen, um nicht die im nordwestlichen Krasnovodsk stationierten Briten auf den Plan zu rufen.[111]

103 Vogel 73f.
104 Morris 365f.
105 Dobson 92; Bailey 10.
106 Bailey 10f.
107 Golinkow 148.
108 Dobson 92.
109 Rauch 107.
110 Figes, Tragödie 750.
111 Olcott 686.

Letztere blickten zugleich nach Baku, das sich aus englischer Sicht als Brückenkopf „deutsch-türkischer Unternehmungen" in den Territorien östlich der Kaspischen See eignete. Wirtschaftliche, politische und militärische Erwägungen verursachten in den letzten Monaten des Weltkrieges einen „Wettlauf" der rivalisierenden Großmächte um das rohstoffreiche Azerbajdžan. Dem Sturz der „Kommune von Baku" im Juli 1918 folgte eine bei englischen Einheiten unter General Dunsterville Schutz suchende Koalition von Men'ševiki und Sozialisten-Revolutionären. „Auf den umliegenden Hügeln" wurden jedoch „bereits die Uniformen der osmanischen Soldaten sichtbar".[112] Die Einwohner rechneten bei der Übergabe der Stadt mit dem Schlimmsten und sollten damit recht behalten. Als die schwache „Dunsterforce" im September den Rückzug antrat und Lloyd George der ganzen Situation immerhin deshalb etwas Positives abgewinnen konnte, weil er „den alten Mann am Bosporus" weniger fürchtete als eine wie immer geartete russische Regierung und weil überdies seine Leute die Vierbundstaaten daran gehindert hatten, die kaspischen Ölquellen für sich zu nutzen[113], spielten sich in Baku unbeschreibliche Szenen ab. Die durch die Türken gestärkten Azeri fielen, für das an ihnen verübte Massaker vom Frühjahr Rache nehmend, über die Armenier her, „zerstörten deren Häuser, vergewaltigten die Frauen und ermordeten mehrere tausend Männer".[114] Derartige Gewaltexzesse wurden im übrigen auch von Berlin vorausgesehen, das seinerseits einem energischeren Auftreten der Pforte im Kaukausus Grenzen gesetzt wissen wollte.[115]

Das Hohenzollernreich verlieh dabei seinen Intentionen seit der Offensive deutscher und österreichisch-ungarischer Verbände im Februar 1918 durch eigene und verbündete Truppen Gewicht. Diese standen in den einstmals westlichen und südwestlichen Bezirken des Zarenreiches an einer fast elftausend Kilometer langen Front von der Ostsee bei Narva bis Rostov am Schwarzen Meer.[116] Davon waren auch die Entwicklungen in den angrenzenden südöstlichen Territorien abhängig, wo sich am 11. Mai 1918 eine nordkaukasische föderative Republik konstituierte und Georgien unter menschewistischer Führung am 26. Mai 1918 einem deutschen Protektorat unterstellte.[117]

Im gleichen Moment spürte man die neuen Machtverhältnisse auch am Don. Die Weißen unter ihrem neuen Oberbefehlshaber Anton Denikin – Kornilov war am 13. April vor Ekaterinodar (Krasnodar) gefallen – kamen von einem politisch sinn- und militärisch

---

112 Dobson 87f. vgl. Kettle, Bd. 2, 216f. beziehungsweise ÖSTA/KA, KM/10. Abt./Kgf. 1918: 10-35/644.

113 Kettle, Bd. 2, 217; Lloyd George 3195.

114 Dobson 91f.; Stökl 666; Suny 725.

115 Kettle, Bd. 2, 217; Erzberger 247; Degras, Soviet Documents on Foreign Policy, Vol. I, 102; ÖSTA/KA, AOK/Op.Abt., Hk.-Grp. 1918: Op.Nr. 131.748.

116 Fischer, Deutsche Truppen und Entente-Intervention in Südrußland 13.

117 Golinkow 155; Rauch 100; Stökl 666; Kettle, Bd. 2, 216.

erfolglosen Kubanfeldzug zurück, der allerdings eine für die „Kerntruppe der Gegenrevolution" wichtige „Tradition soldatischen Heldenmuts" begründete.[118] Nun fanden sie eine völlig veränderte Lage vor. Der sowjetischen Donrepublik war mit gewaltsamen Requirierungen und Strafaktionen endlich gelungen, was Kaledin versucht und nicht erreicht hatte. Schließlich eroberten die aufständischen Kosaken Anfang Mai Novočerkassk. Die Bol'ševiki wurden indessen von den auf Rostov vorrückenden Deutschen abgelenkt.[119] Ein „Krug zur Rettung des Don" wählte Petr Nikolaevič *Krasnov* zum neuen Ataman, der sich mit Denikin auf weitere Operationen gegen das „Oktoberregime" verständigte.[120] Unübersehbar blieben dennoch die Auffassungsunterschiede zwischen Denikins Freiwilligen und Krasnov, der einer mehr auf Mythen als auf historischen Tatsachen basierenden, nichtsdestoweniger aber wirkungsvollen kosakischen Eigenständigkeit nachhing und dessen Männer durch jeden Schritt, mit dem sie sich von den eigenen Siedlungsgebieten entfernten, eher an Kampfmoral einbüßten. Obwohl die Gemeinsamkeiten des militärischen Vorgehens gegen die „Rätemacht", deren Herrschaft zu Beginn des Sommers 1918 sowohl im Don- als auch im Kubangebiet zusammengebrochen war, die herrschenden Diskrepanzen überlagerten, fehlte es Denikins Position an einer stabilen Grundlage. Als Anhänger der Westmächte und Verfechter des „einen und unteilbaren Rußland" waren er und seine Mitstreiter von Kosaken abhängig, die durch ihren Hetman auf einen „nationalen Befreiungskrieg" eingeschworen wurden, dessen Ausgang wiederum von der Hilfe der Zentralmächte abhängig gemacht wurde.[121] Krasnov war kaum an die Spitze der Donkosaken getreten, als er den im nahegelegenen Rostov einquartierten Deutschen ein Bündnis vorschlug, mit dem er seinen Machtbereich durch die Hohenzollern als unabhängig anerkannt wissen wollte und Hilfeleistungen für seine Kampfverbände erwartete.[122] Diese Anliegen brachte der Don-Ataman auch seiner Gefolgschaft zur Kenntnis. „Ich habe Kaiser Wilhelm einen Brief geschrieben", meinte Krasnov selbstbewußt; „ich habe ihm so geschrieben, wie ein souveräner Herrscher einem anderen schreibt. Ich habe [...] ihn um Unterstützung bei unserer Anerkennung als selbständiger Staat und um Waffenhilfe gebeten. Dafür habe ich versprochen, daß das Donheer seine Waffen nicht gegen die Deutschen erheben, sich ihnen gegenüber neutral verhalten und vorwiegend ihnen seine überschüssigen Produkte verkaufen wird ... Der Brief hat Eindruck gemacht ... Wir haben Waffen erhalten."[123]

---

118 Stökl 671; Rauch 102.

119 Figes, Tragödie 598.

120 Rauch 102.

121 Figes, Tragödie 598f.; Rauch 102f.

122 Kettle, Bd. 2, 126.

123 Zit. nach Golinkow 152f.

In der Tat gingen Ludendorff und Hindenburg auf die Vorschläge des Kosakenführers ein. Im Falle eines Sturzes der Räteregierung wollte die OHL gegen Lenin gerichtete Kräfte auf ihrer Seite wissen, welche zugleich den Einfluß der Entente bei den Feinden der Bol'ševiki ausgleichen sollten.[124] Während die Deutschen Kriegsmaterial im Tausch gegen dringend benötigte Lebensmittel lieferten[125], bemühten sich die gleichfalls finanziell von den Mittelmächten unterstützten Donkosaken um den Aufbau regulärer Beziehungen.[126] Unter den argwöhnischen Blicken der Sowjetgesandtschaft wurden in Berlin Vertreter Krasnovs tätig.[127] Sie trafen in diesem Zusammenhang auch Vereinbarungen über eine ordentliche Repatriierung der beiderseitigen Kriegsgefangenen. In einem Wochenbericht des Hamburger Landesvereines vom Roten Kreuz stellte man denn auch fest, daß mit der „Donregierung bereits ein Austauschvertrag" bestehe, der allerdings längere Zeit nicht umgesetzt worden sei.[128] Im Oktober 1918 konnte dann aber eine vom Preußischen Kriegsministerium entsandte Fürsorgemission erreichen, daß „sämtliche noch im Dongebiet befindlichen reichsdeutschen Kriegsgefangenen befreit und nach Rostoff befördert werden sollten", zur, wie es hieß, „Übergabe daselbst an die deutsche Kommandostelle".[129] Die Delegierten überzeugten sich danach, „daß dieser Befehl ausgeführt worden" war, wiesen allerdings darauf hin, daß sich „das Abkommen lediglich auf Reichsdeutsche" beziehe, zumal Österreich-Ungarn, trotz gleichlautender Übereinkünfte mit „Krasnovs Militärmacht" vom August 1918[130], keine Kosakentransporte als Gegenleistung ausgeliefert habe und k.u.k. Soldaten deshalb „zur Arbeitsleistung im Dongebiet zurückgehalten" würden.[131]

Die *Kooperation zwischen dem Vierbund und den separatistischen Kräften des alten Rußland*, die sich bisweilen auch in Vereinbarungen über die Behandlung und Rückführung der Gefangenen manifestierte, wurde inzwischen auch in den westlichen Randgebieten des früheren Zarenreiches zu einem nicht minder bedrohlichen Faktor für Lenins Herrschaft. Deutsche Hilfskorps hatten in *Finnland* bis Mai 1918 entscheidenden Anteil an der militärischen Entscheidung zugunsten der nationalen, antibolschewistischen Verbände unter General Mannerheim.[132] Die Verselbständigung der baltischen Länder vollzog sich zunächst ebenso unter dem Einfluß Berlins wie die der *Ukraine*. Die starken prosowjeti-

124 Kettle, Bd. 2, 126.
125 Figes, Tragödie 599.
126 Deacon 207ff.
127 Erzberger 247.
128 ÖSTA/AdR, BKA/KGF 1919: 24-11/6.
129 Ebd.
130 ÖSTA/KA, Chef des Ersatzwesens 1918: 19-31/17.
131 ÖSTA/AdR, BKA/KGF 1919: 24-11/6.
132 Rauch 98; Stökl 662.

schen Gruppierungen Lettlands mußten auf russisches Territorium ausweichen[133]; in Kiev geriet selbst die gegen das „Rätesystem" auftretende Unabhängigkeitsbewegung in Schwierigkeiten. Kaum durch eine in drei Stoßkeilen vorgetragene deutsche Invasion im Kampf gegen die Einheiten Murav'evs entlastet, warteten die harten Bedingungen der nunmehrigen Okkupanten auf die Zentralrada. Deren vielfach sozialrevolutionär ausgerichtete Mitglieder vermochten den Forderungen einer vor allem an Rohstoffen und Lebensmitteln interessierten Besatzungsmacht kaum Folge zu leisten.[134] Schon wegen ihrer „Linkstendenz" wenig gelitten, entledigten sich die deutschen „Helfer" bereits am 29. April 1918 ihres ungeliebten Verbündeten. Nach einer unter dramatischen Umständen erfolgten Verhaftung der Rada-Angehörigen protegierte das Hohenzollernreich General Pavlo Skoropads'kyj, den Nachkommen eines alten Kosakengeschlechtes, mit dessen Wahl zum Hetman bewußt an historische Beispiele angeknüpft wurde.[135] Gestützt auf die bisherigen, auch russischen und russifizierten ukrainischen Eliten setzte das oktroyierte Regime Skoropad'skyjs in der Folge auf eine reaktionäre Agrarpolitik, welche nicht allein in den Anhängern der Zentralrada, sondern auch in den meisten ukrainischen Bauern vehemente Gegner fand.[136] Berlin und Wien, das seinen Truppen am 28. Februar gleichfalls die Wiederaufnahme des Vormarsches nach Osten befahl und schließlich in Absprache mit der OHL den südwestlichen Teil Wolhyniens sowie die Gouvernements Podolien, Cherson und Ekaterinoslav unter seine Kontrolle brachte[137], sahen sich alsbald mit einer Reihe von Erhebungen gegen das Hetmanat konfrontiert, dem man eigentlich eine bessere Organisation der vereinbarten Getreidelieferungen zugedacht hatte.[138] Die ohnehin schwierigen Verhältnisse belasteten zudem fortwährende Reibereien zwischen den Zentralmächten, etwa die Aspirationen des Erzherzogs Wilhelm auf einen ukrainischen Thron[139], und die einigermaßen unklaren Rechtsgrundlagen, welche insbesondere den österreichischen Einrichtungen zu schaffen machten. Die Donaumonarchie ratifizierte den Friedensvertrag mit der Ukraine vom 9. Februar nie; Graf Forgách verfügte im Gegensatz zum „zeitweiligen Vertreter des Deutschen Reiches" über keinen diplomatischen Status; das „Kompetenzenwirrwarr" und vor allem die Streitigkeiten zwischen den k.u.k. Dienst-

133 Arens/Ezergailis 673f.

134 Mark 178f.; Kappeler, Kleine Geschichte der Ukraine 172.

135 Kappeler, Kleine Geschichte der Ukraine 172; Fischer, Deutsche Truppen und Entente-Intervention in Südrußland 15; Mark 180f.

136 Stökl 664; Kappeler, Kleine Geschichte der Ukraine 172f.

137 Bihl, Die österreichisch-ungarischen Dienststellen in der Ukraine 379f.; Fischer, Deutsche Truppen und Entente-Intervention in Südrußland 12.

138 Kappeler, Kleine Geschichte der Ukraine 173.

139 Fischer, Deutsche Truppen und Entente-Intervention in Südrußland 12 und 14.

stellen trugen vielfach zu „einer konsequenten Planlosigkeit" bei.[140] Mit Gewißheit konstatierte man lediglich, daß, wie Repräsentanten des Habsburgerreiches im Hetmanstaat am 25. Mai 1918 meinten, „in Wirklichkeit die Ukraine vollkommen unter deutsch-österreichisch-ungarischem Protektorat" stehe und „speziell Kiev ein deutsches, militärisch geleitetes Generalgouvernement" sei.[141]

Abgesehen von vorrangig zu behandelnden Tagesfragen maßen sich demgemäß weiterreichende Überlegungen an einer Ostpolitik, die auf die Vorherrschaft des Vierbundes unter der Führung Deutschlands abzielte, ihre Maximen ausschließlich am eigenen Vorteil festmachte und Anliegen osteuropäischer Vertragspartner zu keiner Zeit in entsprechender Weise beachtete.[142] In allen Streitpunkten kümmerte man sich dementsprechend kaum um die Haltung Skoropads'kyjs. Tunlichst wurde darauf geachtet, ihn in die Lage zu versetzen, „die für die Mittelmächte wichtige wirtschaftliche Ausbeutung der Ukraine zu ermöglichen", ohne zuzulassen, daß sich das national eingefärbte Regime des ehemaligen Zarengenerals „zu einem weiteren russischen Machtzentrum entwickelte".[143] Gerade in militärischen Belangen führte man dem Hetman die Grenzen seines Handlungsspielraumes vor Augen. Obwohl in der Donaumonarchie schon zu Beginn des Weltkrieges eine „Ukrainische Legion" (Ukrain'ski Sičovi Stril'ci) aus wehrpflichtigen österreichisch-ungarischen Staatsangehörigen aufgestellt worden und im August 1915 zu einem regulären Regiment erklärt worden war[144], verhielten sich die Wiener Behörden bei der Formierung von Streitkräften des neuen, „unabhängigen" Staates zurückhaltend. Einem an die verantwortlichen Regierungsinstanzen gerichteten Ansuchen des „Bundes zur Befreiung der Ukraine" vom Jänner 1918, welches um Unterstützung bei einer erweiterten „Aufklärungsarbeit" unter den im Habsburgerreich befindlichen Kriegsgefangenen ukrainischer Nationalität sowie um deren „Konzentrierung in speziell dazu bestimmten Stationen angesichts der in absehbarer Zeit zu erwartenden Repatriierungsmaßnahmen" bat, erteilte das Kriegsministerium am Stubenring eine abschlägige Antwort.[145] Die Zusammenfassung der Ukrainer erschien den leitenden Beamten aus „verkehrstechnischen, insbesonders aber auch aus volkswirtschaftlichen Gründen" zumindest „vorerst undurchführbar".[146] Dem Hilferuf der Ukrainischen Republik während des Angriffs sowjetischer Einheiten im Februar 1918 unter anderem durch die Schaffung von „bewaffneten Gefan-

140 Bihl, Die österreichisch-ungarischen Dienststellen in der Ukraine 380f.

141 Zit. nach Bihl, Die österreichisch-ungarischen Dienststellen in der Ukraine 379.

142 Fischer, Deutsche Truppen und Entente-Intervention in Südrußland 20f.; Mark 181f.

143 Mark 182; Fischer, Deutsche Truppen und Entente-Intervention in Südrußland 19.

144 Bihl, Beiträge zur Ukraine-Politik Österreich-Ungarns 51.

145 Hornykievicz, Bd. III, 232-235

146 Ebd.

genenverbänden" zu entsprechen[147], begegnete man in Österreich-Ungarn ebenfalls mit Bedenken. Wiederum führte man ökonomische Gründe an. Der Vorsitzende des „Gemeinsamen Ernährungsausschusses", Generalmajor Ottokar Landwehr von Pragenau, sprach sich mit Rücksicht auf die dringend benötigten Arbeitskräfte in der Landwirtschaft gegen die „Aufstellung von ukrainischen Bataillonen" aus; unter Berufung auf einen „Grundsatz des AOK" vermochte Landwehr ausschließlich der Abgabe von Kriegsgefangenen aus dem Bereich der „Armee im Felde" etwas abzugewinnen.[148]

Unterdessen brachten politische, wirtschaftliche und militärische Fragestellungen im Einflußgebiet des gerade installierten „Hetmanates" gleichfalls Schwierigkeiten mit sich. Das Auftreten Erzherzog Wilhelms, der ein auch aus Angehörigen der Ukrainischen Legion bestehendes Detachement kommandierte und in Kiev bisweilen bereits als potentieller k.u.k. Thronprätendent gehandelt wurde, sowie die von Forgách angeführte Möglichkeit, „ukrainische Nationalisten und Sozialisten könnten aus Furcht vor der Wiedererrichtung des Russischen Reiches durch das von Berlin unterstützte Skoropad's-kyj-Regime" den Repräsentanten der Donaumonarchie eine „‚austro-ukrainische' Lösung vorgaukeln", drohten dabei die Beziehung der Wiener Führung zum deutschen Bundesgenossen zu belasten.[149] Letzterer machte inzwischen – ungeachtet der Befürchtungen bezüglich einer „austrophilen Agitation" – überhaupt erst durch seine Zustimmung die Verwendung einer „ukrainischen Schützen-Kosakendivision" möglich, welche aus in k.u.k. Gewahrsam befindlichen Soldaten der vormaligen Zarenarmee gebildet wurde. Einmal mehr trat die Abhängigkeit des Habsburgerstaates vom Hohenzollernreich hervor.[150] Die Österreicher sperrten sich zwar gegen die Vergrößerung einer auf den Hetman und die unabhängige Ukraine vereidigten Wehrmacht; nichtsdestoweniger überstellte man aber schon im Februar und März 1918 die ersten, allerdings „abgespannten, unterernährten sowie schlecht disziplinierten" tausend Mann und führte in den Monaten Mai bis Juli 1918 weitere „Abinstradierungen" durch. Insgesamt wurden solcherart mehr als siebentausend ehemalige Kriegsgefangene der bei Volodymyr-Volyns'kyj (polnisch Wlodzimierz-Wolynski) im Aufbau begriffenen „Schützen-Kosakendivision überantwortet".[151] Anfang September nahm Skoropads'kyj gemeinsam mit Repräsentanten der Mittelmächte, darunter die für eine „gewisse Überwachung" der kleinen und somit leichter zu kontrollierenden ukraini-

147 Olenčuk, Die Ukrainer 129f. Über Besprechungen zwischen dem k.u.k. Evidenzbüro und dem „Bund zur Befreiung der Ukraine" hinsichtlich der Rekrutierung von Kriegsgefangenen für die „ukrainische Armee" siehe auch: ÖSTA/KA, Nachlaß Ronge B 126, Teil A, 1a) S. 57.

148 ÖSTA/KA, KM/10. Abt./Kgf. 1918: 10-3/1-34.

149 Bihl, Beiträge zur Ukraine-Politik Österreich-Ungarns 51ff.

150 Ebd. 57f.; Fischer, Deutsche Truppen und Entente-Intervention in Südrußland 17.

151 Olenčuk, Die Ukrainer 130; Bihl, Beiträge zur Ukraine-Politik Österreich-Ungarns 57.

schen Armee sorgenden k.u.k. Offiziere, eine Parade des neuformierten Verbandes ab.[152] Bei dieser Gelegenheit kam die Zwiespältigkeit der Wiener Gefangenenpolitik besonders deutlich zum Vorschein. Einerseits überließ man trotz Bedenken gegnerische Soldaten, die sich bislang in der Gewalt der eigenen Streitkräfte befunden hatten, den bewaffneten Kräften nationaler Unabhängigkeitsbewegungen; andererseits wandte man sich mit Entschiedenheit gegen Staatsbürger der Donaumonarchie, die in den Regionen des untergegangenen kaiserlichen Rußland „Freiwilligenkorps" beigetreten waren.

Damit riefen österreichische Militärs speziell in den besetzten Gebieten Unstimmigkeiten hervor. „Gestern", meldete in dieser Hinsicht Graf Forgách am 1. September 1918, ließ der Hetman einen Vertreter des AOK „zu sich bitten und teilte ihm mit, daß das Armeekommando Ost bereits eine Reihe von Verhaftungen von in ukrainischen Diensten stehenden österreichischen Kriegsgefangenen vorgenommen habe. Der Hetman protestierte in energischster Weise gegen obige Maßnahmen, im allgemeinen sich auf unsere angebliche Zusage berufend, der zufolge im Staats- und Militärdienst der Ukraina befindliche Galizianer hier belassen würden."[153] Was Forgách den Generalstäblern in Baden zur Kenntnis brachte, wurde im übrigen bereits im Frühjahr erörtert. Damals sammelten sich Einheiten der zum Großteil aus österreichisch-ungarischen Kriegsgefangenen bestehenden „Leibgarde" der Zentralrada um Aleksandrovsk gegen Skoropad'skyj. Der inoffizielle diplomatische Vertreter der Donaumonarchie in Kiev befürchtete angesichts dieser Entwicklung „gefährliche Folgen".[154] Besorgt zeigte man sich auch in Wien. Dem Ministerium des Äußern lagen immerhin schon vier Wochen vorher Nachrichten über die „Sičovi Stril'ci" der Rada vor, deren vorwiegend aus ehemaligen k.u.k. Soldaten zusammengesetzte „Bataillone sich in der Nacht zum dreißigsten April Schießereien mit den Hetmananhängern lieferten".[155] Das AOK reagierte auf die „Nachrichten aus dem Osten" prompt. Am 12. Mai hielt der Chef der Operationsabteilung, Alfred von Waldstätten, stellvertretend für den Generalstabschef Arthur Freiherr Arz von Straußenburg fest, daß die von der „Rada in ihrer Leibtruppe organisierten österreichisch-ungarischen Kriegsgefangenen ukrainischer Nationalität" nach Abschluß der mit Skoropads'kyj „im Zuge befindlichen Verhandlungen als geschlossener Transport in den Bereich des 7. Generalkommandos abzubefördern" seien. Der eigene Heimkehrapparat müsse, hieß es weiter, den „Eintritt in die Sitsch" als „Bruch der eidlich angelobten Dienstpflicht" und „je nach den Umständen und dem Vorsatz des Täters als Verbrechen gegen die Kriegsmacht des Staa-

152 ÖSTA/KA, AOK/Op.Abt., Ev. Grp.-R 1918: 3. Meldung vom 5.9.1918; ÖSTA/KA, AOK/Op.Abt., Org.-Grp. 1918: Op. Nr. 111.400; Bihl, Beiträge zur Ukraine-Politik Österreich-Ungarns 57ff.

153 ÖSTA/KA, AOK/Op.Abt., Org.-Grp. 1918: Op.Nr. 111.471.

154 Bihl, Beiträge zur Ukraine-Politik Österreich-Ungarns 53.

155 ÖSTA/HHStA, PA X, Karton 152, Liasse Rußland XI d/1 Fol. 335.

tes oder als Verbrechen der Desertion" einstufen.[156] Immerhin sah sich die militärische Leitung in der zweiten Jahreshälfte veranlaßt, ihren Standpunkt zu relativieren, zumal man, wie es in einem Schreiben des k.k. Ministeriums für Landesverteidigung an das Kriegsministerium hieß, „aus wichtigen politischen Gründen der Frage eines Allerhöchsten Gnadenaktes hinsichtlich der Sitschowy strilci näher zu treten" begann.[157]

Nichtsdestoweniger warnte Generalmajor Waldstätten noch im Oktober „eindringlich vor einer allgemeinen Amnestie der in fremde Dienste eingetretenen Gefangenen".[158] Man pochte auf die „Festigung der Rechtsauffassung" sowie die „Disziplin in der Armee", welche „nicht durch momentane politische Opportunität in den Hintergrund gedrängt werden dürfe".[159] Das AOK mußte freilich erkennen, daß im Verlauf der Repatriierungsaktivitäten in der Ukraine überhaupt unzählige Prämissen ins Wanken gerieten. Obwohl sogar eine „zwangsweise Heimbeförderung" eigener Soldaten aus den besetzten Territorien für zulässig gehalten wurde, „weil sich diese de fakto bereits im Machtbereich österreichisch-ungarischer oder verbündeter Truppen" befanden[160], gelangte man in Baden beispielsweise rasch zu anderen Ansichten. Von einer derartigen Vorgehensweise sei „im allgemeinen abzusehen"; schließlich würden „solche Personen eine stete Überwachung erfordern und feindselige Elemente im eigenen Lande darstellen", was, wie Waldstätten am 21. Mai 1918 konstatierte, „im Interesse der Aufrechterhaltung unserer öffentlichen Ruhe und Sicherheit nicht wünschenswert ist".[161] Der Generalstab hielt es daher für ratsam, keine Gewalt gegenüber „widerstrebenden Kriegsgefangenen" anzuwenden und ausschließlich im Falle ihrer späteren Rückkehr die „ganze Härte des Gesetzes" zur Anwendung zu bringen.[162] Bald herrschte in diesem Punkt Einigkeit zwischen dem AOK und dem Haus am Stubenring, welches schon knappe drei Wochen zuvor seiner Überzeugung Ausdruck verlieh,

156 ÖSTA/KA, AOK/Op.Abt., Hk.-Grp. 1918: Op.Nr. 130.669.

157 ÖSTA/KA, KM/10. Abt./Kgf. 1918: 10-44/4073-3. Diese Abweichung vom ursprünglichen Kurs hing wahrscheinlich mit einer bevorstehenden Allianz zwischen Skoropads'kyj und der im April 1918 entwaffneten, seitdem aufgesplitterten und nun wiedererstehenden Sič zusammen. Der Hetman, der mittlerweile um eine Kooperation mit den Sič-Schützen bemüht war, protestierte jetzt nämlich gegen die Verhaftung der strilci und berief sich gegenüber Forgách auf eine angebliche Zusage des AOK, „im Staats- und Militärdienst der Ukraine befindliche Galizianer" in der Ukraine zu belassen. In Wien zeigte man schließlich eine gewisse Bereitschaft, der Bitte des Hetmans zu entsprechen und eine gewaltsame Repatriierung der den sičovi strilci angehörenden k.u.k. Soldaten zu sistieren, da man die auf diese Weise nach Hause beförderten Galizianer als militärisch unbrauchbar einstufte.

158 ÖSTA/KA, KM/10. Abt./Kgf. 1918: 10-44/4073-6.

159 Ebd.

160 ÖSTA/KA, AOK/Op.Abt., Hk.-Grp. 1918: Op.Nr. 130.727.

161 Ebd.

162 Ebd.; vgl. ÖSTA/KA, AOK/Op.Abt., Hk.-Grp. 1918: Op.Nr. 131.335.

daß es für die Donaumonarchie besser sei, es mit „möglichst wenigen dieser illoyalen Elemente zu tun zu haben".[163]

In vielen Bereichen verlief die Kooperation zwischen den k.u.k. Heeresinstitutionen allerdings keineswegs reibungslos. Das ganze Frühjahr hindurch stritten Spitzenmilitärs über die Kompetenzen in Repatriierungsfragen und die personelle Besetzung einer durch vertragliche Vereinbarungen mit der Ukraine legitimierten k.u.k. Kriegsgefangenen-Mission in Kiev. Brachte Kriegsminister Rudolf Freiherr Stöger-Steiner von Steinstätten die Bedeutung des militärischen Ranges ins Spiel, um Feldmarschalleutnant Alexich als Leiter der Mission zu halten[164], so setzte das Armeeoberkommando seinen Kandidaten, den schon im März gemeinsam mit Graf Forgách und Intendant Raabl-Werner ins Okkupationsgebiet berufenen Oberstleutnant Armand Ritter von Stetkievicz[165], nach mehrmonatigen Debatten Ende Juni 1918 schließlich durch.[166] Das AOK, dem der einigermaßen komplizierte, aus der Kiever Mission und seinen Filialen sowie den beim Armeekommando Ost eingerichteten zehn „Heimkehrersammelstellen" bestehende Verwaltungsapparat unterstand[167], erzielte damit einen „Etappensieg", ohne die prinzipiell bei „Austauschfragen" zuständigen Ministerialbeamten gänzlich loszuwerden.[168] Bei der Abberufung von Alexich nahmen die „Herren vom Stubenring" noch einmal nachdrücklich darauf Bezug. Sollte sich, betonte Stöger-Steiner, der am 9. Juni 1918 zum „Bevollmächtigten General des k.u.k. AOK in der Ukraine" bestellte Generalmajor Lelio Graf Spannocchi, welcher von 1907 bis 1911 das Amt des österreichisch-ungarischen Militärattachés in St. Petersburg bekleidet hatte[169], „bemüßigt sehen, auf Kgf.-Angelegenheiten direkten Einfluß zu nehmen", müßte sich dieser „als dem Kriegsministerium unterstellt betrachten" und hätte, abgesehen „von generellen Anweisungen", dessen fallweise gegebene „Direktiven einzuhalten".[170]

Die internen Unstimmigkeiten erwiesen sich indessen gerade in der Ukraine und in Weißrußland als einigermaßen hinderlich. Immerhin hatten sich die dort stationierten Einheiten des Vierbundes nicht allein mit den in Bälde zu erwartenden „Heimkehrermassen" – in erster Linie Soldaten des Habsburgerheeres, die man von „Großrußland" aus nach Westen und Südwesten weiterleitete[171] –, sondern auch mit einer großen Zahl von Zivilisten herumzuschlagen. Die heikle Situation an der Demarkationslinie machte die

163 ÖSTA/KA, AOK/Op.Abt., Hk.-Grp. 1918: Op.Nr. 130.373.
164 ÖSTA/KA, AOK/Op.Abt., Hk.-Grp. 1918: Op.Nr. 130.959.
165 Ebd., Przybilovszki 62.
166 ÖSTA/KA, Op.Abt., Hk.-Grp. 1918: Op.Nr. 131.269 und 130.959.
167 ÖSTA/KA, Op.Abt., Hk.-Grp. 1918: Op.Nr. 131.119.
168 Leidinger, Zwischen Kaiserreich und Rätemacht 110.
169 Bihl, Die österreichisch-ungarischen Dienststellen in der Ukraine 386.
170 ÖSTA/KA, Op.Abt., Hk.-Grp. 1918: Op.Nr. 131.269 und 131.317.
171 ÖSTA/KA, Op.Abt., Hk.-Grp. 1918: Op.Nr. 131.317 und 131.416.

Grenze vielerorts unpassierbar. Dadurch häuften sich etwa Mitte Mai 1918 Berichte über Mißstände bei der Stadt Orša.[172] Die Ursachen waren unschwer erkennbar. Die im Laufe des Weltkrieges aus dem Frontbereich vertriebenen und verschleppten Bewohner der früheren westlichen Provinzen des Zarenreiches machten sich, nicht zuletzt wegen der ökonomischen Krise in den nördlichen Gouvernements des sowjetischen Einflußbereiches, auf den Weg zu ihren Herkunftsorten. Moskau aber zeigte angesichts des herrschenden Elends keinerlei Bereitschaft, einer Entwicklung entgegenzutreten, die von den militärischen Repräsentanten der Mittelmächte mit zunehmender Sorge betrachtet wurde. Hinter der „verdrahteten Grenze" habe sich in der Zwischenzeit eine in die Zehntausende gehende „Menge" gebildet; Menschen „aus dem Baltikum, aus Weißrußland und der Ukraine, meist kinderreiche Familien", lagerten, nachdem ein Durchkommen weiter südlich „vorläufig unmöglich sei", „in unmittelbarer Nähe der eigenen Linien unter freiem Himmel"; „Lebensmittelknappheit steigere die Not noch zusätzlich"; überdies bestehe „Seuchengefahr, erste Typhus-, Fleckfieber- und Cholerafälle habe man bereits festgestellt", meldete ein als Dolmetscher tätiger reichsdeutscher Leutnant nach Vilna.[173] In seiner Darstellung vergaß er nicht auf eine „nachhaltige unheilvolle Wendung" für die Ostpolitik Berlins hinzuweisen, da „die täglich sich abspielenden herzzerreißenden Szenen, wo hungernde Frauen und Kinder" sich den Posten „an der Grenzsperre entgegenwerfen und um Einlaß flehen, dankbare Objekte" für die Entente-Propaganda abgeben würden.[174]

Aufregung verursachten die Nachrichten aus Weißrußland gleichfalls unter den Mitarbeitern der k.u.k. Behörden. Hier allerdings beschäftigte man sich weniger mit der durch die Kriegshandlungen entwurzelten Bevölkerung Mittelosteuropas als vielmehr mit der fälschlichen Verwendung der Begriffe „Rückwanderer" und „Heimkehrer"; sie führe zu „unzutreffenden Nachrichten" über die „Ansammlung" unzähliger, aus Rußland kommender k.u.k. Soldaten bei Orša.[175] Nachdem sich höhere Offiziere mehrfach von der Haltlosigkeit dieser Informationen überzeugt hatten, legte das AOK die „Causa" ad acta.[176] Ohne noch näher auf die humanitären Folgen der Flüchtlingswelle einzugehen, setzte man sich hinkünftig wieder mit den „fortwährenden Beschwerden über die schlechte Behandlung" der aus der Gefangenschaft heimkehrenden Österreicher und Ungarn durch die Einheiten des deutschen Verbündeten[177] und mit einem größeren Aktionsradius für die Mitarbeiter von Oberstleutnant Stetkievicz auseinander. Wien und Baden zeigten sich geneigt,

172 ÖSTA/KA, Op.Abt., Hk.-Grp. 1918: Op.Nr. 130.980.
173 Ebd.
174 Ebd.
175 ÖSTA/KA, AOK, Op.Abt., Hk.-Grp. 1918: Op.Nr. 131.195.
176 Ebd.
177 ÖSTA/KA, AOK/Op.Abt., Hk.-Grp. 1918: Op.Nr. 131.412.

die Angehörigen der Mission nicht nur in dem für eine Unterbringung von zirka 6.000 Mann konzipierten Kiever „Armejskij Lager" sowie in den Filialen Char'kov und Gomel' tätig werden zu lassen[178]; auch auf Rostov am Don und sogar auf Astrachan' sollten die Aktivitäten erweitert werden. „Dadurch", meinte Stetkievicz anläßlich einer Sitzung im k.u.k Kriegsministerium am 11. Juni 1918, „werde das Netz so dicht, daß nichts durchkommen" könne.[179]

Die Ausdehnung des Tätigkeitsgebietes nach Südosten im Verein mit den Deutschen, die unter anderen noch „Fürsorgestellen" in Taganrog unweit von Rostov und in Simferopol' auf der Krim unterhielten[180], war wiederum unmittelbar auf die mehr als strapazierten Beziehungen zwischen den Zentralmächten und der Regierung in Moskau zurückzuführen.

DER BEDROHTE FRIEDE

Da die deutschen Befehlshaber keine verbindlichen Direktiven erhalten hatten, stießen ihre Truppen über die ursprünglich vorgesehene Begrenzung bei Rovno weiter in das Donec-Becken vor.[181] Mit der Teilnahme russischer Marineabteilungen an den Kämpfen um Nikolaev und Cherson begründete die DOHL außerdem die Einnahme der Krim; ein klarer Verstoß gegen den Brester Vertrag, wodurch offensichtlich wurde, daß die deutsche Generalität keineswegs bereit war, sich den Absichten der politischen Führung des Reiches unterzuordnen.[182] Zwar teilte man am 13. Mai mit, daß der Vormarsch eingestellt sei; durch den Streit um die russische Schwarzmeerflotte blieb die Lage an der Grenze aber weiterhin gespannt. Kapitän Cromie, als britischer Marineattaché in Petrograd tunlichst erpicht, die Seestreitkräfte des früheren Verbündeten zumindest nicht in einsatzbereitem Zustand in die Hände des Gegners fallen zu lassen, verfolgte die Entwicklung in den darauffolgenden Wochen mit größter Aufmerksamkeit. Noch Ende April erhielt er Angaben über eine Order Lev Trockijs, die Kriegsschiffe von Sevastopol' nach Novorossijsk zu verlegen.[183] Ludendorff, der im Gegensatz zum Auswärtigen Amt und zum Admiralstab die Flotte als „Kriegsbeute" betrachtete, verlangte daraufhin deren Auslieferung und belastete damit „das deutsch-russische Verhältnis fast bis zum Bruch".[184] Neuerliche militärische

178 ÖSTA/KA, AOK/Op.Abt., Hk.-Grp. 1918: Op.Nr. 131.416 und 131.558.
179 ÖSTA/KA, AOK/Op.Abt., Hk.-Grp. 1918: Op.Nr. 131.317, 131.416 und 131.558.
180 ÖSTA/KA, AOK/Op.Abt., Hk.-Grp. 1918: Op.Nr. 131.119.
181 Fischer, Deutsche Truppen und Entente-Intervention in Südrußland 13.
182 Ebd.
183 Kettle, Bd. 2, 73.
184 Fel'štinskij 350.

Operationen brachten die Bolševiki in arge Bedrängnis. Nachdrücklich forderte Georgij V. Čičerin in den ersten Junitagen vom offiziellen Gesandten des Hohenzollernreiches in Moskau, „jetzt endlich überall den Vormarsch einzustellen und die Demarkationslinie zu achten".[185] Ende Mai trug sich Trockij mit dem Gedanken, die vor Novorossijsk ankernden Schlachtschiffe, Kreuzer, Zerstörer und Transportboote vernichten zu lassen.[186] Dramatisch nahmen sich zur selben Zeit auch die Radiotelegramme des Narkomindel an Adolf Abramovič Joffe, den „Bevollmächtigten Vertreter der RSFSR in Berlin"[187], aus. „Am 9. Juni", telegraphierte Čičerin an Joffe, „sind deutsche Truppen in der Stärke von bis zu zwei Divisionen auf der Linie Walujki-Rowenki-Aleksandrowka-Shurawka in allgemeiner Richtung auf Woronesch vorgestoßen [...]. Die Sowjettruppen sind zwecks Wahrung der gutnachbarlichen Beziehungen mit dem geringsten Blutvergießen gewichen, indem sie von allen Vorfällen auf dem neutralen Streifen dem obersten russischen Kommando meldeten; die russische sozialistische föderative Republik hat immer Maßnahmen zur Beseitigung jeglicher Reibungen ergriffen" und zur „neuerlichen Einstellung der Gefechte sowie zur Festlegung der Grenzzone Unterhändler zu den Einheiten der Mittelmächte entsandt".[188] Völlig anders als der Volkskommissar für äußere Angelegenheiten sah allerdings die OHL die Auseinandersetzungen. „Nordwestlich von Walujki" würden „deutsche Sicherungen angegriffen"; ein „Panzerzug habe ein von unseren Leuten besetztes Dorf unter Feuer" genommen; Taganrog werde „von der Seeseite her beschossen", mehrere tausend Mann seien im Rücken der eigenen Truppen gelandet, behauptete das Deutsche Reich. Dessen verantwortliche Stellen meldeten deshalb erhebliche Zweifel an, ob „die Regierung der Sowjetrepublik gewillt oder imstande" sei, die „Bedingungen loyal auszuführen, die sie in dem Notenwechsel über die Schiffe in Noworossijsk übernommen hat".[189]

Die Bemühungen von diplomatischer Seite brachten zunächst wenig ein.[190] In blutigen Gefechten wurde eine etwa 10.000 Mann umfassende bolschewistische Gruppe „unter dem Kommando eines tschechischen Internationalisten"[191] wenige Tage später vom „deutschen Korps Knörzer völlig vernichtet"; „nur wenige Bolschewiken entkamen", berichtete Graf Forgách am 15.6.1918 nach Wien; „Gefangene wurden nicht gemacht."[192] Schließlich

185 Bothmer 53.
186 Kettle, Bd. 2, 81 und 141f.; Wolkogonow, Lenin 199.
187 Wulff 213–217.
188 ÖSTA/KA, AOK/Op.Abt., Ev. Grp.-R 1918: 12. Nachricht v. 16.6.1918.
189 Ebd.
190 Wolkogonow, Lenin 199.
191 Fel'štinskij 352.
192 ÖSTA/HHStA, PA X, Karton 152, Liasse Rußland XI d/1 Fol. 801; vgl. Fel'štinskij 350.

sollten noch mehrere Monate verstreichen, bis eine endgültige Entscheidung in bezug auf die Kriegsschiffe fiel. Im Rahmen des deutsch-russischen Ergänzungsvertrages vom 27. August 1918 sicherte sich Berlin, das in diesem Zusammenhang die Gebiete östlich der Berezina räumte[193], nicht nur ein weitreichendes Verfügungsrecht über die Schwarzmeerflotte[194], sondern rang Räterußland selbst den brüskierten österreichischen Bundesgenossen in Erstaunen versetzende[195] Zugeständnisse ab. Vor allem ging es dabei um „größere Öllieferungen sowie die Zahlung von sechs Milliarden Goldmark Entschädigung".[196] Lenins Gefolgschaft erkaufte sich damit eine klare Positionierung Deutschlands zugunsten der RKP(b) und gegen die „Weißen"[197] in einem Moment, als die drohende Niederlage des Vierbundes und die gesellschaftliche Krise in Mitteleuropa die Wirkung derartiger Übereinkünfte schon einzuschränken begannen. Demgegenüber stellte zuvor ein turbulenter Sommer die Beziehungen zwischen den Zentralmächten und Sowjetrußland noch mehrfach auf die Probe.

Die *Grenzstreitigkeiten* zwischen zwei unsicheren Vertragspartnern und die harten Maßnahmen der Hohenzollern- und Habsburgerarmeen in den okkupierten Regionen[198], deren Unabhängigkeit Ludendorff als „Fiktion" bezeichnete und deren „Wiedervereinigung mit Rußland", wie er sagte, man sich „auf die Dauer voraussichtlich nicht widersetzen könne", mußten zwangsläufig die Räteregierung beschäftigen.[199] Speziell die Trennung von den lebenswichtigen Agrargebieten im Südwesten beabsichtigte der SNK langfristig ohnehin nicht zu akzeptieren.[200] Hinzu kam die massive Opposition der linken Sozialisten-Revolutionäre, die in der Ukraine einen beträchtlichen Anhang hinter sich wußten und nicht untätig beiseite stehen wollten, als sich gegen das „Marionettenregime Skoropads'kyjs sukzessive ein Kleinkrieg entwickelte"; Streikaktionen, Anschläge und Bauernrevolten forderten deutsch-österreichische Verbände heraus, die ihrerseits ganze Landstriche unter Kriegsrecht stellten und mit „Strafabteilungen" gegen die Einheimischen vorgingen.[201]

---

193 Rauch 115.

194 Fischer, Deutsche Truppen und Entente-Intervention in Südrußland 18f.

195 ÖSTA/HHStA, PA X, Karton 151, Liasse Rußland Fol. 51.

196 Rauch 115.

197 Ebd.; vgl. ÖSTA/HHStA, PA X, Karton 151, Liasse Rußland Fol. 60.

198 Dem k.u.k. Armeeoberkommando in Baden wurde beispielsweise am 30. Juni 1918 mitgeteilt, daß „die Landbevölkerung im Polozker Kreis fast durchwegs unzufrieden mit der Besetzung durch die Deutschen" ist. Als „Hauptgrund der Mißstimmung" nannten die Nachrichtenoffiziere die „Requisitionen von Vieh, Milchprodukten und Weiden". – ÖSTA/KA, AOK/Op.Abt., Ev. Grp.-R 1918: 6. Nachricht v. 30.6.1918.

199 Fischer, Deutsche Truppen und Entente-Intervention in Südrußland 16f.

200 Ebd.

201 Häfner 393; Fischer, Deutsche Truppen und Entente-Intervention in Südrußland 17.

Prompt führte die Unterstützung der Aufstandsbewegung durch die wegen des Brester Friedens aus dem Sovnarkom ausgeschiedene PLSR zum neuerlichen Zwist mit den Bol'ševiki. Vornehmlich Trockij stellte sich in scharfem Ton gegen die „*Insurrektionspolitik*" des früheren Koalitionspartners, welche durch die Bestimmungen der Regierung sogar Gefahr liefen, aufgrund ihrer „Insubordination gegenüber der Sowjetmacht" abgeurteilt oder erschossen zu werden.[202] Andererseits forcierte die russische Staats- und Parteispitze gleichfalls „revolutionäre Aktivitäten" jenseits der Demarkationslinie, wobei lokale KP-Gruppen bei ihrer „Untergrundarbeit" von Anfang an „enge Verbindung zu den Einheiten der Hohenzollern- und Habsburgerarmeen aufzunehmen" beschlossen.[203] Karl Tomann und Ernö Pór – mit Béla Kun gemeinsam am ersten in Moskau vom 5. bis 12. Juli 1918 abgehaltenen Parteitag der ukrainischen Kommunisten anwesend[204] – boten dabei die Hilfe der Internationalisten an.[205] Diese bemühten sich, den „Kampf gegen die Imperialisten" auch von der unteren Volga aus zu organisieren.[206] Neben „Agitationsreisen" zu den in Südrußland befindlichen Kriegsgefangenen unternahm deshalb die Caricyner „Föderation ausländischer Gruppen" unter der Leitung von Gilbert Melcher Versuche, im Sommer und Herbst 1918 „sozialistische Literatur" innerhalb der deutschen und österreichisch-ungarischen Okkupationstruppen zu verbreiten.[207]

Deren Kommandanten sahen sich indessen mit einer wachsenden Unzufriedenheit ihrer Männer konfrontiert.[208] Mitglieder einer „geheimen Organisation" der RKP(b) in Sevastopol' waren in der Lage, die Wirkung der „von ziemlich erfahrenen, der deutschen Sprache mächtigen Leuten" durchgeführten Propaganda zu beobachten.[209] „Am 15. Juli", ist in ihren Berichten an die Moskauer Parteiführung zu lesen, „wurden nahe des Istominski Boulevards deutsche Zeitungen und Proklamationen verstreut, und eine große Gruppe der Soldaten fing sie zu lesen an. Die Unteroffiziere befahlen auseinanderzugehen, jedoch die Masse wurde immer größer, auch die Matrosen haben sich ihr angeschlossen, welche anfingen, Gespräche zu führen. Danach waren Maschinengewehrschüsse zu hören, welche die Masse zwangen auseinanderzulaufen, und in der Nacht war in der ganzen Stadt eine strenge Bewachung, alle waren an ihren Plätzen, selbst die Bedienungsmannschaft der Geschütze inbegriffen."[210]

---

202 Ebd. 529.

203 Oseraner 619f.; Kulinytsch/Koschyk 45.

204 Pipes, Formation of the Soviet Union 134; Kulinytsch/Koschyk 34 und 45; RCChIDNI, f. 17, op. 86, d. 112.

205 RCChIDNI, f. 17, op. 86, d. 112.

206 Striegnitz, Deutsche Internationalisten in Sowjetrußland 180.

207 Ebd. 180f.

208 Kulinytsch/Koschyk 42ff.

209 RCChIDNI, f. 549, op. 1, d. 82.

210 Ebd.

Im August und September besaßen die Bol'ševiki dann nicht allein zahlreiche Berichte über „Rebellionen der Einheimischen", sondern auch über „Arretierungen" und sogar Erschießungen „undisziplinierter" Heeresangehöriger der Besatzungsstreitkräfte.[211] Meldungen über die Verfolgung von Kriegsgefangenen und insbesondere von aus Rußland kommenden „Freischärlern", deren „illegale Wühlarbeit zur Befreiung der Ukraina von der Fremdherrschaft" die DOHL und das Armeeoberkommando in Baden seit Wochen beunruhigte[212], machten in den Kreisen führender Sowjetrepräsentanten die Runde. Bald verbreiteten sich Gerüchte über eine regelrechte Hatz der Zentralmächte auf alle Verdächtigen. Artikel über „General Arnold", der, wie in der Zeitung „Novosti dnja" geschrieben wurde, „eine wilde Jagd auf die Gefangenen in Poltawa" veranstalte, viele von ihnen „auf der Stelle niedermetzeln" und „die übrigen in ganzen Partien hinter der Stadt niederschießen" lasse[213], wurden nach einer Anfrage des AOK am 7. Juli 1918 vom Stab der Heeresgruppe des Generaloberst Eichhorn, des deutschen Oberbefehlshabers in der Ukraine[214], als „vollständig aus der Luft gegriffene Nachrichten" bezeichnet[215]; andererseits existierten jedoch für Lenins Regierung triftige Gründe, Informationen über die Hinrichtung „bolschewistisch gesinnter k.u.k. Soldaten" in Ekaterinoslav[216] gleichermaßen Glauben zu schenken wie verläßlichen Hinweisen auf Kontakte zwischen dem Vierbund und den gegen die Räteregierung gerichteten rechten Konstitutionellen Demokraten.[217]

Diese, von Deutschlands Offensiven im Westen und dessen Vorherrschaft im Osten beeindruckt, setzten im Frühjahr 1918 auf Berlin und schickten ihren Führer Pavel Miljukov zu Verhandlungen nach Kiev[218]; die meisten anderen Kadety wählten in Fühlung mit dem „Bund zum Schutz der Heimat und der Freiheit", den Boris Savinkov nach seiner

211 Oseraner 620ff.; Kulinytsch/Koschyk 42ff.; RCChIDNI, f. 549, op. 1, d. 82.

212 ÖSTA/KA, AOK/Op.Abt., Hk.-Grp. 1918: Op.Nr. 131.203.

213 ÖSTA/KA, AOK/Op.Abt., Hk.-Grp. 1918: Op.Nr. 131.371; vgl. Kulinytsch/Koschyk 37f.; Striegnitz, Deutsche Internationalisten in Sowjetrußland 74.

214 Rauch 114.

215 ÖSTA/KA, AOK/Op.Abt., Hk.-Grp. 1918: Op.Nr. 131.400.

216 Am 13. Juli 1918 veröffentlichte die Pravda eine Photographie, welche die in Ekaterinoslav von bewaffneten Verbänden der Donaumonarchie „erhängten Agitatoren" zeigt. Der zum Bild verfaßte Kommentar Béla Kuns lautete wie folgt: „Wir könnten denken, daß es sich um die Hinrichtung von ukrainischen aufständischen Bauern handelt. Aber an den Galgen hängen nicht Ukrainer, sondern ehemalige Kriegsgefangene, internationalistische Revolutionäre. Neben den Galgen stehen Offiziere um die Hingerichteten, die sich die Lehre des revolutionären Kommunismus hier in Rußland angeeignet haben und die als Opfer der internationalistischen sozialistischen Revolution gefallen sind." – Zit. nach Mihályhegyi 78. Siehe dazu auch: Kopylov, Zarubežnye internacionalisty 145 und Striegnitz, Deutsche Internationalisten in Sowjetrußland 75.

217 Klein 42.

218 Kettle, Bd. 2, 49; Golinkov 136f. und 139.

Rückkehr vom Don in Moskau als antibolschewistische „Geheimgesellschaft" ins Leben gerufen hatte[219], die Allianz mit der Entente.[220] An den Grenzen zwischen russischen und deutsch-österreichischen Einflußbereichen kam es zu permanenten Auseinandersetzungen; sowjetfeindliche Unabhängigkeitsbewegungen erhielten zudem Unterstützung durch die Mittelmächte. Letztere zweifelten, wie auch von Ententekreisen erkannt[221], an der Lebensfähigkeit der KP-Herrschaft und hielten langfristig nach einem „geeigneteren russischen Verbündeten" Ausschau.[222] Der offizielle Kurs des Räteregimes schien nicht allein in den Augen seiner radikalen Gegner an Überzeugungskraft zu verlieren.

Nikolaj Bucharins Haltung am VII. Parteitag, welche Lenin keineswegs unberechtigt als Fehleinschätzung der revolutionären Potentiale zur Entfachung eines offenen Kampfes gegen die „Imperialisten" ansah, hatte in wichtigen Punkten nichts an seiner Brisanz eingebüßt. Im Krieg „zwischen dem französisch-amerikanischen und dem deutsch-österreichischen Kapital eine Kluft zu sehen", die „es auszunützen gelte, um der Sowjetrepublik eine Atempause[223] zu verschaffen, wie Genosse Il'ič vorschlägt, ist letztlich eine Illusion", argumentierte Bucharin im März.[224] In der Tat gaben ihm die folgenden Monate insoferne recht, als die beinahe bis zum Bruch des Brester Vertrages strapazierten Beziehungen zwischen Berlin und Moskau eine Situation geschaffen hatten, die eher Trockijs Formel „Weder Krieg noch Frieden" entsprach als den Bestimmungen eines regulären Friedensschlusses.[225] Einschränkend meinte denn auch der Partei- und Regierungschef, die propagierte „Atempause" werde aller „Wahrscheinlichkeit nach von sehr kurzer Dauer sein".[226] Mit einer solchen Aussage stieß er speziell bei den meisten linken SRy auf taube Ohren.[227] Für sie war das Schlagwort von der *„Atempause"* bloßes Gerede; eine „Chimäre", welche, mit Blick auf die Ukraine, „Rußland ersticke", „wenn man es von den Rohstoffzentren und Getreideanbaugebieten" trenne und „gleichzeitig mit einer Kontribution" belege.[228]

Die scharfen Kritiker Lenins in der PLSR hatten selbst keine gangbare Alternative anzubieten. Ihre vor allem gegen Kaiser Wilhelm und seine Generäle gerichteten Attacken trafen durchaus den Kern einer von den Zentralmächten betriebenen Ostpolitik, die der

219 Ebd. 49f.
220 Lockhart, Vom Wirbel erfaßt 271; Kettle, Bd. 2, 49; Golinkow 138.
221 Noulens 104f.
222 Bothmer 16.
223 Wulff 215.
224 RCChIDNI, f. 40, op. 1, d. 6.
225 Fel'štinskij 14.
226 Ebd.
227 Häfner 371f.
228 Ebd. 372.

deutsche Staatssekretär des Äußeren Paul von Hintze[229] am 6. August 1918 folgendermaßen skizzierte: „Es ist politisch“ vorteilhaft, „die Bolschewisten auszunützen, solange sie noch etwas hergeben können. Fallen sie, so können wir einem etwa entstehenden Chaos mit ruhiger Aufmerksamkeit zusehen, bis wir die Schwächung für hinreichend halten, um ohne große Opfer Ordnung zu schaffen.“[230] Ende desselben Monats blieb auch der k.u.k. Botschafter in Berlin, Prinz Gottfried zu Hohenlohe-Schillingfürst[231], bezüglich des in groben Zügen seit Jahresbeginn gegenüber dem „Oktoberregime“ eingeschlagenen Kurses an Deutlichkeit nichts schuldig. Noch unter dem Eindruck des deutsch-russischen Ergänzungsvertrages vom 27. 8. und im Wissen um den, verglichen mit dem mächtigen Bündnispartner im Norden, geringeren Einfluß der Donaumonarchie schrieb Hohenlohe an seinen Minister: „Unsere faktische Position [...] wird niemals so stark sein, daß wir auf Grund der gegebenen Machtverhältnisse zu ähnlichen Abkommen wie Deutschland [...] gelangen könnten. [...] Wenn ich auch nach wie vor der Ansicht bin, daß der tatsächliche Wert solcher Vereinbarungen angesichts der Labilität der Bolschewikiherrschaft mehr als fraglich ist, dürfte immerhin nicht übersehen werden, daß, wenn auch alles über den Sturz der Sowjets einig ist, niemand den Moment, wo dies tatsächlich eintreten wird, bestimmen kann; solange dieselben daher an der Macht sind, sollten wir trachten, sie ebenso rücksichtslos auszunützen wie Deutschland, um zu ähnlichen [...] Abkommen zu gelangen.“[232]

Auf diese Weise waren die geltenden Rahmenbedingungen, an denen sich zivile und militärische Dienststellen des Hohenzollern- und des Habsburgerreiches in Osteuropa orientierten, noch einmal klar definiert; mit einem unübersehbaren Unterschied allerdings: Die politische Schwäche der Donaumonarchie stand in völligem Widerspruch zur Bedeutung der österreichisch-ungarischen Kriegsgefangenen auf dem Territorium des untergegangenen zaristischen Rußland. Dabei hatte sich Wien, das sich der Größenordnung der Problematik durchaus bewußt war, mit seiner zögerlichen Vorgangsweise bei der *Ratifizierung des Brester Friedens* keinen guten Dienst erwiesen.

Kurz nach der RSFSR verliehen die Deutschen dem Vertragswerk Rechtsgültigkeit.[233] Ende März wurden die betreffenden Urkunden ausgetauscht.[234] Im April machten sich die offiziellen *Gesandtschaften* beider Länder auf den Weg: Adolf Joffe kam am 19. 4. mit zirka

229 Ruland 70.

230 Zit. nach Fischer, Deutsche Truppen und Entente-Intervention in Südrußland 21f.

231 Rauchensteiner 165.

232 ÖSTA/HHStA, PA X, Karton 151, Liasse Rußland Fol. 61.

233 Kennan, Amerika und die Sowjetmacht 362.

234 Wulff 215.

dreißig Mitarbeitern nach Berlin[235]; fünf Tage später erreichte Graf Mirbach, unter anderen begleitet von Legationsrat Kurt Riezler, den OHL-Vertretern Major Henning und Hauptmann von Bothmer sowie dem Leiter der Gefangenenaustausch-Kommission Hautmann von Mirecki, den Moskauer Alexander-Bahnhof.[236] Die Diplomaten bezogen Gebäude in der Denežnyj Pereulok, der „Geldgasse", und starteten ihre Fürsorge- und Repatriierungsstätigkeit zugunsten der sich in Sowjetrußland aufhaltenden Reichsdeutschen. In dieser Hinsicht konnten sie auf Vorarbeiten Gustav Hilgers zurückgreifen, der mit dem Schwedischen Generalkonsulat schon im Jänner erste Grundlagen für die Arbeit der späteren „Deutschen Hauptkommission für Kriegs- und Zivilgefangene" geschaffen hatte.[237]

Die Abgesandten der Donaumonarchie befanden sich hingegen in einer wesentlich schwierigeren Lage. Ludendorff und Hindenburg war mit ihrem Vorschlag, die in wechselseitigem Gewahrsam befindlichen Soldaten „nach dem Kopf-um-Kopf-Prinzip heimzubefördern" und dadurch möglichst lange die früheren Angehörigen der Zarenarmee in den unterschiedlichen Wirtschaftszweigen einzusetzen, an einer Verschleppung der gesamten Prozedur gelegen; Wien und Berlin zogen nur dann an einem Strang, wenn es um den vorläufigen Verbleib der als „Arbeitsrussen" bezeichneten Gefangenen aus dem untergegangenen Romanov-Imperium in ihrem Zuständigkeitsbereich, nicht aber um die beschleunigte Rückführung der eigenen Leute ging. Obwohl die Zentralbehörden Österreich-Ungarns durch den Druck der Öffentlichkeit und speziell der Angehörigenverbände unter Zugzwang gerieten, schien nunmehr das bislang bremsende Deutschland schneller zu einem befriedigenden Ergebnis zu gelangen als das gerade in der Heimkehr-Problematik besonders sensible Habsburgerreich. Den in bilateralen Zusatzverträgen vorgesehenen Fürsorge- beziehungsweise Austausch-Kommissionen wollte das Sovnarkom erst nach der Ratifizierung des Friedens von Brest-Litovsk die Einreise nach Rußland gewähren.[238] In der Donaumonarchie aber zögerte man. „Die Übereinkünfte mit Rußland und der Ukraine müßten den Abgeordneten gleichzeitig vorgelegt werden", bemerkte k.u.k. Außenminister Czernin; durch die territorialen Zwistigkeiten, etwa den heftigen Protest polnischer Politiker hinsichtlich der Kiev zugesprochenen Gebiete[239], wäre eine weitere Debatte in der heiklen Nationalitätenfrage zu erwarten; die „Einbringung beider Verträge in den Parlamenten" habe man daher, so Czernin, zu verschieben.[240] Dadurch aber hingen alle Bemühungen der Heeresverwaltung, mit der Rückführung der k.u.k. Soldaten aus Rußland zu beginnen, in der Luft. Außen- und Kriegsministerium erhielten un-

235 Ebd. 216.
236 Ruland 60; Klein 42; Bothmer 4.
237 Ebd. 60.
238 Kreiner 50.
239 Meyer 77.
240 ÖSTA/HHStA, PA I, Karton 1052, Liasse Krieg, Friedensverhandlungen Fol. 10.

mißverständliche Berichte aus der „Räterepublik". „Ich halte es für meine Pflicht [...] mitzuteilen, daß eine baldige Ratifizierung des Friedens im Interesse Österreich-Ungarns notwendig wäre. Wenn dieses geschieht, stehen wir mit denselben Rechten da wie die Deutschen", schrieb der dänische Hauptmann Cramer.[241] Heinrich von Raabl-Werner – wie Mirbach speziell durch seine Teilnahme an den Petrograder Verhandlungen zu Jahresbeginn mit der Gefangenenthematik im sowjetischen Machtbereich vertraut – gab indessen „zu bedenken, daß die k.u.k. Kriegsgefangenen, welche sich aufgrund der von den Deutschen mittlerweile begonnenen Evakuation benachteiligt fühlten, in verstärktem Maße der revolutionären Propaganda" Aufmerksamkeit schenken würden.[242]

Noch aber zog sich die Diskussion über die Behandlung der Friedensbestimmungen hin, um schließlich in den Vorschlag einer den „Usancen zuwiderlaufenden vorgezogenen Unterzeichnung durch den Monarchen" zu münden. Eine derartige Lösung, meinte jedoch der k.k. Ministerpräsident Ernst Ritter Seidler von Feuchtenegg, weiche „von dem normalen konstitutionellen Verfahren" ab und würde Anlaß zu „Kritik am allerhöchsten Hause" geben.[243] Trotz derartiger Einwände sah man sich veranlaßt, den außenpolitischen Überlegungen Priorität einzuräumen. Um ebenso wie das Hohenzollernreich „zu normalen Beziehungen mit Rußland zu gelangen" und um im Falle eines möglichen Zusammenbruchs des Bol'ševiki-Regimes eine neue Regierung auf bereits geschlossene und von beiden Seiten anerkannte Übereinkünfte festzulegen, „ratifizierte" Kaiser Karl durch seine Unterschrift den Friedensvertrag mit Rußland am 15. Mai.[244] Fast zwei Monate vergingen, bis die betreffenden Urkunden am 4. Juli in Berlin ausgetauscht wurden.[245] Otto Freiherr von Franz, dem die Moskauer Regierung am 11. Juli 1918 das Agrément erteilt hatte, übernahm dennoch niemals die ihm übertragene „Leitung der diplomatischen Vertretung bei der russischen föderativen Sowjet-Republik".[246] Lev B. Kamenev trat seinen Posten als Sowjetbotschafter in Wien gleichfalls nicht an. Er war, wie die russischen Gefangenen aus der für sie herausgegebenen „Nedelja" am 18. April erfuhren, auf den Alandinseln von den Finnen verhaftet worden.[247] Die ganze Ratifizierungsfrage trat in den Hintergrund, weshalb auch Heinrich von Raabl-Werner nach Alternativen suchte. Von der Ukraine aus fuhr er am 22. April ohne Einreiseerlaubnis nach Petrograd, um sich, wie es offiziell hieß, der dänischen Gesandtschaft als „Verstärkung" zur Verfügung zu stellen.[248] Seine russischen

241 ÖSTA/HHStA, AR, F 36, Karton 388, Krieg 1914–1918, Dep.7 Kriegsgefangenen-Hilfsaktionen.

242 ÖSTA/HHStA, PA I, Karton 1053, Liasse Krieg, Friedensverhandlungen Fol. 33.

243 Ebd. Fol 18f.

244 Ebd. Fol. 49.

245 Bihl, Österreich-Ungarn und der Friede von Brest-Litovsk 117.

246 Matsch 123.

247 ÖSTA/KA, KM/10. Abt./Kgf. 1918: 10-66/100-151.

248 Przybilovszki 62; Kreiner 50.

Verhandlungspartner brachte er schließlich am 3. 6. dazu, „bereits jetzt den Abtransport der ganzen Masse der gesunden Kriegsgefangenen“ mit „allen nur möglichen Beschleunigungen einzuleiten und durchzuführen“.[249] Das Abkommen hatte jedoch seine Tücken: Die Bolševiki wollten ihm erst Geltung verschaffen, wenn auch ihnen eine Fürsorgekommission analog zur österreichisch-ungarischen zugestanden würde.[250] Am Stubenring sah man in solchen „Sowjetemissären“ lediglich Propagandisten des sozialen Umsturzes. Nach und nach manifestierten sich während der russisch-österreichischen Unterredungen die eigentlichen Interessen der Gesprächspartner. Hinter dem Bekenntnis zu humanitären Überlegungen verbargen sich politische und militärische Zielsetzungen. Lenins Parteigänger betrachteten die Entsendung von „Auslandsbevollmächtigten“ als Möglichkeit zur „Vorantreibung der Weltrevolution“. Die Mittelmächte konzentrierten sich auf das Weltkriegsszenario, den wirtschaftlichen Nutzen der gefangenen Arbeiter und die Wiedereingliederung der Heimkehrer in die kämpfende Truppe.[251] Das Kriegsministerium in Wien gab dann auch zu, daß man tatsächlich „aus ökonomischen Erwägungen eine Verschleppungstaktik“ in bezug auf „die Heimsendung der vielfach in einer desolaten Verpflegslage befindlichen russischen Kriegsgefangenen gestützt“ habe, obwohl andererseits die offiziellen Organe der RSFSR auf vielfältige Weise selbst bei der Evakuierung österreichisch-ungarischer Staatsbürger aus den entlegensten Gebieten des ehemaligen Zarenreiches behilflich gewesen seien.[252]

Beschäftigte man sich solcherart in der zweiten Jahreshälfte noch immer mit der Zulassung einer „in der Donaumonarchie tätigen bolschewistischen Delegation“, so hatte die k.u.k. Kriegsgefangenenmission unter der Leitung von Generalmajor August Kreycy von Nagypolány, zu dessen Stellvertreter Heinrich von Raabl-Werner ernannt wurde[253], bereits vor mehreren Monaten damit angefangen, die „reguläre Repatriierungsaktion aus dem Osten“ in Bewegung zu setzen.[254] Abgesehen von Fürsorgetätigkeiten sollten die unter dänischer Flagge arbeitenden Österreicher Vorbereitungen für eine rasche Übertragung der „neutralen Schutzmachtfunktionen“ auf „die zu errichtende eigene diplomatische Vertretung“ schaffen[255], vor allem jedoch die „Organisation des Heimtransportes der Gefangenen“ und in diesem Zusammenhang deren „möglichst frühzeitige Erfassung im russischen

249 Kreiner 50f.

250 Ebd.

251 Ebd. 53.

252 Zit. nach Kreiner 52.

253 ÖSTA/KA, AOK/Op.Abt., Hk.-Grp. 1918: Op.Nr. 130.464; vgl. ÖSTA/KA, KM/10. Abt./Kgf. 1918: 10-35/118-598; Leidinger, Zwischen Kaiserreich und Rätemacht 105.

254 Rutkowski, Kundschafterdienst/Mission Friedrich Benesch 7.

255 Kreiner 55.

Hinterland" bewerkstelligen.[256] Daher entschloß man sich, Zweigstellen, sogenannte „Exposituren", zu errichten[257], die prinzipiell „in jeder Beziehung" der in Petrograd eingerichteten Leitung unterstanden, allerdings in Anbetracht der verschiedenartigen Probleme in den einzelnen Regionen und der üblicherweise recht allgemein gehaltenen Direktiven der Vorgesetzten „bei der Wahl ihrer Mittel und ihrer Mitarbeiter" freie Hand hatten.[258]

Durch die Vielzahl der sowohl von der deutschen als auch der österreichischen Hauptmission eingerichteten Filialen, welche an Ort und Stelle vornehmlich mit gefangenen Offizieren, Vertretern verschiedener Rot-Kreuz-Gesellschaften und Repräsentanten neutraler Staaten kooperierten, versuchten die Mittelmächte aber nicht nur die Heimkehrbewegung aus dem Osten zu kanalisieren. Noch stärker als früher beabsichtigte die Generalität, *Agenden des Gefangenenwesens mit geheimdienstlichen Belangen* in Übereinstimmung zu bringen. Seit der Jahreswende 1917/18 ging es nicht mehr allein um die Zensur der Briefsendungen sowie die Erfassung von Mitteilungen jener, denen die Flucht glückte oder die als Invaliden ausgetauscht wurden. Neben der Auswertung von unzähligen Heimkehreraussagen machten sich erfahrene Offiziere des „Nachrichtendienstes (ND)" nach dem Friedensschluß an den Aufbau eines „engmaschigen Konfidentennetzes" auf russischem Boden.

Die Anwesenheit eigener Armeeangehöriger in allen Teilen des ehemaligen Zarenreiches bot geradezu ideale Voraussetzungen. Deutscherseits drängte man die an der Seite Mirbachs nach Moskau gereisten Heereskundschafter um Hauptmann Willibald Walther, mit Hilfe ihrer Techniker die notwendigen organisatorischen Rahmenbedingungen hierfür zu schaffen und unter anderem auch deshalb einen Telegraphenvertrag mit der Sowjetregierung anzustreben.[259] In Wien und Baden zeigte man sich naturgemäß nicht minder bemüht, die neuen Möglichkeiten der militärischen „Aufklärung" für sich zu nutzen. Das ganze Jahr hindurch befaßte sich k.u.k. Geheimdienstchef Maximilian Ronge mit der Errichtung von vorgeschobenen „Horchposten" in den „Randstaaten" und der Entsendung seiner Mitarbeiter zu den östlichsten Grenzen der von den Zentralmächten kontrollierten

256 Plaschka/Haselsteiner/Suppan, Bd. 1, 280.

257 Laut Raabl-Werner waren Exposituren der k.u.k. Mission in Vologda, Vjatka, Perm', Moskau, Nižnij-Novgorod, Kazan', Penza, Orenburg, Tambov, Kursk, Astrachan', Omsk, Irkutsk, Chabarovsk, Taškent, Baku und Tiflis vorgesehen. – Raabl-Werner, Österreich-Ungarns offizielle Kriegsgefangenenfürsorge 329; vgl. ÖSTA/KA, KM/10. Abt./Kgf. 1918: 10-35/118-598. Aufgrund der politischen Entwicklungen in Rußland konnten schließlich von den siebzehn geplanten Zweigstellen lediglich zehn errichtet werden. – Kreiner 59.

258 Kreiner 56; Raabl-Werner, Österreich-Ungarns offizielle Kriegsgefangenenfürsorge 329; Haider 5.

259 Ruland 58.

Regionen.[260] Im April ließ Ronge außerdem Verbindungsleute „mit besonderen Aufträgen nach Rußland abfertigen".[261] Zudem suchte er in allen Fragen der Rückführung eigener Militärpersonen aus dem Herrschaftsbereich der Bol'ševiki die Absprache mit dem dafür zuständigen Kriegsministerium: Anfang Juni 1918 ließ er am Stubenring anfragen, „ob und in welcher Weise die Mitwirkung" der ihm unterstellten Dienststelle „bei der Heimkehr der Kriegsgefangenen durch die nach Rußland entsendeten Organe erwünscht" sei.[262] Die Antwort ließ nicht auf sich warten. Der Delegation Kreycys gliederte man eine Nachrichtenabteilung an, „der die militärpolitische Berichterstattung an das AOK und den Missionschef oblag".[263] Zugleich plazierte Ronge erfahrene ND-Offiziere bei den Exposituren[264], darunter Hauptmann Viktor von Marchesetti[265], der wesentlichen Anteil an der Decodierung des russischen Funkschlüssels im September 1914 hatte und zu Beginn des Jahres 1918 dem k.u.k. Verhandlungsteam in Petrograd als Dolmetscher zugeteilt worden war[266]. Schließlich machten sich sogar führende Repräsentanten der Heeresspionage wie Generalmajor Oskar von Hranilovic-Czvetassin – vormals Chef des Evidenzbüros beziehungsweise Leiter der mit Kriegsbeginn aufgestellten Nachrichtenabteilung des AOK[267] – auf den Weg in das von den Bol'ševiki kontrollierte Gebiet, „um die Lage vor Ort zu sondieren".[268] Hranilovic, laut Ronge als Militärattaché Österreich-Ungarns in Moskau vorgesehen[269], war noch im Herbst 1918 zur Delegation Kreycys und Raabl-Werners gestoßen.[270] Erhielten selbst die ranghöheren Mitglieder der Gefangenenmission über seine

260 ÖSTA/KA, Nachlaß Ronge B/126, Teil A 1/b 57f. und 64.

261 Ebd. 57; Rutkowski, Kundschafterdienst/Mission Friedrich Beneš 8f. und 11ff.

262 ÖSTA/KA, AOK/Op.Abt., Hk.-Grp. 1918: Op.Nr. 130.992.

263 Zit. nach Kreiner 55.

264 ÖSTA/KA, AOK/Liqu. Evb. d. Gstbs 1918: Evb. Nr. 120.

265 Ebd.; vgl. ÖSTA/KA, AOK/Liqu. Evb. d. Gstbs 1919: Evb. Nr. 144; vgl. ÖSTA/KA, liqu. KM/10. Abt./Kgf. 1919: 10-35/15-38; Benedikt 290f.; Pethö 128.

266 ÖSTA/HHStA, PA I, Karton 1057, Liasse Krieg 70/10 Fol. 65; Pethö 127f.; Benedikt 289 und 291.

267 Das Evidenzbüro des Generalstabs übernahm Hranilovic im Mai 1914. Nach Ausbruch des Weltkrieges trat er dann auch an die Spitze der Nabt. des AOK. Diesem wurde im Jahr 1916 das beim Kriegsministerium angesiedelte Evidenzbüro unterstellt, wodurch die Agenden des Nachrichtenwesens zur Gänze an das Armeeoberkommando übergingen. Mit ihrer Leitung betraute man nach Hranilovic Maximilian Ronge, dem es oblag, aufgrund der ganz unklaren Verhältnisse Ende Oktober 1918 die Nachrichtenabteilung in das Evidenzbüro übergehen zu lassen. Das liquidierende Evidenzbureau des k.u.k. Generalstabes ist demgemäß, wie es im Bericht eines ND-Offiziers vom Dezember 1918 heißt, „eigentlich und richtiger die liquidierende Nabt. des AOK". – ÖSTA/KA, AOK/Liqu. Evb. d. Gstbs 1918: Evb. Nr. 288. Siehe außerdem: Ronge, Kriegs- und Industriespionage 92f. und 395f. sowie Höhne 140f.

268 ÖSTA/KA, Nachlaß Raabl-Werner B/141/4, 1. Teil.

269 ÖSTA/KA, Nachlaß Ronge B/126, Teil A 1/b 65.

270 Przybilovszki 10; ÖSTA/KA, Nachlaß Raabl-Werner B/141/4, 1.Teil.

Ankunft und Funktion nur spärliche Informationen, zeigte man sich in KP-Kreisen nicht zuletzt durch die von den sowjetischen Sicherheitsorganen durchgeführten Observierungen wesentlich besser unterrichtet. Es dauerte nur kurze Zeit, bis Funktionäre der Internationalistenvereinigungen Beschwerden über den „prominenten Spitzel" vorbrachten. Hranilovic, kabelten die ausländischen Gefolgsleute Lenins nach Wien, habe „im Monat Oktober augenscheinlich die Aufgabe" übernommen, sich von „der Stärke und Kampfeskraft der Roten Armee zu überzeugen", „tüchtige Kräfte zur Organisierung der ,Weißen Garde' heranzuziehen", letzteren außerdem russische Kriegsgefangene als Verstärkung zur Verfügung zu stellen und überdies gemeinsam mit dem finnischen „General Mannerheim das Spionagenetz um Räterußland enger zu ziehen".[271]

Inzwischen durften Routiniers der „militärischen Aufklärung" bei der Verbesserung des „offensiven Kundschaftsdienstes" auch auf die Mithilfe von Offizieren rechnen, welche durch ihren mehrjährigen Zwangsaufenthalt in den verschiedensten Regionen des ehemaligen Zarenreiches vom Armeeoberkommando als besonders qualifiziertes ND-Personal eingestuft wurden. In diesem Sinn stimmte man in Wien etwa der Entsendung des aus der Gefangenschaft geflohenen Leutnants Desiderius Brandner in den Kaukasus zu.[272] Brandner, der sich in Berlin Anfang 1918 dem deutschen Nachrichtendienst zur Verfügung gestellt hatte und dem auch die Don- und Wolgaregionen als „Operationsgebiete" zugewiesen worden waren, bemühte sich in der Folge, Kuriere zu finden, die seine Aufzeichnungen „einigermaßen verläßlich den Geheimdienstleuten in Baden zu überbringen vermochten".[273] In Samara bot sich ihm dafür der einunddreißigjährige, seit 1914 in russischem Gewahrsam befindliche Leutnant Leopold Landsberger an. Ihm übergab Brandner vor seiner Weiterreise nach Astrachan' und Baku Unterlagen für das AOK in Baden sowie den deutschen Nachrichten-Offizier in Kiev.[274] Ende Mai gelangte Landsberger nach Wien, um hier, wie sich Maximilian Ronge erinnert, „Interessantes, namentlich über die tschechoslowakische Legion", zu berichten.[275] Von den vorgesetzten Kommanden auf eine neuerliche Fahrt in den Osten angesprochen, erklärte sich Leopold Landsberger bereit, mit seinem „Begleiter und Dolmetsch, dem Ersatzreservisten Michael Neumann, nochmals", so Ronge, „das Wagnis zu unternehmen, in das russische Chaos unterzutauchen" und Brandner „neue Weisungen zu überbringen".[276] Am 1. Juni verwies der Chef des k.u.k. Heeresnachrichtenwesens auf einige seiner nach Rußland abgehenden Informanten, welche sich zuvor noch in Gefangenen- und Heimkehrangelegenheiten

271 ÖSTA/KA, Nachlaß Raabl-Werner B/141/4, 1. Teil.
272 Rutkowski, Kundschafterdienst/Mission Landsberger 26.
273 Ebd. 28.
274 Ebd. 28f.
275 Ronge, Kriegs- und Industriespionage 337.
276 Ebd.

beim Kriegsministerium melden mußten.[277] Drei Tage danach machte sich der in diesem Zusammenhang ebenfalls genannte Landsberger wiederum auf den Weg in die Sowjetrepublik.[278] Bereits wenig später wurde er von den Stabsangehörigen der Roten Armee wegen „Spionageverdachtes" ins Visier genommen.[279] Die rege Tätigkeit deutscher und österreichischer „Spitzel" war den Bol'ševiki nicht entgangen. Am fünften Juli wandte sich dementsprechend das Volkskommissariat für militärische Angelegenheiten mit dem Hinweis an das Centroplenbež, daß sich in den Invalidentransporten „Detektive" befänden, die unauffällig die Gefangenen überwachen und revolutionär Gesinnte unter ihnen „überführen" beziehungsweise nach ihrer Heimkehr der Justiz übergeben sollten.[280] Keineswegs grundlos ging man seitens des Sovnarkom derartigen Meldungen nach. Nicht allein die Heereskundschafter, sondern auch „Polizeiagenten" gaben ihre gesammelten Daten an ihre Vorgesetzten weiter. Auf diese Weise ergänzten die Materialien der V-Männer militärischer und ziviler Nachrichtenapparate die Protokolle des Repatriierungsapparates.

Neben allgemeinen Darstellungen zur Lage in Rußland[281] erhielten die Wiener Behörden weitere *Informationen über die „staatsfeindlichen Tendenzen"* unter den eigenen Soldaten im sowjetischen Herrschaftsbereich, über die nationalen Unabhängigkeitsbewegungen und ihre bewaffneten Verbände[282] sowie die Sympathisanten der Bol'ševiki, welche durch die revolutionäre Propaganda dazu angehalten würden, „in der Heimat den Militarismus zu bekämpfen und die Dynastien zu stürzen".[283] Die Korrespondenzen der russischen Regierungsstellen bestätigend, gingen schon im März und April unter anderem beim AOK und beim k.k. Ministerium des Inneren Meldungen über verdächtige Heimkehrer ein, die „Flugschriften mitgenommen" hätten und von „Vertrauensmännern aus der Menge herausgefunden" worden wären.[284] Allmählich brachten die fortwährenden Schilderungen über die zunehmende „Disziplinlosigkeit" und die häufigen Fälle von „Illoyalität" unter den Gefangenen Konsequenzen mit sich.[285] Mitteilungen über die „Erschießung flüch-

277 ÖSTA/KA, AOK/Op.Abt., Hk.-Grp. 1918: Op.Nr. 130.992.

278 Rutkowski, Kundschafterdienst/Mission Landsberger 60.

279 GARF, f. 3.333, op. 3, d. 555.

280 Ebd. op. 2, d. 40.

281 ÖSTA/AVA, MdI/Präs. 22. Unruhen und Exzesse 1918: Fasz. 2076, Zl. 7.192/18; vgl. ÖSTA/KA, AOK/Op.Abt., Hk.-Grp. 1918: Op.Nr. 130.446.

282 Ebd. Zl. 7.752 und 7.192; ÖSTA/AVA, MdI/Präs. 22. Unruhen und Exzesse 1918: Fasz. 2.075, Zl. 5.970; ÖSTA/KA, AOK/Evb. d. Gstbs./NA d. AOK 1918: Evb. Nr. 152; ÖSTA/KA, AOK/Op.Abt., Hk.-Grp. 1918: Op.Nr. 130.286, 130.417, 130.446 und 130.460.

283 Ebd. Zl. 7.192; ÖSTA/AVA, MdI/Präs. 22. Unruhen und Exzesse 1918: Fasz. 2.077, Zl. 14.079 und 13.572.

284 ÖSTA/KA, AOK/Op.Abt., Hk.-Grp. 1918: Op.Nr. 130.286 und 130.548.

285 Ebd. Op.Nr. 130.437.

tender österreichisch-ungarischer Kriegsgefangener durch Rotgardisten" veranlaßten die k.u.k. Generalstäbler auf die mehrfach ausgeübte Praxis der „Retorsion" zurückzugreifen.[286] Einwände brachten allerdings sowohl Čičerin im Namen des SNK[287] als auch die Beamten am Stubenring vor. In deutlichen Worten distanzierten sich letztere vom Armeeoberkommando, indem sie auf eine Reihe von harten „Maßregeln", welche „in längst abgelaufenen Perioden dieses Krieges gegen die Russen bei uns getroffen worden waren" und allesamt „auf den Gefangenenschutz einen sehr üblen Einfluß" gehabt hätten, hinwiesen. Ohne einer „übertriebenen Humanität" das Wort reden zu wollen, stellte das Kriegsministerium fest, sei auf die negativen Folgen einer solcher Vergeltungspolitik zu verweisen; zum Beispiel „die agitatorische Aufstachelung der Volkswut gegen unsere eigenen Leute, die Verhaftung unserer Mission, die Konfiskation unserer Hilfsfonds, die Entziehung der Besuchererlaubnis für die neutralen Organe, die Hemmung der Heimkehrbewegung" und derlei mehr.[288]

Dennoch blieben energische *Reaktionen der Zentralstaaten* nicht aus. Vor allem waren sich Berlin und Wien darin einig, der in vielen Unterlagen erwähnten Rekrutierung von Vierbundsoldaten für die „Roten Garden" mit Entschiedenheit entgegenzutreten. Schon im November 1917, gab ein Heimkehrer zu Protokoll, seien „von den Ukrainern und den Bol'ševiki zwei ungarische Bataillone ausgerüstet" worden, um „die Tschechen aus Kiev zu verjagen".[289] Seither bekam man Woche für Woche weitere Informationen über die Werbeaktionen unter den Kriegsgefangenen, wobei nicht zuletzt aus den entlegeneren Regionen Sibiriens und Turkestans unzählige vergleichbare Berichte eintrafen.[290] Deshalb gab das k.u.k. Außenministerium am 8. April 1918 Oberst Stutz von Hartenwehr als Leiter der 10. Kriegsgefangenenabteilung bekannt, „auf das Energischste" beim Rat der Volkskommissare protestieren und gleichzeitig in dieser Sache „das Einvernehmen mit Deutschland" suchen zu wollen.[291] Mehrmals strichen danach die offiziellen Stellen der Mittelmächte den Artikel II des Friedens von Brest-Litovsk heraus, der die propagandistischen Bemühungen der KP-Anhängerschaft untersagte.[292] Berlin verlangte vom Sovnarkom, gegen das agitatorische Treiben und gegen die Aufnahme von Kriegsgefangenen in die Rote Armee vorzugehen.[293] Schon vor der Ankunft des deutschen Gesandten in Moskau

286 ÖSTA/KA, KM/10. Abt./Kgf. 1918: 10-7/7-351.
287 Ebd. 10-7/7-378.
288 Ebd. 10-7/7-351.
289 ÖSTA/KA, AOK/Op.Abt., Hk.-Grp. 1918: Op.Nr. 130.460.
290 Ebd. Op.Nr. 130.548 und 131.213. Siehe auch: ÖSTA/KA, AOK/Op.Abt., R-Grp. 1918: Op.Nr. 49.845.
291 ÖSTA/KA, KM/10. Abt./Kgf. 1918: 10-44/3.115.
292 Pardon/Shurawljow, Bd. 1, 53.
293 Krammer 253.

hatten die Volkskommissariate für äußere, innere und militärische Angelegenheiten jedoch in dieser Beziehung Vorkehrungen getroffen. Verordnungen besagten, daß alle Ausländer, die der Roten Armee beizutreten beabsichtigten, die russische Staatsbürgerschaft anzunehmen hätten.[294] Das vom ZEK der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte gewährte „Asylrecht für ausländische politische Vertreter" diente dabei offenbar als Präzedenzfall für ein Gesetz, wonach fremde Untertanen, auch Kriegsgefangene, die Aufnahme in die russische Staatsbürgerschaft ohne weiteres beim örtlichen Sowjet beantragen konnten.[295] Obwohl nur wenige von den neuen Bestimmungen Gebrauch machten[296], waren Trockij und Čičerin unter diesen Bedingungen in der Lage, mit der Behauptung vor Graf Mirbach zu treten, daß „kein Nichtrusse" in den bewaffneten Verbänden der RSFSR dienen und die ideologische Beeinflussung der gefangenen Vierbundsoldaten allein auf das Konto von Internationalisten außerhalb des Zuständigkeitsbereiches der Sowjetführung gehen würde.[297] Diese Stellungnahme der Sowjetführung war keineswegs beruhigend. Schon am nächsten Tag, es war der 1. Mai, sahen die Abgesandten des Hohenzollernreiches deutsche Armeeangehörige in Moskau gegen Kaiser Wilhelm demonstrieren. „Aufklärungskampagnen" wurden nicht nur fortgesetzt, sondern intensiviert – mit Wissen und auf Weisung der RKP(b).[298] Die unter Beteiligung vieler Reichsdeutscher, Österreicher und Ungarn stattfindende „Maevka" löste schließlich eine ernste Krise zwischen den „Brester Vertragspartnern" aus. Den Rat der Volkskommissare erreichte eine scharfe Note, in der man die sofortige Zurückführung aller Kriegsgefangenen in Lager verlangte, „auch wenn sie die russische Staatsbürgerschaft angenommen hatten"; ohne „öffentliche Ordnung" seien die Friedensbedingungen nicht zu verwirklichen, „daher sollten in eine Reihe von russischen Städten Besatzungstruppen verlegt werden".[299]

Eine solche Argumentation brachte die Bol'ševiki in eine schwierige Position. War man bislang mit den Protesten fertig geworden, so konnte die Verknüpfung der Gefangenenthematik mit etwaigen Interventionsplänen das „Oktoberregime" in seinen Grundfesten erschüttern. Jakov Sverdlov behauptete zwar als Vorsitzender des VCIK und nominell ranghöchster Repräsentant des Sowjetstaates, „deutsche Forderungen dieser Art seien erlogen"; nichtsdestoweniger war kurz vorher die Staats- und Parteispitze angesichts der Haltung Berlins zu einer eilig einberufenen Sitzung zusammengetreten, in der sich selbst Lenin außerordentlich pessimistisch gab.[300]

294 Degras, Soviet Documents on Foreign Policy, Vol. I, 72f.
295 Scheibert 71.
296 GARF, f. r-393, op. 1, d. 66 und op. 7, d. 2-19, 23-29.
297 Krammer 253.
298 Ebd. 254; Leidinger, Zwischen Kaiserreich und Rätemacht 102.
299 Scheibert 72.
300 Ebd.

INTERVENTIONEN

Im Frühsommer 1918 lag es nicht allein in bolschewistischer Hand, durch das eigene Verhalten zur Entspannung der Lage beizutragen. Rußlandpolitik wurde von den Großmächten im Bewußtsein der Schwäche und des baldigen Endes der Leninschen Herrschaft betrieben. Dadurch wurde das Interesse an den oppositionellen russischen Kräften und den separatistischen Tendenzen an der Peripherie des alten Zarenreiches geweckt. Desiderius Brandner beispielsweise schickten die Geheimdienste des Vierbundes von Istanbul aus mit fünf türkischen Offizieren nach Batum, „um die Möglichkeit auszukunden, nach Auflösung der russischen Front gegen das Osmanische Reich die Kader, später auch die Waffen, für zwei im östlichen Kaukasus zu organisierende tatarische Divisionen nach Baku zu bringen".[301] Das Vorhaben scheiterte. Max Ronge machte dafür Brandner persönlich verantwortlich, zumal dieser, wie Ronge schrieb, „durch seinen regen Verkehr mit Georgiern in Konstantinopel das Mißtrauen" der Pforte erweckte.[302] Nichtsdestoweniger wurde ein größeres Engagement der Mittelmächte im Osten gerade von den Heeresstellen weiter ernsthaft in Erwägung gezogen. Der deutsche Militärattaché in Moskau, Karl von Schubert, der sich am 21. Juni 1918 der Gesandtschaft Mirbachs anschloß[303], erklärte damals zwei Bataillone für ausreichend, um, so seine Worte, „in Moskau Ordnung zu schaffen und eine neue Regierung einzusetzen".[304] Noch in einem Wochenbericht der k.u.k. Gefangenenmission vom Oktober 1918 unterrichtete Feldmarschalleutnant Kreycy das Kriegsministerium in Wien über „in den Kreisen der Sowjetregierung in Moskau und Petersburg verbreitete Gerüchte, daß ein *Einmarsch der Deutschen*, entweder im Vereine mit der Entente, oder aber mit europäischem Mandate [!], unmittelbar bevorstehe, um der Herrschaft der Bolschewiki ein Ende zu bereiten".[305]

Ließ Kreycy aufgrund des beunruhigenden, letztlich aber haltlosen Geredes Besorgnis über die Zukunft seiner Delegation durchklingen[306], fühlte sich im fernen Bajkalgebiet Burghard Breitner einem wesentlich konkreteren „Wagnis" ausgesetzt. Letzterer wurde Mitte April in das Abteil eines Zuges der Transsibirischen Eisenbahn gebeten, wo sich ihm ein Graf vorstellte, um eine heikle Angelegenheit zu besprechen. Im Laufe der aus Vorsicht in englischer Sprache geführten Unterredung eröffnete der Emissär „mit Verbindungen zur OHL" dem kriegsgefangenen Arzt, dieser sei „mit den sanitären Vorkehrungen"

---

301 Ronge, Kriegs- und Industriespionage 336; Rutkowski, Kundschafterdienst/Mission Landsberger 26f.

302 Ebd. 336f.

303 Bothmer 62; Ruland 75f.

304 Klein 43.

305 ÖSTA/KA, KM/10. Abt./Kgf. 1918: 10-35/118-884.

306 Ebd.

einer großangelegten militärischen Operation, der *Konzentration der in der Region befindlichen „waffenfähigen Gefangenen"*, betraut worden. „Ruhig und sachlich", schreibt Breitner, habe ihm der Mittelsmann von Bestrebungen erzählt, aus den eigenen Heeresangehörigen östlich des Urals eine Streitmacht zu formen, „die England in Indien bedrohen sollte".[307] Das Unternehmen hing zweifelsfrei mit den von Vladivostok aus tätigen Japanern zusammen, deren zunehmende Spionagetätigkeit auch den seit längerer Zeit im Fernen Osten festgehaltenen Offizieren der Vierbundarmeen nicht entging. Man „kannte das Netz ihrer Kundschafter" und wußte, „daß der eine oder andere Photograph oder Friseur in den näher gelegenen Städten Generalstabsoffizier war", erinnert sich Burghard Breitner.[308] Dessen „Schicksalsgefährten" sahen die im Friedensvertrag von Brest-Litovsk vereinbarte Repatriierungsaktion nunmehr sowohl durch das Verhalten der Bol'ševiki und ihrer Gegner innerhalb des alten Rußland gefährdet als auch durch die Gestalt annehmende Intervention der Alliierten sowie den eskalierenden Konflikt zwischen der Moskauer Führung und den tschechoslowakischen Freiwilligeneinheiten, welche sich nach wie vor durch k.u.k Armeeangehörige in den diversen Landesteilen des untergegangenen Zarenreiches zu verstärken versuchten. Obwohl sich die Mission Kreycy-Raabl in einem an das Narkomindel gerichteten Protestschreiben vom Juli 1918 entschieden gegen die durch mehrere aus Omsk geflüchtete Offiziere bezeugte Anwerbung von Soldaten der Habsburgerarmee für die mit den Legionären in Konflikt geratenen „Roten Garden" wandte[309], dachte die Moskauer KP-Spitze nicht im entferntesten daran, die einmal in Gang gebrachte Entwicklung zu unterbinden oder auch nur zu bremsen. Vielmehr beabsichtigte man bisweilen, der aus vielen Orten gemeldeten „Rekrutierung ausländischer Werktätiger" den Stempel der Anerkennung durch die Mittelmächte aufzuprägen. Bezeichnenderweise traten die Bol'ševiki laut Tagebuch des OHL-Hauptmannes Karl von Bothmer im Juni an die Gesandtschaft Mirbachs mit dem Vorschlag heran, „der Bewaffnung von Kriegsgefangenen in Sibirien und in Ostrußland zuzustimmen; nach erfolgreicher Beendigung der Auseinandersetzungen sollten die Heeresangehörigen der Zentralstaaten dann sofort in die Heimat reisen".[310] Dem Ansinnen der Sowjetregierung, meinte Bothmer, dürfe man schon deshalb kein Ohr leihen, weil dadurch, wie er es formulierte, „tausende unserer Landsleute der rücksichtslosen und nicht einmal unberechtigten Rache der Tschechoslowaken ausgeliefert seien".[311] Ein solcher Standpunkt wurde jedoch bei deutschen und österreichischen Armeekommanden nicht unwidersprochen aufgenommen. Zwar war

307 Breitner, Asiatischer Spiegel 30.
308 Ebd. 31.
309 ÖSTA/KA, AOK/Op.Abt., Hk.-Grp. 1918: Op.Nr. 131.737.
310 Bothmer 63f.
311 Ebd. 64.

man bedacht darauf, sich von einer allzu engen Kooperation mit der Räterepublik fernzuhalten, andererseits aber befürchteten gerade die Behörden der Donaumonarchie, eine ohnehin von öffentlicher Seite in nachdrücklicher Weise eingeforderte Rückführung von k.u.k. Soldaten aus dem Osten könnte an der Transportsituation sowie der politischen und militärischen Lage im sowjetischen Einflußgebiet völlig scheitern.[312] Im AOK trug man sich mit dem Gedanken, gewaltsam vorzugehen. Max Ronge als Leiter der Nachrichtenabteilung faßte die Möglichkeit ins Auge, die eigenen Kriegsgefangenen mit Waffen zu versehen „und nach Hause zu führen".[313] Leutnant Brandner erteilte er den Auftrag, diesbezüglich an Ort und Stelle zu recherchieren. Nachdem aber das Kriegsministerium seine Vorschläge abgelehnt hatte, beeilte sich Ronge, seinem Vertrauensmann Brandner neue Weisungen zu übermitteln, vor allem das Verbot, „den gewaltsamen Durchbruch zu organisieren".[314] Das Thema schien vom Tisch zu sein, um vor dem Hintergrund des tschechoslowakisch-sowjetrussischen Gegensatzes nach einigen Monaten allerdings wieder aufzutauchen. Das Außenamt ließ Mitte Juli 1918 bei Generalstabschef Arz von Straußenburg anfragen, ob eine mit Deutschland gemeinsam durchgeführte „Expedition" gegen die Legionäre, „die angesichts ihrer guten Organisation und ihrer relativen Stärke sowie des Fehlens einer russischen Armee einen Faktor bedeuten, der immerhin [...] einen Umschwung in den inneren Verhältnissen Rußlands unter der Ägide der Westmächte herbeizuführen imstande wäre, erwägenswert" sei.[315]

Durch die Gefangenenthematik wurde offensichtlich, wie schwer der Machtbereich der Leninschen Regierung aus dem fortgesetzten Kampf zwischen den Alliierten und den Vierbundstaaten herauszuhalten war. In Wien und Berlin befürchtete man die *Landung von Entente-Einheiten* an den Grenzen des ehemaligen Zarenreiches. Eine „Heimbeförderung" österreichisch-ungarischer Soldaten wäre damit „undurchführbar", konstatierte Generaloberst Samuel Baron Hazai, der Chef des k.u.k. Ersatzwesens.[316] Letzterer sprach schon im März über Kontakte mit dem SNK „wegen der Entsendung einer gemischten, aus Russen und österreichisch-ungarischen Verbänden gebildeten militärischen Kraftgruppe mit Panzerzügen entlang der sibirischen Eisenbahn möglichst bis in die Nähe des

312 Zur Antwort des Kriegsministers Stöger-Steiner auf ein Memorandum der Angehörigenverbände hinsichtlich des Rücktransportes der Kriegsgefangenen sowie der Behandlung von Heimkehrern siehe: ÖSTA/KA, AOK/Op.Abt., Hk.-Grp. 1918: Op.Nr. 130.596.

313 Rutkowski, Kundschafterdienst/Mission Landsberger 27.

314 Ronge, Kriegs- und Industriespionage 337.

315 ÖSTA/KA, AOK/Op.Abt., Hk.-Grp. 1918: Op.Nr. 131.467.

316 Baron Hazai bekleidete zuvor das Amt des ungarischen Honvédministers. Am 8. Februar 1917 übernahm er die von Kaiser Karl sehr zum Ärger des damaligen Generalstabschefs Conrad von Hötzendorf geschaffene Leitung des „Ersatzwesens für die gesamte bewaffnete Macht". – Rauchensteiner 430.

am weitesten östlich gelegenen Kriegsgefangenenlagers".[317] Ein Teil unserer Leute, erklärte Hazai, „könnte dann von diesem Detachement bewaffnet" werden; „Verfügungen seien jedenfalls unerläßlich"; zumindest habe man sich mit Nachrichten von den alliierten Interventionsvorhaben ernstlich zu befassen und „die notwendigen Maßnahmen ehestens zu ergreifen".[318] Die Dänische Botschaft in Petrograd wurde zur gleichen Zeit von den Beamten im Haus am Stubenring um die rasche „Evakuierung Transbaikaliens für den Fall einer japanischen Invasion" ersucht.[319] Das k.u.k. Kriegsministerium machte sich jedoch dafür stark, die Frage „ohne Gewaltanwendung in Angriff zu nehmen"[320], während bislang nicht verifizierte Meldungen über eine auf Vladivostok angesetzte „Kolonne von 25 bis 30.000 Mann amerikanischer, japanischer und britischer Truppen" nicht nur den Chef des Ersatzwesens, sondern auch manchen Stabsoffizier in Baden für eine wesentliche härtere Gangart plädieren ließen.[321]

Zum wiederholten Mal operierten die Armeekommanden der kriegführenden Mächte mit viel zu hoch gegriffenen Zahlenangaben und formulierten damit Bedrohungsbilder, welche die Phase der bolschewistischen Machtbehauptung in beträchtlicher Weise mitbestimmten.

Anfang 1918, insoweit erwies sich der Wissensstand deutscher und österreichischer Militärs als richtig, waren *in Vladivostok vier alliierte Schiffe* vor Anker gegangen. Deren Besatzungen blieben zunächst an Bord, um von dort die Entwicklung in der Hafenstadt zu verfolgen.[322] Konteradmiral Kato[323] an der Spitze der beiden japanischen Kreuzer Asahi und Iwami arbeitete gemeinsam mit Kapitän Payne von der englischen „HMS Suffolk" umgehend Vorbereitungen für eine Landung zum Schutz der eigenen Staatsbürger und Vermögenswerte im Ernstfall aus. Übergriffe und Diebstähle hatten Kato bereits im Februar um Haaresbreite veranlaßt, seine Männer in Marsch zu setzen. Tokyo verweigerte aber vorerst dem Vorhaben die Zustimmung.[324] Unterdessen erwartete das Personal der lokalen Konsulate ebenso wie die Marineabteilungen der Entente wöchentlich den Umsturz zugunsten der Bol'ševiki. Rotgardisten träfen aus Chabarovsk ein; Waffenmagazine seien bei mehreren „Vorfällen" zerstört worden oder in die Hände der Revolutionäre gefallen; der

317 ÖSTA/KA, AOK/Op.Abt., Hk.-Grp. 1918: Op.Nr. 130.010.

318 Ebd.

319 Ebd. Op.Nr. 130.066 und 130.066.

320 Ebd. Op.Nr. 130.066.

321 Rutkowski, Kundschafterdienst/Mission Landsberger 27. Siehe dazu auch: ÖSTA/KA, AOK/Op. Abt., Hk.-Grp. 1918: Op.Nr. 130.010.

322 Dobson 72; Morley 61f. und 64f.

323 Zur Person Katos siehe vor allem: Morley 62f.

324 Morley 66.

immer selbstbewußter auftretende Sowjet rüste zur Machtergreifung, ein Konflikt zwischen ihm und den „Konservativen" stehe ins Haus, berichtete am 26. 3. der Befehlshaber der asiatischen US-Flotte, Admiral Knight.[325] Die „angeheizte Atmosphäre" nahm Knight zum Anlaß, eine Verstärkung der amerikanischen Seestreitkräfte vor Ort zu empfehlen[326], zumal augenblicklich nur die am ersten März aus Yokohama eingetroffene „U.S.S. Brooklyn" zur Verfügung stand.[327] Aktiv wurden aber schließlich die ohnehin auf ein energischeres Vorgehen drängenden Japaner.[328] Der 4. April 1918 schuf für Konteradmiral Kato die Bedingungen, um den zwei Monate zuvor festgelegten Einsatzplan anzuwenden. Gegen Mittag hatten Bewaffnete ein japanisches Geschäft überfallen und drei Personen getötet.[329] „Um das Leben und den Besitz seiner Landsleute zu schützen", verlegte Admiral Kato am nächsten Tag insgesamt fünfhundert Soldaten in die Stadt.[330] Der Aktion schloß sich Kapitän Payne von der Suffolk an. Er ließ fünfzig „Royal Marines" um das britische Konsulat postieren.[331]

Diese Entscheidung wurde allerdings von den Amerikanern bereits nicht mehr mitgetragen. Admiral Knight beließ seine Leute auf der „Brooklyn", nachdem im Gegensatz zu den von den Japanern bewachten französischen Abgesandten die US-Vertretung in der Stadt keinerlei zusätzliche Schutzmaßnahmen für notwendig erachtete.[332] Die amerikanische Zurückhaltung erwies sich als zweckmäßig. In Moskau sprach man vom „Beginn eines sowjetfeindlichen Unternehmens", forderte von den Alliierten den unverzüglichen Rückzug und rief die „bedrängten Massen" zum Widerstand gegen den „imperialistischen Angriff aus dem Osten" auf.[333] Die Volkskommissare stimmten gerade mit dem Centrosibir' in Irkutsk dahingehend überein, daß ein weiterer Vormarsch vorwiegend japanischer Verbände mit allen gebotenen Mitteln verhindert werden müsse[334], als sich in Moskau schon die Zeichen einer Entspannung mehrten. Das Narkomindel vermochte bei aller gebotenen Vorsicht im Verhalten der Westmächte Bemühungen zur Beilegung des Konfliktes erkennen. Es handle sich, antworteten die Entente-Repräsentanten in Rußland, um

325 Dobson 73.
326 Kennan, The Decision to intervene 97.
327 Morley 65.
328 Kennan, The Decision to intervene 96; Dobson 72.
329 Ebd. 99; Unterberger, The United States, Revolutionary Russia and the Rise of Czechoslovakia 155.
330 Unterberger, America's Siberian Expedition 39. In diesem Zusammenhang siehe außerdem: Trush 83; Dobson 73; Kennan, The Decision to intervene 99.
331 Unterberger, The United States, Revolutionary Russia and the Rise of Czechoslovakia 155; Kennan, The Decision to intervene 88.
332 Dobson 73.
333 Unterberger, The United States, Revolutionary Russia and the Rise of Czechoslovakia 155f.; Degras, Soviet Documents on Foreign Policy, Vol. I, 69.
334 RCChIDNI, f. 17, op. 109, d. 10; vgl. Trush 83.

„einen räumlich begrenzten, temporären und obendrein unbeabsichtigten Vorfall, der keineswegs mit der Intention verbunden sei, Japans Einfluß in Sibirien zu vergrößern".[335] Noch im April ging man daran, die Angelegenheit aus der Welt zu schaffen. Zuerst zogen sich die Briten zurück; dann, am 25. 4., kehrten auch Katos Männer auf ihre Schiffe zurück.[336]

Dem Sovnarkom hatten die alliierten Regierungen dadurch aber neue Einblicke in ihre nach wie vor unausgegorene und widersprüchliche Rußlandpolitik ermöglicht. Selbst London und Tokyo waren von der Aktion Katos überrascht. Noch keineswegs auf ein größeres Engagement in Rußland eingestellt, beriefen sie ihre Soldaten zurück[337], wobei die Beteiligung einer kleinen Abteilung der „Suffolk" an der vorübergehenden Landung ohnedies bei genauerer Betrachtung vorrangig gegen einen „Sonderweg" Japans gerichtet zu sein schien.[338] Admiral Knight blieb demgegenüber von Beginn an auf der *Linie Washingtons*. Er hielt sich aus militärischen Aktionen heraus und verfolgte mit der Anwesenheit der U.S.S. Brooklyn im Hafen von Vladivostok vor allem den Zweck, die Verbündeten auf die Ziele der Vereinigten Staaten hinzuweisen.[339] Deren Interessen im Pazifik zu wahren, bedeutete, das japanische Hegemonialstreben im ostasiatischen Raum in die Schranken zu weisen. Die Administration des US-Präsidenten Wilson gleichermaßen wie die verantwortlichen Stellen in Tokyo, darunter insbesondere Außenminister Motono und der Generalstabschef Uehara, waren deshalb tunlichst darauf bedacht, Alleingänge der beargwöhnten Verbündeten zu verhindern.[340] Motono und seine Diplomaten glaubten langfristig sowohl in politischen als auch ökonomischen Belangen zugunsten ihres expandierenden Kaiserreiches am meisten durch ein alliiertes Einverständnis für *japanische Expeditionen* im destabilisierten Rußland erreichen zu können.[341] Washington aber, das den nicht „wegzuleugnenden Gelüsten" seines asiatischen „Partners" auf „die maritimen Provinzen Sibiriens eine Politik der offenen Tür" entgegensetzte, vermochte eine Einwilligung zu militärischen Operationen am Ende doch nur unter Beteiligung von amerikanischen Streitkräften zu geben.[342] Wilson war allerdings von einer solchen Lösung schwer zu überzeugen, wodurch eine Entscheidung, sehr zum Mißfallen der französischen und italieni-

---

335 Degras, Soviet Documents on Foreign Policy, Vol. I, 69.

336 Dobson 73.

337 Ebd.

338 Unterberger, The United States, Revolutionary Russia and the Rise of Czechoslovakia 155.

339 Dobson 72.

340 Morley 55; Unterberger, The United States, Revolutionary Russia and the Rise of Czechoslovakia 148f.

341 Unterberger, The United States, Revolutionary Russia and the Rise of Czechoslovakia 146f.; Morley 125f.

342 Schmid, Churchills privater Krieg 22.

schen Regierungen[343], immer wieder hinausgezögert wurde. Die Meinungen über die Beziehungen zur Sowjetrepublik divergierten auch innerhalb der Vereinigten Staaten sowie im japanischen Kaiserreich, wo sich die nur ungenügend aufeinander abgestimmten Befürworter einer Intervention durch einflußreiche Gegner um Baron Makino und den Vorsitzenden der „Seiyukai-Partei", Hara Kei, herausgefordert fühlten.[344]

Als mindestens ebenso vielschichtig erwies sich die *britische Position.* In Anbetracht der wachsenden Unruhe unter der englischen Arbeiterschaft und der Erfolge deutsch-österreichischer Armeen an der italienischen Front zu Jahresende 1917 machte die geänderte Situation in Rußland auch auf London besonderen Eindruck.[345] Man erkannte die Notwendigkeit, der Herausforderung einer sozialen Revolution mit ideellen Kriegszielen zu antworten. Wilsons vierzehn Punkte, die sowohl den Leninschen Friedenslosungen als auch der nationalen Frage zu begegnen versuchten, ohne freilich den spezifischen europäischen Voraussetzungen genügend Verständnis entgegenzubringen, wurden jedoch nicht allein durch den Entschluß der deutschen Obersten Heeresleitung, nach einem Abkommen mit Räterußland und „dem Freiwerden größerer Truppenkontingente im Osten eine Entscheidungsschlacht an der Westfront" zu führen, in Frage gestellt.[346] Auch Paris und London wollten, wie ein amerikanischer Beobachter meinte, „einen militärischen Sieg und einen altmodischen Frieden. Dabei war ihnen wenig daran gelegen", „auch nur eines von Wilsons Idealen zu verwirklichen".[347] Nicht ohne Grund zweifelte man in der Entente an der angeblich so anders gearteten Politik des US-Präsidenten, dessen Absichten und Möglichkeiten im Lichte europäischer Zwänge und amerikanischer Eigeninteressen wesentlich kritischer beurteilt wurden. Priorität hatten weiterhin die momentanen Anforderungen eines Weltkrieges, aus dem auch das „Empire" Rußland gedanklich noch nicht entlassen hatte. Man müßte alles tun, „um zu verhindern, daß Deutschland und Österreich Hilfe von den Sowjets erhalten", schärfte Lloyd George seinen Mitarbeitern ein; „von daher gesehen wäre ein Bürgerkrieg oder auch nur die bloße Fortsetzung des Chaos [!] für uns ein Vorteil".[348] Außenminister Arthur J. Balfour interpretierte seinen Premier richtig: Ein Kampf gegen die Bolševiki mußte bei derartigen Zielsetzungen ebenso in Betracht gezogen werden wie ein Bündnis mit ihnen.[349] Bemühte sich solcherart „Englands Mann in Moskau", Robert Bruce Lockhart, gemeinsam mit dem späteren Kommunisten Jacques Sadoul und dem Leiter der amerikanischen Rot-Kreuz-Mission in Rußland, Ray-

343 Kennan, The Decision to intervene 89f.

344 Morley 56ff.

345 Schmid, Churchills privater Krieg 16.

346 Kleindel 222.

347 Zit. nach Schmid, Churchills privater Krieg 21.

348 Ebd.

349 Morley 34; Kettle, Bd. 2, 50f.; Schmid, Churchills privater Krieg 18.

mond Robins, um eine Interessenallianz zwischen der Entente und den russischen Volkskommissaren[350], wandte sich andererseits der britische Militärattaché, Oberst Alfred W. F. Knox, der General Kornilov im September 1917 bei seinem mißglückten Marsch auf Petrograd „englische Soldaten in russischen Uniformen" zur Seite gestellt hatte, von einem „falschen und obendrein unmoralischen Flirt" mit den „Roten" ab.[351] Knox war nicht der einzige Exponent eines kompromißlosen Antikommunismus. Winston Churchill, der damals das Amt des Munitionsministers bekleidete, richtete etwa sein Augenmerk darauf, das, wie er sagte, „Ansehen demokratischer Regierungen vor den schauderhaften Leerläufen und Sinnlosigkeiten der russischen Revolution zu retten"[352]; Geheimdienstleute wie Sidney Reilly, „Churchills Chefspion", zogen los, um unter anderen im Verein mit Captain Cromie gegen die kommunistische Herrschaft zu konspirieren.[353] Außenminister Balfour hingegen bereiteten die einander widersprechenden Strategien Englands mit der Zeit einige Mühe, zumal diese seinen Handlungsspielraum nicht selten einengten.[354] Keinen Zweifel an der doppelbödigen Strategie des „Empires" ließ allerdings Lloyd George aufkommen: Suche man in Petrograd und Moskau eine Übereinkunft mit Lenins Gefolgschaft, müsse man umgekehrt verschiedene „weiße" Organisationen schon deshalb protegieren, weil sie sich in der Mehrzahl gegen Berlin aussprächen.[355]

Bisweilen erblickte auch *Frankreich* unter dem Eindruck der deutschen Märzoffensive an der Westfront in „einem militärischen Zusammengehen mit den Bol'ševiki" Vorteile[356], während sein Botschafter Joseph Noulens die Programme der RKP(b) aus tiefstem Herzen ablehnte. Sehr zur Verstimmung des Narkomindel rechtfertigte er ein Eingreifen Japans und der Westmächte in Sibirien wegen des Vormarsches des Vierbundes über die in Brest-Litovsk vereinbarte Grenze hinaus.[357] Als nicht minder zwiespältig wurde in Moskau die britische Haltung eingestuft. „Euer Lloyd George", äußerte sich Lev Trockij gegenüber Lockhart, „gleicht einem Roulettespieler, der seine Chips auf sämtliche Nummern streut."[358]

350 Lockhart, Vom Wirbel erfaßt 220; Kennan, Sowjetische Außenpolitik unter Lenin und Stalin 75; ders., The Decision to intervene 90f. und 112f.; Schmid, Churchills privater Krieg 19.

351 Schmid, Churchills privater Krieg 15 und 22.

352 Zit. nach Schmid, Churchills privater Krieg 21.

353 Andrew/Gordiewsky 73–77.

354 Kettle, Bd. 2, 66f. In diesem Zusammenhang sei auch auf die Memoiren von Robert Bruce Lockhart hingewiesen, der im Frühjahr 1918 monatelang vergeblich auf eine „eindeutige Politik" und „klarere Instruktionen" seiner Regierung wartete. – Lockhart, Vom Wirbel erfaßt 255. Dazu außerdem Lockharts Tagebucheintragungen zur britisch-japanischen Landung in Vladivostok am 5. April 1918. – Young 35.

355 Morley 34.

356 Schmid, Churchills privater Krieg 20.

357 Degras, Soviet Documents on Foreign Policy, Vol. I, 74; vgl. Robien 286.

358 Zit. nach Schmid, Churchills privater Krieg 19.

Der Volkskommissar für militärische Angelegenheiten erkannte darin freilich auch seine Chancen. Zwischen den unvereinbaren Standpunkten und Ambitionen selbst unter den verbündeten Ländern eines sich erschöpfenden Weltkrieges zu lavieren, mit Verhandlungen Zeit zu gewinnen, ohne auf eine eindeutige Positionierung abzuzielen, entsprach ganz der Haltung Lenins, der seinen Anhängern immer wieder die Dringlichkeit einer Rußland begünstigenden „Atempause" beziehungsweise einer Strategie des Taktierens und Manövrierens vor Augen hielt.[359] Die Gefahren für den Kurs des Partei- und Regierungschefs waren nicht zu übersehen. Noulens' Hinweis auf die territorialen Streitigkeiten an der deutsch-russischen Demarkationslinie sowie die auch daran geknüpfte Interventionsdebatte in den Ententestaaten konnten gar nicht ernst genug genommen werden.[360] Beunruhigend war für die Räteführung vor allem aber die Tatsache, daß sich die vielfach diametral entgegengesetzten Varianten alliierter Rußlandpolitik in einigen Punkten trafen, wodurch eine Entscheidung der Großmächte zum Nachteil der Sowjetführung an Wahrscheinlichkeit gewann.

Zunächst waren sich Paris, London und Washington darin einig, daß die zur Unterstützung der russischen Front vorgesehenen *Waffen und Munitionsvorräte*, welche in den Häfen des früheren Zarenreiches lagerten, nicht in die Hände der Habsburger- und Hohenzollernarmeen fallen sollten.[361] Weder hier noch anderweitig wollte man die Nachschubgüter, von denen sich allein in Vladivostok bis Ende Juli 1917 662.000 Tonnen angesammelt hatten[362], den Feinden überlassen. Im Zuge der deutschen Offensive gegen die schwachen sowjetischen Streitkräfte vor dem Brester Frieden spekulierte sogar Moskau mit begrenzten alliierten Unternehmungen zum Schutz der Kriegslieferungen.[363] Landeten in Murmansk im März 1918 englische Truppen und signalisierte beispielsweise Čičerin danach eine gewisse Bereitschaft zur Kooperation im Norden[364], so löste die japanisch-britische Operation in Vladivostok zu Beginn des darauffolgenden Monats den heftigsten Protest des Sovnarkom aus. Schon am 19. März hatte Lev Trockij in einer Rede vor dem Moskauer Sowjet eine unmittelbar bevorstehende Aktion Tokyos angedeutet. „Bürgerliche Zeitungen fast aller Länder" melden, erklärte der gerade mit dem Aufbau einer schlagkräftigen „Arbeiter- und Bauernarmee" betraute Volkskommissar, „daß an der sibirischen

359 Kettle, Bd. 2, 63.

360 Ebd. 71.

361 Rauch 106f.

362 Kennan, Amerika und die Sowjetmacht 281. In einem Telegramm an die britische Botschaft in Washington vom ersten Jänner 1918 schätzt Englands „Blockademinister", Lord Robert Cecil, die in Vladivostok liegende Fracht auf 648.000 Tonnen. – Dobson 68.

363 Lloyd George 3165. Diesbezüglich siehe auch: Robien 285f.

364 Kettle, Bd. 2, 50f.; Rauch 107.

Eisenbahn sich zirka 20.000 gut organisierte Kriegsgefangene befinden, die den ‚Alliierten' gegenüber feindlich gesinnt sind. Diese lügenhaften und provokatorischen Meldungen stammen aus dem Generalstab Japans, der derartige Gerüchte mit der offensichtlichen Absicht verbreitet, einen legalen Anlaß zur Besetzung von [...] Sibirien zu finden."[365]

Konteradmiral Kato begründete schließlich am 5. April 1918 den Marschbefehl für seine Männer mit der Ermordung japanischer Staatsbürger am Vortag. Nichtsdestoweniger traf Trockij durchaus den Kern der Sache. Die *Gefangenenthematik* und ihre unmittelbaren Folgen wurden zu einem weiteren Entscheidungsfaktor für die Regierungen der Westmächte.[366] Dies verstand die Heeresführung des Tennos sehr wohl für ihre *Interventionspläne* einzusetzen.

Noch gegen Jahresende 1917 setzten Ueharas Offiziere Nachrichten über eine Mobilisierung deutscher und österreichischer Heeresangehöriger im sowjetischen Einflußbereich gezielt ein, um der chinesischen Regierung ein militärisches Abkommen mit Blick auf die Machtverhältnisse in der Mandschurei abzuringen. Da die Zentralstaaten offensichtlich ihre östlich des Urals befindlichen Soldaten einzusetzen gedenken, folgerte der stellvertretende japanische Stabschef Tanaka, seien gemeinsame Schritte unerläßlich. Eine solche Argumentation stieß in Peking vorerst auf wenig Sympathie, zeigte jedoch nach und nach Wirkung.[367] Die Mitarbeiter Tanakas und Ueharas ließen im März 1918 bei den Planungen zur Entsendung eigener Truppen auf russisches Territorium ganze Kriegsgefangenenarmeen unter dem „Kommando Berlins" gegen den „Fernen Osten" aufmarschieren; deren mögliche Stärke in Transbajkalien wurde gar mit 93.000 Mann beziffert.[368]

Die Meldungen fingen an die Westmächte zu beunruhigen. Im vorangegangenen Jahr hatte man in Rußland, sowohl seitens einheimischer als auch ausländischer Beobachter, das Verhältnis zwischen dem Vierbund und den Bol'ševiki vielfach mißinterpretiert und Lenin lediglich als „Marionette Kaiser Wilhelms" empfunden.[369] Innerhalb der ausländischen Gesandtschaften wollten denn auch die Gerüchte über eine weitestgehend von Ludendorff und Hindenburg gesteuerte Sowjetführung nicht verstummen. Die Roten Garden seien zur Zeit des „Oktoberaufstandes" unter Kuratel eines deutschen Armeeoffiziers gestellt worden, hieß es in nachrichtendienstlichen Quellen der Alliierten.[370] Wenig später glaubte der britische Botschafter sogar die Namen jener „Agenten des Hohenzollernreiches" nennen zu können, welche „augenblicklich die Operationen des Smolnyj

365 Trotzki, Die Geburt der Roten Armee 19.
366 Kennan, Amerika und die Sowjetmacht 279.
367 Morley 113–121.
368 Ebd. 343.
369 Kerenski-Memoiren 326–340; Höhne 219–244.
370 Bradley, Allied Intervention in Russia 48ff.

dirigierten".[371] Im Dezember 1917 mehrten sich die Berichte über frei herumziehende Gefangene, deren Bewaffnung durch das „neue Regime" auch von der Pariser Regierung mit Besorgnis wahrgenommen wurde. Drei ihrer Repräsentanten waren während der Machtergreifung der Räte in Irkutsk ums Leben gekommen. Die Vorfälle in der Stadt hatten das dortige französische Generalkonsulat, geführt von Henri Bourgois, alarmiert.[372] Der „coup de force", betonte man, sei ohne die Einbeziehung der „Deutschen" unmöglich gewesen. Diese Einschätzung untermauerte der US-Konsul in Vladivostok, John K. Caldwell, mit dem Hinweis auf Aussagen der lokalen Bevölkerung[373] gleichermaßen wie der amerikanische Militärattaché in Peking, Major Walter S. Drysdale. Im Februar 1918 war Drysdale zu einer „fact-finding mission" durch die östlichsten Regionen des früheren Zarenreiches aufgebrochen. Was er vorfand, schien britische und französische Diplomaten, die unter Hinweis auf die Kriegsgefangenenfrage wiederholt für eine Intervention eintraten, zu bestätigen.[374] Überall „fraternisierten die Bolschewiken Sibiriens mit den feindlichen Soldaten", welche nur „auf einen Befehl Petrograds" warteten, um zu den Waffen zu greifen; der Einfluß Berlins, so Drysdale, „wachse stetig an".[375]

Die Einreihung von vornehmlich österreichisch-ungarischen und lediglich zu einem geringen Teil von reichsdeutschen Soldaten in die „Roten Garden"[376] entsprach grundsätzlich nicht den Intentionen der Zentralstaaten; deren Vertreter protestierten vielmehr dagegen beim Sovnarkom.[377] In Ententekreisen versteifte man sich dennoch auf die Idee, etliche Vorgänge auf dem Territorium Sowjetrußlands im Lichte eines „Generalplanes" der DOHL interpretieren zu müssen, der es unter anderem auf die Nachschubgüter der westlichen Verbündeten in Vladivostok abgesehen habe.[378] Dabei begegneten bekanntlich auch Lenin und seine engsten Vertrauten dem Gros der Gefangenen mit einem außerordentlichen Mißtrauen, das nicht einmal vor der speziell anfänglich einigermaßen heterogenen Internationalistenbewegung Halt machte.[379] Bezeichnenderweise entschied man sich in Moskau erst dann für größere Rekrutierungskampagnen der „fremden Proletarier", als die militärische Bedrohung durch die kriegführenden Großmächte und die dadurch begün-

371 Ebd. 49.

372 White, Siberian Intervention 233; Bradley, Allied Intervention in Russia 50.

373 Unterberger, The United States, Revolutionary Russia and the Rise of Czechoslovakia 141.

374 Bradley, Allied Intervention in Russia 51.

375 Ebd. 51.

376 Kennan, Amerika und die Sowjetmacht 279f.

377 ÖSTA/KA, KM/10. Abt./Kgf. 1918: 10-44/3.115. Siehe dazu außerdem: Krammer 253; Scheibert 72; Kettle, Bd. 2, 79; Leidinger, Zwischen Kaiserreich und Rätemacht 102f.

378 Silverlight 16f.; Bradley, Allied Intervention in Russia 51ff.

379 Borsányi 52; Golinkow, 208ff.; Scheibert 71; Täubler 2f.; Dekrety sovetskoj vlasti 569; ÖSTA/KA, KM/10. Abt./Kgf. 1918: 10-7/7-276; RGVIA, f. 1558, op. 9, d. 57.

stigten Aktivitäten antisowjetischer Kräfte im Inneren Gestalt anzunehmen begannen. Dementsprechend sind auch Korrespondenzen zwischen dem Narkomindel und dem Centrosibir' zu verstehen. Dessen Unsicherheit in der gesamten Frage trat bis weit ins Jahr 1918 hinein deutlich zutage. Noch im Juni fragten die Irkutsker Rätefunktionäre wegen der „Bewaffnung der sozialistischen Kriegsgefangenen" per Telegramm[380] beim stellvertretenden Volkskommissar für Äußeres, Lev Michailovič Karachan[381], an. Angesichts der Ereignisse in Vladivostok am 5. April hatte Moskau bereits Richtlinien festgelegt. „Es ist notwendig", auf die mit der „Oktoberrevolution" sympathisierenden Vierbundsoldaten zurückzugreifen, meinte damals Karachan; „diesbezüglich", fügte er einschränkend hinzu, müsse jedoch „mit jenem Anteil an Vorsicht vorgegangen" werden, „der garantiert, daß sie gegen Japan und für die Verteidigung der sibirischen Transportwege auftreten".[382]

Die Mobilisierung der „ausländischen Werktätigen" durch die Bol'ševiki war solcherart bisweilen eher die Antwort auf die alliierte Intervention als deren Ursache. Einige tiefer blickende Repräsentanten der Westmächte, wie Admiral Knight, der eine „Aktion Berlins" in Sibirien nicht so recht erkennen mochte, sehr wohl aber die negativen Konsequenzen eines alliierten Eingreifens in Rußland voraussah, verschafften sich in der durch unzählige Gerüchte aufgewühlten Atmosphäre jedoch kaum Gehör.[383] Einer von Trockij zugelassenen Untersuchungskommission unter der Führung des amerikanischen Rot-Kreuz-Mitarbeiters William B. Webster und Lockharts „Assistenten", Captain W. L. Hicks, erging es nicht anders.[384] Die Delegation traf lediglich in Omsk und Irkutsk auf deutsche und österreichisch-ungarische Rotgardisten, welche, so die Erklärung der Sowjets, gegen Semenov zum Einsatz kämen. Die Stärke der Internationalisten-Abteilungen werde alles in allem nicht mehr als 2.500 Mann betragen und stelle keine Gefahr für die Entente dar, versicherten Webster und Hicks; die „haarsträubenden Übertreibungen" seien insbesondere auf die antibolschewistische Haltung der alliierten Konsuln in Irkutsk zurückzuführen, die ihrerseits mit den „entschiedensten Gegnern des augenblicklichen Regimes" in Kontakt stünden.[385] Trotz gewisser Vorbehalte gegen die Einschätzung der Gesamt-

380 RCChIDNI, f. 17, op. 109, d. 10.

381 Wolkogonow, Stalin 797.

382 RCChIDNI, f. 17, op. 109, d. 10.

383 Kennan, The Decision to intervene 97; vgl. Unterberger, The United States, Revolutionary Russia and the Rise of Czechoslovakia 141.

384 Ullman 157. Zur Webster-Hicks-Mission siehe außerdem: Unterberger, The United States, Revolutionary Russia and the Rise of Czechoslovakia 141; dies., America's Siberian Expedition 46; Bradley, Allied Intervention in Russia 53; ÖSTA/KA, KM/10. Abt./Kgf. 1918: 10-7/7-257; Kettle, Bd. 2, 79; Pastor, Hungary between Wilson and Lenin 23.

385 Kettle, Bd. 2, 79; Ullman 157f.

situation und die Informationen zur Größe der bewaffneten Kriegsgefangenenverbände[386] vermochten speziell Vertreter der Vereinigten Staaten an den Resultaten der Nachforschungen nichts auszusetzen, zumal sogar Walter Drysdale in weiteren Berichten keine wesentliche Bedrohung für seine Regierung und die mit ihr verbündeten Staaten erblickte.[387]

Nichtsdestoweniger traten an den Untersuchungsergebnissen die Grundzüge alliierter Rußlandpolitik im Frühling 1918 zutage. Erstens widersprachen die Berichte einiger Missionsmitglieder den Erkenntnissen von Webster und Hicks[388]; zweitens mißtraute beispielsweise David Francis – Botschafter der USA in Sowjetrußland und selbst in seiner Haltung gegenüber Lenins Partei noch schwankend[389] – den Aussagen „möglicherweise von den Kommunisten hinters Licht geführter" Gefolgsleute Lockharts und Robins, die mit dem Sovnarkom zu einem Übereinkommen gelangen wollten.[390] Das Kriegskabinett in London wiederum arbeitete an Interventionsplänen und dachte darüber hinaus an die neuerliche Errichtung einer „Ostfront" gegen die Zentralstaaten – mit oder ohne die Bol'ševiki.[391] In den vielen Memoranden des „Empires" fanden die Materialien von Webster und Hicks keine Berücksichtigung; letzteren wollte mancher britischer Militär sogar von seinem Posten abberufen, wogegen Lockhart sich unter Androhung seines eigenen Rücktrittes zur Wehr setzte.[392]

Indessen wußten andere ohne Unterlaß über „alarmierende Ereignisse" im Fernen Osten zu erzählen. Henri Bourgois wies am 29. März auf die enge Zusammenarbeit der Sowjets mit den Österreichern in Irkutsk hin[393], und der vorsichtige US-Botschafter in Peking, Paul S. Reinsch, hatte immerhin zu konstatieren, daß Kriegsgefangene am Kampf gegen Semenov beteiligt waren.[394] Als Konteradmiral Katos Einheiten am 5. April 1918 russischen Boden betraten, waren die Heeresangehörigen der Mittelmächte in der Roten Garde ein unübersehbares Thema alliierter Politik, ein Sachverhalt, der freilich von der russischen Presse aufgegriffen wurde. Die „Naš Vek" berief sich etwa in einem Artikel vom 19. 3. über die Abreise der Mission Webster nach Sibirien auf japanische Zeitungen. Sie, hieß es, hätten erklärt, daß die „mit Waffen versehenen" Gefangenen als „Vorwand zur

386 Ullman 158.

387 White, Siberian Intervention 234; Unterberger, The United States, Revolutionary Russia and the Rise of Czechoslovakia 141.

388 Bradley, Allied Intervention in Russia 53.

389 Kerenski-Memoiren 409; Unterberger, America's Siberian Expedition 47.

390 Bradley, Allied Intervention in Russia 53.

391 Kettle, Bd. 2, 76f.; Schmid, Churchills privater Krieg 23.

392 Ullman, Intervention and the War 158f.

393 Bradley 52.

394 Ebd.; Unterberger, The United States, Revolutionary Russia and the Rise of Czechoslovakia 141.

Einmischung Japans in die russischen Angelegenheiten" dienten.[395] Im selben Moment wirkten derlei – auch von den Stabsoffizieren um General Uehara in Umlauf gebrachte – Nachrichten auf die zurückhaltende Regierung in Washington ein. Außenminister Lansing verfolgte die ganze Sache jedenfalls mit einer gewissen Besorgnis und verlangte zusätzliche Informationen[396], nachdem Präsident Wilson in Anbetracht der Mitteilungen über die Vierbundsoldaten in Sibirien im März schon beinahe einer Intervention zugestimmt hatte.[397] Maßgeblich beeinflußte die amerikanische Position in diesem Zusammenhang eine andere unmittelbare Folge der Gefangenenproblematik: die Existenz der *Tschechoslowakischen Legion* und die Frage ihrer künftigen Verwendung nach dem Ausscheiden Rußlands aus dem Weltkrieg.

„Habsburgs ferner Spiegel"

Der Zwischenfall vom 5. 4. in Vladivostok deutete die komplizierten Beziehungen zwischen den Volkskommissaren und den konkurrierenden Großmächten an. In dieser Hinsicht rückten die Anwesenheit hunderttausender „Ausländer" sowie die damit verbundenen Schwierigkeiten immer wieder in den Mittelpunkt der Auseinandersetzungen. Auf das kaum gefestigte „Oktoberregime" warteten schwere Belastungsproben. Vor dem Hintergrund der vorübergehenden japanisch-britischen Landung verschlechterte sich das Verhältnis der Bol'ševiki zu den nationalen Freiwilligenverbänden zusehends. Das Zentralexekutivkomitee der sibirischen Räte betrachtete die „Druschinisten" als „gefährliche und unzulässige Kraft".[398] Der Sovnarkom untersagte vorerst die Weiterfahrt der „tschechischen Züge".[399] Die Entscheidung war den neuen Kremlherren nicht leicht gefallen, wollten sie doch eigentlich auf raschestem Wege vor allem jene fremden Soldaten loswerden, die sich nicht mit den Vorstellungen der RKP(b) identifizierten und deren ideologische Indoktrinierung lediglich Komplikationen, nicht zuletzt mit den Zentralstaaten und der Entente, verursachte. „Die überaus große Zahl der aus Rußland zurückkommenden österreichisch-ungarischen Heeresangehörigen", bemerkte demgemäß das Kriegsministerium in Wien Ende April 1918, „läßt mit aller Sicherheit darauf schließen, daß die russische Regierung die Heimkehr dieser Gefangenen wenn nicht unterstützt, so doch zum mindesten duldet."[400] Gerade an einem beschleunigten *Abtransport der Legionäre* mußte solcherart den

395 ÖSTA/KA, KM/10. Abt./Kgf. 1918: 10-7/7-257.
396 Unterberger, America's Siberian Expedition 47; Bradley, Allied Intervention in Russia 52f.
397 Schmid, Churchills privater Krieg 22.
398 Unterberger, The United States, Revolutionary Russia and the Rise of Czechoslovakia 157.
399 Kettle, Bd. 2, 59.
400 ÖSTA/KA, KM/10. Abt./Kgf. 1918: 10-7/7-378.

Bolševiki besonders gelegen sein.[401] Voraussetzungen hierfür waren vorhanden. Die schwierige Lage in der Ukraine und der deutsche Vormarsch förderten Bemühungen, die tschechischen Korps nach Frankreich zu bringen und an der Westfront zum Einsatz zu bringen.[402] Mit den Bolševiki schien das Einvernehmen hergestellt. Gegen Truppen des Hohenzollern- und Habsburgerreiches hatte man kurzfristig sogar noch an der Seite der sowjetischen Streitkräfte gekämpft. Ihr Kommandeur, Antonov-Ovseenko, der später auch Botschafter in Prag werden sollte, hob am 16. März die „brüderliche Hilfe" der Tschechoslowaken hervor, die sich, wie er sagte, „mit dem Proletariat gegen die imperialistischen Ausbeuter zusammengetan und als Zeichen ihrer Freundschaft den Rotgardisten Waffen überlassen" hätten.[403]

Auch Moskau brachte in dieser Situation keine Einwände gegen eine Evakuierung der halb entwaffneten Freiwilligenverbände via Vladivostok vor. Die ersten Züge rollten bereits ostwärts Richtung Sibirien, als sich im Sovnarkom kritische Wortmeldungen häuften und Befürchtungen ausgesprochen wurden, die tschechische Armee könnte sich eventuell mit Semenov oder den Japanern verbünden.[404] In der Tat tendierten gewisse Ententekreise eher dazu, die zum überwiegenden Teil aus früheren Kriegsgefangenen bestehenden „Družinen" zur Unterstützung antibolschewistischer Gruppierungen heranzuziehen. An den Westmächten orientierte Kräfte, die auf den Sturz des Sowjetregimes hinarbeiteten und außerdem für eine Fortsetzung des Krieges gegen den Vierbund eintraten, galt es etwa nach der Meinung des französischen Oberbefehlshabers, Marschall Ferdinand Foch, mit Nachdruck zu fördern; polnische, tschecho-slowakische und auch ukrainische Divisionen seien, so Foch, in dieser Hinsicht der „Konterrevolution" in Südrußland zuzuführen.[405] London gelangte zu ähnlichen Überlegungen.[406] Generalmajor Sir George Mark Watson Macdonogh, Direktor des britischen Militärgeheimdienstes, ventilierte zur „Zerstörung des Bolschewismus und der Revitalisierung des östlichen Kriegsschauplatzes" schon Ende 1917 Konzepte über die „Beseitigung der Räteregierung", welche die Aufstellung gewaltiger Heere von „hunderttausenden pro-alliierten Elementen Osteuropas, Kosaken, Tschechen, Slowaken, Polen, Rumänen, Serben, Armeniern und Georgiern", vorsahen.[407]

Wurde der Ruf nach einer Ostfront in der englischen Regierung „bald von mehreren Seiten laut", mochte Frankreichs Premier Georges Clemenceau im Gegensatz zu Foch und

401 Kalvoda, Czech and Slovak Prisoners of War in Russia 229.
402 Kettle, Bd. 2, 53.
403 Kennan, The Decision to intervene 139f.
404 Ebd. 140.
405 Unterberger, The United States, Revolutionary Russia and the Rise of Czechoslovakia 73.
406 Bradley, Allied Intervention in Russia 75ff.; Kennan, The Decision to intervene 145.
407 Unterberger, The United States, Revolutionary Russia and the Rise of Czechoslovakia 72f.

den Engländern keinen Mann im Westen missen.[408] Clemenceau hielt daher lange am Rückzug der Legionäre aus dem vormaligen Zarenreich fest.[409] Das Vorhaben drohte allerdings – dem „Imperial War Cabinet" in die Hände spielend – speziell am mangelnden Schiffsraum zum Truppentransport auf dem Seewege von Vladivostok aus zu scheitern.[410] „Was die Alliierten betrifft", konstatierte Thomas Masaryk Mitte der zwanziger Jahre rückblickend, „muß leider festgestellt werden, daß sie keinen bestimmten Plan hinsichtlich der Sowjetrepublik hatten und daß sie nicht einheitlich gegen die Bolschewiken vorgingen"; die Entente war auch „nicht eines Sinnes betreffend unserer Soldaten"; Paris votierte „für die Überführung nach Frankreich, London hätte uns lieber in Rußland oder eigentlich in Sibirien gesehen".[411]

Daß, wie Masaryk schrieb, sich die Beziehungen der tschechischen Unabhängigkeitsbewegung zu den Westmächten kompliziert gestalteten[412], lag letztlich aber an grundlegenderen Fragestellungen. Selbst nach den „vergeblichen Versuchen Wiens, zu einem Sonderfrieden zu gelangen", faßten weder die Regierung Clemenceaus noch das Kriegskabinett Lloyd Georges eine Auflösung der k.u.k. Monarchie ins Auge. Sogar jene Franzosen und Engländer, „die dem Zerstörungsprojekt positiv gegenüberstanden", hielten es für notwendig, mit „einer Art mitteleuropäischer Föderation das drohende Machtvakuum im Donauraum" zu verhindern.[413] Als am 16. Dezember 1917 durch die Unterschrift des französischen Präsidenten Poincaré der tschechoslowakischen Legion der Status einer alliierten, autonomen Armee zugestanden wurde, war damit keineswegs die „Anerkennung der tschechischen Bewegung beziehungsweise ihrer Führung als unabhängige Nation oder verbündete Regierung" zum Ausdruck gebracht worden.[414]

Was aus den Freiwilligen werden sollte, vermochten jedoch die uneinigen Großmächte ohnehin nicht alleine zu entscheiden. Die Soldaten des neuen, selbständigen Heeres, von denen viele Verständnis für die revolutionären Ereignisse im Osten zeigten[415], hatten sich schon des öfteren geweigert, „irgend jemandem blindlings zu folgen".[416] In Paris und London war man sich nicht einmal sicher, ob die dem französischen Oberkommando zuge-

408 Kennan, The Decision to intervene 144f.
409 Ebd; Bradley, Allied Intervention in Russia 77.
410 Schmid, Churchills privater Krieg 23.
411 Masaryk 200f.
412 Ebd. 200.
413 Bradley, Die tschechoslowakische Legion und die Haltung der Alliierten 204f.
414 Ebd. 204; Ders., Allied Intervention in Russia 66; Hoensch, Geschichte der Tschechoslowakei 20.
415 Kettle, Bd. 2, 54.
416 Bradley, Die tschechoslowakische Legion und die Haltung der Alliierten 204.

ordnete Legion[417] weiterhin ihrer politischen Führung gehorchen würde, zumal die vielschichtigen und häufig *spontanen Entwicklungen in Rußland* weder von der Räteregierung noch von den kriegführenden Ländern vollends kontrolliert werden konnten.[418]

Dabei zeigte sich Thomas Masaryk am 7. März 1918, bei seiner Abreise aus Moskau Richtung Vladivostok, durchaus zufrieden.[419] Absprachen mit den Bol'ševiki existierten. Die Angehörigen der nationalen Verbände wahrten, seinen Vorstellungen entsprechend, Neutralität. Kurz bevor er Anfang April sowjetisches Territorium verließ, wurden am 26. März in Penza die Einzelheiten des Abtransportes in Gegenwart des französischen Obersten Vergé als Bevollmächtigten der Entente festgelegt. Die „Družinen" hatten sich bereit erklärt, „nicht als Kampfeinheiten, sondern als Gruppen freier Bürger" zu reisen; von der Moskauer Regierung waren sie autorisiert worden, eine bestimmte Anzahl von Waffen zur „Verteidigung gegen konterrevolutionäre Angriffe mit sich zu führen".[420] Volkskommissar Stalin, notierte ein zuversichtlicher Masaryk, telegraphierte den lokalen Räten, daß der Sovnarkom den Tschechoslowaken „auf russischem Boden alle Hilfe angedeihen lasse."[421] An den exakten Wortlaut der Übereinkunft hielten sich allerdings beide Seiten von Beginn an nicht.[422] Hinter den Doppeltüren ihrer Waggons verbargen die tschechischen Abteilungen über die vereinbarten Quoten hinausgehende Munitionsvorräte.[423] In ihrer Haltung fühlten sie sich außerdem wegen der oft widersprüchlichen Verordnungen zentraler und nachgeordneter Sowjetbehörden bestätigt. An der Moskva ebenso wie in der Provinz fürchteten viele eine Verstärkung der bislang schwachen antibolschewistischen Strömungen durch die in militärischen Belangen erfahrenen Legionäre. Das britisch-japanische Unternehmen vom 5. April 1918 hatte Lenin und seine engste Umgebung mißtrauisch gemacht.[424] Obwohl eine darauf Bezug nehmende Order der Kremlmachthaber vom 7. 4. die Weiterfahrt der Tschechen nur für ein paar Tage verbot[425], wirkte die gesamte Situation auf die KP-Spitzen wenig beruhigend. Nachrichten über frühere Kriegsgefangene, die sich sowjetfeindlichen Kräften angeschlossen hatten, machten die Runde. Im Norden Rußlands setzten Briten und Franzosen auf ein ganzes Bataillon der „serbischen Divisio-

---

417 Unterberger, The United States, Revolutionary Russia and the Rise of Czechoslovakia 70; Hoensch, Geschichte der Tschechoslowakei 20; Bradley, Allied Intervention in Russia 66; Kettle, Bd. 2, 53.

418 Bradley, Die tschechoslowakische Legion und die Haltung der Alliierten 204.

419 Masaryk 210; Chamberlin, Bd. 2, 3.

420 Kennan, The Decision to intervene 142; Chamberlin, Bd. 2, 3; Figes, Tragödie 611; Suda 9f.

421 Masaryk 211.

422 Figes, Tragödie 610.

423 Chamberlin, Bd. 2, 4.

424 Unterberger, The United States, Revolutionary Russia and the Rise of Czechoslovakia 156f.

425 Kennan, The Decision to intervene 142; Unterberger, The United States, Revolutionary Russia and the Rise of Czechoslovakia 157; Kettle, Bd. 2, 59.

nen", das zur Unterstützung der Entente bei Murmansk und Archangel'sk herangezogen wurde.[426] Semenov und General Horvat unterstellten sich gleichfalls einige Südslawen. Ein größerer Teil von ihnen aber gehörte dem tschechischen Korps an[427], welches von den übrigen k.u.k. Soldaten im vormaligen Zarenreich noch abschätziger beurteilt wurde als bisher.

Fanden die k.u.k. Zensurstellen in den an Adressaten in Böhmen und Mähren gerichteten Briefen „deutliche Hinweise auf illoyales Verhalten"[428], empörten sich Heimkehrer über die „Roheit und Grausamkeit der Druschinisten".[429] Letztere, vermerkten die nachrichtendienstlichen Stellen der Donaumonarchie, würden „vereinzelt sogar von tschechischer Seite verurteilt", weil sie die „eigenen Landsleute mißhandelten"[430], eine Verhaltensweise, welche die „Nichtslaven unter den Gefangenen" in ihren Berichten wiederholt hervorhoben.[431]

Den nationalen Formationen traten solcherart nicht nur „empörte Deutsche und Ungarn" entgegen[432], sondern auch Tschechen, von denen einige den Weg zu den Internationalisten gefunden und gemeinsam mit anderen Parteigängern der Bol'ševiki die „politische Arbeit" unter den Angehörigen des Freiwilligenkorps übernommen hatten.[433] Da die Fahrt der Legionäre nach Osten vornehmlich über Penza führte, wurde dort die KP-Propaganda mit besonderem Nachdruck betrieben, eine eigene politische Organisation errichtet und ein tschechisches Internationales Regiment ins Leben gerufen.[434] Um Einfluß zu gewinnen, begnügten sich die „Parteiaktivisten" jedoch nicht allein mit dem Verteilen von Druckschriften; sie bemühten sich auch um einen direkten Kontakt zu den Durchreisenden. Die Anstrengungen der „Agitatoren" riefen erste Reaktionen hervor. Masaryks Nationalrat befahl seinen Militärs die Züge in Penza nicht mehr zu verlassen.[435] Zuversichtlich, einiges erreichen zu können, glaubten die *revolutionär gesinnten Tschechen* an die „Unterminierung der nationalen Kampfverbände von innen heraus".[436] Bei den russischen Räteinstitutionen drängte man auf eine Verzögerung des Abtransportes der Legion, die auf

426 Banac, South Slav Prisoners of War 133.
427 Ebd. 132f.; vgl. Avakumović 22.
428 ÖSTA/KA, AOK/Evb. d. Gstbs./NA d. AOK, G.Z.N.B./Zensurabt. „D" 1918: Res. Nr. 3.500, 5057, 5.094 und 5.223; ÖSTA/KA, AOK/Op.Abt., Hk.-Grp. 1918: Op.Nr. 131.286.
429 ÖSTA/KA, AOK/Op.Abt., Hk.-Grp. 1918: Op.Nr. 130.417.
430 ÖSTA/KA, AOK/Evb. d, Gstbs./NA d. AOK, G.Z.N.B./Zensurabt. „D" 1918: Res. Nr. 3.800.
431 ÖSTA/KA, AOK/Evb. d. Gstbs./NA d. AOK, G.Z.N.B./Zensurabt. „D" 1918: Res. Nr. 5.094; ÖSTA/KA, AOK/Op.Abt., Hk.-Grp. 1918: Op.Nr. 130.417 und 131.381.
432 ÖSTA/KA, AOK/Op.Abt., Hk.-Grp. 1918: Op.Nr. 130.417
433 Stewart 104; Suda 9f.; Chamberlin, Bd. 2, 4.
434 Kettle, Bd. 2, 60; Kalvoda, Czech and Slovak Prisoners of War in Russia 229f.
435 Bradley, Allied Intervention in Russia 86.
436 Ebd.

diese Weise mürbe gemacht werden, den Entschluß, nach Frankreich zu gelangen, überdenken, ihre „reaktionären Vorgesetzten" schließlich entfernen und auf die Seite der Sowjets wechseln sollte.[437] Die Taktik der Internationalisten bewirkte allerdings das genaue Gegenteil. In „gottverlassenen Bahnhofsstationen allein von dem Wunsch geleitet", den Weg nach Vladivostok, vorbei an unzähligen Aufenthaltsorten feindlich gesinnter Vierbundsoldaten, ohne gröbere Schwierigkeiten zu bewältigen und damit „möglichst viele Kilometer zwischen sich und die Truppen der Mittelmächte zu bringen", wuchs mit jedem zusätzlichen Tag des Wartens das Mißtrauen gegenüber den Bol'ševiki und ihren Gefolgsleuten aus den Reihen der Hohenzollern- und Habsburgerarmeen.[438] Die Neuigkeiten über den Kongreß der „ausländischen Werktätigen" in Moskau, die „Werbeaktionen" der RKP(b) unter den Kriegsgefangenen sowie die Aufstellung internationaler Roter Garden alarmierten die Leitung des Korps[439], welche nach und nach in die Hände tschechischer Offiziere überging.[440] Regimentskommandeure wie Hauptmann Radola Gajda und die beiden Leutnants Stanislav Čeček und Jan Syrový, aber auch die wenigen Russen, allen voran die Generäle Sokorov und Dieterich als Oberbefehlshaber beziehungsweise Stabschef, die man bis zum Eintreffen französischen Führungspersonals auf ihren hohen Positionen belassen wollte[441], glaubten sich zusehends von deutschen Agenten umringt.[442] Sie ließen durchblicken, daß die wiederholte Verzögerung der Evakuierung und die etwa in Samara, Ufa, Omsk und Čita artikulierte Forderung der Sowjets, weitere Waffen abzugeben[443], „nur das Vorspiel zur Auslieferung der Legion an die Österreicher wären, die mit den Tschechen als Verrätern und Deserteuren kurzen Prozeß machen würden".[444] Hatte Dieterich ohne schwerwiegendere Probleme mit einer ersten Staffel von ganzen zwölftausend Mann im Mai 1918 Vladivostok erreicht, so machte sich bei den nachfolgenden Abteilungen allmählich Nervosität breit.[445] Unter ihnen fingen einige an engeren Kontakt zu oppositionellen Kräften unter den Einheimischen herzustellen, die gleichfalls vor einer Aktion der Mittelmächte warnten und in den meisten österreichischen Soldaten auf dem Gebiet des untergegangenen Zarenreiches „Handlanger Berlins" erblickten.[446] Hauptmann

---

437 Kennan, The decision to intervene 143f.

438 Kettle, Bd. 2, 60; Bradley, Allied Intervention in Russia 87.

439 Kennan, The Decision to intervene 143.

440 Hoyt 78.

441 Ebd.

442 Kettle, Bd. 2, 61.

443 Stewart 103; Hoyt 85f.

444 Chamberlin, Bd. 2, 4.

445 Stewart 103.

446 Ullman 157f.; Kettle, Bd. 2, 79.

Gajda, der 1917 den tschechischen Formationen beigetreten war[447], machte aus seiner Aggression gegen Lenins Anhang kein Hehl.[448] Ohnehin den Sozialisten-Revolutionären zugeneigt und in Verbindung mit den von SRy dominierten sibirischen Regionalisten[449] gab er seinem Stabsleiter Eduard Kadlec, der sich unmittelbar nach seiner Gefangennahme bei Przemyśl den „Družinen" angeschlossen hatte[450], Anweisung, Vorbereitung für energischere Maßnahmen zu treffen.[451] Gajdas Verbindungen zu antikommunistischen Gruppierungen und seine Bereitschaft, von der Waffe Gebrauch zu machen[452], dienten jedoch nach wie vor in erster Linie einem Ziel: die Reise durch die Regionen dies- und jenseits des Urals möglichst zügig hinter sich zu bringen, wenn nötig mit Gewalt.[453]

Obwohl die Führung der Legion den unter den Westmächten diskutierten Gedanken einer *Intervention gegen das „Oktoberregime"* mehrheitlich noch nicht aufgriff[454], drohte sie durch ihre Standpunkte auf Konfrontationskurs zur politischen Spitze der tschechoslowakischen Unabhängigkeitsbewegung zu gehen. Die Situation schien außer Kontrolle zu geraten, und nicht nur Gajda machte Anstalten, „sich den Weg nach Osten frei zu schießen".[455] Schon am 14. April hatten die Kommandeure der ersten Division des Korps in Kirsanov bei Penza die Überzeugung zum Ausdruck gebracht, „daß mit den Bol'ševiki keine verläßliche Übereinkunft zu erzielen sei".[456] Deshalb, ließen sie auch Masaryks Gefolgsleute wissen, „müsse die Durchreise erzwungen werden"; man sehe sich dementsprechend veranlaßt, die Abgabe von Gewehren an die Vertreter der Sowjetmacht zu verweigern und sogar neue zu beschaffen.[457]

447 Radola Gajda (1892–1948) brachte es nach seiner Heimkehr bis zum Generalstabschef der tschechoslowakischen Streitkräfte. Nachrichten über seine Beziehungen zum russischen Geheimdienst setzten seiner militärischen Karriere ein Ende. Daraufhin engagierte sich Gajda verstärkt in der faschistischen Bewegung der ČSR, war mehrmals in Umsturzversuche verwickelt und bemühte sich 1938/39 um Kontakte zu den Nationalsozialisten, obwohl er bis dahin als erklärter Gegner der Deutschen aufgetreten war. Zur Person Radola Gajdas beziehungsweise Rudolf Geidls siehe: Thunig-Nittner 53; Stewart 104f.; Der Abend, 12. Jg., Nr. 160 (15.7.1926) 1 und Nr. 161 (16.7.1926) 1.

448 Chamberlin, Bd. 2, 5; Stewart 104f.

449 Stewart 104f.

450 Thunig-Nittner 59.

451 Unterberger, The United States, Revolutionary Russia and the Rise of Czechoslovakia 174.

452 Die Verbindungen Gajdas und dessen engeren Umfeldes zu antibolschewistischen Kräften führten Anfang Mai sogar zu allerdings erfolglosen Versuchen der Sowjets, „seinen Plänen entgegenzuarbeiten und vorbeugende Maßnahmen zu treffen". – Thunig-Nittner 59; vgl. Bradley, Allied Intervention in Russia 93f.

453 Ebd.

454 Kalvoda, Czech and Slovak Prisoners of War 232.

455 Ebd.; vgl. Bradley, Allied Intervention in Russia 89.

456 Kennan, The Decision to intervene 143.

457 Kettle, Bd. 2, 61; Bradley, Allied Intervention in Russia 88.

Die durch derartige Verlautbarungen angespannte Lage verschärfte sich noch weiter, als ein Anfang Mai vom Obersten Alliierten Kriegsrat gebilligter und von Trockij unterstützter Vorschlag, die Freiwilligeneinheiten westlich von Omsk über Archangel'sk nach Frankreich zu überführen[458], infolge einer fehlerhaften Kommunikation bei den Legionären „Unsicherheiten und Meinungsverschiedenheiten" hervorrief.[459] „Sie vermuteten", schreibt Eduard Beneš in seinem Buch „Der Aufstand der Nationen", „daß es sich um eine Vorspiegelung" des SNK „handle, welcher die Armee so in zwei Teile zerreißen wollte"[460], während gleichzeitig der Befehl erlassen wurde, „die Gefangenen aus Ostsibirien nach Westsibirien zu bringen".[461] Hinter allem wähnte man nicht zum ersten Mal einen umtriebigen Botschafter des Hohenzollernreiches, Graf Mirbach[462], welcher, wie auch in Zeitungen der Ententeländer während der Sommermonate zu lesen stand, „die des öfteren von verkleideten deutschen Offizieren befehligten Kriegsgefangenen vor allem gegen die Tschechen verwende".[463] Masaryks Unterhändler in Moskau – von den neuen Evakuationsplänen der verantwortlichen Stellen der Westmächte „weder rechtzeitig noch eingehend genug" unterrichtet – strengten, nachdem die Angehörigen des Korps einer Richtigstellung seitens französischer Diplomaten keinen Glauben geschenkt hatten, nunmehr ihrerseits eine einvernehmliche Lösung zur Beilegung der Differenzen an.[464] Mit den Volkskommissaren liefen gerade Verhandlungen über die Durchführung des Transportes via Archangel'sk an, als eine neuerliche Konfrontation den offenen Bruch zwischen der russischen Räteregierung und den tschechoslowakischen Verbänden provozierte.[465]

Die Geduld mit der eigenen politischen Führung verlierend, berief das Korps einen seit längerem geplanten Militärkongreß ein. Ihm vermochte sich die in Bedrängnis geratene russische Zweigstelle des Nationalrates unter ihrem Vorsitzenden Prokop Maxa, der erst vor kurzem aus einem Internierungslager Turkestans zur tschechoslowakischen Unabhängigkeitsbewegung gestoßen war[466], nicht zu entziehen.[467] Ebenso wie die einzelnen Kampfverbände schickte auch Maxas Vereinigung Delegierte zum Tagungsort Čeljabinsk.[468] Hier

458 Thunig-Nittner 49f.; Chamberlin, Bd. 2, 5.
459 Chamberlin, Bd. 2, 5.
460 Bradley, Allied Intervention in Russia 89f.; Borkenau, Der russische Bürgerkrieg 21.
461 Benesch 476.
462 Unterberger, The United States, Revolutionary Russia and the Rise of Czechoslovakia 172. Siehe dazu außerdem: Hoyt 87; Kennan, The Decision to intervene 144.
463 ÖSTA/KA, KM/10. Abt./Kgf. 1918: 10-66/394-2.
464 Benesch 476.
465 Ebd.; Kettle, Bd. 2, 109ff.
466 Kettle, Bd. 2, 55.
467 Bradley, Allied Intervention in Russia 90; Thunig-Nittner 52.
468 Thunig-Nittner 52.

jedoch erwartete die Mitglieder der vorbereitenden Gremien eine aufgeladene Atmosphäre. Am Bahnhof, der ersten Station in Sibirien an der östlichen Seite des Urals, trafen Gefangenentransporte auf die nach Vladivostok drängenden Männer des dritten und sechsten Regiments des „Freiwilligenheeres".[469] Dabei verursachte das prekäre Zusammentreffen zunächst keinerlei größere Schwierigkeiten.[470] Erst bei der Abfahrt der österreichisch-ungarischen Heimkehrer am 14. Mai 1918 kam es zur Eskalation.[471] Absichtlich oder zufällig traf ein aus einem Waggon geworfener Gegenstand einen Legionär und verletzte ihn tödlich.[472] Die aufgebrachten Tschechen stoppten den Zug. Um Haaresbreite wären die ehemaligen Waffengefährten aus den Einheiten der k.u.k. Armee übereinander hergefallen. Das drohende Gemetzel verhinderten in der Folge sowohl Offiziere der Družinen als auch Kriegsgefangene, die einen Verantwortlichen für den Zwischenfall nannten.[473] Nichtsdestoweniger war der herrschenden Aufregung nicht mehr beizukommen. Angehörige der beiden Regimenter lynchten den vermeintlichen Schuldigen; die einschreitenden Sowjetrepräsentanten verhafteten deshalb am 17. 5. zehn beteiligte Soldaten, worauf „ihre Kameraden zur Gegenwehr" schritten.[474] In diesem Augenblick befanden sich mehr als sechstausend Tschechoslowaken in Čeljabinsk, von denen zirka 1.600 Gewehre trugen.[475] Einer solchen Macht hatten die Rätefunktionäre wenig entgegenzusetzen. Als es den Legionären nicht gelang, die Arretierten auf dem Verhandlungsweg zu befreien, „brach sich die Gewalt Bahn".[476] Binnen einer halben Stunde besetzten sie den ganzen Ort und befreiten die Gefangenen.[477]

Obwohl die tschechischen Kommandeure offensichtlich ihre Mannschaften, die am 18. Mai die Stadt verließen, in die Hand bekamen und somit die Ruhe wiederherstellten[478], brachten die Begebenheiten im Ural für die Moskauer Partei- und Staatsspitzen das Faß zum Überlaufen. Die Neuigkeiten aus Čeljabinsk führten deutlich vor Augen, in welchem Ausmaß eine kleine, aber straff organisierte Truppe die fragile Räteherrschaft in weiten Tei-

---

469 Unterberger, The United States, Revolutionary Russia and the Rise of Czechoslovakia 173; Ullman 168.

470 Hoyt 88; Unterberger, The United States, Revolutionary Russia and the Rise of Czechoslovakia 173.

471 Thunig-Nittner 51; Hoyt 88.

472 Ullman 168; Kennan, The Decision to intervene 150; Unterberger, The United States, Revolutionary Russia and the Rise of Czechoslovakia 173; Bradley, Allied Intervention in Russia 90.

473 Hoyt 89.

474 Unterberger, The United States, Revolutionary Russia and the Rise of Czechoslovakia 173f.

475 Stewart 105.

476 Thunig-Nittner 51.

477 Bradley, Allied Intervention in Russia 90; Kennan, The Decision to intervene 150; Thunig-Nittner 51; Benesch 476f.; Masaryk 287.

478 Thunig-Nittner 51.

len des Landes herauszufordern imstande war. Entsprechend hart fielen die Reaktionen aus.[479] In der Nacht zum 21. nahm die Čeka zwei Vertreter des Nationalrates, Prokop Maxa und Bohumil Čermák, fest.[480] Als Geiseln wurden sie auf *Weisung Lev Trockijs* dazu veranlaßt, von ihren Leuten die Abgabe aller Waffen an die Organe der RSFSR zu fordern.[481] Gleichzeitig regte der „Verwalter der Operationsabteilung des Volkskommissariats für militärische Angelegenheiten" an, die Angehörigen nationaler Freiwilligenverbände „für genossenschaftliche Arbeiterorganisationen der Roten Armee zu werben"; diesbezüglich richtete er sich an die „Genossen in Penza mit der Aufforderung", die Legion, „da sie einen Rest der alten regulären Armee darstelle, aufzuhalten, zu entwaffnen beziehungsweise aufzulösen" und aus den Mannschaften des Korps Abteilungen der eigenen Streitkräfte zu bilden.[482] Zwei Tage später, am 25. Mai, griff Trockij selbst ein. „Alle Sowjets auf den Eisenbahnstrecken", ließ er mittels eines Zirkulartelegrammes verlautbaren, „werden bei Androhung schwerer Verantwortlichkeit verpflichtet, die Tschechoslowaken zu entwaffnen. Jeder Tschechoslowake, der mit der Waffe auf der Eisenbahnlinie angetroffen wird, wird auf der Stelle erschossen. Jeder Echelon, in dem sich auch nur ein einziger Bewaffneter zeigt, muß vom Transport ausgeschlossen und ins Gefangenenlager eingesperrt werden. Die örtlichen Armeekommissare werden verpflichtet, diesen Befehl augenblicklich durchzuführen."[483]

In Čeljabinsk war inzwischen die Konferenz der Legion eröffnet worden.[484] Die Abgeordneten, von den Plänen einer Evakuation via Archangel'sk wenig angetan und zudem bestrebt, die Befugnisse der zivilen Leitung zu beschneiden[485], verwarfen das Ansinnen, die ihnen verbliebenen Gewehre herauszugeben.[486] Die Militärs erlangten eindeutig das Übergewicht. Gegen den Willen der Abgesandten Frankreichs sowie der Zweigstelle des tschechischen Nationalrates in Rußland wurde einem neugewählten Exekutivkomitee der Auftrag erteilt, den Marsch nach Vladivostok, falls erforderlich, auch durch Gewaltmaßnahmen zu beschleunigen.[487] Drei hohe Offiziere erreichten eine fast unumschränkte Stellung. Schon am 23. Mai teilten sie sich die Kommandoabschnitte an der sibirischen Bahn-

479 Chamberlin, Bd. 2, 6.

480 Masaryk 287; Kalvoda, Czech and Slovak Prisoners of War 231.

481 Kennan, The Decision to intervene 151; Bradley, Allied Intervention in Russia 90; Kalvoda, Czech and Slovak Prisoners of War 231; Chamberlin, Bd. 2 6; Thunig-Nittner 55; Borkenau, Der russische Bürgerkrieg 21.

482 Klante, Von der Wolga bis zum Amur 149f.; Bradley, Allied Intervention in Russia 91.

483 Zit. nach Thunig-Nittner 56; vgl. Chamberlin, Bd. 2, 7.

484 Kettle, Bd. 2, 140.

485 Thunig-Nittner 52ff.

486 Chamberlin, Bd. 2, 6.

487 Figes, Tragödie 610; Klante, Von der Wolga zum Amur 151; Thunig-Nittner 54f.

linie. Čeček befehligte von nun an die Anfangsstrecke bis Čeljabinsk, Gajda die Linie östlich von Omsk und der gebürtige Russe Sergej Vojčechovskij die dazwischen liegende Region.[488] Das Terrain für einen „Aufmarsch" gegen die Bol'ševiki war bezogen. Ein obskurer Streit zwischen den gereizten Angehörigen verschiedener Nationalitäten der Habsburgermonarchie an einem Eisenbahnknotenpunkt im Ural und die daraus resultierende Überreaktion Trockijs, der sich mit „seiner Kriegserklärung an die Tschechen" eine „feindliche Armee im Herzen des sowjetischen Machtbereiches" geschaffen hatte, entfachten gewaltsame Auseinandersetzungen, welche über mehrere Jahre weite Teile des ehemaligen Zarenreiches verheeren sollten.[489] Daß von nun an nicht nur an den Grenzen, sondern auch im Inneren Rußlands Krieg geführt wurde, war eng mit der Gefangenenproblematik verknüpft. Ihre Bedeutung trat beim Ausbruch größerer Kampfhandlungen an der Wolga, im Ural und in Sibirien unvermittelt zutage.

Gemäß Trockijs Befehl hatte man in Marjanovka bei Omsk den Versuch unternommen, Legionäre des sechsten Regiments zu entwaffnen. Das Zeichen zum Beginn der *Erhebung* war gegeben.[490] Schon am darauffolgenden Tag, dem 26.5.1918, wurde Novonikolaevsk von Gajdas Einheiten genommen; zugleich sicherte Vojčechovskij den „Knotenpunkt Čeljabinsk gegen Norden und Süden", während Čeček Penza und Syzran besetzte.[491] *Stadt um Stadt fiel in die Hände der* „Družinen"[492], mit denen die Räteregierung und ihre nachgeordneten Instanzen, vielfach ohne Koordination, angesichts der rasanten Entwicklung augenblicklich eine friedliche Beilegung des Konfliktes zu erreichen versuchten.[493] Je aussichtsloser eine Lösung durch Verhandlungen erschien, desto nachdrücklicher forderte man den Einsatz von Truppen, obwohl die völlig unzureichend ausgebildeten „Sowjetstreitkräfte" durch die Gefechte mit den Kosaken Dutovs bei Orenburg und der Gefolgschaft Semenovs im Bajkal gebunden waren und sich solcherart kaum nennenswerte Verbände „zur Rettung des Oktoberregimes" im „Aufstandsgebiet" bereit hielten.[494] Nichtsdestoweniger gab man sich in Omsk, das in den ersten Junitagen sowohl von Gajda als auch von den zusammen mit zirka zweitausend Kosaken vorrückenden „Freiwilligen"

488 Thunig-Nittner 54.

489 Chamberlin, Bd. 2, 6; Figes, Tragödie 610f.

490 Ebd. 7; Thunig-Nittner 57f.

491 Bradley, Allied Intervention in Russia 96; Unterberger, The United States, Revolutionary Russia and the Rise of Czechoslovakia 180; Klante, Von der Wolga zum Amur 158f., 166 und 168f.

492 Stewart 109; Masaryk 287; Benesch 479; Figes, Tragödie 611.

493 GARF, f. r-393, op. 3, d. 591; RCChIDNI, f. 17, op. 109, d. 117. Siehe dazu überdies: Bradley, Allied Intervention in Russia 96.

494 Thunig-Nittner 58 und 64; RCChIDNI, f. 17, op. 109, d. 117.

der „Mittelgruppe“ bedroht wurde[495], martialisch. „Wir schlagen vor, der Weiterfahrt der Tschechoslowaken sehr wohl etwas entgegenzusetzen. Omsk soll von Abteilungen verteidigt werden, die sich jetzt fünfzig Werst von der Stadt entfernt befinden“, teilte der Vorsitzende des Militäroperativen Stabes Westsibiriens am 27. Mai Jakov Sverdlov mit, um zugleich weitere Unterstützung anzufordern.[496] „Die Lage ist ernst“, hieß es in einem abschließenden Appell; „vom Centrosibir sind wir schon abgeschnitten, jede Minute kann die Verbindung mit Moskau abreißen; stellen sie den Kontakt mit uns umgehend auf direktem Wege her und geben sie Panzerzüge. Wir haben beschlossen, bis zum letzten Mann auszuharren, noch einmal, setzen sie sich mit uns auf direktem Wege in Verbindung, um Nachrichten und genaue Instruktionen zu erlangen.“[497]

Die Anstrengungen blieben vergeblich. Am 6. Juni erlitten die Rotgardisten bei Marjanovka eine entscheidende Niederlage. „Damit war der Fall von Omsk besiegelt.“[498] Die lokalen Sowjetbehörden flüchteten Richtung Tjumen' und Tobolsk[499], als in der Stadt die Männer Vojčechovskijs einmarschierten, welche kurze Zeit später bei Tatarsk auf die „Ostgruppe“ Gajdas trafen und überdies Nachricht von der Einnahme Samaras durch die Legionäre am 8.6.1918 erhielten.[500]

Hatten letztere in Anbetracht der geringen Gegenwehr ein leichtes Spiel[501], so nahmen sie dennoch mit wachsender Befremdung wahr, daß sich ihnen oft keine Russen, sondern Internationalisten in den Weg gestellt hatten. Deren schwache Einheiten stellten zwar in der Regel keine ernstzunehmende militärische Herausforderung dar, bestätigten aber ihrer Ansicht nach die Befürchtungen der vergangenen Monate.[502] In Penza standen einander sogar „Landsleute“ gegenüber, wobei 150 tschechische Anhänger der Bol'ševiki gefallen und weitere 250 gefangengenommen wurden, von denen mehrere noch nach dem Ende der Konfrontation exekutiert worden sein sollen.[503] Bei Trojck hatten „*Österreicher an der Seite der* Bol'ševiki“ hervorragenden Anteil an den Kämpfen gegen Angehörige der „Vojčechovskij-Staffeln“, die mit Ataman Dutov gemeinsame Sache machten.[504] Im Südural, davon war das Wiener Kriegsministerium schon einen Monat zuvor unterrichtet worden, galten

495 Klante, Von der Wolga zum Amur 162f.

496 RCChIDNI, f. 17, op. 119, d. 117.

497 Ebd.

498 Stewart 109; Klante, Von der Wolga zum Amur 162f.

499 Dotsenko 29; Klante, Von der Wolga zum Amur 163.

500 Klante, Von der Wolga zum Amur 163 und 170; vgl. Bradley, Allied Intervention in Russia 97; Unterberger, The United States, Revolutionary Russia and the Rise of Czechoslovakia 208; Figes, Tragödie 611.

501 Figes, Tragödie 611.

502 Thunig-Nittner 58.

503 Bradley, Allied Intervention in Russia 96.

504 Klante, Von der Wolga zum Amur 167; Thunig-Nittner 60.

„alle Fremden“ seit einiger Zeit als gefährdet; die Kosaken hatten laut Aussagen schwedischer Delegierter wiederholt Vergeltungsaktionen wegen der Einmischung von Vierbundsoldaten in die Angelegenheiten der Einheimischen angekündigt.[505] Die tschechische Erhebung und das Auftreten „nicht ortsansässiger Proletarier zugunsten der Kommunistischen Partei“ ließen in dieser Hinsicht „das Schlimmste erwarten“.[506] Die Legionäre registrierten vielerorts mit steigender Nervosität die Existenz bewaffneter Gefangenenverbände. Ungarn setzten sich Ende Mai mit Sowjetrepräsentanten aus Tomsk ab. In Krasnojarsk wußte man sie in den Reihen der Roten Garde, und in Novonikolaevsk wurde ihr freilich letztlich vergeblicher Einsatz gegen die Tschechen auch von den Bol'ševiki lobend hervorgehoben.[507] Der „Internationale Verband revolutionärer sozialistischer ausländischer Arbeiter und Bauern Rußlands“ rief noch am 4. beziehungsweise 5. Juni alle Werktätigen der Stadt Omsk auf, unabhängig von der „nationalen Herkunft, Staatszugehörigkeit, gesellschaftlichen und rechtlichen Stellung, die passive Rolle aufzugeben, wenn“, wie sie es formulierten, „die große Sache entschieden wird“.[508] Vor allem aber erzürnte die weiter östlich operierenden Legionäre der Widerstand von k.u.k. Armeeangehörigen am Bajkalsee, wo sich unter anderem eine größere Anzahl ungarischer Internationalisten für eine gewisse Zeit halten konnte, sodaß die Gruppe Gajdas erst Mitte Juli imstande war, in Irkutsk Fuß zu fassen.[509] Noch bis Ende August rang man um den Einfluß in der Region.[510] Schließlich wurde die Verbindung nach Vladivostok hergestellt, der Anschluß an Semenov erzielt und auch der letzte Widerstand vor dem Gefangenenlager Berezovka gebrochen, in dem Rätefunktionäre am 14. Juli Rekrutierungen für die Sowjetarmee und ihre „Arbeiterbataillone“ vorgenommen hatten.[511]

Unter den Legionären reifte angesichts solcher Erfahrungen die Überzeugung, das Verhalten der Bol'ševiki und der mit ihnen verbündeten „Ausländer“ sei von Berlin aus gesteuert. Gleichlautende Gerüchte in und außerhalb der RSFSR gaben der Annahme weitere Nahrung. Amerikanische und westeuropäische Beobachter wußten von KP-Drohungen, nötigenfalls alle Bürger der Mittelmächte in ihrem bedrängten Herrschaftsbereich zu mobilisieren.[512] Die Wiener Presse gab wiederum Anfang Juli bekannt, daß sich mehr als

505 ÖSTA/KA, KM/10. Abt./Kgf. 1918: 10-7/7-417.

506 Ebd.

507 Dotsenko 29f.; Unterberger, The United States, Revolutionary Russia and the Rise of Czechoslovakia 208.

508 Pardon/Shurawljow, Bd. 1, 82f.

509 Unterberger, The United States, Revolutionary Russia and the Rise of Czechoslovakia 184; Dotsenko 33f.

510 Bradley, Allied Intervention in Russia 95.

511 Klante, Von der Wolga zum Amur 165.

512 Unterberger, The United States, Revolutionary Russia and the Rise of Czechoslovakia 194.

zwanzigtausend „österreichisch-ungarische Gefangene gegen die in Sibirien vorgehenden tschechoslowakischen Truppen ausgerüstet" und diese bei Omsk sowie bei Irkutsk „zurückgeschlagen" hätten.[513] Mit noch höheren Zahlenangaben hantierte das AOK. Das rund 40.000 bis 50.000 „Freischärler" umfassende Freiwilligenkorps, von dem wiederum 15.000 bereits in Vladivostok stationiert und zunächst am „Aufruhr" nicht beteiligt waren[514], schätzte man in Baden auf 70.000 bis 80.000 Mann, mit denen, einem geheimen Bericht der „R-Evidenzgruppe" zufolge, allein „zwischen Tschita und dem Baikalsee zirka 47.000 Kriegsgefangene" im Kampf stünden.[515]

War für die Offiziere um Gajda, Čeček und Vojčechovskij schon die Einreihung vorwiegend österreichischer Soldaten in die Rote Garde ein Machwerk der Zentralstaaten, gingen in ihren Augen sowjetische Versuche, den „Družinen" die Gewehre abzunehmen, erst recht auf das Konto einer engen „Kooperation zwischen Lenin und Ludendorff". Mindestens seit Juni entbehrten derlei Wahrnehmungen nicht einer gewissen Berechtigung. Hörte man bisweilen schon zuvor von deutschen Geheimforderungen[516], verstärkte Graf Mirbach spätestens vor dem Hintergrund alliierter Proteste gegen Trockijs Order tatsächlich den Druck auf den Sovnarkom. Mirbachs Leute hätten bei Čičerin vorgesprochen und „darüber Vorstellungen gemacht", verkündete die Zeitung „Znamja truda", „daß die russische Regierung Neutralitätsverpflichtungen nicht wahrnehme; das Vorhandensein bewaffneter Feindtruppen auf dem Territorium der sozialistischen Republik", hieß es in dem Artikel weiter, „führe dazu, daß Deutschland Maßregeln ergreife, um eine Einhaltung der übernommenen Verpflichtungen Rußlands zu sichern oder Rußland als durch Geheimverträge mit der Entente verbunden und daher als kriegführend anzusehen".[517] OHL-Vertreter Karl von Bothmer, der noch am 30. Mai über die Befehle des Volkskommissariats für militärische Angelegenheiten zur Entwaffnung der Legion und „die nicht länger zu verheimlichenden Auseinandersetzungen" zwischen den Sowjets und den Tschechoslowaken kaum detailliertere Informationen besaß[518], mußte bald die daraus resultierende unmittelbare Bedrohung für die kaiserliche Gesandtschaft und den durch sie zu betreuenden Personenkreis gewärtigen. In Penza hatte „Čečeks Echelon" die vor Ort im Einsatz befindliche deutsche Kriegsgefangenen-Fürsorgemission Nr. 3 kurzfristig verhaftet, da man ihr die Teilnahme zahlreicher Vierbundsoldaten an den Gefechten anlastete. Obwohl die Repräsentanten des Hohenzollernreiches mit den Internationalisten nichts zu tun haben

513 Der neue Abend, Nr. 23 (6.7.1918) 1.

514 Thunig-Nittner 58.

515 ÖSTA/KA, AOK/Op.Abt., Ev. Grp.-R 1918: Bericht vom 15.8.1918 über die militärische Lage Rußlands.

516 Rauch 105.

517 ÖSTA/KA, AOK/Op.Abt., Ev. Grp.-R 1918: 11. Nachricht vom 11.6.1918.

518 Bothmer 45.

wollten und bald frei gelassen wurden, gaben ihnen die Tschechoslowaken eine ernste Warnung mit auf den Weg: Falls Mirbach nicht von seiner Forderung nach Entwaffnung der „Druschinisten" Abstand nehme, „kämen die Kriegsgefangenen noch in zwei Jahren nicht aus Sibirien heraus".[519]

Dabei übersah Čeček ebenso wie seine Mitstreiter, daß der Zwischenfall von Čeljabinsk und seine Folgen die widersprüchlichen Beziehungen der Brester Vertragspartner zusätzlich belastete. Am 23. Juni trat die RKP(b) mit dem Plan an Berlin heran, die Kriegsgefangenen zu mobilisieren; der Vorschlag wurde prompt zurückgewiesen.[520] Andererseits könne, konstatierte Generalkonsul de Pottere in einem Brief an den k.u.k Außenminister Burián, für die Sowjetregierung von der Bekämpfung der Legion „durch eine austro-deutsche Armee nicht die Rede sein, da sie fremde Truppen auf russischem Territorium niemals zulassen werde".[521] Pottere, de facto als Vorhut für Freiherr von Franz, den designierten k.u.k. Botschafter in der RSFSR, tätig[522], verabsäumte es in diesem Zusammenhang nicht, die österreichischen Gefangenenmissionen, deren Arbeit er wiederholt abqualifizierte[523], ins Visier zu nehmen. Bezüglich der Mitarbeiter Feldmarschalleutnants Kreycy nahm sich der streitbare Konsul kein Blatt vor den Mund. „Jedenfalls nimmt es den Außenstehenden Wunder", schrieb er an Burián, „daß das Kriegsministerium, welches nahezu an die hundert Offiziere hierher entsendet hat, es bis nun anscheinend nicht verstand, mit den slawischen Freischärlern irgendwie in regere, vertrauliche, erfolgversprechende Fühlung zu treten, um zu sehen, ob mit ihnen wegen der Freigabe unserer gepeinigten Kriegsgefangenen nicht vernünftig zu reden wäre."[524]

Entspannen sich auf diese Weise wiederum Querelen zwischen dem Außen- und dem Heeresressort der Donaumonarchie, sahen die vorgeschobenen Posten des k.u.k. Heimkehrapparates ihren Handlungsspielraum in Rußland mit jedem weiteren Tag schwinden. *Die Masse der Kriegsgefangenen östlich des Urals vermochte man nicht mehr abzutransportieren*[525], wofür Heinrich von Raabl-Werner ein Jahr später jede Mitverantwortung der zuständigen österreichischen Stellen ablehnte. Schon am 30.7.1918, so Raabl-Werner, „war die Kama-Wolga-Linie vom Norden Rußlands bis an das Schwarze Meer durch die tschechoslowakische Legion und weißgardistische Kosakenformationen hermetisch abgeschlossen worden"; außerdem habe, „trotz gütlicher Vorstellung und schärfster Proteste",

519 Ebd. 48f.

520 Unterberger, The United States, Revolutionary Russia and the Rise of Czechoslovakia 213.

521 ÖSTA/HHStA, PA XI, Karton 151, Liasse Krieg, Rußland, Fol. 46. Siehe dazu außerdem: ÖSTA/AVA, MdI/Präs. 22. Exzesse und Unruhen 1918: Fasz. 2078, Zl. 18.292/18.

522 Matsch 122f.

523 ÖSTA/KA, KM/10. Abt./Kgf. 1918: 10-35/118-815/1 und 10-35/118-654.

524 ÖSTA/HHStA, PA XI, Karton 151, Liasse Krieg, Rußland, Fol. 46.

525 Leidinger, Zwischen Kaiserreich und Rätemacht 107.

der Sovnarkom die Abreise vieler Exposituren bis zum 16. Juli hinauszuziehen gewußt, „einem Zeitpunkt, in dem infolge der ausgebrochenen Aufstände weder das Gebiet von Jekaterinburg, noch Sibirien oder Turkestan erreicht werden konnte".[526] Die Erklärungen von Kreycys Stellvertreter entsprachen durchaus den russischen Verhältnissen.

Zudem machten sich andere Entwicklungen bemerkbar: Die Kremlführung versuchte nach der „Erhebung" der „Družinen" das „freie Herumziehen der Gefangenen" im ganzen Land entschiedener als bisher zu unterbinden.[527] Verantwortlich für die schwierige Lage waren aber auch die österreichischen Behörden. In den vergangenen Wochen hatte die Habsburgermonarchie kaum Anstrengungen unternommen, eine größere Zahl russischer Soldaten zu repatriieren. Lediglich fünfzigtausend der gesundheitlich am stärksten Mitgenommenen kamen zurück.[528] Reaktionen Moskaus blieben nicht aus. Das Centroplenbež befahl es den Mittelmächten gleichzutun, indem ebenfalls „nur Kranke, Invalide und Zivilgefangene für die Evakuierung" bereitgestellt werden sollten. Im Juni 1918 verlangte Józef Unszlicht als Leiter des „Zentralkollegiums" von den Ortssowjets überdies, Angehörige der Vierbundarmeen wieder verstärkt zu bewachen und hierfür, in Anknüpfung an die Praxis der Provisorischen Regierung, „russische Heimkehrer aus deutscher und österreichischer Gefangenschaft heranzuziehen".[529]

Die gesamte Repatriierungsaktion war in Frage gestellt, da auch die tschechoslowakischen Einheiten, deren politische Vertretung in Rußland, die Zweigstelle des Pariser Nationalrates, am 12.6.1918 liquidiert und deren Vermögen in die Hände des Volkskommissariats für Nationalitätenfragen übergegangen war, ihre Rolle auf dem Gebiet des früheren Zarenreiches zu überdenken begannen.[530] Statt an die Westfront abzugehen, dachten immer mehr Offiziere der „Družinen", könnte es sich als nützlicher erweisen, die Westmächte für die nationale Eigenständigkeit durch den Einsatz im Osten zu gewinnen.[531] Ihr Einfluß, bemerkte auch der US-Admiral Knight, dürfe „bei antideutschen Unternehmungen in Sibirien" und „einer möglichen Wiedererrichtung der Ostfront" nicht außer acht gelassen werden.[532] Die Männer Gajdas und Čečeks zum Beispiel machten auf alliierte Abgesandte Mitte Juni 1918 keineswegs den Eindruck, als wären sie ausschließlich an einer sicheren Passage nach Vladivostok interessiert. Im Grunde „sehen sich die Legionäre hier in einem Kampf gegen Deutschland", hieß es in einem Report, während Major Walter Drysdale eine wundervolle Gelegenheit erkannte, *die tschechische Armee nun im Fernen*

526 Raabl-Werner, Brest-Litowsk und unsere Kriegsgefangenen 5.

527 GARF, f. r-393, op. 4, d. 75.

528 Przybilovszki 40; Hautmann, Rätebewegung 180.

529 GARF, f. r-393, op. 4, d. 75.

530 Ebd.

531 Bradley, Allied Intervention in Russia 98.

532 Unterberger, The United States, Revolutionary Russia and the Rise of Czechoslovakia 213.

Osten einzusetzen, wo sie die „beachtliche Menge deutscher, österreichischer beziehungsweise türkischer Soldaten zurückhalten" und diese somit den „Zentralmächten als Verstärkung im Krieg gegen die Entente" entziehen könnte.[533] Den Kommandeuren des „Freiwilligenkorps" erschien es nicht minder ratsam, die ehemaligen Waffengefährten aus der Habsburgerarmee neuerlich einem „strengen Regime" unterzuordnen. Schließlich betrachteten sie mit Recht die vielen ungarischen Rotgardisten[534], ungeachtet der gesamt gesehen noch schwachen Sowjetstreitkräfte, als ernstzunehmendes Sicherheitsrisiko. Mehr noch. Mancherorts wurde der *Gegensatz zwischen den Internationalisten und dem Gros der Gefangenen in Anbetracht der „tschechischen Gefahr" überwunden.*[535] Selbst der Kriegsgefangene Karl Ney, als Anhänger Lenins mit den Offizieren in dauerndem Streit, ließ sich von der geänderten Situation zum Umdenken bewegen. Ein reichsdeutscher Hauptmann hatte den Kontakt mit den Revolutionären gesucht; in der Folge zählte Ney auf kriegsgefangene Offiziere aus Ačinsk und Krasnojarsk bei den geplanten Operationen „gegen die österreichfeindlichen Tschechoslowaken" und zum Schutz des Separatfriedens mit einer Regierung, die, wie er sagte, „unsere Staaten gewaltig entlastet habe".[536] Am Nachmittag des dritten Juli 1918 war es auch in Nikolsk-Ussurijsk soweit. Die sowjetischen Verbände verstrickten sich bereits in blutig geführte Rückzugsgefechte, als Unteroffiziere des Gefangenenlagers vor Burghart Breitner erschienen. „Sie verlangten von mir", erinnert sich Breitner, *„auf der Seite der Bolschewiken gegen die Tschechen kämpfen* zu dürfen", andernfalls die „Frage unserer Heimkehr für lange abgetan" sei; jetzt habe man „noch einmal die Möglichkeit, als Soldat etwas für die Heimat zu leisten. Ich solle selbst das Kommando über die Kriegsgefangenen übernehmen, die nicht als Bolschewiken kämpfen wollen, sondern als deutsche, als österreichische Soldaten!"[537]

Burghart Breitner kostete es einige Mühe, die Aussichtslosigkeit eines solchen Unternehmens aufzuzeigen. Hier ebenso wie in Ačinsk und Krasnojarsk wurden die „Verteidigungskonzepte" von den Angriffen der Družinen hinweggefegt. Deren Mißtrauen gegenüber den Angehörigen der k.u.k. Armee aber wuchs. In anderen Gegenden wiederholte sich, was die Echelons des „Freiwilligenkorps" schon mehrfach erlebt hatten. Nikolsk-Ussurijsk erwies sich als beispielhaft: Als sich im Lager Unteroffiziere des Habsburgerheeres zu Widerstandsaktionen aufraffen wollten, warfen außerhalb, wie Breitner schreibt, mehrere tschechische Kompanien „im Bajonettkampf eine Abteilung ehemaliger kriegsgefangener Bolschewiken nieder".[538] Exilzeitungen von Masaryks Unabhängigkeitsbewe-

533 Ebd. 195 und 208.

534 ÖSTA/KA, AOK/Op.Abt., Hk.-Grp. 1918: Op.Nr. 131.301.

535 Mihályhegyi 75.

536 Ney 55ff.

537 Breitner, Asiatischer Spiegel 53.

538 Ebd.

gung griffen die Erfahrungen der Legionäre auf, um zu folgender Darstellung zu gelangen: „Von Tag zu Tag verbreitet die deutsche und magyarische Presse sensationellere Meldungen" über die „böhmisch-slovakische Armee". Die „Tendenz ist gar zu durchsichtig. Es muß ein Grund und eine Ausflucht gefunden werden, damit die verhaßten Böhmen noch mehr an die Wand gedrückt werden können, indem auf das hochverräterische Treiben der ganzen Nation hingewiesen wird. Die slavenfeindliche Politik der Deutschen und der Magyaren muß mit diesen erfundenen Meldungen gestützt werden. Wir fragen aber, warum bekommt man nirgends an kompetenter Stelle das wohlbekannte Faktum zu lesen, daß den Kern der [...] Roten Garde Deutsche und Magyaren bilden, welche gegen einen hohen Sold von zehn bis zwanzig Rubel täglich in den Dienst der Bołševiki getreten sind?"[539]

Behauptungen dieser Art konnten indessen auch von den Internationalisten nicht ohne weiteres dementiert werden. Revolutionäre Komitees nutzten bei ihren Versammlungen die *ethnischen Spannungen unter den k.u.k. Soldaten.* Mitunter bedienten sie sich gezielt antitschechischer Sentiments, um die neutrale Mehrheit auf ihre Seite zu ziehen, wie Karl Ney berichtet, der selbst einen „als deutschnational bekannten Wiener" vor den versammelten Gefangenen sprechen ließ.[540] „Ich war mir", resümierte Ney 1923, „dessen wohl bewußt, daß mein Weg kein gerader war, aber wenn je, so heiligte diesmal wirklich der Zweck alle Mittel, und ich war in der Lage zu begründen, daß auch deutsche und österreichische Patrioten in dieser Situation zum Eingreifen für die Sowjetmacht verpflichtet waren."[541] Solchen Ansichten erteilten einflußreiche Mitglieder der Zentralen Föderation ausländischer KP-Gruppen eine entschiedene Abfuhr. Tibor Szamuely, der selbst an die Front gegen die Legionäre eilte und sich zuversichtlich zeigte, mit den internationalen Abteilungen alleine „die Schlacht gegen die feige, gedungene Mörderbande gewinnen zu können", warnte „seine Truppen", „daß niemand beim Kampf gegen die tschechischen Konterrevolutionäre vom sogenannten nationalen Standpunkt ausgehen darf".[542] Trotzdem bereitete den führenden Kommunisten die Stimmungslage unter den Angehörigen der Habsburgerarmee Kopfzerbrechen, sodaß auch Béla Kun sich bemüßigt fühlte, den Vorwurf aus der Welt zu schaffen, die Ungarn seien aus „chauvinistischen Gründen" gegen die „Družinen". In einem Pravda-Artikel vom 4. August 1918 ging er auf diese Frage ein und unterstellte den Regierungsinstanzen der Donaumonarchie, „die ungarischen Proletarier auf die tschechischen Arbeiter zu hetzen"; dieses Unterfangen werde, so der Leiter

539 ÖSTA/KA, KM/10. Abt./Kgf. 1918:10-7/546. Siehe dazu unter anderem auch: ÖSTA/KA, AOK/Op. Abt.Hk.-Grp. 1918: Op.Nr. 131.301 und 131.706.

540 Ney 53.

541 Ebd.

542 Szamuely 100.

der CFIG, am „Solidaritätsgefühl des selbstbewußten Werktätigen" scheitern.[543] Kuns Argumentation klang wenig überzeugend; den Offizieren und Mannschaften des Freiwilligenkorps galt hingegen schon die Tatsache, daß sich „bolschewistische Kader" mit der Problematik auseinandersetzten, als Bekräftigung ihrer Behauptungen.

Mit dementsprechenden Vorbehalten behandelten sie die früheren „Waffenbrüder", welche ihrerseits über das Auftreten der Legion klagten. Nach der Meinung des „Offiziersdieners" Adolf Gaiswinkler waren die Insassen des Lagers Berezovka mit dem Ende der „Internationalisten-Herrschaft" und dem „Einmarsch der Tschechen" vom „Regen in die Traufe gekommen".[544] Nahm Gaiswinkler aber den „Entzug der Zuckerrationen" als geringfügige Verschlechterung und die Vorführung eines Propagandafilms über die „Greuel der Roten" eher als Unterbrechung des monotonen Lageralltags wahr[545], bezogen andere eine wesentlich kritischere Position. In Pervaja Rečka, empörte sich Wilhelm Vogel in seinen Memoiren, sei man vor allem mit Deutschen und Ungarn „schlimm verfahren", von denen viele zur „allerschwersten Arbeit" nach Vladivostok geschickt wurden, „um alliierte Munitionssendungen aus den Schiffen in die Eisenbahnwaggons zu laden".[546]

Schwerer noch wog für die Vierbundsoldaten aber die Tatsache, daß der Konflikt zwischen den „slawischen Freischärlern" und den Boľševiki, wie des weiteren von den AOK-Abteilungen vermerkt, auf geraume Zeit den „Gefangenen-Großaustausch" unterband.[547] Meldungen aus dem Wolgagebiet ließen keinen Zweifel daran, daß die *Unterbrechung der gerade anlaufenden Repatriierungsaktionen* neben den Kampfhandlungen auf *konkrete Schritte der Tschechoslowaken* zurückzuführen war.[548] Im Herbst erreichten das Kriegsministerium am Stubenring Informationen, wonach in Simbirsk von den Legionären ein Aufruf erlassen worden sei, der den österreichischen und deutschen Armeeangehörigen „binnen 24 Stunden die Selbststellung mit allen ihren Sachen unter Androhung der Todesstrafe" anbefohlen, deren „Verbleib in der Stadt verboten" und ihre Zusammenführung in einem Lager angeordnet habe.[549] Der sowohl durch einen k.u.k. Offizier, welcher vor Ort mit dänischen Delegierten zusammenarbeitete, als auch durch eine Expositur der Mission Kreycy beglaubigte Vorfall[550] bestätigte die Behörden des Habsburgerreiches in ihrer Haltung gegenüber der Entente. Dieser rief man, ungeachtet der Mißbilligung des „völkerrechtswidrigen Vorgehens", die Verpflichtung in Erinnerung, angesichts der „Ver-

543 Jósza, Ungarn und die ungarischen Bolschewiken 179 und 183.
544 DIA/Gaiswinkler 31.
545 Ebd.
546 Vogel 55f.
547 ÖSTA/KA, AOK/Op.Abt./Hk.-Grp. 1918: Op.Nr. 131.301, 131.432, 131.518, 131.660 und 131.706.
548 ÖSTA/AVA, MdI/Präs. 22. Exzesse und Unruhen 1918: Fasz. 2078, Zl. 18.292/18.
549 ÖSTA/KA, KM/10. Abt./Kgf. 1918: 10-35/118-873 und 10-18/1253.
550 Ebd.

hinderung der von Rußland vertragsmäßig eingeleiteten Abtransporte von österreichisch-ungarischen Kriegsgefangenen aus Sibirien" nunmehr für die Kriegsgefangenen nach den geltenden internationalen Übereinkünften sorgen zu müssen, ansonsten „eine Rückwirkung" auf die Lage der englischen, französischen und amerikanischen Militär- und Zivilpersonen in Gewahrsam der Zentralstaaten „nicht ausbleiben werde".[551]

Orientierte sich Wien damit an der Wiederherstellung früherer Verhältnisse[552], mußten in der Zwischenzeit auch die Gefangenen selbst ihre Hoffnungen von einer baldigen „Ankunft in der Heimat" begraben. Mit einem Krankentransport Richtung Westen unterwegs, sah sich etwa Karl Drexel vor unüberwindbare Barrieren gestellt. Die Kämpfe im Bajkalgebiet, an denen, wie Drexel bemerkte, zahlreiche Österreicher und Ungarn auf sowjetischer Seite teilnahmen[553], machten ein Weiterkommen unmöglich. Die „Reise nach Hause" endete in den elenden Verhältnissen des überfüllten Lagers Petropavlovsk. Hier stieg, konstatierte der zu diesem Zeitpunkt bereits seit fast vier Jahren in Sibirien festgehaltene Feldkurat, „der Haß auf unsere Peiniger", die „Druschinisten", welche „ja die gleichen Uniformen wie wir getragen hatten", sodaß „ich oft Sorge trug", „es könnte da und dort der dünne Faden der Geduld reißen und in einigen Minuten alle Tschechen im Lager erschlagen werden".[554] Vergleichbares widerfuhr Richard Zeisel, einem Deutschen aus „Nordwestungarn", der späteren Slowakei. Dessen Heimkehr unter Austauschinvaliden fand bei Tomsk ein vorzeitiges Ende.[555] Von beiden Seiten, hielt Zeisel in seinem Tagebuch fest, von „den magyarischen und deutschen Rotgardisten" einerseits und den tschechischen Legionären andererseits, werde ein „systematischer Vernichtungskrieg geführt": Nach den Rekrutierungsmaßnahmen der Räte, notierte er am 16. Juni, übten nun die Freiwilligenverbände eine „Schreckensherrschaft" aus, die mit dem Stopp der Heimkehrbewegung und der Mobilisierung der Tschechen und Slowaken begonnen habe, wodurch namentlich unter letzteren „eine Panik im Lager Tomsk ausbrach", zumal doch „noch alle ‚magyar emberek' gewesen seien".[556]

Gingen nach Zeisels Aufzeichnungen in den Tagen danach die „Illoyalen" mit Gewalt gegen eigene Landsleute vor, eine Entwicklung, die auch die Zensurabteilung des Gemeinsamen Zentralnachweisbüros anhand der einlangenden Korrespondenz registrierte[557], so forschte man gleichzeitig Mitglieder der roten Garde aus, die sich nach dem „Fall von

551 ÖSTA/KA, KM/10. Abt./Kgf. 1918: 10-35/432.

552 ÖSTA/AVA, MdI/Präs. 22. Exzesse und Unruhen 1918: Fasz. 2078, Zl. 18.292/18.

553 Drexel, Feldkurat in Sibirien 165–168; vgl. Zeisel 106–121.

554 Ebd. 176ff.

555 Zeisel 120f.

556 Ebd. 124f.; vgl. Klante, Von der Wolga zum Amur 221.

557 ÖSTA/KA, AOK/Evb. d. Gstbs./NA d. AOK, G.Z.N.B./Zensurabt. „D" 1918: Res. Nr. 5221.

Tomsk" in das Lager geflüchtet hatten.[558] Was mit den aufgegriffenen Parteigängern der Bol'ševiki geschah, konnte Richard Zeisel nicht eruieren. Da er jedoch keinen von ihnen wiedersah, ahnte er Schreckliches.[559] Die Kampfhandlungen führten nicht selten zu „*Übergriffen*", in denen sich das ganze Ausmaß der Unruhe unter den Männern Čečeks, Vojčechovskijs und Gajdas manifestierte.[560] Die vorübergehend verhafteten Mitglieder der deutschen „Fürsorge-Kommission Nr. 3" brachten beispielsweise „nach der Eroberung von Penza" in Erfahrung, daß man „die mit Arbeiten in der Sowjetkaserne beschäftigten Gefangenen unter dem Verdacht der Teilnahme an den Kämpfen festgenommen und abgeführt" hatte; deren „weiteres Schicksal konnte nicht in allen Fällen einwandfrei festgestellt" werden, obwohl, wie ein Delegierter bemerkte, „die Mehrzahl bald wieder freigelassen" wurde.[561] Weniger glimpflich kamen Angehörige der Habsburger- und Hohenzollernarmeen in Trojck davon. Speziell der Widerstand internationaler sowjetischer Abteilungen versetzte die entnervten Legionäre, welche die Stadt am 18. Juni nach „langen und verlustreichen" Gefechten einnahmen, in Panik. Auch Einheimische und Kriegsgefangene, die nicht in die Auseinandersetzungen verwickelt waren, gerieten dadurch in Verdacht und fielen in der Folge „den Strafaktionen" zum Opfer.[562]

Zur selben Zeit kritisierten probolschewistische Vierbundsoldaten das Auftreten ihrer eigenen Einheiten, deren Kommandanten Karl Ney die militärischen Führungsqualifikationen absprach und die ein sibirischer Internationalist gar als „Sammelplatz sämtlicher Abenteurer und Hochstapler" bezeichnete, von denen die „ausländischen Abteilungen" zu „reinigen" seien.[563] Andererseits begünstigten unzählige Meldungen über das Verhalten der „Druschinisten" die Verbreitung tschechenfeindlicher Haltungen. Noch im Jänner 1921 erinnert sich der Spätheimkehrer Franz Pichler an die „tschechischen und serbischen einstigen österreichischen Kriegsgefangenen", welche er als „Herren Sibiriens" beschrieb, deren „strenges und selbstbewußtes Auftreten sich bald zur Brutalität gesteigert" habe; die „schutz- und wehrlosen Österreicher und Deutschen" hätten „Züchtigungen empfangen", die, so Pichler, seine „Leidensgefährten" noch „heute spürten".[564]

Schon Anfang August 1918 erreichten die verantwortlichen Stellen in Wien ähnliche Klagen. Bei der k.u.k. Heeresverwaltung langten aufwühlende Schilderungen ein.[565] Ein von den Tschechoslowaken kurzfristig inhaftierter Fähnrich wollte in Erfahrung gebracht

558 Zeisel 127.
559 Ebd.
560 Bradley, Allied Intervention in Russia 96.
561 ÖSTA/AdR, BKA/KGF 1919: 24-11/2.
562 Thunig-Nittner 60; Klante, Von der Wolga zum Amur 167.
563 Zit. nach Drexel, Feldkurat in Sibirien 168; Ney 56.
564 ÖSTA/AdR, BKA/KGF 1921: 19-26/26.
565 ÖSTA/KA, AOK/Op.Abt., Hk.-Grp. 1918: Op.Nr. 131.701.

haben, daß „viertausend Gefangene von Orenburg gegen Sibirien verschleppt und zum großen Teil niedergemacht worden" seien; der ungarische Gefreite János Toldi machte Angaben über die Situation in Penza und sprach in diesem Zusammenhang über die „Ermordung zahlreicher Ungarn in einem Spital" und die Hinrichtung „aus dem Lager Entflohener".[566]

Bald begannen sich die Berichte zu wiederholen: Des öfteren wurde nunmehr auf die Errichtung von Straflagern, die Weiterverschickung von Angehörigen der Vierbundarmeen nach Osten und die Durchführung von Zwangsrekrutierungen unter den in Rußland befindlichen Soldaten der Zentralmächte verwiesen.[567] Gewaltaktionen schienen sich zu häufen.[568] Leutnant Leopold Landsberger brachte den vorgesetzten Geheimdienstleuten der Habsburgerarmee den Inhalt russischer Pressemeldungen zur Kenntnis, in denen die Exekution von zirka fünfhundert ungarischen Rotgardisten in Buzuluk bekanntgegeben wurde. „Verläßliche Herren", notierte der „Konfident" des Evidenzbüros, hätten außerdem selbst die „Erschießung von Rotgardisten, durchwegs Österreichern und Ungarn", an der Wolga mit angesehen: „Vor allen Augen seien sie am Ufer aufgestellt" und getötet worden, „nachdem man ihnen noch vorher Schuhe und Kleider abgenommen hatte".[569] Daß insbesondere „Ungarn ohne Verfahren niedergeschossen" würden, könne man als „Racheakt für die bekannte Magyarisierungspolitik" der Budapester Regierung deuten; vor allem aber, erklärte Landsberger, „dürfte sich die Tatsache ausgewirkt haben, daß in der Roten Armee sehr viele Ungarn kämpften, was deren Gegnern bekannt war".[570]

Mancherorts verknüpfte man in der gereizten Atmosphäre des Sommers 1918 weltanschauliche und militärische Überlegungen unmittelbar mit Repatriierungs- und Fürsorgeangelegenheiten zugunsten der Kriegsgefangenen. In Samara und Kazan' waren zum Beispiel laut Leopold Landsberger rund zweihundert Kriegsgefangene ums Leben gekommen, darunter Militärärzte, denen serbische Legionsoffiziere zur Last legten, „nicht nur Invalide, sondern auch Gesunde für den Austausch bestimmt zu haben".[571] Ende Juni kam es zu einer „Bluttat", die verdeutlichte, daß die „Druschinisten" bereit waren, jeden Ver-

566 Ebd.; vgl. ÖSTA/KA, AOK/Evb. d. Gstbs./NA d. AOK, G.Z.N.B./Zensurabt. „D" 1918: Res. Nr. 5205.

567 GARF, f. 3333, op. 2, d. 40; ÖSTA/KA, KM/10. Abt./Kgf. 1918: 10-35/118-873; ÖSTA/KA, liqu. KM/10. Abt./Kgf. 1919: 10-7/7-64; ÖSTA/AdR, BKA/KGF 1919: 24-11/2.

568 Klante, Von der Wolga zum Amur 224ff. Siehe außerdem: Brändström, Die Gefangenen nach dem Tschechenumsturz 274; Täubler IV.

569 Rutkowski, Kundschafterdienst/Mission Landsberger 44f.

570 Ebd. 52f.

571 ÖSTA/KA, liqu. KM/10. Abt. /Kgf. 1919: 10-7/7-84; ÖSTA/KA, KM/10. Abt./Kgf. 1918: 10-35/118-873; ÖSTA/AdR, BKA/KGF 1919: 24-11/2; Rutkowski, Kundschafterdienst/Mission Landsberger 53f.; Klante, Von der Wolga zum Amur 224.

stoß gegen ihre Verordnungen mit härtesten Maßnahmen zu ahnden. Ein hauptsächlich aus reichsdeutschen Offizieren bestehender Heimkehrertransport war nach Osten zurückgeschickt worden und in Kansk vom siebten Schützenregiment des „Freiwilligenkorps" angehalten worden. Auf die Ankündigung, Lebensmittel und höhere Geldbeträge zu beschlagnahmen, gaben sich einige unbedachte Gefangene trotzig, verbargen Rubelscheine in ihrer Kleidung oder zerstörten in der allgemeinen Empörung ihr Eigentum. Auf Befehl des tschechischen Kommandanten wurden drei von ihnen abseits geführt und erschossen, nachdem am Vortag bereits zwei Offiziere nach einem mißglückten Fluchtversuch liquidiert worden waren.[572]

Die Legionäre zögerten nicht, ihren eigenen Kundmachungen entsprechend zu handeln. Angesichts einer enormen Unsicherheit gegenüber den früheren „Waffengefährten" schienen ihnen Anweisungen gerechtfertigt, die nicht nur Soldaten der Mittelmächte als unverhältnismäßig erachteten. Den „weißen" General Konstantin V. Sacharov, der das Auftreten der Legionäre im ehemaligen Zarenreich ohnehin wenig wohlwollend kommentierte, bestärkten Nachrichten über die Bestrafung von Kriegsgefangenen in seinen Ansichten. „Die Tyrannei der Tschechen", wie er sich ausdrückte, sah er unter anderem durch „ein Gespräch mit Deutschen" untermauert, die ihm von einem Vorfall in Chabarovsk erzählten. Dort seien „unschuldige deutschböhmische Musiker von Druschinisten niedergemacht" und „ihre Leichen in den Amur geworfen" worden.[573] Ein Mitglied der Kapelle, welches der Exekution entging, gab demgegenüber allerdings 1922 an, daß der gesamte Vorfall durch einen aus der Legion desertierten und danach bei Ataman Kalmykov in Diensten stehenden Tschechen heraufbeschworen worden sei; dieser habe angeblich die von Männern Kalmykovs durchgeführte Exekution persönlich geleitet.[574] Die Geschichte des Betroffenen unterschied sich auffallend von der Version Sacharovs und seiner Gesprächspartner aus den Reihen der Kriegsgefangenen. Nichtsdestoweniger dienten die Ereignisse von Chabarovsk vielfach als Bestätigung nationalistischer Vorurteile, welche bereits ohnehin durch seriösere Quellen genährt wurden. Vor allem die Nachrichten über Radola Gajda, der mit Herbstbeginn General Dieterich als Oberbefehlshaber aller Tschechischen Formationen ablöste[575], riefen Empörung hervor. Nach der Einnahme von Irkutsk Mitte Juli 1918 hatten seine Verbände unzählige k.u.k. Soldaten inhaftiert und einige von ihnen hingerichtet.[576] Der königlich dänische Vicekonsul ließ daraufhin die kommandierenden Offiziere des im Bajkalgebiet operierenden Freiwilligen-Echelon wis-

572 Brändström, Die Gefangenen nach dem Tschechenumsturz 274.

573 Sacharov 235.

574 In Feindeshand, Bd. 1, 282f.

575 Unterberger, The United States, Revolutionary Russia and the Rise of Czechoslovakia 290.

576 ÖSTA/KA, AOK/Evb. d. Gstbs./NA d. AOK, Kgf.-Fürsorge, Korrespondenzen von 1917–1920: Nr. 4738. Siehe dazu außerdem: Tomsche 98.

sen, „daß ohne Gericht und Untersuchung selbst jene Gefangene nicht erschossen werden dürfen, welche mit der Waffe in der Hand gefangen wurden".[577] Gajda antwortete am 22. Juli mit dem Hinweis, daß ihm amerikanische Vertreter „beglaubigte Dokumente über die grausame Behandlung der verwundeten Tschechen seitens der Rotgardisten" vorgelegt hätten, die ihn dazu berechtigten, „Kriegsgefangene-Rotgardisten, welche als Kämpfer ergriffen werden, schonungslos zu erschießen"; immerhin sei er aber, heißt es im Tätigkeitsbericht des dänischen Vicekonsuls vom September 1918 weiter, dazu bereit, „einen Flugapparat an die Front" zu senden, „aus welchem Verständigungen betreffend die Bedingungen, unter welchen man Rotgardisten nicht erschieße, herabgeworfen" würden.[578]

Die Skandinavier schufen sich dadurch aber auch bei den antibolschewistischen Kräften Feinde[579], nachdem sie bisher speziell von den Parteigängern der Kommunisten mit Argwohn bedacht worden waren. Vertreter westeuropäischer Staaten, die aus ihrer Ablehnung des „Oktoberregimes" kein Geheimnis machten, fanden, wie Louis de Robien schreibt, beim dänischen Botschafter Scavenius tatkräftige Unterstützung[580]; und Hauptmann Brun, der in seinen Erinnerungen wiederholt eine tiefe Verachtung für die Revolution, die „ungewaschenen Massen" und die „östliche Unkultur" zum Ausdruck brachte[581], unterhielt in Turkestan während seiner Arbeit in der Gefangenenhilfe engen Kontakt zu Gegnern der Räteherrschaft, die als Angehörige der Aristokratie und des Bürgertums bislang beim russischen Roten Kreuz arbeiteten und dessen Besitz zum Teil über Vermittlung von Fürsorgemissionen ins Ausland zu bringen beabsichtigten.[582] Als auch alliierte Diplomaten, die wie Robert Bruce Lockhart für längere Zeit eine Kooperation zwischen der Entente und den KP-Spitzen wünschten, auf einen Konfrontationskurs einschwenkten und sich gemeinsam mit erklärten Gegnern Lenins in Konspirationen zum Sturz der Kremlmachthaber verwickelten[583], stellte die Čeka Verbindungen zwischen der „norwegischen Botschaft und den französischen beziehungsweise englischen Verschwörern" fest.[584] Dem Sovnarkom und dem Zentralkomitee der RKP(b) galten seither in der Regel nahezu die gesamten ausländischen Missionen auf dem Territorium des vormaligen Zarenreiches,

577 Ebd. Über die Erschießung von Kriegsgefangenen, die auf unterschiedliche Weise zur Roten Armee kamen, siehe des weiteren: ÖSTA/KA, liqu. KM/10. Abt./Kgf. 1919: 10-7/7-37.

578 Ebd.

579 Ebd.; vgl. ÖSTA/KA, KM/10. Abt./Kgf. 10-18/1253.

580 Robien 354f.

581 Brun 27ff. und 171–176.

582 Ebd. 62f.

583 ÖSTA/KA, AOK/Evb. d. Gstbs./NA d. AOK, F.A.St. 1918: Karton 3835. Vgl. Schmid, Churchills privater Krieg 24f.; Golinkow 216–251; Lockhart, Vom Wirbel erfaßt 28–331; Rauch 112.

584 Golinkow 248f.

ungeachtet ihrer Herkunft und Funktion, als verdächtig.[585] Diesen Sachverhalt belegt etwa ein 1920 während des Kämpfe zwischen der Sowjetarmee und den Streitkräften Piłsudskis verfaßter Brief Stalins, in dem er alle möglichen Rot-Kreuz-Institutionen in den besetzten Gebieten „als polnische Spionageherde" bezeichnete.[586] Ein rigoroses Vorgehen betrachteten demgemäß auch revolutionär gesinnte Vierbundsoldaten für angebracht, zumal sie überdies für Kriegsgefangenenfragen zuständige deutsche, österreichische und skandinavische Abgesandte samt und sonders beschuldigten, „zu ihnen geflüchtete russische Weißgardisten zu verstecken und zaristische Generäle über die Grenze zu schmuggeln".[587] Immer wieder kam es zu Verhaftungen neutraler Delegierter[588], während Béla Kun sogar von einem ungarischen Offizier zu berichten wußte, der sich „im Auftrag der Dänen bei einer internationalen Rotarmistengruppe eingeschlichen" habe und deshalb „füsiliert" worden sei.[589] Delegierte, wie der Schwede Harald Hall, berichteten ihrerseits von der Hinrichtung einiger „Schutzmachtvertreter durch die Internationalisten". Hall fügte allerdings hinzu, daß das „Auftreten der Neutralen", ohne, wie er schrieb, Gewaltakte „verwilderter Ungarn entschuldigen" zu wollen, mitunter eine gewisse Erfahrung, das notwendige Feingefühl und eine unumgängliche Unparteilichkeit vermissen habe lassen.[590]

Umgekehrt gewann Harald Hall selbst wiederum von den Legionären „nicht den besten Eindruck", sodaß er in ihnen bis zum Zusammenbruch der Donaumonarchie und der Anerkennung des neuen tschechoslowakischen Staates durch die Regierung in Stockholm nichts anderes sehen konnte „als Meuterer und Hochverräter".[591] Die Antwort der Freiwilligenabteilungen folgte auf den Fuß. Hall – das „Auftreten der Druschinisten in Sibirien" wiederholt anprangernd – wurde in Omsk verhaftet.[592] Sein Schicksal teilte er mit dem Dänen Henning Kehler, der im Wolgagebiet Gefangenenagenden betraute.[593] Obwohl k.u.k. Armeeangehörige vielen Schutzmachtrepräsentanten der Kopenhagener

---

585 ÖSTA/KA, KM/10. Abt./Kgf. 1918: 10-35/118-855; vgl. Brun 226-229.

586 Gosztony 77. Laut Sergej P. Melgunow versuchte die Čeka mitunter durch „fingierte weißgardistische Verbindungen die Stellung der ausländischen Vertretungen bei der Sowjetregierung zu erkunden". In diesem Zusammenhang weist er auch auf Vorwürfe gegen Rot-Kreuz-Vertreter und diplomatische Missionen hin, russische Oppositionelle „vor etwaigen Verlusten zu schützen" und „mit falschen Pässen" auszustatten. – Melgunow 330ff.

587 Hautmann, Anfänge der linksradikalen Bewegung 62f. Siehe dazu außerdem: Schuller 299; Die Rote Fahne, Nr. 116 (30.9.1919) 1f.

588 Brun 185ff. und 222ff.

589 Szamuely 45.

590 HGM/Plennyarchiv, Brief Harald Halls an Hans Baumgartner v. 8.12.1931.

591 HGM/Plennyarchiv, Briefe Harald Halls an Joachim Givens und Hans Baumgartner v. 26.1.1932 und 24.2.1932

592 Ebd.

593 ÖSTA/KA, KM/10. Abt./Kgf. 1918: 10-18/1253.

Regierung alles andere als ein gutes Zeugnis ausstellten[594] und Kehler etwa vorwarfen, ganz im Unterschied zum schwedischen Abgesandten Frissund Jahnsen den Mittelmächten mehr als reserviert gegenüberzustehen, erblickten die Tschechen gemeinsam mit den antibolschewistischen Gruppierungen unter den Einheimischen „in allen nordischen Delegationen Nester der deutschen und österreichischen Spionage".[595] Henning Kehler „arretierte" man in Simbirsk; seine Landsleute, Harald Petersen, Delegierter Dänemarks in Kazan', und die Brüder Marstrand sowie ihr „Kollege Sandberg" aus Schweden wurden in Samara „eingekerkert".[596] Energische Proteste der skandinavischen Gesandtschaften, die insbesondere den französischen Militärberatern der Legion schwere Vorwürfe machten, brachten allerdings nichts ein.[597] Im Gegenteil. Die Marstrands fielen schließlich sogar dem „weißen Terror" zum Opfer.[598] Daß es sich dabei jedoch um keine Ausnahme handelte, bewiesen Nachrichten über die Ermordung Sven Hedbloms. Der Funktionär des schwedischen Roten Kreuzes war mit seinem Gehilfen, dem Norweger Opsaug, von Ataman Kalmykov festgenommen worden. Was mit den beiden daraufhin geschah, erörterte man sowohl in der lokalen Presse als auch unter Kriegsgefangenen. Burghard Breitner vermerkte in seinem „sibirischen Tagebuch", Hedblom und Opsaug seien von Kalmykov wegen ihrer beträchtlichen finanziellen Mittel mehrfach angehalten und schließlich getötet worden.[599] Ähnliches war auch in der lokalen Presse Anfang 1920 zu lesen, wobei deren Darstellung auf die Beteiligung von Tschechen und Serben an der Hinrichtung hinwies und damit nicht allein Soldaten der Zentralstaaten, sondern auch unzählige Russen in ihren Ressentiments bestärkte.[600] Für die „weißen" Offiziere blieben die Legionäre nicht selten jene feindlichen Militärpersonen, die sich ihnen einstmals auf den Schlachtfeldern des Ersten Weltkrieges ergeben hatten und denen überdies durch den Eintritt in die „Družinen" der Makel des „Vaterlandsverrates" anhaftete.[601]

Ungeachtet dessen gewannen Spannungen zwischen dem Freiwilligenkorps und der Bevölkerung in den östlichen Regionen des früheren Zarenreiches noch durch Niederlagen jener Verbände an Bedeutung, die sich „von der Wolga bis zum Amur" dem „Oktoberregime" zu widersetzen begannen. Dabei registrierte man im Ural und in Sibirien insbesondere jedes Zurückweichen der Legionäre vor den an Schlagkraft gewinnenden sowjetischen Streitkräften mit Unbehagen und steigender Feindseligkeit gegenüber den

594 Rutkowski, Kundschafterdienst/Mission Landsberger 50.
595 ÖSTA/KA, KM/10. Abt./Kgf. 1918: 10-18/1253.
596 Ebd.; Rutkowski, Kundschafterdienst/Mission Landsberger 54.
597 Rutkowski, Kundschafterdienst/Mission Landsberger 54.
598 Ebd.; In Feindeshand, Bd. 2, 266; Klante, Von der Wolga zum Amur 226f.
599 Breitner, Unverwundet gefangen 313f.; ders., Asiatischer Spiegel 106f.
600 In Feindeshand, Bd. 2, 265f.
601 Sacharov 30–60.

militärischen Verbänden der nach Unabhängigkeit strebenden Slawen aus der Donaumonarchie. Schon im August, erinnert sich Harald Hall 1932, habe man beobachten können, wie „die auf den Straßen marschierenden Tschechenkommandos von den halblauten Flüchen des Volkes begleitet wurden".[602]

Der *national-russischen Opposition* war ihre *Abhängigkeit von äußeren Einflußfaktoren* durchaus bewußt. Erst der Ausbruch bewaffneter Auseinandersetzungen zwischen den „Druschinisten" und den Räteorganen eröffnete die Möglichkeit, die Kremlmachthaber ernsthaft herauszufordern. Solcherart schien sich die Etablierung einer „antikommunistischen Front" im Schatten eines Nationalitätenkonfliktes unter den österreichisch-ungarischen Kriegsgefangenen zu vollziehen, eine Meinung, die nicht nur der französische Botschafter Joseph Noulens vertrat[603], sondern auch bei den verantwortlichen Stellen in Paris und London zunehmend Verbreitung fand. Meldungen aus Sibirien eigneten sich dazu, derartige Standpunkte zu untermauern: Lenins Gefolgschaft hatte ihr Wort gehalten, zur Bewaffnung von Vierbundsoldaten aufgerufen und dabei vor allem die Exekution ungarischer Rotgardisten durch Čečeks Echelon hervorgehoben.[604] „Antimagyarische Vorurteile" der Tschechoslowaken betonend, rief man die Ungarn zu den Waffen, nicht ohne ihnen das Gefühl zu vermitteln, in einen Kampf um die nationale Existenz verwickelt zu sein.[605] Auf der anderen Seite schienen die Berichte der Legionäre derlei Ängste noch zu fördern, nachdem darin Exekutionen ganzer Internationalisten-Einheiten angedeutet worden waren, während man, wie es hieß, Russen in der Regel gefangengenommen habe.[606]

Trotz einer Zusage von Premier Clemenceau und dessen Außenminister Pichon, den Tschechen zur Unabhängigkeit zu verhelfen, sowie einer begrenzten De-facto-Anerkennung des Pariser Nationalrates als kriegführende Regierung durch Frankreich und Großbritannien, vermochte Beneš die Vorbehalte der Entente gegen eine Zerschlagung des Donauraumes als politische Einheit nicht zu überwinden.[607] Dennoch konnten die Ereignisse entlang der Transsibirischen Eisenbahn als neuerlicher Schritt auf dem Weg zur Auflösung der k.u.k. Monarchie verstanden werden.[608] Immerhin entwickelte sich die Schaffung eines eigenen tschechoslowakischen Staates und die damit verbundene Grenzziehung nach ethnischen Gesichtspunkten noch deutlicher als bisher zur internationalen Problematik; zum einen berührte sie Wilsons Vierzehn Punkte, zum anderen die Frage

602 HGM/Plennyarchiv, Brief Harald Halls an Joachim Givens v. 26.1.1932.

603 Noulens 81.

604 Pastor, Hungarian Prisoners of War in Russia 155f.; ders., Hungary between Wilson and Lenin 25.

605 Pastor, Hungary between Wilson and Lenin 25.

606 Ebd. 26.

607 Bradley, Die tschechoslowakische Legion und die Haltung der Alliierten zur Auflösung der Habsburgermonarchie 205f.; Hoensch, Geschichte der Tschechoslowakei 21.

608 Pastor, Hungary between Wilson and Lenin 25f.

der Desintegration beider, weitgehend selbständigen Reichshälften Österreich-Ungarns.[609]

Der Streit zwischen den ehemaligen „Waffengefährten" der Habsburgerarmee, welcher sich lediglich oberflächlich als ideologischer Konflikt zwischen Widersachern und Befürwortern des „Bolschewismus" wahrnehmen ließ, hatte indessen für die innenpolitische Situation Rußlands weiterreichende Folgen: Die slawischen Freiwilligenkorps sollten nun auch aus der Sicht der französischen Regierung in ihren Aufenthaltsgebieten bleiben und, so die Instruktionen aus Paris, Kosaken beziehungsweise „sibirische Widerstandszentren um sich scharen".[610]

Die Pläne der Westmächte nahmen in der Zwischenzeit ohne deren Zutun Gestalt an. Die *Gegner der Moskauer KP-Führung wurden im Rücken der „aufständischen Tschechen"* aktiv. Geheimorganisationen übernahmen, begünstigt vom Auftreten der Legionäre, in einigen Städten noch vor Ankunft der Einheiten Čečeks, Gajdas und Vojčechovskijs die Kontrolle, wobei ihnen bisweilen die Flucht der Ortssowjets den Weg ebnete.[611] Zumeist ging der Umsturz jedoch nicht ohne die Hilfe der „Družinen" vonstatten. Bezeichnenderweise mußten etwa Gajdas Männer an mehreren Orten „in die Bresche springen", nachdem die lokalen Räte „Befreiungsversuche der Weißen" ohne größere Schwierigkeiten unterdrückt hatten.[612] In Krasnojarsk und in Omsk wartete der „militärische Untergrund" deshalb lieber den Ausgang der Kämpfe zwischen den „Družinen und der Roten Garde" ab.[613] Auf diese Weise vollzog sich auch der Machtwechsel in Novonikolaevsk. Als Gajda mit zwei Echelons des siebten Regiments einrückte[614], „tauchten bewaffnete Russen mit Kokarden" in Weiß und Grün – dem Symbol der Schnee- und Waldlandschaft, den Farben des autonomen Sibirien – auf, die eine Zivilverwaltung im Namen einer lokalen Regierung errichteten. Deren vornehmlich von Sozialisten-Revolutionären gestellte Kommissare operierten jedoch in den einzelnen Distrikten fast völlig unabhängig, überließen größtenteils den Tschechoslowaken die „Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung" und zeigten, abgesehen von mäßig erfolgreichen Vorkehrungen zum Aufbau einer eigenen Armee, vorerst wenig Bereitschaft, energischere Maßnahmen zu ergreifen.[615]

Insgesamt offenbarte sich bald, daß die östlichen Regionen des untergegangenen Zarenimperiums im Sommer 1918 für den Sturz des „Sowjetregimes" nicht reif waren. Es gab

609 Ebd.

610 Unterberger, The United States, Revolutionary Russia and the Rise of Czechoslovakia 234.

611 Chamberlin, Bd. 2, 8f.; Bradley, Allied Intervention in Russia 94.

612 Bradley, Allied Intervention in Russia 94.

613 Dotsenko 28f.

614 Thunig-Nittner 59.

615 Unterberger, The United States, Revolutionary Russia and the Rise of Czechoslovakia 184f.

keine Hungersnot. Die „Härte des Friedensvertrages wurde in Sibirien kaum empfunden". „Requisitionstruppen waren noch nicht bis zu den Dörfern vorgedrungen." Deren Bewohner verhielten sich in den meisten Fällen passiv und hegten ebenso wie die Kosaken, welche sich jenseits des Urals „nicht viel von alteingesessenen Bauern" unterschieden, „keinen besonderen Haß gegen die Bol'ševiki".[616]

Schwerwiegende Hindernisse mußten die SRy indessen auch an der Wolga gewärtigen. Obwohl sich Samara nach einem Aufstand der dort ansässigen Garnison Mitte Mai in einem von Streiks erschütterten Zustand befand, kam auch hier der Umschwung nur mit tschechischer Hilfe zustande.[617] Aus dem Untergrund hatten sich die Führer der Sozialisten-Revolutionäre in der Wolgastadt an Legionäre gewandt, die in diesem Augenblick bei Penza standen.[618] Nachdem es Einheiten der „Čeček-Gruppe" gelungen war, auch hier die Oberhand zu gewinnen, befand sich die neue Administration an Ort und Stelle, das Komitee der Mitglieder der Konstituierenden Versammlung, kurz Komuč[619], jedoch in einem Dilemma. Zuvor, am „achten Parteitag der rechten Sozialisten-Revolutionäre, war beschlossen worden, ausländische Truppen nicht in den ‚Kampf des Volkes' gegen den Bolschewismus mit einzubeziehen". Ähnlich verhielten sich die Kadety.[620] Mit Recht artikulierten sie ihr Unbehagen an einer gegen Moskau gerichteten Machtergreifung, die offensichtlich zu sehr auf fremder Hilfe beruhte und daher mittel- und langfristig wenig Aussicht auf Erfolg zu haben schien.[621] Die ganze Bürde des Coups lag folglich bei der PSR-Organisation Samaras, mit der lediglich einige „Menschewiki und Kadetten" – ungeachtet „des Widerstandes ihrer jeweiligen Zentralkomitees" – koalierten.[622] Um die Zukunft des Komuč, dem sich nach und nach speziell prominente Mitglieder des aufgelösten Parlamentes aus den Reihen der Sozialisten-Revolutionäre, darunter Viktor Černov, Nikolaj Avksent'ev, Vladimir Zenzinov und Ekaterina Breško-Breškovskaja[623], anschlossen, war es aber auch aus anderen Gründen schlecht bestellt. Auf die erneute Einberufung der SRy-dominierten Konstituante ausgerichtet, betrachtete sich das Samaraer Komitee wie die Regierung Kerenskijs als provisorisch, richtete sich auf die Wiederherstellung des parlamentarischen Systems ein und blieb in sozialen und wirtschaftlichen Belangen

---

616 Chamberlin, Bd. 2, 12.

617 Figes, Tragödie 611; Rauch 105.

618 Chamberlin, Bd. 2, 13; Figes, Tragödie 611; Hildermeier, Die Russische Revolution 269.

619 Thunig-Nittner 61f.; Figes, Tragödie 612.

620 Hildermeier, Die Russische Revolution 270.

621 Footman 96f.

622 Ebd. 101ff.; Figes, Tragödie 612.

623 Političeskie Partii Rossii 15–17, 86ff., 216f. und 676–681; vgl. Hildermeier, Die sozialrevolutionäre Partei Rußlands 404–406 und 412.

zurückhaltend.[624] Mit einem „mittleren Kurs zwischen Kapital und Arbeit“ konnte man angesichts der herrschenden gesellschaftlichen Gegensätze letztlich keine Seite befriedigen. Hinzu kam die wohl unbeliebteste Maßnahme des Komuč, der Aufruf zur Bildung einer Volksarmee.[625] Vor allem auf dem Land blieben die Rekrutierungskampagnen der Samaraer Führung erfolglos, da die meisten Bauern mit einer Verschärfung der innenpolitischen Konflikte nichts zu tun haben wollten.[626] Daß das Komitee seinen Einflußbereich erweitern und schließlich „ein Gebiet von der Größe Italiens mit einer Bevölkerung von 14 Millionen Menschen kontrollieren“ konnte, beruhte somit in erster Linie auf der Anwesenheit tschechoslowakischer Truppen. Sie hatten im Sommer 1918 ein leichtes Spiel und verdrängten die „chronisch schwachen Roten“ aus Ufa, Simbirsk und Kazan', wo ihnen „die gewaltigen zaristischen Goldreserven“ in die Hände fielen.[627]

Da sich aber nach dreimonatigen Kämpfen eine allgemeine Kriegsmüdigkeit verbreitete, die Forderung nach einer baldigen Heimkehr vorgebracht wurde und ein Teil der Mannschaft mit sozialistischen Ideen liebäugelte, ließen die „Druschinisten“ den Wunsch erkennen, sich aus den innerrussischen Angelegenheiten zurückzuziehen.[628] Um so wichtiger wurde es, die antibolschewistischen Kräfte gegen eine immer stärker werdende Rote Armee zu einen. Dem aber standen insbesondere Differenzen zwischen Samara und einer weiteren „national-konservativen Regierung in Omsk“ im Weg, der es „gelungen war, ganz Sibirien unter eine, wenn auch lockere Kontrolle zu bringen“.[629]

Die sinkende Kampfmoral der Legion vor Augen, kam es zwar auf Drängen der Alliierten zu einer „allrussischen Staatskonferenz“ in Ufa, welche „Anhänger der Konstituierenden Versammlung und Befürworter einer Militärdiktatur“ in einem gemeinsamen Direktorium zusammenfaßte[630]; Siege der sowjetischen Streitkräfte, durch die zunächst Kazan' beziehungsweise Simbirsk verlorengingen und die schließlich im Oktober zum Fall von Samara führten, brachten die Einheitsfront jedoch ins Wanken.[631] „Kritik und Einmischung von rechts wuchsen. Als die Tschechen ihre Hilfe versagten, war das Schicksal der letzten zivilen Gegenregierung entschieden.“[632] Am 18. November wurde sie verhaftet und Admiral Aleksandr Kolčak zum „Verchovnyj Pravitel'“, zum „obersten Herrscher“, ausgerufen.[633]

---

624 Figes, Tragödie 612.
625 Ebd. 613ff; Hildermeier, Die Russische Revolution 270.
626 Chamberlin, Bd. 2, 14 und 16; Figes, Tragödie 615.
627 Figes, Tragödie 614f; vgl. Chamberlin, Bd. 2, 14.
628 Ebd. 615.
629 Rauch 105f.; Schmid, Churchills privater Krieg 26; Mawdsley 104f.; Luckett 164.
630 Chamberlin, Bd. 2, 18f.; Footman 111f.; Luckett 105f.
631 Schmid, Churchills privater Krieg 33; Borkenau, Der russische Bürgerkrieg 28.
632 Hildermeier, Die Russische Revolution 271.
633 Ebd.; Borkenau, Der russische Bürgerkrieg 28; Schmid, Churchills privater Krieg 33.

Dessen Autorität hing nach der Auffassung jener Angehörigen des Habsburgerheeres, welche den Ereignissen in Sibirien als Augenzeugen beiwohnten, allerdings wesentlich von den aus k.u.k. Soldaten gebildeten „slawischen Einheiten" ab. Franz Pichler sah etwa in den „zu den Waffen gerufenen *tschechischen und serbischen einstigen Kriegsgefangenen*" die „fast alleinige *Stütze des Koltschak-Thrones*", wobei er vor allem deren Einsatz bei Strafbataillonen in der denkbar schlechtesten Erinnerung behielt.[634] Seiner Abneigung gegen die Legionäre freien Lauf lassend berichtete er von „schauerlichen Foltern", welche die Opfer der „Freischärler", darunter „mancher Österreicher", zu erdulden hatten. „Den Gesichtsausdruck dieser Unglücklichen gesehen zu haben", erklärte er 1921, „bleibt unvergeßlich, wußten doch alle, daß es ihnen nicht gegönnt war, einem schnellen und von den Qualen erlösenden Tod entgegenzugehen [...]: Nach vorheriger gänzlicher Entkleidung wurden die Gefangenen auf einem freien Platz aufgestellt, die tapferen Serben [!] ritten zur Attacke und durch Säbelhiebe wurden die Verurteilten unmenschlich verstümmelt und zerstückelt."[635]

In seiner Empörung übersah Pichler freilich die Diskrepanzen zwischen einer autoritären „weißen" Generalität und dem Freiwilligenkorps, dessen Angehörige oftmals nicht nur für die SRy Sympathien zeigten, sondern mitunter sogar auf die sowjetische Seite überwechselten.[636] Die britische Militärmission in Sibirien, deren Chef Alfred W. F. Knox ausgezeichnete Kontakte zu zaristischen Offizieren unterhielt und gemeinsam mit diesen auf eine starke Regierung unter Ausschluß der Sozialisten-Revolutionäre drängte[637], legte daher bei ihrer wohlwollenden Haltung gegenüber Kolčaks Staatsstreich in Omsk besonderes Augenmerk auf die „Družinen". Colonel John Ward, Kommandant eines englischen Bataillons und pikanterweise Labour-Abgeordneter, hatte, wie er in seinen Memoiren schrieb, „während des Umsturzes mit Maschinengewehren das ganze russische Hauptquartier beschützt, damit nicht die Tschechen oder andere (demokratische) Elemente den Putschisten einen Strich durch die Rechnung machen konnten".[638]

Die Repräsentanten des „Empires" in den Territorien östlich des Urals wußten nur zu gut, daß es eines verstärkten Engagements der Westmächte bedurfte, um die Regentschaft des „Verchovnyj Pravitel'" abzusichern. Margarete Klante, Mitarbeiterin der „Abteilung Gefangenenschutz im preußischen Kriegsministerium" zwischen 1914 und 1918[639], sprach aus, was auf allen Seiten empfunden wurde. Obwohl antitschechisch gestimmt, befaßte

634 ÖSTA/AdR, BKA/KGF 1921: 19-26/26.
635 Ebd.
636 Figes, Tragödie 615.
637 Schmid, Churchills privater Krieg 32f.
638 Ebd. 33.
639 Klante, Die deutschen Kriegsgefangenen in Rußland 182.

sie sich in der Zwischenkriegszeit gründlich genug mit der Geschichte der Legion, um von den ehemaligen Kontrahenten ernst genommen zu werden.[640] In einem Brief an Heinrich von Raabl-Werner aus dem Jahr 1932 hielt Klante fest, daß selbst österreichisch-ungarische Offiziere, die den Legionären wenig Positives abzugewinnen vermochten, „in militärischer Hinsicht nur lobende Urteile" fanden. „Tatsache ist", konstatierte sie kurz nach dem Erscheinen ihrer unter dem Titel „Von der Wolga zum Amur" veröffentlichten Studie, „daß die weiße russische Front erst zu wanken begann, als die Tschechen sich zurückzogen, und nie mehr richtig fest wurde."[641]

An dieser Entwicklung hatte letztlich die Entente schon deshalb maßgeblichen Anteil, weil sich die *Diskussion über alliierte Interventionspläne* völlig auf das seit dem 29. Juni auch über Vladivostok gebietende tschechoslowakische Korps zuspitzte.[642] Gerade die nach wie vor bestehenden Meinungsverschiedenheiten zwischen den westlichen Verbündeten rückten die Gefangenenproblematik und ihre Konsequenzen einmal mehr in den Mittelpunkt. Hielt man in Paris und London sowohl an deklariert antibolschewistischen Strategien sowie an Plänen zur Wiedererrichtung der Ostfront fest, gab sich Washington auch weiterhin zurückhaltend.[643] Woodrow Wilson mochte sich lediglich eine Hilfeleistung für die Legionäre gegen bewaffnete Kriegsgefangene vorstellen.[644] Obwohl das Eingreifen in einen Konflikt zwischen Soldaten aus der Habsburgermonarchie im Rahmen eines tschechisch-sowjetischen Streites eine massive Beeinflussung der innerrussischen Verhältnisse bedeuten mußte, glaubte der amerikanische Präsident in einem solchen Fall Neutralität wahren zu können. Den Befürwortern militärischer Aktionen kamen in Anbetracht derartiger Argumente die bis Ende August 1918 andauernden Gefechte zwischen Gajdas Echelons und den vornehmlich ungarischen Rotgardisten-Abteilungen im Bajkalgebiet mehr als gelegen.[645] In den ersten Augusttagen besaß Lloyd George einen Bericht von General Dieterich, dem zufolge sich die Tschechoslowaken bei Chabarovsk und östlich von Irkutsk in einer außerordentlich kritischen Situation befänden und dringend alliierte Hilfe benötigten.[646] Ähnliche Gesuche erreichten zur selben Zeit Washington und Tokyo. Ein Anlaß existierte, mit dem selbst Wilson zum Handeln zu bewegen war.[647] Schon zwei

640 ÖSTA/KA, Nachlaß Raabl-Werner, B/141/4, II. Teil. In diesem Zusammenhang siehe auch: HGM/Plennyarchiv, Brief Harald Halls an Joachim Givens v. 26.1.1932.

641 Ebd.

642 Figes, Tragödie 611. Siehe außerdem: Chamberlin, Bd. 2, 10; Unterberger, The United States, Revolutionary Russia and the Rise of Czechoslovakia 214.

643 Kettle, Bd. 2, 233f.

644 Unterberger, The United States, Revolutionary Russia and the Rise of Czechoslovakia 234f. und 239f.

645 Bradley, Allied Intervention in Russia 95.

646 Kettle, Bd. 2, 301f.

647 Ebd.; Unterberger, The United States, Revolutionary Russia and the Rise of Czechoslovakia 281.

Wochen zuvor hatte dieser seine Richtlinien für eine Aktion der Vereinigten Staaten im Fernen Osten festgelegt. „Um den Tschechen in Wladiwostok in der Herstellung der Verbindung mit ihren Landsleuten in Westsibirien zu helfen", so der US-Präsident, seien die Vereinigten Staaten bereit, gemeinsam mit Japan Truppen zu entsenden; auch öffentlich solle aber bekanntgegeben werden, daß die Landung ausschließlich das Ziel verfolge, „die Tschechoslowaken gegen die deutschen und österreichischen Kriegsgefangenen zu unterstützen".[648] Damit hatte Washington, das über die Verhältnisse im Fernen Osten ungenügend informiert war, einen völlig anderen Kurs eingeschlagen als Frankreich und Großbritannien. Mit den Legionären US-Interessen gegen Expansionsgelüste einer ohnehin uneinigen japanischen Führung zu schützen, galt als opportun.[649] Nie aber ist es Woodrow Wilson in den Sinn gekommen, die vorgesehene kleine Streitmacht zum Sturz der Sowjetregierung zu benützen, um der russischen Bevölkerung „ein anderes Regime aufzuzwingen".[650]

Die Ausschiffung zusätzlicher Truppenkontingente bei Archangel'sk, in dessen Umgebung sich Ende des Jahres 10.000 bis 15.000 Interventen und 7.000 bis 8.000 „Weiße" unter General Miller befanden, sowie Landungen von weiteren englischen, französischen und amerikanischen, insbesondere aber von alles in allem 70.000 japanischen Soldaten im Fernen Osten kamen letztlich jedoch einer Opposition gegen Lenins Herrschaft unter den Einheimischen zugute, die ohne äußere Einflüsse jedes Mal rasch an Bedeutung zu verlieren drohte. Meldungen über die Ankunft alliierter „Expeditionsstreitkräfte" auf russischem Boden lösten deshalb in Moskau begreifbare Erregung aus.[651]

INTERNATIONALISTEN

Die Kluft zwischen der Entente und dem Kreml war unüberbrückbar geworden, um so mehr, als die Erklärungen Wilsons in offensichtlichem Widerspruch zu den tatsächlichen Ereignissen standen. Auch die Frage der Gefangenenbewaffnung war hochgespielt worden. Dem Sovnarkom entging nicht, daß die nach sowjetischen Angaben sogar kleiner werdenden „internationalen Formationen" in der disziplinierteren und stetig wachsenden Roten Armee nicht mehr jenen Stellenwert besaßen wie zur Jahresmitte 1918. Obwohl die exakte Zahl aller bei sowjetischen Verbänden dienenden „Nichtrussen" in den turbulen-

648 Kennan, Sowjetische Außenpolitik unter Lenin und Stalin 143.

649 Unterberger, The United States, Revolutionary Russia and the Rise of Czechoslovakia 321; Morley 269–283; Chamberlin, Die russische Revolution, Bd. 2, 11; Kettle, Bd. 2, 215.

650 Kennan, Sowjetische Außenpolitik unter Lenin und Stalin 143.

651 Rauch 108.

ten Sommermonaten nur geschätzt werden konnte, zeichneten sich anhand unterschiedlicher Angaben die Entwicklungen in groben Zügen ab. Am 26. 8. hatte das „ZEK der ausländischen Arbeiter und Bauern" seine Ortskomitees angewiesen, über „die *Anzahl und den Einsatz von Internationalisten*" in den umkämpften Regionen Bericht zu erstatten.[652] Zwei Wochen später wählten die Funktionäre revolutionärer Gefangenenvereinigungen bei ihrem Tätigkeitsbericht für die Monate April bis August diesbezüglich jedoch recht allgemeine Formulierungen. Sie meldeten „50.000 fremde Proletarier", welche, wie es zusammenfassend hieß, für die „heilige Sache an den verschiedenen Fronten" gegen „Kaledinsche, Korniloffsche, Dutow-, Krasnow-, Semjonowsche und tschechoslowakische Banden sowie gegen Kontrarevolutionäre aller Färbungen" einstünden.[653] Kurz zuvor waren auch Béla Kuns Parteigänger auf die Stärke internationaler Abteilungen eingegangen, deren Zusammenfassung sie der Regierung Lenins ebenso dringend wie vergeblich

---

652 Pardon/Shurawljow, Bd. 1, 107.

653 RCChIDNI, f. 549, op. 1, d. 92. John Bradley nennt in seiner Studie über die alliierte Intervention 40.000–50.000 Internationalisten unter Einbeziehung polnischer und chinesischer Regimenter; für Ivan Völgyes und András Mihályhegyi waren von den etwa 50.000 Internationalisten im Herbst 1918 60–80% ungarischer Nationalität; laut Konstantin L. Selesnjow traten bis Herbst 1918 allein etwa 50.000 und bis November 1918 etwa 80.000 Kriegsgefangene in die Rote Armee ein. B.B. Medvedev weist demgegenüber darauf hin, daß die Zahl der Internationalisten gegen Ende 1918 gesunken sei. V. M. Ustinov wiederum betont, daß zu den 50.000 Internationalisten im Oktober 1918 unter anderem Polen und Finnen hinzugerechnet werden müssen und man überdies die Ausländer bei den Sowjetstreitkräften im Ural, in Sibirien und Turkestan außer acht gelassen habe. Daß die Zahl der Kriegsgefangenen, die bis Mitte September Rotarmisten geworden waren, noch durch jene zu ergänzen sein, die nicht an den Fronten standen, hebt I. M. Sakinko hervor. Er kommt deshalb, wie Sonja Striegnitz anführt, bis zum 15. 9. auf eine Zahl von 130.000 Gefangenen in den militärischen Formationen der Räterepublik. Viele Historiker bleiben allerdings bei 50.000 bis 60.000 Internationalisten, ohne jedoch die darunter befindlichen Vierbundsoldaten von den übrigen Nichtrussen klar trennen zu können, ein Unterfangen, das allerdings ohnehin wenig Aussicht auf Erfolg bietet: Kriegsgefangene ebenso wie andere „Ausländer" dienten nicht nur in den internationalen Sowjetabteilungen. Letztere wiederum bestanden dafür zum Teil auch aus russischen Soldaten. Irreguläre Einheiten, lediglich für kurze Zeit und an bestimmten Orten auftretende Kampfverbände, unklare Frontverhältnisse in einer verworrenen militärisch-politischen Gesamtlage sowie starke Schwankungen der Truppenstärken, die vielfach auf Desertionen und Überläufer zurückzuführen waren, erschweren eine numerische Erfassung der Kriegsgefangenen-Rotarmisten und lassen in der Regel nur vorsichtige Schätzungen zu. Zur Zahlenproblematik siehe: Bradley, Allied Intervention in Russia 56; Dobson 113; Hautmann, Rätebewegung 186; Jósza, Ungarn und die ungarischen Bolschewiken 157ff.; Kolman 94; Medvedev, Federacija i internacional'nye formirovanija 211; Mihályhegyi 75; Scheibert 73; Selesnjow, Deutsche Internationalisten im Kampf um die Verteidigung der jungen Sowjetmacht 172; Striegnitz, Deutsche Internationalisten in Sowjetrußland 153; Striegnitz, Die aktive Teilnahme ehemaliger deutscher Kriegsgefangener an der Oktoberrevolution 139; Ustinov 419; Völgyes, Hungarian Prisoners of War in Russia 81.

anrieten. Dabei sprachen sie von 30.000 bewaffneten Kriegsgefangenen im europäischen Rußland und einer noch höheren Zahl in Sibirien.[654]

Die Schätzungen deutscher, österreichischer und ungarischer Kommunisten schienen allerdings zu hoch zu greifen. An Bedeutung verloren andererseits aber auch die Nachrichten von Räteinstitutionen der revolutionären Gefangenenbewegung, die zwischen den bedeutendsten Gruppen in den „ausländischen Einheiten der bolschewistischen Streitkräfte" – Staatsbürgern der Zentralmächte, Angehörigen nationaler Minderheiten des vormaligen Zarenreiches und einer beträchtlichen Menge ostasiatischer Arbeiter – nur selten unterschieden.[655] „Die internationalen Verbände, die sich zur Zeit in den Reihen der russischen roten Armee befinden, zählen ungefähr und nicht mehr als 15.000 bis 18.000 Soldaten [!]", stellten die zuständigen Rekrutierungskommissionen gegenüber Jakov Sverdlov, Józef Unszlicht und Lev Trockij fest.[656] Eine Sitzung der ausländischen Kommunisten am 3. und 4. März 1919 kam demgegenüber zwar auf 30.000–35.000 Mann, von denen man ungefähr 15 bis 20 Prozent als „ideologisch standfest" bezeichnete.[657] Nichtsdestoweniger mußte auch die CFIG eine sinkende Moral unter den Internationalisten konstatieren. Deren Kommandanten schilderten die Stimmung der Mannschaften ohne Schönfärberei: Die meisten wollten das Heer verlassen und auf schnellstem Wege heimkehren.[658]

Selbst unter Berücksichtigung der mittelasiatischen Sowjettruppen, in denen einige tausend „Werktätige aus Mitteleuropa" keine geringe Rolle spielten[659], bestand an der allgemeinen Entwicklung kein Zweifel. Eine zusehends straffer geführte Rote Armee vergrößerte sich von Monat zu Monat, umfaßte mit Herbstbeginn ungefähr 500.000 Soldaten und war zur Jahreswende 1918/19 auf dem Weg zu einem Millionenheer.[660] Im Gegensatz dazu verringerte sich insbesondere der Mannschaftsstand jener Verbände, welche sich nicht zuletzt aus ehemaligen Gefangenen zusammensetzten. Dementsprechend rasch sank der Anteil der Internationalisten in der Roten Armee, betrug im Oktober 1918 etwa sieben, ein Jahr darauf vier und im Dezember 1920 nicht einmal mehr ein Prozent.[661] Rein numerisch nahmen die bewaffneten Ausländer daher eine herausragende Stellung im

---

654 Pardon/Shurawljow, Bd. 1, 107.

655 Diesbezüglich seien Studien von A. J. Manusevič und M. M. Koronen zu den Polen und Finnen in der Roten Armee erwähnt: Manusevič, Pol'skie Internacionalisty 148f. und Koronen 499ff.

656 RCChIDNI, f. 17, op. 109, d. 51; vgl. Žarov 577.

657 RCChIDNI, f. 549, op. 1, d. 2.

658 Ebd.; vgl. RCChIDNI, f. 549, op. 1, d. 23.

659 Selesnjow, Deutsche Internationalisten im Kampf um die Verteidigung der jungen Sowjetmacht 173; Žarov 577; Pardon/Shurawljow, Bd. 1, 224 und Bd. 2, 445–447.

660 Footman 158f.; Gosztony 41–44 und 57f.; Borkenau, Der russische Bürgerkrieg 25; Schmiedel/Schnitter 59.

661 Krasnov 6.

Frühjahr, vor allem jedoch im Sommer 1918 ein. In diesem Augenblick ließ die militärische Schwäche gegnerischer Kräfte im früheren Herrschaftsgebiet der Romanovdynastie insgesamt rund fünfzigtausend Mitglieder der „slawischen Freiwilligendivisionen“[662] zu einem Entscheidungsfaktor werden. Zugleich fand das Auftreten von Kriegsgefangenen auf der Seite des „Oktoberregimes“ in und außerhalb Rußlands beträchtliche Beachtung. Legionäre und Internationalisten vermochten vielerorts bewaffnete Auseinandersetzungen zu dominieren, die mit den Schlachten des Ersten Weltkrieges nur wenig gemeinsam hatten. Da niemand über genügend Kräfte verfügte, gab es keine feststehenden Fronten. Man verlud eine Handvoll Männer und einige Maschinengewehre in einen Zug, fuhr in den nächsten Bahnhof und „nahm die jeweilige Stadt ein“.[663] Gefechte wurden gerade im Laufe des Jahres 1918 oft genug zur Farce: Beide Seiten hatten sich mit „Fahnenflüchtigen“ herumzuschlagen und wichen einem Treffen häufig aus, während sie in ihren Lageberichten das Fehlverhalten ihrer Leute herunterspielten und die erzielten „Erfolge“ übertrieben. Jaroslav Hašek, als Schriftsteller durch die Figur des „braven Soldaten Schwejk“ unvergessen und in Rußland nach der Machtergreifung Lenins selbst in der Roten Armee aktiv[664], brachte die absurden Aspekte dieser Kampfhandlungen auf den Punkt. In seinem Roman „Der Rote Kommissar“ befiehlt der „Schwejksche Held seinen Truppen, sich nach links zurückzuziehen, wenn seine Linien am rechten Flügel durchbrochen werden. Anschließend sendet er dem Kommandostab ein Telegramm, in dem er einen ‚großen Sieg‘ und die Einkesselung der Weißen meldet.“[665]

Daß dem Einsatz der „Rotgardisten aus der Donaumonarchie“ besonderes Augenmerk geschenkt wurde, nimmt angesichts solcher Operationen kaum wunder. Immer wieder erinnerten Artikel in der Tagespresse und Berichte der Fürsorgemissionen an die „Ausländer in Rußland“, welche, wie ein Abgesandter konstatierte, „im Anfang die Hauptmacht des Sowjetheeres“ gestellt hätten.[666] Einem „Telegramm unseres Korrespondenten in Haag“ zufolge, verlautbarte in diesem Sinne auch der „Pester Lloyd“ vom 23. November 1918, „beträgt der Mannschaftsbestand ungefähr eine Viertelmillion, die angeblich in völlig modernem Geiste organisiert ist und zu dreißig Prozent aus deutschen und österreichischen Kriegsgefangenen besteht“.[667] Nachdrücklich dementierte die Kremlführung

---

662 Schmiedel/Schnitter 62f.; vgl. Rutkowski, Kundschafterdienst/Mission Landsberger 45; Chamberlin, Bd. 2, 15; Klante, Von der Wolga zum Amur 157; White, Siberian Intervention 237 und 252f.; RCChIDNI, f. 17, op. 109, d. 117.

663 Figes, Tragödie 589f.

664 Kolman 107–110; vgl. Rupnik 42.

665 Figes, Tragödie 590.

666 ÖSTA/AdR, BKA/KGF 1922: V4.

667 Pester Lloyd, 65. Jg., Nr. 275, Abendblatt (23.11.1918) 5. Siehe dazu auch: Preßburger Zeitung, Jg. 155, Nr. 167 (20.6.1918) 3.

derlei Berichte, wußte man doch seit geraumer Zeit um die Bedeutung der Gefangenenthematik in den alliierten Interventionsdebatten. Lev D. Trockij, der im November darauf hinwies, daß Ziffern deutscher und englischer Zeitungen über eine Rote Armee von 400.000 bis 500.000 Mann „bedeutend hinter den wirklichen zurückbleiben" würden[668], bezeichnete schon am 23.8.1918 die Statements der US-Regierung über die Beteiligung von Kriegsgefangenen an den Kämpfen gegen die Tschechoslowaken als „monströse Erfindung".[669] In Wahrheit, so Trockij, handle es sich bei diesen Vierbundsoldaten um „revolutionäre Sozialisten, die sich gegen jede Art des Imperialismus richteten und im übrigen nicht mehr als ein Fünfundzwanzigstel der gesamten Rätestreitmacht" stellten.[670] Die Ausführungen des Volkskommissars für militärische Angelegenheiten zielten zweifelsfrei darauf ab, im Umgang mit der Entente und den Zentralstaaten möglichst kleine Internationalistenverbände anzuführen, deren Mitglieder er überdies samt und sonders als russische Bürger auswies, eine Argumentation, die keineswegs den Tatsachen entsprach.[671] Die Zahlenangaben Trockijs ließen sich jedoch zumindest gegen Jahresende nicht ohne weiteres ignorieren. Nachrichten jener Gremien, die mit der Bildung internationaler Truppenteile in der Roten Armee befaßt waren, dienten als Bestätigung.[672] Hinzu kamen Untersuchungen neutraler Delegierter, die, wie Elsa Brändström, eine Reihe von Unterlagen zusammentrugen. Sich darauf berufend meinte Margarete Klante, daß es 1918 nicht mehr als 15.000 bewaffnete Gefangene auf seiten der Bol'ševiki gegeben habe, „wovon etwa 5.000 auf Turkestan entfallen" seien.[673]

Dennoch dürfte ihre Auflistung nicht vollständig sein. In einzelnen Regionen stellten vorrangig k.u.k. Armeeangehörige auch zahlenmäßig eine nicht zu unterschätzende Größe dar. Ihr Widerstand gegen die Tschechoslowaken erregte vor allem in Sibirien Aufsehen, wo knapp 1.000 Soldaten der Zentralstaaten bei Spassk, zirka 4.000 im Bajkalgebiet und jeweils mindestens 800 bis 1.000 in Krasnojarsk beziehungsweise Omsk registriert wurden.[674] Die Verwendung dieser Einheiten blieb jedoch durch die raschen Erfolge der Legionäre und ihrer Verbündeten unter den Einheimischen ein Intermezzo. Abgesehen von

668 Trotzki, Die Geburt der Roten Armee 151.

669 Degras, Soviet Documents on Foreign Policy, Vol. I, 95.

670 Ebd.

671 GARF, f. r-393, op. 1, d. 66 und op. 7, d. 2-19, 23-29; vgl. Striegnitz, Kerntruppe der Weltrevolution 140f.

672 Pardon/Shurawljow, Bd. 1, 176, 224 und 296.

673 Klante, Von der Wolga zum Amur 98.

674 ÖSTA/KA, AOK/Op.Abt., Ev. Grp.-R 1918: 4. Nachricht v. 23.7.1918; Dotsenko 17, 28–30 und 33; Dobson 112; White, Siberian Intervention 164 und 234; Islamov 256 sowie Klante, Von der Wolga zum Amur 174. Nach Konstantin L. Selesnjow spielten die Internationalisten in einzelnen Bezirken Sibiriens eine beträchtliche Rolle. Gemäß seinen Ausführungen stellten sie „im Jenisseisker Gou-

den Aktivitäten diverser Partisanenabteilungen zwang dieser Umstand zahlreiche „Rotgardisten" dazu, unterzutauchen. Vor allem Ungarn, Deutsche und Österreicher versuchten in der Folge durch die Rückkehr in die Lagergemeinschaften der Verfolgung zu entgehen.[675]

Demgegenüber gerieten internationale Sowjetverbände weiter westlich in langwierige Gefechte und wurden überdies gemeinsam mit russischen Kräften von einem Krisenherd zum anderen verlegt. Sammelten sich beispielsweise auch „fremde Proletarier" der Roten Armee während des Frühjahrs gegen Ataman Dutov bei Orenburg, avancierten im Sommer Ekaterinburg und Perm' zu „Zentren der Internationalisten" im Ural.[676] An beiden Orten stationierte man in diesem Zusammenhang auch ausländische Kommunisten, die Béla Kun, Lajos Wienermann und Ferenc Münnich führten, während man Tibor Szamuelys Ungarn ins Wolga-Kama-Gebiet „dirigierte".[677] Dort nahmen frühere Kriegsgefangene an den Kämpfen um Kazan', Simbirsk und Samara teil. Dabei wurde über einige Formationen Genaueres bekannt.[678] Etwa befand sich das 216. (1.) Internationale Schützenregiment unter Gyula András Varga im Befehlsbereich der ersten Armee sowohl in Samara als auch in Simbirsk[679], wo gleichfalls Slavojar Časteks Internationales Regiment in die Auseinandersetzungen verwickelt war. Častek kam mit einer kleinen Einheit von nur 180 Mann aus Penza. Hier zog 1918 außerdem Jaroslav Strombach mehr als 700 tschechoslowakische Rotarmisten zusammen.[680]

Die Angaben zu den in der Regel recht kleinen Abteilungen und Unterabteilungen, von denen nach russischen Berechnungen zwischen 1918 und 1920 mehr als 500 in der Streit-

---

vernement bis Juli 1918 über 12 Prozent und im Gouvernement Tomsk 14 Prozent aller Kämpfer". – Selesnjow, Deutsche Internationalisten im Kampf um die Verteidigung der jungen Sowjetmacht 173. Ähnlich wie in Ententekreisen kursierten übrigens auch bei den österreichischen Behörden unzutreffende Meldungen über „Kriegsgefangenenarmeen" mit mehreren zehntausend Mann. – Siehe dazu: ÖSTA/KA, AOK/Op.Abt., Ev. Grp.-R 1918: Bericht über die militärische Lage Rußlands v. 15.8.1918; ÖSTA/KA, AOK/Op.Abt., Hk.-Grp. 1918: Op.Nr. 131.026.

675 Zeisel, Tagebuch 127; Ridley 71; Dedijer 47; Ney 62ff.

676 ÖSTA/KA, KM/10. Abt./Kgf. 1918: 10-7/7-417, 10-35/118-896, 10-35/351 und 10-44/1393-10. Frankreichs Botschafter Joseph Noulens behauptet, von den 22.000 Kriegsgefangenen in Ekaterinburg hätten 4.000 zur Jahresmitte 1918 in der Roten Armee gedient. – Noulens 190; vgl. ÖSTA/KA, AOK/Op.Abt., Ev. Grp.-R 1918: 7. Nachricht v. 30.6.1918 und 8. Nachricht v. 3.7.1918; zu den Internationalisten im Ural siehe überdies: Pardon/Shurawljow, Bd. 1, 272; Hautmann, Rätebewegung 185.

677 Borsányi 68f.; Szamuely 25f.; Jósza, Ungarn und die ungarischen Bolschewiken 159; Islamov 250; Medvedev, Federacija i internacional'nye formirovanija 209f.

678 ÖSTA/KA, AOK/Op.Abt., Ev. Grp.-R. 1918: 2. Nachricht v. 6.7.1918 und 2. Nachricht v. 29.7.1918.

679 Žarov 583; Pardon/Shurawljow, Bd. 1, 151. Vargas Schützenregiment wurde außerdem auch im Südural eingesetzt. – Pardon/Shurawljow, Bd. 1, 272.

680 Klevanskij, Učastie čechoslovackich internacionalistov 192.

macht der Räterepublik existierten[681], lassen allerdings erkennen, in welchem Ausmaß die numerische Stärke einzelner Formationen innerhalb weniger Wochen durch Verluste, Desertionen und Truppenzusammenlegungen schwankte. Eine militärische Beurteilung einzelner Einheiten, in deren Reihen überdies vielfach Einheimische und Ausländer gemeinsam ihren Dienst versahen, wird dadurch zusätzlich erschwert. Signifikant hierfür sind etwa Informationen über das 1. Samaraer Internationale Regiment, das laut Berichten Mitte November 1918 aus 400, am 10.1.1919 aber aus 2.200 Mann bestanden haben soll.[682] Als sich die Aufmerksamkeit Moskaus auf die Front bei Caricyn konzentrierte, wurden binnen weniger Monate mehrere Tausende Nichtrussen in die Rote Armee eingereiht.[683] Von ihnen sind zum Jahreswechsel 1918/19 3.000 an der „bolschewistischen Südfront" verblieben.[684]

Zur selben Zeit ließen neben Berichten über bewaffnete Vierbundsoldaten, die sich unter anderem im Kaukasus und in Nordrußland auf die Seite des „Oktoberregimes" stellten[685], vor allem Zahlen aus Zentralasien aufhorchen.[686] Das Gebietskomitee der ausländischen Kommunisten in der Turkestanischen Sowjetrepublik vergaß in einem Bericht vom 29. September 1919 nicht, die Erfolge seiner „verstärkten Agitationsarbeit" anzuführen. Dieser sei es zu danken, so die Komiteevorsitzenden, daß Ende 1918 „2.500 der Sache der Revolution ergebene Gefangene an den Fronten standen".[687] Am exaktesten erfaßte man die „Parteimitglieder und parteilosen Internationalisten in den Truppenteilen und militärischen Einrichtungen" der Region Anfang 1920. Einem Verzeichnis vom 6. Februar entsprechend befanden sich „im Fergana-Tal rund 1.500, im Raum Syrdarja 1.600,

681 Krasnov 4.

682 Tregubow, W.I. Lenin und die deutschen Internationalisten in Sowjetrußland 379.

683 RCChIDNI, f. 549, op. 4, d. 4; vgl. Striegnitz, Deutsche Internationalisten in Sowjetrußland 181f.

684 RCChIDNI, f. 549, op. 1, d. 80. Über Internationalisten in Südrußland während des Jahres 1918 siehe außerdem: Striegnitz, Deutsche Internationalisten in Sowjetrußland 181–184; Pardon/Shurawljow, Bd. 1, 105, 109f., 206, 223 und 261.

685 Birman 361; Zelenin 320. „Internationalistenbataillone" entstanden überdies in den westlichen Randgebieten sowie in den Hauptstädten Rußlands, um zumeist von dort in die Hauptkampfgebiete entsandt zu werden. – ÖSTA/KA, AOK/Op.Abt., Ev. Grp.-R 1918: 3. Nachricht v. 28.7.1918; ÖSTA/KA, KM/10. Abt./Kgf. 1918: 10-7/7-239; Zelenin 320; Manusevič, Pol'skie internacionalisty 150ff.; Hautmann, Rätebewegung 185; Selesnjow, Deutsche Internationalisten im Kampf um die Verteidigung der jungen Sowjetmacht 171; Pardon/Shurawljow, Bd. 1, 108f. und 159.

686 Siehe dazu unter anderem: ÖSTA/KA, liqu. KM/10. Abt./Kgf. 1919: 10-7/7-63; ÖSTA/AdR, BKA/KGF 1921: 19-26/35 und 19-26/79; Archiv und Dokumentationszentrum der österreichischen Arbeiterbewegung, Sozialdemokratischer Parlamentsklub, Karton 96, Mappe 131/2, Bericht des Präsidiums der deutschösterreichischen Staatskommission für Kriegsgefangenen- und Zivilinterniertenangelegenheiten 10.

687 RCChIDNI, f. 549, op. 1, d. 4; vgl. Pardon/Shurawljow, Bd. 1, 224.

bei Samarkand 760, in Tschardshui 46, in Termes 58" sowie im Operationsgebiet gegen den britischen General Malleson und die dortigen „weißen" Kräfte ungefähr 2.000 „rote Vierbundsoldaten". Von diesen knapp 6.000 Mann waren – ungeachtet der weniger verläßlichen Informationen aus Transkaspien – die meisten Ungarn, Reichsdeutsche beziehungsweise Deutschösterreicher und fast die Hälfte KP-Mitglieder.[688] Das Gefangenen-Aufgebot erwies sich als wesentliche Stütze der Taškenter Räteregierung. Seit 1918 hatten internationale Verbände sowohl bei Samarkand als auch gegen Ural-Kosaken und entlang der Eisenbahn Aščhabad-Krasnovodsk entscheidenden Anteil an den Erfolgen der revolutionären Formationen.[689] Dabei erkannten neutrale Beobachter gleichermaßen wie die kriegführenden Parteien den Wert der Internationalisten an, die als Angehörige der Habsburger- und Hohenzollernarmeen mit der Waffe vertraut waren und „über eine mehr oder weniger große Kampferfahrung verfügten".[690] „Die ganze Artillerie und alle Maschinengewehre", ließ ein aus Taškent zurückgekehrter Delegierter für Repatriierungs- und Fürsorgeangelegenheiten die verantwortlichen Stellen in Wien im Februar 1920 wissen, „wurden von Kriegsgefangenen bedient; die Ausarbeitung der Pläne für das Vorgehen besorgten Kriegsgefangene und überhaupt alles, wozu geistige Arbeit nötig war, haben die Kriegsgefangenen gemacht."[691] Der Steirer Rudolf Köstenberger, selbst am MG ausgebildet und seit 1918 bei den Sowjetverbänden Turkestans, äußerte sich in ähnlicher Weise. Bei der „Säuberung von Bahnhofsstationen", so Köstenberger, hätten die „Schnellfeuerbatterien, welche ausschließlich von Artilleristen aus der Festung Przemyśl bedient wurden", ganze Arbeit geleistet.[692] Aussagen, wie die N. Jakovlevs, des Vorsitzenden vom Zentralen Vollzugsausschuß der sibirischen Räte, der angesichts „erster Kämpfe mit den Weißtschechen" auf einer Plenartagung am 27.6.1918 die „standhaften Internationalisten" gegenüber „unerfahrenen Rotgardisten" hervorhob, förderten mancherorts den Glauben, bei den „aus-

688 RCChIDNI, f. 549, op. 1, d. 63. Über die Internationalisten in Turkestan zu Jahresbeginn 1920 gibt auch folgendes Dokument aus dem Russischen Staatlichen Militärhistorischen Archiv in Moskau Auskunft: RGVIA, F.33.988, op. 2, d. 119.

689 Zenkovsky 231; Schmiedel/Schnitter 174; Köstenberger, Mit der Roten Armee durch Russisch-Zentralasien 9ff., 41–78 und 102ff. Über die Kämpfe in Turkestan und die Verwicklungen deutscher und österreichischer Kriegsgefangener in die mittelasiatischen Konflikte berichten außerdem: Hajit 73–95; Hentschel, Auf Tamerlans Spuren 329; Mawdsley, The Russian Civil War 235–241; Morris 363ff; Olcott 679ff.; Selesnjow, Deutsche Internationalisten im Kampf um die Verteidigung der jungen Sowjetmacht 176f.; Striegnitz, Deutsche Internationalisten in Sowjetrußland 155–162; Ullman 310f. und 328f.

690 Selesnjow, Deutsche Internationalisten im Kampf um die Verteidigung der jungen Sowjetmacht 173.

691 ÖSTA/AdR, BKA/KGF 1922: V4; vgl. Walesch 37.

692 Köstenberger, Sechs Jahre in Turkestan 41.

ländischen Abteilungen der Bol'ševiki" handle es sich um Elitetruppen.[693] Russischen Berechnungen zufolge aber waren vor allem die Verhältnisse in Turkestan keineswegs exemplarisch für die Gesamtsituation auf dem Territorium des vormaligen Zarenreiches. Zwischen 1918 und 1920 dürfte nur ein geringer Teil der Deutschen und Österreicher mit speziellen militärischen Aufgaben betraut worden sein. Alles in allem dienten bei der Artillerie weniger als fünf Prozent der Ausländer; mehr als drei Viertel von ihnen wurden den Schützeneinheiten der „Arbeiter- und Bauernarmee" zugeteilt.[694]

Die Bedeutung der internationalen Formationen relativierten jedoch andere Aspekte wesentlich nachhaltiger. „Die *Aussicht auf eine baldige Rückkehr* nach Österreich war die Ursache für „den Masseneintritt unserer Leute in die Rote Armee", hielt Rudolf Köstenberger in seinen Memoiren fest.[695] Immer wieder tauchte der Gedanke auf, sich „mit dem Gewehr in der Hand nach Hause" durchzuschlagen. Kaum war der Widerstand der „Weißen" an einer Stelle gebrochen, tauchten Schwierigkeiten auf. Köstenberger dazu: „Unterdessen wurde Orenburg von den Rottruppen eingenommen" und „unsere Vertreter erinnerten die Russen an das gegebene Versprechen, bei einem eventuellen Freiwerden der Strecke nach Zentralrußland unserer Heimreise nichts in den Weg zu legen". An ihre „uns gegebenen Zusagen" wollten sie sich jedoch „nicht mehr erinnern"; deshalb ließen „wir unsere Waggons auf ein Nebengleis fahren" und richteten „unsere Geschütze gegen die Stadt Tschardschui". „Auf diese deutliche Antwort hin gab man die Erlaubnis zu unserer Abfahrt. [...] Ein Teil unserer Leute, hauptsächlich Reichsdeutsche, ließ sich trotzdem überreden und verblieb an der Front. Der Großteil meldete sich allerdings zum Abtransport und war nicht mehr gewillt, für die Interessen der Sowjets zu kämpfen."[696] Dennoch konnte Köstenbergers Transport Mittelasien nicht verlassen. Die nach wie vor großteils „mit Revolvern und Handgranaten" ausgerüsteten Ex-Internationalisten liefen Gefahr, in gewaltsame Auseinandersetzungen mit den Rätebehörden hineingezogen zu werden. Schließlich wurde der Zug umzingelt. Seine Insassen gingen in die Gefangenenlager oder auf Arbeit.[697]

Vorfälle wie in Turkestan drohten inzwischen aber auch anderswo. Nach der Meinung mehrerer KP-Funktionäre rächte es sich nun, daß bei der Mobilisierung deutscher und österreichisch-ungarischer Soldaten die „weltanschauliche Komponente" oftmals keine

---

693 Selesnjow, Deutsche Internationalisten im Kampf um die Verteidigung der jungen Sowjetmacht 173.

694 Krasnov 4.

695 Köstenberger, Sechs Jahre in Turkestan 38; vgl. ders., Mit der Roten Armee durch Russisch-Zentralasien 7.

696 Ebd. 66ff.

697 Ebd. 68–71.

Berücksichtigung fand. Mit den russischen Proletariern gegen die Konterrevolution zu kämpfen, erklärte so manches Mitglied der „ausländischen Sowjettruppen", sei „wohl weniger aus revolutionärer Überzeugung" geschehen „als vielmehr darum, dem Verhungern zu entgehen".[698] Die Aussagen einiger Lenin-Anhänger spiegelten sich in den Protokollen der Wiener Heeresverwaltung wider. Inspizienten des Repatriierungsapparates erfuhren von „Rückläufern", daß sich „viele wegen ihrer Not der Roten Garde" angeschlossen hätten; die „Repräsentanten der Rätemacht" wüßten dies für sich zu nutzen.[699] Es lägen Hinweise vor, daß man die eigenen Leute, „welche nicht in die Rote Garde eintreten wollen, hungern lasse", schrieb am 21.7.1918 die Filiale Char'kov an die k.u.k. Kriegsgefangenen-Hauptmission für die Ukraine.[700] Wenige Wochen zuvor erhielten die Rußland-Kundschafter des Armeeoberkommandos in Baden vergleichbare Informationen. „Heimgekehrte sagen aus", hieß es in einer Nachricht vom dritten Juli, „daß durch Androhung von Lebensmittelentziehung die Kriegsgefangenen und Zivilinternierten in den Städten Jekaterinburg, Irbit und Schadrinsk von den Bolschewiki zum Kampf gegen die Tschechen organisiert worden seien."[701] Gerüchte, die sich noch vor dem Ende des Habsburgerreiches zur Gewißheit verdichteten, bestätigte im nachhinein die Memoirenliteratur. Leopold Steiner etwa schilderte 1930 die Verhältnisse in Rostov am Don wenige Monate nach dem „Oktoberumsturz" wie folgt: Um die in einer Kaserne „untergebrachten Kriegsgefangenen zum Eintritt in die russische Volksarmee zu zwingen, verbündete sich der übergeordnete Kommissär mit dem Hunger. Dieser sollte ihm die erforderlichen freiwilligen Rotgardisten zuführen. […] Die Gefangenen erhielten einmal am Tage eine dünne Schnitte schwarzes Brot und eine Schale Krautwasser; es sollte Krautsuppe sein. Mehr nicht, und wenn sie sich vor Hungerkrämpfen wanden. Diejenigen, die sich zum Eintritte in die Rote Armee entschlossen, faßten sofort lichtes, gutes Brot, trefflich zubereitetes Essen und, wonach eines jeden Verlangen ging, Zigaretten."[702]

---

698 Braun 193.

699 ÖSTA/KA, AOK/Op.Abt., Hk.-Grp. 1918: Op.Nr. 130.548, 131.491, 131.402 und 131.706.

700 ÖSTA/KA, AOK/Op.Abt., Hk.-Grp. 1918: Op.Nr. 131.660.

701 ÖSTA/KA, AOK/Op.Abt., Ev. Grp.-R 1918: 8. Nachricht v. 3.7.1918. Es ist allerdings darauf hinzuweisen, daß trotz wiederholter Meldungen über eine bewußte Schlechterstellung jener Gefangenen, die nicht mit den Bol'ševiki sympathisierten, keine Verallgemeinerung zulässig ist. Heimkehrer haben auf die höchst unterschiedliche Situation der Deutschen und Österreicher in den verschiedenen Regionen Räterußlands hingewiesen. Ivan Völgyes wiederum spricht sich in diesem Zusammenhang deutlich gegen Vermutungen aus, die schlechte Verpflegungslage in vielen Lagern folge einer generellen Vorgangsweise der Sowjetführung. – Völgyes, Hungarian Prisoners of War 67; vgl. ÖSTA/KA, KM/10. Abt./Kgf. 1918: 10-33/211.

702 Steiner, Skarree! Skarree! 127.

Daß man zur gleichen Zeit auch andernorts weniger auf Werbereden als auf die „Löhnung und Verpflegung" setzte[703], ging auch aus den Schilderungen des Deutschösterreichers Rudolf Graf hervor. „Bitte sehr, Towarisch! Bist dürr wie ungarischer Tobokstengel! Muß ich dir geben Doppelportion! Igen, mußt essen, viel essen! Bei Rote Garde ist Essen gut und viel", läßt Graf in unverkennbar parodistischer Weise den magyarischen Koch einer Internationalistenabteilung beim „Menagieren" im Lager Berezovka sagen.[704] Dessen Insassen gaben sich keinen Illusionen hin. Als unter Kommandorufen in deutscher und ungarischer Sprache eine Halbkompanie von Rotgardisten zwischen den Baracken Aufstellung nimmt, weiß, so Rudolf Graf, jeder, daß die „sogenannten Neutralen" nun genötigt würden, Farbe zu bekennen.[705] „Keinen Pardon", hörte Graf den Befehlshabenden Swoboda, einen ehemaligen k.u.k. Zugsführer, zu seinen Untergebenen sprechen. „Geht's nicht mit Güte, so mit Gewalt! Bleibt ein anderer Ausweg? Die Tschechen stehen bei Sludjanka und ich fürchte, sie werden unsere Front durchbrechen."[706] Bald erreichten den dänischen Vicekonsul in Irkutsk Beschwerden aus nahezu allen ostsibirischen Aufenthaltsorten der Vierbundsoldaten.[707] Obwohl unzählige Offiziere und Mannschaften beschlossen hätten, sich „in die inneren Angelegenheiten Rußlands nicht einzumischen", wären die Bol'ševiki nach „anfänglichen Versprechungen zu Zwangsmaßregeln" übergegangen[708], informierten neutrale Schutzmachtvertreter die Regierungsstellen der Donaumonarchie; „dabei seien zunächst dreihundert Mann gegen ihren Willen an die Front" geschickt und bei einer zweiten Aushebung sogar „2.000 als Kombattanten in die Rote Armee gedrängt" worden.[709]

Proteste von Mitarbeitern Heinrich von Raabl-Werners sowie skandinavischer Delegationen blieben nicht aus.[710] Daß ihr Auftreten allerdings Wirkung zeigte, war nicht zuletzt auf die Haltung der KP-Spitzen zurückzuführen.[711] Verordnungen der Volkskommissa-

703 Siehe dazu auch: ÖSTA/KA, AOK/Op.Abt., Hk.-Grp. 1918: Op.Nr. 130.311.

704 Graf 10.

705 Ebd. 3.

706 Ebd.

707 ÖSTA/KA, AOK/Evb. d. Gstbs/NA d. AOK, Kgf.-Fürsorge, Korrespondenzen 1917–1920, 1918: Nr. 4.738.

708 In zahlreichen Darstellungen werden die Werbemethoden russischer Sowjetrepräsentanten und österreichischer Internationalisten als Politik nach dem Motto „Zuckerbrot und Peitsche" beschrieben. Siehe dazu unter anderem: Völgyes, Hungarian Prisoners of War 67; Willfort 134ff. und 140; Vanry 93; ÖSTA/KA, AOK/Op.Abt. Hk.-Grp. 1918: Op.Nr. 131.518 und 131.688.

709 Ebd.; ÖSTA/KA, AOK/Evb. d. Gstbs/NA d. AOK, Kgf.-Fürsorge, Korrespondenzen 1917–1920, 1918: Nr. 4.012 und 4.666.

710 GARF, f. 3333, op. 4, d. 70.

711 ÖSTA/KA, AOK/Evb. d. Gstbs/NA d. AOK, Kgf.-Fürsorge, Korrespondenzen 1917–1920, 1918: Nr. 4.666.

riate, welche den Ortssowjets befahlen, „sofort Maßnahmen gegen Gewaltakte unter den Kriegsgefangenen von verschiedenen politischen Meinungen zu ergreifen", wurden zwar auf internationale Verpflichtungen bezogen, „deren Verletzung", so die durchaus wahrheitsgemäße offizielle Lesart, „großen Schaden bringen würde"[712]; in Parteikreisen brachte man aber auch andere Begründungen vor. Auf den Tagungen der zentralen Föderation ausländischer KP-Gruppen artikulierte sich nämlich der Unmut über den *Zustand „nichtrussischer Truppenteile"*. Deren ideologische Beeinflussung werde vernachlässigt, ließen einige Sprecher wissen.[713] Zugleich mache sich die revolutionäre Gefangenenbewegung unbeliebt, weil sie sich mancherorts den Heimkehrwilligen in den Weg stelle[714] und durch Zwangsrekrutierte den „Zusammenbruch der internationalen Arbeiter- und Bauernarmee", wie auch Endre Rudnyánszky betonte, verschulde.[715] Rudnyánszkys Einsichten wogen schwer. Die Gefolgschaft Béla Kuns mißtraute vielen Internationalisten, forderten doch bisweilen sogar k.u.k. Offiziere ihre Leute auf, in die Rote Garde vorübergehend einzutreten, um „in mehreren Etappen über die Frontlinie" zu flüchten.[716]

Ein Vorschlag von Arthur Ebenholz, die bewaffneten Gefangenen vor allem nicht in die westlicher gelegenen Kampfgebiete zu entsenden, sie vielmehr in Zentralrußland systematisch zu einer schlagkräftigen Formation zu machen und dabei propagandistisch zu bearbeiten[717], war jedoch gleichfalls zum Scheitern verurteilt. Die von Desertionen geplagten sowjetischen Streitkräfte mußten unentwegt mit neuen Mannschaften aufgefüllt werden; Nichtrussen für längere Zeit im Hinterland zu halten, sie aus den diversen Verbänden herauszulösen und in einer einzigen Einheit zusammenzufassen war mit den Erfordernissen eines durch Improvisationen und Notlösungen gekennzeichneten Kriegsgeschehens inmitten der einigermaßen verworrenen politischen Entwicklung kaum vereinbar. Hinzu kam, daß die Entscheidung, sich auf die Seite der Bol'ševiki zu schlagen, oft durch regionale Konflikte unumgänglich erschien. Als die mit den „Weißen verbündeten Basmatschen ihr Lager überfielen und die unbewaffneten Insassen niedermetzelten", sei den Angegriffenen nichts anderes übriggeblieben, als der Roten Armee Turkestans beizutreten, rechtfertigte etwa der Vater eines ungarischen Oberleutnants die Handlungsweise seines Sohnes in einer Bittschrift an Admiral Nikolaus Horthy.[718]

Ging es demnach in zahlreichen Fällen einzig und allein ums Überleben, so stimmten andererseits auch *weltanschauliche Motive*, die manchem Angehörigen der Vierbund-

712 ÖSTA/KA, KM/10. Abt./Kgf. 1918: 10-7/7-362.

713 RCChIDNI, f. 549, op. 1, d. 2.

714 Ebd.

715 RCChIDNI, f. 549, op. 1, d. 23.

716 ÖSTA/KA, KM/10. Abt./Kgf. 1918: 10-7/7-242; vgl. Pastor, Hungarian POWs in Russia 155.

717 RCChIDNI, f. 549, op. 1, d. 2.

718 Mihályhegyi 76.

armeen den Weg in die Rote Armee ebneten, keinesfalls mit den Programmen des „Oktoberregimes" überein. Sowohl Moskau als auch Wien beobachteten, wie sich mehrere Internationalistenorganisationen bemühten ethnische Spannungen unter den k.u.k. Soldaten für ihre Zwecke einzusetzen und Gegensätze am Feindbild der „slawischen Druschinisten" dingfest zu machen.[719] Für die Geheimdienstler um Max Ronge lagen dabei die Ursachen in der Grauzone zwischen Nationalismus und Patriotismus. Nicht ohne Grund neigten sie gemeinsam mit dem Kriegsministerium am Stubenring zu der Einschätzung, speziell österreichisch-ungarische Gefangene seien von ihrer Regierung enttäuscht. Da „sie sich im Stich gelassen fühlten", zeitige, so die Nachrichtenabteilung des AOK, die „Hetzerei der russischen und der eigenen Bolschewiken" Erfolge.[720] Trotzdem kam man diesbezüglich in Baden ebenso berechtigt zu völlig konträren Erklärungen: Gerade die Ansicht, „daß sie im Sinne des Rechtes handeln und für ihr Vaterland kämpfen, wenn sie mit den Bolschewiken gegen die Tschecho-Slowaken gehen", beginnt in Rußland „bei unseren Kriegsgefangenen Platz zu greifen", notierte ein Heereskundschafter des Generalstabs.[721]

Zugleich aber bestand für die militärischen Stellen der Mittelmächte kein Anlaß, die Attraktivität des „Oktoberprogrammes" prinzipiell in Frage zu stellen. Unbestreitbar wurden Angehörige der Vierbundarmeen auch aus freien Stücken und mit dem Ziel Rotarmisten, „den ersten sozialistischen Staat in seinem Kampf gegen die imperialistischen Klassenfeinde zu unterstützen".[722] Daß hierbei ein oftmals unreflektierter, nicht selten kurzlebiger revolutionärer Enthusiasmus zum Tragen kam und augenblickliche agrarpolitische Losungen Lenins gerade die großteils aus der Landbevölkerung stammenden ungarischen Soldaten beeindruckten[723], vermochte die RKP(b) in einigen entscheidenden Momenten ebenfalls auszuspielen. Schließlich erstreckte sich der Schauplatz bolschewistischer Machtbehauptung im Sommer 1918 nicht allein auf die unklaren „äußeren Fronten" Sowjetrußlands.

Ein „verläßlicher *Kern der Internationalistenbewegung*" mußte mithelfen, die weitgehend ungefestigte *Position der Sowjetregierung nach innen hin abzusichern.* In dieser Hinsicht hatten sich lettische Regimenter als überaus wichtige Stütze erwiesen. In Petrograd unmittelbar nach dem Umsturz stationiert, an den Fronten gegen Kaledin und später gegen die

719 Pastor, Hungarian POWs in Russia 155f.; vgl. ÖSTA/KA, AOK/Op.Abt., Hk.-Grp. 1918: Op.Nr. 131.706.

720 Zit. nach Kreiner 99f.

721 ÖSTA/KA, KM/10. Abt./Kgf. 1918:10-7/7-949; vgl. Kreiner 99.

722 Kreiner 98.

723 Mihályhegyi 74f.

Tschechoslowaken im Einsatz, die Umgebung der Volkskommissare kontrollierend und an der „Niederschlagung mehrerer Aufstände" maßgeblich beteiligt[724], erblickten speziell Kritiker der „proletarischen Diktatur" in ihnen „die treuesten Diener des neuen kommunistischen Staates", eine Art „fremdländische Leibgarde", die vor allem in der Čeka eine herausragende Rolle spielte.[725] Außer acht gelassen wurde dabei allerdings der Umstand, daß Lenins Parteigänger ebenso um alle anderen Ausländer warben, die sich mit der Revolution identifizierten. Demgemäß gingen „chinesische Bataillone" und vornehmlich ungarische Kriegsgefangene, die Einheimische oft nicht von den Männern aus dem Baltikum zu unterscheiden vermochten, gleichermaßen daran, für die „Räteherrschaft Ordnung zu schaffen".[726] Ein erster Schlag traf anarchistische Vereinigungen, die mit der Schaffung neuer militärischer beziehungsweise polizeilicher Institutionen durch den Sovnarkom deutlich oppositionellere Töne anschlugen und deren Auftreten nicht nur die KP als „reines Banditentum" bezeichnete.[727] In der Nacht vom 11. zum 12. April 1918 zerstörten Kontingente der „Außerordentlichen Kommission für den Kampf gegen Konterrevolution und Sabotage" gemeinsam mit lettischen Abteilungen der Kremlwache die Moskauer Quartiere der sogenannten „Schwarzen Garde", bewaffneter Anarchisten, die man, wie Feliks E. Dzeržinskij verlautbaren ließ, nicht „wegen ihrer Weltanschauung, sondern aufgrund ihrer kriminellen Aktivitäten" ausschalten müsse.[728] Die Bol'ševiki waren „ihren linken Freunden bisher entgegengekommen", was spontane Hausbesetzungen und unkontrollierte Waffenrequisitionen begünstigte; nun präsentierten Dzeržinskij und seine Stellvertreter unter den Augen der Entente-Diplomaten ihr Vorgehen in der Hauptstadt als ersten Schritt „zur Wiederherstellung der Disziplin".[729]

Der ČK-Chef wußte freilich nur zu gut, daß seine „Sicherheitskräfte" landesweit noch keine relevante Größe darstellten und die „Letten als Nukleus der Revolutionstruppen" auf die Dauer durch Spezialeinheiten entlastet werden mußten.[730] Deutsche und Österreicher, die sich den Sowjets zur Verfügung gestellt hatten, sollten dabei ebenfalls verwendet werden, stießen sie doch sogar unter den Augen der Kremlführung zur Roten Garde. Vor deren Moskauer Stab, berichtet Arnošt Kolman, patrouillierten in der Hauptsache Letten und Internationalisten aus den Reihen der Gefangenen, die überdies „nachts in der

724 Bradley, Allied Intervention in Russia 58; Wolkogonow, Trotzki 197f.; Raleigh 87. Siehe diesbezüglich vor allem die Studie von Andrew Ezergailis, The Latvian Impact on the Bolshevik Revolution: The First Phase, September 1917 to April 1918. Boulder 1983.

725 Melgunow 327.

726 Bradley, Allied Intervention in Russia 58.

727 Ulam 481; Fel'štinskij, Krušenie mirovoj revoljucii 384ff.

728 Leggett 35.

729 Ebd.; Ulam 481f.

730 Ebd. 94.

ganzen Stadt Hausdurchsuchungen" durchführten, „Verhaftete der Čeka" und beschlagnahmte Räume den für „Wohnungslose" zuständigen Räteinstanzen übergaben.[731] In den Außenbezirken wurde ähnlich verfahren. „Ich erinnere mich", schreibt Kolman weiter, „an eine richtige Kriegsexpedition, die wir in einen der Villenvororte Moskaus unternahmen. Wir umzingelten diese Ortschaft und liquidierten ein Nest konterrevolutionärer Offiziere, die heftigen Widerstand leisteten, so daß es auf beiden Seiten viele Verwundete und Tote gab. Ich lag die ganze Nacht vor diesem Häuserblock und habe aus dem Maschinengewehr ‚Maxim' so lange geschossen, bis die Salven von drüben aufhörten. Gegen Morgen endlich" ergab sich der „restliche Haufen". In den Datschen aber „trafen wir" nur noch „tote und verwundete Weißgardisten an, die allesamt mit den Gefangenen in Lastwagen auf die Lubjanka befördert wurden".[732]

Was im Zentrum der Macht als enge Kooperation zwischen ausländischen Rotgardisten und dem wachsenden „Imperium" Dzeržinskijs begonnen hatte, nahm in den folgenden Monaten auch in den entlegeneren Gebieten Gestalt an. Vierbundsoldaten fungierten als Exekutivorgane der Sowjetautoritäten. Oppositionelle Kräfte mußten davon nicht nur zwangsläufig Notiz nehmen, für viele wurden die „ausländischen Werktätigen" zu einem Wesensmerkmal der KP-Herrschaft. Rasch glaubte man Zahlen vorlegen zu können. Antibolschewistische Vereinigungen in Sibirien stützten sich auf Informationen einzelner Rätefunktionäre und schätzten die Zahl der „roten Kriegsgefangenen", die während des Frühjahrs 1918 in unterschiedlichen „Detachments Strafaktionen gegen die Einheimischen" durchführten, auf nicht weniger als zehntausend Mann.[733] Die Angaben mochten bezweifelt werden. Nichtsdestoweniger registrierte man auch im Kreml internationale Bataillone unter den Čeka-Truppen; in den Gefechten mit Kolčak glichen manche Einheiten eher k.u.k Regimentern. Ungarn dienten mit Deutschösterreichern, Ukrainern und Polen aus Galizien[734], um zugleich hinter der Front bedeutende Aufgaben, insbesondere bei der *Aufrechterhaltung des Transportwesens*, zu übernehmen.

Zuallererst galt es, die lebenswichtigen Zugverbindungen aufrechtzuerhalten, weshalb die Volkskommissariate energische Schritte einleiteten.[735] Feliks Dzeržinskij stand ihnen in nichts nach. Die Kontrolle des Schienenverkehrs hatte beim Aufbau des ČK-Netzwerkes Priorität.[736] „Verläßliche Einheiten" mußten zu diesem Zweck gebildet werden. Angehörige der Hohenzollern- und Habsburgerarmeen rückten einmal mehr in den Blick-

731 Kolman 81f.

732 Ebd. 86.

733 Dotsenko 17.

734 Leggett 95.

735 Hildermeier, Die Russische Revolution 285.

736 Leggett 94.

punkt des Interesses. Die „Feindaufklärung" des Armeeoberkommandos in Baden sammelte „Rückläufermeldungen", welche besagten, daß „einige Eisenbahnstationen" im sowjetischen Einflußbereich unter dem „Kommando deutscher Offiziere" stünden.[737] Desiderius Brandner von der Nachrichtenabteilung präzisierte das Bild. „Auf den Bahnhöfen", hieß es in seinem an die 10. Gefangenenabteilung des Wiener Kriegsministeriums weitergeleiteten Bericht, „befinden sich überall die Gardisten von unserer Mannschaft, welche alle Durchgegangenen aufhalten und verhaften. Offiziere und Mannschaft, welche nicht in der Garde sind, werden von den eigenen Leuten aufgegriffen" und „mit Schimpfworten überhäuft".[738] Brandner schrieb aus Samara, wo sich ungefähr zu dieser Zeit auch Adolf Epstein befand. Wie viele andere riskierte der Leutnant des Infanterieregimentes Nr. 11 in der revolutionären Umbruchphase die Flucht.[739] Er und seine Begleiter fürchteten dabei hauptsächlich die Kontrollen der Internationalisten. Epstein dazu in seinen Memoiren: „Gefährlicher als die Russen waren aber die ehemaligen österreichisch-ungarischen Soldaten, die in die rote Garde eingetreten waren und von welchen auch ein Teil am Bahnhof Dienst tat. Diese hatten ein unglaublich scharfes Auge für ihre eigenen Leute. Unter den besten Verkleidungen erkannten sie den kriegsgefangenen Offizier, den ‚Bourschui'."[740] Schon aufgrund ihrer Sprache und Herkunft eigneten sich „fremde Werktätige", die sich mit dem neuen Moskauer Regime identifizierten, als Bedienstete in den entstehenden „Zwangsinstitutionen" der Sowjetrepublik. Nichts lag näher, als überwiegend magyarische Gefolgsleute der RKP(b) auf ihre „Kameraden" aus den Heeresverbänden der Mittelmächte anzusetzen. In Ufa beispielsweise fühlten sich ausländische Kommunisten dementsprechend nicht nur für Propagandakampagnen, sondern auch für die „Kontrolle der Konterrevolution" unter den Angehörigen der Vierbundarmeen verantwortlich.[741] Dadurch empfahlen sie sich als Mitarbeiter den örtlichen Čeka-Departments[742], die im Sommer 1918 angewiesen worden waren, „Nachrichten-Büros" mit dem Ziel einzurichten, neben „staatsfeindlichen" Parteien und der „Bourgeoisie" auch „Rotarmisten und Kriegsgefangene" zu observieren.[743] Meldungen über Deutsche, Österreicher und Ungarn bei der „Außerordentlichen Kommission" waren demnach keine Seltenheit. Noch im Frühjahr 1919, als sich die Reihen nichtrussischer Rätetruppen lichteten, befanden sich etwa in Penza, Voronež und Jaroslavl' *internationale ČK-Einheiten*.[744]

---

737 ÖSTA/KA, AOK/Op.Abt., Ev.-Grp.-R 1918: 16. Meldung v. 10.1.1918.
738 ÖSTA/KA, KM/10. Abt./Kgf. 1918: 10-7/7-419.
739 Epstein 38ff.
740 Ebd. 43f.
741 RCChIDNI, f. 549, op. 1, d. 76.
742 Über die Deutschen und Österreicher bei der Ufaer Čeka siehe: RCChIDNI, f. 549, op. 1, d. 6 und 76.
743 Leggett 39f.
744 GARF, f. 3333, op. 3, d. 546; Pardon/Shurawljow, Bd. 1, 296.

Hinzu kamen unzählige frühere Gefangene bei „Sonderabteilungen" und Festungsgarnisonen in Andižan, Skobelev, Taškent und Samarkand sowie bei Wach- und Reservebataillonen u. a. in Vol'sk, Pokrovsk, Samara, Simbirsk, Jaroslavl', Tula, Petrograd und Moskau.[745] Dort beschäftigte sich auch der am 31.8.1918 von den Bol'ševiki verhaftete britische Generalkonsul Bruce Lockhart mit der Zusammensetzung sowjetischer Sicherheitsorgane.[746] Am 8. September hatte man Lockhart in den Kreml überstellt. Am nächsten Tag fand der englische Diplomat erstmals Zeit, seine Haftbedingungen näher zu betrachten. Drei Posten, die alle vier Stunden abgelöst wurden, ließen ihn keine Minute unbeaufsichtigt. Dabei, notierte Lockhart in seinem Tagebuch, sei ihm aufgefallen, daß es sich bei den Männern vorrangig um Letten, aber auch um Russen, Polen und Ungarn gehandelt habe.[747] In der Tat stationierte man vormalige k.u.k. Soldaten, welche durch die „Kaderschmiede" der CFIG gegangen waren, in unmittelbarer Nähe der Regierungsspitzen.[748] „Nachdem wir Freiwilligen Moskau erreicht hatten", erinnert sich diesbezüglich Fransisc Covacs, der wie Béla Kun aus Klausenburg stammte, „machten wir eine dreiwöchige Ausbildung durch. Ich hatte in dieser Zeit Gelegenheit Lenin, Kalinin und andere Führer der Revolution zu sehen. Nach Ablauf der drei Ausbildungswochen wurde ich der Kremlwache zugeteilt", danach aber wieder abkommandiert. „Ein Genosse in Zivil, doch mit einem Schulterriemen und einem Revolver am Gürtel, war zu uns gekommen und hatte eine Namensliste verlesen. Unter den Aufgerufenen war ich."[749]

Die Ausführungen von Fransisc Covacs verdeutlichen die *Lage überzeugter KP-Anhänger.* Um den bolschewistischen Machterhalt bemüht wechselten sie ständig von einem Konfliktfeld zum anderen. „Äußere und innere Bedrohungen" vermochte man kaum zu unterscheiden. Als geradezu exemplarisch hierfür darf die Situation in dem von „Tschechen und Weißen" angegriffenen *Ekaterinburg* gewertet werden, wo nach „Geheimberichten" der k.u.k. Generalstäbler „eine große Zahl von Mannschaftspersonen der ‚Roten Garde' beigetreten" sein soll, um „angeblich den Polizeidienst in der Stadt auszuüben".[750]

Anfang Juli machte sich eine allgemeine Unruhe breit. Flugzeuge kreisten über den Häusern und warfen Bomben ab, die zwar keinen Schaden anrichteten, aber den örtlichen Sowjetrepräsentanten unmißverständlich das Herannahen der Legionäre signalisierten.[751] Verteidigungsmaßnahmen wurden ergriffen, an denen sich auch Deutsche und Österreicher beteiligten. Schon im Februar hatte die Pravda mitgeteilt, vorrangig um Ekaterinburg

745 RGVIA, f. 33988, op. 2, d. 113; RCChIDNI, f. 549, op. 1, d. 63.

746 Rauch 112.

747 Young 42.

748 ÖSTA/KA, KM/10. Abt./Kgf. 1918: 10-7/7-719.

749 Erinnerungen an den Großen Oktober 281.

750 ÖSTA/KA, KM/10. Abt./Kgf. 1918: 10-44/1393-10.

751 Ferro 383.

festgehaltene Kriegsgefangene wären mit dem Versprechen in die „Arbeiter- und Bauernarmee" eingetreten, „das Land im Kampf gegen die Konterrevolution zu unterstützen".[752] Zunächst entstand eine kleine Abteilung, bestehend aus Ungarn, Chinesen und Koreanern, während das lokale Komitee der Internationalisten insbesondere unter Mithilfe des hinzugekommenen Deutschösterreichers Josef Grün noch primär „Aufklärungsarbeit unter den Heimkehrern" leistete.[753]

Seit Juni aber veränderte sich die Situation. Die militärische Lage erforderte die Konzentration größerer Sowjetverbände im Ural. Zwei Abteilungen vorwiegend ungarischer Rotarmisten trafen in Ekaterinburg ein. Rund tausend Bewaffnete waren von Béla Kun aus dem Westen herangeführt worden, die sich mit vierhundert Mann aus der Tomsk vereinigten.[754] Im Juli fiel Aleksandra Fedorovna das hektische Treiben in der Stadt auf. „Andauernd", vertraute die letzte Zarin am 12.7.1918 ihrem Tagebuch an, „hören wir Artillerie vorbeiziehen, Infanterie und zweimal in dieser Woche Kavallerie. Zweimal scheinen es die österreichischen Kriegsgefangenen zu sein, die gegen die Tschechen marschieren", ebenfalls „frühere Kriegsgefangene von uns", die „durch Sibirien marschieren und jetzt nicht weit von hier stehen".[755] Die Monarchin aus deutschem Fürstenhaus hielt getreulich fest, was sich über den Köpfen der kaiserlichen Familie zusammenbraute und schließlich deren Schicksal besiegelte. Plädierte vor allem Trockij für eine öffentliche Gerichtsverhandlung gegen den früheren Autokrator, so gaben die allseits bedrängten Bol'ševiki in den ersten Juliwochen ihren ursprünglichen Plan auf.[756] Wie der Räteführer des Uralgebietes, der sich schon im April dafür ausgesprochen hatte, die „Romanovs einfach abzuknallen", entschied sich nun auch die Staats- und Parteispitze, mit dem Exzaren und seinen Angehörigen „kurzen Prozeß" zu machen. Möglicherweise ging man von der zweifelhaften Überlegung aus, die vorrückenden „Weißen" könnten eine weitgehend diskreditierte Gestalt wie Nikolaj zu ihrem lebenden Symbol machen und eine „nach 1917 bereits undenkbare Wiederherstellung" der „alten Ordnung" mit dem Glanz des ehemaligen Herrscherhauses schmücken.[757] Lenin und seine engste Gefolgschaft, vermutlich Opfer ihrer eigenen Propaganda, wonach die sowjetfeindliche Generalität samt und sonders monarchistisch gesinnt sei, trafen die Entscheidung: Die Romanovs mußten sterben.[758] Am 4. 7. über-

752 ÖSTA/KA, Chef des Ersatzwesens 1918: 63-2/6-9, vgl. ÖSTA/KA, KM/10. Abt./Kgf. 1918: 10-35/351.
753 Chil'čenko 43–46. Über das „Ekaterinburger Komitee der ausländischen Arbeiter und Bauern" in den Monaten Mai bis Oktober 1918 siehe vor allem auch: RCChIDNI, f. 549, op. 1, d. 28 und 66; Pardon/Shurawljow, Bd. 1, 101f. und 140.
754 Ebd. 48.
755 Schütt/Stolze 346.
756 Buranow/Chrustaljow 276; Figes, Tragödie 673f.
757 Figes, Tragödie 675f.
758 Ebd.

nahm die örtliche Čeka unter Jakov Jurovskij die Bewachung im Ipat'ev-Haus.[759] Vom 16. auf den 17. Juli 1918 führte man in Ekaterinburg aus, was Moskau beschlossen hatte. Gegen zwei Uhr brachte man Nikolaj, den Carevič, seine Frau und seine Töchter gemeinsam mit dem Arzt des Zaren und dem übrigen Gefolge in einen Kellerraum. Den elf Personen traten nach einigen Minuten fünf Russen und sechs Ungarn gegenüber.[760] Sie standen unter dem Befehl Jurovskijs, der das Todesurteil verlas.

Entgegen allen späteren Spekulationen hat keiner der „Delinquenten" die Exekution überlebt, obwohl sich die Sowjetführung in ihren offiziellen Erklärungen offenbar scheute einzugestehen, daß sie auch die Kinder und Bediensteten ermordet hatte, und lediglich die Hinrichtung des Exmonarchen bekanntgab.[761] Derlei Nachrichten hatten sich im übrigen ohnehin bereits vor dem 16. Juli verbreitet. Einigermaßen gespenstisch lesen sich die Ausführungen der österreichischen Nachrichtendienstler Ende Juni und Anfang Juli 1918[762], nahmen doch die Unterlagen der „Feindaufklärung" in Baden bei Wien den Ablauf der Ereignisse gewissermaßen vorweg. „Es sei nicht unmöglich", hieß es am 30. 6. in einer Meldung der für Rußland zuständigen Evidenzgruppe in der Operationsabteilung des AOK, „daß der Zar mit seiner ganzen Familie den Unruhen zum Opfer gefallen ist. Angeblich soll das Verbrechen von den bolschewistischen Wachen begangen worden sein, die den Zaren nicht in die Hände der Tschechen geraten lassen wollten."[763] Die k.u.k. Generalstäbler beriefen sich bei ihren Schilderungen auf Gerüchte in der gesamten russischen Presse, wobei man insbesondere Gor'kijs kritische „Novaja Žizn'" hervorhob, die am 18. Juni eine Notiz zur „Widerlegung von Gerüchten über den Zarenmord seitens der Moskauer Sowjetkreise" veröffentlichte und kurioserweise am 16. Juli, am Tag der Bluttat im Ipat'ev-Haus, verboten wurde.[764]

Nicht viel einfacher gestalteten sich indessen die Recherchen über „das Verschwinden des Großfürsten Michael Alexandrowitsch". Als potentieller Thronfolger, registrierten die Militärs der Donaumonarchie, „ist er der Kandidat der ententefreundlichen Monarchisten und soll sich deshalb schon zu den sibirischen Gegenrevolutionären begeben haben, die ihn nach einigen Aussagen zum Zaren ausgerufen haben".[765] Diesbezüglich lagen die

759 Figes, Tragödie 676; Steinberg/Chrustaljow 284–287.

760 Leggett 66; Figes, Tragödie 676f.; Gilliard 56; Noulens 190; Ferro 345; Steinberg/Chrustaljow 353f.; Buranow/Chrustaljow 280ff. Über die Namen der Ungarn äußert sich Elisabeth Heresch in ihrer Biographie über den letzten russischen Zaren. – Heresch, Nikolaus II. 373 und 378f.; vgl. Molnár/Nagy 16ff.; Radzinsky 382f.; RCChIDNI, f. 549, op. 1, d. 28, 66, 76.

761 Figes, Tragödie 677; vgl. ÖSTA/KA, AOK/Op.Abt., Ev. Grp.-R 1918: 1. Nachricht v. 22.7.1918.

762 ÖSTA/KA, AOK/Op.Abt., Ev. Grp.-R 1918: 9. Nachricht v. 26.6.1918, 10. Nachricht v. 28./29.6.1918 und 15. Nachricht v. 7./8.7.1918.

763 ÖSTA/Op.Abt., Ev. Grp.-R 1918: 9. Nachricht v. 26.6.1918.

764 Leggett 65; ÖSTA/Op.Abt., Ev. Grp.-R 1918: 9. Nachricht v. 26.6.1918.

765 ÖSTA/KA, AOK/Op.Abt., Ev. Grp.-R 1918: Nachricht v. 30.6.1918.

„Quellen“ der österreichisch-ungarischen Heereskundschafter jedoch völlig falsch. Michail war zu diesem Zeitpunkt bereits tot. Der jüngere Bruder des vormaligen russischen Imperators, welcher mit Rückendeckung der regionalen ČK bei Perm' erschossen worden war[766], mußte der unerbittlichen Logik des Leninschen Entschlusses ebenso weichen wie sechs weitere Angehörige der Romanov-Dynastie. Letztere, unter ihnen auch die Schwester der Zarin, Elizaveta Fedorovna, wurden nur vierundzwanzig Stunden nach der Familie des vormaligen Imperators im nördlich von Ekaterinburg gelegenen Alapaevsk ermordet.[767] Dort befanden sich gleichfalls Kriegsgefangene, die, wie Zugsführer Karl Brantner am 14.6.1918 schrieb, allerdings den „aufgestellten revolutionären Komitees“ nur deshalb folgten, weil „sie eben von den anderen mitgerissen“ würden. Die meisten, gab sich Brantner abschließend überzeugt, „werden zusammenklappen wie ein Federmesser [!], wenn sie die Grenze überschreiten“.[768] Bis dahin aber wollten die Bol'ševiki auf jede erdenkliche Hilfe zurückgreifen. Ein Teil der Internationalisten wurde solcherart auch hier mit speziellen Aufträgen betraut; dazu soll unter anderem die Bewachung der Romanovs in Alapaevsk gehört haben[769], ähnlich wie im Ipat'ev-Haus, wo gemäß den Tagebuchnotizen des französischen Diplomaten Louis de Robien schon im Mai die russische Bewachung „durch ehemalige österreichische und ungarische Kriegsgefangene ersetzt worden“ war.[770]

Seriöse und zweifelhafte Nachrichten lagen eng beieinander. Manche Gegner der Bol'ševiki aber differenzierten ohnehin nicht. Vielmehr erachteten sie die Beteiligung österreichisch-ungarischer Soldaten am Zarenmord als „eigentliche Tragik des Russen“, als Herrschaft der „Fremden“, ob in Gestalt tschechischer Legionäre oder magyarischer Internationalisten, über das „eigene Haus“. Für den „weißen“ General Konstantin Sacharov wurde das Anwesen Ipat'evs zum Symbol. Nach dem Einmarsch der Tschechen am 25. 7. beherbergte es nach Sacharov den Stab Radola Gajdas, der, wie der empörte General feststellte, kein „natürliches Pietätsgefühl“ besitze und ausgerechnet dort sein Quartier beziehe, wo „Jankel Jurovski mit einer Handvoll anderer Juden [!] bestialisch gewütet“ habe.[771] Alte Vorurteile tauchten auf. Die Abstammung Jurovskijs stand ebenso zur Debatte wie die der revolutionären Kriegsgefangenen. Immer wieder fühlte man sich auch im Schriftverkehr offizieller Stellen der Zentralmächte bemüßigt auf „rassische Merkmale“ der „Unruhestifter“ hinzuweisen. „Jud ist Jud“ ergänzte ein Mitarbeiter beim k.u.k. Chef des Ersatzwesens, nachdem er Berichte über prosowjetische Vierbundsoldaten gelesen

766 Leggett 66; Steinberg/Chrustaljow 284ff.

767 Ebd; vgl. Ferro 357; Sacharov 227f.

768 ÖSTA/KA, AOK/Evb. d. Gstbs/NA d. AOK, G.Z.N.B., Zensur-Abt. „D“ 1918: Res. Nr. 5221.

769 Pipes, Russische Revolution, Bd. 3, 779.

770 Robien 301.

771 Sacharov 224f.

hatte, in denen die Bedeutung „ungarischer Einjährig-Freiwilliger mosaischen Glaubensbekenntnisses“ wieder einmal ausdrücklich Erwähnung fand.[772] Aus „Ekaterinodar kommende russische Beamte“ festigten an der Demarkationslinie die „Werthaltung“ ihrer deutschen und österreichischen Kollegen. „Hetzer“ wollten sie schon an ihrer „Physiognomie“ erkannt haben, zum Beispiel einen „Juden aus Wien oder Budapest mit rundem Gesicht, rotblondem Haar und einer starken Hakennase“.[773]

Alle Neuigkeiten über die „unbotmäßigen Israeliten“ aber stellte die Ermordung der Zarenfamilie in den Schatten. Zunächst gängige Feindbilder mancher weißgardistischer Offiziere verstärkend, fand die Tat des „Scharfrichters Jurovskij und seiner fremdstämmigen Söldner“[774] Aufnahme in das Standardrepertoire des europäischen Antisemitismus schärfster Prägung. Die Vorgänge in Ekaterinburg dienten unter anderem der Rechtfertigung nationalsozialistischer Rassen- und Antikominternpolitik[775], während die Sowjetregierung damit ihrerseits den Aufbruch zur unbeschränkten Gewalt legitimierte. Lenin, für den der Zar ein bedeutungsloser Mensch, der „Idiot Romanov“, war, wollte mit der Beseitigung Nikolajs und seiner Angehörigen die „Menschen in den eigenen Reihen aufrütteln und ihnen zeigen, daß es keinen Rückzug geben“ könne, daß, wie er sagte, „wir entweder dem totalen Sieg oder dem totalen Untergang entgegengehen“.[776] Die Ereignisse im Juli 1918 ragten aus der allgemeinen Entwicklung jener Zeit heraus.[777] Als die Herrschaft der Boľševiki selbst vielen ihrer Anhänger kaum mehr lebensfähig erschien, entschloß man sich Weichen zu stellen, in der Notlage alles auf eine Karte zu setzen. Um die „Lage zu retten“, waren die Volkskommissare überzeugt, bedurfte es der Abschreckung. „Wie kann sie ohne Exekutionskommandos funktionieren“, fragte Lenin, um noch nachhaltigere Zwangsmaßnahmen einzufordern.[778] Von Anfang an handelten die Sowjetmachthaber selbst ohne Druck „mit äußerster Grausamkeit“. „Feinde“ gerade jetzt, während der bewaffneten Auseinandersetzung mit den tschechoslowakischen Legionären und den entstehenden russischen Gegenregierungen, zu schonen, hielt das Regime für „falsche Sentimentalität“.[779] Der Weg zum „Roten Terror“ war beschritten.

Seine Vollstrecker, unter ihnen die „Kerntruppen der Internationalistenbewegung“, nahmen dabei nicht zuletzt die linken SRy ins Visier, deren hingebungsvolles Engagement zur Neugestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse den ersten Monaten nach dem Sturz

772 ÖSTA/KA, Chef des Ersatzwesens 1918: 63-2/6-11.

773 ÖSTA/KA, AOK/Op.Abt., Hk-Grp. 1918: Op.Nr. 131.688.

774 Gilliard 54.

775 Siehe in diesem Zusammenhang unter anderem: Seraphim 245.

776 Zit. nach Ulam 487.

777 Figes, Tragödie 668.

778 Ebd. 666.

779 Hildermeier, Geschichte der Sowjetunion 150.

Kerenskijs die Aureole revolutionärer Romantik verliehen hatte. Obwohl diese trotz der Konflikte um den Brester Frieden auch weiter auf eine Kooperation mit der RKP(b) abzielten und nach ihrem Ausscheiden aus dem Sovnarkom immerhin in vielen staatlichen Institutionen verblieben, gewannen die Kontroversen mit den Kommunisten zusehends an Schärfe.[780] Die Lage spitzte sich weiter zu. In Petrograd führten elende Lebensbedingungen zu Aufständen der Obuchov-Werke und der Kronstädter Torpedoboot-Schwadron. In Moskau kam es zu bewaffneten Zusammenstößen zwischen Sowjeteinheiten und den hungernden Eisenbahnern.[781] Der Kreml sah seine engste Gefolgschaft schwinden. Unzufriedene Arbeiter tendierten zu den Men'ševiki; das Samaraer Komuč entwickelte sich zum antibolschewistischen Sammelbecken rechter Sozialisten-Revolutionäre.[782] Lenins Anhang antwortete prompt. Beide Parteien verloren Sitz und Stimme im zentralen und in den meisten regionalen Räten, deren Handlungsspielraum ohnehin schon beschnitten worden war.[783]

Die PLSR protestierte, nahm sich gleichzeitig jedoch auch anderer Kritikpunkte an.[784] Im Namen der Bauernschaft auftretend, verurteilte sie insbesondere die Zwangseintreibungen und die Komitees der Dorfarmut („Kombedy"), welche die ärmere Agrarbevölkerung zusammenfassen, das Getreide requirieren und die Enteignung der „Kulaken" vollenden sollten.[785] Mit dem Versuch, einen „ländlichen Klassenkampf" zu initiieren, beschworen die Sowjetorgane hingegen eine Welle der Empörung herauf. Ganze Regionen wurden von Aufständen erfaßt.[786] Bauern zogen mit Mistgabeln und Gewehren gegen die Mitglieder der Kombedy beziehungsweise der örtlichen KP-Vereinigungen zu Felde und taten es damit ihren Standesgenossen in der Ukraine gleich, die sich gegen die drückenden Bedingungen deutscher und österreichischer Okkupation zur Wehr setzten. Erhebungen in den besetzten Gebieten und permanente Streitigkeiten um den Verlauf der Demarkationslinie[787] stärkten die linken SRy zugleich in der Überzeugung, ein Abkommen mit den Mittelmächten verurteilen zu müssen, das ihrer Ansicht nach Rußland zu einem Vasallen des Deutschen Reiches gemacht und die Ideale des Sozialismus aufs schwerste kompromittiert hatte.[788] Im ZK der PLSR redete man von Volksaufständen

780 Cinella 64ff.

781 Borkenau, Der russische Bürgerkrieg 22.

782 Ebd.; Hildermeier, Geschichte der Sowjetunion 150.

783 Häfner 483–494; Hildermeier, Die Russische Revolution 266; Borkenau, Der russische Bürgerkrieg 22; Chamberlin, Bd. 2, 46.

784 Ebd. 457–467 und 483–494.

785 Hildermeier, Die Russische Revolution 281; Figes, Tragödie 656.

786 Figes, Tragödie 656.

787 Kettle, Bd. 2, 251; Degras, Soviet Documents on Foreign Policy, Vol. I, 101.

788 Figes, Tragödie 669.

und, der eigenen Tradition folgend, von individuellem Terror, der dem Brester „Schandvertrag" ein Ende bereiten und den Kurs einer als maßgebliche revolutionäre Kraft grundsätzlich anerkannten bolschewistischen Partei korrigieren könne.[789]

Die Opposition zu Lenin brachten prominente Führer der linken Sozialisten-Revolutionäre wie Marija Aleksandrovna Spiridonova und Boris Davidovič Kamkov[790] während des fünften Sowjetkongresses im Bol'šoj-Theater vor. Von aggressiven Tönen begleitet offenbarten sich fundamentale Auffassungsunterschiede, die in heftigen Angriffen Kamkovs gegen die Imperialisten aus dem Hohenzollernreich ihren Höhepunkt fanden.[791] Ein seit geraumer Zeit an der „Lebensfähigkeit" des KP-Regimes zweifelnder Botschafter Berlins saß in der kaiserlichen Loge, als sich die wütenden Delegierten gegen ihn persönlich wandten.[792]

Zwei Tage später, am 6. Juli 1918, wurde Wilhelm Mirbach im Missionsgebäude an der Denežnij Pereulok erschossen.[793] Ausgerechnet innerhalb der „Außerordentlichen Kommission für den Kampf gegen die Konterrevolution" schufen sich die Täter ihre Aktionsplattform. Manchem erschien Feliks Dzeržinskijs Auftreten in einem zweifelhaften Licht, gehörte doch der ČK-Chef zu den linken Kommunisten, die gegen die Vereinbarungen mit den Zentralmächten im März gleichfalls Front gemacht hatten.[794] Die Bemühungen der SRy um die Fraktion Bucharins und deren Vertraute aus der Zentralen Föderation ausländischer KP-Gruppen verliefen allerdings im Sand.[795] Dzeržinskij war durch widersprüchliche Aussagen, seine Sorglosigkeit im Umgang mit Informationen über mögliche Terroranschläge und schließlich durch die Eile, mit der er seinen Stellvertreter, den LSR-Mann V. A. Aleksandrovič, ohne Gerichtsverfahren und persönlich hinrichtete, unter Verdacht geraten. In der Folge stellte er seinen Posten vorübergehend zur Verfügung.[796]

Immerhin brachte seine Organisation die mysteriösen Vorgänge in der Hauptstadt überhaupt erst ins Rollen.[797] Was in Moskau am 6. Juli geschah, verdiente keinesfalls als „Aufstand" oder „Putsch" beschrieben zu werden.[798]

---

789 Cinella 64ff.; Häfner 495–505; Fel'štinskij 369; Chamberlin, Bd. 2, 49.
790 Političeskie Partii Rossii 238ff. und 584f.
791 Lockhart, Vom Wirbel erfaßt 279f.; Chamberlin, Bd. 2, 47ff.; Kettle, Bd. 2, 253ff.
792 Ebd. Zu Mirbachs Haltung gegenüber den Bol'ševiki siehe unter anderem: Ulam 483.
793 Chamberlin, Bd. 2, 49; Ruland 64f.; Silverlight 47; ÖSTA/KA, AOK/Op. Abt., Ev. Grp.-R 1918: Nachricht v. 6.7.1918.
794 Häfner 546.
795 Daniels 115f.; Kosmač/Kosmač 26; Kopylov, Oktjabr' v Moskve 211; Reisberg, Österreichische Kommunisten und Internationalisten 17; Ulam 484; Fel'štinskij 408.
796 Häfner 546; Fel'štinskij 179f; Političeskie Partii Rossii 185.
797 Figes, Tragödie 670.
798 Ebd.; vgl. Häfner 542ff.

Abgesehen von allen Ungereimtheiten bezog die eigentümliche Taktik einiger linker Sozialisten-Revolutionäre jedenfalls von Anfang an die Gefangenenthematik mit ein. Damit die beiden Attentäter, die LSR- und ČK-Mitglieder Jakov G. Bljumkin und Nikolaj A. Andreev, überhaupt in die Nähe ihres Opfers gelangen konnten, nutzten sie den Fall des k.u.k. Offiziers Robert Mirbach, eines wegen Spionageverdachtes verhafteten entfernten Verwandten des deutschen Gesandten.[799] Bei letzterem sprach man nun in „dieser persönlichen Angelegenheit" vor, um sich unmittelbar nach dem Mord in die Pokrovskij-Kaserne, zum Standort einer Čeka-Truppe unter der Leitung des linken SR Dmitrij I. Popov, zu flüchten.[800] Dessen Männer aber zeigten keine Neigung, ein Regime zu beseitigen, dem die Mehrheit der Moskauer Garnison neutral gegenüberstand und das gerade auf ein paar hundert Verteidiger zählen konnte.[801] Nicht die Eroberung der Macht, sondern die Änderung der KP-Linie, erzwungen durch gezielte Angriffe auf die verhaßten Repräsentanten des Hohenzollernreiches und eine allgemeine Willensbekundung der „Massen", schwebte ihnen vor, bis sie das Gebaren des Kremls zu entschlossenerem Handeln zwang.[802] Die Parteispitze um Marija Spiridonova saß mittlerweile im Bol'šoj fest.[803] Dmitrij Popov hatte bislang lediglich eine seiner Einheiten zum Čeka-Hauptquartier dirigiert, nachdem Dzeržinskij bei dem Versuch, zwei Mitglieder des LSR-Zentralkomitees zu arretieren, selbst verhaftet worden war.[804] Die Nachricht vom Tagungsort des Rätekongresses aber veranlaßte Popov das Post- und Telegraphenamt zu besetzen. In zwei Telegrammen wurde allen Sowjets die Weiterleitung von Direktiven der KP-Leitung oder der rechten Sozialisten-Revolutionäre und der Men'ševiki verboten; zugleich gab man eine knappe Übersicht zu den Ereignissen in Moskau, äußerte sich zum Schicksal Mirbachs und legte die Standpunkte der LSR dar.[805] Bezeichnenderweise fehlten darin antikommunistische Parolen.

---

799 RCChIDNI, f. 549, op. 2, d. 240; Fel'štinskij 444; Leggett 73.

800 Häfner 523; Figes, Tragödie 670.

801 Nach George Leggett stützten sich Lenins Anhänger auf 720 Infanteristen, 72 Kavalleristen, eine Maschinengewehrabteilung in der Stärke von vierzig Mann sowie zwölf Kanonen und vier Panzerautos. Den größtenteils lettischen Soldaten, die zur Kremlführung hielten, standen Einheiten der linken Sozialisten-Revolutionäre gegenüber, über deren Stärke unterschiedliche Angaben gemacht wurden. Nannte Feliks Dzeržinskij 2.000 LSR-Kämpfer, so liegen die Schätzungen einiger sowjetischer Historiker wesentlich niedriger und entsprechen bisweilen den Aussagen verschiedener LSR-Mitglieder. Dmitrij Popov erklärte etwa, ihm seien achthundert Mann zur Verfügung gestanden, während andere behaupten, von den sechshundert Mann Popovs hätten lediglich zwei- bis dreihundert an den bewaffneten Auseinandersetzungen teilgenommen. – Leggett 76; Häfner 536; Krasnaja Kniga VČK 329 und 348.

802 Figes, Tragödie 671.

803 Häfner 537; Figes, Tragödie 671.

804 Golinkow 187f.

805 Leggett 75; Häfner 537; Golinkow 189. Vgl. ÖSTA/KA, AOK/Op.Abt., Ev. Grp.-R 1918: 18. Nachricht v. 7./8.7.1918 und 8. Nachricht v. 13.7.1918.

Die Kritik am Brester Frieden mündete denn auch vielmehr in einer Attacke auf den ermordeten Abgesandten Deutschlands, den, wie es hieß, „Freund und Günstling Kaiser Wilhelms", den „Unterdrücker und Henker der russischen Werktätigen", welchem die „herrschende Gruppe [!] der Bol'ševiki fortwährend gehorche". Man sei, ließen die linken SRy verlautbaren, von Verrätern und Spionen der Zentralstaaten umgeben.[806]

Demgemäß sollten die Verbände Popovs sowohl Maßnahmen der engsten Vertrauten Lenins unterbinden als auch eine „Konterrevolution" verhindern. Diese, dachte man, könnte mit Hilfe bewaffneter Kriegsgefangener in Szene gesetzt werden. Auf derlei Ansichten nahm Marija Spiridonova am 10. Juli 1918 vor den Untersuchungsbehörden der RKP(b) Bezug. Nachdem sie betont hatte, persönlich die Anweisung zur Ermordung des deutschen Botschafters gegeben zu haben, kam sie auf Motive zu sprechen, die ihre Partei zum Handeln veranlaßten. „Wir fürchteten", erklärte Spiridonova, „eine innere Okkupation Moskaus durch die Deutschen, die Kontakte zu den Mirbach-Kriegsgefangenen unterhielten, und ergriffen deshalb Maßnahmen zur Mobilisierung unserer Kampftruppen."[807] Einiges deutete nach der Auffassung der PLSR-Leitung auf einen Schlag der „Vierbundagenten" hin.[808] Angehörige der Hohenzollernarmeen waren vor dem Gesandtschaftsgebäude in der „Geldgasse" aufgezogen. Die deutsche Vertretung hatte sich in eine „Festung" verwandelt; neben „einer lettischen Verstärkung trafen nach und nach Gefangene in erheblicher Zahl ein", welche sich den verunsicherten Missionsmitgliedern zur Verfügung stellten und wenige Stunden später von der Sowjetregierung mit Waffen ausgestattet wurden.[809] Der OHL-Major Karl von Bothmer, in den frühen Morgenstunden des 7. Juli zum „Rondedienst" im Garten und auf der Straße vor dem Palais eingeteilt, hörte „fernes Schießen", womit, wie er schrieb, „offenkundig wurde, daß Moskau auch sonst nicht überall an Schlaf dachte. Unser ganzes Grundstück", so Bothmer weiter, „wimmelte von Roter Garde mit zahlreichen Maschinengewehren. Unser Sicherheitsgefühl wurde dadurch nicht sehr gehoben. Unsere improvisierte deutsche Wache war [...] trotz Disziplinverlustes in der Gefangenschaft die bessere Säule."[810] Als zum Schutz der Diplomaten wenige Minuten später weitere Sowjetdetachments mit schußfertigen MGs unter dem Kommando Karl Radeks eintrafen und Kisten mit Munition für die Kriegsgefangenenabteilung brachten[811], fühlte man sich in LSR-Kreisen bestätigt. Die Vorgänge in der „Geldgasse" dienten ihnen als Beweis für eine gegen sie gerichtete deutsch-bolschewisti-

806 Häfner 538.
807 Krasnaja Kniga VČK 268f.
808 Ebd. 556.
809 Bothmer 73 und 75.
810 Ebd. 75.
811 Ebd.

sche Zusammenarbeit.[812] Wappneten sich die „Emissäre der Mittelmächte" in Wahrheit gegen etwaige Angriffe der Abteilungen Popovs, fühlten sich letztere wiederum genötigt drohenden Operationen der „feindlichen Ausländer" zuvorzukommen. Als mögliche Rekrutierungsbasis imperialistischer Verbände gerieten folgerichtig die Offiziere des Gefangenen- und Heimkehrwesens ins Schußfeld.[813] Nachdem der für Austauschfragen zuständige Reichsdeutsche Otto Schnack von den linken SRy festgenommen worden war, traf es gegen Mittag des 7. Juli auch einen „k.u.k. Bevollmächtigten". Eigenen Angaben zufolge befand sich Oberleutnant Ludwig Rosenzweig auf dem Heimweg, als ihn beim Hauptpostamt eine Gruppe Bewaffneter perlustrierte und nach Feststellung seiner Identität um Haaresbreite „im nahegelegenen Park hingerichtet" hätte.[814] Auf sein Verlangen dem Kommandanten vorgeführt zu werden, brachte man ihn in die Pokrovskij-Kaserne. Dort, erzählte Rosenzweig, „wurde ich von Popov mit folgenden Worten empfangen: ‚Ich arretiere Sie. Sie befinden sich im Hauptquartier derjenigen Partei, über deren Befehl gestern Graf Mirbach getötet und Sie heute erschossen werden. Ihnen wird es dabei nicht langweilig werden, zumal Ihnen hiebei ein Vertreter der deutschen Botschaft Gesellschaft leisten wird.'"[815] Rosenzweig, über das brutale Vorgehen seines Gegenübers empört, nutzten seine Einwände wenig. Er und Schnack wurden getrennt voneinander untergebracht und mußten mit dem Schlimmsten rechnen, als am Morgen des nächsten Tages Gefechtslärm zu hören war. Das „Geschützfeuer der Lenin-Anhänger" gab den Ausschlag. Die Verteidiger begannen zu fliehen, die bislang festgehaltenen Vierbundrepräsentanten hißten die weiße Flagge, worauf der Artilleriebeschuß eingestellt und die „loyalen Räteeinheiten" eingelassen wurden. Die „bolschewistischen Patrouillen behandelten uns" in der Folge „auf das zuvorkommendste", schloß Rosenzweig seinen Bericht an Feldmarschalleutnant Kreycy in Petrograd. Dabei bemerkte er, „daß der gleichfalls verhaftete Vorsitzende der ‚Außerordentlichen Kommission zum Kampf mit der Konterrevolution, Spekulation und Sabotage', Herr Dzeržinski, uns in jeder Weise freundlichst entgegengekommen und uns zur Fahrt ins Volkskommissariat des Äußeren, wo uns die Legitimationspapiere ausgestellt wurden, sein Auto zur Verfügung stellte."[816]

812 Häfner 556.

813 Noch am 11. August 1918 beunruhigten Feldmarschalleutnant August Kreycy von Nagypolány Gerüchte, „wonach die Sozialrevolutionäre beschlossen haben sollen das Signal zur Revolution durch Ermordung der Mitglieder aller Kommissionen der Mittelmächte zu geben, deren prominente Persönlichkeiten bereits beobachtet werden". – ÖSTA/KA, KM/10. Abt./Kg. 1918: 10-35/118-582.

814 ÖSTA/KA, KM/10. Abt./Kgf. 1918: 10-35/118-513.

815 Ebd.

816 Ebd.

Die KP-Spitzen hatten allen Grund, in einer derart prekären Situation die Abgesandten der Zentralstaaten mit besonderen Aufmerksamkeiten zu bedenken. Höchste Würdenträger des Sowjetstaates, allen voran der Regierungschef selbst, erschienen in der deutschen Botschaft, sprachen ihr Bedauern über die jüngsten Vorfälle aus, um zugleich das Verhalten ihres ehemaligen Koalitionspartners schärfstens zu verurteilen und „dessen Verbrechen" unbewiesenermaßen mit den „Machinationen des anglo-französischen Kapitals" zu verknüpfen.[817] Die Bemühungen Lenins um das Brester Abkommen verfehlten ihre Wirkung nicht. Berlin, das seinen neuen Botschafter Karl Helfferich später abzog, traf zwar mit dem Ersuchen, ein deutsches Bataillon nach Moskau entsenden zu dürfen, auf die entschiedene Ablehnung des Sovnarkom. Zu gravierenden Verstimmungen zwischen beiden Seiten kam es jedoch nicht. Herbert Hauschild, deutscher Generalkonsul in Moskau, wurde mit der diplomatischen Vertretung betraut; die Hauptkommission für Militär- und Zivilinternierte blieb auf ihrem Posten.[818]

Schließlich konnten die ausländischen Repräsentanten beobachten, mit welcher Entschiedenheit die Bol'ševiki den Mirbachmord zur Festigung ihrer Herrschaft nutzten. Auch nach ihrer Inhaftierung wollten manche linke Sozialisten-Revolutionäre allerdings ihren Glauben an eine „verhängnisvolle Kooperation" zwischen „Kaiser Wilhelm und dem Kreml" nicht aufgeben, hatte man doch bisweilen selbst Soldaten der Mittelmächte an der Seite der Bol'ševiki vorrücken sehen. Jurij V. Sablin, Mitglied des Zentralkomitees der PLSR, hielt es bei seiner Einvernahme beispielsweise für notwendig, auf Versäumnisse des „Anklagekollegiums hinzuweisen", welches „der Tatsache keine Aufmerksamkeit" schenke, „daß an den Ereignissen des sechsten und siebten Juli deutsche und österreichische Kriegsgefangene beteiligt waren".[819] Sablin gab damit den Inhalt eines Telegrammes seiner Parteifreunde an die Eisenbahnbediensteten wieder. „Wir haben Belege", hieß es darin, „daß gegen uns deutsche Kriegsgefangene im ganzen Moskauer oblast' bewaffnet werden. Vielleicht werden sogar Abteilungen von Deutschen aus Orša und anderen Orten gegen uns im Kampf eingesetzt."[820]

Alfons Paquet, Korrespondent der Frankfurter Zeitung in der russischen Hauptstadt[821], sah die Angehörigen der Habsburger- und Hohenzollernarmeen ebenfalls. Am 6. Juli war Paquet zum Sowjetkongreß unterwegs; vor dem „Großen Theater" erblickte er wie am Vortag „Reiter und ungarische Rotgardisten", die den Platz in den Anlagen und an den

817 ÖSTA/KA, AOK/Op.Abt., Ev. Grp-R 1918: 18. Nachricht v. 7./8.7.1918 und 8. Nachricht v. 13.7.1918; Bothmer 73f.; Noulens 142; Ulam 484.

818 Wolkogonow, Lenin 202f.

819 Krasnaja Kniga VČK 273f.

820 Ebd. 208.

821 Ruland 74.

Eingängen des Straßenviertels absperrten.[822] Vom Einsatz der revolutionären Gefangenen hatte indessen auch Robert Bruce Lockhart gehört. Speziell bei der „Rückeroberung des Telegraphenamtes", notierte er in seinem Tagebuch, hätten sich diese hervorgetan.[823]

Die k.u.k. Soldaten, welche LSR-Mitglieder für einen Beweis deutscher „Umtriebe" hielten, entpuppten sich als Internationalisten unter dem Kommando Tibor Szamuelys und Béla Kuns.[824] Ihn hatte man in der Nacht zum siebten Juli mit seiner Gefolgschaft in den Kreml beordert.[825] Begleitet von einer lettischen Kompanie zog das „magyarische Bataillon" dann zum Post- und Telegraphenamt, deren „Wiedereroberung" naturgemäß zu einer der vordringlichsten Aufgaben für die KP-Leitung wurde. Als dort eine Vorabteilung der Letten einen Panzerwagen ohne Gegenwehr unter ihre Kontrolle bringen konnte, stürmten Kuns Leute das Gebäude und überwältigten nach kurzem Gefecht die Verteidiger, um danach unter anderem auch mitzuhelfen, den Widerstand in der Pokrovskij-Kaserne zu brechen.[826] Am Morgen des 8. Juli 1918 schwiegen die Waffen. „Die Arbeiter-Regierung ist Herr der Situation; auch wir, die ganze Redaktion, Agitatoren, Setzer, etc. waren in den Tagen der größten Gefahr mit der Waffe auf den Straßen", informierte Karl Tomann als Vorsitzender der deutschen Gruppe bei der RKP(b) den in Carycin befindlichen Gilbert Melcher[827]; Arnošt Kolman hielt wiederum in seinen Erinnerungen fest, daß er „mit allen Angehörigen des Kommissariats und des Bezirkskomitees an der Unterdrückung der Revolte teilgenommen" hatte.[828]

Nach dem Ende dessen, was Lenin als Aufstand „hysterischer Intellektueller, hirnloser und verbrecherischer Abenteurer" bezeichnete, verwandelte sich die „revolutionäre Republik" vollends in eine kommunistische Diktatur.[829] Der am 9. Juli fortgesetzte allrussische Rätekongreß nahm jetzt, nachdem die Bol'ševiki allein das Feld beherrschten, einstimmig den Entwurf zur Verfassung der RSFSR an.[830] Zugleich legte es die KP auf die Spaltung und Zerschlagung der PLSR an, deren Funktionäre vielfach mit den Entscheidungen Spiridonovas und ihres Umfeldes nicht übereinstimmten.[831] „Säuberte" man einerseits sowohl

822 Paquet 25.

823 Young 38.

824 Pastor, One Step Forward, Two Steps Back 88f.; Szamuely 25; Zsuppan 315f. Eine bedeutende Rolle unter ungarischen Internationalisten auf der Seite der Bol'ševiki nahm laut Peter Pastor auch Ferenc Jancsik ein. – Pastor, Hungarian POWs in Russia 153.

825 Völgyes, Hungarian Prisoners of War 83.

826 Ebd.; Borsányi 67; Szamuely 25; Medvedev, Federacija i internacional'nye formirovanija 210; Jósza, Ungarn und die ungarischen Bolschewiken 181.

827 RCChIDNI, f. 549, op. 1, d. 77.

828 Kolman 94f.

829 Golinkow 191; Chamberlin, Bd. 2, 52.

830 Rauch 111.

831 Raleigh 88f.; Häfner 561f.

die Sowjetinstanzen als auch den Regierungsapparat, wurde andererseits die Basis der linken Sozialisten-Revolutionäre nicht selten sogar umworben und deren Führung in der Regel mit milden Strafen bedacht.[832] Schon im Hinblick auf die LSR-Sympathisanten unter den Bauern taktierte die RKP(b) geschickt, ohne ihr Ziel, die Ausschaltung potentieller Widersacher, aus dem Auge zu verlieren.

Dabei hatte sich die kleine, aber schlagkräftige Truppe jener Nichtrussen als äußerst zweckdienlich erwiesen, die zu den verläßlichsten Teilen der Roten Armee zählte. Die Etablierung der Einparteienherrschaft hob nicht allein das Prestige von Jukums Vacietis und seinen Verbänden, auch Béla Kun profitierte von den Juliereignissen. Mit seiner etwa siebzig Mann starken Abteilung hatte er, der mancherorts lange auf Argwohn traf, an der Seite einiger hundert Letten den Kremlmachthabern wertvolle Dienste geleistet.[833] Durch die Trauerfeierlichkeiten für den Ungarn Antal Horák, der bei der Schießerei um das Telegraphenamt gefallen und von Kuns Männern als „Märtyrer der Bewegung" unter Beteiligung bolschewistischer Prominenz an der Kremlmauer beigesetzt worden war, wußte man der „Regimetreue ehemaliger Kriegsgefangener" ein Denkmal zu setzen.[834] Die ausländischen KP-Kader festigten ihre Position und erweiterten den eigenen Handlungsspielraum.[835] Allen Kommissaren im Moskauer Militärbezirk befahl dessen Befehlshaber, Nikolaj Ivanovič Muralov, in diesem Sinne am 25.7.1918 den „von Genossen Kun signierten Beglaubigungen vorbehaltlos Glauben" zu schenken, da der „CFIG-Vorsitzende als revolutionärer Parteiarbeiter" bekannt sei und mit „seinem ganzen Herzen zur Sowjetmacht" und zur Idee der Internationale stehe.[836]

Noch im gleichen Monat gab der Sovnarkom den internationalen Abteilungen die Gelegenheit, ihre Vertrauensstellung zu stärken. So etwa am 10. Juli, als der linke SR *Michail Murav'ev*, der vor knapp einem Monat zum Kommandeur der neugebildeten Front gegen die Tschechoslowaken ernannt worden war, mit den Legionären Frieden schließen und Deutschland den Krieg erklären wollte; diesbezüglich versuchte er seinen „Freunden und Mitkämpfern ruhmreiche Feldzüge und Schlachten in der Ukraine sowie im Süden Rußlands" während des Frühjahrs 1918 ins Gedächtnis zu rufen.[837] Von Simbirsk aus wandte sich der ehrgeizige und charismatische Offizier an die gesamte Bevölkerung. Der örtlichen

832 Figes, Tragödie 671; Häfner 564 und 568.

833 Borsányi 66f.; Leggett 75f.

834 Jósza, Ungarn und die ungarischen Bolschewiken 181; Borsányi 67.

835 In diesem Zusammenhang sei auch darauf verwiesen, daß sich revolutionär gesinnte Gefangene ohne eindeutige Parteizugehörigkeit nach dem „SRy-Putsch" auf die Seite der Bol'ševiki stellten. – Siehe dazu: Täubler I.

836 Zit. nach Borsányi 68.

837 RCChIDNI, f. 17, op. 109, d. 14; ÖSTA/HHStA, PA X, Karton 151, Liasse Rußland XI a/3 Fol. 42–77; Léderrey 44; Golinkow 194.

KP-Organisation gelang es jedoch rasch, das Ruder wieder an sich zu reißen. Während einer „Sitzung des Gouvernementexekutivkomitees" wurde Murav'ev „bei einem Verhaftungsversuch" erschossen.[838] Zuvor hatten die Simbirsker Bol'ševiki bereits einige Mannschaften für sich gewonnen.[839] Frühere Angehörige der Vierbundarmeen, die sich zu dieser Zeit an der Wolga befanden, betonten ihr Auftreten am 10. 7. „Unserer wohldisziplinierten Abteilung", konstatierte der Deutschösterreicher Leopold Forst, begegneten die russischen Genossen anfangs mit Zweifel, „gar bald aber verwandelte er sich in vollstes Vertrauen". Wer, schrieb Forst weiter, „erinnert sich nicht an die Murav'ev-Aventure". „Internationalisten erklärten sich als erste mit der Regierung" solidarisch; bei der „Niederringung der Aventure" waren sie im übrigen „bestimmt nicht die letzten".[840]

Mußten die ausländischen Kommunisten in Simbirsk allerdings die Leistungen ihrer Verbände bei den übergeordneten sowjetischen Stellen noch selbst hervorheben, blieben der Moskauer Staatsspitze anderswo die „Verdienste fremder Proletarier" auch ohne deren eigene „Erfolgsbilanzen" nicht verborgen. Mitte 1918 kam es in unzähligen Gebieten zu Konflikten, allein zur Zeit des Mirbach-Mordes liefen Nachrichten über Unruhen in dreiundzwanzig mittelrussischen Städten ein.[841] Internationalisten erwiesen sich vielerorts als Stützen der RKP(b)[842], insbesondere in Jaroslavl', wo die Geheimgesellschaft des rechten SR Boris Savinkovs in Erscheinung trat.

Im Gegensatz zur PLSR, die ihnen in der Hauptstadt und kurzfristig auch in Petrograd gegenüberstand[843], wähnten die Bol'ševiki hinter Savinkovs Organisation nicht ohne Grund die Konspiration westeuropäischer Diplomaten.[844] Überhaupt erwies sich *Jaroslavl'* als ernste Herausforderung für die Volkskommissare. Um den Widerstand zu brechen, bedurfte es eines rund zwei Wochen dauernden erbitterten Kampfes.[845] Erst am 23. Juli erging an Lev Trockij das „erlösende" Telegramm: „Aufstand wurde niedergeschlagen; Weißgardisten haben sich ergeben, wurden mit Hilfe von internationalen Sozialisten entwaffnet und im Theater inhaftiert. Revolutionäre Ordnung wiederhergestellt. Strengste Untersu-

838 Ebd.; vgl. Chamberlin, Bd. 2, 16; Lockhart, Vom Wirbel erfaßt 283.

839 Zu den Soldaten Murav'evs, die zu den Bol'ševiki übergingen, zählten nach Angaben sowjetischer Historiker auch polnische Internationalisten. – Manusevič, Pol'skie Internacionalisty 150.

840 RCChIDNI, f. 549, op. 4, d. 3.

841 Rauch 110.

842 Gemäß Konstantin L. Selesnjow beteiligten sich etwa in Saratov und Kazan' Deutsche an der „Niederschlagung" von „Meutereien und Putschversuchen". – Selesnjow, Deutsche Internationalisten im Kampf um die Verteidigung der jungen Sowjetmacht 173.

843 Silverlight 50.

844 Kettle 258–263; Degras, Soviet Documents on Foreign Policy, Vol. I, 103; Silverlight 51; Noulens 106f. und 142; Chamberlin, Die Russische Revolution, Bd. 2, 53; Borkenau, Der Russische Bürgerkrieg 23.

845 Rauch 111; Chamberlin, Die Russische Revolution, Bd. 2, 53.

chungen werden durchgeführt."[846] Die Resultate der Nachforschungen lieferten Beweise für die Uneinigkeit unter den Sozialisten-Revolutionären: Während in Moskau Einheiten Dmitrij Popovs mit den Männern von Jukums Vacietis und Béla Kun zusammenstießen, kämpften LSR-Abteilungen an der Seite probolschewistischer Internationalisten, darunter eine von Ferenc Jancsik geführte ungarische Brigade[847], gegen die Savinkov-Gruppe, die laut eigenen Proklamationen mit den von den Tschechoslowaken unterstützten Regierungen „in Sibirien und Samara" verbunden war und zu Beginn des Aufstandes am 6. Juli auch die Sowjetmitarbeiter aus den Reihen der linken SRy exekutierten.[848]

DIE VERLORENE NEUTRALITÄT

Indessen zeigte sich während des Aufstandes in Jaroslavl', daß es der überwiegenden Mehrheit aller Kriegsgefangenen, die anläßlich der bewaffneten Auseinandersetzungen auch in den anderen Gebieten des früheren Zarenreiches ihre strikte Neutralität bekundeten[849], immer schwerer gemacht wurde, auf Distanz zu bleiben. Schon nach den ersten Tagen der tschechoslowakischen Erhebung wurden kritische Stimmen laut. „Die Bolschewiken-Kommissare forderten unsere Leute auf, an der Verteidigung Samaras teilzunehmen"; in „Unkenntnis der Sachlage und in dem übertrieben korrekten Wunsch, sich nicht in die internen russischen Streitigkeiten einzumengen", hielt sich das ganze Lager vom Kampfe fern. Wären „unsere Soldaten" über die „Druschinisten" orientiert gewesen, „hätten ein Vertreter der Militärmission den nötigen Einfluß genommen: Nie hätten sich die Legionäre so erfolgreich [...] festsetzen können, und all unsere Offiziere wären heute schon längst in der Heimat", hieß es in einem Bericht an das Kriegsministerium in Wien.[850]

Hatte man in Samara immerhin noch die Gelegenheit, unabhängig zu beratschlagen, so diktierten in Jaroslavl' gewissermaßen die äußeren Ereignisse das Gesetz des Handelns. Hier verwickelten sich die zirka 1.500 Armeeangehörigen der Mittelmächte nach Meldungen der k.u.k. „Rußlandaufklärung" gerade in die üblichen Wortgefechte mit der lokalen Vereinigung „sozialdemokratisch gesinnter Kriegsgefangener", welche eine größere

846 RCChIDNI, f. 17, op. 109, d. 6.

847 Völgyes, Hungarian Prisoners of War 83f. Laut A. J. Manusevič wurde außerdem das „Warschauer Regiment mit 250 polnischen Internationalisten nach Jaroslavl' entsandt. – Manusevič, Pol'skie Internacionalisty 150.

848 Krasnaja Kniga VČK 155ff. und 166f.

849 Siehe dazu etwa: DIA/Gaiswinkler 29; Drexel, Feldkurat in Sibirien 198; Breitner, Asiatischer Spiegel 53f.

850 ÖSTA/KA, KM/10. Abt./Kgf. 1918: 10-35/118-815.

Repatriierungsaktion „vor Beendigung des Weltkrieges" ablehnten.[851] Wenige Tage später tauchte Savinkovs Militärorganisation auf, um am 21. Juli, die drohende Niederlage erkennend, einen ungewöhnlichen Entschluß zu fassen. Man ergab sich nicht dem Räteregime, sondern der dort befindlichen deutschen Fürsorge- und Heimkehrkommission Nr. 4. Deren Leiter, Leutnant Balk, wurde dadurch vorübergehend „zum obersten Repräsentanten der *Macht in Jaroslavl*".[852] Mit den „Weißen" traf Balk ein bemerkenswertes Übereinkommen: Die „Jaroslavler Abteilung der nördlichen Freiwilligenarmee" erklärte, daß sie sich mit dem Hohenzollernreich im Kriegszustand befinde; deshalb kapitulierte sie vor der Kommission Nr. 4, welche für ihre Sicherheit sorgte, die siebenundfünfzig Stabsoffiziere in Gewahrsam nahm und im Stadttheater unterbrachte. Deutscherseits ließ man verkünden, daß eine starke, *aus Kriegsgefangenen gebildete Truppe „bewaffnete Neutralität"* wahre und „die Ordnung aufrechterhalte, bis aus Moskau eine entsprechende Anweisung" eintreffe.[853] Die sowjetischen Organe brachten in den folgenden Stunden ihre Sicht der Dinge unmißverständlich zum Ausdruck. Balks Einheit hatte die „Waffen zu strecken", die „Meuterer" wurden „an Ort und Stelle" niedergemacht.[854]

Die antibolschewistischen Kräfte mußten demnach die Unparteilichkeit der Vierbundsoldaten als Trugbild erachten, zumal der Einsatz ausländischer Rotgardisten zusätzlich das Verhältnis zwischen dem Gros der Gefangenen und einem beträchtlichen Teil der Einheimischen trübte.

Die Spirale der Gewalt drehte sich weiter. Mit den Vorfällen im Hochsommer 1918 und dem Attentat auf Lenin am 30. August forcierten die „Kremlherren" einen „gnadenlosen Massenterror", der keineswegs nur die „Weißgardisten", sondern alle „potentiellen Klassenfeinde", das städtische Bürgertum, die Geistlichkeit, wohlhabendere Bauern und ehemalige Offiziere des Zarenheeres, bedrohte.[855] Schon aus rein taktischen Gründen schienen die „*Strafaktionen*" gegen alle vermeintlich oder tatsächlich „widerstrebenden Elemente unzweckmäßig", empörte sich die Bevölkerung doch in vielen Landstrichen erst infolge der kommunistischen Repressalien.[856] Als im Frühjahr 1919 *Bauernaufstände* die zeitweilige KP-Herrschaft über die Ukraine erschütterten, standen die Bol'ševiki vor einer breiten Front der Ablehnung. Den Einheimischen wollte und konnte man samt und sonders nicht mehr vertrauen. „Schickt zur Unterdrückung der Revolten Russen oder *Inter-*

851 ÖSTA/KA, AOK/Op.Abt., Ev. Grp.-R 1918: 6. Nachricht v. 30.6.1918.

852 Golinkow 202–205.

853 Krasnaja Kniga VČK 170; Golinkow 205f.

854 Ebd.

855 Rauch 111.

856 Ulam 485.

nationalisten, die hiesigen Formationen sind dafür nicht zu verwenden", forderten die „Roten Kommandeure" von ihrem „Hauptquartier".[857]

Wenig später entsandte man „fremde Werktätige", um in den Agrargebieten gleichermaßen die „Ruhe" wiederherzustellen wie zum Beispiel *in den bestreikten Fabriken*.[858] Dabei ging man nicht selten mit äußerster Härte vor. „Wir zogen durch brennende Ortschaften, die oft mehrmals innerhalb eines Tages die Seite wechseln mußten", erinnert sich Theodor Maly, ein ungarischer Kriegsgefangener, der nach der „Oktoberrevolution" in der Čeka arbeitete. „Unsere Rote Abteilung", so Maly weiter, „säuberte die Dörfer exakt in der gleichen Weise wie die Weißen. Was von den Einwohnern übrig blieb, alte Männer, Frauen, Kinder, wurde mit der Begründung, dem Feind Hilfe geleistet zu haben, von Maschinengewehren niedergemäht."[859] Ähnliches trug sich in *Turkestan* zu. In der *Art eines „Kolonialkrieges* haben die Rotgardisten heute nachmittags in Schura, woher man den gestrigen Einfall der Räuber vermutete, ‚Ordnung' gemacht und ungefähr 80 Sarten hingeschlachtet", hielt Fritz Willfort am 15. Februar 1919 in seinen Aufzeichnungen fest.[860] Drei Wochen vorher hatte Willfort von Unruhen in Taškent gehört.[861] Eine „Voennaja Organizacija" war zur Jahresmitte 1918 vom Bruder des Generals Lavr Kornilov ins Leben gerufen worden. Obwohl diesen im Herbst ein sowjetisches Tribunal zum Tode verurteilte, bereiteten seine Anhänger weiterhin einen Umsturz vor, der schließlich unter der Leitung des *„Kriegskommissars Osipov"* am *19. Jänner 1919* in Szene gesetzt wurde.[862] Vier Tage später erfuhr Willfort Genaueres. „Nach wütenden Straßenkämpfen und einem regelrechten Aufruhr", notierte er, „war der Putsch zusammengebrochen", Osipov „außerstande, sich zu halten, floh nach Süden", während „die Bolschewiken ein wahnwitziges Blutbad unter den früheren russischen Offizieren und den Bürgerlichen anrichteten".[863] In der Tat ordnete die „siegreiche" KP „Haussuchungen und Terrormaßnahmen an", an denen sich auch Nichtrussen beteiligten. „Die Vollstreckung der Todesurteile", schreibt Rudolf Köstenberger, „lag in den Händen einer magyarischen Kompagnie, die das blutige Werk mit einer dieser Rasse scheinbar eigenen Grausamkeit und Blutgier [!] verrichtete."[864]

Was bei Köstenberger unverkennbar ethnische Ressentiments erweckte, löste bei den Ortsansässigen eine Abscheu aus, die den Internationalisten zu denken gab. Im Kampf ge-

---

857 Zit. nach Brovkin 111.

858 ÖSTA/AdR, BKA/KGF 1921: 10-13/3; Rozko 305; Brovkin 76f. und 111; Brandt/Löwenthal 96–100.

859 Zit. nach Leggett 201f.

860 Willfort 238.

861 Ebd. 234.

862 Hajit 93f.; vgl. Köstenberger, Sechs Jahre in Turkestan 63ff.; Willfort 233ff.

863 Willfort 234f.

864 Köstenberger, Mit der Roten Armee durch Russisch-Zentralasien 127; vgl. Hentschel, Die ausländischen Kommunisten 321.

gen Ataman Dutov registrierten die bei den mittelasiatischen Rätestreitkräften dienenden Österreicher mit Bestürzung, daß „Kosaken in ihrem Zorn die Gräber ihrer gefallenen Kameraden" geschändet hatten.[865]

Das Verhalten mancher Einheimischer verunsicherte indessen auch Kriegsgefangene, die sich von den Kämpfen fernzuhalten bemühten. Durch das Auftreten ausländischer Rotgardisten drohte ihnen ebenso Gefahr, wurde doch des öfteren zwischen unparteiischen und prosowjetischen Vierbundsoldaten nicht mehr unterschieden. Zudem agitierten in den Lagern alle Streitparteien für ihre Sache; etwa in Oš', wo laut Franz Weinreb, einem Einjährig-Freiwilligen aus Wien, im Frühjahr 1919 Abgesandte der verschiedenen Richtungen, „Weiße, Rote, Grüne", „zu uns kamen" und „Rekruten anzuwerben versuchten".[866] Weinreb, der kurz darauf nach Skobelev fuhr, erhielt erst „in der Heimat" detailliertere Informationen zu den weiteren Geschehnissen an seinem früheren Internierungsort.[867] Für sie interessierten sich in der Zwischenzeit schon jene zuständigen Wiener Institutionen, bei denen seit Jahren beunruhigende Nachrichten über das Schicksal der Offiziere und Mannschaften in Oš' einliefen. „Die Leute, insgesamt 179 Personen, sollen mit einer Häckelmaschine von Aufständischen geköpft worden sein", hieß es in einem Bericht vom 10.4.1919.[868] Es folgten präzisere Angaben. Da die Lagerinsassen „ihren notwendigsten Lebensbedarf nicht mehr decken" konnten, versuchten sie „auf eigene Faust" an einen anderen Ort zu gelangen.[869] Unterwegs, fügte der Deutschböhme Wenzel Feik am 20. November 1921 hinzu, wurden sie von Sarten angehalten, die sie aufforderten, „mit ihnen gemeinsam gegen die Bolschewiki zu kämpfen, was die Kriegsgefangenen" ablehnten. „Darauf dachten die Sarten, die Fremden wollten nach Andischan gehen und sich zur Roten Armee zuteilen lassen, da sich viele Deutsche und Österreicher zur Armee gegeben hatten."[870] Dann, ergänzte eine ausführlichere Schilderung, „eskortierte man die Unglücklichen in das Dorf Aim, um sie einige Tage später zum Syr Daria zu bringen, wo sie mit einem Schnitt durch die Kehle ermordet und ihre Körper den Wellen überlassen wurden".[871]

Die Vielzahl einander weitestgehend entsprechender Meldungen ließ die anfänglichen Gerüchte zur Gewißheit werden. Bestand an der Richtigkeit der Aussagen im großen und ganzen kein Zweifel, verdichteten sich zugleich Hinweise auf die Motive der Täter. „Seitens der Sarten", hieß es abschließend, „scheint ein Racheakt vorzuliegen, da sie von der Roten Armee, in deren Reihen zahlreiche Kriegsgefangene kämpften, Schweres zu erdul-

865 Köstenberger, Sechs Jahre in Turkestan 89f.
866 Vanry 93.
867 Ebd. 96.
868 ÖSTA/AdR, BKA/KGF 1921: 10-12/4.
869 ÖSTA/AdR, BKA/KGF 1921: 10-12/4-8.
870 ÖSTA/AdR, BKA/KGF 1921: 10-12/4-18.
871 ÖSTA/AdR, BKA/KGF 1921: 10-12/4-14.

den hatten"; eine andere Darstellung konkretisierte: „Der Grund für die Ermordung unserer Männer soll Rache für die Zerstörung des Dorfes Aim gewesen sein, an welcher österreichisch-ungarische Rotgardisten teilnahmen."[872]

Auch wenn sich nach der Meinung österreichischer Regierungskreise „die Einzelheiten nicht aufklären" ließen, da, wie man sich ausdrückte, „die Sarden ein wilder Volksstamm seien, wo man keine Protokolle aufnehmen könne"[873], so verdeutlichte die „Angelegenheit von Osch" aufs neue, welchen Gefahren sogar jene Soldaten der Mittelmächte ausgesetzt waren, die sich während ihres Aufenthaltes in den Gebieten des früheren Zarenreiches sowohl den Bol'ševiki als auch deren Opponenten gegenüber distanziert verhielten. An ihre Unparteilichkeit mochte in Rußland kaum eine der verfeindeten Gruppierungen glauben. Allein die Vorfälle in Jaroslavl' hatten gezeigt, daß die deklarierte Neutralität bisweilen selbst als Entscheidungsfaktor gewertet werden konnte, da sie sich letztlich zugunsten der langfristig erfolgreicheren Bol'ševiki auswirken mußte.[874] Hinzu traten wirtschaftliche Überlegungen. Moskau und Omsk wollten die „*Arbeitskraft der Ausländer*" nutzen, nachdem man sie in den meisten Regionen bereits durchaus für entbehrlich gehalten hatte. Russische Soldaten der zerfallenden alten Armee, die von den Fronten des Ersten Weltkrieges zurückkehrten, fanden im Hinterland triste Verhältnisse vor. Die Wirtschaftskrise bedrohte ihre Existenz ebenso wie die der Gefangenen. „Auch hier ein entmutigendes Bild", stellte Hans Baumgartner auf der Suche nach Beschäftigung fest. Das aussterbende Lager hinter sich lassend, bot sich dem Offizier aus Wien in Krasnojarsk ein „erdrückender Anblick". Alles, schreibt Baumgartner, „stand im Zeichen des Niedergangs", sodaß nur noch die „Arbeitsbörse" blieb. Hier „aber schien es, als ob die Hälfte der Stadtbewohner sich dorthin geflüchtet habe. Eine endlose Reihe von Wartenden drängt und balgt sich und in langen Reihen stehen die Bittsteller in solcher Zahl, daß die Hälfte von ihnen kaum mehr zu hoffen wagte, an diesem Eingangstor vordringen zu können."[875] Wer in dieser Atmosphäre eine Anstellung fand, war bereit, seine einmal erworbene Position nachdrücklich gegen etwaige Konkurrenten zu verteidigen. Als der Smolnyj im Dezember 1917 den Befehl ausgab, die in den Betrieben befindlichen Kriegsgefangenen „einzuziehen", setzten sich die Internationalisten mit Entschiedenheit gegen die geplanten Maßnahmen zur Wehr. „Da wir bei den örtlichen Räten keinen Erfolg erzielten", informierte der Deutschösterreicher Walter Kersche „die Genossen in Moskau", sollten „sofort Schritte

872 Ebd.

873 ÖSTA/AdR, BKA/KGF 1922: V4.

874 Pastor, Hungarian POWs in Russia 159.

875 DIA/Baumgartner 89.

unternommen" werden, damit „alle unserer revolutionären Organisation angehörenden Mitglieder auf ihrem Arbeitsplatz verbleiben" dürfen.[876]

Führten daraufhin Vierbundsoldaten, deren Versorgung an den Internierungsorten längst nicht mehr gewährleistet war, den Kampf um den Selbsterhalt nicht selten mit dem Hinweis auf eine höhere fachliche Qualifikation gegenüber einheimischen Mitbewerbern[877], so standen sie mit dem Ausbruch größerer bewaffneter Auseinandersetzungen seit dem Sommer 1918 vielerorts vor einer gänzlich veränderten Situation. „Im Perm werden Kriegsgefangene, die den Eintritt in die Rote Armee verweigern, zur Arbeit ohne Löhnung gezwungen", berichteten Heimkehrer dem Nachrichtendienst der Donaumonarchie.[878] Die Meldungen, welche das AOK in Baden Ende Juni erreichten, veranlaßten Mitarbeiter Kreycys bei den russischen Stellen energischen Protest einzulegen.[879] Deren Antwort ließ ebenfalls nichts an Deutlichkeit vermissen. Die Männer, teilte das „Kommissariat des Uralgebiets" mit, „kommen einstweilen für die Evakuierung nicht in Betracht, da sie noch zum Ausheben von Schützengräben gebraucht werden".[880] Während die erzürnten Expositūren der Petrograder k.u.k. Mission mit den lokalen Behörden in erregte Verhandlungen traten, verspürten die höchsten Sowjetautoritäten wenig Lust, die Vorgangsweise nachgeordneter Instanzen in Frage zu stellen. Trockijs Militärkommissariat wollte vielmehr vom Centroplenbež wissen, ob eine zwangsweise Arbeitsverwendung deutscher und österreichischer Heeresangehöriger möglich sei und wie man sich in diesem Falle bei einer Arbeitsverweigerung der Betroffenen verhalten solle.[881] Die Bemühungen der Moskauer Führung um einheitliche Richtlinien wurden allerdings von augenblicklichen Erfordernissen und regionalen Unterschieden in den Schatten gestellt. Der dänische Vicekonsul in Irkutsk etwa wandte sich zur selben Zeit an den Centrosibir, um für 300 Mann aus dem Lager Berezovka zu sprechen, die gegen ihren Willen zur Arbeit in den Gefechtsbereichen abtransportiert worden waren.[882] Zu ihnen gehörte der Wiener Franz Höß, der seine Erlebnisse 1931 veröffentlichte. Höß berichtet: Die Schanzen vom Bajkalsee lagen einige Tage in dichtem Nebel, als „er sich plötzlich mit einem Ruck hob" und die „Sonne über die ganze Gegend" strahlte. „In dem gleichen Momente setzte an der Front überaus starkes Gewehrfeuer ein und die beiden Maschinengewehre arbeiteten wie wahnsinnig. Wir horchten erschrocken auf, griffen blitzschnell nach unseren Sachen und in wilder Hast

876 RCChIDNI, f. 549, op. 1, d. 94.
877 ÖSTA/KA, liqu. KM/10. Abt./Kgf. 1919: 10-7/7-97.
878 ÖSTA/KA, AOK/Op.Abt., Ev. Grp.-R 1918: 6. Nachricht v. 30.6.1918.
879 ÖSTA/KA, KM/10. Abt./Kgf. 1918: 10-35/118-806 und 10-35/118-730.
880 Ebd.
881 GARF, f. 3333, op. 3, d. 564.
882 ÖSTA/KA, AOK/Evb. d. Gstbs/NA d. AOK, Kgf.-Fürsorge, Korrespondenzen v. 1917–1920: Nr. 4.666.

ging es talwärts dem See zu [...]. Wir liefen, bis uns ein Rotgardist einholte und hastig berichtete, was sich abgespielt hatte. Die feindlichen Kräfte hatten sich, begünstigt durch den dichten Nebel, ganz nahe an die ungenügend besetzte Stellung herangearbeitet und gleichzeitig die Flügel umgangen. Als nun der Nebel stieg, sahen sich die Verteidiger urplötzlich dem Feinde gegenüber. Nach dreimaligem Ansturm ging der Graben verloren", viele Rotgardisten, „durchwegs Nichtrussen, darunter viele Wiener", fielen, die übrigen „wurden zurückgedrängt. Die Schanzarbeiter hatten, obwohl sie mitten im dichtesten Kugelregen standen, keinen einzigen Toten oder Verwundeten zu beklagen."[883]

Erleichtert, mit dem Leben davongekommen zu sein, schlug sich Höß mit zahlreichen Gefangenen wiederum nach Berezovka durch, um bald erkennen zu müssen, daß die Tschechoslowaken und ihre „weißgardistischen Verbündeten" sich nicht viel anders verhielten als die Bol'ševiki.[884] „Das ganze Lager wurde zur Arbeit mobilisiert. Nur wir Invaliden wurden verschont. Dies ist eine Sklaverei ohne Grenzen", empörte sich Richard Zeisel, der in Tomsk das Auftreten der Legionäre mit kritischen Blicken verfolgte.[885] Mißbilligend vermerkte Zeisel in seinem Tagebuch, daß „Weiße" wie „Rote" jede Gelegenheit suchen würden, Angehörige der Vierbundarmeen für ihre Ziele einzuspannen.[886] Die Vorschriften der Omsker Regierung vom 23. Oktober 1918 dienten als Beleg. Demnach sollten slawische Soldaten der Donaumonarchie „separaten, nationalen Lagern" zugeteilt werden, die „Möglichkeit erhalten, freiwillig den einzelnen Družinen beizutreten", oder andernfalls „nach den im Stab ausgearbeiteten Spezialplänen bei Arbeitsgruppen" Verwendung finden. Die „feindlichen Kriegsgefangenen, Deutsche, Türken, Magyaren usw.", wollte die Heeresadministration unter Admiral Aleksandr Kolčak wiederum an speziellen Unterbringungsorten für Offiziere, Kranke und Verwundete festhalten, während man beabsichtigte die gesunde Mannschaft „in der Landwirtschaft", bei „militärischen Behörden" und „in den für die Armeeversorgung wichtigen Privatfabriken" einzusetzen.[887] Daß sich eine derart strikte Trennung nicht aufrechterhalten ließ, zeigten die folgenden Monate. Kolčaks Administration trug dazu wesentlich bei. Ein Dekret vom 15. Mai 1919 gestand den Bürgern der Zentralstaaten lediglich zwei Drittel des Lohnes von Einheimischen zu, wobei auch davon noch ein Teil für die Verpflegung zurückbehalten wurde.[888] Die Betriebe nahmen das profitable Geschenk billigerer Mitarbeiter gerne an, zumal sich

883 Höß, Schanzarbeiten 281f.

884 Ebd. 282. Zum Arbeitszwang für Kriegsgefangene in Einflußgebieten antibolschewistischer Kräfte siehe auch: ÖSTA/AdR, BKA/KGF 1919: 24-11/6.

885 Zeisel, Tagebuch 130.

886 Ebd.

887 In Feindeshand, Bd. 1, 284f.

888 Smele 350f.

in den Gefangenenlagern oft auch geschultes Personal finden ließ.[889] Ökonomische Kriterien siegten über die ursprünglichen Bestimmungen der „Weißen", die „Feinde" vorrangig für bestimmte, kriegswichtige Sparten zu verpflichten. Der Bedarf an qualifizierten Kräften mußte gedeckt werden. Erfahrungen und Ausbildungen der Deutschen und Österreicher, insbesondere auch der Offiziere unter ihnen, waren gefragt. Dieser Umstand schlug sich auch in den Wirtschaftsdaten nieder. 1919 kamen zum Beispiel fünfzig bis achtzig Prozent aller Facharbeiter Sibiriens aus den Reihen der Kriegsgefangenen[890]; seit geraumer Zeit beherrschten sie laut Heimkehrerprotokollen obendrein den dortigen „Kleinhandel".[891]

Mit den „Fähigkeiten der Ausländer" spekulierten auf diese Weise antibolschewistische Gruppierungen gleichermaßen wie ihre Gegner auf der Seite des Oktoberregimes. Gerade am Anfang hatten die Rote Armee und die Partisanenabteilungen besonderen Bedarf an Spezialisten, Fabriksarbeitern zum Beispiel, die über technische Fertigkeiten verfügten und dadurch vorzugsweise Geschützbedienungen, Panzerzugbesatzungen, Flugzeugmechaniker oder Waffenmeister stellten.[892]

Militärische Anstrengungen verbunden mit wirtschaftlichen Erfordernissen und Fragen der inneren Sicherheit veranlaßten die Anhänger Lenins unter den Heeresangehörigen der Mittelmächte, ihre früheren „Kameraden" zur Aufgabe ihrer wiederholt deklarierten Neutralität zu veranlassen. Die Gefangenenthematik entwickelte sich im Einflußbereich des Sovnarkom jedoch auf andere Weise zu einer maßgeblichen Größe als von den Internationalisten erhofft. Immerhin konnte die CFIG in einer für die Räteregierung außerordentlich schwierigen Phase mit Recht den Stellenwert hauptsächlich „magyarischer Rotgardisten" unterstreichen, nachdem diese im Sommer 1918 für einen kurzen aber entscheidenden Augenblick sowohl an den Fronten als auch im Hinterland zur Stütze des „Oktoberregimes" geworden waren. Mittel- und langfristig jedoch fiel die *Bilanz* weniger positiv aus: Auf eine weitgehend ungefestigte Sowjetrepublik, deren Zukunft eine Anzahl kaum zu entwirrender äußerer und innerer Einflußfaktoren mitbestimmte, wirkte die Gegenwart mehrheitlich österreichisch-ungarischer Staatsbürger eher destabilisierend. Verläßliche KP-Kader um Béla Kun, die zeitweilig beachtenswerte Zahl von ausländischen Rotarmisten und eine Mehrheit der Gefangenen, deren Unparteilichkeit sich nach und nach als Vorteil für die siegreichen Kremlherren entpuppte, erwiesen sich als bemerkens-

889 Ebd.

890 Davis, The Life of Prisoners of War 176.

891 ÖSTA/KA, AOK/Op.Abt., Hk.-Grp. 1918: Op.Nr. 130.999.

892 Selesnjow, Deutsche Internationalisten im Kampf um die Verteidigung der jungen Sowjetmacht 175.

werte Begleitumstände, nicht aber als Grundzüge der bolschewistischen Machtbehauptung. Die Schwächen des national-russischen Widerstandes und der ethnischen Minderheiten, die gegenläufigen Intentionen der Großmächte, irreversible soziale Veränderungen, der Partikularismus und das kaum entwickelte Staatsbewußtsein der Landbevölkerung sowie deren Verhältnis zu den Streitparteien und ihren politischen Programmen, die Ressourcen des Zentralraumes, das innere Gefüge der herrschenden Partei und die rasche Etablierung einer schlagkräftigen Armee sprachen unter anderem für die Moskauer Führung.[893]

Die Kriegsgefangenen hingegen erinnerten die Bol'ševiki an eine „wilde Heimkehrbewegung" und das, wie es in Parteikreisen hieß, „planlose Umherwandern überflüssiger Esser"[894], welches letztlich ebenso als ernsthafte Gefahr empfunden werden mußte wie die Diskussion um die Bewaffnung deutscher und österreichischer Heeresangehöriger vor dem Hintergrund der alliierten Intervention.[895] Zu keinem Zeitpunkt jedoch bereitete den Kremlherren die Anwesenheit der Vierbundsoldaten mehr Sorgen als zur Jahresmitte. Die Eskalation der innenpolitischen Konflikte seit den Monaten Mai und Juni 1918 war untrennbar mit dem Vorgehen der tschechoslowakischen Legion und den inneren Widersprüchen des Habsburgerreiches verknüpft.[896] Zur Jahreswende trat die Bedeutung der „Ausländer" auf beiden Seiten zurück. Mit den Veränderungen in Mitteleuropa drängten sowohl deutsche, österreichische und ungarische Rotgardisten als auch „tschechische und serbische Druschinisten" auf ihre Repatriierung.

Der reguläre Gefangenenaustausch und eine massive Fluchtbewegung hatten indessen schon wenige Wochen nach dem „Roten Oktober" eingesetzt. Die Internationalisten mußten dadurch von Anfang an mit beträchtlichen Widerständen rechnen, waren sie doch vielen Heimkehrwilligen wegen ihrer „Aufklärungsreisen", der Rekrutierungskampagnen für die Sowjetstreitkräfte und „ideologischen Vorbereitung auf revolutionäre Pflichten in der Heimat", durch die mancherorts Verzögerungen der Repatriierungsaktion bewußt in Kauf genommen wurden, von vorneherein ein Dorn im Auge.[897] Hinzu kamen

893 Borkenau, Der russische Bürgerkrieg 24–36; Rauch 138ff.; Stökl 670–678.

894 RGVIA, f. 1558, op. 9, d. 57; RCChIDNI, f. 549, op. 1, d. 86.

895 ÖSTA/KA, KM/10. Abt./Kgf. 1918: 10-7/7-257; Trotzki, Die Geburt der Roten Armee 19; Bradley, Allied Intervention in Russia 53; Kennan, Amerika und die Sowjetmacht 279; ders., Sowjetische Außenpolitik unter Lenin und Stalin 143; Kettle, Bd. 2, 79; Morley 113–121 und 343; Pastor, Hungary between Wilson and Lenin 23; Ullman 157; Unterberger, The United States, Revolutionary Russia and the Rise of Czechoslovakia 141; dies., America's Siberian Expedition 46.

896 Noulens 81; Pastor, Hungary between Wilson and Lenin 25.

897 RCChIDNI, f. 549, op. 1, d. 77, 93 und 96; Die dritte Internationale, Nr. 4 (26.6.1918) 4; Kolman 80; Leidinger, Zwischen Kaiserreich und Rätemacht 99; Striegnitz, Kerntruppe der Weltrevolution 134 und 145.

interne Differenzen, vor allem ein angesichts des Zeitdrucks und des Funktionärsmangels schwer aufzulösender Gegensatz: Plädierten die ausländischen Gruppen bei der RKP(b) zum einen für die Verteidigung Sowjetrußlands, forcierte man zum anderen die Rückführung notdürftig ideologisch präparierter „Gefangenenmassen" und die Entsendung „ausgewählter Parteiarbeiter" in die Heimatländer. Kritische Stimmen bemängelten folglich einmal das Fehlen verläßlicher „Aktivisten" an den innerrussischen Fronten und ein andermal die mangelhafte Arbeit unter den „Rückläufern".[898]

In Wien und Berlin nahm man derartige Ungereimtheiten allerdings kaum wahr. Jeder aus dem Osten eintreffende Mannschaftstransport, ja sogar die Ankunft der Offiziere stellte ein Sicherheitsrisiko dar. In der Atmosphäre gesteigerter Umsturzangst erblickten Beamte der deutschen und österreichischen Heeresverwaltungen in den eigenen Leuten nur allzuoft „Sendboten des Untergangs". Aufmerksam verfolgte man hingegen den gesamtrussischen Kongreß der Internationalisten im April 1918 und speziell den Auftritt Béla Kuns, der alle Befürchtungen zu bestätigen schien, als er vor das Auditorium trat und folgende wahrhaft flammende Rede hielt: „Kehrt heim und setzt das ganze Land in Brand, von einem Ende bis zum anderen, überwindet alle Hindernisse auf dem Weg zur Befreiung der Unterdrückten. Legt alle Schlösser, alle Paläste, in die all euer Reichtum zusammenfließt und von denen aus sich Elend und Hunger über das ganze Land ergießen, in Asche. Brennt alles nieder [...]. Möge der in eurem Herzen angestaute Haß erhalten bleiben und sich in den Aufstand der Massen ergießen, da ohne bewaffneten Aufstand nichts auszurichten ist. [...] Genossen, ihr habt hier gelebt, ihr habt die russische Revolution gesehen, sie hat euch allen gezeigt, daß die Rettung des Proletariats in seinen eigenen Händen liegt. Laßt euch weder von Gouverneuren noch Polizeichefs, von Gendarmen oder Polizisten einschüchtern. [...] Zu Hause wird man euch erzählen, das Vaterland sei in Gefahr, und man wird euch an die französische und italienische Front oder irgendwohin in die Berge des Balkans schicken. Wofür soll gekämpft werden? Für das Vaterland. Das ist das Vaterland der Bourgeoisie. Und sie wollen, daß ihr dieses Vaterland verteidigen sollt. Kehrt eure Waffen gegen die eigenen Offiziere und Generale, gegen die Paläste. Möge jeder von euch in seinem Regiment zu einem Lehrer der Revolution werden. Berichtet euren Brüdern darüber, was hier geschehen ist, sagt ihnen, daß nur eine Revolution uns retten kann."[899]

Angesichts solcher Reden fühlten sich die militärischen Kommanden der Zentralmächte in ihrer Haltung bestärkt. Gemeinsam mit den zivilen Behörden traf man Vorkehrungen, der „zersetzerischen Gewalt" einer „weltanschaulichen Seuche" Einhalt zu ge-

898 RCChIDNI, f. 549, op. 1, d. 2, 23 und 93; Pardon/Shurawljow, Bd. 1, 60.

899 Pardon/Shurawljow, Bd. 1, 69.

bieten. Vornehmlich in der Donaumonarchie begann ein weitverzweigter Abwehrapparat die beargwöhnten Rußlandheimkehrer der „geistigen Quarantäne“ zuzuführen. An einem ideologischen Schutzwall sollten die „Hetzer und Brandstifter“ scheitern. Die *„Bekämpfung des Bolschewismus“* wurde zur letzten Obsession der „alten Welt“.

TEIL IV:

1918/19

UMBRUCH IN MITTELEUROPA

„BAZILLEN DES BOLSCHEWISMUS"

Die Krise der Zentralmächte und die Heimkehrproblematik im Jahre 1918

ABWEHRMASSNAHMEN

„Ich habe hier einen Brief eines aus der russischen Gefangenschaft zurückgekehrten, in jeder Weise zuverlässigen Mannes, der empörende Dinge berichtet", erklärte Albrecht von Graefe, Mandatar der Konservativen Partei, im Deutschen Reichsrat. Den Abgeordneten wollte er während der Debatte über den Staatshaushalt Mitte Juni 1918 Näheres über die sich „verschlechternden Zustände" im ehemaligen Zarenreich zur Kenntnis bringen. „Unseren Leuten", fuhr Graefe fort, „hat man aber noch viel Schlimmeres zugemutet." Man habe „sie nicht nur an Leib und Leben, an Gut und Blut mißhandelt", sondern sei „auch ihren inneren Menschen in einer Weise gegenübergetreten, die als Frivolität gebrandmarkt" werden müsse. Der Kreml reihe Heeresangehörige der Mittelmächte zwangsweise in die Rote Armee ein; die weltanschauliche Beeinflussung der Vierbundsoldaten dürfe von den verantwortlichen Dienststellen nicht länger hingenommen werden.[1]

Ganz anders reagierte die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands, deren Mitglieder gegen die Kriegskredite aufgetreten waren und – von der SPD-Reichstagsfraktion ausgeschlossen – schließlich eine eigene Gruppierung bildeten.[2] Für die im April 1917 konstituierte USPD sprach Oskar Cohn. Er konfrontierte Graefe mit den Bestimmungen der Sowjetführung, welche den Kriegsgefangenen die „Befreiung vom Lagerzwange" verhießen. Cohn sah deshalb die zivilen und militärischen Behörden des Hohenzollernreiches unter Zugzwang, weil sich seiner Meinung nach die Verordnungen der Volkskommissare nun auch auf die Lage der Russen in *Deutschland* positiv auswirken sollten.

Vornehmlich an der DOHL übten indessen die „Mehrheitssozialisten" Kritik. Für letztere skizzierte Karl Ryssel in groben Zügen die Behandlung der „aus Rußland zurückgekehrten Mannschaften" durch die eigene Heeresverwaltung: Weil „die Leute mit den Bolschewisten in Berührung gekommen und als Menschen behandelt worden sind", konstatierte er, weil sie „vollständig frei in Rußland herumgegangen sind" und unter „keinerlei Bedrückungen" litten, werden sie „in der Heimat erst einmal einer Quarantäne" unterworfen; „politisch unzuverlässige Elemente" finden sich dann unter Bewachung bei

---

1 Pardon/Shurawljow, Bd. 1, 83f.
2 Bernstein 47.

den Einsatztruppenteilen wieder, wo man ihnen mittels „Unterricht in Wort und Bild patriotische Gefühle zu vermitteln versucht", um den „revolutionären Ideen in geeigneter Weise" entgegenzutreten.[3] SPD und USPD ließen keinen Zweifel an ihrer Haltung aufkommen. Den Aktivitäten der Generalität begegneten sie mit Skepsis und Ablehnung. Für Kaiser Wilhelm und seine Regierung nahmen sich Ryssels abschließende Bemerkungen zur Heimkehrerbehandlung denn auch wie eine gefährliche Drohung aus. „Meine Herren", warnte der sozialdemokratische Abgeordnete mit einem deutlichen Hinweis auf kommende Ereignisse, „da nutzen auch Ihre vaterländischen Unterrichtsabende nichts; die Erfahrungen, die unsere Gefangenen in Rußland in der letzten Zeit gemacht haben, werden ihre Früchte auch in Deutschland noch zeitigen ..."[4]

Unzufriedenheit machte sich allerdings selbst in den deutschen Armeekommanden breit. Am 8. Mai 1918 erging ein Schreiben an die „stellvertretenden Brigaden und Ersatzabteilungen des Feldheeres", die Austauschgefangenen, welche, wie es hieß, „durch die systematisch betriebene Verhetzung an ihrer monarchischen und deutschvölkischen Gesinnung Schaden erlitten" hätten, einerseits „ständig unauffällig zu überwachen", andererseits einer „regelmäßigen patriotischen Schulung" zuzuführen. Knapp drei Monate später machte der Chef des Generalstabs des Feldheeres jedoch auf Rußlandheimkehrer aufmerksam, die sich weigerten „an die Front zu gehen und deshalb in der Heimat zu schweren Freiheitsstrafen verurteilt" würden. Vor allem, hielt eine vertrauliche Mitteilung vom 21. 7. fest, bitte das preußische Kriegsministerium „in Befürchtung der Verseuchung" von einzelnen Formationen „keinesfalls Mannschaften, die noch nicht abgeurteilt oder unter Strafaufschub den Feldstellen zugeführt" worden waren, „den Ersatztruppenteilen zurückzusenden".[5] Die Maßnahmen der Militärverwaltung schienen nicht zu greifen. In einem am 19. Oktober abgefaßten Bericht an den Reichskanzler Prinz Max von Baden zeichneten Hindenburg und Ludendorff ein aus ihrer Sicht betrübliches Bild. Die „Rätemacht" sei nach dem Grundsatz „Angriff ist die beste Verteidigung" zur Offensive übergegangen, indem sie ihre Ideen wie „eine Pest" über die ganze Welt auszudehnen und „die vom Krieg ermatteten Völker zu zermürben" beabsichtige; kommunistisch „durchseuchte" Kriegsgefangene beeinflußten ihre früheren Kameraden; in „der großen Menge von Rückwanderern befänden sich Agenten", die nicht nur „Mundpropaganda" betrieben, sondern auch Flugblätter und Zeitschriften verbreiteten; im Hinterland agitierten Moskauer Emissäre; infolge „umstürzlerischer Umtriebe" leide der innere Wert und die Moral der deutschen Truppen, die an der Ostfront, in einer von „revolutionärer Wühl-

3 Pardon/Shurawljow, Bd. 1, 84f.

4 Ebd.

5 Ebd. 77 und 96.

arbeit destabilisierten Ukraine", stünden.[6] Das ganze traurige Szenario, meldete das Hauptquartier nach Berlin, komplettiere noch die Situation im Habsburgerreich. Dort sei die „Durchsetzung des slawischen Elements in sehr weitgehendem Maße gelungen, welche überdies „den Zerfall der Widerstandskraft" nach sich ziehe; außerdem habe auch in der k.u.k. Armee das bolschewistische Programm verhängnisvollen Einfluß gewonnen.[7]

„Linkes Ideengut" vermutete man nicht nur in Deutschland auf dem Vormarsch. In *Österreich* wurde die Situation vielfach ähnlich „bedenklich" eingeschätzt. Im Christlichsozialen Parlamentsklub war man besonders pessimistisch: „Jetzt ist die Situation so weit gekommen, daß wir nur die Wahl zwischen Kommunismus und Nationalismus haben, und den Weg zu diesem Kommunismus bahnt das äußere und innere Ministerium, indem beide sich der Organisation der Schwerarbeiter mit Haut und Haaren verschrieben haben, nur um den Weg des Nationalismus nicht betreten zu müssen."[8] Dabei ließen die Abgeordneten freilich außer acht, daß die Wiener Zentralstellen seit geraumer Zeit auch Vorkehrungen gegen mögliche sozialrevolutionäre „Umwälzungen" trafen. Speziell unter den Heimkehrern aus dem Herrschaftsbereich der Bol'ševiki vermutete man Sympathisanten Lenins. „Es ist keineswegs ausgeschlossen, daß die Russen die Repatriierung vormaliger Gefangener für ihre politischen Ziele nutzen", betonte das AOK in Baden gegenüber dem Kriegsministerium am Stubenring.[9] Die Spitzen der k.u.k. Heeresverwaltung erreichte in diesem Sinn auch ein Dossier des k.u.k. Innenministers. Dieser forderte polizeiliche Maßnahmen in Absprache mit der Armee, zumal, wie er sich ausdrückte, frühere Kriegsgefangene leider „am ernstesten unser Vaterland, die Lebens- und Vermögenssicherheit bedrohen", wenn sie „die in sich gesogenen Ideen frei verbreiten, im Lande sich mit ähnlich gesinnten Individuen in einem Lager vereinigen, mit diesen sich organisieren und das Obsiegen ihrer Ideen mit der Hoffnung auf Erfolg versuchen können".[10]

Aus mehreren Gründen drängten führende Militärs auf ein energischeres Auftreten. Die weitgehend unkontrollierte Heimkehrbewegung aus dem Osten wollte man wenigstens auf dem Boden der Monarchie in geordnete Bahnen lenken. Doch mußten die zuständigen Instanzen die schlechte Ernährungslage des Habsburgerreiches im vierten Kriegsjahr berücksichtigen. Durch regellos südwestwärts strömende Heimkehrer hätte sich die Situation noch verschärft; daneben bestand die Gefahr, daß Seuchen eingeschleppt wür-

6 Ebd. 155f.
7 Ebd.
8 ÖSTA/AdR, Parteiarchive, Christlichsoziale Partei/Parlamentsklub, Karton 64, Korrespondenzen 1918.
9 ÖSTA/KA, KM/10. Abt./Kgf. 1918: 10-20/1-12.
10 ÖSTA/KA, AOK/Op. Abt., Hk.-Grp. 1918: Op.Nr. 131.657.

den – zu einer Zeit, als die Widerstandskraft der Bevölkerung durch die Lebensmittelknappheit schon geschwächt war.[11]

Der Aufbau einer großen Heimkehrorganisation wurde ins Auge gefaßt; die rasche Wiedereingliederung Hunderttausender in die Marschformationen der Armee sollte dadurch erreicht werden, ohne auf die Überwachung „revolutionär vergifteter Rückläufer" und die Auffrischung der „patriotischen Gesinnung" unter den ehemaligen Gefangenen zu verzichten.[12]

Eine besondere Funktion übte in dieser Hinsicht auch das Evidenzbüro aus. Geheimdienstchef Max Ronge meinte dazu in seinen Aufzeichnungen: „Die Propaganda unter den Kriegsgefangenen, um sie zum Treubruch und gegen die Monarchie aufzuhetzen, hatte bereits, wie wir immer wieder erfuhren, ihre Früchte getragen. Schon seit Herbst 1916 befaßten wir uns besonders auf Anregung des Militärkommandos Leitmeritz und der Polizeidirektion Prag mit Vorbereitungen für das vornehmliche Thema bei den Konferenzen, die im Frühjahr 1917 wie alljährlich mit den Leitern der vier Zentralstellen und der Hauptstellen für den defensiven Kundschaftsdienst im Evidenzbüro und bei der Polizeidirektion Wien abgehalten wurde. Schon zu dieser Zeit war der Schluß zwingend, daß sie statt eines jubelnden Empfanges eine Prüfung auf Herz und Nieren zu gewärtigen hatten. Damals handelte es sich nur um einzelne oder kleine Gruppen, die teils auf dem Austauschwege, teils nach gelungener Flucht in die Heimat kamen. Seit der Waffenruhe mehrte sich aber die Anzahl jener täglich, die durch die russische Front zu uns zurückgelangten, und nach Abschluß des Friedens mußte mit einer Bewegung von Hunderttausenden gerechnet werden."[13]

Den aus der Gefangenschaft Zurückgekehrten beabsichtigte die Heeresleitung mit größtmöglicher Vorsicht gegenüberzutreten. Das AOK fragte sich angesichts der Kriegsmüdigkeit vieler früherer Kriegsgefangener, ob eine neuerliche Frontverwendung der Repatriierten überhaupt noch sinnvoll sei.[14] Deren physische, psychische und weltanschauliche Verfassung erweckte das Mißtrauen der österreichisch-ungarischen Armeeführung.[15] Das Evidenzbüro argwöhnte, Heimkehrer hätten „auf ihren Wanderungen durch Ruß-

---

11 Przybilovszki 43.

12 Ebd.; Plaschka/Haselsteiner/Suppan, Bd. 1, 282.

13 Ronge, Kriegs- und Industriespionage 327f. Seit dem Waffenstillstandsabkommen zwischen den Mittelmächten und den Bol'ševiki spielte die Kriegsgefangenen- und Heimkehrerproblematik noch in anderer Hinsicht eine Rolle für den militärischen Nachrichtendienst Österreich-Ungarns: Mit Hilfe von (ehemaligen) Gefangenen wollte man ein Konfidentennetz aufbauen, das detaillierte Informationen über die Verhältnisse in Sowjetrußland liefern sollte. – Rutkowski, Kundschafterdienst 25.

14 Hautmann, Rätebewegung 180.

15 Neck, Arbeiterschaft und Staat 400.

land viel von ihrer Disziplin" verloren und seien von „revolutionären Ideen angesteckt"; außerdem – so Ronge – rechnete man damit, „daß die Bolschewiken in den Heimkehrerstrom [...] ihre die Weltrevolution propagierenden Sendlinge einschmuggeln würden."[16]

Die Bedenken gipfelten schließlich in einem Erlaß des Chefs des Generalstabes vom 28. Dezember 1917, der wie folgt lautete: „Zurückgekehrte Kriegsgefangene sind von der Truppe auszusondern, zunächst vereinigt zurückzubehalten, bezüglich ihrer politischen Gesinnung auszuhorchen und durch Kameraden über die tatsächliche Lage der Monarchie und ihrer Verbündeten aufzuklären."[17]

In den nächsten Monaten entstand eine ebenso weitverzweigte wie kostspielige und behäbige Organisation, die sich zum Ziel setzte, die Gedanken der Rußlandheimkehrer gewissermaßen durch eine Grenzkontrolle zu zensurieren. Ein derartig aufwendiges Verfahren mußte allerdings manchen Beobachter schon deshalb vor den Kopf stoßen, weil *die Austauschaktion aus unterschiedlichen Gründen* immer wieder *ins Stocken geriet* und eine beträchtliche Zahl der Gefangenen, sowohl in den Gebieten des untergegangenen Zarenreiches als auch auf dem Territorium der Zentralmächte, trotz des Brester Friedensvertrages mit einer baldigen Evakuierung nicht rechnen konnte. Ethnische Konflikte, militärische Auseinandersetzungen zwischen den Gegnern und Befürwortern des Sowjetregimes sowie das Auftreten der tschechoslowakischen Legion und die alliierte Intervention in Rußland vermochten die schleppenden Repatriierungskampagnen keinesfalls zufriedenstellend zu erklären.

In Wien hatte man etwa das deutsche Oberost in Verdacht, heimkehrende österreichisch-ungarische Staatsangehörige zurückzuweisen.[18] Heinrich von Raabl-Werner meldete sich dazu aus Petrograd zu Wort. Ihm lägen, so Raabl-Werner, „präzisere Angaben" vor; Deutsche hätten angeblich auf Befehl ihrer vorgesetzten Kommanden in der Gegend von Dvinsk entflohene Kriegsgefangene am Grenzübertritt gehindert; hauptsächlich Magyaren und Deutschösterreicher seien von Angehörigen der Hohenzollernarmee als „sozialistisch verseucht" bezeichnet und deshalb an der lang „ersehnten Heimkehr" gehindert worden.[19]

Nachrichten dieser Art erreichten bald auch die noch in Rußland befindlichen k.u.k. Soldaten. Zugleich registrierten diese Einzelheiten über die Behandlung der „Rückläufer" durch die eigenen Truppen in der Etappe und im Hinterland. Béla Kun und die ausländischen Gruppen bei RKP(b) wußten sich die Informationen über die „Bekämpfung der

16 ÖSTA/KA, KM/10. Abt./Kgf. 1918: 10-20/1-12; vgl. Ronge, Kriegs- und Industriespionage 328.
17 Zit. nach Hautmann, Rätebewegung 180.
18 ÖSTA/KA, AOK/Op.Abt., R-Grp. 1918: Op.Nr. 49.827.
19 ÖSTA/KA, KM/10. Abt. /Kgf. 1918: 10-20/1-266.

Bolschewiken unter den früheren Gefangenen" zunutze zu machen. In der Pravda brachten die CFIG-Funktionäre im Mai 1918 einige Artikel über das Verhalten deutscher und österreichisch-ungarischer Heeresbehörden gegenüber geflüchteten oder „regulär heimbeförderten" Vierbundsoldaten unter.[20] Wenig Erbauliches erfuhren Deutsche, Österreicher und Ungarn in den unterschiedlichen Regionen des einstmaligen Romanovimperiums zur gleichen Zeit aus den Schreiben ihrer Angehörigen. Der Zensurabteilung des Gemeinsamen Zentralnachweisbureaus fielen immer öfter Korrespondenzen in die Hände, in denen vor einer unüberlegten Heimkehr gewarnt wurde. Offensichtlich, erklärte das GZNB, „herrscht die Furcht vor, daß die nunmehr freigewordenen Gefangenen alsbald wieder an die Front geschickt werden und ihr Leben auf's Spiel setzen müssen". Daher begegnete „man des öfteren dem Rat, lieber in Rußland zu bleiben und daselbst die weitere Entwicklung der Dinge abzuwarten".[21] Daß die Briefe aus der Donaumonarchie ihre Wirkung nicht verfehlten, geht unter anderem aus den Aufzeichnungen des Turkestan-Gefangenen Fritz Willfort hervor. „Sehr bedrückend", notierte Willfort, „war die Nachricht, daß die österreichischen Grenzbehörden oft Schwierigkeiten bereiteten, unsere Flüchtlinge aufzunehmen; angeblich weil man dort glaubte, daß sie kommunistische Ideen nach Österreich brächten."[22]

Dabei lehnten gerade jene, die sich im sowjetischen Machtbereich revolutionären Bewegungen angeschlossen hatten, meistens aus politischen Gründen ohnehin eine frühzeitige Heimkehr ab. „K.u.k. Kundschafter" Leopold Landsberger berichtete hierüber folgendes: „Zwei Kriegsgefangenen wurde das zweifelhafte Vergnügen zuteil, vom Vizepräsidenten des Samaraer Anarchistenklubs angesprochen zu werden, der sich als Wiener vorstellte und bemerkte, daß [...] es ihm leid täte, solange Österreich keine Republik sei, den Steffel[23] nicht mehr wiedersehen zu können."[24]

In ähnlicher Weise äußerte sich Ferdinand Effenberger[25], Mitglied der revolutionären Kriegsgefangenenorganisation in Omsk, gegenüber gefangenen Offizieren. Auf die Frage, „ob er denn auch wüßte, was dies für Folgen für ihn haben könnte, wenn er nach Österreich zurückkehrte", antwortete Effenberger, „daß er nicht eher zurückkehren werde, bis auch dort die Revolution ausgebrochen sei".[26] Die Internationalisten, und unter ihnen be-

20 Józsa, Ungarn und die ungarischen Bolschewiken 177f.

21 ÖSTA/KA, AOK/Evb. d. Gstbs./NA d. AOK, G.Z.N.B./Zensurabt. „D" 1918: Res. Nr. 5057, 5067 und 5222.

22 Zit. nach Przybilovszki 86.

23 Stephansdom in Wien.

24 Rutkowski, Kundschafterdienst/Mission Landsberger 35.

25 Effenberger wurde später Mitglied der Deutschen Gruppe bei der RKP(b).- Pardon/Shurawljow, Bd. 1, 153.

26 Striegnitz, Deutsche Internationalisten 134.

sonders die Funktionäre der ausländischen KP-Sektionen, warteten auf einen günstigen Zeitpunkt für die Heimkehr, auf den Untergang der Monarchien in Mitteleuropa; ein Standpunkt, der angesichts der Entwicklungen in den vergangenen Monaten nicht ungerechtfertigt erschien.

Für die Verzögerungen beim Gefangenenaustausch waren jedoch politisch-militärische Erwägungen nicht alleine ausschlaggebend. Wirtschaftsfragen standen ebenso im Vordergrund.

Berlin setzte auf den „Austausch Kopf um Kopf", um die mehr als eine Million Soldaten der früheren Zarenarmee der deutschen Kriegswirtschaft so lange als möglich zu erhalten. Verhandlungen zwischen dem Hohenzollernreich und der RSFSR führten schließlich zu einem am 24. Juni 1918 unterzeichneten Protokoll über die Grundsätze der Repatriierungsmaßnahmen, das weitestgehend den deutschen Vorstellungen entsprach.[27] Einige Monate zuvor war auch in der Habsburgermonarchie die „Abziehung der in landwirtschaftlichen und industriellen Betrieben beschäftigten Kriegsgefangenen" zum Gegenstand öffentlicher Debatten geworden. Steirische Reichsratsabgeordnete hatten sich im Herbst 1917 mit dem dringlichen Ersuchen an die Heeresverwaltung und den k.k. Ministerpräsidenten gewandt, von einer „weiteren Entziehung wichtiger Arbeitskräfte aus dem schwerbedrängten Lande" abzusehen.[28] Mitte Juni 1918 dachte dann der Minister für Volksernährung in einer streng vertraulichen Aktennotiz darüber nach, ob „aus Anlaß der in der Versorgungslage eingetretenen Krise nicht auch die „Heimbeförderung" österreichisch-ungarischer Heeresangehöriger aus Rußland „im gegenwärtigen Zeitpunkte" „innegehalten werden solle".[29] Für die Militärbehörden kamen derlei Überlegungen allerdings nicht in Betracht. Zwar habe man, wie der Chef des Ersatzwesens im Oktober vermerkte, „bei der Berücksichtigung des Umstandes, daß die Russen ein wertvolles Potential für die gesamte Volkswirtschaft bilden, den Austausch derart hinausgeschoben, daß die ersten Transporte nicht vor Juli des laufenden Jahres in die Heimat gelangten", das Kriegsministerium am Stubenring sei aber verpflichtet, die Rückkehr der eigenen Leute „mit allen Mitteln zu fördern".[30] Schließlich machten sich auch die Familien der Gefangenen, und an ihrer Seite die politischen Parteien, bemerkbar. Turbulent verlief in dieser Hinsicht

27 Pardon/Shurawljow, Bd. 1, 88; Bothmer 9f., 46, 51, 57 und 64.

28 Stenographische Protokolle des Hauses der Abgeordneten des Reichsrates (12. Wahlperiode) XXII. Session (letzte Session des Reichsrates vom 30.5.1917 bis 12.11.1918): 40. Sitzung vom 20. November 1917. Zu den wirtschaftlichen Konsequenzen des Großaustausches siehe auch das Protokoll über die Besprechung vom 6. März 1918, an der Repräsentanten der verschiedenen österreichischen und ungarischen Ministerien, der gemeinsamen Ressorts, des Armeeoberkommandos und des k.u.k. Ersatzwesens teilnahmen. – ÖSTA/KA, KM/10. Abt./Kgf. 1918: 10-20/1-373.

29 ÖSTA/KA, AOK/Op.Abt., Hk.-Grp. 1918: Op.Nr. 131.198.

30 ÖSTA/KA, Chef des Ersatzwesens 1918: 19-31/11-3.

Ende Juni 1918 eine Versammlung in der Volkshalle des Wiener Rathauses, welche unter dem Vorsitz des Sozialdemokraten Albert Sever Vertretern der Angehörigenverbände, Reichsratsabgeordneten und der Baronin Huszar als Abgesandte des Kriegsministeriums die Gelegenheit gab, zur Situation der österreichisch-ungarischen Soldaten im untergegangenen Zarenreich Stellung zu nehmen. Die Unzufriedenheit der Anwesenden mit den staatlichen Fürsorgemaßnahmen war ebenso groß wie das Unverständnis im Hinblick auf die Heimkehrerbehandlung und das Tempo der Repatriierungsmaßnahmen. Huszar, die nicht zuletzt mit dem Vorwurf konfrontiert wurde, in erster Linie die Interessen der gefangenen Offiziere zu vertreten, gelang es nicht, die Wogen zu glätten. Besonders emotionell fiel die Rede des Abgeordneten Forstner aus, der unter anderem Kritik an der Informationspolitik des Kriegsministeriums übte: „Die Bevölkerung wird so behandelt wie ein kleines Kind. Aber unsere Frauen und Mütter und Väter und Brüder haben ein Anrecht darauf zu wissen, wie es ihren Angehörigen in Russland geht. Es wurde konstatiert, dass es ihnen elend genug geht, früher noch schlechter als jetzt, und ich muss schon sagen: wenn ich die Wahl habe zwischen dem jetzigen System der Bolschewiki und dem früheren zaristischen Regime, dann sind mir die Bolschewiki tausendmal lieber. […] Warum die österreichische Regierung die Gefangenen nicht austauscht, ist leicht zu finden, weil sie die Ideen fürchtet, die herüberkommen. Aber Dr. Adler hat ganz richtig erklärt: Gegen alles kann man Österreich absperren, gegen Schweine aus Serbien, gegen Rindfleisch aus Rumänien und anderen Gebieten, aber gegen Gedanken, die aus Rußland kommen, kann man Österreich nicht absperren. […] Man läßt die Kriegsgefangenen nicht her, damit sie keine revolutionären Gedanken herbringen und damit man zweitens die russischen Kriegsgefangenen hier bei der Arbeit erhalten kann, die auf den Gütern der Bauern und den Fideikommißgütern der Großgrundbesitzer zerstreut sind. All das ist echt österreichisch. Lassen wir es, wie es ist, nur keine Aufregung, nur nichts Neues – lassen wir es bei der alten Schlamperei! […] Ich möchte, meine sehr geehrten Anwesenden, nur eines sagen: Wir wünschen, daß unsere Kriegsgefangenen nachhause geschickt werden. […] Der Kaiser muß es erfahren, das Kriegsministerium weiß es und dem Kaiser werden wir es zur Kenntnis bringen. Wenn er es nicht will, das Volk will es, wir werden sehen, wer der Stärkere ist."[31]

Im Juli 1918, nachdem die Ratifikationsurkunden in Berlin ausgetauscht und die Mitglieder der von Generalmajor Kreycy geführten k.u.k. Gefangenenmission in Rußland mit den notwendigen Dokumenten und Bescheinigungen seitens der zuständigen russischen Behörden ausgestattet worden waren, schienen alle Hindernisse für den definitiven Beginn

31 HGM/Plennymuseum, Stenographisches Protokoll der am 29.6.1918 in der Volkshalle des Wiener Rathauses abgehaltenen Versammlung. Tagesordnung: Wie können wir unseren Kriegsgefangenen in Rußland helfen?

des Großaustauschs beseitigt zu sein. Auf diese Weise sollte nun endlich die „Rückführung der Österreicher aus dem Osten" in geregelte Bahnen gelenkt werden und umgekehrt die Russen in größeren Kontingenten abgeschoben werden.

Da aber seit Jahresanfang feststand, daß im Hinblick auf die Heimbeförderung von Armeeangehörigen des früheren Zarenheeres die Frage der „Sonderbehandlung bestimmter Nationalitäten" eine gewisse Rolle spielen würde[32], mußte schon aus rein organisatorischen Gründen auch weiterhin mit Verzögerungen seitens der Wiener Zentralstellen gerechnet werden. Als bei einer interministeriellen Sitzung im Februar 1918 ein forcierter Abtransport von Ukrainern diskutiert wurde, wies Oberst Stutz darauf hin, daß sich lediglich eine geringe Anzahl im Lager Freistadt aufhielt, während der Großteil von ihnen in der gesamten Monarchie auf verschiedenen Arbeitsplätzen verstreut war.[33] Daraus resultierte ein nicht zu unterschätzender administratorischer Aufwand, denn aus der Masse der „ausländischen Militärpersonen" mußten demzufolge die betreffenden Gefangenen herausgefiltert werden. Allein im Grundbuchstand der verschiedenen Lager waren zirka 238.000 ukrainische Soldaten verzeichnet.[34] Das AOK verfügte darüber hinaus im Frühjahr 1918, daß „die in der letzten Zeit in der Ukraine gemachten russischen Kgf. [...], welche bolschewikischer Gesinnung sind", separat von den übrigen untergebracht und in eigens anzufertigenden Evidenzlisten verzeichnet werden sollten.[35] Die Heimkehr dieser Männer sollte auf Wunsch der ukrainischen Behörden nicht gefördert werden. Die k.u.k. Kriegsgefangenenmission in Kiev wurde daher gebeten dafür Sorge zu tragen, daß aus Österreich-Ungarn „in erster Linie Ukrainer, welche vor 1918 in Gewahrsam der Habsburgerarmee geraten waren, repatriiert werden".[36]

Die Offiziere des Ersatzwesens informierte man außerdem bereits im August darüber, daß der eben erst angelaufene Großaustausch in Ermangelung verfügbarer Russen „ins Stocken zu geraten" drohe. Laut Bericht konnten die 60.000 an der SW-Front Befindlichen nur gegen Ersatz abgegeben werden; aus den Lagern war nach Angaben des Kriegsministeriums trotz ebenfalls zirka 60.000 russischer Heeresangehöriger „nicht mehr viel zu gewinnen". Dennoch kündigte die 10. Gefangenenabteilung schließlich an, „die Lagerstände um 10.000 Kgf." zu reduzieren; für September wurde der erforderliche Ersatz für die SW-Front in Aussicht gestellt. Das Armeeoberkommando gab überdies die Zahl der an der Ostfront stehenden russischen Kriegsgefangenen mit 150.000 an. Ungeachtet

32 ÖSTA/KA, KM/MK im KM (zuvor KÜA) 1918: Zl. 17.691.

33 Ebd.

34 ÖSTA/KA, KM/10. Abt./Kgf. 1918: 10-3/51-214.

35 ÖSTA/KA, KM/10. Abt./Kgf. 1918: 10-11/2-275 und 10-20/2-141.

36 ÖSTA/KA, KM/10. Abt./Kgf. 1918: 10-20/1-4793.

der hohen Fluchtrate[37] und der regulären Abgabe von 30.000 Soldaten schon zu Jahreswechsel 1917/18, die direkt an der Front erfolgt war, hatte aufgrund der militärischen Aktionen in der Ukraine die Zahl der Russen seit Jahresbeginn offenbar um mehrere tausend Mann zugenommen.[38] Diese 150.000 Gefangenen sollten nun endgültig abgegeben werden, um „mit Rücksicht auf [die] schwere Gefährdung der Volkswirtschaft" erst Anfang November im Hinterland befindliche Arbeitskräfte berücksichtigen zu müssen.[39] Zurückbehalten werden sollten u. a. Kriegsgefangene, die aus Sibirien und Turkestan stammten. Ihr Heimtransport wurde an die Evakuierung der in diesen Gebieten befindlichen Österreicher und Ungarn geknüpft.[40]

In der Absicht, „Gegenmaßnahmen wegen [der] Entfachung eines neuen Ostkrieges seitens der Entente" einzuleiten, sollten nach Weisung des AOK grundsätzlich alle „ententefreundlichen Russen" ebenso wie kriegsdiensttaugliche Gefangene aus den Gebieten östlich und nördlich der Wolga sowie aus Zentralasien vorläufig in der Monarchie bleiben.[41] Gleichzeitig machte sich die Wiener Militärverwaltung für die rasche Heimkehr von ungefähr 70.000 k.u.k. Soldaten stark, deren Abtransport aus Sowjetrußland nach Ansicht von Kriegsminister Freiherr Stöger-Steiner von Steinstätten bis Mitte November im Bereich des Möglichen lag. Aus diesem Grund wandte er sich an den Chef des Ersatzwesens und ersuchte darum, die gleiche Zahl von Russen in den Gefangenenstationen bereit zu halten. Nun setzte man sich am Stubenring bewußt über die Einwände anderer Ressorts, die aus wirtschaftlichen Gründen gegen die Repatriierungsmaßnahmen Stellung bezogen, hinweg. Was die Heimkehr der übrigen, noch auf dem Gebiet des zaristischen Riesen-

---

37 ÖSTA/KA, AOK/Op.Abt., Ev. Grp-B 1917/18, Kriegsgefangene, Karton 600, Fol. 177.

38 Zu Jahreswechsel war von nicht einmal 140.000 Russen die Rede gewesen.

39 Währenddessen legte Baron von Hazai in seiner Funktion als Chef des Ersatzwesens eine erste Bilanz vor. Im Rahmen der „Evakuierungsaktionen" waren nicht mehr als 64.000 „Großrussen" abgegeben worden. Aus „politischen Gründen", wie es hieß, und entsprechend den Forderungen des Außenministeriums sollten in den Wintermonaten „40–50.000 Polen, 4.000 Georgier" und „15.000 Kaukasier" heimbefördert werden. Eingerechnet wurden damals noch 5.000 Donkosaken. Insgesamt plante man folglich den Abzug von 74.000 „russischen" und weiters von lediglich 20.000 „großrussischen" Gefangenen. Eine „Erschütterung der Volkswirtschaft" war als Folge der Repatriierung dieser 94.000 Männer nach Ansicht Hazais nicht zu befürchten, da immer noch, wie er betonte, über eine Million gegnerischer Armeeangehöriger „in der Monarchie im Arbeitsprozeß" stünden. Dennoch wurde das Kriegsministerium seit Beginn des „Großaustauschs" mit Reklamationen der verschiedenen zivilen Zentralstellen und Bitten um Ersatzbeistellungen überschwemmt. Die ursprünglich vorgesehene „Rückführung" von 100.000 Ukrainern wurde nun von den Mitarbeitern der 10. Abt./Kgf. „vorderhand gar nicht in Betracht gezogen". – ÖSTA/KA, Chef des Ersatzwesens 1918: 19-31/11-3.

40 ÖSTA/KA, KM/MK im KM (zuvor KÜA) 1918: Zl. 39.030.

41 ÖSTA/KA, Chef des Ersatzwesens 1918: 19-12/1-7.

reiches befindlichen Soldaten der eigenen Truppenverbände anging, hatte Stöger-Steiner jede Hoffnung aufgegeben.[42]

Nichtsdestoweniger kamen nach offiziellen Angaben bis Mitte Oktober 670.508 Angehörige der Habsburgerarmee aus Rußland zurück. Von einer systematischen Rückführung konnte jedoch nicht die Rede sein. Der größte Teil kehrte „wild", auf Schleichwegen durch die nicht mehr existierende Front, heim.[43] Das Kriegsministerium mußte sich die völlig außer Kontrolle geratene Entwicklung eingestehen. Bei einer Besprechung von politischen und juridischen Fragen der „Evakuierungsaktionen" meinte Ernst von Streeruwitz: „Die Vorhersage der 10. Abt./Kgf., daß der streng schematische Austausch in der beabsichtigten Form nicht durchführbar sein wird, ist inzwischen eingetreten. Die Kriegsgefangenen strömen ohne jede Instradierung und Vorsorge in Massen über die Ostfront herein; der Gefangenenaustausch, welcher zuerst durchgeführt werden sollte, ist gänzlich sistiert."[44]

Noch bevor sich im Sommer 1918 die Spannungen zwischen den Tschechoslowaken und den Bol'ševiki in einer bewaffneten Konfrontation entluden und mit der Etablierung „antibolschewistischer Fronten" die Heimkehrbewegung im großen und ganzen zum Erliegen kam, sahen sich dementsprechend speziell die Wiener Zentralstellen mit einer kaum überschaubaren Masse von „Rückläufern" konfrontiert, welche die k.u.k. Heeresverwaltung wenigstens auf dem Boden der Monarchie einer strengen Kontrolle unterwerfen wollte. Zuständig waren hierfür vorerst sowohl die Generalstäbler in Baden als auch die Beamten am Stubenring.[45] Letztere befaßten sich grundsätzlich mit allen Austauschangelegenheiten; „die Fragen der direkten Heimkehr und der Behandlung der Heimkehrer im Bereiche der Armee im Felde" waren hingegen dem AOK untergeordnet, das ab 10. Februar 1918 Heimkehrangelegenheiten „in der Operationsabteilung R-Gruppe und später in der Heimkehrergruppe" behandelte.[46]

Ab etwa Mitte Februar 1918 setzte die Rückflutbewegung der Heimkehrer voll ein, sodaß „sich eine Koordinierung als notwendig erwies".[47] Man entschloß sich daher von „allerhöchster Seite" Generaloberst Josef Ritter Roth von Limanowa-Lapanow neben dem Generalinspektorat der k.u.k. Erziehungs- und Bildungsanstalten auch die Oberste Lei-

---

42 ÖSTA/KA, Chef des Ersatzwesens 1918: 19-31/19.

43 Hautmann, Rätebewegung 180; Plaschka/Haselsteiner/Suppan, Bd. 1, 280.

44 Zit. nach Przybilovszki 38.

45 Zur Regelung der Kompetenzverteilung bei Fragen des Gefangenenaustausches und der Heimkehrerbehandlung in Österreich-Ungarn siehe unter anderem: ÖSTA/KA, KM/10. Abt./Kgf. 1918: 10-20/1-7 und 10-20/1-32.

46 Przybilovszki 52; Plaschka/Haselsteiner/Suppan, Bd. 1, 281.

47 Plaschka/Haselsteiner/Suppan, Bd. 1, 281.

tung des *Heimkehrwesens* anzuvertrauen.[48] Generaloberst Roth, dessen Dienststelle sich in der Rossauerkaserne befand, hatte das Recht, „im Heimkehrwesen selbständig im Rahmen der ergangenen Erlässe Befehle zu erteilen".[49] Daneben stand ihm das Inspizierungsrecht aller Heimkehrinstitutionen zu.[50]

Die Wiedereingliederung der ehemaligen Kriegsgefangenen in die k.u.k. Armee erfolgte in mehreren Etappen. Entlang der gesamten Ostfront errichtete die österreichisch-ungarische Heeresverwaltung 24 Übernahmestationen, in denen die Heimkehrer erstmals mit den eigenen militärischen Organisationen in Berührung kamen.[51] Normalerweise dauerte der Aufenthalt in den Übernahmestationen nur einen Tag; es erwies sich daher als notwendig, die Repatriierten „gleichsam wie am Fließband durchzuschleusen: Trennung in Zivil- und Militärpersonen, Entlausung, erste Präsentierung, ärztliche Untersuchung, Perlustrierung. Das alles ging sehr routinemäßig, sehr mechanisch vor sich."[52]

---

48 Roth, Kriegstagebuch 56; ÖSTA/KA, AOK/Op.Abt., Hk.-Grp. 1918: Op.Nr. 130.602; ÖSTA/KA, Nachlaß Roth-Limanowa, B 14: 10.

49 Plaschka/Haselsteiner/Suppan, Bd. 1, 281.

50 ÖSTA/KA, AOK/Op.Abt., Hk.-Grp. 1918: Op.Nr. 130.602; ÖSTA/KA, Nachlaß Roth-Limanowa, B 14: 12; Przybilovszki 53. Mit der Frage der Personalauswahl für die Heimkehrorganisationen hatte sich Generaloberst Roth darüber hinaus besonders zu beschäftigen. Qualifizierte Offiziere und Unteroffiziere waren nicht in ausreichender Zahl vorhanden, ein Umstand, der sich später noch negativ auswirken sollte. Überhaupt sahen sich Kriegsministerium und AOK vor das Problem gestellt, für den aufgeblähten Heimkehrapparat allzu viele Heeresangehörige abstellen zu müssen. – Przybilovszki 58f. Um eine einheitliche Führung des Heimkehrwesens an der deutschen Ostfront zu gewährleisten, bestellte man als Vertreter des k.u.k. Kriegsministeriums Oberst Mihaloczy zum Vorstand einer „Heimkehrgruppe für österreichisch-ungarische Heimkehrer" bei der Etappeninspektion 10 des deutschen Oberkommandos in Vilna. „In seinen Händen lag auch die Koordinierung der Zivil- und Militärheimkehrerbelange." Dieselbe Funktion erfüllte Rittmeister Graf Ludwigstorff beim 2. und Hauptmann Willy Schulhof beim 4. Generalkommando. Bei der Heeresgruppe Mackensen trennte man die Agenden nach Armeebereich und Hinterland; im übrigen südöstlichen Bereich unterstanden die Heimkehrangelegenheiten der Quartiermeisterabteilung 16; nach deren Auflösung war hierfür Oberst von Kont zuständig. Zur Kontrolle des gesamten Apparates wurden außerdem Kommissionen gebildet, die überdies „die moralische und physische Verfassung der Heimkehrer, deren Gesinnung und seelischen Zustand und deren Tauglichkeitsgrad für einen eventuellen Frontdienst, den Zustand der Bekleidung und der Verpflegung" begutachten sollten. Im Zuge der Auflösung der Ostfront traten dann im Herbst 1918 die Generalkommanden ihre Kompetenzen im Heimkehrwesen an die diversen Militärkommanden ab, das Kriegsministerium übernahm die Leitung der gesamten Organisation, „also auch die Agenden, die vorher in den Händen des Armeeoberkommandos gelegen waren. Mit Ausnahme der Heimkehrerbelange im Bereich der Ostarmee unterstanden ihm daher von da ab alle anderen unmittelbar. Im Falle der Heimkehreinrichtungen im Bereich der Ostarmee war das entsprechende Armeeoberkommando zwischengeschaltet." – Vgl. Przybilovszki 53–57.

51 Ronge, Kriegs- und Industriespionage 328.

52 Plaschka/Haselsteiner/Suppan, Bd. 1, 281. Dazu auch: Fried 412; Przybilovszki 78-87.

Anschließend wurden die „Rückläufer" in die Quarantänestationen gebracht, wobei die Dauer der eigentlichen Quarantäne im Normalfall zwischen 10 und 21 Tagen schwankte.[53] Hatte man anfangs Quarantäne- und Heimkehrerlager voneinander getrennt, so sah sich das AOK in Anbetracht der verstärkten Heimkehrbewegung im Frühjahr 1918 veranlaßt, medizinische Beobachtung und Ausbildungserneuerung in einer Institution zu vereinen.[54] In 53 Heimkehrerlagern fand deshalb – wie es Max Ronge formulierte – neben einer *„sanitären auch eine moralische Quarantäne"* statt.[55] Im Klartext hieß das Überwachung, Protokollaufnahme, ständige Exerzier- und Appellübungen. Die Offiziere der Heimkehrerlager waren angewiesen, zur „Weckung des militärischen Gefühls der Heimkehrer bei gleichzeitiger Festigung und moralischer Beeinflussung" beizutragen.[56] Also, gab Generalstabschef Arz von Straußenburg der „Militärkanzlei Seiner Majestät" sowie dem österreichischen und dem ungarischen Landesverteidigungsministerium bekannt, „komme das AOK im Sinne Allerhöchster Weisungen auf den wiederholt erwogenen Gedanken zurück, den Schützengraben, das Feldlager und die Kaserne dazu zu verwenden, um die zersetzenden, antimilitaristischen und antimonarchischen Einflüsse durch besonnen unaufdringliche Aufklärung abzuwehren".[57] Diesen Überlegungen entsprechend stellte Oberstleutnant Egon Freiherr von Waldstätten „ein eingehendes Programm zur Diskussion".[58] Die Feindespropaganda-Abwehrstelle (F.A.St.)[59] des Armeeoberkommandos erhielt Leitsätze für „Aufklärungsarbeit unter den Heimkehrern". In den Mitteilungen der F.A.St., die unter dem Titel „Vaterländische Bildungsarbeit" erschienen, wies man in diesem Zusammenhang auf den Erfahrungswert hin, daß die früheren Gefangenen „ihrer Mehrzahl nach durchaus anständige Elemente" seien; „nationalistische, staatsfeindliche Propaganda" zeige vor allem „bei den Tschechen beziehungsweise Südslawen" Wirkung und sozialrevolutionäre Ideen insbesondere bei den „Untertanen aus den Industriegebieten der Monarchie".[60]

Osteuropaexperten, Archivare und Historiker wie Universitätsprofessor Dr. Hans Übersberger machten sich daran, für die k.u.k. Heeresverwaltung die Lage in Rußland zu analysieren.[61] Die Vorgaben stammten jedoch aus der Feder Waldstättens, der den Umwälzungen im Zarenreich und dem Ende der Romanovherrschaft Verständnis entgegen-

53 Ebd. 282; Przybilovszki 90.

54 Ebd.

55 Ronge, Kriegs- und Industriespionage 328.

56 Ebd.

57 ÖSTA/KA, AOK/Evb. d. Gstbs./NA d. AOK, Vaterländische Bildungsarbeit, F.A.St., Karton 3835.

58 Ebd.

59 Zur Organisation und Arbeit der F.A.St. in der k.u.k. Armee siehe: Farkas 266-269.

60 ÖSTA/KA, AOK/Evb. d. Gstbs./NA d. AOK, Vaterländische Bildungsarbeit, F.A.St., Karton 3836.

61 Ebd.

brachte. Dann aber, verkündete die Feindespropaganda-Abwehrstelle gemäß seinen Vorstellungen, hätten sich die „radikalsten und erbittertsten, extremsten und wütendsten Fanatiker" der „in guter Absicht begonnenen Revolution" bemächtigt.[62] Unverhohlen brachte das AOK seine Meinung über eine Sowjetführung zum Ausdruck, mit der Wien und Berlin außenpolitisch seit dem Brester Frieden ein Auslangen zu finden versuchten. „Mord, Raub, Brandstiftungen, Gewalttätigkeiten aller Art" seien die „sauberen Mitteln", mit denen sich die „Herren in Petrograd und Moskau am Ruder" hielten.[63] Die F.A.St. kam zu folgendem Schluß: „Solange die Bolschewiken mit diesen Ansichten, die nicht einmal ihre engsten Gesinnungsfreunde, die Menschewiken, in dieser Schärfe teilen, mit denen sie auch in Rußland vereinzelt dastehen, drüben in Großrußland bleiben, geht es uns nicht viel an. Leider aber haben die Bolschewiken die Neigung und Sehnsucht aller Volksbeglücker: sie wollen nicht nur ihr eigenes Vaterland, sondern gleich die ganze Welt selig machen. Sind seinerzeit die französischen Revolutionsheere an den Rhein gezogen, nicht nur zur Abwehr, sondern auch zum Angriff, so haben allem Anscheine nach auch die Bolschewiken den Wunsch, ihre Agitation in die mitteleuropäischen und westlichen Staaten hineinzutragen."[64] Die Repatriierung der Kriegsgefangenen erweise sich hierfür als „probates Mittel", sodaß eine weltanschauliche Festigung der „eigenen Rückläufer" vorrangig behandelt werden müsse. Jene auf sozialen Umsturz gerichteten Elemente, bei denen die Werbekraft des Bolschewismus gegenüber den Massen bereits ihre Spuren hinterlassen habe, dürften nicht länger unter den „einwandfreien" verbleiben; „Straffällige" seien der Justiz zu übergeben, Disziplinlosigkeit und Aufruhr mit der ganzen Härte des Gesetzes – „für die Anstifter ausnahmslos Todesstrafe" – zu ahnden, „Bedenkliche und Verdächtige" weiterhin genau zu beobachten.[65]

Überwachung und disziplinäre Schulung setzte man deshalb auf dem Weg der Heimkehrer zu ihren Ersatzkörpern fort, „der über die Austauschsammelstationen der Militärkommanden" erfolgte.[66] Diese hatten den Auftrag, den Heimkehrertransporten Geleitmannschaften beizustellen, die nicht unter 30 Mann stark sein durften. Insbesondere bis zum Abschluß des sogenannten „Rechtfertigungsverfahrens", mit dem über staatsfeindliche Ansichten und illoyales Verhalten geurteilt werden sollte, begegneten die Militärkommanden des Habsburgerreiches den „aus dem Osten zurückgekehrten Soldaten" wei-

62 Ebd.

63 Ebd.; vgl. Farkas 267.

64 ÖSTA/KA, AOK/Evb. d. Gstbs./NA d. AOK, Vaterländische Bildungsarbeit, F.A.St., Karton 3835.

65 ÖSTA/KA, KM/10. Abt./Kgf. 1918: 10-20/1-69 und 10-20/1-157; ÖSTA/KA, AOK/Evb. d. Gstbs./NA d. AOK, Vaterländische Bildungsarbeit, F.A.St., Karton 3835; ÖSTA/KA, AOK/Op. Abt., Hk.-Grp. 1918: Op.Nr. 130.331/19 und 131.283; Ronge, Kriegs- und Industriespionage 328; vgl. Plaschka/Haselsteiner/Suppan, Bd. 1, 282; Przybilovszki 88–113; ÖUlK, Bd. VII, 44.

66 Plaschka/Haselsteiner/Suppan, Bd. 1, 284.

terhin mit gesteigertem Mißtrauen.[67] Schließlich kam erst den Ersatzkörpern die Aufgabe zu, „das gesamte über die ihnen zugewiesenen Heimkehrer feststellbare Material, vor allem die Zeugenaussagen und Protokolle“, die in den Übernahme- und Heimkehrerlagern oder „bei den Ausbildungsgruppen der Armee im Felde aufgenommen wurden, zu sammeln“.[68]

Solche Informationen stammten nicht selten aus geheimdienstlichen Quellen. Der militärische Nachrichtendienst hatte seine Spitzel sowohl in die Heimkehrorganisationen als auch in die Marschformationen des k.u.k. Heeres eingeschleust.[69] Über die Aktivitäten des Evidenzbüros schrieb Max Ronge 1931: „Zur Ausforschung der Gefangenen bezüglich ihrer Gesinnung und zur Gewinnung von Nachrichten bedurfte es einer Zahl von etwa 400 Kundschaftsoffizieren, die nicht dem bereits überlasteten bestehenden Apparat entnommen werden konnten. Die Aufbringung war nicht leicht, der Verwendung mußte eine mindestens vierwöchige Schulung vorausgehen. Im Juni 1918 fehlten auf diese Zahl noch 220 Offiziere; [...] zur näheren Ausforschung dienten Vertrauensleute, wovon auf je 50 bis 100 Heimkehrer einer kam.“[70]

Sowohl offen als auch verdeckt arbeiteten die Geheimdienstler, um an die „wahre Gesinnung“ der Rußlandheimkehrer heranzukommen. „Für jeden sichtbar vollzog sich die Protokollaufnahme in den Heimkehrerlagern, die in Routinefällen aber ohne weiters auch von Ausbildungsoffizieren erledigt werden konnte.“[71] Um Genaueres zu erfahren, mußten aber Identität und Bedeutung der Nachrichtenoffiziere geheimgehalten werden. Zumeist als Fürsorgeoffiziere bei den Ersatzkörpern getarnt horchten sie die ehemaligen Gefangenen gemeinsam mit Konfidenten, die mitten unter den Heimkehrern lebten, aus und gaben die Ergebnisse ihrer „Recherchen“ an die *Rechtfertigungsverfahren* weiter, denen sich die unverwundet in Kriegsgefangenschaft geratenen Soldaten zu unterziehen hatten.[72]

Eine gewaltige Justizmühle setzte sich in Bewegung. „Mannschaften ohne Rangklasse rechtfertigten sich vor einer Kommission, die sich aus einem Stabsoffizier oder Hauptmann als Vorsitzendem und zwei Subalternoffizieren“ zusammensetzte.[73] Das Urteil der Kommission hatte auf „gerechtfertigt“ oder „nicht gerechtfertigt“ zu lauten.[74] „Nicht Gerechtfertigte“ wurden den Gerichten übergeben oder im Disziplinarweg bestraft; Heim-

67 Ebd.

68 Ebd. 285.

69 Przybilovszki 164.

70 Ronge, Kriegs- und Industriespionage 328f.

71 Przybilovszki 165; vgl. Hautmann, Rätebewegung 180.

72 Ebd. 188. Für österreichisch-ungarische Heeresangehörige, die nach der Kapitulation der Festung Przemyśl am 22. März 1915 von den Russen gefangengenommen worden waren, galt diese Bestimmung nicht. – Siehe dazu: Plaschka/Haselsteiner/Suppan, Bd. 1, 285; Przybilovszki 188.

73 Plaschka/Haselsteiner/Suppan, Bd. 1, 286.

74 Ebd.

kehrer, die als verdächtig galten, ohne ihnen eigentliche „Verfehlungen" nachweisen zu können, nahm man in das Verzeichnis der „Bedenklichen" auf und befahl weitere Observierung.

Offiziere und Offiziersaspiranten hingegen mußten sich gemäß Dienstreglement aus dem Jahr 1909 vor einer Offiziersversammlung, „die aus einem Vorsitzenden – in der Regel ein Stabsoffizier – und acht Offizieren bestand, rechtfertigen".[75] Die Beschlüsse lauteten auch hier auf „gerechtfertigt" oder „nicht gerechtfertigt". Offiziere, die sich nach Meinung ihrer Standeskollegen eines Vergehens schuldig gemacht hatten, mußten ebenfalls mit Gerichts- beziehungsweise Disziplinarverfahren rechnen.[76]

ENTTÄUSCHUNG UND AUFBEGEHREN

Für viele war der erste Kontakt mit der Heimat und den eigenen Heeresstellen deprimierend. Die *Folgen der rigorosen Heimkehrerkontrolle* ließen nicht lange auf sich warten. „Noch am selben Tage", schloß etwa der Wiener Eduard Stoß den Bericht über seine geglückte Flucht aus Rußland im April 1918, „fuhren wir mit der Bahn über Minsk weiter, sahen die Befestigungsanlagen bei Baranowitschi und trafen in Kowel die ersten Truppen des eigenen Heeres. In der Quarantänestation Wladimir-Wolynski mußten wir wegen eines Typhusfalles fünf Wochen warten. Dabei wurden wir gleich entlaust, zu unserer ‚Rechtfertigung' gründlich verhört und sofort in scharfen, militärischen Drill genommen. Schon hier wurden wir die ganz und gar veränderten Verhältnisse gewahr, die sich während unserer langen Abwesenheit herausgebildet hatten. [...] Ganz eigenartig berührte uns das unglaubliche Mißtrauen, mit dem man uns begegnete. Die Art der Aufnahme, die man allenthalben den Heimkehrern bereitete [...], kränkte und verbitterte. Als Märtyrer des Vaterlandes hatten sie jahrelang fast Undenkbares ertragen müssen. Jetzt wurden sie von Hinterlandshelden verdächtigt, schikaniert und bespöttelt. [...] Dem jahrelangen Traum, die Heimat so wiederzufinden, wie wir sie verlassen hatten, folgte nunmehr Enttäuschung und bitteres Erwachen."[77]

Die militärische „Disziplinierung", das „bürokratische Erfassen, die Wiedervereidigung auf Kaiser Karl, die etwa dreiwöchige Quarantäne, dann die Zuführung zu den Ersatzkörpern, die Untersuchung über die Umstände der Gefangennahme und anderes mehr" widersprachen so ganz und gar den Erwartungen und Hoffnungen vieler „Rückläufer"

75 Ebd. 287; Rutkowski, Kundschafterdienst/Mission Landsberger 38.
76 Ebd.
77 Stoß 342.

und erzeugten tiefen Groll.[78] „Aus unserer Heimatbegeisterung reißt uns schon der nächste Morgen. Wir müssen Salutierübungen machen. Als ob das nach vier Jahren Krieg noch immer die Hauptsache ist. Will man uns erwärmen oder abkühlen für unser neues Leben, für unser Vaterland?", fragt Michael Walesch nach seinen Erfahrungen mit den eigenen Heeresstellen.[79] Da sich die schwierige wirtschaftliche Lage der Monarchie auch in den Heimkehrerlagern bemerkbar machte, steigerte sich die Unzufriedenheit der ehemaligen Kriegsgefangenen. Bei Unteroffizier Franz Praeg, der Mitte April 1918 in dem „traurig zerschossenen Brody" eintraf, verflogen angesichts des kühlen Empfangs bald die patriotischen Gefühle. Praeg dazu: „Drei Tage hindurch" wurden wir „schlechter als eine Herde Hammeln behandelt"; frierend „hausten wir zwischen Mauerresten", wieder „mußten wir hungern, da nichts vorbereitet war".[80] In Briefen an die Angehörigen beschwerte man sich über die schlechte Lebensmittelversorgung. „Ich bitte Euch, liebe Brüder", klagte ein Betroffener, „habt Mitleid und helft uns, wir werden vor Hunger hier sicher umkommen. [...] Was nützt das Geld, das ich habe? Es ist dafür nichts zu bekommen, zu essen bekommt man sehr wenig."[81]

Auch die sogenannte „Bekleidungsfrage" rief *Unmut* unter den Heimkehrern hervor. Die Militärbehörden mußten sich eingestehen, daß sie die Soldaten, die oft in zerschlissener Kleidung zurückkehrten, nicht einmal mit dem Nötigsten versorgen konnten. Als man erkannte, „daß es nicht möglich sein würde, alle Heimkehrer mit neuen Blusen auszustatten – von der Hose hatte man gleich zu Beginn abgesehen –, versuchte man die Heimkehrer wenigstens durch eine entsprechende Kopfbedeckung als Heeresangehörige kenntlich zu machen. Ende August 1918 sollte man dann auch davon abkommen. Die Kokarde auf irgendeiner Zivilmütze, eventuell noch eine Armschleife, das hatte zu genügen."[82]

Maximilian Ronge setzte sich indessen als Chef des k.u.k. Geheimdienstes mit einer noch effektiveren Überwachung der Heimkehrer auseinander. Immerhin meldeten sich Offiziere nach ihrer Ankunft in der Habsburgermonarchie bei den vorgesetzten Kommanden und kritisierten die mangelhaften Kontrollen „der mit revolutionären Ideen vollgesogenen Rückläufer", obwohl sich schon an den Ausgangspunkten der Repatriierung im sowjetischen Einflußgebiet Individuen in die Transporte eingereiht hätten, die auf schnellstem Wege „abzuurteilen gewesen wären"; in die Züge, hieß es in den Berichten,

78 Rauchensteiner 550; Der Plenny, Folge 1 (1.1.1927) 3.

79 Walesch 53.

80 Praeg, Kriegsgefangen 257.

81 Zit. nach Przybilovszki 108; ÖSTA/KA, Chef des Ersatzwesens 1918: 63–5.

82 Plaschka/Haselsteiner/Suppan, Bd. 1, 283; vgl. Der Plenny, Folge 1 (1.1.1927) 4.

„schmuggelten" sich „zwielichtige Erscheinungen" ein, die „nach dem Passieren der Grenzstationen" mit „welchen Absichten auch immer untertauchten".[83] Auf diese Weise alarmiert, betrachtet Ronge die bestehende Organisation als immer noch „viel zu weitmaschiges Sieb".[84] Nachrichten über „Sabotageversuche der heimgekehrten Kriegsgefangenen" bestärkten ihn darin. Den k.k. Ackerbauminister informierte er etwa dahingehend, daß „Rückläufer" vereinbart hätten, „im Falle der Verwendung zur Erntearbeit das Getreide anzuzünden". Derlei Formen des „Feldfrevels" wollte das gleichzeitig benachrichtigte Ministerium für Landesverteidigung hinkünftig „mit schärferen polizeilichen Maßnahmen beziehungsweise einer strengeren Handhabung des Strafgesetzes" beikommen.[85]

In der Zwischenzeit charakterisierten die Inspizienten der „Obersten Heimkehrleitung" die Situation der aus Rußland einlangenden „Austausch- und Flüchtlingskontingente" überwiegend positiv. Schließlich war es ein erklärtes Ziel der Heeresführung, möglichst viele österreichisch-ungarische Soldaten, die aus den Territorien des untergegangenen Zarenreiches zurückkamen, in die gelichteten Reihen der k.u.k. Armee aufzunehmen. Die Mitarbeiter von Generaloberst Roth lieferten mit den Resultaten ihrer „Besichtigungsreisen" die gewünschten Daten. Von März bis August 1918 bezeichneten sie in ihren Berichten den „Ernährungszustand" der Heimkehrer als „gut" oder zumindest „befriedigend". Vorwiegend negativ äußerten sich die Offiziere des Heimkehrwesens jedoch über die Bekleidung der „Rückläufer", während der „Geist der Truppe" zumeist als „einwandfrei" beschrieben und lediglich mitunter bei den Polen, Serben und Ukrainern, häufiger aber bei den Tschechen der, wie man sich ausdrückte, „Hang zur Verschlossenheit und Unaufrichtigkeit, zum Querulieren und sogar zur Illoyalität" hervorgehoben wurde.[86] Selbst Meldungen vom Juli 1918, in denen von einer sukzessive abnehmenden „moralischen Qualität" und einer „stärkeren Beeinflussung durch die revolutionären Ideen" die Rede war, hoben immer noch den „Grundton der Anhänglichkeit an Kaiser, Vaterland und Heimat" hervor.[87]

Begierig wartete man beim Chef des Ersatzwesens und beim AOK in Baden auf die Bewertung der Frontdiensttauglichkeit ehemaliger Kriegsgefangener. Die Ergebnisse entsprachen dann ganz und gar den Vorstellungen der Heeresführung. Im März und April bescheinigten die Bediensteten des österreichisch-ungarischen Heimkehrwesens zirka

83 ÖSTA/KA, AOK/Op.Abt., Hk.-Grp. 1918: Op.Nr. 131.619.

84 Ronge, Kriegs- und Industriespionage 329 und 331.

85 ÖSTA/AVA, Ackerbau-Ministerium/Präsidium 1918: Zl. 1797.

86 ÖSTA/KA, AOK/Op.Abt., Hk.-Grp. 1918: Op.Nr. 130.176, 130.259, 130.417, 130.446, 130.548, 131.381, 131.402, 131.406, 131.407, 131.491, 131.620, 131.706, 131.753, 131.807 und 131.808.

87 ÖSTA/KA, AOK/Op.Abt., Hk.-Grp. 1918: Op.Nr. 131.406.

neunzig von hundert „Rückläufern" volle militärische Einsatzfähigkeit[88]; im Juli und August waren es immer noch rund 75 Prozent.[89]

Diese Angaben machte sich im Juni auch der ungarische Honvédminister zunutze. Mit dem Hinweis auf die Tatsache, daß von den „bisher rund 500.000 aus der Gefangenschaft gekommenen Leuten 80–90% als frontdiensttauglich eingestuft wurden", erbat er sich für die Zurückgekehrten eine Urlaubsverlängerung[90] und kam somit einem weitverbreiteten Anliegen in der Bevölkerung nach. Die *Kritik* der früheren Kriegsgefangenen an ihrer Behandlung durch die k.u.k. Militärstellen war indessen unüberhörbar geworden. Dabei hatten „Allerhöchste Kreise" in Deutschland und der Donaumonarchie Ende Februar 1918 Anweisung gegeben, den Patriotismus der Heimkehrer durch eine „herzliche Begrüßung" sowie durch „wohlwollende Fürsorge" zu heben und „häufige Gottesdienste" beziehungsweise „religiösen Unterricht" als „Antidot zur Heilung der bolschewistischen Seuche" zu verabreichen.[91] Schon am 6. 3. fühlte sich sogar der k.k. Minister für Landesverteidigung, Generalmajor Czapp von Birkstätten, veranlaßt die Beamten am Stubenring ebenso wie die Stabsoffiziere in Baden auf offensichtliche Mängel hinzuweisen. „Zahlreichen Briefen und Mitteilungen Privater" sei zu entnehmen, erklärte Czapp, „daß die aus Rußland heimgekehrten Kgf. bittere Klage führen über unfreundlichen Empfang, schlechte, gänzlich unzureichende Verpflegung, gesundheitswidrig enggepferchte Unterbringung in schmutzstarrenden Räumen, besonders aber über Gefangenenhaltung und Behandlung gleich Verbrechern".[92]

Man redete sich, wie gewöhnlich, auf bedauerliche Einzelfälle aus.[93] Die Glaubwürdigkeit derartiger Erklärungen war jedoch äußerst gering. In der Zensurabteilung des Gemeinsamen Zentralnachweisbureaus wußte man nur allzugut Bescheid über die Unzufriedenheit der Bevölkerung angesichts der schleppenden Repatriierungsmaßnahmen. Außerdem wies man auf den durch die Rußlandheimkehrer „hereingebrachten und sich zusehends verbreitenden Bolschevikismus" hin. „Die Befürchtung", erfuhr der Nachrichtendienst des AOK, „daß nach dem Kriege im Lande große Ausschreitungen zu gewärtigen sind", sei durchaus begründet; dabei stehe die wahrnehmbare soziale Bewegung mit dem anwachsenden Antisemitismus in Verbindung, weil, so das GZNB, „die Juden durch Kriegsspekulation zu nie geahntem Reichtum" gelangen würden „und überdies noch Mit-

---

88 ÖSTA/KA, KM/10. Abt./Kgf. 1918: 10-7/7-229; vgl. ÖSTA/KA, AOK/Op.Abt., Hk.-Grp. 1918: Op. Nr. 130.548.

89 ÖSTA/KA, AOK/Op.Abt., Hk.-Grp. 1918: Op.Nr. 131.706, 131.381, 131.406, 131.491, 131.620 und 131.807.

90 ÖSTA/KA, AOK/Op.Abt./Hk.-Grp. 1918: Op.Nr. 131.196.

91 ÖSTA/KA, KM/10. Abt./Kgf. 1918: 10-20/1-732 und 10-20/1-394.

92 ÖSTA/KA, AOK/Op.Abt., Hk.-Grp. 1918: Op.Nr. 130.046.

93 Siehe dazu etwa: ÖSTA/KA, AOK/Op.Abt., Hk.-Grp. 1918: Op.Nr. 130.660 und 130.893.

tel und Wege gefunden" hätten, „vom aktiven Dienste enthoben zu werden oder aber in das Heer der ‚Drückeberger' einzutreten [!]".[94] In ihren Dossiers über die Lage im Hinterland der Monarchie bemühten sich die Zensurbehörden die aufgewühlte Stimmung der österreichischen Bevölkerung zu schildern. Diesbezüglich, hieß es Anfang April 1918, scheint „sich das Hauptinteresse immer mehr den aus dem Osten eintreffenden Gefangenen zuzuwenden […]. Die teils aus sanitären, teils aus politischen Rücksichten getroffenen Maßnahmen werden als ungemein herbe Enttäuschung empfunden. […] Das Los der Heimkehrer beschäftigt die Gemüter dermaßen, daß daneben die Sorgen und Leiden des eigenen Daseins, welche sonst den Hauptgegenstand der Klagen gebildet haben, in der Korrespondenz merklich zurücktreten."[95]

In beiden Reichshälften fing eine breitere Öffentlichkeit an die Zweckmäßigkeit des militärischen Abwehrapparates grundsätzlich zu bezweifeln.

---

94 ÖSTA/KA, AOK/Evb. d. Gstbs./NA d. AOK, G.Z.N.B./Zensurabt. „D" 1918: Res. Nr. 5222.

95 ÖSTA/KA, AOK/Evb. d. Gstbs./NA d. AOK, G.Z.N.B./Zensurabt. „D" 1918: Res. Nr. 5067. In den kommenden Monaten wurden nicht allein die staatlichen Institutionen, sondern auch die Redaktionen der maßgeblichen österreichischen Zeitungen mit Beschwerdebriefen überhäuft. Einige besonders „charakteristische Darstellungen aus dem überaus zahlreichen Material", das der Presse „von der Bevölkerung zuteil" wurde, gab beispielsweise die „Reichspost" am 17. Mai an das Kriegspressequartier weiter, während die Arbeiter-Zeitung schon am 8.3.1918 „kritische Äußerungen" veröffentlichte und speziell die Situation „tausender Rückläufer" in Galizien anprangerte. – AZ, Nr. 64, Morgenblatt (8.3.1918) 1f.; ÖSTA/KA, AOK/Op. Abt., Hk.-Grp. 1918: Op.Nr. 130.783. – Die verschiedenen Gremien der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei erreichten in dieser Zeit eine Reihe von Schreiben, in denen ehemalige Kriegsgefangene die Vorgangsweise der Militärs einem strengen Gericht unterzogen. Angeführt von Viktor Adler und Karl Seitz brachte die SDAP schließlich einen dringlichen Antrag ein, in welchem dem Minister für Landesverteidigung die Frage gestellt wurde, ob er sich für „eine möglichst gute Unterbringung und Verpflegung" der Rückläufer sowie für einen „beschleunigten Heimtransport" der noch in Rußland weilenden Österreicher verbürgen könne. – Stenographische Protokolle des Hauses der Abgeordneten des Reichsrates (12. Wahlperiode) XXII. Session (letzte Session des Reichsrates vom 30.5.1917 bis 12.11.1918): 69. Sitzung am 6. März 1918; vgl. ÖSTA/KA, AOK/Op.Abt., Hk.-Grp. 1918: Op.Nr. 130.078. Czapp von Birkstätten, der auch Wortmeldungen anderer Fraktionen in Repatriierungsangelegenheiten zu berücksichtigen hatte, gab die vorsichtige Formulierung der sozialdemokratischen Mandatare Gelegenheit, nahezu alle Aktivitäten der Armeeführung zu würdigen und schlußendlich mit dem „Hohen Haus" Übereinstimmung zu erzielen. Zwischen der Armeeführung und den Parlamentariern herrschte jedoch nur oberflächliches Einvernehmen. Mit den anhaltenden Klagen über die Mißstände im Heimkehrwesen legten vor allem die Magyaren eine wesentlich härtere Gangart ein. Im Budapester Abgeordnetenhaus verglich man die Haltung der deutschen Militärbehörden mit der Situation in der Habsburgermonarchie und gelangte zu einem vernichtenden Ergebnis. Während das Hohenzollernreich adäquate Vorkehrungen getroffen habe, kümmere „sich hierzulande niemand um Soldaten, die ohne Bekleidung, müde, abgelumpt und hungrig nach Hause" kämen. – ÖSTA/KA, AOK/Op.Abt./Hk.-Grp. 1918: Op.Nr. 130.778.

Von jenen „Rückläufern", die dem Rechtfertigungsverfahren unterzogen worden waren, hatte man nur 708 als „nicht gerechtfertigt" beurteilt, 165 galten als „bedenklich". „Anfang Mai 1918 schienen in den Standeslisten der Ersatzkörper von 120.651 Heimkehrern [...] 1.639 als ‚nicht gerechtfertigt' und 517 als ‚bedenklich' auf. 604 Heimkehrer wurden im selben Zeitabschnitt dem Kriegsministerium als Deserteure gemeldet."[96] Die Ergebnisse standen in keinem Verhältnis zum betriebenen Aufwand, zumal in den Augen vieler „prominente Rußlandheimkehrer" bevorzugt behandelt wurden.

Nicht zuletzt deswegen übermittelte die Polizeidirektion Wien am 12.3.1918 „staatspolizeiliche Informationen bezüglich Otto Bauer" an das Kriegsüberwachungsamt. Dem Schreiben beigefügt war ein Artikel der „Reichspost", in dem es unter anderem hieß: „In parlamentarischen Kreisen wird vielfach auf die Gefahr einer etwaigen Einschleppung des Bolschewismus durch aus Rußland heimgekehrte Kriegsgefangene und der Praxis hingewiesen, die gegenüber gewissen einzelnen, anscheinend als privilegiert geltenden Zurückgekehrten geübt werde; [...] es gehe nicht an, daß die Hunderttausenden, die zu ihren Angehörigen heim möchten, sich einzelner bolschewikisch angesäuerter Elemente wegen, die sich möglicherweise unter ihnen befinden, den umständlichsten Vorsichtsmaßnahmen unterwerfen müssen, während zum Beispiel der aus der Gefangenschaft zurückgekehrte sozialdemokratische Parteisekretär Offizier Dr. Otto Bauer (‚Heinrich Weber') [...] nach seiner Heimkehr für den Bolschewismus [!] ganz offen Propaganda trieb ..."[97]

Otto Bauer, der bereits vor der Oktoberrevolution nach Wien zurückgekehrt und in Petrograd überdies vor allem mit verschiedenen Men'ševiki in Kontakt gestanden war, arbeitete im Haus am Stubenring. Am 20. Oktober 1917 war er zur wissenschaftlichen Kommission für Kriegswirtschaft im Kriegsministerium kommandiert worden. Daß er sich gewissermaßen unter den Augen des Ministers politisch betätigte, steigerte die Kritik am bestehenden Heimkehrwesen.[98] Endgültig für diskreditiert hielt man es nach den Ereignissen im Mai und Juni 1918: Wien erreichten Meldungen von Meutereien bei jenen Ersatzkörpern, denen man Rußlandheimkehrer zugeteilt hatte.

Nach einem kurzen Urlaub wieder an die Front geschickt zu werden, mußte Heeresangehörige, die mehrere Jahre „in Feindeshand" zugebracht hatten und nun die Versorgungskrise in der Monarchie zu spüren bekamen, besonders verbittern. Nichtsdestoweni-

---

Aufsehen erregte in diesem Zusammenhang die Rede von Ladislaus Fényes, der mit seinen Ausführungen das wankende Staatsgefüge ins Visier nahm. Fényes verteidigte das Honvédministerium, dessen Abteilungen sich „entgegenkommend liebenswürdig" verhielten, denen es im Umgang mit der „gemeinsamen Heeresleitung" aber an Einfluß fehle. – Ebd.

96 Plaschka/Haselsteiner/Suppan, Bd. 1, 288.

97 Neck, Arbeiterschaft und Staat 410f.

98 Ebd.

ger füllte die Armee in rascher Folge ihre Kampfformationen mit ehemaligen Gefangenen auf.[99] Die Konsequenzen ließen nicht auf sich warten. Am 25. April 1918 war es soweit. „In Nagybecskerek empörten sich zum ersten Mal Heimkehrer gegen ihre militärischen Vorgesetzten. Slowaken waren es, die meuterten", Slowaken, „die der 3. Ersatzkompagnie des Ersatzbataillons IR 12 angehörten". Als in den Mittagsstunden des 25. die Menage ausgeteilt werden sollte, waren an die 300 ehemaligen Gefangenen mit der Verpflegung nicht einverstanden. Man schleuderte die Menageschalen zu Boden, Rufe gegen die „Bevorzugung der Deutschen und Magyaren" wurden laut; die Mannschaften verließen „Reih' und Glied". Dennoch ahnten die Kommandostellen nichts von den kommenden Ereignissen. Nachdem eine Maschinengewehrkompagnie alarmiert worden war, die ihre MGs drohend gegen die „unbotmäßigen Rückläufer" gerichtet hatte, trat „Ruhe" ein.[100] Die Heeresbehörden nahmen den Vorfall nicht allzu ernst. Schon die kommenden Tage sollten sie eines Besseren belehren: Ab dem 25. April löste ein Konflikt den anderen ab. Böhmen und Mähren meldeten den ganzen Mai hindurch „*Unregelmäßigkeiten*". Fast immer ging die allgemeine Versorgungskrise den Auseinandersetzungen voraus. Nichtige Anlässe gaben dann den Anstoß zur Gehorsamsverweigerung. Die Armeeführung sah sich augenblicklich mit ernstzunehmenden Entwicklungen konfrontiert. Aus Reichenberg hörte man nicht nur von den bereits in großer Zahl üblichen Desertionen, auch bolschewistische Parolen seien vernommen worden; in Mährisch-Schönberg brachten „aufbegehrende Rückläufer" unmißverständlich ihren Haß auf die Offiziere zum Ausdruck. Ähnliche Berichte trafen gleichzeitig aus Galizien und dem Militärgeneralgouvernement Lublin ein. Wiederholt war, wie in Zurawica und Lublin, die Verhaftung „unbotmäßiger" Heimkehrer der Zundfunke. Kam Alkohol hinzu, so blieben blutige Zusammenstöße nicht aus. In Krakau und Bielitz hatte man ebenso Menschenleben zu beklagen wie im „oberungarischen" Rimaszombat.[101]

Trotz einigen Ansätzen zu überlegtem, bisweilen sogar ideologisch motiviertem Handeln erblickten AOK und Kriegsministerium jedoch in den „Insubordinationen" zunächst, und mit gutem Grund, eine „Welle von Spontanaktionen". Materielle Not hatte die aus Rußland eintreffenden k.u.k. Soldaten „gegen das Aufschieben des Urlaubs oder eine zu kurze Urlaubsdauer und gegen die Einreihung in eine Marschformation" aufbegehren lassen.[102] Schon trafen aber Nachrichten von größeren *Revolten* ein, in denen sich soziale Un-

99 Deák, Budapest and the Hungarian Revolutions 133.

100 Wassermair 91f.

101 In Böhmen und Mähren fanden Heimkehrermeutereien in Reichenberg, Böhmisch Leipa, Jicin und Mährisch Schönberg statt. Aus Galizien liegen Berichte über Empörungen in Zurawica, Sambor, Krakau und Bielitz vor. Das Militärgouvernement Lublin hatte „Insubordinationen" in Krasnik, Kielce, Lublin, Piotekόw und Zamosc zu verzeichnen. In Oberungarn kam es in Rimaszombat, Trencsén, Losoncz und Pozsony (Bratislava) zu Unruhen. – Plaschka/Haselsteiner/Suppan, Bd. 1, 291–323.

102 Plaschka/Haselsteiner/Suppan, Bd. 1, 323.

zufriedenheit mit nationalen und sozialrevolutionären Motiven mischte und nachweislich Kontakte zwischen ehemaligen Gefangenen und Zivilisten, vornehmlich Arbeitern, eine Rolle spielten.[103]

Hauptsächlich die Vorgänge in der Steiermark beunruhigten die Beamten am Stubenring und die Generalstäbler in Baden. Ein an das Armeeoberkommando gerichtetes Schreiben vom 24. Mai listete die, wie es hieß, „bedauernswerten Vorfälle der jüngsten Zeit“ auf.[104] In Judenburg fand am 12. Mai eine erste wirkliche Militärrevolte statt.[105] Ein Zug des Infanterieregimentes Nr. 17, der zum größten Teil aus Slowenen bestand, meuterte, und „unter wüstem Geschrei und lauten Protestrufen gegen den Krieg setzten sich die Soldaten in den Besitz der Kaserne und des Munitionsdepots“. Dann plünderten sie die Geschäfte und den Bahnhof, zerstörten die Telephon- und Telegraphenleitungen.[106] Immerhin sei man aber, so das Kriegsministerium in einer Notiz, mit den „Aufwieglern“ bald fertig geworden. „Bereits am 13. 5.“, informierte man die Operationsabteilung des AOK“, „war der größte Teil der Meuterer durch herandirigierte Assistenztruppen entwaffnet und gefangen.“[107] In gleicher Weise verhielt sich die militärische Führung in Murau, wo sich vom 14. zum 15. Mai bei der Ersatzkompagnie des Jägerbataillons Nr. 7 slowenische Heimkehrer gegen den Abtransport an die Front zur Wehr setzten: Schon am 15. um 5 Uhr früh hatte man die „Exzedenten“, wie die Militärverwaltung formulierte, „überwältigt“. In gleicher Weise stellte Minister Stöger-Steiner das Vorgehen der herbeibeorderten Einheiten in Radkersburg heraus.[108]

Hier, wie auch im nordböhmischen Rumburg beziehungsweise im südungarischen Pécs (Fünfkirchen), erfuhren die lokalen Befehlshaber nach und nach Näheres über den Verlauf der Erhebungen, die kurzfristig ganze Städte der behördlichen Kontrolle entzogen und zahlreiche Opfer forderten.[109] Vielfach wurden Offiziere mißhandelt, mitunter sogar getötet. In ihnen erblickte man ebenso privilegierte „Repräsentanten des Militarismus“ wie in den Herrscherhäusern der Zentralmächte. Der Protest gegen den Krieg richtete sich dabei signifikanterweise stärker gegen den deutschen Kaiser als gegen den Habsburgerhof.[110]

---

103 Ebd.
104 ÖSTA/KA, AOK/Op.Abt., Hk.-Grp. 1918: Op.Nr. 130.889.
105 Siehe dazu: Wassermair 155–183.
106 Zeman 152.
107 ÖSTA/KA, AOK/Op.Abt., Hk.-Grp. 1918: Op.Nr. 130.889; vgl. Wassermair 183–213.
108 Ebd.
109 Tote gab es sowohl in Judenburg, Murau und Radkersburg als auch in Rumburg und Pécs, wo 9 Meuterer sowie drei Offiziere und elf Mann von den „loyalen“ Truppen ums Leben kamen. – Plaschka/Haselsteiner/Suppan, Bd. 1, 382.
110 Plaschka/Haselsteiner/Suppan, Bd. 1, 324–385.

Die Vorfälle in Rumburg und Pécs glichen in mancher Hinsicht den Ereignissen in der Steiermark. Die Empörung von Judenburg ließ sich zudem mit Streiks der Arbeiterschaft aus der Region verbinden. Noch deutlicher trat dies in Südungarn zutage. Die schon seit Kriegsbeginn militarisierten „Landsturm-Bergarbeiter" des Pécser Steinkohlereviers gaben sich mit ihren Lebensverhältnissen nicht mehr zufrieden. Wie die mehrheitlich serbischen Heimkehrer des Infanterieregiments Nr. 6 schlugen sie am 20. Mai los. Kontakte wurden umgehend hergestellt. Von den meuternden Infanteristen mit Waffen und Munition versorgt ließen etwa 150 Beschäftigte ihrer ganzen „Erbitterung gegen das Zwangssystem" freien Lauf. Sie beteiligten sich an Plünderungen. Schließlich ließen sich einige zu besonderen Grausamkeiten hinreißen. Ein Oberstleutnant und ein Hauptmann wurden auf bestialische Weise ermordet. Die Körper der beiden lagen da, „von Bajonettstichen zerfetzt, der Schädel des Oberstleutnants total zertrümmert. Noch einige Meter vom Auffindungsort der Leichen entfernt fand man Reste des Gehirns."[111]

Eine beispiellose Radikalität brach aus der lang angestauten Frustration hervor. Zuweilen gossen „Aufständische" Öl ins Feuer. Ihnen schwebte offenbar das „russische Exempel" vor. „Viva la rivoluzione Russa!" stand etwa auf den Wänden der Kavallerie-Kaserne in Radkersburg, während in Rumburg der Schütze Noha die Ereignisse im untergegangenen Zarenreich als Modell vorstellte, „Aufwiegler" in Pécs für Lenin Partei ergriffen und der slowenische Korporal Hafner in Judenburg seine „Kameraden" als Bol'ševiki titulierte.[112] Bezeichnend für die Haltung einzelner „Rädelsführer" waren die Begebenheiten im serbischen Kragujevac. Zum dort stationierten Ersatzbataillon des slowakisch dominierten Infanterieregimentes 71 waren von Mitte April bis Anfang Mai 2.400 Rußlandheimkehrer eingerückt.[113] Die damit verknüpften Gefahren entgingen dem k.u.k. „Abwehrapparat" nicht.[114] Seine Konfidenten lieferten wesentlich vielschichtigere Berichte als die Inspektionsreisen von Generaloberst Roth und dessen Mitarbeitern. Viele Rückläufer, erklärten die Spitzel, fühlten sich in der Donaumonarchie schlechter behandelt als in Rußland. Dort, so die ehemaligen Kriegsgefangenen, mache die revolutionäre Regierung keinen Unterschied zwischen den Menschen mehr. Oft verbreite sich die Überzeugung, konstatierten die Geheimdienstleute, daß es besser gewesen wäre, im Machtbereich der Bol'ševiki zu verweilen – „anstatt für das Vaterland zu sterben". Dieses habe nämlich „nur den Offizieren etwas zu bieten, nicht zuletzt den Juden". Die slowakische Mannschaft des IR 71, erkann-

111 Ebd. 380.
112 ÖSTA/AVA, MdI/Präs. 22. Unruhen und Exzesse 1918: Fasz. 2077, Zl. 12.550/18.
113 Plaschka/Haselsteiner/Suppan, Bd. 1, 385.
114 Über dessen Tätigkeit bei den Ersatzkörpern der Habsburgerarmee siehe unter anderem ÖSTA/AVA, MdI/Präs. 22. Unruhen und Exzesse 1918: Fasz. 2079, Zl. 20717/18 und 2077, Zl. 11.325 sowie 20. Öffentliche Sicherheit, etc. 1918: Fasz. 1911, Nr. 5701/11.

ten die V-Männer des Nachrichtenwesens, hielten sich an Feindbilder und Klischees. Heimkehrer erzählten: „Im Lager Kurkus in Galizien sind neun Offiziere, von denen sind sechs Juden, der Kommandant ist auch einer. Sie haben dort ihre ‚Huren‘, mit welchen sie sich täglich bei Musik unterhalten [!].“ Von den „für uns bestimmten Liebesgaben“ haben „wir bis heute keine gesehen“; „dafür haben sie die Juden eingesteckt, die sie um teures Geld verkauften [!].“ Nicht besser kamen katholische Feldkuraten weg: „Damit sie uns den Mund zumachen, wollen sie, daß wir so oft als möglich in die Kirche gehen und beichten sollen, da sie wissen, daß die Pfaffen beste Erfolge beim Volke haben.“ Schließlich kamen die Deutschen an die Reihe: „Sie haben es am besten. Sie sind die Herren, und wir die Sklaven. Wo wir mit ihnen zusammenkommen, werden wir nur von ihnen ausgelacht.“[115] Ein aus dem Osten zurückgekommener Feldwebel zog daraus seine eigenen Schlüsse. Man habe nun genug, vertraute er einem geschickt getarnten Agenten an; bereits im Lemberger Heimkehrerlager sei eine revolutionäre Gruppe entstanden, welche die Bevölkerung gegen die Monarchie aufzuklären versuche.[116] Den Befehl, an die Front abzumarschieren, betrachte man als Ausgangspunkt einer Revolte. Auf ein gegebenes Zeichen würde „der Kampfplatz“ verlassen werden, „wie es die Bol'ševiki getan hätten“.[117] Die „Abwehrleute“ nahmen derartige Ausführungen ernst, zumal in diesen Tagen laufend Protokollaussagen bei den Stabskommanden einlangten, die auf „umstürzlerische Elemente unter den Heimkehrern“ aufmerksam machten.[118]

Immer wieder machten in diesem Zusammenhang Gerüchte von geplanten Erhebungen die Runde, für welche angeblich bereits bestimmte Zeitpunkte festgelegt worden waren. Beispielsweise hatte der „Agitator Roman Werminski“ den ersten Mai für eine „Rebellion in Sambor“ auserkoren. Das Auftreten Werminskis, der einen Korporal niederschoß, provozierte kurze Zeit später tatsächlich eine „Subordinationsverletzung“.[119] Die Vorgesetzten behielten die Lage im großen und ganzen jedoch unter Kontrolle, sodaß sich die befehlshabenden Offiziere ihrer Positionen sicher wähnten. Angehörige des Nachrichtendienstes warnten vergeblich. Auch in Kragujevac, dessen Ersatzbataillon Generaloberst von Pflanzer-Baltin im Rahmen einer Inspektion Ende April ein überaus gutes Zeugnis ausstellte. Innerhalb eines Monats veränderte sich die Situation völlig. Das Gros der Heimkehrer kam erst nach der „Besichtigung“ durch Pflanzer-Baltin. Am „2. Juni brach der Aufruhr los“.[120] Der Alkoholkonsum der 71er erwies sich an diesem glühend heißen Tag

115 Zit. nach Plaschka/Haselsteiner/Suppan, Bd. 1, 387f.
116 ÖSTA/AVA, MdI/Präs. 22. Unruhen und Exzesse 1918: Fasz. 2078, Zl. 18149/18.
117 Zit. nach Plaschka/Haselsteiner/Suppan, Bd. 1, 391.
118 ÖSTA/KA, KM/10. Abt./Kgf. 1918: 10-7/7-323; ÖSTA/AVA, MdI/Präs. 22. Unruhen und Exzesse 1918: Fasz. 2078, Zl. 16492/18.
119 Plaschka/Haselsteiner/Suppan, Bd. 1, 301ff.
120 Ebd. 392f.

als nicht unwesentlicher Faktor. Betrunkene bewaffneten sich. Die Ermittlungsergebnisse des Geheimdienstes wurden bestätigt. Stark antisemitische und antideutsche Ressentiments beherrschten die Atmosphäre in Kragujevac, wobei sich der Zorn hauptsächlich gegen die Offiziere richtete. Schließlich dehnten sich die „Unruhen" über die ganze Stadt aus.[121] Plünderungen und Zerstörungen folgten – bis die Gegenaktionen, speziell der Einsatz des Dragonerregimentes Nr. 7, Wirkung zeigten.[122] Die „Aufständischen" wurden in die Kaserne zurückgedrängt. In den Morgenstunden des 3. Juni vermochten die Assistenztruppen dann auch das letzte „Bollwerk der Insurgenten" zu nehmen. Die Rückführung in die militärische Einteilung begann unverzüglich. „Der Hornist des Ersatzbataillons blies zur ‚Vergatterung'. [...] Von den 500 bis 600 Meuterern standen um 5 Uhr 45 bis auf ca. 50 Mann alle in Reih und Glied."[123] In den kommenden Tagen ergingen die nächsten Anweisungen: Die Errichtung von Heimkehrerlagern in der Region wurde für „untunlich erachtet", der Abschub von vormaligen Kriegsgefangenen „über die Donau und aus dem Bereich der QuAbt. 16" angeordnet.[124] Zugleich tagten die Militärgerichte.

Über alle diese Zwischenfälle hatten die Zeitungen zensurgemäß zu schweigen. Im Gegensatz dazu sparten die österreichisch-ungarischen Parlamentarier nicht mit Vorwürfen. Aufgrund der Unruhen im Hinterland und der nachhaltigen Wirkung der erfolglosen Offensive gegen Italien fand am 24. Juli 1918 eine Geheimsitzung im Abgeordnetenhaus statt, die unter anderen der Sozialdemokrat Karl Leuthner zu einer scharfen Abrechnung mit der militärischen Führung nutzte.[125] „Sie behandeln die heimkehrenden Soldaten als Verbrecher", griff Leuthner die k.u.k. Heeresleitung an, „sie setzen sie einem peinlichen Verhör aus, das gar nie etwas zutage fördert. [...] Glauben sie damit die Grundlagen der Ruhe und Ordnung im Heer zu sichern? Da irren sie aber gewaltig. Denn sie sind es, nicht die Bolschewiken sind es, sie, die Herren Offiziere sind es, die die Revolution im Heer vorbereiten!"[126]

Dem k.k. Landesverteidigungsminister Czapp von Birkstätten warf er vor die Unruhen im Hinterland zu schüren. „Die Revolution, die Sie in den Soldaten hervorrufen, das ist die Revolution der Zerstörung. Der Mann, den Sie in die Meuterei, in den Aufruhr zwin-

121 Ebd. 393ff.

122 ÖSTA/KA, AOK/Op.Abt., Hk.-Grp. 1918: Op.Nr. 130.695.

123 Plaschka/Haselsteiner/Suppan, Bd. 1, 396.

124 ÖSTA/KA, Op.Abt., Hk.-Grp. 1918: Op.Nr. 131.281; ÖSTA/KA, Chef des Ersatzwesens 1918: 63-6/27-2.

125 Ein Abgeordneter hat die Debatte, die ohne Protokoll geführt wurde, privat mitstenographiert und somit die Äußerungen Leuthners der Nachwelt erhalten. – Stenographische Protokolle des Hauses der Abgeordneten des Reichsrates (12. Wahlperiode) XXII. Session (letzte Session des Reichsrates vom 30.5.1917 bis 12.11.1918): 81. Sitzung vom 24. Juli 1918, Bd. 385a.

126 Neck, Österreich im Jahr 1918, 55.

gen, ist von keiner anderen Idee angegriffen als von der, loszukommen, sich zu rächen an einer unerhörten Schmach, niederzuwerfen, was ihm in die Arme kommt, Rache, Vergeltung zu nehmen. [...] Wir wollen wirklich diese Revolution nicht, die Sie in den von Ihnen erzeugten Meutereien verbreiten, die wie ein verheerendes, alles gleichzeitig zerstörendes Feuer sich über die Lande ausbreiten wird. Wir, die wir kämpfen für Erhöhung und Steigerung der Kultur, fürchten und hassen diese Form der Revolution, die aus Ihrer Untätigkeit, Ihrer Frivolität, aus Ihrem System hervorgeht", konstatierte Leuthner gegen Ende seiner Rede.[127]

Schon zwei Tage zuvor hatten südslawische Abgeordnete unter der Führung des Slowenen Anton Korošec im Reichsrat eine Anfrage an die österreichisch-ungarische Gesamtregierung wegen der Unruhen bei den Einsatzkörpern gerichtet. Der „Vaterländische Unterricht" geriet ins Kreuzfeuer der Kritik: „Insbesondere die vom AOK „geleitete ‚Heimkehrererziehung' mit den so lächerlichen Methoden der ‚Bolschewikenreinigung' zeigt einen furchtbaren Mißerfolg", behauptete Korošec. Obwohl Waldstätten „jüdische Offiziere [!] als ‚gefährliche Elemente'" ansah und sie deshalb als Leiter eines „Vaterländischen Unterrichts" ablehnte, „kam", so Korošec weiter, „dennoch genau das Gegenteil heraus. Denn die Heimkehrer sahen sofort, daß es in Österreich noch nicht besser geworden ist. Die an den Mannschaften begangenen Fehler fanden in den Unruhen einigen Ausdruck. Statt sich gegen die Fehlerquellen zu wenden, unterdrückte man wahllos, wobei sich wieder die seit 1914 und 1915 bekannten Militärgerichte auszeichnen mußten."[128]

Slowenische Politiker hatten allen Grund sich mit den Heimkehrermeutereien auseinanderzusetzen. Generalmajor von Kosel, der an der Niederschlagung von Revolten bei den vorwiegend slowenischen Ersatzmannschaften in der Steiermark beteiligt war[129], erblickte in der – wie er es nannte – „nationalen Verhetzung durch die in ihren Umtrieben von keiner Macht gehinderte Korošec-Partei" den Hauptgrund für die Unruhen.[130] Maximilian Ronge sprach noch 1931 geringschätzig vom Abgeordneten Korošec, „der in den slowenischen Gebieten Unterschriften für die Bildung eines südslawischen Staates" gesammelt und die Parlamentstribüne dazu genützt habe, „um die Armee verschiedenster Greueltaten zu beschuldigen und das Friedensbedürfnis in alle Welt hinauszuschreien".[131]

127 Ebd. 55f.

128 Jedlicka 12f.

129 Plaschka/Haselsteiner/Suppan, Bd. 1, 335.

130 Andritsch 72.

131 Ronge, Kriegs- und Industriespionage 331. Korošec, katholischer Priester und Abgeordneter der slowenischen Volkspartei im Reichsrat von 1906 bis 1918, sprach sich im Namen der Südslawen bei der Wiedereröffnung des Reichsrates Ende Mai 1917 noch für eine Neugestaltung des Habsburgerreiches auf den Grundlagen nationaler Selbstbestimmung aus. 1918 war er führend an der Loslösung der südslawischen Teile der k.u.k. Monarchie beteiligt. – Rauchensteiner 587.

In der Tat konnte man während der Ausschreitungen im Mai 1918 auch „nationalistische Parolen" hören.[132] „Auf nach Laibach!" und „Auf nach Prag!", hatte es bei den slowenischen und tschechischen Soldaten geheißen, „Zivijo Slovenci!" und „Zivijo Jugoslavia!" in Judenburg und Radkersburg, „Hoch die Slawen!" bei den Slowaken in Kragujevac.[133] Die Standgerichte erhielten Order, „keinerlei Gnade walten zu lassen".

In Pécs wurden bis September neunzehn, in Rumburg zehn, in Kragujevac vierundvierzig und in der Steiermark zwanzig Todesurteile vollstreckt; Kosel gab überdies „die Strafverschärfung des Schließens in Spangen und des Anbindens bei den unterstellten Ersatzkörpern und Assistenztruppen" frei.[134] Bei den Erschießungen notierten Beobachter irritierende Vorgänge. Über Nacht zauberten Pécser Wirte am Rande der Hinrichtungsstätten Würstelstände und Bierbuden aus dem Boden und verwandelten das bedrückende Spektakel in einen Jahrmarkt. Während der Exekutionen in Rumburg registrierten Tschechen befremdet Stimmen unter den meist deutschen Zuschauern: „Bravo! ganz richtig!"[135] Sympathiebezeugungen für die „Aufständischen" waren in Judenburg, vor allem aber in Kragujevac vernehmbar. Dort wurden die „vierundvierzig Meuterer", fast alle Rußlandheimkehrer, am Nachmittag des 8. Juni durch die von der Bevölkerung dicht gesäumten Straßen der Stadt geführt. Frauen, „weinend, händeringend", riefen die Todeskandidaten mit Vornamen an, „sie boten letzten Gruß, ein Mädchen riß sich aus der Menge los, stürzte heran, um noch einmal den Ihren zu umarmen. Die Eskorte trennte. Der Großteil der Verurteilten schritt den letzten Weg ruhig und gefaßt". Am Schießplatz angelangt, trat ein aus bosnischen Assistenzeinheiten gebildetes Peloton vor. Der Kommandant „senkte den Säbel, die Salven krachten. Furchtbare Szenen – eine Reihe der Exekutierten war nur schwer verletzt, wand sich im Blut. Die Soldaten schossen erneut auf die Sterbenden ..."[136]

Trotz derartiger Szenen empfanden manche Armeeführer das Verhalten der Justiz immer noch als zu lasch. Lediglich im Militärgouvernement Serbien, schrieb Generalmajor Hugo Kerchnawe in seinem Buch über den Zusammenbruch der Donaumonarchie, wandte man das Kriegsgesetz „in voller Schärfe" an und bewies damit, daß ein hartes „Strafgericht in seinen Folgen weit humaner" sei als „Schwäche, die sich als Milde drapiert".[137] Das Reich wäre schließlich von „bolschewistischen Emissären" regelrecht unterminiert worden, Auflehnungen der Rußlandheimkehrer könnten hierfür als gutes Beispiel

132 Andritsch 72f.; Plaschka/Haselsteiner/Suppan, Bd. 1, 327, 346, 349 und 352.

133 Suppan 20.

134 Plaschka/Haselsteiner/Suppan, Bd. 1, 344, 339ff., 356, 365f., 384 und 396ff.

135 Zit. nach ebd. Bd. 1, 367; siehe außerdem Seite 384.

136 Plaschka/Haselsteiner/Suppan, Bd. 1, 397.

137 Kerchnawe 21.

gelten.[138] Wie Kerchnawe hatten auch andere Offiziere noch die Berichte des Kundschaftsdienstes vor Augen. Agitatoren, aus der Ukraine kommend und mit der „Hauptleitung im Kreml" verbunden, dehnten, „mit Geld und Waffen versehen, ihre Aktivitäten auf Österreich" aus; „zirka tausend Gefolgsleute Lenins" kämen auf das Territorium der Zentralstaaten, um die dort bereits tätigen Propagandisten zu verstärken; eine in der russischen Hauptstadt entstandene Verbindung der „kommunistischen Rächer" mit „hunderten Agenten" plane „terroristische Attentate und Sabotageakte in den okkupierten Gebieten und in der Bukowina"; eine aus Kriegsgefangenen bestehende „republikanisch revolutionäre Partei in Moskau" habe drei, aus Wien und Budapest stammende „Anarchisten" mit dem Ziel entsandt, einige „Mitglieder des Herrscherhauses zu ermorden".[139] So oder ganz ähnlich lauteten die Berichte der Nachrichtenabteilung des AOK und der Polizeidirektion Wien an das k.k. Ministerium des Innern im August und September 1918. Hinzu trat die anhaltende Kritik der Generalität am Verhalten des Hofes gegenüber der SDAP. Dazu Generalmajor Kerchnawe: Streiks und Meutereien waren „auch die Veranlassung zu der unglücklichen Idee, sozialdemokratische Reserveoffiziere jüdischer Nation [!] ins Kriegsministerium zu kommandieren, damit sie, wie der Kaiser meinte, ein wertvolles Verbindungsglied zwischen der höchsten militärischen Hinterlandsbehörde und Arbeiterschaft bildend, dieser Verständnis für die Bedürfnisse des Heeres vermittle. Diese ‚Herren', vor allem Dr. Julius Deutsch und Dr. Otto Bauer, welch letzterer zudem während seiner Gefangenschaft in Rußland mit den Bolschewikenführern Fühlung genommen und von ihnen zu revolutionären Zwecken in die Heimat entlassen worden war [!], benützten ihre Stellung dazu, bei den Ersatzkörpern ein wohlorganisiertes Netz zu schaffen."[140] Abgesehen von einem unverkennbar antisemitischen Unterton und der unhaltbaren „Stigmatisierung" Bauers als Sympathisant Lenins lag Kerchnawe damit nicht einmal so falsch. Julius Deutsch gab in seinen „Militärpolitischen Erinnerungen" diesbezüglich folgendes bekannt: „Ich begann" unter den Soldaten in Wien „nach Vertrauensmännern Umschau zu halten". Allmählich wuchs dieses Vertrauensmännersystem, wobei „wir in den Kasernen selbstverständlich nicht überall den gleichen Anklang" fanden. „In einigen Kasernen, insbesondere in denen, die eine größere Anzahl russischer Heimkehrer beherbergten, fanden wir günstigen Boden"; „in anderen war es schwieriger". Dabei erschien es „uns notwendig, die sich entwickelnde Militärorganisation geheimzuhalten. Wurde sie vorzeitig entdeckt, so mußten wir unser Vorhaben mit dem Leben bezahlen.

138 Ebd. 19; vgl. ÖSTA/AVA, MdI/Präs. 22. Unruhen und Exzesse 1918: Fasz. 2077, Zl. 11.469 und 12.659.

139 ÖSTA/AVA, MdI/Präs. 22. Unruhen und Exzesse 1918: Fasz. 2078, Zl. 18.119, Fasz. 2079, Zl. 20949/18, 20202/18 und 19.238/18; vgl. ÖSTA/KA, KM/10. Abt./Kgf. 1918: 10-20/1-478.

140 Kerchnawe 20f.; vgl. Bardolff 302.

[...] Deshalb war jeder Vertrauensmann zur strengsten Verschwiegenheit verpflichtet. Es wurde ihm insbesondere eingeschärft, keinerlei Aufzeichnungen zu machen, auch nichts schriftlich mitzuteilen, sondern seine Meldung stets mündlich zu erstatten. Das wurde bis in die letzte Zeit hinein gehandhabt."[141] Derlei Aktivitäten blieben, wie auch Deutsch zugeben mußte, nicht unentdeckt, provozierten jedoch augenscheinlich keine Gegenreaktion.[142] Allerhöchste Kreise wahrten Zurückhaltung, waren aber gezwungen einzugestehen, daß die Annäherung an die Sozialisten nicht die erhofften Resultate zeitigte. Angesichts der Vorboten kommender Umwälzungen hielt sich das „linke Lager" mehrheitlich zurück, ließ die Zeit für sich arbeiten und setzte auf zukünftige Aufgaben. Auch in Ungarn brachte aus der Sicht der angeschlagenen alten Macht die Einbindung sozialdemokratischer Offiziere in die Kommandobereiche des Habsburgerheeres wenig. Vielmehr bewirkte sie unter den Angehörigen der Stäbe bisweilen sogar ein Umdenken. Davon berichtet etwa Alexander Radó, der bald Kommunist und im Zweiten Weltkrieg Residenturleiter des sowjetischen Geheimdienstes in der Schweiz wurde.[143] Dieser diente 1918 in der Budapester Kanzlei seines Regimentes. Dort las er die geheimen Anordnungen des k.u.k. Kriegsministeriums. Der „Zersetzungsprozeß", welcher „in der gesamten Armee um sich griff", die Behandlung ehemaliger Kriegsgefangener, in deren „gefährlichen Gedanken die Wiener Regierung die Quelle der spürbaren Auflösung" erblickte, fanden dabei Beachtung.[144] Radó erkannte, daß sich damals seine Anschauungen grundlegend veränderten. Später schrieb er: „Ich begann vieles zu sehen, mir wurde vieles klarer, was ich zuvor nicht verstanden hatte oder wovon ich einfach keine Kenntnis gehabt hatte. Hinzu kam noch, daß der Chef der geheimen Kanzleiabteilung des Regiments, Major Kunfi, Bruder eines Führers der ungarischen Sozialdemokratie war. Von ihm hörte ich zum erstenmal von den marxistischen Ideen." Innerhalb „weniger Monate wandelte sich meine Weltanschauung radikal".[145]

Hohe Offiziere wie Hugo Kerchnawe mochten darin einen Beweis für die Berechtigung ihrer Einwände sehen; der k.u.k. Armeeführung konnte allerdings – trotz politisch motivierter Äußerungen – nicht entgehen, daß gerade die Heimkehrerrevolten andere Ursachen hatten. Heinrich von Raabl-Werner fand 1928 diesbezüglich folgende Worte: „Vergleicht man die Intensivität der bolschewikischen Wühlarbeit unter den Kriegsgefangenen mit den tatsächlich erzielten Ergebnissen, so müssen sie hinsichtlich des Einflusses auf die Kampfkraft der Mittelmächte, entgegen der landläufigen Ansicht, ziemlich nieder bewertet werden. Die Kriegsgefangenen kannten [...] keinen anderen Wunsch als den nach

---

141 Deutsch 7f.
142 Ebd. 8.
143 Höhne, Kennwort: Direktor 14, 67 und 91.
144 Radó 28.
145 Ebd.

Ruhe und nach der Heimkehr zu ihren Familien. Wenn der russische Umsturz in ihren Reihen zunächst freudig begrüßt wurde, so geschah dies nicht aus grundsätzlicher Sympathie für die durch ihn zur Geltung gebrachten Ideen, sondern nur deshalb, weil er die seit Jahren vergeblich gehegten Hoffnungen endlich zu verwirklichen versprach und überdies eine Verbesserung der materiellen Lage erwarten ließ."[146]

Den Unmut der zurückgekehrten Kriegsgefangenen erregten in erster Linie ihre Behandlung durch die Heeresverwaltung, die Fortsetzung des Kriegs und die schlechte Versorgungslage. In einem Schreiben der Militärgeneralgouvernements in Polen an den Chef des Ersatzwesens fanden sich über die Ursachen der „Unbotmäßigkeiten" beim Ersatzbataillon Nr. 58 in Lublin beispielsweise folgende Angaben: „Die Mehrzahl jener Leute, welche mit Beschwerden vortreten", gehören den aus Rußland eingetroffenen k.u.k. Soldaten an. Die Mannschaft ergänzt „sich aus Ostgaliziern und besteht durchwegs aus Ruthenen. – Fast alle diese Leute haben in der Heimat Hab und Gut verloren, Haus und Hof sind abgebrannt, die Familien sind [...] geflüchtet und entweder erst vor kurzem oder überhaupt nicht auf die heimatliche Scholle zurückgekehrt." Manche ehemaligen Gefangenen fanden ihre Angehörigen in den Unterkünften der früheren Verteidigungslinien wieder, „ein Moment", wie der Berichterstatter abschließend vermerkte, „das in der Tat tief deprimierend wirken muß".[147] Die Kritik des Reichsrates ging nicht fehl: Die Heimkehrer waren frustriert und wütend zugleich; nach dem Mißtrauen der eigenen Armee erlebten sie während ihres Urlaubes die gespannte Hinterlandsatmosphäre und die Notlage ihrer Angehörigen.[148] Nachrichtenoffiziere wie Franz Tasch, der sich zur Zeit der Meuterei von Kragujevac in Serbien befand, ließen keinen Zweifel an den eigentlichen Beweggründen für die Revolten. In einem Bericht an seine Vorgesetzten meinte Tasch: „Statt wie erhofft, von der Grenze aus einen längeren Urlaub in der Heimat zu erhalten, werden die Heimkehrer dort erst gesammelt und in Transporten (8-10 täg. Reise) zu ihren Ersatzkörpern abgeschoben. Hier nehmen sie wieder Aufenthalt und erst nach einigen Tagen gelangen sie in ihre Heimat und dies nicht wie erhofft, zu einem längeren Urlaub, sondern nur 4 Wochen. [...] Nun geht der Heimkehrer auf Urlaub und sieht dort die Not seiner Leute! Nach kaum 4 Wochen zieht er wieder zum Ersatzbataillon und dann in die Front weiterkämpfen! [...] Hier steht dann die Masse vor uns. Unzufrieden über das jetzige Los und die sofortige Heranziehung zur Front, enttäuscht über den kurzen Urlaub, die Le-

146 Raabl-Werner, Der Einfluß der Propaganda 783.

147 ÖSTA/KA, Chef des Ersatzwesens 1918: 63-6/45.

148 Stenographische Protokolle des Hauses der Abgeordneten des Reichsrates (12. Wahlperiode) XXII. Session (letzte Session des Reichsrates vom 30.5.1917 bis 12.11.1918): 81. Sitzung vom 24. Juli 1918, Bd. 358a, Rede des Abg. Leuthner 23ff., Rede des Abg. R. v. Haller 100ff., Rede des Abg. Malik 205. Siehe außerdem: Plaschka/Haselsteiner/Suppan, Bd. 1, 289.

bensmittelknappheit, Bekleidungsnot, daß er wieder kämpfen muß, andere dafür enthoben oder überhaupt noch nicht an der Front waren."[149]

„Ehre, Treue, Vaterland, Kampf, Einsatz für Kaiser und Krieg, all diese Begriffe hatten im Jahr 1918 allgemein und für die Heimkehrer besonders an moralischer Bindekraft verloren"; die Reaktionen der ehemaligen Kriegsgefangenen erwiesen sich als Symptome einer tieferen, verhängnisvolleren Krise des Habsburgerreiches.[150]

Die Staatsspitzen Österreich-Ungarns aber hatten all dem wenig entgegenzusetzen und schlitterten von Monat zu Monat in eine ausweglosere Situation. Die Heimkehrerbehandlung war hierfür geradezu signifikant. Obwohl sich die Beschwerden häuften, die Verwandten der aus der Gefangenschaft Zurückgekehrten bei den Militärbehörden protestierten und vielfach glaubten, im Sinne des Kaisers zu appellieren[151], blieb der ebenso wohlmeinende wie schwache Monarch bei den vom AOK und vom Kriegsministerium vorgegebenen Richtlinien. Noch rückblickend wirkte Karl in diesem Zusammenhang hilflos, ja realitätsfremd, wenn er meinte: „Als nach Brest-Litovsk zahlreiche Kriegsgefangene heimkehrten, mußten sie zuerst wegen der Gefahr der Verschleppung ansteckender Krankheiten ein paar Wochen in Lagern im Etappenbereich konzentriert bleiben, bevor sie auf Urlaub zu ihren Familien zurückkehren konnten. Diese paar Wochen nahe der Heimat, ohne ihre Angehörigen sehen zu können, waren für die Leute sehr schwer und erbitterten viele, aber man konnte in dem Falle aus höheren Rücksichten nicht weichherzig sein. Ich sandte zahlreiche Geistliche in die Lager, um die Leute zu trösten, und beauftragte den Generaloberst Roth [...] die Lager zu visitieren, mit den Leuten zu reden, sich ihre Klagen und Wünsche vortragen zu lassen und ihnen meine Grüße zu überbringen."[152]

Als sich nach den Unruhemonaten Mai und Juni – in dieser Zeit war es zu mehr als dreißig Heimkehrermeutereien gekommen[153] – die Situation entschärfte, zogen die Militärs Bilanz. Der Generalstabsoffizier Edmund Glaise von Horstenau resümierte später kurz: „Im Frühjahr kam es bei verschiedenen Ersatztruppenteilen zu Ausschreitungen. Alle Nationen waren vertreten, nur die Deutschösterreicher nicht."[154] Glaise-Horstenau, in der Ersten Republik ein bedeutender Repräsentant des „nationalen Lagers"[155], mochte darin die durchaus nicht widerspruchsfreie Loyalität der Deutschen in der Monarchie gegenüber der Dynastie und dem bestehenden Staat erkennen; die eigentlichen Gründe für das Hervortreten der slawischen Heimkehrer im Verlauf der Unruhen waren aber an-

149 Przybilovszki 318-320; vgl. Vanry 107ff.; Koref 68ff.
150 Plaschka/Haselsteiner/Suppan, Bd. 1, 289; Andritsch 78.
151 Der Plenny, Folge 1 (1.1.1927) 4.
152 Feigl 281. Dazu auch: Der freie Soldat, Nr. 11 (11.2.1919) 2.
153 Wassermair 279.
154 Broucek 478; vgl. ÖUlK, Bd. VII, 98.
155 Verosta 138; Wandruszka 307.

derswo zu suchen. Einerseits sahen sich in Anbetracht des „überproportionalen Anteils der Deutschen bei den Offizieren, aber auch bei den Reserveoffizieren und bei der Beamtenschaft" die „übrigen Nationalitäten in den Befehlsrängen kaum vertreten"[156]; andererseits lagen die Ursachen in der noch von der zaristischen Verwaltung verfügten Anweisung, deutsche, magyarische, aber auch jüdische Kriegsgefangene nach Sibirien und Turkestan zu transportieren, k.u.k. Soldaten slawischer Nationalität aber im europäischen Rußland zu belassen.[157] Tatsächlich stand diese, wenn auch – wie erwähnt – nur bedingt eingehaltene Order einer raschen Repatriierung vorwiegend deutschösterreichischer und ungarischer Soldaten im Weg. Die Zahlen der Heeresbehörden bestätigen dies nachdrücklich. Schon im März, Monate vor der Absperrung der Regionen jenseits des Urals durch den „Aufstand der tschechoslowakischen Legion", legte der Chef des Ersatzwesens eine Statistik vor. Ihrzufolge waren ungefähr 60 Prozent der Heimkehrer Slawen und rund 20 Prozent Ungarn.[158]

Indessen beschäftigte die Leitung des Habsburgerheeres eine weitere Krisenerscheinung des Jahres 1918 mindestens ebenso sehr. Viele Soldaten hatten sich von ihren Verbänden entfernt; Urlauber, darunter zahlreiche ehemalige Gefangene, „suchten", wie es Oberst Rudolf Kiszling formulierte, „ihre Regimenter und fanden sie absichtlich" nicht.[159] „Laut einer vertraulichen Meldung", hielt das AOK diesbezüglich fest, „sollen sich viele Mannschaftspersonen, die sich längere Zeit hindurch ihrer Dienstpflicht entzogen", dann „auf Schleichwegen" in Heimkehrlagern eingefunden haben, um auf diesem Wege als „legitimierte Rückläufer" zu ihren Ersatzkörpern einzurücken.[160] Nach den Zwischenfällen in Serbien traten die Zusammenhänge zwischen den Konsequenzen der Gefangenenproblematik und den zahlreichen Fällen von „Fahnenflucht" noch deutlicher zutage. Es galt als erwiesen, daß sich die „abgängigen Meuterer" von Kragujevac „mit Einheimischen zusammengetan" hatten.[161] Bald mehrten sich Nachrichten über Deserteure, die, so Rudolf Kiszling, „gerade im slawischen Süden des Reiches, vornehmlich in Slawonien", „Räuberbanden" bildeten, welche „in Wäldern hausten, von der Bevölkerung aus Sympathie oder Furcht verborgen gehalten" und in der Öffentlichkeit bald als *„Grüne Kader"* bekannt wurden.[162] Im Reichsrat fand man klare Worte für die „wehrkraftzersetzenden" Zustände. „Der Hunger und vielfach auch die schlechte Behandlung sind die Ursachen, weshalb die

156 Rauchensteiner 45.
157 Rutkowski, Kundschafterdienst/Mission Landsperger 22.
158 ÖSTA/KA, Chef des Ersatzwesens 1918: 19-1/15-2.
159 Kiszling. Die Kroaten 112.
160 ÖSTA/KA, AOK/Op.Abt., Hk.-Grp. 1918: Op.Nr. 131.417.
161 Plaschka/Haselsteiner/Suppan, Bd. 1, 399.
162 Kiszling, Die Kroaten 112; ÖSTA/AVA, MdI/Präs. 22. Unruhen und Exzesse 1918: Fasz. 2079, Zl. 19.362 und Zl. 19.537/18 beziehungsweise Fasz. 2078, Zl. 16.704.

Desertion" zu einer „in der ganzen Welt beispiellos dastehenden Massenerscheinung ausgeartet ist", vermerkte ein Parlamentarier aus Przemyśl. Und weiter: „Der Strom der Fahnenflucht schwillt ... mit jedem Tage mächtiger an, und die Zahl der Desertionen soll fast eine Million haben."[163]

Die stark übertriebenen Angaben veranlaßten die Heeresführung zu einer genaueren Prüfung. Obwohl Max Ronge als Chef der Nachrichtenabteilung im AOK und Oberst Ratzenhofer, der stellvertretende Vorstand des Militär-Eisenbahnwesens, mit ihren Schätzungen von 100.000 beziehungsweise 250.000 „Abgängen" wahrscheinlich immer noch zu hoch griffen[164], gab es für die Generalität keinen Grund zur Entwarnung.

„UNRUHIGE RUSSEN"

Eine Reihe von „Streifungen", die Polizei und Armee durchführten, um „entwichene Soldaten einzubringen", förderte weitere alarmierende Erkenntnisse zutage. Einheiten, welche die nächste Umgebung ihrer Stationierungsorte durchkämmten, stießen nicht allein auf Deserteure oder „nichteingerückte Heimkehrer", sondern auch auf viele *geflüchtete russische Kriegsgefangene*, die sich mancherorts, in Verbindung mit den „Grünen Kadern", zu Plünderungen verleiten ließen.[165] Namentlich die Informationen aus den Militärkommanden Krakau und Przemyśl gaben Anlaß zu Beunruhigung: Im ersten Halbjahr 1918 hatten Gendarmerieposten Galiziens neben 12.855 Deserteuren und 7.965 Urlaubsüberschreitern 15.671 entwichene Gefangene verhaftet.[166] Der Verein Christlicher Junger Männer (VCJM), der beim Österreichischen Roten Kreuz ein Fürsorgekomitee unterhielt, nahm sich kein Blatt vor den Mund. Im Mai teilte er dem Kriegsministerium mit, daß die „fremden Militärpersonen" an einem „toten Punkt" angelangt seien. „Eine völlige Gleichgültigkeit ist unter ihnen eingetreten", hieß es im gleichen Schreiben, das sich auf Erfahrungswerte im Lager Reichenberg stützte. Es „fragt sich, ob jetzt der Revolutionsgedanke oder der Gedanke des Durchhaltens stärker ist". Der VCJM warnte eindringlich: Wenn

163 Zit. nach Plaschka/Haselsteiner/Suppan, Bd. 1, 62f.

164 Ronge, Kriegs- und Industriespionage 357. „Die Zahl der Deserteure festzustellen, war im August versucht worden. Eine untere Richtzahl konnte der bei den Ersatzkörpern der IR, TKJR, FJB, bh. IR und bh. JgB festgestellte Abgang an Mannschaften mit dem in diesem Monat ausgewiesenen Stand sein. Demnach fehlten bei diesen Ersatzkörpern insgesamt 49.921 Mann, 28.787 Mann waren als Deserteure anzusprechen, 16.162 als nichteingerückte Heimkehrer, 4.972 Mann hatten sich ‚eigenmächtig entfernt'." – Plaschka/Haselsteiner/Suppan, Bd. 1, 70.

165 Plaschka/Haselsteiner/Suppan, Bd. 2, 192; siehe außerdem S. 73, 80, 89, 92, 97f. und 101; Pisarev 174.

166 Ebd. 90.

die „russische Intelligenz nicht unverzüglich entfernt“ werde, so sehe man schon „heute mit Schrecken die Dinge, die da kommen sollen, zumal selbst Besatzungsmannschaften und Offiziere der Bevölkerung und Kgf. gegenüber“ erklärten, „daß sie im Falle eines Aufstandes im Russenlager nicht einen Schuß abgeben würden“.[167]

Berichte dieser Art erreichten die Beamten am Stubenring allerdings nicht erst zur Jahresmitte. Vergleichbare Benachrichtigungen erhielt man bereits im Jänner 1918, als es in der Monarchie zu den bislang schwersten Erschütterungen kam. Zur Monatsmitte legten in der gesamten Monarchie Hunderttausende die Arbeit nieder. Die weitere Kürzung der Mehlrationen und die Verhandlungen in Brest-Litovsk waren der Anlaß für die *Ausstände*. Die Menschen fürchteten um das Zustandekommen des Friedens mit Rußland. Die Streikenden übernahmen aber auch die von Lenins Gefolgschaft formulierte Forderung nach dem Selbstbestimmungsrecht der Völker. So gesellte sich zur sozialen die nationale und zur nationalen die „internationale“ Komponente; Rußland und die Bol'ševiki, die – darin waren sich Karl Renner und der Wiener Polizeipräsident Gayer einig – Agitatoren ins Land „eingeschmuggelt“ hatten[168], spielten dabei eine zentrale Rolle. Es kam zu Demonstrationen und Straßenkrawallen. Die Lage drohte außer Kontrolle zu geraten. In dieser Phase, in der eine Revolution nach Vorbild der russischen Oktoberrevolution bevorzustehen schien, wurden in Wien sogar Vorbereitungen für eine Militärregierung getroffen.[169] Die Sozialdemokraten hatten indessen alle Mühe, sich angesichts der aggressiven Stimmungslage unter den Arbeitern mit ihrer „Beschwichtigungspolitik“ ins Spiel zu bringen.[170] Das Manifest der Parteivertretung und des Abgeordnetenklubs, mit dem sich die österreichische Sozialdemokratie am 16. Jänner an die Streikenden wandte, war zwar die vielleicht schärfste Stellungnahme der Partei zur österreichischen Politik während des gesamten Krieges; dennoch entschied man sich nicht für die Revolution, sondern dafür, „die Bewegung in geregelte Bahnen zu lenken“[171] und mit einer Unterstützung der bereits im Entstehen begriffenen Rätebewegung einerseits und der gegenüber den Ministerien signalisierten Gesprächsbereitschaft andererseits auf einen Kompromiß zwischen Arbeiterschaft und Regierung zuzusteuern. In den letzten Jännertagen war der Massenausstand weitgehend beendet. Die Zugeständnisse der offiziellen Stellen hatten eine erstaunlich geringe Halbwertszeit. Die Arbeiter haben, schrieb Joseph Redlich, „bloß Versprechungen erhalten, und diese noch dazu unglaublich verklausuliert“.[172] Der große Jännerstreik aber

167 ÖSTA/KA, KM/10. Abt./Kgf. 1918: 10-68/2.
168 Hautmann, Rätebewegung 170; vgl. Brandl 236f.
169 Rauchensteiner 536.
170 Neck, Die österreichische Arbeiterbewegung 75.
171 Zit. nach Hautmann, Rätebewegung 158.
172 Zit. nach Hautmann, Rätebewegung 168.

war erst der Auftakt einer nun kaum mehr zu stoppenden Destabilisierung der „inneren Front" oder, wie Julius Deutsch meinte, „ein Sturmzeichen, noch nicht der Sturm"[173].

Die beiden Innenministerien der Doppelmonarchie, gemeinsames Kriegsministerium und die Militärkommanden nahmen in diesem Augenblick mit Besorgnis wahr, daß sich an den Streiks im Jänner auch russische Kriegsgefangene beteiligt hatten.[174] Voraussetzungen schufen auch hier wie bei den Einheimischen stetig *schlechter werdende Lebensbedingungen*. In bezug darauf bereitete das Anwachsen der Gefangenenzahlen durch die „Erfolge an der Italienfront" der Militärverwaltung noch zusätzliche Schwierigkeiten. Gerade in den Wintermonaten wurden die überfüllten Lager zur Belastung. Das Kommando in Marchtrenk klagte demgemäß ebenso wie die Verantwortlichen in Purgstall über den Mangel an Brennstoffen. Zugleich fürchtete man den Ausbruch von Epidemien und zeigte sich speziell von den böhmischen Lagern in diesem Zusammenhang entsetzt.[175] Ausländische Inspekteure bezeichneten die Lage „schlimmer als in Rußland".[176]

Obwohl man die Seuchengefahr diesmal rasch in den Griff bekam, nahm die Sterblichkeit mit Jahresbeginn 1918 rapide zu. Im Februar befanden sich laut 10. Gefangenenabteilung 181.400 Mann in den Lagern; nur 11.400 galten als gesund, 20.000 waren unterernährt, aber noch transportfähig, 150.000 unterernährt, krank und nicht mehr transportfähig.[177] Angesichts solcher Zahlen kündigte das Fürsorgekomitee beim österreichisch-ungarischen Roten Kreuz an die Lager öfter zu visitieren, um genauere Informationen über die tatsächlichen Verhältnisse zusammenzutragen. Die Replik des Kriegsministeriums auf dieses Angebot des Fürsorgekomitees, das kaum mehr als ein Formalakt war, ließ keinen Zweifel darüber aufkommen, daß man sich konkretere Hilfe erhofft hatte. Einer verstärkten Visitierung der Lager konnten die Beamten am Stubenring nichts abgewinnen, denn es bedurfte keiner Informationen, sondern neuer Ressourcen, um die Lage der „ausländischen Militärpersonen" zu verbessern.[178] In einem Bericht an den Chef des Ersatzwesens kamen die Mißstände ungeschminkt zur Sprache. Mangelnde Verpflegung, fehlende Bekleidung und „Beschuhung" sowie hygienische Unzulänglichkeiten bildeten die Rahmenbedingungen für den physischen Verfall. „Die Kgf. sterben haufenweise", hieß es dazu lapidar.[179] Der Großteil der in den Lagern konzentrierten Soldaten, die sich „in-

173 Deutsch 5.

174 Dmitriev 43f.

175 ÖSTA/KA, KM/10. Abt./Kgf. 1918: 10-8/4 und 10-23/40.

176 Ebd.

177 ÖSTA/KA, Chef des Ersatzwesens 1918: 19-7/6-2.

178 ÖSTA/KA, KM/10. Abt./Kgf. 1918: 10-23/43.

179 ÖSTA/KA, Chef des Ersatzwesens 1918: 19-7/6-2.

folge Unterernährung [...] kaum mehr bewegen können"[180], sei, falls nicht Gegenmaßnahmen eingeleitet würden, „dem Tode preisgegeben".[181]

Währenddessen wurde auch in der Etappe die Versorgungsfrage zum Problem. Aus Kronau, Sammel- und Konzentrationspunkt aller Nachschübe für das Flitscherbecken, drangen im März 1918 Hilferufe nach Wien. Dort lagerten seit Monaten Tausende italienische Heeresangehörige in Baracken. „Die geringen Lebensmittel, die noch zu haben sind", hieß es in dem Schreiben, „werden der Einwohnerschaft durch die hungernden Kriegsgefangenen förmlich mit moralischer Gewalt aus den Händen gerissen und in der Tat, man müsste jedes menschlichen Gefühles bar sein, wolle man sein Herz verschließen, wenn abgezehrte, abgemagerte Kriegergestalten, denen der Hungertod förmlich aus den Augen schaut, auf den Knien mit aufgehobenen Händen um eine Krümme trockenen Brotes bitten, um ihr Leben weiter fristen zu können. Was für eine Plage das für einen Ort bedeutete, läßt sich kaum ermessen."[182] In der Umgebung von Kronau häuften sich Diebstähle, und man fürchtete den Ausbruch von Epidemien, da die hygienischen Bedingungen vor Ort nicht dazu angetan waren, den Bedürfnissen Tausender Menschen Rechnung zu tragen. Das Gemeindeamt Kronau forderte daher: „Weg, möglichst weit weg mit den Gefangenenlagern!"[183]

Da das Militär-Stationskommando diese Darstellung der Verhältnisse für „stark aufgebauscht" hielt, hofften die Kronauer vergeblich auf Abhilfe.[184] An den Internierungsorten der Monarchie ging inzwischen das Sterben weiter. Allein im Lager Milowitz starben von Jänner bis März 1918 2.966[185], in Sigmundsherberg im selben Zeitraum 1.125 Insassen[186], in Somorja innerhalb von nur zehn Tagen 138[187] und in Kleinmünchen wurde schon im Jänner das „Überhandnehmen von Erkrankungen und Todesfällen" bei italienischen Soldaten festgehalten.[188]

180 ÖSTA/KA, Chef des Ersatzwesens 1918: 19-7/6.

181 ÖSTA/KA, Chef des Ersatzwesens 1918: 19-7/6-2.

182 ÖSTA/KA, KM/10. Abt./Kgf. 1918: 10-11/2-306.

183 Ebd.

184 Ebd.

185 ÖSTA/KA,KM/10. Abt./Kgf. 1918: 10-39/90.

186 Koch, Kriegsgefangenenlager Sigmundsherberg 319. Im Bericht des Lagerkommandos an das Kriegsministerium hieß es über die Ursache für die hohe Mortalitätsrate unter anderem, „daß das italienische Soldatenmaterial der 12. Isonzoschlacht angeblich ein auffallend schlechtes und minderwertiges gewesen sei". – Koch 321.

187 ÖSTA/KA, KM/10. Abt./Kgf. 1918: 10-39/38.

188 ÖSTA/KA, KM/10. Abt./Kgf. 1918: 10-39/3. Über die Zahl der von Mitte November 1917 bis Jänner 1918 verstorbenen italienischen Kriegsgefangenen liegen unterschiedliche Zahlen vor. In einem Dokument ist von 238 (ÖSTA/KA, KM/10. Abt./Kgf. 1918: 10-39/3) Toten die Rede, in einem anderen von 1.168 (ÖSTA/KA, Chef des Ersatzwesens 1918: 19-19).

Im Kriegsüberwachungsamt aber war man besorgt, daß Einzelheiten über das Schicksal der Gefangenen im allgemeinen und die Verhältnisse an deren Unterbringungsbereichen im besonderen ins Ausland dringen könnten. Auch das Gemeinsame Zentralnachweisbureau fürchtete Mitte April 1918 die Reaktion der „Weltöffentlichkeit", da auf mehr als 50 Prozent der Totenscheine, die in den vorangegangenen Monaten an die gegnerischen Staaten geschickt worden waren, „Erschöpfung" als Todesursache angegeben war. Auf Ersuchen des GZNB sollten die Wiener Zentralstellen die Lagerkommandanten sowie alle anderen involvierten Befehlstäbe anweisen „bei Abfassung von Totenscheinen der einmal gegebenen Situation entsprechend Rechnung zu tragen" und ergo andere Todesursachen anzugeben.[189] Das Kriegsministerium, um Schadensbegrenzung bemüht, schlug daher unsinnigerweise vor, in Hinkunft bei der Bekanntgabe der Todesart statt „Herzschwäche" – gleichsam zur Abwechslung – die Bezeichnung „Herzinsuffizienz" zu wählen.[190]

Während zur Sterblichkeit unter den bei der Armee im Felde (A.i.F.) befindlichen Gefangenen keine Zahlen vorliegen, existieren immerhin einige, wenn auch zum Teil lückenhafte, Daten über die Mortalität an den Internierungsorten. Den Angaben der 14. Abteilung gemäß starben dort von 31. Jänner bis 31. März 1918 8.283 Personen[191], eine Zahl, die allerdings angesichts der von Jänner bis März allein in Milowitz verzeichneten 2.966 Todesfälle zu niedrig gegriffen erscheint.

Alarmierend waren zudem Nachrichten, welche die Bezirkshauptmannschaft Amstetten im Jänner und Februar 1918 an das Militärkommando Wien weiterleitete. Darin hieß es, daß „die Russen des in der Nähe von Amstetten gelegenen Lagers Harth [...] wiederholt entweichen, um planmäßig allein oder in ganzen Banden Diebstähle und Einbrüche zu vollführen." Die Arbeitgeber wurden daher aufgefordert entsprechende Kontrollen durchzuführen, das „Reisen von Kriegsgefangenen auf Bahnen" ohne Aufsichtsperson zu unterbinden und für deren vorgeschriebene „Kennzeichnung" durch Anbringen eines „weißen Streifens" auf der Kleidung zu sorgen.[192]

Parallel zu der sich fortsetzenden Verschlechterung der Lebensverhältnisse wuchs die *Unzufriedenheit und die Gewaltbereitschaft*. Es formierte sich eine Art Widerstand, der den Friedenskurs der Bol'ševiki zum Anlaß nahm, um noch deutlicher als in den vorangegangenen Monaten Protestaktionen zu setzen. Wollten etwa russische Soldaten mit Arbeitsniederlegungen früher zuallererst eine Verbesserung ihrer Lebensbedingungen erreichen, ging es nun in noch höherem Maße als nach der Februarrevolution um den Frieden, um die baldige Heimkehr. Als die Mittelmächte mit den neuen Machthabern in Petrograd

189 ÖSTA/KA, KM/14. Abt. 1918: 59-30.

190 Ebd.

191 ÖSTA/KA, Chef des Ersatzwesens 1918: 19-13/7, 8, 9, 10, 11, 12, 13.

192 Amtsblatt der k.k. Bezirkshauptmannschaft Amstetten, Jg. XXXVIII, Nr. 7 (16.2.1918) 36.

Verhandlungen aufnahmen, festigte sich die Hoffnung der Kriegsgefangenen auf eine baldige Repatriierung. Konkrete Auswirkungen ließen aber auf sich warten. Die Ungeduld wuchs und mit ihr die Zahl der Entweichungen. In Wien sah man deshalb sogar die „persönliche Sicherheit der Mitglieder des Allerhöchsten Kaiserhauses" gefährdet und fürchtete, diese könnten auf ihrem Weg nach Laxenburg mit geflohenen Russen in Berührung kommen.[193] Meldungen über „Verbrüderungen" zwischen Angehörigen der früheren Zarenarmee und der einheimischen Bevölkerung beunruhigten die österreichisch-ungarische Heeresverwaltung; ihre Mitarbeiter setzten mehr und mehr „den Bolschewismus" mit jeder Art von Radikalismus gleich, erblickten in den „Soldaten aus dem Osten" zunehmend eine Gefahr und glaubten, deren Unzufriedenheit mit den „Ideen Lenins" in Verbindung bringen zu müssen. Die Mehrheit der „bisherigen Feinde" war allerdings im Gegensatz dazu über Parteiprogramme im einzelnen wenig informiert und hauptsächlich auf die Friedensparolen der Kremlführung fixiert. K.u.k. Beamte meinten nichtsdestoweniger ihren Ansichten durch die Beobachtung Nachdruck verleihen zu müssen, daß sich „unter der russischen Mannschaft Gruppen bilden, welche die sozialistischen Ideen weiterverbreiten wollen und aus diesem Grunde bestrebt sind, sich einschlägige Agitationsliteratur aus dem In- und Auslande zu beschaffen. Es erscheint nicht ausgeschlossen", erklärte am 12. Jänner ein Vertreter der Ministerialkommission im k.u.k. Kriegsministerium gegenüber dem k.k. und dem k.u. Ministerpräsidenten, „daß diese Bemühungen der Kriegsgefangenen zu dem Zwecke erfolgen, um gegebenen Falles unter der eigenen Bevölkerung eine Propaganda zu betreiben, welche sich die Schaffung einer sehnlichen politischen Situation wie jene, die dermalen in Russland obwaltet, zum Endziele gesteckt hat."[194]

Aus diesem Grund sollte in beiden Reichshälften der Verkehr zwischen „ausländischen Soldaten" und der Bevölkerung überwacht werden. In Niederösterreich diskutierte man in weiterer Folge prophylaktische Maßnahmen, um in Hinkunft einer mittels gemeinsamer Streikaktionen zum Ausdruck gebrachten „Solidarität des internationalen Proletariats"[195] die Basis zu entziehen. Kriegsgefangene Arbeiter sollten demzufolge in bestimmten Fällen nicht länger auf ihren Arbeitsstellen bleiben dürfen.[196] Um das Defizit an Arbeits-

193 ÖSTA/KA, KM/10. Abt./Kgf. 1917: 10-10/81.

194 ÖSTA/AVA, MdI/Präs., Unruhen und Exzesse, Fasz. 2074, 1918, Zl. 1045/18.

195 Der Jännerstreik wurde in der sowjetrussischen sowie der gesamten „Ostblock"-Historiographie zuallererst als „Manifestation des proletarischen Internationalismus" dargestellt, die auf die spezifischen österreichisch-ungarischen Verhältnisse zurückgehende Genese des Streiks geriet dabei völlig ins Hintertreffen. – Vgl. Woroschilow 15.

196 Am 28. Jänner hieß es in einem Schreiben des Kriegsministeriums an das k.k. Ministerium des Innern: „Bei der Arbeiterschaft des Bezirkes Wr. Neustadt sind neuerlich Anzeichen eines knapp bevorstehenden Ausstandes zu bemerken. Außerdem finden zwischen den Arbeitern und den kgf. Russen Verbrüderungen statt." – NÖLA/ Präs. „P" 1918: Zl. 1121/XI. Vorgeschlagen wurde aus die-

kräften auszugleichen und der Wirtschaft keinen allzu großen Schaden zuzufügen, sollten aber lediglich Russen, die nach Einschätzung der Heeresverwaltung offenbar als besonders gefährliche Unruhestifter zu gelten hatten, entfernt und in weiterer Folge durch Italiener und Serben ersetzt werden.[197]

Indessen nahmen die *Arbeitsverweigerungen* unter den in Österreich-Ungarn festgehaltenen Angehörigen der einstmals zaristischen Truppenverbände weiter zu. Viele verließen eigenmächtig ihre Betriebe und legten es offenbar darauf an, in die Stammlager überstellt zu werden, da sie hofften, auf diese Weise sofort nach Friedensschluß repatriiert zu werden.[198] Die in den Gaswerken in Simmering beschäftigten Russen konnten erst nach dem Einschreiten von Assistenztruppen zur Wiederaufnahme der Arbeit bewegt werden. 63 der insgesamt ca. 300 Mann verweigerten aber auch nach diesem Vorfall die Arbeit.[199] Aus Temesvar wurde gemeldet, daß unter den russischen Kriegsgefangenen „eine sozialistische Bewegung" wahrgenommen wurde; sie hatten eine Lohnerhöhung gefordert.[200] In der Steiermark und in Niederösterreich hingegen wollten die Gefangenen ihrer Freude über den bereits geschlossenen Frieden mit der Ukraine und dem erwarteten mit Rußland durch Kundgebungen und Umzüge Ausdruck verleihen. Die Heeresverwaltung winkte freilich ab.[201] Zum Feiern gab es ohnedies wenig. Da sich die offiziellen Stellen Österreich-Ungarns mit der Repatriierungskampagne auch nach der „Ratifizierung" des Brester Vertrages Zeit ließen, stieg die Bereitschaft der Russen, auf „eigene Faust" in ihre Herkunftsorte zu gelangen. Im Mai 1918 meldete dementsprechend das Armeeoberkommando „*Massenfluchten*" im Raum Lemberg. Die k.u.k. Militärs vermochten aber an der Situation kaum etwas zu ändern. Die Einheimischen trugen durch ihr Verhalten zu einer weiteren Verschärfung der Lage bei. Landwirte, die befürchteten, nach dem Abzug der

---

sem Grund der Abzug der Gefangenen aus den „militärischen und zivilen Betrieben" am Steinfeld. Davon betroffen waren ca. 1.600 Mann, die man aus Felixdorf, Wöllersdorf, Ebenfurt, Ebreichsdorf und Berndorf abzutransportieren beabsichtigte. Diese Verfügung, welche schließlich auf weitere Ortschaften ausgedehnt wurde und nun vor allem landwirtschaftliche Betriebe traf, wurde allerdings nicht widerspruchslos hingenommen. Die Standorte der Munitionsindustrie am Steinfeld waren: Baden, Berndorf, Hirtenberg, Enzesfeld, Wöllersdorf, Neunkirchen, Teesdorf, Neurißhof, Blumau, Felixdorf, Theresienfeld, Lichtenwörth und Wiener Neustadt. – Vgl. Augeneder 59. Blumau zählte zu einem der größten Rüstungsunternehmen der gesamten Monarchie. Noch vor Ausbruch des Krieges beschäftigte die angeblich modernste Pulverfabrik Österreich-Ungarns ca. 20.000 Personen. Bis 1918 erhöhte sich diese Zahl auf 30.000. – Mathis 56.

197 NÖLA/ Präs. „P" 1918: Zl. 1121/XI.

198 ÖSTA/KA, Mil.Kdo. Wien 1918: Präs. Heer 8-1/4-12.

199 ÖSTA/KA, Mil.Kdo. Wien 1918: Präs. Heer 8-1/4-13.

200 ÖSTA/KA, KM/10. Abt./Kgf. 1918: 10-63/225.

201 ÖSTA/KA, Mil.Kdo. Graz 1918: Präs. Heer 99-4/8; NÖLA/ Präs. „P" 1918: Zl. 896/XI b.

„Ausländer mit einem Mal ohne Arbeitskräfte dazustehen"[202], stellten des öfteren flüchtige Soldaten bei sich ein, ohne die Gendarmerieposten davon zu verständigen. Die Kriegsgefangenen arbeiteten gegen Nahrung und Unterkunft. Ihre Anwesenheit wurde so lange als möglich verheimlicht, um sie nicht allzu bald wieder zu verlieren.[203] Die Behörden waren empört darüber, daß mancherorts die Bevölkerung kaum Bereitschaft zur Kooperation zeigte, und forderten daher schließlich die Bürgermeister der Gemeinden auf „derartigen Unzukömmlichkeiten" entgegenzuwirken und für die vorschriftsmäßige Meldung von Entflohenen Sorge zu tragen.[204]

Die überwiegende Zahl der Russen drängte jedoch auf die Heimkehr und war verständlicherweise enttäuscht darüber, daß es keinerlei Anzeichen für eine breit angelegte Rückführungsaktion seitens der k.u.k. Behörden gab. Im Kriegsministerium hielt man es daher für unbedingt notwendig, „einen Übergangszustand herzustellen, der den zu repatriierenden Soldaten die [...] unabänderliche Austauschverzögerung erträglich macht, und ihnen Lebensbedingungen zu bieten, welche die Erhaltung ihrer Arbeitsfreudigkeit bis zum Abtransport fördern sollen".[205] Außerdem unterstrich Ernst von Streeruwitz im Zuge einer Besprechung über die ökonomischen Begleitaspekte des Großaustauschs die „Bedeutsamkeit einer *Milderung in der Behandlung der Russen*", da gerade in den vergangenen Monaten Meldungen über deren Mißhandlung zugenommen hatten. „Wir müssen auch aus rein politischen Gründen ein freundschaftliches Verhältnis beobachten. Es wird nicht gleichgültig sein", meinte er des weiteren, „ob 800.000 frohe Menschen von uns in ihre Heimat zurückkehren oder ob unterdrückte, verbitterte und gewaltsam zurückgehaltene Leute sich mit Trug und Gewalt ihr gutes Recht der Heimkehr erkämpfen müssen."[206]

Im Interesse funktionierender bilateraler Beziehungen, die aus der Sicht der Donaumonarchie vor allem „auf wirtschaftlichem Gebiet bereits in der allernächsten Zukunft" als wünschenswert erachtet wurden, sollten die Russen kurz vor der Repatriierung mit ihrem in Österreich-Ungarn erlittenen Schicksal gleichsam versöhnt werden und zu Hause als Boten eines Bündnisses zwischen Wien und Moskau wirken. In diesem Sinne wurden die Lagerkommandos „mit Russenbelag" ebenso wie die verantwortlichen Leiter industrieller Betriebe und die Führer verschiedener Bautrupps angewiesen das Los der Gefangenen in dieser letzten Phase vor dem Abtransport „erträglicher" zu machen; die „ungünstigen" Erfahrungen, die von den Soldaten aus dem untergegangenen Imperium der

---

202 Doliner 54.

203 ÖSTA/KA, Chef des Ersatzwesens 1918: 19-10/2-2.

204 Amtsblatt der k.k. Bezirkshauptmannschaft Amstetten, Jg. XXXVIII, Nr. 23 (7.6.1918) 110.

205 ÖSTA/KA, KM/10. Abt./Kgf. 1918: 10-7/7-303; ÖSTA/HHSTA, AR, F 36, Karton 474, Liasse Krieg, Dep. 7, Kriegsgefangene-Rußland.

206 ÖSTA/KA, KM/10. Abt./Kgf. 1918: 10-20/1-373.

Romanovs während ihres Aufenthaltes im Habsburgerreich gemacht wurden, wollte man „abschwächen“, die „erfreulichen und angenehmen“ aber „beleben und befestigen“. Zu diesem Zwecke wurden eigene Vorträge ausgearbeitet, in denen die wirtschaftlichen Beziehungen in der Vergangenheit berührt und Perspektiven einer Zusammenarbeit in den kommenden Jahren aufgezeigt wurden. Unter Zuhilfenahme von statistischem Material sollte den Gefangenen, die zu Beginn der Rede nunmehr mit „Liebe Russen!“ anzusprechen waren, klargemacht werden, daß die unterschiedliche ökonomische Entwicklung in den beiden Ländern einen Austausch von Waren zweckmäßig erscheinen lasse. In diesem Zusammenhang wurde auf die Handelsbilanz vor Ausbruch des Krieges verwiesen. Daß Österreich beinahe ausschließlich Agrarprodukte eingeführt und Rußland umgekehrt in der Hauptsache industrielle Erzeugnisse aus der Doppelmonarchie importiert hatte, wurde als zusätzliches Argument für die Notwendigkeit einer Wiederaufnahme regulärer Wirtschaftsbeziehungen angeführt. „Heeresangehörige aus dem Osten“ wurden darüber hinaus aufgefordert sich zu Hause am Aufbau des von der Revolution zerstörten Landes zu beteiligen. Die Verhältnisse im Donauraum, in dem, wie betont wurde, die Arbeiterschaft auch „ohne Gewaltanwendungen und Revolution“ Vorrechte errungen habe und weitere Rechte auf friedlichem Wege erreichen werde, wurden als vorbildhaft, die Organisation des politischen Lebens als nachahmens- und der kulturelle sowie wirtschaftliche Standard als anstrebenswert beschrieben. Die Heimkehrer sollten sich, das österreichisch-ungarische Beispiel vor Augen habend, in Rußland daher als „Freunde der Ordnung“, die sie laut Kriegsministerium in der Donaumonarchie kennengelernt hatten, erweisen.

Vorgesehen waren außerdem Besuche kleinerer Gruppen „fachlich interessierter Russen“ in diversen industriellen und landwirtschaftlichen Betrieben, um dadurch, wie im Haus am Stubenring angeregt wurde, die „Leistungsfähigkeit unseres Wirtschaftslebens“ zu veranschaulichen. Die Kosten für derartige Exkursionen sollten die betreffenden Unternehmen bestreiten. Andererseits befürchtete man als Folge solcher Ausflüge „Agitation und Ausspähung“ sowie „Ansiedelungswünsche“, die von manchen Gefangenen aus den Reihen der früheren Zarenarmee geäußert worden waren.

Letzteren begegnete man mit besonders großer Skepsis. Vorsicht war nach Ansicht der k.u.k. Heeresverwaltung in jenen Fällen angebracht, wo die „Niederlassung in Universitätsstädten“ angestrebt wurde. Diesbezüglich erlangte folgende Auffassung Bedeutung: „Die aus russischer Kgf.schaft heimkehrenden Studenten werden nach den schweren Erlebnissen dortselbst russische Kollegen mit ganz ungemischten Gefühlen der Abneigung ansehen.“ Bei einheimischen Studierenden „slawischer Nationalität“ ist hingegen „in vielen Fällen eine recht unerwünschte Sympathie“ vorauszusetzen.

Um Stellungnahmen zur Frage der Einbürgerung „russischer Militärpersonen“ wurden für Österreich und Ungarn die zuständigen Innenministerien und für Bosnien und Herzegowina das Finanzministerium gebeten. Im k.k. Ministerium des Innern vertrat man

den Standpunkt, daß „die Ansiedelung in Österreich im allgemeinen unerwünscht und zu vermeiden" sei. „Denn es ist naheliegend", argumentierte man weiter, „daß bei unseren verwickelten nationalen Verhältnissen ein größerer Zuzug russischer Einwanderer das Verhältnis zwischen den einzelnen Nationalitäten des österreichischen Staates ungünstig beeinflussen bezw. das bestehende Gleichgewicht der Kräfte zu Gunsten einer Nationalität stören könnte."[207]

Solcherart auf eine gewisse Distanz zu den früheren Soldaten des Zaren bedacht konzentrierte man sich am Stubenring vorrangig auf die Verbesserung der sozialen Lage vieler Kriegsgefangener, um sie mit einer positiven Einstellung gegenüber der Donaumonarchie vor ihrem Abtransport in den Osten „auszustatten". Die Arbeitsbedingungen der Russen in nichtmilitärischen Betrieben sollten nun als Konsequenz derartiger Überlegungen jenen sogenannter freier Zivilarbeiter angeglichen werden. Vorgesehen war ein „täglicher Minimalbarlohn" in der Höhe von einer Krone in der Landwirtschaft und zwei Kronen pro Tag in Industriebetrieben, da die „Verpflegungslage" dort als vergleichsweise „minder günstig" erachtet wurde. „Auf dem flachen Lande" wurden darüber hinaus „gewisse Freiheitserweiterungen" zugestanden.[208] Abgesehen von der Erlaubnis, in Begleitung des Wachpersonals Kinos, Theater oder Musikveranstaltungen zu besuchen und nach der Arbeit beziehungsweise in den Arbeitspausen Gasthäuser in der Zeit vor 9 Uhr abends aufsuchen zu dürfen, blieb aber das meiste beim alten. Viele scheinbare Zugeständnisse wurden durch die geltenden Regelungen gleichsam neutralisiert. So hob man die „Rayonbeschränkung" hinsichtlich der Bewegungsfreiheit zwar auf, die Gefangenen durften aber die Bahn nicht benützen, außerdem ihren Arbeitsplatz nicht wechseln und mußten in den vorgesehenen Unterkünften nächtigen.[209] Daß die *Zugeständnisse an die Russen wenig Einfluß auf ihre tatsächlichen Lebensbedingungen* hatten, kam auch im Reichsrat zur Sprache. Jenen Abgeordneten, die diesbezüglich Anfragen an das k.k. Ministerium für Landesverteidigung richteten, wurde erklärt, daß die „fremden Soldaten" bis zum Austausch den geltenden Bestimmungen unterworfen wären und Vergünstigungen daher nur in bescheidenem Umfang möglich seien.[210] Hinweise auf mangelhafte Verpflegung sowie „rohes Verhalten" von Wachmannschaften und Unternehmern fanden keine Beachtung und wurden zurückgewiesen.[211]

„Für Nichtstuer ist bei uns kein Brot"[212], lautete im März 1918 die von den Heeresstellen ausgegebene Losung. Die Arbeitgeber wurden dazu angehalten, die Arbeitskraft der Ge-

---

207 ÖSTA/KA, KM/MK im KM (zuvor KÜA) 1918: Zl. 31.585.
208 ÖSTA/KA, KM/10. Abt./Kgf. 1918: 10-7/7-303.
209 ÖSTA/KA, Mil.Kdo. Wien 1918: Präs. Heer 8-4/1-33
210 ÖSTA/KA, KM/10. Abt./Kgf. 1918: 10-35/585.
211 ÖSTA/KA, KM/10. Abt./Kgf. 1918: 10-66/356, 10-11/2831 und 10-11/2-286.
212 ÖSTA/KA, Mil.Kdo. Wien 1918: Präs. Heer 8-4/1-33.

fangenen „möglichst rationell zu verwerten" und durch eine angemessene Entlohnung sowie entsprechende Behandlung dem Auftreten von „Resistenz, Faulheit und Massenflucht[en]" vorzubeugen.[213] Nichtsdestoweniger häuften sich auch weiterhin Meldungen über Arbeitsverweigerungen, Entweichungen und kriminelle Delikte. In den meisten Fällen waren es Lebensmitteldiebstähle, die von der Bevölkerung zur Anzeige gebracht wurden. Deren Belastbarkeit war im Sommer 1918 endgültig erschöpft. Die Verpflegung für die im Lande befindlichen Russen zu übernehmen, konnten sich viele nicht mehr oder nur noch vorübergehend leisten. Der Umfang der Lebensmittellieferungen aus der Ukraine, wie sie im sogenannten Brotfrieden zugesichert worden waren, blieb zu gering, um Abhilfe zu schaffen. Jene 750.000 deutschen und k.u.k. Soldaten, die seit Februar und März in die Ukraine vorgedrungen waren, verbrauchten den Großteil der Nahrungsmittel an Ort und Stelle.[214] Die Verteilung der in Österreich ankommenden Transporte heizte die Spannungen unter den Nationalitäten, die sich jeweils in der Position des Benachteiligten wähnten, zusätzlich an.[215]

Untergangsstimmung machte sich breit. Die Lebensmittelversorgung kollabierte. Viele verlangten den Abtransport der Russen. Diese wollten nicht mehr arbeiten und endlich nach Hause fahren, zumal sich die Lage an den Internierungsorten keineswegs entspannte.

In den Gefangenenlagern blieb unterdessen die Sterberate ähnlich hoch wie im Winter. Vom 1. April bis zum 9. Juli 1918 kamen in den Lagern über 7.800 Mann um.[216] In dieser Situation baten die Kriegsgefangenen um Hilfe aus Rußland. Seit Herbst 1917 waren keine Hilfslieferungen mehr eingetroffen.[217] Im Moskauer „Zentralkollegium für Gefangenen- und Flüchtlingsangelegenheiten" liefen Briefe ein, in denen vor allem die tristen Verhältnisse an den Unterbringungsorten beschrieben wurden. Beklagt wurde zudem, daß allem Anschein nach „die österreichische Regierung [...] nur jene Gefangenen nach Rußland schickt, die sich im Zustand völliger Erschöpfung befinden und, infolge des Verlusts der Arbeitsfähigkeit, keinen Nutzen mehr bringen."[218] Diese Einschätzung traf den Sachverhalt präzise. Umgesetzt wurde lediglich die im Vertrag von Brest-Litovsk fixierte Bestimmung über eine beschleunigte Heimbeförderung kranker und invalider Armeeangehöriger, welche auf die Verhandlungen in Petrograd zurückzuführen war.

Der k.u.k. Heeresverwaltung kam dabei zugute, daß das Centroplenbež ebenso wie seine Vorläuferorganisationen nur sehr oberflächlich über die Zahl der russischen Solda-

---

213 ÖSTA/HHSTA, AR, F 36, Karton 474, Liasse Krieg, Dep. 7, Kriegsgefangene-Rußland.

214 Rauchensteiner 543.

215 Rettenwander 219.

216 ÖSTA/KA, Chef des Ersatzwesens 1918: 19-13/15, 16, 18, 19 und 24-28.

217 GARF, f. 3333, op. 1a, d. 94, l. 9.

218 GARF, f. 3333, op. 1a, d. 94, l. 1–3.

ten im Bereich der Mittelmächte orientiert war und daher kaum über Möglichkeiten verfügte, die vom Kriegsministerium in Wien erhaltenen Angaben in der Austauschfrage zu überprüfen. Erst nach und nach vermochte man sich in Moskau jene Kompetenz anzueignen, die notwendig war, um die Größenordnung der Gefangenenproblematik richtig einzuschätzen, anhand eigener Erhebungen einen Vergleich mit dem Datenmaterial aus der Donaumonarchie anzustellen und Unregelmäßigkeiten bei Fürsorge- und Repatriierungsaktionen feststellen zu können.[219]

Allmählich offenbarte sich auch den Sowjetbehörden das ganze *Ausmaß des Elends.* „Fremde Militärpersonen“ im Gewahrsam der Donaumonarchie stahlen, bettelten oder störten, wie aus Gleichenberg in der Oststeiermark berichtet wurde, wo schon im Winter eine Messerstecherei zwischen russischen und österreichischen Soldaten Aufsehen erregt hatte[220], die „Idylle der dort anwesenden Kurgäste“. Diese irritierte, hieß es weiter, das „Umherziehen von Kriegsgefangenen“ in ganz besonderem Maße.[221] Schon seit März verunsicherten überdies Insassen des Knittelfelder Lagers die Bevölkerung in der Umgebung.[222] Der Landeskulturrat in Oberösterreich wiederum erblickte in den Russen eine regelrechte „Landplage“. Sie stellten eine „Gefahr für das Eigentum“ dar und belästigten, klagte man weiter, die Bevölkerung durch Bettelei, Einbruch und Diebstahl.[223] Auch in Kärnten wuchs der Unmut der Ortsansässigen über die „Beutezüge“ der früheren Soldaten des Zarenimperiums.[224] Vor allem im Linzer Volksblatt erschienen mehrere Artikel, welche die sogenannte „Russenplage“[225] zum Inhalt hatten. „Das Betteln der herumstreichenden russischen Kriegsgefangenen nimmt schon fast unerträgliche Formen an“, erfuhren die Leser in der Ausgabe vom 16. Juni.[226] Betroffen war hauptsächlich die bäuerliche Bevölkerung in der Nähe der Lager. Auch Felder und Obstgärten wurden geplündert. Aufgrund der zunehmenden Felddiebstähle entschloß man sich dazu, Flurwachen aufzustellen. Doch nicht nur Gefangene, sondern auch die „eigenen Militärs“ gehörten zu den Tätern.[227]

---

219 GARF, f. r-393, op. 2, d. 16, l. 9.

220 ÖSTA/KA, Mil.Kdo. Graz 1918: Präs. Heer 99-4/12.

221 ÖSTA/KA, Mil.Kdo. Graz 1918: Präs. Heer 99-4/12-5.

222 Hansak 96.

223 ÖSTA/KA, KM/10. Abt./Kgf. 1918: 10-18/874.

224 Doliner 165.

225 Linzer Volksblatt, Nr. 87 (17.4.1918).

226 Linzer Volksblatt, Nr. 136 (16.6.1918).

227 Wiesenhofer 334f. Die Heeresverwaltung habe, so der Abgeordnete Leuthner in seiner Reichsratsrede vom Juni 1918, die Soldaten und Heimkehrer durch „eine Schule der Bettelei“ geschickt und zugelassen, daß sie der Hunger in Räuber und Plünderer verwandle. Zum Vorschlag, bewaffnete Formationen zur Flurwache heranzuziehen, meinte der Bezirkshauptmann von Lienz daher, daß man auf diese Weise „den Bocke zum Gärtner machen“ würde. Manche Bauern – erbittert wegen

Die Ungeduld, mit der die Russen auf die Heimkehr warteten, entlud sich nach Abschluß des Friedensvertrages in Brest-Litovsk, den viele als vermeintliches Signal für den sofortigen Abtransport betrachtet hatten, in *Streiks* und Arbeitsverweigerungen. In Feldbach mußten die Gefangenen unter Beiziehung militärischer Assistenz zur Arbeit gezwungen werden.[228] Zu einem Streik kam es im Lager Wieselburg im April 1918. Das zuständige Kommando forderte sogar Assistenztruppen an, um der Situation Herr zu werden. Zu Ausschreitungen kam es jedoch nicht. Nachdem die 4.000 Kriegsgefangenen[229] ihre Arbeit wieder aufgenommen hatten, stellte der Lagerkommandant beim Militärkommando Wien den Antrag, die polnischen und ruthenischen Bewachungseinheiten, unter denen seiner Einschätzung nach „erfahrungsgemäß unzuverläßliche Elemente“ vorhanden waren, vorsorglich abzuziehen. Er befürchtete eine Ausdehnung der Streikbewegung auf das „flache Land“ und konnte sich für die Zukunft auch „gewalttätige Ausbrüche“ und somit eine Gefährdung der Zivilbevölkerung vorstellen. Ein gewisses Maß an Vorsicht erschien auch deshalb geboten, weil ein Teil des Lagers der Unterbringung von Rußlandheimkehrern diente. Schon zu Jahresanfang hatte die Heeresverwaltung die Einrichtung der Übergangslager Wieselburg und Kenyermezö angeregt, um die infolge der Überprüfung ihrer politischen Gesinnung als „bedenklich“ ausgeschiedenen Heimkehrer wieder „auf den richtigen Weg [zu] bringen“ und „zu guten Staatsbürgern“ zu machen.[230]

Die Beweggründe der Kriegsgefangenen in Wieselburg, zum Streik aufzurufen, gingen allerdings hauptsächlich auf die angespannte Verpflegssituation und nicht erfüllte Lohnforderungen zurück[231], was angesichts der sich stetig verschlechternden Situation vor Ort nicht verwunderte. Oberst Pabst, Kommandant des Lagers, meldete im Juli 1918 der 10. Abt./Kgf. in Wien, daß binnen nur einer Woche 50 Personen im Lagerspital an Unterernährung und Entkräftung gestorben waren. „Die Erregung unter den Gefangenen ist eine große und wachsende“, setzte er seinen Bericht fort; man bittet „um ehebaldigsten Abschub in die Heimat“.[232]

Insassen des Lagers Purgstall hatten sich im April an das Kriegsministerium mit einer Beschwerde über die herrschenden Zustände gewandt. Täglich „stürben 10–15 Menschen Hungers“, klagten die Verfasser des Schreibens; dennoch würden ihre Rationen von

---

der immer rücksichtsloser werdenden Requirierungen – meldeten Diebstähle, die sie entweder Kriegsgefangenen oder Soldaten der eigenen Armee in die Schuhe schoben: in Wahrheit aber „stahlen“ sie ihre eigenen Feldfrüchte und verkauften sie anschließend an Händler.

228 Hansak 79.

229 Wiesenhofer 358.

230 Zit. nach Wiesenhofer 377.

231 Ebd.; NÖLA/ Präs. „P“ 1918: Zl. 1701/XI b.

232 ÖSTA/KA, KM/10. Abt./Kgf. 1918: 10-64/24.

verantwortlicher Stelle halbiert. Fmlt. Linhart gewann im Zuge seiner Visitation offensichtlich ganz andere Eindrücke. In den Monaten April und Mai waren 106 Kriegsgefangene gestorben, das heißt pro Monat etwa 1 Prozent „vom gesamten Lagerstande", wie der hochrangige Inspizient errechnete. Die Leute würden, so Linhart weiter, „vorschriftsmäßig verpflegt" und der Lagerkommandant habe sich korrekt verhalten. Hinter dem anonymen Beschwerdeschreiben vermutete er einen „jener russischen Cratoren [sic!]", die in jedem „österreichisch-ungarischen Offizier nach ihren heimatlichen Erfahrungen einen Dieb sehen".[233]

„Revolutionäre Elemente" unter den Russen machte man währenddessen in Kleinmünchen für den Brand der Magazins- und Depositenbaracken Anfang Mai verantwortlich.[234] Seit dem Vormonat sorgte dort ein Flugblatt, das von zehn Gefangenen unterzeichnet war, für Aufregung. Sie wandten sich darin an die Bewacher und formulierten ihre Forderungen in siebzehn Punkten. Verlangt wurde unter anderem die Veröffentlichung der Transportlisten für den Austausch mit der Sowjetrepublik, die Abschaffung der Zwangsarbeit, Aufhebung der Beschränkungen bezüglich der Bewegungsfreiheit, die Einstellung der nationalistischen Propaganda, eine Verbesserung der Lebensbedingungen im Lager und eine menschenwürdige Behandlung seitens der Kontrollorgane.[235]

Zugleich mehrten sich die Beschwerden der Unternehmer, die zur Kenntnis nehmen mußten, daß die ehemals „braven russischen Kriegsgefangenen" immer öfter die Arbeit niederlegten und die Flucht antraten.[236] Vor dem Hintergrund der Meutereien bei den Ersatztruppenkörpern in Judenburg, Murau, Radkersburg, Rumburg, Pécs und Kragujevac, der explodierenden Zahl an Desertionen, Hungerrevolten in Galizien und den großen Junistreiks[237] wurde es für die Heeresverwaltung zur Jahreshälfte 1918 immer schwieriger, die Angehörigen der vormaligen Zarenarmee zu kontrollieren.

Daß die „intelligenten Elemente unter den Russen" ihre „arbeitswilligen Kameraden am Lande aufwiegelten und zu Arbeitsverweigerungen anspornten", daß darüber hinaus das Verhältnis der Rußlandheimkehrer gegenüber den russischen Gefangenen in der Habsburgermonarchie als „näheres" bezeichnet werden mußte, beschäftigte und beunruhigte zivile wie militärische Stellen schon seit mehreren Wochen.[238] Geflüchtete Russen schlossen

233 Wiesenhofer 365.

234 ÖSTA/KA, KM/10. Abt./Kgf. 1918: 10-18/1-37.

235 ÖSTA/KA, KM/10. Abt./Kgf. 1918: 10-66/345.

236 ÖSTA/KA, KM/10. Abt./Kgf. 1918: 10-11/2840.

237 Zu den Streiks: Hautmann, Rätebewegung 216–222.

238 ÖSTA/KA, KM/10. Abt./Kgf. 1918: 10-18/874 und 10-18/814; vgl. Pisarev 170. Das k.k. Innenministerium informierte AOK und Kriegsministerium, daß „oesterreichische Soldaten, meist tschechischer oder slovenischer [sic!] Nationalität, welche als Heimkehrer aus Russland nach Oesterreich zurückkehren, [...] vielfach vor der Anreise Briefe oder sonstige Nachrichten, auch kleine Pakete

sich nämlich nicht nur den „Grünen Kadern" an[239]; vielmehr wurde beobachtet, daß Soldaten des IR 17, die an der Meuterei in Judenburg beteiligt gewesen waren, sich mit Insassen des Lagers Knittelfeld, welche „per Rad" in das nur wenige Kilometer entfernte Judenburg gekommen waren, verbrüderten.[240] „Es sei durchaus anzunehmen", hieß es im Bericht des GM Kosel über die Vorfälle in Judenburg, „daß Heimkehrer des IR 17 von den Russen aufgehetzt worden" waren.[241] Daß umgekehrt österreichisch-ungarische Heeresangehörige, die aus den Territorien des untergegangenen Romanov-Imperiums eingetroffen waren, den russischen Soldaten in Knittelfeld diverse Postsendungen zukommen hatten lassen, nährte derartige Vermutungen in nicht unbeträchtlichem Maße. Hinsichtlich dessen ist außerdem darauf zu verweisen, daß seit 1916 Kontakte zwischen den in Knittelfeld internierten Russen und dem Berner Komitee der Bol'ševiki bestanden.[242]

In den letzten Wochen vor dem Zusammenbruch der Monarchie dürfte im übrigen die Linzer Arbeiterschaft Verbindung mit den im Lager Kleinmünchen befindlichen „Gefangenen aus dem Osten" gesucht haben. Im November jedenfalls bestanden Kontakte zwischen dem Arbeiter- und Soldatenrat und den Russen in Linz.[243]

Das Naheverhältnis zwischen Einheimischen und Kriegsgefangenen und die damit verknüpften Erfahrungen aus dem Jännerstreik führten im Juni dazu, daß sich der Militärkommandant auf dem Steinfeld dafür einsetzte, alle „fremden Militärpersonen", das heißt auch Serben, Rumänen und Italiener, nach und nach aus den Rüstungsbetrieben abzuziehen.[244] Kurze Zeit später regte der Kommandant des Artilleriearsenals in einer Denkschrift geeignete Maßnahmen an, um die „Arbeiterschaft gefügig" und „führerlos" zu machen; seinem Beispiel folgend, sei eine Schutzzone rund um kriegswichtige Betriebe zu errichten, innerhalb derer keine Gefangenen geduldet würden. Abschließend vertrat er die Meinung, daß damit die Gefahr einer Übertragung revolutionärer Ideen auf einheimische Beschäftigte gebannt werden könne.[245] Dieses Ziel führte die Behörden allerdings einmal mehr zur „Austauschproblematik" zurück.

Die Frage der Repatriierung gefangener Russen, die man einerseits als Arbeitskräfte nicht verlieren wollte, andererseits aber als Bedrohung empfand, harrte einer definitiven

---

für russische Kriegsgefangene in Oesterreich" übernahmen, die auf diese Weise der Zensur entgingen. Laut Bericht waren in Knittelfeld für die kriegsgefangenen Russen schon einige derartige Zusendungen eingelangt. – ÖSTA/KA, AOK/Op.Abt., Hk.-Grp. 1918: Op.Nr. 131.775.

239 Pisarev 179f.; Rauchensteiner 599.

240 Wassermair 179.

241 Zit. nach Wassermair 180.

242 Russkie internacionalisty 36.

243 Reventlow 53.

244 ÖSTA/KA, KM/10. Abt./Kgf. 1918: 10-11/2843.

245 ÖSTA/KA, Mil.Kdo. Wien 1918: Präs. Heer 8-5/3-32.

Lösung. Das AOK sprach sich im Mai 1918 aufgrund der „herrschenden Verpflegsschwierigkeiten" – die Rationen für die eigenen Truppen waren seit geraumer Zeit schon auf ein Minimum herabgesetzt worden, und das durchschnittliche Körpergewicht der Soldaten im Kampfeinsatz war auf 50 Kilogramm gesunken[246] – für einen baldigen Abtransport der Kriegsgefangenen aus.[247] Noch im selben Monat wurde gegenüber dem Ministerium des Äußern dieselbe Meinung vertreten. Die Russen seien größtenteils arbeitsunwillig; sowohl in den Betrieben als auch an den Internierungsorten sei es zu „wiederholten Exzessen oder Meutereien" gekommen. „Bei der großen Verpflegsnot", hieß es dann, „ist es ein Nachteil, diese unwillig gewordenen und nutzlosen […] Menschen ernähren zu müssen. Die Verpflegung bei den Arbeiterkompagnien und in den Lagern ist auf ein solches Minimum reduziert, daß die Leute vollkommen unterernährt und für allerhand Krankheiten sehr empfänglich sind." Um diese „unnütze[n] Esser loszubekommen", sollten die Gefangenen, „und zwar in erster Linie ukrainische, […] abgeschoben werden".[248] Vorgesehen war die teilweise Demobilisierung von Kriegsgefangenen-Arbeiterkompanien an der Ostfront und danach auch an der SW-Front[249], wo man russische Heeresangehörige im Juni bei der Offensive gegen Italien noch einmal in großer Zahl verwendete.[250] „Um dem Hinterlande nicht die Arbeiter zu entziehen", wurde der Abtransport der dort „eingesetzten Russen" aber „nicht vor dem Herbste" angestrebt.[251] Auch die Beamten am Stubenring wollten „die arbeitsfähigen Russen möglichst zurückhalten".[252] Schon im März 1918 war beschlossen worden Kriegsgefangene, die in der Landwirtschaft beschäftigt waren, zuletzt zu repatriieren.[253] Einmal mehr befand sich die Heeresverwaltung in einem Dilemma: Als Arbeitskräfte konnte man sie kaum entbehren. Andererseits bezeichnete man sie als „unnütze Esser", die angesichts der Ernährungskrise lediglich eine zusätzliche Belastung für den Etat darstellten. Und darüber hinaus war man in Sorge über ihre „weltanschauliche Orientierung". Was tun?

---

246 Über die Verpflegung der Truppen, die im Zuge der Juni-Offensive gegen Italien eingesetzt wurden, schreibt Oskar Regele: „Mehr als unbefriedigend war der physische Zustand der Truppe, neben zwei fleischlosen Tagen in der Woche gebührten dem Mann bloß 220 g Fleisch, dazu 125 bis 150 g schwer genießbares Maisbrot, 6 g Fett im Tag, Dörrgemüse […] und Konservenkaffee." – Regele 94.

247 ÖSTA/KA, Chef des Ersatzwesens 1918: 19-1/2-15.

248 Ebd.

249 ÖSTA/HHSTA, AR, F 36, Karton 474, Liasse Krieg, Dep. 7 Kriegsgefangene-Rußland.

250 Rauchensteiner 573.

251 ÖSTA/HHSTA, AR, F 36, Karton 474, Liasse Krieg, Dep. 7 Kriegsgefangene-Rußland.

252 ÖSTA/KA, KM/10. Abt./Kgf. 1918: 10-66/333.

253 ÖSTA/KA, KM/10. Abt./Kgf. 1918: 10-20/1-373.

Österreich ging bei der Repatriierung früherer Angehöriger der Zarenarmee in vielerlei Hinsicht den gleichen Weg wie das *Hohenzollernreich*. Berlin hatte dadurch aber auch, ähnlich wie Wien, die Gefahr einer Politisierung der „fremden Heeresangehörigen aus dem Osten" zu gewärtigen. Immer wieder war es seit 1917 zu Unruhen in den deutschen Lagern gekommen. Auch hier drängten die Insassen auf einen beschleunigten Abtransport, insbesondere als man von der „bevorstehenden Landverteilung durch die Bol'ševiki" erfuhr. Wie in der Donaumonarchie stieg die „Fluchtrate". Im Oktober 1918 waren bereits 98.000 Russen entwichen.[254] Zugleich nahmen die Heeresbehörden an den Internierungsorten die Bildung „sozialistischer Zirkel" wahr. Ihnen standen Agitatoren der Bol'ševiki zu Seite, die von der seit April im Lande weilenden Sowjetgesandtschaft unter der Leitung von Adolf Joffe geschickt worden waren. Russen gleichermaßen wie Deutsche, die aus den Reihen der USPD und ihres linken Flügels, der von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg konstituierten Spartakusgruppe, stammten, begannen auf die Gefangenen einzuwirken.[255] Die Aufgabe Joffes, dessen Mission bisweilen so bekannte KP-Funktionäre wie Nikolaj Bucharin, Karl Radek und Feliks Dzeržinskij angehörten, war aus der Sicht des Kremls einigermaßen klar: Der einzigen anerkannten Auslandsvertretung, abgesehen von jener in der neutralen Schweiz, kam die Funktion eines Brückenkopfes zu. Von diesem „Posten" aus sollte die Weltrevolution vorangetrieben werden. Deshalb forderte der Berliner Bevollmächtigte der RSFSR für sich wichtige Kompetenzen und geriet darüber immer wieder mit Außenkommissar Čičerin in Streit. „Praeceptor aller bedeutenden Entscheidungen" blieb allerdings ohnehin Lenin selbst, dessen Autorität in internationalen Fragen, insbesondere nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages von Brest-Litovsk, von keinem Führer der Räterepublik ernsthaft in Zweifel gezogen wurde.[256] An ihn und dessen nächste Umgebung adressierte Joffe denn auch wiederholt Berichte über seine Doppelfunktion im Deutschen Reich: Einerseits durch „ausgezeichnete Bildung" und „noble Umgangsformen" um die üblichen diplomatischen Gepflogenheiten bemüht, meldete er andererseits mit Stolz, „Beziehungen zu den Linken zu unterhalten" und sie „ideell wie materiell zu unterstützen".[257] Den Behörden entgingen solche Aktivitäten jedoch nicht. Der preußische Innenminister Drews teilte dem Reichskanzler am 19. Oktober 1918 mit, daß von der sowjetischen Botschaft im Zusammenwirken mit „der USPD, den Spartakusleuten und den noch weiter links stehenden Gruppen eine äußerst bedrohliche aktive bolschewistische Propaganda, die den Umsturz der gegenwärtigen Staatsform in

254 Baur 94.

255 Williams, Culture in Exile 82; ders., Russian War Prisoners and Soviet-German Relations 273.

256 Wulff 210.

257 Ebd. 217; Debo 12; Wheeler-Bennett 350f.

Deutschland zum Ziel hat, eingeleitet ist und mit allen Mitteln gefördert wird".[258] Ähnliches erfuhr auch Eduard Bernstein, „Vater des Revisionismus", Gegner der Kriegskredite und zeitweilig Anhänger der Unabhängigen Sozialdemokraten. Bernstein in seinem Werk über die deutsche Revolution von 1918/19: Spartakus hatte sich nach russischem Vorbild für die Rätemacht entschieden. Ihm und seinen gerade aus der Haft befreiten Führern Liebknecht und Luxemburg flossen dabei „Geldmittel durch die Berliner Botschaft" des „neuen Rußland" zu, die zum Teil sogar „zum Ankauf von Waffen verwendet wurden". „Überhaupt hatte diese Botschaft große Summen aufgewendet, eine revolutionäre Propaganda in ihrem Sinne in Deutschland zu fördern. Es wurden durch ihre Kuriere aus Rußland in deutscher Sprache gedruckte Aufrufe und Flugschriften, die zur Revolution aufforderten, nach Deutschland geschmuggelt und an Mittelspersonen behufs Aushändigung an Spartakisten und andere revolutionäre Sozialisten versandt."[259]

Über die Aktivitäten der „Moskauer Abgesandten" wußten neben Bernstein auch prominente Mehrheitssozialisten Bescheid. Sie waren, anders als ihre österreichischen Kollegen, bereit gewesen, in eine kaiserliche Regierung einzutreten, um, wie sich der Parteivorsitzende Friedrich Ebert ausdrückte, in die „Bresche zu springen" und „vom Deutschen Reich zu retten, was zu retten ist".[260] Dem Kabinett Max von Baden gehörten demnach seit Anfang Oktober 1918 auch die Sozialdemokraten Gustav Bauer und Philipp Scheidemann an.[261] Letzterer machte sich dann auf einer Sitzung der Staatssekretäre am 28. 10. für ein „schärferes Einschreiten" gegen die Sowjetrepräsentanten stark. Zwar müsse, so Scheidemann, ein offener Eingriff in die Exterritorialität vermieden werden, wenn sich aber „belastendes Beweismaterial" beschaffen lasse, könnte man vielleicht die Abberufung des jetzigen Botschafters verlangen.[262] Am 4. 11. ergab sich die Gelegenheit, den Abbruch der deutsch-sowjetischen Beziehungen herbeizuführen. Verschiedene Aussagen existieren über einen Vorfall am „Anhaltischen Bahnhof", bei dem im Kuriergepäck der Sowjetmission Flugschriften mit der „Aufforderung zu Attentaten, zum Terror und Umsturz" gefunden wurden.[263] Ungeachtet der Proteste Moskaus gegen die „deutsche Provokation" nahmen die Dinge ihren Lauf. „Joffe und seinem Stab wurden die Pässe ausgehändigt." Am 6. November 1918 verließen sie Berlin.[264]

---

258 Rosenfeld 128; Tiedemann 72f.

259 Bernstein 51; vgl. Wheeler-Bennett 350f.

260 Haffner 153f.

261 Bernstein 48; Debo 13.

262 Rosenfeld 129.

263 Bernstein 51; Hilger 27; Rosenfeld 130f.

264 Ebd. 51; Debo 13; Wheeler-Bennett 359f.

Offizielle Stellen waren die „lästigen Agenten des Bolschewismus" gerade noch „losgeworden", als sich Meldungen über Unruhen in den Hafenstädten zu verbreiten begannen. In Kiel meuterten die Matrosen.[265] Deutschland stand vor einschneidenden Ereignissen.

265 Haffner 158f.



Abb. 1: Nach heftigen Kämpfen an der San werden russische Gefangene hinter der Gefechtsfront in einem Lager versammelt. Oktober 1914.



Abb. 2: Ein verwundeter russischer Kriegsgefangener.

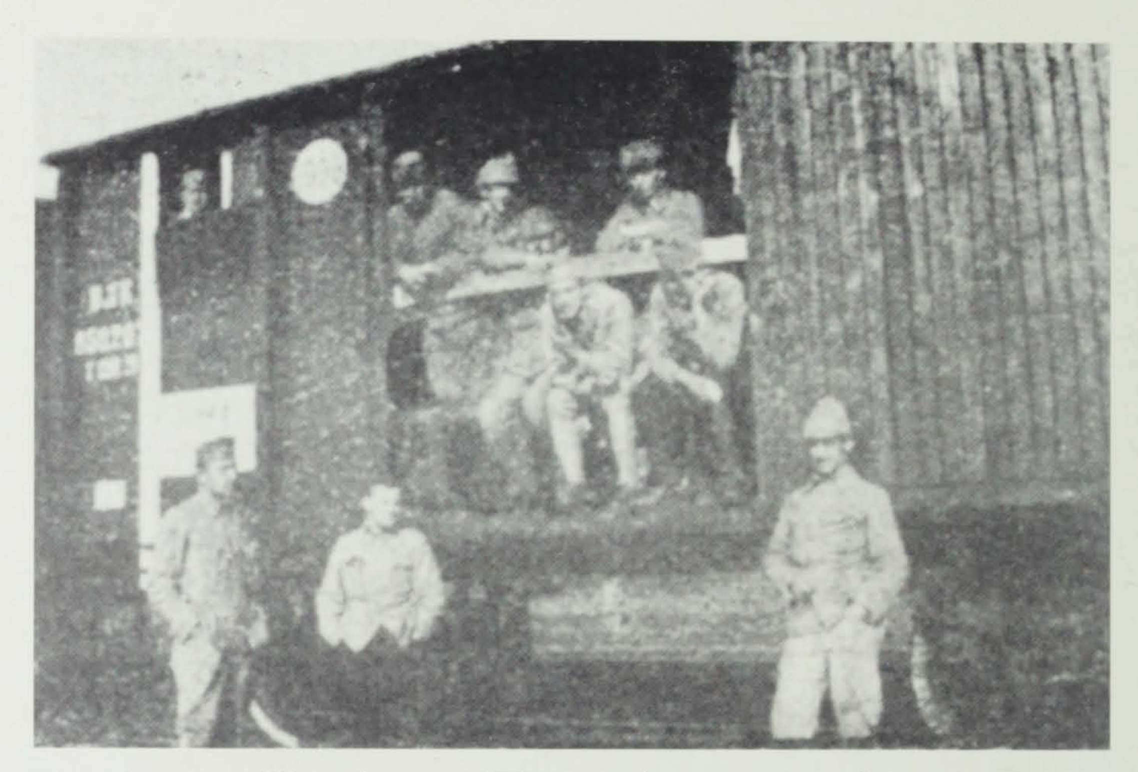


Abb. 3: Transport der Kriegsgefangenen in Viehwaggons, den sogenannten „tepluški".

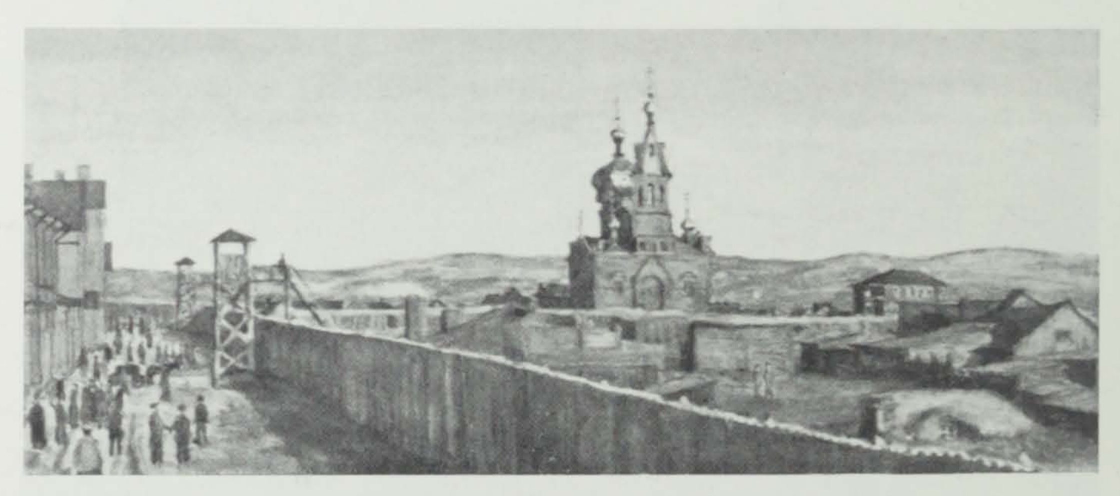


Abb. 4: Blick aus dem Lager Krasnojarsk gegen die Garnisonskirche und die Jenisejberge. Von einem Soldaten aus Kärnten während der Gefangenschaft gemalt.



Abb. 5: Das Offizierslager im mittelasiatischen Taškent.



Abb. 6: Russische Soldaten im böhmischen Kriegsgefangenenlager Brüx.



Abb. 7: Panoramaansicht des Gefangenenlagers Josefstadt in Böhmen.

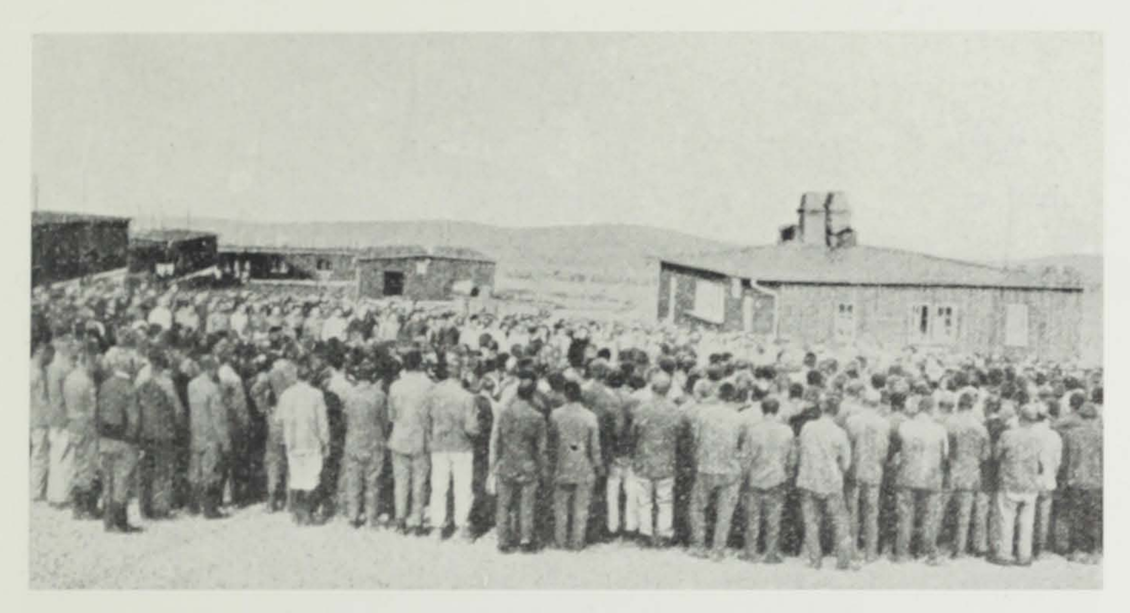


Abb. 8: Das Lager Heuberg in Deutschland. Der hohe Rot-Kreuz-Repräsentant Prinz Max von Baden, bekannt als letzter Kanzler des deutschen Kaiserreiches, hält eine Rede vor russischen Kriegsgefangenen in deren Muttersprache.



Abb. 9: Zwei gefangene Russen durchwühlen einen Abfallhaufen.

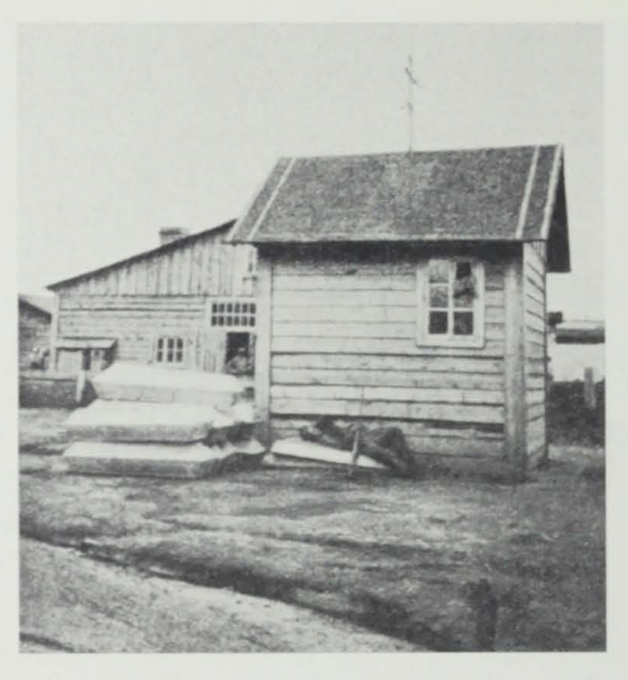


Abb. 10: „Sterbehaus" in einem Kriegsgefangenenlager.



Abb. 11: Kriegsgefangene in Deutschland 1916.



Abb. 12: Kriegsgefangene im Deutschen Reich beim Umgraben des Moorbodens 1916.



Abb. 13: Ankunft von Rot-Kreuz-Päckchen im oberösterreichischen Kriegsgefangenenlager Mauthausen.



Abb. 14: Vierbundsoldaten im sibirischen Dauria erhalten Rot-Kreuz-Pakete.



Abb. 15: Eine Delegation österreichisch-ungarischer Rot-Kreuz-Schwestern inspiziert russische Lager. In der Bildmitte Käthe von Mihalotzy und Ilona von Rosty, flankiert von Vertretern der zarischen Regierung und der neutralen Schutzmacht Dänemark.



Abb. 16: Militärintendant Heinrich von Raabl-Werner, Mitarbeiter des k.u.k. Kriegsministeriums. Ihm kam sowohl innerhalb des österreichisch-ungarischen als auch des deutschösterreichischen Gefangenen- und Heimkehrwesens eine besondere Bedeutung zu. Ein Photo aus dem Jahr 1919.



Abb. 17: Betende Muslime im deutschen Lager Zossen. Dort sollten nach dem Wunsch der Mittelmächte tausende „Mohammedaner" aus den Reihen der Zarenarmee von deutschen Offizieren „militärisch abgerichtet" und auf den „Kampf für die Türkei" vorbereitet werden.

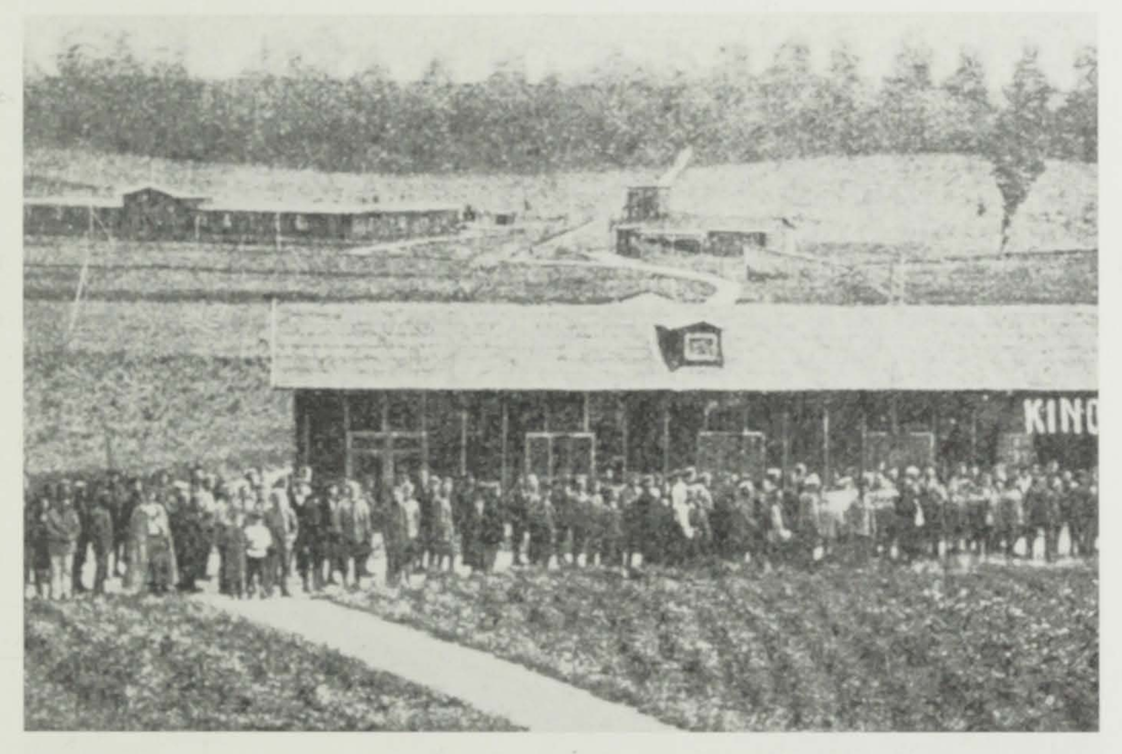


Abb. 18: Das Kino im ungarischen Lager Csót. Hier wollte man Gefangene polnischer Nationalität für die Sache der Mittelmächte gewinnen. Im Gegensatz zu den Propagandabildern berichten Insassen derartiger „Speziallager" aber von miserablen Lebensbedingungen.



Abb. 19: Vladimir Il'ič Ul'janov, genannt Lenin. Die Aufnahme dürfte aus dem Jahr 1917 stammen.



Abb. 20: Russische Parlamentäre mit verbundenen Augen.



Abb. 21: Der Waffenstillstand an der Ostfront. Österreichisch-ungarische und russische Soldaten beim Warenaustausch. Jänner 1918.

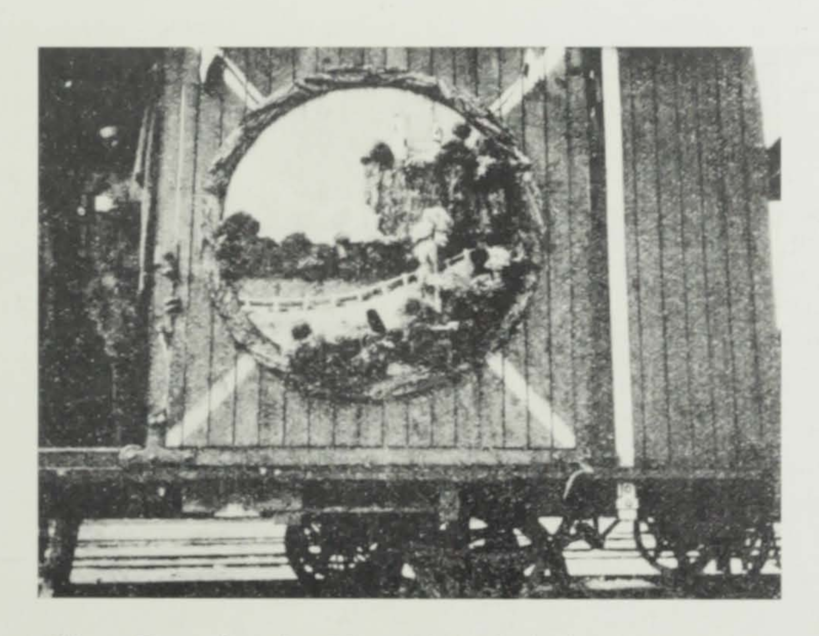


Abb. 22: Ein geschmückter Waggon der Tschechoslowakischen Legion.



Abb. 23: General Radola Gajda und sein Stab. Gajda übernahm mit Herbstbeginn 1918 den Oberbefehl über alle Tschechischen Formationen in Rußland-Sibirien. In der ČSR wurde er später Führer der tschechischen Faschistenbewegung.



Abb. 24: Schiffe der Entente im Hafen von Vladivostok.

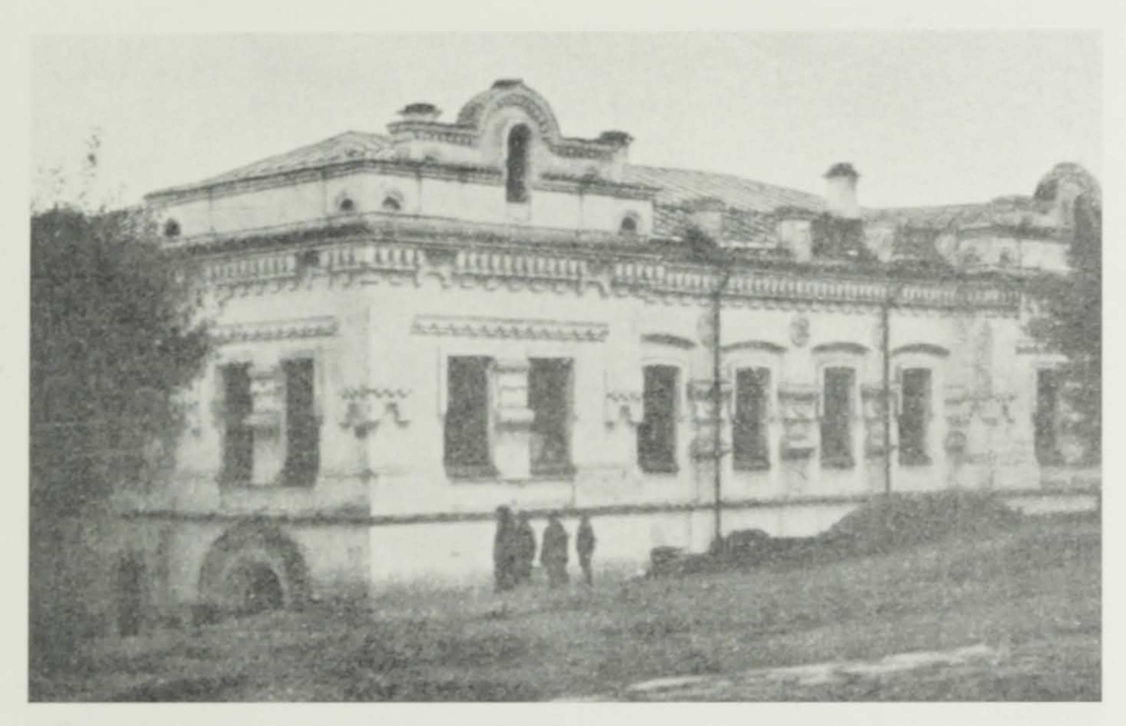


Abb. 25: Das Haus des Kaufmanns N. F. Ipat'ev in Ekaterinburg. Hier wurde im Juli 1918 die Zarenfamilie von den Bol'ševiki ermordet.

Abb. 26: Aleksandr V. Kolčak. 1918 errichtete Kolčak in Sibirien eine antibolschewistische Front. Als „Reichsverweser" stand er an der Spitze der Omsker Regierung, die für den allrussischen-zentralistischen Einheitsstaat in monarchischen Formen eintrat.





Abb. 27: Grigorij M. Semenov, Ataman der transbajkalischen Kosaken und Exponent der japanischen Politik in Ostsibirien 1918-20. Semenov formierte eine „deutsch-türkische Ordnungstruppe“ aus Soldaten der Mittelmächte.



Abb. 28: I. M. Kalmykov, Ataman der Ussuri-Kosaken, wurde von verschiedenen Seiten für die Ermordung von Kriegsgefangenen und Rot-Kreuz-Helfern verantwortlich gemacht. Nachrichten über Tschechen in den Reihen Kalmykovs nährten nationalistische Vorurteile zusätzlich.



Abb. 29: Maximilian Ronge, letzter Chef des gesamten k.u.k. Heeresgeheimdienstes, befaßte sich 1918 nicht zuletzt mit der Überwachung der Rußlandheimkehrer. Nach dem Krieg war er unter anderem stellvertretender Leiter des österreichischen Kriegsgefangenenamtes.



Abb. 30: Barackeninneres eines k.u.k. Heimkehrerlagers.



Abb. 31: Vereidigung österreichisch-ungarischer Rußlandheimkehrer.

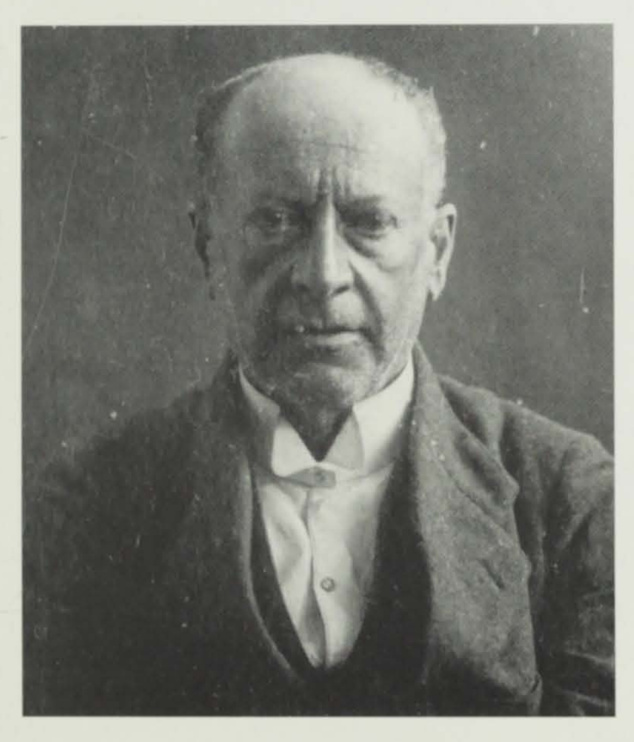


Abb. 32: Der Jurist Jakov Aleksandrovič Berman war Leiter der russischen Gefangenenvertretung im Habsburgerreich. Zugleich versuchte er die revolutionäre Bewegung in Mitteleuropa zu unterstützen. Ende 1918 verlegte er das Hauptgewicht seiner Tätigkeit von Wien nach Budapest.

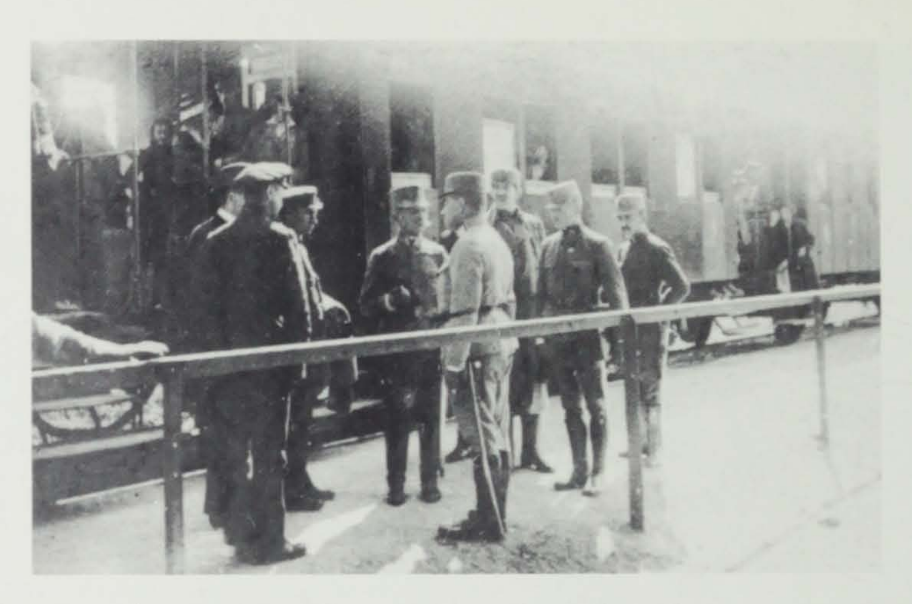


Abb. 33: Österreichische Offiziere empfangen die Mitglieder der sowjetrussischen Gefangenenmission G. Gendel'man und A. Beresancev anläßlich einer Lagerinspektion.



Abb. 34: Heinrich Brodnig. Als gelernter Schriftsetzer mit der Internationalisten-Presse in Rußland und der Ukraine befaßt, schlug sich der Deutschösterreicher Brodnig auf eigene Faust nach Wien durch. 1918/19 war er mit der Gründung der KP-Organisation in der Steiermark befaßt.



Abb. 35: Károly Vántus war an führender Stelle am Aufbau der revolutionären Gefangenenbewegung in Rußland beteiligt. Ende 1918 zur „Parteiarbeit" nach Ungarn entsandt, bekleidete das KP-Mitglied Vántus während der Räterepublik wichtige Regierungsgämter.



Abb. 36: Tibor Szamuely. Gehörte nach 1917 zum kommunistischen Kern der revolutionären Gefangenenbewegung. In der ungarischen Räterepublik war er stellvertretender Volkskommissar für Kriegswesen und Organisator der „Komitees zur Aufrechterhaltung der Ordnung".



Abb. 37: Béla Kun: Als Kriegsgefangener mit den Bol'ševiki von Tomsk in Kontakt. 1918 Führer der Föderation ausländischer Gruppen bei der russischen KP. In Budapest zunächst Gründer der ungarischen KP und dann als Volkskommissar für Äußeres eigentlicher Kopf der Räteregierung in Budapest.



Abb. 38: Béla Kun bei der Inspektion der ungarischen Revolutionsarmee.



Abb. 39: Das aus Russen, Deutschösterreichern und Soldaten anderer Nationen gebildete erste internationale Regiment der roten ungarischen Armee bei einem Demonstrationszug durch die Straßen von Budapest.

Bildnachweis:

Bildarchiv der Österreichischen Nationalbibliothek: Abb. 1-2, 9, 16, 19-21, 38-39

In Feindeshand. Die Kriegsgefangenschaft im Weltkriege in Einzeldarstellungen. 2 Bde. Wien 1931: Abb. 3-6, 8, 10, 15, 17-18, 22-31

Österreichisches Staatsarchiv: Abb. 7, 11-14, 33

Archiv der Bundespolizeidirektion Wien: Abb. 32, 34-37

NOVEMBER ACHTZEHN

Die Reaktion Sowjetrußlands auf den Untergang der deutschen und österreichisch-ungarischen Monarchie

Über dem deutschen Generalkonsulat in Moskau wehte die schwedische Flagge. Die Repräsentanten Berlins brachen die Zelte ab. Das „Schutzmachtmandat" für ihre eigenen „Landsleute" in den Gebieten des ehemaligen Zarenreiches übertrugen sie, wie vor dem Brester Frieden, den Skandinaviern. Im oberen Saal des Konsulatsgebäudes hatten sich am Vormittag des 10. November 1918 die Bediensteten des Hauses zusammengefunden; an ihrer Seite Kriegsgefangene und Zivilisten, welche gleichfalls auf die Abreise warteten. Unter den Versammelten entspannen sich angeregte Diskussionen über die „Ereignisse in der Heimat". Stündlich rechneten sie mit *Aktionen der Bol'ševiki.* Schon seit gut einer Woche, hieß es, seien Schutzmaßnahmen getroffen, „Akten in allen Öfen, die zur Verfügung standen", vernichtet und „Waffen in größeren Mengen" gehortet worden.[1] Schließlich müsse man seit geraumer Zeit mit Übergriffen rechnen; Nervosität mache sich daher speziell bei den Gefangenenmissionen der Zentralstaaten breit. Deren Verhältnis zu den Bol'ševiki und ihren Gefolgsleuten aus den Reihen der Vierbundtruppen hatte sich in den vergangenen Monaten fortwährend verschlechtert. Generalmajor August Kreycy von Nagypolány klagte den ganzen Herbst hindurch über Schikanen der „Lenin-Anhänger".[2] Seine Mitarbeiter sahen sich vor allem „in der Provinz" vor unüberwindliche Schwierigkeiten gestellt. Nicht zum ersten Mal fühlten sich manche unter ihnen persönlich bedroht. Ende September ging bei der k.u.k. Expositur Perm' ein Protestschreiben der dortigen ČK-Organe ein. Darin verwehrte sich die „Außerordentliche Kommission" gegen die „Agitation einiger Abgesandter der Donaumonarchie", welche Internationalisten „zur sofortigen Wegfahrt aus Rußland aufgefordert" hätten. Im Wiederholungsfalle, so die Čekisten, würden Mitglieder der Delegation „arretiert und dem Revolutionstribunal übergeben" werden.[3] Vertreter des Habsburgerreiches in der RSFSR, welche derartige Vorwürfe mit Entschiedenheit zurückwiesen und auf die diplomatische Immunität pochten[4], begannen allmählich an der Sinnhaftigkeit ihres Wirkens zu zweifeln. Geradezu exemplarisch brachte ein Bericht der „Expositur 12 in Saratov" die Bedenken zur Sprache. Bei den Zentralstellen

---

1 Pardon/Shurawljow, Bd. 1, 183; Ruland 86.

2 Siehe dazu unter anderem: ÖSTA/KA, KM/10. Abt./Kgf. 1918: 10-35/118-859.

3 ÖSTA/KA, KM/10. Abt./Kgf. 1918: 10-35/118-896.

4 Ebd.

Rußlands, ließ ihr Leiter die vorgesetzte Hauptmission in Petrograd wissen, seien die notwendigen Schritte zu unternehmen, damit den lokalen Behörden „nahegelegt werde, daß sie die österreichisch-ungarischen Untertanen, Anstalten und Interessen mit mehr Achtung und größerer Vorsicht behandeln [...]. Andernfalls, abgesehen davon, daß eine Nichtachtung seitens der Behörden im Umgang mit der Expositur 12 und unserem Staate den Agitatoren unter den Gefangenen eine günstige Grundlage bietet, ist die Ausführung der der Expositur auferlegten Aufgabe einer erfolgreichen Fürsorge, Evakuation und des Interessenschutzes derart erschwert, daß eine weitere Arbeit in Saratov sich als unmöglich ergibt."[5]

Da sie wissen, „daß sie eigentlich alles ungestraft tun können, wird der Aktionsradius der Mission mit jedem Tag kleiner und die Gegenwehr der Österreicher aussichtsloser", berichtete ein entnervter Generalmajor Kreycy in der Folge resümierend nach Wien.[6] Auch k.u.k. Vizekonsul Hornbostel, der zur selben Zeit an der Moskva tätig war, machte im Kreml eine „deutliche Schadenfreude" über die Lage der Mittelmächte aus. Der Pessimismus, den Hornbostel angesichts dieser Situation versprühte, wurde aber von Hauptmann Marchesetti noch bei weitem übertroffen. Dieser hatte sich ein Maschinengewehr, Karabiner und Munition beim Generalkonsulat des Hohenzollernreiches besorgt, um gegen das befürchtete gewaltsame Eindringen „der Kommunisten" in die Räumlichkeiten der österreichisch-ungarischen Botschaft, die 1917 den Dänen übergeben worden war und nun die k.u.k. Kriegsgefangenenmission beherbergte, gewappnet zu sein.[7]

Marchesettis Reaktion erschien auch August Kreycy angemessen. Letzterer informierte diesbezüglich seine Wiener Vorgesetzten am 22. Oktober 1918 wie folgt: „Die vorangeführten Fälle lassen es durchaus nicht als ausgeschlossen erscheinen, daß seitens der Russen [...] die Neutralität der fremden Flagge, Personen oder Gebäude nicht geachtet wird, daß zum Beispiel auch unsere Botschaft, wo die Kgf.Mission amtiert, zu diesem oder jenem Zwecke gewaltsam betreten wird. In einem solchen Falle würde der Gewalt ebenfalls Gewalt entgegengesetzt und ein gewaltsames Betreten verhindert werden. Zu diesem Zwecke wurden Vorkehrungen getroffen, um unsere Botschaft in Verteidigungszustand setzen zu können. Die erforderlichen Waffen (Maschinengewehre, Karabiner, Handgranaten und Munition) wurden zum Teile von den Deutschen überlassen."[8] Während auf diese Weise noch die Frage militärischer *Abwehraktionen* Beachtung fand, stellte man im selben Atemzug Überlegungen an, die Sowjetrepublik angesichts der „Gefahren in Rußland" und der

5 ÖSTA/KA, KM/10. Abt./Kgf. 1918: 10-35/118-894.
6 ÖSTA/KA, KM/10. Abt./Kgf. 1918: 10-35/118-884.
7 ÖSTA/HHStA, AR, F 36, Karton 474, Liasse Krieg, Dep. 7, Kriegsgefangene Rußland.
8 ÖSTA/KA, KM/10. Abt./Kgf. 1918: 10-35/118-884.

Vorgänge in Mitteleuropa auf dem schnellsten Weg zu verlassen. Am 2. 11. erreichte das k.u.k. Kriegsministerium ein Ersuchen der „östung. Vertretung in Moskau", die Evakuation der in Gefangenenangelegenheiten tätigen Beamten „jetzt schon einleiten" zu dürfen, „damit im Falle der Dringlichkeit die Heimkehr leicht bewerkstelligt werden" könne.[9] Verschiedene Vorsichtsmaßnahmen kamen jedoch zu spät. Die Delegationen der Zentralmächte im sowjetischen Einflußbereich hielten mit den rasanten Entwicklungen der letzten Oktober- und ersten Novembertage nicht mehr mit. Ein sichtlich verwirrter Kreycy bat beim Oberst Stutz von Hartenwehr um Aufklärung: „Hier die unglaublichsten Gerüchte in der Zeitung. Wir wissen gar nichts, da bereits drei Tage ohne Verbindung. Wie stehts mit Lage im allgemeinen, und dann möchten wir auch etwas über Schicksal der Mission erfahren. Lage hier sehr schwierig. Nationalrat für Deutschösterreich gebildet. Verbindung mit den anderen Staaten – Böhmen – Südslawen – sehr wenig. Ungarn sehr verworrene Verhältnisse. Budapest große Unruhen. Und wegen Mission? Soll ich auf eigene Verantwortung handeln? [...] Muß das Erfahrene erst verdauen. Werde mich dann entschließen und nach Möglichkeit melden. [...]."[10]

Was der Leiter der k.u.k. Gefangenenmission in Petrograd noch nicht richtig zu fassen vermochte, mußten jedoch nicht bloß besser unterrichtete Beobachter seit geraumer Zeit ins Auge fassen. Inmitten der sozialen und ökonomischen Krisenerscheinungen waren die Chancen einer Übereinkunft zwischen den „Völkern der Habsburgermonarchie" geschwunden. Bei der Wiedereröffnung des Reichsrates 1917 hatten Tschechen und Südslawen die Umformung des Reiches in einen Bundesstaat gefordert, bekannten sich damit aber noch zum Zusammenhalt im Donauraum.[11]

In den Augen zahlreicher Verantwortlicher kam allerdings, solange der Krieg andauerte, ein grundlegender Neubau des Staatsgefüges einem politischen Abenteuer gleich. Der Status quo diente freilich wiederum jenen, die der Donaumonarchie, in welcher Form auch immer, eine klare Absage erteilten. Schließlich tauchte die Idee einer Konzentrationsregierung auf, in der jede Nationalität und jede Partei mit einem Minister vertreten sein sollte. Da die in Krisenzeiten nicht unübliche Maßnahme keine Zustimmung fand[12], trat der k.k. Ministerpräsident Graf Clam-Martinic zurück. Seine Demission trug nicht

9 ÖSTA/KA, KM/10. Abt./Kgf. 1918: 10-35/118-831 und 10-35/118-867.

10 ÖSTA/KA, KM/10. Abt./Kgf. 1918: 10-35/118-823.

11 Bihl, Zusammenbruch 32; Andics, Der Untergang der Donaumonarchie 249. Entscheidend hierfür dürfte auch die Tatsache gewesen sein, daß die Auflösung der Monarchie zu diesem Zeitpunkt kein erklärtes Kriegsziel der Alliierten war.

12 Die SDAPÖ lehnte aus prinzipiellen Erwägungen ab. Man könne, so die Parteileitung, nicht an der Regierung eines kriegführenden Staates teilnehmen. – Rauchensteiner 456.

unerheblich dazu bei, „die *Hoffnungen auf eine gedeihliche Zukunft Österreich-Ungarns weiter schwinden* zu lassen".[13]

Die militärische und außenpolitische Lage einerseits und die Krisen im Innern andererseits förderten den Friedenswillen des Herrscherhauses; von einer baldigen Beendigung des Krieges hing schließlich auch das politische Überleben der Habsburger ab. Es fanden bereits Friedensgespräche mit Repräsentanten der Westmächte statt, als das Kaiserpaar unter Einbeziehung „des k.u.k. Ministers des Äußeren und des allerhöchsten Hauses", Graf Ottokar Czernin, mit Sixtus und Xavier von Bourbon-Parma, den Brüdern von Kaiserin Zita, die beide in der belgischen Armee dienten, Kontakt aufnahm.[14] Die Bemühungen von allerhöchster Seite blieben zunächst unbemerkt und ohne Folgen. Czernin und sein Kaiser wollten keinen Alleingang wagen; Wilhelm II. und seine militärischen Berater beabsichtigten ihrerseits nicht auf Elsaß-Lothringen und Belgien, wie von Frankreich gefordert, zu verzichten.

Erst als am 2. April 1918 Graf Czernin im Wiener Gemeinderat die Kriegsziele der Entente anprangerte, entwickelte sich daraus die bekannte „Sixtus-Affäre": Kaiser Karl hatte, ohne Czernin in Kenntnis zu setzen, an Sixtus einen zweiten Brief geschickt, welcher Frankreichs Anspruch auf Elsaß-Lothringen anerkannte und nun vom französischen Ministerpräsidenten Georges Clemenceau an die Presse weitergereicht wurde.[15] „Czernin deckte den Kaiser nicht; vielmehr zwang er ihn durch Selbstmorddrohungen und durch Drohungen über die Einrichtung eines Regentschaftsrates dazu, falsche ehrenwörtliche Erklärungen gegenüber Wilhelm abzugeben."[16] Am 14. April trat Czernin zurück; eine eigenständige Politik Österreich-Ungarns wurde durch den Vorfall schwer behindert. Karl unterwarf sich der deutschen Kriegspolitik, das Bündnis zwischen dem Deutschen und dem Habsburgerreich sollte, wie es in einer stehenden Redewendung der Zeit hieß, „vertieft und erweitert" werden; deutscherseits drängte man besonders auf den Abschluß einer engen Militärkonvention.[17] Die slawischen Nationalitäten der Donaumonarchie griffen daraufhin verstärkt die „Bevormundung durch Berlin" an. Bei einem Kongreß in Rom proklamierten Vertreter der Tschechen, Slowaken, Südslawen, Polen, Rumänen und der Westmächte das Recht der „österreichisch-ungarischen Völker auf völlige politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit".[18] Gleichzeitig bezeichnete man die Habsburgermonarchie als Werkzeug der deutschen Herrschaft, als „Hindernis zur Verwirklichung der eigenen Ansprüche und Rechte".[19]

13 Rauchensteiner 456f.
14 Andics, Der Untergang der Donaumonarchie 236.
15 Rauchensteiner 555; Portisch 23.
16 Bihl, Zusammenbruch 40.
17 Ebd.
18 Ebd.
19 Zit. nach Bihl, Zusammenbruch 41.

Wenig später wurde offensichtlich, daß die *Zentralmächte auch an den Schlachtfeldern des Weltkrieges nichts mehr aufzubieten* hatten. Im Sommer 1918 brach sowohl die Angriffs- als auch die Widerstandskraft der Hohenzollernarmee zusammen. Versuche, durch die Verkürzung der Frontlinie im Westen noch einmal etwas ausrichten zu können, schlugen fehl. „Die Auflösung des Heeres riß ein. Einzelne Truppenteile hielten bestimmte Positionen mit Zähigkeit"; die „Verfügung über das Ganze glitt der Heeresleitung aber aus den Händen". Den völligen Zerfall mit „der dann unausbleiblichen vernichtenden Niederlage vor Augen" meldete sie am 24. September der Reichsregierung, „daß sie für die Armee nicht mehr bürgen könne, es müsse schleunigst Waffenstillstand geschlossen werden".[20] Dem Kabinett in Berlin blieb nicht anderes übrig, als die geforderten Schritte einzuleiten. Kanzler Max von Baden sah sich veranlaßt, dem, wie er selbst sagte, geradezu „ultimativen Drängen" der Generalität nachzugeben.[21] Schließlich wußte man in der DOHL über die Lage der eigenen Verbände ebenso Bescheid wie über die Situation der Verbündeten.

Das osmanische Reich, Bulgarien und nicht zuletzt die Donaumonarchie waren entkräftet. Die Junioffensive in Venetien legte die totale materielle und moralische Erschöpfung der österreichisch-ungarischen Verbände offen. Während sich der durch amerikanische, französische und britische Einheiten verstärkte italienische Gegner als übermächtig erwies, während die Desertionen für die österreichisch-ungarische Heeresleitung zum gravierenden Problem wurden, die schlechte Versorgungslage zu neuen Streikbewegungen führte, der militärische Zusammenbruch Bulgariens als unmittelbare Folge der Offensive der „alliierten Orientarmee" die entscheidende Wende an der Balkanfront einleitete und deutsche Truppen im Oktober sich aus ihren Stellungen an der Westfront zurückziehen mußten, meldeten sich die Völker der Donaumonarchie ab.[22] Die Entente trug dazu jedoch nur mittelbar bei. Frankreich und Großbritannien hatten zwar zur Jahresmitte 1918 die Tschechen als eine kämpfende alliierte Nation anerkannt, „nahmen aber keinen Bezug auf einen unabhängigen, souveränen Staat".[23] Die Westmächte zielten nach wie vor nicht auf die *Zerstörung der Monarchie*, deren Auflösung für sie lediglich eine unvermeidliche Stärkung Deutschlands bedeutete. Edvard Beneš und Thomas Masaryk trugen gleichermaßen „nur indirekt und jedenfalls auf eine recht unbestimmte Art und Weise" zu den nachfolgenden Ereignissen bei.[24] Die letzten Kapitel des zu Ende gehenden Krieges schrieb man im Habsburger- und Hohenzollernreich selbst. Am 29. September wandten sich Berlin und Wien gemeinsam mit der Türkei an Washington, um Waffenstillstandsverhand-

20 Bernstein 35ff.
21 Ebd. 37.
22 Leidinger, Zwischen Kaiserreich und Rätemacht 125.
23 Bradley, Die tschechoslowakische Legion und die Haltung der Alliierten 205.
24 Ebd. 207.

lungen auf der Basis der Wilsonschen Vierzehn Punkte einzuleiten.[25] An der „Heimatfront" bemühte sich indessen Kaiser Karl mit dem Manifest vom 16. Oktober wieder an Terrain zu gewinnen. Der Versuch, „seine Völker" auf einen Bundesstaat unter der Krone Habsburgs einzuschwören, eine Variante, die zugleich alliierten Vorstellungen einer mitteleuropäischen Föderation entsprach, mißlang.[26] Auch Paris und London schwenkten um, trugen „angesichts des Fait accompli den realen Gegebenheiten Rechnung und zogen rasch aus den bereits früher mit den tschechischen Emigranten eingegangenen begrenzten Abmachungen Vorteile".[27]

Schon am 14. 10. hatte Masaryk die Bildung einer provisorischen Regierung der Tscheсho-Slowakei mit dem vorläufigen Sitz in Paris bekanntgegeben. Sie wurde am 15. durch Frankreich, am 17. durch Rußland[28], am 19. durch die USA, am 21. durch Italien und am 23. Oktober durch Großbritannien anerkannt.[29] Am 28.10.1918 rief man dann in Prag ohne nähere Ausführungen über die Staatsform beziehungsweise die Absetzung der Dynastie den souveränen tschechoslowakischen Nationalstaat aus. Die „Massen auf dem Wenzelsplatz" verkündeten freilich bereits das Ende der „treubrüchigen, fremden, unmoralischen Habsburger"; in Paris entschied man sich zugleich für die Republik, deren erster Präsident Thomas Masaryk wurde.[30]

Am 29. Oktober übergab die alte Staatsmacht in Agram die Regierung an die Repräsentanten des neuen SHS-Staates, der kroatische Sabor anerkannte gleichzeitig den Nationalrat der Slowenen, Kroaten und Serben als oberste Gewalt; am 31. 10. ernannte der Narodni svet in Laibach die Nationalregierung für den slowenischen Teil des südslawischen Staates. „Den Schlußstrich unter die habsburgisch-südslawische Geschichte zog die feierliche Vereinigung der bisher habsburgischen Länder mit Serbien und Montenegro (unter der Dynastie Karadjordjevic) am 1.12.1918 in Belgrad."[31] Schon am 6. 10. hatten die in Rumänien ansässigen Siebenbürgen-, Banat- und Bukowina-Rumänen auf einer Nationalversammlung in Jassy entschieden ihre Gebiete mit Altrumänien zu vereinigen.[32] Am 18. 10. konstituierte sich in Lemberg ein „Ukrainischer Nationalrat", und am 28. Ok-

---

25 Pastor, The Home Front in Hungary 132.

26 Ebd.; Bradley, Die tschechoslowakische Legion und die Haltung der Alliierten 207.

27 Bradley, Die tschechoslowakische Legion und die Haltung der Alliierten 207.

28 Die Verwicklung der Tschechoslowakischen Legion in die Auseinandersetzungen auf dem Territorium des ehemaligen Zarenreiches war für die frühe Anerkennung durch die Bol'ševiki ausschlaggebend.

29 Hoensch, Geschichte der Tschechoslowakei 22.

30 Ebd. 27.

31 Bihl, Zusammenbruch 48.

32 Ebd. 46.

tober 1918 beschlossen die polnischen Reichsratsabgeordneten den Anschluß an den polnischen Staat.[33]

Zur selben Zeit löste das brutale Vorgehen der Exekutive „in Budapest die Revolution" aus. Die Menge, auf die Polizeieinheiten an der Kettenbrücke feuerten, demonstrierte für einen ungarischen Nationalrat, dem unter der Leitung von Mihály Graf Károlyi dessen „eigene Partei sowie die Sozialdemokraten und die Radikalen" angehörten. Die Habsburger ernannten noch den Grafen János Hadik zum Premier, Honvédtruppen stellten sich jedoch auf die Seite Károlyis. Letzterer wurde daraufhin am 31. 10. von König Karl mit der Bildung einer Regierung beauftragt, die als ihre „wichtigsten Aufgaben die Proklamation der Unabhängigkeit der Länder der Stephanskrone, die Einführung des gleichen und geheimen Wahlrechts, die Gewährung demokratischer Freiheitsrechte, sozialpolitische Maßnahmen und die Durchführung der seit langem überfälligen Bodenreform" nannte.[34]

Inzwischen gingen auch die Deutschösterreicher daran, einen selbständigen Staat zu bilden. Von den aus den Wahlen des Jahres 1911 hervorgegangenen 232 deutschösterreichischen Reichsratsabgeordneten gehörten 102 dem Verband der deutschnationalen Parteien, 72 den Christlichsozialen, 42 den Sozialdemokraten und 16 den kleineren Gruppierungen an. Sie alle erließen am 21. Oktober eine Proklamation, in der die Errichtung eines deutschösterreichischen Staates, der die „deutschen Siedlungsgebiete der Monarchie umfassen und einen Zugang zum Meer haben sollte", angekündigt wurde.[35] Noch einmal sprach man die Hoffnung auf einen Bund freier Nationalstaaten, auf eine gemeinsame Zukunft der Völker des Donauraumes aus.[36] Das Angebot lehnten die anderen Nachfolgestaaten jedoch ab. Am 30. 10. akzeptierte unter großer Anteilnahme der Wiener Bevölkerung die provisorische Nationalversammlung Teile des von Karl Renner konzipierten Verfassungsentwurfes.[37] Aus dem am 21. Oktober gewählten Vollzugsausschuß ging der Staatsrat hervor, dem die oberste Regierungs- und Vollzugsgewalt oblag.[38] Dieser bestellte Karl Renner zum Leiter der Kanzlei; als Staats- und Unterstaatssekretäre fungierten überdies neben Christlichsozialen und Deutschnationalen führende Sozialdemokraten wie Viktor Adler, Otto Bauer, Ferdinand Hanusch und Julius Deutsch in Schlüsselressorts.[39]

Offen blieb zunächst die Frage der Staatsform. Eine Verzichtserklärung Kaiser Karls, keine Abdankung, genügte schließlich dem Staatsrat, um auch mit den Stimmen der

33 Ebd. 47f.

34 Hoensch, Geschichte Ungarns 84f.

35 Bihl, Zusammenbruch 47.

36 Stadler 68.

37 Ebd. 69.

38 Goldinger 55–65.

39 Stadler 69f. Dem bereits todkranken Viktor Adler (gest. 11.11.1918) sollte als Staatssekretär für Äußeres bald Otto Bauer nachfolgen.

Christlichsozialen, in deren Reihen bis zuletzt die Rettung der Monarchie in Erwägung gezogen wurde, Deutschösterreich zur Republik und als Bestandteil des Deutschen Reiches zu erklären. Karl von Habsburg hielt demgegenüber bis zu seinem Tod an der Auffassung fest, der legitime Herrscher zu sein, hatte er doch „auf jeden Anteil an den Staatsgeschäften", nicht aber auf den Thron verzichtet.[40] Am 12. 11. fand die letzte Sitzung des Abgeordnetenhauses des österreichischen Reichsrates statt. Die damit verbundene Ausrufung der Republik Deutschösterreich durch die provisorische Nationalversammlung und ihre Verkündigung von der Rampe des Parlaments leitete einen anderen Abschnitt in der Geschichte Österreichs ein.[41] Die Führung in Budapest reagierte darauf prompt. Mihály Károlyis Kabinett ließ sich ebenfalls vom Eid auf den Monarchen entbinden und proklamierte am 16. November 1918 die ungarische Republik.

In beiden Donaumetropolen, speziell aber in Wien, wo die Anschlußfrage unverzüglich akut geworden war, schaute man währenddessen nach Berlin. Dort hatten revolutionäre Ereignisse den Sturz der Hohenzollern herbeigeführt. Dieser Umstand bestärkte die SDAPÖ angesichts des geplanten Zusammengehens mit dem „großen Bruder" in ihrem Entschluß, auf das Ende der Habsburgerherrschaft zu drängen. Von nun an galt es, sich auf *ein republikanisches Deutschland* zu konzentrieren, das sein Entstehen nicht zum geringsten Teil militärischen Fehlkalkulationen verdankte. Verantwortlich hierfür war die Marineleitung, welche, ohne die Reichsregierung zu informieren, noch einmal eine große Seeschlacht mit der englischen Flotte wagen wollte. Dagegen setzten sich die Matrosen zur Wehr. Am 4. November brach in Kiel eine Revolte aus, die innerhalb weniger Tage das ganze Land erfaßte. Alsbald entstanden Soldaten- und Arbeiterräte.[42] Auch die Mehrheitssozialisten, deren Vorsitzender Friedrich Ebert die Vorgänge durchaus mißbilligend verfolgte, vermochten dem führungslosen, aber „unaufhaltsam aus den Massen hervorbrechenden Aufstand" nichts mehr entgegenzusetzen. Lautlos verschwanden die deutschen Fürsten, die Könige von Bayern, Sachsen und Württemberg, die Großherzöge und Herzöge der anderen Länder – ohne Widerstand, bisweilen sogar erleichtert, von der „Bürde der Verantwortung" befreit worden zu sein. Kaiser Wilhelm hingegen dankte noch nicht ab, obwohl man seinen Sturz in Berlin bereits verkündete. Immerhin floh Wilhelm nach Holland ins Exil und räumte auf diese Weise das Feld. Kurz zuvor hatte Philipp Scheidemann vom Reichstagsgebäude aus die Republik verkündet. Am gleichen Tag, dem 9. November 1918, wurde das Kabinett rein sozialdemokratisch.[43] Ebert, der neue „starke Mann", ließ sich dann am 10. 11. von den Berliner Arbeiter- und Soldatenräten als Leiter

40 Ebd. 72.

41 Bihl, Zusammenbruch 51.

42 Haffner 158f.

43 Ebd. 160–167.

eines sechsköpfigen „Rats der Volksbeauftragten", in den auch die USPD-Vertreter Hugo Haase, Wilhelm Dittmann und Emil Barth eintraten, „zum zweiten Mal an die Regierung rufen". Gleichzeitig ging er ein Bündnis mit der verbliebenen obersten Heeresleitung unter ihrem damaligen tatsächlichen Chef, General Groener, ein.[44]

Daß der SP-Führer solcherart mit den Militärs gegen die ungewollte „linke Revolution" vorzugehen beabsichtigte, thematisierten in Moskau vorerst nur wenige. Schon seit Wochen hatten die ausländischen Gruppen bei der RKP(b) die Nachrichten aus Mitteleuropa mit steigender Zuversicht kommentiert: Die Weltrevolution schien in greifbare Nähe gerückt.[45]

Der Waffenstillstand zwischen Sofia und den alliierten Streitkräften[46] wurde von den Gefolgsleuten Lenins unter den Bürgern der Vierbundstaaten mit Recht als Vorspiel folgenschwerer Ereignisse empfunden. Nicht allein die Sympathisanten der Bol'ševiki unter den in Rußland lebenden Bulgaren reagierten. Als letztere eigene kommunistische Gruppen zu bilden begannen[47], befaßten sich ungarische Parteiaktivisten um Béla Kun gleichfalls mit den Vorgängen am Balkan. „Die größte Gefahr für die Berater in Berlin", hieß es in der „Szociális Forradolom" am 2. 10., liegt darin, daß der „Treubruch" Bulgariens „sich leicht zu einem Aufruhr entwickeln, sich auf die für Krankheiten ohnehin empfängliche Monarchie ausbreiten und in einem Aufstand gegen das gesamte, die Herrschermacht usurpierende blutige System [!] ausarten könnte. Die russische Revolution ging mit dem Frieden schwanger, der bulgarische Frieden trägt vielleicht die Revolution unter dem Herzen."[48] Drei Tage später meldete sich der Verfasser dieser Zeilen, Tibor Szamuely, erneut zu Wort. Auch Istanbul sprach sich nun mit unüberhörbarer Deutlichkeit gegen eine Fortsetzung des Krieges aus. „Mit der Sicherheit, mit der ein Blinder den anderen führt, weist Bulgarien den Weg. Und im großen Durcheinander rennt das Ottomanische Reich atemlos hinterdrein", kommentierte Szamuely, um gleichzeitig die Befürchtung zu äußern, die, wie er sich ausdrückte, „um Gnade flehenden, verwundeten Balkankrüppel" könnten „in die Fänge der französisch-englischen Räuber" geraten.[49] „Dennoch", schloß er zuversichtlich, „stärkt das endgültige Ausscheiden eines alten mächtigen Feindes aus den Reihen der Streiter unseren Glauben noch mehr, daß die vereinte Kraft des Proletariats, der neue Bund der Unterdrückten aller Länder, auch über die neuen Machthaber triumphieren

44 Ebd. 168; Bernstein 80.
45 Watlin 18.
46 Siehe dazu: Rauchensteiner 601ff.
47 Birman 362.
48 Szamuely 146.
49 Ebd. 152.

wird. Wie das Beispiel des russischen Proletariats zur Nachahmung ermuntert, wird auch die Revolution des deutschen und des österreichisch-ungarischen Proletariats nicht ohne Wirkung auf das englische, französische, italienische und amerikanische Proletariat bleiben. Der Sieg des russischen Proletariats ist ein Sieg der Unterdrückten der ganzen Welt, das revolutionäre Auftreten der deutschen Arbeiterschaft wird unausbleiblich die Revolution der französischen, englischen und amerikanischen Arbeiter nach sich ziehen."[50]

Obwohl auch Lenin in diesem Moment über den Umsturz in Europa nachdachte und mit seinen Erwägungen hinsichtlich einer „einzigen Partei als Subjekt der homogenen und einmaligen Weltrevolution" Grundzüge der Komintern vorwegnahm[51], richtete er, wie in den vorangegangenen Monaten, sein Hauptaugenmerk auf den Machterhalt im früheren Zarenreich.[52] „Funksprüche aus Kiel" veranlaßten ihn demgemäß, „dringliche Telegramme" an die „Sowjets der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten sowie an alle Grenzstellen" abzusenden. Darin hieß es: „Es müssen alle Anstrengungen gemacht werden, um die deutschen Soldaten in der Ukraine schnellstmöglich davon zu unterrichten und ihnen zu raten, gegen die Krasnowtruppen vorzugehen, denn dann werden wir gemeinsam Dutzende Millionen Pud Getreide für die deutschen Arbeiter erobern und den Überfall der Engländer zurückschlagen, die sich gegenwärtig mit einem Geschwader Noworossisk nähern."[53] Der Kreml behielt zunächst die Peripherie des alten Romanovimperiums im Auge. In Moskau fand diesbezüglich Ende Oktober 1918 eine Konferenz der „Kommunisten aus den besetzten Gebieten" statt.[54] Dabei zeigte sich allerdings, daß die Anhänger der Bol'ševiki aus Polen und dem Baltikum, die ihre Aktivitäten „am Westrande Rußlands" intensivierten[55], mit dem Leninschen Nationalitätenprogramm kaum übereinstimmten. Die in den ersten drei Oktobertagen 1918 entstandenen Kommunistischen Parteien Litauens und Weißrußlands stützten sich in großem Maße auf die SDKPiL-Mitglieder und -Zellen.[56] Von den Polen wurden internationalistische Programme übernommen. Einigermaßen ambivalent verhielt man sich gegenüber Selbständigkeits- und Unabhängigkeitstendenzen. Die Rede war vielmehr von einer Föderation der „westlichen Völker Rußlands", von eng verbundenen „Räteregierungen in der Ukraine, in Polen, Lettland, Estland und Finnland" als Teil einer „proletarischen Republik Europas".[57] Auffassungen der baltischen und polnischen Funktionäre forcierte zu dieser Zeit möglicherweise Josif

50 Ebd. 154.
51 Watlin 18.
52 Borkenau, Der europäische Kommunismus 27.
53 Pardon/Shurawljow, Bd. 1, 168.
54 Wandycz 67; Strobel 625.
55 Manusevič, Pol'skie Internacionalisty 158f.
56 Strobel 625.
57 Wandycz 67ff.; Strobel 625f.

Stalin als Volkskommissar für Nationalitätenfragen, dessen Ansichten in einem gewissen Widerspruch zu den Theorien Lenins standen.[58]

Etwaige Divergenzen traten allerdings durch den Zusammenbruch der Mittelmächte in den Hintergrund. In Moskau machte sich revolutionärer Optimismus breit, und selbst der Partei- und Regierungschef gab sich hochtrabenden Plänen hin. Bevor er im Frühjahr 1919 speziell anhand der Umwälzungen im Donauraum den augenblicklichen Vorrang nationaler Interessen im Vergleich zur „Klassensolidarität" konstatierte[59], glaubte er sich mit dem Sturz der Habsburger und Hohenzollern auf seine Schriften aus der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg berufen zu können. Darin verlangte er ein „enges, unzertrennliches Bündnis der Proletarier aller in einem gegebenen Staate lebenden Nationen bei allen und jeglichen Wendungen in der Geschichte dieses Staates, bei allen und jeglichen Veränderungen der Grenzen einzelner Staaten durch die Bourgeoisie".[60] Solche Forderungen lagen schließlich einer Grußbotschaft an die „Arbeiter, Bauern und Soldaten der Donaumonarchie" zugrunde, welche Lenin gemeinsam mit Sverdlov und Kamenev am 3. November 1918 in der „Pravda" veröffentlichen ließ, um den „deutschen, tschechischen, kroatischen, magyarischen und slowenischen Arbeitern, Bauern und Soldaten" einen „brüderlichen Bund der freien Völker" im „Kampf gegen die Kapitalisten" nahezulegen.[61] Das Eintreten der Bol'ševiki für den Zusammenschluß der österreichisch-ungarischen Proletarier, für den Versuch, *den Donauraum als politische Einheit „im Zeichen des Sowjetsystems" zu bewahren*, verursachte jedoch lediglich in Budapest vorübergehend Aufregung. Dabei ging es um die Frage der Veröffentlichung einer derartigen Nachricht. Vorwürfe, die „Meldung aus Rußland" verschwiegen zu haben, wies Károlyis Kabinett zurück. Nur aus „vorläufig noch nicht festgestellten Versäumnissen" sei das Telegramm nicht publiziert worden, erklärte die Regierung mit Blick auf die in Ungarn unter der Ägide der Sozialdemokratie entstandenen Räteorgane.[62] Im SP-Organ Népszava erschienen dann Lenins Ausführungen. Von deren Inhalt distanzierten sich die Herausgeber allerdings umgehend.[63] Moskau erzielte nicht die erhoffte Wirkung. Ausschließlich auf dem Boden der RSFSR ergaben sich unmittelbare Konsequenzen.

Am 4. November hatten Mitglieder der ungarischen, tschechischen und deutschen Gruppe bei der RKP(b) aufgrund der Ereignisse im untergehenden Habsburgerreich beschlossen „für die klassenbewußten Proletarier, die sich zur Zeit in Rußland als Kriegsge-

58 Strobel 628.
59 Mihályhegyi 72f.
60 Zit. nach Mihályhegyi 72.
61 Degras, Soviet Documents on Foreign Policy 121; Leidinger, Zwischen Kaiserreich und Rätemacht 129; Mihályhegyi 71; Stadler 71.
62 Kaas 48f.
63 Kovrig 20.

fangene befinden, eine den neuen politischen Verhältnissen entsprechende" österreichisch-ungarische Interessenvertretung zu schaffen.[64]

Damit richtete man sich gegen die k.u.k. Gefangenenmissionen, denen in diesem Zusammenhang einmal mehr „antibolschewistische Machinationen" zur Last gelegt wurden. Prosowjetische Gefangene hielten Kreycys Offizieren beispielsweise vor, „Spekulationen aller Art zu treiben", das „Eigentum der russischen Bourgeoisie zu schützen", verschiedene „Persönlichkeiten des alten Zarenregimes ins Ausland" zu schicken, „conterrevolutionäre Elemente" zu fördern und im „Petersburger Missionsgebäude sogar einen Stab der Weißen Garde zu beherbergen".[65] Vergleichbares wurde zumindest den „Emissären Kaiser Wilhelms" mit gutem Grund vorgeworfen. Das belegen die Aufzeichnungen Gustav Hilgers, der seit Monaten als Delegierter des Deutschen Reiches in der RSFSR weilte und nach eigener Definition „standfester KP-Gegner" war. Hilger dazu in seinen Erinnerungen: Überzeugt vom baldigen Ende der Leninherrschaft „sahen es die deutschen Dienststellen in Moskau damals tatsächlich als ihre Aufgabe an, jene Kräfte zu unterstützen, die auf den Sturz des Regimes hinarbeiteten. Diese Unterstützung wurde nicht nur in Form von Geld gewährt, sondern auch dadurch, daß gegenrevolutionäre Führer und Agenten mit Gefangenentransporten nach Deutschland hinausgeschmuggelt wurden. Auch pflegten ehemalige russische Diplomaten und andere Mitglieder der früheren oberen Gesellschaftsschicht, die nach Deutschland geflohen waren, sich an ihre alten Freunde im deutschen Auswärtigen Amt zu wenden und sie um Hilfe für ihre noch in Rußland zurückgebliebenen Verwandten zu bitten."[66]

Um so mehr erachteten die „ausländischen Kommunisten" an der Moskva das Vorgehen gegen die Abgesandten der Zentralstaaten als gerechtfertigt. Die Berichte aus Prag, Wien und Budapest sowie aus Kiel, München und Berlin brachten den Stein ins Rollen. CFIG-Funktionäre entschieden die in Rußland befindlichen Organisationen der Mittelmächte unter die Kontrolle zu bildender Sowjets zu stellen.[67]

Der Plan wurde sofort durchgeführt. Am Vormittag des 10. 11. *besetzte eine bewaffnete Gruppe der Föderation das deutsche Generalkonsulat.*[68] Daß dessen Agenden bereits wieder von den Schweden übernommen worden waren, fand bei der Aktion keine Berücksichtigung. In den Skandinaviern erblickte man „Handlanger des Imperialismus", denen das „Proletariat" ebensowenig trauen dürfe wie den „Bürokraten der Hohenzollern". Die schwedische Flagge verschwand. KP-Leute hißten die rote Fahne und begannen mit der

64 Zit. nach Hautmann, Rätebewegung 198.

65 ÖSTA/KA, KM/10. Abt./Kgf. 1918: 10-35/681.

66 Hilger 28.

67 ÖSTA/KA, liqu. KM/10. Abt./Kgf. 1919: 10-7/7-98; siehe außerdem: Striegnitz, Deutsche Internationalisten in Sowjetrußland 220; Hautmann, Rätebewegung 198.

68 Debo 13.

Durchsuchung des Gebäudes. Die Mitglieder der Gesandtschaft, welche alle Vorbereitungen getroffen hatten, die russische Hauptstadt zu verlassen, mußten ihre Dokumente und Wertsachen abgeben. Verschiedentlich kam es dabei zu Übergriffen, die Anführer der Internationalisten nach eigenen Aussagen „entschieden verurteilten".[69] Gegen Abend desselben Tages fand schließlich eine Versammlung der anwesenden Kriegsgefangenen und Konsulatsbediensteten unter Ausschluß „der Offiziere und hohen Beamten" statt. Einer Diskussion „über die Bedeutung der Vorgänge in der Heimat" folgte die Wahl von Vertrauensmännern, die wenige Stunden später einen Arbeiter- und Soldatenrat konstituierten.[70] Dieser wurde zur Zentrale für alle „Revolutionskomitees", die etwa zur gleichen Zeit die *Einrichtungen des deutschen Kaiserreiches* in Petrograd, Orenburg, Samara, Syzran', Ufa, Penza, Saratov, Orel, Perm', Kazan', Smolensk, Voronež und Tula *„beseitigten"*.[71] An vielen Orten hatten sich dabei Spannungen innerhalb der diplomatischen Vertretungen und Repatriierungsdelegationen manifestiert. Einige Angestellte sympathisierten mit den Bol'ševiki und ihren Parteigängern unter den Heeresangehörigen der Mittelmächte. Für Gustav Hilger hatten sich sogar „links eingestellte Gefangene" in die deutschen Missionen „eingeschlichen", um auf diese Weise „Einblick in den inneren Betrieb dieser Stellen" zu gewinnen.[72] Den neugeschaffenen Internationalistenräten gelang es jedenfalls, durch ihren „Coup" in den wichtigsten Städten Rußlands „viele parteilich nicht gebundene Deutsche" im ehemaligen Zarenreich aufzunehmen, die sich weniger aus politischen Gründen zur Mitarbeit bereit fanden als vielmehr in der Hoffnung, „die Belange ihrer Versorgung und Rückführung direkt beeinflussen" zu können.[73] Die Leitung der Sowjets blieb jedoch in der Hand der KP. An die Spitze des *deutschen Arbeiter- und Soldatenrates* traten die Kommunisten Rudolf Rothkegel und Josef Böhm.[74]

Eine noch wichtigere Position hatte man allerdings Ernst Reuter zugedacht. Hinter dem Schreibtisch des Generalkonsuls, der mittlerweile wegen des Verdachtes, etwaige „Gegenmaßnahmen" einleiten zu wollen, unter Hausarrest gestellt worden war[75], fungierte Reuter „im Auftrag Lenins" gewissermaßen als „neuer Botschafter", als Verbindungsmann zu einer herbeigesehnten probolschewistischen deutschen Räteregierung.[76] Nachdem Adolf Joffe mit seinem gesamten Personal aus dem untergehenden Hohenzollernreich ausgewiesen worden war, bestand die einzige direkte Verbindung mit Berlin aus einem Fern-

69 Pardon/Shurawljow, Bd. 1, 183f.

70 Ebd. 184.

71 Striegnitz, Deutsche Internationalisten in Sowjetrußland 221.

72 Hilger 28.

73 Striegnitz, Kerntruppe der Weltrevolution 146.

74 Brandt/Löwenthal 109.

75 Pardon/Shurawljow, Bd. 1, 184.

76 Brandt/Löwenthal 109.

schreiber des „eroberten" Gesandtschaftsgebäudes in Moskau. Gemeinsam mit Reuter brachten Karl Radek und Georgij Čičerin halbe Nächte zu, um Hugo Haase, den Führer der Unabhängigen Sozialisten und Volksbeauftragten, zu dessen Geschäftsbereich das Auswärtige Amt gehörte, zu kontaktieren und eine sofortige Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zu erreichen. Eine Reihe von Tagen verging, bis Haases ausweichende Antworten und die Unmöglichkeit, mit Karl Liebknecht in Verbindung zu treten, das Narkomindel davon überzeugten, daß die Regierungsmacht in Deutschland „nicht in den Händen ihrer engeren Freunde lag".[77] Für den Rat der Volksbeauftragten besaß die erneute Aufnahme regulärer Beziehungen zur RSFSR keine Dringlichkeit. Zurückhaltend verhielt er sich demgemäß auch gegenüber dem deutschen Sowjet in Moskau. Letzterer wurde von Ebert und Haase weder anerkannt noch mit den notwendigen Vollmachten ausgestattet.[78] Daran änderten selbst drei hindernisreiche Reisen Rudolf Rothkegels „zum ‚Rapport' nach Berlin" nichts, obwohl die Einrichtungen der Internationalisten bei der Heimbeförderung von Gefangenen keine unwesentliche Rolle spielten.[79]

Interesse bekundete man in den Reihen der SPD und USPD hingegen für das Entstehen der Räte und ihr, wie sich Karl Kautsky in einem Telegramm ausdrückte, „Verhältnis zur russischen Regierung sowie zu den deutschen Behörden".[80] Dazu äußerte sich der deutsche Arbeiter- und Soldatenrat in der zweiten Novemberhälfte wie folgt: „Wir stellen fest, daß die Initiative des Umsturzes nur von der deutschen kommunistischen Gruppe ausging."[81] Einzelne Beamte der Čeka waren lediglich auf die direkte Aufforderung der Deutschen Kommunistischen Gruppe „am Umsturz beteiligt, da dieselbe ihre Anwesenheit für notwendig hielt, um eine gründliche Untersuchung durchführen zu können. Die hinzugezogenen Rotarmisten hatten nur den Auftrag als Wache zu fungieren, was von denselben auch befolgt wurde."[82] Des weiteren hoben die Gefolgsleute Lenins unter den Kriegsgefangenen hervor, daß es zwischen ihnen und den Sowjetbehörden in der Folge sogar zu Auseinandersetzungen gekommen war. Die vorübergehende Inhaftierung einiger deutscher Offiziere durch Mitglieder der CFIG hatte, so die Erklärung der Internationalisten, den energischsten Protest seitens des Kommissariats für Äußeres nach sich gezogen.[83] Erfahrene Beobachter mochten dennoch an die Unabhängigkeit der ausländischen KP-

77 Ebd. 111. Über Verbindungen Čičerins zum USPD-Abgeordneten Oscar Cohn bezüglich einer Allianz zwischen dem „revolutionären Deutschland" und Sowjetrußland siehe: Debo 13f.

78 Striegnitz, Deutsche Internationalisten in Sowjetrußland 221.

79 Striegnitz, Kerntruppe der Weltrevolution 146.

80 Striegnitz, Deutsche Internationalisten in Sowjetrußland 221.

81 Pardon/Shurawljow, Bd. 1, 183

82 Ebd.

83 Ebd. 184.

Organe nicht so recht glauben.[84] Auch den Zwistigkeiten „unter den Genossen"[85] maßen sie keine besondere Bedeutung zu. Vielmehr schien der Schlag gegen die Repräsentanten der Mittelmächte von der Kremlführung nicht nur gebilligt, sondern tatkräftig unterstützt worden zu sein.[86]

Das Vorgehen revolutionär gesinnter Vierbundsoldaten gegen die Mission Kreycy lieferte diesbezüglich zahlreiche Hinweise. Dänische Diplomaten wußten Genaueres. „Die in Moskau befindliche ‚ausländische kommunistische Föderation', welche aus Internationalisten Deutschlands und sämtlichen Nationen" der Donaumonarchie besteht, „hat im Einvernehmen und dirigiert von den russischen Behörden das dortige österreichisch-ungarische Konsulat und die Expositur der Kgf. Mission bewaffnet überfallen, Beamte und Offiziere entwaffnet und diese gezwungen, unter ihrer Leitung die Arbeit zunächst fortzusetzen. Zu gleicher Zeit wurden die Unterstellen der Kgf. Mission in der Provinz in ähnlicher Weise okkupiert", teilte Harald Scavenius als Botschafter Kopenhagens in Petrograd den zuständigen Wiener Institutionen mit.[87] Seine Ausführungen präzisierend meldeten zwei seiner Landsleute vom Roten Kreuz, daß „die Übernahme der meisten Filialen, wie Tver'[88], Saratow, Samara, Orscha, Orel, Nischnij-Nowgorod" oder Kazan', „im Raubwege unter Plünderung mit Blutvergießen erfolgte". Kassenbestände seien abhanden gekommen, Bücher und Belege vernichtet worden, sodaß es der Zentrale nunmehr an Möglichkeiten fehle, „die genauen Verluste festzustellen".[89] Gegen derartige Darstellungen verwehrten sich allerdings Einrichtungen der RSFSR. Zwar brachte man, erklärte das „Zentralkollegium für Gefangenen- und Flüchtlingsangelegenheiten", das Quartier der k.u.k. Delegation in Nižnij-Novgorod mit Gewalt unter seine Obhut; trotz einiger Proteste hätten sich aber keine Zwischenfälle ereignet.[90]

Dafür trat in den Dossiers der Plenbež-Organisationen wiederum die *Bedeutung sowjetischer Regierungsinstanzen* während der Besetzung von Vertretungen der Zentralstaaten in Räterußland zutage. Unterlagen aus dem Gouvernement Nižnij-Novgorod sprechen eine deutliche Sprache. Die Moskauer Leitung des Zentralkollegiums wandte sich am 7. beziehungsweise 8.11.1918 telegraphisch an ihre dortige Zweigstelle mit der Aufforderung, die „Wohnungen der Abgesandten aus dem untergehenden Habsburgerreich" zu

84 Brun 173.
85 RCChIDNI, f. 549, op. 1, d. 7.
86 Mitteilungen der Staatskommission, Nr. 1/2 (26.1.1920) 2.
87 ÖSTA/KA, KM/Nachlaß Raabl-Werner B/141:4, 1. Teil. Siehe auch: ÖSTA/KA, liqu. KM/10. Abt./Kgf. 1919: 10-35/33; vgl. Jósza, Ungarn und die ungarischen Bolschewiken 188f.; Mályusz 116; Herczeg 35.
88 Siehe dazu: RCChIDNI, f. 549, op. 1, d. 7.
89 ÖSTA/KA, liqu. KM/10. Abt./Kgf. 1919: 10-7/7-98.
90 GARF, f. 3333, op. 3, d. 493.

durchsuchen.[91] Gemeinsam mit der lokalen Čeka-Abteilung und lediglich unter Teilnahme „ausländischer Genossen" schritt man daraufhin zur Tat, wobei die russische Seite bezeichnenderweise dem „Kommissar Johann Koplenig" als maßgeblichem Exponenten des örtlichen Internationalistenverbandes die Geschäfte der österreichisch-ungarischen Expositur anfangs nicht übertragen wollte. „Mit Rücksicht auf die geringe Erfahrung Koplenigs", lautete die betreffende Aktennotiz des „Gubplenbež", wurden die Finanzen und Angelegenheiten der Mission vorerst den „fremden Werktätigen" entzogen.[92] Daß der Staats- und Parteiführung der Sowjetrepublik sowie ihren nachgeordneten Organen beim „Coup" gegen die Vierbundrepräsentanten eine entscheidende Funktion zukam, bestätigt überdies der Bericht des Sekretärs der dänischen Gesandtschaft in Petrograd, Leutnant Schmid, an das neugeschaffene deutschösterreichische Staatsamt für Heerwesen vom 24. Jänner 1919. Ihm zufolge besetzten russische Posten am 4. November 1918 den Eingang des österreichisch-ungarischen Botschaftsgebäudes, des Sitzes der k.u.k. Kriegsgefangenenhauptmission für Rußland. „Zugleich", so Schmid, „stellte die russische ‚Außerordentliche Kommission zur Bekämpfung der Gegenrevolution und Spionage' [Čeka] in Petrograd [...] die Forderung nach Auslieferung der Waffen und der Wertdepots und nach Verhaftung der Missionsoffiziere, widrigenfalls die gesamte Mission als ‚gegenrevolutionär' durch die Rote Garde verhaftet und in die Peter-Paulsfestung gebracht werden würde."[93]

Gemeinsam mit den Anhängern Lenins unter den Kriegsgefangenen setzte die Čeka alles daran, an die beträchtlichen Sach- und Geldreserven, die für die Gefangenenhilfe bestimmt waren, heranzukommen.[94] Erst als die dänische Gesandtschaft, die in den von den Bol'ševiki nicht kontrollierten Gebieten die Kriegsgefangenenfürsorge und in Sowjetrußland zumindest die Interessenvertretung für österreichisch-ungarische Staatsbürger ohne Unterbrechung fortgesetzt hatte, den Internationalisten Einsicht in die Depotbücher gewährte und versprach, die Depots an Ort und Stelle zu belassen, konnten auch die Offiziere der k.u.k. Mission, allen voran Feldmarschalleutnant von Kreycy und Heinrich von Raabl-Werner, Rußland verlassen.[95]

91 Ebd.

92 Ebd.

93 ÖSTA/AdR, BKA/KGF, 1919: 24-14/3-2.

94 Ebd. Victor Serge, „Romancier der Arbeiterbewegung" und „idealistischer Anarchist", war zu dieser Zeit Schulinspektor und Lehrer der Miliz im Auftrag des Petrograder Sowjets. In seinen Erinnerungen geht auch er kurz auf die „Wertdepots" der k.u.k. Mission ein. Vor allem die „in der ehemaligen Botschaft Österreich-Ungarns" vorgefundene „gute habsburgische Offizierskleidung aus feinem Tuch" habe man damals „für einige Genossen" gut gebrauchen können, zumal, wie Serge schreibt, selbst führende Rätefunktionäre die Versorgungsmängel in der Stadt zu spüren bekommen hätten. – Serge 93.

95 ÖSTA/AdR, BKA/KGF, 1919: 24-14/3-2. Im Interesse der Gefangenenfürsorge verpflichtete sich jedoch ein Teil der bisherigen Beamten und Angestellten zu bleiben. Vereinzelt dürfte dabei Druck

In der Zwischenzeit hatte sich ebenso wie bei den Reichsdeutschen ein eigener Sowjet gebildet. Gemäß den Absichten Lenins, den Donauraum als politisch-territoriale Einheit zu bewahren, fanden in ihm, dem „Österreichisch-Ungarischen Rat der Arbeiter- und Soldatendeputierten“, kurz *„Austrosowjet“*, alle Nationalitäten der Habsburgermonarchie Aufnahme. In diesem Zusammenhang schlossen sich außerdem, wie Harald Scavenius bemerkte, „Elemente der Föderation ausländischer Kommunisten“ und Mannschaften der kaiserlichen Delegationen in den „russischen Hauptstädten“ zusammen.[96] Letztere hatten im übrigen einige Tage vor dem „Umsturz der CFIG“ selbst Soldatenräte ins Leben gerufen, die für ihre Angehörigen unter anderem eine Besserung der materiellen Lage und „die Heimschaffung aller Personen, die dies wünschten“, forderten.[97] Dementsprechend fanden die „Stoßtrupps der Föderation“ in den Gesandtschaften der Mittelmächte bereits eine gänzlich veränderte Situation vor. Leutnant Theodor Barth, Angehöriger der k.u.k. Gefangenenmissionen in Moskau, steuerte dazu folgende Eindrücke bei: „Nach dem von langer Hand vorbereiteten und von den Unterangestellten der Expositur nicht nur geförderten, sondern auch geführten Umsturz vom November 1918“ schienen jene, welche damals „die Geschäfte des Austrosowjets“ leiteten, „mit ihrer Überzeugung nicht auf kommunistischer Grundlage“ zu stehen. „In einigen Punkten wie zum Beispiel die Wahrung des exterritorialen Charakters der Mission, ferner was die parteilose Evakuation und die Agitation unter den Kriegsgefangenen betrifft, bildeten sie einen Gegensatz zu den meist der russischen Partei der Bolschewiken angehörenden Elementen.“[98] Letztlich konnten es die damaligen Vorsitzenden des Sowjets nicht verhindern, daß die Gemäßigteren mit „wichtigen Aufträgen in die Provinz oder in die Heimat entsendet und für Moskau unschädlich gemacht wurden. So hat der derzeit bestehende Zentralrat nicht nur in seiner Form, sondern auch in seinen Zielen nichts Gemeinsames mehr mit der Mission, auf deren Boden er entstanden“ ist. Deshalb steht der Rat der österreichisch-ungarischen Arbeiter- und Bauerndeputierten in der RSFSR „im Rahmen des russischen Behördensystems“ und stellt ein vom Sovnarkom „subventioniertes Büro für bolschewistische Agitation dar“.[99] Den Ausführungen Barths entsprachen im großen und ganzen die Schilderungen der dänischen Botschafts- und Rot-Kreuz-Mitglieder. Sie wiesen beispielsweise darauf hin, daß „die drei Missionsmitglieder Stieber, Reiter und Wach“ zunächst von der KP mit „der weiteren Leitung der Geschäfte betraut“, dann jedoch „ihres Amt enthoben“ und durch zuver-

ausgeübt worden sein. – Hautmann, Rätebewegung 198; Mitteilungen der Staatskommission, Nr. 1/2 (26.1.1920) 2.

96 ÖSTA/KA, KM/Nachlaß Raabl-Werner, B/141:4, 1. Teil.

97 ÖSTA/AdR, BKA/KGF, 1919: 24-14/3-2 bzw. 1919: 24-21/20.

98 ÖSTA/KA, liqu. KM/10. Abt./Kgf. 1919: 10-7/7-33.

99 Ebd.

lässigere „Kommunisten verschiedener Nationalitäten" der Donaumonarchie ersetzt worden waren.[100]

Gegen die Behauptung, ein bloßes Propagandawerkzeug in den Händen der Kremlherren zu sein, setzte sich der von der CFIG dominierte Austrosowjet jedoch entschieden zur Wehr. „Obwohl uns nicht die vollen Kassen, wie bei der k.u.k. Mission mit ihren vielen Millionen, zur Verfügung stehen", hieß es in einem Aufruf an die in Rußland befindlichen Heeresangehörigen der vormaligen Habsburgerarmee, „sind wir doch bestrebt, unser Bestmöglichstes zu leisten [...] und Euch den Weg in die Heimat zu ermöglichen."[101] Um diese Aufgaben zu erfüllen und den eigenen Bestrebungen Nachdruck zu verleihen, erinnerte man dabei an den Entschluß des SNK, den Austrosowjet „als alleinige Interessenvertretung der Bürger des ehemaligen Österreich-Ungarn in Sowjetrußland" anzuerkennen.[102] Zweckdienlich erwies sich in dieser Hinsicht die Annullierung des Vertrages von Brest-Litovsk durch das VCIK und den Rat der Volkskommissare am 13.11.1918. Gleichgültig wie Deutschland und die Nachfolgestaaten der k.u.k. Monarchie ihr Gefangenen- und Heimkehrwesen zu organisieren gedachten, die Abmachungen vom März und die damit in Verbindung stehenden rechtlichen Grundlagen für die Aktivitäten der Kriegsgefangenenmissionen wurden von Sowjetrußland nicht mehr anerkannt. An die Stelle der alten kaiserlichen Delegationen konnten aus der Sicht Moskaus „neue, revolutionäre" Gremien treten.[103] In diesem Sinn setzte der Österreichisch-Ungarische Sowjet die verantwortlichen Organe „in Wien, Budapest und Prag von seiner Bildung radiotelegraphisch in Kenntnis und forderte sie auf, ihn als einzig real wirksame und handlungsfähige Vertretung ihrer Länder" in der RSFSR anzuerkennen.[104] Repräsentativ für die Sukzessionsstaaten reagierte Deutschösterreich. Otto Bauer als Staatssekretär des Äußern erklärte, „daß seine Regierung die dänische Gesandtschaft [...] als Kriegsgefangenenfürsorgestelle betrachte und ihr den Schutz deutschösterreichischer Staatsbürger" in Sowjetrußland übertrage. Den Internationalisten „komme nur ein Mitwirkungsrecht bei der Repatriierung zu".[105]

Der österreichisch-ungarische Rat in Moskau gab sich daraufhin betont klassenkämpferisch. Man zeigte sich empört über Bauers Telegramm, das, wie es hieß, „jeden Proleta-

100 ÖSTA/KA, liqu. KM/10. Abt./Kgf. 1919: 10-7/7-98 beziehungsweise 10-7/7-45; vgl. Kreiner 72.

101 Archiv und Dokumentationszentrum der österreichischen Arbeiterbewegung, Personen-Archiv, Lade 6, Mappe 2 B) Soldatenräte.

102 Hautmann, Rätebewegung 197. Siehe dazu auch: GARF, f. 3333c, op. 2, d. 49; Jósza, Ungarn und die ungarischen Bolschewiken 190.

103 Pardon/Shurawljow, Bd. 1, 177f. Siehe außerdem: Haas, Österreichisch-sowjetische Beziehungen 36; Haider 85; Leidinger, Zwischen Kaiserreich und Rätemacht 130 und 181.

104 Hautmann, Rätebewegung 199.

105 Ebd.

rier in Verwunderung setzen" müsse. „Wir konnten jedoch", so die bevollmächtigten Vertreter des „Austrosowjets" in Moskau, „nicht voraussehen, daß die neuen republikanischen Regierungen die Vertretung der Interessen der ehemaligen österreichisch-ungarischen Untertanen lieber an die kgl. Dänische Gesandtschaft als an den Arbeiter- und Soldatenrat übergeben wuerden."[106]

In der seit 11. Dezember 1918 erscheinenden Zeitung „Nachrichten der deutschen und österreichisch-ungarischen revolutionären Arbeiter- und Soldatenräte in Rußland"[107] wurde ein von Gustav Adolf Duda verfaßter „offener Brief" an Otto Bauer abgedruckt, in dem der Autor der Wiener Regierung mehr Verständnis für die Anliegen des Rates abverlangte. Duda, wie erwähnt schon vor 1914 journalistisch tätig und nun in Moskau Redakteur der von der deutschen Gruppe bei der RKP(b) herausgegebenen „Welt-Revolution", kritisierte die Haltung Bauers mit scharfen Worten und ging auch kurz auf dessen Erfahrungen in russischer Gefangenschaft ein: „Und so haben wir denn die Geschicke der Kriegsgefangenen in die Hände eines von uns gewählten Arbeiter- und Soldatenrates gelegt. Da kam die Nachricht aus der Heimat, daß unser ehemaliger Leidensgenosse Otto Bauer zum Staats-Sekretär des Auswärtigen bestellt wurde. O, könnten Sie doch ermessen, welche Freude diese Nachricht in uns allen auslöste. ‚Nun wird und muß Hilfe kommen!' Das war unser aller Gedanke. [...] Der Mann, der von uns allen geschätzte Parteigenosse, den viele von uns persönlich kannten, [...] dieser Mann mit dem klaren, überzeugten sozialistischen Empfinden, in dem wir damals schon den künftigen Führer unseres revolutionären Kampfes vermuteten, konnte uns ja nur Gutes bringen."[108] Doch dann, so Duda, habe Bauer diese Hoffnungen, trotz gegenteiliger Erwartungen seitens des Rates, vollkommen zerstört; sein „rotsamtener Ministerstuhl" habe ihn die Leiden in der Kriegsgefangenschaft schnell vergessen lassen und ihn dazu verleitet, ganz seiner gehobenen Stellung angepaßt, sich gegen die Interessen seiner ehemaligen Leidensgenossen zu stellen.[109] Der Realität wohl entsprechender meinte demgegenüber Julius Braunthal als einer der engsten Vertrauten des nunmehrigen Staatssekretärs, daß Otto Bauer, der im November in den Barockpalast am Ballhausplatz eingezogen war, „die mit Damast bedeckten und in reicher Goldverzierung starrenden Säle mit großen Kronleuchtern und Brokatstühlen nicht ganz im Einklang mit seinem Lebensstil" stehend fand.[110]

---

106 ÖSTA/AdR, BKA/KGF 1919: 24–34; vgl. Kreiner 72f.

107 Krivoguz/Poljanskij, 476.

108 Nachrichten der deutschen und österreichisch-ungarischen revolutionären Arbeiter- und Soldatenräte in Rußland, Nr. 2 (18.12.1918) 1.

109 Ebd.

110 Braunthal, Statt einer Einleitung 21.

In dem „offenen Brief" aus der Feder Dudas wurden die sachlichen Gründe für Bauers Entscheidung freilich vollständig ausgeblendet. Im Vordergrund stand eine Polemik, die entlarven wollte, ohne zu erkennen, daß die neuentstandenen Nationalstaaten auf dem Boden der ehemaligen k.u.k. Monarchie gerade in außenpolitischen Belangen von den Alliierten abhängig waren; aufgrund des eingeschränkten Handlungsspielraumes war die Anerkennung einer ausgesprochen politisch orientierten Interessenvertretung wie des „Austrosowjet" als außerordentlich heikle Angelegenheit anzusehen. Andererseits zwangen die Ereignisse in Rußland die Regierungen in Wien, Prag und Budapest zu Kompromissen.

Die Verhandlungen zwischen österreichischen Rätefunktionären und dänischen Diplomaten erwiesen sich als wenig ergiebig. Da die Sowjetregierung „ihre Internationalisten" in jeder Hinsicht unterstützte und gewillt war die Ansprüche des österreichisch-ungarischen Rates auf sowjetrussischem Boden durchzusetzen, entschloß sich der dänische Botschafter die Schutzvertretung für „das Gebiet der Sowjetrepublik" niederzulegen. Leutnant Schmid berichtete dazu: „Inzwischen wurde die Gesandtschaft durch die Königliche Dänische Regierung völlig aufgelegt [!] und ist dadurch die Neuregelung der Schutzvertretung der östung. Staatsbürger und Staatseigentum in Rußland dringlich geworden; [...] sollte die Entsendung eigener Vertretungen nach Sowjetrußland untunlich erscheinen, so bliebe nur übrig, den Nordrotkreuzen die Schutzvertretung zu übertragen oder den östung. Rat als Vertreter anzuerkennen. [...] Für die russischen Verhältnisse ist der Rat wohl die entsprechendste Organisation, die tatsächliche Arbeit zu leisten vermag. Bei dieser Lösung der Vertretungsfrage ist freilich der Umstand zu bedenken, daß dann die östung. Einzelstaaten [...] in Rußland durch eine bolschewistische Körperschaft vertreten sein würden, was vielleicht bei mehreren Staaten auf Widerspruch stoßen dürfte."[111]

Die dänische Regierung setzte ihre Gefangenenhilfe in Sibirien und im Kaukasus fort.[112] Im Machtbereich der Bol'ševiki konnten die zuständigen Stellen in Deutschösterreich, Ungarn und der Tschechoslowakei den Austrosowjet, der zur Jahreswende 1918/19 unter anderen in Astrachan', Kazan', Penza, Perm', Simbirsk, Smolensk, Vjatka und Voronež Filia-

---

111 ÖSTA/AdR, BKA/KGF, 1919: 24-14/3-2.

112 Auf mittelasiatischem Gebiet gingen Internationalisten gegen den dänischen Delegierten Hauptmann Brun vor. In dessen Domizil fand am 11. November 1918 eine Durchsuchung statt, wobei die revolutionären Gefangenen, die in Begleitung einer russischen Wachabteilung erschienen waren, vor allem größere Geldwerte zu finden hofften. Brun, der in den nächsten Tagen faktisch unter Hausarrest stand, übergab einige Amtsräume und einen Teil der Finanzen an die „ausländischen Werktätigen" Taškents. Danach erbat er bei seiner Regierung, „Turkestan angesichts seiner Lage in Richtung Europa verlassen zu dürfen". – Brun 171–177; RCChIDNI, f. 549, op. 1, d. 60; Reisberg, Österreichische Kommunisten und Internationalisten 29.

len unterhielt[113], allerdings nicht umgehen.[114] „Notgedrungen" mußte im Dienste der Kriegsgefangenen in den kommenden Monaten zusammengearbeitet werden.[115]

Während die Nachfolgestaaten der Donaumonarchie und die dänischen Diplomaten einerseits sowie die revolutionären Gefangenenorganisationen und der Sovnarkom andererseits um das Recht der alleinigen Interessenvertretung österreichisch-ungarischer Staatsbürger, um die Regelung des Rücktransportes von Gefangenen und letztendlich um deren Beeinflussung stritten[116], machte sich der *Zusammenbruch der Mittelmächte* auch *an den Internierungsorten des früheren Zarenreiches* bemerkbar. Feldkurat Karl Drexel „ereilte" im „weißen" Sibirien die Nachricht von den Vorgängen in Zentraleuropa. Die tschechoslowakischen Legionäre hielten in Petropavlovsk eine Parade ab. Ihr Kommandant gab dabei seinen Männern bekannt, daß man „erreicht habe, was man wolle": „Die Macht Österreichs" sei „gebrochen und die goldene Sonne der Freiheit" gehe „leuchtend auf über dem heiligen Kreml". Seine Ansprache hörten auch Tschechen, die aus dem Lager gekommen waren. Dort lösten die Neuigkeiten zunächst Unruhe aus. Die Offiziere sahen sich vielfach um ihre Zukunft gebracht. Eine Armee, der sie sich auch weiterhin verpflichtet fühlten, löste sich auf. „Wo würden sie ihr Brot verdienen", und wie mochte es in diesem Augenblick „ihren Frauen und Kindern ergehen"?[117] Die ethnischen Spannungen hatten sich während der Gefangenschaft verschärft und im Sommer 1918 ihren Höhepunkt gefunden. Nun gingen die Wege auseinander. Unter den Ungarn überwog nicht selten Zuversicht. Mit dem Entstehen eines „selbständigen Gemeinwesens" ging für viele ein alter Wunsch in Erfüllung. Andere Stimmungen herrschten unter den Deutschösterreichern vor. In Karl Drexels Erinnerungen heißt es dazu: „Wir litten damals am meisten; die Alpenländer mit Wien sollten einen kleinen Staat bilden. Würden sie sich halten können? Oder wird gar die von Moskau täglich angekündigte und geförderte Revolution siegen? Noch schlimmer schien das Los der Sudetendeutschen, die aus den täglichen Erfahrungen im Lager sich eine Vorstellung machen konnten, was sie zu erwarten hätten, wenn die Tschechen ihre Herren würden [!]. In jenen Tagen entstand zwischen uns deutschen Österreichern eine stärkere Bindung."[118] Derlei Sentiments traten jedoch vor allem bei den höheren Diensträngen zutage. „Die seelische Verfassung der Mannschaft", fügte demnach

---

113 Ende 1919 gab es zirka 25 Zweigstellen des Austrosowjets. – Reisberg, Österreichische Kommunisten und Internationalisten 29.

114 Kreiner 69ff.; Reisberg, Österreichische Kommunisten und Internationalisten 29.

115 Pardon/Shurawljow, Bd. 1, 367f. und 371f.

116 Kreiner 68f.

117 Drexel, Feldkurat in Sibirien 181.

118 Ebd. 184.

Drexel einschränkend hinzu, „zeigte eine andere Färbung. Mehr als die Hälfte hatte der Tod aus ihren Reihen gerissen. Die Lebenden wollten heimkommen. Daß sie dort wieder ihr Vieh pflegen, die Äcker bestellen, in ihrer Werkstatt oder in der Fabrik arbeiten würden, stand für sie außer Frage. Die Sorge um das Volk und die Bildung des neuen Staates überließen sie anderen, die davon mehr verstanden."[119]

Ähnliches hatte Fritz Willfort aus dem mittelasiatischen Skobelev zu vermelden, wenn auch unter völlig unterschiedlichen politischen Bedingungen. Hier war ein in Taškent gebildetes „Kommunistisches Komitee der ausländischen Arbeiter und Bauern" aktiv geworden, das von den Sowjetbehörden unterstützt und als höchste Vertretungskörperschaft der Gefangenen anerkannt wurde. Mit zahlreichen Vollmachten ausgestattet schritten die Internationalisten umgehend zur Tat. Die deutschen und österreichisch-ungarischen Offiziere verloren die ihnen noch verbliebenen „Freiheiten"; eine strengere Bewachung der „gefährlichen Konterrevolutionäre" trat in Kraft, während man ein „Lagerkomitee auf demokratischer Basis" wählen ließ.[120] Als die Redner der KP in den darauffolgenden Tagen versuchten neuerlich Soldaten für die Rote Armee zu rekrutieren, verhielt sich die Menge aber erwartungsgemäß passiv. Ein „einfacher ungarischer Bauer", schreibt Willfort, brachte die Versammelten durch seine „treuherzigen Worte" auf seine Seite: „Was kümmert uns Kriegsgefangene hier eure Politik, für uns gibt es nur einen Wunsch, nach Hause zu kommen!"[121] Die Anhänger Lenins lenkten ein. Ein eigenes Gremium, versprach man, werde sich um den „ehebaldigsten Abtransport in die Heimat" bemühen.[122]

Damit lagen die Kommunisten in Turkestan ganz auf der Linie des Austrsowjets in Moskau, der versicherte, die Lage der Heeresangehörigen des zerfallenden Vierbundes zu verbessern und deren Heimkehr in Bewegung zu setzen. In einem am 23. 11. von der Pravda abgedruckten Aufruf brachte der österreichisch-ungarische Rat seine Intentionen dann noch deutlicher zum Ausdruck: „Ihr könnt nicht länger warten! Die Flamme der Revolution schlägt schon über ganz Europa zusammen." Nachdem „die Kaiser und Könige gestürzt worden sind, sollen *alle nach Hause zurückkehren*"; die einzige Aufgabe der KP-Gefolgschaft sei es, jene Gefangenen, „die sich noch auf russischem Territorium" befänden, „so schnell wie möglich nach Hause zu schicken, damit sie dort zu Soldaten der proletarischen Revolution" würden.[123] Deutsche, Österreicher und Ungarn, die in den Sowjetstreitkräften ihren Dienst versahen, zeigten sich diesbezüglich aber ungehalten. Als Mel-

119 Ebd. 182.

120 Willfort 218ff.

121 Ebd. 225.

122 Ebd. 225f.

123 Józsa, Ungarn und die ungarischen Bolschewiken 189ff. Siehe außerdem: Striegnitz, Deutsche Internationalisten in Sowjetrußland 223.

dungen über die Evakuierung der in den Lagern Verbliebenen die Kampfschauplätze im vormaligen Romanovimperium erreichten, empörten sich die „ausländischen Rotarmisten". Falls die Repatriierung durchgeführt werde, erklärten die Taškenter Internationalisten, sei zu verlangen, „daß zuerst die Proletarier, welche bis jetzt im Kampfe für die Revolution an der Front gestanden" seien, sowie die „klassenbewußten, organisierten Arbeiter an die Reihe" kämen. Die indifferente Masse sollte hingegen „als letzte aus Turkestan abbefördert" werden.[124] Im Hinblick darauf wandte sich gegen Ende Dezember 1918 die CFIG mit folgenden Worten an die Nichtrussen in den bewaffneten Verbänden der „Rätemacht": „Am 27. November gab der Oberbefehlshaber der Roten Armee der Sowjetrepublik im Einvernehmen mit dem Rat der Volkskommissare einen Befehl heraus", laut welchem alle Angehörigen der Roten Armee, die aus Ländern stammen, „wohin die Flamme der Revolution schon übergegriffen hat, wenn auch vorläufig nur als Bourgeoisierevolution, womöglich in diese Länder als eine neue Front der internationalen kommunistischen Revolution zu schicken" sind.[125] Dementsprechend verfügte der revolutionäre Kriegsrat der RSFSR, die freiwillig dem Militär „beigetretenen kriegsgefangenen Bürger ausländischer Staatsangehörigkeit" auf ihren Wunsch hin „nach Ablauf der vertraglich eingegangenen Frist oder sechs Monate nach ihrem Eintritt" in die probolschewistischen Heeresformationen zu entlassen.[126]

Solchen Entscheidungen vermochte allerdings gerade die Zentrale Föderation anfangs wenig abzugewinnen. Von den Internationalisten forderte man, auf ihrem Posten zu bleiben. Da jedoch immer häufiger „der Wunsch geäußert wurde", an die westlichen Grenzen des sowjetischen Einflußbereiches „verlegt zu werden oder nach Hause fahren zu dürfen", schlugen Verwaltungsorgane und Parteifunktionäre gleichermaßen vor die deutschen, österreichischen und ungarischen Rotarmisten in der Ukraine zu konzentrieren.[127] Der Plan wurde in Absprache mit Lev D. Trockij bereits verwirklicht[128], als selbst die Kader der CFIG in Moskau ihre Koffer packten.

Béla Kun und seine Mitstreiter hatten sich im Laufe der vergangenen Monate völlig von der Sozialdemokratie gelöst. Zugleich stellten sie sich eindeutiger als zu Beginn des Jahres 1918 in den Dienst der Politik. Private Gründe waren im Jänner noch gewichtige Motive gewesen, Rußland zu verlassen. Nun sahen Kuns Männer ihre Abreise aus Moskau lediglich als Verlagerung ihrer Aktivitäten von einem Schauplatz der Weltrevolution zum anderen. Die Rückkehr auf das Territorium der untergehenden k.u.k. Monarchie besprach

124 RCChIDNI, f. 549, op. 1, d. 60; vgl. Islamov 251.
125 Pardon/Shurawljow, Bd. 1, 219.
126 Ebd. 232f.
127 RCChIDNI, f. 549, op. 1, d. 5 und 17; vgl. Islamov 254f.
128 RCChIDNI, f. 549, op. 4, d. 18.

man mit Lenin, Sverdlov und Bucharin. Mit großer Sicherheit ging es dabei um finanzielle und technische Fragen.[129] Über das Ziel bestanden im wesentlichen keine Auffassungsunterschiede. Eine selbständige KP Ungarns galt es aufzubauen. In einer Sitzung im Hotel Dresden am 24. und 25. Oktober wurden dazu die Voraussetzungen geschaffen, wobei auch nur der äußere Schein möglicher nationaler Aspirationen von vornherein vermieden wurde. Man orientierte sich daher an den Ländern der Stefanskrone und lud Südslawen, Slowaken und Rumänen zur Konstituierung einer Partei ein[130], die am 4. November in Moskau de jure entstand, um einige Wochen später in Budapest schließlich de facto ins Leben gerufen zu werden. Mit Rücksicht auf die „Minoritäten" wählte man neben Béla Kun, Károly Vántus und Ernö Pór demgemäß unter anderen Ariton Pescariu von der rumänischen sowie Ivan Matuzović und Franjo Drobnik von der südslawischen Sektion der RKP(b) in das Zentralkomitee der neuen Organisation.[131]

Im gleichen Atemzug wiesen die ZK-Mitglieder darauf hin, daß sie ihre „ungarländische" Vereinigung als Teil einer Kommunistischen Internationale betrachteten, deren Gründung die Kremlherren nachdrücklicher als in den vergangenen Monaten verfolgten.[132] Die Gefolgschaft der Bol'ševiki unter den früheren Soldaten der Habsburger- und Hohenzollernarmeen kam in diesem Zusammenhang zu der Übereinkunft, die „Agenden einer internationalen sozialen Revolution" den Russen anzuvertrauen, wodurch nicht zum ersten Mal die Führungsposition Moskaus innerhalb der Komintern vorweggenommen wurde.[133] Dementsprechend blieb auch die ungarische Gruppe bei der RKP(b) bestehen, an deren Spitze Endre Rudnyánszky trat.[134] Dieser sollte sich um die in der RSFSR bleibenden „Genossen" kümmern. Das Gros der „Parteiarbeiter" wurde jedoch aufgefordert, in die „Heimat" zurückzukehren. Die ersten vierzig bis fünfzig Mann, darunter Ernö Seidler und Mátyás Rákosi, waren bereits abgereist.[135] Weitere folgten.[136] Zu ihnen gehörten Károly Vántus, Ferenc Jancsik, József Rabinovics, Sándor Kellner, Gábor Mészáros, vor allem aber Ferenc Münnich und Béla Kun. Danach machte sich Tibor Szamuely auf den Weg.[137] Er, Kun und Ernö Pór erhielten aller Wahrscheinlichkeit von Lenin, Čičerin und

129 Borsányi 72f.

130 Józsa, Ungarn und die ungarischen Bolschewiken 163f.

131 Borsányi 75; Mihályhegyi 79.

132 Kovrig 24.

133 Pastor, One Step Forward, Two Steps Back 90; vgl. Borsányi 74.

134 Ebd.

135 Józsa, Ungarn und die ungarischen Bolschewiken 164; Borsányi 72.

136 Nach Angaben von Ivan Völgyes trafen aus Rußland während der zweiten und dritten Novemberwoche zwei- und fünfhundert KP-Leute in Ungarn ein. – Völgyes, The Hungarian Dictatorship of 1919; Pastor, One Step Forward, Two Steps Back 91; Józsa, Ungarn und die ungarischen Bolschewiken 164f.; Mihályhegyi 79.

137 Józsa, Ungarn und die ungarischen Bolschewiken 164; Borsányi 76.

Radek letzte Instruktionen. „Verhandlungsgegenstand" dürfte nun der erste Kongreß der III. Internationale gewesen sein. Szamuely wurde beauftragt in die Schweiz zu fahren; zuvor sollte er Karl Liebknecht in Berlin treffen. Béla Kun schickte man aus, um Friedrich Adler in Wien für die Pläne Lenins zu gewinnen.[138]

Indessen warnte speziell Radek vor einer „bloßen Nachahmung russischer Vorbilder im ersten Stadium" der mitteleuropäischen Revolution.[139] Derartige Einwände waren angesichts der von Kun zuletzt veröffentlichten Artikel nur zu verständlich. Dieser orientierte sich nämlich weitestgehend an den Entwicklungen im ehemaligen Zarenreich, betrachtete die „russische Diktatur des Proletariats" als Modell für Ungarn und verglich das Kabinett Károlyi mit der Kerenskij-Regierung.[140] Aus der Sicht der Bol'ševiki erwies sich Kuns Plädoyer für die Schaffung einer straffen Kaderpartei abseits der Sozialdemokratie als durchaus zweckdienlich; in der Einschätzung revolutionärer Potentiale Zentraleuropas sowie in der Bewertung sozialpolitischer Maßnahmen bestanden jedoch erhebliche Differenzen. Béla Kun nahm die „Verstaatlichung aller Produktionsmittel" unter Einschluß der landwirtschaftlichen Nutzflächen in Aussicht. Ein durchaus nicht unumstrittener Gedanke.[141] Für langwierige Debatten hatte man in den hektischen Novembertagen allerdings keine Zeit. Am 6. 11. verließ Kun Moskau in Begleitung von Károlyi Vántus, György Nánássy und Árpad Feckó.[142] Rudnyánszky übernahm nun auch den Vorsitz in der CFIG.[143]

Ähnlich wie die ungarische KP-Sektion blieben demgemäß gleichfalls alle anderen ausländischen Gruppen bei der Kommunistischen Partei Rußlands bestehen. Deren Spitzenfunktionäre aber bestiegen die Züge nach Westen. Etwa Nikola Kovačević, Vladimir Ćopić, Franjo Drobnik und Ivan Matuzović, die mit sechzig weiteren Südslawen Ende 1918 aufbrachen.[144] Ihre Sektion bei der RKP(b) hatte Anfang November beschlossen den Schwerpunkt ihrer Arbeit in den entstehenden SHS-Staat zu verlegen, wo man eine Kommunistische Partei schaffen und nach Möglichkeit zu deren Gunsten den Umsturz im Lande herbeiführen wollte.[145]

Mit vergleichbaren Anweisungen stattete Lenin am 10. und 12. 11. auch Alois Muna vor seiner Abfahrt in die ČSR aus.[146] In Prag wollten die Bol'ševiki den Regimewechsel sogar

138 Borsányi 76.
139 Chamberlin, Bd. 2, 358.
140 Kovrig 24; Völgyes, The Hungarian Dictatorship of 1919 60.
141 Ebd.
142 Borsányi 76.
143 Kovrig 24.
144 Zelenin 339.
145 Avakumovic 23.
146 Zinner 26.

mit Hilfe der Legionäre in Szene setzen. Immerhin, erklärte Lev Trockij am 3. November, handle es sich mehrheitlich um „irregeleitete tschechische Arbeiter und Bauern". Nun habe man alles daran zu setzen, „das Blutvergießen an der Wolga und im Ural zu beenden"; den Družinisten, die „einsehen müßten, daß sie von den englischen, französischen beziehungsweise russischen Imperialisten verkauft" würden, sei ein Bündnis mit den Sowjets anzuraten; „ihre Rückkehr nach der Heimat, welche", so die Worte des Volkskommissars für Heerwesen, „jetzt eine Periode des revolutionären Aufschwungs durchmache", war mit allen Mitteln zu erleichtern.[147]

Zwei Wochen nach Trockijs Order berief dann auch die deutsche Sektion ihre „Agitatoren" telegraphisch an die Moskva. Unter ihnen suchte man jene, die sofort nach Hause geschickt werden sollten. Am 7.12.1918 hieß es in einem Bericht, daß allein im Monat November 58 deutsche Kommunisten „abkommandiert worden" seien.[148] Wie bei den anderen ausländischen Gruppen der RKP(b) fiel die Wahl zunächst auf die Führungsriege. Zu ihr zählten mehrere Österreicher wie Karl Tomann und Gilbert Melcher. Sie sensibilisierte Karl Radek gleichfalls für die Gefahren einer simplen Kopie des russischen Modells. „Selbst die Stellungnahme zur Nationalversammlung" riet er an Ort und Stelle zu entscheiden.[149]

Mitglieder der aus dem untergehenden Hohenzollernreich ausgewiesenen Gesandtschaft unter Adolf Joffe waren inzwischen als Gastdelegierte für die bevorstehenden Konferenzen der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands sowie des Spartakusbundes vorgesehen. Gemeinsam mit Radek, welcher sich der für den Kreml besonders wichtigen Mission anschloß, trachtete man solcherart die diplomatischen Beziehungen zu Berlin wiederherzustellen. An der Demarkationslinie gab es für die „Moskauer Emissäre" aber kein Weiterkommen.[150] In Minsk trafen die gescheiterten Sowjetdiplomaten auf Ernst Reuter und Werner Rakow, die beabsichtigten an den Tagungen der Liebknecht-Anhänger teilzunehmen. Nach Rücksprache mit Lenin versuchte nun Radek neben anderen mit Reuter und Rakow die Grenze zu passieren.[151] An der letzten sowjetischen Bahnstation wurde ein Schlitten gemietet. Als heimkehrende österreichische Kriegsgefangene verkleidet zogen

147 Trotzki, Die Geburt der Roten Armee 144.

148 Pardon/Shurawljow, Bd. 1, 213. Siehe dazu auch RCChIDNI, f. 549, op. 4, d. 2 und 18.

149 Reisberg, Österreichische Kommunisten und Internationalisten 29f.

150 Brandt/Löwenthal 111f.

151 Laut Hermann Weber sollte mit Karl Radek auch Hermann Osterloh von der deutschen Gruppe der RKP(b) den sowjetischen Einflußbereich verlassen. Osterloh wurde aber an der Grenze zurückgeschickt und kam erst Mitte 1919 nach Deutschland. Weber äußert sich überdies nicht näher zur Zahl jener, die Radek auf seiner Fahrt begleiteten. Genauere Angaben macht diesbezüglich Heinz Höhne, welcher, bezugnehmend auf die Studie von Werner T. Angress über die „Kampfzeit der KPD", versichert, daß sich Radek, Reuter und Rakow noch eine weitere Person angeschlossen habe,

sie durch das Niemandsland des deutschen Rückzuges. In Vilna wurden „für 20 Mark die ersten falschen Papiere gekauft – es waren Entlausungsscheine. Mit ihnen bewiesen sie in dem allgemeinen Durcheinander ihre Identität.“[152]

Nichtsdestoweniger war während der Zugfahrt über die Reichsgrenze bei Eydtkuhnen und weiter nach Königsberg bis Berlin größte Aufmerksamkeit geboten. Die deutschen Heeresstellen reagierten nervös. Das Oberost empfahl dem Auswärtigen Amt, den organisierten Bolschewisten und insbesondere den Repräsentanten der revolutionären Gefangenenkomitees in der RSFSR die Einreise zu verbieten.[153] Wie ein „drohendes Vermächtnis“ für die Nachfolgestaaten der Donaumonarchie erschien aus der Sicht kaiserlicher Beamter wenige Tage zuvor auch eine Benachrichtigung des k.k. Innenressorts durch das österreichisch-ungarische Außenministerium. Darin hieß es am 11. November 1918: „Einer aus verläßlicher Quelle stammenden Meldung zufolge“ sollen revolutionäre Aktivitäten „demnächst mit verstärkter Kraft einsetzen. 4.000 von den in Rußland zurückgebliebenen Kriegsgefangenen, für welche eigene Propagandakurse eingerichtet wurden, sollen teils zu unseren Truppen in der Ukraine, teils nach dem Alföld geschmuggelt werden, um die Zersetzungsarbeit zu beginnen.“[154].

deren Identität sich heute jedoch nicht mehr rekonstruieren lasse. – Höhne, Der Krieg im Dunkeln 251f. Über Osterloh siehe: Weber, Die Wandlung des deutschen Kommunismus, Bd. 2, 241 und RCChIDNI, f. 17, op. 4, d. 101.

152 Brandt/Löwenthal 112f.; Höhne, Der Krieg im Dunkeln 252.

153 Pardon/Shurawljow, Bd. 1, 199.

154 ÖSTA/AVA, MdI/Präs. 1918: Fasz. 2080. 22. Unruhen und Exzesse, Zl. 24717.

MOSKAUER SCHATTEN

Export und Wirkung der „Oktoberideen" 1918/19

REVOLUTIONÄRE POTENTIALE

Jemand rüttelte Radek unsanft aus dem Schlaf. Hinter Königsberg hatte ihn die Müdigkeit übermannt. Nun schlug ihm einer mit knochigem Handrücken gegen die Wange, Reuter, wie sich zeigte, der auf ein Schild deutete, das hinter der Schwärze der verdreckten Fenster des Zugabteils vorüber schwankte. „Berlin" stand darauf, welcher Bahnhof es war, blieb unleserlich. Wie in Vilna vereinbart, trennten sich die Wege der Reisegefährten. Radek verschwand in einer der stinkenden Bahnhofstoiletten. Er riß sich die k.u.k. Montur vom Leib und stieg in eine schwarze Hose, die er, mitsamt einem schon recht abgewetzten Sakko, in seinem Bündel bei sich führte. Aus dem österreichischen Heimkehrer wurde ein Zivilist, dessen Erscheinungsbild in eine vom Umbruch gekennzeichnete Metropole gleichermaßen paßte wie das eines ehemaligen Kriegsgefangenen. Prüfend betrachtete er sich im fleckigen Spiegel vor der Kabinentür: wirres Haar, ein Dreitagebart, gerötete Augen hinter runden, nickelumrandeten Gläsern. Mit einem Mal fühlte sich Radek, ein Kosmopolit, der für gewöhnlich überall wie ein Einheimischer auftrat, allein und beinahe etwas hilflos. Wer war jetzt da für ihn, bei wem sollte er anlaufen, wo wartete einer auf ihn mit offenen Armen?[1]

Immerhin mußten ihn die Straßenszenen zuversichtlich stimmen. Deutschland befand sich im Zustand einer Revolution, deren Strömungen er bis jetzt zwar nur erahnte, die in vieler Hinsicht aber von ihm herbeigewünscht worden war. Folgen eines viereinhalbjährigen Massenschlachtens hinterließen allerorts ihre Spuren. Die Instabilität der Wendezeit vermochte zum Wurzelgrund jener Entwicklung zu werden, die den Weggefährten Lenins in die Hände zu arbeiten schien. „Über der Stadt hängt eine schwere Wolke. Schwefliges Licht zuckt in ihrem Grau, die Ränder sind rotgesäumt. Es endet wie's enden mußte. Oder hat irgendwer geglaubt, der himmelhoch gehäufte Unflat des Krieges würde in ruhiger Arbeit wieder abgetragen und, mit Beobachtung hygienischer Vorsichten, in die Senkgrube des Vergessens geschüttet werden?", fragte Alfred Polgar in den Wochen, als Karl Radek auf Berliner Boden Fuß zu fassen versuchte.[2]

---

1 Heym 235f.

2 Polgar 85. Siehe dazu auch: Zweig 334–339.

Polgar schrieb über Wien. Seine Worte trafen jedoch ebenso auf die Verhältnisse anderswo zu.[3] In Ungarn etwa verursachten unterbrochene Verkehrsverbindungen, die alliierte Blockade, die Unterbindung der verflochtenen Beziehungen zu Österreich, die militärische Besetzung weiter Landstriche im Süden, Osten und Norden, der damit verbundene Roh- und Brennstoffmangel sowie der fast vollständige Ausfall der Industrieproduktion ein Wirtschaftschaos größten Ausmaßes. Arbeitslosigkeit sowie eine Masse von Flüchtlingen und demobilisierten Soldaten belasteten des weiteren den völlig zerrütteten Staatshaushalt. Budapest nahm indessen die Engpässe in der Lebensmittelversorgung mit wachsender Verbitterung auf. Nicht selten gab man den Großbauern die Schuld an der Misere. Tatsächlich war die Lage am Land nicht weniger verworren als in den Städten. Viele Gutsherren weigerten sich ihre Felder angesichts der drohenden Bodenreform zu bestellen. Wegen des „Ausbleibens der versprochenen Umverteilung des Ackerlandes wuchs zugleich die Ungeduld des Landproletariats". Ein geradezu explosives Klima entstand.[4]

Derartige Spannungen überschatteten auch die gerade entstandene „Alpenrepublik". Während der vorangegangenen Jahre hatte der militärische Requisitionsapparat die „demokratischen Neigungen der Bauern verstärkt und selbst radikaler Propaganda zugänglich gemacht".[5] Es überrascht daher kaum, daß die Ereignisse im November 1918 in den Agrargebieten zumeist begrüßt wurden und die dort Gebürtigen eine Aufteilung des Großgrundbesitzes und der Herrenwälder erwarteten.[6] Unvergleichlich kritischer war die Lage allerdings in den Ballungszentren. Signifikant hierfür sind die Tagebuchaufzeichnungen von Harold Nicolson, Mitglied der britischen Friedensdelegation, der Anfang April seine Fahrt in das Zentrum der untergegangenen Habsburgermonarchie folgendermaßen skizzierte: „Die Vorortezüge sind gestopft voll mit Menschen, und fast alle Fensterscheiben sind zerbrochen. Es verkehren nur etwa vier am Tage wegen Kohlenknappheit. Alle Leute sehen sehr hager und gelb aus: keine Fettnahrung seit vier Jahren. [...] Gegen 10 Uhr Ankunft in Wien. [...] Die Stadt macht einen verwahrlosten Eindruck: Papier liegt herum, die Rasenplätze um die Denkmäler sind mit Abfall besät, viele Fenster sind zerbrochen und mit Brettern vernagelt. Die Leute in den Straßen sind niedergeschlagen und schlecht gekleidet; sie starren uns erstaunt an ... Ich habe das Gefühl, daß mein rundliches Apfelgesicht eine Beleidigung ist für dieses armselige Volk ..."[7] Die von Nicolson festgehaltene Tristesse hatte verschiedene Ursachen. Ökonomische Probleme, verstärkt

---

3 Ebd. 90ff.

4 Hoensch, Geschichte Ungarns 89. Vgl. Pastor, The Home Front in Hungary 132; Vermes 46.

5 Botz, Gewalt in der Politik 42.

6 Ebd.

7 Zit. nach Andics, Der Staat, den keiner wollte 39.

durch Geldentwertung, Exporthemmnisse durch die „Autarkiepolitik" der Nachfolgestaaten Österreich-Ungarns und die Desorganisation des Verkehrswesens vergrößerten das soziale Elend. Es kam zu „einem katastrophalen Ansteigen der Sterblichkeit durch Hunger, epidemische Krankheiten und Tuberkulose, wobei besonders die Säuglingssterblichkeit mit rund 25 Prozent einen beängstigenden Höchststand erreichte".[8] Zugleich blieben dringend notwendige Warentransporte aus. Ganze Kolonnen von Wienern begegneten deshalb der um sich greifenden Not auf ihre Weise: Durch wilde Schlägerungen im Wienerwald wollte man den Heizbedarf decken; der „Schleichhandel mit Lebensmitteln nahm solche Dimensionen an, daß die Bezirkshauptmannschaft Klosterneuburg im Juli 1919 die vollständige Einstellung des ‚Rucksackverkehrs' verfügte. Dieses ‚Rucksackverbot' wurde am 1. 8. auf ganz Niederösterreich ausgedehnt."[9] Die Wirtschaftskrise führte außerdem zur Schließung zahlreicher Fabriken, wodurch die Zahl derer, die keine Beschäftigung fand, ständig stieg. Die Mannschaften der abgerüsteten Armeen vermehrten zudem täglich das Heer der Unzufriedenen.[10]

Nicht nur in Österreich regten sich angesichts solcher Lebensbedingungen Zweifel an der bestehenden Ordnung. Man mußte sich mit der Möglichkeit befassen, daß „unter dem Druck des Hungers die schwachen Revolutionsregierungen" in Berlin, Wien und Budapest zusammenbrechen würden. Im großen und ganzen entsprachen Überlegungen dieser Art auch den Gedanken des späteren US-Präsidenten Herbert Hoover, welcher gegen Ende des Jahres 1918 sein „Hilfsprogramm für Europa" umzusetzen begann. „Anarchie würde die Folge sein", schrieb Hoover in seinen Memoiren; und „nach dem Waffenstillstand dämmerte die Furcht vor einem noch gewaltigeren Feind der Freiheit [!] auf, als es die Anarchie sein konnte, die letzten Endes eine nicht organisierte Kraft ist. Der Kommunismus, der Rußland erobert hatte, war eine neue Form der organisierten Zerstörung der Freiheit. Auch dort", fuhr Hoover fort, „hatte die Rachsucht selber die Führung an sich gerissen. Die Kommunisten hatten die Goldreserven der Zaren in Händen, ihre Agenten tauchten überall in Europa auf und schürten neue Revolutionen. Bald war es uns klar, daß ihr Gift [!] in beunruhigender Weise in allen hungernden Völkern zu wirken begann. Hier drohte uns eine Niederlage, und es sah so aus, als hätten wir umsonst für die Freiheit gekämpft."[11]

Die Agenten, vor denen sich einflußreiche alliierte Kreise zu schützen beabsichtigten, sahen indessen im einstmaligen Herrschaftsgebiet der Hohenzollern und Habsburger mit

8 Czeike 1046.

9 Kernbauer/März/Weber 346.

10 Andics, Der Staat, den keiner wollte 28.

11 Hoover, Memoiren 254.

gutem Grund gesellschaftliche Konflikte heranreifen, welche – von Streiks, Aufständen und Demonstrationen begleitet und durch die Radikalität als Konsequenz mehrjähriger Kriegshandlungen verschärft – die KP-Gefolgschaft begünstigten.[12] „Moskaus Emissäre“ wie Karl Radek stimmten darin mit der Führung im Kreml überein. Letztere, welche ohnehin den Vorgängen in Deutschland eine herausragende Bedeutung beimaß, betrachtete demnach über Jahre hinweg Zentraleuropa als „Herd der Weltrevolution“.[13] Hier, hieß es 1920, wirken nicht nur „der hoffnungslose Zustand des Kapitalismus und „die verhältnismäßige Nähe Rußlands“, auch „die psychologische Bereitschaft der Volksmassen“ treibt „immer mehr zum Umsturz.“[14]

Nicht bloß aus der Sicht der Sowjetregierung hatten daran die *Heimkehrer von der Front und aus der Gefangenschaft* besonderen Anteil. Viele von ihnen befanden sich in einer bedrohlichen Existenzkrise und hielten bereitwillig zu den rasch wachsenden Protestbewegungen.[15]

Diejenigen, welche aus dem Machtbereich der Bol'ševiki kamen, vermochten obendrein mit der Autorität des „*Revolutionszeugen*“ aufzutreten. Hatten sie sich den „Oktoberideen“ verschrieben, so halfen ihnen Richtungsstreitigkeiten innerhalb der Sozialdemokratie und die Sympathien der Arbeiterschaft für die RKP(b) gleichermaßen wie die unzulänglichen Informationsmöglichkeiten, die vielfach dazu beitrugen, die Partei Lenins und die entstehende III. Internationale zum Mythos zu stilisieren oder zum Schreckbild zu verzerren.[16] Ehemalige Gefangene fühlten sich in dieser Atmosphäre berufen ihre „Sachkompetenz“ herauszukehren. „Ich war entsetzt“, erklärte Alexander Täubler, „als ich am 15. Jänner 1919 von Moskau nach Wien zurückkam und sah, wie auch die sozialistische Presse über Rußland schreibt, und wie verkehrt selbst sehr gescheite Genossen urteilen und dabei an ihren mißratenen Phantasiegebilden mit unerschütterlichem Glauben hängen. Wo eine jahrelange systematische Lügenkampagne in den Gehirnen derartige Verwüstungen angerichtet hat, kann auch der kleinste Beitrag aus eigenem Erleben zu einer Betrachtung der russischen Revolution einen kleinen Anstoß geben.“[17] Täubler faßte seine Ansichten in einer Broschüre zusammen, die er als „Verteidigung der Bolschewiki“ verstanden wissen wollte.[18] Andere traten als Redner bei Versammlungen auf, um ihre Erfahrungen im ehemaligen Zarenreich zu schildern, die Rolle der Internationalisten in der Roten Armee zu würdigen und das Verhal-

---

12 Lindemann 298; McDermott/Agnew 1; Nollau 39f.; Vermes 47; Weber, Kommunistische Internationale 12f.

13 Bak 551.

14 Kommunismus, 1. Jg., 5. Heft (22.2.1920) 128.

15 Gruber 117.

16 Hájek/Mejdrová 23.

17 Täubler II.

18 Ebd. Iff.

ten der „Scheidemänner" zu brandmarken.[19] Nicht selten verhalf den heimkehrenden KP-Kadern der Aufenthalt in der „ersten Räterepublik" und der Kontakt zu Lenin zu einem besonderen Charisma, das ihnen auf der politischen Bühne Gewicht verlieh. Dabei fanden des öfteren Legenden Beachtung, die sich um die Taten der CFIG-Funktionäre rankten und von tausenden „Rückläufern" verbreitet wurden.[20]

Während die Gruppe um Béla Kun von der um sie entstandenen Aura profitierte[21], stellten sich anderswo allerdings bald Nachteile ein. Als es gegen Ende der kurzlebigen Münchner Räterepublik zu einer hitzigen Debatte im Hofbräuhaus kam, erhob Ernst Toller beispielsweise Anklage gegen die KP-Leute, „allzu wirksam" von ihren Sowjetpässen Gebrauch zu machen. „Das große Werk der russischen Revolution", so Toller, „verleiht jedem dieser Männer magischen Glanz, erfahrene deutsche Kommunisten starren wie geblendet auf sie. Weil Lenin Russe ist, trauen sie ihnen dessen Fähigkeiten zu. Das Wort ‚In Rußland haben wir es anders gemacht' wirft jeden Beschluß um."[22] Indessen zeigte sich nicht allein in Bayern, daß gerade jene Kräfte, auf die Moskau bei der Durchsetzung seiner revolutionären Ziele setzte, schwer zu lenken waren.

Das Verhalten der ehemaligen Kriegsgefangenen lieferte hierfür einen unwiderlegbaren Beweis. Seit im Jahr 1918 die Repatriierung in großem Umfang eingesetzt hatte, ließ sich eine klare Tendenz beobachten: Lediglich eine verschwindende Minderheit beabsichtigte die Neugestaltung der Herrschaftsverhältnisse nach sowjetischem Vorbild aktiv mitzugestalten. Selbst „agitatorisch Ausgebildete" zogen sich nach ihrer Rückkehr ins Privatleben zurück oder schlossen sich wieder den „Mehrheitssozialisten" an.[23] Gustav Adolf Duda erklärte zum Beispiel in einem Artikel der „Arbeiter-Zeitung" vom 12. Februar 1919, „daß die Verhältnisse in Österreich ganz anders seien" als in der RSFSR. Deshalb rief er „alle Arbeiter auf, speziell die Rußlandheimkehrer, bei den Wahlen in die Nationalversammlung der Sozialdemokratie die Stimmen zu geben". Wie Duda verhielt sich auch Alexander Täubler, der sich aber zur Rechtfertigung der Vorgangsweise Lenins im vormaligen Romanovimperium bemüßigt fühlte und später einer der bedeutendsten Theoretiker des Rätesystems wurde. In Wien jedoch stand Täubler zum Programm der SDAP, deren äußerstem linkem Flügel er bis 1934 zuzuzählen war.[24]

---

19 ÖSTA/AdR, BMfA/NPA, Präsidium, 1919: Liasse Deutschösterreich 14, Zl. 2053, 2823 und 2833. Siehe außerdem: ÖSTA/AdR, BMfA/NPA, Politische Akten, Sonderberichte, Bericht der Landesregierung in Linz vom 15.2.1919; Fremden-Blatt, Nr. 54 (24.2.1919) 4.

20 Borsányi 140.

21 Ebd.

22 Mitchell 286.

23 Hautmann, Anfänge der linksradikalen Bewegung 64; Hitchins, The Rumanian Socialists 128; Pastor, Hungarian POWs in Russia 158f.; Krammer 256.

24 Hautmann, Rätebewegung 190.

Viele verschwanden völlig aus der Öffentlichkeit oder waren bestenfalls vorübergehend Vereinigungen zuzuordnen, welche die Anliegen der Heimkehrer zu vertreten trachteten. Diese hefteten in der Regel allerdings nur für kurze Zeit sozialrevolutionäre Programme auf ihre Fahnen. Bei schnell sinkenden Mitgliederzahlen formten sie sich zu rein wirtschaftlichen Interessenverbänden um.[25]

Daß es den KP-Organisationen nur in bescheidenem Ausmaß gelingen wollte, die Heimkehrer von ihren Programmen zu überzeugen, lag aber keineswegs allein an den sozialen und politischen Gegebenheiten in den jungen mitteleuropäischen Nationalstaaten. Die Konflikte mit den Internationalisten und den Sowjetbehörden hatten bei den meisten „Soldaten in Feindeshand" ihre Spuren hinterlassen. Hinzu kam die langjährige Internierung, die allen Betroffenen, gleich welcher Weltanschauung, zu schaffen machte. Die Gefangenen waren auf verschiedene Art und Weise bemüht gewesen, den Krieg als „Aus-Zeit" zu überwinden und an den Alltag anzuschließen. Solcherart stand von Anfang an die Rhythmik des gewohnten Zivillebens und der Wunsch nach Privatheit im Vordergrund. Sowohl in dichtgedrängten Lagern als auch in den Quartieren an den Arbeitsplätzen wurde nach Formen der „Selbstbewahrung" und Individualisierung gesucht.[26] Mit jedem weiteren Jahr in „gegnerischem Gewahrsam" erwies sich das ständige Gemeinschaftsleben als größere Belastung. Die typische Unausgeglichenheit der „Stacheldrahtkrankheit" trat hervor; Auseinandersetzungen mit jenen, die eine baldige Evakuierung vermeintlich oder tatsächlich behinderten, gewannen an Schärfe.[27] Missionen, die mit der Heimbeförderung der noch in Rußland, Sibirien und Turkestan verbliebenen Heeresangehörigen der sich auflösenden Vierbundarmeen zu tun hatten, wiesen mehrfach auf daraus erwachsende Schwierigkeiten hin. „Die psychische Verfassung" der eigenen Leute, meinten demgemäß Repräsentanten der Republik Österreich in Moskau, „nimmt mitunter Formen an, die an Verfolgungswahn streifen, und jedenfalls ist bei den Kriegsgefangenen die Neigung häufig, ihren besonderen Fall möglichst krass erscheinen zu lassen".[28] Der Umgang mit Soldaten, die mehrere Jahre „in der Gewalt feindlicher Armeen" zugebracht hatten, erwies sich für die offiziellen Stellen als außerordentlich schwierig. Die Verwaltungsinstanzen des Sovnarkom ebenso wie die RKP(b) und ihre ausländischen Sektionen mußten diese Erfahrung ebenfalls machen.

Ließen sich schon aus diesem Grund viele Heimkehrer nur schwer zu einer Einheit auf der Basis ideologischer Übereinkünfte und gemeinsamer Strategien zusammenschweißen, so stießen die „Kremlherren" und ihre Anhänger auch in anderen Bereichen auf beträcht-

25 Ebd.

26 Kriegsgefangen 11.

27 Moritz, Gefangenschaft und Revolution 72.

28 ÖSTA/AdR, BKA/KGF 1921: 3-1/5-2.

liche Hindernisse. Bemühungen, das sozialdemokratische Lager zur Gänze oder wenigstens teilweise auf die Seite der Kommunisten zu ziehen, zeitigten lediglich fallweise die gewünschten Resultate. *Der Einheitsgedanke als Grundsatz der „Internationale"* besaß seit Karl Marx starke Anziehungskraft.[29] Das Jahr 1914, die Verdrängung der „Klassensolidarität" durch die Interessen des Staates und der Nation, stellte zwar eine dauerhafte Irritation für die Mitglieder und Wähler von Linksparteien dar; mehr als vier Jahre des „Völkerringens" trugen jedoch zur weitreichenden Popularisierung einer „allgemeinen Bewegung des Proletariats" bei, welche sich zwischen den einzelnen sozialistischen Organisationen sammelte.[30] Die Großveranstaltung des Berliner Arbeiter- und Soldatenrates vom 10.11.1918 konnte als eindrucksvolle Bestätigung hierfür gewertet werden. Der „Chronist" der deutschen Novemberrevolution, Eduard Bernstein, hielt die Reaktionen der im Zirkus Busch weilenden Deputierten fest: „Nicht enden wollender Jubel" setzte ein, als Friedrich Ebert die Einigung von SPD und USPD über die Bildung einer gemeinsamen provisorischen Regierung bekanntgab. Dieser sollte hingegen nach Meinung der Spartakusleute „nicht nur kein Mitglied der sozialdemokratischen Partei, sondern auch kein Mitglied der Unabhängigen Sozialdemokratie, das zur Verständigung mit jener bereit war", angehören.[31] Wiederholt ergriff unter anderen Karl Liebknecht das Wort, um die „Anerkennung der Mehrheitssozialisten", denen er wegen ihrer Haltung zur kaiserlichen Regierung den „Verrat an der Revolution" zur Last legte, zu verhindern.[32] Dadurch rief er „energischen Widerspruch" hervor. Bernstein weiter in seinen Aufzeichnungen: „Rede und Gegenrede drohten sich ins Endlose hinzuziehen, als schließlich einer der Soldaten sich erhob und unter allgemeiner Zustimmung seiner Kameraden ausrief: ‚Wenn ihr euch nun nicht endlich über die Regierung einigt, werden wir Soldaten allein sie ernennen.' Das führte den Schluß der Debatte herbei, und als es nun zur Abstimmung kam, zeigte sich von neuem, daß die Unversöhnlichen damals nur eine verschwindende Minderheit der Arbeiterschaft für ihre Politik hinter sich hatten. Der Vorschlag des Vorsitzenden Emil Barth, das von den beiden Parteien vorläufig gebildete Kabinett zu bestätigen, ward mit Beifallssturm gegen ganz vereinzelte Stimmen angenommen."[33] Gerade jene, in denen Sympathisanten Lenins gerne die Sprecher der „Massen" erkennen wollten, erteilten Liebknecht eine unmißverständliche Abfuhr. Augenblicklich den Kampf innerhalb der „eigenen Reihen" zu führen, „alte Rechnungen" zu begleichen und von der Sozialdemokratie Abstand zu nehmen, galt als Spaltungsversuch, dem das Gros der „Werktätigen" wenig ab-

29 Braunthal, Geschichte der Internationale 195ff.

30 Hájek/Mejdrová 81.

31 Bernstein 78ff.

32 Ebd.

33 Ebd. 80.

gewinnen konnte.[34] Am linken Rand der österreichischen SDAP wußte man die Zeichen der Zeit zu deuten. Friedrich Adler, am 2. November 1918 aus der Haft entlassen, erklärte: „Wenn heute Leute kommen und finden, jetzt sei der Moment eine neue Partei zu gründen, so sage ich: es war vielleicht vor zwei Jahren ein Moment, wo diese ernsteste Frage höchst aktuell war, heute sind wir, glaube ich, darüber hinweg und wir können innerhalb der Partei wirken für das internationale revolutionäre Programm der Sozialdemokratie."[35]

An deren Rand verfügten potentielle Verbündete der Bol'ševiki anfangs über wenig Einfluß. Splittergruppen, nur lose mit einander verbunden, von unterschiedlichen Vorstellungen geprägt, mehr oder minder stark den Strömungen des west- beziehungsweise mitteleuropäischen Sozialismus verbunden und nur oberflächlich über die Begebenheiten in der RSFSR unterrichtet, boten sich neben den „ausländischen KP-Sektionen" in Rußland als einigermaßen *heterogener Nukleus einer von Moskau initiierten Internationale* an.[36] Nicht nur in Deutschland fehlte es zunächst der extremen Linken, wie Eduard Bernstein bemerkte, an Zusammenhalt und Einfluß[37]; die Situation in anderen Ländern war durchaus vergleichbar. In *Österreich* bestanden unübersehbare taktische wie ideologische Gegensätze zwischen den Kommunisten, den Linksradikalen, zu denen Mitglieder des „Verbandes jugendlicher Arbeiter" sowie der „Freien Vereinigung sozialistischer Studenten" zählten, der jüdischen sozialistischen Arbeiterorganisation „Poale Zion" unter der Führung von Michael Kohn-Ebner und den teilweise anarchosyndikalistischen Gruppen, an deren Spitze unter anderen Leo Rothziegel stand.[38] An der Entstehung der „revolutionären Sozialisten" in *Ungarn*, die seit 1917 gegen die Fortsetzung des Krieges und die „herrschenden Imperialisten" Stellung bezogen, hatten wiederum syndikalistische und anarchistische Kräfte um Ottó Korvin, János Lékai, József Révai und Imre Sallai maßgeblichen Anteil.[39] Vergleichbar mit Österreich traten Kritiker der SD-Parteiführung, die in Verbindung mit dem russischen Emigranten Vladimir Justus zu Vorreitern einer bolschewistischen Orientierung wurden, während des Jännerstreiks stärker in Erscheinung. Trotz ihres Eintretens für das Sowjetmodell blieben sie allerdings in den Arbeiter- und Soldatenräten Ende des Jahres 1918 eine Minderheit.[40] Ähnlich argumentierten lediglich einige weitere Aktivisten abseits als auch innerhalb der Sozialdemokratie. An deren linkem Flügel spra-

---

34 Harman 61.
35 Hautmann, Rätebewegung 258.
36 Gruber 11ff.; Lindemann XIII–XVII und 290ff.
37 Bernstein 80. Siehe auch: Hájek/Mejdrová 26ff.
38 Steiner, Kommunistische Partei 317.
39 Droz, Bd. XII, 10f.; Korvin 17.
40 Tökés, Béla Kun and the Hungarian Soviet Republic 90.

chen sich unter anderen der Rechtsanwalt und Gewerkschaftsführer Jenö Landler sowie der Büroangestellte und sozialistische Journalist Béla Szántó gegen die Koalition unter Mihály Károlyi aus.[41]

Einigermaßen vielschichtig präsentierte sich die Situation auch in *Böhmen und Mähren*. Bei der deutschen SDAP schuf sich die Linke in Reichenberg ein Zentrum, das sich in Streitigkeiten mit einem Bündnis kommunistisch ausgerichteter Zusammenschlüsse verwickelte, welche enge Kontakte zu „extremistischen Kreisen in Dresden" unterhielten.[42] Bei den Tschechen wiederum wurden anarchistische Organisationen tätig, die sich schon zu Beginn des Jahres 1919 als Keimzelle einer künftigen tschechoslowakischen KP verstanden, aufgrund mangelnder Ressourcen vorerst aber wenig bewegen konnten. Nachhaltig beeinflußte währenddessen die nationale Frage sämtliche Fraktionen, die sich auf unterschiedliche Weise mit den Vorstellungen der Bol'ševiki identifizierten. Selbst die tschechischen Anarchisten waren diesbezüglich geteilter Meinung. Einige votierten für einen selbständigen Staat und unterstützten deshalb den Kampf gegen die Donaumonarchie; andere hielten sich davon fern und schufen unabhängige Gruppierungen.[43] Als signifikant erwiesen sich die Äußerungen der Reichenberger Linken, welche die Abspaltung deutscher Gebiete von „der bourgeoisen, Entente-gestützten Tschechoslowakei" und deren Anschluß an das revolutionäre Österreich beziehungsweise Deutschland ventilierten.[44] Noch ernster mußten aber die Debatten um das Selbstbestimmungsrecht in der tschechischen SDAP genommen werden. Sie war als Ableger der österreichischen Sozialdemokratie 1906 entstanden und fünf Jahre später in einen „separatistischen" und einen „zentralistischen" Teil zerfallen.[45] Die Wiedervereinigung beider Richtungen wurde daher zum Hauptziel nach der Entstehung der ČSR. Besonders Bohumír Šmeral[46], der sich im Sinne des Austroslawismus während des Krieges für die Erhaltung Österreich-Ungarns als „demokratische Föderation" eingesetzt hatte, kämpfte nun gegen die nationalistische Stimmung, „deren Erfolg im Arbeitermilieu er beklagte".[47] In den letzten Wochen des Jahres 1918 ließen zudem die Anhänger von Šmeral, der es abgelehnt hatte, ins erste Kabinett der neuen tschechoslowakischen Republik einzutreten, keinen Zweifel an ihren Sympathien für Lenins „Oktoberregime"; indessen versicherte der Parteivorsitzende Antonín Nemec, die „bolschewistischen Methoden aus Rußland nicht nachzuahmen".[48]

41 Lazitch/Drachkovitch, Biographical Dictionary 211 und 393.
42 Fowkes 55ff.
43 Ebd. 57f.
44 Ebd. 56.
45 Kuhn 18; Droz, Bd. XII, 34f.
46 Zu Šmerals Lebensweg siehe: Lazitch/Drachkovitch, Biographical Dictionary 373f. und Korab 130.
47 Droz, Bd. XII, 35.
48 Kuhn 18f.; Zinner 25f.; Korab 131.

Interne Differenzen beschäftigten inzwischen auch die sozialistischen Kräfte des jungen *SHS-Königreiches*. Dessen Landesteile setzten sich bis vor kurzem aus drei souveränen Staaten zusammen.[49] Eine äußerst komplexe Situation stand einer homogenen südslawischen Arbeiterbewegung im Wege. In Slowenien, Kroatien, Slawonien, Istrien und Dalmatien beschäftigte man sich insbesondere mit Problemen in den Betrieben und war im übrigen geneigt, den Austromarxismus hinter sich zu lassen und einen „integrativen Jugoslawismus" zu forcieren. Demgegenüber brachte die mehrheitlich von Linksintellektuellen und der studentischen Jugend getragene SD-Fraktion im weniger industrialisierten Serbien kaum Zeit für Gewerkschafts- und Nationalitätenangelegenheiten auf.[50] Hier, ebenso wie in Bosnien und der Herzegowina, fand dafür die Vorgangsweise Lenins größeren Anklang, während im Norden die auch für andere europäische Regionen üblichen innerparteilichen Zwistigkeiten ausbrachen.[51] Exemplarisch dafür waren die Verhältnisse in der Sozialdemokratischen Partei Kroatiens und Slawoniens (Socijaldemokratska stranka Hrvatske i Slavonije, SDSHS). Jungsozialisten in Zagreb wie Djuro Cvijić, August Cesarec und Miroslav Krleža sympathisierten mit den Machthabern im Kreml. Folglich begrüßten sie die „Oktoberrevolution", wandten sich jedoch entschieden gegen jede Kooperation mit der Bourgeoisie. Damit zielten sie auf die „rechte Mehrheit" in der SDSHS, insbesondere auf den Parteiveteran Vitomir Korać, der soziale Reformen in Absprache mit dem „liberalen Bürgertum" zu verwirklichen suchte und deshalb ein Ministeramt in der jugoslawischen Regierung übernahm.[52]

Nicht allein auf dem Balkan stand demnach den Bol'ševiki lediglich eine uneinheitliche Schar potentieller Gefolgsleute zur Verfügung. Weltanschauliche und taktische Überlegungen sowie einander überlagernde ethnische, soziale, wirtschaftliche und politische Spannungen in den von außerordentlicher Vielfalt gekennzeichneten Regionen Zentral- und Osteuropas entzweiten das linksradikale Lager.[53] Höchst unterschiedliche Gruppen bestimmten solcherart viele Jahre hinweg die Entwicklung junger KP-Organisationen. Die polnischen Kommunisten füllten beispielsweise ihre im Zuge des Krieges zwischen Moskau und Warschau in den Jahren 1919 und 1920 stark dezimierten Reihen mit Mitgliedern verschiedenster Vereinigungen auf. Neben Angehörigen der PPS-Levica und Teilen des ga-

---

49 Droz, Bd. XII, 77; Banac, The Communist Party of Yugoslavia 191.

50 Zur Diskussion über die Nationalitätenfrage innerhalb der Kommunistischen Partei Jugoslawiens in den zwanziger Jahren siehe unter anderem: MacLean 38f.

51 Banac, The Communist Party of Yugoslavia 192f.

52 Ebd. 193f.

53 Berend/Ránki, Die wirtschaftlichen Probleme 350f.; Pastor, Home front in Hungary 130. Den Einfluß ethnischer Konflikte auf die frühe kommunistische Bewegung in Mitteleuropa behandeln zum Beispiel: Jelinek 65–75; Radziejowski 11ff.; Suda 17–29; Lazitch/Drachkovitch 368ff.

lizischen Anhangs der PPS sowie deren gesamtem Komitee von Poznan wurden eine linksorientierte Fraktion der Polnischen Bauernpartei, jüdische sozialistische Gruppierungen wie der „Bund" beziehungsweise „Poale Zion" beziehungsweise die kommunistischen Parteien Oberschlesiens und der Westukraine aufgenommen.[54]

Problematisch mußte der RKP(b) aber nicht nur die Vielzahl sozialistischer Strömungen erscheinen. Fast noch schwerer wogen die *Einwände einflußreicher Persönlichkeiten der linken Sozialdemokratie.* Otto Bauer fand bereits unmittelbar nach seiner Rückkehr aus der sibirischen Gefangenschaft deutliche Worte. Am 28. September 1917 sprach er in einem Brief an Karl Kautsky von der Selbstüberschätzung des russischen Proletariats, dessen Führer, Lenin und Trockij, den Weg der Gewalt gewählt hätten. „Der Aberglaube der Jakobiner an die Allmacht der Guillotine ist in Petersburg wiedererstanden als Aberglaube an die Allmacht der Maschinengewehre", konstatierte Bauer.[55] Als Staatssekretär bekräftigte er seine Distanz gegenüber dem „Oktoberregime" noch einmal durch die „Betonung der Demokratie gegenüber der Diktatur", welche, wie er schrieb, sowohl in „einer Autokratie nach der westlichen Terminologie" als auch in einer Sowjetrepublik ihren Ausdruck finde.[56]

Die Führung der RSFSR sah sich allerdings weniger durch die Stellungnahmen Otto Bauers herausgefordert. Ernster mußten die Auffassungen möglicher Protagonisten der III. Internationale in Mitteleuropa genommen werden. Bohumir Šmeral war beispielsweise nicht vollständig von den Strategien des Kremls zu überzeugen und versuchte einen eigenständigen Weg zu gehen. Demgemäß erteilte er 1920 den tschechoslowakischen Delegierten zum zweiten Kominternkongreß den Auftrag, „Lenin keine Versprechungen zu machen", daß die „bolschewistische Revolution" in die ČSR „exportiert werden könnte".[57] Besonderen Eindruck rief jedoch die Haltung der deutschen Linken hervor. In Moskau erachtete man die Umwandlung des Spartakusbundes in die KPD bereits als eigentliche Gründung der Kommunistischen Internationale.[58] Rosa Luxemburgs Überlegungen gingen aber bekanntermaßen in eine andere Richtung. Obwohl sie den Umwälzungen im ehemaligen Zarenreich grundsätzlich positiv gegenüberstand, zweifelte sie am Erfolg des „Sowjetexperiments" zum gegenwärtigen Zeitpunkt, lehnte die Nationalitätenpolitik der RKP(b) sowie Gewaltmaßnahmen gegen die freie Meinungsäußerung ab und plädierte für die „Vergesellschaftung von Grund und Boden".[59] Von keiner geringen Bedeutung

54 Szafar 18.
55 Löw 20f.
56 Haas, Otto Bauer und die Sowjetunion 77.
57 Korab 131.
58 Reisberg, Lenin und die Zimmerwalder Bewegung 265; Nollau 38.
59 Fülberth 55ff.

waren überdies Luxemburgs Vorbehalte im Hinblick auf den unverzüglichen Aufbau einer neuen Internationale. Diese sollte ihr zufolge von Anfang an den Zusammenschluß mächtiger „Massenparteien" und keineswegs, wie von den Bol'ševiki vorerst akzeptiert, ein Bündnis der in kleinen Gruppen agierenden Berufsrevolutionäre verkörpern.[60]

Letztere verwickelten sich indessen fortwährend in innerparteiliche Diskussionen. Dabei bildete sich jene Strömung aus, die keine einheitliche Plattform bildete, jedoch genug Gemeinsamkeiten aufwies, um als *„linker Kommunismus"* bezeichnet zu werden.[61] Dieser wich hauptsächlich in der Position zum Parlamentarismus, zu den Gewerkschaften und durch die Festlegung der „weltrevolutionären Bewegung" nach rechts von den Auffassungen des Regierungs- und Parteichefs Sowjetrußlands ab, dem obendrein das „langsamere Tempo des Revolutionsprozesses in Westeuropa" und die sich daraus ergebenden taktischen Abweichungen vor Augen geführt wurden.[62] Was Lenin in seinen Schriften bald als Streitigkeiten „im Kreise der Familie" betrachtete und als „Kinderkrankheiten seiner Anhänger"[63] apostrophierte – die Ablehnung der „bürgerlichen Volksvertretungen" und der bestehenden Arbeitervertretungen in den Betrieben[64] –, verwies freilich auf die Meinungsverschiedenheiten unter den Bol'ševiki selbst. Obwohl die Bedrohung der „Räterepublik" durch antisowjetische Kräfte die verschiedenen Fraktionen einte, ging die Parteilinke, die nicht als zeitweilige aufgebaute Oppositionsgruppe, sondern als durchgehende Strömung unter den Mitgliedern der RKP(b) in Erscheinung trat, bei ihrer regelrechten Idealisierung des Kriegskommunismus aus der Sicht „praktisch denkender Leninisten" zu weit. Zwangsrequirierungen in den Dörfern und Bemühungen, landlose Bauern gegen ihre weniger verarmten Nachbarn aufzuhetzen, erwiesen sich als nachteilig. Die Kombedy verschwanden, während die Transformation der Wirtschaft in ein hochzentralisiertes, halbmilitärisches Gefüge zum Erbe der bewaffneten Konflikte nach dem „Oktoberumsturz" wurde.[65] Daraus resultierten wiederum Unstimmigkeiten unter den linken KP-Mitgliedern, von denen manche die „bürokratischen Exzesse" zum Anlaß nahmen, mit einem eigenen Programm hervorzutreten. Nach den außenpolitischen Grundsatzdebatten im Schatten des Brester Friedens verlagerten sich die interfraktionellen Auseinandersetzungen somit auf die Ausführung von Beschlüssen, die Organisation der unteren Ebene des Staatsapparates und die Behandlung ökonomischer Aspekte im allgemeinen.[66]

60 Nollau 38.
61 Lazitch/Drachkovitch, Lenin and the Comintern 253ff.
62 Hájek/Mejdrová 181f.
63 Harman 254.
64 Hájek/Mejdrová 183ff.
65 Daniels 120f.
66 Ebd.

Daß die *Bol'ševiki zunächst in vielen Belangen uneinig* waren, mußten letztlich auch die Kader der CFIG erkennen. Die Haltung der „Smolnyj-Autokraten" zur Verfassungsgebenden Versammlung etwa bot keine Orientierungshilfe. Zunächst nahm die RSDRP(b) an den Wahlen zur Konstituante teil, dann löste sie diese auf. Auch Karl Radek gab den abreisenden Funktionären der Föderation ausländischer KP-Sektionen keine genaueren Richtlinien mit auf den Weg. Über die Teilnahme an der Parlamentsarbeit sollten sie erst nach ihrer Rückkehr beraten. Bucharin und Trockij schlugen hingegen vor die Wahlen zu boykottieren.[67] Welche Lehren sollten unter diesen Bedingungen aus dem *„russischen Beispiel"* gezogen werden?[68]

Lenin selbst, der noch keine „monolithische" Staatspartei führte, wie sie sich im Laufe der zwanziger Jahre in der UdSSR herauszubilden begann, befaßte sich vorrangig mit den russischen Verhältnissen; für die „Aufgaben im Westen" fehlten ihm klare Konzeptionen.[69] Von der Gewißheit geprägt, daß die Zukunft seinen Verbündeten gehören würde, verband der Vorsitzende des Sovnarkom seinen Glauben an die Gesetzmäßigkeit und Kausalität der sozialen Umwälzungen mit einem hohen Maß an realistischer Einschätzung der augenblicklichen Lage. Die Hoffnung auf den „Sieg des Weltproletariats" hinderte ihn demgemäß nicht daran, der nationalen Frage, ähnlich wie die Austromarxisten, einen besonderen Stellenwert einzuräumen.[70] Augenblicklich waren die Begebenheiten in Berlin, Wien oder Budapest jedoch schwer zu analysieren. Zudem hatte sich der Kreml damit zu befassen, seine Macht im ehemaligen Zarenreich zu behaupten. Lenin vermochte deshalb nur mit vagen Andeutungen vor die „fremden Werktätigen" zu treten. „Sie haben hier alle Krankheiten der Revolution erlebt, in der Heimat müssen sie von vorne beginnen. Es wartet viel Arbeit, jede Nation muß auf ihre Weise agieren, obzwar das Ziel überall dasselbe ist", kommentierte er zum Beispiel im März 1919 die Ausgangslage der Kun-Gruppe vor den in Moskau versammelten Internationalisten.[71] Bezeichnenderweise schloß er auch hier mit dem Hinweis auf die Sowjetrepublik. Nach Hause müsse man nun fahren, aber Rußland dürfe auch nicht vergessen werden. Schließlich sei, so Lenin, der „technologische Standard im Ausland" viel höher. Man müsse daher der RSFSR helfen und später gute Fachleute schicken.[72]

Daß die anerkannte „Leitfigur des Bolschewismus" kaum über Schlagwörter hinauskam, schien den früheren Gefangenen in den Reihen der CFIG allerdings ebensowenig aufzufallen wie den anderen Funktionären der allmählich entstehenden KP-Organisatio-

67 Hájek/Mejdrová 183.

68 Siehe dazu auch: Kenez, Coalition Politics 61ff.

69 Löwenthal 177; Borsányi 84.

70 Holzer 168f.; Gruber 14; Watlin 13.

71 RCChIDNI, f. 549, op. 1, d. 1.

72 Ebd.

nen Mittel- und Osteuropas. György Lukács, bald Volkskommissar in der Budapester Sowjetregierung und später einer der führenden Philosophen der Linken, meinte diesbezüglich: „Die Mehrheit der Kommunisten", die aus dem Osten zurückkehrte, verfügte über fast keinerlei „weltanschauliches Rüstzeug"; wenn also danach „in der ungarischen Partei von Leninschen Traditionen gesprochen werden konnte, handelte es sich dabei um etwas, das man aus der Emigration nach Ungarn mitgebracht hatte, denn während der Räterepublik hatte Lenin noch sehr wenig ideologischen Einfluß. Natürlich sahen wir alle als großem Führer der Revolution zu ihm auf, aber wenn es darum geht, was wir tatsächlich von Lenin gelesen haben, muß ich gestehen, daß ich lediglich einige Artikel sowie ‚Staat und Revolution' kannte. Demzufolge waren wir hier [...] sozusagen allein auf uns selbst angewiesen."[73]

Nicht nur Lukács konnte auf diese Weise freilich entgehen, daß im Kreml unmittelbar nach dem Ende des Ersten Weltkrieges noch recht unbestimmte Vorstellungen von der herbeigesehnten „Diktatur des Weltproletariats" existierten.[74] Von den Magyaren gestand Lukács damals einzig und allein Béla Kun ein gewisses „Gefühl für Theorie" zu, eine Fähigkeit, die gerade angesichts der Bedingungen zur Jahreswende 1918/19 nicht unterbewertet werden durfte.[75] Ein äußerst inhomogenes linksradikales Lager, KP-interne Querelen und völlig andere Voraussetzungen in den einzelnen Regionen, welche bis vor kurzem die Habsburger, Hohenzollern und Romanovs unter ihren Kronen vereinten, forderten von Kun ein hohes Maß an Wendigkeit. So sehr er auf das Vorbild der „Oktoberrevolution" pochen und Vergleiche zwischen den Vorgängen in Budapest und Petrograd herstellen mochte[76]; die Voraussetzungen ließen es gar nicht zu, aus ihm einen „gehorsamen Parteisoldaten" zu formen.[77] „Vom ersten Schritt an" blickten „wir" auf Sowjetrußland, schrieb Tibor Szamuely; „ein fertiger Plan, ein fertiges Beispiel stand vor uns."[78] Kun war mit derlei Platitüden wenig geholfen. Das gemeinsame Ziel, „vollkommen standhaft und in marxistischer Weise" den Umsturz herbeizuführen, wie Kun im Jänner 1919 an Lenin schrieb, stand fest.[79] Auch in anderer Hinsicht herrschte Übereinstimmung. „Wir wissen sehr gut, daß unser Schicksal in Deutschland entschieden wird", teilte der frühere Leiter der Föderation ausländischer

73 Ungarn 1919 und Österreich 65f.

74 Löwenthal 177.

75 Ungarn 1919 und Österreich 65.

76 Völgyes, The Hungarian Dictatorship of 1919 61.

77 Völgyes, The Hungarian Soviet Republic 9; ders., The Hungarian Dictatorship of 1919 59; Löwenthal 177.

78 Mócsy 98.

79 Kun, Brüder zur Sonne 8.

Gruppen bei der RKP(b) mit.[80] „Unabhängig davon tun wir aber alles nur Mögliche, um die Übernahme der Macht durch die Arbeiter vorzubereiten."[81]

Mit der Ausrufung der Räterepublik in Ungarn traten dann jedoch die Unterschiede unverkennbar zutage.[82] Territoriale Streitigkeiten mit den Alliierten, Rumänien und der Tschechoslowakei entfachten den Nationalismus. Antiwestliche Gefühle, durch die Haltung der Entente gegenüber Károlyis Kabinett sowie das Herannahen der russischen Sowjetstreitkräfte verstärkt, wurden zu Entscheidungsfaktoren.[83] Die „Wende" in Budapest war schon in dieser Hinsicht nicht mit dem Sturz der Kerenskij-Regierung zu vergleichen. Béla Kun, nunmehr Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten und eigentlicher starker Mann der Budapester Räteführung[84], schien in internationalen Belangen dann eher an Bucharin anzuknüpfen, als er auf den baldigen Umsturz in den benachbarten Gebieten setzte und ein Übereinkommen mit den Verantwortlichen in Paris und London ausschlug.[85] Im Gegensatz zu Lenin bemühte er sich nicht seinem Land eine Atempause in Form eines „Brester Friedens" zu verschaffen, da er ohnehin an den „guten Absichten" seiner Verhandlungspartner zweifelte.[86]

Unbestreitbar besiegelten „externe Ereignisse" das „Schicksal Sowjetungarns"; dennoch schwächten die Kommunisten auch innenpolitische Entscheidungen.[87] Ihre in keinem geringen Ausmaß aus nationalen Gründen erfolgte Vereinigung mit den Sozialdemokraten in der „Sozialistischen Partei Ungarns" (Magyarországi Szocialista Párt, MSzP)[88] beendete keineswegs die Auseinandersetzungen innerhalb der „organisierten Arbeiterbewegung", zumal sich der rechte SD-Flügel von der Allianz überhaupt fernhielt[89] und andere, die der Koalition beitraten, vor allem nach dem Rückzug der Rätetruppen aus der Slowakei, gegen die KP opponierten.[90] Außerdem ging Kuns Partei, die gleichfalls Fraktionskämpfe erschütterten[91], als Minderheit in die MSzP. Deshalb vermochte sie, sehr zum Mißfallen Lenins, dem „russischen Weg", der die Bol'ševiki zur unumschränkten Alleinherrschaft

80 Ebd. 7. Siehe dazu auch: Völgyes, Soviet Russia and Soviet Hungary 161.

81 Ebd 7; vgl. Pastor, Hungary between Wilson and Lenin 112–119.

82 Zu den in den Jahren 1918 bis 1922 durchaus ambivalenten persönlichen Beziehungen zwischen Kun und Lenin siehe: Lazitch/Drachkovitch, Lenin and the Comintern 487f.

83 Völgyes, The Hungarian Soviet Republic 8.

84 Hoensch, Geschichte Ungarns 93.

85 Kenez, Coalition Politics 81f.

86 Völgyes, Soviet Russia and Soviet Hungary 166.

87 Völgyes, The Hungarian Soviet Republic 9.

88 Kenez, Coalition Politics 72f.

89 Ebd. 74.

90 Völgyes, The Hungarian Soviet Republic 9.

91 Kenez, Coalition Politics 74ff.

führte, nicht zu folgen.[92] Dafür glaubte die ungarische KP die Maßnahmen des Kriegskommunismus „importieren zu müssen". Einmal mehr hielten ihre Mitglieder dabei zu den linken Kräften innerhalb der RKP(b). Von Lenins „Oktoberdekret" über die Landverteilung, welche durch die Kämpfe auf dem Territorium des früheren Zarenreiches und die damit verknüpften Zwangsmaßnahmen relativiert wurde, distanzierte sich Kun von Anfang an. Man proklamierte, durchaus in Übereinstimmung mit den meisten SD-Funktionären[93], die Verstaatlichung der Agrarflächen und brachte solcherart die Bauernschaft gegen sich auf. Ausschreitungen in den Dörfern waren an der Tagesordnung und trugen schließlich ebenfalls zum Fall des Regimes bei.[94]

Nach 133 Tagen endete die ungarische Räterepublik Anfang August 1919.[95] Moskau verschaffte sich nicht zuletzt durch ihren Untergang „Erfahrungswerte" für die Gestaltung einer kommunistischen Weltbewegung.[96] Die „Lehren des Kremls" und insbesondere Lenins Direktiven in den nachfolgenden Monaten verwandelten die im März gegründete Komintern von einer unklaren Alternative in eine profilierte Gegenkraft zur Sozialdemokratie. Bis dahin hatte sich eine von Rußland ausgehende revolutionäre Bewegung nur schemenhaft abgezeichnet. Knapp gehaltene Aufrufe faßten die Gemeinsamkeiten in groben Zügen zusammen; detaillierte Programme und Strategien traten gegenüber taktischen und technischen Fragen zurück. Die in nächster Zukunft mit Gewißheit erwarteten Umwälzungen bestimmten das „hektische Treiben" der KP-Kader.

Die *Macht zu erobern* und zu behaupten, stellte sich hauptsächlich als *Problem der Praxis* dar. Diesbezüglich blieben Organisationsmuster, die im wesentlichen auf die probolschewistische Kriegsgefangenenbewegung in der RSFSR zurückgingen, maßgebliche Orientierungshilfen. Nach der neuerlichen Errichtung der Räteherrschaft in der Ukraine[97] bildeten „ausländische Kommunisten" demgemäß nach *Moskauer Vorbild eine Föderation*, über deren Entstehen die ukrainische KP am 30. März 1919 berichtete und dabei von bulgarischen, deutschen, österreichischen, ungarischen, rumänischen, tschechoslowakischen und jugoslawischen Gruppen sprach.[98] Diese sollten ihr Augenmerk auf die Entwicklung in Zentraleuropa, auf „Indoktrinierungskampagnen" jenseits der Grenzen und die Stationierung internationaler Einheiten der Roten Armee am Westrand der sowjetischen Einflußsphäre richten, wobei insbesondere direkte Kontakte mit den Truppen Räteungarns

92 Mihályhegyi 114ff.; Völgyes, The Hungarian Soviet Republic 9.

93 Kenez, Coalition Politics 77f.

94 Völgyes, Soviet Russia and Soviet Hungary 168; Völgyes, The Hungarian Soviet Republic 9; Kenez, Coalition Politics 78f.

95 Hoensch, Geschichte Ungarns 99.

96 Löwenthal 78.

97 Kappeler, Kleine Geschichte der Ukraine 174.

98 Kulinytsch/Koschyk 88.

hergestellt werden sollten.[99] Zugleich forderte Lenins engste Umgebung, Vertreter der Kiever Föderation als Verbindungsleute in Moskau zu belassen. Hier war in der Zwischenzeit der Beschluß gefaßt worden, die „wenigen fremden KP-Angehörigen, welche ihre Tätigkeit nicht in den Süden verlegt“ hatten, dem Büro der gerade ins Leben gerufenen Komintern zur Verfügung zu stellen. Ungeachtet dessen, hieß es jedoch bezeichnenderweise in einem Referat des Sekretärs der CFIG vom 2. April 1919, „betrachten wir, wie auch vorher, weiterhin das ZK der RKP(b) als unser oberstes Organ“.[100]

Nach der Niederlage Béla Kuns und dem Angriff der „Weißen“ auf Kiev begaben sich die meisten „Agitatoren“ wieder an die Moskva, wo im Sommer 1919 die Föderation wie vordem in den Kompetenzbereich des Zentralkomitees der russischen KP überging, jedoch alle Parteikräfte dem Büro der III. Internationale zur Verfügung gestellt wurden.[101] In der Zwischenzeit waren auch andernorts ausländische Gruppierungen im Umfeld prosowjetischer und kommunistischer Vereinigungen formiert worden[102]; allen voran in Budapest, wo nach der Entstehung der Räterepublik eine „Internationale Sozialistische Föderation“ mit 15 nationalen Gruppen ins Leben gerufen wurde, um, wie zuvor die ungarische KP, gewissermaßen als Zentralbüro der Komintern im Donauraum zu fungieren.[103] Unter anderem fanden sich dabei Deutsche, Bulgaren, Franzosen, Italiener, Russen und Ukrainer zusammen, um ungefähr zwanzig fremdsprachige Zeitschriften herauszugeben und in den angrenzenden Gebieten propagandistisch aktiv zu werden.[104]

Von Ungarn aus bemühte sich solcherart Kuns Gefolgschaft um die „Neugestaltung Europas“. Dabei griff man auf die Kenntnisse des gegen den Zaren gerichteten Widerstandes zurück. Immerhin hatte dieser zwei Generationen von Parteiaktivisten mit den *Techniken des Untergrunds* vertraut gemacht. Die „Konspiration“ wurde auf diese Weise auch den Bol'ševiki „Natur und Steckenpferd“.[105] Sie, ebenso wie die Anhänger anderer oppositioneller Richtungen, hatten in den Gefängnissen eine Geheimsprache eingeführt, die es den Häftlingen ermöglichte, sich durch die Mauern zu verständigen. Nach und nach entstanden immer diffizilere Verschlüsselungen, die sich in der Illegalität vor 1917 gleichermaßen nutzen ließen wie nach der Machtergreifung.[106] Im „Dienst der Weltrevolution“ konnten die erworbenen „Fertigkeiten“ nun weiterentwickelt werden: Chiffrierte

99 Ebd. 88f.; Braun 224–239; Hajdu, Plans of Strategic Cooperation 367–374.
100 Zit. nach Kulinytsch/Koschyk 87.
101 Kulinytsch/Koschyk 15 und 87.
102 Zelt, Kriegsgefangene in Deutschland 621; Mihályhegyi 81; Karchmar, Communism in Romania 150f.; Korab 62; Russkie Internacionalisty 12, 85ff. und 140ff.; Pisarev 177.
103 Hajdu, The Hungarian Soviet Republic 41f.; Suda 31; Russkie Internacionalisty 12.
104 Ebd. 20.
105 Dallin 13.
106 Höhne, Kennwort: Direktor 117ff.

Texte kamen massenhaft in Umlauf, unsichtbare Tinten und Telegrammkodes fanden verschwenderische Anwendung. Zugleich trieb man die Kunst des Paßfälschens fast bis zur Perfektion; das Geschick, Literatur und sogar Waffen mit Hilfe „doppelter Böden" über die Grenze zu schmuggeln, gedieh zur Meisterschaft.[107] Parallel dazu nahm der sowjetische Nachrichtendienst Gestalt an. Beim Volkskommissariat für Kriegswesen ressortierte seit Ende 1918 ein neuer militärischer ND-Apparat unter der Bezeichnung „Registraturabteilung der Roten Armee", der Anfang der zwanziger Jahre zur vierten Abteilung des Generalstabs wurde.[108] Zu dieser Zeit erwuchs der „Heeresspionage" allerdings in Form der Čeka- beziehungsweise GPU-Auslandsabteilung „INO" ein Konkurrent, der ursprünglich die weißgardistische Emigration im Auge behalten sollte, seinen Tätigkeitskreis jedoch bald erweiterte und unter anderem enge Verbindung zu den ausländischen KP-Organisationen hielt.[109] Diese wiederum fanden in der Komintern ihre Dachorganisation, welche immer mehr zu einem Werkzeug des Kremls wurde und von den Bol'ševiki auch die Neigung zu Verschwörungen übernahm. Schon am Zweiten KI-Kongreß im Sommer 1920 setzte Lenins engste Umgebung in diesem Sinn den Beschluß durch, „kommunistische Parteien müßten neben ihren legalen Gliederungen illegale Organisationen zur Vorbereitung des bewaffneten Aufstandes bilden".[110] Daß Moskaus „Instrukteure" damals die „fremden Genossen" im Aufbau von Terroristengruppen und in der „Kunst der Zersetzung" unterwiesen[111], löste unter den KP-Gegnern keine geringe Aufregung aus.

Für die Sowjetführung erwies sich eine halb- und inoffizielle „Parteiarbeit" in anderen Bereichen aber als ebenso vorteilhaft. Die Sowjetstreitkräfte, die politische Polizei sowie die Komintern und ihre „nationalen Sektionen" gingen daran, die Staaten im Westen der RSFSR mit einem Netz von „Konfidenten" zu überziehen, deren Aufgabe vor allem auch darin bestand, die einzelnen linksradikalen Gruppierungen miteinander zu verbinden und den Informationsfluß aufrechtzuerhalten.[112] Dabei spielte die *Propaganda* eine herausragende Rolle, welche als Wesensmerkmal der frühen Räteherrschaft mit bislang unbekannter Intensität die „öffentliche Meinung" für sich einzunehmen suchte.[113] Reden, Interviews, diplomatische Noten, Aufrufe und Resolutionen gaben vor, die Stimme des Volkes zu sein, im Namen der Arbeiter, Bauern und Soldaten zu sprechen[114]; bisweilen Filmvorführungen und naturgemäß sämtliche „Drucksorten" standen im Dienst der „ideologischen Arbeit",

107 Dallin 13.
108 Höhne, Kennwort: Direktor 27f.; Dallin 17.
109 Deacon 242ff.
110 Höhne, Kennwort: Direktor 33.
111 Zeutschel 41ff.; Dallin 16; Höhne, Kennwort: Direktor 32 und 35–40.
112 Höhne, Kennwort: Direktor 34f.
113 Epstein, Außenpolitik 90.
114 Ebd.

Flugblätter, Plakate und Bücher der anerkannten Parteitheoretiker sowie die in großer Zahl erscheinenden Periodika, die der „Führer des Oktoberumsturzes" nicht bloß als Mittel der Agitation, sondern als „kollektiven Organisator" bezeichnete, als „Gerüst um ein im Bau befindliches Gebäude".[115] Ein vorläufig noch schwacher „Auslandsapparat" sowie das Vertrauen auf die Macht des Wortes in einer von revolutionärem Optimismus dominierten Atmosphäre trugen gleichfalls zur Konzentration auf die „politische Aufklärung" bei. Das von Mieczyłsaw Bronski und Jakob Reich in Berlin Mitte 1919 gegründete Westeuropäische Sekretariat (WES) begnügte sich denn auch anfänglich, als bescheidenes „Medienunternehmen" zu fungieren.[116] Zwei kleine Pressedienste wurden herausgegeben, „um dem deutschen Publikum" das neue bolschewistische „Eldorado" in den „buntesten Farben auszumalen".[117] Während sich das WES allmählich zur größten Informations- und Kommandozentrale abseits der entstehenden UdSSR entwickelte, bediente man sich auch in Wien besonderer Nachrichtenquellen. Die Sendestation vom Ballhausplatz hatte Telegramme aus Moskau aufgefangen. Was ursprünglich nur Regierungskreisen zugänglich sein sollte, gelangte in die Hände des aus Ungarn geflohenen Kommunisten Sándor Radó.[118] Gemeinsam mit ehemaligen Kriegsgefangenen – Österreichern, Russen und Ukrainern – sowie emigrierten Budapester Volkskommissaren und einigen Funktionären der örtlichen KP-Gremien verwendete Radó die Funksprüche zum Aufbau einer in der Donaumetropole während der Jahre 1920 und 1921 tätigen Filiale der Russischen Telegraphenagentur (Rossijskoe Telegrafnoe Agentstvo, ROSTA).[119] Sie verfügte bald nicht nur über „Radiogramme", sondern auch über „Schallplatten mit den wichtigsten Reden Lenins" sowie über Zeitungen und Zeitschriften, „die photokopiert und als Faksimile für die Bibliotheken vervielfältigt" wurden, um „tendenziöse Schilderungen von den Vorgängen in der Sowjetrepublik" zu verbreiten.[120]

Der umtriebige ROSTA-Ableger forderte unterdessen für die Errichtung und Aufrechterhaltung seines durchaus erfolgreichen Betriebes gleichermaßen hohe *Geldbeträge* wie die übrigen Propagandaeinrichtungen und damit betrauten Parteistellen. Die Kremlherren gaben sich angesichts der Hoffnungen, die sie mit den Veränderungen im Westen verbanden, generös. Edelsteine und Schmuckstücke des „Zarenschatzes" dienten den ambitionierten Umsturzplänen. Die enormen Vermögenswerte, von denen allein zwischen März

---

115 Zit. nach Selber 16; vgl. Tiedemann 101.

116 Hájek/Mejdrová 157ff. Siehe dazu außerdem: Höhne, Kennwort: Direktor 35; Lazitch/Drachkovitch, Lenin and the Comintern 165f.

117 Höhne, Kennwort: Direktor 35.

118 Haider 55f.

119 Über die Aktivitäten der ROSTA in Berlin zur Jahreswende 1918/19 siehe unter anderem auch: Pester Lloyd, Nr. 12, Morgenblatt (14.1.1919) 5.

120 Haider 56ff.

und August 1919 5.200.000 Rubel in Umlauf kamen, verwaltete inzwischen laut Beschluß des Zentralkomitees nicht mehr das Narkomindel, sondern die Komintern.[121] Letztere durfte sich bald über eine Erhöhung ihres Etats freuen. Lenin selbst gab dazu die Anweisung: Millionen in verschiedenen Währungen gelangten in die Kassen der KP-Gruppierungen Ungarns, der Tschechoslowakei, Deutschlands, Österreichs, Jugoslawiens und anderer Länder.[122] Die wenigen diplomatischen Repräsentanten der RSFSR halfen bei der Verteilung der „Zuwendungen".[123] Auch die Kader der Zentralen Föderation verließen den Herrschaftsbereich der Bol'ševiki mit „vollen Taschen".[124] Kurz darauf wandten sie sich mit neuen Forderungen an Moskau. „Bitte, schicken Sie durch Genossen R. den Betrag, den Genosse F. Ihnen angibt", ließ Béla Kun Lenin am 5.1.1919 wissen; „wir brauchen das Geld dringend, weil wir sehr viel Literatur herausgeben müssen. Morgen beginnen wir mit der Herausgabe einer Soldatenzeitung. Wenn wir das Geld nicht bekommen, können wir keine Tageszeitung herausgeben."[125] Kurze Zeit danach ersuchte auch Karl Tomann um „weitere materielle Hilfe. Gen. Roth", schloß Tomann seinen Brief, „ist mit allem ordnungsgemäß eingetroffen. Das Geld wurde, da die ungarischen und tschechischen Genossen Not litten, in drei gleiche Teile geteilt."[126]

Den ständigen Transfer der laufend benötigten Finanzmittel überließ man verläßlichen Verbindungsleuten. Bald existierte ein regelrechter *Kurierdienst*[127], dessen Entstehen wiederum eng mit der Kriegsgefangenenproblematik zusammenhing. Soldaten, die sich lange Zeit im Gewahrsam „feindlicher Armeen" befanden, stellten sich als Begleiter wichtiger KP-Delegierter zur Verfügung und versuchten Kontakte zwischen den verschiedenen kommunistischen Vereinigungen und der weitgehend isolierten Sowjetrepublik herzustellen.[128]

Vor allem aber verfügten die Parteigänger Lenins durch die Repatriierungsmaßnahmen Rußlands und der zentraleuropäischen Nationalstaaten über Transportmöglichkeiten, die ihnen gleichzeitig Tarnung verschafften. *„Vertrauensleute" in den „Austauschkontingenten"*

121 McDermott/Agnew 21.

122 Ebd. 22. Die österreichische KP erhielt nach eigenen Angaben bis Ende September 1920 „3.867.330 Kronen". Dazu kamen noch Gelder, die von Karl Tomann und anderen Führern der Internationalisten-Bewegung in Sowjetrußland aus Moskau mitgebracht worden waren. – RCChIDNI, f. 495, op. 80, d. 14.

123 RCChIDNI, f. 498, op. 1, d. 2; Reventlow 50; Völgyes, Soviet Russia and Soviet Hungary 162f.

124 Zsuppán 316ff.

125 Kun, Brüder zur Sonne 8; vgl. Kovrig 38; Völgyes, The Hungarian Dictatorship of 1919 65.

126 RCChIDNI, f. 488, op. 1, d. 10.

127 ÖSTA/AdR, BMfA/NPA, Politische Akten, Liasse Österreich 5/17, 1919: Zl. 14907/13 und ÖSTA/AdR, BMfA/NPA, Politische Akten, Liasse Österreich 2/20, 1925: Zl. 14666/13. Siehe außerdem: RCChIDNI, f. 495, op. 80, d. 1f.; Hetfleisch 437; Herczeg 51; Hulse 30; Pastor, Hungary between Wilson and Lenin 119.

128 Hajdu, Plans of Strategic Cooperation 368; Lazitch/Drachkovitch, Lenin and the Comintern 80.

dienten solcherart schon 1918 als Sprachrohr zwischen den prosowjetischen Rumänen diesseits und jenseits der Grenze.[129] Wenig später schlüpfte Karl Radek, wie viele andere, vorübergehend in die Uniform eines „Rückläufers". Selbst jene, die mit Béla Kun tatsächlich mehrere Jahre in den Lagern des Romanovreiches verbrachten, legten sich vorsichtshalber eine andere Identität zu. Mátyás Rákosi benutzte 1920 Transporte, die ihn Ende 1918 nach Ungarn gebracht hatten, in umgekehrter Richtung. „Über Böhmen", erinnert sich Rákosi, „kam ich nach Berlin und verbrachte dort mehrere Tage mit den dortigen Genossen [...]. In Stettin wurde gerade die erste Gruppe der in deutsche Kriegsgefangenschaft geratenen russischen Soldaten eingeschifft. Ich gab mich als solcher aus. So gelangte ich über das baltische Meer, über Narva und Petrograd nach Moskau", wo mich Lenin „in seinem Arbeitszimmer" empfing.[130] Rákosis Vorgehen fand Nachahmung. „Zweifelhafte Angaben" hatten beispielsweise die österreichischen „Fürsorgestellen" auf einen Mann namens Julius Metzingh aufmerksam werden lassen. In einem Aktenvermerk vom 3.12.1921 hieß es dazu: „Bei der gleichen Tages erfolgten genauen Einvernahme gestand er, daß er mittels Heimkehrertransportes im Seewege [...] in Stettin einlangte, dort jedoch nicht die Übernahmsstation passierte, sondern von einem Manne namens Müller, der ihn erwartete, sogleich aus dem Hafen geführt wurde. Metzingh erklärte, daß er auf anderen Namen mit falschen Dokumenten, die er von den russischen Kommunisten erhielt, mit einem Paket von Flugschriften, Legitimationen, Geheimzeichen und deren Schlüssel nach Deutschland mit dem Auftrag kam, diese Sachen in einem Parteiheime in Berlin abzugeben."[131] In der Zwischenzeit trafen auch Berichte über „Personen" ein, welche des öfteren die Heimkehrerzüge zwischen Rußland und den Nachfolgestaaten der Donaumonarchie benutzt hatten.[132] Ein gewisser Bösmüller, erklärte die Staatsanwaltschaft in Korneuburg, sei am 14. Mai 1921 aus dem Osten gekommen, als früherer k.u.k. Soldat Karl Szabo aufgetreten und daraufhin der „tschechoslowakischen Mission" übergeben worden. Bei seiner erneuten Ankunft am 14. Oktober habe er jedoch gestanden, „politischer Agent der kommunistischen Partei in Rußland und nach Österreich zuständig zu sein".[133] Für Polizei und Justiz, die im Falle Bösmüllers wegen der „Schädigung des Staatsetats" durch die „doppelte Fahrt" die gerichtliche Verfolgung beantragten[134], stellten derartige Vorkommnisse allerdings keine Seltenheit dar. Seit Jahren kursierten Dossiers über die „bolschewistischen

129 Karchmar, Communism in Romania 142f.

130 Konkoly 79.

131 ÖSTA/AdR, BKA/KGF, 1921: 39-1/81.

132 ÖSTA/AdR, BKA/KGF, 1922: 39-1/78.

133 ÖSTA/AdR, BKA/KGF, 1922: 39-1/76-2.

134 Ebd.

Agenten" unter den „evakuierten" Gefangenen.[135] Aufsehen erregte die Verhaftung des „Transportführers der ungarischen roten Garde", Ernö Steiner, im April 1919. Steiner, bei dem „400.000 Kronen in Wertpapieren, etwas über 13.000 Kronen bar, 25 goldene und emaillierte Tabatieren, andere wertvolle Schmucksachen und zuletzt ein großes Paket kommunistischer Propagandaschriften" gefunden wurden, war beauftragt, Heimkehrer von Wien nach Budapest und von Budapest nach Wien zu bringen.[136]

Diese Aufgabe hinderte ihn jedoch nicht daran, als Redner bei politischen Veranstaltungen aufzutreten. *Zu den wichtigsten Zielgruppen* Steiners *gehörten auch hier vormalige Frontsoldaten* und frühere Kriegsgefangene.[137] Letztere wurden schon auf den Bahnhöfen von „KP-Anhängern eingeladen" sich an Versammlungen zu beteiligen; viele, so die Polizeidirektion Wien, treibe die Erbitterung, daß „Rückläufer" in den „ersten Tagen ohne Unterstützung von jeder Seite sich selbst überlassen sind", in die „Reihen der Kommunisten".[138]

Tatsächlich sahen sich die offiziellen Stellen im Augenblick schier unüberwindlichen Schwierigkeiten gegenüber.[139] Firmen meldeten sich bei den Vertretern für „soziale Verwaltung", um über den „täglichen Zustrom an Heimkehrern" zu klagen, welche „wegen gänzlichen Mangels an Aufträgen" keine Beschäftigung finden konnten.[140] Zudem fehlte es in den größeren Orten an Wohnungen.[141] Die Unterkünfte in den vor 1914 errichteten Bassenahäusern bestanden oft nur aus Zimmer und Küche; in der Nachkriegszeit mußten sie nicht selten bis zu zehn Personen aufnehmen. Durch den Mieterschutz als Kriegsmaßnahme des Jahres 1917 war der private Wohnbau fast völlig zum Erliegen gekommen.[142]

Davon waren nicht zuletzt ehemalige Gefangene betroffen, sodaß sich die zuständigen Ämter bemüßigt fühlten über weitreichende Maßnahmen nachzudenken. „Bis zur Wiederkehr normaler Verhältnisse und zur Schaffung von ausreichenden Arbeitsmöglichkeiten" wollte man die „Hunderttausenden, welche aus Rußland beziehungsweise aus Italien

---

135 ÖSTA/AdR, BKA/KGF, 1921: 39-2/4 und 1922: 39-2/4-2; vgl. ÖSTA/AdR, BMfA/NPA, Politische Akten, Liasse Österreich 31/7, 1922: Pr.Z.IV-2403/1.

136 Hautmann, Anfänge der linksradikalen Bewegung 98. Siehe dazu überdies: Der neue Tag, Nr. 28 (19.4.1919) 1 und Nr. 29 (20.4.1919) 3.

137 Hetfleisch 429. Siehe auch: Archiv der Bundespolizeidirektion Wien, Schober-Archiv, Schachtel 37, Kommunistische Bewegung, Gruppe II 1921, Pol. Dir. Wien Pr. IV-557/2.

138 ÖSTA/AdR, BMfsV/Sozialpolitik, 1919: Zl. 18.687; ÖSTA/AdR, Großdeutsche Volkspartei/Allg., Verhandlungsschrift des politischen Ausschusses vom 16.6.1919.

139 Siehe dazu unter anderem: ÖSTA/AdR, BMfsV/Kriegsbeschädigtenfürsorge, 1919: Zl. 5098 beziehungsweise ÖSTA/AdR, BMfsV/Sozialpolitik, 1919: Zl. 1329, 1483 und 1760.

140 ÖSTA/AdR, BMfsV/Sozialpolitik, 1919: Zl. 902.

141 Gulick 96f.

142 Andics, Der Staat, den keiner wollte 107.

eintrafen und die Zahl der Beschäftigungslosen vermehrten", in den für die Entente-Soldaten errichteten Barackenstädten unterbringen.[143] Dieses Vorhaben wurde trotz gewisser Vorbehalte seitens der Regierung durchgeführt. Deutschösterreich verwendete zum Beispiel „die verfügbaren Kriegsgefangenen- und Flüchtlingslager für Zwecke der *Wohnungs- und Arbeitslosenfürsorge*"[144], mußte allerdings bald erkennen, daß sowohl die damit befaßten Zentralbehörden als auch die Länder mit den herrschenden Verhältnissen nur schwer zu Rande kamen. Nachdrücklich forderte man deshalb die Mitwirkung der Streitkräfte ein, die sich bislang hauptsächlich für die „Heimschaffung der Militär- und Zivilinternierten" sowie für deren „Beteilung mit Gebühren und Bekleidung" verantwortlich fühlten.[145] Das Eintreffen größerer Heimkehrertransporte veranlaßte die Heeresinstitutionen jedoch nunmehr, ehemalige Kriegsgefangene, die vielfach mit Familie kamen, in Obdachlosenasylen einzuquartieren.[146] Dagegen verwehrten sich die „Hilfsgruppen der Angehörigen", die sich mit dieser Lösung nicht zufriedengaben. „Am Sylvesterabend", hieß es in ihrem Schreiben vom 10. Jänner 1921, „waren einige Mitglieder unseres Verbandes im Zerstreuungslager und haben die Verzweiflung der Heimkehrer, die in das Asyl für Obdachlose abgehen sollten, miterlebt. [...] Wir zweifeln nicht, daß das Asyl in sanitärer Beziehung einwandfrei und daß die dort Untergebrachten von den dringendsten Nahrungssorgen befreit sind. Es müßte jedoch berücksichtigt werden, daß Menschen, die 5–6 Jahre in Kriegsgefangenschaft waren, in der Regel in sehr schlechtem Gesundheitszustande zurück kommen und durch die Hausordnung im Asyl gezwungen werden, wenn es ihnen noch so schlecht mit ihrer Gesundheit geht, den ganzen Tag ohne Rücksicht ob gutes oder schlechtes Wetter, ob kalt oder warm, auf der Straße zuzubringen. Ferner ist die Trennung der Heimkehrer-Familien um so härter, da die Frauen unserer Heimkehrer meist Russinnen sind, die nicht deutsch können. Der dritte Grund wäre, daß die Angabe der Wohnung im Asyl den Männern bei der Erlangung einer Stelle gewiß nicht förderlich ist. Es muß vorgesorgt werden, daß unsere obdachlosen Heimkehrer zumindest Baracken zugewiesen erhalten ..."[147]

Diesem Wunsch wurde in der Folge Rechnung getragen. Vielerorts baute man Siedlungen, die zum Teil auf Initiative der demobilisierten Heeresangehörigen selbst entstanden.[148] Um ihre Anliegen besser artikulieren zu können, schlossen sich abgerüstete Solda-

143 ÖSTA/AdR, BMfsV/Sozialpolitik, 1919: Zl. 12.429.

144 Ebd.; vgl. ÖSTA/AdR, BMfsV/Sozialpolitik, 1919: Zl. 158.

145 ÖSTA/AdR, BKA/KGF, 1921: 37-1/1-2 und 37-1/9-3.

146 Leidinger, Zwischen Kaiserreich und Rätemacht 152.

147 ÖSTA/AdR, BKA/KGF, 1921: 37-1/1.

148 ÖSTA/AdR, BKA/KGF, 1922: V1. U. a. lebte auch Johann Koplenig nach seiner Rückkehr aus Rußland im Sommer 1920 in einer solchen Siedlung. – Koplenig 12f. Dazu auch: Hammer und Pflug, Nr. 1 (August 1920) 1.

ten und ehemalige Kriegsgefangene in mehreren Ländern zusammen, um für sich neben Unterkünften und einer verbesserten Lebensmittelversorgung Entschädigungszahlungen zu verlangen.[149] Vorübergehend gehörten solcherart die *Heimkehrervereinigungen*, welche sich im Umfeld der jungen kommunistischen Parteien bildeten, zu den bedeutendsten *Protestpotentialen* Mittelosteuropas.[150] Gemeinsam mit *Invaliden und Arbeitslosen*, von denen sie nur selten klar zu unterscheiden waren, prägten sie das Bild jener Demonstrationen, bei denen die Anliegen der Kriegsopfer mit unverhüllter Schärfe formuliert wurden.[151] Überhöhte finanzielle Forderungen und radikale Losungen wurden dabei vielfach von probolschewistischen Gruppierungen übernommen, welche die als „Lumpenproletariat" verpönten Randgruppen der Gesellschaft zu gewinnen versuchten.[152]

Die Gefolgsleute Lenins richteten demgemäß ihren Appell an die „Massen der sozial Deklassierten"; andererseits bemühten sie sich aber um die „politische Avantgarde der sozialen Revolution", um die Schaffung von Kaderparteien, bei der die Funktionäre der CFIG eine ebenso wichtige Rolle spielten wie die Angehörigen jener russischen Delegationen, die mit der Evakuierung von Kriegsgefangenen in den früheren „Feindstaaten" befaßt und auf diese Weise die weitreichende Isolation der RSFSR wenigstens teilweise zu umgehen imstande waren.[153]

SOWJETMISSIONEN

Moskau vermochte auf offiziellem Wege zur Jahreswende 1918/19 wenig zu erreichen. Joffe mußte Deutschland verlassen. Nicht anders erging es dem Balten Jan Berzin, dem Abgesandten Räterußlands in der Schweiz. Ihm und seinen Mitarbeitern legte die Regierung in Bern nahe, abzureisen.[154] Kurze Zeit später traf es auch Vaclav V. Vorovskij. Er hatte 1917 dem Auslandsbüro des bolschewistischen Zentralkomitees in Stockholm angehört und

---

149 Der Heimkehrer, Nr. 3 (20.3.1919) 1 und Nr. 6 (15.10.1919); vgl. Böhm 257, 259, 261–265; Borsányi 91 und 107–111; Strobel 668.

150 Chamberlin, Bd. 2, 363; Böhm 261–265.

151 NFP, Nr. 19626 (14.4.1919) 4 und Nr. 19630 (18.4.1919) 3. Siehe dazu außerdem: Borsányi 91 und 107–111; Böhm 257, 259–265; Strobel 668.

152 ÖSTA/AdR, BKA/KGF, 1919: 24-20/4; ÖSTA/AdR, BKA/Pol.Dir.Wien, 1919: Pr. 8170; ÖSTA/AdR, BMfA/NPA, Politische Akten, Liasse Ungarn 2/3, 1919: Zl. I-784; Der Heimkehrer/Beilage zu „Der Rote Soldat", Nr. 5 (6.3.1919) 1; Der Blitz, Nr. 11 (Mai 1919) 8; Hautmann, Anfänge der linksradikalen Bewegung 65; Böhm 257 und 259; Borsányi 107–111; Strobel 668; McDermott/Agnew 20f.

153 Borkenau, Der europäische Kommunismus 27f.; Chamberlin, Bd. 2, 358f.

154 Chamberlin, Bd. 2, 359; Lazitch/Drachkovitch, Lenin and the Comintern 130ff.

von hier aus gemeinsam mit Karl Radek „eine rege Propagandatätigkeit entfaltet", die er nach dem „Roten Oktober" als Vertreter des Sovnarkom auf skandinavischem Boden fortsetzte.[155] Lange konnte sich Vorovskij allerdings seiner neuen Vollmachten nicht erfreuen. Im Jänner 1919 entzog ihm die schwedische Regierung die Akkreditierung.[156] Als „Brückenköpfe" der angeschlagenen Moskauer Außenpolitik fungierten daraufhin fast ausschließlich bevollmächtigte Organe für Kriegsgefangenen- und Flüchtlingsfragen.[157] Diese versuchten, wie im Fall von Angelika *Balabanova*, einer damals in Zürich weilenden prominenten Repräsentantin der Zimmerwalder Bewegung, ihrem offiziellen Auftrag unter der Fahne der Russischen Rot-Kreuz-Gesellschaft nachzukommen[158], befanden sich dabei aber auf unsicherem Terrain: Zum einen fand die reorganisierte und per Dekret vom 17. Jänner 1918 verstaatlichte RRKG international auf mehrere Jahre hinaus keine Anerkennung[159]; zum anderen verdächtigten die offiziellen Stellen Mittel- und Westeuropas Repatriierungsorgane des Kremls nicht grundlos, unter dem Deckmantel der Fürsorge- und Evakuierungstätigkeiten „den Umsturz vorzubereiten".[160] Die Aktivitäten Inessa Armands, welche 1904 der RSDRP(b) beigetreten war und auch privat zu den engsten Vertrauten Lenins zählte, dienten hierfür als Beleg. Armand und Dmitrij Zacharovič Manuilskij, dem zu Beginn der dreißiger Jahre die Leitung der Komintern übertragen werden sollte, kamen im Februar 1919 als *Rot-Kreuz-Delegierte nach Frankreich*, um Soldaten russischer Expeditionstruppen heimzubefördern.[161] Hauptsächlich aber ging es den beiden neben der politischen Beeinflussung eigener Staatsangehöriger um eine Annäherung an potentielle Sympathisanten einer dritten Internationale und die „revolutionäre Bewegung" vor Ort beziehungsweise um Kontakte zu führenden Kreisen der Entente, mit der man nach einer mehrmonatigen bewaffneten Auseinandersetzung zu einem Übereinkommen gelangen wollte.[162] Die Reise der „KP-Emissäre" stand allerdings von Anfang an unter einem ungünstigen Stern. Sofort nach ihrer Ausschiffung in Boulogne-sur-Mer begannen die französi-

155 Epstein, Außenpolitik in Revolution und Bürgerkrieg 92. Siehe dazu des weiteren: Trush 92f.; Lazitch/Drachkovitch, Lenin and the Comintern 130.

156 Chamberlin, Bd. 2, 359; Lazitch/Drachkovitch, Lenin and the Comintern 132.

157 Lazitch/Drachkovitch, Lenin and the Comintern 132. Außerdem: Bachov, Na zare sovetskoj diplomatii 91.

158 Ebd. 131f.

159 Erst im Oktober 1921 wurde die Anerkennung ausgesprochen. Dadurch wurde der RRKG jedoch nicht die Alleinvertretung der russischen Interessen übertragen, zumal die längst zugelassenen antibolschewistischen Organisationen weiterbestanden. – Epstein, Außenpolitik in Revolution und Bürgerkrieg 102.

160 Lazitch/Drachkovitch, Lenin and the Comintern 131f.

161 Ebd. 132.

162 Debo 29; Lazitch/Drachkovitch, Lenin and the Comintern 132.

schen Behörden mit ihrer Observierung.[163] An eine wirkungsvolle politische Arbeit konnten Manuilskij und Armand nicht mehr denken. Die Mission scheiterte.[164]

Inzwischen machte das Narkomindel in Kopenhagen ähnliche Erfahrungen. *Sowjetische Abgesandte unter J. Z. Suric*, die sich seit der zweiten Jahreshälfte 1918 unter anderem mit dem Schicksal der aus deutschem „Gewahrsam" nach Skandinavien geflohenen Angehörigen der Romanovarmee auseinandersetzten, verloren im Dezember 1918 das Agréement. Gleiches galt für Repräsentanten der RRKG im März 1919.[165] Die russischen Delegierten hatten scharfe Kritik an der Behandlung der Kriegsgefangenen durch die dänischen Behörden geübt. Diese arbeiteten darüber hinaus, so Suric, Hand in Hand mit Offizieren der ehemaligen zaristischen Militärmission und unterstützten deren „antibolschewistische" Ziele.[166]

Während der russische Diplomat seine Äußerungen lediglich mit der „Abschaffung aus Dänemark" bezahlte, erwartete die „Vertreter Moskaus" anderswo ein schlimmeres Schicksal. Vor allem in Polen. Dort waren die Machtverhältnisse seit dem Ende des Weltkrieges als einigermaßen komplex zu bezeichnen. Sowohl das Polnische Nationalkomitee als auch der von den Mittelmächten eingesetzte Regentschaftsrat beanspruchten die Vertretung des Landes nach innen und außen.[167] Am 31. Dezember 1918 formulierte Čičerin eine Protestnote an seinen polnischen Amtskollegen, welcher dem kurzlebigen Kabinett unter dem Sozialisten Jędrzej Moraczewski angehörte. Darin legte der Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten Beschwerde über die Vorgangsweise der Behörden gegenüber den eben erst eingereisten *Vertretern des Russischen Roten Kreuzes in Warschau* ein. Diese waren wegen des Verdachtes der politischen Agitation[168] arretiert und die Geldmittel, die sie bei sich getragen hatten, konfisziert worden.[169]

Am 29. Dezember fand vor dem Hotel, in dem die „Sendboten" des Kremls festgehalten wurden, eine von Kommunisten geführte Versammlung statt, die sich gegen die Internierung von „Funktionären der Arbeiter- und Bauernrepublik" wandte und ihre Freilassung verlangte. Bei der anschließenden Auseinandersetzung mit der Militärpolizei kamen fünf Demonstranten ums Leben. Die Ereignisse, die den politischen Charakter der

---

163 Lazitch/Drachkovitch, Lenin and the Comintern 132.

164 Ebd.; vgl. Debo 28. In diesem Zusammenhang sei außerdem auf eine Meldung in der Tagespresse vom Februar 1919 verwiesen. Ihr zufolge wurden damals in Dünkirchen russische Rot-Kreuz-Vertreter, die einen Betrag von eineinhalb Millionen Rubel bei sich führten, am Verlassen der Stadt gehindert. – Siehe dazu: Fremden-Blatt, Nr. 58 (28.2.1919) 4.

165 Ensen 29.

166 Sizonenko 101.

167 Wandycz 71–79.

168 Ebd. 85.

169 Dokumenty vnešnej politiki, Bd. 1, 636.

russischen Mission zu bestätigen schienen[170], veranlaßten Moraczewski „Lenins Emissäre" in die Warschauer Festung zu überführen. Als der Leiter der Sowjetdelegation, das führende SDKPiL-Mitglied Bronisław Wesołowski, die Heimreise nach Rußland forderte, wurden die Abgesandten – eskortiert von polnischen Gendarmen – nach Łapy, zur Grenze, gebracht.[171] Wenig später verlor sich die Spur von Wesołowski, Ljudvig Klocman, Marija Al'ter und der Delegierten Ajvazova. Lediglich Leon Al'ter[172] tauchte wieder auf und berichtete, die Vermißten seien von den Polen exekutiert worden.[173] Al'ter, schwer verwundet und von den Mördern seiner Kollegen für tot gehalten, gelang die Flucht nach Rußland.[174] Die Tat erregte großes Aufsehen. Die Beziehungen zwischen Warschau und Moskau, aufgrund der von beiden Seiten mit Vehemenz geltend gemachten territorialen Ansprüche, der noch ungelösten Flüchtlingsproblematik[175] und angesichts der sowjetischen Pläne für Weißrußland und Litauen[176] bereits schwer belastet, drifteten einer Eskalation entgegen. Der Ton zwischen Čičerin und dem polnischen Außenminister wurde zusehends schärfer. Doch als das Narkomindel am 8. Jänner 1919 die Warschauer Führung für den Tod der russischen Rot-Kreuz-Mitarbeiter verantwortlich machte, sie bezichtigte, „ihren Agenten" den Mordbefehl in Łapy gegeben zu haben, und eine Untersuchung des Vorfalls verlangte[177], war die Regierung Moraczewski bereits am Ende und damit eine neue Phase für das polnisch-russische Verhältnis angebrochen.[178]

Die Betreuung der Gefangenen, der offizielle Auftrag der sowjetischen Missionen, geriet mehr und mehr aus dem Blickfeld. Vielfach unter dem Deckmantel des Roten Kreuzes als Vorhut der von den Bol'ševiki propagierten Weltrevolution entsandt, stießen die Delega-

---

170 Die Bol'ševiki schickten sogar drei Gruppen nach Polen, die ganz offensichtlich vor allem in politischem Auftrag reisten. Stets als Rot-Kreuz-Mission bezeichnet wurde zum Beispiel die Delegation unter Pavel A. Hesse, der auch Kontakte zu Wesołowski unterhielt und Gelder von ihm entgegennahm. Letzterer war offenbar im Auftrag des Centroplenbež nach Polen gekommen, dessen Vorsitzender der SDKPiL-Führer Józef Unszlicht war. – Wandycz 85.

171 Ebd. 85f.

172 Zu seiner Person siehe: ÖSTA/AVA, MdI/Präs., 22. Unruhen und Exzesse, 1918: Fasz. 2080, Zl. 24717.

173 Manusevič, Pol'skie internacionalisty 165f.

174 Dokumenty vnešnej politiki, Bd. 2, 17f.

175 Gemeint ist die Heimkehr der zahlreichen polnischen Flüchtlinge, die sich noch in Sowjetrußland aufhielten.

176 Im Februar 1919 wurde dort die Sozialistische Räterepublik Litauen und Weiß-(Belo-)Rußland, im Russischen für gewöhnlich „Litbel" abgekürzt, ausgerufen.

177 Dokumenty vnešnej politiki, Bd. 2, 17f.

178 Am 16. Jänner 1919 kam es zu einer Einigung zwischen Nationalkomitee und Warschauer Regierung. Piłsudski blieb Staatschef und Generalissimus, Ignacy Paderewski wurde Ministerpräsident und Außenminister und Roman Dmowski Bevollmächtigter Polens bei den Pariser Friedensverhandlungen. Bis Mitte 1919 eroberten polnische Truppen die Räterepublik Litbel. – Meyer 82.

tionen überall, wohin sie kamen, auf Widerstand. Auch die Wiener Regierung schien nicht gewillt zu sein, die „Emissäre des Kremls“ in Österreich zu dulden. Dementsprechend distanziert nahm etwa Ernst von Streeruwitz schon im August 1918 die Nachricht auf, „daß auf dem Nordbahnhof ein Waggon Russen mit allerlei Material [...] angekommen sei und mit größtem Nachdruck die Auswaggonierung verlangte“. „Ich hatte“, notierte er in seinen Erinnerungen, „für diesen Fall noch keine Instruktionen bekommen und trug auch nach ihrem Erhalt noch Bedenken, den Befehl auszuführen. Ich begab mich zunächst selbst auf den Nordbahnhof, um mir diese Gesellschaft, der ich das größte Mißtrauen entgegenbrachte, anzusehen.“[179]

Der Argwohn des k.u.k. Offiziers kannte keine Grenzen, in den „Gesichtern dieser Leute“ wollte er „Hohn, Bosheit und Schläue“ erkennen, im Leiter der eben eingetroffenen sowjetischen Kriegsgefangenen-Fürsorgekommission einen „der ersten und ärgsten Tschekamänner“.[180] „Man hatte ihn geschickt“, so Streeruwitz, „weil man im Augenblick des Zusammenbruchs“ gesonnen war, Gewalt „gegen das Bürgertum in der stärksten Weise anzuwenden“.[181]

Aus ihren ideologischen Vorbehalten machten die Mitarbeiter der 10. Abt./Kgf. kein Geheimnis. Durch das Verhalten hoher Sowjetrepräsentanten fühlten sie sich in ihrer Haltung bestätigt. Trockijs Neffe Goracij Abramovič Zalkind[182] gab zum Beispiel den Vertretern Österreich-Ungarns in Petrograd ohne Umschweife zu verstehen, daß die russische Mission, deren Zulassung in Wien der Sovnarkom als Gegenleistung für seine Kooperationsbereitschaft mit den k.u.k. Delegierten im Machtbereich der Bol'ševiki betrachtete[183], neben humanitären auch „aufklärerische Aufgaben“ zu erfüllen und zu diesem Zwecke Zeitungen beziehungsweise andere Druckschriften nach Österreich-Ungarn einzuführen gedenke.[184] Noch im Jänner 1918 zog man deshalb die mündliche Zusage des damaligen Außenministers Czernin, eine russische Fürsorgekommission in die Habsburgermonarchie einreisen zu lassen, zurück, da man davon ausging, daß sie „den Kommunisten“ dazu dienen würde, „die russischen Kriegsgefangenen und durch diese die eigene Bevölkerung mit ihren revolutionären Ideen zu verseuchen“.[185]

Im Friedensvertrag mit Rußland wurde dann den Mittelmächten die Entsendung einer Gefangenenmission zugesichert; der russischen Sowjetregierung jedoch blieb dieses Recht verwehrt. Dessen ungeachtet ließ die Moskauer Führung nicht davon ab, das k.u.k.

179 Streeruwitz, Springflut über Österreich 137.
180 Ebd. 137f.
181 Ebd.
182 RCChIDNI, f. 495, op. 65a, d. 9423.
183 Kreiner 51.
184 ÖSTA/KA, KM/10. Abt./Kgf. 1918: 10-20/1-117.
185 ÖSTA/HHSTA, PA I, Karton 1056, Liasse Krieg-Friedensverhandlungen, Fol. 737.

Außenministerium dazu zu bewegen, nach dem Grundsatz der Reziprozität zu handeln und der Installierung einer Mission in Wien zuzustimmen. Doch man reagierte nicht auf die Anfragen aus Moskau. Anfang Mai forderte der offenbar ungeduldig gewordene sowjetrussische Volkskommissar für Äußeres seinen österreichisch-ungarischen Kollegen auf sich endlich zu dieser Frage zu äußern.[186] Da abermals keine Antwort folgte, nützten die Bol'ševiki die Gelegenheit, aus Anlaß des im Frühsommer 1918 mit Raabl-Werner geschlossenen Austauschvertrages das Thema erneut aufzuwerfen. Über die Ratifikation des Friedensvertrages, welche die Russen mit so großem Nachdruck von Österreich-Ungarn verlangten, war das Ziel, die Mission in Wien, nicht zu erreichen; aber auch die an die k.u.k. Delegation in St. Petersburg adressierte Drohung, ihre Arbeit zu blockieren und den Gefangenenaustausch zu behindern, führte nicht zum gewünschten Ergebnis. Die Bol'ševiki setzten daher auf die normative Kraft des Faktischen und dirigierten Ende Juli 1918 einen Liebesgabentransport nach Österreich-Ungarn, der von einer mehrköpfigen Fürsorgemission begleitet wurde.[187] Nun mußten die Wiener Zentralstellen nolens volens ein gewisses Maß an Entgegenkommen an den Tag legen. Ein Zurückweisen der russischen Abgesandten wollte man jetzt nicht mehr riskieren, um die Tätigkeit der k.u.k. Hauptmission in Petrograd und ihrer Exposituren nicht zu gefährden.

Am 7. August meldete dementsprechend der Leiter der *russischen Gefangenenvertretung in der Donaumonarchie*, der Jurist Dr. Jakov Aleksandrovič Berman[188], seine und die Ankunft seiner Mitarbeiter in Wien.[189] Die k.u.k. Behörden fühlten sich bemüßigt unverzüglich eine „lückenlose und unauffällige Observierung der Missionsbediensteten" zu verfügen, wobei Berman als „besonders überwachungsbedürftig" eingestuft wurde.[190]

Das Mißtrauen gegenüber den russischen „Emissären" übertrug sich auch auf die eigens ausgearbeiteten Instruktionen für die „Besichtigung der Gefangenen". Kriegsminister Stöger-Steiner schlug vor die Reisen der Sowjetabgesandten möglichst zu verzögern, andererseits aber die Delegierten laufend mit verschiedenen Informationen abzulenken, da, wie er meinte, „erfahrungsgemäß unbeschäftigte Missionen wesentlich lästiger sind als solche, welche durch tüchtige, mit physischen Anstrengungen verbundene Arbeit nach und nach ein gewisses Ruhebedürfnis und eine gewisse Friedfertigkeit erlangen".[191] Vorweggenommen wurde außerdem, „daß wir ... nur das zeigen werden, was uns paßt".[192] Am 27. August 1918 meldete daher J. Rozenberg, Mitglied der Mission, dem Centroplenbež in

186 Dokumenty vnešnej politiki, Bd. 1, 263f.

187 ÖSTA/AVA, MdI/Präs., 22. Unruhen und Exzesse, 1918: Fasz. 2080, Zl. 24717.

188 Zur Person Jakov A. Bermans: RCChIDNI, f. 495, op. 65a, d. 2767.

189 ÖSTA/KA, KM/10. Abt./Kgf. 1918: 10-35/400.

190 ÖSTA/AVA, MdI/Präs., 22. Unruhen und Exzesse, 1918: Fasz. 2080, Zl. 24717.

191 ÖSTA/AVA, MdI/Präs., 22. Unruhen und Exzesse, 1918: Fasz. 2080, Zl. 24729.

192 Zit. nach Kreiner 53.

Moskau: „Unsere Mission ist schon die dritte Woche in Wien. Auf die Frage, was sie bis jetzt getan hat, ist zu antworten: Fast nichts! Die Österreicher bremsen alles und ergehen sich bloß in süß-sauren Versprechungen."[193] Es dauerte nicht lange und das Centroplenbež legte Beschwerde bei der österreichisch-ungarischen Fürsorgemission in Moskau über die mangelnde Kooperationsbereitschaft der Behörden in der Habsburgermonarchie ein. Der Vorsitzende des Zentralkollegiums, Józef Unszlicht, drohte der k.u.k. Mission mit Sanktionen, falls die sowjetrussischen Delegierten in Wien weiterhin in ihrer Arbeit behindert würden.[194]

Inzwischen wurde die fast 30 Mitglieder zählende Mission von den Wiener Polizeiorganen genauestens kontrolliert. Die Delegierten waren in verschiedenen Wiener Hotels untergebracht, was nach Ansicht von Polizeipräsident Schober die Arbeit der „Detektive" erheblich erschwerte. Man machte sich auch die Mühe, zusätzliche Nachforschungen über die betreffenden Personen einzuleiten.[195] Es stellte sich heraus, daß einige der „Emissäre", wie zum Beispiel G. Gendel'man und A. Beresancev, ehemals als Kriegsgefangene in Österreich-Ungarn festgehalten worden waren.[196] Auch Sergej Perminov, Sekretär des Missionschefs in Wien und später Leiter der Submission für Ungarn[197], machte auf sich aufmerksam. Er unterhielt Beziehungen zu einer in Neulengbach ansässigen Frau und zu einer weiteren Person, deren Identität umgehend überprüft wurde. Ein gewisses Interesse brachten die österreichischen Polizeiagenten auch den Bankgeschäften Bermans entgegen. Alle seine Besuche in der „Kreditanstalt für Handel und Gewerbe" wurden von den Beamten registriert.[198]

Erst gegen Ende August wurde den russischen Abgesandten gestattet erste Visitationen durchzuführen. Gendel'man und Beresancev reisten in Begleitung des Obstlt. Pleban vom Kriegsministerium nach Brüx, wo sie die Paket-Sammelstelle, das Spital und mehrere Lagergruppen besichtigten. Beresancev legte laut Bericht „eine rote Schleife" an und „agitierte" gemeinsam mit seinem Kollegen unter den Gefangenen, denen sie verschiedene Vorteile nach der Heimkehr im Falle eines Engagements zugunsten der Bol'ševiki versprachen. Entdeckt wurde von den österreichisch-ungarischen Offizieren darüber hinaus, daß die beiden „zwei Kisten mit aufrührerischen Flugzetteln ins Lager eingeschmuggelt" hatten.[199]

---

193 GARF, f. 3333, op. 3, d. 595.
194 ÖSTA/KA, KM/10. Abt./Kgf. 1918: 10-35/518-3.
195 ÖSTA/AVA, MdI/Präs., 22. Unruhen und Exzesse, 1918: Fasz. 2080, Zl. 24717.
196 ÖSTA/KA, KM/10. Abt./Kgf. 1918: 10-35/478.
197 ÖSTA/KA, KM/10. Abt./Kgf. 1918: 10-35/690.
198 ÖSTA/AVA, MdI/Präs., 22. Unruhen und Exzesse, 1918: Fasz. 2080, Zl. 24717.
199 ÖSTA/KA, KM/10. Abt./Kgf. 1918: 10-35/478.

Dieser Vorfall wurde seitens des k.u.k. Kriegsministeriums zum Anlaß genommen das „agitatorische Treiben" der Sowjetrepräsentanten zu beanstanden und insbesondere die Abberufung Bermans zu fordern; mittels Boris Machlin, einem Mitarbeiter der Fürsorgemission, der als Kurier nach Moskau gereist war, riet man den russischen Stellen „zweckmäßiger dienende Funktionäre" zu entsenden.[200] Das Centroplenbež schien daraufhin einzulenken und nominierte einige Personen, welche sechs Delegierte, inklusive Berman, ablösen sollten.[201] Nach Wien wurde nun, Anfang Oktober 1918, abermals eine größere Gruppe geschickt. In diesem Fall handelte es sich um eine Rot-Kreuz-Mission, die der bestehenden Fürsorgedelegation angegliedert wurde. Den Vorsitz übernahm der Arzt Dr. Boris Solomonovič Vejsbrod[202], der nach dem Attentat Fanni Kaplans auf Lenin am 30. August 1918 einer der behandelnden Ärzte des schwer verletzten Vorsitzenden des Sovnarkom gewesen war.[203]

Boris Vejsbrod, der unter anderen vom Mediziner- und Namenskollegen Abram B. Vejsbrod[204], der Krankenschwester Poline Berman und der Ärztin Rosalija Trachtenberg begleitet wurde[205], sollte nun die Stelle von Jakov Berman einnehmen. Der Wechsel jedoch erfolgte nicht in der Weise, die man sich offenbar am Stubenring erhofft hatte. Auch Boris Vejsbrod enthielt sich politischer Aktivitäten nicht.[206] Berman aber machte keine Anstalten Wien in den kommenden Tagen oder Wochen zu verlassen. Er übte wie bisher seine Tätigkeit aus, und Vejsbrod übernahm nur pro forma die Leitung der gesamten Mission. Mitte Oktober unterrichtete Jakov Berman das Kriegsministerium von seiner Absicht, verschiedene k.u.k. Gefangenenlager besuchen zu wollen.[207] Außerdem erbat er die Erlaubnis, einige seiner Mitarbeiter nach Budapest schicken zu dürfen, da dort zahlreiche gefangene Russen an der „Spanischen Grippe" erkrankt waren.[208] Diese „unheimliche Krankheit", wie man sie in der Wiener Presse bezeichnete[209], breitete sich 1918/19 zu einer Pandemie aus und forderte weltweit Hunderttausende, ja Millionen Todesopfer.[210]

Die erste Periode des Aufenthaltes nutzten einige Angehörige der Rot-Kreuz-Mission,

---

200 GARF, f. 3333, op. 2, d. 40.

201 GARF, f. 3333, op. 10, d. 11; ÖSTA/KA, KM/10. Abt./Kgf. 1918: 10-35/604.

202 GARF, f. 3333, op. 10, d. 11.

203 Kaplan 53; GARF, f. r-393, op. 4, d. 60. Zum Attentat siehe auch Wolkogonow, Lenin 234-249.

204 Der Vatersname Vejsbrods ist in verschiedenen Quellen des Staatsarchivs auch mit V. statt B. abgekürzt.

205 ÖSTA/KA, KM/10. Abt./Kgf. 1918: 10-35/604.

206 RCChIDNI, f. 495, op. 80, d. 2.

207 ÖSTA/KA, KM/10. Abt./Kgf. 1918: 10-35/597.

208 ÖSTA/KA, KM/10. Abt./Kgf. 1918: 10-35/596.

209 Klusacek/Stimmer 156f.

210 Über die Spanische Grippe siehe Vasold 170f. Die Zahl der Grippetoten 1918/19 belief sich nach einer englischen Schätzung auf mindestens sechs Millionen. – Dietrich, Der andere Tod 263.

um bereits bestehende Kontakte aufzufrischen. Boris Vejsbrod traf kurz nach seiner Ankunft auf seinen in Wien lebenden Bruder Efim Solomonovič.[211] Dieser verdiente sich als Fabrikarbeiter seinen Lebensunterhalt und war mit einer Wienerin verheiratet.[212] Zum Zeitpunkt des Wiedersehens mit seinem Bruder gehörte er bereits der sowjetischen Fürsorgedelegation an. Efim Vejsbrod, der sich spätestens im November 1918 in den Augen der Polizei „bolschewikischer Tendenzen" verdächtig machte[213], agitierte unter anderem – wohl in Anspielung an das Moskauer „Butyrskaja-Gefängnis", wo zur Zarenzeit viele politische Häftlinge interniert gewesen waren[214] – unter dem Pseudonym Andrej Butyrskij.[215]

Anstatt Berman loszuwerden, hatte man nun weitere „Revolutionäre importiert", denen gegenüber die Militärverwaltung der Donaumonarchie aber in Anbetracht der schwieriger werdenden Lage der k.u.k. Vertretung in Rußland notgedrungen kulanter auftrat. Auf Einwände, die aus dem Ministerium des Äußern kamen, antwortete man beschwichtigend und unterstrich die Notwendigkeit einer „Verständigung" mit den Russen.[216]

Mittlerweile setzte Boris Vejsbrod mit seinem Team die Bereisung der Gefangenenlager, die ihn am 1. November 1918 unter anderem nach Kleinmünchen führte, fort. Dort allerdings mußte die Visitationstour infolge der „auf den Verkehrslinien herrschenden Verhältnisse" abgebrochen werden.[217] Tags zuvor hatte der schweizerische Gesandte in Wien nach Bern berichtet: „In der gewesenen Doppelmonarchie herrscht das Chaos."[218] Damit traf er den Sachverhalt auf den Punkt. Während das Habsburgerreich in seinen letzten Zügen lag, versuchte die sowjetrussische Fürsorgemission die Heimkehr der gefangenen Landsleute, die seit Oktober in verstärktem Maße und unter überaus schwierigen Verhältnissen vor sich ging, zu koordinieren.

Das Mißtrauen der Behörden gegenüber der Mission hielt aber auch nach dem *November 1918* an. Obwohl die Vertreter der russischen Räteregierung in Mitteleuropa durchaus bemüht waren ihren karitativen Verpflichtungen nachzukommen, erweckten bei den offiziellen Stellen in den Nachfolgestaaten der Donaumonarchie die „übrigen Aktivitäten der Sowjetmission" größeres Interesse. Besonders schwer wog in diesem Zusammenhang

---

211 Efim Vejsbrod dürfte bereits seit mehreren Monaten mit der Gruppe um Sunica und Filippović in Kontakt gewesen sein. – Hautmann, Anfänge der linksradikalen Bewegung 38.

212 Russkie internacionalisty 143.

213 NÖLA/ Präs. „P" 1919, Zl. 21/XI b.

214 Zum Moskauer Butyrskaja-Gefängnis, auch Butyrka genannt, siehe Otečestvennaja istorija s drevnejšich vremen do 1917, Bd. 1, 322.

215 Russkie internacionalisty 143.

216 ÖSTA/KA, KM/10. Abt./Kgf. 1918: 10-35/633-2.

217 ÖSTA/KA, KM/10. Abt./Kgf. 1918: 10-35/637.

218 Zit. nach Rauchensteiner 616.

der Umstand, daß Kontakte mit „hiesigen Sozialisten" bestanden.[219] Etliche Berichte der Wiener Polizeidirektion, die unter anderem an die Ministerialkommission im Kriegsministerium, das frühere Kriegsüberwachungsamt, und an die 10. Kriegsgefangenenabteilung übersandt wurden, waren durchaus geeignet Spekulationen über ein „revolutionäres Netzwerk", das Berman und seine Kollegen augenscheinlich aufzuziehen gedachten, anzustellen.

Am 23. August hatte sich Berman in Begleitung von Dr. Anatol Freudler[220], ebenfalls ein Missionsmitglied, mit Otto Bauer verabredet. Der Zusammenkunft, die in einem Café auf der Mariahilferstraße stattfand, wohnte auch Therese Schlesinger bei, die der linksradikalen Strömung innerhalb der sozialdemokratischen Partei angehörte.[221] Manches spricht dafür, daß Berman beabsichtigt hatte auch den Theoretiker Bauer an eine aus damaliger Sicht noch zu gründende kommunistische Partei Österreichs zu binden. Er nützte jedenfalls alle Kontakte in Wien, um dieses Ziel, die Bildung einer KP, zu erreichen. Die Detektive der Wiener Polizei beobachteten beispielsweise, daß Berman häufig mit dem russischen Staatsbürger Lev Sunica verkehrte.[222] Dieser war ein enger Vertrauter Nikolaj Bucharins aus dessen Zeit in Wien.[223] Während jedoch Bucharin im Juli 1914 in Lunz am See „als russischer Spion" festgenommen, anschließend nach Melk gebracht und dann auf Fürsprache der sozialdemokratischen Parteileitung Österreichs in die neutrale Schweiz ausgewiesen wurde[224], blieb Lev Borisovič Sunica in Wien und wurde dort nach Kriegsausbruch „konfiniert".[225] Er hielt sich laut Polizeibericht seit Jänner 1914 in Wien auf, arbeitete als „Zeichner" und unterhielt Beziehungen zu Personen, die sich „wegen Beteiligung an der sozialrevolutionären Propaganda im Jänner 1918" im Wiener k.k. Landesgericht in Untersuchungshaft befanden. Gegen Sunica selbst lag allerdings nichts vor; das heißt, es konnten keine stichhaltigen Gründe für eine „Abschaffung aus Österreich" geltend gemacht werden.[226]

Dennoch wurde er von den Behörden als einer der wichtigsten Verbindungsmänner Bermans betrachtet. Immerhin hatte Lev Sunica eine Gruppe „russischer Revolutionäre" um sich versammelt, welche einerseits die österreichische Arbeiterschaft „über Aufgaben und Verlauf der Revolution" im ehemaligen Zarenreich informieren sowie die Beziehun-

---

219 ÖSTA/KA, KM/10. Abt./Kgf. 1918: 10-35/475.

220 In den Quellen ist sowohl von Dr. Freudler als auch von Dr. Frendler die Rede. Es ist allerdings offensichtlich, daß dieselbe Person damit gemeint ist.

221 ÖSTA/KA, KM/MK im KM (zuvor KÜA) 1918: Zl. 33.364.

222 Ebd., NÖLA/ Präs. „P" 1919, Zl. 21/XI b.

223 Kun, Bucharin 43.

224 Kosmač/Kosmač 11.

225 ÖSTA/AVA, MdI/Präs., 22. Unruhen und Exzesse, 1918: Fasz. 2080, Zl. 24129.

226 Ebd., NÖLA/ Präs. „P" 1919, Zl. 21/XI b.

gen zu den „linken Sozialdemokraten" festigen[227] und andererseits unter den russischen Kriegsgefangenen in Österreich-Ungarn agitieren sollte, um ihnen „die Wahrheit über die Lage in Rußland und die Sowjetmacht, über die Partei der Bol'ševiki und über Lenin", näherzubringen.[228] Ihr gehörten unter anderen Iosif Vinokur, L. F. Pečerskij und Elias Čertov an[229], der sich seit 1905 in Wien befand, bei Kriegsausbruch „als Staatsangehöriger des feindlichen Auslandes" konfiniert[230] und später von Jakov Berman in die sowjetrussische Mission aufgenommen wurde.[231] Zu ihnen stießen bald auch Filip Filippović, der ehemalige Sekretär der serbischen Arbeiterkammer und „aktive Teilnehmer an der Revolution in Rußland im Jahr 1905", welcher im Herbst 1914 in Österreich interniert und während der folgenden Jahre im Lager Aschach festgehalten worden war[232], sowie Rubin Meller, der ebenso wie Čertov bereits seit mehreren Jahren als politischer Emigrant im Habsburgerreich lebte. Der Ingenieur und gelernte Buchdrucker war im Jänner 1918 „wegen Verdachtes der Abfassung eines revolutionären Flugblattes zur Zeit des Jännerstreikes" ins Wiener Landesgericht eingeliefert und im darauffolgenden Monat „aus Österreich abgeschafft worden".[233] Nichtsdestoweniger gelang es Meller offenbar kurze Zeit später, wieder nach Wien zurückzukehren, wo er ab dem Spätsommer 1918 in der Mission Berman mitarbeitete.[234] Zu seinen Kollegen gehörte unter anderen Lev Pečerskij, der die so wichtige Funktion des Kassiers der Delegation übernahm. Auch er lebte bereits geraume Zeit als Emigrant in der Donaumonarchie.[235]

Die örtlichen Polizeibehörden, welche erst im Herbst 1918 von der Existenz der beinah schon ein Jahr bestehenden „Vereinigung russischer Bol'ševiki" in Österreich erfuhren[236], nahmen mit wachsendem Argwohn zur Kenntnis, daß Berman, Sunica und Filippović sich alle Mühe gaben, ihre Aktivitäten, soweit dies in Anbetracht der Überwachung durch Detektive möglich war, zu verheimlichen. Anlaß zu Spekulationen gab gleichfalls die Beobachtung, daß bei den zahlreichen „konspirativen" Treffen unter diesen und weiteren Personen „Aktentaschen" ausgetauscht worden waren.[237]

227 O russkich kommunističeskich gruppach v Avstrii i Vengrii 68f.
228 Russkie internacionalisty 168.
229 O russkich kommunističeskich gruppach v Avstrii i Vengrii 68f.
230 ÖSTA/AdR, BMfA/NPA (Politische Akten), Liasse Österreich 10/13, Zl. I-1033.
231 Ebd., NÖLA/ Präs. „P" 1919, Zl. 21/XI b.
232 Joža, Russkie voennoplennye v Vengrii 169.
233 NÖLA/ Präs. „P" 1919, Zl. 21/XI b.
234 Russkie internacionalisty 116.
235 NÖLA/ Präs. „P" 1919, Zl. 21/XI b.
236 Haider 325.
237 Ebd., NÖLA/ Präs. „P" 1919, Zl. 21/XI b.

Festgestellt wurde dabei eben auch, daß Berman und andere Missionsmitglieder Verbindung mit politischen Kräften Österreichs aufgenommen hatten, die in dringendem Verdacht standen, dem „Bolschewismus zum Siege verhelfen zu wollen".[238] Ins Visier nahm man unter anderen Franz Koritschoner, der „als Vertrauter Lenins bei den Russen großes Ansehen genoß"[239] und von Jakov Berman Anfang November 1918 aufgesucht wurde. Berman schlug Koritschoner „die Gründung einer kommunistischen Partei und eines Wochenblattes vor, wofür er das Geld zur Verfügung stellen wollte".[240] Letzterer aber lehnte ab. Die Linksradikalen wollten vorerst bei der sozialdemokratischen Partei bleiben und innerhalb dieser für ihre Ideen wirken.[241]

Ausschlaggebend für Koritschoners Haltung war eine Begegnung mit Friedrich Adler, der sich gegen die Gründung einer neuen Organisation ausgesprochen hatte.[242] Dessen Entschluß mußte dann der Arbeiterfunktionär Karl Steinhardt ebenso zur Kenntnis nehmen wie Béla Kun, der nach eigenen Angaben in der Nacht vom 18. zum 19. November 1918 von Budapest nach Wien fuhr, um „Lenins Botschaft an Friedrich Adler" zu übermitteln. Seine Mission scheiterte – wie Kun später meinte – an der „Feigheit und Dummheit von Adler und Renner".[243]

Eine Vorentscheidung zugunsten der sozialdemokratischen und gegen eine kommunistische Partei war gefallen. Karl Steinhardt, der mit finanzieller Unterstützung Bermans am 3. November 1918 dennoch die *KPDÖ* ins Leben rief[244], scharte anfangs nur ein paar Intellektuelle und einige SP-Mitglieder um sich.[245]

---

238 ÖSTA/AVA, MdI/Präs., 22. Unruhen und Exzesse, 1918: Fasz. 2080, Zl. 24129.

239 Ebd. 326; Lenin, Werke, Bd. 35, 216f.

240 Hautmann, Anfänge der linksradikalen Bewegung 43.

241 Ebd.

242 Steiner, Kommunistische Partei 317; Hautmann, Anfänge der linksradikalen Bewegung 43; ders., Rätebewegung 257.

243 Tökés, Béla Kun and the Hungarian Soviet Republic 240.

244 RCChIDNI, f. 495, op. 80, d. 2.

245 Steiner, Kommunistische Partei 318. Bei der Gründung der KP war auch der russische Kommunist Leo Sunica anwesend, der November 1918 „mit einem gewissen Filippowitsch" nach Ungarn reiste und mit russischen Kriegsgefangenen die russische Sektion bei der ungarischen KP organisierte. – Mihályhegyi 81.

„Parteiarbeit im Donauraum“

Zahlreiche Gruppierungen blieben der kommunistischen Partei Deutschösterreichs vorerst fern.[246] Vielmehr schweißten die Kritiker an der KP, die nach der Auffassung Julius Dickmanns, eines auch in sozialdemokratischen Kreisen geschätzten Theoretikers, die Arbeiterschaft spalte und sie zwinge „ihre alleinrevolutionären Prinzipien herunterzuwürgen“[247], einige Linksradikale unter der Leitung von Johannes Wertheim, die Syndikalisten und die jüdischen Sozialisten zusammen. Als „Föderation revolutionärer Sozialisten ‚Internationale‘“ (FRSI), deren konstituierende Versammlung am 28. November 1918 in Hernals stattfand, bildeten sie eine Plattform, die – wie es hieß – alle revolutionär-sozialistischen Kräfte umfassen sollte, „unbeschadet ihrer Parteizugehörigkeit“.[248] Durch Leo Rothziegel und Johannes Wertheim, die beide der Roten Garde angehörten, stand die Föderation mit dem bekannten Journalisten Egon Erwin Kisch in Kontakt, der sich bereit erklärte die von der FRSI herausgegebene Zeitschrift „Der freie Arbeiter“ zu redigieren.[249] Kisch übte als einflußreicher Rotgardist nicht weniger Kritik an den bestehenden Parteien der Arbeiterbewegung. Nach einer Auseinandersetzung mit den sozialdemokratischen Kameraden in der gerade entstandenen Volkswehr um die Eidesformel auf die „Deutschösterreichische Republik“ – Kisch ließ seine Leute auf die III. Internationale schwören – organisierte sich die Rote Garde im Volkswehrbataillon 41. Um sich mit allen kommunistischen und sozialrevolutionären Volkswehrmännern anderer Einheiten in Verbindung setzen zu können, gründete die Gruppe um Rothziegel und Kisch das „Revolutionäre Soldatenkomitee“, das sich mit der Wochenzeitung „Der Rote Soldat“ besonders um die Heimkehrer bemühte.[250]

Erst nach und nach schlossen sich die verschiedenen Vereinigungen den Kommunisten an. Darüber hinaus bedeutete der Beitritt ehemaliger Kriegsgefangener eine maßgebliche Verstärkung für die KP, obwohl man erkennen mußte, daß sich die Haltung Friedrich Adlers entscheidend auf die Entwicklung der linken Opposition auswirkte. Ungeachtet dessen ging man an den „Aufbau der Bewegung“. Während die Wiener Linksradikalen, allen voran Franz Koritschoner, mit den Kommunisten zusammengingen, rief das KP-Organ „Der Weckruf“ die Heimkehrenden aus Sowjetrußland auf sich der KPDÖ anzuschließen.[251] Kurze Zeit später gab man der Parteizeitung den Namen „Die soziale Revo-

246 Zu den Versuchen Vejsbrods und Bermans, der KPDÖ weitere Kräfte zuzuführen, siehe insbesondere: RCChIDNI, f. 495, op. 80, d. 2.

247 Zit. nach Hautmann, Anfänge der linksradikalen Bewegung 50.

248 Hautmann, Anfänge der linksradikalen Bewegung 51.

249 Ebd. 50. Ab der Nummer 2 erschien „Der freie Arbeiter“ mit der Beilage „Die Rote Garde“.

250 Ebd. 70f.

251 Der Weckruf, Nr. 10 (11.12.1918) 2.

lution"; als Herausgeber fungierten Koritschoner und Karl Tomann, der mittlerweile einer der führenden Funktionäre der KPDÖ geworden war. Neben Tomann übernahmen weitere Rußlandheimkehrer Spitzenpositionen in der Partei. Leopold Forst bekleidete zum Beispiel das Amt des Parteikassiers, „eine Funktion, die besonders in der Zeit der ungarischen Räterepublik zur wichtigsten Parteifunktion überhaupt wurde"[252]; Walter Kersche war mehrere Jahre für die Arbeit unter den Bauern verantwortlich; Gilbert Melcher gehörte ab dem Frühjahr 1919 der Parteileitung an und Heinrich Brodnig betraute die KP mit der Gründung der Landesparteiorganisation in der Steiermark, die sich im Jänner 1919 in Graz konstituierte.[253]

Im Jänner 1919 kamen auch der Wiener Journalist Josef Grün und seine Frau Anna aus Sowjetrußland.[254] Über deren Rückkehr und über die KP in Österreich vor den Wahlen zur konstituierenden Nationalversammlung im Februar 1919[255] berichtete der deutsche „Agitator" Wolf Perlmutter Gottlieb Cermak, einem aus Wien stammenden Mitglied und zeitweiligen Sekretär der deutschen Gruppe bei der RKP(b) in Moskau: „Wir sind am 18. in Wien eingetroffen mit etwas Schwierigkeiten, eigentlich nur Schwierigkeiten für die Familie Grün. Die Frau Grün wurde in Bial'ystok verhaftet, und in Schneidemühl alle beide. Die Lage ist für unsere Sache in Österreich nicht besonders günstig. Die Polizei verfolgt die Kommunisten auf Schritt und Tritt, für mich ist es besonders schwer, weil ich kein Deutschösterreicher bin und auch nicht in Wien zuständig, solche werden kurzerhand ausgewiesen. [...] Die Stimmung ist für die Sozialdemokraten [...] vor den Wahlen sehr günstig."[256]

Ähnliches wußte Karl Tomann am 16. Jänner 1919 in einem Brief an die Moskauer Genossen zu vermelden. „Die Polizei", so Tomann, „hat eine ganze Armee Detektive für uns bereit sowie eigene 3 Zimmer in der Polizei-Direktion, wo unsere Sache behandelt wird. Da bei uns wiederholt Hausdurchsuchungen gemacht wurden, müssen wir sehr vorsichtig sein. [...] Die Sozialdemokratische Partei arbeitet mit Hochdruck und dem größten Terror [!] gegen uns. Ihr könnt Euch nicht vorstellen, zu was diese Schufte fähig sind."[257] Auf-

252 Hautmann, Rätebewegung 195; vgl. ders., Anfänge der linksradikalen Bewegung 64f.

253 Ebd. 194.

254 RCChIDNI, f. 495, op. 80, d. 2.

255 Die KPDÖ nahm an den Wahlen nicht teil. Wie fast alle kommunistischen Bewegungen standen auch die österreichischen Kommunisten dem Parlamentarismus ablehnend gegenüber. An dieser Auffassung hielt man trotz innerparteilicher Differenzen fest, ein Standpunkt, den Lenin wiederholt kritisierte. „Später beteiligte sich die KPÖ an allen Wahlen, sie erreichte aber bis 1934 keine Vertretung im Parlament oder in Landtagen und stellte nur einige Gemeinderäte." – Steiner, Kommunistische Partei 318.

256 RCChIDNI, f. 549, op. 4, d. 22.

257 Ebd.; vgl. RCChIDNI, f. 488, op. 1, d. 10; ÖSTA/AdR, BMfA/NPA, Politische Akten, Liasse Österreich 2/3, 1919: Zl. I-2846/2.

schlußreich über die Rolle der Mission Berman in den Wochen nach dem Entstehen der KPDÖ sind folgende Passagen in Tomanns Brief: „Auch hier arbeiten wir mit den Genoss[en] der russ[ischen] Kommission, mit welchen ich beinahe täglich bis in die Nacht Sitzungen halte." Und weiter unten heißt es: „Als ich nach Wien gekommen, habe ich von der ersten Minute Tag und Nacht gearbeitet, [...] der Vertrauensmann des Genossen Lenin, der Präsident der hiesigen russischen Kommission, sendet diesbezüglich Berichte an den Genossen Lenin."[258] Aus ihnen wurde ersichtlich, daß die Ängste staatlicher Institutionen nicht unbegründet waren. „Durch die Fusion mit einem Teil der Rußlandheimkehrer erfolgte nicht nur eine zahlenmäßige Stärkung, sondern auch teilweise Wandlung in der Frage der KP-Taktik, was für die späteren Monate von großer Bedeutung werden sollte. Tomann, der Hauptbefürworter der neuen Politik, trat nämlich dafür ein, besonders die Massen der Arbeitslosen, Invaliden und Heimkehrer propagandistisch anzusprechen."[259] In den ersten Wochen des Jahres 1919 unternahmen die KP-Führer – vor allem Karl Steinhardt – ausgedehnte Agitationsreisen.[260] Außerhalb Wiens gewann die kommunistische Bewegung auf diese Weise vor allem in Graz in verhältnismäßig kurzer Zeit einigen Einfluß. Organisiert wurde die dortige Ortsgruppe von zwei Rußlandheimkehrern: Heinrich Brodnig, der gemeinsam mit Tomann und Forst aus der „Gefangenschaft" zurückkam, und Leopold Maresch, einem 28jährigen Metallgießer aus Wien. Beide gingen mit großem Elan daran, die Parteiorganisation in der Steiermark aufzubauen.[261]

Als sich am 20. Februar 1919 mehrere tausend, großteils sozialdemokratische Volkswehrleute und Heimkehrer auf dem Freiheitsplatz in Graz versammelten, „um für die Erfüllung ihrer Forderungen auf Erhöhung der Abfertigung von 64 auf 300 Kronen durch die Landesregierung zu demonstrieren", benützte Brodnig die Gelegenheit, zur Menge, die gerade eine Abordnung zu Landeshauptmann Kaan geschickt hatte, zu sprechen und für die Volkswehr noch höhere Forderungen zu stellen. „Würden sie abgelehnt", drohte Brodnig, „würden sich am nächsten Samstag ‚Ereignisse abspielen, die Graz noch nicht erlebt hat'."[262]

Der autoritär und scharf antimarxistisch gesinnte Anton Rintelen, 1934 in den nationalsozialistischen Putsch gegen Dollfuß verwickelt und 1919 als Landeshauptmann-Stell-

258 Ebd.

259 Hautmann, Anfänge der linksradikalen Bewegung 65.

260 RCChIDNI, f. 488, op. 1, d. 10.

261 Hautmann, Anfänge der linksradikalen Bewegung 67; ÖSTA/AdR, BMfA/NPA, Politische Akten, St.A. d. Innern/Abt. 5: Situationsbericht der Landesregierung in Graz v. 16. Februar 1919.

262 Botz, Gewalt in der Politik 41; vgl. ÖSTA/AdR, BMfA/NPA, Politische Akten, St.A. d. Innern/Abt. 5: Situationsbericht der Landesregierung in Graz und Berichte des Landesgendarmerie-Kommandos Graz v. 20. Februar 1919.

vertreter aufs engste mit der Heimkehrerproblematik in der Steiermark verbunden[263], schrieb in seinen Memoiren: „Brodnig[g], aus russischer Kriegsgefangenschaft zurückgekehrt, angetan mit einem Militärmantel und hoher Kosakenmütze, faszinierte die Menge geradezu und riß sie zu unerfüllbaren Forderungen hin, die weit über das hinausgingen, was die Abordnung erwirken sollte. Als diese zurückkehrte, wurde sie ausgepfiffen und mit Schmährufen überschüttet. Brodnigg beherrschte die Versammlung vollkommen und stellte der Landesregierung eine vierundzwanzigstündige Frist für die Erfüllung der neuen Forderungen."[264] Rintelen fuhr daraufhin nach Wien, um Gendarmerieverstärkung zu erbitten. Die Polizei wurde in Alarmzustand versetzt, die deutschnational orientierte Studentenwehr mobilisiert. Nicht zuletzt deshalb kam es am 22. Februar zu blutigen Unruhen.[265] Aus bis heute nicht ganz geklärten Gründen eröffneten Studenten das Feuer auf die Demonstranten. „5 Tote und mehrere Verletzte blieben liegen."[266] Als eine Menschenmenge am selben Abend vor dem Rathaus die „Demobilisierung" der Studenten, von denen viele als Offiziere den Krieg mitgemacht hatten, verlangte, kam es erneut zu Schießereien. „Wiederum war ein Mensch getötet und einer schwer verletzt worden."[267] Im Laufe des Abends entwaffneten Gendarmerie und Arbeiterhilfskorps die Studentenwehr. Gegen die Kommunisten griff die Landesregierung hart durch: Noch am 22. verhaftete man acht KP-Führer; am darauffolgenden Tag wurde Leopold Maresch gemeinsam mit siebzehn anderen Kommunisten festgenommen.[268] Die sozialdemokratischen Vertrauensleute hatten nach diesen Vorfällen in Graz alle Hände voll zu tun, um ein Übergreifen der Unruhen auf die benachbarten niederösterreichischen Industriegebiete zu verhindern.[269]

Während unter diesen Bedingungen kommunistische Organisationen in der Steiermark, in Oberösterreich und Salzburg entstanden[270], bereitete Karl Tomann in Wien die Gründung einer Organisation vor, mit der jene *Heimkehrer*, welche „nach ihrer Rückkehr

---

263 Dazu: Mitteilungen der Staatskommission, Nr. 1 (15.6.1919) 7; Der Heimkehrer, Nr. 6 (15.10.1919) 2.

264 Rintelen 103. Siehe außerdem: ÖSTA/AdR, BMfA/NPA, Politische Akten, St.A. d. Innern/Abt. 5: Situationsbericht der Landesregierung in Graz v. 22. Februar 1919.

265 Siehe dazu die Meldungen an das Staatsamt des Innern vom 22. 2. – ÖSTA/AdR, BMfA/NPA, Politische Akten, St.A. d. Innern/Abt. 5: Situationsberichte aus Graz v. 22. Februar 1919.

266 ÖSTA/AdR, BMfA/NPA, Politische Akten, St.A. d. Innern/Abt. 5: Mehrere Berichte aus Graz v. 22. Februar 1919; vgl. Botz, Gewalt in der Politik 42.

267 Botz, Gewalt in der Politik 42.

268 ÖSTA/AdR, BMfA/NPA, Politische Akten, St.A. d. Innern/Abt. 5: Bericht der Landesregierung Graz v. 23. Februar 1919; Hautmann, Anfänge der linksradikalen Bewegung 79.

269 Botz, Gewalt in der Politik 42.

270 ÖSTA/AdR, BMfA/NPA, Politische Akten, St.A. d. Innern/Abt. 5: Berichte der Landesregierungen in Linz, Graz und Salzburg v. 7., 15., 16., 20. und 23. Februar sowie v. 6. März 1919.

in die Sozialdemokratische Partei eingetreten waren, zurückgewonnen" werden sollten.[271] Am 19. Jänner 1919 fand im Großen Saal des Militärkasinos am Schwarzenbergplatz eine Heimkehrerversammlung statt, die eine „Freie Vereinigung ehemaliger Kriegsgefangener" einberufen hatte. Als Redner traten im Rahmen dieser Veranstaltung unter anderen die KP-Funktionäre Paul Friedländer, Karl Steinhardt und Karl Tomann auf, die sich scharf gegen die Sozialdemokratie wandten. Darüber hinaus nahm Tomann gegen die parlamentarische Demokratie Stellung; anstelle der Nationalversammlung empfahl „er die Institution eines Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrates".[272] Trotz langer politischer Diskussionen formulierte man zunächst aber nur wirtschaftliche Zielsetzungen; die „Freie Vereinigung" gliederte sich vorläufig keiner Partei an. Einerseits trat der Vorsitzende der Versammlung, ein gewisser Schleser, für den Anschluß an die Sozialdemokratie ein[273]; andererseits brachte „Die soziale Revolution" mit Gewißheit die Auffassung zum Ausdruck, daß die junge Heimkehrerorganisation der Linie der KPDÖ folgen würde. „Wir [...] sind überzeugt", konnte man im kommunistischen Parteiorgan lesen, „daß die Genossen stets zur Fahne des Kommunismus stehen werden."[274] „Die soziale Revolution" irrte nicht. Die „Freie Vereinigung ehemaliger Kriegsgefangener" blieb auch ohne parteipolitische Deklaration auf KP-Kurs. Dafür sorgte schon die Vereinsführung: Am 9. März hielt die „Freie Vereinigung" ihre erste Generalversammlung ab. Zum Vorsitzenden wurde der Kommunist Franz Walz gewählt, der in Sowjetrußland der Deutschen Gruppe bei der RKP(b) angehört hatte und gemeinsam mit Karl Tomann als Agitator nach Wien „abkommandiert" worden war.[275] Eine leitende Position in der „Freien Vereinigung ehemaliger Kriegsgefangener" nahm auch Franz Wager ein, den man laut eines Schreibens der Deutschen Gruppe bei der RKP(b) im Februar 1919 „zur Parteiarbeit" nach Wien geschickt hatte.[276]

Schon einige Tage vor der Generalversammlung hatte der Verein seine ideologische Ausrichtung zur Schau gestellt. Bei einem vom „Wirtschaftsverband der nichtaktiven Militärgagisten" einberufenen Treffen ehemaliger Kriegsgefangener tauchten Mitglieder der „Freien Vereinigung" auf. Sie bezeichneten den „Wirtschaftsverband" als reaktionär und polemisierten gegen den „Versuch der Klerikalen, sich der Sache der Kriegsgefangenen zu bemächtigen".[277] Staatlichen Stellen lagen zusätzliche Informationen über die Veranstaltung vor: „Ein Redner", teilte das Staatsamt für Heerwesen der Polizeidirektion Wien mit, „erwähnte, daß die heimkehrenden Kriegsgefangenen fordern, dass die Ge-

271 Ebd. 68; vgl. RCChIDNI, f. 495, op. 80, d. 2.

272 Der Heimkehrer/Beilage zu „Der Rote Soldat", Nr. 2 (13.2.1919) 1.

273 Ebd. 2.

274 Die soziale Revolution, Nr. 21 (Jänner 1919) 4.

275 Pardon/Shurawljow, Bd. 1, 213; Der Heimkehrer/Beilage zu „Der Rote Soldat", Nr. 6 (13.3.1919) 1.

276 Ebd. 265. Dazu auch: ÖSTA/AdR, BKA/KGF, 1920: 3-7/18; Die Rote Fahne, Nr. 116 (30.9.1919) 4.

277 ÖSTA/AdR, BKA/KGF, 1919: 24-20/4.

bühren für die Zeit der Kriegsgefangenschaft unbedingt in früherem Ausmaße sofort bewilligt werden müssen [...], wobei er sich in Drohungen erging, wie ‚daß im Nichtbewilligungsfalle das Staatsamt für Heerwesen einfach verschwinde'. Er erklärte weiters, daß Oberintendant Baron Raabl-Werner, dann Graf Spiegelfeld [...] und Graf Traun (Bundespräsident vom Roten Kreuz) die Rache der noch draußen befindlichen Kriegsgefangenen zu fürchten haben, welche sie nach ihrer Rückkehr in die Heimat zur Verantwortung ziehen werden, da es ohne weiteres möglich war, diese Kriegsgefangenen nachhause zu bringen und daß sie an die Laternenpfähle gehängt werden müssen."[278] Im selben Bericht hieß es dann abschließend: „Die Auslassungen des Redners wurden von der ungefähr 2.500 Köpfe zählenden Versammlung mit tosendem Beifall aufgenommen. Der Redner erwähnte [...], daß die Heimkehrerorganisation noch viel röter ist ‚als die rote Schärpe am Radetzky-Denkmal' und daß die ‚Machthaber der Sowjet-Republik ihre Genossen sind' und begrüßte die Versammlung hier auch als ‚Towarischi'. [...] Er schloß seine Rede mit einem Hoch auf die hier einzuführende sozialistische – nicht demokratische – Republik."[279]

In den darauffolgenden Wochen gelang es der „Freien Vereinigung ehemaliger Kriegsgefangener" tatsächlich, viele Heimkehrer mit kämpferischen Parolen und unrealistischen Versprechungen auf ihre Seite zu ziehen.[280] Um sich an eine breitere Öffentlichkeit wenden zu können, erschien in „Der Rote Soldat" die Beilage „Der Heimkehrer", die von der „Freien Vereinigung" herausgegeben und redigiert wurde.[281] Später allerdings gründete man ein eigenes Blatt mit dem Titel „Der Kriegsgefangene", das man im Sommer 1920 in „Hammer und Pflug" umbenannte.[282]

Zulauf erhielt die Vereinigung vor allem wegen ihrer finanziellen Forderungen. Unter anderem verlangten sie die Auszahlung von Abfertigungen an alle Heimkehrer – sowohl aus der Gefangenschaft als auch von der Front. Julius Deutsch, damals Unterstaatssekretär für Heerwesen, nahm dagegen entschieden Stellung. Anfang März 1919 erklärte er anläßlich einer Rede in Graz, „daß von einer Abfertigung an die heimgekehrten Krieger und Gefangenen keine Rede sein kann, zumal eine solche Abfertigung Millionen ausmachen und den Staat, der ohnehin bettelarm sei, ganz erheblich belasten würde".[283] Die „Freie Vereinigung" reagierte klassenkämpferisch: „Diese Forderung werden die Heimkehrer und namentlich die Heimkehrer aus der Gefangenschaft immer wieder erheben; denn wir sind

278 Ebd.

279 Ebd.

280 Hautmann, Anfänge der linksradikalen Bewegung 68.

281 Der Heimkehrer/Beilage zu „Der Rote Soldat", Nr. 2 (13.2.1919) 1.

282 Hammer und Pflug, Nr. 4 (April 1922) 1.

283 Der Heimkehrer/Beilage zu „Der Rote Soldat", Nr. 5 (6.3.1919) 1.

der Meinung, daß die paar Hundert Kronen, welche jedermann als Abfertigung vom Staate zu fordern das Recht hat, noch lange nicht als Entschädigung für die eingebüßte Gesundheit und für seine zertrümmerte Existenz hinreichen würden. Eine gesunde ‚Abgabe' bei den 177 Millionären Deutschösterreichs genügt und der Finanzminister unseres Staates ist der Sorge enthoben, wo er das Geld, welches zur Deckung dieser Post [sic!] dienen soll, hernehmen braucht. [...] Hoffentlich", verlautbarte „Der Heimkehrer" drohend, „werden sich die Herren zurechtfinden können. Wir sind übrigens gerne bereit, dem Finanzminister behilflich zu sein. Oder will er uns diese Aktion selbst überlassen? Auch darin sind wir ganz gut geschult und werden gegebenenfalls unseren Mann stellen."[284]

Ähnlich argumentierte die Ende März 1919 gegründete „Freie Vereinigung deutschösterreichischer abgerüsteter Soldaten und Heimkehrer".[285] Der ebenfalls im Umfeld der KPDÖ agierende Verband forderte 5.000 Kronen für alle aus dem Felde und aus der Gefangenschaft Zurückgekehrten.[286] In der Kabinettsratssitzung vom 22. April 1919 lehnte die Regierung allerdings jede Verhandlung in diesem Zusammenhang ab.[287] Julius Deutsch schrieb darüber: „Die Heimkehrer legten das Schwergewicht ihrer Agitation auf die Durchsetzung einer Abfertigung von 5.000 Kronen. Diese zu gewähren war aber die Regierung außerstande, weil das Geld nicht nur den jetzt aus der Gefangenschaft heimkehrenden, sondern allen ehemaligen Soldaten ausbezahlt hätte werden müssen. Das hätte derart große Summen erfordert, daß die Banknotenpresse gar nicht in der Lage gewesen wäre, sie in absehbarer Zeit herzustellen."[288]

Die „Freie Vereinigung deutschösterreichischer abgerüsteter Soldaten und Heimkehrer" blieb die Antwort nicht schuldig. In der Vereinszeitung „Der Heimkehrer", nicht zu verwechseln mit der von der „Freien Vereinigung ehemaliger Kriegsgefangener" herausgegebenen Beilage in der Zeitschrift „Der Rote Soldat", „wetterte" man nicht nur gegen „Bürgertum, Aristokratie und Kirche", sondern auch gegen die Sozialdemokratie[289]. „Der Empfang sowie die offizielle und nicht offizielle Behandlung der Heimkehrer in den abgelaufenen 8 Monaten seit dem Zusammenbruch beweisen", so „Der Heimkehrer", „daß

284 Ebd.

285 ÖSTA/AdR, BMfA/NPA, Politische Akten, Liasse Österreich 2/10, 1919: Zl. I-3916/4 sowie Liasse Österreich 2/4, 1919: Zl. 3357/2 und I-3208/2.

286 ÖSTA/AdR, BKA/Pol.Dir.Wien, 1919: Pr. 8170. Um die wirtschaftliche Bedeutung der 5.000 Kronen-Forderung ermessen zu können, seien folgende Preisangaben vom Zeitraum Jänner 1919 bis Jänner 1920 angeführt: Ein Kilo Kochmehl kostete Anfang 1919 1.70, Anfang 1920 5.40 Kr., ein Kilo Kartoffel Anfang 1919 0.70, Anfang 1920 3.60 Kr., 1 Kilo Zucker 3 bzw. 15 Kronen. – Dazu: Aus der Jahresrückschau der NFP 2138.

287 ÖSTA/AdR, KRPl. Nr. 64 v. 22.4.1919.

288 Deutsch 58.

289 Der Heimkehrer, Nr. 1 (6.9.1919) 1.

die Machthaber nicht im Entferntesten daran denken, auch nur einen Bruchteil von dem einzulösen, was seinerzeit versprochen wurde."[290]

Nach den Statuten unpolitisch, definierte sich der Verband wie folgt: „Die freie Republik ist also die Grundlage, auf der wir einzig und allein unsere Forderung durchsetzen werden. Hätte sich unsere Organisation nicht schon auf den Boden einer Republik gegründet, so wäre gewiß die soziale Revolution der erste Punkt unserer Forderungen gewesen. Aus diesem Grund wird die ‚Freie Vereinigung' alles bekämpfen, was der Reaktion Vorschub leisten und uns wieder zu Sklaven derer machen will, welche an all unserem Elend schuld sind. Nie werden wir zugeben, daß das Kapital, an dessen Fingern das Blut unserer Kameraden klebt, die Oberhand gewinnt oder auch nur versucht, dieselbe zu erlangen."[291]

Noch deutlicher manifestierte sich die Position der „Freien Vereinigung deutschösterreichischer Soldaten und Heimkehrer" im Hinblick auf die Arbeiterratswahlen. In einem speziell gegen die SDAP gerichteten Aufruf wandte man sich an „Heimkehrer, Invalide, ehemalige Kriegsgefangene sowie deren Angehörige" und empfahl nur „solche Proletariervertreter" zu wählen, „welche unerbittlich gegen die Bourgeoisie Front machen, welche die Koalition sprengen, welche dem Arbeiterrat zur Macht [!] verhelfen".[292] Letztere, zur Jahreswende 1917/18 nicht zuletzt unter dem Eindruck der russischen Revolution entstanden, hielten allerdings zur Sozialdemokratie. Diesbezüglich hatte die SDAP selbst während des Jännerstreiks Vorkehrungen getroffen, indem sie sich nicht gegen die Räte stellte, sondern an deren Spitze trat und zu ihrer Institutionalisierung beitrug. Anfang Februar 1918 faßte Karl Seitz auf dem Landesparteitag der niederösterreichischen Sozialdemokraten die Meinung des Parteivorstandes in dieser Angelegenheit zusammen. „Einen Arbeiterrat", erklärte Seitz, „brauchen wir, weil wir einen Körper brauchen, der Fühlung mit den einzelnen Betrieben hat, die leider unsere Organisation bis jetzt nicht hatte. [...] Der Parteivorstand wird auf diesen Arbeiterrat hören müssen, gewiß, aber dann müssen wir auch fordern, daß er aus wirklichen organisierten Genossen besteht. Der Arbeiterrat wird nicht ein Organ zur Erwürgung von Streiks sein, sondern ein Organ, das sich bewußt ist, daß der Streik das wichtigste, das letzte Mittel ist, wenn alle anderen versagen."[293]

Die in der Folge ausgearbeiteten Bestimmungen zielten demgemäß darauf ab, den Arbeiterrat fest in das sozialdemokratische Parteigefüge einzubauen. Die vorerst nur für die Wiener Arbeiterorganisationen entworfenen Statuten sahen unter anderem die Aufnahme des Parteivorstandes, der Gewerkschaftskommission, des Zentralverbandsvorstan-

---

290 Ebd.; vgl. Der Heimkehrer, Nr. 4 (27.9.1919) 1.

291 Der Heimkehrer, Nr. 5 (4.10.1919) 1.

292 Der Heimkehrer, Nr. 8 (1.11.1919) 1.

293 Zit. nach Hautmann, Rätebewegung 205.

des der Genossenschaften, der Vertreter der gewerkschaftlichen Zentralverbände, der Wiener sozialdemokratischen Gemeinderäte, Landtags- und Reichsratsabgeordneten vor.[294] „In den Arbeiterrat wählbar waren nur solche Personen, die sowohl Partei- als auch Gewerkschaftsmitglieder und Abonnenten der ‚Arbeiter-Zeitung' waren."[295] Außerdem konnten die Räte nur von den jeweiligen Parteiorganisationen einberufen werden. Es überrascht daher nicht, daß die österreichische Rätebewegung erst durch die Gründung der Soldatenräte im November 1918 einen neuen Aufschwung erlebte.

Anfänglich existierte neben den Soldatenräten der Volkswehr noch der „liquidierende Soldatenrat", der aus den Reihen der alten Armee gewählt wurde und in den ersten Monaten der Republik vor allem als Auskunftsstelle für Heimkehrer fungierte.[296] Seit der „1. Reichskonferenz der Deutschösterreichischen Soldatenräte" am 12. und 13. Jänner 1919 nannte sich der liquidierende Soldatenrat „Interessenvertretung für Angehörige der ehemaligen bewaffneten Macht" und war dem Zivilkommissariat des Staatsamtes für Heerwesen angegliedert. Die Interessenvertretung „hatte Heimkehrer in Gebühren- und Unterstützungsangelegenheiten zu beraten sowie bei der Arbeitsstellenvermittlung und der Betreuung der Kriegsinvaliden mitzuwirken. Ihr Vorsitzender war Otto Julius Kunz. Die Bedeutung der ‚Interessenvertretung' war allerdings gering und mit der der Volkswehrsoldatenräte nicht zu vergleichen."[297]

Der Volkswehr traten neben linksradikal beziehungsweise kommunistisch orientierten Soldaten insbesondere Anhänger der SDAP bei. In der „Vereinigung sozialdemokratischer Soldaten" organisiert, bemühten sich letztere zum Beispiel um die „Aufrechterhaltung der Rekonvaleszentenheime, damit einerseits nicht vorzeitige Entlassungen wegen Platzmangels erfolgen, andererseits die [...] noch in Kriegsgefangenschaft befindlichen Kameraden bei ihrer Heimkehr eine Stätte zur Erholung von den ausgestandenen Strapazen und Entbehrungen vorfinden."[298]

Ausführlich ging man im offiziellen Organ der Soldatenräte, der Zeitschrift „Der freie Soldat", auf die von den KP-nahen Heimkehrervereinigungen verlangte 5.000 Kronen-Abfertigung ein. Am 24. April 1919 hieß es dazu: „Eine derartige Last [...] dem neuen Staat aufzubürden, ist vollends ein Ding der Unmöglichkeit. Denn schließlich handelt es sich doch nicht darum, den Heimkehrern für die erduldeten Leiden ein Schmerzensgeld zu geben, denn das, was die Gefangenen zum großen Teil an Leib und Seele in den sibiri-

294 Hautmann, Rätebewegung 207.

295 Ebd. 207f.

296 Deutsch 29; vgl. Hautmann, Rätebewegung 246.

297 Hautmann, Rätebewegung 267.

298 Der freie Soldat, Nr. 19 (11.3.1919) 4.

schen und turkestanischen Lagern namentlich gelitten haben, das kann keine Abfertigung, und betrüge sie auch hunderttausend Kronen, gutmachen."[299]

Während die sozialdemokratischen Soldatenräte den von der KPDÖ unterstützten Forderungen der „Freien Vereinigungen" entgegentraten, liefen die Kommunisten selbst gegen das bestehende Organisationsstatut der Arbeiterräte Sturm.[300] Anlaß für die „Wiedererweckung des Arbeiterrates" war dann aber die Initiative der oberösterreichischen Räte. „In Oberösterreich", so Otto Bauer, „hatte die wirtschaftliche Aktion der Arbeiterräte die größte Ausdehnung erlangt, hatten daher auch die Arbeiterräte den stärksten Einfluß gewonnen. Der Linzer Arbeiterrat gab die erste Anregung zu einer Zusammenfassung aller lokalen Arbeiterräte. Er versammelte am 19. Februar in Linz eine Konferenz der Arbeiterräte, die den sozialdemokratischen Parteivorstand aufforderte, eine allgemeine Reichskonferenz aller Arbeiterräte einzuberufen."[301] Die gesamtösterreichische Konferenz in Wien am 1. und 2. März 1919 erbrachte schließlich ein neues Statut, „dem zufolge die Arbeiterräte alle Richtungen innerhalb der Arbeiterklasse vertreten sollten".[302] Der Parteivorstand der SDAP hatte die Aufnahme der KPDÖ und anderer sozialistischer Parteien nicht nur akzeptiert, sondern sogar gefordert. „Grund für diese überraschende Maßnahme der Sozialdemokratie [...] war, den schnell zunehmenden Einfluß der Kommunisten in geordnete Bahnen zu lenken."[303]

Gemäß der kommunistischen Taktik, vorrangig unter den sozial schwächsten Bevölkerungsschichten zu agitieren, sprachen sich KP-Funktionäre gleichzeitig für die Aufnahme von Invaliden-, Arbeitslosen- und Heimkehrervereinigungen in die Räte aus.[304] Dementsprechend bemühte sich die „Freie Vereinigung der deutschösterreichischen abgerüsteten Soldaten und Heimkehrer" um Sitz und Stimme im Arbeiterrat. „In den Augen der Kriegsteilnehmer", konnte man am 22.10.1919 in der Verbandszeitung „Der Heimkehrer" lesen, „bilden die Arbeiterräte die wichtigste Errungenschaft des Krieges. Es wäre widersinnig, jene Männer, aus deren Blut diese Frucht des Krieges gebildet wurde, davon auszuschließen. Darum sind wir fest davon überzeugt, daß die Forderung der ‚Freien Vereinigung', sie möge in den Arbeiterräten und in allen ihren Exekutiven vom Reichsvollzugsausschuß bis hinab zu den Ortsarbeiterräten eine Vertretung erhalten, die ihrer Zahl und Bedeutung entspricht, [...] erfüllt wird."[305] Die „Freie Vereinigung der deutschöster-

299 Der freie Soldat, Nr. 31 (24.4.1919) 3; vgl. Der freie Soldat, Nr. 32 (26.4.1919) 1.
300 Hautmann, Anfänge der linksradikalen Bewegung 81f.
301 Bauer 670.
302 Stadler 78.
303 Hautmann, Anfänge der linksradikalen Bewegung 82.
304 Ebd.
305 Der Heimkehrer, Nr. 7 (22.10.1919) 1. Nach einer Bestimmung vom Frühjahr 1919 waren nur jene in den Arbeiterrat wählbar, die ihrer Gewerkschaft und seit „mindestens 6 Monaten (Heimkehrer seit

reichischen abgerüsteten Soldaten und Heimkehrer" konnte ihre Ziele ebensowenig erreichen wie die KPDÖ. Letztere blieb in den Räten eine Minderheit.[306]

Der Sozialdemokratie erwuchs auch aufgrund der überzeugenden Persönlichkeit Friedrich Adlers, der an der Spitze des „Reichsvollzugsausschusses der Arbeiterräte" stand, kein gleichwertiger Gegner innerhalb der österreichischen Arbeiterbewegung. Dazu Otto Bauer 1923: Die „Führung fiel in die Hände Friedrich Adlers, dessen revolutionäre Haltung während des Krieges ihm das unbeschränkte Vertrauen der revolutionären Arbeiterschaft gesichert hatte. Unter seiner Führung wurde der in jener Zeit überaus schwierige Kampf gegen das kommunistische Abenteurertum auf dem Boden der Arbeiterräte durchgekämpft; unter seiner Führung rangen sich die Arbeiterräte zu der Erkenntnis durch, daß der Versuch der Errichtung der Rätediktatur in Deutschösterreich unter den gegebenen Umständen nichts anderes bedeuten konnte als den Selbstmord der deutschösterreichischen Revolution. Die revolutionäre Autorität der Arbeiterräte vermittelte diese Erkenntnis den Arbeitermassen. Die Rätediktatur wurde unvollziehbar, da die Räte selbst die Diktatur ablehnten."[307] Die Arbeiter- und Soldatenräte standen zur Sozialdemokratie, als die Kommunisten – und mit ihnen die revolutionären Heimkehrerverbände – nach der Macht griffen. Voraussetzungen hierfür schufen die tristen wirtschaftlichen Verhältnisse im Donauraum, denen gegenüber die Sozialgesetzgebung zwischen 1918 und 1920 anfänglich wenig auszurichten vermochte. Die Konsequenzen waren unübersehbar. In der ersten Hälfte des Jahres 1919 erlebte die KPDÖ einen gewaltigen Aufschwung. „Im Februar hatte sie bereits 3.000 Mitglieder, im März 10.000 und im Mai/Juni 40.000", eine Zahl, welche die österreichische KP erst nach 1945 wieder erreichte.[308]

Die sozialen Spannungen verschärften sich, wobei die Ausrufung der Räterepublik in Ungarn die Entwicklung maßgeblich beeinflußte. Hier nahmen jene Strömungen, die sich an den Bol'ševiki orientierten, seit einigen Monaten eine Schlüsselposition in den innenpolitischen Auseinandersetzungen ein. Dabei war Béla Kun vorerst bemüht, möglichst wenig Aufsehen zu erregen.[309] Aus diesem Grund hielt er vorübergehend an seinem falschen Namen fest und stellte sich selbst den Sympathisanten der „Oktoberideen", darunter Soldaten der einstmaligen Zarenarmee, welche die vergangenen Kriegsjahre in Gefangenen-

---

mindestens 3 Monaten) einer sozialistischen Partei angehörten ...". Die „Freie Vereinigung der deutschösterreichischen abgerüsteten Soldaten und Heimkehrer" definierte sich offiziell nicht als politische Partei. Invalide und Arbeitslose waren in der dritten Wählergruppe vertreten. – Hautmann, Rätedemokratie 78.

306 Hautmann, Rätedemokratie 80f.

307 Bauer 670.

308 Steiner, Kommunistische Partei 318.

309 Borsányi 79f.

lagern der Donaumonarchie zugebracht hatten, als früherer k.u.k. Militärarzt vor.[310] Die wahre Identität von Oberst Emil Sebestyén, der am 17. November 1918 in Budapest eintraf und in aller Stille ein Hotelzimmer bezog, um sich zunächst einmal genauer mit den Verhältnissen vor Ort zu befassen, kannten nur wenige. Zu ihnen gehörten Mitglieder der Zentralen Föderation ausländischer Sektionen bei der RKP(b), allen voran Ernö Seidler, der Moskau mit anderen „magyarischen Agitatoren" einige Wochen zuvor verlassen hatte. Von ihm erfuhr Sebestyén alias Kun Details über die jüngsten Entwicklungen,[311] unter anderem über die Entstehung einiger Zirkel innerhalb der Arbeiterbewegung, die sich gegen das Kabinett Károlyi und die darin vertretenen SP-Führer wandten. Diese „Oppositionellen" hefteten das Schlagwort von der „sozialistischen Revolution" auf ihre Fahnen und zielten dabei unter anderem auf die „Enteignung des Industrie- und Bankkapitals" ab, waren aber bezüglich der Abspaltung von der Sozialdemokratischen Partei Ungarns (MSzDP) uneinig. Zeitweilig schwebte ihnen die Schaffung eines Zusammenschlusses nach dem Vorbild der deutschen USPD vor; die meisten aber sahen im Augenblick keine Notwendigkeit, unabhängig von den „Regierungssozialisten" vorzugehen.[312] Als Kun die ungarische Hauptstadt erreichte, bemühten sich die linken Splittergruppen gerade um eine Konzentration ihrer Kräfte. Eine Initiative linker Sozialdemokraten brachte in diesem Sinn am 17. 11. ungefähr fünfzig „Aktivisten" zusammen. Ergebnis des „Meetings" war die Formierung eines Diskussionsforums, das nach dem im September 1918 verstorbenen anarchosyndikalistischen SD-Kritiker Ervin Szabó benannt wurde.[313]

Daß es vorläufig nicht zur Gründung einer neuen Partei kam, ging in keinem geringen Maß auf das Konto der „Lenin-Anhänger" unter den Heimkehrern aus der Gefangenschaft. Sie kündigten das Eintreffen des bisherigen CFIG-Leiters an. Ohne ihn sollte keine Entscheidung getroffen werden.[314] Bereits am Morgen des 18. November kam ein Mitglied des linken SD-Flügels, Béla Vágó, in Kuns Hotel. Gemeinsam begab man sich ins Kaffeehaus. Dort informierten Vágós Leute, unter ihnen Béla Szantó und der Rechtsanwalt Jenö László, den Neuankömmling über die Kontakte zwischen den einzelnen Vereinigungen, insbesondere über die Gefolgschaft Ottó Korvins und dessen Verbindungen zu den Belegschaften der größeren Fabriken.[315] Nachdem die bestehenden Fraktionen kurz charakterisiert worden waren, sprach man sich gegen ein vorzeitiges Hervortreten einer ungarischen KP aus und trat diesbezüglich mit den einzelnen Gruppierungen in Fühlung.

310 Russkie internacionalisty 153ff.; vgl. Zsuppán 316.

311 Tökés, Béla Kun and the Hungarian Soviet Republic 240.

312 Mihályhegyi 79.

313 Kovrig 26.

314 Borsányi 82.

315 Tökés, Béla Kun and the Hungarian Soviet Republic 240.

Bald jedoch stieß Kun, der in der darauffolgenden Nacht aufbrach, um Friedrich Adler „Lenins Botschaft" zu übermitteln, auf beträchtlichen Widerspruch. Sowohl vor als auch nach seiner kurzen und letztlich erfolglosen Fahrt nach Wien machten sich unter den Gesprächspartnern beträchtliche Vorbehalte gegen die Konstituierung einer Kommunistischen Partei zum gegenwärtigen Zeitpunkt bemerkbar.[316] Ein Treffen folgte dem anderen. In Einzelgesprächen wurde nicht bloß unter Vertretern der linken Sozialdemokratie und Mitgliedern der Korvin-Gruppe „Überzeugungsarbeit" geleistet. Béla Kun sprach mit den „aus dem Osten" zurückgekommenen Absolventen seiner Moskauer „Aufklärungskurse" ebenso wie mit russischen Kriegsgefangenen, die in Budapest eine Organisation der RKP(b) bildeten.[317] Dennoch vermochte man die Differenzen nicht vollständig zu überwinden. Bezeichnenderweise wurde auf einer Beratung am 24. November ein Zentralkomitee gewählt, ohne über die KP-Gründung abzustimmen.[318] Kun hatte schon die vorausgegangenen Verhandlungen in den Cafés der ungarischen Hauptstadt mit Geringschätzung bedacht. An öffentlichen Plätzen politische Unterredungen von außerordentlicher Tragweite zu führen, entsprach keineswegs der Vorstellungswelt bolschewistischer Kaderfunktionäre, die ihre Zusammenkünfte „an verborgenen Orten und im Halbdunkel der Konspiration" abzuhalten bemüht waren. Der ehemalige CFIG-Vorsitzende befürchtete, die Kaffeehaus-Atmosphäre begünstige das Entstehen eines Debattierklubs „im Stile der MSzDP".[319] Die im Aufbau befindliche *Kommunisták Magyarországi Párt (KMP)* schien sein Mißfallen in gewisser Weise zu bestätigen. Es bildete sich keine straff zentralisierte, sondern eine „offene" Vereinigung heraus, „die nur bei der Annahme derjenigen, die nicht Arbeiter waren, die Zustimmung zweier Parteimitglieder verlangte".[320]

Mit den Machtverhältnissen in der Parteileitung konnten die Rußlandheimkehrer, welche die Anfänge der kommunistischen Bewegung in Ungarn nachhaltig mitbestimmten, jedoch zufrieden sein.[321] Durch Béla Kun stellten sie das „Haupt der neuen Bewegung".[322] Zugleich sicherten sie sich mit Ferenc Janscik, Ernö Pór, József Rabinovics, Ernö Seidler, Károly Vántus und Tibor Szamuely, der im Jänner 1919 zurückkehrte, ihren Einfluß im ZK gegenüber den unter anderen von Béla Vágó, Béla Szantó und Jenö László repräsentierten linken SD-Funktionären und den revolutionären Sozialisten wie Otto Korvin.[323]

316 Ebd. 240f.; Borsányi 80f.

317 Borsányi 81.

318 Hájek/Mejdrová 56.

319 Tökés, Béla Kun and the Hungarian Soviet Republic 240.

320 Hájek/Mejdrová 56f.

321 Ebd. 56.

322 Pastor, One Step Forward, Two Steps Back 91.

323 Molnár 6. Siehe dazu außerdem: Hájek/Mejdrová 56f.; Kovrig 26f.; Tökés, Béla Kun and the Hungarian Soviet Republic 95f.; Mihályhegyi 80.

Wichtig war überdies, daß die ehemaligen Kriegsgefangenen im Vergleich zu den anderen Kräften in der KMP durch die gemeinsamen Erlebnisse auf dem Boden des untergegangenen Zarenimperiums besser aufeinander abgestimmt waren.[324] Neben ihrem politischen Prestige als Zeugen der „Oktoberrevolution" und Vertraute des Sovnarkom stützten sie sich auf einen kleinen, aber schlagkräftigen Kern geschulter und gut organisierter „Parteileute" aus Moskau.[325] Zu ihm gehörten, abgesehen von den Mitgliedern des Zentralkomitees, beispielsweise Ferenc Münnich, Mátyás Rákosi, Sándor Kellner sowie Gábor Mészáros, der sich im Dezember 1918, beim Vormarsch tschechischer Truppen auf slowakisches Territorium, mit bewaffneten Verbänden einer nur wenige Stunden bestehenden Räterepublik in Bratislava zur Verfügung stellte und danach in der Budapester Parteileitung tätig war.[326] Letztere vermochte ihre vielfältigen Aktivitäten wiederum vor allem durch die Finanzhilfe des Kremls zu entfalten. Béla Kun selbst hatte als Dr. Sebestyén rund 300.000 Kronen „aus dem Osten" mitgebracht.[327] Andere folgten seinem Beispiel.[328] Kuriere, für gewöhnlich russische und magyarische Kriegsgefangene, stellten direkte Kontakte zu den Bol'ševiki her[329], und sogar die „KMP-Prominenz" suchte Sowjetdelegierte auf, welche der ROSTA in Budapest, insbesondere jedoch der Mission Berman, zugeteilt waren.[330] Unterredungen Kuns mit Boris Vejsbrod im Rahmen seines kurzen Aufenthaltes in Wien[331] dienten dem „Geldtransfer" ebenso wie eine Reise des Parteikassiers Ernö Seidler, die an der österreichischen Grenze endete: Bei Seidler wurden Kuverts mit mehreren hunderttausend Kronen gefunden, die er um seine Knöchel gebunden hatte.[332]

Die hohen Beträge benötigten die magyarischen Kommunisten vor allem für ihre „Öffentlichkeitsarbeit". Ab dem 7. Dezember 1918 erschien das KP-Zentralorgan „Vörös Ujság", das umgehend Reaktionen auslöste.[333] Schon mit der ersten Nummer setzte sich die „Népszava" eingehend auseinander, um zu dem Schluß zu kommen, daß die „ungarländischen Bolschewiken" in ihren Programmen „nichtssagende Schlagwörter" verwen-

---

324 Korab 62.

325 Pastor, One Step Forward, Two Steps Back 91. Zur Gründung einer KP-Gruppe in Jánosháza durch „mehrere, meist aus der russischen Kriegsgefangenschaft zurückgekehrte Soldaten" siehe: Pester Lloyd, Nr. 294, Morgenblatt (15.12.1918) 5.

326 Mihályhegyi 81; Molnár 6.

327 Zsuppán 316.

328 Borsányi 72.

329 Völgyes, The Hungarian Dictatorship 63; Borsányi 98.

330 Zsuppán 319.

331 Borsányi 81.

332 Zsuppán 319.

333 Pastor, One Step Forward, Two Steps Back 92; Kovrig 27; Zsuppán 32; Hoensch, Geschichte Ungarns 90.

deten, „die eigentlichen Ziele jedoch ungenannt bleiben" würden.[334] Ganz so konturenlos war der Leitartikel der Vörös Ujság vom 7. 12. allerdings keineswegs. Die Sozialdemokratie, hieß es darin, habe die „Werktätigen" durch „ihr Bündnis mit der Bourgeoisie verraten", sodaß sich nunmehr die KMP darum bemühe, die Arbeiter auf die „unvermeidliche proletarische Revolution" vorzubereiten.[335] Demgemäß sprach man sich in den nachfolgenden Ausgaben gegen den Parlamentarismus und für das Sowjetsystem aus, um gleichzeitig den Budapester Arbeiterrat als „Werkzeug der MSzDP" anzuprangern.[336] Deren linker Flügel versuchte die Streitigkeiten in der Folge zu überwinden und bezeichnete die Meinungsverschiedenheit nur als befristete taktische Differenz. Die übrige SD-Gefolgschaft begann indessen den Kampf mit den „Lenin-Sympathisanten" aufzunehmen.[337] Im Dezember konzentrierte man sich dabei auf die Gewerkschaften, in denen die KP Fuß zu fassen beabsichtigte.[338]

Kuns Anhänger, die in einigen Betrieben Erfolge, etwa bei den Metallarbeitern von Ujpest, verzeichnen konnten, waren zur selben Zeit aber auch bemüht[339] jene Teile der Gesellschaft auf ihre Seite zu ziehen, die unter dem Elend der Nachkriegszeit besonders litten. Ebenso wie in den Nachbarstaaten wandten sich die Kommunisten an die Arbeitslosen, die Invaliden, die Heimkehrer von der Front und aus der Gefangenschaft.[340] „Freie Vereinigungen" verbanden, ähnlich wie in Wien, ihre wirtschaftlichen Interessen mit ideologischen Ansichten.[341] In den Straßen von Budapest hielten demobilisierte Armeeangehörige Demonstrationen ab, bei denen der Ruf nach Entschädigungen laut wurde. Jeder einzelne von ihnen sollte demnach 5.400 Kronen erhalten, ein Betrag, der auch ehemaligen k.u.k. Soldaten in Deutschösterreich angemessen erschien.[342] „Regierungssozialisten" blieben in dieser Hinsicht hart. Vilmos Böhm, leitendes Mitglied der MSzDP, Unterstaatssekretär und schließlich Leiter des Heeresressorts, schrieb dazu 1924: „Ich erklärte einer bewaffneten Abordnung der abgerüsteten Unteroffiziere klipp und klar, daß wir Sozialdemokraten die ohne Zustimmung der Gewerkschaften aufgestellte revolutionsfeindliche Forderung von 5.400 Kronen [!] nicht erfüllen würden. Wir seien bereit, mit den verschiedenen Gruppen [...] lediglich auf dem Wege der Gewerkschaften zu verhandeln. In Hinkunft

334 Pester Lloyd, Nr. 290, Abendblatt (11.12.1918) 1.

335 Kovrig 27.

336 Zsuppán 321.

337 Mihályhegyi 82f.

338 Zsuppán 321.

339 Ebd.; Hoensch, Geschichte Ungarns 90.

340 ÖSTA/AdR, BMfA/NPA, Politische Akten, Liasse Ungarn 2/3, 1919: Zl. I-784; vgl. Molnár 11f.; Tökés, Béla Kun and the Hungarian Soviet Republic 105ff.

341 Tökés, Béla Kun and the Hungarian Soviet Republic 106f.

342 Borsányi 90f. und 106f.; Kovrig 31.

würden wir die Abordnungen der terroristisch auftretenden abgerüsteten Soldaten [!] überhaupt nicht empfangen."[343]

SP-Spitzenfunktionäre konnten durch glatte Zurückweisungen jedoch wenig erreichen. Vor ihren Augen wuchs die Protestbewegung, welche zudem von den Truppenverbänden Schützenhilfe bekam.[344] Im Gleichschritt mit dem Budapester Soldatenrat unter József Pogány gelang es ihnen, Ende 1918 drei Verteidigungsminister, die durch verschiedene Erlässe den Einfluß der Sowjets einschränken und gegen sozialrevolutionäre Kräfte vorgehen wollten, zum Rücktritt zu zwingen.[345] Die Reputation des Grafen Károlyi und seines Kabinetts wurde irreparabel beschädigt.[346] Pogánys Leuten gelang es, in der Garnison der Hauptstadt ein System gewählter Kommandeure zu installieren. Im Falle einer Staatskrise durften die Soldatenräte als Machtfaktor keinesfalls unterschätzt werden.[347]

Davon profitierte auch die junge KMP, obwohl sie sich zunächst schwer Gehör verschaffen konnte. Rußlandheimkehrer wie György Nánássy sprachen bei Parteikundgebungen anfangs nur vor wenigen hundert Personen[348]; die unermüdliche „Aufklärungstätigkeit" wurde fortgesetzt[349], provozierte mitunter aber gefährliche Situationen. Als Béla Kun selbst am 31.12.1918 eine Versammlung in der Kaserne des ersten Honvédregimentes abhielt, um die Demission des Heeresministers Sándor Graf Festetics zu erzwingen, kam es zu tumultartigen Szenen.[350] Aus ungeklärten Gründen fiel ein Schuß. Im folgenden Durcheinander blieben Pressemeldungen zufolge vier Schwerverletzte zurück.[351] Kun entkam, begab sich daraufhin zu den Unterkünften des Infanterieregimentes Nr. 32, fand jedoch auch hier wenig Zuspruch. Schließlich setzte man den KP-Führer fest.[352] Als dessen Anhänger Gegenaktionen einleiteten, drohte die Situation zu eskalieren. Erst durch die Vermittlung von József Pogány beruhigte sich die Situation. Am späten Nachmittag des 31. Dezember war Ruhe eingekehrt.[353] Der frühere CFIG-Vorsitzende befand sich durch Pogánys Hilfe wieder auf freiem Fuß.[354]

---

343 Böhm, Im Kreuzfeuer 194.

344 Hoensch, Geschichte Ungarns 90.

345 Tökés, Béla Kun and the Hungarian Soviet Republic 106; Kovrig 31; Zsuppán 322f.

346 Zsuppán 323.

347 Tökés, Béla Kun and the Hungarian Soviet Republic 106.

348 Pester Lloyd, Nr. 297, Abendblatt (19.12.1918) 1.

349 Ebd.

350 Böhm, Im Kreuzfeuer 253; Pester Lloyd, Nr. 306, Abendblatt (31.12.1918) 1; Kovrig 31.

351 Pester Lloyd, Nr. 306, Abendblatt (31.12.1918) 1. Borsányi behauptet demgegenüber, daß bei den Auseinandersetzungen nach seinen Quellenangaben niemand verwundet wurde. – Borsányi 95.

352 Borsányi 97.

353 Pester Lloyd, Nr. 306, Abendblatt (31.12.1918) 1; Böhm, Im Kreuzfeuer 253.

354 Zsuppán 323; Kaas 50. Laut Borsányi hatte Pogány zunächst dafür gesorgt, weitere „Auftritte Kuns" zu verhindern. Erst danach ordnete er seine Freilassung an. – Borsányi 97.

Die Ereignisse des Tages, welche die beträchtlichen Widerstände gegen die Zielsetzungen der ungarischen Kommunisten offenlegten, hatten für jene, die sich an den Maßnahmen der Bol'ševiki orientierten, jedoch in anderer Hinsicht positive Resultate gezeitigt: Die KMP rückte in den Mittelpunkt des Interesses; ihre Leitfigur, vor dem Krieg Sekretär der Arbeiterkrankenkasse in Klausenburg und lediglich zweitrangiger SP-Funktionär, trat in den Vordergrund.[355] Als ehemaliger Kriegsgefangener und „Zeuge" der bolschewistischen Machtergreifung nahm der „Vertraute Lenins" und nunmehrige Parteiführer seinen Platz auf der politischen Bühne Ungarns ein. Bald gewann seine Rolle an Bedeutung. Die Entwicklungen im Lande spielten Béla Kun und seinem Anhang in die Hände.[356]

Bei der wachsenden Not fanden die Parolen der zahlenmäßig kleinen KMP – das Parteisekretariat sprach im Jänner 1919 von 10.000, die ungarischen Behörden zwei Monate später von 30.000 bis 40.000 Mitgliedern – einen starken Widerhall.[357] Nicht ohne Grund fürchteten die Sozialdemokraten, die sich eng an die Gewerkschaften anlehnten, um ihre Massenbasis.[358] Die Regierungskoalition stand zur Debatte. Repräsentanten der MSzDP fragten sich, ob sie im gegenwärtigen Moment überhaupt die Verantwortung für den Staatsapparat übernehmen sollten; einige schlugen die Bildung eines rein sozialistischen Kabinetts vor; andere drängten darauf, die Zahl der SP-Minister zu erhöhen.[359] Schließlich kam es am 11. Jänner 1919 zur Neuordnung der Verhältnisse. Der Nationalrat ernannte Graf Károlyi zum Präsidenten der Republik; Premier wurde der bisherige Justizminister Dénes Berinkey, ein Sozialdemokrat, der bei der Verteilung der Ressorts weitere Repräsentanten seiner Partei berücksichtigte.[360] Letztere billigte daraufhin ein hartes Durchgreifen. Am 28. 1. wurde die Mitgliederschaft der Kommunisten in den Gewerkschaften und im Budapester Arbeiterrat suspendiert[361], dem Innenminister bot man die gesetzliche Handhabe, „als gefährlich eingeschätzte Personen vorsorglich zu internieren".[362]

---

355 Braunthal, Geschichte der Internationale, Bd. II, 147; Kaas 4.

356 Siehe dazu unter anderem: Komintern i ideja mirovoj revoljucii 81ff. und ÖSTA/AdR, BMfA/NPA, Politische Akten, Liasse Ungarn 2/3, 1919: Zl. I-784.

357 Molnár 10; Hoensch, Geschichte Ungarns 90. Peter Pastor spricht von 2.000–4.000 KP-Mitgliedern, der Gesandte Deutschösterreichs beziffert die engere Gefolgschaft Kuns am 14.1.1919 mit „20.000 Mann". – ÖSTA/AdR, BMfA/NPA, Politische Akten, Liasse Ungarn 2/3, 1919: Zl. I-784.

358 Hoensch, Geschichte Ungarns 90. In bezug auf die Unterstützung für die MSzDP notierte Vilmos Böhm, daß die Sozialdemokraten trotz der engen Verbindung zu den Gewerkschaften lediglich auf einen „harten Kern" von 50.000 bis 60.000 Anhängern zählen konnten. – Molnár 11.

359 Droz 12; Pester Lloyd, Nr. 7, Morgenblatt (8.1.1919) 1 und Abendblatt (8.1.1919) 1 sowie Nr. 8, Morgenblatt (9.1.1919) 2; Kovrig 31f.

360 Hájek/Mejdrová 57; Hoensch, Geschichte Ungarns 91.

361 Molnár 13; Hoensch, Geschichte Ungarns 91; Zsuppan 327; Pastor, One Step Forward, Two Steps Back 94.

362 Hoensch, Geschichte Ungarns 91.

Die Präventivmaßnahmen rechtfertigten offizielle Stellen mit den Ereignissen in den vergangenen Wochen: Selbst in den Provinzstädten hatten sich revolutionäre Komitees gebildet, die eine dem KP-Programm recht nahekommende Politik verfolgten. Von Kuns Mitstreitern veranstaltete Demonstrationen verlangten schon in der zweiten Dezemberhälfte die Ausrufung einer „Sowjetrepublik". Das ganze Land erfaßte eine Streikwelle, in deren Verlauf die aufgebrachte Menge nicht bloß Betriebe, sondern selbst Verkehrs- und Nachrichtenzentralen unter ihre Kontrolle brachte.[363] In Salgótarján „okkupierten" Bergarbeiter sowohl die dortigen Kohleminen als auch die Stadt mitsamt dem Postamt, der Telegraphenstation und dem Bahnhof. Bald gab es Hinweise, daß die KP wesentlich zur Verschärfung der Situation beigetragen hatte. Die Behörden reagierten prompt. Im gesamten Distrikt Salgótarján wurde das Kriegsrecht verhängt.[364] Truppen mußten eingesetzt werden, um hier wie auch anderswo gegen „Unbotmäßigkeiten", insbesondere gegen die zahlreichen Fabriksbesetzungen in den ersten Tagen des Jahres 1919, vorzugehen.[365] Beim Versuch der Militärs, in jener Phase die „Ordnung wiederherzustellen", als die „Überwachung der Produktion" vielfach an die von der KMP beherrschten Räte überging, kam es zu mehreren blutigen Ausschreitungen. Tote und Verletzte waren zu beklagen.[366]

Eine Atmosphäre gesteigerter Nervosität nährte die Ängste vor einer „drohenden Herrschaft der Bolschewiken". Deren Aktivitäten wurden mit besonderer Aufmerksamkeit verfolgt. „Die unter der Leitung Béla Kuns stehende Kommunistenpartei", berichtete die Budapester Presse am 7.1.1919, „hielt gestern abend [...] eine Versammlung ab, in der beschlossen wurde, für heute früh eine Demonstration in Szene zu setzen. Im Laufe der Nacht wurden noch in den äußeren Bezirken Affichen angeklebt, durch die die Anhänger aufgefordert wurden, sich heute 9 Uhr morgens vor der Redaktion der Vörös Ujság in der Visegrádi-utca Nr. 15 einzufinden, wo ihnen dann weitere Weisung erteilt werden sollte."[367] Die mit „Gegenmaßnahmen" befaßten Exekutivorgane erhielten „im Laufe des Vormittags" überdies davon Kenntnis, daß, wie der Pester Lloyd meldete, „schon seit längerer Zeit eine aus drei Frauen und fünf Männern bestehende Gesellschaft, durchweg russische Untertanen, im Hotel Royal abgestiegen sei, wo sie sich als Emissäre des russischen Roten Kreuzes ausgegeben hätten". Man habe jedoch erfahren, hieß es in der Notiz vom 7. Jänner weiter, „daß diese Leute zum Zwecke kommunistischer Agitation nach Ungarn entsendet wurden, wo sie mit ihren Gesinnungsgenossen Verbindung suchten".[368]

363 Ebd. 90.
364 Kovrig 31; Zsuppán 324.
365 Hoensch, Geschichte Ungarns 90.
366 Zsuppán 324.
367 Pester Lloyd, Nr. 6, Abendblatt (7.1.1919) 1f.
368 Ebd.

Tatsächlich hatte die *sowjetische Gefangenenmission* ihr Augenmerk verstärkt auf die Lage in Ungarn gerichtet. Grund dafür waren unter anderem die Vorgänge in Wien am 12. November 1918, dem „Gründungstag der deutschösterreichischen Republik". Vor dem Parlament war es zu einem Schußwechsel gekommen, infolge dessen fünf bis zehn Personen schwer und über dreißig leicht verletzt wurden. Im Gedränge, das im Zuge der Ereignisse auf der Ringstraße entstand, kamen außerdem „ein Knabe und ein Mann zu Tode". Aufsehen erregte darüber hinaus auch die Besetzung des Redaktionsgebäudes der „Neuen Freien Presse". 150 Soldaten der Roten Garde und des Infanterieregiments Nr. 4 zwangen die Druckereiarbeiter ein Flugblatt zu drucken, dessen Inhalt Rückschlüsse auf die Planmäßigkeit des „Zwischenfalls" vor dem Parlament zuließ.[369]

Kurze Zeit später wurden in der Arbeiter-Zeitung die Ereignisse des 12. November als „schlechte Operette" bezeichnet. Die KPDÖ wies nach dem Fehlschlag der Aktion den Verdacht, einen Umsturz geplant zu haben, erwartungsgemäß von sich. Nichtsdestoweniger blieb die Wiener Polizei, die sich bislang im Hintergrund gehalten hatte, in Alarmbereitschaft. Ihr Präsident, Johannes Schober, setzte wie bisher auf eine lückenlose Überwachung des verdächtigen Personenkreises rund um die Kommunistische Partei und die sowjetrussische Mission in Wien. „Daß Berman mit dem Putsch am 12. November 1918 gegen das Parlament in Verbindung stand", erachteten christlichsoziale Politiker für „erwiesen".[370] Mitarbeiter der sowjetrussischen Mission bekamen die Haltung österreichischer Entscheidungsträger unverzüglich zu spüren. Wiederholt wurden Delegierte abgeschoben; Berman – bislang in ständigem Kontakt mit Karl Tomann – verlegte hingegen von sich aus das Hauptgewicht seiner Tätigkeit nach Budapest, um in erster Linie mit den ungarischen Kommunisten zu kooperieren. Dies war vor allem auch nach der Ausweisung von Raissa Fride aus Deutschösterreich notwendig geworden. Fride, die in Kontakt mit den sowjetischen Delegierten in Wien gestanden war, wurde im Zusammenhang mit den Geschehnissen am 12. November auf Betreiben von Johannes Schober als gefährliche „Agentin Moskaus"[371] des Landes verwiesen.[372] Béla Kun, der in seinen Briefen an Lenin den permanenten Mangel an finanziellen Mitteln beklagte, verlor zur Jahreswende 1918/19 die Genossin aus Wien, welche in der Vergangenheit als Geldkurier gute Dienste geleistet hatte, aus den Augen. Nun mußten andere für sie einspringen. Mit Efim Vejsbrod, den er als zu schwerfällig empfand, und Jakov Berman, den er als „absolut unzuverlässig" beschrieb, war Kun aber alles andere als zufrieden.[373]

---

369 Dazu ausführlich Botz, Gewalt in der Politik 32–36.

370 ÖSTA/AdR, Parteiarchive, Christlichsoziale Partei/Parlamentsklub, Korrespondenzen 1910–1921.

371 Haider 328.

372 NÖLA/ Präs. „P" 1919, Zl. 21/XI b.

373 Komintern i ideja mirovoj revoljucii 81f.

Die offenbar wenig harmonischen Beziehungen zwischen den Russen und Ungarn wurden allerdings Anfang 1919 ohnehin unterbrochen. Am 11. Jänner 1919 leitete Johannes Schober eine Zeitungsmeldung an das Präsidium der niederösterreichischen Landesregierung weiter, wonach *in Ungarn „14 Mitglieder der russischen Kriegsgefangenen-Fürsorgekommission wegen bolschewistischer Propaganda verhaftet"* worden waren.[374] Zu dieser Gruppe gehörten neben dem Leiter der Subkommission für Ungarn, Sergej Perminov, und seinen Kollegen auch Jakov Berman und Eliazar Čertov.

Im „Pester Lloyd" erschien am 8. Jänner ein Bericht über diesen Vorfall: Die Polizeidetektive erfuhren, daß der Chef dieser „vermeintlichen Rot-Kreuz-Mission im Dienste der Gefangenenfürsorge" namens „Sergej Terminow [Perminov] auffallend viel mit Budapester Kommunisten verkehrte, außerdem gab es noch zwei Mitglieder der Gesellschaft, die angebliche Rot-Kreuz-Schwester Rappaport und der russische Oberleutnant Makow, die auch zahlreiche Reisen nach Wien unternahmen. Bei der heute vorgenommenen Hausdurchsuchung wurden im Gepäck der Gesellschaft zahlreiche bolschewistische Flugschriften, in geheimer Schrift verfaßte Briefe aus Rußland und größere Geldbeträge in Rubel und in österreichisch-ungarischer Währung vorgefunden." Der Zeitungsartikel schloß mit dem Hinweis auf die unmittelbar bevorstehende Abschiebung der „lästigen Fremden".[375]

Die Angelegenheit wurde kompliziert, als sich die Alliierten in Gestalt des französischen Militärbevollmächtigten Oberstleutnant Vix einzumengen begannen.[376] Der Franzose, der unter anderem auf Wunsch alliierter Kreise in Ungarn befindliche gefangene Russen für die „weißgardistischen Verbände" warb[377], war überzeugt, daß die sowjetischen Delegierten die kommunistische Bewegung in Mitteleuropa mit hohen Geldsummen zu unterstützen beabsichtigten. Aus diesem Grund zeigte er sich in ebensolchem Maße daran interessiert, die Inhaftierten unter seine Obhut zu bringen. Außerdem befürchtete er wahrscheinlich, daß die magyarischen Behörden mit Rücksicht auf die Lage der eigenen Landsleute in Räterußland und Sibirien Kompromißlösungen mit dem Sovnarkom suchen würden. Die Reaktion in Moskau ließ jedenfalls nicht lange auf sich warten. Čičerin drohte Budapest angesichts der „Affäre" mit dem Abbruch der Gespräche über Repatriierungsfragen und Venjamin Sverdlov, Präsident des Russischen Roten Kreuzes, kündigte gar an die ungarischen Rot-Kreuz-Delegierten im Einflußbereich der Bol'ševiki zu verhaften.[378] Naturgemäß zeigte sich solcherart die Regierung Károlyi nicht besonders erfreut über die Ein-

---

374 Siehe auch: Zsuppán 319.

375 Pester Lloyd, Morgenblatt, Nr. 7 (8.1.1919) 5; vgl. Fremden-Blatt Nr. 7 (8.1.1919) 5.

376 Pastor, Hungary between Wilson and Lenin 114f.; Zsuppán 319.

377 Pisarev 176.

378 Dokumenty vnešnej politiki, tom 2, 34.

mischung des Franzosen, der die „Gefangenenmission des Kremls", anstatt sie wie beabsichtigt nach Rußland zurückzuschicken, kurzerhand nach Szegedin bringen ließ, wo sie von nun an unter französischer Aufsicht stand.[379]

In Wien wollte man mittlerweile die dort verbliebenen russischen Delegierten loswerden. Am 12. Jänner 1919 suchte Otto Bauer Boris Vejsbrod auf, um ihn persönlich vom *Entscheid der deutschösterreichischen Regierung* in Kenntnis zu setzen, wonach die *Ausweisung der Mission* in den nächsten Tagen zu erfolgen hätte. Er versprach aber alles zu unternehmen, um den sowjetischen Repräsentanten eine ungehinderte Reise via Ungarn, Galizien und der Ukraine zu ermöglichen.[380] Der Bevollmächtigte der Tschechoslowakei in Wien hatte bereits strikt abgelehnt die Erlaubnis für eine Fahrt der „Moskauer Emissäre" über die Slowakei zu erteilen, und auch in Ungarn zierte man sich zunächst das Einverständnis für die Durchreise zu geben.[381] Am 19. Jänner 1919, als um 7 Uhr abends 46 russische Missionsangehörige[382], ausgestattet mit Visa und anderen Dokumenten, „abreisend gemacht wurden"[383], war seitens des Staatssekretärs des Äußern alles geschehen, um eine störungsfreie Heimreise zu garantieren. Nach Angaben von Delegationsmitglied Babskij waren mindestens sechs Delegierte „eigenmächtig" in Wien zurückgeblieben[384]; mehr als zwanzig aber befanden sich am 19. Jänner auf jeden Fall im Zug nach Ungarn.[385]

Eine Woche, bevor die „Abgesandten der Rätemacht" die Stadt verließen, regte Johannes Schober an bei einigen Delegierten Hausdurchsuchungen vornehmen zu lassen und dabei entdeckte „Barschaften" zu konfiszieren. In diesem Zusammenhang verwies er auf eine Mitteilung Raabl-Werners, wonach der österreichisch-ungarischen Kriegsgefangenen-Fürsorgemission in Petrograd und ihren Exposituren „viele Millionen an Bargeld und Sanitätsmaterial entwendet worden" waren. Im Sinne der Reziprozität sollten nun die Gelder der sowjetischen Mission in Wien sichergestellt und zur Deckung des in Rußland entstandenen finanziellen Schadens verwendet werden. Außerdem beabsichtigte man die pekuniäre Unterstützung der KPDÖ aus den Mitteln der Mission auf diese Weise zu unterbinden.

Während man sich in Österreich Gedanken über die finanzielle Hinterlassenschaft der Mission machte, bemühten sich die russischen Delegierten bei ihrem Zwischenstop in Budapest vergebens um die Freilassung ihrer seit Anfang Jänner inhaftierten Kollegen.

379 GARF, f. 3333, op. 10, d. 11; ÖSTA/AdR, BMfA/NPA, Politische Akten, Liasse Ungarn 2/3, 1919: Zl. I-784; Russkie internacionalisty 143; Fremden-Blatt, Nr. 9 (10.1.1919) 4.

380 GARF, f. 3333, op. 10, d. 11.

381 ÖSTA/AdR, BMfA/NPA (Politische Akten), Liasse Österreich 10/13, Zl. I-1049.

382 ÖSTA/AdR, BKA/KGF 1919: 24-6/4.

383 NÖLA/ Präs. „P" 1919, Zl. 21/XI b.

384 GARF, f. 3333, op. 10, d. 11.

385 Pester Lloyd, Morgenblatt, Nr. 18 (21.1.1919) 3.

Den ursprünglichen Reiseplänen zuwiderlaufend fuhr die Gruppe schließlich über Wien nach Deutschland, wo sie laut Bericht des Leiters der Grenzpolizei Passau vorerst vom bayrischen Bezirksamt in „Verwahrungshaft" genommen wurde.[386] Etwa ein Monat später meldete dann der Kreml, daß „Genosse Weissbrod [...] mit allen Mitarbeitern am 3. April wohlbehalten in Moskau angekommen ist".[387]

UNGARN ALS „BRÜCKENKOPF"

Die in Szegedin festgehaltenen Mitglieder der russischen Subkommission wurden indessen Zeugen des *Machtwechsels zugunsten Béla Kuns*, seiner kommunistischen Gefolgsleute und linkssozialistischen Koalitionspartner.[388] Seit Wochen hatten sich die Dinge in eine andere Richtung entwickelt als von den alliierten Entscheidungsträgern erhofft. Marschall Ferdinand Foch war als Oberkommandierender aller Truppen der Entente einschließlich des amerikanischen Expeditionskorps darauf bedacht, die Parteigänger Lenins weder im ehemaligen Zarenreich noch auf dem Boden der untergegangenen Donaumonarchie zu stärken. Russische Kriegsgefangene in das von Bol'ševiki beherrschte Gebiet zu transportieren, kam für ihn deshalb ebensowenig in Frage wie die eventuelle Stärkung Béla Kuns durch die Rückführung der noch in Sibirien befindlichen Magyaren.[389] Moskau und Budapest sollten demnach in Repatriierungsfragen keine Übereinstimmung erzielen. Oberstleutnant Vix, den viele durch sein eigenmächtiges Handeln als „Militärdiktator in Ungarn" empfanden, als Bestätigung der KP-Propaganda, welche in Graf Károlyi den Lakaien des „westlichen Imperialismus" erblickte, fühlte sich solcherart bei der Internierung von Sowjetdelegierten im Einklang mit seinen Vorgesetzten. Die Festnahme der Mitarbeiter Bermans und Perminovs erachtete er nicht als Angelegenheit eines souveränen Staates, sondern als weiteren Schritt internationaler antibolschewistischer Kampfmaßnahmen. Zufrieden mit seiner Intervention meldete Vix am 20. Jänner 1919 nach Paris, daß die kommunistische Bewegung seit der Ausschaltung der russischen Kriegsgefangenenmission spürbar an Rückenwind verloren habe.[390] Seine Einschätzung, die verantwortliche Kreise in der französischen Hauptstadt mit großer Genugtuung aufnahmen, erwies sich jedoch als völlig falsch. Täglich liefen Nachrichten über weitere Ausschreitungen ein.[391] Währenddessen dauerten Meinungsverschiedenheiten innerhalb der MSzDP an. Sie lähmten auch

386 Ebd.

387 ÖSTA/KA, liqu. KM/10. Abt./Kgf. 1919: 10-7/7-31.

388 Russkie internacionalisty 143.

389 Pastor, Hungary between Wilson and Lenin 116.

390 Ebd. 115f.

391 Böhm, Im Kreuzfeuer 255–265; Szamuely 178–185.

die ungarische Regierung, welche obendrein bei der überfälligen Bodenreform kaum Erfolge vorweisen konnte.[392]

Daran änderte auch die Inhaftierung der KP-Führer am 21. Februar 1919 nichts. Diese war nach einer Demonstration vor dem Redaktionsgebäude der „Népszava" erfolgt, in deren Verlauf mehrere Polizisten den Tod fanden.[393] Die Stimmung, welche sich anfangs gegen die Kommunisten wandte, wechselte gewissermaßen über Nacht aufgrund der Berichterstattung großer Budapester Zeitungen. Béla Kun, der bei seiner Einlieferung ins „Zuchthaus" attackiert worden war, erschien als „Märtyrer und Opfer sadistischer Übergriffe".[394] Eine mit Kun sympathisierende Öffentlichkeit machte daraufhin dem Kabinett Berinkey nicht alleine zu schaffen.[395] Auch Moskau meldete sich, ähnlich wie bei der Arretierung von Angehörigen der Mission Berman-Vejsbrod, zu Wort, teilte die Anhaltung „sozialdemokratischer Delegierter der ungarischen Kriegsgefangenenaktion" in der RSFSR mit und verhinderte bis auf weiteres die Evakuierung magyarischer Soldaten.[396] Die Vorgangsweise des Kremls zeigte Wirkung. Vilmos Böhm, zu diesem Zeitpunkt Kriegsminister, schrieb dazu in seinen Memoiren: Mit Rücksicht auf die Angehörigen „unserer Soldaten" im früheren Zarenreich, „deren Zahl an die Hunderttausende betrug, enthaftete die Regierung einen Teil der kommunistischen Gefangenen und milderte die Haftbedingungen, um Rußland zum Nachgeben zu veranlassen".[397] Auf diese Weise vermochte Kun bald von seiner Zelle aus Einfluß auf die Ereignisse im Land zu nehmen.[398]

Die KP-Funktionäre verfolgten auch weiterhin, fast ohne Unterbrechung, ihre Ziele, wobei ihnen insbesondere außenpolitische Aspekte zu Hilfe kamen.[399] Eine von Oberstleutnant Vix am 20. März übergebene Entscheidung der Friedenskonferenz, die vorsah „im Südosten Ungarns eine neutrale Zone" zu schaffen, fegte schließlich Károlyi und Berinkey „aus dem Amt".[400] Daß die Alliierten dadurch maßgeblichen Anteil an der Ausrufung einer von der KMP und von Teilen der Sozialdemokratie getragenen Räterepublik[401] hatten, entging auch kritischeren Beobachtern der Westmächte nicht. Das Entste-

392 Hoensch, Geschichte Ungarns 91f.; Zsuppán 324ff.

393 Pastor, Hungary between Wilson and Lenin 117; ders., One Step Forward, Two Steps Back 95; Borsányi 111ff.; Hoensch, Geschichte Ungarns 92; Herczeg 40ff.

394 Zsuppán 330; Pastor, Hungary between Wilson and Lenin 118; Hulse 38; Herczeg 45f.

395 Völgyes, The Hungarian Soviet Republic 7; Borsányi 114ff.

396 Ebd.; Zsuppán 330; Böhm, Im Kreuzfuer 203; Kovrig 34.

397 Böhm, Im Kreuzfeuer 203; Zsuppán 330.

398 Borsányi 123ff.; Zsuppán 330f.

399 Hoensch, Geschichte Ungarns 92; Mihályhegyi 84; Völgyes, Soviet Russia and Soviet Hungary 164.

400 Ebd. 93; Völgyes, The Hungarian Soviet Republic 7.

401 In diesem Zusammenhang muß erwähnt werden, daß hinsichtlich der Koalition mit dem linken SP-Flügel keine Einigkeit im Zentralkomitee der KMP herrschte. Siehe dazu unter anderem: Völgyes, The Hungarian Dictatorship 64f.

hen des neuen Regimes, in dem Béla Kun eine herausragende Position einnahm, erklärte sich demgemäß die in Budapest präsente amerikanische Coolidge-Mission keineswegs mit einer „prokommunistischen Stimmung" in der Bevölkerung.[402] Vielmehr sei der Abgang Károlyis und die nachfolgende Etablierung der „Sowjetmacht" Ausdruck des Aufbegehrens gegen die territorialen Konzepte der Siegermächte vor dem Hintergrund einer komplexen Verzahnung explizit nationaler mit sozialer Programmatik.[403] Weil die Nachbarn des vormals zu den Zentralstaaten zählenden Ungarn „als Kriegsverbündete der Alliierten aus eben dieser Stellung heraus Vorteile bezogen, blieben die Madjaren, denen die Rolle der Gralshüter der Konterrevolution versagt war, nur die Umkehrung des in Ostmitteleuropa sonst üblichen Vorgehens: sie nahmen sich des Bolschewismus an, oder, wie dies eine konservative ungarische Zeitung kommentierte, um den in Paris tagenden Mächten glaubwürdig zu drohen, bliebe den Ungarn nichts anderes übrig, als Feuer ans eigene Haus zu legen."[404]

Für Kun als nunmehrigen Volkskommissar des Äußern ebenso wie für andere Rußlandheimkehrer und KP-Funktionäre, die, wie Károly Vántus, Mátyás Rákosi, Tibor Szamuely und Ernö Seidler, wichtige Regierungsämter übernahmen[405], stellten sich die Verhältnisse freilich anders dar. Von Budapest aus sollte vorerst der „Umsturz in Mitteleuropa" als nächste Etappe der Weltrevolution „bewerkstelligt" werden. Mit besonderem Interesse verfolgte man diesbezüglich die Ereignisse in Österreich, der Slowakei und in Rumänien, dessen Gebietsansprüche besonders eng mit den Interessen Ungarns verknüpft waren.[406]

Noch im November 1918 trat die *rumänische Sozialdemokratie* mit Grundsatzerklärungen über die „Abschaffung der Ausbeutung des Menschen" und die „Errichtung der Diktatur des Proletariats" hervor.[407] Während die offiziellen Stellen gegen Streiks und Demonstrationen mit Gewalt vorgingen und überdies führende Gewerkschafter und Parteifunktionäre einsperren ließen, schwächte sich die SP aber auch durch Richtungsstreitigkeiten.[408] Hatte man die Umwälzungen in Rußland grundsätzlich begrüßt, so wurden nunmehr weltrevolutionäre Konzeptionen der Bol'ševiki distanziert aufgenommen. Die

402 Diner 97.
403 Siehe dazu überdies Mihályhegyi 82ff.
404 Ebd.; Schmidt-Pauli 91.
405 Böhm, Im Kreuzfeuer 293f.
406 ÖSTA/AdR, BMfA/NPA, Politische Akten, Liasse Ungarn 2/3, 1919: Zl. I-784. Dazu außerdem: Der neue Tag, Nr. 15, Morgen-Ausgabe (6.4.1919) 3.
407 Droz, Bd. XII, 87.
408 Ebd.; Hitchins, The Russian Revolution and the Rumanian Socialist Movement 285.

„Arbeitersolidarität über alle Staatsgrenzen hinweg" ließ sich nur schwer mit den auch im sozialistischen Lager verfochtenen nationalen Aspirationen vereinbaren.[409] Votierten die mit Christian Rakovskij und den Moskauer CFIG-Funktionären in Verbindung stehenden Anhänger von Alexander Dobrogeanu-Gherea in der Walachei und der Moldau für die Komintern, zeigten sich etwa „ihre Genossen" in Siebenbürgen und der Bukowina wenig geneigt Moskaus Intentionen zu entsprechen.[410] Die meisten rumänischen SP-Parteigänger im zerfallenden Habsburgerreich sprachen sich für die Vereinigung mit dem „Mutterland" jenseits der Karpaten aus und wählten zwei ihrer Repräsentanten in die Bukarester provisorische Regierung.[411] Davon nahm lediglich eine kleine Zahl vorrangig aus dem Banat stammender „Aktivisten" Abstand. Sie beriefen einen Kongreß ein, aus dem zur Jahreswende 1918/19 eine *Fraktion rumänischer internationaler Sozialisten* der früheren transleithanischen Reichshälfte Österreich-Ungarns hervorging. Die neue Organisation brachte ein Wochenblatt heraus, die „Glasul Poporului" („Volksstimme"), rief damit aber kaum Widerhall hervor.[412] Die Verantwortung hierfür lag weitgehend bei der Gruppe selbst. Ihre Vorstellungen über eine Neuordnung der gesellschaftlichen Verhältnisse wurden lediglich in unklaren Konzepten präsentiert. Insbesondere aber favorisierte sie gegen das Entstehen „Großrumäniens" eine Siebenbürgen beziehungsweise das Banat umfassende unabhängige föderative Republik; außerdem schenkte sie den Forderungen der Bauern sowie der damit verbundenen Landreform zu wenig Beachtung.[413]

Klarer drückte sich hingegen ein am 26. Dezember 1918 entstandener kommunistischer Verband aus, der eng mit den prosowjetischen Komitees unter den Kriegsgefangenen in der RSFSR verknüpft war.[414] Heimkehrer aus dem Osten, welche sich nun in einer *rumänischen Sektion der ungarischen KP* zusammenfanden[415], verlangten unmißverständlich die Herrschaft der Räte, die Ablösung der alten Armeen und Polizeieinheiten durch „Arbeiter- und Bauernmilizen" sowie die Konfiskation des Großgrundbesitzes. Zum Sprachrohr der rumänischen kommunistischen Gruppe bei der KMP avancierte Henrik Kagan, welcher in Rußland ein Internationalistenbataillon befehligt hatte und Béla Kun bisweilen als Kurier zwischen Budapest und Moskau diente.[416] Er nahm die Stelle von einem der

409 Hitchins, The Russian Revolution and the Rumanian Socialist Movement 288.

410 Droz, Bd. XII, 87. Über die Verbindungen zu Rakovskij siehe auch: ÖSTA/AdR, BMfA/NPA, Politische Akten, Liasse Ungarn 2/3, 1919: Zl. I-784.

411 Ebd. 86f.; Karchmar, Communism in Romania 147ff.

412 Hitchins, The Rumanian Socialists 123f.

413 Ebd. 123–126.

414 Ebd. 129.

415 Zsuppán 317; Karchmar, Communism in Romania 150; Korab 62.

416 Hitchins, The Rumanian Socialists 131; Borsányi 99.

engsten Vertrauten Kuns in der CFIG ein, Ariton Pescariu, der von den Behörden Rumäniens festgenommen und getötet worden war.[417]

Kagans Männer, die ihre Anliegen durch die Zeitschrift „Steagul Rosu" („Rote Fahne") verbreiteten und in Kooperation mit weiteren Soldaten, die aus dem früheren Romanovimperium eingetroffen waren, speziell um Oradea tätig wurden, blieben jedoch weitgehend erfolglos.[418] Ihre Kollektivierungspläne verstörten die Bauernschaft; zugleich ignorierten sie die Tragweite ethnischer Spannungen, fühlten sich von der ungarischen KP trotz der Bemühungen Kuns, im Februar 1919 von Oradea aus die „revolutionäre Bewegung Siebenbürgens" aufzubauen, im Stich gelassen und erzielten vorerst mit der Fraktion sozialistischer Internationalisten um die „Glasul Poporului" keine Übereinstimmung.[419] Letztere ging erst Ende März – unter dem Eindruck der Proklamation einer Räterepublik und des Entstehens einer sozialdemokratisch-kommunistischen Führung in Ungarn – mit der rumänischen KP-Sektion zusammen, um gemeinsam die „Aufklärungstätigkeit unter ihren Landsleuten" zu intensivieren.[420]

Eine verstärkte Propagandatätigkeit entfalteten Gefolgsleute von Béla Kun inzwischen aber auch in der Slowakei, wo selbst Ernö Pór als ZK-Mitglied der KMP wichtige Aufgaben übernahm.[421] Vor allem blickte man jedoch nach *Österreich*, dessen innenpolitischer Entwicklung die Budapester Volkskommissare besondere Bedeutung beimaßen. Hier hatte der militärische Vertreter Großbritanniens, Oberst Cunningham, unterdessen Otto Bauer wissen lassen, daß die Wiener Regierung „vom Osten nichts, von der Entente dagegen alles zu erhoffen" habe.[422] Cunningham spielte in diesem Zusammenhang auf die Angliederung Westungarns, hauptsächlich aber auf die Versorgungsfrage an. Nahrungsmittellieferungen waren „die Karotte", die Herbert Hoover den Österreichern entgegenstreckte, um den befürchteten Linksruck und damit ein Zusammengehen mit den ungarischen Kommunisten zu verhindern.[423] Als Gegenleistung erwartete man die Sicherstellung von „Ruhe und Ordnung" in Deutschösterreich und keine, wie immer geartete, Unterstützung für das Regime in Ungarn. Daß man die Ausreise eines „österreichischen Bataillons" ge-

417 Borsányi 99; Unc 44.

418 Karchmar, Communism in Romania 150; Hitchins, The Russian Revolution and the Rumanian Socialist Movement 286f.; Unc 46f.; Mihályhegyi 81.

419 Hitchins, The Rumanian Socialists 131–134.

420 Ebd. 134.

421 Karchmar, Communism in Romania 151f.; Hitchins, The Rumanian Socialists 131.

422 ÖSTA/AdR, BMfA/NPA, Präsidium, Liasse Deutschösterreich 2/Varia, Zl. 1182/Präs.

423 In Anlehnung an die englische Redewendung für „Zuckerbrot und Peitsche": „Hoover held out the carrot of food to countries like Austria that remained capitalist and laid down the stick on Bolshewik Hungary." – Zit. nach Adlgasser 54.

stattet hatte, das unter dem Kommando Leo Rothziegels den „ungarischen Genossen" zu Hilfe eilte, verstanden die Alliierten beinah als Provokation.[424] Immerhin traten zirka 1.200 Österreicher, „zumeist arbeitslose Heimkehrer"[425], in die ungarische Rote Armee ein.[426]

Ungeachtet der „wohlwollenden" Neutralität, die Österreich in der Folge gegenüber dem „roten Ungarn" einnahm, verwehrte man sich gegen jede Einmischung ausländischer Kommunisten in die inneren Verhältnisse der Republik, zumal man eine scharfe Trennlinie zur Politik der KPDÖ gezogen hatte und die Abhängigkeit von den Alliierten richtig einschätzte. Die so dringend benötigte materielle Unterstützung der Siegermächte wurde an einen erkennbaren Widerstand der österreichischen Regierung gegen den „Bolschewismus" geknüpft.

Die verantwortlichen Kreise in Wien sollten bald Gelegenheit erhalten, die Erwartungen der Westmächte zu erfüllen. „Russische und magyarische Emissäre" waren verstärkt in Erscheinung getreten. Zunächst ließ sich dieser Sachverhalt an den ungarischen Ereignissen ablesen. Efim Vejsbrod und Jakov Berman begannen nach ihrer Entlassung aus der Haft nicht nur neuerlich enge Verbindung zu den Männern um Béla Kun zu suchen, sondern auch die „russischen Genossen" zu organisieren.

„Vorarbeiten" hatte man hinsichtlich dessen bereits im vergangenen Jahr geleistet. Die Ereignisse seit dem Zusammenbruch der Donaumonarchie boten dafür die Grundlage. Flüchtlinge[427], Kriegsgefangene und Soldaten belagerten überall die Bahnhöfe. An den Verkehrsknotenpunkten kam es zu tumultartigen Szenen. Anfang November 1918 zogen die ersten Frontheimkehrer durch. Am 4. des Monats, so Franz Brandl von der Wiener Staatspolizei, versuchten dreihundert russische Kriegsgefangene, die am Nordbahnhof auf ihren Abtransport warteten, zu plündern. Die Bahnhofswache schoß.[428] Tags darauf berichtete die Wiener Presse von einem „beklagenswerten Irrtum", infolge dessen „vier harmlose Russen getötet und drei ihrer Landsleute verletzt worden" waren.[429] Die allgemeine Nervosität dieser Wochen, „Alarmgerüchte", die einen Linksruck prophezeiten, anarchische Zustände vorhersagten und Panik verbreiteten, vergrößerten das bereits beste-

424 ÖSTA/AdR, BMfA/NPA, Präsidium, Liasse Deutschösterreich, 2/Varia, 1919: Zl. 1182/Präs.

425 Klusacek/Stimmer 85.

426 Hautmann, Anfänge der linksradikalen Bewegung 89; Der neue Tag, Nr. 12, Abend-Ausgabe (3.4.1919) 2.

427 Anfang November 1918 befanden sich, so Mentzel, noch zirka 310.000 „nichtdeutsche" Flüchtlinge auf dem Staatsgebiet der späteren Republik. – Mentzel, Weltkriegsflüchtlinge 39. Diese Zahl erscheint als zu hoch gegriffen. Nach Angaben von Beatrix Hoffmann-Holter befanden sich im September 1918 in der gesamten österreichischen Reichshälfte 326.261 sogenannte „unbemittelte" Flüchtlinge. Auf dem Gebiet Deutschösterreichs hielten sich zur selben Zeit etwa 100.000 mittellose Flüchtlinge auf, 20.000 davon in Wien. – Hoffmann-Holter 143.

428 Brandl 262.

429 Klusacek/Stimmer 35.

hende Chaos und hätten, so die Kronen-Zeitung, „sonst besonnene Personen [...] in ihrem Urteil beeinflußt".[430]

In dieser Atmosphäre verließen Angehörige „gegnerischer Armeen" auf eigene Faust fluchtartig die Unterbringungsbereiche, während andere auf raschestem Wege abgeschoben wurden. In Wieselburg erfolgte die *„Evakuierung" der Russen* am 3. November, die italienischen Offiziere und Mannschaften des Lagers Mühling wurden an den folgenden Tagen über Laibach „abinstradiert".[431] Auch in Feldbach, wo die Gefangenen auf den Straßen „herumlungerten" und die Bevölkerung „einschüchterten", war der Abtransport innerhalb weniger Tage abgeschlossen. Einige Italiener hatten gedroht die Stadt in Brand zu setzen, falls man nicht unverzüglich mit ihrer Evakuation beginnen würde. Binnen kürzester Zeit wurde daraufhin ein Eisenbahnzug bereitgestellt, der dann via Graz nach Triest abging.[432] In einem ähnlichen Tempo zogen die Gefangenen aus Knittelfeld ab, die sich mit den Wachsoldaten solidarisiert hatten.[433] Etwas turbulenter vollzog sich die Repatriierung der im Lager Grödig konzentrierten Serben. Dort war es zu Unruhen gekommen, woraufhin der Bürgermeister umgehend Eisenbahngarnituren für den Abtransport zur Verfügung stellte.[434] Die Volkswehr, welcher die Bewachung des Lagers überantwortet wurde, erwies sich als äußerst unzuverlässig und beteiligte sich an Plünderungen.[435]

Am 4. November ereignete sich darüber hinaus am Rangierbahnhof in Gnigl bei Salzburg ein Zwischenfall, als dort ein Transport mit ungarischen Soldaten und russischen Kriegsgefangenen anhielt. Etwa hundert Mann stürmten das am Bahnhof befindliche Lebensmittelmagazin. Im Verlaufe des Schußwechsels zwischen Plünderern und Gendarmen wurde ein Ungar tödlich getroffen.[436] Vergleichbares ereignete sich am 5. November auch in der Paketsammelstelle am Bahnhof in Amstetten. Vier Plünderer, „sämtliche", wie es hieß, „magyarischer und rumänischer Nationalität", waren erschossen worden. Über die nachfolgenden Geschehnisse konnte man in der „Amstettner Zeitung" lesen: „Es hat[te] den Anschein, als ob der wilde Haufen die Bahnhofgastwirtschaft stürmen wollte. Die Plünderer schienen sich aber über ihr weiteres Vorgehen nicht einig zu sein, denn gleichzeitig sah man im Hintergrunde zahlreiche erhobene Hände. Vordringende Gendarmen und die mittlerweile herbeigeeilte Volkswehr säumt nun mit vorgehaltener Waffe die revoltierende Menge ein, worauf dann die Entwaffnung der nichtdeutschen Soldaten

430 Ebd.

431 Wiesenhofer 387f.

432 Grasmug 300f.

433 Hansak 96.

434 Linzer Volksblatt, Nr. 254 (5.11.1918) 2f.

435 Köfner 205.

436 Salzburger Volksblatt, Nr. 253 (5.11.1918) 3. Die Zeitung „Salzburger Wacht" berichtet über zwei Todesopfer. – Vgl. Köfner 192.

vorgenommen werden konnte. Der deutschen Mannschaft wurden die Waffen belassen. Diese beklagten sich über schlechte Behandlung durch die Magyaren, die in großer Überzahl waren und den Deutschen die Lebensmittel abgenommen und ihre guten Kleider und Schuhe gegen schlechte vertauscht hatten. Diese Plünderertruppe hatte bereits fünfmal, ohne Widerstand zu finden, Ausschreitungen begangen. […] Das Verhalten der deutschen Soldaten und mehrerer mitfahrender russischer Kriegsgefangener war einwandfrei."[437] In Innsbruck jedoch hatten sich auch Russen an der Plünderung mehrerer Waggons am Frachtbahnhof beteiligt.[438]

Bei Hart bemächtigten sich indessen unbewachte Gefangene eines Heimkehrerzuges, der kurze Zeit später in St. Pölten gestoppt wurde.[439] Es ist anzunehmen, daß es sich hierbei um russische Heeresangehörige handelte, die Richtung Osten strebten. Der Abtransport der ehemaligen „Soldaten des Zaren" erfolgte nicht mehr ausschließlich über die Tschechoslowakei, wo man sie der Verbreitung „bolschewistischen Ideengutes" verdächtigte und daher bis spätestens Anfang Dezember außer Landes geschafft haben wollte[440], sondern zunehmend via Ungarn.[441]

Dort hatte man sich anfangs offenbar gegen den Durchzug von Gefangenen gesperrt, da man die Kontrolle über die vor Ort befindlichen Russen, Rumänen und Serben verloren hatte und den Zuzug weiterer „fremder Militärpersonen" fürchtete. Letztere gaben es vielfach auf, eine gezielte Repatriierungsaktion abzuwarten. Sie setzten sich einfach in irgendeinen Zug, um am Ende in Südungarn und nicht in der Ukraine oder in Rußland anzukommen.[442]

Vor diesem Hintergrund nimmt es nicht wunder, daß sich Gerüchte über einen Marsch Tausender bewaffneter russischer Soldaten gegen Budapest verbreiteten. Die Einheimischen gerieten in Panik, die Geschäfte wurden geschlossen. Am 2. November informierte der „Pester Lloyd" die verängstigte Bevölkerung über die Haltlosigkeit derartiger „Schreckensnachrichten", gleichwohl tatsächlich ein Großteil der Russen, die sich in der ungarischen Hauptstadt aufhielten, mit Nachdruck seine Repatriierung verlangte.[443] Am 31. Oktober, als der von den Sozialdemokraten und Bürgerlich-Radikalen gegründete Nationalrat unter Mihály Károlyis Führung die Macht übernahm[444], hatten sich zirka 1.000 russische Kriegsgefangene „vor dem Klublokal der Radikalen Partei" versammelt

437 Amstettner Zeitung, Nr. 45 (10.11.1918) 4.

438 Rebitsch 14.

439 Salzburger Volksblatt, Nr. 252 (4.11.1918) 3.

440 Pester Lloyd, Abendblatt, Nr. 271 (19.11.1918) 3.

441 OÖLA/BH Freistadt, Schachtel 261.

442 Russkie internacionalisty 149–153.

443 Pester Lloyd, Morgenblatt, Nr. 257 (2.11.1918) 4.

444 Bogyay 126.

und wurden von magyarischen Politikern aufgefordert „ihre Selbstzucht" bis zur Heimbeförderung zu bewahren.[445] Man versprach ihnen darüber hinaus, für die Unterbringung und Verköstigung jener, die arbeitslos geworden waren, Sorge zu tragen, und organisierte umgehend eine Ausspeisung für die Anwesenden.[446] Die Russen wurden daraufhin aufgerufen Vertrauensleute aus ihren Reihen zu wählen, welche dann die im königlich ungarischen Kriegsministerium gebildete Gefangenen-Inspektion kontaktieren sollten, um Vorbereitungen für ihren Abtransport treffen zu können.[447]

Österreich nützte währenddessen die Transportkapazitäten eines angesichts der Verhältnisse immer noch erstaunlich gut funktionierenden Verkehrswesens. Ausreichend Transportmittel für die Heimkehr „früherer Feinde" zur Verfügung zu stellen, war jedoch längst nicht das einzige Problem, das es zu bewältigen galt. In Wien mehrten sich Flecktyphusfälle. Die sich schnell ausbreitende Krankheit war von Frontheimkehrern[448], nach Erhebungen des deutschösterreichischen Staatsamtes für Volksgesundheit vor allem aber von Kriegsgefangenenheimkehrern aus der Ukraine und Rußland eingeschleppt worden. Auf einigen Bahnhöfen sollten daher Entlausungsmöglichkeiten „in Form von Bade- und Desinfektionszügen" bereitgestellt werden.[449] Derlei Präventivmaßnahmen kamen aber oft zu spät. Im Dezember mußten in Ungarn viele aus Wien kommende russische Soldaten aus den Heimkehrerzügen ausgesondert werden, da sie sich mit Typhus angesteckt hatten. Weil außerdem die Gefangenensammelstelle in Temesvar aufgrund des Zuschubs tausender Russen ihre Aufnahmekapazität längst überschritten hatte und darüber hinaus die Lebensmittelversorgung der Ankömmlinge in keinster Weise gesichert war, kam die „Rückkehrbewegung" zu Jahresende 1918 weitestgehend zum Erliegen.[450] In weiterer Folge machten sich viele zu Fuß auf den Heimweg und wanderten wochen- und monatelang in Richtung Ukraine. Speziell Rumänen, welche die Verbreitung bolschewistischen Ideengutes durch die Kriegsgefangenen befürchteten, wiesen die Russen allerdings an der Grenze zurück.[451]

Solcherart ist es kaum verwunderlich, daß zahlreiche ehemalige Angehörige der Zarenarmee in der pannonischen Tiefebene festsaßen und häufig in die magyarischen Machtkämpfe verwickelt wurden. Vladimir A. Urasov, der zu Beginn des Ersten Weltkrieges in die „Gewalt der k.u.k. Armee" geraten war und danach in einer Budapester Fabrik arbei-

445 Pester Lloyd, Morgenblatt, Nr. 256 (1.11.1918) 5.
446 Russkie internacionalisty 84.
447 Pester Lloyd, Abendblatt, Nr. 258 (4.11.1918) 4.
448 Klusacek/Stimmer 159.
449 ÖSTA/KA, liqu. KM/10. Abt./Kgf. 1919: 10-20/36.
450 Russkie internacionalisty 171f.
451 Pisarev 175.

tete[452], berichtet in seinen Erinnerungen, daß sich im Oktober 1918 russische Kriegsgefangene nicht bloß an den Demonstrationen in Budapest beteiligten[453]. Ein „Sowjet der russischen Soldaten-Deputierten" faßte den Entschluß sich Waffen aus dem Arsenal zu beschaffen und die ungarischen Arbeiter zu unterstützen. Nach dem Scheitern dieses Vorhabens verlegte der lediglich zwei Wochen bestehende Rat das Hauptgewicht seiner Tätigkeit auf die Agitation unter den ehemaligen Soldaten des Romanovimperiums, welche in immer größer werdender Zahl in die Hauptstadt strömten. Sie sollten als Kämpfer für eine zweite, eine „sozialistische Revolution" gewonnen werden. Urasov, später Kurier zwischen Budapest und Moskau im Auftrag von Kun und Lenin[454], bemühte sich darüber hinaus als Mitglied des Rates um eine entsprechende Versorgung der „eigenen Leute" und um den geordneten Abtransport jener, die nicht dazu zu bewegen waren, bis zum „prophezeiten Umsturz" in Ungarn zu bleiben. Die Aufgaben des Rates übernahm in weiterer Folge die sowjetische Gefangenenmission in Budapest.[455] Sergej Perminov und Jakov Berman trafen dort auf Filip Filippović, der gemeinsam mit Lev Sunica infolge der Ereignisse vor dem Wiener Parlament am 12. 11. verhaftet und anschließend aus Österreich ausgewiesen worden war.[456] Sunica, der in Moskau Lenin persönlich über die Vorgänge im Donauraum Bericht erstattete, blieb in Rußland.[457]

In Budapest war inzwischen auf Betreiben Filippovićs eine „russische bolschewistische Gruppe" entstanden.[458] Mit ihr gemeinsam nahm die sowjetische Gefangenenfürsorgemission die Arbeit auf. Berman, der sich im Hotel Pannonia einquartierte, organisierte die Werbung zum Eintritt in die ungarische Rote Armee und kümmerte sich insbesondere um die betreffende Agitation unter den russischen Kriegsgefangenen.[459] Ähnlich verhielten sich auch die „magyarischen Genossen", welche Ende März 1919 einerseits die aus dem Machtbereich der Bol'ševiki zurückkommenden Internationalisten und andererseits die früheren Heeresangehörigen der Zarenarmee zu den Waffen riefen.[460] Für „Béla Kuns Räterepublik" kämpften in der Folge insgesamt zwischen sieben- und achttausend Russen[461],

---

452 V. A. Urasov (geb. 1890) lebte nach dem Zusammenbruch Räteungarns in Moskau und wurde mit dem Leninorden ausgezeichnet. – Russkie internacionalisty 159.

453 Über die Ereignisse in Budapest im Oktober 1918 siehe: Opocensky, Umsturz in Mitteleuropa 396–399; Hoensch, Geschichte Ungarns 84.

454 Völgyes, The Hungarian Dictatorship of 1919 63.

455 Russkie internacionalisty 149–153.

456 Dokumenty i materialy 67f.; ÖSTA/AdR, BMfA/NPA, Politische Akten, Liasse Österreich 10/13, Zl. I-1034.

457 Maché 13; Hautmann, Die verlorene Räterepublik 87.

458 Dokumenty i materialy 67f.; Der neue Tag, Nr. 7, Morgen-Ausgabe (29.3.1919) 3.

459 Russkie internacionalisty 162 und 172.

460 Szamuely 196–198; Der neue Tag, Nr. 2 (24.3.1919) 2.

461 Zu den internationalen Regimentern und insbesondere zu den russischen Soldaten in der ungari-

deren Rekrutierung sowohl kommunistische Rußlandheimkehrer wie Tibor Szamuely als auch Moskauer Delegierte wie Jakov Berman tatkräftig betrieben.[462] Berman stand dabei die junge Raissa Fride zur Seite, die gleichfalls gekommen war, um sich an der Aufstellung militärischer Formationen zu beteiligen.[463] Efim Vejsbrod, Kommandant eines aus zirka tausend ehemaligen gefangenen Russen[464] zusammengesetzten Bataillons, fiel im Juni 1919 im Kampf gegen die Rumänen.[465] Auch Fride, noch keine 23 Jahre alt, fand bei diesen Gefechten den Tod.[466]

Rubin Meller, der selbst nach dem Ende der ungarischen Räterepublik mit Gefangenenangelegenheiten in Berührung blieb, übernahm nach dem Tod Vejsbrods dessen Aufgaben. Auch Filip Filippović hatte sich 1920 in Rußland, wo infolge des Krieges mit Polen ein neues Gefangenenproblem entstanden war, diesbezüglichen Fragen zu widmen; diesmal ging es um die Behandlung der von den Streitkräften Räterußlands eingebrachten Soldaten Piłsudskis.[467]

Im Frühjahr 1919 aber richtete Filippović seinen Blick auf andere Tätigkeitsbereiche. Von Budapest aus war die Verbindung zu den „südslawischen Genossen" zu halten, welche sich augenblicklich um eine „neue Organisation" im SHS-Königreich bemühten. Hinsichtlich dessen wurden in der RSFSR jedoch beträchtliche Zweifel artikuliert. Hristo Rakovskij kritisierte etwa die mehrere Jahre hindurch in der Illegalität wirkende serbische Sozialdemokratie (SSDP) und insbesondere deren Auslandsrepräsentanten, von der „früheren revolutionären und internationalen Haltung abgegangen zu sein".[468] CFIG-Funktionär Ilija Milkić trat diesen Vorwürfen mit Entschiedenheit entgegen und stellte sich vor die Mitglieder seiner Partei. In Moskau erklärte er, daß sich die SSDP nicht nur weigere in die Belgrader Zentralregierung einzutreten, sondern auch die Haltung der kroatischen Sozialisten, die mit Vitomir Korać einen Minister im Kabinett stellten, verurteile.[469]

Milkićs Äußerungen entsprachen den Tatsachen. Die SP-Spitze Serbiens hielt sich von der neuen Staatsführung gleichermaßen fern wie vom provisorischen Parlament. Im Ge-

schen Roten Armee siehe: Kun, Die Kämpfe der ungarischen Roten Armee 1919 59; Der neue Tag, Nr. 10, Morgen-Ausgabe (1.4.1919) 3 und Nr. 12, Abend-Ausgabe (3.4.1919) 2.

462 Pisarev 177; Der neue Tag, Nr. 5, Abend-Ausgabe (27.3.1919) 2 und Nr. 10, Morgen-Ausgabe (1.4.1919) 3.

463 Russkie internacionalisty 172.

464 Pisarev 177.

465 Russkie internacionalisty 143.

466 Ebd. 172.

467 Kostjuško 61.

468 RCChIDNI, f. 488, op. 1, d. 6.

469 Ebd.

gensatz dazu befürwortete sie die Gründung der III. Internationale und plädierte für die Vereinigung der „Arbeiterschaft auf dem Balkan im Zeichen des Klassenkampfes".[470] Derart radikale Töne der SSDP gingen nicht zuletzt auf das Konto von Filip Filippović, der im Dezember 1918 Budapest verließ, nach Belgrad reiste und hier erstmals öffentlich die „Ideen Lenins" propagierte.[471] Filippović, der einen maßgeblichen Einfluß auf die wachsende marxistische Bewegung vor Ort auszuüben begann, erhielt auch in Bosnien-Herzegowina Zuspruch, fand im Norden des Landes jedoch wesentlich schwierigere Bedingungen vor.

Gegenüber Koraćs Anhang mußte der linke Flügel innerhalb der Sozialdemokratie Kroatien-Slawoniens erst gestärkt werden. Ehemalige Kriegsgefangene, die sich in Rußland den Kommunisten angeschlossen hatten, sollten dabei eine wichtige Position einnehmen.[472] Dementsprechend wandte sich Filippović zusammen mit dem aus dem früheren Zarenreich zurückgekehrten KP-Mann Ivan Matuzović schon von Budapest aus an die südslawische Gruppe beim Zentralkomitee der Bol'ševiki mit der Bitte, weitere Parteiaktivisten zu schicken.[473] An der Moskva rannte man damit offene Türen ein. Die Kader machten sich auf den Weg, nachdem unter der Schirmherrschaft des Kremls noch in der RSFSR eine „KP der Serben, Kroaten und Slowenen" gebildet worden war, die sich mit Hilfe der Rußlandheimkehrer im jugoslawischen Königreich festsetzen wollte.[474] Mehr als hundert „Emissäre" brachen auf, um die gefällten Beschlüsse umzusetzen.[475] Einige, wie Franjo Drobnik, reisten über Ungarn, kontaktierten Matuzović und besprachen ihre weiteren Aufgaben mit Béla Kun, Ernö Pór und Tibor Szamuely.[476] Von den „Magyaren" noch einmal instruiert wurde zur SSDP ebenso Verbindung aufgenommen wie zu den Sozialdemokraten Kroatiens. Hier entwickelte sich in der Zwischenzeit eine weitverzweigte „Untergrundorganisation", die fast ausschließlich von „Rückläufern" unter der Leitung von Vladimir Ćopić und Nikola Kovačević getragen wurde. Letztere erreichten Zagreb, von Österreich kommend, Anfang Dezember 1918, trafen Repräsentanten der linken SDSHS und schufen mit deren Unterstützung an 26 verschiedenen Orten „KP-Zellen", in denen wiederum vielfach frühere Kriegsgefangene mitwirkten.[477] Sie bemühten sich in den kommenden Wochen in den Dörfern Fuß zu fassen, mit den Sozialisten der anderen Landesteile Übereinkünfte zu erzielen, bewaffnete Formationen aufzubauen und Mitglie-

---

470 Hájek/Mejdrová 133; Avakumović 26f.

471 Avakumović 31; Banac, The Communist Party of Yugoslavia 195; Očak, Povratnici 4.

472 Banac, The Communist Party of Yugoslavia 194f.

473 Očak, Povratnici 4.

474 Hájek/Mejdrová 133; Očak, Povratnici 25.

475 Banac, South Slav Prisoners of War 143; ders., The Communist Party of Yugoslavia 194.

476 Očak, Povratnici 4.

477 Ebd. 3ff. und 25; Banac, The Communist Party of Yugoslavia 194 und 219.

der der ehemaligen „Grünen Kader" auf „einen Coup" in der nächsten Zukunft einzuschwören.[478] Um dieses Vorhaben zu verwirklichen, wandte man sich an die Mannschaften der regulären Armee. Mit ungarischer Hilfe, Ivan Matuzović hatte deswegen Alfred Diamantstein geschickt, wollte man eine „Aktion im Heer" durchführen. Für den geplanten „Umsturz" wurden „einige Kompanien" benötigt, die im entscheidenden Augenblick die politischen Gefangenen befreien, die gegenwärtigen Machthaber arretieren und die Banken beziehungsweise Eisenbahnlinien besetzen sollten. Diamantstein, der die „Arbeit in der Armee" finanziell unterstützte, fand diesbezüglich in Unteroffizier Milan Ćopić, dem Bruder des CFIG-Angehörigen Vladimir Ćopić, insbesondere jedoch in Hauptmann Josip Metzger einen Verbündeten. Letzterer verfügte, wie er selbst behauptete, bei der „Agramer Garnison" über eine ihm „blind ergebene Gefolgschaft".[479] Auch die Gründe dafür gab Metzger an. Seine Männer, erklärte er, würden zwar nicht zu schwerer Arbeit angehalten, das Ausbleiben jeglicher Bezahlung vergrößere aber täglich die Unzufriedenheit.[480]

Dennoch blieben größere Aufstände aus.[481] Als sich die Lage im Sommer 1919 zuspitzte und unter dem Eindruck der Ereignisse in Budapest Unruhen ausbrachen, behielten die Behörden des SHS-Staates die Oberhand. Gegen Meutereien in Varaždin und Maribor, an denen Heimkehrer aus der russischen Gefangenschaft maßgeblichen Anteil hatten, wurden serbische Detachments in Gang gesetzt, die binnen vierundzwanzig Stunden die „Ordnung wieder herstellten".[482] In den darauffolgenden Tagen erfuhr die Exekutive Näheres über beabsichtigte Erhebungen in Osijek, Subotica und Zagreb, wo „Lenin-Sympathisanten" auch die dort stationierten französischen Soldaten aufgesucht hatten.[483] Alfred Diamantstein, der „Béla Kuns Subsidien" reichlich unter den „kroatischen Genossen" verteilt hatte, kam in Haft; mit ihm einige seiner Komplizen.[484]

Polizeimaßnahmen ebenso wie die Niederlage Räteungarns schwächten die südslawische KP-Bewegung vorerst allerdings keineswegs.[485] Die ökonomische Krise und die Wirkung des „sowjetrussischen Experiments" stärkten vielmehr die linksradikalen Kräfte, die sich schon im Frühjahr 1919, mit Ausnahme von Slowenien, zusammenzuschließen begannen.[486]

478 Banac, The Communist Party of Yugoslavia 219; Očak, Povratnici 5.
479 Očak, Povratnici 6.
480 Ebd.
481 Banac, The Communist Party of Yugoslavia 219.
482 Avakumović 35; Hájek/Mejdrová 136.
483 Očak, Povratnici 6.
484 Ebd.
485 Ebd. 37.
486 Hájek/Mejdrová 134; Avakumović 37.

Einen Beitrag dazu leisteten auch vormalige Angehörige der k.u.k. Armee, die aus dem Herrschaftsbereich der Kremlführung eintrafen und vorwiegend in der Vojvodina mit dem Aufbau „illegaler Gruppierungen" befaßt waren.[487] Zu ihnen gehörten vor allem Nikola Grulović und Lazar Vukicević, der vor seiner Abreise aus Moskau mit Lenin über den Zusammenschluß aller „Balkanbolschewiken" sprach.[488] Kurz nach ihrer Ankunft in Novi Sad riefen die Heimkehrer um Vukicević und Grulović demgemäß einen „Jugoslawischen kommunistischen Bund" ins Leben, der sich nach dem populären serbischen Revolutionär Vaso Pelagić benannte und bei seiner Gründungskonferenz Anfang März 1919 unverzüglich die Bildung einer KP-Organisation für das gesamte Königreich anvisierte.[489]

Schon eineinhalb Monate später konnten die „Pelagićevcen" ihre Delegierten zum Einigungskongreß nach Belgrad schicken, nachdem sie, ebenso wie die Leute um Ćopić und Kovačević, die Auseinandersetzungen in der kroatischen Sozialdemokratie nicht unwesentlich beeinflußt hatten.[490] Als sich die Parteilinke zur Schaffung eines oppositionellen „Aktionskomitees" (Akcioni odbor ujedinjene opozicije, AO) entschloß, war der Bruch innerhalb der SDSHS endgültig. Die AO wandte sich an die SSDP mit der Bitte um die Vorbereitung einer Konferenz „aller sozialistischen Fraktionen" des Landes, die sich zu den revolutionären Programmen und Taktiken" bekennen würden.[491] Die aus den Beratungen zwischen dem 20. und 23. April 1919 hervorgegangene *„Sozialistische Arbeiterpartei Jugoslawiens (Kommunisten)"* fand dann jedoch keineswegs den ungeteilten Zuspruch einstmaliger Mitglieder der Föderation ausländischer KP-Gruppen in Moskau.[492] Die Mehrheit der gewählten Leitung, an deren Spitze Filip Filippović stand, waren serbische SD-Repräsentanten und Intellektuelle, welche „die Kriegszeit an der Front, daheim oder in der Emigration verbracht hatten". Nur eine Minderheit kam aus Rußland.[493] Sie sah sich speziell bis zum zweiten Kongreß in Vukovar 1920, bei dem sich die neue politische Kraft den Namen *„Kommunistische Partei Jugoslawiens"* gab, im Richtungsstreit mit „Reformisten" um Bürgerrechte, soziale Forderungen, nicht zuletzt aber um das Verhalten gegenüber den „Repressionen der Exekutive" und den Zeitpunkt der Errichtung einer „proletarischen Diktatur".[494]

---

487 Banac, The Communist Party of Yugoslavia 194.

488 Ebd.; ders., South Slav Prisoners of War 143; Očak, Povratnici 10; vgl. Fremden-Blatt, Nr. 24 (25.1.1919) 4.

489 Očak, Povratnici 12–15. Siehe dazu auch: Avakumović 28; Banac, The Communist Party of Yugoslavia 194 und 219; ders., South Slav Prisoners of War 143; Burks 120; Drachkovitch 503f.

490 Banac, The Communist Party of Yugoslavia 194.

491 Ebd. 195. Über die Rolle der bosnischen Sozialdemokraten bei der Einberufung des „Einigungskongresses" vom April 1919 siehe: Prunkl/Rühle 18f.

492 Očak, Povratnici 16; Avakumović 28f.; Prunkl/Rühle 18; Drachkovitch 504.

493 Hájek/Mejdrová 135.

494 Ebd. 136; Burks 120; Drachkovitch 504; Maclean 36.

Zum Teil unausgegoren waren, abgesehen von den Äußerungen zur Agrarpolitik, überdies die Meinungen in bezug auf das Nationalitätenprogramm.[495] 1919 ging man lediglich vage auf den Minderheitenschutz ein. Obwohl der multiethnische Charakter der Balkanregionen noch im November 1918 von den südslawischen KP-Vertretern in der RSFSR betont worden war, bekannten sich probolschewistische Kriegsgefangene, so wie im Frühjahr 1918, auch nach ihrer Heimkehr zum „zentralistischen Staatsgefüge".[496] Der Pelagić-Bund, dessen Angehörige sich als wahre Kommunisten verstanden, fühlte sich diesbezüglich im Einklang mit Filippović, der allerdings selbst noch keine klaren Vorstellungen entwickelt hatte.[497]

Erst im Laufe der zwanziger Jahre fand die Tragweite der gesamten Thematik entsprechende Berücksichtigung. Nicht nur im Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen, auch in der entstehenden Sowjetunion wurden Resolutionen angenommen, welche die *nationale Frage* in den Mittelpunkt rückten. „Das ukrainische Problem", hieß es etwa am fünften Kominternkongreß im Sommer 1924, „ist eines der wichtigsten in Zentraleuropa; seine Lösung wird von den Interessen der proletarischen Revolution in Polen, der Tschechoslowakei, Rumänien und anderen Ländern mitbestimmt."[498] Das Verhältnis der Randgebiete zum Zentrum des bolschewistischen Machtbereiches beschäftigte Parteikader freilich bereits seit Jahren. Mykola Skrypnyk, Abgeordneter der RSDRP(b) in der vierten Staatsduma und vehementer Gegner der zaristischen Nationalitätenpolitik, beschloß mit seinen Anhängern im April 1918 eine eigenständige *Kommunistische Partei (Bol'ševiki) der Ukraine (KPU)* zu etablieren, welche nur durch die kommende III. Internationale mit Lenins Partei verbunden sein sollte.[499] Die deutschen Okkupationstruppen zwangen die ukrainische KP-Gefolgschaft jedoch im Moskauer Exil von ihren ursprünglichen Überzeugungen abzurücken. In der Hauptstadt der RSFSR erklärte sich die KPU auf ihren ersten beiden Tagungen im Juli und Oktober zu einem autonomen Teil der RKP(b).[500] Deren Führung hatte die Entscheidung wesentlich beeinflußt. In der ersten Hälfte des Jahres 1919, als sich eine Sowjetregierung unter Georgij Pjatakov und Hristo Rakovskij für mehrere Monate in Kiev festsetzen konnte, wurde die Autorität der russischen Genossen dann erneut zur Geltung gebracht, ohne auf die Haltung der Bauernschaft und die nationalen Aspirationen im Lande Rücksicht zu nehmen.[501]

---

495 Prunkl/Rühle 20.
496 Hájek/Mejdrová 135; Očak, Povratnici 19f.
497 Shoup 19f.; Očak, Povratnici 20f.
498 Solchanyk 794.
499 Reshetar 440f.; Mace 27ff.
500 RCChIDNI, f. 17, op. 86, d. 112. Siehe diesbezüglich außerdem: Pipes, The Formation of the Soviet Union 129–136; Mace 30–39; Reshetar 441.
501 Kappeler, Kleine Geschichte der Ukraine 174.

Weiter westlich, in Territorien der untergegangenen k.u.k. Monarchie, glaubte man die Gegensätze durch eine Anlehnung an die Standpunkte Rosa Luxemburgs überwinden zu können. In der Weltrevolution sahen junge Aktivisten, welche sich in Ostgalizien zur Gruppe der „Internationalen Revolutionären Sozialdemokratie" (IRSD) zusammenschlossen, die Lösung der ukrainischen Frage. Nichtsdestoweniger fühlten auch sie sich von lokalen Traditionen und Forderungen nach Selbstbestimmung angezogen.[502] Bezeichnenderweise hielt die IRSD bei einer Konferenz im Dezember 1918 die Gründung einer lokalen KP-Organisation angesichts der „äußeren Bedrohung" für unratsam.[503] Eine kommunistische Vereinigung, ließ man verlautbaren, würde augenblicklich die Position der Westukrainischen Volksrepublik (Zachidno-Ukrains'ka Narodnja Respublika, ZUNR) schwächen, die am 13. 11. proklamiert und unverzüglich mit dem auf Galizien Anspruch erhebenden polnischen Staat in einen kriegerischen Konflikt hineingezogen worden war.[504]

Während sich die ZUNR um Hilfe an die Ostukraine wandte und sich dieser dann in einem feierlichen Universal vom 22. Jänner 1919 anschloß, ging die Initiative bei der Schaffung einer KP-Organisation von anderen Kräften aus.[505] Die Vorbereitung einer Gründungskonferenz, die schließlich in Stanislav (Ivano-Frankivsk) am 8. Februar 1919 abgehalten wurde, lag vor allem in den Händen sogenannter „Borot'bisty", linker SRy, die sich von den ukrainischen Sozialistenrevolutionären abgespalten und ihre „Emissäre" zum Teil in die Gebiete des ehemaligen Habsburgerreiches entsandt hatten.[506] Mindestens ebenso wichtig für die Entwicklung der *Kommunistischen Partei Ostgaliziens (Komunistychna Partiia Skhidnoi Halychny, KPSH)* waren jedoch die Bemühungen des Kiever Räteregimes. Dieses setzte sich ab April 1919 verstärkt für die „Parteiarbeit" in Galizien ein, das Lenin als „Brückenkopf" des proletarischen Umsturzes in Mitteleuropa empfand.[507] Bei der von den Kremlherren dominierten KPU entstand ein Komitee, in dem sich vorrangig frühere Soldaten der österreichisch-ungarischen Armee zusammenfanden, die im Laufe des Ersten Weltkrieges in „Gewahrsam" des Zarenheeres geraten waren.[508] Vornehmlich in Turkestan hatten sie sich im Rahmen von Vorträgen und „Meetings", bei „Kulturveranstaltungen" und „durch spezielle Publikationen" mit den Zielsetzungen der Bol'ševiki vertraut gemacht.[509] Einige, wie Mychajlo Levyc'kyj, der später der Wiener Sowjetmission angehörte

502 Radziejowski 11f.; Solchanyk 776.
503 Ebd. 12.
504 Kappeler, Kleine Geschichte der Ukraine 174.
505 Mark 190.
506 Ebd. 188; Radziejowski 10; Solchanyk 777.
507 Solchanyk 775 und 779.
508 Radziejowski 12; Solchanyk 778f.
509 Daskevič 91–98; Solchanyk 779.

und vorübergehend mit deren Geschäftsführung betraut wurde[510], traten der RKP(b) bei und gingen schließlich im Auftrag der KPU-Leitung in die unter polnischer Administration stehenden Regionen.[511] Levyc'kyj, der nach Lemberg geschickt wurde, erhielt ebenso wie andere „Agitatoren" die Weisung, neben seiner Propagandatätigkeit Untergrundorganisationen aufzubauen.[512]

Kiev schmiedete Aufstandspläne. Obwohl die Losungen Lenins und seiner engsten Vertrauten im Moment heftigster nationaler Auseinandersetzungen unterzugehen drohten, dachte man an die Installierung der Sowjetherrschaft westlich des Zbruch.[513] Hoffnungsträger waren in diesem Zusammenhang Oppositionsgruppen in Tarnopol (Ternopil), eine Arbeiter- und Bauernunion in Stanislav und die „Kommunisten-Sozialisten" in Drohobych, welche der Etablierung eines Herrschaftssystems nach russischem Vorbild das Wort redeten und sich für den Kampf gegen die ZUNR rüsteten.[514] In der Tat verlor letztere, wenn auch nur für zwei Tage, die Kontrolle über Drohobych. Meldungen in der Presse stimmten sowohl Moskau als auch Kiev optimistisch. Dem Beispiel in Drohobych, hieß es, folgten die Grubenarbeiter von Kalucz. Die Regierung verliere die Kontrolle über ihre Soldaten; in Podhajce, Rohatyn, Halicz, Brzezány und Złoczów seien Räterepubliken proklamiert worden; in Lemberg habe ein illegaler Arbeitersowjet den Generalstreik ausgerufen.[515] Angesichts derartiger Nachrichten wollte die KPU nicht länger zuwarten. Die Erhebungen sollten von Tarnopol ausgehen, Einheiten der Roten Armee in Bereitschaft gehalten und leitende Kaderfunktionäre in die „Operationen vor Ort" eingebunden werden. Sogar ein Revolutionäres Komitee, dem man die Funktion eines provisorischen Regierungsorgans zudachte, war formiert worden, als alle weitreichenden Pläne innerhalb kurzer Zeit am raschen Vormarsch der polnischen Streitkräfte unter General Haller scheiterten. Mitte Juli 1919 kam die Parteiarbeit in Ostgalizien völlig zum Erliegen.[516]

Viele Angehörige der KPSH emigrierten in die ČSR, wo inzwischen die Folgen der Gefangenenproblematik neue Konflikte hervorriefen.[517] Überschattete bislang schon das Auftreten der tschechischen Legion an der Wolga, im Ural und in Sibirien die Beziehungen zwischen Prag und Moskau, so geriet nun auch die Repatriierung ehemaliger Angehöriger der Romanovarmee in das Fahrwasser politischer und ideologischer Auseinanderset-

510 ÖSTA/AdR, BMfA/NPA, Politische Akten, Liasse Österreich 5/17, Zl. 11977/17.

511 Radziejowski 26.

512 Ebd. 12.

513 Solchanyk 779.

514 Ebd. 780f.

515 Leitmeritzer Zeitung, Nr. 25 (28.3.1919) 1; vgl. Der neue Tag, Nr. 15, Morgen-Ausgabe (6.4.1919) 3.

516 Solchanyk 781f.

517 Ebd. 782.

zungen. Die „weiße Emigration" trat in den ersten Wochen des Jahres 1919 mit hochtrabenden Zielen hervor: Mehrere hunderttausend russischer Soldaten in Deutschland und den Nachfolgestaaten Österreich-Ungarns wollte man in bewaffneten Verbänden zusammenfassen und gegen die „Sowjetmacht" zum Einsatz bringen. Von Böhmen aus sollte es die Kriegsgefangenentruppe mit den „Roten" aufnehmen.[518] Dementsprechend führten vormalige Zarenoffiziere und „selbsternannte Diplomaten" an der Moldau Gespräche, um weitere „Rekrutierungskampagnen" zu starten. Selbst Karel Kramář, damals tschechoslowakischer Ministerpräsident, schien nicht abgeneigt zu sein derlei strategische Brettspiele umzusetzen. Mit Unterstützung seiner Regierung konnte im Februar 1919 ein „Organisationskomitee" gegründet werden, das für die militärischen *Pläne antibolschewistischer Kräfte* Stimmung machte und insbesondere die Ausbildung künftiger Kommandeure der Freiwilligenabteilungen im Auge behielt. Die Aktion erzielte jedoch nicht den gewünschten Effekt. Nur wenige konnten geworben werden; die Mehrzahl der Gefangenen verhielt sich distanziert.[519]

Ähnliche Erfahrungen sammelten zur gleichen Zeit allerdings auch die *Bevollmächtigten der RSFSR*. Lediglich in Brünn und im Lager Josefstadt entstanden größere kommunistische Organisationen, deren Handlungsspielraum obendrein nach einem mißglückten Attentat auf Kramář stark eingeschränkt wurde.[520] Gleichzeitig erhielt das Narkomindel Hinweise auf die Probleme einer aus Wien nach Böhmen abgegangenen Gruppe der Delegation Berman-Vejsbrod. Pressemeldungen untermauerten die Gerüchte. „Aus Mährisch-Trübau", schrieb der Pester Lloyd am 16. Jänner 1919, „sind Emissäre eingetroffen", die sozialrevolutionäres Gedankengut zu verbreiten suchen und deshalb „vom Militärkommando angehalten werden". Außerdem, so die Notiz vom 16. 1. weiter, sei die Exekutive gegen einen gewissen „aus Rußland angereisten David Lieber" vorgegangen, der von sich selbst behauptet habe, „Mitglied der Kommission für den Kriegsgefangenenaustausch" zu sein, vermutlich aber ein „Agent der Bolschewiken" sein dürfte.[521] Bereits einige Tage zuvor hatte Georgij Čičerin im Namen des Sovnarkom gegen die Maßnahmen der tschechischen Behörden protestiert; den fast völlig unterbrochenen Kriegsgefangenenaustausch führte er dabei sowohl auf die Inhaftierung sowjetischer Abgesandter als auch auf die von Kramářs Kabinett geförderten Aufklärungs- und Werbekampagnen der „Weißen" zurück.[522]

518 Schmid, Churchills privater Krieg 116.
519 Ebd. 288; Čech 151f.
520 Čech 153f.
521 Pester Lloyd, Nr. 14, Morgenblatt (16.1.1919) 4.
522 Dokumenty vnešnej politiki, Bd. 2, 14f.

Die ohnehin strapazierten bilateralen Verhältnisse belasteten unterdessen *„Rückläufer aus dem Osten"* zusätzlich. Vor ihnen warnten zahlreiche Zeitungen in ihren Artikeln. Demnächst kämen alle Bolschewiken aus Rußland zurück. 40.000 Mann stünden dann bereit, die Sache der KP-Anhänger zu unterstützen.[523] Die Zahlen, welche dazu dienten, allseits artikulierte Ängste vor Chaos und Anarchie zu schüren, hielten freilich keiner Überprüfung stand. Ganz im Gegenteil. Funktionäre der tschechischen Sektion bei der RKP(b) fanden vorerst kaum Gefolgschaft, wie etwa Heimkehrer Břetislav Hůla in einem Brief an Béla Kun bemerkte.[524] CFIG-Funktionäre mit Jaroslav Handlíř und Alois Muna an der Spitze erregten dennoch gerade in den ersten Monaten nach ihrer Ankunft in der ČSR besonderes Aufsehen.[525] Fast jeder ihrer Schritte wurde Gegenstand öffentlicher Erörterungen. Die Leser der Leitmeritzer Zeitung erfuhren beispielsweise am 17. Jänner 1919 von den Bemühungen der Anhänger Lenins um die Bergarbeiter von Kladno.[526] In diesem Zusammenhang wurde folgende Rede Munas abgedruckt: „Bis unsere Zeit kommt, und sie kommt, werden wir es so machen, wie es die Russen gemacht haben. In den letzten Tagen wurde über den roten Terror gesprochen, weil ein terroristischer Akt versucht wurde, gegen den wir Kommunisten sind. Wir erklären den Terror nur der Klasse, nicht dem einzelnen. Ich bin gegen den individuellen Terror und verurteile den Anschlag eines dummen Jungen auf den Ministerpräsidenten [Kramař], aber ich protestiere auch gegen den weißen Terror, der gegen uns Bolschewisten hier ausgeübt wird."[527]

Ausführungen solcher Art entbehrten nicht einer gewissen Grundlage. Innerhalb der tschechischen Legion formierten sich Gruppen, die ihre Landsleute in der Internationalistenbewegung als „Verräter" brandmarkten und vor ein „Feldgericht stellen wollten. Aufrufe, Václav Ružička, Karel Knofliček und František Beneš zu ergreifen, blieben ohne Folgen.[528] Als die offiziellen Stellen eine Aburteilung von Alois Muna mit der Begründung ablehnten, für Begebenheiten, die sich in Rußland ereignet hätten, nicht zuständig zu sein, wählten einige zurückgekehrte „Družinisten" die Selbstjustiz. Zwar mißlang der Versuch Muna festzusetzen und „hinzurichten", immerhin kam es jedoch zu Überfällen, bei denen der „gehaßte KP-Mann" attackiert wurde. Sechsundvierzig Funktionäre der Sozialdemokratischen Partei, angeführt von Bohumír Šmeral und Josef Stivin, formierten in dieser Situation ein „Schutzkomitee gegen den weißen Terror" und warnten vor möglichen Un-

---

523 Leitmeritzer Zeitung, Nr. 4 (14.1.1919) 2.

524 Hájek/Mejdrová, 140f.

525 Fowkes 60; Zinner 26. Dazu des weiteren: Fremden-Blatt, Nr. 16, Abend-Ausgabe (17.1.1919) 2 und Nr. 17, Morgen-Ausgabe (18.1.1919) 4.

526 Leitmeritzer Zeitung, Nr. 5 (17.1.1919) 2; Skilling 347.

527 Ebd.; vgl. Pester Lloyd, Nr. 12, Abendblatt (14.1.1919) 2.

528 Zinner 26f.; vgl. Fremden-Blatt, Nr. 17, Morgen-Ausgabe (18.1.1919) 4.

ruhen nach einem gewaltsamen Tod Munas.[529] Stivin, Redakteur des SD-Organs „Právo lidu", ging darauf in einem Interview näher ein.[530] Das „nationale und bourgeoise Lager", erklärte er, neige dazu, „den Feind zu personifizieren und mit ausländischen Mächten in Verbindung zu bringen. Zuerst wurde Šmeral zum Gegner, dann kam der tschechische Bolschewist Muna [...], welcher in der russischen Revolution als Organisator der tschechischen Kriegsgefangenen tätig und nach der Proklamierung der Republik heimgekehrt war. Er sollte sofort erschossen werden, von jedem, dem es beliebt, einen Menschen zu erschlagen. Die bürgerlichen Blätter haben den Genossen Muna für vogelfrei erklärt. Über den bolschewistischen Terror und Blutdurst wird geschimpft. Aber die Leute, welche schimpfen, wollen die russischen Brände auch bei uns einführen. Diese Unterhaltung mit Muna dauerte einige Wochen. Jetzt [...] wohnt er in Kladno und ist Redakteur bei unserem dortigen Blatte."[531]

Tatsächlich hatten sich frühere CFIG-Mitarbeiter bei den Bergleuten in der Nähe von Prag eine beträchtlichen Einfluß verschafft. Ein Arbeiterrat war gebildet worden, und eine Zeitschrift, die unter dem Namen „Svoboda" erschien, manifestierte das Entstehen einer organisatorischen Plattform um Bohumír Šmeral und seine Vertrauten.[532] Am 28. Februar 1919 brachte sie als „*Marxistische Linke*" in der SP die erste Ausgabe ihrer Zeitschrift „Sociální demokrat" heraus. Bei dieser Gelegenheit bekannte sie sich zur Schaffung einer „sozialistischen Tschechoslowakei im Rahmen eines sozialistischen Europas", hielt aber an den sozialdemokratischen Traditionen fest und ermahnte die ehemaligen Kriegsgefangenen, die „hiesigen Verhältnisse von den russischen zu unterscheiden".[533] Überzeugte KP-Anhänger sahen sich demgemäß veranlaßt die wenigen auf dem Territorium der RSFSR verbliebenen „Aktivisten" in ihrem Enthusiasmus zu bremsen. Die tschechischen Kommunisten im früheren Zarenreich wollten zunächst dem magyarischen und deutschösterreichischen Beispiel folgen. Die Gründung einer kleinen Partei schwebte ihnen vor. Der Schwerpunkt der Arbeit wurde in die Ukraine verlagert, von dort wollte man nach Hause fahren.[534] Als die Heimkehrer jedoch, anders als beabsichtigt, zunächst innerhalb der Sozialdemokratie wirken mußten, änderte auch Moskau seine Meinung. „Wir sind uns dessen vollkommen bewußt", ließen die bei der RKP(b) zusammengeschlossenen Internationalisten im „Sociální demokrat" verlautbaren, „daß der Weg der Revolution in allen Ländern nicht derselbe sein kann (...) man kann heute nicht darauf bedacht sein, daß die tschechischen Arbeiter die Taktik der russischen unvermittelt übernehmen könnten (...)

529 Ebd. 27.
530 Der neue Tag, Nr. 4 (26.3.1919) 2.
531 Ebd.
532 Fowkes 62; Der neue Tag, Nr. 21 (12.4.1919) 2.
533 Hájek/Mejdrová 141; Reimann 89.
534 Fowkes 59; siehe außerdem: Thunig-Nittner 89.

wir wollen euch nur informieren (...) wir haben nicht die Absicht in den böhmischen Ländern eine abgesonderte Partei zu gründen, ohne demzuvor alle Möglichkeiten zu erschöpfen (...) die Führer und die Mitgliederschaft desjenigen Teiles der Sozialdemokratie zu gewinnen, der den Standpunkt des Klassenkampfes einnimmt."[535]

Nachdem die SP gerade die Kluft zwischen „zentralistischen" und „separatistischen" Tendenzen überwunden und Šmeral für die Programme der Bol'ševiki lediglich Sympathie zum Ausdruck gebracht hatte, ohne sich mit ihnen ganz und gar zu identifizieren, sahen sich die Gefolgsleute Lenins unter den vormaligen Gefangenen gezwungen sich an mittel- und längerfristigen Perspektiven zu orientieren.[536]

Die Entwicklungen der kommenden Monate spielten dann tatsächlich in die Hände der Männer um Alois Muna[537], welcher anfangs sogar auf Initiative des SP-Parteivorstandes zum Verlassen der Republik aufgefordert wurde, wogegen Šmerals Leute allerdings erfolgreich opponierten.[538] Ökonomische Schwierigkeiten und die damit verbundenen sozialen Spannungen, Ereignisse in Deutschland und die Ausrufung der ungarischen Räterepublik machten sich bemerkbar.[539] Alles zusammen verstärkte die Richtungsstreitigkeiten in der Sozialdemokratie, deren Position als wichtigste Regierungspartei dadurch geschwächt wurde.[540] Die Abspaltung der Fraktion um Bohumír Šmeral, welche schließlich auch das SD-geleitete Kabinett Tusar zu Fall brachte, beeindruckte indessen nicht allein kommunistische Rußlandheimkehrer sowie die für radikale Losungen zugänglicheren „Zentralisten"[541]; sie beeinflußte auch aus Sibirien eintreffende „Družinisten".[542] Bereits im Jänner hatte Alois Muna bei einer Versammlung in Kladno darüber gesprochen. Die Sowjetregierung, führte er aus, „kümmere sich in erster Linie um die Bedürfnisse der Arbeiterschaft, und deshalb komme jeder [...] als überzeugter Bolschewik zurück. Auch die tschechischen Legionäre [...] werden so kommen und ihre Bajonette, nicht wie man glaubt, gegen uns, sondern gegen andere richten."[543] Munas Einschätzung traf durchaus

535 Zit. nach Hájek/Mejdrová 140; vgl. Suda 23f.

536 Hájek/Mejdrová 140.

537 In diesem Sinne äußerte sich etwa Karl Radek in einem an Lenin, Sverdlov und Čičerin gerichteten Brief vom 24. Jänner 1919 positiv über die Lage der tschechischen Genossen, deren Arbeit und insbesondere Alois Muna als „Haupt der Bergarbeiterbewegung". – Komintern i ideja mirovoj revoljucii 90ff.

538 Reimann 88; Zinner 27f.; Kuhn 20f.; Grochtmann 51 und 86.

539 Fowkes 62; Leitmeritzer Zeitung, Nr. 18 (4.3.1919) 1, Nr. 20 (11.3.1919) 3 und Nr. 42 (27.5.1919) 1f.

540 Hoensch, Geschichte der Tschechoslowakei 43.

541 Kuhn 21.

542 Hoensch, Geschichte der Tschechoslowakei 46; Hájek/Mejdrová 140; Grochtmann 169; Fremden-Blatt, Nr. 16 (17.1.1919) 2ff.; Nr. 22 (23.1.1919) 2; Nr. 28 (29.1.1919) 3 und Nr. 29 (30.1.1919) 3. Zur Regierung unter dem Sozialdemokraten Vlastimil Tusar berichtet überdies: Droz, Bd. XII, 35.

543 Leitmeritzer Zeitung, Nr. 5 (17.1.1919) 2.

zu. Schon im früheren Romanovimperium vermochten sich die Angehörigen nationaler Freiwilligenverbände, von denen nicht wenige mit sozialistischen Ideen liebäugelten, kaum zu erklären, weshalb sie sich im Kampf mit der „Arbeiterregierung des russischen Brudervolkes" befanden.[544] In den Gebieten des untergegangenen Habsburgerreiches angelangt bekannten sich viele von ihnen zum Gedankengut der Kremlführung und förderten somit die Polarisierung der politischen Szene.[545]

Dennoch wurde die Formierung einer übernationalen und in weiterer Folge auch einflußreichen Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei (KPČ) noch bis 1921 hinausgezögert.[546] Die Voraussetzungen hierfür waren in den einzelnen Landesteilen der ČSR vorerst einfach zu unterschiedlich. Otto Bauers Anschlußkonzeption machte es den deutschen und tschechischen Sozialdemokraten unmöglich, „sich an einen Tisch zu setzen".[547]

Die Lage in Böhmen und Mähren konnte wiederum nicht mit den *Vorgängen in der Slowakei* verglichen werden. Hier traten Frontheimkehrer und ehemalige Kriegsgefangene, die im Herrschaftsbereich der RKP(b) zu Kadern der erwarteten Weltrevolution zusammengeschmiedet worden waren und bisweilen in den Reihen der roten Armee gedient hatten, von Beginn an stärker in Erscheinung.[548] Wirkungsvolle Propagandakampagnen führten in einer Region, die formell noch zu Ungarn gehörte und erst durch die Entscheidung der Pariser Friedenskonferenz den Prager Behörden übergeben werden sollte, zur Gründung von Räten, die nicht selten Rußlandheimkehrer dominierten. In welchem Ausmaß die Situation von den Verhältnissen in Budapest mitbestimmt wurde, zeigte die vorübergehende Etablierung der „Sowjetmacht" durch Béla Kun und seine sozialistischen Bündnispartner. Ihnen wollten sich bewaffnete Einheiten in der Slowakei unterstellen, während lokale KP-Gruppierungen gegen den tschechischen „Imperialismus" protestierten und die Union mit den Magyaren anstrebten.[549]

Kuns Einfluß auf die „Bewegung" in den nordwestlichsten Gebieten der früheren transleithanischen Reichshälfte war aber auch aus anderen Gründen beträchtlich. Ende April vereinigten sich Tschechen und Slowaken im Rahmen der Budapester „Internationalen Sozialistischen Föderation" zu einer gemeinsamen Organisation unter dem Vorsitz von Antonín Janoušek, der enge Kontakte zu Alois Muna unterhielt.[550] Wie Janoušek bemüh-

---

544 Hájek/Mejdrová 140f.

545 Reimann 111; Hoensch, Geschichte der Tschechoslowakei 46; Reimann 82. Siehe dazu außerdem: Leitmeritzer Zeitung Nr. 22 (18.3.1919) 2 und Nr. 28 (8.4.1919) 2.

546 Ebd. 47; Korab 131f.; Staar 108f.; Zinner 29ff.; Reimann 89ff.

547 Hájek/Mejdrová 141.

548 Staar 109; Kuhn 24.

549 Ebd.

550 Kuhn 25; Balogh 113; Suda 31; Borsányi 186.

ten sich auch andere Mitglieder der neuentstandenen Gruppierung um Verbindungen zu den KP-Sympathisanten in Prag, Kladno und Košice (Kaschau, Kassa).[551] Ein gut funktionierender Kurierdienst wurde aufgebaut, noch bevor Streitkräfte Räteungarns die strittige Demarkationslinie im Mai 1919 überschritten und die schlecht ausgerüsteten tschechischen Truppenteile aufrieben.[552] Zwei Drittel des slowakischen Territoriums wurden besetzt. Im Juni proklamierte man, nachdem Čičerin das „Selbstbestimmungsrecht der Völker" in Erinnerung gerufen hatte, eine kurzlebige *Räterepublik*.[553] An ihre Spitze trat Antonín Janoušek, dessen Anhänger zahlreiche Ressorts der neuen Regierung in Košice unter sich aufteilten.[554] Für die Vorgangsweise der magyarischen Volkskommissare brachten selbst die linksoppositionellen Kräfte in Böhmen und Mähren wenig Verständnis auf, zumal die ungarischen Rätetruppen kein Hehl daraus machten, daß sie an eine Wiedereingliederung der Slowakei dachten.[555] Moskauer Internationalisten bekräftigten derlei Überlegungen. „Ungarn hat seine erste Ukraine", konstatierte zum Beispiel Endre Rudnyánszky. „Die slowakischen Arbeiter und Bauern", so der CFIG-Präsident, „hassen die tschechische Bourgeoisie, heißen die ungarische Rote Armee als Befreier willkommen und schließen sich zu Tausenden der roten slowakischen Division an."[556] Im Umfeld Šmerals empfand man solche Auffassungen mindestens als taktischen Fehler. Der „Sociální demokrat" regte deshalb an, „den Heimkehrer Muna aufgrund seiner alten Bekanntschaft mit Kun" zu beauftragen den „starken Mann in Budapest" von seiner Annahme abzubringen, „die Offensive in der Tschechoslowakei würde eine Revolution hervorrufen".[557] Alois Muna, dem die Presse seit Wochen vorwarf, von Béla Kun mit Waffen und Geld versorgt zu werden[558], war allerdings in der Zwischenzeit wegen einer angeblichen „kommunistischen Verschwörung" von den Behörden verhaftet und damit zunächst ausgeschaltet worden.[559] Zugleich hielt Kun selbst gegenüber der Gruppe um Antonín Janoušek eine gewisse Vorsicht aufrecht; Schlüsselpositionen blieben hauptsächlich den magyarischen Vertrauten aus der Gefangenschaft vorbehalten.[560] Janoušek wurde etwa Ernö Pór als Volkskommissar für Äußeres zur Seite gestellt; Ferenc Münnich erhielt das Kommando über die „slowakischen Sowjetstreitkräfte".[561]

551 Balogh 113.
552 Hoensch, Geschichte der Tschechoslowakei 31.
553 Balogh 116ff.; Staar 109; Toma 208ff.
554 Suda 31.
555 Hájek/Mejdrová 143.
556 Zit. nach Hájek/Mejdrová 143.
557 Hájek/Mejdrová 143.
558 Der neue Tag, Nr. 40, Abend-Ausgabe (2.5.1919) 3.
559 Kuhn 21.
560 Balogh 119; Borsányi 186; Toma 209.
561 Ebd. 117.

Ganz allgemein zeigte sich, daß Kun heikle Bereiche der Sicherheits-, Außen- und Nationalitätenpolitik vorrangig in die Hände der aus Rußland eintreffenden Kader legte. Sowohl Münnich als auch Frigyes Karikás erfüllten solcherart als politische Offiziere wichtige Aufgaben an der „rumänischen Front".[562] Hinter den Linien operierte dann Tibor Szamuely, der stellvertretende Volkskommissar für Kriegswesen, welcher den Feldgerichten vorstand und gleichzeitig durch die von ihm organisierten „Komitees zur Aufrechterhaltung der Ordnung" den „Druck auf die Zivilbevölkerung" steigerte.[563] Heimkehrer begannen indessen auch an der Grenze zu „Deutschösterreich" aktiv zu werden. Deszö Entzbruder, ein Volksschullehrer und früherer Kriegsgefangener, nahm sich der kommunistischen Sache in Sopron (Ödenburg) an. Ihn unterstützte wenig später Kuns Freund Sándor Kellner, der nach seiner Abreise aus der RSFSR zu den Mitbegründern der KMP zählte, in Ödenburg den provisorisch eingerichteten Arbeiterrat leitete und schließlich mit der Führung des am 30. April 1919 geschaffenen „Gaurates für Deutschwestungarn" betraut wurde.[564]

Kellner beschränkte sich bei seiner Tätigkeit jedoch keineswegs auf seinen unmittelbaren Zuständigkeitsbereich. Vielmehr bahnte er durch Mittelsmänner persönliche Treffen mit Karl Tomann an, der seinerseits von den Wiener Behörden verdächtigt wurde mit den „Roten Magyaren" zu kooperieren.[565] Baron Cnobloch, diplomatischer Vertreter der „Alpenrepublik" in Ungarn, lieferte in diesem Sinn laufend Informationen. „Hierortiger d. ö. Dirigierungsoffizier meldet", ließ er beispielsweise die Beamten am Ballhausplatz in einem Schreiben vom Juni 1919 wissen, daß im ehemaligen Kriegsgefangenenlager „in Czinkotar bei Budapest ungefähr tausend österreichische Rotgardisten kaserniert sind. Dieselben werden wöchentlich von kommunistischen Agitatoren aus Wien besucht und aufgefordert, sich zum Einmarsch nach Wien vorzubereiten, um endlich dort die Diktatur zu verwirklichen." Es wird gebeten, „Erforderliches zu veranlassen, damit Wiener Agenten – unter anderen wird Thomann als regelmäßiger Emissär genannt – in Hinkunft an Ausreise aus Deutschösterreich absolut gehindert werden".[566] Schon seit Monaten warnte Botschafter Cnobloch außerdem vor den „magyarischen Anhängern" Béla Kuns. Am 14.1.1919 machte er seine Vorgesetzten zum Beispiel auf „den Sekretär der Budapester Invalidenorganisation" aufmerksam, „welcher im Auftrag der ungarischen KP" gemeinsam mit „einem aus der russischen Gefangenschaft zurückgekehrten Arzt namens Déak

562 Fogarassy 35 und 42.

563 Hoensch, Geschichte Ungarns 96; Fogarassy 42.

564 Balogh 107.

565 Archiv der Bundespolizeidirektion Wien, Schober-Archiv, Rätebewegung in D.Ö. 1919, Pr. 9335.

566 ÖSTA/AdR, BMfA/NPA, Präsidium, Liasse Ungarn I/1, 1919: Zl. 1746.

nach Wien mit bedeutenden finanziellen Mitteln reiste, um nach Budapester Muster eine Invalidenorganisation auf bolschewistischer Grundlage zu schaffen".[567] Im Juni präsentierte er schließlich Abschriften aus dem „Notizbuch von Ernö Pór, des Leiters der Abteilung für internationale Propaganda" in Kuns Volkskommissariat für auswärtige Angelegenheiten[568]; die Aufzeichnungen enthielten Hinweise auf eine geplante Konferenz böhmischer, deutschösterreichischer und magyarischer Kommunisten, allen voran Tomann, Muna und Pór selbst.[569]

Daß die *Repräsentanten der KMP auf die Entscheidungen der KPDÖ* maßgeblich einwirkten, bestätigten deren Korrespondenzen mit Moskau wenige Wochen später. Darin wurde die Anwesenheit von hochrangigen Budapester Funktionären, unter anderem von Ernö Seidler, bei den Sitzungen des Parteivorstandes betont.[570] Außerdem, hieß es in einem Bericht vom 24. August 1919, habe man „im Einvernehmen mit Kun und Pór" vor allem aus österreichischen Heimkehrern und ehemaligen Soldaten der Zarenarmee bestehende internationale Abteilungen der ungarischen „Sowjetstreitkräfte" auf einen Einmarsch in Österreich vorbereitet.[571]

Die Bedeutung ehemaliger Kriegsgefangener sah in diesem Augenblick auch der Wiener Polizeipräsident Johannes Schober, der im Mai 1919 noch andere Befürchtungen äußerte. „In Budapest", so Schober, „werden die Russen genötigt, in die ‚Rote Armee' einzutreten, ein Zwang, dem sie sich vielfach durch die fluchtartige Rückkehr auf unser Territorium entziehen, wo selbst sie es dann vermeiden, sich neuerlich beim dänischen ‚Roten Kreuz' zu melden, um nicht abermals nach Budapest gesandt zu werden."[572]

Schon in den Vormonaten hatte das Staatsamt für Heerwesen mit Besorgnis darauf hingewiesen, daß sich in Österreich „eine auffallend große Zahl gewesener Kriegsgefangener herumtreibt, die es offenbar vermeidet, sich beim [...] Sammelkommando zwecks Abschubes in die Heimat zu melden".[573]

Die Vorgänge erregten rasch Aufsehen. Einige Gefangene waren laut Schober nach Wien gekommen, um „unter ihren Kameraden bolschewistische Propaganda" zu treiben. Im Barackenlager in der Ausstellungsstraße hatten drei Russen, die „angeblich über namhafte Geldbeträge unbekannter Herkunft" verfügten, den Versuch unternommen, „Ver-

567 ÖSTA/AdR, BMfA/NPA, Präsidium, Liasse Ungarn I/1, 1919: Zl. 538.
568 Borsányi 149.
569 ÖSTA/AdR, BMfA/NPA, Präsidium, Liasse Ungarn I/1, 1919: Zl. 1830.
570 RCChIDNI, f. 495, op. 80, d. 2.
571 RCChIDNI, f. 495, op. 80, d. 1.
572 NÖLA/ Präs. „P" 1920, Zl. 1342/IV/2.
573 Ebd.

sammlungen mit offenkundig kommunistischer Tendenz abzuhalten".[574] Schließlich stellte man resignierend fest, daß die „Kampffronten in Rußland" die endgültige Repatriierung weiterhin hinauszögerten. Deshalb gelangten die zuständigen Stellen zu der Ansicht, die „kgf. Russen wieder auf Arbeit zu schicken, um", wie es hieß, „das Barackenlager in der Ausstellungsstraße zu entlasten" und um sie vor dem Abgleiten auf „dunkle Wege zu bewahren".[575]

Dieser Schritt hing möglicherweise auch mit der Absicht zusammen, Gefangene dem Einfluß der KPDÖ zu entziehen. Die durch *Rußlandheimkehrer* verstärkten Kommunisten und ihre Vorfeldorganisationen bemühten sich tatsächlich auch um frühere Soldaten des Romanovimperiums, die von Zeit zu Zeit im Umfeld der „Freien Vereinigung ehemaliger Kriegsgefangener" auftauchten. Deren Engagement zugunsten der gefangenen Russen in Österreich wurde wiederholt hervorgehoben.[576] Vertreter der Organisation, wie zum Beispiel ihr späterer Obmann Josef Schneider, leisteten den im Barackenlager in der Ausstellungsstraße untergebrachten Kriegsgefangenen ebenso wie „diversen anderen dort registrierten russischen Staatsangehörigen" Hilfestellung in Form von finanziellen Zuwendungen.[577]

Inzwischen war auch in Bayern die Räterepublik ausgerufen worden. Béla Kun hoffte durch *die „proletarische Revolution" in Wien* die Lücke zwischen den beiden Staaten schließen zu können.[578] Unmißverständlich verlangte „Der Rote Soldat" in diesem Sinn:

---

574 Archiv und Dokumentationszentrum der Österreichischen Arbeiterbewegung, Korrespondenz 1919, Soldatenräte, Karton 1, Mappe 3, Zl. 943.

575 OÖLA/BH Freistadt, Schachtel 261.

576 Dort hieß es: „Infolge von Übergriffen und schlechter Behandlung von seiten der deutschösterreichischen Regierung sahen sich die russischen Kriegsgefangenen gezwungen, an unser Solidaritätsgefühl zu appellieren, und wir werden nicht eher ruhen, bis den russischen Genossen alle berechtigten Wünsche und Forderungen von seiten der ihnen keineswegs wohlgesinnten Regierungsbehörden erfüllt werden. Wir haben bereits mehrere Male beim Staatsamt für Heerwesen, beim Kriegsgefangenenamt und bei der Polizei erfolgreich für sie interveniert und auch diesbezügliche Anträge im Kreisarbeiterrate eingebracht. Die russischen Genossen haben von dieser unserer Tätigkeit ihrer Regierung Mitteilung gemacht und erklärt, daß sich ihre Organisation ganz unserem Reichsverbande anschließt. Wir nehmen das mit Freude zur Kenntnis und fordern die Sektion 1 und 2 und Prater-Kaisermühlen auf, die Vertreter der russischen Kriegsgefangenen herzlich aufzunehmen, so wie das russische Proletariat uns dereinst als Kriegsgefangene human behandelt hat." – Der Kriegsgefangene, Nr. 27 (1.2.1920) 3. Sektion 1 und 2 befanden sich ebenso wie die Sektion Prater-Kaisermühlen im 2. Bezirk und hatten jeweils ein Café bzw. Gasthaus als Sitz. Zentrale der Sektion 8 und 9 war bezeichnenderweise das „Gasthaus zum sibirischen Heimkehrer" im 9. Wiener Gemeindebezirk. – Ebd. 4.

577 NÖLA/ Präs. „P" 1920, Zl. 546/II/3a; NÖLA/ Präs. „P" 1920, Zl. 734/IV/2.

578 Mihályhegyi 210f; Stadler 78.

„Im Osten und Westen sind unsere Brüder frei, den Weg zu ihrer Vereinigung sollen sie sich nicht auf unserem Boden gegen uns erkämpfen müssen ... Wir fordern ein sofortiges Bündnis mit Ungarn, Bayern und Rußland und deshalb die Übergabe aller Macht an die Arbeiter-, Soldaten- und landarmen Bauernräte."[579]

In den kommenden Wochen verstärkten die österreichischen Kommunisten ihre Agitation; politische Emissäre Räteungarns unterstützten die Aktivitäten der KPDÖ mit Propagandamaterial und Geld.[580]

Fast täglich hielten die drei schwer unterscheidbaren Gruppen der Heimkehrer, Arbeitslosen und Invaliden Versammlungen ab.[581] Aus jeder dieser „Versammlungen konnte der Aufstandsversuch hervorbrechen", der Versuch der kommunistischen Partei, die Macht zu übernehmen.[582] Schon in der ersten Aprilwoche 1919 meinten KP-Funktionäre vor einer versammelten Menge kommunistisch beeinflußter Arbeitsloser und Invalider: „Man warf uns vor, wir wollten den Bruderkampf; warum ging es denn in Ungarn ohne Blutvergießen? ... Bayern ist Räterepublik geworden und Deutschösterreich in der Mitte wird bald folgen ... Wir aber müssen bereit sein, wenn der Ruf an uns ergeht. Zwar wissen wir nicht, was die Bewegung auslösen wird, doch dürfen wir nicht hemmend auf sie wirken. Wir müssen agitieren, denn die Frist zur Vorbereitung kann sehr knapp bemessen sein."[583]

Am 12. April spitzte sich die Lage zu: Heimkehrer und Invalide, nach Angaben der „Neuen Freien Presse" zirka 2.000 Personen, zogen zum Staatsamt für Heerwesen.[584] Einmal mehr brachten Demonstranten die Frage der 5.000 Kronen-Abfertigung zur Sprache. In weiterer Folge kam es zu stürmischen Szenen vor dem ehemaligen Kriegsministerium, dem Sitz des Staatsamtes für Heerwesen. Rot-weiß-rote Fahnen wurden verbrannt und Rufe wie „Es gibt noch viele Kandelaber, auf welchen noch niemand gehangen hat!" bedrohten die Regierenden mit „dem Schicksal des Kriegsministers Baillet de Latour im Oktober 1848".[585]

Am nächsten Tag hielten KP-nahe Organisationen wieder Versammlungen ab. In diesem Zusammenhang sprach für die „Freie Vereinigung ehemaliger Kriegsgefangener" Franz Walz, der von der Regierung ultimativ eine Antwort auf die Forderung nach finan-

579 Zit. nach Andics, Der Staat, den keiner wollte 42.

580 Brader 299; Mihályhegyi 211. Propagandistisch tätig war auch der „Transportführer der ungarischen Roten Armee", Ernö Steiner. – Hautmann, Anfänge der linksradikalen Bewegung 98.

581 Hautmann, Anfänge der linksradikalen Bewegung 91.

582 Botz, Gewalt in der Politik 42.

583 Zit. nach Botz, Gewalt in der Politik 42.

584 NFP, Nr. 19625 (13.4.1919) 12.

585 Botz, Gewalt in der Politik 48; Deutsch 96.

zieller Unterstützung der Heimkehrer verlangte. „Eine weitere Verzögerung", sagte Walz, „dürfe nicht geduldet werden."[586]

Als es dann am Gründonnerstag, dem 17. April 1919, zu blutigen Zusammenstößen kam, waren die revolutionären Heimkehrervereinigungen wieder mit dabei. Schon vorher hatten auch Arbeitslose und Invalide eigene Treffen veranstaltet.[587] Die Demonstrationszüge trafen einander schließlich vor dem Parlament; eine Abordnung begab sich in das Gebäude, um mit Renner oder Seitz zu verhandeln.[588] Vom rasch herbeigeholten Karl Renner forderte Franz Walz im Namen der ehemaligen Kriegsgefangenen die „Auszahlung einer Reisepauschale von 200 Kr.", die „Gewährung eines Zuschusses von 600 Kr. für etwaige in der Gefangenschaft verminderte Werte", die „Gewährung einer einmaligen Abfertigung von 1.000 Kr. [!]" und schließlich die „Konstituierung eines Amtes für Kriegsgefangenen-Angelegenheiten".[589] Renner konnte und wollte weder den Anliegen der Heimkehrer noch der Invaliden und Arbeitslosen sofort entsprechen, versicherte aber sich im Parlament für ihre Unterstützung einzusetzen.[590] Die lange Abwesenheit der Deputierten und die von Agitatoren geschürte Unruhe führten schließlich zu folgenschweren Ausschreitungen, die bis nach 21 Uhr andauerten. Zur Beruhigung der Lage trug dann nicht zuletzt die Volkswehr bei.[591] Der KPDÖ, die offiziell dementierte am Gründonnerstag 1919 die Machtergreifung geplant zu haben, war es nicht gelungen, die von der Sozialdemokratie beherrschte bewaffnete Macht der Republik auf ihre Seite zu ziehen und die allgemeine Unzufriedenheit zu nutzen. Einiges deutet darauf hin, daß es sich bei den Vorgängen vom 17. April 1919 „tatsächlich um eine putschistische Aktion ungarischer Kommunisten und des radikalen Koritschoner-Flügels der österreichischen KP gehandelt hat".[592] Das Ziel, die Ausrufung der Räterepublik, konnte nicht erreicht werden; was blieb, waren 6 Tote und mehr als 60 Schwerverletzte.

In den darauffolgenden Wochen wurden die Heimkehrer-, Invaliden- und Arbeitslosen-Kundgebungen nur schwach besucht. Lediglich das Begräbnis der Opfer vom 17. 4. brachte noch einmal größere Auseinandersetzungen.[593] Die „Freie Vereinigung ehemaliger Kriegsgefangener" und die „Freie Vereinigung der deutschösterreichischen abgerüsteten Soldaten und Heimkehrer" bemühten sich allerdings unermüdlich um den Ausbau ihrer

586 NFP, Nr. 19626 (14.4.1919) 4.

587 Hautmann, Anfänge der linksradikalen Bewegung 92. Auch Verbände der Angehörigen von Kriegsgefangenen nahmen an den Kundgebungen teil.

588 Botz, Gewalt in der Politik 49.

589 NFP, Nr. 19630 (18.4.1919) 3.

590 Botz, Gewalt in der Politik 49.

591 Andics, Der Staat, den keiner wollte 46.

592 Botz, Gewalt in der Politik 52; RCChIDNI, f. 495, op. 80, d. 1.

593 Ebd. 55.

Organisationen, beriefen weitere Versammlungen ein[594] und stellten sich an die Seite der kommunistischen Partei, als im Juni 1919 die österreichische Innenpolitik in gefährliches Fahrwasser geriet.

Ausschlaggebend für die neuerlichen Spannungen war diesmal die Forderung des Vorsitzenden der italienischen Waffenstillstandskommission in Wien, General Segré, die Volkswehr zu reduzieren.[595] Die drohende Arbeitslosigkeit vor Augen gaben sich viele Volkswehrleute revolutionär; die Kommunisten erkannten ihre Chance. Béla Kun hatte in der Zwischenzeit Dr. Ernst Bettelheim nach Wien geschickt. Dieser führte die KPDÖ mit der „Föderation revolutionärer Sozialisten ‚Internationale'" zusammen und ersetzte die bisherige Leitung der österreichischen KP durch ein viergliedriges Direktorium, dem zwei Rußlandheimkehrer angehörten: Gilbert Melcher und Karl Tomann.[596]

In den ersten Junitagen veranstalteten die österreichischen Kommunisten mehrere Protestversammlungen gegen den Abbau der Volkswehr. Zugleich rief man die Soldaten auf die Rätediktatur zu errichten, traf im Einvernehmen mit Bettelheim Vorkehrungen, um im Falle eines Aufstandes in Wien die erwähnten Abteilungen der ungarischen Roten Armee beiziehen zu können[597], und kündigte für den 15. Juni eine Massenkundgebung an.

Die Sozialdemokratie ergriff inzwischen Gegenmaßnahmen. Am Nachmittag des 13. Juni verkündete die Regierung, „daß der Abbaubefehl für die Volkswehr vorläufig zurückgenommen wurde".[598] Zur selben Zeit gewann Friedrich Adler den Wiener Arbeiterrat für eine Erklärung „gegen die kommunistischen Putschpläne".[599] Dem Aufruf des kommunistischen Direktoriums zur „bewaffneten Demonstration" begegnete man mit einer Konsignierung der Volkswehrbataillone in ihren Kasernen; sogar das Volkswehrbataillon 41, die Rote Garde, sprach sich gegen die Taktik der KP aus und befolgte die Anweisungen des Staatsamtes für Heerwesen.[600]

---

594 Der Abend, Nr. 119 (24.5.1919) 4; Nr. 123 (28.5 1919) 4; Nr. 124 (31.5.1919) 4; Nr. 126 (3.6.1919) 4; Nr. 132 (11.6.1919) 4.

595 Hautmann, Anfänge der linksradikalen Bewegung 109; Botz, Gewalt in der Politik 57.

596 Botz, Gewalt in der Politik 55. Karl Steinhardt war im Direktorium nicht vertreten, er hatte Wien bereits im Februar 1919 verlassen, um an der Gründungsversammlung der Komintern in Moskau teilzunehmen. – Leonhard 26–28.

597 Ebd. 60f.; RCChIDNI, f. 495, op. 80, d. 1.

598 Hautmann, Anfänge der linksradikalen Bewegung 114.

599 NFP, Abendblatt, Nr. 19685 (14.6.1919) 1. Die Soldatenräte folgten ebenfalls der Sozialdemokratie. – Dazu: Der freie Soldat, Nr. 55 (2.7.1919) 1. Über die Anwesenheit Adlers bei den damaligen Vorstandssitzungen der KP, an denen auch Ernö Seidler zusammen mit dem offiziellen Gesandten Räteungarns teilnahmen, siehe: RCChIDNI, f. 495, op. 80, d. 2.

600 Brader 302; Hautmann, Anfänge der linksradikalen Bewegung 115.

In der Führung der KPDÖ wurde man daraufhin unsicher: Gilbert Melcher wandte sich gegen die gewaltsame Machtergreifung; Karl Tomann erkannte die Erfolglosigkeit des kommunistischen Unternehmens und wollte nun der Polizei sogar „alle fremdsprachigen Genossen ausliefern".[601] Daß am 15. Juni 1919 schließlich 17 Menschen den Tod fanden, ist in erster Linie auf die Verhaftung kommunistischer Funktionäre in der Nacht vom 14. auf den 15. Juni zurückzuführen.[602] Tomann, der gleichfalls arretiert worden war, trat kurz nach seiner Freilassung vor eine versammelte Menschenmenge am Rathausplatz und versuchte zu beruhigen.[603] Als Mitglied des Direktoriums charakterisierte ihn die „Neue Freie Presse" einige Tage später wie folgt: „Der Gewerkschaftssekretär der Silber- und Goldschmiede Karl Tomann war in Rußland Kriegsgefangener und ist während dieser seiner Gefangenschaft in persönliche Beziehungen zu Lenin getreten. Als er in die Heimat zurückgekehrt war, begann er sofort die Heimkehrer im Sinne jener Parteiideen zu bearbeiten und zu beeinflussen, in deren Bann er selbst während seines Aufenthaltes in Rußland geraten war."[604]

Zwar beteiligten sich Heimkehrer auch an den Demonstrationen vom 15. 6., sie blieben jedoch im Vergleich zum 17. April im Hintergrund. Am 14. 6. hatte die „Zahlstelle Prater" der „Freien Vereinigung ehemaliger Kriegsgefangener" alle Heimkehrer zu einer „wichtigen Versammlung" für den nächsten Vormittag zusammengerufen; die „Sektionen 1 und 2" der „Freien Vereinigung" wollten sich zur selben Zeit im „Café Nizza im 2. Bezirk" treffen.[605] Die „Freie Vereinigung der deutschösterreichischen abgerüsteten Soldaten und Heimkehrer" forderte gleichzeitig ihre Mitglieder auf, „am 15. Juni 1919 um 10 Uhr vormittags orts- und bezirksgruppenweise geschlossen vor dem Rathause zu erscheinen".[606] Mit Plakaten erinnerte diese an ihren „ersten und wichtigsten Punkt", die „Zusicherung einer Entschädigungssumme von 5.000 Kronen".[607] „Wir werden", ließ man verlautbaren, „Wiederholungen solcher Phrasen, daß der Staat verarmt sei, die Regierung kein Geld habe, einfach außer acht lassen, denn wir fordern weder vom Staat noch von der Regierung das Geld, sondern wir wollen in legalem Wege durch die Regierung von den kapita-

---

601 Botz, Gewalt in der Politik 63. Tomann hat man Anfang der dreißiger Jahre aus der Partei ausgeschlossen. Im Zweiten Weltkrieg war er nationalsozialistischer Bürgermeister in Eichgraben an der Westbahn. Er wurde 1945 von russischen Truppen verhaftet und gilt seither als verschollen. – Hautmann, Anfänge der linksradikalen Bewegung 147.

602 Dazu: Botz, Gewalt in der Politik 64–70; Hautmann, Anfänge der linksradikalen Bewegung 116–121.

603 NFP, Morgenblatt, Nr. 19687 (16.6.1919) 5.

604 NFP, Morgenblatt, Nr. 19689 (18.6.1919) 2.

605 Der Abend, Nr. 135 (14.6.1919) 4.

606 ÖSTA/AdR, BKA/Pol.Dir.Wien, 1919: Pr. 8170.

607 Ebd.

listischen Räubern, die den Krieg organisierten, von denen, die sich durch den konzessionierten Kriegswucher, durch die Ausbeutung unserer wehrlosen Angehörigen bereicherten, die 5.000 Kronen."[608]

POLEN UND DER KOMMUNISMUS

Das Auftreten der von der Front und aus der Gefangenschaft zurückgekommenen Männer sowie der Invaliden- und Arbeitslosenorganisationen betrachtete indessen allerdings nicht bloß die KPDÖ als wertvolle Hilfe.[609] Während Béla Kun und seine Parteigänger nach der Ausrufung der ungarischen Räterepublik rasch von ihrer ursprünglichen Strategie abkamen und, einmal an die Macht gelangt, den finanziellen Anliegen demobilisierter Soldaten wenig Verständnis entgegenbrachten[610], hielten zum Beispiel die „polnischen Genossen" enge Kontakte zu den von den vierjährigen Kampfhandlungen besonders schwer getroffenen Gesellschaftsgruppen.

Die SDKPiL sah „in einem wirtschaftlich und politisch von Wirren, Streiks und Hungerunruhen zerfressenen Land" eine beträchtliche Zahl von „Entwurzelten" vor sich, die es zu gewinnen galt. Schätzungsweise 700.000 polnische Arbeiter und ungefähr 100.000 polnische Kriegsgefangene sollen sich zu dieser Zeit in Deutschland befunden haben.[611] In Österreich-Ungarn warteten angeblich 80.000 Landsleute auf die Repatriierung, und im früheren Romanovimperium waren es sogar 1,5 Millionen, Evakuierte beziehungsweise Soldaten des Zarenheeres und der Vierbundarmeen, die sich mehrheitlich auf den Weg nach Hause machten und revolutionäre Losungen mitbrachten.[612] Den Sozialdemokraten, welche im Fahrwasser Rosa Luxemburgs, Julian Marchlewskis und Adolf Warszawskis einen internationalistischen Standpunkt vertraten, lagen dabei die aus dem Osten eintreffenden Gefangenen besonders am Herzen.[613] Im Herbst 1918 wurde deshalb der „Verband ehemaliger polnischer Soldaten" gegründet. Nach außen parteilos, jedoch von SDKPiL-Leuten beherrscht, rief dieser alle ehemaligen Heeresangehörigen der russischen Streitkräfte dazu auf, an die Warschauer Regierung die Forderung von jeweils 1.500 Mark als Entschädigung für den geleisteten Militärdienst zu richten.[614] Die Begründung war einfach: 1914 hätten die polnischen Parteien den drohenden Waffengang begrüßt. „Sie hat-

608 Ebd.
609 RCChIDNI, f. 495, op. 80, d. 1.
610 Borsányi 152.
611 Strobel 655f.
612 Hájek/Mejdrová 43; Strobel 656.
613 Sworakowski 361f.; Hájek/Mejdrová 43.
614 Strobel 668.

ten sich durch den Krieg die Wiederherstellung der Unabhängigkeit versprochen; nun müßten sie, da ihre Absichten verwirklicht seien, die Zeche begleichen."[615] Die Argumentation leuchtete einer wachsenden Menge von „Rückläufern" ein. Den Verband, welcher im Augenblick seiner größten Ausdehnung zirka 300.000 Mitglieder in 157 Ortskomitees zusammenfaßte, empfand die Exekutive bald als gefährlichen Störfaktor.[616] Deshalb wurde er im weiteren Verlauf gleichermaßen zur Zielscheibe diverser Polizeiaktionen wie die Arbeiterräte und die allerdings schwachen Roten Garden, deren Leitung meist den aus dem „Herrschaftsbereich Lenins" angereisten Funktionären der SDKPiL oblag.[617]

Letztere und namentlich ihre höchsten Repräsentanten, wie etwa der Leiter des sowjetrussischen Kriegsgefangenenamtes Józef Unszlicht, prangerten das Verhalten der Behörden Piłsudskis mit scharfen Worten an. Die Gefängnisse seien überfüllt, unsere Anhänger, die aus Rußland zurückkehren, würden „an der Grenze überfallen und ermordet". Auf diese Weise habe man die „Rot-Kreuz-Mission Wesołowski" aus dem Weg geräumt – „ebenso wie den Genossen Faberkievicz und andere".[618] Antisemitismus und Antibolschewismus gingen überdies Hand in Hand; die offiziellen Stellen stünden sogar hinter Pogromen; zugleich müßten die „Sympathisanten der Oktoberideen" ihre Tätigkeit auf das Land verlegen, nachdem in der Stadt Verfolgungen ein gewaltiges Hemmnis darstellten. Selbst im „Dabrowaer Industriegebiet, der roten Festung der Revolution", schloß Unszlicht seinen Bericht, sei die Entwaffnung der örtlichen Rotgardistenabteilung im Dezember 1918 reibungslos vonstatten gegangen.[619]

Die Möglichkeiten der zu diesem Zeitpunkt durch das Zusammengehen der SDKPiL und der PPS-Levica geschaffenen *Kommunistischen Arbeiterpartei Polens (Komunistyczna Partja Robotnicza Polski, KPRP)* waren, trotz einer durch ökonomische Krisen und soziale Spannungen hervorgerufenen günstigen Ausgangsposition, relativ beschränkt.[620] Neben den Maßnahmen staatlicher Institutionen und der Tatsache, daß die ethnisch-religiöse Kluft zwischen weiten Bevölkerungsteilen und der zahlenmäßig kleinen Arbeiterschaft mit ihrem hohen Prozentsatz an Juden nicht überwunden werden konnte, erwies sich speziell der traditionelle antirussische Nationalismus als nachteilig.[621] Die KPRP verbesserte in dieser Hinsicht nicht gerade ihre Lage, als sie im Zuge des Rückzugs deutscher Besatzungs-

615 Ebd.

616 Ebd.

617 Ebd. 664 und 666.

618 RCChIDNI, f. 488, op. 1, d. 10; vgl. Pester Lloyd, Nr. 299, Morgenblatt (21.12.1918) 8. Zur Behandlung von ehemaligen Kriegsgefangenen verschiedener Nationalitäten auf polnischem Territorium siehe: ÖSTA/AdR, BKA/KGF, 1919: 24-29/5-3 und 1920: 10-28/6.

619 Ebd.; vgl. Fremden-Blatt, Nr. 74 (16.3.1919) 6; Strobel 665; Hájek/Mejdrová 48.

620 Sworakowski 362f.; Szafar 6f.; Hájek/Mejdrová 49.

621 Hájek/Mejdrová 53.

truppen und des Vormarsches der um einige polnische Regimenter ergänzten Sowjetverbände im Februar 1919 die bewaffnete Unterstützung durch das „Proletariat des östlichen Nachbarn" begrüßte und die Verteidigungsmaßnahmen von Józef Piłsudski sabotierte.[622]

Ungeachtet der drohenden gewaltsamen Auseinandersetzungen bemühten sich jedoch sowohl an der Moskva als auch in Warschau maßgebliche Kräfte um eine friedliche Lösung. Ignacy Paderewski, der Jędrzej Moraczewski als Premier abgelöst hatte, glaubte an eine Übereinkunft mit der Kremlführung.[623] In der Tat zeigte sich Georgij Čičerin entgegenkommend, ermahnte die von Moskau abhängige Sowjetregierung in Minsk Freiwillige daran zu hindern, die Westgrenze zu überschreiten, bot sich als „Vermittler zwischen Polen und der Sozialistischen Republik Weißrußlands und Litauens" an und lud Alexander Wieckowski als Vertreter Paderewskis ein die strittigen Fragen in der Hauptstadt der RSFSR zu besprechen.[624] Etwaige Übereinkünfte der Verhandlungspartner entsprachen aber weder den Interessen Großbritanniens noch Piłsudskis, der sich für einen größeren polnischen Machtbereich auf Kosten einer stark zurückgedrängten russischen Einflußsphäre stark machte. *Wieckowskis Mission*, die Anfang März 1919 nach Moskau aufbrach, sollte sich demgemäß mit keinen politischen Themen befassen, sondern lediglich die Entlassung von Gefangenen behandeln.[625] Trotz des eingeengten Handlungsspielraumes übergaben die „Emissäre Paderewskis" zumindest einen Brief der PPS an das Zentralkomitee der RKP(b), in dem man sich jede weitere Einmischung in die inneren Angelegenheiten Polens verbat und unter anderem die Hilfe für die KPRP kritisierte. Der Sovnarkom reagierte dennoch zurückhaltend und betrachtete das Schreiben als Basis künftiger Gespräche.[626]

In diesem Zusammenhang erlaubte Čičerin im Namen des Rates der Volkskommissare überdies die Heimbeförderung weiterer Kriegsgefangener, ein Zugeständnis, das den Kremlherren ohnehin keine „Opfer" abverlangte: Einerseits konnten Heimkehrer die Linksopposition gegen die Warschauer Regierung stärken; andererseits vermochten sich bedrängte KPRP-Angehörige mittels Gefangenenaustausch auf das Territorium Sowjetrußlands zu retten.[627]

Blickten solcherart polnische Kommunisten, deren Führung zu einem wesentlichen Teil die vom Herrschaftsgebiet der Bol'ševiki kommenden Emigranten stellten, aus unterschiedlichen Gründen nach Osten, um die Entscheidungen Lenins und seiner Gefolgs-

---

622 Sworakowski 363.
623 Debo 59.
624 Wandycz 92; Debo 58f.
625 Debo 59f.
626 Ebd. 60.
627 Szafar 26 und 45; Debo 60.

leute zu gewärtigen, so beachteten sie die Vorgänge im Westen gleichfalls mit gesteigertem Interesse. Nicht nur die Haltung der SDKPiL- und Spartakusführer Rosa Luxemburg und Leo Jogiches, die nach wie vor über großes Ansehen in der polnischen Partei verfügten, auch die Überzeugung, das Gelingen der eigenen Revolution sei mit den Ereignissen im früheren Hohenzollernreich gekoppelt, war hierfür ausschlaggebend.[628]

DEUTSCHLAND ZWISCHEN „WEISS" UND „ROT"

Am 16. Dezember 1918, am Tag, an dem die Kommunistische Arbeiterpartei Polens ins Leben gerufen wurde, war im Berliner Abgeordnetenhaus der allgemeine Kongreß der deutschen Arbeiter- und Soldatenräte zusammengetreten.[629] Seine Ergebnisse brachten eine Vorentscheidung. Die von den Delegierten der SPD dominierte Versammlung verwarf die Idee einer Sowjetdiktatur und „beschloß mit großer Mehrheit die Ausschreibung der Wahl zur Nationalversammlung".[630] Rosa Luxemburg orientierte sich dagegen prinzipiell am Rätemodell und trat außerdem für das Ende der Regierungskoalition sowie für die Schaffung von Roten Garden ein. Dieser Standpunkt vertiefte die Kluft zwischen den unterschiedlichen Strömungen in der USPD. Obwohl Luxemburg mit ihren Ansichten wesentlich zu den Kontroversen beigetragen hatte, hielt sie vorerst an der Überzeugung fest, bei den „organisierten Unabhängigen zum gegenwärtigen Moment" verbleiben und diese „für sich gewinnen zu können".[631] Letztlich war für die Spartakisten die Gründung einer selbständigen KP-Organisation nur eine Frage der Zeit. Keiner von ihnen lehnte sie prinzipiell ab. Uneinigkeit herrschte lediglich darüber, wann die neue Partei „über die notwendige Massenbasis verfügen" würde.[632] Optimistisch zeigten sich hinsichtlich dessen die früheren Mitglieder der CFIG. Noch im November waren sechs „Agitatoren" direkt nach Deutschland „abkommandiert" worden.[633] Zwischen Jänner und Mai 1919 folgten weitere 33 Kaderfunktionäre, darunter der Leiter der deutschen Sektion bei der RKP(b), Adolf Bruck. Kuriere, die aus „Wien, Berlin, Bremen und Hamburg" wieder nach Moskau gekommen waren, hoben in ihren Berichten die Notwendigkeit hervor, unverzüglich „alle zuverlässigen Parteiarbeiter" zu entsenden.[634] Ziel war es, mit ihrer Hilfe den Kontakt zu

628 Strobel 661f.
629 Braunthal, Geschichte der Internationale, Bd. 2, 141.
630 Fülberth 59; Heiber 26.
631 Hájek/Mejdrová 28.
632 Ebd. 27.
633 RCChIDNI, f. 17, op. 65, d. 95.
634 RCChIDNI, f. 549, op. 4, d. 17 und 18; vgl. Striegnitz, Deutsche Internationalisten in Sowjetrußland 225.

den Spartakusleuten herzustellen und den Aufbau kommunistischer Vereinigungen voranzutreiben.[635]

Die Erfolge hielten sich jedoch in Grenzen. Zur Schwäche der Linksopposition im Reich kam die Distanz der meisten „Rückläufer".[636] Manche von ihnen sprachen sich vielmehr im Verein mit Vertretern der Fürsorgekomitees aufgrund ihrer Erlebnisse im untergegangenen Zarenreich gegen die „Experimente des Oktoberregimes" aus.[637] Gleichzeitig lockte die Reichswehr: Für die früheren Kriegsgefangenen hielt man „fünf Prozent der Stellen offen"; bald erhöhte man auch diese Zahl.[638]

Nachhaltiger blieb die Ankunft einer kleinen Gruppe im Dezember 1918 in Erinnerung. Ernst Reuter, der unter dem Decknamen Friesland anreiste, gehörte bald zur Spitze der jungen KPD[639], während Werner Rakow es vorzog, im Hintergrund zu bleiben. Als Felix Wolff fuhr er weiter nach Hamburg. Von hier aus schuf er ein Netzwerk mit Deckadressen, konspirativen Wohnungen und Kurierverbindungen.[640] „Er allein", konstatierten staatliche Stellen im Jahr 1922, „hatte die Verbindung mit den russischen Kurieren in der Hand und war Leiter der russischen Geheimorganisation Norddeutschlands ... Seine Genossen waren über seine wahren Absichten [...] nicht unterrichtet, zumal er der Partei keine Berichte ablieferte."[641] Wolff alias Rakow und seine „Konfidenten" waren allerdings nicht die einzigen, die „im Untergrund" für die Ziele Moskaus aktiv wurden. Bei der Familie Jansen, schreibt Sándor Radó, in einem „typischen Hinterhof der Berliner Mietskasernen", fanden sich bereits im Laufe des Weltkrieges „aus der deutschen Armee desertierte Arbeiter, entflohene russische Gefangene" und „Boten der Bolschewiki-Partei" ein. Die Töchter der Familie kamen dadurch früh mit der „revolutionären Bewegung" in Berührung.[642] Eine von ihnen, sie wurde Radós Frau, fand bei der Sowjetgesandtschaft unter Adolf Joffe Beschäftigung. Mit dieser wurde sie im November 1918 ausgewiesen[643], um knapp zwei Monate danach beim Gründungskongreß der KPD mit einem im Mantel eingenähten Schriftstück Lenins wieder aufzutauchen. In den darauffolgenden Wochen nahm sie an den bewaffneten Auseinandersetzungen in der deutschen Hauptstadt teil, wandte sich danach der Propagandatätigkeit unter den vormaligen Angehörigen der

---

635 Striegnitz, Deutsche Internationalisten in Sowjetrußland 225.

636 Braunthal, Geschichte der Internationale, Bd. 2, 141; Hájek/Mejdrová 27.

637 ÖSTA/AdR, BKA/KGF, 1919: 24-11/6.

638 Pardon/Shurawljow, Bd. 1, 356.

639 Lazitch/Drachkovitch, Biographical Dictionary 339.

640 Höhne, Der Krieg im Dunkeln 254.

641 Zit. nach Höhne, Der Krieg im Dunkeln 255.

642 Radó 61.

643 Zum Abbruch der Beziehungen zwischen Berlin und Moskau siehe auch den Artikel im Pester Lloyd, Nr. 262, Morgenblatt (8.11.1918) 3.

Zarenarmee zu und gelangte mit diesen erneut für kurze Zeit in die RSFSR.[644] Ihre Schwester, die gleichfalls bei der Konstituierung der deutschen KP zugegen war und später einen „kommunistisch gesinnten Rußlandheimkehrer" heiratete, gab sich inzwischen als Braut von Karl Radek aus. Nach dessen Inhaftierung wurde ihr somit die Möglichkeit zuteil, Nachrichten für und von dem im Zuchthaus Moabit sitzenden Repräsentanten der Kremlführung zu überbringen.[645]

So gut es ging, versuchte Radek mit den Geschehnissen jenseits der Gefängnismauern Schritt zu halten, nachdem seine „Mission in Preußen" vor der Jahreswende 1918/19 beträchtliches Aufsehen erregt und schließlich auch die Exekutive auf seine Spur gebracht hatte.[646] Die politischen Verhältnisse, die „Lenins Vertrauensmann" in Berlin vorfand, schienen ganz den Umsturzerwartungen der RKP(b) zu entsprechen. Der Bruch zwischen SPD und USPD begann sich abzuzeichnen.[647] Als der Rat der Volksbeauftragten im wesentlichen wegen Entlöhnungsfragen mit der sogenannten „Volksmarinedivision" in Streit geriet, kam es zur blutigen Konfrontation. Beim Einsatz von herbeigeführten Fronttruppen gab es Tote. Die drei Vertreter der Unabhängigen in der Regierung demissionierten.[648]

Radikalere Kräfte verlangten weitere Schritte. Zahlreiche federführende Anhänger des Spartakusbundes drängten beispielsweise darauf, die Verbindung zu den angeblich laschen USPD-Leuten zu kappen. Radek, der bei den deutschen Genossen wenig beliebt war, nutzte den Augenblick und trat für die Schaffung einer eigenständigen Partei ein.[649] Trotz der persönlichen und taktischen Vorbehalte, die auch Rosa Luxemburg dazu veranlaßten, die „Intervention Moskaus" zu mißbilligen, war die Entscheidung gefallen. Auch Luxemburg hatte den Widerstand gegen den endgültigen Bruch mit der USPD aufgegeben. Am 29. Dezember beschlossen 111 Personen die *Gründung der „Kommunistischen Partei Deutschlands" (KPD).*[650] Neben den Spartakisten, die mit Vertretern aus 46 Ortsgruppen die Majorität bildeten, kamen auch Deputierte des auf Betreiben von Leo Jogiches entstandenen „Roten Soldatenbundes" sowie Repräsentanten von zehn Ortsgruppen der Internationalen Kommunisten Deutschlands, die aus dem Zusammenschluß der Hamburger und Bremer Linksradikalen hervorgegangen waren.[651] Karl Radek, der speziell zu

---

644 Radó 62f.
645 Ebd. 62.
646 Fremden-Blatt, Nr. 21, Morgen-Ausgabe (22.1.1919) 3.
647 Höhne, Der Krieg im Dunkeln 252.
648 Heiber 28; Braunthal, Geschichte der Internationale, Bd. 2, 144; Fülberth 59.
649 Höhne, Der Krieg im Dunkeln 253; Hájek/Mejdrová 29.
650 Ebd.
651 Hájek/Mejdrová 27ff.

letzteren gute Beziehungen unterhielt, erschien im Namen der Bol'ševiki.[652] In seiner Begrüßungsrede rief er dazu auf, die „Regierung Ebert-Scheidemann" zu verjagen und an ihre Stelle eine „wirklich" revolutionäre Führung zu setzen.[653] Angesichts derart klarer Worte war selbst Radek vom Extremismus des bunten Haufens meist jugendlicher Delegierter wenig angetan. Das Gros der Anwesenden huldigte einem hemmungslosen Aktionismus und zielte in seiner Hochstimmung auf die sofortige Beseitigung des bestehenden Systems.[654] Demgemäß verurteilten sie jede Partizipation am „bürgerlichen Parlamentarismus"[655], eine Entscheidung, die unter den Kommunisten der Nachbarstaaten seine Wirkung nicht verfehlte.[656]

Rosa Luxemburg, die ebenso wie Karl Liebknecht die Teilnahme an den Wahlen zur Nationalversammlung befürwortete[657], vermochte ihren enthusiastischen Anhang nicht zu steuern.[658] Die kommenden Ereignisse bewiesen es. Einen Entschluß der Mehrheitssozialisten, den Berliner Polizeipräsidenten und linken Unabhängigen Emil Eichhorn abzusetzen, beantworteten Revolutionäre Obleute, USPD und KPD mit Protestversammlungen.[659] Als ein Teil der Demonstranten das Zeitungsviertel besetzte, traten „aktivistische Teile der radikalen Linken" auf den Plan.[660] Ein Revolutionsausschuß erklärte die bisherige Staatsführung für abgesetzt und beanspruchte deren Befugnisse. Die KP-Führung zeigte sich uneins. Wilhelm Pieck und Karl Liebknecht billigten in dem sich formierenden Revolutionsausschuß die Erhebung, ohne die Parteileitung zu befragen; dieser blieb im Augenblick, als die Kämpfe bereits im Gange waren, nichts anderes übrig, als das Fait accompli zu akzeptieren.[661] Radek mahnte zum Rückzug angesichts des übermächtigen Gegners, der den Aufstand mühelos niederzuschlagen begann.[662] Signifikanterweise beabsichtigte Rosa Luxemburg, welche mit Leo Jogiches „das Abenteuer ablehnte" und eine auf die Hauptstadt beschränkte Machtübernahme für sinnlos hielt[663], die Verhandlungen mit der Regierung den Unabhängigen Sozialisten zu überlassen, da sie der Idee,

652 Höhne, Der Krieg im Dunkeln 253.
653 Braunthal, Geschichte der Internationale, Bd. 2, 143.
654 Höhne, Der Krieg im Dunkeln 253.
655 Braunthal, Geschichte der Internationale, Bd. 2, 143f.; Hájek/Mejdrová 33.
656 Die Ablehnung der „bürgerlichen Volksvertretungen" durch die frühen KP-Gruppierungen in den einzelnen Ländern Mittelosteuropas behandeln unter anderem: Prunkl/Rühle 19; Sworakowski 363; Steiner, Kommunistische Partei 318. Vgl. Lenins Kritik daran in: Lenin, Werke, Bd. 31, 256f.
657 Bernstein 180; vgl. Harman 84.
658 Harman 83 und 87f.; Höhne, Der Krieg im Dunkeln 253f.
659 Heiber 28; Fülberth 61; Braunthal, Geschichte der Internationale, Bd. 2, 144; Hájek/Mejdrová 37.
660 Ebd.; Höhne, Der Krieg im Dunkeln 253f.; Fülberth 61.
661 Hájek/Mejdrová 37; Braunthal, Geschichte der Internationale, Bd. 2, 145; Harman 94–98.
662 Heiber 30; Fülberth 61; Höhne, Der Krieg im Dunkeln 254; Hájek/Mejdrová 38.
663 Braunthal, Geschichte der Internationale, Bd. 2, 145; Hájek/Mejdrová 38.

ihre Partei wolle eine spontane Bewegung bremsen, nichts abgewinnen konnte.[664] Indessen machten hastig mobilisierte Freikorps dem „dilettantischen Putschversuch" ein Ende. Die „Rebellen" verfolgte man „mit noch nie dagewesener Brutalität bis in deren letzte Schlupfwinkel".[665] Eine Gruppe von Offizieren brachte Luxemburg und Liebknecht um; die Tat wurde von vielen mit auf das Konto der SPD-Spitze geschrieben.[666]

Während die meisten anderen KPD-Führer und mit ihnen Karl Radek in Haft kamen[667], stärkten die Vorgänge zu Jahresbeginn nationalistische, antisemitische und antibolschewistische Sentiments. In der Presse häuften sich „Schreckensmeldungen": „Tausend russische Bolschewiken" befänden sich, „als deutsche Soldaten uniformiert, in Berlin". Bei der „Rückeroberung mehrerer Gebäude" hätten „regierungstreue Abteilungen" Schriften in Beschlag nehmen können, „aus denen mit unzweifelhafter Klarheit" hervorgehe, „daß der *Berliner Spartacusaufruhr* von Moskau aus geleitet worden" sei.[668] Einmal mehr gerieten bei dieser Gelegenheit russische Staatsangehörige ins Schußfeld. Beispielsweise in den Morgenstunden des 11. Jänner, als das „Vorwärtsgebäude in der Lindenstraße" gestürmt wurde. Rücksichtslos gingen Truppen unter Oberst Wilhelm Reinhard gegen die „roten Insurgenten" vor. „Was aus dem Vorwärts herauskommt, wird niedergemacht", lautete die Devise. Zunächst traf es jene, die als „Parlamentäre an die Belagerer" herangetreten waren. Eduard Bernstein dazu: „Der Schriftsteller Wolfgang Fernbach", ein „jugendlicher Arbeiterdichter namens Werner Möller" und „fünf nicht rekognoszierte Personen", von denen einer als Russe bezeichnet wurde, „sind gefangengenommen und auf dem Hof der [...] in der Belle-Alliance-Straße gelegenen Dragonerkaserne nach zum Teil grausamen Mißhandlungen unter Umständen erschossen worden, die keinen andern Ausdruck als brutale Ermordung verdienen".[669] Den „Geist der gesamten Operation" atmen auch die Erinnerungen Oberst Reinhards. „Unter Benutzung aller Waffen", schrieb Reinhard, wurde „der erhebliche Widerstand gebrochen". Die „Besatzung des ‚Vorwärts' zeigte schließlich weiße Fahnen. Heraustretende Führer wurden von den wütenden Angreifern untersucht und erschossen, weil sie abgeplattete Munition bei sich führten. Ihre Banden

---

664 Hájek/Mejdrová 38.

665 Höhne, Der Krieg im Dunkeln 254.

666 Heiber 30; Fülberth 61; Harman 105f.

667 Höhne, Der Krieg im Dunkeln 254. Noch kurz vor seiner Arretierung verfaßte im übrigen Karl Radek einen Brief an Lenin, Čičerin und Sverdlov. Darin äußerte er sich über die Entwicklung der „revolutionären Arbeiterbewegung" in Deutschland durchaus optimistisch, warf den „KPD-Kadern" allerdings vor, nicht auf der „Höhe der Zeit" zu stehen und „die Menschen mit leeren Phrasen zu füttern". – Komintern i ideja mirovoj revoljucii 90ff.

668 Auszüge aus Artikeln deutscher Zeitungen und Telegrammen an die Redaktion des Pester Lloyd in: Pester Lloyd, Nr. 8, Morgenblatt (9.1.1919) 5 und Nr. 12, Morgenblatt (14.1.1919) 5.

669 Bernstein 219.

ließ ich in das Moabiter Zellengefängnis abführen." Der Sohn Karl Liebknechts „und mancher andere bekannte Kommunist war darunter; aber auch etwa 250 russisch-polnische Juden mit fanatischen Gesichtern [!] und etwa 50 bis 60 Russen in Uniform oder einzelnen Teilen von ihr."[670]

Die Freikorpskommandanten fühlten sich in ihren Dünkeln bestätigt: „Fremdstämmige" bildeten das Rückgrat der KP-Aktionen. Man vermutete, daß es sich dabei nicht zuletzt um ehemalige Kriegsgefangene handelte.[671] Immerhin verdichteten sich die Hinweise darauf: Als es im März 1919 in Berlin neuerlich zu Unruhen kam, bei denen mit unnötiger Härte gegen die um ihr Bestehen fürchtende „Volksmarinedivision" vorgegangen wurde, beteiligten sich *ehemalige Soldaten der Zarenarmee* an den „Aufständen".[672] Vor und während des Abtransportes, hieß es, sei bolschewistische Propaganda unter ausländischen Heeresangehörigen betrieben worden.[673] Tatsächlich bildete sich im Rahmen der KPD neben anderen nationalen Gruppen, etwa einer polnischen und ungarischen, auch eine anfangs nur über wenige Mitglieder verfügende russische Sektion, die es sich zur Hauptaufgabe machte, die Kriegsgefangenen und Internierten „politisch aufzuklären".[674] Während sich die KP-Sektion nach und nach festigte, Ende des Jahres 1919 zu zwölf Lagern feste Verbindungen geknüpft hatte und Anfang 1920 damit begann, ihre Zeitung „Krasnyj nabat" („Rote Sturmglocke") herauszubringen[675], gingen bei den lokalen Behörden immer wieder Nachrichten über „Russenkompagnien" auf kommunistischer Seite ein.[676] Besondere Aufmerksamkeit erregten diesbezüglich die Vorgänge im Süden des Reichsgebietes. Den bewaffneten Verbänden der kurzlebigen bayrischen Räterepublik[677] hätten sich, so die Meldungen, viele russische Kriegsgefangene angeschlossen.[678] Letztere hielten Reichswehroffiziere, welche die zahlenmäßige Stärke der gesamten „feindlichen Streitmacht" gewaltig überschätzten, „für potentiell hervorragende Gegner".[679] Derartige Angaben schien schließlich die erschreckend lange Liste der Toten zu untermauern, welche

670 Zit. nach Bernstein 316.

671 Baur 100.

672 Williams, Russian War Prisoners and Soviet-German Relations 283; Heiber 45. Im März 1919 erlitt im übrigen Leo Jogiches das gleiche Schicksal wie Liebknecht und Luxemburg, als er bei einem Verhör von einem Polizeibeamten erschossen wurde. – Fülberth 61.

673 Baur 95 und 99; Peter 55ff.

674 Zelt, Die politische Arbeit unter russischen Kriegsgefangenen 577.

675 Ebd. Zu Beginn des Jahres 1920 gehörten nach Johannes Zelt über 4.000 Mitglieder der russischen Sektion bei der KPD an. – Zelt, Kriegsgefangene in Deutschland 623f.

676 Baur 99.

677 Siehe dazu unter anderem: Mitchell 267–288; Harman 153–174; Heiber 45f.; Hannover/Hannover-Drück 53; Joachimsthaler 209ff.

678 Joachimsthaler 209f. und 212; Koch, Der deutsche Bürgerkrieg 112.

679 Koch, Der deutsche Bürgerkrieg 115.

jene Truppen standrechtlich hingerichtet hatten, die unter direktem Reichsbefehl gegen das „Rote München" in Marsch gesetzt worden waren.[680] Unter den Hunderten Exekutierten befanden sich 58 Männer aus dem vormaligen Romanovimperium[681]; „bei weitem nicht alle", fügten keineswegs nur Anhänger der KP hinzu, denen die „Russen in Bayerns Sowjetverbänden" als „leuchtendes Beispiel der proletarischen Solidarität" galten.[682]

Näher betrachtet bestand aber wenig Grund für pathetische Überschwenglichkeit. Zweiundfünfzig der angeführten Opfer aus den Reihen des früheren Zarenheeres waren „Arbeiter, nicht jedoch Mitglieder der Roten Armee gewesen". Daß einige wenige „ihrer Landsleute" für die „Oktoberideen" die Waffe ergriffen[683] und drei von diesen bei der Tötung mehrerer Geiseln die Hand im Spiel hatten[684], besiegelte ihr Schicksal. Aufgebauschte Informationen über den Einsatz meist kleiner „Internationalistenabteilungen" stellten – vergleichbar mit Rußland, Sibirien und Mittelasien – eine beträchtliche Bedrohung für die Mehrheit der Gefangenen dar. Zugleich heizten derlei Meldungen den Kampf zwischen den „Weißen" und „Roten" an, die sich gegenseitig nicht ohne eine gewisse Berechtigung vorwarfen, die „Fremden" für ihre Ziele einzuspannen.

Ähnlich wie die offiziellen Verlautbarungen des Petrograder Sovnarkom plädierten auch USPD- und KPD-Funktionäre für die Entlassung der „ausländischen Militärpersonen". Der Unabhängige Sozialdemokrat und bayrische Ministerpräsident Kurt Eisner, welcher kurz danach am 21. Februar 1919 bei einem Attentat ums Leben kam[685], hielt beispielsweise in dem sich auflösenden Lager Puchheim eine Rede, in der er die Insassen „als freie Menschen bezeichnete".[686] Nicht anders dachten die Spartakisten. In einem Aufruf vom November 1918 verlangten sie deshalb an erster Stelle die „Befreiung aller zivilen und militärischen Gefangenen".[687] Mehrheitssozialisten sahen darin hingegen eine Gefahr für die unruhige Republik. Wenn nicht gehandelt werde, so ihre Argumentation, könne nicht ausgeschlossen werden, daß sich eine „unkontrollierte und unverpflegte Masse vorwiegend russischer Kämpfer selbst befreie" und „zwangsläufig auf eine durch den Krieg zermürbte und halbverhungerte Bevölkerung stürze".[688] SPD-Repräsentanten in Regierungsverantwortung arbeiteten an Gegenmaßnahmen, für die sie aber gleichfalls die „weiter links ste-

680 Zu den Zahlen siehe: Heiber 46; vgl. Beyer 212f.; Harman 170; Koch 122.

681 Koch, Der deutsche Bürgerkrieg 122; Heiber 46.

682 Beyer 213.

683 Williams spricht von 150 russischen Kriegsgefangenen, Baur von einer Abteilung „in der Höhe von 80 Mann". – Williams, Russian War Prisoners and Soviet-German Relations 283; Baur 100.

684 Koch, Der deutsche Bürgerkrieg 117f.

685 Bernstein 333; Heiber 40 und 45; Hannover/Hannover-Drück 53.

686 Scherl 181.

687 Wohlgemuth 232f.

688 Schlesinger 17.

henden Genossen" gewinnen wollten. An Karl Liebknecht trat diesbezüglich der Sozialdemokrat Moritz Schlesinger heran, ein zweiunddreißigjähriger Vizefeldwebel, der als Soldatenrat ins Kriegsministerium beordert worden war, um in Angelegenheiten der in gegnerischem Gewahrsam befindlichen Heeresangehörigen „alle Anordnungen selbständig zu treffen".[689] Über Liebknechts Reaktion schrieb Schlesinger in seinen Memoiren: „Es war nahezu unmöglich, ihn davon zu überzeugen, daß die Gefangenen in ihrem eigenen und im heimatlichen Interesse in den Lagern und auf den Arbeitsstellen unter Bewachung bleiben müßten. ‚Ausgeschlossen, ausgeschlossen', rief er immer wieder, ‚die Kriegsgefangenen sind frei!' Der Gedanke, daß nach der Revolution, die allen die Freiheit bringen sollte, die Gefangenen in Lagern weiter hinter Stacheldraht sitzen und von Soldaten mit geladenen Gewehren bewacht werden müßten, erschien ihm als unerhörte Zumutung. Wir wurden dauernd unterbrochen", sodaß die Unterredung länger dauerte. „Endlich war er mit dem Wortlaut der Verfügung einverstanden, meinen Entwurf hatte er mit vielen handschriftlichen Änderungen versehen. Die Kriegsgefangenen blieben unter Bewachung und wurden zur Arbeit verpflichtet. Er akzeptierte sogar den Satz: ‚Wer nicht arbeitet, hat keinen Anspruch auf Verpflegung.'"[690]

Die nun auch von Karl Liebknecht mit getragenen Bestimmungen lösten umgehend ablehnende Funksprüche der Bol'ševiki aus. „Ihr Erlaß", ließ Außenkommissar Čičerin wissen, „hat hier ungeheure Aufregung hervorgerufen. Durch den Gebrauch von Waffen werden Sie nichts erreichen als nur Blutvergießen, Konflikte und Zusammenstöße. Der einzige Ausweg ist, daß verantwortliche Genossen aus unserer Mitte sofort zu den Kriegsgefangenen gehen, ihnen die Schwierigkeiten der Lage klarmachen, sie bei der Selbstverwaltung unterstützen und ein freies Einvernehmen zwischen ihnen und den Behörden herführen."[691] Schlesinger, der schon im Hinblick auf die Heimkehr eigener Soldaten „aus dem Osten" mit dem Sovnarkom und dem von den Internationalisten gebildeten deutschen Arbeiter- und Soldatenrat in Moskau kooperieren wollte[692], gingen solche Vorschläge aber entschieden zu weit. Lediglich die weitergehende Beteiligung „eines im Reich noch tätigen russischen Gefangenenbüros" an den Fürsorgeaktivitäten „glaubte er verantworten zu können".[693]

Nachdem offizielle Stellen kurz danach mehrere Sowjetdelegationen, bestehend aus Diplomaten und CFIG-Funktionären sowie Mitarbeitern des Centroplenbež und des

689 Ebd.
690 Ebd. 22.
691 Zit. nach Schlesinger 33.
692 Schlesinger 32.
693 Ebd. 33f.

Roten Kreuzes, an der Grenze zurückgewiesen hatten, verkrampfte sich das Verhältnis zwischen den beiden Ländern noch mehr.[694] Seitens der Sowjetregierung, erklärte Čičerin, interpretiere man das Vorgefallene praktisch als völligen Abbruch der bilateralen Beziehungen, zumal die zuständigen Stellen in Berlin nicht offizielle Gesandte der RSFSR, sondern irgendwelche Personen ihres Vertrauens zur „Schutzvertretung russischer Staatsbürger" heranziehen würden.[695] Die „Regierung Ebert-Scheidemann" beschuldigte wiederum die „Kremlherren", die *frostige Stimmung zwischen den beiden Ländern* selbst herbeigeführt zu haben. „Agenten Lenins" seien in die Unruhen auf dem Territorium des ehemaligen Hohenzollernreiches verwickelt; der Jänneraufstand habe sich, so die SPD-dominierte Staatsführung, als „bolschewistisches" Unternehmen erwiesen. Dem Rat der Volkskommissare gelang keine überzeugende Erwiderung.[696] Vielmehr ging er seinerseits in die Offensive, um ebenso schwer widerlegbare Vorwürfe zu erheben. Am 21.1.1919 protestierte das Narkomindel gegen die Folgen des Vorfriedens zwischen Deutschland und den Westmächten, welcher letzteren die „Aufsicht über die russischen Kriegsgefangenen" ermögliche. Außerdem, erklärte das Außenkommissariat, verwehre man sich gegen die „Werbetätigkeit der Weißen" unter den früheren Soldaten des Zaren.[697]

Nicht allein unter den Bol'ševiki entstand der Eindruck, daß verantwortliche Politiker der geschlagenen Mittelmächte eine deutliche *„Distanzierung von Sowjetrußland"* anstrebten, um ihre „Position gegenüber den Siegermächten so gut es ging zu verbessern".[698] Schon das Waffenstillstandsabkommen in Compiègne vom 11.11.1918 konnte als prinzipielle weltanschauliche Übereinkunft empfunden werden. Ihm zufolge sollten deutsche Truppen, die im Westen die besetzten Landstriche sofort zu verlassen hatten, aus den okkupierten russischen Regionen erst dann abziehen, „wenn die Alliierten, unter Berücksichtigung der inneren Lage dieser Gebiete, den Augenblick für gekommen" hielten.[699] „Strategische Vereinbarungen" wurden in Compiègne aber auch hinsichtlich der Gefangenenrepatriierung getroffen. Der Entente blieb das Recht vorbehalten, „die Heimbeförderung der kgf. Russen nach dieser oder jener Gegend anzuordnen, welche ihnen am angemessensten erscheinen wird".[700] Marschall Foch beabsichtigte darüber hinaus die Gefangenen antirevolutionären russischen Verbänden zuzuführen.[701] Zu Beginn des Jahres 1919, als die Chancen einer Ausbreitung des Kommunismus in Ost- und Mitteleuropa am

694 Dokumenty vnešnej politiki, Bd. 1, 605ff.; Schlesinger 36–39.

695 Degras, Soviet Documents on Foreign Policy, Vol. I, 132f.; Dokumenty vnešnej politiki, Bd. 1, 634f.

696 Debo 56f.

697 Dokumenty vnešnej politiki, Bd. 2, 38.

698 Klein 53.

699 Zelt, Deutsch-Sowjetische Beziehungen 1917–1921 und das Problem der Kriegsgefangenen 1020f.

700 Zit. nach Schlesinger 52.

701 Thompson 99.

größten schienen, fand sein Vorhaben sofort zahlreiche Befürworter. Hilfreich erwies sich dabei auch die Neigung französischer, britischer und amerikanischer Stellen, „Lenins Widersachern" materielle Unterstützung zukommen zu lassen und die eigenen Soldaten mehr und mehr aus dem bewaffneten Konflikt herauszuhalten.[702]

In diesem Sinn operierten deutsche Regierungsstellen gemeinsam mit der Obersten Heeresleitung. Zunächst unter alliierter Beteiligung unterstützten sie von Jahresanfang bis Sommer 1919 antibolschewistische Einheiten im Baltikum.[703] Partner bei dieser Aktion war die von politisch rechts stehenden Emigranten im ehemaligen Hohenzollernreich gegründete Westrussische Regierung unter Baron von Knorring[704], welche Kriegsgefangene für den Kampf im Baltikum warb. Briten und Franzosen begannen aber bald eine Ausweitung der deutschen Einflußsphäre Richtung Osten zu befürchten und setzten verantwortliche Kreise in Berlin und Weimar, wo die verfassungsgebende Nationalversammlung in sicherer Distanz zur unruhigen Hauptstadt vom Februar bis zum September 1919 tagte, zusehends unter Druck, sich vom Unternehmen im Baltikum zu distanzieren. Der Umstand, daß General Goltz, Führer von deutschen Freikorps und einigen aus Soldaten der früheren Zarenarmee zusammengesetzten antibolschewistischen Einheiten, dem russischen Fürsten Avalov-Bermondt den Oberbefehl überließ, reichte nicht aus, um die Entente vom Rückzug der Deutschen zu überzeugen.[705] Es bedurfte unmißverständlicherer Schritte: Etwa 12.000 Mann der sogenannten Bermondt-Armee wurden schließlich im Herbst 1919 bei ihrem Übertritt auf ostpreußisches Gebiet entwaffnet und interniert.[706] Politiker des „entstehenden Weimarer Staates" hatten umsonst gehofft mit der Beteiligung an *„sowjetfeindlichen Aktionen"* zum gleichberechtigten Partner der Siegermächte aufzusteigen und dadurch eigene Positionen nachhaltig aufzuwerten. Es genügte nicht, den Kampf gegen die „Ideen der Kremlführung" als gemeinsames Ziel der einstmaligen Weltkriegskontrahenten zu forcieren. Die Vorgänge im Baltikum führten vor allem der Entente vor Augen, welche Gefahren der Zugriff auf die russischen Gefangenen in Deutschland in sich barg und wie leicht eine gegen das „rote Moskau" gerichtete militärische Initiative den eigenen Interessen zuwiderlaufen konnte. Auch die deutschen Stellen begannen nun die Werbung unter den russischen Heeresangehörigen stark einzuschränken. Obwohl sie diversen „weißen" Organisationen, die unter anderen für Denikin oder Kolčak arbeiteten, ungebrochen Unterstützung gewährten und Kooperationen auf organisatorischer Ebene mit ihnen eingingen[707], blieb ein weiterreichendes Entgegenkommen in Hinblick auf die

702 Schmid, Churchills privater Krieg 110.

703 Kluge 188.

704 Rosenfeld 224f.

705 Williams, Russian War Prisoners and Soviet-German Relations 270–295.

706 Baur 96.

707 Schlesinger 105f.

von den Emigrantengruppen intendierten Rekrutierungsaktionen unter den gefangenen Russen bald vollständig aus.[708] Darüber hinaus hatte man allseits die Bereitschaft der Kriegsgefangenen, sich an den militärischen Auseinandersetzungen in ihrer Heimat beteiligen zu wollen, überschätzt. Die meisten wollten, so auch Herbert Hoovers Meinung im Juli 1919, weder für noch gegen die Bol'ševiki kämpfen und nichts anderes als nach oft bis zu fünf Jahren in der Fremde endlich zu ihren Familien nach Hause zurückkehren.[709]

Fochs Plan, der eine riesige konzertierte Aktion aller im Westen vorhandenen antibolschewistischen Kräfte unter französischem Oberkommando vorsah, scheiterte unterdessen auch aus anderen Gründen. Die Kosten für ein derartiges Vorhaben waren entschieden zu hoch.[710] Einspruch erhoben außerdem die Vereinigten Staaten, die, ihre Interessen im Pazifikraum berücksichtigend, einer Schwächung Rußlands zugunsten der Japaner nicht viel abgewinnen konnten.[711]

Die Methoden zur „Unterdrückung des Kommunismus" wurden moderater; eine aktive Bekämpfung der „Sowjetmacht" erschien problematisch. Deshalb konzentrierte man sich in keinem geringen Ausmaß auf die Frage der Versorgung der Gefangenen. Als Herbert Hoover in seiner Funktion als Leiter der „American Relief Administration" im Dezember 1918 von der katastrophalen Lage der russischen Kriegsgefangenen in Deutschland erfuhr, schlug er vor deren Betreuung dem Internationalen Roten Kreuz zu überlassen. Als dies nicht geschah, da die Verantwortlichen, wie Hoover schrieb, nicht bereit waren diese Aufgabe zu übernehmen, wurde die Angelegenheit den „Big Four" vorgelegt. Diese spielten den Ball an Hoover zurück, der daraufhin die notwendigen Mittel aus dem „Fonds des Präsidenten" lukrierte und auch die Engländer und Franzosen in die Pflicht nahm. Die alliierten Vertretungen in den Gefangenenlagern wurden des weiteren angewiesen für die Verteilung von Lebensmitteln unter den Russen zu sorgen.[712] Die „Politik des Brotes" spielte gerade in Hinblick auf die intendierte antibolschewistische Beeinflussung von Heeresangehörigen der früheren „Romanovarmee" eine wichtige Rolle, wobei das Aufzeigen ideologischer Alternativkonzepte ganz ins Hintertreffen geriet, da man den „Ideen des Roten Oktober" keine gestalterische Kraft zubilligte und sie im wesentlichen

708 Williams, Culture in Exile 94–97. Hans-Erich Volkmann weist darauf hin, daß es diesbezüglich unterschiedliche Positionen gibt. Während die einen behaupten, die Reichsregierung habe die Aushebung russischer Gefangener gefördert, verneinen dies andere. Der ehemalige Reichswehrminister behauptete später, man habe versucht der Anwerbung russischer Gefangener entgegenzuwirken. – Volkmann, Die russische Emigration in Deutschland 62.

709 Woodward/Butler 160.

710 Schmid, Churchills privater Krieg 110.

711 Rauch 122f.

712 Hoover, Memoirs, Bd. 1, 326f. Über die Frage der Versorgung der russischen Kriegsgefangenen in Deutschland siehe auch Woodward/Butler, Bd. 1, 142–145 und 159f.

mit einer Krankheit assoziierte, deren Heilung man sich erstaunlich einfach vorstellte. US-Außenminister Robert Lansing war der Meinung, ein garantiert wirksames Antidot gefunden zu haben. Er kam zu folgendem Schluß: „Das wirkliche Problem ist die Nahrung. Leere Mägen heißt: Bolschewiken, volle Mägen heißt: keine Bolschewiken."[713]

Der in Crossen internierte russische Kriegsgefangene Grinštejn erinnerte sich später, daß zu Jahresende 1918 amerikanische Offiziere ins Lager kamen, um Lebensmittel unter den Insassen zu verteilen. Zuvor hielten sie noch eine Ansprache an die zirka 3.000 anwesenden Russen. Die Redner vergaßen nicht zu betonen, daß sie, gleichsam als Gegenleistung für die mitgebrachten Nahrungsmittel, den Eintritt der Gefangenen in weißgardistische Formationen erwarteten.[714] Diese Hoffnungen erfüllten sich allerdings nicht. Im Gegenteil. Ein ungeachtet des Leninschen Selbstbestimmungsrechtes von der Sowjetführung in den Gebieten des ehemaligen Zarenreiches fortgesetztes „Wiedereinsammeln russischer Erde" versöhnte viele Kritiker der Rätemacht mit der Führung in Moskau. Die Mixtur aus ethnischen und sozialrevolutionären Beweggründen vermochte den Antagonismus „Nation oder Klasse" vielfach zu neutralisieren. Paradoxerweise trug die Politik der Entente nicht wenig dazu bei, die „Weltrevolutionäre im Kreml" zu Sachwaltern vaterländischer Anliegen zu erheben, während die „weiße Emigration" einmal mehr zu spüren bekam, daß sie von ihrem Bündnis mit den KP-kritischen „Ausländern" nicht viel zu erwarten hatte.[715] Diese favorisierten inzwischen weniger spektakuläre Strategien und begnügten sich im wesentlichen damit, den Anfang Februar 1919 angeordneten *Stop der Repatriierungsaktionen* aus Deutschland aufrechtzuerhalten.

Dennoch blieb auch ein solcher Schritt umstritten. Edouard Frick, Delegierter des Internationalen Roten Kreuzes für Rußland, hatte zum Beispiel bereits Ende November 1918 gegenüber dem französischen Außenminister eine Beschleunigung bei der Rückführung der Russen gefordert. Seinen Standpunkt in dieser Frage teilte Moritz Schlesinger, der inzwischen auch die im Jänner 1919 gegründete „Reichszentrale für Kriegs- und Zivilgefangene" lenkte, eine Organisation, welche, so Gustav Hilger, „direkt dem Reichskabinett unterstellt und mit allen mit der Heimkehr der Gefangenen aus dem Auslande zusammenhängenden Fragen betraut" war.[716] Es existierten gleich mehrere Gründe, die Schlesinger dazu bewegten, die „Evakuierung" russischer Armeeangehöriger – trotz der quasi aufgelösten Heimkehrerbetreuung durch die zuständigen Sowjetbehörden jenseits der Demarkationslinie – voranzutreiben. Als Reaktion auf das Zurückhalten der Kriegsgefangenen in Deutschland fürchtete er Vergeltungsmaßnahmen der RSFSR und dadurch

713 Zit. nach Adlgasser 52.
714 Grinštejn 120.
715 Schmid, Churchills privater Krieg 116.
716 Hilger 31; Rosenfeld 267.

Konsequenzen für die noch in Rußland befindlichen Soldaten der ehemaligen Hohenzollernarmee.[717] Hinzu kamen Überlegungen, welche Fragen der inneren Sicherheit aufwarfen: Die Furcht vor sozialrevolutionärer Propaganda in und außerhalb der Internierungsbereiche sowie einer Beteiligung russischer Kriegsgefangener an einem kommunistischen Umsturzversuch und einer wie immer gearteten Einmischung in die inneren Verhältnisse des Landes machte auch deutsche Zentralbehörden zu Vertretern einer verstärkten Abschiebungspolitik.[718]

England und Frankreich jedoch forderten zuallererst die Repatriierung ihrer eigenen Heeresangehörigen aus dem Deutschen Reich. Die Drohung der britischen Admiralität, jedes deutsche Schiff zu kapern, das frühere Soldaten des Zaren noch vor der Heimsendung aller Engländer nach Hause befördern würde, führte zu schweren Auseinandersetzungen zwischen russischen und alliierten Gefangenen in den Lagern.[719] Dennoch gelang es den deutschen Behörden, bis Februar 1919 fast 400.000 Russen zu repatriieren.

Obwohl durch eine Note der interalliierten Waffenstillstandskommission im April 1919 der Heimkehrstop aufgehoben wurde, hielt man nach wie vor an der Absicht fest, die Kriegsgefangenen nicht in die von Lenins Regierung kontrollierten Gebiete zu entlassen. Außerdem stellten die Kampfhandlungen im Osten ein schier unüberwindbares Hindernis für etwaige Austauschaktionen dar.[720]

Da über den Zeitraum eines ganzen Jahres die Rückführung der noch in Deutschland verbliebenen 250.000 Russen auf diese Weise blockiert wurde[721], kam es immer wieder zu Gewaltexzessen an jenen Orten, wo die Gefangenen mit allen Mitteln ihre Heimkehr zu erzwingen suchten.[722] Ihre Forderungen unterstützte die „Russische Sektion" bei der KPD, welche, nach eigener Definition, „eindringlich vor den amerikanischen, englischen, französischen und deutschen ‚Wohltätern'" warnte, „deren Bestreben es war, die Lagerinsassen in die Uniformen der weißen Banden zu stecken".[723]

---

717 Ebd. 32.

718 Baur 95; Schlögel, Berlin 236.

719 Riesenberger 117.

720 GARF, f. 3333s, op. 2, d. 55.

721 Baur 95.

722 Im Lager Parchim kam es Ende April 1919 zu einem Aufruhr, im Zuge dessen sechs Russen erschossen wurden. Ähnliche Vorkommnisse im Lager Guben forderten im darauffolgenden Monat zwei Todesopfer und fünfzehn Schwer- und Leichtverletzte unter den russischen Kriegsgefangenen. – Peter 71.

723 Zelt, Kriegsgefangene in Deutschland 623f.

DIE GRÜNDUNG DER KOMINTERN

Während nicht zuletzt die Gefangenenfrage Gegner und Befürworter der Bol'ševiki auf den Plan rief und das ohnehin getrübte Verhältnis zwischen dem jungen Weimarer Staat und der Sowjetrepublik verschlechterte, stellten die Spartakisten heimlich direkte Kontakte zu den Bol'ševiki her. Lediglich Rosa Luxemburg und ihr Umfeld wußten von der Mission eines engen Vertrauten. In den letzten Dezembertagen des Jahres 1918 traf Eduard Fuchs in Moskau ein, übermittelte die Grüße „deutscher Genossen", schien jedoch sonst keinerlei Weisung für eine weitergehende Kooperation erhalten zu haben.[724]

Nichtsdestoweniger faßte Lenin einen bedeutsamen Entschluß. Als Fuchs gerade seine Rückreise via Skandinavien vorbereitete, drängte der Vorsitzende des Sovnarkom seinen Ressortleiter für auswärtige Angelegenheiten die „Anwesenheit des Spartakisten" zu nutzen und auf Beschluß des Zentralkomitees *„schnellstens die Gründung der Komintern" anzustreben.*[725] Was Georgij Čičerin zu lesen bekam, war in vielerlei Hinsicht noch unklar: Die Gruppierungen, welche man in nächster Zeit zusammenzurufen beabsichtigte, hatten zwar, ausgehend von den Standpunkten der Bol'ševiki und des Spartakusbundes, den „Sozialpatrioten" eine klare Absage zu erteilen und obendrein zur Idee der Räteherrschaft zu stehen; noch aber waren die potentiellen KI-Mitglieder nicht verpflichtet sich samt und sonders als Kommunisten zu bezeichnen. Über den Namenswechsel wollte man lediglich diskutieren; gleichermaßen unentschlossen zeigte sich die RKP(b) in der Frage des Tagungsortes: An Berlin wurde zuallererst gedacht. Dort, so der russische KP- und Regierungschef, sollte man unter den Augen der Weltöffentlichkeit beraten; andernfalls könne auch eine geheime Zusammenkunft, etwa in Holland, stattfinden.[726] Vor allem aber dürfe nicht lange zugewartet werden, zumal die Labour Party sozialistische Kräfte zu einem Treffen in die Schweiz lud. Die Initiative der Briten faßte Lenin als ernstzunehmende Herausforderung auf. Nicht zu Unrecht, wie sich zeigte. Eine Konferenz in Bern, abgehalten zwischen 3. und 8. Februar 1919, ließ keinen Zweifel daran, daß die Mehrheit der Opposition in den sozialistischen Parteien noch gewillt war die Erneuerung der alten Internationale zu unterstützen.[727] Gleichzeitig wurde allerdings erkennbar, daß die Meinungen über die Art der Reaktivierung dieser Institution stark voneinander abwichen, ebenso wie die Einstellungen zur russischen Revolution und zu den weiteren Aufgaben der sozialistischen Parteien.[728]

---

724 Lazitch/Drachkovitch, Lenin and the Comintern 52.

725 Leonhard 10.

726 Lazitch/Drachkovitch, Lenin and the Comintern 53; Leonhard 10.

727 Reisberg, Lenin und die Zimmerwalder Bewegung 267.

728 Hájek/Mejdrová 72; Lazitch/Drachkovitch, Lenin and the Comintern 52.

Da ein Teil der Linken, nicht nur in Deutschland und Rußland, sondern auch in Italien, der Schweiz, am Balkan und in Skandinavien die Teilnahme am Berner Kongreß überhaupt ablehnte, fühlten sich die Bol'ševiki in ihren Ansichten bestätigt: Die „verräterische Sozialdemokratie" gelte es zu boykottieren; als „Anwalt der Arbeiterklasse" habe sich deshalb die dritte Internationale ehebaldigst zu konstituieren.[729]

Die Moskauer Führung schritt unverzüglich zur Tat. Von ihrer Überzeugung, die sie in einem Funkspruch „den Arbeitern der Welt mitteilte", ließ sie sich auch nicht abbringen, als fast zur gleichen Stunde die Alliierten auf dem Verhandlungswege zu einer „Übereinkunft mit der Rätemacht" zu gelangen versuchten. Lev Trockij, der zu dieser Zeit die „Abdrosselung der Weltrevolution" durch das „Bündnis der kapitalistischen Staaten unter dem heuchlerischen Banner des Völkerbundes" und die „betrügerische Vereinigung der Sozialdemokratie mit der Bourgeoisie" verurteilte, erhielt von Lenin den Auftrag, „Wilson in Prinkipo bei Konstantinopel[730] zu besuchen". Dort sollten sich gemäß der Auffassung maßgeblicher Entente-Kreise, welche eine massive Intervention für immer unmöglicher hielten, die russischen Streitparteien nach einer Waffenruhe zu Gesprächen bereitfinden. Im Kreml reagierte man grundsätzlich entgegenkommend, bestand aber auf der festgelegten Taktik. Trockij, der die Unterredungen mit den „Feinden" lieber Čičerin oder Rakovskij überlassen wollte, forderte im selben Moment „den größtmöglichen Kontakt zwischen den verschiedenen Teilen des revolutionären Proletariats". Grigorij Zinov'ev machte wiederum deutlich, daß, wie er sagte, trotz der „Entsendung unserer Leute nach Prinkipo" nicht für einen Augenblick daran gedacht sei, mit „dem Aufbau der Roten Armee oder dem siegreichen Vormarsch an allen Fronten aufzuhören". Von „undiplomatischer Kruditität" war auch die Antwort Čičerins, der die „Weißen" in vollkommener Abhängigkeit von den Westmächten sah und deren Rolle als Schiedsrichter in einem russischen Parteienkonflikt kritisch hinterfragte.[731] Woodrow Wilson und Lloyd George empfanden die Ausführungen prominenter Sowjetrepräsentanten als Beleidigung. Zu Fall brachte den „Prinkipo-Kurs" aber die ablehnende Position der antibolschewistischen Kräfte sowohl im ehemaligen Zarenreich als auch in London und Paris. Die Widersprüchlichkeiten der alliierten Rußlandpolitik traten einmal mehr zutage. Winston Churchill versicherte den Vertretern Kolčaks unter vier Augen, daß er ihnen auch zukünftig „mit allem nötigen Kriegsmaterial" zur Seite stehen werde; Verfechter der Verhandlungsstrategie erklärten andererseits, eine friedliche Beilegung der bewaffneten Auseinandersetzungen müsse demnächst erreicht werden, weil offenbar ein Plan existiere, „wonach Savinkov zusammen mit Benesch von Polen aus einen Marsch auf Moskau mit der Tschechischen Armee, verstärkt

729 Lazitch/Drachkovitch, Lenin and the Comintern 52.
730 Gemeint sind die Prinzeninseln im Marmarameer.
731 Degras, Soviet Documents on Foreign Policy, Vol. I, 137f.; Schmid, Churchills privater Krieg 80f.

durch russische Kriegsgefangene aus den deutschen Lagern, unter Kontrolle französischer Offiziere, erwäge".[732]

Derlei Plänen begegnete Lenins Gefolgschaft offensiv. Auf militärischem Gebiet hatten sich die Sowjetstreitkräfte zu bewähren; auf dem politischen Terrain forcierte man den Schulterschluß mit jenen ausländischen Gruppierungen, die sich den „Oktoberideen" annäherten. Gerade in dieser Hinsicht wurden allerdings Schwierigkeiten unübersehbar. Lenin, der auch den „ganzen halb sozialchauvinistischen Geist von Zimmerwald" aus der ins Leben zu rufenden Komintern verbannt wissen wollte, hatte wenig Handlungsspielraum für Kompromisse offengelassen.[733] Möglicherweise stimmten ihn diesbezüglich Ausführungen von Eduard Fuchs konzilianter. Seine Ziele konnte der Vorsitzende des Sovnarkom jedenfalls nur erreichen, wenn er bei der Auswahl von KI-Gründungsmitgliedern Nachsicht walten ließ. Folglich kamen als Konferenzteilnehmer auch Strömungen bei den Sozialpatrioten, „die dem Bolschewismus mehr oder weniger nahe standen", „allerrevolutionärste Elemente" des „sozialistischen Zentrums" und „syndikalistische Kräfte der Arbeiterbewegung" in Betracht.[734]

Die Probleme waren damit jedoch nicht aus der Welt geschafft. Fuchs kehrte nach Berlin zurück. Hier diskutierte die wenige Tage junge KPD in der ersten Jännerwoche des Jahres 1919 die Vorschläge Moskaus.[735] Obwohl eine Kommunistische Internationale prinzipiell für notwendig erachtet wurde, wiederholte Rosa Luxemburg ihre Auffassung: Die Formierung der Komintern sei zum gegenwärtigen Zeitpunkt verfrüht, die Unterstützung der Massen erst sicherzustellen und, damit verbunden, das Entstehen weiterer KP-Organisationen abzuwarten. Solcherart sollte Hugo Eberlein, der innerhalb der Parteispitze als besonders hartnäckig galt, gegenüber den zur Entscheidung drängenden russischen Genossen argumentieren.[736]

Wenige Tage später war Luxemburg tot. Ihre Einwände aber erwiesen sich gut eine Woche danach als durchaus berechtigt. Die Einladung nach Moskau, wo ein Kongreß einfacher organisiert werden konnte, unterzeichneten neben Lenin und Trockij keine namhaften Protagonisten der europäischen Linken.[737] Für das Territorium außerhalb des ehemaligen Zarenreiches traten überhaupt nur die Funktionäre der *„Zentralen Föderation ausländischer Sektionen bei der RKP(b)"* in Erscheinung.[738] Endre Rudnyánszky und Gu-

732 Schmid, Churchills privater Krieg 82f. und 87.

733 Reisberg, Lenin und die Zimmerwalder Bewegung 268f.; Hájek/Mejdrová 66f.

734 Hájek/Mejdrová 66ff. und 70.

735 Lazitch/Drachkovitch, Lenin and the Comintern 60f.

736 Ebd.

737 Leonhard 10f.; Degras, Soviet Documents on Foreign Policy 136f.

738 Kriegel/Haupt 297f.

stav Adolf Duda repräsentierten die kleinen, selbst wiederum weitgehend von Rußlandheimkehrern dominierten kommunistischen Parteien Ungarns und Deutschösterreichs; Boris Reinstein, eher als Auslandspropagandaleiter im Narkomindel durch seine „Aufklärungsarbeit" unter den Vierbundsoldaten an der Font und in der Gefangenschaft bekannt, nutzte seine Mitgliedschaft bei der anglo-amerikanischen Gruppe der russischen KP, um für eine „Sozialistische Arbeiterpartei Amerikas" aufzutreten; Hristo Rakovskij fungierte als Vertreter einer „revolutionären Balkanföderation".[739]

Letzterer traf schließlich etwas verspätet gemeinsam mit Angelika Balabanova aus der Ukraine in Moskau ein, wo die *Tagungen zur Schaffung der III. Internationale* am Nachmittag des 2. März 1919 im kleinen Mitrovanov-Saal des Gerichtsgebäudes im Kreml begonnen hatten.[740] Was die Balabanova als „Abgesandte" des Zimmerwalder Komitees hier zu sehen bekam, erschien ihr in Anbetracht der hochgesteckten Ambitionen enttäuschend. An der Konferenz beteiligten sich, abgesehen von einigen Genossen, die von anderen Ländern kamen, „meistens gewesene Kriegsgefangene und einige Revolutionäre, die in Rußland anwesend waren [...]. Der Vorschlag", hieß es in ihren Memoiren weiter, „die Zusammenkunft als konstituierende Versammlung einer neuen Internationale zu betrachten, wurde allgemein verworfen, besonders energisch" sprach sich dagegen Hugo Eberlein aus, „dessen Meinung ausschlaggebend war. Da erschien im Beratungssaale ein österreichischer Genosse [...], ein ehrlicher, es mit der Revolution gut meinender, aber höchst exaltierter ehemaliger Buchdrucker. In einer feurigen Rede berichtete er, bevor er noch den Staub seiner langwierigen, komplizierten Reise abgestreift hatte, von der Begeisterung für die russische Revolution, von der Stimmung und Gärung unter den Massen, die er in den europäischen Ländern angetroffen hatte; die Rede mündete in die Aufforderung, ohne weiteres eine neue Internationale zu gründen. Auch stimmte sie die meisten um: selbst Eberlein gab seinen Widerstand auf, die Dritte Internationale war gegründet."[741]

Tatsächlich hatte das Auftreten von Karl Steinhardt, der jener Redner aus Österreich war und im Namen der KPDÖ sprach, beträchtlichen Eindruck hinterlassen.[742] Steinhardt und sein Begleiter, der Lette Petin, welcher im vorangegangenen Jahr mit Ernst Reuter unter den Wolgadeutschen „Parteiarbeit leistete", nun, „als Kriegsgefangener getarnt", aus Wien zurückkehrte und bei den Unterredungen ebenfalls Stimmrecht besaß[743], verfügten

739 Ebd.; Lazitch/Drachkovitch, Lenin and the Comintern 56; Leonhard 15 und 21; Pardon/Shurawljow, Bd. 1, 23.

740 Leonhard, Völker 9; Service 501.

741 Balabanoff 225f.; Service 502; Braunthal, Geschichte der Internationale, Bd. 2, 181; Tiedemann 103.

742 Leonhard 27f. Siehe dazu außerdem: Borkenau, Der europäische Kommunismus 32; Lazitch/Drachkovitch, Lenin and the Comintern 81; Nollau 43f.; Hájek/Mejdrová 75f.

743 Lazitch/Drachkovitch, Lenin and the Comintern 72f. und 81; RCChIDNI, f. 488, op. 1, d. 12.

über den „Nimbus von wahren Delegierten aus dem Herzen Europas".[744] Ihr Erscheinen bot eine „günstige Gelegenheit für die Wende".[745]

Anders aber als die Erinnerungen Angelika Balabanovas enthalten die Unterlagen zum ersten KI-Kongreß keinen Hinweis auf eine Äußerung Steinhardts über die Schaffung der Komintern. Steinhardt sprach lediglich über die Situation in Österreich und die Tätigkeit der dortigen KP-Mitglieder.[746] Erst unter einen Antrag zur Gründung der Kommunistischen Internationale, den bezeichnenderweise nicht die Bol'ševiki, sondern Rakovskij, Rudnyánszky und Otto Grimmlund von der linken Sozialdemokratie Schwedens einbrachten, setzte auch Steinhardt seinen Namen.[747]

Ganz allgemein wollte Lenins Partei den Eindruck vermeiden, allzusehr auf die Verhandlungen einzuwirken. Um speziell den Einfluß Eberleins zu neutralisieren, stützte man sich demgemäß vermehrt auf die „verläßlicheren Kader der CFIG". Von den insgesamt 52 Kongreßteilnehmern[748] verfügten etwa die Vertreter der tschechoslowakischen, bulgarischen und südslawischen Gruppe bei der RKP(b), Jaroslav Handlíř, Stoian Djorov und Ilija Milkić[749], ebenso wie 15 andere Delegierte, unter ihnen auch der für Propagandaaktivitäten bei den türkischen Kriegsgefangenen verantwortliche Mustafa Subhi[750], nur über beratendes Stimmrecht; zu den „allgemeinen Richtlinien" wurden sie jedoch wiederholt befragt.[751] Angehörige der Zentralen Föderation ausländischer KP-Sektionen, wie der Franzose Jacques Sadoul, verlangten im übrigen die sofortige Gründung der Komintern.[752]

Im Laufe der Sitzungen, bei denen außerdem der Centroplenbež-Leiter Józef Unszlicht für Polen sprach[753], wollte man überdies den Vorbehalten der Spartakisten durch die Anwesenheit des Wolgadeutschen Gustav Klinger entgegenwirken.[754] Dieser erhielt aus den Händen des österreichischen Internationalistenführers Arthur Ebenholz ein Mandat, das

---

744 Hájek/Mejdrová 76.

745 Ebd.

746 RCChIDNI, f. 488, op. 1, d. 10. Siehe auch: Lazitch/Drachkovitch, Lenin and the Comintern 80; McDermott/Agnew 12f.

747 Hájek/Mejdrová 76; Nollau 44.

748 Ebd. 74; vgl. Hulse 17. Laut Weber, Frank und Nollau waren es 51 Delegierte. – Weber, Die kommunistische Internationale 13; Frank 51; Nollau 42.

749 RCChIDNI, f. 488, op. 1, d. 12. Dazu überdies: Karchmar, Communism in Bulgaria 247; Lazitch/Drachkovitch, Lenin and the Comintern 67 und 70f.

750 RCChIDNI, f. 488, op. 1, d. 10; Frank 51.

751 RCChIDNI, f. 488, op. 1, d. 7.

752 Ebd.; Braunthal, Geschichte der Internationale, Bd. 2, 181; Nollau 43; Frank 51.

753 Lazitch/Drachkovitch, Lenin and the Comintern 70; Szafar 24f.; RCChIDNI, f. 488, op. 1, d. 1 und d. 9f.

754 Leonhard 13.

Endre Rudnyánszky anerkannte.[755] Klinger, der keinerlei Kontakte zur KPD unterhielt und neben Lenin, Eberlein und dem Schweizer Fritz Platten als Vorsitzender der Konferenz fungierte, war daraufhin berechtigt die Beschlüsse der Unterredungen mitzutragen und als Gegenpart zum „Sachwalter Rosa Luxemburgs" vorstellig zu werden.[756]

Mitarbeiter und Vertraute der CFIG-Funktionäre verlangten solcherart im Sinne Lenins, Trockijs, Bucharins und Čičerins die umgehende Konstituierung der Dritten Internationale. Die russische KP-Prominenz gab sich zurückhaltend, überließ die Initiative „Genossen anderer Länder" und traf gleichzeitig Vorkehrungen, im Falle eines Mißerfolgs ihres Planes andere Meetings ihren Zielen unterzuordnen.[757] Möglicherweise beabsichtigte man sogar den achten Parteitag der RKP(b) „auf irgendeine Weise" für die Entstehung der Komintern zu nutzen.[758] Jedenfalls fand am 3. und 4. März 1919, also bis zu dem Augenblick, in dem sich die „Internationale kommunistische Konferenz" im Justizgebäude des Kremls zum KI-Gründungskongreß erklärte, eine von der CFIG organisierte Versammlung statt, an der vierzig Personen teilnahmen, darunter einige, die zugleich im Mitrovanov-Saal den Bol'ševiki zur Seite standen.[759]

Bei der *„Parallelveranstaltung"* nahm vor allem Endre Rudnyánszky eine Schlüsselposition ein. Seinen Einfluß als Leiter *der „Zentralen Föderation"* brachte er unmißverständlich zur Geltung. Machtbewußt lenkte er die Tagung ehemaliger Kriegsgefangener in die von ihm gewünschte Richtung. Den Repräsentanten des Austrosowjets unterbrach er kurzerhand, als sich dieser über die Registrierung der Parteimitglieder äußern wollte. „Es gibt wichtigeres", erklärte Rudnyánszky, der am 4. 3. entscheidend in die Debatten eingriff, nachdem am Vortag Arthur Ebenholz die „ungarischen Genossen" dafür gerügt hatte, bislang nicht rasch genug auf eine „bewaffnete Erhebung" hingearbeitet zu haben.[760] Die Ausführungen von Ebenholz ebenso wie die Rede Alexandru Henegarius, der im Namen der rumänischen Gruppe noch einmal auf die Direktiven Lenins für die Heimkehrer einging, standen in der Tat nicht an der Spitze der Tagesordnung. Als die Konstituierung der Komintern zur Gewißheit wurde, verlagerten sich die Diskussionen der ehemaligen Vierbundsoldaten auf militärische Aspekte. Der von vielen als kritisch bezeichnete Zustand der „internationalen Sowjetstreitkräfte", deren Abtransport in die Ukraine sowie die keineswegs friktionsfreie Kooperation zwischen den „ausländischen Räten" und dem Centroplenbež kamen zur Sprache. Rudnyánszky nahm sich der entscheidenden Punkte an.

---

755 RCChIDNI, f. 488, op. 1, d. 11.

756 Lazitch/Drachkovitch, Lenin and the Comintern 72.

757 Hájek/Mejdrová 73.

758 Lazitch/Drachkovitch, Lenin and the Comintern 64.

759 Medvedev, Organizacionnoe stroitel'stvo 184. Siehe dazu außerdem: McDermott/Agnew 13; Hájek/Mejdrová 73; Frank 61 und Reisberg, Lenin und die Zimmerwalder Bewegung 269.

760 RCChIDNI, f. 549, op. 1, d. 2.

Die verläßlichsten Gefolgsleute müßten abreisen, „Rotarmisten" seien nunmehr in Ungarn vonnöten, einige Kaderleute sollten jedoch zur „Unterstützung der Russen" bleiben und überdies unter den noch in Sibirien, in Turkestan und im Nordkaukasus verbliebenen Kriegsgefangenen „aufklärerisch wirken".[761] In einer abschließenden Resolution verzichtete man demgemäß auf die weitere Formierung von Internationalisten-Abteilungen; lediglich Propagandaaktionen unter den Angehörigen der „früheren Habsburger- und Hohenzollerntruppen" wurden ins Auge gefaßt.[762]

Angesichts der für die Bol'ševiki erfolgreich verlaufenen Verhandlungen im Mitrovanov-Saal schien überdies der Zeitpunkt gekommen, die CFIG aufzulösen und die „weltrevolutionären Belange" der neugeschaffenen Komintern unter der Führung von Grigorij Zinov'ev zu überantworten.[763]

Am 18. März 1919, zu Beginn des achten Kongresses der RKP(b), hielt *Lenin* demgemäß eine Art *Nachruf auf die „Zentrale Föderation"*, deren Tätigkeit er vor den Delegierten noch einmal hervorhob. „Dieses Arbeitsgebiet", sagte der Parteichef, „ist mir insofern bekannt, als ich die Möglichkeit hatte, die Materialien der ausländischen Gruppen flüchtig durchzusehen. [...] Ich muß sagen, daß wir hier die wirkliche Grundlage dessen finden, was wir für die III. Internationale getan haben. Die III. Internationale wurde in Moskau" auf einer kurzen Tagung ins Leben gerufen, „über die – wie über alles, was das Zentralkomitee in allen die Internationale betreffenden Fragen vorschlägt – Genosse Sinowjew ausführlich berichten wird. Wenn wir auf dem Moskauer Kongreß der Kommunisten in kurzer Zeit so viel tun konnten, so deshalb, weil das Zentralkomitee unserer Partei [...] eine gewaltige Vorbereitungsarbeit geleistet hat. Unter den in Rußland befindlichen Ausländern wurde [...] Agitation getrieben, und eine ganze Reihe von ausländischen Gruppen wurde gebildet. Dutzende von Mitgliedern dieser Gruppen wurden mit den grundlegenden Plänen und mit den allgemeinen Aufgaben der Politik im Sinne einer richtungsweisenden Orientierung vertraut gemacht." Und wenn in Ungarn, Deutschland und Österreich „mit uns solidarische Gruppen oder Parteien dominieren [!], so ist das jener nach außen hin unsichtbaren, im organisatorischen Bericht summarisch und kurz angedeuteten Arbeit der ausländischen Gruppen in Rußland zu verdanken, die eins der wichtigsten Kapitel in der Tätigkeit der Kommunistischen Weltpartei bildete".[764]

---

761 Ebd.

762 Reisberg, Österreichische Kommunisten und Internationalisten 33; RCChIDNI, f. 549, op. 1, d. 2.

763 Lazitch/Drachkovitch, Lenin and the Comintern. 75

764 Lenin, Werke, Bd. 29, 146f.; vgl. Szamuely 24f.

Lenins positives Resümee kam allerdings zu früh. Der von der Internationalistenversammlung am 4. März angenommene Beschluß über die *Liquidierung der CFIG* stellte sich als *voreilig* heraus.[765]

Die Föderation, welche bis Anfang Herbst 1919 organisatorisch dem Exekutivkomitee der Komintern und dann wiederum dem ZK der RKP(b) unterstellt war[766], blieb hauptsächlich aufgrund der großen Zahl „fremder Proletarier" bestehen, die sich noch immer in den verschiedenen Regionen des ehemaligen Zarenimperiums aufhielten.[767] Gerade in dieser Hinsicht verloren die *Streitigkeiten zwischen den prosowjetischen Heeresangehörigen aus Mitteleuropa und den Institutionen der RSFSR* nichts an Schärfe. Das „Zentralkollegium für Gefangenen- und Flüchtlingsangelegenheiten" versuchte die deutschen und österreichisch-ungarischen Räte enger an sich zu binden und wesentliche Bereiche ihrer Tätigkeit zu kontrollieren.[768] Vor allem die deutsche Gruppe bei der russischen KP übte unverhohlene Kritik. Das „Plenbesch", ließ sie wissen, „trägt sich überhaupt mit der Absicht, die ganzen Lager der Räte zu übernehmen und hat schon mehrfach Agenten mit diesbezüglichen Aufträgen an die Räte geschickt, ohne sich um die Rechte der Räte als Vertretungen des ausländischen Proletariats zu scheren. Scheinbar will Plenbesch die Sorge über die Kriegsgefangenen selbst übernehmen. Wie es dann den Kriegsgefangenen ergehen wird, kann man sich denken."[769]

Um die Unfähigkeit des „Zentralkollegiums" zu unterstreichen, erinnerte man an einen konkreten Fall. 3.000 „Plennys", die nach Moskau gebracht worden waren, warteten tagelang in ihren Waggons, ohne entsprechend vom Plenbež betreut zu werden. Daraufhin betreute der Rat auf eigene Verantwortung die früheren Soldaten der Vierbundarmeen, um, wie es hieß, „den Unmutsäußerungen der Kriegsgefangenen die Spitze zu nehmen". Man befürchtete das Schlimmste für den Fall, daß das Centroplenbež tatsächlich alle Gefangenenagenden übernehmen wolle: „Wenn Plenbesch in dieser Weise für die Kriegsgefangenen fortfahren sollte zu sorgen, so macht es unsere politische Arbeit null und nichtig."[770]

Ab Herbst 1919 assistierten die „ausländischen Räte" den Einrichtungen des „Zentralkollegiums" nur mehr, eigene Befugnisse hatten sie nicht. Die Provinzorganisationen der „revolutionären Gefangenensowjets" sollten, gemäß dem Sitzungsprotokoll der Föderа-

765 Medvedev, Organizacionnoe stroitel'stvo 185; Reisberg, Österreichische Kommunisten und Internationalisten 34.

766 Striegnitz, Kerntruppe der Weltrevolution 147.

767 Medvedev, Organizacionnoe stroitel'stvo 185; Reisberg, Österreichische Kommunisten und Internationalisten 34.

768 GARF, f. 3333, op. 2, d. 494.

769 Pardon/Shurawljow, Bd. 1, 329.

770 Ebd.

tion ausländischer KP-Gruppen vom 22. Oktober 1919, vollständig aufgelöst werden. Ihre Aufgaben übernahmen die örtlichen Plenbež-Filialen. Die Internationalisten durften nur mehr Vertreter des Rates in die Organisationen des „Zentralkollegiums" entsenden. Mißstimmung machte sich in der Folge breit, wobei *Zwistigkeiten unter den Kommunisten* ihren Teil zur Verschlechterung des Klimas beitrugen. Endre Rudnyánszky teilte im September den Beschluß der RKP(b) über die Auflösung und Neukonstituierung der Deutschen Gruppe mit: „Die deutsche Gruppe ist aufzulösen, es ist eine Kommission zur Neuregistrierung der deutschen Gruppe zu ernennen, in die Kommission ist vom ZK Genossin Stassova aufzunehmen."[771]

Ausschlaggebendes Moment für diese Anordnung war wahrscheinlich die von Wilhelm Kurz vom „Austrosowjet" vorgetragene Kritik an der Leitung der Föderation. Kurz beanstandete, daß sich letztere auf die Person des Vorsitzenden Rudnyánszky reduzieren ließe, und unterstrich die Notwendigkeit einer Neubelebung der Organisation. Seine Argumente konnten nicht ohne weiteres vom Tisch gewischt werden. Die CFIG konzentrierte sich lange auf die Unterstützung für Räteungarn; dabei traten naturgemäß hauptsächlich magyarische Kommunisten in den Führungsgremien hervor.[772] Heinrich Alter, der bei der k.u.k. Kriegsgefangenenmission in Perm' tätig gewesen und schon einige Monate nach dem Untergang des Habsburgerreiches im Auftrag der deutschösterreichischen Regierung neuerlich in die RSFSR entsendet worden war, vermochte derartige Beobachtungen zu bekräftigen.[773] Über die Moskauer Verhältnisse im Frühling und Sommer 1919 meldete er nach Wien: „Ein Radiotelegramm Béla Kuns ordnete die Mobilisation sämtlicher ungarischer Bürger in Rußland an; damit begnügte sich Rudnyánszky nicht. In einer Sitzung der Föderation der ausländischen kommunistischen Parteien [!] wurde beschlossen, alle Bürger der ehemaligen österreichisch-ungarischen Monarchie zu mobilisieren. Es erschienen Anschläge ungefähr folgenden Inhaltes: ‚Die Föderation der ausländischen kommunistischen Parteien in Rußland hat in ihrer Sitzung vom Juli beschlossen, alle Bürger der ehemaligen österreichisch-ungarischen Monarchie zu mobilisieren. Wer sich der Mobilisation entzieht, wird als Deserteur angesehen und nach den Kriegsgesetzen des Revolutions-Tribunals bestraft. Mit der Durchführung des Beschlusses wurde der österreichisch-ungarische Arbeiter- und Soldatenrat betraut.' – Damals stand auf Desertion Tod durch Erschießen. [...] Parole war, Ungarn zu Hilfe zu eilen."[774] Dementsprechend agierte auch die Kremlführung. Lenin hatte Ende März die Ausrufung der Räterepublik in Ungarn als Markstein der sich in Europa ausbreitenden Weltrevolution begrüßt. Neben einer politi-

771 Ebd. 330.
772 Ebd. 325.
773 ÖSTA/AdR, BKA/KGF, 1919: 24-13/12.
774 ÖSTA/AdR, BKA/KGF, 1920: 10-11/2.

schen Allianz strebten Moskau und Budapest auch eine militärische Zusammenarbeit an.[775] *Internationale Einheiten* wurden nach Westen verschoben und sollten *Verbindung mit der ungarischen Roten Armee* aufnehmen. Die militärische Lage in der Ukraine aber war für die sowjetischen Streitkräfte zu unsicher, und die damals von Kiev aus operierende CFIG beschloß die internationalen Truppenteile vorerst an ihrem Standort zu belassen. Béla Kun unterstützte diesen Schritt: „Wer zu dieser Zeit die Front verlassen will, um zwischen die Donau und die Theiß zurückzukehren, um die Revolution zu verteidigen, verläßt in der kritischsten Minute die proletarische Revolution. Wer jetzt nicht zur Waffe greift, wer jetzt seinen Platz verläßt, schadet nicht nur der gemeinsamen Sache, sondern verstößt auch gegen die junge ungarische Räterepublik."[776]

In Nižnij-Novgorod und Char'kov wurden nichtsdestoweniger Einheiten aufgestellt, die zum überwiegenden Teil aus ehemaligen magyarischen Kriegsgefangenen bestanden und Ungarn im Kampf gegen Rumänien unterstützen sollten. An der Offensive Denikins einerseits und der Vereinigung tschechischer und rumänischer Verbände, welche den Karpatenzugang blockierten, andererseits scheiterten dann jedoch alle Pläne, durch Waffeneinsatz die Räterepubliken Mittel- und Osteuropas miteinander zu verbinden.[777]

Die „Zentrale Föderation" zog sich aus den bedrohten Regionen zurück. An der Moskva wurde indessen die Neukonstituierung der Deutschen Gruppe beim ZK der RKP(b) durch weitreichendere Entscheidungen in den Schatten gestellt. Im September 1919 war beschlossen worden der territorialen Neuordnung Mitteleuropas seit 1918 Rechnung zu tragen. Anstelle des Austrosowjets trat eine *Föderation aus fünf nationalen Räten* der Deutschösterreicher, Ungarn, Jugoslawen, Tschechoslowaken und Rumänen mit einem Exekutivkomitee an der Spitze.[778] Dessen aus fünf Mitgliedern bestehendes Präsidium war für die Unterstützung des Centroplenbež bei der Versorgung und Evakuierung der Kriegsgefangenen zuständig, die nationalen Räte unter der Obhut der Föderation ausländischer Gruppen der RKP(b) für die „politische Beeinflussung" der Kriegsgefangenen.[779] Weiterhin sollte unter den „fremden Werktätigen" auch für den Eintritt in die Rote Armee geworben werden. Eine zusätzliche Aufgabe sah man in „der Pflege enger Beziehungen zu den kommunistischen Organisationen" in Mitteleuropa.[780] Als die ausländischen Sowjets

---

775 Mihályhegyi 117f.

776 Zit. nach Mihályhegyi 127f.

777 Hajdu, Plans of Strategic Cooperation 367–373; Pardon/Shurawljow, Bd. 1, 274.

778 Pardon/Shurawljow, Bd. 1, 337. Der deutsche Rat, der ebenso wie der österreichisch-ungarische im November 1918 entstand, blieb offenbar als schon existenter nationaler Rat weiter bestehen und wurde in „Zentralrat deutscher revolutionärer Arbeiter und Soldaten" umbenannt. – Pardon/Shurawljow, Bd. 2, 454.

779 Medvedev, Federacija i Sovety 219 f.

780 Pardon/Shurawljow, Bd. 2, 428.

schließlich in der zweiten Hälfte des Jahres 1921 endgültig ihre Arbeit einstellten[781], konnten sie vor allem bei Repatriierungsaktionen auf eine ansehnliche Bilanz blicken. Alleine zwischen dem 5. November 1918 und dem 1. August 1919 fanden unter ihrer Mitwirkung zweihunderttausend ehemalige Habsburger- und Hohenzollernsoldaten den Weg in ihre Heimat. Diese Leistung wurde allerdings von den Betroffenen gleichermaßen wie von den Angehörigen in den Herkunftsländern nur zu leicht außer acht gelassen. Die Gefangenen und ihre Familien machten die Internationalisten, nicht immer grundlos, für „Hindernisse auf dem Weg in die Heimat" verantwortlich. Zwangsverpflichtungen bei Arbeitseinsätzen, Rekrutierungskampagnen der Roten Armee und ideologische „Agitationsfeldzüge" hatten sich tief ins Bewußtsein eingeprägt und des öfteren antibolschewistische Positionen hervorgebracht oder verstärkt.[782] Wiederholt wurden derartige Themen auch von ausländischen Kommunisten aufgegriffen. Ihr Handlungsspielraum hatte sich jedoch in den vergangenen Monaten zusehends eingeengt. Auf ihrem achten Parteitag waren die Bol'ševiki übereingekommen, daß es hinkünftig „keine selbständigen nationalen Organisationen in der Partei geben" dürfe.[783] Mit der bereits im März 1919 anvisierten *Liquidierung der CFIG* war die Schaffung von „Sektionen für Propaganda und Agitation der nationalen Minderheiten" verknüpft, ein Beschluß, der nun mit fast einjähriger Verspätung in Kraft trat: Die ausländischen Gruppen wurden in die lokalen Stellen der RKP(b) integriert; am 26. Februar 1920 endete die Tätigkeit der Föderation.[784]

Als „Sachwalter der internationalen Revolution" verstand sich von nun an ausschließlich eine zunehmend unter der Aufsicht Moskaus stehende Komintern. Hatte man zunächst im März 1919 lediglich den „Rahmen einer Weltpartei" geschaffen und bei dieser Gelegenheit das Ende der Zimmerwalder Vereinigung ausgesprochen[785], so befaßte sich die Kremlführung zur Jahreswende 1919/20 verstärkt mit programmatischen Fragen. Im Licht der jüngsten Erfahrungen und insbesondere unter Hinweis auf die „Niederlage in Ungarn" erläuterte Lenin Taktik und Methoden, „welche die Kommunisten im Kampf gegen die Sozialdemokratie anzuwenden hätten".[786] Der Kritik am „linken Radikalismus" seines Anhangs folgte die Verurteilung föderativer Strukturen, wie sie die Zweite Internationale ge-

781 Medvedev, Inostrannye kommunisty 220.

782 RCChIDNI, f. 549, op. 1, d. 20; ÖSTA/AdR, BKA/KGF 1920: 13-8/23-2, 13-9/3-2 und 13-9/4. Siehe außerdem: Braun 286f.; Brändström, Unter Kriegsgefangenen 128f.

783 Danilow 99.

784 Medvedev, Agitacionno-propagandistskaja dejatel'nost' 188; Krivoguz/Poljanskij 485.

785 Hájek/Mejdrová 78 und 81; Reisberg, Lenin und die Zimmerwalder Bewegung 269; Balabanoff 226f.

786 Braunthal, Geschichte der Internationale, Bd. 2, 188; Hulse 45ff.; McDermott/Agnew 15f.

kannt hatte. 21 Bedingungen dienten als „Verfassung" eines engmaschigen KI-Apparates.[787] Dies wurde notwendig, da die Komintern eine große Anziehungskraft auszuüben begann. Linke Kräfte Italiens, Norwegens und Bulgariens schlossen sich ihr an. Die USPD, die Unabhängige Arbeiterpartei Englands und die Sozialistische Partei Frankreichs standen mit ihr in Verhandlungen.[788] Um eine Verwässerung der bolschewistischen Zielsetzungen zu verhindern, forderte die RKP(b) klare Reglements für eine Organisation, die, um eine straffe Zentralgewalt aufgebaut, jede ihrer „Sektionen" auf eine „fast militärische Disziplin" einschwor.[789]

Am *zweiten Kongreß der Kommunistischen Internationale*, der zwischen 19. Juli und 7. August 1920 in Petrograd und Moskau stattfand, setzten die Bol'ševiki ihre Richtlinien durch.[790] Vor einem wesentlich repräsentativeren Auditorium – rund 200 Vertreter von mehr als 150 politischen Gruppierungen aus 36 Ländern waren anwesend – konnte sich Lenin manchen Widerspruch leisten.[791] Den Zuhörern kredenzte er Ausführungen über die „Befreiung der Kolonialländer vom imperialistischen Joch" durch „prosowjetische Vereinigungen", ohne viel auf marxistische Theorien zu achten; den KI-Mitgliedern legte er nahe mit allen „opportunistischen" Formen des Sozialismus zu brechen, die die Notwendigkeit einer „Diktatur des Proletariats" nicht anerkannten; von den britischen Kommunisten verlangte er andererseits mit der Labour Party zusammenzugehen, da sie noch zu schwach seien, um auf eigenen Beinen zu stehen.[792]

Die Versammlung, bei der ehemalige Vertreter der „Gefangenenkomitees" wie Karl Tomann, Endre Rudnyánszky, Mátyás Rákosi und Břetislav Hůla noch an die „Keimzelle der weltrevolutionären Bewegung" erinnerten[793], ging darüber hinweg. Viele richteten ihre Augen auf eine Wandkarte mit dem Frontverlauf. Die rote Armee marschierte westwärts; Warschau war in greifbarer Nähe. Die Delegierten schwelgten in Hoffnung und Zuversicht: Schon bald könnten die Bastionen des europäischen Kapitalismus fallen.[794]

---

787 McDermott/Agnew 17f.; Nollau 51.

788 Braunthal, Geschichte der Internationale, Bd. 2, 186ff.; McDermott/Agnew 15; Nollau 48.

789 Weber, Die kommunistische Internationale 17.

790 McDermott/Agnew 17; Service 528–533.

791 Braunthal, Geschichte der Internationale, Bd. 2, 187; Nollau 49.

792 Service 531.

793 RCChIDNI, f. 489, op. 1, d. 1; Lazitch/Drachkovitch, Biographical Dictionary 160, 328, 350, 353 und 408.

794 Service 531ff.; Nollau 49; McDermott/Agnew 17.

TEIL V:

ANHANG

[illegible]

[illegible]

[illegible]

[illegible]

ZUSAMMENFASSUNG UND AUSBLICK

Die Größenordnung des „maschinellen Massenkrieges", der Europa zwischen 1914 und 1918 verwüstete, fand in den Verlustlisten der kriegführenden Mächte ihren Ausdruck. Nicht nur die hohe Anzahl an Todesopfern, sondern auch die Masse der Kriegsgefangenen sprengte bisher gekannte Dimensionen. Speziell an der Ostfront gerieten bei groß angelegten Offensiven und Umfassungsmanövern nicht selten bewaffnete Verbände geschlossen in Gefangenschaft. Die *Statistiken* geben davon, trotz beträchtlicher Schwankungen, ein beredtes Zeugnis. 1,4 Millionen „Soldaten des Zaren" gerieten in Gewahrsam der Hohenzollerntruppen; mindestens eine knappe Million brachten die österreichisch-ungarischen Streitkräfte ein. In Rußland, Turkestan und Sibirien wiederum wurden ungefähr zwei Millionen Heeresangehörige der Mittelmächte festgehalten; der überwiegende Teil davon stammte aus der Donaumonarchie.

Die ohnehin strapazierten Einrichtungen der deutschen, österreichischen und russischen Militärverwaltungen vermochten den Anforderungen, nunmehr für die „Verwahrung" ganzer feindlicher Armeen verantwortlich zu sein, kaum gerecht zu werden. Vor allem in den ersten Monaten nach Kriegsausbruch kamen die Systemschwächen des sich erst im Aufbau befindlichen Kriegsgefangenenwesens in den „Nehmerstaaten" auf fatale Weise zum Tragen. Humanitäre Katastrophen größten Ausmaßes waren die Folge. Unterdessen erwiesen sich nicht nur die Institutionen des staatlichen Kriegsgefangenenwesens, sondern auch die neutralen Schutzmächte, welche seit Kriegsbeginn unter anderem die Vertretung für die „Soldaten hinter Stacheldraht" übernommen hatten, als wenig effektiv. Offizielle Stellen zeigten mitunter auch aus diplomatischen, ökonomischen und militärischen Rücksichten kaum Engagement bei der Beseitigung der Mißstände. Nicht wenige Soldaten, die in Kriegsgefangenschaft geraten waren, fühlten sich von den verantwortlichen Institutionen ihrer Herkunftsländer im Stich gelassen. Die zaristischen Gefangenenbehörden zeichneten sich in diesem Zusammenhang durch besondere Passivität aus.

Trotz der Enttäuschung über die Versäumnisse in der Gefangenenfürsorge sowie über die in weiterer Folge auch im Bereich der Repatriierung festzustellenden Schwächen reichten vorhandene „Proteststimmungen" allerdings zunächst nicht für eine entscheidende Politisierung der Gefangenen. Bescheiden machten sich unter anderem die Versuche sozialrevolutionärer Kräfte aus, ihre Vorstellungen unter den Lagergemeinschaften zu verbreiten. Insbesondere den Bol'ševiki fehlte es hierbei an den notwendigen finanziellen und organisatorischen Ressourcen, um nachhaltigere Wirkung zu erzielen. Auch die Pläne der Zentralinstanzen in Berlin, Wien und Petrograd, *„gegnerische Militärpersonen" im nationalen*

Sinn „zu bearbeiten", blieben am Ende hinter den Erwartungen zurück. Vor allem in den Herrschaftsbereichen der Habsburger und Romanovs scheiterten die mit wechselnder Intensität betriebenen „Aufklärungskampagnen" in letzter Konsequenz an den inneren Widersprüchen und außenpolitischen Zielsetzungen zweier „Vielvölkerreiche".

Hinzu trat die Bedeutung der Gefangenen als Arbeitskräfte, die dem weiteren Verbleiben „feindlicher Armeeangehöriger" in den „Propagandalagern" zumeist ein Ende bereitete. Anfang 1917 waren mehr als 1,6 Millionen Mann aus den Reihen der Vierbundarmeen in der Kriegswirtschaft Rußlands tätig. Umgekehrt befanden sich nach offiziellen Angaben „beinahe alle Russen in Österreich" auf Arbeit; ähnlich wie in Deutschland, das im August 1916 bekanntgab, 90 Prozent aller fremder Soldaten in den Erwerbsprozeß eingegliedert zu haben. Kamen die Gefangenen solcherart mit den inneren Spannungen der „Feindstaaten" in Berührung, so verbreitete sich mit dem Sturz des Zaren nicht nur die Hoffnung auf eine baldige Heimkehr. Sowohl in Wien und Berlin als auch Petrograd verzeichneten die Behörden nunmehr wachsende Protestpotentiale unter den Angehörigen gegnerischer Armeen. Zugleich wurden ethnische und soziale Konflikte gerade an jenen Internierungsorten registriert, wo Indoktrinierungsversuche nicht stattgefunden hatten. Im Kampf um die besseren Arbeitsmöglichkeiten und um die Verteilung der Hilfsgüter in den Lagern oder in der Frage um die oftmals abbröckelnde Loyalität vornehmlich slawischer Soldaten und Offiziere gegenüber dem Habsburgerreich nahm dann etwa der Streit unter den „Völkern der Donaumonarchie" schärfere Formen an.

In dieser Situation brachte die *Machtergreifung der Bol'ševiki* im früheren Romanovimperium einschneidende Veränderungen mit sich. Obwohl die neue Regierung darauf abzuzielen schien, in der Gefangenenfrage bestehende Verhaltensregeln anzuwenden und damit vor allem das „unkontrollierbare Herumziehen" fremder Militärpersonen zu unterbinden, rückten weiterreichende Motive bald in den Vordergrund.

Soldaten der Mittelmächte, von denen sich einige am „Oktoberumsturz" beteiligt hatten, sollten als Verbündete im „Kampf gegen den Imperialismus" eingesetzt werden. „Prosowjetische Ausländer" dienten als „Avantgarde" der herbeigesehnten Weltrevolution, die mit „Lenins Coup" begonnen werden und durch ihr Übergreifen auf andere Länder Rußland entlasten sollte. Verordnungen über die *„Freiheiten der ausländischen Werktätigen"*, die Unterstützung jener Kriegsgefangenen, die mit den Bol'ševiki sympathisierten, und Maßnahmen gegen die Offiziere der Vierbundarmeen, welche vielerorts ihre Privilegien verloren und mit massiven Verschlechterungen der Lebenssituation konfrontiert waren, förderten regelrecht den *„Klassenkampf innerhalb der Lagergemeinschaften"* dies- und jenseits des Urals.

Nichtsdestoweniger erreichten die ideologischen Botschaften Lenins und seiner seit März 1918 als Kommunistische Partei Rußlands auftretenden Gefolgschaft nur oberfläch-

lich das Gros der deutschen und österreichisch-ungarischen Soldaten im untergegangenen Zarenreich. Allgemeine Parolen von sozialer Gerechtigkeit und der Wunsch, von den „Volkskommissaren" demnächst in die Heimat entlassen zu werden, ermöglichten lediglich ein oberflächliches Bündnis zwischen der nach Moskau übersiedelten Sowjetführung und den mehrheitlich aus der k.u.k. Armee stammenden Mannschaften.

Im Laufe des Jahres 1918 mußte sich die „Kremlführung" schließlich mit noch schwerwiegenderen Konsequenzen der Kriegsgefangenenproblematik herumschlagen. Während die RKP(b) einen harten Frieden mit den Zentralstaaten abschloß, dachte man sowohl in Wien und Berlin als auch in London, Paris, Washington und Tokyo in den Dimensionen einer fortgesetzten Weltkriegspolitik. Davon wurde Rußland als strategisches Terrain ebensowenig ausgenommen wie die dort befindlichen Vierbundsoldaten. Letztere empfanden Entente-Kreise als Bedrohung, zumal Nachrichten über die „bolschewistische Beeinflussung" der Gefangenen sowie deren Rekrutierung für die im Entstehen begriffene Rote Armee als Manöver der deutschen Heeresleitung gedeutet wurden. Weil Lenin nach der Meinung maßgeblicher Entscheidungsträger in Frankreich und Großbritannien als „Agent Ludendorffs und Hindenburgs" figurierte, sah man in der Bewaffnung deutscher, ungarischer und österreichischer Soldaten auf dem Territorium des früheren Romanovimperiums einen „Generalplan Berlins". Japan und die Westmächte räumten diesen Ansichten bei der Entscheidung über ein militärisches Eingreifen in Rußland keinen geringen Stellenwert ein. Auf der anderen Seite standen einem rascheren und einheitlicheren Vorgehen unterschiedliche Standpunkte innerhalb der Alliierten im Wege.

Klarere Verhältnisse schuf in diesem Augenblick das Auftreten der in hohem Maße aus ehemaligen Kriegsgefangenen gebildeten *„tschechoslowakischen Družinen"* an der Wolga, im Ural und in Sibirien. Für Lenins Regierung hatte dies schwerwiegende Folgen. An der Seite und im Rücken der tschechischen Freiwilligenlegion organisierte sich die innerrussische Opposition gegen die Bol'ševiki. Gleichzeitig gab selbst der bislang zögerliche US-Präsident Wilson sein Einverständnis für eine begrenzte Aktion zugunsten der „Družinisten".

Während die Vertreter der *Interventionspolitik* zur Tat schritten, stellte sich in manchen Regionen der Krieg zwischen den Befürwortern und Gegnern des KP-Regimes als Auseinandersetzung zwischen verschiedenen Nationalitäten der Donaumonarchie dar. „Weiße Tschechen" standen bisweilen „Roten Deutschen und namentlich Magyaren" gegenüber. Daß, insbesondere als Folge ethnischer und internationaler Konflikte, von nun an nicht nur an der Peripherie, sondern auch im Herzen Rußlands Krieg geführt wurde, war solcherart eng mit der Kriegsgefangenenproblematik verknüpft. Für einige Monate konnte in diesem Zusammenhang auch der Einsatz revolutionärer Vierbundsoldaten, der sogenannten *Internationalisten*, in den Sowjetstreitkräften eine gewisse militärische Bedeutung

erlangen. Als wichtig erachtete Moskau außerdem ihren Einsatz hinter den Fronten. Mehrfach beteiligten sich die verläßlichsten Abteilungen der Internationalisten an der „Aufrechterhaltung der inneren Ordnung". Ihre Reputation in KP-Kreisen vermehrten dabei vor allem ehemalige ungarische Kriegsgefangene um Béla Kun. Dieser stand an der Spitze der *Zentralen Föderation ausländischer Gruppen beim ZK der RKP(b)*, kurz CFIG, welcher es nach und nach gelang, die anfänglich heterogene und dezentrale Internationalistenbewegung zu vereinigen und unter ihre Kontrolle zu bringen.

Zwar blieb die Zahl der Kaderfunktionäre klein, hinsichtlich der außenpolitischen Ziele Lenins und seiner engsten Vertrauten spielten Kun und seine Umgebung aber eine nicht zu unterschätzende Rolle. Mit den aus der Gefangenschaft entlassenen Soldaten wollte die Sowjetregierung die „*Bazillen des Bolschewismus*" außerhalb ihres Machtbereichs verbreiten. Tatsächlich trug aber erst die k.u.k. Heeresverwaltung durch ihren Argwohn gegenüber den vermeintlich „revolutionär verseuchten Rückläufern aus dem Osten" zu jener Unzufriedenheit bei den Ersatzkörpern der Habsburgerarmee bei, die zur Jahresmitte 1918 meuterten. Das Gros der Rußlandheimkehrer blieb insbesondere nach dem Untergang des Hohenzollernreiches und der Donaumonarchie passiv, zog sich ins Privatleben zurück oder schloß sich anderen politischen Strömungen an. Trotzdem konnte Moskau bemerkenswerte Erfolge verbuchen. Mitglieder der Zentralen Föderation ausländischer KP-Gruppen hatten, nachdem sie aus der RSFSR abgereist waren, wesentlichen Anteil am Aufbau der kommunistischen Parteien in Ungarn und Deutschösterreich. Obendrein trugen sie zu einer probolschewistischen Ausrichtung sozialistischer Kräfte im SHS-Staat, in Rumänien und in der Tschechoslowakei bei. Außerdem bemühten sich die KP-Organisationen Heimkehrer von der Front und aus der Gefangenschaft für sich zu gewinnen, ein Unterfangen, welches vorübergehend bemerkenswerte Erfolge in Polen, Deutschösterreich und Ungarn zeitigte.

Im Verband mit sowjetischen Fürsorgemissionen suchten die vielfach von CFIG-Funktionären geprägten kommunistischen Gruppierungen Mitteleuropas Kontakt zu den früheren Soldaten der Zarenarmee, die in Gewahrsam deutscher oder österreichisch-ungarischer Truppen geraten waren. Einige von ihnen beteiligten sich dann auch an der „Parteiarbeit", mehrere tausend „Russen" kämpften schließlich für die ungarische Räterepublik.

Deren Proklamation manifestierte indessen den frühen Höhepunkt der politischen Karriere Béla Kuns. Er und seine aus Rußland zurückgekehrte Gefolgschaft übten, ungeachtet ihrer geringen Zahl von Parteigängern, einen beträchtlichen Einfluß auf die Entwicklung im Donauraum während der Frühlings- und Sommermonate des Jahres 1919 aus. Als Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten in der Budapester Räteregierung verstand Kun Ungarn als Brückenkopf einer „westwärts flutenden Revolutionswelle". Um

zunächst den Umsturz in den Nachbarstaaten herbeizuführen, kooperierten seine engsten Vertrauten aus den Kadern der „Moskauer Föderation“ mit Repräsentanten der RSFSR, welche offiziell mit der Unterstützung und Repatriierung russischer Heeresangehöriger beauftragt waren, und weiteren CFIG-Mitarbeitern, die in den anderen Sukzessionsstaaten der Habsburgermonarchie nachdrücklich auf den Werdegang der „organisierten Arbeiterschaft“ einwirkten.

Wichtig wurde das Netzwerk der ausländischen Gruppen bei der RKP(b) unterdessen auch bei der *Gründung der Komintern.* Ihre in Rußland gebliebenen Repräsentanten halfen mit die Einwände der deutschen Spartakisten zu überspielen und im Sinne Lenins die sofortige Formierung der III. Internationale durchzusetzen. Kriegsgefangene, die sich zu den „Ideen der Oktoberrevolution“ bekannten, schufen solcherart an der Seite der Bol'ševiki die Grundlagen einer „kommunistischen Weltpartei“, welche in ihrem „embryonalen Zustand“ auf der Arbeit der Zentralen Föderation ausländischer KP-Gruppen und jenen kleinen KP-Vereinigungen Zentraleuropas beruhte, die von Rußlandheimkehrern mitgegründet und geprägt wurden.

Als sich die Komintern auf ihrem zweiten Kongreß bereits mit einem bedeutend größeren Kreis von Anhängern und Sympathisanten präsentierte, trat die revolutionäre Gefangenenbewegung in den Hintergrund.

Ihre herausragendsten Exponenten behielten allerdings viele Jahre hindurch wichtige Positionen innerhalb des KI-Apparates und seiner „nationalen Sektionen“. Der Lebensweg und die politische Karriere ehemaliger probolschewistischer Kriegsgefangener verdeutlichen außerdem die Wendungen in der Geschichte Mittel- und Osteuropas.

Während etwa der Rumäne Ariton Pescariu schon bei seiner Rückkehr aus Rußland getötet wurde[1] und Sándor Kellner sowie möglicherweise auch Tibor Szamuely nach der Niederlage Räteungarns dem „Weißen Terror der Horthytruppen“ zum Opfer fielen[2], hatten Béla Kun und Mátyás Rákosi für einige Zeit Anteil an der Entwicklung der Komintern. Als deren Repräsentanten kam ihnen Anfang der zwanziger Jahre bei Auslandsaufenthalten, speziell in Deutschland und Italien, eine wichtige Rolle zu. Im Gegensatz zu Kun, der, wie auch Ferenc Jancsik und Frigyes Karikas, im Zuge der Säuberungen in der Sowjetunion umgekommen ist[3], verkörperte Rákosi, der 1943 das Manifest über die Auflösung der III. Internationale mit unterschrieb, die KP-Herrschaft in Ungarn nach dem

1 Broué 1063f.

2 Lazitch/Drachkovitch, Biographical Dictionary 393. Siehe außerdem: Tökés, Béla Kun and the Hungarian Soviet Republic 252.

3 Broué 1020 und 1023.

Ende des Zweiten Weltkrieges. Als Ministerpräsident und Generalsekretär der Partei hielt er die Fäden der Macht bis 1953/54 in Händen, um schließlich im Zuge der „Entstalinisierung" seiner Ämter verlustig zu gehen. Ab 1956 wieder in der UdSSR, wo er 1971 starb, folgte ihm vorübergehend der ehemalige Kriegsgefangene und kommunistische Rußlandheimkehrer Imre Nagy nach, der vor 1945 für die großteils im Exil wirkenden magyarischen Kommunisten tätig gewesen war. Nagy wurde zur Symbolfigur des ungarischen „Volksaufstandes" und bezahlte seine Haltung schließlich mit dem Leben. Zu den neuen Herren in Budapest gehörte Béla Kuns einstmaliger Gefolgsmann Ferenc Münnich, dem bis 1966 höchste Staats- und Parteiämter anvertraut wurden, darunter das des Regierungschefs zwischen 1958 und 1961.[4] Mehr als ein halbes Jahrhundert prägten auf diese Weise Vertreter der revolutionären Gefangenenbewegung Sowjetrußlands von 1917 bis 1919 den vom „Kreml beeinflußten Werdegang Ungarns". Andere hingegen brachen völlig mit ihrer politischen Vergangenheit.

Zur Überraschung seiner Parteigänger galt das auch für den CFIG-Vorsitzenden Endre Rudnyánszky, der nach dem dritten Komintern-Kongreß mit einer größeren Geldsumme die RSFSR verließ und spurlos verschwand.[5] Der Tscheche Arnošt Kolman, welcher gleichfalls während des Ersten Weltkrieges in Gewahrsam der Zarenarmee geriet, den Aufbau der Internationalistenverbände erlebte, später KI-Mitarbeiter wurde und sich in seinen letzten Jahren von der KP abwandte, berichtete ähnliches vom Österreicher Arthur Ebenholz. Dieser, schrieb Kolman in seinen Memoiren, erwies sich als unzuverlässig. „Als Ebenholz später auf Geheiß der Komintern zur illegalen Arbeit in seine Heimatstadt Wien fuhr, unterschlug er die ihm ausgehändigten Devisen und ging in die Schweiz, wo er ein Restaurant eröffnete."[6]

Ob sich auch Gilbert Melcher, der in den zwanziger und dreißiger Jahren für die sowjetische Holzwirtschaft tätig war, während einer Argentinienreise 1937 „absetzte" oder nach Moskau zurückkehrte, wo er verhaftet worden sein soll, ist unklar.[7] Andere KPDÖ-Funktionäre aus der revolutionären Kriegsgefangenenbewegung, zum Beispiel Leopold Forst und Leopold Maresch, wurden erwiesenermaßen von den stalinistischen Repressalien erfaßt.[8] Mehr Glück hatte Josef Grün, der in Moskau die deutschsprachige Zeitung „Welt-Revolution" redigierte, in der österreichischen KP nach seiner Heimkehr speziell mit „Schulungsaktivitäten" befaßt war und 1935 nach Paris emigrierte. Grün setzte in Frankreich sogar während seiner Internierung nach Ausbruch des Zweiten Weltkrieges

---

4 Lazitch/Drachkovitch, Biographical Dictionary 205f., 281f., 286, 328f.

5 Ebd. 350.

6 Kolman 85.

7 Schafranek, Die Betrogenen 208.

8 Ebd. 185f. und 207.

seine „Parteiarbeit", insbesondere im Pressebereich, fort.[9] Bei seiner Rückkehr nach Österreich blieb er allerdings wegen gesundheitlicher Beschwerden im Hintergrund, während frühere Kriegsgefangene im Romanovimperium, beispielsweise Gottlieb Fiala und Johann Koplenig, an die Spitze der KPÖ traten. Fiala, der auch Vizepräsident des Österreichischen Gewerkschaftsbundes war, gewann 1951 als Kandidat bei der Bundespräsidentenwahl immerhin 220.000 Stimmen[10], Koplenig wurde 1946 Vorsitzender der KP, eine Funktion, die er bis 1965 erfüllte.[11]

Ganz anders verlief die politische Laufbahn von Karl Tomann, der in den zwanziger Jahren der österreichischen KP-Führung angehörte und hauptsächlich in Gewerkschaftsfragen aktiv wurde. Tomann war wiederholt in die Fraktionsstreitigkeiten unter den österreichischen Kommunisten verwickelt, hielt sich vorübergehend in der UdSSR auf, kam 1931 jedoch nach Österreich zurück, um sich hier der Sozialdemokratie anzuschließen. Die Ereignisse im Februar 1934 veranlaßten ihn jedoch auch diese Entscheidung rückgängig zu machen. Im Zweiten Weltkrieg war Tomann dann nationalsozialistischer Bürgermeister im niederösterreichischen Eichgraben an der Westbahn. 1945 wurde er von sowjetischen Truppen arretiert. Er gilt seither als verschollen; anderen Angaben zufolge soll er kurz nach seiner Verhaftung erschossen worden sein.[12] Alexander Täubler, der wie Josef Grün Redakteur der Moskauer Welt-Revolution war, ging den entgegengesetzten Weg. Ab seiner Ankunft in Wien zählte er zum linken Flügel der Sozialdemokratischen Partei. Erst nach dem Februar 1934 entschloß sich Täubler zur KP zu wechseln.[13] Unmittelbar nach der Heimkehr sprach sich im übrigen auch ein weiterer Mitarbeiter deutschsprachiger Internationalistenzeitungen in der RSFSR, Gustav Adolf Duda, für den Verbleib in der „geänderten, linker gewordenen" SP und gegen die Spaltung der Arbeiterschaft durch die Schaffung einer kommunistischen Partei aus.[14]

In Deutschland wiederum entschied sich Ernst Reuter vorerst gegen die Sozialdemokraten. Reuter nahm am Gründungskongreß der KPD teil. Wenige Jahre danach wurde er deren Generalsekretär, um schließlich Mitte der zwanziger Jahre mit den Kommunisten zu brechen und ein Vierteljahrhundert später als SP-Bürgermeister Westberlins während der sowjetischen Blockade zum „Symbol des Widerstandes" zu werden.[15] 1928 aus der KPD ausgeschlossen fand auch Hermann Osterloh als früheres Mitglied der deutschen

9 Dictionnaire Biographique 115f.; Hautmann, Rätebewegung 194f.

10 Hautmann, Rätebewegung 195; Lazitch/Drachkovitch, Biographical Dictionary 97f.

11 Volkstimme, Sondernummer „70 Jahre KPÖ" 15.

12 Lazitch/Drachkovitch, Biographical Dictionary 407f.; Dictionnaire Biographique 308f.; Hautmann, Rätebewegung 192f.; ders., Anfänge der linksradikalen Bewegung 147.

13 Dictionnaire Biographique 304f.; Hautmann, Rätebewegung 188ff.

14 Hautmann, Rätebewegung 190.

15 Leonhard 66.

Gruppe bei der RKP(b) in der SPD seine politische Heimat, für die er, nachdem er wegen seiner ablehnenden Haltung gegenüber dem Nationalsozialismus 1934 zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt worden war, nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges ebenso eintrat.[16] Ein anderer CFIG-Funktionär, der als Soldat der Hohenzollernarmee in russische Kriegsgefangenschaft geriet, war Rudolf Rothkegel. Er kehrte erst 1924 nach Deutschland zurück und wirkte von nun an vor allem im illegalen Militär-Apparat der KPD. Während des Dritten Reiches ununterbrochen in Zuchthäusern und Konzentrationslagern eingekerkert, lebte Rothkegel nach 1945 in der DDR und engagierte sich als KP- beziehungsweise SED-Repräsentant in der lokalen „Parteiarbeit".[17]

Demgegenüber schieden Führer der probolschewistischen Rußlandheimkehrer unter den Tschechen im Laufe der zwanziger Jahre aus der kommunistischen Bewegung aus. Zunächst in die Spitzengremien der KPČ und der III. Internationale gewählt wurden zum Beispiel Břetislav Hůla und Jaroslav Handlíř, der zur Sozialdemokratie übertrat und 1942 in Auschwitz umkam, als „Rechtsabweichler" aus der Partei ausgeschlossen.[18] Im gleichen Jahr wie Handlíř, exakt im Juni 1929, traf es auch Alois Muna, der dem Exekutivkomitee der Komintern und der kommunistischen Fraktion im tschechoslowakischen Parlament angehörte. Muna stellte sich gegen die unter Mithilfe Moskaus eingesetzte KP-Leitung mit Klement Gottwald an der Spitze. Er mußte daraufhin die KPČ verlassen und sammelte eine Gruppe um sich, die sich als „Leninistische Opposition" bezeichnete.[19]

Wurde solcherart das Schicksal früherer tschechischer Internationalisten maßgeblich durch Fraktionskämpfe der zwanziger Jahre mitbestimmt, traf unter anderen auch die südslawische KP-Gefolgschaft der stalinistische Terror in der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre empfindlich. Danilo Srdić und Ivan Matuzović wurden dabei gleichermaßen „repressiert" wie Vladimir Ćopić, der kurz zuvor noch im „spanischen Bürgerkrieg auf der Seite der Republikaner" militärische Kommandos innehatte.[20] Auf die „Überlebenden" wartete ebenfalls „Verfolgung und Tod". Lazar Vukicević fiel der nationalsozialistischen Schreckensherrschaft zum Opfer.[21] Nikola Kovačević ließ sich, als die KP im SHS-Königreich in die Illegalität gedrängt und verfolgt wurde, wieder in Sowjetrußland nieder, arbeitete dort im Apparat der RKP(b) sowie der Komintern und ging dann nach Spanien. Dort kämpfte er in den Internationalen Brigaden gegen Franco, flüchtete, wie viele andere, in weiterer Folge nach Frankreich, wo er zunächst interniert wurde, später untertauchte und den Weg zur „Resistance" fand. 1945 kam er, nach kurzem Aufenthalt bei sei-

16 Weber, Die Wandlung des deutschen Kommunismus, Bd. 2, 241f.

17 Ebd., Bd. 2, 264f.; Broué 1076.

18 Lazitch/Drachkovitch, Biographical Dictionary 143 und 160f.

19 Ebd. 280f.

20 Banac, South Slav Prisoners of War 144; Broué 982f.

21 Ebd.

ner Familie in der UdSSR, in das vom ehemaligen Kriegsgefangenen und kommunistisch gesinnten Rußlandheimkehrer Josip Broz-Tito[22] dominierte Jugoslawien zurück. Im Zuge der Spannungen zwischen Belgrad und Moskau wurde Kovačević 1948 von Titos Polizei verhaftet und zu zwei Jahren Zwangsarbeit verurteilt; tatsächlich blieb er aber sechs Jahre im Gefängnis, bis sich 1955 die „bilateralen Beziehungen normalisierten".[23]

Obwohl sich die Biographien der aus der revolutionären Gefangenenbewegung hervorgegangenen KP-Kader schon unmittelbar nach deren Rückkehr in den Jahren 1918 bis 1920 beträchtlich voneinander unterschieden, fühlten sich politische und militärische Entscheidungsträger unter den Gegnern Lenins durch das Auftreten der früheren Internationalisten in ihrem Argwohn bestätigt. *Männer wie Béla Kun* und seine Mitarbeiter aus der Zentralen Föderation ausländischer Sektionen bei der RKP(b) galten gewissermaßen als *„Personifizierung" des „bolschewistischen Schreckbildes"*. Was für mehrere CFIG-Mitglieder gelten mochte, wandte man in Berlin und Wien, aber auch in London, Paris und Washington auf die Majorität der Russen, Ukrainer, Polen, Deutschen, Österreicher und Ungarn „in Feindeshand" an.

Alliierte Kreise bezogen die Kriegsgefangenenproblematik nicht nur im Laufe des Jahres 1918 in ihre gegen die Sowjetrepublik gerichteten Überlegungen mit ein. Die Evakuierung ehemaliger Vierbundsoldaten aus Sibirien, Turkestan und dem Kaukasus erachteten die Westmächte als Sicherheitsrisiko für ihre fragile Friedensordnung. Heimkehrer aus dem Osten, fürchtete man, könnten in den vormaligen Gebieten des Hohenzollernreichs und der Donaumonarchie die ohnehin gespannten sozialen Verhältnisse weiter verschärfen, frühere Angehörige der Zarenarmee nach ihrer Repatriierung die Herrschaft der Moskauer Volkskommissare stärken. Manche, wie Marschall Ferdinand Foch, der Oberkommandierende aller Truppen der Entente, dachten weiter. Unterstützt von den neuen Regierungen in Mitteleuropa wollte man die russischen Kriegsgefangenen den „weißen Kräften" zuführen. Bisweilen fanden bei derlei *„antibolschewistischen Brettspielen"* auch die gegnerischen Parteien des Ersten Weltkrieges zueinander, nachdem die Armeeverwaltungen der Vierbundstaaten bereits seit der Jahreswende 1917/18 Erfahrungen in der Abwehr der „staatszersetzenden Oktoberideen" zu sammeln begannen. In Deutschland hatten die Truppenkommanden den Befehl erhalten, die Rußlandheimkehrer „ständig und unauffällig zu überwachen". In Österreich-Ungarn, das es mit einer erheblich größeren Zahl von „Rückläufern" zu tun hatte, entstand eine ebenso weitverzweigte wie kostspielige und behäbige Organisation, die sich darum bemühte, die Gedanken der aus dem ehemaligen Romanovimperium eintreffenden k.u.k. Soldaten durch eine Grenzkontrolle zu zensurie-

22 Lazitch/Drachkovitch, Biographical Dictionary 41f.

23 Ebd. 199.

ren. „Spezialisten der Bolschewismusbekämpfung“ setzten ihre Arbeit auch nach 1918 fort. Maximilian Ronge, Chef des Geheimdienstes der Habsburgerarmee, wußte seine „Kompetenz“ sowohl im Kriegsgefangenenwesen als auch im Bereich der „militärischen und politischen Aufklärung“ weit in die Zwischenkriegszeit hinein zu nutzen. Die Stäbe regulärer bewaffneter Verbände nahmen sich um die vaterländische Gesinnung jener an, die „Zeugen der Umwälzungen in Rußland“ geworden waren. Daß Reichswehroffiziere die Weltanschauung der „Repatriierten zurechtrücken“ wollten, fügte sich gleichermaßen ins Bild. Signifikanterweise machte dabei auch Adolf Hitler unter Anleitung bayrischer Heeresstellen seine ersten Gehversuche als Redner. Im Durchgangslager Lechfeld sprach er vor „den bolschewistisch und spartakistisch verseuchten, aus der Kriegsgefangenschaft zurückgekehrten deutschen Soldaten“. Seine Vorgesetzten fanden für Hitlers „antibolschewistische Vorträge“ lobende Worte und hoben sein rhetorisches Talent hervor.[24]

Indoktrinierungsversuche hinterließen allerdings bei der überwiegenden Mehrheit der Heimkehrer kaum Spuren. Distanziert verhielten sich auch die früheren „Soldaten des Zaren“, die in Deutschland, im Donauraum und am Balkan für die Sache der „Weißen“ gewonnen werden sollten. Neben dem Verhalten der Gefangenen selbst waren hierfür auch die Widersprüche innerhalb der gegen Lenin und seinen Anhang gerichteten „Front“ verantwortlich. Die heterogene russische Emigration, ohnehin uneinige Vertreter der Entente, Repräsentanten der neuen „slawischen und baltischen Nationalstaaten“ sowie die mit dem Stigma der „Weltkriegsverlierer“ gekennzeichneten Länder, allen voran Deutschland, wo nicht zuletzt die sich formierende „Rechte“ auch „Kriegsgefangenen- und Heimkehrangelegenheiten“ zu instrumentalisieren beabsichtigte, waren nur schwer zu koordinieren. Dabei zeigte sich zudem, daß einem Bündnis zwischen den ehemaligen Feinden auf den Schlachtfeldern von 1914 bis 1918 angesichts der „Roten Gefahr“ enge Grenzen gesetzt waren.

Dennoch vermochte Moskau daraus nur bedingt Vorteile zu ziehen. Die Weltrevolution ließ bislang auf sich warten. Der Enthusiasmus einiger Nachkriegsmonate wich dem Bemühen, die Blockade der RSFSR zu überwinden und wenigstens augenblicklich „traditionelle“ Kontakte zu den „Kapitalisten“ zu unterhalten. In dieser Hinsicht leistete der Gefangenenaustausch noch einmal wertvolle Dienste.

Schon im Februar 1920 bahnte sich eine Entspannung der bisherigen Situation an. England schloß mit Sowjetrußland ein *Abkommen über die Rückführung der beiderseitigen Kriegsgefangenen*, im selben Atemzug erkannte die deutsche Regierung Viktor Kopp als Leiter einer sowjetischen Repatriierungskommission in Berlin an. Noch bevor der Vormarsch der Roten Armee auf Warschau gestoppt wurde, erweiterte man die Kompeten-

24 Leidinger, Das Rückgrat des Reiches 14.

zen Kopps, während Deutschland Gustav Hilger, der mit den betreffenden Problembereichen seit längerem befaßt war, nach Moskau entsandte.[25] Ab dem 7. Juli 1920 verfügten die Abgesandten beider Länder bereits über einen gewissen diplomatischen Schutz. Die persönliche Immunität sollte gewahrt werden; überdies gestand man einander das Recht zu, einen Kurierverkehr zu unterhalten und Chiffren zu verwenden sowie gewisse konsularische Befugnisse auszuüben. Als schließlich im Jahr 1922 die deutsch-sowjetischen Beziehungen formell wieder aufgenommen wurden, hatten die Delegierten in Kriegsgefangenenfragen bereits wichtige Vorarbeiten geleistet.[26]

Ähnlich verhielt es sich auch mit den Verbindungen der Wiener Regierung zum Kreml. Österreichische Unterhändler nutzten die Anwesenheit von Viktor Kopp in Berlin, der gleich auch wirtschaftliche Überlegungen zum Thema der Unterredungen machte.[27] Um weiterreichende Übereinkünfte zu erzielen, verhandelte man in Dänemark mit Maksim Litvinov, der von Moskau alle Vollmachten besaß, eine Vereinbarung zu treffen. Die endgültige Regelung der Gefangenenrepatriierung erfolgte schließlich mit einem am 5.7.1920 in Kopenhagen geschlossenen Vertrag.[28] De facto begannen damit die 1924 offiziell anerkannten diplomatischen Beziehungen zwischen Österreich und Sowjetrußland.[29] Beide Länder hatten sich Kriegsgefangenenmissionen zugestanden. Die österreichische leitete Otto Pohl, die sowjetische wurde von Mieczysław Warszawski-Bronski angeführt, der noch im Juli 1920 in Wien eintraf.[30] Am 7.12.1921 wurde dann zwischen der russischen beziehungsweise der ukrainischen sozialistischen Sowjetrepublik auf der einen und Österreich auf der anderen Seite ein „vorläufiger" Hauptvertrag und ein Ergänzungsabkommen zur Übereinkunft von Kopenhagen geschlossen. Dadurch erhob man die beiderseitigen Missionen in den Rang von bevollmächtigten Gesandtschaften mit konsularischen Befugnissen, denen überdies Handelsvertretungen angegliedert werden sollten.[31]

25 Rosenfeld 266f.
26 Ebd.; Hilger 31ff.
27 Kreiner 143.
28 NFP, Abendblatt, Nr. 20073 (16.7.1920) 1; ÖSTA/AdR, BKA/KGF, 1922: V7; vgl. Haas, Kopenhagener Abkommen 39; Przybilovszki 243.
29 Wodak 109.
30 RCChIDNI, f. 498, op. 1, d. 2; Haider 53.
31 Haider 58–62.

FORMALES

Bis zum 1. Februar 1918 war in Rußland der Julianische Kalender gebräuchlich. Um das Datum unserer Gregorianischen Zeitrechnung zu erhalten, muß man zum julianischen Datum im neunzehnten Jahrhundert zwölf und im zwanzigsten Jahrhundert dreizehn Tage addieren.

Zeitangaben in dieser Arbeit erfolgen grundsätzlich nach dem Gregorianischen Kalender, für Ereignisse in Rußland vor dem Februar 1918 werden die Daten alten Stils in Klammern hinzugefügt.

Die Schreibweise der russischen Eigennamen folgt der slawistischen wissenschaftlichen Transliteration. Eine Ausnahme stellen Begriffe wie etwa das Wort „Sowjet" dar, das den Regeln der Transliteration folgend eigentlich „Sovet" geschrieben werden müßte. Da es sich jedoch um einen allgemein gebräuchlichen Terminus handelt, wird auf die wissenschaftliche Schreibweise verzichtet. Die Namen russischer Autoren werden hingegen im Haupttext auch dann entsprechend transliteriert, wenn sie in der verwendeten Literatur anders geschrieben werden. Demnach heißt es zum Beispiel im Haupttext Dmitrij Volkogonov, während der Name im Zitat Dimitri Wolkogonow geschrieben wird.

Abkürzungen russischer Termini wurden beibehalten, sofern sie auch die russische beziehungsweise sowjetische Fachliteratur in der gleichen Weise gebraucht.

Veränderungen von Formulierungen aus Quellen und Fachpublikationen sind durch eckige Klammern gekennzeichnet, Verweise im Text durch Kurzzitate in den Fußnoten belegt. Vollständige Angaben zu den betreffenden Materialien finden sich im Literatur- und Quellenverzeichnis. Ungekürzt wird ein Werk in den Anmerkungen nur dann wiedergegeben, wenn es der Kontext erforderlich macht.

Abschließend sei noch darauf hingewiesen, daß das „Zentrum für die Bewahrung und das Studium von Dokumenten der neuesten Geschichte" (RCChIDNI), das vielen Wissenschaftern noch als Zentrales Parteiarchiv des Marx-Engels-Lenin-Instituts beim Zentralkomitee der Kommunistischen Partei bekannt ist, im März 1999 mit dem bislang separaten Komsomol-Archiv verbunden und in „Russisches Staatsarchiv für soziale und politische Geschichte" (RGASPI) umbenannt wurde. Da themenspezifische Materialien dieser Institution im Rahmen von Forschungsaufenthalten der österreichischen Projektmitarbeiter in Moskau während der Jahre 1994 bis 1997 ausgewertet wurden, sind die betreffenden Dokumente in der vorliegenden Arbeit auch weiterhin unter der Bezeichnung „RCChIDNI" angeführt.

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

Abt.	Abteilung
a.D.	außer Dienst
AdR	Archiv der Republik
A.i.F.	Armee im Felde
AVA	Allgemeines Verwaltungsarchiv
A.R.	Administrative Registratur
AO	Akcioni odbor ujedinjene opozicije (Oppositioneller Aktionsausschuß)
AOK	Armeeoberkommando
AZ	Arbeiter-Zeitung
B.e.ö.K.	Bundesvereinigung ehemaliger österreichischer Kriegsgefangener
bh. JgB	bosnisch-herzegowinisches Jägerbataillon
BKA	Bundeskanzleramt
BMfA	Bundesministerium für Äußeres
BMfsV	Bundesministerium für soziale Verwaltung
Čeka	Črezvyčajnaja komissija po bor'be s kontrrevoljuciej i sabotažem (Sonderkommission zur Bekämpfung der Gegenrevolution und Sabotage)
Centroevak	Central'noe upravlenie po evakuacii naselenija (Zentralverwaltung für die Evakuierung der Bevölkerung)
Centroplenbež	Central'naja kollegija po delam o plennych i bežencach (Zentralkollegium für Angelegenheiten von Gefangenen und Flüchtlingen)
CFIG	Central'naja Federacija inostrannych grupp (Zentrale Föderation ausländischer Gruppen bei der RKP)
Ch.d.E.W.	Chef des Ersatzwesens
d.	delo (Akt)
DDR	Deutsche Demokratische Republik
Dep.	Departement
DlA	(Archiv zur) Dokumentation lebensgeschichtlicher Aufzeichnungen
D.Ö.	Deutschösterreich

(D)OHL	(Deutsche) Oberste Heeresleitung
Evb.	Evidenzbüro
Ev.Grp.R	Evidenzgruppe Rußland
f.	fond (Fond)
F.A.St.	Feindespropaganda-Abwehrstelle
Fasz.	Faszikel
FJB	Feldjägerbataillon
FML	Feldmarschalleutnant
FRSI	Föderation revolutionärer Sozialisten „Internationale“
GARF	Gosudarstvennyj Archiv Rossijskoj Federacii (Staatsarchiv der Russischen Föderation)
GM	Generalmajor
GO	Generaloberst
Gstb.	Generalstab
GUGŠ	Glavnoe upravlenie general'nogo štaba (Hauptverwaltung des Generalstabes)
GZNB	Gemeinsames Zentralnachweisbureau
HGM	Heeresgeschichtliches Museum (Wien)
HHStA	Haus-, Hof- und Staatsarchiv
Hk.	Heimkehr
IMRO	Innere Mazedonische Revolutionäre Organisation
IR	Infanterieregiment
IRSD	Internationale Revolutionäre Sozialdemokratie
JO	Jugoslavenski Odbor (Südslawischer Ausschuß)
JURF	Südslawische Revolutionäre Föderation
JURS	Jugoslawischer Revolutionsbund
KAP	Kriegsgefangenen-Arbeits-(beziehungsweise Arbeiter-)Partien
K.D.	Konstitucionnye Demokraty (Konstitutionelle Demokraten)
KGF oder Kgf.	Kriegsgefangene
KI	Kommunistische Internationale
k.k.	kaiserlich-königlich
KM	Kriegsministerium
KMP	Kommunisták Magyarországi Párt (Ungarländische Partei der Kommunisten)
KP	Kommunistische Partei
KP(b)U	Kommunistische Partei (Bol'ševiki) der Ukraine
KPČ	Kommunistische Partei der Tschechoslowakei

KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KP(D)Ö	Kommunistische Partei (Deutsch)Österreichs
KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion
KPQ	Kriegspressequartier
KPRl.	Kabinettsratsprotokoll
KPRP	Komunistyczna Partja Robotnicza Polski (Kommunistische Arbeiterpartei Polens)
KPSH	Komunistychna Partiia Skhidnoi Halychny (Kommunistische Partei Ostgaliziens)
Kr.	Krone
k.u.	königlich ungarisch
KÜA	Kriegsüberwachungsamt
k.u.k.	kaiserlich und königlich
LANS	Landesarbeitsnachweisstelle
Liqu. Evb.	Liquidierendes Evidenzbüro
Liqu. KM	Liquidierendes Kriegsministerium
MdI	Ministerium des Innern
MG	Maschinengewehr
Mil.K(m)do.	Militärkommando
MSzDP	Sozialdemokratische Partei Ungarns
MSzP	Magyarországi Szocialista Párt (Sozialistische Partei Ungarns)
NA	Nachrichtenabteilung
Narkomindel	Narodnyj Komissariat Inostrannych Del (Volkskommissariat für auswärtige Angelegenheiten)
ND	Nachrichtendienst
NFA	Neue Feldakten
NFP	Neue Freie Presse
NKVD	Narodnyj Komissariat Vnutrennich Del (Volkskommissariat für innere Angelegenheiten)
NÖLA	Niederösterreichisches Landesarchiv
NPA	Neues Politisches Archiv
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
NSKOV	Nationalsozialistische Kriegsopferversorgung
ÖAMG	Österreichische Alpine Montangesellschaft
Oberost	Oberkommando Ost
OHL	Oberste Heeresleitung
OKW	Oberkommando der Wehrmacht

OÖLA	Oberösterreichisches Landesarchiv
op.	opis' (Verzeichnis)
Op.Abt.	Operationsabteilung
ÖSTA	Österreichisches Staatsarchiv
ÖUlK	Österreich-Ungarns letzter Krieg
P.A.	Politisches Archiv
PLSR	Partija levych socialistov-revoljucionerov (Partei der linken Sozialisten-Revolutionäre)
Pol. Dir.	Polizeidirektion
PPS	Polska Partia Socjalistyczna (Polnische Sozialistische Partei)
Präs.	Präsidium
PSR	Partija Socialistov-revoljucionerov (Partei der Sozialisten-Revolutionäre)
Qu.Abt.	Quartiermeisterabteilung
RCCh/DNI	Rossijskij Centr Chranenija i Izučenija Dokumentov Novejšej Istorii (Russisches Zentrum für die Bewahrung und das Studium von Dokumenten der neuesten Geschichte; jetzt: „Russisches Staatsarchiv für soziale und politische Geschichte"/RGASPI)
R.e.K.	Reichsvereinigung ehemaliger Kriegsgefangener
R-Grp.	Rußland-Gruppe
RGVIA	Rossijskij gosudarstvennyj voenno-istoričeskij archiv (Russisches Staatliches Militärhistorisches Archiv)
RKP(b)	Rossijskaja Kommunističeskaja Partija (Bol'ševiki) – Kommunistische Partei Rußlands (Bol'ševiki)
ROSTA	Rossijskoe Telegrafnoe Agentstvo (Russische Telegraphenagentur)
RP	Reichspost
RRKG	Russische Rot-Kreuz-Gesellschaft
RSDRP(b)	Rossijskaja Social-demokratičeskaja Rabočaja Partija (Bol'ševiki) (Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands/Bol'ševiki)
RSFSR	Rossijskaja Sovetskaja Federativnaja Socialističeskaja Respublika (Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik)
SD	Sozialdemokratie/sozialdemokratisch
SDAP/SDAPÖ	Sozialdemokratische Arbeiterpartei
SDKPiL	Sozialdemokratie des Königreichs Polen und Litauens

SDSHS	Socijaldemokratska stranka Hrvatske i Slavonije (Sozialdemokratische Partei Kroatiens und Slawoniens)
SHS-Königreich	Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen
Sibevak	Sibirische Sektion des Centrevak
SNK/Sovnarkom	Sovet Narodnych Komissarov (Rat der Volkskommissare)
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SRy	Sozialisten-Revolutionäre
SSDP	Serbische Sozialdemokratische Partei
St.A.f.HW.	Staatsamt für Heerwesen
TKJR	Tiroler Kaiserjägerregiment
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepublik
USPD	Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands
VCIK	Vserossijskij central'nyj ispol'nitel'nyj komitet (Allrussisches Zentralexekutivkomitee)
Vikžel	Zentralbüro der Eisenbahnergewerkschaft
V.P.	voennoplennyj (Kriegsgefangener)
VRK	Voenno-revoljucionnyi komitet (Revolutionäres Militärkomitee)
WES	Westeuropäisches Sekretariat
YMCA oder VCJM	Young Men's Christian Association (Verein Christlicher Junger Männer)
ZEK	Zentralexekutivkomitee
ZK	Zentralkomitee
ZUNR	Zachidno-Ukrains'ka Narodnja Respublika (Westukrainische Volksrepublik)
10. Abt./Kgf.	10. Kriegsgefangenenabteilung (des k.u.k. Kriegsministeriums)
4. Abt./Kgf.	4. Kriegsgefangenenabteilung (des deutschösterr. Staatsamtes für Heerwesen)

QUELLEN- UND LITERATURVERZEICHNIS

UNVERÖFFENTLICHTE QUELLEN

Österreichisches Staatsarchiv (ÖSTA) – Kriegsarchiv (KA), Wien

Gruppe 2: Alte u. Neue Feldakten, AOK, Operationsabt., R-(Rußland) Grp.:
Kartons 491–493, Jänner – August 1916.
Kartons 499 und 500, Jänner – Mai 1918.

Gruppe 2: Alte u. Neue Feldakten, AOK, Operationsabt., Evidenzgrp.-R:
Kartons 783 und 794–796, Meldungen zwischen Jänner und Oktober 1918.

Gruppe 2: Alte u. Neue Feldakten, AOK, Operationsabt., Evidenzgrp.-B:
Kartons 591, 592 und 600, Rußlandberichterstattung und „Bolschewikinachrichten" 1917/18.

Gruppe 2: Alte u. Neue Feldakten, AOK, Operationsabt., Kriegsgliederungen:
Karton 74, Kriegsgefangene und Kgf.-Arbeiterkompanien 1918.

Gruppe 2: Alte u. Neue Feldakten, AOK, Operationsabt., Organisations-Grp.:
Karton 349, Organisationsgruppe 1918: Op.Nr. 111.276-111.674.

Gruppe 2: Alte u. Neue Feldakten, AOK, Operationsabt., Heimkehr-Grp.:
Kartons 358–362, Heimkehrgruppe 1918: Op.Nr. 130.001–131.816.

Gruppe 2: Alte u. Neue Feldakten, AOK, Evidenzbüro/Nachrichtenabt.:
Karton 3678, Die kommunistische Bewegung 1920–1921.
Kartons 3679 und 3680, Liquidierendes Evidenzbüro 23. Nov. 1918 – 12. Juli 1919.
Kartons 3756–3760, Gemeinsames Zentralnachweisbureau, Zensurabteilung „D" 1918.
Kartons 3789–3791, Gemeinsames Zentralnachweisbureau, Zensurabteilung „E" 1915–1918.
Karton 3818, Nachrichtenabt., Präsidium der Polizeidirektion Wien – Zensurstelle 1915–1918.
Karton 3835, Feindespropaganda-Abwehrstelle 1918–1920.
Kartons 3836 und 3836a, Vaterländische Bildungsarbeit, Vorträge für Soldaten 1918.
Kartons 3852 und 3859, Kgf.-Fürsorge, Berichte des dänischen Vizekonsuls in Irkutsk.

Karton 3861, Rot-Kreuz-Missionen, k.u.k. Kgf.-Mission in Petrograd 1918.
Karton 3862, Deutschösterreichische Kgf.-Fürsorge.

Gruppe 2: Alte u. Neue Feldakten, Neue Feldakten (NFA):
Karton 276, Qu.Abt. d. HGK Erzherzog Eugen 1916.

Gruppe 3: Zentralstellen, Territorialbehörden, Kriegsministerium (KM):
Akten der 10. Abteilung aus den Jahren 1914 und 1915.
Akten der 10. Kriegsgefangenenabteilung 1914–1918.
Akten der 14. Abteilung 1918.
Akten der liquidierenden 10. Kriegsgefangenenabteilung 1918–1920.
Kriegsministerium/Sonderreihe, Kartons 105a und 115.

Gruppe 3: Zentralstellen, Territorialbehörden, Chef des Ersatzwesens:
Akten des Archivs des k.u.k. Chefs des Ersatzwesens 1917–1918. Fasz. 19: Kriegsgefangene.

Gruppe 3: Zentralstellen, Territorialbehörden, Kriegsüberwachungsamt:
Akten des Kriegsüberwachungsamtes/Ministerialkommission im Kriegsministerium 1915–1918.

Gruppe 3: Zentralstellen, Territorialbehörden, Militärkommando Wien:
Militärkommando, Präsidiale/Heer 1917/18.

Gruppe 3: Zentralstellen, Territorialbehörden, Militärkommando Graz:
Militärkommando, Präsidiale/Heer 1917/18.
Pflichtverletzungskommission, FML Goiginger/B 217 und General Rohr/B 91.

Bestandsgruppe „Nachlässe und Sammlungen“:
Nachlaß Josef Roth von Limanowa-Lapanow B/14.
Nachlaß Maximilian Ronge B/126.
Nachlaß Heinrich von Raabl-Werner B/141.
Nachlaß Hermann Kusmanek von Burgneustätten B/1137.
Nachlaß Hornbostel E/1700.

Österreichisches Staatsarchiv (ÖSTA) – Allgemeines Verwaltungsarchiv (AVA), Wien

Inneres: Protokolle des k.k. Ministerrates 1918.

Inneres: K.k. Ministerium des Innern, Präsidium:
20. Öffentliche Sicherheit, Kundschaftsdienst, etc. 1918, Fasz. 1911 und 1931.
22. Unruhen und Exzesse 1918, Fasz. 2074–2080.

Inneres: K.k. Ministerium des Innern, Allgemein:
Karton 59, 3/1 Botschaften, Gesandtschaften, Konsulate.

Handel: Handelsministerium, Generalkommission f. Kriegs- u. Übergangswirtschaft:
Kartons 1–3, 1917–1918.
Landwirtschaft: Ackerbauministerium, Präsidium:
Kartons 580–590, Präsidium 1918.

Österreichisches Staatsarchiv (ÖSTA) – Haus-, Hof- und Staatsarchiv (HHStA), Wien

Politisches Archiv (P.A.):
Kartons 829, 831 und 833, P.A.I, Liasse Krieg 3, Rußland 1914–1918.
Karton 888, P.A.I., Liasse Krieg 7a–e, Japan 1914–1918.
Kartons 937, 939 und 940, P.A.I, Liasse Krieg 19b, Kriegsgefangene.
Kartons 1052, 1053, 1056 und 1057, P.A.I, Liasse Krieg 70, Friedenverhandlungen.
Kartons 151, 152 und 154, P.A.X, Liasse Rußland XI a, d1 und d7–12, e–h.
Administrative Registratur (A.R.):
Kartons 388, 389 und 392, A.R., F36, Krieg 1914–1918, Dep. 7, Kgf.-Hilfsaktionen.
Kartons 408, 410, 413 und 474, A.R., F36, Krieg 1914–1918, Dep. 7, Kgf. – Rußland.
Karton 432, A.R., F36, Krieg 1914–1918, Dep. 7, Kriegsgefangene – Varia.
Karton 476, A.R., F36, Krieg 1914–1918, Dep. 7, Kriegsgefangene.
Karton 530, A.R., F36, Krieg 1914–1918, Dep. 11, Rußland.

Österreichisches Staatsarchiv (ÖSTA) – Archiv der Republik (AdR), Wien

Gruppe 01: Bundesmin. f. Äußeres (BMfA), Neues Polit. Archiv (NPA), Polit. Akten:
Karton 214, Liasse Österreich 2/3, Innere Lage 1918–1922.
Karton 223, Liasse Österreich 2/4, Versammlungen und Demonstrationen 1919–1922.
Karton 228, Liasse Österreich 2/10, Politische Bewegungen 1919–1921.
Karton 229, Liasse Österreich 2/10, Politische Bewegungen – Béla Kun 1919–1920.
Karton 249, Liasse Österreich 2/25, Kommunistische Bewegung 1920–1926.
Karton 259, Liasse Österreich 3/30, Russische Kolonie in Wien 1924–1927.
Karton 278, Liasse Österreich 5/17, Sowjetische Gesandtschaft 1921–1935.
Karton 300, Liasse Österreich 10/13 und 34, Heimkehrer und Mission Berman.

Karton 374, Liasse Österreich 21/2, Heimkehr aus Westungarn.
Karton 378, Liasse Österreich 31/1, Ausländische Spionage 1919, 1931–1937.
Karton 379, Liasse Österreich 32/1, Ausweisung landfremder Elemente 1919.
Karton 401, Liasse Österreich 19/8, Österreichisch-russischer Klub 1920.
Karton 405, Liasse Österreich 2/10, Béla Kun und Genossen 1920–1937.
Karton 502, Liasse Bayern 1/3, Bewegung unter ehemaligen k.u.k. Heeresangehörigen 1919.
Karton 666, Liasse Rußland 2/11, Politische Strömungen der russischen Emigration bis 1930.
Karton 794, Liasse Ungarn 2/3, Innere Lage 1918–1919.

Gruppe 01: Bundesmin. f. Äußeres (BMfA), Neues Polit. Archiv (NPA), Präsidium:
Karton 3, Deutschösterreich 2/4, Versammlungen und Demonstrationen.
Karton 5, Deutschösterreich 2/Varia, Kommunismus und Heimkehrerversammlungen.
Karton 18, Präsidium Länder, Rußland: Kriegsgefangenenfürsorgekommission.
Karton 20, Präsidium Länder, Ungarn: Propaganda der ungarischen Räterepublik.

Gruppe 03: Bundesministerium für soziale Verwaltung (BMfsV), Sozialpolitik:
Kartons 19–21, Deutschösterreichisches Staatsamt 1918.
Kartons 22–30, Deutschösterreichisches Staatsamt 1919.

Gruppe 03: Bundesmin. f. soz. Verwaltung (BMfsV), Bundeswohnungssiedlungsamt:
Karton 2635, Deutschösterr. Staatsamt für soziale Fürsorge, Wohnungsfürsorge-Sektion.

Gruppe 03: Bundesmin. f. soz. Verwaltung (BMfsV), Kriegsbeschädigtenfürsorge:
Karton 1364, Deutschösterreichisches Staatsamt 1918.
Karton 1365–1368, Deutschösterreichisches Staatsamt 1919.

Gruppe 04: Kabinettsratsprotokolle 1919–1920.

Gruppe 04: Bundeskanzleramt (BKA), Kriegsgefangenenwesen (KGF):
Schachteln 6A und 6B, 1919: 24/8/33/41-24/36.
Schachtel 46, 1920: 3/4/10-3/10/3.
Schachtel 54, 1920: 10/2-10/28.
Schachtel 56, 1920: 10/36/30-11/14.
Schachteln 77-81, 1920: 18/51-21/9.
Schachtel 103, 1920: 33/11-35/5.
Schachteln 107–111, 1921: 2/2/10-11/1/19/4.
Schachteln 114-117, 1921: 11/7-16.
Schachtel 123, 1921: 18/11/150-18/16/1.
Schachtel 127, 1921: 19/25-21/3/14.

Schachtel 140, 1921: 28/3-28/9.
Schachtel 167 und 168, 1921: 36/1/6-42.
Schachtel 169–178, 1922: 2-39, V1-V7.
Schachtel 185, 1922: V14.

Gruppe 04: Polizeidirektion Wien (Pol. Dir. Wien), Berichte 1919–20.

Gruppe 09: Parteiarchive, Christlichsoziale Partei, Allgemein:
Karton 77, Christlichsoziale Parteileitung Wien, Korrespondenzen 1919–1921.

Gruppe 09: Parteiarchive, Christlichsoziale Partei, Parlamentsklub:
Karton 19, Klub- und Vorstandssitzungen, Protokolle 1913–1918.
Karton 20, Klub- und Vorstandssitzungen, Protokolle 1919–1922.
Karton 64, Christlichsozialer Parlamentsklub, Korrespondenzen 1910–1921.

Gruppe 09: Parteiarchive, Großdeutsche Volkspartei, Allgemein:
Karton 56, Verhandlungsschrift des politischen Ausschusses 1919.

Gruppe 09: Parteiarchive, Großdeutsche Volkspartei, Zeitungsausschnitte:
Mappe 103, Kriegs- und Zivilgefangene.

Archiv der Bundespolizeidirektion Wien

Archiv der Bundespolizeidirektion:
Schachtel St/9, Kriegsgefangenen-Transport 1916.
Schachtel St/16, Russische Botschaft, Deserteure, Kriegsgefangene 1918.
Schachtel St/19, Repatrianten-Überwachung 1917.
Schachtel 1919/1, Rückwanderer aus Rußland.
Schachtel 1919/2, Kriegsgefangene, Internierte auf Arbeit, Soldatenräte, Volkswehr.
Schachtel V/8, Inspizierung von Arbeitsstätten der Kriegsgefangenen 1917.
Schachtel V/24, Kriegsgefangenenlager-Inspizierung 1915.
Schachtel V/27, Rotes Kreuz 1915.

Schober-Archiv:
Schachtel Verschiedenes B, Volkswehr 1919, Kommunistische Bewegung 1918.
Schachtel 3, Ukraine, Versammlungen und Kundgebungen 1914–1921.
Schachtel 4/2 und 14, Notizbücher 1914–1918.
Schachtel 10, Karl Tomann.
Schachtel 28, Auswanderer nach Sowjetrußland, Aufenthalt russischer Emigranten in Wien.
Schachtel 35, Kommunistische Bewegung 1920, Neuorganisation der Staatsämter.

Schachteln 47–50, Kommunistische und russische Bewegung, Ausländer in Wien 1921–1923.
Schachtel 97, Béla Kun.

Archiv und Dokumentationszentrum der Österreichischen Arbeiterbewegung

Altes Parteiarchiv, Sozialdemokratische Parteistellen, Nachlässe:
Karton 10 und 12, Korrespondenzen von Friedrich und Viktor Adler.
Kartons 17, 19, und 22, Nachlässe von Julius Braunthal, Julius Deutsch und Paul Richter.
Altes Parteiarchiv, Sozialdemokratische Parteistellen, Organisationen:
Karton 71, Unterstützungen – Sozialdemokratischer Kriegerschutz 1919.
Altes Parteiarchiv, Sozialdemokratische Parteistellen, Organisation Wien:
Karton 78, Wiener Vorstand – Korrespondenzen 1919.
Altes Parteiarchiv, Sozialdemokratische Parteistellen, Reichsparteisekretariat:
Karton 117 und 118, Korrespondenzen des Reichsparteisekretariates 1918–1920.
Altes Parteiarchiv, Sozialdemokratische Parteistellen, Internationales Bureau:
Karton 125, Korrespondenzen 1918–1920.
Altes Parteiarchiv, Sozialdemokratische Parteistellen, Länder:
Karton 146, Landesorganisation Oberösterreich – Korrespondenzen 1910–1920.
Karton 149, Landesorganisation Steiermark – Korrespondenzen 1910–1918.
Altes Parteiarchiv, Sozialdem. Parlamentsklub, Abgeordnetenhaus 1911–1918:
Karton 3, Mappe 15 und 17, Landwirtschaft und Notstand 1911–1918.
Karton 5, Mappe 33 und 35, Ernährung und Kriegswirtschaft 1917/18.
Altes Parteiarchiv, Sozialdem. Parlamentsklub, Provisorische Nationalversammlung:
Karton 6, Mappe 2, Heerwesen 1918/19.
Altes Parteiarchiv, Sozialdem. Parlamentsklub, Konst. Nationalversammlung:
Karton 11, Mappe 16, Ausschuß für Äußeres 1919/20.
Karton 96, Mappe 131, Kriegsopfer.
Karton 103, Mappe 143 und 148, Kriegswirtschaftliche Kommission und Kommunisten.
Karton 110, Mappe 14/1, Biographische Skizzen von Otto Bauer und Gustav Adolf Duda.
Karton 113, Mappe 35/1, Otto Bauer.
Karton 148, Mappen 86–89, Klubkorrespondenzen 1918/19.

Altes Parteiarchiv, Sozialdemokratische Landesorganisation Niederösterreich:

Karton 1, Korrespondenzen 1919–1922.

Karton 5, Mappe 31, Biographien.

Altes Parteiarchiv, Soldatenräte:

Karton 1 und 2, Korrespondenzen 1919.

Altes Parteiarchiv, Militärverband der Republik Österreich:

Karton 1, Mappe 1, 2 und 7, Gesandtschaft in Moskau und ukrainisch-russische Beziehungen.

Karton 2, Korrespondenzen 1920–1922.

Karton 24, Fürsorge.

Sacharchiv:

Lade 9, Mappe 41, Oktoberrevolution 1917.

Lade 10, Mappe 20, Kommunistische Partei Österreichs bis 1933.

Personenarchiv:

Lade 19, Mappe 36, Otto Bauer.

Archiv zur Dokumentation lebensgeschichtlicher Aufzeichnungen, Wien

Unveröffentlichte Erinnerungen von: Hans Baumgartner, Adolf Gaiswinkler, Alexander Hahn, Johann Herz, Arnold Hindls, Johann Obermüllner, Gottlieb Pomberger und Julius Schaidl.

Heeresgeschichtliches Museum Wien (HGM), Plennymuseum und Bibliothek

Fried, Richard: Heimkehrwesen im Weltkrieg. (Originalmanuskript)

Ungedruckte Schriften zur Gefangenenthematik 1914–1939 (Berichte und Protokolle zur Kriegsgefangenenfürsorge, unveröffentlichte Aufzeichnungen ehemaliger Gefangener, Materialien der Bundesvereinigung ehemaliger österreichischer Kriegsgefangener).

Roth, von Limanowa-Lapanowa, Joseph Ritter: Kriegstagebuch 1914–1918.

Streeruwitz, Ernst v.: Kriegsgefangene im Weltkriege. 6 Bde. (Bd. 5 und 6 fehlen).

Tomsche, Franz: Kriegstagebuch 1914–1920. Übertragen aus drei in Kurrent geschriebenen Heften von Dr. Arnulf Weittenhiller im Jänner 1984.

Zeisel, Richard: Das Tagebuch eines Kriegsgefangenen in Sibirien 1915–1920.

Bibliothek des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes (DÖW), Wien

Koplenig, Hilde: Johann Koplenig. Maschingeschriebenes Manuskript o. J.
Reisberg, Arnold: Österreichische Kommunisten und Internationalisten im Kampfe für die Sowjetmacht in Rußland. Manuskript 1979.

Niederösterreichisches Landesarchiv, St. Pölten

Präsidialakten, Präs.-P 1915–1922.

Oberösterreichisches Landesarchiv, Linz

Bezirkshauptmannschaft Freistadt 1919: Schachtel 261, 1920: Schachtel 278.

Rossijskij Gosudarstvennyj Voenno-Istoričeskij Archiv (=RGVIA), Moskau

Fond 369, Opisi 2 und 9.
Fond 970, Opis' 3.
Fond 1343, Opisi 3, 8 und 10.
Fond 1396, Opis' 2.
Fond 1450, Opisi 3, 4 und 7.
Fond 1468, Opisi 2, 3 und 8s.
Fond 1558, Opisi 3 und 9.
Fond 1606, Opis' 2.
Fond 1720, Opis' 8.
Fond 1758, Opisi 1 und 2.
Fond 1759, Opis' 3.
Fond 1837, Opis' 1.
Fond 2000, Opisi 1, 6, 9s, 11s, 13s und 16s.
Fond 12651, Opisi 1–13
Fond 33988, Opis' 2.

Rossijskij Centr Chranenija i Izučnija Dokumentov Novejšej Istorii (=RCChIDNI), Moskau

Fond 17, Opisi 4, 86 und 109.
Fond 40, Opis' 1.
Fond 351, Opis' 2.
Fond 488, Opis'1.
Fond 495, Opisi 18, 65a, 80.
Fond 497, Opisi 1 und 2.
Fond 498, Opis' 1.
Fond 499, Opis' 1.
Fond 504, Opis' 1.
Fond 529, Opis' 1.
Fond 549, Opisi 1, 2 und 4.

Gosudarstvennyj Archiv Rossijskoj Federacii (=GARF), Moskau

Fond 130, Opis' 2.
Fond r-393, Opisi 1, 2, 4, 7 und 10.
Fond 1235, Opisi 78, 79 und 93.
Fond 1236, Opis' 1.
Fond 3333, Opisi 1, 1a, 2, 2a, 3, 4a, 5 und 7-24.
Fond 3333s, Opis' 2.

VERZEICHNISSE

Archiv vnešnej politiki Rossijskoj Federacii. Minneapolis 1995.
Fink, Manfred (Hg.): Das Archiv der Republik und seine Bestände. Teil 1: Das Schriftgut der 1. Republik und aus der Zeit von 1938 bis 1945. Wien 1993.
Grotefend, Hermann: Taschenbuch der Zeitrechnung des deutschen Mittelalters und der Neuzeit. Hannover 1983.
Inventar des Kriegsarchivs Wien. 2 Bde. Wien 1953. (= II. Serie der Publikationen des Österreichischen Staatsarchivs: Inventare österreichischer Archive VIII.
Inventare des Wiener Haus-, Hof- und Staatsarchivs. Bd. 4: Gesamtinventar des Wiener Haus-, Hof- und Staatsarchivs. Erster Band. Wien 1936. (= Inventare österreichischer Staatlicher Archive).

GEDRUCKTE QUELLEN

Dokumentensammlungen

Baumgart, Winfried/Repgen, Konrad (Hgg.): Brest Litowsk. Historische Texte. Göttingen 1969.

Berchtold, Klaus (Hg.): Österreichische Parteiprogramme 1868–1966. Wien 1967.

Böss, Otto (Hg.): Rußland-Chronik. Salzburg 1986.

Browder, Robert/Kerensky, Alexander F. (Hgg.): Russian Provisional Gouvernement. Documents. Stanford 1961.

Chwostow, W. M./Doernberg, S./Fischer, O./Kobljakow, I. K. (Hgg.): Deutsch-sowjetische Beziehungen von den Verhandlungen in Brest-Litowsk bis zum Abschluß des Rapallovertrages. Dokumentensammlung. 2 Bde. Berlin (Ost) 1967 und 1971.

Degras, Jane: Soviet Documents on foreign Policy, Bd. 1: 1917–1924. London/New York/Toronto 1951.

Dies.: The Communist International 1919–1943. Documents. Bd. 1. London 1956.

Dekrety Sovetskoj Vlasti. Bd. 1. Moskva 1957.

Dokumenty i materialy o russkich kommunističeskich gruppach v Avstrii i Vengrii v 1917–1918 gg. In: Voprosy istorii KPSS, Nr. 7, 1966.

Dokumenty vnešnej politiki SSSR. Bd. 1–3. Moskva 1957–1959. 1919 god v Vengrii. Sbornik materialov k 40-letiju vengerskoj sovetskoj respubliki. Moskva 1959.

Feigl, Erich: Kaiser Karl. Persönliche Aufzeichnungen, Zeugnisse und Dokumente. Wien/München 1984.

Hellmann, Manfred: Die russische Revolution 1917. Von der Abdankung des Zaren bis zum Staatsstreich der Bolschewiki. München 1964.

Heresch, Elisabeth: Blutiger Schnee. Die russische Oktoberrevolution in Augenzeugenberichten. Graz/Wien/Köln 1987.

Hornykiewicz, Theophil (Hg.): Ereignisse in der Ukraine 1914–1922. Deren Bedeutung und historische Hintergründe. 4 Bde. Philadelphia 1966.

Jones, David: Documents on British Relations with Russia 1917–1918 (Russia as seen in the War Cabinets Eastern Reports, Jan. 1917–Feb. 1918). In: Canadian-American Slavic Studies, Heft 2–4, 1973.

Klusacek, Christine/Stimmer, Kurt (Hgg.): Dokumentation zur österreichischen Zeitgeschichte 1918–1928. Wien/München 1984.

Koch, Klaus/Rauscher, Walter/Suppan, Arnold (Hgg.): Im Schatten von Saint-Germain. 15. März 1919 bis 10. September 1919. Wien/München 1994 (= Außenpolitische Dokumente der Republik Österreich 1918–1938, Bd. 2).

Komintern i ideja mirovoj revoljucii. Dokumenty. Moskva 1998.

Komjathy, Miklós (Hg.): Protokolle des Gemeinsamen Ministerrates der österreichisch-ungarischen Monarchie. Budapest 1966.
Krasnaja kniga VČK. Bd. 1. Moskva 1989.
Kun, Béla: On the Hungarian Soviet Republic. Budapest 1958.
Ders.: Brüder zur Sonne, zur Freiheit. Ausgewählte Reden und Artikel zur Zeit der Ungarischen Räterepublik. Budapest 1977.
Levie, Howard S.: Documents of POW. Newport 1979.
Neck, Rudolf (Hg.): Österreich im Jahr 1918. Berichte und Dokumente. München 1968.
Ders.: Arbeiterschaft und Staat im Ersten Weltkrieg 1914–1918. (A. Quellen) I. Der Staat (2. Vom Juni 1917 bis zum Ende der Donaumonarchie im November 1918). Wien 1968.
O russkich kommunističeskich gruppach v Avstrii i Vengrii v 1917–1918 gg. In: Voprosy istorii KPSS, Nr. 7, 1966, 67–69.
Pardon, Inge/Shurawljow, Waleri W. (Hgg.): Lager, Front oder Heimat. Deutsche Kriegsgefangene in Sowjetrußland 1917–1920. 2 Bde. München/New Providence/London/Paris 1994.
Riddell, J. (Hg.): Founding the Communist International. Proceedings and Documents of the First Congress: March 1919. New York 1987.
Roloff, Ernst-August: Exkommunisten. Abtrünnige des Weltkommunismus. Ihr Leben und ihr Bruch mit der Partei in Selbstdarstellungen. Mainz 1969.
Russkie internacionalisty v bor'be za vengerskuju sovetskuju respubliku 1919 g. Moskva 1972.
Sovetskaja derevnja glazami VČK – OGPU – NKVD 1918–1939. Dokumenty i materialy. 4 Bde. Bd. 1: 1918–1922. Moskva 1998.
Stenographische Protokolle des Hauses der Abgeordneten des Reichsrates (12. Wahlperiode) XXII. Session (letzte Session des Reichsrates). 30. Mai 1917 bis 12. November 1918.
Stenographische Protokolle der konstituierenden Nationalversammlung der Republik Österreich. 4. März 1919 bis 9. November 1920.
Szamuely, Tibor: Alarm. Ausgewählte Reden und Aufsätze. Berlin (Ost) 1959.
Vengerskie internacionalisty v oktjabr'skoj revoljucii i graždanskoj vojne v SSSR. Sbornik dokumentov. 2 Bde. Moskva 1968.
Weber, Hermann: Die Kommunistische Internationale. Eine Dokumentation. Hannover 1966.
Woodward, E. W./Butler, R. (Hgg.): Documents on British Foreign Policy, 1919–1939. Bd 1. Wien/München 1984.

Berichte, Denkschriften, Gesetze, Protokolle, Verordnungen, Karten und Broschüren

Al'bat, G. P.: Sbornik meždunarodnych konvencij i pravitel'stvennych rasporjaženij o voennoplennych. Moskva 1917.

Aus der Jahresrückschau der Neuen Freien Presse vom 1. Jänner 1920. In: Das Österreichische Noteninstitut 1816–1966. Teil II. Bd. 4: 1914 bis 1922. Wien 1976.

Bestimmungen für die Beistellung kriegsgefangener Arbeiter in Österreich. Wien 1916.

Bjelik, Emerich: Das Los der Kriegsgefangenen in Österreich-Ungarn. In: Österreichisch-ungarische Kriegskorrespondenz, Nr. 100, 1917, 3–5.

Bundesgesetzblatt für die Republik Österreich. Jg. 1922. 21. März 1922.

Denkschrift über die Behandlung der deutschen Kriegsgefangenen in Rußland. Zusammengestellt vom Preußischen Kriegsministerium, Abt. Kriegsgefangenenschutz. 2 Bde. o. J.

Der Erste Kongreß der Kommunistischen Internationale. Hamburg 1920.

Der zweite Kongreß der Kommunistischen Internationale. Protokoll der Verhandlungen vom 19. Juli in Petrograd und vom 23. Juli bis zum 7. August in Moskau. Petrograd 1921.

Dienstbuch J-35. Kriegsgefangenenwesen (Kgf. W.) Sammlung und Sichtung der ergangenen Erlässe. Wien 1915.

Durchführungsanweisungen zur Heimkehrerbekleidungsvorschrift. Wien 1919.

Freytag, Gustav: Karte von Sibirien (mit Kriegsgefangenenlagern). Wien 1915.

Ders.: Karten der Internierungslager im europäischen und asiatischen Rußland. Wien 1916.

Ders.: Karten der Kriegsgefangenenlager und Durchgangsstationen im europäischen und asiatischen Rußland. Wien 1916.

Generalbericht der österreichischen Gesellschaft vom Roten Kreuz (betreffs Kriegsgefangene) für das Jahr 1918.

Hilfeleistung für österreichisch-ungarische Kriegsgefangene in Rußland. Wien 1917.

Jahresbericht der Auskunftsstelle für Kriegsgefangene. Wien 1916.

Karte vom Europäischen und Asiatischen Rußland. Hamburgischer Landesverein vom Roten Kreuz. Hamburg 1916.

Lebzelter, Viktor: Kleine Rassenkunde Österreichs. In: Monatsschrift für Kultur und Politik, Heft 8, August 1936, 708–716.

Obzor Dejstvij Črezvyčajnoj Sledstvennoj Komissii s 29. Aprelja 1915 g. po 1. Janvarja 1916 g. Petrograd 1916.

Ovčinnikov, I. A.: Rossijskoe Obščestvo Krasnogo Kresta, sostojaščee pod Vysočajšim pokrovitel'stvom Eja Imperatornogo Veličestva Gosudaryni Imperatricy Marii Fedorovny. Central'noe spravočnoe bjuro voennoplennych. Petrograd 1915.

Pöch, Rudolf: Phonographische Aufnahmen in den k.u.k. Kriegsgefangenenlagern. Wien 1916 (= 41. Mitteilung der Phonogrammarchivs-Kommission der Kaiserl. Akademie der Wissenschaften in Wien).
Ders.: III. Bericht über die von der Wiener Anthropologischen Gesellschaft in den k.u.k. Kriegsgefangenenlagern veranlaßten Studien. Wien 1917.
Ders.: IV. Bericht über die von der Wiener Anthroplogischen Gesellschaft in den k.u.k. Kriegsgefangenenlagern veranlaßten Studien. Wien 1918.
Politische Chronik der österreichisch-ungarischen Monarchie. Hg. von Karl Neisser, k.k. Staatsarchivdirektor im Abgeordnetenhaus des Reichsrates. Wien 1918.
Položenie o voennoplennych. Petrograd 1914.
Pozor i neščastie vražeskogo plena. Odessa 1915.
Primavesi, Theodor: Bericht des Leiters der Zensur-Abteilung für Kriegsgefangenenkorrespondenz. Wien 1915.
Renseignements complément sur l'activité de l'Agence internationale des Prisonniers de Guerre. Genève 1916.
Reports of Delegates of the Embassy of the United States of America in St. Petersburg on the situation of the German prisoners of war and civil persons in Russia. Zürich 1917.
Sanitäre Hilfeleistung für österreichisch-ungarische Kriegsgefangene in Rußland. Aktion 1917/18.
Sedlmayr, E. C.: Zur Verwendung der Kriegsgefangenen in der Landwirtschaft. Referat im Klub der Land- und Forstwirte in Wien an dem am 19. November 1915 abgehaltenen Sprachabend. Erstattet von Prof. E. C. Sedlmayr. Sonderabdruck aus der „Wiener landwirtschaftlichen Zeitung" Nr. 1 vom 1. Jänner 1916. Wien 1916.
Sbornik ukazov i postanovlenij Vremenogo Pravitel'sta (27. 2. 1917 – 5. 5. 1917)
Sonderabdruck des Sanitätsdepartements der Österreichischen Gesellschaft vom Roten Kreuze. Wien 1917.
Spiegelfeld, Markus von: Die Auskunftsstelle für Kriegsgefangene. In: Das Rote Kreuz – Offizielles Organ der unter allerhöchsten Protektorat stehenden Österreichischen Gesellschaft vom Roten Kreuz, Nr. 1, 1916.
Ustav Vserossijskogo Popečitel'stva o plennych Slavjanach. Petrograd 1914.
Vischer, Adolf L.: Zur Psychologie der Übergangszeit. Basel 1919.
Vorschriften der „Allrussischen Regierung" (Omsk) über die Behandlung der Kriegsgefangenen. In: In Feindeshand. Die Gefangenschaft im Weltkriege in Einzeldarstellungen. Bd. 1. Wien 1931, 284f.
Wennerström, Thorsten: Besuch von Kriegsgefangenenlagern in Österreich-Ungarn. In: In Feindeshand. Die Gefangenschaft im Weltkriege in Einzeldarstellungen. Bd. 2. Wien 1931, 214–224.

Zeitungen und Zeitschriften

Allgemeine Zeitung. Czernowitz 1918.
Amstettner Zeitung 1918.
Amtsblatt der k.k. Bezirkshauptmannschaft Amstetten. 1918.
Arbeiter-Zeitung. Wien 1917–1920.
Arche. Linz 1993.
Das Kleine Blatt. 1936.
Delo Naroda. 1917.
Der Abend. Wien 1918–1919.
Der Blitz. 1919.
Der ehemalige Kriegsgefangene als Erzähler. Wien 1927.
Der freie Arbeiter. Wien 1918–1919.
Der freie Soldat. Wien 1918–20.
Der Heimkehrer. Beilage zu „Der Rote Soldat". Wien 1919.
Der Heimkehrer. Wien 1919.
Der Heimkehrer. Verbandsblatt der Reichsvereinigung ehemaliger Kriegsgefangener e.V. Berlin 1923–1937.
Der Kriegsgefangene. Wien 1919.
Der Kriegsgefangene. Monatsschrift für ehemalige Kriegs- und Zivilgefangene in der Tschechoslowakei. Reichenberg 1933–1935.
Der neue Abend. Wien 1918.
Der neue Tag. Wien 1919.
Der Plenny. Wien 1924–1938.
Der Völkerfriede. Petrograd 1918.
Der Weckruf. Wien 1918–1919.
Die Dritte Internationale. Perm' 1919–1920.
Die Fackel. Petrograd 1917–1918.
Die Kommunistische Internationale. Organ des Exekutivkomitees der kommunistischen Internationale. Berlin 1919.
Die Rote Fahne. Wien 1919–1920.
Die soziale Revolution. Wien 1919.
Die Wahrheit. Omsk 1918.
Fremden-Blatt. Wien 1919.
Gazeta voennoplennych. Moskva 1919.
Hammer und Pflug. Wien 1919–1922.
Izvestija central'noj kollegii o plennych i bežencach. Moskva 1918.

Izvestija soveta rabočich, krest'janskich i soldatskich deputatov po Moskovskoj oblasti. 1918.
Kommunismus. Zeitschrift der kommunistischen Internationale für die Länder Südosteuropas. Wien 1920/21.
Leitmeritzer Zeitung. 1919.
Linzer Tages-Post. 1915.
Linzer Volksblatt. 1918.
Mitteilungen der Auskunftsstelle für Kriegsgefangene des Gemeinsamen Zentralnachweisbureaus. Wien 1917.
Mitteilungen der Staatskommission für Kriegsgefangenen- und Zivilinterniertenangelegenheiten. Wien 1919–1920.
Nachrichten der deutschen und österreichisch-ungarischen revolutionären Arbeiter- und Bauernräte in Rußland. Moskau 1918–1919.
Nedelja. Wien 1916–1918.
Neue Freie Presse. Wien 1917–1920.
Neueste Zeitung. 1935.
Neues Wiener Journal. 1937.
Neues Wiener Tagblatt. 1933/34.
Österreichische Wehrzeitung. Wien 1920.
Pester Lloyd. Budapest 1918–1919.
Preßburger Zeitung. 1918.
Reichenberger Kriegsgefangenen-Lagerzeitung. 1916.
Reichspost. Wien 1917–1920.
Russkie Izvestija. Berlin 1915.
Salzburger Volksblatt. 1918.
Soldat und Volk. Wien 1919.
Unsere Kriegsgefangenen. Wien 1920.
Volksstimme. Wien 1988.
Welt-Revolution. Moskau 1918.

Memoiren, Tagebücher, Erinnerungen, Augenzeugenberichte

Andrassy, Julius: Diplomatie und Weltkrieg. Berlin/Wien 1920.
Aramilev: V dymu vojny. Zapiski vol'noopredeljajuščegosja (1914–1917). Moskva 1930.
Awaloff, General Fürst: Im Kampf gegen den Bolschewismus. Erinnerungen. Berlin 1920.
Babel, Isaak: Tagebuch 1920. Zürich 1998.
Bahder, Egon v.: Herden, Hirten und Herren. Durch Steppen und Städte in Turkestan.

Bailey, Frederick M.: Mission to Tashkent. Oxford/N.Y. 1992.
Balabanoff, Angelika: Erinnerungen und Erlebnisse. Berlin 1927.
Baravalle, Herman: Die Murmanbahn. In: In Feindeshand. Die Gefangenschaft im Weltkriege in Einzeldarstellungen. Bd. 1. Wien 1931, 232–234.
Bardolff, Carl von: Soldat im alten Österreich. Erinnerungen aus meinem Leben. Jena 1938.
Baumgartner, Hans: In den Karpathen gefangen. In: In Feindeshand. Die Gefangenschaft im Weltkriege in Einzeldarstellungen. Bd. 1. Wien 1931, 80–82.
Behrend, Otto: Sonne und Tod. Borsdorf bei Leipzig 1921.
Benedikt, Heinrich: Damals im alten Österreich. Erinnerungen. Wien/München 1979.
Benesch, Eduard: Aufstand der Nationen. Der Weltkrieg und die tschechoslowakische Revolution. Berlin 1928.
Birjukov, V.: V germanskom plenu (otgloski perežitogo). Saratov 1915.
Blond, Kasper: Ein unbekannter Krieg. Leipzig/Wien 1931.
Boenisch, Hermann Friedrich: Das Tor in die Freiheit. Berlin 1940.
Böhm, Wilhelm: Im Kreuzfeuer zweier Revolutionen. München 1924.
Bostunič, G. (G. Švarc): Iz vražeskogo plena. Očerki spasšegosja. Sankt Peterburg 1915.
Bothmer, Freiherr Karl von: Mit Graf Mirbach in Moskau. Tagebuch-Aufzeichnungen und Aktenstücke vom 19. April bis 24. August 1918. Tübingen 1922.
Brandl, Franz: Kaiser, Politiker und Menschen. Erinnerungen eines Wiener Polizeipräsidenten. Leipzig/Wien 1936.
Brändström, Elsa: Unter Kriegsgefangenen in Rußland und Sibirien 1914–1920. Berlin 1920.
Dies.: Die Gefangenen nach dem Tschechenumsturz. In: In Feindeshand. Die Gefangenschaft im Weltkriege in Einzeldarstellungen. Bd. 1. Wien 1931, 274.
Dies.: Das Rote Kreuz in Rußland. In: In Feindeshand. Die Gefangenschaft im Weltkriege in Einzeldarstellungen. Bd. 2. Wien 1931, 283f.
Braun, W. H.: Unter Zarenherrschaft und Sowjetstern. Erlebtes und Erschautes in Rußland und Sibirien während des Weltkrieges und der Revolution. Graz 1930.
Breithaupt, Georg: Der Kampf um's Dasein. Berlin 1919.
Breitner, Burghard: Unverwundet gefangen. Aus meinem sibirischen Tagebuch. Wien/Berlin/Leipzig/München 1922. (Eine weitere Ausgabe: Darmstadt/Leipzig 1935)
Ders.: Auf Transport. In: In Feindeshand. Die Gefangenschaft im Weltkriege in Einzeldarstellungen. Bd. 1. Wien 1931, 86.
Ders.: Bei der Marodenvisite. In: In Feindeshand. Die Gefangenschaft im Weltkriege in Einzeldarstellungen. Bd. 1. Wien 1931, 244.
Ders.: Unverwundet gefangen. In: In Feindeshand. Die Gefangenschaft im Weltkriege in Einzeldarstellungen. Bd. 1. Wien 1931, 60.

Ders.: Kriegsgefangene Ärzte in Rußland und Sibirien. In: Breitner, Burghard (Hg.): Ärzte und ihre Helfer im Weltkriege 1914–1918. Wien 1936, 410–413.

Ders.: Asiatischer Spiegel. Innsbruck 1955.

Brodde, Gustav: In russischer Gefangenschaft und die Flucht durch die Bolschewiki. Siegen 1918.

Broucek, Peter (Hg.): Ein General im Zwielicht. Die Erinnerungen Glaises von Horstenau. Bd. 1: K.u.k. Generalstabsoffizier und Historiker. Wien/Köln/Graz 1980 (= Veröffentlichungen der Kommission für neuere Geschichte Österreichs 67).

Brun, A. H.: Troublous Times. Experiences in Bolshevik Russia and Turkestan. London 1931.

Brussilow, A. A.: Meine Erinnerungen. Moskau 1983.

Bülow, Wilhelm v.: Durch Stacheldraht und Steppe. Die Flucht eines Neunzehnjährigen aus russischer Gefangenschaft. München 1937.

Butz, Adolf: Der Russe. In: In Feindeshand. Die Gefangenschaft im Weltkriege in Einzeldarstellungen. Bd. 2. Wien 1931, 168f.

Carmesin, Georg: Erlebtes und Erlauschtes aus russisch-sibirischer Kriegsgefangenschaft.

Cartellieri, Gustav : Hilfsplatz D 7 vermißt. Karlsbad 1942.

Ceconi, Karl: Meine russische Gefangenschaft. Salzburg 1919.

Czernin, Ottokar: Im Weltkriege. Berlin/Wien 1919.

Dedijer, Vladimir: Tito. Autorisierte Biographie. Berlin (West) 1953.

Deutsch, Julius: Aus Österreichs Revolution. Militärpolitische Erinnerungen. Wien 1921.

Dmitriev, V.: Dobrovolec. Vospominanija o vojne i plene. Moskva/Leningrad 1929.

Doderer, Heimito von: Das Geheimnis des Reichs. Wien 1930.

Dotsenko, Paul: The Struggle for a democracy in Siberia, 1917–1920. Eyewitness account of a contemporary. Stanford 1983.

Drexel, Karl: Wie ich gefangen wurde. In: In Feindeshand. Die Gefangenschaft im Weltkriege in Einzeldarstellungen. Bd. 1. Wien 1931, 60.

Ders.: Feldkurat in Sibirien 1914–1920. Innsbruck 1949.

Dwinger, Edwin Erich: Die Armee hinter Stacheldraht. Das sibirische Tagebuch. Jena 1938.

Ders.: Zwischen Weiß und Rot. Die russische Tragödie. Jena 1940.

Ders.: Die russische Tragödie. Jena 1940.

Ders.: Wir rufen Deutschland. Heimkehr und Vermächtnis. Jena 1932.

Dworsky, Alexander: Im Lager. In: In Feindeshand. Die Gefangenschaft im Weltkriege in Einzeldarstellungen. Bd. 1. Wien 1931, 106–108.

Dybenko, P. E.: Die Rebellen. Erinnerungen aus der Revolutionszeit. Hamburg 1923.

Ehrenstein, Leopold: Der Fall der Festung Przemysl. Der sibirische Engel Elsa Brändström. Bratislava 1937.

Epstein, Adolf: Kriegsgefangen in Turkestan. Erinnerungen. Wien 1935.

Erzberger, M.: Erlebnisse im Weltkrieg. Stuttgart/Berlin 1920.

Ettinghofer, Paul Cölestin: Nacht über Sibirien. Gütersloh 1940.

Faber, Ernst Johann: Elf Monate in russischer Kriegsgefangenschaft. In: Süddeutsche Monatshefte, Oktober 1915, 65–92.

Födermayer, Florian: Vom Pflug ins Parlament. Lebenserinnerungen eines oberösterreichischen Bauern. Braunau am Inn 1952.

Formanek, Franz: Beiträge zur Geschichte der Befreiung unserer Kriegsgefangenen in Rußland. In: In Feindeshand. Die Gefangenschaft im Weltkriege in Einzeldarstellungen. Bd. 2. Wien 1931, 366–368.

Ders.: Seuchenbekämpfung bei Kriegsgefangenen. In: Breitner, Burghard (Hg.): Ärzte und ihre Helfer im Weltkriege 1914–1918. Wien 1936, 474–478.

Gerstl, Hermine: „Eine furchtbar traurige Zeit schritt im Riesentempo vorwärts". In: Hämmerle, Christa (Hg.): Kindheit im Ersten Weltkrieg. Wien/Köln/Weimar 1993, 119–142.

Geymann, Alexander: Dem Reich der Knute entflohen. O. O. 1917.

Gilliard, Pierre: Das tragische Schicksal der Zarenfamilie. Veröffentlichungen eines Augenzeugen. Berlin 1922.

Glabischnigg, Sepp: Heimkehr zur See. In: In Feindeshand. Die Gefangenschaft im Weltkriege in Einzeldarstellungen. Bd. 1. Wien 1931, 353–356.

Goldschmidt, Waldemar: Plennyärzte. In: Breitner, Burghard (Hg.): Ärzte und ihre Helfer im Weltkriege 1914–1918. Wien 1936, 463–466.

Goltz, Rüdiger von der: Als politischer General im Osten. Finnland und Baltikum 1918/19. Leipzig 1936.

Graf, Rudolf: Gepreßt zur Roten Garde. Wien 1942.

Greil, Alfred: Die Lage der Kriegsgefangenen in Turkestan 1919. In: In Feindeshand. Die Gefangenschaft im Weltkriege in Einzeldarstellungen. Bd. 1. Wien 1931, 335 f.

Grinštejn, B. I.: V germanskom plenu 1914–1920 gg. In: Voprosy istorii, Nr. 9, 1975, 115–126.

Hahn, Georg: Kriegsgefangen in Rußland 1915–20. Mainz 1926.

Hanneken, Elsa v.: Die Tientsiner Hilfsaktion. In: In Feindeshand. Die Gefangenschaft im Weltkriege in Einzeldarstellungen. Bd. 2. Wien 1931, 266–268.

Helfferich, Karl: Der Weltkrieg. Karlsruhe 1925.

Hellen, Gustav von der: Als österreichischer Rot-Kreuz-Delegierter nach, in und von Sibirien. 1920/21.

Hentschel, Franz J.: Auf Tamerlans Spuren. Selbsterlebtes aus Turkestan und Rußland. Leitmeritz 1924.

Ders.: Russische Lagerverwaltung. In: In Feindeshand. Die Gefangenschaft im Weltkriege in Einzeldarstellungen. Bd. 1. Wien 1931, 105f.

Ders.: Die große Not. In: In Feindeshand. Die Gefangenschaft im Weltkriege in Einzeldarstellungen. Bd. 1. Wien 1931, 315.
Ders.: Die ausländischen Kommunisten in Skobelew. In: In Feindeshand. Die Gefangenschaft im Weltkriege in Einzeldarstellungen. Bd. 1. Wien 1931, 318–321.
Hephäst (= Suess, Theodor v.): In russischer Kriegsgefangenschaft. Wien 1930.
Hilger, Gustav: Wir und der Kreml. Deutsch-sowjetische Beziehungen 1918–1941. Erinnerungen eines deutschen Diplomaten. Frankfurt 1955.
Hoover, Herbert: The Memoirs. Years of Adventure 1874–1920. Bd. 1. New York 1951.
Höß, Franz: Eine Sternennacht in den Tropen. In: In Feindeshand. Die Gefangenschaft im Weltkriege in Einzeldarstellungen. Bd. 1. Wien 1931, 351f.
Ders.: Die Schanzarbeiten vom Baikalsee. In: In Feindeshand. Die Gefangenschaft im Weltkriege in Einzeldarstellungen. Bd. 1. Wien 1931, 281.
Jablonovskij, A.: Strašnaja pravda. V germanskom plenu. Moskva 1917.
Jakušev, D.: V plenu u nemcev. Sankt Peterburg 1916.
Juhl, Eduard: Wir litten für Deutschland. Schwerin 1939.
Jungbauer, Gustav: Kriegsgefangen. Budweis 1921.
Kammerlander, Franz (Hg.): Erinnerungsblätter an Turkestan. Wien 1961.
Kassowitz, Karl E.: Die Flucht um den Erdball. Leipzig 1936.
Kerenski-Memoiren. Russland und der Wendepunkt der Geschichte. Wien/Hamburg 1965.
Kern, Leopold: Die Missionen zur Heimbeförderung der Gefangenen aus Ostsibirien. In: In Feindeshand. Die Gefangenschaft im Weltkriege in Einzeldarstellungen. Bd. 2. Wien 1931, 369–374.
Ders.: Arbeit. In: In Feindeshand. Die Gefangenschaft im Weltkriege in Einzeldarstellungen. Bd. 1. Wien 1931, 227–230.
Ders.: Lagerindustrie. In: In Feindeshand. Die Gefangenschaft im Weltkriege in Einzeldarstellungen. Bd. 1. Wien 1931.
Kinsky, Nora Gräfin: Russisches Tagebuch 1916–18. Stuttgart 1976.
Kirchner, Hans: Einschiffung in Wladiwostok. In: In Feindeshand. Die Gefangenschaft im Weltkriege in Einzeldarstellungen. Bd. 1. Wien 1931, 350f.
Kirš, Ju.: Pod sapogom Vil'gelma (iz zapisok rjadovogo voennoplennogo Nr. 4925) 1914–1918. Moskva/Leningrad 1925.
Knöbl, Hans: Im Duklapaß gefangen. In: In Feindeshand. Die Gefangenschaft im Weltkriege in Einzeldarstellungen. Bd. 1. Wien 1931, 64f.
Koch, Peter: Geschichte meiner drei Fluchtversuche aus der Kriegsgefangenschaft in Sibirien. 1921.
Ders.: Meine Abenteuer in Sibirien in 5 1/2 jähriger Kriegsgefangenschaft. Salzburg 1930.

Kolman, Arnošt: Die verirrte Generation. So hätten wir nicht leben sollen. Frankfurt 1979.
Koref, Ernst: Die Gezeiten meines Lebens. Wien/München 1980.
Köstenberger, Rudolf: Mit der Roten Armee durch Russisch-Zentralasien. Graz 1925.
Ders.: Sechs Jahre in Turkestan. Graz 1926.
Ders.: Epidemie im Troitzkylager bei Taschkent. In: In Feindeshand. Die Gefangenschaft im Weltkriege in Einzeldarstellungen. Bd. 1. Wien 1931, 307.
Ders.: Erlebnisse beim Umsturz 1917 in Taschkent. In: In Feindeshand. Die Gefangenschaft im Weltkrieg in Einzeldarstellungen. Bd. 1. Wien 1931, 314 f.
Kowalewski, Victor: Vergewaltigte Menschen. Blätter aus dem Felde und der Kriegsgefangenschaft. Wien 1926.
Krasnojarsk 1919. Wien 1968.
Krist, Gustav: Pascholl Plenny! Tatsachenbericht von der russischen Kriegsgefangenschaft österreichischer Soldaten. Wien 1936.
Kröger, Theodor: Das vergessene Dorf. Vier Jahre Sibirien 1914–18. Salzburg 1951.
Kunewälder, Erwin: Meine Erlebnisse in zehnmonatiger russischer Kriegsgefangenschaft. Wien 1916.
Lehár, Anton: Erinnerungen. Gegenrevolution und Restaurationsversuche in Ungarn 1918–1921. Wien 1973.
Lerch, Gustav: Die Heimkehr. Karlsbad/Leipzig 1936.
Levin, K.: Zapiski iz plena. Moskva 1930.
Lichtenstein, Gaston: Repatriation of Prisoners of War from Siberia. Richmond 1924.
Ders.: Das Komitee des Roten Kreuzes der Vereinigten Staaten von Nordamerika zur Heimbeförderung der Gefangenen aus Sibirien. In: In Feindeshand. Die Gefangenschaft im Weltkriege in Einzeldarstellungen. Bd. 2. Wien 1931, 368f.
Littmann, Bertha/Nowak, Viktor: Die private Fürsorge für unsere Kriegsgefangenen in Rußland, Sibirien und Turkestan. In: In Feindeshand. Die Gefangenschaft im Weltkriege in Einzeldarstellungen. Bd. 2. Wien 1931, 353–362.
Lloyd George, David: War Memoirs. 6 Bde. Boston 1933–1937.
Lockhart, Robert H. Bruce: Vom Wirbel erfaßt. Bekenntnisse eines Diplomaten. Stuttgart/Berlin 1937.
Lorenz, Albert: Alte Autos – junge Liebe. Wien o. J.
Lukomski, A. S.: Erinnerungen des Generals A. S. Lukomski. Die Zeit des Europäischen Krieges. 2 Bde. Berlin 1923.
Markovits, Rodion: Sibirische Garnison. Berlin 1930.
Marye, Thomas: Nearing the End in Imperial Russia. Philadelphia 1929.
Masaryk, Thomas G.: Die Weltrevolution. Erinnerungen und Betrachtungen 1914–1918. Berlin 1925.
Maske, Franz: Schicksale rasen. Stuttgart 1931.

Mayenburg, Ruth: Blaues Blut und rote Fahne. Ein Leben unter vielen Namen. Wien/München/Zürich 1969.
Meier, Hans: Begrabene Jugend. Reichenberg 1937.
Melent'ev, S.: Žizn' i bor'ba. Vospominanija krest'janina-revoljucionera. Moskva/Leningrad 1926.
Meßner, Reinhold: Liebe in der Gefangenschaft. In: In Feindeshand. Die Gefangenschaft im Weltkriege in Einzeldarstellungen. Bd. 1. Wien 1931, 144–146.
Metternich, Tatjana (Hg.): Verschwundenes Rußland. Die Memoiren der Fürstin Lydia Wassiltschikow 1886–1919. Wien/München/Zürich/New York 1980.
Meyer, Josef C.: Neunzehn Monate in russisch-sibirischer Kriegsgefangenschaft. Köln 1916.
Mihalotzy, Käthe von: Eine Reise durch Kriegsgefangenenlager in Rußland und Turkestan. Aus dem Tagebuch einer Delegierten des österreichischen Roten Kreuzes. In: In Feindeshand. Die Gefangenschaft im Weltkriege in Einzeldarstellungen. Bd. 2. Wien 1931, 251–258.
Montandon, Georges: Schmelztiegel des Fernen Ostens. Wien 1926.
Muschka, Wilhelm: Der Legionär. Ein deutsch-tschechischer Konflikt. Von Masaryk bis Havel. Frankfurt/Wien 1995.
Ney, Karl: Volk ohne Heimat. Bilder aus den sibirischen Revolutionstagen. Graz 1923.
Noskoff, A. A.: Mit der russischen Dampfwalze. Berlin 1930.
Noulens, Joseph: Mon ambassade en Russie Sovietique 1917–1919. 2 Bde. Paris 1933.
Nowak, Viktor: Bilder aus der Erinnerung eines Austauschinvaliden. Wien 1916.
Oser, Leo: Abenteuer im Osten. Wien/Leipzig 1931.
Oseraner, Michael: Erinnerungen an deutsche Internationalisten auf der Krim. In: Zeitschrift für Militärgeschichte, 5. Jg., Heft 5, Berlin (Ost) 1967, 617–631.
Paquet, Alfons: Im kommunistischen Rußland. Briefe aus Moskau. Jena 1919.
Pizzini, Ricco: Durch! März–September 1917. Graz 1934.
Praeg, Franz: Kriegsgefangen in asiatischen Steppen. Dornbirn 1926.
Ders.: In Przemysl kriegsgefangen. In: In Feindeshand. Die Gefangenschaft im Weltkriege in Einzeldarstellungen. Bd. 1. Wien 1931, 75–78.
Prochaska, Bruno: Die Kapitulation Przemysl. In: In Feindeshand. Die Gefangenschaft im Weltkriege in Einzeldarstellungen. Bd. 1. Wien 1931, 67–72.
Ders.: Batjuschka. Ein Kriegsgefangenenschicksal. Wien 1936.
Raabl-Werner, Heinrich v.: Der Friede von Brest-Litovsk und unsere Kriegsgefangenen. In: Mitteilungen der Staatskommission für Kriegsgefangenen- und Zivilinternierten-angelegenheiten, Nr. 23/24 (24.12.1919) 2–6.
Ders.: Der Einfluß der Propaganda unter den Kriegsgefangenen in Rußland auf den Zusammenbruch Österreich-Ungarns. In: Militärwissenschaftliche und -technische Mitteilungen, 59. Jg. (1928) 775–784.

Ders.: Österreich-Ungarns offizielle Kriegsgefangenenfürsorge. In: In Feindeshand. Die Gefangenschaft im Weltkriege in Einzeldarstellungen. Bd. 2. Wien 1931, 324–331.

Ders.: Das neue Kriegsgefangenenrecht. In: In Feindeshand. Die Gefangenschaft im Weltkriege in Einzeldarstellungen. Bd. 2. Wien 1931, 432–437.

Ders.: Die Petersburger Friedensverhandlungen. In: Neues Wiener Tagblatt, Nr. 25 (26.1.1938) 6f.

Radó, Sándor: Deckname Dora. Stuttgart 1972.

Raleigh, Donald J. (Hg.): A Russian Civil War Diary. Alexis Babine in Saratov 1917–1922. London 1988.

Reed, John: Zehn Tage, die die Welt erschütterten. Berlin (Ost) 1988.

Reissner, Larissa: Die Front 1918/19. Wien 1924.

Revertera, Anna: Als Rotkreuzschwester in Rußland und Sibirien. In: In Feindeshand. Die Gefangenschaft im Weltkriege in Einzeldarstellungen. Bd. 2. Wien 1931. 244–251.

Rintelen, Anton: Erinnerungen an Österreichs Weg. München 1941.

Robien, Louis de: Russisches Tagebuch 1917–1918. Aufzeichnungen eines französischen Diplomaten in Petersburg. Stuttgart 1967.

Ronge, Max: Kriegs- und Industriespionage. Zwölf Jahre Kundschafterdienst. Wien/Leipzig 1933.

Ders.: Das Kriegsgefangenen- und Zivilinternierten-Amt und der Heimtransport der österreichischen Kriegsgefangenen. In: In Feindeshand. Die Gefangenschaft im Weltkriege in Einzeldarstellungen. Bd. 2. Wien 1931, 336–338.

Ders.: Meister der Spionage. Leipzig/Wien 1935.

Rumša, K.: Prebyvanie v germanskom plenu i geroiskij pobeg iz plena. Sankt Peterburg 1916.

Sacharov, Konstantin V.: Die verratene Armee. Berlin 1938.

Šamurin, Ju.: Dva goda v germanskom plenu. Moskva 1917.

Schlesinger, Moritz: Erinnerungen eines Außenseiters im diplomatischen Dienst. Köln 1977.

Scholz, Georg: Kriegsgefangen in Sibirien. Blätter der Erinnerung an stilles Heldentum. Berlin 1934.

Scholz, Joseph: Erinnerungen, Erlebnisse und Flucht. Aus meiner Gefangenschaft in Rußland. Münster 1923.

Schuller, Herbert: Der deutsche, österreichische und ungarische Soldatenrat in Moskau. In: In Feindeshand. Die Gefangenschaft im Weltkriege in Einzeldarstellungen. Bd. 1. Wien 1931, 299f.

Schuster, Julius: 16 Monate in russischer Kriegsgefangenschaft 1915/16. Eger 1917.

Schütt, Hans-Dieter/Stolze, Raymund (Hgg.): Alexandra – Die letzte Zarin. Briefe und Tagebücher. Frankfurt 1994.

Schwarzer, Fritz: Söldner in Sibirien. Steglitz 1932.
Serge, Victor: Beruf: Revolutionär. Erinnerungen 1901–1917–1941. Frankfurt 1967.
Skoropad'skyj, Pavlo: Erinnerungen 1917 bis 1918. Stuttgart 1999.
Smolik, Julius: Die timuridischen Baudenkmäler in Samarkand aus der Zeit Tamerlans. Wien 1929.
Stange, Werner: Heimfahrt von Wladiwostok. In: In Feindeshand. Die Gefangenschaft im Weltkriege in Einzeldarstellungen. Bd. 1. Wien 1931, 353.
Stasova, E. D.: Stranicy žizni i bor'by. Moskva 1988.
Steiner, Leopold: Skarree! Skarree! Kriegsgefangen unter Zar und Tscheka. 1930.
Stoß, Eduard: Flucht und Heimkehr über Orscha. In: In Feindeshand. Die Gefangenschaft im Weltkriege in Einzeldarstellungen. Bd. 1. Wien 1931, 342.
Streeruwitz, Ernst: Der Umsturz in Rußland und die Kriegsgefangenen. In: In Feindeshand. Die Gefangenschaft im Weltkriege in Einzeldarstellungen. Bd. 1. Wien 1931, 268f.
Ders.: Die Konferenz in Kopenhagen Oktober 1917. In: In Feindeshand. Die Gefangenschaft im Weltkriege in Einzeldarstellungen. Bd. 2. Wien 1931, 335.
Ders.: Die Kriegsgefangenenfürsorge des Heiligen Stuhles. In: In Feindeshand. Die Gefangenschaft im Weltkriege in Einzeldarstellungen. Bd. 2. Wien 1931, 275–277.
Ders.: Springflut über Österreich. Erinnerungen, Erlebnisse und Gedanken aus bewegter Zeit 1914–29. Wien/Leipzig 1937.
Ders.: Die Stockholmer Konferenz. In: In Feindeshand. Die Gefangenschaft im Weltkriege in Einzeldarstellungen, Bd. 2. Wien 1931, 277.
Strisower, Rudolf: Meine Erlebnisse in russischer Gefangenschaft und auf der Flucht aus Turkestan. Wien/Leipzig 1915.
Suchanow, Nikolaj Nikolajewitsch: 1917. Tagebuch der Russischen Revolution. München 1967.
Taube, Michael von: Der großen Katastrophe entgegen. Die russische Politik der Vorkriegszeit und das Ende des Zarenreiches (1904–1917). Erinnerungen. Berlin/Leipzig 1929.
Vanry, Frank (= Franz Weinreb): Der Zaungast. Lebenserinnerungen. Mit einer Einleitung von Helmut Konrad. Wien 1983.
Vogel, Wilhelm: Zwischen Weißen und Roten. Sibirische Erlebnisse. Berlin o. J.
Völker, Rudolf: In russischer Kriegsgefangenschaft. Waidhofen a.d. Ypps 1926.
Walesch, Michael: Erinnerungen aus schwerer Zeit 1914–1918. Hermannstadt 1936.
Weiland, Hans: Kriegsgefangenenlager Krasnojarsk. In: In Feindeshand. Die Kriegsgefangenschaft im Weltkriege in Einzeldarstellungen. Bd. 1. Wien 1931, 176–190.
Ders: Haß der Nähe. In: In Feindeshand. Die Gefangenschaft im Weltkriege in Einzeldarstellungen. Bd. 1. Wien 1931, 118.
Weltegast, Johann M.: In Maske durch Fernost. Geschichte einer abenteuerlichen Heimkehr. Berlin 1939.

Weltenwende – wir waren dabei. Erinnerungen deutscher Teilnehmer an der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution und an den Kämpfen gegen Interventen und Konterrevolutionäre 1917–1920. Berlin 1962.
Wennerström, Thorsten: Prinz Carl von Schweden. In: In Feindeshand. Die Gefangenschaft im Weltkriege in Einzeldarstellungen. Bd. 2. Wien 1931, 281f.
Ders.: Die Tätigkeit des Schwedischen Roten Kreuzes für die Kriegsgefangenen. In: In Feindeshand. Die Gefangenschaft im Weltkriege in Einzeldarstellungen. Bd. 2. Wien 1931, 291–293.
Willfort, Fritz: Turkestanisches Tagebuch. Wien/Leipzig 1930.
Wlad, Franz: Meine Flucht durchs mongolische Sandmeer. Wien 1918.
Young, Kenneth: The Diaries of Sir Robert Bruce Lockhart. Bd. 1: 1915–38. London 1973.
Zeisel, Richard: Von der Flucht eingebracht und erschossen. In: In Feindeshand.. Die Gefangenschaft im Weltkriege in Einzeldarstellungen. Bd. 2. Wien 1931, 258.
Zeutschel, Walter: Im Dienst der kommunistischen Terror-Organisation. Berlin 1931.
Zweig, Stefan: Die Welt von Gestern. Erinnerungen eines Europäers. Frankfurt 1986.

LITERATUR

Abbal, Odon: Les prisonniers de la Grande Guerre. In: Guerre mondiales et conflits contemporains. Jg. 37. Nr. 147, 1987, 5–30.
Acton, Edward/Cherniaev, Vladimir Iu./Rosenberg, William G.: Critical Companion to the Russian Revolution 1914–1921. London/Sydney/Auckland 1997.
Adibekov, G. M./Šachnazarova, E. K./Širinja, K. K.: Organizacionnaja struktura Kominterna 1919–1943. Moskva 1997.
Adler, Emanuel: Das Arbeitsrecht im Kriege. In: Hanusch, Ferdinand/Adler, Emanuel (Hgg.): Die Regelung der Arbeitsverhältnisse im Kriege. Wien/New Haven 1927, 19–167.
Adlgasser, Franz: American Individualism Abroad. Herbert Hoover, die American Relief Administration und Österreich 1919–1923. Diss. Salzburg 1992.
Adunka, Evelyn: Der ostjüdische Einfluß auf Wien. In: Bettelheim, Peter/ Ley, Michael (Hgg.): Ist jetzt hier die „wahre" Heimat? Ostjüdische Einwanderung nach Wien. Wien 1993, 77–88.
Alekseev, Grigorij/Iwanow, Evgenij: Die Gewerkschaften in der Periode des Aufbaus des Kommunismus. Berlin 1964.
Allmayer-Beck, Johann Christoph: Die Militärgeschichte in ihrem Verhältnis zur historischen Gesamtwissenschaft. In: Gersdorff, Ursula von (Hg.): Geschichte und Militärgeschichte. Wege der Forschung. Frankfurt 1974, 177–199.

Allmayer-Beck, Johann Christoph/Broucek, Peter/Rauchensteiner, Manfried: Der Erste Weltkrieg in der österreichischen Geschichtsschreibung zwischen 1914 und 1984. In: Rohwer, Jürgen (Hg.): Neue Forschungen zum Ersten Weltkrieg. Literaturberichte und Bibliographien von 30 Mitgliedstaaten der „Commission Internationale d'Histoire Militaire Comparée". Koblenz 1985, 267–285.

Altrichter, Helmut: Rußland 1917. Ein Land auf der Suche nach sich selbst. Paderborn/Wien 1997.

Aly, Götz (Hg.): Herrenmensch und Arbeitsvölker. Ausländische Arbeiter und Deutsche 1939–1945. Berlin 1986.

Anan'ev, V. I.: Položenie inostrannych voennoplennych i ich učastie v revoljucionnom dviženii v Rossii. In: Nekotorye voprosy vseobščej istorii, Vypusk 1, Čeljabinsk 1965.

Ananjew, V. I./Marajew, N.: Zur Tätigkeit der Sektion deutscher Kommunisten beim Orenburger Gouvernementskomitee der Kommunistischen Partei Rußlands (Bol'ševiki). In: Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Nr. 5/6, 1965.

Anderson, Benedict: Die Erfindung der Nation. Zur Karriere eines erfolgreichen Konzepts. Berlin 1998.

Andics, Hellmuth: Der Staat, den keiner wollte. Österreich von der Gründung der Republik bis zur Moskauer Deklaration. Wien/München/Zürich 1968. (= Österreich 1804–1975. Österreichische Geschichte von der Gründung des Kaiserstaates bis zur Gegenwart in vier Bänden. Bd. 3).

Ders.: Der Untergang der Donaumonarchie. Österreich-Ungarn von der Jahrhundertwende bis zum November 1918. Wien/München/Zürich 1976. (= Österreich 1804–1975. Österreichische Geschichte von der Gründung des Kaiserstaates bis zur Gegenwart in vier Bänden. Bd. 2).

Andrew, Christopher/Gordiewsky, Oleg: KGB. Die Geschichte seiner Auslandsoperationen von Lenin bis Gorbatschow. München 1990.

Andritsch, Johann: Die Meuterei in Judenburg. Judenburg 1968.

Anfimov: Pomešč'e chozjajstvo Rossii v gody pervoj mirovoj vojny. In: Istoričeskie zapiski, Jg. 69, 1957.

Angress, Werner T.: Die Kampfzeit der KPD. Düsseldorf 1973.

Anikanova, Tat'jana: Bestände der staatlichen Archive Rußlands zu den deutschen und sowjetischen Kriegsgefangenen, Internierten und Repressierten. In: Müller, Klaus-Dieter/Nikischkin, Konstantin/Wagenlehner, Günther (Hgg.): Die Tragödie der Gefangenschaft in Deutschland und in der Sowjetunion 1941–1956. Köln/Weimar 1998.

Anikst, A.: Stat'i i doklady za 1918–1920 po organizacii raspredelenija rabočej sily. Moskva 1921.

Antsiferov, Alexis N.: Russian Agriculture during the War. New Haven 1930.

Anweiler, O.: Die Rätebewegung in Rußland 1905–21. Leiden 1958.

Arens, Olavi/Ezergailis, Andrew: The Revolution in the Baltics: Estonia and Latvia. In: Acton, Edward/Cherniaev, Vladimir Iu./Rosenberg, William G.: Critical Companion to the Russian Revolution 1914–1921. London/Sydney/Auckland 1997, 667–678.

Assheuer, Thomas: Der Schnee von gestern. Was bleibt von der Postmoderne? Die alte Realität kehrt ins neue Denken zurück. In: Die Zeit, Nr. 34 (13.8.1998) 36f.

Auerbach, Karl: Die russischen Kriegsgefangenen in Deutschland (Vom August 1914 bis zum Beginn der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution). Diss. Potsdam 1973.

Augeneder, Sigrid: Arbeiterinnen im Ersten Weltkrieg. Lebens- und Arbeitsbedingungen proletarischer Frauen in Österreich. Wien 1987.

Avakumović, Ivan: History of the Communist Party of Yugoslavia. Aberdeen 1964.

Bachov, Na zare sovetskoj diplomatii. Organy Sovetskoj diplomatii v 1917–1922 gg. Moskva 1966.

Bacque, James: Der geplante Tod. Deutsche Kriegsgefangene in amerikanischen und französischen Lagern 1945–1946. Frankfurt 1989.

Bade, Klaus J./Oltmer, Jochen: Einführung: Aussiedlerzuwanderung und Aussiedlerintegration. Historische Entwicklung und aktuelle Probleme. In: Bade, Klaus J./Oltmer, Jochen (Hgg.): Aussiedler: deutsche Einwanderer aus Osteuropa. Osnabrück 1999, 9–51.

Bährens, Kurt: Deutsche in Straflagern und Gefängnissen der Sowjetunion. Bielefeld 1965 (= Maschke, Erich: Zur Geschichte der deutschen Kriegsgefangenen des Zweiten Weltkrieges. Bd. V/1 und V/3).

Bailey, Frederick M.: Mission to Tashkent. Oxford/New York 1992.

Bak, János M.: Die Diskussion um die Räterepublik in Ungarn 1919. In: Jahrbücher für Geschichte Osteuropas, Bd. 14, München 1966, 551–578.

Balogh, Eva S.: Nationality Problems of the Hungarian Soviet Republic. In: Völgyes, Iván (Hg.): Hungary in Revolution 1918–1919. Nine Essays. Lincoln 1971, 89–120.

Banac, Ivo: South Slav Prisoners of War in Revolutionary Russia. In: Williamson, Samuel R./Pastor, Peter (Hg.): Essays on World War I: Origins and Prisoners of War. New York 1983, 119–148.

Ders.: The Communist Party of Yugoslavia during the Period of Legality. In: Ders.: The Effects on World War I: The Class War after the Great War: The Rise of Communist Parties in East Central Europe, 1918–1921. Brooklyn 1983 (= War and Society in East Central Europe, Bd. XIII), 188–230.

Baril, Waltraud: Ernst von Streeruwitz. Ein österreichischer Politiker der Ersten Republik. Diss. Wien 1965.

Barkey, Karen/Hagen, Mark von (Hgg.): After Empire. Multiethnic Societies and Nation-Building. The Soviet Union and the Russian, Ottoman and Habsburg Empires. Boulder/Oxford 1997.

Baron, Ulrich/Müller, Hans Harald: Die „Perspektive des kleinen Mannes" in der Kriegsliteratur der Nachkriegszeiten. In: Wette, Wolfram (Hg.): Der Krieg des kleinen Mannes. Eine Militärgeschichte von unten. München/Zürich 1992, 344–362.

Ders./Ziemann, Benjamin (Hgg.): Krieg im Frieden. Die umkämpfte Erinnerung an den Ersten Weltkrieg. Frankfurt 1997.

Barrett, J. Horton: Communism's Prophet. A Study of Hitler's totalitarism and its communist offspring. New York 1957.

Bauer, Otto: Die österreichische Revolution. In: Otto Bauer. Werkausgabe. Bd. 2. Wien 1976.

Ders.: Die Nationalitätenfrage und die Sozialdemokratie. Wien [2]1924.

Baur, Johannes: Zwischen „Roten" und „Weißen" – Russische Kriegsgefangene in Deutschland nach 1918. In: Schlögel, Karl (Hg.): Russische Emigration in Deutschland 1918 bis 1941. Leben im europäischen Bürgerkrieg. Berlin 1995, 93–108.

Bayer, Georg Oswald: Gestorben im fremden Land. Ein eigenartiges Mausoleum im böhmischen Erzgebirge. In: In Feindeshand. Die Gefangenschaft im Weltkriege in Einzeldarstellungen. Bd. 2, 228–229.

Beaumont, Joan: Rank, Privilege and Prisoners of War. In: War and Society 1, 1983, 67–94.

Behrenbeck, Sabine: Zwischen Trauer und Heroisierung. Vom Umgang mit Kriegstod und Niederlage nach 1918. In: Duppler, Jörg/Groß, Gerhard P. (Hgg.): Kriegsende 1918. Ereignis, Wirkung, Nachwirkung. München 1999, 315–342.

Bell, John: The Bulgarian Communist Party from Blagoev to Zhivkov. Stanford 1986.

Benedikt, Heinrich: Damals im alten Österreich. Erinnerungen. Wien/München 1979.

Benvenuti, Franceso: The Bolsheviks and the Red Army 1918–1922. Cambridge 1988.

Ders.: The Red Army. In: Acton, Edward/Cherniaev, Vladimir Iu./Rosenberg, William G.: Critical Companion to the Russian Revolution 1914–1921. London/Sydney/Auckland 1997, 403–415.

Benz, Wolfgang/Schardt, Angelika (Hgg.), Deutsche Kriegsgefangene im Zweiten Weltkrieg. Erinnerungen von Heinz Pust, Hans Jonitz, Kurt Glaser und August Ringel. Frankfurt 1995.

Berend, Ivan/Ránki, György: Ungarns wirtschaftliche Entwicklung. In: Wandruszka, Adam/Urbanitsch, Peter (Hgg.): Die Habsburgermonarchie 1848–1918. Bd.1: Die wirtschaftliche Entwicklung. Wien 1973, 462–527.

Dies.: Die wirtschaftlichen Probleme des Donaubeckens nach dem Zerfall der österreichisch-ungarischen Monarchie. In: Plaschka, Richard Georg/Mack, Karlheinz (Hgg.): Die Auflösung des Habsburgerreiches. Zusammenbruch und Neuorientierung im Donauraum. Wien 1970. 350–365.

Berk, St. M.: The Democratic Counterrevolution. Komuch and the Civil War on the Volga. In: Canadian American Slavic Studies, Nr. 7, 1973, 443–459.

Berndt, Dietrich: Entwicklung und Konzeption des Selbstbestimmungsrechts der Völker bei Lenin. Diss. Münster 1972.

Bernstein, Eduard: Die deutsche Revolution von 1918/19. Geschichte der Entstehung und der ersten Arbeitsperiode der deutschen Republik. Herausgegeben und eingeleitet von Heinrich August Winkler und annotiert von Teresa Löwe. Bonn 1998.

Beyer, Hans: Die Revolution in Bayern 1918/19. Berlin 1982.

Beyrau, Dietrich: Militär und Gesellschaft im vorrevolutionären Rußland. Köln/Wien 1984.

Bibl, Viktor: Von Revolution zu Revolution 1848–1918. Wien/Leipzig/München 1924.

Bielka, Erich: Theodor (von) Hornbostel 1889–1973. In: Neue Österreichische Biographie. Ab 1815. Bd. 21. Wien/München 1982.

Bierod, Ralf: Der Arbeitseinsatz sowjetischer Kriegsgefangener in der Forstwirtschaft und im Güterumschlag in der Provinz Hannover 1941–1945. Unveröffentlichte Magisterarbeit. Universität Hannover 1992.

Bihl, Wolfdieter: Österreich-Ungarn und der Friede von Brest-Litovsk. Diss. Wien 1961.

Ders.: Österreich-Ungarn und der „Bund zur Befreiung der Ukraine". In: Österreich und Europa. Festgabe für H. Hantsch. Graz/Wien/Köln 1965, 505–526.

Ders.: Einige Aspekte der österreichisch-ungarischen Ruthenenpolitik 1914–1918. In: Jahrbücher für Osteuropäische Geschichte, N.F., Bd. 14, Jg. 1966, 539–550.

Ders.: Beiträge zur Ukraine-Politik Österreich-Ungarns 1918. In: Jahrbücher für die Geschichte Osteuropas, N.F., Bd. 14, Jg. 1966, 51–62.

Ders.: Das im Herbst 1914 geplante Schwarzmeer-Unternehmen der Mittelmächte. In: Jahrbücher für Osteuropäische Geschichte, N.F., 14, 1966, 362–366.

Ders.: Die österreichisch-ungarischen Dienststellen in der Ukraine 1918. In: Mitteilungen des Österreichischen Staatsarchivs, 20. Bd., Wien 1967, 379–388.

Ders.: Österreich-Ungarn und die Friedensschlüsse von Brest-Litowsk. Wien/Köln/Graz 1970.

Ders.: Die Kaukasus-Politik der Mittelmächte, Teil I: Ihre Basis in der Orient-Politik und ihre Aktionen 1914–1917. Bd. 1. Wien 1975.

Ders.: Der Weg zum Zusammenbruch – Österreich-Ungarn unter Karl I. (IV.). In: Weinzierl, Erika/Skalnik, Kurt (Hgg.): Österreich 1918–1938. Geschichte der Ersten Republik. Bd. 1. Graz/Wien/Köln 1983, 27–54.

Birman, M. A.: Bolgarskie internacionalisty v strane sovetov. In: Internacionalisty. Učastie trudjaščichsja stran central'noj i jugo-vostočnoj Evropy v bor'be za vlast' sovetov v Rossii 1917–1920 gg. Moskva 1987, 355–377.

Bogyay, Thomas von: Grundzüge der Geschichte Ungarns. Darmstadt 1990.

Böhm, Joachim: Die österreichische Sozialdemokratie im 1. Weltkrieg. Diss. Halle-Wittenberg 1964.

Böhme, Kurt W.: Die deutschen Kriegsgefangenen in sowjetischer Hand. Eine Bilanz. Bielefeld 1966 (= Maschke, Erich: Zur Geschichte der deutschen Kriegsgefangenen des Zweiten Weltkrieges. Bd. VII).

Boldyrev, J. F.: Iz istorii bor'by nemeckich internacionalistov v zaščitu molodoj Respubliki Sovetov ot vnutrennej i vnešnej kontrrevoljucii (1917–1920). In: Revoljucionnye tradicii nemeckogo proletariata i stroitel'stvo novoj socialističeskoj Germanii. Volgograd 1988.

Bonwetsch, Bernd: Rußland und der Separatfrieden im Ersten Weltkrieg. Zum Stand einer Kontroverse. In: Geschichte und Gesellschaft, Heft 1, 1977, 125–149.

Ders.: Die russische Revolution. Eine Sozialgeschichte von der Bauernbefreiung 1861 bis zum Oktoberumsturz. Darmstadt 1991.

Borkenau, Franz: The Communist International. London 1938.

Ders.: Der europäische Kommunismus. Seine Geschichte von 1917 bis zur Gegenwart. Bern 1952.

Ders.: Der russische Bürgerkrieg 1918–1921. Berlin 1954.

Borsányi, György: The Life of a Communist Revolutionary, Béla Kun. New York 1993.

Botz, Gerhard: Die kommunistischen Putschversuche 1918/19 in Wien. In: Österreich in Geschichte und Literatur, 14. Jg., Heft 1, Wien 1970, 13–23.

Ders.: Gewalt in der Politik. Attentate, Zusammenstöße, Putschversuche, Unruhen in Österreich 1918–1938. München 1983.

Boudot, Francoise: Aspects de l'histoire de la captivité. In: L'áctualité de l'histoire, 10. No. 1955, 22ff.

Brader, Eszter: Ungarn und Deutschösterreich zur Zeit der ungarischen Räterepublik. Diss. Wien 1981.

Bradley, John: Allied Intervention in Russia. London 1968.

Ders.: Die Tschechoslowakische Legion und die Haltung der Alliierten zur Auflösung der-Habsburgermonarchie. In: Plaschka, Richard/Mack, Karlheinz (Hgg.): Die Auflösung des Habsburgerreiches. Zusammenbruch und Neuorientierung im Donauraum. Wien 1970, 203–208.

Brandt, Wilhelm: Das Recht der Kriegsgefangenen. Diss. Greifswald 1919.

Brandt, Willy/Löwenthal, Richard: Ernst Reuter. Ein Leben für die Freiheit. München 1957.

Braudel, Fernand: La captivité devant l'histoire. In: Revue d'histoire de la deuxième guerre mondiale, Bd. 7, Nr. 25, Paris 1957, 3–5.

Braunthal, Julius: Otto Bauer. Wien 1961.

Ders.: Geschichte der Internationale. 2 Bde. Berlin/Bonn/Bad Godesberg 1963.

Ders.: Statt einer Einleitung. In: Otto Bauer. Werkausgabe. Bd. 2. Wien 1976, 13ff.

Brettenthaler, J./Haslauer, H.: Kriegsgefangenenlager Grödig. In: Chronik Grödig o. J., 215–223.

Briscoe, Charles H.: The POW-Problem in Russia: Justification for Allied Intervention 1918–1920. Kansas 1977.
Brook-Shepherd, Gordon: Slatin Pascha. Ein abenteuerliches Leben. Wien/München/Zürich 1972.
Broué, Pierre: Histoire de l'Internationale Communiste 1919–1943. Paris 1997.
Brovkin, Vladimir N: Behind the Frontlines of the Civil War. Political Parties and Social Movements in Russia, 1918–1922. Princeton 1994.
Bruckmüller, Ernst: Sozialstruktur und Sozialpolitik. In: Weinzierl, Erika/Skalnik, Kurt (Hgg.): Österreich 1918–1938. Geschichte der Ersten Republik. Bd. 1. Graz/Wien/Köln 1983, 381–436.
Ders.: Sozialgeschichte Österreichs. Wien/München 1985.
Buber-Neumann, Margarethe: Kriegsschauplätze der Weltrevolution. Ein Bericht aus der Praxis der Komintern 1919–1943. Stuttgart 1967.
Bulgakow, Michail: Die weiße Garde. Roman. Berlin 1992.
Buranow, Jurij/Chrustaljow, Wladimir: Die Zarenmörder. Vernichtung einer Dynastie. Berlin/Weimar 1993.
Burke, Peter: Offene Geschichte. Die Schule der „Annales". Berlin 1991.
Burks, R.V.: Die Dynamik des Kommunismus in Osteuropa. Hannover 1969.
Butz, Adolf: Der Russe. In: In Feindeshand. Die Gefangenschaft im Weltkriege in Einzeldarstellungen. Wien 1931. Bd. 2, 168f.
Carr, Edward H.: German-Soviet Relations between the Two World Wars, 1919–1939. Baltimore 1951.
Ders.: Radek's Political Salon in Berlin 1919. In: Soviet Studies, Jg. III, Nr. 4, 1952, 411–430.
Ders.: The Bolshewik Revolution 1917–23. 3 Bde. London 1953.
Ders.: Was ist Geschichte? Stuttgart 1963.
Carroll, E. Malcolm: Soviet Communism and Western Opinion 1919–1921. Chapel Hill 1965.
Čech, Viteslav: Russkie voennoplennye v Čechoslovakii v 1918–1920 gg. In: Istorija SSSR, Nr. 1, 1971, 151ff.
Cerepnina, I. D.: Inostrannye Kommunističeskie gruppy v Sovetskoj Rossii i ich dejatel'nost' (1918–1920). In: Proletarskij internacionalizm – boevoe znamja Kommunističeskoj Partii. Moskva 1959.
Chamberlin, William Henry: Die russische Revolution 1917–1921. 2 Bde. Frankfurt 1958.
Channon, John: Siberia in revolution and civil war, 1917–1921. In: Wood, Alan: The History of Siberia. London 1991.
Chil'čenko, M. P.: Internacionalisty v Ekaterinburge v period Velikoj Oktjabr'skoj socialističeskoj Revoljucii i Graždanskoj Vojny. In: Partijnye organizacii vo glave bor'by za razgrom interventov i belogvardejcev 1918–1920. Sverdlovsk 1984, 42–49.

Cicak, Fedor I.: The Communist Party of Yugoslavia between 1919–1924. An Analysis of its Formative Process. Phil. Diss. Indiana 1965.

Cinella, Ettore: The Tragedy of the russian Revolution. Promise and Default of the Left Socialist Revolutionaries in 1918. In: Cahiers du monde russe, Vol. 38, No 1/2. Janvier-Juin 1997, 45–82.

Claudin, F.: The Communist Movement. From Comintern to Cominform. Harmondsworth 1975.

Claus, Rudolf: Die Kriegswirtschaft Rußlands bis zur bolschewistischen Revolution. Bonn/Leipzig 1922.

Cole, Laurence: Editorial für Militär, Krieg, Staat, Gesellschaft. In: Österreichische Zeitschrift für Geschichtswissenschaften, 9. Jg., Heft 1, 1998, 5–8.

Conrad, Christoph/Kessel, Martina (Hgg.): Geschichte schreiben in der Postmoderne. Beiträge zur aktuellen Diskussion. Stuttgart 1994.

Corni, Gustavo: Die Bevölkerung von Venetien unter der österreichisch-ungarischen Besetzung 1917/18. In: Zeitgeschichte, 17. Jg., Heft 7/8, 1990, 311–328.

Courtois, Stéphane/Werth, Nicolas/Panné, Jean-Louis/Paczkowski, Andrzej/Bartosek, Karl/Margolin, Jean-Louis: Das Schwarzbuch des Kommunismus. Unterdrückung, Verbrechen und Terror. München/Zürich 1998.

Cramer, Renée M.: Repatriation of POW from the Eastern Front after the War of 1914–1918 (1919–1922). In: Revue internationale de la Croix Rouge. Jg. XXVI, 1944, 309ff.

Czeike, Felix: Wirtschafts- und Sozialpolitik der Gemeinde Wien in der Ersten Republik (1919–1934). Zwei Teile. Wien 1958/59.

Dacy, Donald Alvin: The White Russian Movement. A study of the Failure of Counter-Revolution 1917–1920. Austin 1972.

Dallin, David J.: Die Sowjetspionage. Prinzipien und Praktiken. Köln 1956.

Daniel, Ute: Arbeiterfrauen in der Kriegsgesellschaft. Beruf, Familie und Politik im Ersten Weltkrieg. Göttingen 1989.

Daniels, Robert V.: Das Gewissen der Revolution. Kommunistische Opposition in der Sowjetunion. Berlin 1978.

Daniloff, Jurij N.: Rußland im Weltkriege 1914–1915. Jena 1925.

Ders.: Dem Zusammenbruch entgegen. Ein Abschnitt aus der letzten Epoche der russischen Monarchie. Hannover 1928.

Danilov, V. A.: Inostrannye trudjaščiesja – internacionalisty na Urale i v Sibiri 1917–1919 gg. Diss. Tjumen' 1987.

Danilow, W. A.: Über die Tätigkeit der deutschen Sektionen der KPR(B) in Sibirien in den Jahren 1919–1921. In: Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, 12. Jg., H. 1, Berlin (Ost) 1970, 98–105.

Daskevič, Ja. R.: Galicni-internacionalisti u radjanskomu turkestani v sbitli novosnajde-

nich dzerel 1917–1920 rr. In: Istoricni dzerela ta ich vikopistannja. Vipusk tretij. Kiiv 1968, 91–116.

Davis, Gerald H.: Prisoners of War in Twentieth-Century Economies. In: Journal of Contemporary History, Nr. 12, 1977, 623–634.

Ders.: Deutsche Kriegsgefangene im Ersten Weltkrieg in Rußland. In: Militärgeschichtliche Mitteilungen. Nr. 1, Freiburg 1982, 37–49.

Ders.: The Life of Prisoners of War in Russia, 1914–1921. In: Williamson, Samuel R./Pastor, Peter (Hgg.): Essays on World War I: Origins and Prisoners of War. New York 1983, 163–198.

Ders.: Prisoners of War Camps as Social Communities in Russia, Krasnojarsk 1914–1921. In: East European Quarterly, Jg. 21, Nr. 2, 1987, 147–163.

Ders.: National Red Cross Societies and Prisoners of War in Russia, 1914–1918. In: Journal of Contemporary History, Bd. 28, Nr. 1, 1993, 31–52.

Deacon, Richard: A History of the Russian Secret Service. London 1972.

Deák, Istvan: Budapest and the Hungarian Revolutions of 1918–1919. In: The Slavonic and East European Review, Vol. 46, No. 106, London. January 1968, 169–140.

Ders.: The Decline and Fall of Habsburg Hungary, 1914–1918. In: Völgyes, Iván (Hg.): Hungary in Revolution 1918–1919. Nine Essays. Lincoln Neb. 1971, 10–30.

Ders.: Der k.(u.)k. Offizier 1848–1918. Wien 1995.

Debo, Richard K.: Survival and Consolidation. The Foreign Policy of Soviet Russia, 1918–1921. London/Buffalo 1992.

Dellin, L. A. D.: Bulgaria. In: Sworakowski, Witold S.: World Communism. A Handbook 1918–1965. Stanford 1973, 42–47.

Demel, Rudolf: Die moralischen Pflichten des Arztes in der Kriegsgefangenschaft. In: Ärzte und ihre Helfer im Weltkriege 1914–1918. Wien 1936.

Deuring, Hermann: Karl Drexel. In: Neue Österreichische Biographie. Ab 1815. Bd. XII. Zürich/Leipzig/Wien 1957, 140–149.

Deutsch, Franz: Die Lage der österreichischen Arbeiterschaft im Ersten Weltkrieg,.Diplomarbeit Wien 1978.

Dictionnaire Biographique du Mouvement Ouvrier International. I. Autriche. Paris 1971.

Dietrich, Elisabeth: Feindbilder und Ausgrenzung als Fragmente der politischen Radikalisierung in Tirol. In: Konrad, Helmut/Schmidlechner, Karin M. (Hgg.): Revolutionäres Potential in Europa am Ende des 1. Weltkrieges. Die Rolle von Strukturen, Konjunkturen und Massenbewegungen. Wien/Köln 1991, 157–171.

Dies.: Der andere Tod, Seuchen, Volkskrankheiten und Gesundheitswesen im Ersten Weltkrieg. In: Eisterer, Klaus/Steininger, Rolf (Hg.): Tirol und der Erste Weltkrieg. Innsbruck 1995, 255–275.

Diner, Dan: Das Jahrhundert verstehen. Eine universalhistorische Deutung. München 1999.
Dittlbacher, Fritz: Krawalle, Revolten, Revolutionen. Die russische Februarrevolution 1917 in ausgewählten österreichischen Tageszeitungen. Diplomarbeit Wien 1989.
Ders.: Die Revolution auf dem Lande. Russische revolutionäre Ideen in der österreichischen Novemberrevolution am Beispiel oberösterr. Landgemeinden und Kleinstädte. Diss. Wien 1992.
Dix, Rudolf: Deutsche Internationalisten bei der Errichtung und Verteidigung der Sowjetmacht 1917–1921. In: Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, 8. Jg., Heft 3, Berlin 1966, 491–506.
Dobson, Christopher: The Day We Almost Bombed Moscow. The Allied War in Russia. London 1986.
Doderer, Heimito: Das Geheimnis des Reichs. Roman aus dem russischen Bürgerkrieg. Wien 1930.
Doegen, Wilhelm (Hg.): Kriegsgefangene Völker, Bd. 1: Der Kriegsgefangene. Haltung und Schicksal in Deutschland. Berlin 1921.
Doliner, Hans: Das Land Kärnten im Weltkrieg 1914–1918. Diss. Innsbruck 1951.
Doppelbauer, Wolfgang: Zum Elend noch die Schande. Das altösterreichische Offizierskorps am Beginn der Republik. Wien 1988.
Drachkovitch, Milorad M.: Yugoslavia. In: Sworakowski, Witold S.: World Communism. A Handbook 1918–1965. Stanford 1973, 503–513.
Droz, Jacques (Hg.): Geschichte des Sozialismus. Band XII: Der Sozialismus in Ungarn, Österreich, der Tschechoslowakei, Belgien, Holland, der Schweiz, Polen und den Balkanstaaten. Frankfurt/Berlin/Wien 1978.
Dziewanowski, M. K.: The Communist Party of Poland. An Outline of History. Cambridge/Mass. 1959.
Eckart, Wolfgang U.: „Der größte Versuch, den die Einbildungskraft ersinnen kann". Der Krieg als hygienisch-bakteriologisches Laboratorium und Erfahrungsfeld. In: Eckart, Wolfgang U./Gradmann, Christoph (Hg.): Die Medizin und der Erste Weltkrieg. Pfaffenweiler 1996, 299–318.
Eckelt, Frank: The Internal Policies of the Hungarian Soviet Republic. In: Völgyes, Iván (Hg.): Hungary in Revolution 1918–1919. Nine Essays. Lincoln Neb. 1971, 61–88.
Egger, Rainer: Spanien und Österreich-Ungarn – militärische Beziehungen und Kriegsgefangenenwesen im Ersten Weltkrieg. In: Wiener Geschichtsblätter, 52. Jg., Heft 3, 1997, 141–156.
Eigentler, Ernst: Tirol im Inneren während des Ersten Weltkrieges von 1914–1918. Diss. Innsbruck 1954.
Eliseeva, Natal'ja: Die NKVD-Begleittruppen für Kriegsgefangenentransporte. In: Müller,

Klaus Dieter/Nikischkin, Konstantin/Wagenlehner, Günther (Hgg.): Die Tragödie der Gefangenschaft in Deutschland und der Sowjetunion. Köln/Weimar 1998, 69–81.

Elsner, Lothar: Zu den Auseinandersetzungen zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn über die Saisonarbeiterfrage während des Ersten Weltkrieges. In: Wissenschaftliche Zeitschrift der Universität Rostock, Nr. 18, 1969, 101–108.

Ensen, B.: Missija Datskogo krasnogo kresta v Rossii. In: Otečestvennaja istorija, Nr. 1, 1997, 27–41.

Epstein, Fritz T.: Außenpolitik in Revolution und Bürgerkrieg 1917–1920. In: Geyer, Dietrich (Hg.): Osteuropa-Handbuch. Sowjetunion. Außenpolitik 1917–1955. Köln/Wien 1972, 86–149.

Erinnerungen an den Großen Oktober. Erinnerungen ehemaliger rumänischer Freiwilliger in der Roten Armee an die Große Sozialistische Oktoberrevolution und den Bürgerkrieg 1917–1922. Bukarest 1957.

Ernst, August: Geschichte des Burgenlandes. Wien/München 1991.

Esch, Michael G.: Von Verbündeten zu Kriegsgefangenen: das russische Kontingent in Frankreich und der Kriegsaustritt der Sowjetunion. In: Krumeich, Gerd (Hg.): Versailles 1919: Ziele-Wirkung-Wahrnehmung. Essen 2001, 211–224.

Etschmann, Wolfgang: Die Südfront 1915–1918. In: Eisterer, Klaus/Steininger, Rolf (Hgg.): Tirol und der Erste Weltkrieg. Innsbruck 1995, 27–60.

Evans, Richard J.: Fakten und Fiktionen. Über die Grundlagen historischer Erkenntnis. Frankfurt/New York 1998.

Evzerov, Robert: Die sowjetische Historiographie und die deutschen und österreichischen Kriegsgefangenen-Internationalisten. In: Zeitgeschichte, 25. Jg., Heft 11/12, Nov./Dez. 1998, 343–347.

Ezergailis, Andrew: The Latvian Impact on the Bolshevik Revolution: The First Phase, September 1917 to April 1918. Boulder 1983.

Farkas, Márton: Die politische Erziehungsarbeit in der Armee am Ende des Ersten Weltkrieges. In: Plaschka, Richard Georg/Mack, Karzlheinz (Hgg.): Die Auflösung des Habsburgerreiches. Zusammenbruch und Neuorientierung im Donauraum. Wien 1970, 266–269.

Feinstein, Elaine: Marina Zwetajewa. Eine Biographie. Frankfurt am Main 1993.

Feldl, Peter: Das verspielte Reich. Die letzten Tage Österreich-Ungarns. Wien/Hamburg 1968.

Fellner, Fritz: Die Stadt in der Stadt. Die Kriegsgefangenenlager in Freistadt 1914–1918. In: Oberösterreichische Heimatblätter, 43. Jg., Heft 1, 1989, 3–32.

Fel'štinskij, Jurij: Krušenie mirovoj revoljucii. Bd. 1: Brestskij mir. Oktjabr' 1917 – Nojabr' 1918. London 1991.

Ferguson, Niall: Der falsche Krieg. Der Erste Weltkrieg und das 20. Jahrhundert. Stuttgart 1999.

Ferro, Marc: Nikolaus II. Der letzte Zar. München 1990.
Fest, Joachim C.: Hitler. Eine Biographie. Frankfurt/Berlin 1987.
Fic, Vistor M.: The Bolsheviks and the Czechoslovak Legion. New Delhi 1978.
Figes, Orlando: Peasant Russia, Civil War. The Volga Countryside in Revolution (1917–1921). London 1989.
Ders.: Die Tragödie eines Volkes. Die Epoche der russischen Revolution 1891–1924. Berlin 1998.
Fischer, Kurt: Deutsche Truppen und Entente-Intervention in Südrußland 1918/19. Boppard 1973.
Fischer, Ralph T.: The Comintern in Russian Foreign Policy, 1919–1923. Berkeley 1948.
Fitzpatrick, Sheila: The Civil War as a Formative Experience. In: Gleason, A. u. a. (Hgg.): Bolshevik Culture. Experiment and Order in the Russian Revolution. Bloomington 1985, 57–76.
Flandorfer, Elisabeth: Rudolf Slatin. Pascha und Baron. Diss. Wien 1971.
Fogarassy, László: The Eastern Campaign of the Hungarian Red Army, April 1919. In: Pastor, Peter (Hg.): Revolutions and Interventions in Hungary and its Neighbor States, 1918–1919. Boulder/New Jersey/New York 1988 (= War and Society in East Central Europe, Bd. XX), 31–54.
Foglesong, David S.: America's secret war against Bolshevism. United States intervention in the Russian Civil War, 1917–1920. Chapel Hill u. a. 1995.
Fooks, Herbert C.: Prisoners of War. Baltimore 1924.
Footman, David: Civil War in Russia. New York/London 1961.
Forstner, Franz: Przemyśl. Österreich-Ungarns bedeutendste Festung. Wien 1987.
Fowkes, F. B. M.: The Origins of Czechoslovak Communism. In: Banac, Ivo (Hg.): The Effects on World War I: The Class War after the Great War: The Rise of Communist Parties in East Central Europe, 1918–1921. Brooklyn 1983 (= War and Society in East Central Europe, Bd. XIII), 53–84.
Frank, Pierre: Geschichte der Kommunistischen Internationale 1919–1943. Bd. 1. Frankfurt 1981.
Fraydenegg-Monzello, Dorothea: Die Aufzeichnungen des Sektionschefs im Ackerbauministerium Anton Freiherr von Pantz. Memoirenliteratur als Quelle für den Historiker. Diplomarbeit Graz 1990.
Freymond, J.: Guerres, Revolutions, Croix-Rouge. Genève 1976.
Friedlander, Henry: The German Revolution of 1918. New York 1992.
Friedländer, Saul: Die Juden in der europäischen Geschichte. München 1992.
Fries, Helmut: Die große Katharsis. Der Erste Weltkrieg in der Sicht deutscher Dichter und Gelehrter. Bd. 2: Euphorie – Entsetzen – Widerspruch: Die Schriftsteller von 1914–1918. Konstanz 1995.

Führ, Christoph: Das k.u.k. Armeeoberkommando und die Innenpolitik in Österreich 1914–1917. Graz 1968.
Fülberth, Georg: Der große Versuch. Geschichte der Kommunistischen Bewegung und der sozialistischen Staaten. Köln 1994.
Furet, François: Das Ende der Illusion. Der Kommunismus im 20. Jahrhundert. München/Zürich 1996.
Gallinger, August: Vom unbekannten Heldentum deutscher Gefangener in Feindesland. In: Jost, Walter/Felger, Friedrich (Hgg.): Was wir vom Weltkrieg nicht wissen. Leipzig 1936, 432f.
Gamreckij, J.: Sovety Ukrainy – zaščitniki interesov voennoplennych. In: Učastie trudjaščichsja zarubežnych stran v Oktjabr'skoj Revoljucii. Moskva 1967, 119–130.
Garamvölgyi, Judit: Betriebsräte und sozialer Wandel in Österrreich 1919–1920. Studien zur Konstituierungsphase der österreichischen Betriebsräte. Wien 1983.
Garrett, Richard: Prisoners of War. Newton Abbot/London 1981.
Gatterbauer, Helga Roswitha: Arbeitseinsatz und Behandlung der sowjetischen Kriegsgefangenen in der Ostmark während des Zweiten Weltkrieges. Diss. Salzburg 1975.
Gautschi, Willi: Lenin als Emigrant in der Schweiz. Zürich/Köln 1973.
Gaworek, Norbert H.: Allied Economic Warfare against Soviet Russia from November 1917 to March 1921. Diss. Wisconsin 1970.
Gellner, Ernest: Nations and Nationalism. Oxford 1983.
Ders.: Nationalismus. Kultur und Macht. Berlin 1999.
Geyer, Dietrich: Die Russische Revolution. Göttingen 1985.
Geyer, Michael: Gewalt und Gewalterfahrung im 20. Jahrhundert – Der Erste Weltkrieg. In: Spilker, Rolf/Ulrich, Bernd (Hgg.): Der Tod als Maschinist. Der industrialisierte Krieg 1914–1918. Eine Ausstellung des Museums Industriekultur Osnabrück im Rahmen des Jubiläums „350 Jahre Westfälischer Friede". Osnabrück 1998, 241–257.
Glaubauf, Karl: Die Volkswehr 1918–1920 und die Gründung der Republik. Wien 1993.
Glock, Robert: Die österreichische Sozialdemokratie und der Weltkrieg. Wien 1951.
Goeken, Ulrike: Von der Kooperation zur Konfrontation. Die sowjetischen Repatriierungsoffiziere in den westlichen Besatzungszonen: In: Müller, Klaus-Dieter/Nikischkin, Konstantin/Wagenlehner, Günther (Hgg.): Die Tragödie der Gefangenschaft in Deutschland und in der Sowjetunion 1941–1956. Köln/Weimar 1998, 315–334.
Goldbach, Marie-Luise: Karl Radek und die deutsch-russischen Beziehungen 1918–23. Bonn/Bad Godesberg 1973.
Goldinger, Walter: Der Staatsrat 1918/19. In: Ackerl, Isabella/Neck, Rudolf (Hgg.): Österreich im November 1918. Die Entstehung der Republik. Wien 1986. (= Wissenschaftliche Kommission zur Erforschung der Geschichte der Republik Österreich. Veröffentlichungen Bd. 9)

Golinkow, David: Fiasko einer Konterrevolution. Das Scheitern antisowjetischer Verschwörungen in der UdSSR (1917–1925). Berlin (Ost) 1982.

Golovin, Nikolaj N.: The Russian Army in the World War. New Haven 1931.

Gosztony, Peter: Die rote Armee. Geschichte und Aufbau der sowjetischen Streitkräfte seit 1917. Wien/München/Zürich/New York 1980.

Grandner, Margarete: Kooperative Gewerkschaftspolitik in der Kriegswirtschaft. Die freien Gewerkschaften Österreichs im ersten Weltkrieg. Wien/Köln/Weimar 1992.

Grasmug, Rudolf: 8 Jahrhunderte Feldbach. 100 Jahre Stadt. Feldbach 1984.

Graždanskaja vojna i voennaja intervencija v SSSR. Enciklopedija. Moskva 1987.

Graždanskaja vojna v Rossii: Perekrestok mnenij. Moskva 1994.

Graždanskaja vojna v SSSR. Bd. 1–2. Moskva 1980–1986.

Grochtmann, Franz Ulrich: Anarchosyndikalismus, Bolschewismus und Proletkult in der Tschechoslowakei 1918–1924. Der Dichter Stanislav Kosta Neumann. München 1979.

Gronsky, Paul P./Astrov, Nicholas J.: The War And The Russian Government. New Haven 1929.

Gross, Hellmut: Selbstverwaltung und Staatskrise in Rußland 1914–1917. Macht und Ohnmacht von Adel und Bourgeoisie am Vorabend der Februarrevolution. In: Forschungen zur osteuropäischen Geschichte, Nr. 28, 1981, 205–381.

Gruber, Helmut: International Communism in the Era of Lenin. A Documentary History. New York 1967.

Gschwendtner, Andrea: Als Anthropologe im Kriegsgefangenenlager – Rudolf Pöchs Filmaufnahmen im Jahre 1915. In: Wissenschaftlicher Film, Nr. 42, April 1991, 105–118.

Gulick, Charles A.: Österreich von Habsburg bis Hitler. Bd. 1. Wien 1948.

Haas, Hanns: Das Kopenhagener Abkommen. In: Österreichische Osthefte, 22. Jg., Heft 1, Wien 1980, 32–54.

Ders.: Österreichisch-sowjetische Beziehungen in der Zwischenkriegszeit. In: Österreich und die Sowjetunion 1918–1955. Beiträge zur Geschichte der österreichisch-sowjetischen Beziehungen. Herausgegeben von der Historikersektion der Österreichisch-Sowjetischen Gesellschaft. Wien 1984, 21–37.

Ders.: Otto Bauer und die Sowjetunion. In: Österreich und die Sowjetunion 1918–1955. Beiträge zur Geschichte der österreichisch-sowjetischen Beziehungen. Herausgegeben von der Historikersektion der Österreichisch-Sowjetischen Gesellschaft. Wien 1984, 75–91.

Haffner, Sebastian: Von Bismarck zu Hitler. Ein Rückblick. München 1989.

Häfner, Lutz: Die Partei der linken Sozialrevolutionäre in der russischen Revolution von 1917/18. Köln/Weimar/Wien 1994.

Hagen, Mark von: Ukraine. In: Acton, Edward/Cherniaev, Vladimir Iu./Rosenberg, William G. (Hgg.): Critical Companion to the Russian Revolution 1914–1921. London/Sydney/Auckland 1997, 728–740.

Haider, Edgard: Die österreichisch-sowjetischen Beziehungen 1918–1938. Diss. Wien 1975.

Hainisch, Ernst: Die Erste Republik. In: Dopsch, Heinz/Spratzenegger, Hans: Geschichte Salzburgs. Stadt und Land. Bd. 2. Neuzeit und Zeitgeschichte. 2. Teil. Salzburg 1988, 1057–1111.

Hajdu, Tibor: The Hungarian Soviet Republic. Budapest 1979.

Ders.: Plans of Strategic Cooperation between the Russian and Hungarian Red Armies. In: Pastor, Peter (Hg.): Revolutions and Interventions in Hungary and its Neighbor States, 1918–1919. Boulder/New Jersey/New York 1988 (= War and Society in East Central Europe, Bd. XX), 367–376.

Hájek, Miloš/Mejdrová, Hana: Die Entstehung der III. Internationale. Bremen 1997.

Hajit, Baimirza: Turkestan im XX. Jahrhundert. Darmstadt 1956 (= Forschungen zur Neuen Geschichte der Völker Osteuropas und Asiens Bd. 1).

Hall, John A. (Hg.): The State of the Nation. Ernest Gellner and the Theory of Nationalism. Cambridge 1998.

Hämmerle, Christa (Hg.): Kindheit im Ersten Weltkrieg. Wien/Köln/Weimar 1993.

Hanák, Peter: Die Volksmeinung während des letzten Kriegsjahres in Österreich-Ungarn. In: Plaschka, Richard G./Mack, Karlheinz (Hgg.): Die Auflösung des Habsburgerreiches. Zusammenbruch und Neuorientierung im Donauraum. Wien 1970, 58–66.

Hannover, Heinrich/Hannover-Drück, Elisabeth: Politische Justiz 1918–1933. Frankfurt/Hamburg 1966.

Hansak, Peter: Das Kriegsgefangenenwesen während des 1. Weltkrieges im Gebiet der heutigen Steiermark. Diss. Graz 1991.

Hardach, Gerd: Der Erste Weltkrieg. München 1993.

Harman, Chris: Die verlorene Revolution. Deutschland 1918–23. Frankfurt am Main 1998.

Hasel, Brigitta: Die Heimkehrer aus sowjetischer Kriegsgefangenschaft nach dem 2. Weltkrieg. Diss. Wien 1992.

Haug, Hans: Rotes Kreuz. Werden, Gestalt, Wirken. Bern/Stuttgart 1981.

Haupt, G.: Da Deuxième Internationale. 1889–1914. Etudé critique des sources. Essay bibliographique. Paris 1964.

Hausner, Arthur: Die Polenpolitik der Mittelmächte und die österreichisch-ungarische Militärverwaltung in Polen während des Weltkrieges. Wien 1935.

Hautmann, Hans: Die Anfänge der linksradikalen Bewegung und der Kommunistischen Partei Deutschösterreichs 1916–1919. Diss. Wien 1968.

Ders.: Die verlorene Räterepublik. Am Beispiel der Kommunistischen Partei Deutsch-Österreichs. Wien 1971.

Ders.: Geschichte der Rätebewegung in Österreich 1918–1924. Wien/Zürich 1987.

Ders.: Hunger ist ein schlechter Koch. Die Ernährungslage der österreichischen Arbeiter im Ersten Weltkrieg. In: Botz, Gerhard/Hautmann, Hans/Konrad, Helmut/Weidenhofer, Josef (Hgg.): Bewegung und Klasse. Wien/München/Zürich 1978, 661–681.

Ders.: Kriegsgesetze und Militärjustiz in der österreichischen Reichshälfte 1914–1918. In: Weinzierl, Erika/Rathkolb, Oliver/Ardelt, Rudolf G./Mattl, Siegfried (Hgg.): Justiz und Zeitgeschichte. Symposionsbeiträge 1976–1993. Bd. 1. Wien 1995, 73–85.

Ders.: Rätedemokratie in Österreich 1918–1924. In Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, 1. Jg., Heft 1, Wien 1972, 78ff.

Hecht, Rudolf: Fragen zur Heeresergänzung der gesamten bewaffneten Macht Österreich-Ungarns während des Ersten Weltkrieges. Diss. Wien 1969.

Heer, Hannes/Naumann, Klaus (Hgg.): Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941–1944. Hamburg 1995.

Heiber, Helmut: Die Republik von Weimar. München 1981.

Heiss, Gernot: Ausländer, Flüchtlinge, Bolschewiken: Aufenthalt und Asyl 1918–1933. In: Heiss, Gernot/Rathkolb, Oliver (Hgg.): Asylland wider Willen. Flüchtlinge in Österreich im europäischen Kontext seit 1914. Wien 1995 (= Veröffentlichungen des Ludwig-Boltzmann-Institutes für Geschichte und Gesellschaft, Bd. 25), 86–108.

Hekele, Martin: Die Kriegszielpolitik der österreichisch-ungarischen Monarchie im Ersten Weltkrieg. Diss. Wien 1996, 28.

Herbert, Ulrich: Zwangsarbeit als Lernprozeß. Zur Beschäftigung ausländischer Arbeiter in der westdeutschen Industrie im ersten Weltkrieg. In: Archiv für Sozialgeschichte, XXIV. Band, 1984, 285–304.

Des.: Fremdarbeiter. Politik und Praxis des „Ausländereinsatzes" in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches. Berlin 1986.

Ders. (Hg.): Europa und der „Reichseinsatz". Ausländische Zivilarbeiter, Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge in Deutschland 1938–1945. Essen 1991.

Herczeg, Géza: Bela Kun. Eine historische Grimasse. Berlin 1928.

Heresch, Elisabeth: Blutiger Schnee. Die russische Oktoberrevolution. Graz/Wien/Köln 1987.

Dies.: Nikolaus II. „Feigheit, Lüge und Verrat". Leben und Ende des letzten Zaren. Wien 1993.

Hetfleisch, Gerhard: Schoberpolizei und Balkan-Bolschewiken. Diss. Innsbruck 1990.

Heym, Stefan: Radek. Roman. München 1996.

Hildermeier, Manfred: Die Russische Revolution 1905–1921. Frankfurt 1989.

Ders.: Die sozialrevolutionäre Partei Rußlands. Agrarsozialismus und Modernisierung im Zarenreich (1900–1914). Köln/Wien 1978.

Ders.: Geschichte der Sowjetunion 1917–1991. Entstehung und Niedergang des ersten sozialistischen Staates. München 1998.

Ders.: Osteuropäische Geschichte an der Wende. Anmerkungen aus wohlwollender Distanz. In: Jahrbücher für Geschichte Osteuropas, Jg. 46, Heft 2, 1998, 244–255.

Hill, Richard: Slatin Pascha. London 1965.

Hinz, Joachim: Das Kriegsgefangenenrecht. Unter besonderer Berücksichtigung seiner Entwicklung durch das Genfer Abkommen vom 12. August 1949. Berlin 1955.

Hinz, Uta: „Die deutschen ‚Barbaren' sind doch die besseren Menschen". Kriegsgefangenschaft und gefangene „Feinde" in der Darstellung der deutschen Publizistik 1914–1918. In: Overmans, Rüdiger (Hg.): In der Hand des Feindes. Kriegsgefangenschaft von der Antike bis zum Zweiten Weltkrieg. Köln/Weimar/Wien 1999.

Hirsch, Helmut: Rosa Luxemburg. Reinbek bei Hamburg 1989.

Hirschberg, Walter: Rudolf Pöchs Nachlaß. Völkerkundliche Ergebnisse der südafrikanischen Reisen 1907 bis 1909. Wien 1936.

Hitchins, Keith: The Russian Revolution and the Rumanian Socialist Movement, 1917–1918. In: Slavic Review. American Quarterly of Soviet and East European Studies, Vol. XXVII, No. 2, June 1968, 268–289.

Ders.: The Rumanian Socialists and the Hungarian Soviet Republic. In: Janos, Andrew C./Slottmann, William B. (Hgg.): Revolution in Perspective. Essays on the Hungarian Soviet Republic. Berkely/Los Angeles/London 1971, 109–144.

Höbelt, Lothar: Burghard Breitner. Im Gedenken an einen großen Österreicher. In: Personengeschichtliche Reihe des Freiheitlichen Bildungswerkes/Politische Akademie der FPÖ, Nr. 5, Wien 1994, 7–16.

Hobsbawm, Eric J.: Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts. München/Wien 1995.

Ders.: Nationen und Nationalismus. Mythos und Realität seit 1780. München 1996.

Hoensch, Jörg K.: Geschichte Ungarns 1867–1983. Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1984.

Ders.: Geschichte der Tschechoslowakei. Stuttgart/Berlin/Köln 1992.

Hoffmann-Holter, Beatrix: „Abreisendmachung". Jüdische Kriegsflüchtlinge in Wien 1914 bis 1923. Wien/Köln/Weimar 1995.

Höhne, Heinz: Kennwort: Direktor. Die Geschichte der Roten Kapelle. Frankfurt 1972.

Ders.: Der Krieg im Dunkeln. Die Geschichte der deutsch-russischen Spionage. München 1985.

Höhne, Paul: Die Rechtsstellung der Kriegsgefangenen. Diss. Greifswald 1921.

Holzer, Jerzy: Der Kommunismus in Europa. Politische Bewegung und Herrschaftssystem. Frankfurt 1998.

Holzer, Willibald: Internationalismus und Widerstand. Zu Idee und Funktion des proletarisch-internationalistischen Prinzips im Widerstand der europäischen Arbeiterbewegung. In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, 6. Jg., 2. Heft, 1977, 163–182.

Hölzle, Erwin: Lenin 1927. Die Geburt der Revolution aus dem Kriege. München 1957.

Hoyt, E.: The Army without a country. New York 1967.

Hroch, Miroslav: Social Preconditions of National Revival in Europe. Cambridge 1985.

Hulse, James W.: The Forming of the Communist International. Stanford 1964.

Hürten, Heinz: Zwischen Revolution und Kapp-Putsch. Militär und Innenpolitik 1918–1920. Düsseldorf 1977.

Hutterer, Christine: Der Nachrichtendienst des k.u.k. Armeeoberkommandos von 1914–1918. Mit besonderer Berücksichtigung der italienischen Kriegsgefangenen- und Überläuferaussagen an der Tiroler Front. Diss. Wien 1970.

Iggers, Georg G.: Geschichtswissenschaft im 20. Jahrhundert. Ein kritischer Überblick im internationalen Zusammenhang. Göttingen 1996.

Internacionalisty v bojach za vlast' sovetov. Moskva 1965.

Internacionalisty zarubežnych stran v Oktjabr'skoj Revoljucii. Moskva 1967.

Internacionalisty. Trudjaščiesja zarubežnych stran – učastniki bor'by za vlast' sovetov. Moskva 1967.

Internacionalisty. Trudjaščiesja zarubežnych stran – učastniki bor'by za vlast' sovetov na juge i vostoke respubliki. Moskva 1971.

Internacionalisty. Učastie trudjaščichsja stran central'noj i jugo-vostočnoj Evropy v bor'be za vlast' sovetov v Rossii 1917–1920 gg. Moskva 1987.

Internacional'nye gruppy RKP(b) i voinskie formirovanija v Sovetskoj Rossii (1918–1920). In: Istoričeskij Archiv, Nr. 4, 1957.

Islamov, T. M.: Vengerskie internacionalisty na zaščite zavoevanij Oktjabrja. In: Internacionalisty. – Učastie trudjaščichsja stran central'noj i jugo-vostočnoj Evropy v bor'be za vlast' Sovetov v Rossii 1917–1920 gg. Moskva 1987, 224–276.

Ders./Joža A.: Voprosy istoriografii i istočnikovedenija istorii vengerskich internacionalistov. In: Vengerskie internacionalisty v Sibiri i na Dal'nem vostoke 1917–1922 gg. Moskva 1980, 178–214.

Iz istorii internacional'nych organizacij voennoplennych social-demokratov i mestnach inostrannach grupp v Oktjabr'skoj revoljucii. Moskva 1967.

Ivašov, L. G./Emelin, A. S.: Nravstvennye i pravovye problemy plena v Otečestvennoj istorii. In: Voenno-istoričeskij žurnal, Nr. 1, 1992, 44–49.

Jackson, George: Comintern in East Europe 1919–1930. New York/London 1966.

Jahn, Hubertus F.: Patriotic Culture in Russia During World War I. Ithaca/London 1995.

Jahr, Christoph: „Das Krämervolk der eitlen Briten". Das deutsche Englandfeindbild im Ersten Weltkrieg. In: Jahr, Christoph/Mai, Uwe/Roller, Kathrin (Hgg.): Feindbilder in der deutschen Geschichte. Berlin 1994, 115–142.

Jakušina, Rabota bol'ševikov sredi russkich voennoplennych v Germanii i Avstro-Vengrii. In: Voprosy istorii, Nr. 3, 1963, 59–69.

Janata, Alfred: Österreichische Kriegsgefangene in Turkestan, 1915–1921. In: Janata, Alfred: Turkestan 1890. Ausstellungskatalog des Museums für Völkerkunde. Wien 1984.

Janos, Andrew C./Slottmann, William B. (Hgg.): Revolution in Perspective. Essays on the Hungarian Soviet Republic. Berkely/Los Angeles/London 1971.

Jansen, M.: International Class Solidarity or Foreign Intervention? Internationalists and Latvian Rifles in the Russian Revolution and the Civil War. In: International Review of Social History, Nr. 31, 1986, 68–79.

Jaszi, Oskar: Magyariens Schuld, Ungarns Sühne. Revolution und Gegenrevolution in Ungarn. München 1923.

Jedlicka, Ludwig: Vom alten zum neuen Österreich. Fallstudien zur österreichischen Zeitgeschichte 1900–1975. Salzburg 1969.

Jelavich, Barbara: St. Petersburg and Moscow. Tsarist and Soviet Foreign Policy 1814–1974. Bloomington 1974.

Jelinek, Yeshayahu: Nationalism in Slovakia and the Communists, 1918–1929. In: Slavic Review, Vol. 34, No. 1, New York 1975, 65–85.

Jerzabek, Rudolf: Die Brussilowoffensive 1916. Wien 1982.

Des.: Die österreichische Weltkriegsforschung. In: Michalka, Wolfgang (Hg.): Der Erste Weltkrieg. Wirkung, Wahrnehmung, Analyse. München/Zürich 1994, 953–971.

Joachimsthaler, Anton: Hitler in München. 1908–1920. München 1992.

Jonas, Friedrich: Die rechtliche Stellung der Kriegsgefangenen. Diss. Greifswald 1918.

Jósza, Antal: A redithetetlen százezer. Budapest 1968.

Ders.: Haború, hadifogság, forradolom. Budapest 1970.

Joyce, J. A.: Red Cross International. London 1959.

Joža, A.: Russkie voennoplennye v Vengrii 1917–1919 gg. In: Vengerskie internacionalisty v Sibiri i na Dal'nem vostoke 1917–1922 gg, 162–177.

Józsa, Gyula: Ungarn und die ungarischen Bolschewiken auf dem Weg zur Räterepublik im Spiegel der Pravda und der sowjetischen Historiographie. Diss. Innsbruck 1962.

Juhl, Eduard/Klante, Margarete/Epstein, Herta: Elsa Brändström. Weg und Werk einer großen Frau in Schweden, Sibirien, Deutschland und Amerika. Stuttgart 1963.

Just, Harald: Neutralität im Ersten Weltkrieg. II. Teil: Schweden. In: Mitteilungen des Österreichischen Staatsarchivs, 20. Bd., 1967, 277–307.

Jusupov, E. J.: Vengerskie internacionalisty v bor'be za ukreplenie sovetskoj vlasti v Turkestane. In: Velikij Oktjabr' i Vengerskaja sovetskaja Respublika. Moskva 1983, 110–123.

Kaas, Albert: Der Bolschewismus in Ungarn. München 1930.

Kabanov, W. V.: Krestjanskoe chozjajstvo v uslovijach vojennogo kommunizma. Moskva 1988.

Kalvoda, Josef: Czech and Slovak Prisoners of War in Russia During the War and Revolution. In: Williamson, Samuel R./Pastor, Peter (Hgg.): Essays on World War I: Origins and Prisoners of War. New York 1983, 215–249.

Ders.: The Origins of the Czechoslovak Army, 1914–1918. In: Király, Béla K./Dreisziger, Nándor F. (Hgg.): War and society in East Central Europe. Bd. XIX. New York 1985, 419–435.

Ders.: The Genesis of Czechoslovakia. New York 1986.

Kann, Robert A.: Kriegsbegeisterung und Patriotismus. Betrachtungen über die deutsch-österreichische Literatur zu Beginn des Ersten Weltkrieges. In: Bohemia. Jahrbuch des Collegium Carolinum, Bd. 20, München/Wien 1979.

Kaplan, Fanni: „… ja streljala v Lenina". Popytka dokumental'nogo rassledovanija pokušenija na V. I. Lenina. Rybinsk 1990.

Kappeler, Andreas: Rußland als Vielvölkerreich. Entstehung, Geschichte, Zerfall. München 1992.

Ders.: Kleine Geschichte der Ukraine. München 1994.

Ders. (Hg.): Die russen. Ihr Nationalbewußtstein in Geschichte und Gegenwart. Köln 1991.

Karau, K.: Das Kriegsgefangenenlagergeld des 1. Weltkrieges. Württemberg 1986.

Karchmar, Lucien: Communism in Romania. In: Banac, Ivo (Hg.): The Effects on World War I: The Class War after the Great War: The Rise of Communist Parties in East Central Europe, 1918–1921. Brooklyn 1983 (= War and Society in East Central Europe, Bd. XIII), 127–187.

Ders.: Communism in Bulgaria. In: Banac, Ivo (Hg.): The Effects on World War I: The Class War after the Great War: The Rise of Communist Parties in East Central Europe, 1918–1921. Brooklyn 1983 (= War and Society in East Central Europe, Bd. XIII), 231–277.

Karner, Stefan: Kriegsgefangenschaft. Eine Spurensuche. Arche im Gespräch mit dem Zeithistoriker Stefan Karner. In: Arche, Nr. 2, 1993, 20–22.

Ders.: Die sowjetische Hauptverwaltung für Kriegsgefangene und Internierte. Ein Zwischenbericht. In: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Nr. 42, 1994, 447–471.

Ders.: Im Archipel GUPVI. Kriegsgefangenschaft und Internierung in der Sowjetunion 1941–1956. Wien/München 1995.

Ders. (Hg.): „Gefangen in Rußland". Die Beiträge des Symposions auf der Schallaburg 1995. Graz/Wien 1995.

Katkov, George: The Assasination of Count Mirbach. In: St. Antony's Papers, No 12, London 1962, 53–93.

Katzer, Nikolaus: Die weiße Bewegung in Russland. Herrschaftsbildung, praktische Politik und politische Programmatik im Bürgerkrieg. Köln/Wien 1999.

Keil, Erika: Das Bewirtschaftungssystem im Ersten und Zweiten Weltkrieg. Diss. Wien 1948.

Keller, Fritz: KPÖ und nationale Frage. In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, Heft 6, 1977, 183–191.

Kenez, Peter: Coalition Politics in the Hungarian Soviet Republic. In: Janos, Andrew C./Slottmann, William B. (Hgg.): Revolution in Perspective. Essays on the Hungarian Soviet Republic. Berkely/Los Angeles/London 1971, 61–84.

Ders.: Civil War in South Russia, 1919–1920. Berkeley 1977.

Ders.: Western Historiography of the Russian Civil War. In: Schelbert, L./Ceh, N. (Hgg.): Essays in Russian And East European History. New York 1995, 197–215.

Kennan, George: The Decision to Intervene. Princeton 1958.

Ders.: Amerika und die Sowjetmacht. Der Sieg der Revolution. Stuttgart 1960.

Ders.: Sowjetische Außenpolitik unter Lenin und Stalin. Stuttgart 1961.

Kerchnawe, Hugo: Der Zusammenbruch der Donaumonarchie. In: Bley, Wulf (Hg.): Revolutionen der Weltgeschichte. Zwei Jahrtausende Revolutionen und Bürgerkriege. 2. Bd. München 1933, 5–30.

Kern, Leopold: Das Russenlager Bruck-Kiralyhida. In: In Feindeshand. Die Gefangenschaft im Weltkriege in Einzeldarstellungen. Bd. 2. Wien 1931, 227.

Ders.: General Kornilow, ein berühmter Kriegsgefangener. In: In Feindeshand. Die Gefangenschaft im Weltkriege in Einzeldarstellungen. Bd. 2. Wien 1931, 230f.

Kernbauer, Hans/März, Eduard/Weber, Fritz: Die wirtschaftliche Entwicklung. In: Weinzierl, Erika/Skalnik, Kurt (Hgg.): Österreich 1918–1938. Geschichte der Ersten Republik. Bd. 1. Graz/Wien/Köln 1983, 343–379.

Kettle, Michael: Russia and the Allies 1917–1920. 2 Bde. Minneapolis 1981/New York 1988.

Keyserlingk, Klaus Graf von: Komintern und Weltrevolution. In: Bley, Wulf (Hg.): Revolutionen der Weltgeschichte. Zwei Jahrtausende Revolutionen und Bürgerkriege. 2. Bd. München 1933, 515–545.

Kiszling, Rudolf: Die Kroaten. Der Schicksalsweg eines Südslawenvolkes. Graz/Köln 1956.

Ders.: Das Nationalitätenproblem in Habsburgs Wehrmacht. In: Der Donauraum, IV, Wien 1959.

Ders. (Hg.): Die hohe Führung der Heere Habsburgs im Ersten Weltkrieg. Wien 1977.

Kladt, A./Konrat'ev, V.: Brat'ja po oružiju. Vengerskie internacionalisty v bor'be za vlast' Sovetov Rossii 1917–1922 gg. Moskva 1960.

Klante, Margarete: Von der Wolga zum Amur. Die tschechoslowakische Legion und der russische Bürgerkrieg. Berlin 1931. (= Dokumente zur Geschichte der Kriegsgefangenen. Hg. im Auftrag der Reichsvereinigung ehemaliger Kriegsgefangener. Bd. 1).

Dies.: Die Kriegsgefangenen in Deutschland. In: In Feindeshand. Die Gefangenschaft im Weltkriege in Einzeldarstellungen. Bd. 2. Wien 1931, 172–193.

Klavora, Vasja: Blaukreuz. Die Isonzofront. Flitsch/Bovec 1915–1917. Klagenfurt/Ljubljana/Wien 1993.

Klein, Fritz: Die diplomatischen Beziehungen Deutschlands zur Sowjetunion 1917–1932. Berlin 1952.

Kleindel, Walter: Der Erste Weltkrieg. Daten-Zahlen-Fakten. Wien 1989.

Klenner, Fritz: Die österreichischen Gewerkschaften. Vergangenheit und Zukunftsprobleme, Bd. 1. Wien 1951.

Klevanskij, A. Ch.: Voennoplennye central'nych deržav v carskoj i revoljucionnoj Rossii 1914–1918 gg. In: Internacionalisty v bojach za vlast' sovetov. Moskva 1965, 21–65.

Ders.: Razvitie internacionalistskogo dviženija v fevrale-oktjabre 1917 g. In: Internacionalisty. Trudjaščiesja zarubežnych stran. – Učastniki bor'by za vlast' Sovetov. Moskva 1967, 47–90.

Ders.: Učastie Čechoslovackich internacionalistov v bor'be za vlast' sovetov v Rossii. In: Internacionalisty. Učastie trudjaščichsja stran central'noj i jugo-vostočnoj Evropy v bor'be za vlast' sovetov v Rossii 1917–1920 gg. Moskva 1987, 176–223.

Klimko, J.: Slovenská republica rad. Bratislava 1979.

Kluge, Ulrich: Die deutsche Revolution 1918/19. Staat, Politik und Gesellschaft zwischen Weltkrieg und Kapp-Putsch. Frankfurt am Main 1997.

Kluxen, Kurt: Geschichte Englands. Von den Anfängen bis zur Gegenwart. Stuttgart 1985.

Koch, Hannsjoachim W.: Der deutsche Bürgerkrieg. Eine Geschichte der deutschen und österreichischen Freikorps 1918–1923. Berlin/Frankfurt/Wien 1978.

Koch, Klaus/Rauscher, Walter/Suppan, Arnold (Hgg.): Außenpolitische Dokumente der Republik Österreich 1918–1938 (ADÖ), 3 Bde., Bd. 2: Im Schatten von Saint Germain. 15.3. bis 10.9.1919, 1994, 400.

Koch, Rudolf: Das Kriegsgefangenenlager Sigmundsherberg 1915–1919. Phil. Diss. Wien 1981.

Köfner, Gottfried: Hunger, Not und Korruption. Der Übergang Österreichs von der Monarchie zur Republik am Beispiel Salzburgs. Salzburg 1980.

Kohlbauer-Fritz, Gabriele: Jiddische Subkulturen in Wien. In: Bettelheim, Peter/Ley, Michael (Hgg.): Ist jetzt hier die „wahre" Heimat? Ostjüdische Einwanderung nach Wien. Wien 1993, 89–116.

Koenen, Gerd: Utopie der Säuberung. Was war der Kommunismus? Berlin 1998.

Koenker, D. P./Rosenberg, W. G./Suny, R. G. (Hgg.): Party, State and Society in the Russian Civil War. Explorations in Social History. Bloomington 1989.

Köhler, Gottfried: Die Kriegsgefangenen. Internierten- und Militärlager in Österreich-Ungarn 1914–1919 und ihre Feldposteinrichtungen. Graz/Linz 1991.

Konkoly, Kálmán: Das Geheimnis des Matyás Rákosi. Eine Fibel des Weltkommunismus. Wien/Köln 1962.

Konrad, Helmut (Hg.): Arbeiterbewegung und nationale Frage in den Nachfolgestaaten der Habsburgermonarchie. Wien/Zürich 1993.

Ders./Schmidlechner, Karin (Hgg.): Revolutionäres Potential in Europa am Ende des Ersten Weltkrieges. Die Rolle von Strukturen, Konjunkturen und Massenbewegungen. Wien/Köln 1991.

Kool, Fritz: Arbeiterdemokratie oder Parteidiktatur. Bd. 1: Opposition innerhalb der Partei. München 1972.

Koplenig, Hilde: Johann Koplenig. Kriegsgefangenschaft und Revolution 1915–1920. In: Zeitgeschichte, 5. Jg., Heft 9/10, Salzburg/Wien 1978, 351–371.

Kopylov, B.: Oktjabr' v Moskve. Zarubežnye internacionalisty. Moskva 1988.

Kopylov, V. P.: Trudjaščiesja zarubežnych stran v carskoj Rossii v gody pervoj mirovoj imperialističeskoj vojny (avgust 1914–fevral' 1917 g.). In: Internacionalisty. Trudjaščiesja zarubežnych stran. – Učastniki bor'by za vlast' Sovetov. Moskva 1967, 14–46.

Korab, Alexander: Die Entwicklung der kommunistischen Parteien in Ost-Mitteleuropa. 1. Teil: Polen-Ungarn-Tschechoslowakei. Hamburg 1962.

Koronen, M. M.: Finskie internacionalisty v 1917–1921 gg. In: Internacionalisty. Trudjaščiesja zarubežnych stran – učastniki bor'by za vlast' sovetov. Moskva 1967, 489–515.

Koselleck, Reinhard: Revolution, Rebellion, Aufruhr, Bürgerkrieg. In: Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland. Bd. 5. Stuttgart 1984, 653–788.

Kosmač, G. A./Kosmač, E. N.: Tragedija kumirov revoljucii. Stranicy političeskich biografij N. I. Bucharina, A. I. Rykova, L. D. Trockogo. Minsk 1994.

Kostjuško, I. I.: K voprosu o pol'skich voennoplennych 1920 goda. In: Slavjanovedenie, Nr. 3, 2000, 42–62.

Koszo, Margit: Die ungarische Räterepublik (21. März – 1. August 1919). Phil. Diss. Wien 1968.

Kovrig, Bennett: Communism in Hungary. From Kun to Kádár. Stanford 1979.

Kowalski, Ronald: The Russian Revolution 1917–1921. London/New York 1997.

Krammer, Arnold: Soviet Propaganda Among German and Austro-Hungarian Prisoners of War in Russia, 1917–1921. In: Williamson, Samuel R./Pastor, Peter (Hgg.): Essays on World War I: Origins and Prisoners of War. New York 1983, 239–264.

Krasnov, V. G.: Internacionalisty na frontach graždanskoj vojny. Moskva 1989.

Kraus, Karl: Aphorismen. Sprüche und Widersprüche. Pro domo et mundo. Herausgegeben von Christian Wagenknecht. Frankfurt 1986.

Kreiner, Judith: Von Brest-Litowsk nach Kopenhagen. Die österreichischen Kriegsgefangenen in Rußland im und nach dem Ersten Weltkrieg unter besonderer Berücksichtigung der Kriegsgefangenenmissionen in Rußland. Diplomarbeit Wien 1996.

Kriegel, Annie/Haupt, George: Les groupes communistes étrangères en Russie et la Revolution mondiale 1917–1919. In: Revue d'histoire moderne et contemporaire, Bd. X, Okt./Dez. 1963, 289–299.

Kriegsgefangen. Objekte aus der Sammlung des Archivs und Museums der Kriegsgefangenschaft, Berlin, und des Verbandes der Heimkehrer, Kriegsgefangenen und Vermiß-

tenangehörigen Deutschlands e.V., Bonn – Bad Godesberg, im Deutschen Historischen Museum. Berlin 1990.

Kristan, Heribert: Der Generalstabsdienst im Bundesheer der Ersten Republik. Wien 1990 (= Militärgeschichtliche Dissertationen österreichischer Universitäten, Bd. 10).

Krivoguz, I. M.: Germanskie i avstrijskie voennoplennye-internacionalisty. In: Internacionalisty. Učastie trudjaščichsja stran central'noj i jugo-vostočnoj Evropy v bor'be za vlast' Sovetov v Rossii 1917–1920 gg. Moskva 1987, 387–408.

Ders./Poljanskij, I. S.: Germanskie i avstrijskie voennoplennye-internacionalisty. In: Internacionalisty. Trudjaščiesja zarubežnych stran. – Učastniki bor'by za vlast' Sovetov. Mos-kva 1967, 460–488.

Kröger, Martin: Revolution als Programm. Ziel und Realität deutscher Orientpolitik im Ersten Weltkrieg. In: Michalka, Wolfgang (Hg.): Der Erste Weltkrieg. Wirkung, Wahrnehmung, Analyse. München/Zürich 1994, 366–391.

Kruglyj stol – Graždanskaja vojna v Rossii. In: Otečestvennaja istorija, Nr. 3, 1993, 102–115.

Krumeich, Gerd: Kriegsgeschichte im Wandel. In: Hirschfeld, Gerhard/Krumeich, Gerd/Renz, Irina (Hgg.): Keiner fühlt sich hier als Mensch. Erlebnis und Wirkung des Ersten Weltkrieges. Essen 1993, 11–24.

Kruse, Wolfgang: Krieg und Kultur: Die Zivilisationskrise. In: Ders. (Hg.): Eine Welt von Feinden. Der große Krieg 1914–1918. Frankfurt 1997, 183–195.

Kudrina, Julija: Das Dänische Rote Kreuz in den Jahren des Ersten Weltkrieges. In: Zeitgeschichte, 25. Jg., Heft 11/12, Nov./Dez. 1998, 375–379.

Kuhn, Heinrich: Von der Massenpartei zur Staatspartei. Die kommunistische Bewegung in der Tschechoslowakei von der Gründung der Republik 1918 bis zum Februarputsch 1948. Teil 1: Der vergebliche Weg zu einem „tschechoslowakischen" Kommunismus. Köln 1978.

Kulemann, Peter: Am Beispiel des Austromarxismus. Sozialdemokratische Arbeiterbewegung in Österreich von Hainfeld bis zur Dollfuß-Diktatur. Hamburg 1982.

Kulinyč, I. M.: O dejatel'nosti char'kovskoj gruppy kommunistov v 1918–1919 gg. In: Ežegodnik germanskoj istorii. Moskva 1968.

Ders./Koschyk, M. M.: Die deutsche Spartakusgruppe in der Ukraine 1918–1919. Berlin (Ost) 1961.

Kun, Irina: Béla Kun. Vospominanija. Moskva 1968.

Kun, József: Die Kämpfe der ungarischen Roten Armee 1919. In: Truppendienst-Taschenbücher. Bd. 22: Die Nachkriegszeit 1918–1922. Wien 1973.

Kun, Miklos: Bucharin. Ego druz'ja i vragi. Moskva 1992.

Kuprian, Hermann J.W.: Flüchtlinge, Evakuierte und die Staatliche Fürsorge. In: Eisterer, Klaus/Steininger, Rolf (Hgg.): Tirol und der Erste Weltkrieg. Innsbruck 1995, 277–305.

Lach, Robert: Gesänge russischer Kriegsgefangener. 1. Bd.: Finnisch-ugrische Völker. 1.

Abteilung: Wotjakische, syrjänische und permiakische Gesänge. Wien/Leipzig 1926 (= 54. Mitteilung der Phonogramm-Archivs-Kommission).

Landwehr von Pragenau, Ottokar: Hunger. Die Erschöpfungsjahre der Mittelmächte 1917/18. Zürich/Leipzig/Wien 1931.

Lang, Martin: Stalins Strafjustiz gegen deutsche Soldaten. Die Massenprozesse gegen deutsche Kriegsgefangene in den Jahren 1949 und 1950 in historischer Sicht. Herford 1981.

Lauritsch, Andrea M.: „Die Menge fing an, sich tumultarisch zu gebärden". Arbeitskampf und Sozialprotest in Kärnten während des Ersten Weltkrieges unter besonderer Berücksichtigung der sozialen und wirtschaftlichen Bedingungen. Diplomarbeit Klagenfurt 1989.

Lazitch, Branko/Drachkovitch, Milorad M.: Lenin and the Comintern. Bd. 1. Stanford 1972.

Dies.: Biographical dictionary of the Comintern. Stanford 1973.

Léderrey, E.: Die rote Armee während des Bürgerkrieges (1917–1920). In: Die Rote Armee. Zusammengestellt und bearbeitet von B. H. Liddell Hart. Bonn 1956.

Leffler, Melvyn P.: The specter of communism: The United States and the Origins of the Cold War, 1917–1953. New York 1996.

Leggett, George: The Ceka. Lenin's Political Police. The All-Russian Extraordinary Commission for Combatting Counter-Revolution and Sabotage (December 1917 to February 1922). Oxford 1981.

Lehmann, Albrecht: Gefangenschaft und Heimkehr. Deutsche Kriegsgefangene in der Sowjetunion. München 1986.

Ders.: In sowjetischer Kriegsgefangenschaft. In: Wette, Wolfgang (Hg.): Der Krieg des kleinen Mannes. Eine Militärgeschichte von unten. München 1992, 295–312.

Leichter, Otto: Otto Bauer. Tragödie oder Triumph. Wien/Frankfurt/Zürich 1970.

Leidinger, Hannes: Zwischen Kaiserreich und Rätemacht. Die deutschösterreichischen Heimkehrer aus russischer Kriegsgefangenschaft und die Organisation des österreichischen Kriegsgefangenen- und Heimkehrwesens 1917–1920. Diplomarbeit Wien 1995.

Ders.: „Das Rückgrat des Reiches". In: Falter, Nr. 49, 1997 14f.

Ders.: Gefangenschaft und Heimkehr. Gedanken zu Voraussetzungen und Perspektiven eines neuen Forschungsbereiches. In: Zeitgeschichte, 25. Jg., Heft 11/12, Nov./Dez. 1998, 333–342.

Ders./Moritz, Verena: Im Schatten der Revolution. Die Heimkehrer aus russischer Kriegsgefangenschaft nach dem Ende des Ersten Weltkrieges. In: Wiener Geschichtsblätter, 51. Jg., Heft 4, 1996, 229–264.

Ders./Moritz, Verena: Österreich-Ungarn und die Heimkehrer aus russischer Kriegsgefangenschaft im Jahr 1918. In: Österreich in Geschichte und Literatur mit Geographie, 41. Jg., Heft 6, Nov./Dez. 1997, 385–403.

Ders./Moritz, Verena: Das russische Kriegsgefangenenwesen 1914 bis 1920. In: Österreichische Osthefte, Jg. 41, Heft 1, Wien 1999, 83–106, 85f.

Ders./Moritz, Verena: Otto Bauer 1914–1919. Kriegsgefangenschaft und Heimkehr als Problem einer Biographie. In: Wiener Geschichtsblätter, 54. Jg., Heft 1, 1999, 1–21.

Lenin, Wladimir I.: Werke. Hg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED. 40 Bde. und 2 Registerbände. Berlin (Ost) 1955–1965.

Lenzen, Iris: Ispol'zovanie trud russkich voennoplennych v Germanii (1914–1918 gg.). In: Voprosy istorii, Nr. 4, 1998, 129–137.

Leonhard, Wolfgang: Völker hört die Signale. Die Anfänge des Weltkommunismus 1919–24. München 1981.

Lerner, Warren: Karl Radek. The Last Internationalist. Stanford 1970.

Lindemann, Albert S.: The „Red Years". European socialism versus bolshevism 1919– 1921. Berkely/Los Angeles/London 1974.

Linden, Marcel van der/Mergner, Gottfried (Hgg.): Kriegsberichterstattung und mentale Kriegsvorbereitung. Berlin 1991.

Linke, Horst Günther: Das zarische Rußland und der Erste Weltkrieg. Diplomatie und Kriegsziele 1914–1917. München 1982.

Ders.: Rußlands Weg in den Ersten Weltkrieg und seine Kriegsziele 1914–1917. In: Michalka, Wolfgang (Hg.): Der Erste Weltkrieg. Wirkung, Wahrnehmung, Analyse. München/Zürich 1994, 54–94.

Liseckij, A.: O položenii voennoplennych v Rossii posle pobedy Fevral'skoj revoljucii. In: Učastie trudjaščichsja zarubežnych stran v Oktjabr'skoj Revoljucii. Moskva 1967, 109–118.

Loewenfeld-Russ, Hans: Die Regelung der Volksernährung im Krieg. Wien/New Haven 1926.

Löw, Raimund: Otto Bauer und die russische Revolution. Wien 1980.

Löwe, Heinz-Dietrich: Nikolaus II. In: Torke, Hans-Joachim: Die russischen Zaren. 355–375.

Löwenthal, Richard: The Hungarian Soviet and International Communism. In: Janos, Andrew C./Slottmann, William B. (Hgg.): Revolution in Perspective. Essays on the Hungarian Soviet Republic. Berkely/Los Angeles/London 1971, 173–182.

Löwy, Adolf G.: Die Weltgeschichte ist das Weltgericht. Leben und Werk Nikolai Bucharins. Wien 1990.

Low, Alfred D.: Lenin and the question of nationality. New York 1958.

Ders.: The first Austrian Republic and Soviet hungary. Boulder 1960.

Ders.: The Soviet Hungarian Republic and the Paris Peace Conference. Philadelphia 1963.

Luckett, Richard: The White Generals. An Account of the White Movement and the Russian Civil War. London 1971.

Lyashchenko, P. I.: History of the National Economy of Russia to the 1917 Revolution. New York 1949.

Mace, James E.: Communism and the Dilemmas of National Liberation. National Communism in Soviet Ukraine 1918–1933. Cambridge 1983.

Maché, Leo: Die Familie Suniza-Maché. In: Memorial. Österreichische Stalin-Opfer. Wien 1990, 11–20.

MacLean, Fitzroy: Disputed Barricade. The Life and Times of Josip Broz-Tito. Marshal of Yugoslavia. London 1957.

Magenschab, Hans: Der Krieg der Großväter 1914–1918. Die Vergessenen einer großen Armee. Wien 1990.

Mal'kov, A. A.: Dejatel'nost' partijnych i sovetskich organov v Povol'z'e sredi voennoplennych posle zaključenija Brestskogo mira. In: Učastie trudjaščichsja zarubežnych stran v Oktjabr'skoj Revoljucii. Moskva 1967, 269–283.

Ders.: Dejatel'nost' bol'ševikov sredi voennoplennych russkoj Armii (1915–1919 gg.). Kazan' 1971.

Mályusz, E.: Sturm auf Ungarn. Volkskommissare und Genossen im Auslande. München 1931.

Mamatey, Victor S.: The United States and East Central Europe 1914–1918. Princeton 1957.

Manusevič, A. J.: Iz istorii učastija internacionalistov v Oktjabr'skom vooružennom vosstanii. In: Novaja i novejšaja istorija, Nr. 6, Moskva 1962, 39–52.

Ders.: Pol'skie internacionalisty. In: Internacionalisty. Učastie trudjaščichsja stran central'noj i jugo-vostočnoj Evropy v bor'be za vlast' sovetov v Rossii 1917–1920 gg. Moskva 1987, 128–175.

Margulina, Sonja: Das Ende der Lügen. Berlin 1992.

Mark, Rudolf A.: Die gescheiterten Staatsversuche. In: Golczewski, Frank (Hg.): Geschichte der Ukraine. Göttingen 1993, 172–201.

Markus, Georg: Der Fall Redl. Frankfurt/Berlin 1986.

Marx-Stelzl, Barbara: Amerikanische „Kriegies" im Stalag XVII-B. Literarische Verarbeitungsformen der Kriegsgefangenschaft. Diplomarbeit Graz 1995.

Mateja, Robert: Oberösterreich im 1. Weltkrieg 1914–1918. Diss. Linz 1948.

Mathis, Franz: Big Business in Österreich. Österreichische Großunternehmen in Kurzdarstellungen. Wien 1987.

Matsch, Erwin: Der Auswärtige Dienst von Österreich(-Ungarn) 1720–1920. Wien/Köln/Graz 1986.

Mattl, Siegfried: Agrarstruktur, Bauernbewegung und Agrarpolitik in Österreich 1919–1922. Wien/Salzburg 1981.

Matveev, A.: Buržuasnye avtory ob inostrannych internacionalistach v Srednej Azii. In:

Účastie trudjaščichsja zarubežnych stran v Oktjabr'skoj Revoljucii. Moskva 1967, 307–314.

Mawdsley, Evan: The Russian Civil War. London/Sydney/Wellington 1987.

Ders.: The Civil War: The Military Campaigns. In: Acton, Edward/Cherniaev, Vladimir Iu./Rosenberg, William G.: Critical Companion to the Russian Revolution 1914–1921. London/Sydney/Auckland 1997, 93–105.

Ders.: The White Armies. In: Acton, Edward/Cherniaev, Vladimir Iu./Rosenberg, William G.: Critical Companion to the Russian Revolution 1914–1921. London/Sydney/Auckland 1997, 468–480.

McDermott, Kevin: Rethinking the Comintern. Soviet Historiography 1987–1991. In: Labour History Review. No 3. 1992, 37–58.

Ders./Agnew, Jeremy: The Comintern. A History of International Communism from Lenin to Stalin. London 1996.

Meckling, Ingeborg: Die Außenpolitik des Grafen Czernin. Wien 1969.

Medvedev, B. B.: CK RKP(b) i vozniknovenie Federacii. In: Internacionalisty. Trudjaščiesja zarubežnych stran. – Učastniki bor'by za vlast' Sovetov. Moskva 1967, 176–181.

Ders.: Agitacionno-propagandistskaja dejatel'nost' Federacii. In: Internacionalisty. Trudjaščiesja zarubežnych stran. – Učastniki bor'by za vlast' Sovetov. Moskva 1967, 189–199.

Ders.: Federacija i internacional'nye formirovanija. In: Internacionalisty. Trudjaščiesja zarubežnych stran. – Učastniki bor'by za vlast' Sovetov. Moskva 1967, 216–219.

Ders.: Federacija i Sovety inostrannych rabočich i krest'jan. In: Internacionalisty. Trudjaščiesja stran. – Učastniki bor'by za vlast' Sovetov. Moskva 1967, 220–228.

Ders.: Organizacionnoe stroitel'stvo Federacii. In: Internacionalisty. Trudjaščiesja zarubežnach stran. – Učastniki bor'by za vlast' Sovetov. Moskva 1967, 182–188.

Ders.: Inostrannye kommunity v Rossii i obrazovanie Kominterna. In: Internacionalisty. Trudjaščiesja zarubežnach stran. – Učastniki bor'by za vlast' Sovetov. Moskva 1967, 220–228.

Meissel, Wilhelm: Held ohne Gewalt. Fridtjof Nansen. Wien 1967.

Meißl, Gerhard: Der Wandel der sozialen Beziehungen in der österreichischen Kriegsindustrie 1914–1918 am Beispiel der k.u.k. Munitionsfabrik Wöllersdorf. Diss. Wien 1974.

Melgunow, Sergej P.: Der rote Terror in Rußland 1918–1923. Berlin 1924.

Mentzel, Walter: Weltkriegsflüchtlinge in Cisleithanien 1914–1918. In: Heiss, Gernot/Rathkolb, Oliver (Hgg.): Asylland wider Willen. Flüchtlinge in Österreich im europäischen Kontext seit 1914. Wien 1995.

Ders.: Kriegsflüchtlinge in Cisleithanien im Ersten Weltkrieg. Diss. Wien 1997.

Merz, Kai-Uwe: Das Schreckbild. Deutschland und der Bolschewismus 1917–1921. Berlin 1995.

Meyer, Enno: Grundzüge der Geschichte Polens. Darmstadt 1990.

Michalka, Wolfgang (Hg.): Der Erste Weltkrieg. Wirkung, Wahrnehmung, Analyse. München/Zürich 1994.

Michel, Bernard: La chute de l'empire Austro-Hongrois 1916–18. Paris 1991.

Michel, Henri: Les travaux de la commission d'histoire de la captivité. In: Revue d'histoire de la deuxième guerre mondiale, Bd. 7, Nr. 25, Paris 1957, 78–87.

Mihályhegyi, András: Die ungarische Räterepublik im Spannungsfeld zwischen Weltrevolution und nationalen Egoismen. Diss. Bochum 1974.

Mitchell, Allen: Revolution in Bayern 1918/1919. Die Eisner-Regierung und die Räterepublik. München 1967.

Mócsy, István I.: The Effects of World War I. The Uprooted: Hungarian Refugees and Their Impact on Hungary's Domestic Politics, 1918–1921. New York 1983.

Mojonny, Gerado Luigi: The Labor of Prisoners of War in Modern Times. An Appreciation on the Cause and on the Effect of the Geneva Conventions. Diss. Locarno-Fribourg 1955.

Molnár, Miklos: A Short History of the Hungarian Communist Party. Folkestone 1978.

Ders./Nagy, László: Imre Nagy. Réformateur ou Révolutionnaire? Genève/Paris 1959.

Momigliano, Arnaldo: Geschichte in einer Zeit der Ideologien. In: Wie Geschichte geschrieben wird. Berlin 1998.

Montadon, George: Schmelztiegel des Fernen Ostens. Wien 1926.

Moritsch, Andreas (Hg.): Vom Ethnos zur Nationalität. Wien/München 1992.

Ders. (Hg.): Problemfelder der Geschichte und Geschichtsschreibung der Kärntner Slovenen – Problemska polja zgodovine in zgodovinopisja koroških Slovencev. Klagenfurt-Celovec/Ljubljana-Laibach/Wien-Dunaj 1995.

Ders.: Modernisierung und nationale Differenzierung bis 1918. In: Ders. (Hg.): Austria Slovenica. Klagenfurt/Laibach 1996, 45–57.

Moritz, Verena: Gefangenschaft und Revolution. Deutschösterreichische Kriegsgefangene und Internationalisten in Rußland 1914–20. Diplomarbeit Wien 1995.

Dies.: Die österreichisch-ungarischen Kriegsgefangenen in der russischen Wirtschaft (1914 bis Oktober 1917). In: Zeitgeschichte, 25. Jg., Nr. 11/12, Nov./Dez. 1998, 380–389.

Dies./Leidinger, Hannes: Im Schatten der Revolution. Die Heimkehrer aus russischer Kriegsgefangenschaft nach dem Ende des Ersten Weltkrieges. In: Wiener Geschichtsblätter, 51. Jg., Heft 4, 1996, 229–264.

Dies./Leidinger, Hannes: Österreich-Ungarn und die Heimkehrer aus russischer Kriegsgefangenschaft im Jahr 1918. In: Österreich in Geschichte und Literatur mit Geographie, 41. Jg., Heft 6, Nov./Dez. 1997, 385–403.

Dies./Leidinger, Hannes: Otto Bauer 1914–1919. Kriegsgefangenschaft und Heimkehr als Problem einer Biographie. In: Wiener Geschichtsblätter, 54. Jg., Heft 1, 1999, 1–21.

Dies./Leidinger, Hannes: Das russische Kriegsgefangenenwesen 1914 bis 1920. In: Österreichische Osthefte, Jg. 41, Heft 1, Wien 1999, 83–106, 85f.
Morley, James William: The Japanese Thrust into Siberia 1918. New York 1957.
Morris, L. P.: British Secret Missions in Turkestan, 1918–1919. In: Journal of Contemporary History, Bd. 12, Nr. 2, April 1977, 363–379.
Morton, Frederic: Wetterleuchten 1913/1914. Wien 1989.
Moskva i Pervaja Mirovaja Vojna. 850-letie Moskvy. Moskva 1994.
Mosse, George L.: Die Geschichte des Rassismus in Europa. Frankfurt 1990.
Muchin, Viktor: Das System der Gefangennahme, Erfassung, Versorgung und Weiterleitung sowjetischer und deutscher Kriegsgefangener in frontnahen Gebieten 1914 bis 1945. Eine vergleichende Analyse. In: Müller, Klaus Dieter/Nikischkin, Konstantin/Wagenlehner, Günther (Hgg.): Die Tragödie der Gefangenschaft in Deutschland und der Sowjetunion. Köln/Weimar 1998, 107–128.
Müller, E.: Blick zurück im Zorn?! Bürgerkrieg, Kriegskommunismus und Neue Ökonomische Politik. In: Geyer, Dietrich (Hg.): Die Umwertung der sowjetischen Geschichte. Göttingen 1991, 75–102.
Müller, Eva-Maria: Das Leistungswesen Österreich-Ungarns im 1. Weltkrieg. Diplomarbeit Wien 1973.
Müller, Hans-Harald: Editorisches Nachwort. In: Perutz, Leo: Wohin rollst du, Äpfelchen. Wien/Darmstadt 1987.
Müller, Herbert L.: Islam, gihad („Heiliger Krieg") und Deutsches Reich. Ein Nachspiel zur wilhelminischen Weltpolitik in Maghreb 1914–1918. Frankfurt 1991.
Müller, Klaus Dieter/Nikischkin, Konstantin/Wagenlehner, Günther (Hgg.): Einführung. In: Dies. (Hgg.): Die Tragödie der Gefangenschaft in Deutschland und der Sowjetunion. Köln/Weimar 1998, 9–26.
Müller-Deham, Albert: Das Fleckfieber als Kriegsseuche. In: Pirquet, Clemens (Hg.): Volksgesundheit im Krieg. II. Teil. Wien/New Haven 1926, 71–95.
Mundschütz, Reinhard: Das Internierungslager Drosendorf/Thaya 1914–1920. Ein Beitrag zur Geschichte der Behandlung fremder Staatsangehöriger in Österreich während des 1. Weltkriegs. Diplomarbeit Wien 1993.
Nachtigal, Reinhard: German Prisoners of War in Tsarist Russia: A Glance at Petrograd/St. Petersburg. In: German History, Bd. 13, Nr. 2, 1995, 198.
Ders.: Kriegsgefangene der Habsburgermonarchie in Rußland. In: Österreich in Geschichte und Literatur mit Geographie, 40. Jg., Nr. 4–5a, 1996, 248–262.
Ders.: Die dänisch-österreichisch-ungarischen Rotkreuzdelegierten in Rußland 1915–1918. Die Visitation der Kriegsgefangenen der Mittelmächte durch Fürsorgeschwestern des österreichischen und ungarischen Roten Kreuzes. In: Zeitgeschichte, 25. Jg., Nr. 11/12, Nov./Dez. 1998, 366–374.

Ders.: Seuchen unter militärischer Aufsicht in Rußland: Das Lager Tockoe als Beispiel für die Behandlung der Kriegsgefangenen 1915/16. In: Jahrbücher für Geschichte Osteuropas, Jg. 48, Heft 3, 2000, 363–387.

Ders.: Die Murmanbahn: die Verkehrsanbindung eines kriegswichtigen Hafens und das Arbeitspotential der Kriegsgefangenen (1915–1918). Grunbach 2001.

Nagl-Docekal, Herta: Ist Geschichtsphilosophie heute noch möglich? In: Dies. (Hg.): Der Sinn des Historischen. Geschichtsphilosophische Debatten. Frankfurt 1996, 7–63.

Nagy, Zsuzsa L.: Problems of Foreign Policy before the Revolutionary Governing Council. In: Völgyes, Iván (Hg.): Hungary in Revolution 1918–1919. Nine Essays. Lincoln Neb. 1971, 121–136.

Naumov, Vladimir/Rešin, Leonid: Repressionen gegen sowjetische Kriegsgefangene und zivile Repatrianten in der UdSSR 1941 bis 1956. In: Müller, Klaus Dieter/Nikischkin, Konstantin/Wagenlehner, Günther (Hgg.): Die Tragödie der Gefangenschaft in Deutschland und der Sowjetunion. Köln/Weimar 1998, 335–364.

Neck, Rudolf: Die österreichische Arbeiterbewegung vom Jänner bis November 1918. In: Plaschka, Richard Georg/Mack, Karlheinz (Hgg.): Die Auflösung des Habsburgerreiches. Zusammenbruch und Neuorientierung im Donauraum. Wien 1970, 72–77.

Ders.: Sozialdemokratie. In: Weinzierl, Erika/Skalnik, Kurt (Hgg.): Österreich 1918–1938. Geschichte der Ersten Republik. Bd. 1. Graz/Wien/Köln 1983, 225–248.

Neubauer, Helmut: München und Moskau 1918/19. Zur Geschichte der Rätebewegung in Bayern. München 1958 (= Jahrbücher für Geschichte Osteuropas. Beiheft 4).

Niedhart, Gottfried: Internationale Beziehungen 1917–1947. Paderborn/München/Wien/Zürich 1989.

Nietzsche, Friedrich: Vom Nutzen und Nachteil der Historie für das Leben. Zürich 1984.

Nollau, Günther: International Communism and World Revolution. History and Methods. New York 1961.

Nolte, Ernst: Der europäische Bürgerkrieg 1917–1945. Nationalsozialismus und Bolschewismus. Frankfurt/Berlin 1987.

Northedge, F. S.: The League of Nations. Its Life and times 1920–1946. New York 1986.

Nössing, Nicoletta: Die literarische Verarbeitung des Heimkehrermotivs nach den beiden Weltkriegen. Diplomarbeit Innsbruck 1992.

Nowak, Karl Friedrich: Chaos. München 1923.

Nürnberger, Helmuth: Joseph Roth. Reinbek bei Hamburg 1981.

Očak, Ivan: O Jugoslavenima u bjelogardejskim jedinicama u Russiji za vrijeme gradjanskog rata 1918–1920. In: Časopis za suvremenu povijest. Jg. I. Zagreb 1974, 39–56.

Ders.: Povratnici iz Sovjetske Rusije u borbi za stvaranje komunističkih organisacija uoči prvog kongresa SRP(k). In: Historijski zbornik, Jg. XXVII–XXVIII, Zagreb 1974–75, 1–26.

Ders.: U borbi za ideje Oktobra. Jugoslavenski povratnici iz Sovjetske Rusije 1918–1921. Zagreb 1976.

Oeter, Stefan: Die Entwicklung des Kriegsgefangenenrechts. Die Sichtweise eines Völkerrechtlers. In: Overmans, Rüdiger (Hg.): In der Hand des Feindes. Kriegsgefangenschaft von der Antike bis zum Zweiten Weltkrieg. Köln/Weimar/Wien 1999, 41–62.

Olcott, Martha Brill: The Revolution in Central Asia. In: Acton, Edward/Cherniaev, Vladimir Iu./Rosenberg, William G. (Hgg.): Critical Companion to the Russian Revolution 1914–1921. London/Sydney/Auckland 1997, 679–692.

Olenčuk, Elisabeth: Das Propagandalager. Die politische Beeinflussung der ukrainischen Kriegsgefangenen in Freistadt 1914–18. In: Arche. Zeitschrift für Geschichte und Archäologie in Oberösterreich, Nr. 8, Linz 1995, 8–11.

Dies.: Die Ukrainer in der Wiener Politik und Publizistik 1914–1918. Ein Beitrag zur Geschichte der österreichischen Ukrainer (Ruthenen) aus den letzten Jahren der Österreichisch-Ungarischen Monarchie. Diss. Wien 1998.

Oltmer, Jochen: Zwangsmigration und Zwangsarbeit – Ausländische Arbeitskräfte und bäuerliche Ökonomie im ersten Weltkrieg. In: Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte, XXVII. Jg., 1998, 135–168.

Ders.: Arbeitszwang und Zwangsarbeit. Kriegsgefangene und ausländische Zivilarbeitskräfte im Ersten Weltkrieg. In: Spilker, Rolf/Ulrich, Bernd (Hgg.): Der Tod als Maschinist. Der industrialisierte Krieg 1914–1918. Eine Ausstellung des Museums Industriekultur Osnabrück im Rahmen des Jubiläums „350 Jahre Westfälischer Friede". Osnabrück 1998, 97–107.

Opocensky, Jan: Umsturz in Mitteleuropa. Der Zusammenbruch Österreich-Ungarns und die Geburt der kleinen Entente. Dresden 1931.

Oppelland, Torsten: Reichstag und Außenpolitik im ersten Weltkrieg. Die deutschen Parteien und die Politik der USA. Düsseldorf 1995.

Ortmayr, Norbert: Sozialhistorische Skizzen zur Geschichte des ländlichen Gesindes in Österreich. In: Ders. (Hg.): Knechte. Autobiographische Dokumente und sozialhistorische Skizzen. Wien/Köln/Weimar 1992, 297–356.

Oschliess, Wolfgang: Die kommunistische Partei der Tschechoslowakei in der Ersten Tschechoslowakischen Republik. 1974.

Osterloh, Jörg: Sowjetische Kriegsgefangene 1941–1945 im Spiegel nationaler und internationaler Untersuchungen. Forschungsüberblick und Bibliographie. Dresden 1995.

Ders.: Ein ganz normales Lager. Das Kriegsgefangenen-Mannschaftsstammlager Stalag 304 (IV H) Zeithain bei Riesa/Sa. 1941 bis 1945. Leipzig 1997.

Österreich-Ungarns letzter Krieg 1914–1918 (ÖUlK). Hg. vom österreichischen Bundesministerium für Landesverteidigung und vom Kriegsarchiv. Bd. VII: Das Kriegsjahr 1918. Wien 1938.

Ostheim-Dzerowycz, Maria: Gmünd. Ein Lager ukrainischer Flüchtlinge in Österreich während des Ersten Weltkrieges. In: Slawinski, Ilona/Strelka, Joseph P. (Hg.): Die Bukowina. Vergangenheit und Gegenwart. Bern/Berlin/Frankfurt/New York/Paris/Wien 1995, 73–87.

Otečestvennaja istorija s drevnejšich vremen do 1917 goda. Enciklopedija. Bd. 1. Moskva 1994.

Otto, Reinhard: Wehrmacht, Gestapo und sowjetische Kriegsgefangene im deutschen Reichsgebiet 1941/42. München 1998.

Overmans, Rüdiger (Hg.): In der Hand des Feindes. Kriegsgefangenschaft von der Antike bis zum Zweiten Weltkrieg. Köln/Weimar/Wien 1999.

Pacher, Helga-Maria: Anthropologische Untersuchungen an den Skeletten der Rudolf Pöch'schen Buschmannsammlung, 1. Heft: Herkunft des Sammlungsgutes, Maßbefunde und Lichtbilder der Schädel. Graz/Wien/Köln 1962.

Park, Alexander G.: Bolshevism in Turkestan 1917–1927. New York 1957.

Pastor, Peter: Hungary Between Wilson and Lenin. The Hungarian Revolution of 1918–1919 and the Big Three. New York 1976.

Ders.: Hungarian Prisoners of War in Russia During the Revolution and Civil War. In: Pastor, Peter/Williamson, Samuel R. (Hgg.): Essays on World War I: Origins and Prisoners of War. New York (Brooklyn) 1983, 149–162.

Ders.: One Step Forward, Two Steps Back: The Rise and Fall of the First Hungarian Communist Party. In: Banac, Ivo (Hg.): The Effects of World War I: The Class War after the Great War: The Rise of Communist Parties in East Central Europe, 1918–1921. Brooklyn 1983 (= War and Society in East Central Europe, Bd. XIII), 85–126.

Ders.: The Home Front in Hungary, 1914–1918. In: Király, Béla K./Dreisziger, Nándor F. (Hgg.): War and Society in East Central Europe, Bd. XIX, New York 1985, 124–134.

Ders.: The French Military Mission in Hungary, 1918–1919. In: Pastor, Peter (Hg.): Revolutions and Interventions in Hungary and its Neighbor States, 1918–1919. Boulder/New Jersey/New York 1988 (= War and Society in East Central Europe, Bd. XX), 467–483.

Ders.: Recent Publications on the History of the Hungarian Soviet Republic and Béla Kun. In: Pastor, Peter (Hg.): Revolutions and Interventions in Hungary and its Neighbor States, 1918–1919. Boulder/New Jersey/New York 1988 (= War and Society in East Central Europe, Bd. XX), 467–483.

Paupié, Kurt: Handbuch der österreichischen Pressegeschichte. Band I: Wien. Band II: Die zentralen pressepolitischen Einrichtungen des Staates. Wien/Stuttgart 1960 und 1966.

Payne, Robert: Stalin. Macht und Tyrannei. München 1985.

Peball, Kurt: Österreichische Militärhistorische Forschung zum Ersten Weltkrieg zwischen 1918 und 1968. In: Gersdorff, Ursula von (Hg.): Geschichte und Militärgeschichte. Wege der Forschung. Frankfurt 1974, 89–98.

Pelinka, Anton: Tabus in der Politik. Zur politischen Funktion von Tabuisierung und Enttabuisierung. In: Bettelheim, Peter/Streibl, Robert (Hgg.): Tabu und Geschichte. Zur Kultur des kollektiven Erinnerns. Wien 1994, 21–28.

Pereira, N.G.O: White Power During Civil War in Siberia (1918–1920). Dilemmas of Kolchak's „War Anti-Communism". In: Canadian Slavonic Papers, Nr. 29, 1987, 2–19.

Ders.: The „Democratic Counterrevolution" of 1918 in Siberia. In: Nationalities Papers, Nr. 16, 1988, 71–93.

Perutz, Leo: Wohin rollst du, Äpfelchen. Wien/Darmstadt 1987.

Peter, Andreas: Das „Russenlager" in Guben. In: Brandenburgische Historische Hefte, Nr. 10, 1998.

Pethö, Albert: Österreich-Ungarns Geheimdienst im Weltkrieg. Beiträge zur Geschichte von Evidenzbureau und Nachrichtenabteilung 1914–1918. Diss. Wien 1996.

Petrov, Nikita: Außergerichtliche Repressionen gegen Kriegsgefangene Deutsche 1941 bis 1956. In: Müller, Klaus Dieter/Nikischkin, Konstantin/Wagenlehner, Günther (Hgg.): Die Tragödie der Gefangenschaft in Deutschland und der Sowjetunion. Köln/Weimar 1998, 9–26.

Petznek, Friedrich: Das kaiserlich-königliche Flüchtlingslager in Bruck an der Leitha 1914–1918. Bruck an der Leitha 1995.

Pfeil, Adolf: Der Völkerbund. Darmstadt 1976.

Pferschy, Gerhard: Steiermark. In: Weinzierl, Erika/Skalnik, Kurt (Hgg.): Österreich 1918–1938. Geschichte der Ersten Republik. Bd. 2. Graz/Wien/Köln 1983, 939–960.

Pfob, Karl Alfred: Zur Soziologie der Kriegsgefangenschaft. In: In Feindeshand. Die Gefangenschaft im Weltkriege in Einzeldarstellungen. Bd. 1. Wien 1931, 216–218.

Pichlik, Karel: Der militärische Zusammenbruch der Mittelmächte im Jahr 1918. In: Plaschka, Richard G./Mack, Karlheinz (Hgg.): Die Auflösung des Habsburgerreiches. Zusammenbruch und Neuorientierung im Donauraum. Wien 1970, 249–265.

Pipes, Richard: The Formation of the Soviet Union. Communism and Nationalism 1917–1923. Cambridge 1954.

Ders.: Die Russische Revolution. 3 Bde. Berlin 1992/1993.

Ders.: The Unknown Lenin. From the Secret Archive. New Haven/London 1996.

Pisarev, J. A.: Russkie voennoplennye v Avstro-Vengrii v 1917–1918 gg. In: Istorija SSSR, Nr. 4, 1966.

Plaggenborg, Stefan: Weltkrieg, Bürgerkrieg, Klassenkrieg. Mentalitätengeschichtliche Versuche über die Gewalt in Sowjetrußland. In: Historische Anthropologie, Nr. 2, 1995, 493–505.

Plaschka, Richard G./Haselsteiner, Horst/Suppan, Arnold: Innere Front. Militärassistenz, Widerstand und Umsturz in der Donaumonarchie 1918. 2 Bde. Wien 1974.

Ders./Haselsteiner, Horst/Suppan, Arnold/Drabek, Anna M./Zaar, Brigitta (Hgg.): Mitteleuropa-Konzeptionen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Wien 1995.

Pobeshimow, Iwan F.: Die sowjetische Wehrgesetzgebung und der Aufbau der roten Armee von 1917 bis zur Militärreform im Jahre 1924. In: Zeitschrift für Militärgeschichte, 6. Jg., Berlin (Ost) 1967, 585–596.

Poerzgen, M.: Theater ohne Frau. Das Bühnenleben der kriegsgefangenen Deutschen 1914–1920. Königsberg/Berlin 1933 (= Dokumente zur Geschichte der Kriegsgefangenen. Hg. im Auftrag der Reichsvereinigung ehemaliger Kriegsgefangener, Bd. 2).

Polgar, Alfred: Kleine Schriften, Bd. 1: Musterung. Reinbek bei Hamburg 1994.

Političeskie Partii Rossii. Konec XIX – pervaja tret' XX veka. Enciklopedija. Moskva 1996.

Poljakov, Ju. A.: Graždanskaja vojna v Rossii: vozniknovenie i eskalacija. In: Otečestvennaja istorija, Nr. 6, 1992, 32–41.

Poljan, Pavel: Die Endphase der Repatriierung sowjetischer Kriegsgefangener und die komplizierten Wege ihrer Rehabilitierung. In: Müller, Klaus-Dieter/Nikischkin, Konstantin/Wagenlehner, Günther (Hgg.): Die Tragödie der Gefangenschaft in Deutschland und in der Sowjetunion 1941–1956. Köln/Weimar 1998, 365–394.

Poljanskij, I. S./Krivoguz, I. M.: Germanskie i avstrijskie voennoplennye-internacionalisty. In: Internacionalisty. Trudjaščiesja zarubežnych stran. Učastniki bor'by za vlast' sovetov. Moskva 1967, 460–488.

Polner, Tikhon J.: Russian Local Government During The War And The Union of Zemstvos. New Haven 1930.

Poltorak, S. N.: Inostrancy v Krasnoj Armii v 1918–1922 gg. Opyt i uroki obščestvenno-političeskoj i boevoj dejatel'nosti. Diss. Sankt Peterburg 1992.

Ders. (Hg.): Graždanskaja vojna v Rossii: materialy desjatoj vserossijskoj zaočnoj konferencii. Sankt Peterburg 1998.

Popov, N. A.: Revoljucionnye vystuplenija voennoplennych v Rossii v gody pervoj mirovoj vojny. In: Voprosy istorii, Nr. 2, Moskva 1969.

Portal, Roger: Der russische Sozialismus bis zur Revolution von 1917. In: Bédarida, François/Portal Roger (Hgg.): Die sozialistischen Parteien Europas: Großbritannien, Rußland, Balkanländer. Frankfurt am Main/Berlin/ Wien 1975, 78–137.

Portisch, Hugo: Österreich I. Die unterschätzte Republik. Wien 1989.

Prassl, Johann: „Mei Hoamat“ zwischen Raab und Gleichenberg. Mühldorf 1988.

Prassnigger, Gerhard: Hunger in Tirol. In: Eisterer, Klaus/Steininger, Rolf (Hgg.): Tirol und der Erste Weltkrieg. Innsbruck 1995, 179–210.

Pravda protiv rymyslov. Kritika buržuaznych i social-reformistskich fal'sifikatorov istorii. Sbornik materialov naučnoj konferencii. Volgograd 1986.

Procacci, Giovanna: Soldati e prigioneri italiani nella Grande Guerra. Roma 1993.

Pronay, Georgine: Kai und Manam. Vergleich zweier Stämme aus Neuguinea in den Jah-

ren 1904–1906 an Hand der Sammlung und Photographien Rudolf Pöchs, seiner Schriften sowie der schriftlichen Berichte der Missionare. Diss. Wien 1993.

Prüll, Cay-Rüdiger: Die Sektion als letzter Dienst am Vaterland. In: Eckart, Wolfgang U./Gradmann, Christoph (Hgg.): Die Medizin und der Erste Weltkrieg. Pfaffenweiler 1996, 155–182, 162f.

Prunkl, Gottfried/Rühle, Axel: Josip Broz-Tito in Selbstzeugnissen und Bilddokumenten. Hamburg 1973.

Przybilovszki, Inge: Die Rückführung der österreichisch-ungarischen Kriegsgefangenen aus dem Osten in den letzten Monaten der k.u.k. Monarchie. Diss. Wien 1965.

Pusman, Karl: Die Wiener Anthropologische Gesellschaft in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Ein Beitrag zur Wissenschaftsgeschichte auf Wiener Boden unter besonderer Berücksichtigung der Ethnologie. Diss. Wien 1991.

Raatjes, John: The Role of Communism during the munich Revolutionary Period, November 1918–May 1919. 1952.

Rachamimow, Alon: Alltagssorgen und politische Erwartungen. Eine Analyse von Kriegsgefangenenkorrespondenzen in den Beständen des Österreichischen Staatsarchivs. In: Zeitgeschichte, 25. Jg., Heft 11/12, Nov./Dez. 1998, 348–356.

Ders.: POWs and the Great War. Captivity on the Eastern Front. Oxford u. a. 2002.

Raddatz, Fritz J.: Karl Marx. Der Mensch und seine Lehre. Hamburg 1987.

Radziejowski, Janusz: The Communist Party of Western Ukraine 1919–1929. Edmonton 1983.

Radzinsky, Edward: The Last Tsar. The Life and Death of Nicholas II. London 1992.

Raleigh, Donald J.: Revolution on the Volga 1917 in Saratov. Ithaca/London 1980.

Rape, Ludger: Die österreichischen Heimwehren und die bayerische Rechte 1920–1923. Wien 1977.

Rappersberger, Petra: Das Kriegsgefangenenlager Freistadt 1914–18. Diplomarbeit Wien 1988.

Ratza, Werner: Die deutschen Kriegsgefangenen in der Sowjetunion. Der Faktor Arbeit. Bielefeld 1973 (= Maschke, Erich: Zur Geschichte der deutschen Kriegsgefangenen des Zweiten Weltkrieges. Bd. IV).

Rauch, Georg v.: Geschichte der Sowjetunion. Stuttgart 1987.

Rauchensteiner, Manfried: Der Tod des Doppeladlers. Österreich-Ungarn und der Erste Weltkrieg. Graz/Wien/Köln 1993.

Razumovsky, Maria: Marina Zwetajewa 1892–1941. Mythos und Wahrheit. Wien 1981.

Rebitsch, Wolfgang: Die Volkswehr und das Bundesheer in Tirol in 1918–1938. Diss. Innsbruck 1976.

Redlich, Joseph: Österreichische Regierung und Verwaltung im Weltkriege. Wien/New Haven 1925.

Regele, Oskar: Gericht über Habsburgs Wehrmacht. Letzte Siege und Untergang unter dem Armee-Oberkommando Kaiser Karls I. Wien/München 1968.

Reisberg, Arnold: Österreichische Kommunisten in der Oktoberrevolution. In: Volksstimme. Sondernummer: 70 Jahre KPÖ, 1988, 34–36.

Reisel, Renate: Karl Renner und die Führung der österreichischen Außenpolitik vom 26. Juli 1919 bis zum 21. Oktober 1920. Diss. Wien 1972.

Reimann, Paul: Geschichte der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei. Hamburg/Berlin 1931.

Reisberg, Arnold: Lenin und die Zimmerwalder Bewegung. Berlin 1966.

Reshetar, John S.: The Ukraine. In: Sworakowski, Witold S.: World Communism. A Handbook 1918–1965. Stanford 1973, 440–444.

Rettenwander, Matthias: Stilles Heldentum? Wirtschafts- und Sozialgeschichte Tirols im Ersten Weltkrieg. Innsbruck 1997.

Reventlow, Rolf: Zwischen Alliierten und Bolschewiken. Arbeiterräte in Österreich 1918 bis 1923. Wien/Frankfurt/Zürich 1969.

Ridley, Jasper: Tito. A Biography. London 1994.

Riesenberger, Dieter: Das Internationale Rote Kreuz 1863–1917. Für Humanität in Krieg und Frieden. Göttingen 1992.

Roeder, Carl von: Vom verhängnisvollen Einfluß der Sabotageakte auf die Kriegsführung. In: Jost, Walter/Felger, Friedrich: Was wir vom Weltkrieg nicht wissen. Leipzig 1936, 150–153.

Rogasch, Wilfried: Zur Geschichte der Sammlung. In: Kriegsgefangen. Objekte aus der Sammlung des Archivs und Museums der Kriegsgefangenschaft, Berlin, und des Verbandes der Heimkehrer, Kriegsgefangenen und Vermißtenangehörigen Deutschlands e.V., Bonn-Bad Godesberg, im Deutschen Historischen Museum. Berlin 1990, 12–15.

Roloff, Ernst-August: Exkommunisten. Abtrünnige des Weltkommunismus. Ihr Leben und ihr Bruch mit der Partei in Selbstdarstellungen. Mainz 1969.

Rosenfeld, Günter: Sowjetrußland und Deutschland 1917–1922. Berlin (Ost) 1960.

Rossija v mirovoj vojne 1914–1918 v cifrach. Moskva 1925.

Roth, Josef: Die Kapuzinergruft. Roman. Köln 1987.

Ders.: Hotel Savoy. Roman. Köln 1989.

Der.: Die Flucht ohne Ende. Roman. Köln 1994.

Ders.: Der stumme Prophet. Roman. Köln 1995.

Rothenberg, Gunther E.: The Habsburg Army and the Nationality Problem. In: Austrian History Yearbook, III, 1, 1967, 70–87.

Rotter, Seymour: Soviet and Comintern Policy toward Germany 1919–23. Diss. Columbia University 1954.

Rozental', I. S.: Provokator Roman Malinovskij. Sud'ba i vremja. Moskva 1996.

Rozko, V. M.: Rum'inskie internacionalisty. In: Internacionalisty. Učastie trudjaščichsja stran central'noj i jugo-vostočnoj Evropy v bor'be za vlast' sovetov v Rossii 1917–1920 gg. Moskva 1987, 277–314.

Rückert, Otto: Zur Geschichte des Kriegsgefangenenlagers Cottbus 1914–1921. In: Geschichte und Gegenwart im Bezirk Cottbus, Nr. 2, 1977, 23–48.

Rudolf, Richard L.: Nationalism and Empire. The Habsburg Empire and the Soviet Union. New York 1992.

Ruland, Bernd: Deutsche Botschaft Moskau. München 1984.

Rummel, R. J.: Lethal Politics. Soviet Genocide and Mass Murder since 1917. New Brunswick/London 1990.

Rupnik, Jacques: Histoire du Parti Communiste Tchécoslovaque. Des origines á la prise du pouvoir. Paris 1981.

Rutkowski, Ernst: Die Flucht österreichisch-ungarischer Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften polnischer Nationalität aus der russischen Kriegsgefangenschaft während des Weltkrieges (1914–1918). Krakau 1978.

Ders.: Der Kundschafterdienst des k.u.k. Armeeoberkommandos in Rußland im Jahre 1918. In: Militärhistorische Forschungen, Heft 1, Wien 1992, 15–76.

Sanborn, Josh: The Mobilization of 1914 and the Question of the Russian Nation. A Reexamination. In: Slavic Review, Nr. 2, 2000, 267–289.

Sauerteig, Lutz: Militär, Medizin und Moral: Sexualität im Ersten Weltkrieg. In: Eckart, Wolfgang U./Gradmann, Christoph (Hgg.): Die Medizin und der Erste Weltkrieg. Pfaffenweiler 1996, 197–226.

Ščerbakov, J.N.: Zarubežnye internacionalisty v bor'be protiv interventov i belogvardejcev na Urale i v Sibiri. In: Internacionalisty. Trudjaščiesja zarubežnych stran – učastniki bor'by za vlast' Sovetov na juge i vostoke respubliki. Moskva 1971, 67–145.

Ders.: Trudjaščiesja iz stran central'noj i jugo-vostočnoj Evropy v Rossii v perio Pervoj Mirovoj Vojny i Fevral'skoj Revoljucii. In: Internacionalisty. Učastie trudjaščichsja stran central'noj i jugo-vostočnoj Evropy v bor'be za vlast' sovetov v Rossii 1917–1920 gg. Moskva 1987, 30–90.

Schafer, Elizabeth D.: Prisoners of War. In: Tucker, Spencer C.: The European Powers in the First World War. An Encyclopedia. New York/London 1996, 571–573.

Schafranek, Hans: Die Betrogenen. Österreicher als Opfer stalinistischen Terrors in der Sowjetunion. Wien 1991.

Ders.: Zwischen NKVD und Gestapo. Die Auslieferung deutscher und österreichischer Antifaschisten aus der Sowjetunion an Nazideutschland 1937–1941.

Schapiro, Leonard: Bolschewiki. In: Kernig, C. D.: Sowjetsystem und demokratische Gesellschaft. Die kommunistischen Parteien der Welt. Freiburg/Basel/Wien 1969, 526–555.

Scharlau, Winfried B./Zeman, Zbynek A.: Freibeuter der Revolution. Parvus-Helphand. Eine politische Biographie. Köln 1964.

Scharping, Karl: Kulturelle und wirtschaftliche Leistungen der deutschen Kriegsgefangenen in Rußland 1914–1918. Berlin 1939.

Scheffknecht, Wolfgang: Kriegsflüchtlinge und Kriegsgefangene in Vorarlberg. In: Wanner, Gerhard (Hg.): 1914–1918. Vorarlberg und der 1. Weltkrieg. Quellen und Darstellung. Dornbirn 1989, 62–71.

Scheibert, Peter: Lenin an der Macht. Das russische Volk in der Revolution 1918–22. Weinheim 1984.

Scheidl, Franz J.: Die Kriegsgefangenschaft von den ältesten Zeiten bis zur Gegenwart. Berlin 1943.

Scherl, Michael: Das Kriegsgefangenenlager in Puchheim im Ersten Weltkrieg. In: Amperland, Jg. 21, Heft 4, 1985, 179–182.

Schick, Paul: Karl Kraus. Reinbek bei Hamburg 1993.

Schlag, Gerald: Burgenland. In: Weinzierl, Erika/Skalnik, Kurt (Hgg.): Österreich 1918–1938. Geschichte der Ersten Republik. Bd. 2. Graz/Wien/Köln 1983, 747–799.

Schlögel, Karl: Berlin: „Stiefmutter unter den russischen Städten“. In: Ders. (Hg.): Der große Exodus. Die russische Emigration und ihre Zentren 1917–1941. München 1994, 234–259.

Schmid, Alex P.: Churchills privater Krieg. Intervention und Konterrevolution im russischen Bürgerkrieg November 1918 – März 1920. Zürich 1974.

Schmid, Georg E.: Amerikanische Österreichpolitik zur Zeit der Pariser Friedenskonferenz 1919. Die Coolidge-Mission und Aspekte der österreichischen Friedensregelung. Diss. Salzburg 1968.

Schmidl, Erwin A.: Juden in der k.(u.)k. Armee 1788–1918. Eisenstadt 1989.

Schmidt-Hartmann, Eva (Hg.): Formen des nationalen Bewußtseins im Lichte zeitgenössischer Nationalismus-Theorien. München 1994.

Schmidt-Pauli, Edgar von: Graf Stefan Bethlen. Ein Abschnitt ungarischer Geschichte. Berlin 1931.

Schmiedel, Karl/Schnitter, Helmut: Bürgerkrieg und Intervention 1918 bis 1922. Militärhistorischer Abriß des Bürgerkrieges und der ausländischen Intervention in Sowjetrußland. Berlin 1970.

Schoekenhoff, Volker: „Eine Tragödie größten Ausmaßes“. Zum Schicksal der sowjetischen Kriegsgefangenen im Stalag 326 (VI/K) Senne. In: Geschichte im Westen. Halbjahres-Zeitschrift für Landes- und Zeitgeschichte, Nr. 6, 1991, 151–161.

Schoeler, Uli: Otto Bauer und Sowjetrußland. Berlin 1987.

Schornstheiner, Michael: „Harmlose Idealisten und draufgängerische Soldaten“. Militär und Krieg in den Illustriertenromanen der fünfziger Jahre. In: Heer, Hannes/Nau-

mann, Klaus: Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941–1944. Hamburg 1995, 642f.

Schulz, Gerhard: Revolution und Friedensschlüsse 1917–1920. München 1969.

Schramm, Gottfried (Hg.): Handbuch der Geschichte Rußlands. Bd. 3: 1856–1945. Von den autokratischen Reformen zum Sowjetstaat. Stuttgart 1983.

Schumacher, Horst: Die Kommunistische Internationale 1919–1943. Grundzüge ihres Kampfes für den Frieden, Demokratie, nationale Befreiung und Sozialismus. Berlin (Ost) 1989.

Schuster, Friedrich: Die Friedensverhandlungen von St. Germain und das österreichische Parlament. Diss. Wien 1964.

Schwarz, Wolfgang: Die deutschen Kriegsgefangenen in der Sowjetunion. Aus dem kulturellen Leben. Bielefeld 1969 (= Maschke, Erich: Zur Geschichte der deutschen Kriegsgefangenen des Zweiten Weltkrieges. Bd. VI).

Schweidler, Friedrich: Amstetten – Garnisonsstadt. In: Amstettener Beiträge, 1998, 11–20.

Selber, Gerhard: Parteilinie oder Blattlinie. Die Zentralorgane der beiden Arbeiterparteien von 1918–1933. Diplomarbeit Wien 1991.

Selesnjow, Konstantin L.: Die Propaganda der bolschewistischen Partei unter den deutschen Soldaten an der deutschen Ostfront 1914–1918. In: Zeitschrift für Militärgeschichte, 9. Jg., Heft 1, 1970, 47–63.

Ders.: Unbekannte Namen 1918/19 im Fernen Osten gefallener deutscher Internationalisten. In: Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, 16. Jg., Heft 3, Berlin (Ost) 1974, 448f.

Ders.: Deutsche Internationalisten im Kampf um die Verteidigung der jungen Sowjetmacht (1917–1921). In: Zeitschrift für Militärgeschichte, 6. Jg., Heft 2, 1967, 167–177.

Senjavskaja, E. S.: Obraz vraga v soznanii učastnikov pervoj mirovoj vojny. In: Voprosy istorii, Nr. 3, 1997.

Seraphim, Ernst: Russische Porträts. Die Zarenmonarchie bis zum Zusammenbruch 1917. Bd. II. Zürich/Leipzig/Wien 1943.

Seregny, Scott J.: Zemstvos, Peasants and Citizenship: The Russian Adult Education. Movement and World War I. In: Slavic Review, Nr. 2, 2000, 251–315.

Sergeev, Evgenij: Russian Prisoners of World War I at the Austro-Italian Front in 1915–1917. In: WWI and the XX Century. Acts of the International Conference of Historians. Moscow, 24–26 May 1994. Moscow 1995, 187–190.

Ders.: Russkie Voennoplennye v Germanii i Avstro-Vengrii v gody pervoj mirovoj vojny. In: Novaja i novejšaja istorija, Nr. 4, 1996, 65–78.

Ders.: Kriegsgefangenschaft aus russischer Sicht. Russische Kriegsgefangene in Deutschland und im Habsburger Reich (1914–1918). In: Forum für osteuropäische Ideen- und Zeitgeschichte, 1. Jg., 1997, 113–134.

Ders.: Kriegsgefangenschaft und Mentalitäten. Zur Haltungsänderung russischer Offiziere und Mannschaftsangehöriger in der österreichisch-ungarischen und deutschen Gefangenschaft. In: Zeitgeschichte, 25. Jg., Heft 11/12, Nov./Dez. 1998, 357–365.

Service, Robert: Lenin. Eine Biographie. München 2000.

Seton-Watson, Hugh: The East European Revolution. London 1956.

Shoup, Paul: Communism and the Yugoslav National Question. New York/London 1968.

Siegelbaum, L. H.: Soviet State and Society between Revolutions, 1919–1929. Cambridge, Mass. 1992.

Siegfried, Klaus-Jörg: Rüstungsproduktion und Zwangsarbeit im Volkswagenwerk 1939–1945. Frankfurt 1986.

Silverlight, John: The Victor's Dilemma. Allied Intervention in the Russian Civil War. London 1970.

Šipek, A.: Voennoplennye i ich ispol'zovanie v mirovoj i graždanskoj vojne. In: Vojna i revoljucija, Nr. 2, 1928.

Šiškina, L.V.: Učastie zarubežnych internacionalistov v Oktjabr'skoj Revoljucii i graždanskoj vojne v SSSR 1917–1920 gg. Diss. Moskva 1981.

Siutz, Klaus: Kriegsgefangenschaft in Sibirien 1914–1920: Mathäus Wirnsperger. Diplomarbeit Graz 1994.

Sizonenko, A. I.: Polpred J. Z. Suric. In: Novaja i novejšaja istorija, Nr. 3, 1991, 100–117.

Skilling, H. Gordon: The formation of a Communist Party in Czechoslovakia. In: The American Slavic and East European Review, Vol. 14, No. 3, October 1955, New York, 346–358.

Smele, Jonathan D.: Civil War in Siberia. The anti-Bolshevik government of Admiral Kolchak, 1918–1920. Cambridge 1996.

Smith, Antony D.: Nationalism and Modernism. A critical survey of recent theories of nations and nationalism. London/New York 1998.

Smith, S. A.: Citizenship and the Russian Nation during World War I: A Comment. In: Slavic Review, Nr. 2, 2000, 316–329.

Sokol, Edward Dennis: The Revolt of 1916 in Russian Central Asia. Baltimore 1954.

Solchanyk, Roman: The Foundation of the Communist Movement in Eastern Galicia, 1919–1921. In: Slavic Review, Vol. 30, No. 4, December 1977, New York, 774–794.

Solschenizyn, Alexander: November sechzehn (27. Oktober–17. November). München/Zürich 1986.

Speckner, Hubert: Kriegsgefangenenlager in der „Ostmark" 1939–1945. Zur Geschichte der Mannschaftsstammlager und Offizierslager in den Wehrkreisen XVII und XVIII. Diss. Wien 1999.

Speed, Richard B.: Prisoners, Diplomats and the Great War. A Study in the Diplomacy of Captivity. New York 1990.

Spence, Richard B.: Yugoslavs, the Austrian-Hungarian Army and the First World War. Ann Arbor 1985.

Spiegel, Gabrielle M.: Geschichte, Historizität und die soziale Logik von mittelalterlichen Texten. In: Conrad, Christoph/Kessel, Martina (Hgg.): Geschichte schreiben in der Postmoderne. Beiträge zur aktuellen Diskussion. Stuttgart 1994, 161–202.

Staar, Richard F.: Czechoslovakia. In: Sworakowski, Witold S.: World Communism. A Handbook 1918–1965. Stanford 1973, 108–115.

Stadler, Karl R.: Die Gründung der Republik. In: Weinzierl, Erika/Skalnik, Kurt (Hgg.): Österreich 1918–1938. Geschichte der Ersten Republik. Bd. 1. Graz/Wien/Köln 1983, 55–84.

Steffen, Jochen/Wiemers, Adalbert: Auf zum letzten Verhör. Erkenntnisse des verantwortlichen Hofnarren Karl Radek. München 1977.

Steinbach, Peter: Zur Sozialgeschichte der deutschen Kriegsgefangenschaft in der Sowjetunion und in der Frühgeschichte der Bundesrepublik Deutschland. Ein Beitrag zum Problem historischer Kontinuität. In: Zeitgeschichte, 17. Jg., Heft 4, 1989, 1–18.

Steinberg, Mark D./Khrustalev, Vladimir M.: The Fall of the Romanovs. Political Dreams and Personal Struggles in a Time of Revolution. New Haven/London 1995.

Steiner, Herbert: Die Kommunistische Partei Österreichs von 1918–1933. Wien 1968.

Ders.: Die Kommunistische Partei. In: Weinzierl, Erika/Skalnik, Kurt (Hgg.): Österreich 1918–1938. Geschichte der Ersten Republik. Bd. 1. Graz/Wien/Köln 1983, 317–329.

Steininger, Rolf: „Gott gebe, daß diese schwere Zeit bald ein Ende nimmt“. In: Eisterer, Klaus/Steininger, Rolf (Hgg.): Tirol und der Erste Weltkrieg. Innsbruck 1995, 7–25.

Stewart, George: The White Armies of Russia. A chronicle of Counter-Revolution and Allied Intervention. New York 1933.

Stickler, M.: Die Abgeordneten zum österreichischen Nationalrat 1918–1975 und die Mitglieder des österreichischen Bundesrates. Wien 1975.

Stocker, Karl: „Trotz völliger Lockerung der Manneszucht …“ Soziale Konflikte in der Österreichisch-Alpinen Montangesellschaft 1917–1919. In: Konrad, Helmut/ Schmidlechner, Karin M. (Hgg.): Revolutionäres Potential in Europa am Ende des Ersten Weltkrieges. Die Rolle von Strukturen, Konjunkturen und Massenbewegungen. Wien/Köln 1991, 111–122.

Stökl, Günther: Russische Geschichte. Von den Anfängen bis zur Gegenwart. Stuttgart 1983.

Streit, Christian: Keine Kameraden. Die Wehrmacht und die sowjetischen Kriegsgefangenen 1941–1945. Bonn 1997.

Ders.: Sowjetische Kriegsgefangene in deutscher Hand. Ein Forschungsüberblick. In: Müller, Klaus-Dieter/Nikischkin, Konstantin/Wagenlehner, Günther (Hgg.): Die Tragödie der Gefangenschaft in Deutschland und in der Sowjetunion 1941–1956. Köln/Weimar 1998, 281–290.

Strenger, Markus: Zur Frage des Kriegsgefangenenrechtes. In: In Feindeshand. Die Gefangenschaft im Weltkriege in Einzeldarstellungen. Bd. 2. Wien 1931, 427–431.

Striegnitz, Sonja: Die aktive Teilnahme ehemaliger deutscher Kriegsgefangener an der Oktoberrevolution 1917 und an den Kämpfen des Bürgerkrieges 1918–1922. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 8. Jg., Heft 1, Berlin (Ost) 1960, 129–143.

Dies.: Zur Entstehung der revolutionären Bewegung unter den deutschen Kriegsgefangenen in Rußland vor der Oktoberrevolution. In: Lemke, Heinz/Widera, Bruno (Hgg.): Russisch-deutsche Beziehungen von der Kiewer Rus' bis zur Oktoberrevolution. Berlin (Ost) 1976, 305–329.

Dies.: Deutsche Internationalisten in Sowjetrußland 1917–1918. Proletarische Solidarität im Kampf um die Sowjetmacht. Berlin 1979.

Dies.: Eine „Kerntruppe der Weltrevolution"? Politische Entwicklungen unter deutschen Kriegsgefangenen in Rußland (1917–1920). In: Berliner Jahrbuch für osteuropäische Geschichte. Deutsch-russische Beziehungen, 1995/1, 131–149.

Dies.: Rezension „Lager, Front und Heimat". In: Zeitgeschichte, 25. Jg., Heft 11/12, Nov./Dez. 1998, 390–392.

Strobel, Georg W.: Die Partei Rosa Luxemburgs, Lenin und die SPD: Der polnische „europäische" Internationalismus in der russischen Sozialdemokratie. Wiesbaden 1974.

Suda, Zdenek: Zealots and Rebels. A History of the Ruling Communist Party of Czechoslovakia. Stanford 1980.

Sugar, Peter F. (Hg.): Eastern European Nationalism in the Twentieth Century. Washington/London 1995.

Suny, Ronald G.: The Revolution in Transcaucasia. In: Acton, Edward/Cherniaev, Vladimir Iu./Rosenberg, William G. (Hgg.): Critical Companion to the Russian Revolution 1914–1921. London/Sydney/Auckland 1997, 719–727.

Suppan, Arnold: Der Zusammenbruch der Donaumonarchie 1918. Das Ende des mitteleuropäischen Großstaates. In: Karner, Stefan/Schäfer, Gerald (Hgg.): Als Mitteleuropa zerbrach. Zu den Folgen des Umbruchs in Österreich und Jugoslawien nach dem Ersten Weltkrieg. Graz 1990, 15–26.

Swain, G.: The Origins of the Russian Civil War. London 1996.

Sworakowski, Witold S.: World Communism. A Handbook 1918–1965. Stanford 1973.

Ders.: Austria. In: Sworakowski, Witold S.: World Communism. A Handbook 1918–65. Stanford 1973, 22–29.

Ders.: Poland. In: Sworakowski, Witold S.: World Communism. A Handbook 1918–65. Stanford 1973, 361–369.

Szafar, Tadeusz: The Origins of the Communist Party in Poland. In: Banac, Ivo (Hg.): The Effects of World War I: The Class War after the Great War: The Rise of Commu-

nist Parties in East Central Europe, 1918–1921. Brooklyn 1983 (= War and Society in East Central Europe, Bd. XIII), 5–52.

Täubler, Alexander: Eine Verteidigung der Bolschewiki. Politische Betrachtungen eines österreichischen Sozialdemokraten in der russischen Kriegsgefangenschaft. Wien 1919.

Tautscher, Anton: Wirtschaftsgeschichte Österreichs. Berlin 1974.

Thompson, John M.: Russia, Bolshevism and the Versailles Peace. Princeton 1966.

Thunig-Nittner, Gerburg: Die Tschechoslowakische Legion in Rußland. Ihre Geschichte und Bedeutung als politisch-geistiger Faktor bei der Entstehung der tschechoslowakischen Republik. Wiesbaden 1970.

Tiedemann, Helmut: Sowjetrußland und die Revolutionierung Deutschlands 1917–1919. Berlin 1936.

Tökés, Rudolf L.: Béla Kun and the Hungarian Soviet Republic. The Origins and Role of the Communist Party of Hungary in the Revolutions of 1918–1919. New York 1967.

Ders.: Béla Kun: The Man and the Revolutionary. In: Völgyes, Iván (Hg.): Hungary in Revolution 1918–1919. Nine Essays. Lincoln Neb. 1971, 170–207.

Ders.: Hungary. In: Sworakowski, Witold S.: World Communism. A Handbook 1918–1965. Stanford 1973, 185–191.

Toma, Peter A.: The Slovak Soviet Republic of 1919. In: The American Slavic and East European Review. Vol. 17. No. 2. New York. April 1958, 203–215.

Torke, Hans-Joachim (Hg.): Historisches Lexikon der Sowjetunion 1917/22 bis 1991. München 1993.

Ders. (Hg.): Die russischen Zaren 1547–1917. München 1995.

Tregubow, A. W.: W. I. Lenin und die deutschen Internationalisten in Sowjetrußland (1918–1920). In: Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, 16. Jg., Heft 3, Berlin (Ost) 1974, 369–383.

Ders.: Über die Presse der Sozialdemokraten-Internationalisten in Sowjetrußland (1918). In: Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, 14. Jg., Heft 2, Berlin (Ost) 1972, 268 f.

Trotzki, Leo: Die Geburt der Roten Armee. Wien 1924.

Ders.: Geschichte der Russischen Revolution. 2 Teile. 3 Bde. Frankfurt 1973.

Ders.: Mein Leben. Versuch einer Autobiographie. Frankfurt 1990.

Trush, M.: Soviet Foreign Policy. Early Years. O. O. o. J.

Turok, Vladimir M.: Die russische Oktoberrevolution und ihre Rückwirkungen auf den Zusammenbruch der österreichisch-ungarischen Monarchie. In: Plaschka, Richard G./Mack, Karlheinz (Hgg.): Die Auflösung des Habsburgerreiches. Zusammenbruch und Neuorientierung im Donauraum. Wien 1970, 226–230.

Učastie trudjaščichsja zarubežnych stran v Oktjabr'skoj Revoljucii. Moskva 1967.

Ulam, Adam B.: Die Bolschewiki. Vorgeschichte und Verlauf der kommunistischen Revolution in Rußland. Köln/Berlin 1967.

Ul'janov, I.: Oktjabr'skaja Revoljucija i Voennoplennye. In: Proletarskaja revoljucija, Nr. 7/90, 1929, 95–110.

Ullman, Richard H.: Intervention and the War. Princeton 1961 (= Anglo-Soviet Relations 1917–1921, Vol. 1).

Ullrich, Volker: Vom Augusterlebnis zur Novemberrevolution. Beiträge zur Sozialgeschichte Hamburgs und Norddeutschlands im Ersten Weltkrieg. Bremen 1999.

Ulrich, Bernd: Die umkämpfte Erinnerung. Überlegungen zur Wahrnehmung des Ersten Weltkrieges in der Weimarer Republik. In: Duppler, Jörg/Groß, Gerhard P. (Hgg.): Kriegsende 1918. Ereignis, Wirkung, Nachwirkung. München 1999, 367–376.

Unc, G.: Die Solidarität der Werktätigen Rumäniens mit der proletarischen Revolution in Ungarn. Bukarest 1970.

Unfried, Berthold: Arbeiterprotest und Arbeiterbewegung in Österreich während des Ersten Weltkrieges. Diss. Wien 1990.

Ungarn 1919 und Österreich. Wien 1979.

Unterberger, Betty Miller: America's Siberian Expedition 1918–1920. A Study of National Policy. New York 1969.

Dies.: The United States, Revolutionary Russia and the rise of Czechoslovakia. Chapel Hill/London 1989.

Urlanis, Boris Zesarewitsch: Bilanz der Kriege. Die Menschenverluste Europas vom 17. Jahrhundert bis zur Gegenwart. Berlin 1965.

Ustinov, V. M.: Federacija inostrannych grupp i drugie organizacii internacionalistov pri CK RKP(b). In: Internacionalisty. – Učastie trudjaščichsja stran central'noj i jugo-vostočnoj Evropy v bor'be za vlast' Sovetov v Rossii 1917–1920 gg. Moskva 1987, 409–436.

Valiani, Leo: The End of Austria-Hungary. London 1973.

Vanek, Karel: Schwejk in russischer Gefangenschaft. Wien/Prag 1992.

Varjassy, Louis: Revolution, bolchevisme, reaction: L'histoire de l'occupation française en Hongrie (1918–1919). Paris 1934.

Vasold, Manfred: Pest, Not und schwere Plagen. Seuchen und Epidemien vom Mittelalter bis heute. München 1991.

Velikij Oktjabr' i Vengerskaja sovetskaja Respublika. Moskva 1983.

Verhey, Jeffrey: Krieg und geistige Mobilmachung: Die Kriegspropaganda. In: Kruse, Wolfgang (Hg.): Eine Welt von Feinden. Der große Krieg 1914–1918. Frankfurt 1997, 176–183.

Ders.: Der „Geist von 1914" und die Erfindung der Volksgemeinschaft. Hamburg 2000.

Vermes, Gábor: The October Revolution in Hungary: From Károlyi to Kun. In: Völgyes, Iván (Hg.): Hungary in Revolution 1918–1919. Nine Essays. Lincoln Neb. 1971, 31–60.

Verosta, Stephan: Die österreichische Außenpolitik 1918–1938 im europäischen Staatensystem 1914–1955. In: Weinzierl, Erika/Skalnik, Kurt (Hgg.): Österreich 1918–1938. Geschichte der Ersten Republik. Bd. 1. Graz/Wien/Köln 1983, 107–146.

Vesely, Jindrich: Entstehung und Gründung der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei. Berlin 1955.

Vinogradov, S.: Russian Prisoners-of-War in the Yugoslavian Regions of Austria-Hungary, and in Serbia and Montenegro, 1914–1918. In: WWI and the XX Century. Acts of the International Conference of Historians. Moscow, 24–26 May 1994. Moscow 1995, 190–193.

Vinterhalter, Vilko: Tito. Der Weg des Josip Broz. Wien/Frankfurt/Zürich 1969.

Völgyes, Ivan: The Hungarian Dictatorship of 1919. Russian Example versus Hungarian Reality. In: East European Quarterly, Nr. 1, 1970, 58–71.

Ders.: The Hungarian Soviet Republic 1919. An Evaluation and a Bibliography. Stanford 1970.

Ders.: Soviet Russia and Soviet Hungary. In: Völgyes, Iván (Hg.): Hungary in Revolution 1918–1919. Nine Essays. Lincoln Neb. 1971, 158–169.

Ders. (Hg.): Hungary in Revolution 1918–1919. Nine Essays. Lincoln Neb. 1971.

Ders.: Hungarian Prisoners of War in Russia 1916–19. In: Cahiers du monde russe et sovietique, 14. Jg., Janvier-Juin 1973, 54–85.

Volkmann, Erich O.: Der Marxismus und das deutsche Heer im Weltkrieg. Berlin 1925.

Volkmann, Hans-Erich: Die russische Emigration in Deutschland 1919–1929. Würzburg 1966.

Ders.: Das Rußlandbild in der Schule des Dritten Reichs. In: Ders. (Hg.): Das Rußlandbild im Dritten Reich. Köln/Weimar/Wien 1994, 225–256.

Wade, Rex A.: The Russian Revolution, 1917. Cambridge 2000.

Wandruszka, Adam: Das „nationale Lager". In: Weinzierl, Erika/Skalnik, Kurt (Hgg.): Österreich 1918–1938. Geschichte der Ersten Republik. Bd. 1. Graz/Wien/Köln 1983, 277–315.

Ders./Urbanitsch, Peter (Hgg.): Die Habsburgermonarchie 1848–1918. Bd. I–III. Wien 1973–1980.

Wandycz, Piotr S.: Soviet-Polish Relations, 1917–1921. Cambridge 1969.

Wassermair, Otto: Die Meutereien der Heimkehrer aus russischer Kriegsgefangenschaft bei den Ersatzkörpern der k.u.k. Armee im Jahre 1918. Diss. Wien 1968.

Watlin, Alexander: Die Komintern 1919–1929. Historische Studien. Mainz 1993.

Weber, Hermann: Die Wandlung des deutschen Kommunismus. Die Stalinisierung der KPD in der Weimarer Republik. Bd. 2. Frankfurt 1969.

Ders.: Lenin. Hamburg 1970.

Wegs, Robert J.: Die österreichische Kriegswirtschaft 1914–1918. Wien 1979.

Weinzierl, Erika/Skalnik, Kurt (Hgg.): Österreich 1918–1938. Geschichte der Ersten Republik. 2 Bde. Graz/Wien/Köln 1983.

Weischer, Heinz: Russenlager. Russische Kriegsgefangene in Hessen (Hamm) 1942–1945. Essen 1992.

Weltenwende – wir waren dabei. Erinnerungen deutscher Teilnehmer an der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution und an den Kämpfen gegen Interventen und Konterrevolutionäre. 1917–1920. Berlin 1962.

Werth, Nicolas: Ein Staat gegen sein Volk. Gewalt, Unterdrückung und Terror in der Sowjetunion. In: Courtois, Stéphane/Werth, Nicolas/Panné, Jean-Louis/Paczkowski, Andrzej/Bartosek, Karl/Margolin, Jean-Louis: Das Schwarzbuch des Kommunismus. Unterdrückung, Verbrechen und Terror. München/Zürich 1998, 51–295.

Wette, Wolfram (Hg.): Der Krieg des kleinen Mannes. Eine Militärgeschichte von unten. München/Zürich 1992.

Ders.: Das Rußlandbild in der NS-Propaganda. Ein Problemaufriß. In: Volkmann, Hans-Erich: Das Rußlandbild im Dritten Reich. Köln/Weimar/Wien 1994, 55–78.

Wheaton, Bernard: Radical Socialism in Czechoslovakia. Bohumír Šmeral, the Czech Road to Socialism and the Origins of the Czechoslovak Communist Party (1917–1921). New York 1986.

Wheeler, Robert F.: USPD und Internationalismus in der Zeit der Revolution. Frankfurt 1975.

Wheeler-Bennett, John W.: Brest-Litovsk. The Forgotten Peace. March 1918. London 1956.

White, Albert: The Siberian Intervention. Princeton 1950.

White, Hayden: Der historische Text als literarisches Kunstwerk. In: Conrad, Christoph/Kessel, Martina (Hgg.): Geschichte schreiben in der Postmoderne. Beiträge zur aktuellen Diskussion. Stuttgart 1994, 123–157.

Wiesenhofer, Franz: Gefangen unter Habsburgs Krone. K.u.k. Kriegsgefangenenlager im Erlauftal. Purgstall 1997.

Williams, Robert C.: Russian War Prisoners and Soviet-German Relations: 1918–1921. In: Canadian Slavonic Papers, Bd. IX, Nr. 2, 1967, 270–295.

Ders.: Culture in Exile – Russian Emigrés in Germany, 1881–1941. Ithaca/London 1972.

Williamson, Samuel R./Pastor, Peter (Hgg.): Essays on World War: Origins and Prisoners of War. New York 1983.

Willis, Edward Frederic: Herbert Hoover and the Russian POWs of World War I. A Study on Diplomacy and Relief 1918–1919. London 1951.

Wippermann, Wolfgang: Totalitarismustheorien. Die Entwicklung der Diskussion von den Anfängen bis heute. Darmstadt 1997.

Wistrich, Robert: Wer war wer im Dritten Reich. Anhänger, Mitläufer, Gegner aus Politik, Wirtschaft, Militär, Kunst und Wissenschaft. München 1983.

Wodak, Ruth/Kirsch, Fritz Peter (Hgg.): Totalitäre Sprachen. Wien 1995.

Wodak, Walter: Diplomatie zwischen Ost und West. Graz/Wien/Köln 19?.

Wohlgemuth, Heinz: Die Entstehung der Kommunistischen Partei Deutschlands, 1914–1918. Berlin 1978.

Wolkogonow, Dimitri: Stalin. Triumph und Tragödie – Ein politisches Porträt. Düsseldorf 1989.

Ders.: Trotzki. Das Janusgesicht der Revolution. Düsseldorf/Wiwn/New York/Moskau 1992.

Ders.: Lenin. Utopie und Terror. Düsseldorf/Wien/New York/Moskau 1993.

Wood, Alan: The Revolution and Civil War in Siberia. In: Acton, Edward/Cherniaev, Vladimir Iu./Rosenberg, William G. (Hgg.): Critical Companion to the Russian Revolution 1914–1921. London/Sydney/Auckland 1997, 706–718.

Woroschilow, Stanislaw I.: Die Auswirkungen der großen sozialistischen Oktoberrevolution auf die österreichische Arbeiterbewegung und die Bildung der Republik Österreich. In: Österreich und die Sowjetunion 1918–1955. Beiträge zur Geschichte der österreichisch-sowjetischen Beziehungen. Wien 1984, 11–20.

Wulff, Dietmar: A. A. Joffe und die russische Außenpolitik 1918. Unveröffentlichte Dokumente (Teil I. Mai 1918). In: Berliner Jahrbuch für osteuropäische Geschichte. Deutsch-russische Beziehungen, Nr. 1, 1995, 209–219.

Wurzer, Georg: Die Verarbeitung des Gefangenschaftserlebnisses in der Memoirenliteratur ehemaliger Kriegsgefangener: das Werk Edwin Erich Dwingers. In: Newsletter. Arbeitskreis Militärgeschichte Freiburg i. B., Nr. 5, Dezember 1997, 16f.

Ders.: Die Kriegsgefangenen in Rußland im Ersten Weltkrieg. Diss. Tübingen 2000.

Wysocki, Gerd: Arbeit für den Krieg. Herrschaftsmechanismen in der Rüstungsindustrie des „Dritten Reiches". Arbeitseinsatz, Sozialpolitik und staatspolizeiliche Repression bei den Reichswerken „Hermann Göring" im Salzgitter-Gebiet 1937/38 bis 1945. Braunschweig 1992.

Yanikdag, Yücel: Ottoman Prisoners of War in Russia 1914–1922. In: Journal of Contemporary History, Vol. 34, Nr. 1, Jan. 1999, 69–85.

Zagorsky, Simon Ossipovic: State Control of Industry in Russia during the War. New Haven 1928.

Zajončkovskij, P. A.: Voennye reformy 1860–1870 godov v Rossii. Moskva 1952.

Žarov, L. I.: Central'nye organy formirovanij internacional'nych častej Krasnoj Armii. Internacional'nye časti i soedinenija na frontach graždanskoj vojny. In: Internacionalisty. Trudjaščiesja zarubežnych stran. – Učastniki bor'by za vlast' Sovetov. Moskva 1967, 573–598.

Ždanov, N.: Russkie voennoplennye v mirovoj vojne, 1914–1918. Moskva 1920.

Zechlin, Egmont: Die deutsche Politik und die Juden im Ersten Weltkrieg. Göttingen 1969.

Zelenin, V. V.: Jugoslavskie internacionalisty v strane sovetov. In: Internacionalisty. Učastie trudjaščichsja stran central'noj i jugo-vostočnoj Evropy v bor'be za vlast' sovetov v Rossii 1917–1920 gg. Moskva 1987, 315–354.

Zelt, Johannes: Die deutsch-sowjetischen Beziehungen in den Jahren 1917–1921 und das Problem der Kriegsgefangenen und Internierten. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 15. Jg., Heft 6, Berlin (Ost) 1967, 1015–1032.

Ders.: Die politische Arbeit unter russischen Kriegsgefangenen und internierten Rotarmisten in Deutschland während des Ersten Weltkriegs und in der Nachkriegszeit. In: Zeitschrift für Militärgeschichte, 6. Jg. Heft 5, 1967, 568–584.

Ders.: Kriegsgefangene in Deutschland. Neue Forschungsergebnisse zur Geschichte der Russischen Sektion bei der KPD (1919–1921). In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Heft 4, 1967, 621–638.

Zeman, Zbynek: The Break-Up of the Habsburg Empire 1914–18. London 1961.

Zenkovsky, S.: Pan-Turkism and Islam in Russia. Cambridge Mass. 1960.

Ziemann, Benjamin: Fluchten aus dem Konsens zum Durchhalten. Ergebnisse, Probleme und Perspektiven der Erforschung soldatischer Verweigerungsformen in der Wehrmacht 1939–1945. In: Müller, Rolf-Dieter/Volkmann, Hans-Erich (Hgg.): Die Wehrmacht. Mythos und Realität. München 1999, 589–613.

Ders.: Enttäuschte Erwartung und kollektive Erschöpfung. Die deutschen Soldaten an der Westfront 1918 auf dem Weg zur Revolution. In: Duppler, Jörg/Groß Gerhard P. (Hgg.): Kriegsende 1918. Ereignis. Wirkung. Nachwirkung. München 1999, 165–182.

Zinner, Paul E.: Communist Strategy and Tactics in Czechoslovakia 1918–1948. New York/London 1963.

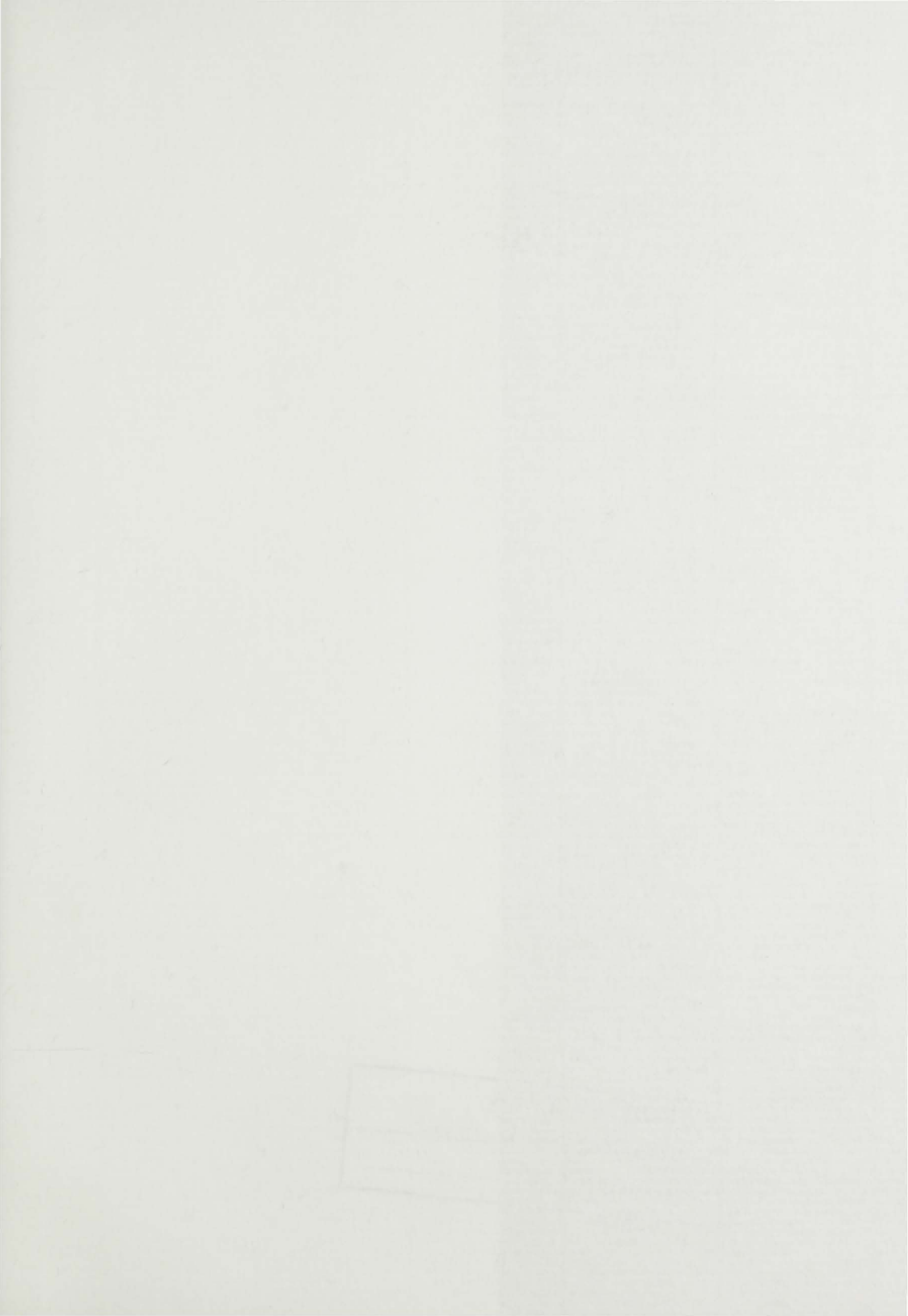
Zsigmond, Lázsló: Die Zerschlagung der österreichisch-ungarischen Monarchie und die internationalen Kräfteverhältnisse. Budapest 1960.

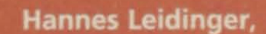
Zsuppán, Ferenc Tibor: The Early Activities of the Hungarian Communist Party, 1918–1919. In: The Slavonic and East European Review, Bd. 43, Nr. 101, London 1965, 314–334.

Zucker-Schilling, Erwin: Er diente seiner Klasse. Eine Biographie mit Reden und Schriften von Johann Koplenig. Wien 1971.

PERSONEN-/ORTSREGISTER[1]

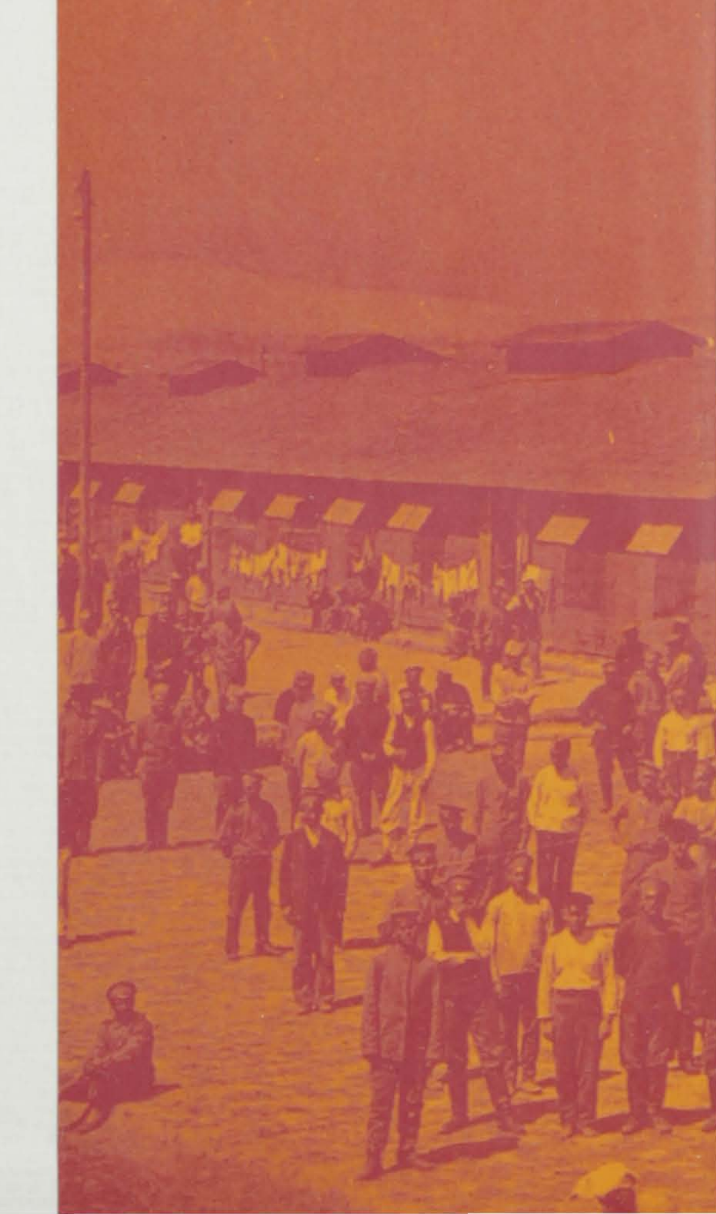
1 Die Schreibweise der verwendeten Eigennamen wurde weitgehend vereinheitlicht. Dennoch scheinen in den Zitaten Alternativversionen auf, die in den meisten Fällen die Vorgaben der slawischen Transliteration unberücksichtig lassen, im Regelfall aber problemlos zu identifizieren sind.





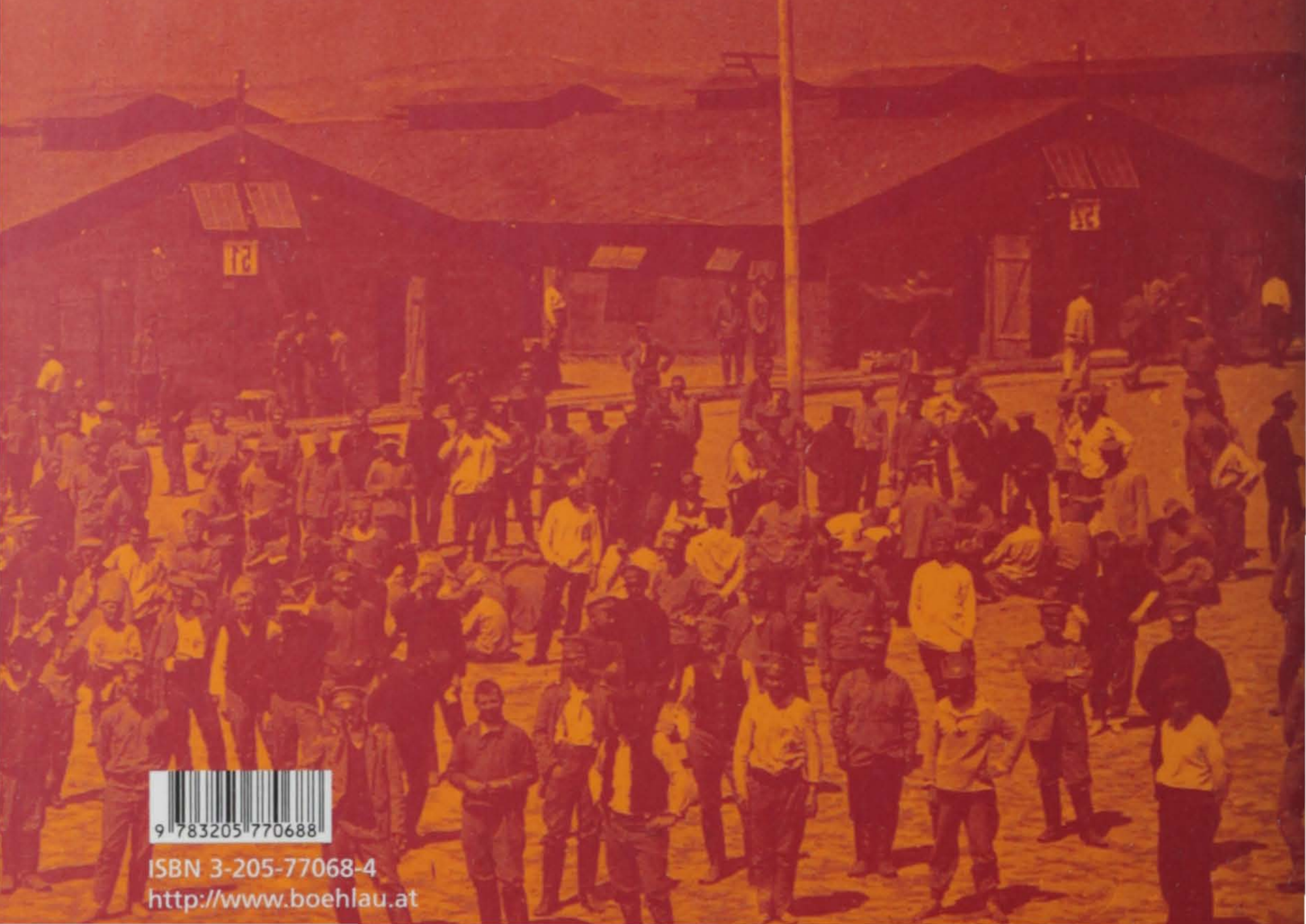
Hannes Leidinger,
Dr., geb. 1969 in Gmunden, Historiker, lebt in Wien, Mitarbeit an mehreren wissenschaftlichen Projekten zur Zeitgeschichte Mittel- und Osteuropas

Verena Moritz,
Dr., geb. 1969 in Eisenstadt, Historikerin, lebt in Wien, Mitarbeit an mehreren wissenschaftlichen Projekten zur Zeitgeschichte Mittel- und Osteuropas



Die vorliegende Studie bietet erstmals einen Überblick zur Kriegsgefangenschaft als Massenphänomen des Ersten Weltkrieges und ihren Auswirkungen auf die frühe Entwicklung des Kommunismus in Ost- und Mitteleuropa. In mehr als 5-jähriger Forschungsarbeit haben die Autoren Material aus zahlreichen russischen und österreichischen Archiven zusammengetragen, um zu einer Neubewertung der politischen Bedeutung der Thematik in der revolutionären Epoche von 1917–1920 zu gelangen.

Die Autoren kommen dabei zu dem Schluss, daß die Anwesenheit hunderttausender deutscher, österreichischer und ungarischer Soldaten auf dem Territorium des untergegangenen Romanov-Imperiums eng mit dem Ausbruch des „russischen Bürgerkriegs" verknüpft war und dass die Repatriierungseinrichtungen, Gefangenen- und Heimkehrervereinigungen inner- und außerhalb des Machtbereichs der Bol'ševiki den Kern der entstehenden Kommunistischen Internationale bildeten.



9 783205 770688
ISBN 3-205-77068-4
http://www.boehlau.at